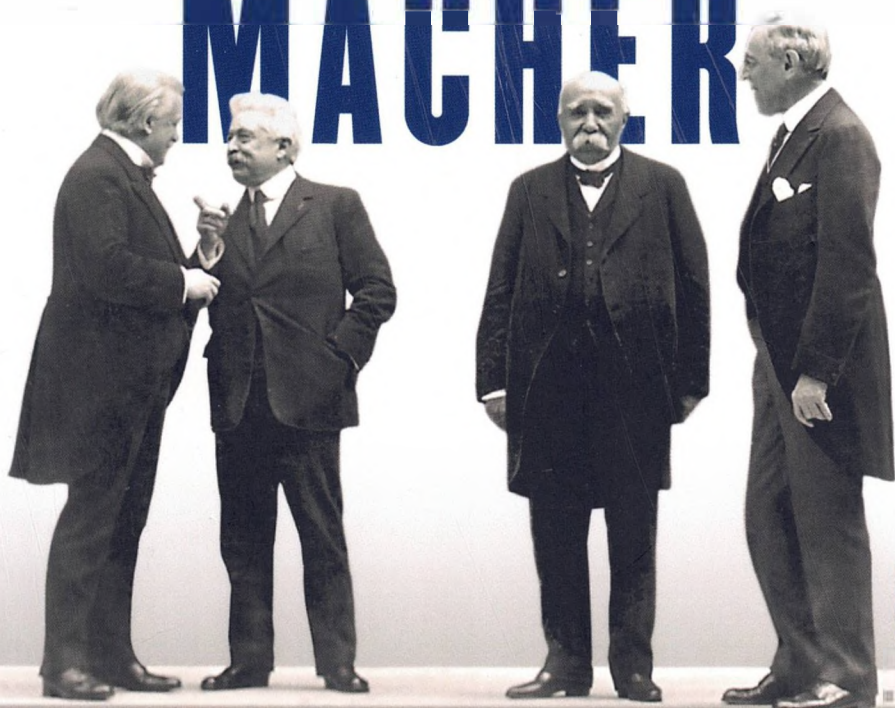


Margaret MacMillan

# DIE FRIEDENS MACHER



Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte

ullstein 

# »Fesselnd, lebendig und voller brillanter Porträts der Beteiligten – ein großes Werk.«

*The Guardian*

Das Ende des Ersten Weltkriegs 1918 war ein Schlüsselereignis des 20. Jahrhunderts. Der Zusammenbruch der vier großen Reiche Europas führte zur Neuordnung des Kontinents in der Versailler Friedenskonferenz von 1919. In ihrem preisgekrönten Buch schildert die Historikerin Margaret MacMillan anschaulich das Geschehen rund um die Vertragsverhandlungen. Sie würdigt das Bemühen der Sieger um eine dauerhafte Friedensordnung, zeigt aber auch, wie sehr die folgenden Konflikte in Europa wie im Nahen und Fernen Osten bereits im Versailler Vertrag angelegt waren.

**»Wie können die irrationalen Leidenschaften des Nationalismus und der Religion eingedämmt werden, bevor sie noch mehr Schaden anrichten? Wie kann man den Krieg ächten? Diese Fragen stellen sich heute so dringlich wie damals.«**

*Margaret MacMillan*



978-3-548-37740-7	€   D   16,00
1	€   A   16,50
9 783548 377407	
<a href="http://www.ullstein-buchverlage.de">www.ullstein-buchverlage.de</a>	

## Das Buch

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs versammelten sich zwischen Januar und Juli 1919 Männer und Frauen aus der ganzen Welt zur grossen Friedenskonferenz in Paris. Im Mittelpunkt standen die Führer der drei grossen Siegermächte – Woodrow Wilson (USA), Lloyd George (Grossbritannien) und George Clemenceau (Frankreich). Doch es gab Tausende weitere Konferenzteilnehmer, jeder mit einer eigenen Agenda – von der Unabhängigkeit Armeniens bis zu den Rechten der Frauen. Könige, Premiers und Aussenminister mit ihrem Gefolge drängten sich neben Journalisten und Lobbyisten. Nie zuvor und nie danach hat es eine Konferenz solchen Ausmasses gegeben.

In ihrem vielfach preisgekrönten Werk erweckt die Historikerin Margaret MacMillan faktengesättigt, prall und unterhaltsam das dramatische Geschehen rund um diese Friedenskonferenz zum Leben. Vor allem gelingt es ihr, die beteiligten Akteure brillant zu porträtieren und ihre nicht immer hehren Motive deutlich zu machen. Sie schildert das Aufeinanderprallen der unterschiedlichen Interessen, die Überheblichkeit der Amerikaner, die Rachegefühle der Franzosen, die Annexionswünsche der Engländer, die missachteten Erwartungen der Kolonialvölker, die Eitelkeiten der versammelten Staatsmänner, die demütigende Behandlung der Deutschen, das Geschacher um den Nachlass der zusammengebrochenen Grossreiche. MacMillan macht deutlich, dass der Versailler Vertrag nicht nur für die weitere deutsche Geschichte eine schicksalhafte Rolle gespielt hat, sondern für weite Teile der Welt, mit Folgen zum Teil bis heute.

## Die Autorin

Margaret MacMillan, geboren 1943 in Toronto, ist eine kanadische Historikerin. Die Urenkelin des britischen Premierministers David Lloyd George lehrt Neuere Geschichte an der University of Oxford, wo sie dem renommierten St. Antony's College vorsteht. Für ihr Buch *Die Friedensmacher* erhielt sie zahlreiche Preise.

Margaret MacMillan

# **DIE FRIEDENSMACHER**

**Wie der Versailler Vertrag  
die Welt veränderte**

Aus dem Amerikanischen  
von Klaus-Dieter Schmidt

Ullstein

Besuchen Sie uns im Internet:  
[www.ullstein-buchverlage.de](http://www.ullstein-buchverlage.de)



Ungekürzte Ausgabe im Ullstein Taschenbuch  
1. Auflage August 2018  
© 2001 Margaret MacMillan  
© für die deutsche Ausgabe Ullstein Buchverlage GmbH,  
Berlin 2015  
Titel der Originalausgabe:  
*Peacemakers. Six Months that Changed the World,*  
John Murray (Publishers), eine Hachette UK Company,  
London, 2001  
Umschlaggestaltung: zero-media.net, München,  
unter Verwendung einer Vorlage von  
Morian & Bayer-Eynck, Coesfeld  
Titelabbildung: © Edward N. Jackson  
Satz: L42 AG, Berlin  
Gesetzt aus der Minion Pro  
Druck und Bindearbeiten: CPI books GmbH, Leck  
ISBN 978-3-548-37740-7

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

*Für Eluned und Robert MacMillan*

### **Anmerkung zu den geographischen Namen**

Viele der in diesem Buch erwähnten Orte sind unter verschiedenen Namen bekannt, wie etwa Lwiw in der heutigen Ukraine, das auch Léopol, Lemberg, Lwow usw. genannt wird. Im Allgemeinen werden die heutigen Namen verwendet, es sei denn, es gibt eine üblicherweise verwendete deutsche Bezeichnung. Im Fall der Kontroversen auf der Friedenskonferenz werden die zeitgenössischen Namen verwendet, also Danzig für Gdansk, Fiume für Rijeka, Memel für Klaipeda, Schantung für Shandong, Teschen für Cieszyn oder Tesin, Tsingtao für Qingdao.

# INHALT

Vorwort .....	9
Einführung .....	17
<b>TEIL I: Bereit für den Frieden</b> .....	27
1 Woodrow Wilson kommt nach Europa .....	29
2 Erste Eindrücke .....	47
3 Paris.....	58
4 Lloyd George und die britische Delegation .....	69
<b>TEIL II: Eine neue Weltordnung</b> .....	87
5 «Wir sind der Bund des Volkes» .....	89
6 Russland.....	102
7 Der Völkerbund .....	129
8 Mandate .....	148
<b>TEIL III: Wieder der Balkan</b> .....	159
9 Jugoslawien .....	161
10 Rumänien .....	180
11 Bulgarien .....	193
12 Winterpause .....	202
<b>TEIL IV: Die deutsche Frage</b> .....	217
13 Bestrafung und Vorbeugung .....	219
14 Deutschland niederhalten .....	230
15 Die Rechnung wird geschrieben .....	249
16 Das Ringen um die Bedingungen .....	268
<b>TEIL V: Zwischen Ost und West</b> .....	281
17 Das wiedergeborene Polen .....	283
18 Tschechen und Slowaken .....	311
19 Österreich .....	329
20 Ungarn .....	343



<b>TEIL VI: Ein schwieriges Frühjahr</b> .....	361
21 Der Rat der Vier .....	363
22 Italien steigt aus .....	371
23 Japan und die Rassengleichheit .....	406
24 Ein Dolchstoss in Chinas Herz .....	427
<b>TEIL VII: Der Nahe Osten wird in Brand gesteckt</b> .....	457
25 Der grösste griechische Staatsmann seit Perikles ....	459
26 Das Ende der Osmanen.....	485
27 Arabische Unabhängigkeit.....	504
28 Palästina .....	542
29 Atatürk und der Bruch des Vertrags von Sèvres .....	562
<b>TEIL VIII: Der Schlusspunkt</b> .....	599
30 Im Spiegelsaal.....	601
Ausblick.....	633
Danksagung .....	641
Anmerkungen .....	643
Bibliographie.....	704
Personenregister .....	727
Bildnachweis .....	733

## VORWORT ZUR DEUTSCHEN AUSGABE

Der Frieden, der 1919 in Paris und auf den folgenden Konferenzen Anfang der 1920er Jahre geschlossen wurde, wird immer noch häufig als Fehlschlag abgetan, als das Produkt feiger, rachsüchtiger und kurzsichtiger Staatsmänner, das den Zweiten Weltkrieg unvermeidlich gemacht habe. Vielfach irreführend als Versailler Frieden bezeichnet, obwohl mit diesem Begriff nur der Vertrag mit Deutschland gemeint war, bestand das Friedenswerk aus einer ganzen Reihe von Verträgen, die Europa, Asien, Afrika, den Pazifik und den Nahen Osten umfassten. Ausserdem beschäftigten sie sich mit Themen wie der internationalen Luftfahrt und den internationalen Schifffahrtswegen und schufen neue internationale Institutionen wie den Völkerbund und die Internationale Arbeitsorganisation.

Kritik zog der Versailler Vertrag, der erste der Pariser Vorortverträge, schon in der Entwurfsphase auf sich. In einer scharfen Polemik porträtierte der junge britische Ökonom John Maynard Keynes die führenden Staatsmänner, die in Paris verhandelten, als von blinder Rachsucht und Torheit Getriebene. Der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau habe wie ein bössartiger Affe nur daran gedacht, Deutschland zu zerstören; sein britisches Pendant David Lloyd George sei ein hinterhältiger Halb Mensch ohne moralischen Kompass und der amerikanische Präsident ein moralisierender Einfaltspinsel. Anstatt den Mut und die Weitsicht aufzubringen, Deutschland in die Völkergemeinschaft aufzunehmen und seine leistungsstarke Wirtschaft zum Vorteil des Welthandels und der globalen Investitionstätigkeit wieder in Gang zu bringen, hätten sie sich dafür entschieden, es durch einen harten Strafvertrag zu knebeln. Dadurch hätten sie, und Keynes stand mit dieser Ansicht keineswegs allein da, die Erholung Europas vom Krieg enorm behindert und in Deutschland Verzweiflung und berechtigten Groll ausgelöst.

Im Lauf der Zeit gerieten auch andere Teile der Friedensverträge ins Kreuzfeuer der Kritik. Den Friedensmachern, hiess es, sei es nicht gelungen, aus den Trümmern der Reiche im Herzen Europas funktionsfähige Staaten zu bilden; stattdessen hätten sie eine Reihe schwacher, ethnisch fundierter Gebilde geschaffen, die gefährliche Unsicherheitsfaktoren dar-

stellten. Im Nahen Osten hätten sich insbesondere Grossbritannien und Frankreich wie die imperialistischen Mächte verhalten, die sie seien, und Territorien des untergegangenen Osmanischen Reichs unter Missachtung des arabischen und kurdischen Nationalismus unter sich aufgeteilt, wie es ihnen passte. Damit hätten sie die Voraussetzungen für anhaltende Probleme im Nahen Osten geschaffen. Der Völkerbund, der internationale Harmonie und Zusammenarbeit bringen sollte, sei ein erbärmlicher Fehlschlag, so lautete das gängige Urteil, und tue nichts, um zu verhindern, dass Europa und die Welt in einen neuen grossen Krieg abgleite.

In der öffentlichen Meinung hallt die Litanei der Kritiker immer noch nach. Historiker gelangen jedoch in zunehmendem Mass zu einer differenzierteren Auffassung. Zunächst einmal – und das ist ganz entschieden meine Perspektive – hatten es die Friedensmacher mit einer Welt zu tun, in der die objektiven Umstände einem dauerhaften Frieden nicht günstig waren. Der Aufstieg der ethnischen Nationalismen mit ihren Rivalitäten und häufig konkurrierenden Ansprüchen auf dieselben Territorien musste zu Konflikten führen, die dann auch ausbrachen, etwa zwischen Ungarn und den meisten seiner Nachbarn, zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Ein zweiter Faktor, der die Aussichten auf eine friedliche Nachkriegswelt trübte, war der Aufstieg des revolutionären Sozialismus, der sich der Überwindung des Kapitalismus und der liberalen Demokratien verschrieben hatte. Während des grössten Teils der Zwischenkriegszeit unterstützte Russland unter seinen neuen bolschewistischen Herrschern revolutionäre Bewegungen.

Auch in ihren Handlungsmöglichkeiten waren die Friedensmacher eingeschränkt: Ihre Streitkräfte schrumpften, und weder die Regierungen noch die Völker waren zu weiteren kostspieligen Interventionen oder Kriegen bereit. Schliesslich zog sich die aufsteigende Weltmacht, die Vereinigten Staaten, aus vielen Auslandsengagements zurück und leistete, im Gegensatz zu der Zeit nach 1945, keinen wesentlichen Beitrag zum Frieden. Die USA traten dem Völkerbund nicht bei, und es bleibt eine offene Frage, ob ein stärkerer Völkerbund die Mächte, die in den 1930er Jahren die Weltordnung bedrohten, vor allem Deutschland, hätte in Schach halten können.

Gleichwohl waren die 1920er Jahre, wie neuere Studien von Historikern wie Zara Steiner gezeigt haben, eine vielversprechende Periode, in

der sich die europäische Wirtschaft erholte und der Völkerbund die Weltordnung zu festigen schien. Unter seiner Aufsicht wurde eine Reihe von Volksabstimmungen durchgeführt, um noch offene Grenzfragen zu lösen. Der Völkerbund übernahm die Aufsicht über die Freie Stadt Danzig und überwachte die Mandate, mit denen die Grossmächte die ehemaligen deutschen Kolonien verwalteten. 1921/22 wurden auf der Washingtoner Flottenkonferenz Vereinbarungen getroffen, die das Wettrüsten im Pazifik beenden sowie die territoriale Integrität und Souveränität Chinas garantieren sollten, und die Abrüstungskonferenz des Völkerbunds, die 1932 zusammentrat, hatte ein noch umfassenderes Abkommen zur Begrenzung von Rüstung und Aggression zum Ziel.

Natürlich gab es auch Anlass zur Sorge. Grossbritannien und Frankreich, auf denen die Hauptverantwortung für die Durchsetzung der Friedensverträge lastete, misstrauten sich und lagen regelmässig im Streit miteinander. In Italien hatte man das Gefühl, im Krieg zu wenig gewonnen zu haben, was Mussolini und den Faschisten Auftrieb gab. In Japan war ein verdeckter Groll vorhanden gegen die vermeintliche Neigung des Westens, das Land als untergeordnete Macht zu behandeln. Am gefährlichsten war jedoch, dass Deutschland, das immer noch der mächtigste Staat auf dem Kontinent war, den Versailler Vertrag nie wirklich akzeptierte. Sowohl die Elite als auch die breite Öffentlichkeit sah in ihm ein Diktat, das dem Land ungerechterweise aufgezwungen worden war. Wilson, so glaubte man weithin, hatte einen gerechten Frieden angeboten, ohne Rache und Strafe. Doch Deutschland hatte Gebiete abtreten müssen, einschliesslich sämtlicher Kolonien, und ihm waren niederdrückende Reparationsforderungen auferlegt worden. Die Grösse seiner Streitkräfte war eng begrenzt, und es war nicht in den Völkerbund aufgenommen worden. Ausserdem galt das Selbstbestimmungsrecht, auf das sich die Alliierten so oft beriefen, offenbar nicht für Deutschland, mit der Folge, dass viele Deutsche unter polnische Herrschaft kamen und Deutschland und Österreich, wie immer sie dazu stehen mochten, sich nicht vereinen durften.

Als besonders empörend und Synonym für die Ungerechtigkeit des Vertrages empfanden die Deutschen Artikel 231, der Deutschland verpflichtete, Verantwortung für den Kriegsausbruch zu übernehmen. Der deutsche Chefunterhändler in Paris, Ulrich von Brockdorff-Rantzau, pickte diese eine Klausel als spezielles Angriffsziel heraus und wandte ein, sie un-

terstelle Deutschlands Schuld. In den 1920er Jahren gab es im Auswärtigen Amt in Berlin ein Referat, das eigens für den Kampf gegen die «Kriegsschuldfrage», wie sie in Deutschland bald genannt wurde, gebildet worden war. (Interessanterweise machten die anderen besiegten Staaten, deren Friedensverträge ähnliche Klauseln enthielten, daraus kein Problem.) Unter anderem veröffentlichte das deutsche Aussenministerium ausgewählte Dokumente und liess gleichgesinnte Journalisten und Historiker zu Wort kommen, um zu beweisen, dass Deutschland und seine Verbündeten den Krieg nicht angefangen hatten, sondern der Kriegsausbruch eine allgemeine Katastrophe war, an der alle Mächte oder keine Schuld hatten. In der englischsprachigen Welt fand diese Auffassung ein immer grösseres Echo und trug Ende der 1920er Jahre und in den 1930er Jahren zu der Bereitschaft bei, deutsche Forderungen nach einer Revision des Vertrags zu erfüllen.

Unterminiert wurde der Vertrag auch durch den von Reichswehr und Auswärtigem Amt sowie von rechtskonservativen und nationalistischen Parteien eifrig unterstützten und gegen alle Beweise hochgehaltenen Mythos, Deutschland sei auf dem Schlachtfeld unbesiegt geblieben und nur durch einen Dolchstoss in den Rücken, ausgeführt von linken Defätisten an der Heimatfront, Sozialdemokraten und Juden zur Kapitulation gezwungen worden. Sogar Anhänger der neuen Weimarer Republik glaubten, es habe keine militärische Niederlage gegeben. Ihr erster Präsident, Friedrich Ebert, begrüsst heimkehrende Truppen in Berlin mit den Worten: «Kein Feind hat euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben.» Doch nach dem 8. August 1918, dem «schwarzen Tag des deutschen Heeres», an dem die Alliierten die deutschen Truppen im Westen auf breiter Front zurückdrängten, waren beim deutschen Heer Männer und Material knapp geworden, so dass der Kampf unmöglich fortgesetzt werden konnte. Im Osten brachen die deutschen Verbündeten weg: Am 24. September ersuchte Bulgarien um einen Waffenstillstand, Mitte Oktober folgte das Osmanische Reich, und schliesslich gab auch Österreich-Ungarn klein bei. In Panik bat die Oberste Heeresleitung die zivile Regierung Ende September, Präsident Wilson zu ersuchen, einen Waffenstillstand zu vermitteln. Trotzdem feilte Erich Ludendorff gegenüber seinen Offizieren bereits an dem Märchen, dass man den Kampf

nicht fortführen könne, weil die marxistisch-sozialistische Propaganda das deutsche Volk vergiftet habe. Obwohl die Novemberrevolution erst nach der militärischen Niederlage ausbrach, diene sie als Beweis für die ebenso gefährliche wie wirkungsvolle Dolchstosslegende. Und von Anfang an gab es auf der Rechten die unheilvolle Neigung, den Juden – denen je nach Standpunkt die Übel des Kapitalismus oder des Bolschewismus angelastet wurden – eine besondere Schuld zuzumessen.

Die Ablehnung des Versailler Vertrags in Deutschland hätte mit der Zeit zurückgehen können. Gewiss blieb die Reparationsfrage ein Reizthema und belastete die Beziehungen zu Grossbritannien und Frankreich. 1923 löste sie eine schwere internationale Krise und eine schreckliche Inflation in Deutschland aus, als französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzten, um die Reparationszahlungen zu erzwingen. Doch die Krise wurde durch amerikanische Vermittlung durch den Dawes-Plan beendet, der die Summe der zu zahlenden Reparationen reduzierte und die Zahlungsbedingungen erleichterte. 1929 wurde, wiederum unter Mithilfe der Vereinigten Staaten, der Young-Plan ausgehandelt, der die Reparationen noch weiter verringerte. Im Innern unternahm es eine neue Regierung unter Gustav Stresemann, den Vertrag zu erfüllen und zugleich, soweit möglich, zu revidieren. 1925 in Locarno akzeptierte Deutschland die Nachkriegsgrenzen im Westen (über diejenigen im Osten wurde nichts gesagt) und trat dem Völkerbund bei. Die Meinungen darüber, ob Stresemann Deutschland wirklich zu einem demokratischen Staat machen wollte, der eine friedliche, konstruktive Rolle in der Mitte Europas spielen würde (wie es Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg getan hat), gehen auseinander. Man kann es zwar nicht wissen, aber möglicherweise war es für Deutschland und Europa ein grosses Unglück, dass er 1929 starb, gerade als Europa und die Welt von einer neuen Krise erfasst wurden.

Die Grosse Depression verwüstete die Weltwirtschaft. Der Handel brach dramatisch ein, und Millionen Menschen wurden arbeitslos. In Deutschland, das zu den Ländern gehörte, die am meisten unter der Krise litten, hatte man die Schuldigen schnell gefunden: den Versailler Vertrag und insbesondere die Reparationen. Die nationalistische Rechte, die nie aufgehört hatte, gegen den Vertrag zu polemisieren, setzte ihre Attacken mit noch grösserer Heftigkeit fort. Hitler hatte den Frieden seit Anfang der

1920er Jahre in Wort und Schrift geschmäht und hoffte nun, da die Nationalsozialisten stärker wurden, sein Versprechen, die «Ketten» von Versailles zu zerbrechen, einlösen zu können. Als er an der Macht war, tat er genau dies: Er rüstete Deutschland auf, schuf eine Luftwaffe, liess Truppen ins entmilitarisierte Rheinland einmarschieren, führte die Wehrpflicht wieder ein und vereinigte Deutschland 1938 mit Österreich. All dies waren grobe Verstösse gegen den Versailler Vertrag, aber Frankreich und Grossbritannien, die unbedingt einen Krieg vermeiden wollten, waren nicht bereit, Deutschland die Stirn zu bieten, und die Vereinigten Staaten hatten sich von der europäischen Politik abgewandt.

Der Zweite Weltkrieg brachte eine Neubewertung der Ursachen des Ersten mit sich. Ende der 1950er Jahre vertrat der deutsche Historiker Fritz Fischer auf der Grundlage umfangreicher Archivstudien die Auffassung, Deutschland sei in der Tat für den Ausbruch der Feindseligkeiten im Jahr 1914 verantwortlich gewesen. Dies hat Widerspruch hervorgerufen, und die Debatte geht bis heute weiter; in neueren Büchern wird eine Vielzahl von Erklärungen dargeboten, von der Politik einzelner Personen oder Staaten bis zu allgemeineren Faktoren wie dem Nationalismus und dem Zusammenbruch des europäischen Machtgleichgewichts. Die nach dem Krieg geschlossenen Friedensverträge sind zumeist weniger umstritten. Man ist sich darüber einig, dass die Sieger unrealistische Zahlungsforderungen an Deutschland richteten, erkennt aber auch an, dass es Staatsmännern wie Clemenceau und Lloyd George extrem schwergefallen wäre, ihren Völkern zu sagen, dass sie keine Entschädigung für ihre Verluste erwarten dürften. Man bedauert mit mehr oder weniger Schärfe, dass die Vereinigten Staaten keine konstruktive Rolle spielten wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Wenn die Amerikaner 1919, wie Keynes es vorschlug, ihren europäischen Schuldnern die Schulden erlassen hätten, hätten Belgien, Grossbritannien und Frankreich nicht auf deutschen Reparationen bestehen müssen. Und wenn Deutschland die Niederlage akzeptiert hätte, wie es das nach 1945 getan hat, hätte es den Vertragsbestimmungen möglicherweise weniger ablehnend gegenübergestanden.

Man wird es nie wissen. Es gibt zu viele Unwägbarkeiten und Was-wäre-wenn-Fragen. Beim Rückblick auf die Friedensverhandlungen von 1919 sollte man jedoch stets daran denken, wie riesig der Problemberg war, vor dem die Friedensmacher standen. Die alte Ordnung war zerfallen, und inmitten von Wirtschaftskrise, politischem Chaos, revolutionären

Unruhen und zunehmendem ethnischen Nationalismus eine neue aufzubauen, war, wenn nicht unmöglich, auf jeden Fall eine Herkulesaufgabe. Bevor man die Friedensmacher kritisiert, sollte man sich daran erinnern, wie schlecht die Weltgemeinschaft in den 1990er Jahren die ethnischen Konflikte auf dem Balkan bewältigt hat und wie schlecht sie heute mit den religiösen und ethnischen Konflikten im Nahen Osten zurechtkommt. Truppen zu entsenden, kann ein Teil der Lösung sein, aber dies kann nur mit Zustimmung der Völker geschehen. Wenn man die Leistung der Männer, die vor hundert Jahren den Frieden geschmiedet haben, bewertet, sollte man bedenken, unter welchem Druck sie handelten. Ausserdem sollte man ihnen nicht an allem die Schuld geben, was zwischen 1919 und 1939 geschah. Es gab damals noch viele andere, die Schuld auf sich geladen haben.



## EINFÜHRUNG

1919 war Paris die Hauptstadt der Welt, die Friedenskonferenz war die wichtigste Angelegenheit der Welt, und die Friedensmacher waren die mächtigsten Männer der Welt. Sie kamen Tag für Tag zusammen, argumentierten, diskutierten, stritten und vertrugen sich wieder. Sie schufen neue Länder und neue Organisationen. Sie assen zusammen und gingen zusammen ins Theater. Ein halbes Jahr lang war die Friedenskonferenz zugleich die Regierung, das Verfassungsgericht und das Parlament der Welt, das Zentrum aller Ängste und Hoffnungen. Offiziell dauerte die Konferenz sogar noch länger, bis 1920, aber die ersten sechs Monate waren die ausschlaggebenden, in denen die Schlüsselentscheidungen getroffen und die grundlegenden Ereignisketten in Gang gesetzt wurden. So etwas hatte die Welt noch nicht erlebt und wird sie auch nie wieder erleben.

Die Friedensmacher befanden sich in Paris, weil das stolze, selbstbewusste, reiche Europa sich selbst zerfleischt hatte. Ein Krieg, der 1914 wegen eines Streits um Macht und Einfluss auf dem Balkan ausgebrochen war, hatte sämtliche Grossmächte, von Grossbritannien im Westen bis zum zaristischen Russland im Osten, und auch die meisten kleineren Staaten erfasst. Nur Spanien, die Schweiz, die Niederlande und die skandinavischen Länder hatten sich heraushalten können. Gekämpft worden war in Asien und Afrika, auf den pazifischen Inseln und im Nahen Osten, vor allem aber auf europäischem Boden, entlang jener wahnwitzigen Grabensysteme, die sich von Belgien im Norden bis zu den Alpen im Süden erstreckten und sich an der russischen Grenze zu Deutschland und dessen Verbündetem Österreich-Ungarn sowie an den Fronten auf dem Balkan hinzogen. Die Soldaten kamen aus aller Herren Länder: Australier, Kanadier, Neuseeländer, Inder, Neufundländer kämpften für das Britische Empire, Vietnamesen, Marokkaner, Algerier, Senegalesen für Frankreich und schliesslich auch US-Amerikaner, nachdem die deutschen Angriffe auf die amerikanische Schifffahrt sie bis aufs Blut gereizt hatten.

Abseits der grossen Schlachtfelder hatte sich Europa kaum verändert. Die Grossstädte bestanden weiter, die Eisenbahnstrecken konnten befah-

ren werden, die Häfen funktionierten. Es war nicht wie nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Kontinent buchstäblich in Trümmern lag. Der Verlust war menschlicher Art. Millionen von Kämpfern waren in diesen vier Jahren ums Leben gekommen: 2.037.000 Deutsche, 1.800.000 Russen, 1.405.000 Franzosen, 1.460.000 Österreicher und Ungarn, 750.000 Briten, weitere 180.000 Soldaten aus dem Britischen Empire und viele andere, bis hin zu den 13.000 Gefallenen, die das winzige Montenegro zu beklagen hatte. Kinder hatten ihre Väter, Frauen ihre Ehemänner, junge Frauen die Chance zu heiraten verloren. Und Europa hatte viele künftige Wissenschaftler, Dichter, Politiker verloren, und mit ihnen die Kinder, die ihnen vielleicht geboren worden wären. In dieser Verlustliste sind diejenigen noch nicht mitgerechnet, die ein Bein oder ein Auge eingebüsst hatten, deren Lungen durch Giftgas versehrt waren oder deren Seele sich nie wieder erholen sollte.

Vier Jahre lang hatten die am höchsten entwickelten Länder ihre Männer, ihren Reichtum, die Früchte von Industrie, Wissenschaft und Technik in einen Krieg investiert, dessen Ausbruch ein Versehen gewesen sein mochte, der danach aber nicht mehr zu beenden war, weil beide Seiten einander die Waage hielten. Erst als im Sommer 1918 Deutschlands Verbündete ins Wanken gerieten und die unverbrauchten amerikanischen Truppen in Europa eintrafen, gewannen die Alliierten die Oberhand. Der Krieg endete am 11. November, und überall hofften die Menschen ermattet darauf, dass das Kommende weniger schlimm sein würde als das soeben zu Ende Gegangene.

Vier Jahre Krieg hatten das überlegene Selbstvertrauen, das Europa zur Weltherrschaft verhelfen hatte, für immer erschüttert. Nach dem Geschehen an der Westfront konnten die Europäer eine zivilisatorische Mission in der Welt nicht mehr für sich in Anspruch nehmen. Der Krieg hatte Regierungen gestürzt, die Mächtigen gedemütigt und ganze Gesellschaften aus den Angeln gehoben. In Russland hatten die Revolutionen von 1917 das Zarentum durch etwas ersetzt, das noch niemand kannte. Am Ende des Krieges verschwand Österreich-Ungarn von der politischen Landkarte und hinterliess in der Mitte Europas ein grosses Loch. Das Osmanische Reich mit seinen riesigen Besitzungen im Nahen Osten und einem kleinen Stück von Europa war fast völlig vernichtet, und aus dem Deutschen Kaiserreich war eine Republik geworden. Alte, in der Geschichte versunkene

Länder – Polen, Litauen, Estland, Lettland – erwachten zu neuem Leben, und neue Länder – Jugoslawien und die Tschechoslowakei – kämpften um ihre Geburt.

An die Pariser Friedenskonferenz erinnert man sich für gewöhnlich wegen des im Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Vertrages. Aber sie war von Anfang an grösser angelegt. Mit den anderen Gegnern der Alliierten – Bulgarien, Österreich und Ungarn, die jetzt eigenständige Staaten waren, und dem Osmanischen Reich – mussten ebenfalls Verträge geschlossen werden. In Mitteleuropa und im Nahen Osten mussten neue Grenzen gezogen werden, und was das Wichtigste war: Die Weltordnung musste neu gestaltet werden. War die Zeit jetzt reif für eine Internationale Arbeitsorganisation, einen Völkerbund, Abkommen über internationale Telegraphenkabel und den internationalen Luftverkehr? Nach einer derart grossen Katastrophe waren die Erwartungen enorm.

Schon bevor die Kanonen 1918 verstummten, waren anklagende, fordernde, wütende Stimmen laut geworden: «China gehört den Chinesen», «Kurdistan muss frei sein», «Polen muss wieder leben». Sie ertönten in vielen Sprachen und meldeten viele Forderungen an: Die Amerikaner sollten den Weltpolizisten spielen, oder sie sollten nach Hause gehen; die Russen bräuchten Hilfe, oder nein, man sollte sie sich selbst überlassen. Man klagte sich gegenseitig an: Slowaken Tschechen, Kroaten Serben, Araber Juden, Chinesen Japaner. Die Stimmen waren besorgt und unsicher, ob die neue Weltordnung eine Verbesserung gegenüber der alten darstellen würde. Im Westen raunte man von gefährlichen Ideen, die aus dem Osten kämen; im Osten sinnierte man über die vom westlichen Materialismus ausgehenden Gefahren. Die Europäer fragten sich, ob sie sich jemals wieder erholen würden, die Afrikaner befürchteten, dass die Welt sie vergessen hatte, die Asiaten glaubten, dass die Zukunft ihnen gehörte; das Problem war nur die Gegenwart.

Wir können nachempfinden, wie es ist, am Ende eines grossen Krieges zu leben. Die Stimmen von 1919 ähnelten den heutigen. Als 1989 der Kalte Krieg endete und der Kommunismus auf dem Müllplatz der Geschichte landete, erwachten ältere Kräfte in Gestalt von Religion und Nationalismus aus ihrem Tiefschlaf, und Bosnien und Ruanda erinnerten uns daran, wie stark diese Kräfte sein können. 1919, als Grenzen über Nacht neu gezogen wurden und neue ökonomische und politische Ideen in der Luft la-

gen, hatte man das gleiche Gefühl, das Entstehen einer neuen Weltordnung mitzuerleben. Es war aufregend, aber auch beängstigend, in einer Welt, die so überaus zerbrechlich zu sein schien, zu leben. Heute geht die Gefahr nach Ansicht mancher vom wiederaufstrebenden Islam aus. 1919 war der russische Bolschewismus die Gefahr. Der Unterschied ist der, dass wir keine Friedenskonferenz abhalten. Dafür fehlt die Zeit. Die Staatsmänner und ihre Berater kommen zu kurzen Treffen zusammen, die zwei, drei Tage dauern, und dann steigen sie wieder ins Flugzeug. Wer könnte sagen, welches die bessere Art der Behandlung der Weltprobleme ist?

Um sich mit diesen Dilemmas zu beschäftigen und sie, wenn möglich, zu lösen, waren Staatsmänner, Diplomaten, Bankiers, Militärs, Professoren, Ökonomen und Juristen aus aller Welt nach Paris gereist: der amerikanische Präsident Woodrow Wilson und sein Aussenminister Robert Lansing, der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau und sein italienischer Kollege Vittorio Orlando, der in Geheimnisse und arabische Gewänder gehüllte Lawrence von Arabien, der griechische Patriot Eleftherios Venizelos, der sein Land ins Unglück führen sollte, der zum Politiker gewordene Pianist Ignacy Paderewski sowie viele, die sich erst noch einen Namen machen sollten, unter ihnen zwei künftige amerikanische Aussenminister, ein künftiger japanischer Ministerpräsident und der erste Präsident Israels. Manche waren von Geburt an zum Herrschen bestimmt, wie Königin Marie von Rumänien, andere, wie der britische Premierminister David Lloyd George, waren durch eigene Anstrengungen an die Macht gelangt.

Die Zusammenballung der Macht in Paris zog Reporter, Geschäftsleute und Vertreter aller möglichen Anliegen an. «Man trifft nur noch Leute, die auf dem Sprung nach Paris sind», schrieb der französische Botschafter in London. «Paris wird zu einem Vergnügungsort für Hunderte von Engländern, Amerikanern, Italienern und zwielichtigen ausländischen Gentleman, die unter dem Vorwand bei uns einfallen, sie würden an den Friedensverhandlungen teilnehmen.»<sup>1</sup> Das Wahlrecht für Frauen, Bürgerrechte für Schwarze, eine Charta der Arbeitsrechte, Freiheit für Irland, Abrüstung: jeden Tag trafen aus aller Welt neue Bittsteller mit neuen Anliegen ein. In jenem Winter und Frühjahr hallte Paris wider von Plänen – für eine jüdische Heimstatt, ein wiederhergestelltes Polen, eine unabhängige Ukraine, ein Kurdistan, ein Armenien. Petitionen kamen etwa von der

Konferenz der Wahlrechtsgesellschaften, dem Karpatho-Russischen Komitee in Paris, den Serben aus dem Banat, der antibolschewistischen Russischen Politischen Konferenz. Die Bittsteller stammten aus Ländern, die existierten, oder aus solchen, die nur ein Traum waren. Manche, wie die Zionisten, sprachen für Millionen Menschen, andere, wie die Vertreter der Åland-Inseln in der Ostsee, nur für einige Tausend. Manche trafen zu spät ein: Koreaner aus Sibirien machten sich im Februar 1919 zu Fuss auf den Weg und hatten im Juni, als der Hauptteil der Friedenskonferenz endete, erst den Arktishafen Archangelsk erreicht.<sup>2</sup> Die Friedenskonferenz litt von Anfang an unter Verwirrung – über ihre Organisation, ihren Zweck und ihre Abläufe. Angesichts der Bandbreite der Themen war dies wahrscheinlich unvermeidlich. Die Grossen Vier – Grossbritannien, Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten – hatten eine Vorbereitungskonferenz geplant, auf der sie sich über ihre Friedensbedingungen einigen wollten. Erst danach sollte die eigentliche Friedenskonferenz stattfinden, auf der mit den Kriegsgegnern verhandelt werden sollte. Doch es tauchten sofort Fragen auf: Wann würden die anderen Verbündeten ihre Ansichten äussern können? Japan, zum Beispiel, war bereits eine wichtige Macht im Fernen Osten. Und was war mit den kleineren Ländern wie Serbien und Belgien? Beide hatte weit mehr verloren als Japan.

Die Grossen Vier gaben nach, und die Plenarsitzungen der Konferenz wurden zu einem Ritual. Die wirkliche Arbeit leisteten die vier Mächte und Japan in informellen Sitzungen, und wenn diese zu mühselig wurden, die Führer der Grossen Vier allein. Während die Monate vergingen, entwickelte sich die Vorbereitungskonferenz unmerklich zum Hauptereignis. Unter Missachtung diplomatischer Gepflogenheiten wurden die deutschen Vertreter zur Empörung der Deutschen schliesslich nach Frankreich beordert, um den Vertrag in seiner endgültigen Fassung entgegenzunehmen.

Die Friedensmacher hatten gehofft, schneller und besser organisiert zu sein. Sie hatten den einzigen verfügbaren Präzedenzfall, den Wiener Kongress, der die Ära Napoleons beendete, sorgfältig studiert. Das britische Aussenministerium hatte eigens einen Historiker beauftragt, als Richtschnur für Paris eine Studie über den Kongress zu verfassen (die, wie ihr Autor später eingestand, so gut wie keine Wirkung hatte).<sup>3</sup> Die Probleme, vor denen die Friedensmacher in Wien gestanden hatten, waren sicherlich riesig gewesen, aber im Vergleich mit den in Paris zu bewältigenden eher

unkompliziert. Der britische Aussenminister Lord Castlereagh war mit gerade einmal 14 Mitarbeitern nach Wien gereist, während die britische Delegation in Paris aus fast 400 Personen bestand. Und 1815 waren die Dinge ruhig und gelassen geregelt worden: Castlereagh und seine Kollegen wären entsetzt gewesen über eine öffentliche Aufmerksamkeit, wie sie der Friedenskonferenz von 1919 zuteilwurde. Ausserdem hatte sie wesentlich mehr Teilnehmer: Über dreissig Länder schickten Delegierte nach Paris, einschliesslich Italien, Belgien, Rumänien und Serbien, Länder, die es 1815 noch nicht gegeben hatte. Die lateinamerikanischen Länder waren noch Bestandteile des spanischen beziehungsweise portugiesischen Kolonialreichs gewesen, Thailand, China und Japan ferne, geheimnisvolle Reiche. 1919 erschienen ihre Vertreter in Nadelstreifenhosen und Gehröcken in Paris. Abgesehen von einer Deklaration, die den Sklavenhandel verurteilte, schenkte der Wiener Kongress der aussereuropäischen Welt keine Beachtung. In Paris reichten die Verhandlungsthemen der Friedenskonferenz von der Arktis bis zu den Antipoden, von kleinen Pazifikinseln bis zu ganzen Kontinenten.

Der Wiener Kongress fand statt, als die von der Französischen Revolution von 1789 ausgelösten Unruhen verebbt waren. 1815 waren ihre Auswirkungen verarbeitet, während die russische Oktoberrevolution 1919 kaum zwei Jahre zurücklag und ihre Auswirkungen auf die übrige Welt noch nicht abzusehen waren. Die westlichen Führer beobachteten, wie der Bolschewismus von Russland aus um sich griff und die Religion, die Tradition, alles, was ihre Gesellschaften zusammenhielt, bedrohte.

In Deutschland und Österreich griffen Arbeiter und Soldatenräte in den Städten nach der Macht. Paris, Lyon, Brüssel, Glasgow, San Francisco und sogar das verschlafene Winnipeg in der kanadischen Prärie wurden von Generalstreiks erschüttert. Handelte es sich um isolierte Ereignisse oder um Ausbrüche eines unterirdischen Flächenbrandes?

Die Friedensmacher von 1919 glaubten, ihnen laufe die Zeit davon. Sie mussten ebenso wie ihre Vorgänger in Wien neue Grenzen auf der europäischen Landkarte ziehen, sich aber auch mit Asien, Afrika und dem Nahen Osten beschäftigen. «Selbstbestimmung» war die Parole, aber keine Hilfe, wenn es darum ging, sich zwischen konkurrierenden Nationalismen zu entscheiden. Die Friedensmacher mussten als Polizisten handeln und die Hungrigen versorgen. Wenn möglich, mussten sie eine Weltordnung

schaffen, die einen weiteren grossen Krieg ausschloss. Wilson versprach neue Mittel und Wege zum Schutz der Schwachen und zur Beilegung von Streitigkeiten. Der Krieg war eine ungeheure Torheit und Verschwendung gewesen, aber vielleicht würde er doch noch etwas Gutes bewirken. Und natürlich mussten die Konferenzteilnehmer die Friedensverträge ausarbeiten. In erster Linie mussten sie eine Regelung für Deutschland finden: Sie mussten es dafür bestrafen, dass es den Krieg begonnen hatte (oder dafür, dass es ihn verloren hatte, wie manche vermuteten), für die Zukunft auf einen friedlicheren Kurs setzen und seine Grenzen neu ziehen, um Frankreich im Westen und die neuen Staaten im Osten zu entschädigen. Mit Bulgarien musste ein eigener Vertrag geschlossen werden, ebenso mit dem Osmanischen Reich. Österreich-Ungarn stellte ein besonderes Problem dar, denn es existierte nicht mehr. Alles, was von ihm übrig war, waren ein winziges Österreich und ein taumelndes Ungarn, während der grösste Teil seines ehemaligen Territoriums an neue Staaten gefallen war. Die Erwartungen an die Friedenskonferenz waren hoch, die Gefahr der Enttäuschung entsprechend gross.

Die Friedensmacher vertraten zudem ihre eigenen Länder, und da die meisten von ihnen Demokratien waren, mussten sie die heimische öffentliche Meinung berücksichtigen. Sie mussten an die nächste Wahl denken und abwägen, was es sie kosten würde, wichtige Teile der Öffentlichkeit zufriedenzustellen oder vor den Kopf zu stossen. Daher waren sie in ihrem Handeln nicht völlig frei. Darüber hinaus war der Eindruck, dass die alten Grenzen aufgehoben waren, verlockend. Es war die Gelegenheit, alte und neue Forderungen zu erheben. Briten und Franzosen einigten sich in aller Stille darauf, den Nahen Osten unter sich aufzuteilen. Die Italiener blockierten die Forderungen des neugegründeten Jugoslawien, weil sie keinen starken Nachbarn haben wollten. «Es ist viel leichter, Krieg zu führen, als Frieden zu machen», beklagte sich Clemenceau gegenüber einem Kollegen.<sup>4</sup>

Gleichwohl erreichten die Friedensmacher in den Monaten in Paris einiges: einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Fundamente eines Friedensschlusses mit Österreich, Ungarn und Bulgarien sowie eine neue Grenzziehung in der Mitte Europas und im Nahen Osten. Freilich war einem Grossteil ihrer Arbeit keine Dauer beschieden. Die Menschen sagten damals und wiederholen es seither, dass die Friedensmacher zu lange gebraucht und alles falsch gemacht hätten. Es ist zu einem Gemeinplatz ge-

worden zu sagen, die Friedensregelungen von 1919 seien ein Fehlschlag gewesen und hätten direkt zum Zweiten Weltkrieg geführt. Doch damit überschätzt man ihre Wirkung.

Es gab 1919 zwei Realitäten, die nicht immer übereinstimmten: die eine in Paris und die andere vor Ort, wo die Menschen ihre eigenen Entscheidungen trafen und ihre eigenen Kämpfe austrugen. Zwar standen den Friedensmachern Armeen und Kriegsflotten zur Verfügung, aber dort, wo es kaum Eisenbahnstrecken, Strassen und Häfen gab, wie im Innern Kleinasiens oder im Kaukasus, konnten sich Truppen nur langsam und mühselig bewegen. Die neue Luftwaffe war noch nicht gross und stark genug, um die Lücke zu füllen. In Mitteleuropa, wo es Gleise und Strassen gab, hatte der Zusammenbruch der Ordnung zur Folge, dass es selbst dort, wo Lokomotiven und Waggonen vorhanden waren, keinen Treibstoff gab. «Es hat wirklich keinen Sinn, diesen oder jenen kleinen Staat zu schmähnen», sagte Henry Wilson, einer der klügsten britischen Generale, zu Lloyd George. «Die Wurzel des Bösen ist, dass die Pariser Bestimmungen nicht greifen.»<sup>5</sup>

Zur Macht gehört Entschlossenheit, wie die Vereinigten Staaten und die Welt heute feststellen: die Entschlossenheit, zu opfern, ob nun Geld oder Leben. 1919 war diese Entschlossenheit bei den Europäern erlahmt. Der Erste Weltkrieg hatte zur Folge, dass die Führer Frankreichs, Grossbritanniens oder Italiens nicht mehr in der Lage waren, ihren Völkern den hohen Preis der Macht abzuverlangen. Ihre Streitkräfte schrumpften Tag für Tag, und auf die verbleibenden Soldaten und Matrosen war kein Verlass. Die Steuerzahler hatten genug von kostspieligen Abenteuern im Ausland. Lediglich die Vereinigten Staaten waren noch handlungsfähig, aber sie sahen sich selbst nicht in dieser Rolle, und ihre Macht war noch nicht gross genug. Es ist verlockend, zu sagen, die Vereinigten Staaten hätten eine Gelegenheit versäumt, Europa ihrem Willen zu unterwerfen, bevor die konkurrierenden Ideologien des Kommunismus und Faschismus Fuss fassen konnten. Doch damit würde man in die Vergangenheit zurückspiegeln, was wir heute nach dem nächsten Weltkrieg über die amerikanische Macht wissen. 1945 waren die Vereinigten Staaten eine Supermacht, und die europäischen Mächte waren stark geschwächt. 1919 dagegen waren die Vereinigten Staaten noch nicht viel stärker als die anderen Grossmächte. Die Europäer konnten ihre Wünsche ignorieren, und sie taten es auch.



Armeen, Kriegsflotten, Eisenbahnen, Wirtschaften, Ideologien, Geschichte: dies alles ist für das Verständnis der Pariser Friedenskonferenz bedeutsam. Ebenso wichtig sind aber auch die Akteure, denn letzten Endes sind es Einzelne, die Berichte schreiben, Entscheidungen treffen und Armeen befehligen. Die Friedensmacher brachten ihre nationalen Interessen mit, aber auch ihre Vorlieben und Abneigungen, und bei niemandem waren sie wichtiger als bei den mächtigen Männern, die sich – mit Clemenceau, Lloyd George und Wilson an der Spitze – in Paris zusammensetzten.

# TEIL I

## Bereit für den Frieden

# 1

## Woodrow Wilson kommt nach Europa

Am 4. Dezember 1918 legte die «George Washington» mit der amerikanischen Delegation bei der Friedenskonferenz an Bord in New York ab. Kanonen schossen Salut, eine grosse Menschenmenge jubelte den Reisenden zu, Schlepper liessen ihre Sirenen ertönen, und Armeeflugzeuge und Luftschiffe kreisten am Himmel. Der amerikanische Aussenminister Robert Lansing liess Brieftauben mit Nachrichten an Verwandte aufsteigen, in denen er seine tiefe Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden ausdrückte.<sup>1</sup> Das Schiff, ursprünglich ein deutscher Passagierdampfer, glitt an der Freiheitsstatue vorbei auf den Atlantik hinaus, wo eine Eskorte aus Zerstörern und Schlachtschiffen wartete, um es mit seiner Fracht aus grossen Erwartungen nach Europa zu begleiten.<sup>2</sup>

An Bord waren eine handverlesene Gruppe der besten Experten, die man an den Universitäten und im Staatsapparat gefunden hatte, Kisten voller Nachschlagewerke und Spezialstudien, der französische und der italienische Botschafter in den Vereinigten Staaten und Woodrow Wilson. Vor ihm war noch kein anderer amerikanischer Präsident während seiner Amtszeit nach Europa gereist. Wilsons Gegner warfen ihm Verfassungsbruch vor; selbst seine Anhänger hielten die Reise für unklug. Würde er nicht seine grosse moralische Autorität einbüssen, wenn er sich in die Niederungen konkreter Verhandlungen begab? Seine eigene Ansicht war klar: Den Frieden zu schaffen, war genauso wichtig wie den Krieg zu gewinnen. Er schuldete es den Völkern Europas, die nach einer besseren Welt verlangten, und er schuldete es den amerikanischen Soldaten. «Es ist jetzt meine Pflicht», erklärte er einem nachdenklich gestimmten Kongress kurz vor seiner Abreise, «meinen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele zu leisten, für die unsere Männer ihr Blut und Leben eingesetzt haben.»<sup>3</sup> Ein britischer Diplomat sah es zynischer. Wilson, sagte er, ziehe es nach Paris «wie eine von der Aussicht auf ihren ersten Ball verzückte Debütantin».<sup>4</sup>

Wie Wilson seinem bereits in Europa weilenden engen Freund Edward House schrieb, wollte er nur so lange bleiben, bis die Grundlinien der Frie-

densregelungen festgelegt waren. Dass er bis zur förmlichen Friedenskonferenz mit den Kriegsgegnern bleiben würde, hielt er für unwahrscheinlich.<sup>5</sup> Er irrte sich. Die Vorbereitungskonferenz verwandelte sich, ohne dass irgendjemand es gewollt hätte, in die Hauptkonferenz, und Wilson blieb fast die gesamten entscheidenden sechs Monate bis Juni 1919 in Paris. Die Frage, ob er die Reise hätte unternehmen sollen oder nicht, die viele seiner Zeitgenossen so erregte, erscheint heute als unwichtig. Von Franklin Delano Roosevelt in Jalta bis zu Jimmy Carter in Camp David oder Bill Clinton in Wye River haben amerikanische Präsidenten an Verhandlungen teilgenommen, um Grenzen zu ziehen und Friedensverträge auszuarbeiten. Wilson hatte die Bedingungen für den Waffenstillstand, der die Kampfhandlungen beendete, bestimmt. Warum sollte er nicht auch den Friedensschluss vollziehen?

Obwohl bei seinem Amtsantritt im Jahr 1912 sein Augenmerk nicht auf der Aussenpolitik lag, hatten die Umstände und seine eigenen fortschrittlichen politischen Überzeugungen dazu geführt, dass sein Blick sich auf das Ausland richtete. Wie viele seiner Landsleute hatte er den Ersten Weltkrieg im Lauf der Zeit immer mehr als Kampf zwischen den Kräften der Demokratie, wie unvollkommen auch immer vertreten durch Grossbritannien und Frankreich, und den Kräften von Reaktion und Militarismus, nur zu gut repräsentiert durch Deutschland und Österreich-Ungarn, betrachtet. Mit dem Einmarsch in das « das neutrale Belgien, dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg und der Dreistigkeit, mit der es versuchte, Mexiko zu einem Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu verleiten, hatte Deutschland Wilson und die amerikanische Öffentlichkeit auf die Seite der Alliierten getrieben. Als im Februar 1917 in Russland eine demokratische Revolution stattfand, war einer der letzten Vorbehalte gegen den eigenen Kriegseintritt – dass ein autokratisches Regime zu den Alliierten gehörte – weggefallen. Obwohl Wilson im Wahlkampf von 1916 versprochen hatte, dass das Land neutral bleiben würde, führte er es im April 1917 in den Krieg. Er war sich sicher, das Richtige zu tun. Dies war dem Sohn eines presbyterianischen Pfarrers wichtig, denn er teilte zwar nicht dessen Berufung, aber doch die tiefen religiösen Überzeugungen.

Wilson wurde 1856, kurz vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs, in Virginia geboren. Obgleich er sein Leben lang in mancher Hinsicht ein Südstaatler blieb – in seinem Ehrgefühl und seiner Einstellung gegenüber Frauen und

Schwarzen –, akzeptierte er den Ausgang des Bürgerkriegs. Abraham Lincoln war neben Edmund Burke und William Gladstone einer seiner Helden.<sup>6</sup> Der junge Wilson war gleichzeitig höchst idealistisch gesinnt und immens ehrgeizig. Nach vier glücklichen Jahren in Princeton und einem unglücklichen Ausflug in die Jurisprudenz entschied er sich für eine Laufbahn als Lehrer und Schriftsteller. 1890 kehrte er als einer ihrer Stars an die Princeton University zurück, und zwölf Jahre später wurde er mit einhelliger Unterstützung von Kuratorium, Lehrkörper und Studenten ihr Direktor.

In den nächsten acht Jahren verwandelte er Princeton aus einem verschlafenen College für Gentlemen in eine grosse Universität. Er überarbeitete die Lehrpläne, sammelte bedeutende Spendengelder und holte die klügsten Köpfe des Landes an die Universität. 1910 war er landesweit bekannt, und die von konservativen Wirtschaftsbossen dominierte Demokratische Partei von New Jersey bot ihm an, ihn als Kandidaten für den Posten des Gouverneurs aufzustellen. Er willigte ein, bestand aber auf einem progressiven Wahlprogramm, das Kontrollen von Grossunternehmen und eine Weiterentwicklung der Demokratie vorsah. Er wurde mit grosser Mehrheit gewählt, und 1911 schossen überall «Wilson for President»-Klubs aus dem Boden. Er sprach für die Besitzlosen und Entrechteten und all jene, die vom raschen Wirtschaftswachstum des späten 19. Jahrhunderts nicht profitierten. 1912 wurde er auf dem Parteitag der Demokraten nach einem langen und intensiven Abstimmungskampf zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahl nominiert. Wilson profitierte von der Spaltung der Republikaner durch Theodore Roosevelts Entscheidung, für die Progressive Partei anzutreten, wurde im November 1912 zum Präsidenten gewählt, und vier Jahre später wurde er mit noch grösserer Mehrheit wiedergewählt.

Wilsons Laufbahn war eine Kette von Triumphen, aber es gab sowohl im persönlichen als auch im politischen Bereich auch dunklere Momente, depressive Verstimmungen und plötzliche, rätselhafte Erkrankungen. Darüber hinaus säumten seinen Weg eine Reihe von Feinden, unter ihnen viele ehemalige Freunde. «Er ist undankbar und ein Lügner», sagte ein führender Demokrat in einem Trinkspruch.<sup>7</sup> «Er kann sehr gut hassen», erklärte sein Pressesprecher und ergebener Bewunderer Ray Stannard Baker.<sup>8</sup> Ausserdem war er halsstarrig. «Wenn eine Frage auf den Tisch kommt», bemerkte House,

«ist er absolut offen und begrüsst jeden Vorschlag oder Rat, der zu einer korrekten Entscheidung führt. Aber er bleibt nur zugänglich, solange er die Frage erwägt und über seine Entscheidung nachdenkt. Ist die Entscheidung einmal gefällt, ist sie endgültig und jeder weitere Vorschlag und Rat ausgeschlossen. Danach ist er durch nichts mehr umzustimmen.»<sup>9</sup> Was die einen bewundernswert fanden, war für andere gefährlicher Egoismus. Nach Ansicht des französischen Botschafters in Washington war Wilson «ein Mann, der, hätte er einige Jahrhunderte früher gelebt, der grösste Tyrann der Welt gewesen wäre, denn er scheint nicht den geringsten Begriff davon zu haben, dass er jemals Unrecht haben könnte».<sup>10</sup>

Dieser Charakterzug trat zutage, als Wilson seine Mitgesandten oder Bevollmächtigten, wie die Hauptdelegierten genannt wurden, für die Friedenskonferenz auswählte. Er selbst war einer, House, sein «zweites Ich», wie er ihn gern nannte, ebenfalls.<sup>11</sup> Widerstrebend bestimmte er Aussenminister Lansing als dritten Bevollmächtigten, hauptsächlich, weil es einen merkwürdigen Eindruck gemacht hätte, wenn er ihn übergangen hätte. Einst hatte er Lansing wegen seines reichen Wissensfundus, seines akribischen Juristenverständes und seiner offensichtlichen Bereitschaft, sich im Hintergrund zu halten, bewundert. Aber inzwischen reagierte er nur noch gereizt und voller Verachtung auf ihn. Wie sich herausgestellt hatte, hatte Lansing durchaus starke Überzeugungen, die häufig im Widerspruch zu denen des Präsidenten standen. «Er hat», wie er sich bei House beklagte, der es mit Freude notierte, «keine Phantasie, keine konstruktiven Fähigkeiten und überhaupt kaum irgendwelche wirklichen Fähigkeiten.»<sup>12</sup> Der vierte Bevollmächtigte, General Tasker Bliss, befand sich als amerikanischer Militärrepräsentant im Obersten Kriegsrat bereits in Frankreich. Bliss war ein nachdenklicher, kluger Mann, der es liebte, mit einem Flachmann im Bett zu liegen und Thukydides im griechischen Original zu lesen, und nach Ansicht vieler jüngerer Mitglieder der amerikanischen Delegation hatte er seine beste Zeit schon lange hinter sich. Da Wilson während der Friedenskonferenz nur fünfmal mit ihm sprach, dürfte dies jedoch keine Rolle gespielt haben.<sup>13</sup> Der letzte der von Wilson ausgewählten Bevollmächtigten schliesslich, Henry White, war ein charmanter, liebenswerter pensionierter Diplomat, dessen Karriere lange vor dem Krieg ihren Höhepunkt überschritten hatte. Für Mrs. Wilson war er in Paris ein nützlicher Berater in Fragen der Etikette.<sup>14</sup>

Wilson's Auswahl rief in den Vereinigten Staaten Empörung hervor und ist seither umstritten geblieben. «Ein Haufen von Knickern», mokierte sich der ehemalige republikanische Präsident William Taft. «Ich bezweifle, dass sie etwas Gutes zustande bringen werden.»<sup>15</sup> Die Republikaner, von denen die meisten sich enthusiastisch für den Krieg eingesetzt hatten und viele jetzt seine Vision eines Völkerbunds teilten, hatte Wilson absichtlich übergangen. «Wisst ihr was?», liess der Komiker Will Rogers ihn zu den Republikanern sagen. «Teilen wir uns fifty-fifty auf: Ich gehe, und ihr, Leute, bleibt hier.» Selbst seine grössten Anhänger hatten ihn gedrängt, Männer wie Taft oder den führenden republikanischen Senator im wichtigen aussenpolitischen Ausschuss, Henry Cabot Lodge, mitzunehmen. Doch Wilson hatte es mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt.<sup>16</sup> Der wirkliche Grund war, dass er die Republikaner nicht mochte und ihnen nicht traute. Seine Entscheidung war kostspielig, denn sie schwächte seine Position in Paris und schädigte seinen Traum von einer neuen Weltordnung mit den Vereinigten Staaten im Zentrum.

Wilson ist in einer Weise rätselhaft geblieben, wie es Lloyd George oder Clemenceau, seine engsten Verhandlungspartner in Paris, nicht sind. Was soll man von einem Staatsführer halten, der sich der nobelsten biblischen Sprache bediente und sich gleichzeitig seiner Umgebung gegenüber so rücksichtslos verhielt? Der die Demokratie liebte, aber die meisten seiner Politikerkollegen verachtete? Der der Menschheit dienen wollte, aber so wenige persönliche Beziehungen hatte? War er, wie Theodore Roosevelt meinte, «der unseriöseste und kaltblütigste Opportunist, den wir jemals als Präsidenten hatten»?<sup>17</sup> Oder war er, wie Baker glaubte, einer jener seltenen Idealisten wie Calvin oder Cromwell, «die von Zeit zu Zeit auf der Erde auftauchen und, für einen Augenblick mit einer merkwürdigen Macht begabt, die irrende Menschheit vorübergehend auf eine höhere Ebene der Zufriedenheit heben, als sie auszuhalten vermag»?<sup>18</sup>

Wilson wollte an die Macht, und er wollte Grosses vollbringen. Zusammengeführt wurden die zwei Seiten seines Charakters durch seine Fähigkeit, vielleicht auch Selbsttäuschung, seine Entscheidungen so darzustellen, dass sie nicht bloss als notwendig, sondern als moralisch richtig erschienen. So wie in den ersten Kriegsjahren die Neutralität für die Amerikaner und sogar die Menschheit richtig war, so wurde der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zum Beginn eines Kreuzzugs gegen menschliche

Torheit und Gier, gegen Deutschland und für Gerechtigkeit, Frieden und Zivilisation. Diese Überzeugung, ohne die er niemals hätte versuchen können, was er in Paris unternahm, machte Wilson jedoch unduldsam gegenüber abweichenden Meinungen und blind gegenüber den berechtigten Sorgen anderer. Wer sich ihm widersetzte, befand sich nicht einfach nur im Unrecht, er war in seinen Augen schlecht.

Wie die Deutschen. Die Entscheidung, in den Krieg einzutreten, hatte Wilson Seelenqualen bereitet. Er hatte sich für einen Kompromissfrieden zwischen den Alliierten und den Mittelmächten eingesetzt. Auch nachdem sie sein Vermittlungsangebot abgelehnt hatten und deutsche U-Boote amerikanische Schiffe versenkten, hatte er weiter abgewartet, obwohl politische Gegner wie Roosevelt ihn der Feigheit bezichtigten und sein eigenes Kabinett einhellig für den Kriegseintritt eintrat. Am Ende entschied er sich dafür, weil Deutschland ihm, wie er fand, keine andere Wahl liess. «Es ist furchtbar», erklärte er im April 1917 im Kongress, als er diesen um die Zustimmung zur Kriegserklärung an Deutschland bat, «dies grosse und friedliebende Volk in den Krieg, in den schrecklichsten aller Kriege, führen zu müssen; die Zivilisation selbst scheint in Gefahr zu schweben ...»<sup>19</sup> Nach Wilsons Ansicht trug Deutschland oder wenigstens seine Führungsschicht eine schwere Schuld. Die Deutschen mochten erlöst werden, aber man musste sie auch bestrafen.

Auf den Fotos von 1919 sieht Wilson wie ein ausgezehrer Leichenbestatter aus, aber in Fleisch und Blut war er ein gutaussehender Mann mit feinen, klaren Gesichtszügen und schlanker, aufrechter Gestalt. Im Verhalten hatte er etwas von einem Priester und einem Professor. Er hatte grosses Vertrauen zur Vernunft und zu Fakten, auch wenn er es als verheissungsvolles Zeichen ansah, dass er an einem Freitag, dem 13. in Europa eintraf. Die Dreizehn war seine Glückszahl.<sup>20</sup> Selbst ein höchst emotionaler Mann, misstraute er den Gefühlen anderer. Sie waren gut, wenn sie Menschen dazu brachten, das Beste zu wollen, aber gefährlich, wenn sie sie vergifteten, wie es der Nationalismus tat. Lloyd George, der ihn nie ganz begriff, zählte einem Freund gegenüber seine guten Eigenschaften auf – er sei «freundlich, ernsthaft, direkt» –, nur um im selben Atemzug hinzuzufügen, ausserdem sei er «taktlos, starrsinnig und eitel».<sup>21</sup>

In der Öffentlichkeit benahm sich Wilson steif und förmlich, aber im



Umgang mit seinen Vertrauten war er charmant und sogar zu Scherzen aufgelegt. Besonders wohl fühlte er sich bei Frauen. Für gewöhnlich hatte er sich vollkommen unter Kontrolle, aber während der Friedenskonferenz verlor er regelmässig die Fassung. (Möglicherweise erlitt er während des Aufenthalts in Paris einen Herzinfarkt.) Er liebte Wortspiele und Limericks und veranschaulichte seine Argumente gern mit volkstümlichen Geschichten. Ausserdem verfiel er gern in einen Dialekt: den schottischen oder irischen seiner Vorfahren oder auch den der Schwarzen in den Südstaaten, wie ihn einige seiner Angestellten in Washington sprachen. Er lebte enthaltsam und trank höchstens einmal einen Whisky am Abend. Er liebte technische Apparate und mochte die neue Filmkunst. In Europa ging er gerne abends ins Kino. Zur allgemeinen Bestürzung lief eines Abends als Hauptfilm ein Melodram mit dem Titel *The Second Wife*.<sup>22</sup>

Wilson's Beziehung zu Frauen hatte immer für einiges Gerede gesorgt. Während seiner ersten Ehe unterhielt er mit mehreren Frauen enge, vielleicht sogar romantische Freundschaften. Seine erste Frau, die er tief, wenn auch nicht leidenschaftlich geliebt hatte, war 1914 gestorben. Ende 1915 hatte er erneut geheiratet, eine reiche, siebzehn Jahre jüngere Washingtoner Witwe. Dass man sich über diese Ehe den Mund zerriss, verwirrte und empörte ihn. Er vergass es einem britischen Diplomaten nie, dass er einen Witz zum Besten gab, der in Washington die Runde machte: «Was hat die neue Mrs. Wilson getan, als der Präsident ihr einen Antrag machte?» – «Sie ist vor Überraschung aus dem Bett gefallen.» Wilsons eigene Familie und seine Freunde waren nachsichtiger. «Ist es nicht grossartig, Vater so glücklich zu sehen?», bemerkte eine seiner Töchter. House, der später ein erbitterter Feind von Mrs. Wilson werden sollte, schrieb in sein Tagebuch, es sei eine Erleichterung, zu sehen, dass Wilson jemanden an seiner Seite habe, mit dem er seine Last teilen könne: «Seine Einsamkeit ist herzergreifend.»<sup>23</sup>

Edith Bolling, die neue Mrs. Wilson, begleitete ihren Mann nach Europa, ein Privileg, das weniger hochgestellten Frauen verwehrt wurde. Sie war herzlich und lebhaft und lachte viel. Sie liebte das Golfspiel, Einkaufen, Orchideen und Partys. Sie hatte wundervolle Augen, darin war man sich einig, aber manche fanden sie ein wenig mollig und ihren Mund etwas zu gross. In Paris war man der Ansicht, dass sie etwas zu enge Kleider mit zu tiefen Ausschnitten und zu kurze Röcke trug.<sup>24</sup> In Wilsons Augen war sie schön. Wie er stammte sie aus dem Süden.

Sie habe ihr Dienstmädchen nicht nach London mitgebracht, weil sie sie nicht verderben wolle, erklärte sie einem amerikanischen Gesprächspartner; die Briten würden die Schwarzen zu gut behandeln.<sup>25</sup> Obwohl sie das leichtfertige, kokette Verhalten von Südstaatenfrauen an den Tag legte, war sie eine gewieftete Geschäftsfrau. Nach dem Tod ihres Mannes hatte sie das Juweliergeschäft der Familie weitergeführt, und Wilson erwartete von ihr, wie er ihr vor der Hochzeit deutlich zu verstehen gegeben hatte, dass sie auch sein Berufsleben teile. Sie nahm das Angebot mit Freuden an. Wenn auch keine Intellektuelle, besass sie doch einen wachen Verstand und grosse Entschlossenheit.<sup>26</sup> Ausserdem war sie ihrem neuen Ehemann treu ergeben. Wilson seinerseits betete sie an.

An Bord der «George Washington» blieben die Wilsons zumeist für sich. Sie assen für gewöhnlich in ihrer Kabine und gingen Arm in Arm an Deck spazieren. Unterdessen arbeiteten die amerikanischen Experten an ihren Landkarten und Papieren und überlegten mit einiger Ratlosigkeit, wie die Politik ihres Landes aussehen sollte. Über allgemeine Prinzipien hatte Wilson viel gesprochen, aber selten über Konkretes. Ein junger Mann namens William Bullitt fasste sich schliesslich ein Herz und eröffnete dem Präsidenten, dass er sie alle durch sein Schweigen verunsichere. Wilson war überrascht, willigte aber sogleich ein, sich mit einem Dutzend führender Experten zu treffen. «Es war wirklich das erste Mal», erklärte ein Teilnehmer hinterher, «dass der Präsident irgendjemand wissen liess, was seine Ideen und seine Absichten waren.» Viele solcher Besprechungen sollte es nicht geben.<sup>27</sup> Die Experten verliessen das Treffen beeindruckt und mit neuem Tatendrang. Wilson hatte sich zwanglos und zugewandt gezeigt, über die schwere Aufgabe, die vor ihnen lag, gesprochen und betont, wie sehr er sich darauf verlasse, dass die Experten ihn mit den besten verfügbaren Informationen versorgten. Sie könnten sich jederzeit wieder an ihn wenden. «Sagen Sie mir, was richtig ist», hatte er sie ermuntert, «und ich werde dafür kämpfen.» Er hatte sich dafür entschuldigt, dass er ihnen seine eigenen Ideen dargelegt hatte. Sie seien nicht sehr gut gewesen, aber er habe sie für besser gehalten als alles, was er sonst gehört habe.<sup>28</sup>

Was den Frieden angehe, hatte Wilson erklärt, sollten die USA die Stellung eines Schiedsrichters einnehmen. Sie müssten sich der grossen amerikanischen Tradition von Gerechtigkeit und Grosszügigkeit gewachsen

zeigen. Immerhin seien sie die «Einzigsten ohne eigene Interessen auf der Friedenskonferenz». Darüber hinaus würden die Männer, mit denen sie es zu tun bekämen, «ihre eigenen Völker nicht repräsentieren». Davon war Wilson zutiefst überzeugt, was merkwürdig war für jemanden, dem ein Kongress gegenüberstand, der von seinen politischen Gegnern beherrscht wurde. Während der gesamten Friedenskonferenz hielt er an dem Glauben fest, dass er für die Massen sprach und dass sie, wenn er sie nur erreichen konnte – seien es nun Franzosen, Italiener oder sogar Russen –, seinen Ansichten zustimmen würden.<sup>29</sup>

Auch ein anderes Lieblingsthema hatte er angeschnitten: dass die Vereinigten Staaten nicht aus eigennützligen Gründen in den Krieg eingetreten seien. In dieser Hinsicht, hatte er unterstrichen, würden sie wie in vielem anderen auch unter den Nationen herausragen, denn sie würden weder nach territorialen Gewinnen noch nach Tributzahlungen und noch nicht einmal nach Rache streben. (Als Zeichen dafür, dass sich der amerikanische Kriegseintritt von dem der Europäer unterschied, hatte er stets darauf bestanden, dass die Vereinigten Staaten kein Verbündeter seien, sondern nur ein Partner.) Die Vereinigten Staaten würden stets selbstlos handeln, wie beispielsweise bei der Besetzung Kubas. «Wir haben gegen Spanien Krieg geführt», erklärte er, «nicht mit dem Ziel der Annexion, sondern um der hilflosen Kolonie die Gelegenheit zur Freiheit zu geben.»<sup>30</sup>

Da Wilson seine prägenden aussenpolitischen Erfahrungen in Lateinamerika gesammelt hatte, bezog er sich gern auf Beispiele aus dieser Region. Er hatte die Monroe-Doktrin umformuliert, und zumindest er selbst war damit zufrieden. Mit dieser berühmten Kampfansage hatten die Vereinigten Staaten 1823 die Europäer davor gewarnt, noch einmal zu versuchen, die Neue Welt zu kolonisieren. Die Doktrin war zu einem Grundpfeiler der amerikanischen Aussenpolitik geworden, einer Fassade, wie manche meinten, für die Herrschaft der USA über ihre Nachbarn. Wilson verstand sie eher als Rahmen, in dem die Länder von Nord- und Südamerika friedlich zusammenarbeiteten, und sah in ihr ein Modell für die kriegerischen europäischen Nationen. Lansing war, wie so oft in Bezug auf Wilsons Ideen, skeptisch: «Die Doktrin ist ausschliesslich die nationale Politik der Vereinigten Staaten und bezieht sich auf ihre nationale Sicherheit und ihre vitalen Interessen.»<sup>31</sup>

Wilson schenkte Lansing aus seiner Sicht kleinlichen Einwänden kaum Beachtung.<sup>32</sup> Nach seinem Dafürhalten war völlig klar, dass er es gut meinte. Wenn amerikanische Truppen in Haiti, Nicaragua oder der Dominikanischen Republik einmarschierten, dann um Ordnung und Demokratie zu fördern. «Ich werde die südamerikanischen Republiken lehren, die richtigen Männer zu wählen!», hatte er in seiner ersten Amtszeit ausgerufen.<sup>33</sup> Dass er ausserdem den Panamakanal und amerikanische Investitionen schützte, erwähnte er in der Regel nicht. Während seiner Präsidentschaft intervenierten die Vereinigten Staaten wiederholt in Mexiko, um eine ihnen genehme Regierung zu installieren. «Ziel der Vereinigten Staaten», beteuerte Wilson, «ist es einzig und allein, den Frieden und die Ordnung in Mittelamerika zu sichern, indem sie darauf achten, dass das Prinzip der Selbstbestimmung nicht in Gefahr gerät oder abgeschafft wird.»<sup>34</sup> Als die Mexikaner den Einmarsch amerikanischer Truppen und die amerikanischen Drohungen nicht im selben Licht sahen, war er empört.

Das mexikanische Abenteuer enthüllte auch Wilsons – vielleicht unbewusste – Neigung, die Wahrheit zu ignorieren. Als er zum ersten Mal Truppen nach Mexiko entsandte, erklärte er im Kongress, dass er damit auf wiederholte Provokationen und Beleidigungen der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger durch General Huerta reagiere, den Mann, der die mexikanische Revolution auslöste. In Wirklichkeit hatte Huerta sorgfältig darauf geachtet, genau dies nicht zu tun.<sup>35</sup> Auf der Pariser Friedenskonferenz sollte Wilson behaupten, er habe die während des Krieges geschlossenen Geheimabkommen der Alliierten, die unter anderem Italien feindliche Territorien versprochen, nie zu Gesicht bekommen, obwohl der britische Aussenminister Arthur Balfour sie ihm 1917 gezeigt hatte.<sup>36</sup> «Sogar gesicherte Tatsachen wurden [von Wilson] ignoriert», beklagte sich Lansing, «wenn sie nicht zu dieser intuitiven Überzeugung, dieser halbgöttlichen Macht passten, das Richtige zu tun.»<sup>37</sup>

Wie die komplizierte Situation in Mexiko zeigte, schreckte Wilson nicht davor zurück, die beachtliche Macht seines Landes einzusetzen, ob nun auf finanziellem oder militärischem Gebiet. Und am Ende des Ersten Weltkriegs waren die Vereinigten Staaten noch weit mächtiger als 1914. Zunächst hatten sie nur eine winzige Armee und eine mittelgrosse Marine besessen, während jetzt allein in Europa eine Million amerikanische Soldaten standen und die amerikanische Marine es mit der britischen aufneh-

men konnte. Tatsächlich neigten die Amerikaner zu der Auffassung, sie hätten für ihre europäischen Verbündeten den Krieg gewonnen.<sup>38</sup> Die amerikanische Wirtschaft hatte einen rasanten Aufschwung erlebt, weil die Farmen Weizen und Schweinefleisch und die Fabriken Eisen und Stahl für die alliierte Kriegführung liefern mussten. Der amerikanische Anteil an der Weltproduktion und am Welthandel wuchs unaufhaltsam an, während derjenige der europäischen Länder stagnierte oder zurückging. Am wichtigsten für die gegenseitigen Beziehungen war jedoch, dass die Vereinigten Staaten zum Bankier der Europäer geworden waren. Zusammen schuldeten die europäischen Alliierten dem amerikanischen Staat mehr als sieben Milliarden Dollar und amerikanischen Banken noch einmal halb so viel. Wilson ging davon aus – allzu optimistisch, wie sich später herausstellte –, dass die Vereinigten Staaten einfach durch finanziellen Druck ihren Willen würden durchsetzen können.<sup>39</sup> «Europa ist finanziell bankrott, und seine Regierungen sind moralisch bankrott», urteilte der Rechtsberater David Hunter Miller. «Allein die Andeutung eines Rückzugs Amerikas wegen Widerstands gegen seine Wünsche nach Gerechtigkeit, Fairness und Frieden hätte, ohne Ausnahme, den Sturz sämtlicher europäischen Regierungen und, mit einer möglichen Ausnahme, eine Revolution in allen Ländern Europas herbeigeführt.»<sup>40</sup>

Bei der Zusammenkunft auf der «George Washington» sprach Wilson auch kurz über die Schwierigkeiten, die man in Bezug auf die aus den Trümmern Mitteleuropas entstehenden neuen Staaten – Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und andere – zu gewärtigen hatte. Sie könnten jede Regierungsform wählen, die sie wollten, dürften aber nur jene Gebiete einbeziehen, die tatsächlich zu ihnen gehören wollten. «Kriterium ist nicht, wer geistige, soziale oder ökonomische Führer sind, sondern, wer die Masse des Volks bildet», notierte ein Sitzungsteilnehmer. «Müssen Freiheit haben – das heisst die Art von Regierung, die sie wollen.»<sup>41</sup>

Von allen Ideen, die Wilson nach Europa mitbrachte, war und ist die der Selbstbestimmung eine der umstrittensten und unklarsten. Während der Friedenskonferenz schickte der Leiter der amerikanischen Botschaft in Wien wiederholt Anfragen nach Paris und Washington mit der Bitte um eine Erklärung des Begriffs. Er erhielt nie eine Antwort.<sup>42</sup> Herauszufinden, was Wilson meinte, war nie einfach gewesen. «Selbständige Entwick-

lung», «das Recht derer, die sich der Regierung unterwerfen, um selbst einen Anteil an ihr zu haben», «die Rechte und Freiheiten der kleinen Nationen», eine Welt, die sicher ist «für jede friedliebende Nation, die, wie die unsere, ihr eigenes Leben leben, ihre eigenen Einrichtungen bestimmen» wolle: Aus dem Weissen Haus waren zur Ermunterung der Völker immer neue Formulierungen zu hören gewesen.<sup>43</sup> Aber worauf liefen sie hinaus? Meinte Wilson lediglich, wie es manchmal schien, eine Verbreitung des Prinzips der demokratischen Selbstregierung? Oder beabsichtigte er wirklich, jedem Volk, das sich als Nation bezeichnete, einen eigenen Staat zuzugestehen?<sup>44</sup> In einer von ihm verfassten, aber nie verwendeten Erklärung, mit der er die Amerikaner für die Friedensregelungen hatte gewinnen wollen, stellte er fest: «Wir sagen jetzt, dass alle diese Völker das Recht haben, unter ihren eigenen Regierungen, deren Bildung sie selbst beschlossen haben, ihr eigenes Leben zu leben. Das ist das amerikanische Prinzip.»<sup>45</sup> Gleichwohl hegte er für die irischen Nationalisten und ihren Kampf zur Befreiung von der britischen Herrschaft keine Sympathie. Auf der Friedenskonferenz betonte er, dass die irische Frage eine innere Angelegenheit Grossbritanniens sei, und als eine nationalistische irische Delegation ihn um Unterstützung bat, hätte er ihr, wie er seinem Rechtsberater anvertraute, am liebsten gesagt, sie solle sich zum Teufel scheren. Nach seiner Ansicht lebten die Iren in einem demokratischen Land und konnten ihre Probleme mit demokratischen Mitteln lösen.<sup>46</sup>

Je eingehender man sich mit Wilsons Konzept der Selbstbestimmung beschäftigt, desto mehr Schwierigkeiten tauchen auf. «An welche Einheit denkt Wilson eigentlich», fragte Lansing, «wenn er von der Selbstbestimmung spricht? Meint er eine Rasse, einen Gebietsteil oder ein Gemeinwesen?» In Lansings Augen war es ein Unglück, dass Wilson auf dieses Wort gestossen war. «Es wird Hoffnungen erwecken, die sich niemals erfüllen lassen. Ich fürchte, dass es tausende und abertausende Leben kosten wird. Es muss auf die Dauer in Misskredit geraten und wird als Traum eines Idealisten verschrien werden, der die Gefahren nicht sah, bis es zu spät war, um alle diejenigen zurückzuhalten, die das Prinzip praktisch anzuwenden versuchen.»<sup>47</sup> Was, fragte Lansing weiter, machte eine Nation aus? Die gemeinsame Staatsbürgerschaft wie in den Vereinigten Staaten oder die gemeinsame Volkszugehörigkeit wie in Irland? Wenn sie sich

nicht selbst regierte, sollte sie es dann? Und wenn es so war, wie viel Selbstregierung war dann genug? Konnte eine Nation, wie immer sie definiert sein mochte, zufrieden in einem grösseren Vielvölkerstaat leben? Manchmal schien Wilson dies zu glauben. Immerhin kam er aus einem Land, das vielen verschiedenen Nationalitäten Schutz bot und einen schmerzlichen Krieg, an den er sich noch gut erinnern konnte, geführt hatte, um eine einzige Nation zu bleiben.

Anfangs hatte er die grossen Vielvölkerreiche wie Österreich-Ungarn und das Zarenreich nicht zerschlagen wollen. Im Februar 1918 hatte er im Kongress erklärt, dass «klar umschriebene» nationale Ansprüche befriedigt werden sollten, ohne dass «neue oder verewigte alte Elemente von Zwist und Feindschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, Teil des Ergebnisses sein sollten».<sup>48</sup>

Das führte zu einer Reihe weiterer Fragen. Was war ein «klar umschriebener» Nationalismus? Der polnische? In diesem Fall war die Sache offensichtlich. Aber was war mit dem ukrainischen Nationalismus? Oder dem slowakischen? Und was war mit Untergruppen, den ukrainischen Katholiken, zum Beispiel, oder den protestantischen Polen? Es gab unendlich viele Möglichkeiten, Völker aufzuteilen, insbesondere in Mitteleuropa, wo die Geschichte einen Flickenteppich aus religiösen, sprachlichen und kulturellen Gruppen geschaffen hatte. Ungefähr die Hälfte der dort lebenden Menschen konnten der einen oder anderen nationalen Minderheit zugeordnet werden.<sup>49</sup> Wie sollten Völker einem Land zugeordnet werden, wenn die Trennlinien zwischen den Nationen so unklar waren? Eine mögliche Lösung war, es den Experten zu überlassen. Sollten sie die Geschichte studieren, Statistiken sammeln und Ortsansässige befragen. Eine andere, demokratischere Lösung, die seit der Französischen Revolution in den internationalen Beziehungen im Schwange war, bestand darin, den in den betreffenden Gebieten lebenden Menschen in einer von irgendeiner internationalen Organisation durchgeführten Volksabstimmung mit geheimer Stimmabgabe die Entscheidung zu überlassen. Wilson selbst scheint nicht angenommen zu haben, dass das Selbstbestimmungsprinzip Plebiszite erfordern würde, aber viele andere waren 1918 dieser Auffassung. Doch wer sollte abstimmen? Nur Männer oder auch Frauen? Nur die Bewohner oder jeder, der in dem umstrittenen Gebiet geboren war? (Die Franzosen lehn-

ten eine Volksabstimmung über ihre verlorenen Provinzen Elsass und Lothringen strikt ab, mit der Begründung, dass sie unfair gewesen wäre, da Deutschland französischsprachige Bewohner hinausgedrängt und Deutsche ins Land gebracht hatte.) Und was war, wenn die Ortsansässigen nicht wussten, zu welchem Volk sie gehörten? Als ein aussenstehender Forscher 1920 im weissrussischen Grenzgebiet, in dem sich Russen, Polen, Litauer, Weissrussen und Ukrainer mischten, einen Bauern fragte, was er sei, erhielt er die Antwort: «Ich bin ein Katholik mit diesen Anteilen.»<sup>50</sup> Was macht man, fragten amerikanische Experten in Kärnten, mit Leuten, «die sich der Nation ihrer Blutsbrüder nicht anschliessen wollen oder aber nationalen Fragen gleichgültig gegenüberstehen»?<sup>51</sup>

Ende 1919 erklärte Wilson im Kongress ernüchert: «Als ich jene Äusserung machte [dass alle Nationen ein Recht auf Selbstbestimmung hätten], ahnte ich nicht, dass wir es jeden Tag mit neuen Nationalitäten zu tun haben würden.»<sup>52</sup> Er war für die Ausbreitung von Nationalbewegungen, die einen eigenen Staat forderten, nicht verantwortlich – es gab sie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts –, aber, wie der italienische Aussenminister Sonnino es ausdrückte, der Krieg hatte «zweifelloos die Folge, dass das Nationalgefühl übermässig aufgestachelt wurde», und vielleicht habe Amerika «es bestärkt, indem es die Prinzipien so klar formulierte».<sup>53</sup>

Die meiste Zeit der Besprechung mit seinen Experten verwandte Wilson auf das Thema, das ihm am meisten am Herzen lag: Mechanismen für eine neue Gestaltung der internationalen Beziehungen zu finden. Das war für niemanden überraschend. In seinem berühmten Vierzehn-Punkte-Programm vom 8. Januar 1918 und in späteren Reden hatte er seine Vorstellungen dargelegt. Das Mächtegleichgewicht, erklärte er am 11. Februar 1918 in seiner «Vier Prinzipien»-Rede vor dem Kongress, habe als Mittel der Friedenerhaltung ausgedient. Eine Geheimdiplomatie wie jene, die Europa mit eigennützig kalkulierten Abmachungen, übereilten Versprechungen und einengenden Bündnissen auf den abschüssigen Weg in den Krieg geführt habe, werde es nicht mehr geben. Die Friedensvereinbarungen müssten künftige Kriege unmöglich machen. Niemand dürfe Vergeltung üben, ungerechtfertigte Ansprüche erheben oder riesige Entschädigungszahlungen der Unterlegenen an die Sieger fordern. Das habe man 1870 nach dem Sieg Preussens über Frankreich falsch gemacht. Die Franzosen hätten Deutschland die Reparationszahlungen und den Verlust von



Elsass-Lothringen nie verziehen. Die Kriegführung müsse erschwert werden. Man müsse Rüstungskontrollen einführen und am besten eine allgemeine Abrüstung in die Wege leiten. Schiffe müssten frei und ungehindert über die Weltmeere fahren dürfen. (Den Briten war klar, was dies für sie bedeutete, nämlich das Aus für ihre traditionelle Strategie, durch die Blockade der Häfen und die Eroberung der Schiffe ihrer Feinde deren Wirtschaft abzuwürgen, der Strategie, mit der sie Napoleon bezwungen und, wie sie glaubten, den alliierten Sieg über Deutschland beschleunigt hatten.) Handelsschranken müssten abgebaut werden, erklärte Wilson, damit die Nationen der Welt in engere Beziehungen zueinander treten könnten.

Den Kern von Wilsons Vision bildete ein Völkerbund, der die kollektive Sicherheit schaffen sollte, die in einer gut organisierten zivilen Gesellschaft durch den Staat, die Gesetze, die Gerichte und die Politik gewährleistet wurde. «Das alte Mächtesystem, Mächtegleichgewicht hat zu oft versagt», notierte sich ein Experte während der Rede des Präsidenten. Der Völkerbund werde einen Rat haben, der in Streitfällen «einschreiten» solle. «Wenn erfolglos, ist die anstössige Nation zu ächten – ,Und Gesetzlose sind heute nicht sehr beliebt’.»<sup>54</sup>

Es war eine liberale und christliche Vision, die gegen die Auffassung stand, der beste Weg, den Frieden zu erhalten, bestehe darin, ein Gleichgewicht zwischen den Nationen herzustellen, durch Bündnisse, wenn nötig, und dass Abschreckung nicht durch kollektive Sicherheit, sondern durch Stärke erreicht werde. Auch die von den russischen Bolschewisten angebotene Alternative, dass die Revolution die Welt vereinen und Konflikte ausschliessen würde, wies Wilson zurück. Er glaubte an selbständige Nationen und an die Demokratie, in der er sowohl die beste Regierungsform als auch eine Kraft sah, die das Gute in der Welt voranbrachte. Wenn Regierungen von den Völkern gewählt wurden, würden sie nicht gegeneinander kämpfen – sie könnten es gar nicht.<sup>55</sup> «Das sind amerikanische Grundsätze», hatte er 1917 im Senat erklärt. «Für andere können wir nicht eintreten. Es sind auch die Grundsätze und Richtlinien der Zukunft zugewandter Männer und Frauen in jedem modernen Volk, in jedem aufgeklärten Gemeinwesen. Es sind die Grundsätze der Menschheit, und sie müssen siegen.»<sup>56</sup> Er glaubte für die Menschheit zu sprechen. Amerikaner neigten dazu, ihre Werte für universal und ihren Staat und ihre Gesellschaft für ein für alle anderen taugliches Modell zu halten. Immerhin waren die Verei-

nigten Staaten von Menschen gegründet worden, die eine alte Welt hinter sich gelassen hatten, und bei ihrer Revolution ging es auch darum, eine neue zu schaffen. Die amerikanische Demokratie, die amerikanische Verfassung, sogar die amerikanische Art, Geschäfte zu machen, waren Vorbilder, die andere zu ihrem Besten nachahmen sollten. «Bevor wir mit den Leuten hier drüben fertig sind», erklärte einer der jüngeren Amerikaner in Paris, «werden wir ihnen beibringen, wie man die Dinge erledigt und wie man es schnell macht.»<sup>57</sup>

Die Amerikaner hatten eine komplexe Sicht auf Europa, bei der sich Bewunderung für die Leistungen der Vergangenheit mischte mit der Überzeugung, dass die Alliierten ohne die Vereinigten Staaten verloren gewesen wären, und der Befürchtung, dass die Europäer, wenn die Amerikaner nicht aufpassten, sie wieder in ihre Konflikte hineinziehen würden. Während der Vorbereitung der Friedenskonferenz hatten die amerikanischen Delegierten gegewöhnt, dass die Franzosen und die Briten schon dabei waren, Fallen aufzustellen. Vielleicht würde das Angebot einer afrikanischen Kolonie oder eines Protektorats über Armenien oder Palästina die Vereinigten Staaten in Versuchung führen – und dann wäre plötzlich alles zu spät. Die Amerikaner würden sich in Schwierigkeiten bringen, während die Europäer sich vergnügt die Hände rieben.<sup>58</sup>

Der amerikanische Sonderweg hatte immer zwei Seiten: auf der einen den Ehrgeiz, die Welt in Ordnung zu bringen, und auf der anderen die Neigung, sich voller Verachtung von ihr abzuwenden, wenn sie die Botschaft ignorierte. Das Friedensabkommen, erklärte Wilson seinen Mitreisenden, müsse auf den neuen Grundsätzen beruhen: «Wenn es nicht richtig funktioniert, wird die Welt Zeter und Mordio schreien.» Er selbst, fügte er halb im Scherz hinzu, werde dann irgendwohin gehen und «den Kopf in den Sand stecken, vielleicht nach Guam».<sup>59</sup> Das Vertrauen in die eigene Sonderrolle hatte auf Seiten der Amerikaner manchmal zu einer gewissen Engstirnigkeit geführt, zu der Neigung, anderen Nationen Predigten zu halten, statt ihnen zuzuhören, und der Annahme, sie hätten als Einzige reine Motive. Und Wilson war sehr amerikanisch. Nach Lloyd Georges Eindruck kam er wie ein Missionar zu der Friedenskonferenz, um die heidnischen Europäer mit «kleinen Sermonen» voller Allgemeinplätze zu retten.<sup>60</sup>

Es war leicht, sich über Wilson lustig zu machen, und viele taten es. Ebenso leicht vergisst man, wie wichtig seine Grundsätze 1919 waren und

wie viele Menschen nicht nur in den Vereinigten Staaten an seinen grossen Traum von einer besseren Welt glauben wollten. Und mit dem Zusammenbruch als Ergebnis des Ersten Weltkriegs hatten sie einen schrecklichen Bezugspunkt. Wilson hielt die Hoffnung wach, dass die menschliche Gesellschaft allem Anschein zum Trotz Fortschritte machte und die Nationen eines Tages in Eintracht miteinander leben würden. 1919, bevor die Desillusionierung einsetzte, war die Welt mehr als bereit, ihm zuzuhören. Was Wilson zu sagen hatte, traf nicht nur bei Liberalen und Pazifisten einen Nerv, sondern auch in den politischen und diplomatischen Eliten Europas, die, wie später fälschlicherweise behauptet wurde, angeblich nichts davon hören wollten. Maurice Hankey, der Sekretär des britischen Kriegskabinetts und nun der Pariser Friedenskonferenz, trug in einer Schachtel für wichtiges Arbeitsmaterial stets ein Exemplar der Vierzehn Punkte bei sich. In seinen Augen bildeten sie die «moralische Grundlage» der Verhandlungen.<sup>61</sup> Überall in Europa trugen Plätze, Strassen, Bahnhöfe und Parks Wilsons Namen. Auf Plakaten wurde gefordert: «Wir wollen einen Wilson-Frieden!» In Italien knieten Soldaten vor seinem Foto nieder; in Frankreich brachte die linke Zeitung *L'Humanité* eine Sonderausgabe heraus, in der die Koryphäen der französischen Linken miteinander um das grösste Lob auf den amerikanischen Präsidenten wetteiferten. Die Anführer des arabischen Aufstands in der Wüste, polnische Nationalisten in Warschau, Rebellen auf den griechischen Inseln, Studenten in Peking, Koreaner, die die japanische Herrschaft abschütteln wollten: Für sie alle waren die Vierzehn Punkte eine Ermutigung.<sup>62</sup> Wilson selbst fand es erhebend, aber auch beängstigend. «Ich frage mich», sagte er zu George Creel, seinem brillanten Propagandachef, der sich ebenfalls an Bord der «George Washington» befand, «ob du nicht unbewusst ein Netz für mich gesponnen hast, aus dem es kein Entrinnen gibt.» Die ganze Welt schaue auf die Vereinigten Staaten, aber sie beide, fügte er hinzu, wüssten, dass derart grosse Probleme nicht im Handumdrehen gelöst werden könnten. «Was ich sehe, so scheint mir – und ich hoffe inständig, dass ich mich irre –, ist die Tragödie der Enttäuschung ...»<sup>63</sup>

Am 13. Dezember 1918 lief die «George Washington» in den Hafen von Brest ein. Das Kriegsende lag nur einen Monat zurück. Wilson stand auf der Brücke des Schiffs, während es langsam an einer langen Reihe britischer, französischer und amerikanischer Kriegsschiffe vorbeifuhr. Zum er-

sten Mal seit Tagen schien wieder die Sonne. Die Strassen waren mit Lorbeerkränzen und Fahnen geschmückt. An den Hauswänden zollten Plakate Wilson Tribut, diejenigen der Rechten aus Dank für die Rettung vor Deutschland und diejenigen der Linken wegen der neuen Weltordnung, die er versprach. Dicht an dicht drängten sich die Menschen auf den Bürgersteigen, viele in die traditionelle bretonische Tracht gekleidet; jedes Dach, jeden Baum und sogar die Laternenmasten hatten sie besetzt. Die Luft schwirrte vom Pfeifen bretonischer Dudelsäcke und von Hochrufen: «Vive l'Amérique, vive Wilson!» Der französische Aussenminister Stéphane Pichon begrüßte den amerikanischen Präsidenten mit den Worten: «Wir sind so dankbar, dass Sie herübergekommen sind, um uns die richtige Art von Frieden zu bringen.» Wilson erwiderte mit einer nichtssagenden Floskel, und dann bestieg die amerikanische Delegation den Nachtzug nach Paris. Um drei Uhr nachts schaute Wilsons Arzt zufällig aus dem Fenster seines Abteils. «Ich sah nicht nur Männer und Frauen», berichtete er, «sondern auch Kinder mit blossem Kopf an der Strecke stehen, um den vorbeifahrenden Sonderzug zu begrüßen.»<sup>64</sup>

In Paris erwartete Wilson ein noch grandioserer Empfang durch eine noch grössere Menschenmenge. Laut einem in Paris lebenden Amerikaner war es die «bemerkenswerteste Demonstration von Begeisterung und Zuneigung», von der er jemals gehört hatte, ganz zu schweigen davon, dass er schon einmal Ähnliches gesehen hätte. Der Gare du Luxembourg, die Endstation des Sonderzuges, war mit Fahnentüchern und Flaggen geschmückt und in ein wahres Blumenmeer verwandelt worden. Auf dem Bahnsteig empfing der französische Ministerpräsident Clemenceau zusammen mit seiner Regierung und seinem alten Widersacher, dem Präsidenten Raymond Poincaré, die Amerikaner. Nachdem Kanonenböller den Parisern Wilsons Ankunft verkündet hatten, konnte die Soldatenkette, die seinen Fahrweg freihielt, die Menschenmenge nur mühsam zurückhalten. Das amerikanische Präsidentenehepaar fuhr unter dem Jubel der Menschen in einer offenen Kutsche über den Place de la Concorde und die Champs-Élysées entlang. Bei dem familiären Abendessen an jenem Tag erklärte Wilson, er habe sich über den Empfang sehr gefreut. «Er habe das Verhalten der Menschenmenge genau beobachtet», berichtete er den Anwesenden, «und es freue ihn, dass es überaus freundlich gewesen sei.»<sup>65</sup>

## 2

### Erste Eindrücke

Am Nachmittag des Ankunftstages hatte Wilson seinen engsten Vertrauten, Oberst Edward House, wiedergetroffen. House sah nicht aus wie der reiche Texaner, der er war. Er war klein, blass, zurückhaltend und zerbrechlich und hatte häufig eine Decke über den Knien, weil er die Kälte nicht ertrug. Als die Friedenskonferenz begann, erkrankte er an einer Grippe, an der er beinahe gestorben wäre. Er hatte eine weiche, freundliche Stimme und gestikulierte beim Sprechen mit seinen kleinen, feingliedrigen Händen, als hielte er etwas in ihnen. Er sprach gleichbleibend ruhig, vernünftig und höflich.<sup>1</sup>

Er war kein richtiger Oberst; es war nur ein Ehrentitel. Er hatte nie an einem Krieg teilgenommen, wusste aber einiges über Konflikte. In seiner Kindheit war Texas ein Ort gewesen, an dem Männer bei der ersten Andeutung einer Beleidigung zum Revolver griffen. House konnte schon mit drei Jahren reiten und schießen. Einem Bruder war bei einer kindischen Schiesserei das halbe Gesicht weggeschossen worden; ein anderer war beim Sturz von einem Trapez ums Leben gekommen. Auch House hatte einen Unfall gehabt, von dem er sich nie mehr ganz erholen sollte: Er war von einem Seil gefallen und mit dem Kopf aufgeschlagen. Da er andere nicht mehr physisch dominieren konnte, lernte er, es psychologisch zu tun. «Es machte mir Spass, andere Jungen gegeneinander aufzuhetzen», gestand er seinem Biographen, «um zu sehen, was sie tun würden, und dann zu versuchen, sie wieder umzustimmen.»<sup>2</sup>

Er entwickelte ein herausragendes Verständnis für Menschen. Fast alle, die ihn kennenlernten, fanden ihn auf Anhieb sympathisch und liebenswürdig. «Ein verbindlicher Mann», sagte der Sohn eines seiner Feinde über ihn, «selbst wenn er einem die Kehle durchschneidet.»<sup>3</sup> House liebte die Macht und die Politik, besonders wenn er hinter den Kulissen agieren konnte. In Paris bezeichnete ihn Baker halb bewundernd als «das kleine Nadelöhr, durch das viele grosse Ereignisse hindurchmüssen».<sup>4</sup> House gab selten Interviews und nahm so gut wie nie ein öffentliches Amt an. Dies

machte ihn natürlich zum Gegenstand vieler Spekulationen. Er wolle bloss nützlich sein, pflegte er zu sagen. In seinem Tagebuch hielt er indes sorgfältig fest, welche mächtigen Bittsteller bei ihm vorstellig wurden. Ausserdem notierte er jedes Kompliment, ganz gleich, wie übertrieben es war.<sup>5</sup>

Er war wie die meisten Südstaatler seiner Hautfarbe Demokrat, gehörte aber dem liberalen, fortschrittlichen Flügel an. Als Wilson in die Politik ging, erkannte House, der sich in der texanischen Politik bereits einen Namen gemacht hatte, in ihm jemanden, mit dem er zusammenarbeiten konnte. Die beiden lernten sich 1911 kennen, als Wilson die Präsidentschaftskandidatur anstrebte. «Wir hatten fast von Anfang an ein vertrautes Verhältnis zueinander», erinnerte sich House Jahre später, nachdem die Freundschaft unwiederbringlich zerbrochen war. «Unsere Überzeugungen befanden sich fast von Anfang an im Einklang.»<sup>6</sup> Er brachte Wilson die grossmütige Zuneigung und Loyalität entgegen, die er verdiente, und Wilson verlieh ihm Macht. Nach dem Tod seiner ersten Frau wurde Wilsons Abhängigkeit von House sogar noch grösser. «Sie sind der einzige Mensch auf Erden, mit dem ich alles besprechen kann», schrieb er ihm 1915. «Es gibt einige, mit denen ich das eine oder andere besprechen kann, aber Sie sind der einzige, dem ich alles beichten kann.»<sup>7</sup> Als die zweite Mrs. Wilson auf der Bildfläche erschien, behielt sie House mit von Eifersucht geschärftem Blick im Auge.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs sandte Wilson seinen Vertrauten in die Hauptstädte Europas, um den aussichtslosen Versuch zu unternehmen, die Kämpfe zu beenden, und als der Krieg sich dem Ende zuneigte, schickte er ihn eilends nach Paris, um die Waffenstillstandsbedingungen auszuhandeln. «Ich habe Ihnen keinerlei Instruktionen gegeben», sagte Wilson beim Abschied zu ihm, «weil ich glaube, dass Sie wissen, was zu tun ist.»<sup>8</sup> House gehörte zu denen, die zutiefst überzeugt waren, dass Wilsons neue Diplomatie die grosse Hoffnung für die Welt war. Er hielt den Völkerbund für eine grossartige Idee. Ausserdem glaubte er, dass er besser als Wilson in der Lage war, ihre gemeinsamen Ziele zu erreichen. Wo der Präsident zu idealistisch und zu dogmatisch war, war er ein Macher: ein Nicken hier, ein Achselzucken dort, eine leichte Akzentverschiebung, ein Versprechen erst an den einen und dann an jemand anders, um über Differenzen hinwegzugleiten und zu erreichen, dass die Dinge funktionieren. Er war gegen Wilsons Teilnahme an der Friedenskonferenz gewesen. In

den folgenden Monaten hielt er in seinem Tagebuch denn auch systematisch dessen Fehler fest: seine Temperamentsausbrüche, seine Unbeständigkeit, sein fehlendes Verhandlungsgeschick und sein «einseitiges» Denken.<sup>9</sup>

Clemenceau schätzte House sehr, zum Teil, weil er ihn amüsierte, aber auch, weil er die französischen Sorgen zu verstehen schien.<sup>10</sup> «Ich komme gut mit Ihnen aus», versicherte Clemenceau dem Amerikaner. «Sie sind praktisch. Sie verstehe ich, aber mit Wilson zu reden ist, als würde man mit Jesus Christus reden!»<sup>11</sup> Lloyd George reagierte kühler. House, schrieb er, «sah klarer als die meisten Männer – und sogar Frauen – auf den Grund der flachen Gewässer, die man hier und dort in den grössten Ozeanen und Männen findet». Lloyd George fand ihn charmant, aber beschränkt: «im Wesentlichen ein Verkäufer und kein Produzent». Er wäre ein guter Botschafter gewesen, aber niemals ein Aussenminister. «Es ist ihm vielleicht zugutezuhalten», schloss Lloyd George freundlich, «dass er nicht annähernd so schlau war, wie er glaubte.»<sup>12</sup> House seinerseits konnte Lloyd George nicht ausstehen, der in seinen Augen ein «Unheilstifter» war, «der seine Meinung ändert wie ein Wetterhahn. Er besitzt keinerlei profundes Wissen über die Fragen, mit denen er sich befasst.»<sup>13</sup> Aber der britische Premier wusste, wie man seine Ziele im Auge behielt. House, der glaubte, dass jede Meinungsverschiedenheit aus dem Weg geräumt werden könne, wusste es nicht. «Er ist ein ausgezeichneter Unterhändler», urteilte Baker, «besitzt aber auch die Fehler dieser Tugend, denn seine Konzilianz erstreckt sich über ... kleine Meinungsverschiedenheiten hinaus auch auf das Grundsätzliche.»<sup>14</sup> Dies hatte House schon in den Waffenstillstandsverhandlungen bewiesen.

Der Erste Weltkrieg hatte mit einer Reihe von Missverständnissen begonnen und in Verwirrung geendet. Als die Alliierten (und man kann ihren Partner, die Vereinigten Staaten, getrost in den Begriff mit einbeziehen) den Sieg errangen, hatten sie ihn nicht erwartet. Dass Österreich-Ungarn zusammenbrach, war im Sommer offensichtlich, aber Deutschland machte immer noch einen starken Eindruck. Die alliierten Regierungen planten für mindestens noch ein weiteres Kriegsjahr. Ende Oktober kamen Deutschland jedoch die Verbündeten abhanden, denn einer nach dem anderen ersuchte um einen Waffenstillstand; die deutsche Armee strömte zu den deutschen Grenzen zurück, und Deutschland selbst wurde von revolutio-

nären Unruhen erschüttert. Der Waffenstillstand mit dem Deutschen Reich, die wichtigste und letztlich umstrittenste dieser Vereinbarungen, wurde in dreiseitigen Verhandlungen zwischen der neuen deutschen Regierung in Berlin, dem Alliierten Obersten Kriegsrat in Paris und Wilson in Washington ausgehandelt. Als Wilsons persönlicher Vertreter war House der entscheidende Vermittler zwischen den Verhandlungsparteien. Die Deutschen, die ihre beste Chance auf moderate Friedensbedingungen mit Recht darin sahen, sich Wilsons Gnade anheimzugeben, ersuchten um einen Waffenstillstand auf der Grundlage der Vierzehn Punkte. Wilson, der seine widerstrebenden europäischen Verbündeten dazu bringen wollte, seinen Grundsätzen zuzustimmen, willigte in einer Reihe öffentlicher Noten darin ein.

Die Europäer fanden das irritierend, zumal sie nie die Absicht gehabt hatten, die Vierzehn Punkte ohne Änderungen zu übernehmen. Die Franzosen wollten sicherstellen, dass sie für die enormen Schäden, die sie durch die deutsche Invasion erlitten hatte, entschädigt wurden, und für die Briten war der Punkt über die Freiheit der Meere unannehmbar, da sie sonst die Seeblockade als Waffe gegen ihre Feinde nicht mehr einsetzen konnten. In einer abschliessenden Verhandlungsrunde gab House den alliierten Einwänden nach, und die Vierzehn Punkte wurden insoweit geändert, dass sie deutsche Reparationszahlungen zuliessen und über die Freiheit der Meere auf der Friedenskonferenz selbst diskutiert werden sollte. Ausserdem entsprachen die militärischen Waffenstillstandsbedingungen, die von Deutschland nicht nur den Rückzug aus Frankreich und Belgien, sondern auch aus dem westlichsten Teil des Deutschen Reichs selbst verlangten, den inbrünstigen Wünschen der Franzosen.<sup>15</sup>

Die Art, wie der Waffenstillstand zustande kam, liess viel Raum für spätere Vorwürfe. Die Deutschen konnten sagen, sie hätten ihn nur auf der Grundlage der ursprünglichen Vierzehn Punkte angenommen, weshalb die nachfolgenden Friedensbedingungen zum grossen Teil unrechtmässig seien. Und Wilson und seine Anhänger konnten die Europäer beschuldigen, die guten Absichten seiner neuen Diplomatie hinterlistig verwässert zu haben.

Als House und Wilson am Nachmittag des 14. Dezember 1918 zum ersten Mal in Paris miteinander sprachen, waren ihnen die Absichten der Europäer bereits suspekt. Obwohl die Friedenskonferenz erst in einigen Wochen eröffnet werden sollte, hatte das Taktieren bereits begonnen.



Clemenceau hatte den Briten vorgeschlagen, eine allgemeine Vereinbarung über die Friedensbedingungen auszuarbeiten, und die Europäer, einschliesslich Italien, hatten sich deswegen am Anfang des Monats in London getroffen.<sup>16</sup> Klugerweise ging Clemenceau eine Rückversicherung ein, indem er House am Krankenbett besuchte, um ihm zu beteuern, dass das Londoner Treffen keinerlei Bedeutung habe. Er selbst nehme nur daran teil, weil es Lloyd George bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen helfen könne.<sup>17</sup> In den Londoner Beratungen traten jedoch Meinungsverschiedenheiten über die territorialen Forderungen Italiens an der Adria auf, die zusammen mit einem Geplänkel zwischen Frankreich und Grossbritannien über den Charakter des Osmanischen Reichs dazu führten, dass eine Einigung auf eine gemeinsame europäische Haltung nicht zustande kam. Ausserdem wollten die drei europäischen Mächte Wilson nicht den Eindruck vermitteln, sie versuchten die Dinge schon vor seiner Ankunft zu regeln.

House, der wie Wilson der Ansicht war, dass den Vereinigten Staaten bei den Friedensverhandlungen die Rolle des Schiedsrichters zukäme, hielt Clemenceau, ohne Beweise dafür zu haben, für vernünftiger als Lloyd George. Dazu passte es, dass Wilson zuerst mit Clemenceau zusammentraf. Der gewiefte alte Staatsmann überliess Wilson weitgehend das Reden und unterbrach ihn nur, um seine Zustimmung zu der Idee eines Völkerbundes auszudrücken. Wilson war positiv beeindruckt, sehr zur Freude von House, der hoffte, dass Frankreich und die Vereinigten Staaten gemeinsam Front gegen Grossbritannien machen würden.<sup>18</sup> Das Ehepaar Wilson verbrachte den ersten Weihnachtsfeiertag mit General Pershing im amerikanischen Hauptquartier bei Paris und reiste dann nach London.

Bei seiner Ankunft in London wurde Wilson erneut von einer riesigen Menschenmenge bejubelt. Die Gespräche mit der britischen Regierung verliefen weniger gut. Wilson verhielt sich steif und kühl, verschnupft darüber, dass Lloyd George und die führenden Minister nicht nach Frankreich geeilt waren, um ihn willkommen zu heissen, und dass der Beginn der Friedenskonferenz wegen der Wahl in Grossbritannien verschoben werden musste. Wie viele seiner Landsleute hatte der amerikanische Präsident ein gespaltenes Verhältnis zu England: Einerseits war ihm bewusst, wie viel die Vereinigten Staaten seinen grossen liberalen Traditionen zu verdanken hatten, andererseits beargwöhnte er es wegen seiner Macht, die er

ihm gleichzeitig neidete. «Wenn England darauf beharrt, nach dem Krieg die Seeherrschaft zu behalten», kündigte Wilson Clemenceaus engem Berater André Tardieu an, «können und werden die Vereinigten Staaten ihm zeigen, wie man eine Marine aufbaut!»<sup>19</sup> Auf einem Galaempfang im Buckingham-Palast sagte Wilson unverblümt zu einem britischen Regierungsmitarbeiter (der seinen Vorgesetzten umgehend darüber berichtete): «Sie sollten nicht davon sprechen, dass wir als Cousins oder Brüder hergekommen sind. Wir sind keines von beidem.» Es sei irreführend, von einer angelsächsischen Welt zu sprechen, wenn so viele Amerikaner aus anderen Kulturen stammten. Auch auf die Tatsache, dass beide Nationen Englisch sprächen, sollte man nicht allzu viel geben. «Nein», fuhr er fort, «es gibt nur zwei Dinge, die enge Beziehungen zwischen Ihrem und meinem Land schaffen und aufrechterhalten können: gemeinsame Ideale und gemeinsame Interessen.»<sup>20</sup> Stirnrunzeln löste es auch aus, als Wilson auf einen Toast des Königs auf die amerikanischen Streitkräfte nicht mit einem ähnlichen Kompliment für die britischen Soldaten antwortete. «Es gab kein Anzeichen von Freundschaft», schrieb Lloyd George später, «oder von Freude darüber, Männer zu treffen, die bei einem gemeinsamen Unternehmen Partner gewesen waren und einer gemeinsam ausgestandenen Gefahr nur knapp entkommen waren.»<sup>21</sup>

Lloyd George, dem klar war, wie wichtig ein gutes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten war, machte sich daran, Wilson zu umwerben. Mit dem ersten Vieraugengespräch setzte das Tauwetter ein.<sup>22</sup> Erleichtert berichtete Lloyd George seinen Kollegen, dass Wilson bei den für sie wichtigen Themen, wie der Freiheit der Meere und der Zukunft der deutschen Kolonien, kompromissbereit zu sein scheine. Der amerikanische Präsident habe zu verstehen gegeben, dass sein Hauptanliegen der Völkerbund sei, über den er gleich nach dem Beginn der Friedenskonferenz diskutieren wolle. Er, Lloyd George, habe zugestimmt. Dies würde die Behandlung der anderen Themen bedeutend erleichtern. Darüber hinaus habe er mit Wilson darüber gesprochen, wie man auf der Friedenskonferenz vorgehen wolle. Voraussichtlich werde man der üblichen Praxis folgen und sich mit Deutschland und den anderen besiegten Nationen an einen Tisch setzen, um die Verträge auszuhandeln.<sup>23</sup>

Die Praxis der Vergangenheit bot allerdings keine Richtschnur für die neue Ordnung, die Wilson vorschwebte. Die Rechte von Eroberern und

Siegern waren tief in die europäische Geschichte eingeschrieben, und nach früheren Kriegen – den napoleonischen beispielsweise – hatten sich die Sieger genommen, was sie wollten, ob nun Land oder Kunstschatze. Ausserdem hatte man von den Unterlegenen erwartet, dass sie eine Entschädigung für die Kriegskosten und manchmal auch Reparationen für Schäden zahlten. Aber hatten sich im jüngsten Krieg nicht alle von dieser Tradition abgewandt? Beide Seiten hatten von einem gerechten Frieden ohne Annexionen gesprochen, beide hatten das Recht der Völker beschworen, ihre Herrscher selbst zu wählen – die Alliierten freilich lauter und überzeugender als die Mittelmächte –, und schon vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten waren Begriffe wie Demokratie und Gerechtigkeit in aller Munde gewesen. Wilson hatte die alliierten Forderungen aufgegriffen und zu dem festen Versprechen einer besseren Welt zusammengefasst. Gegen eine gewisse Entschädigung der Sieger hatte er nichts einzuwenden: Frankreich sollte seine verlorenen Provinzen Elsass und Lothringen zurückbekommen und Deutschland die Schäden, die Belgien erlitten hatte, wiedergutmachen. Doch Frankreich wollte mehr: womöglich deutsche Territorien, auf jeden Fall aber eine Garantie gegen künftige Angriffe. Grossbritannien wollte bestimmte deutsche Kolonien, Italien einen Teil des Balkans und Japan einen Teil Chinas. Liess sich dies alles im Rahmen der neuen Diplomatie rechtfertigen? Hinzu kamen die ganzen mitteleuropäischen Nationen, von denen einige sich bereits konstituiert hatten, während andere sich noch darauf vorbereiteten. Darüber hinaus verlangten die Kolonialvölker Aufmerksamkeit, ebenso die Frauenrechtlerinnen, die Gewerkschafter, die Schwarzen in Amerika, die Religionsführer, die Humanisten. Im Vergleich dazu war der Wiener Kongress ein Kinderspiel gewesen.

Sowohl Clemenceau als auch Lloyd George hatten in ihrem ersten Gespräch mit Wilson die Notwendigkeit unterstrichen, dass die Alliierten auf einer Vorbereitungskonferenz ihre Position zur Friedensfrage klären müssten. Wilson hatte eingewandt, dass die allgemeine Friedenskonferenz zur Farce würde, wenn man sämtliche Friedensbedingungen im Vorhinein festlege. Andererseits war er zu informellen Gesprächen bereit, um eine gemeinsame alliierte Position zu erarbeiten. «Es lief auf dasselbe hinaus», berichtete Lloyd George seinen Kollegen. «Aber der Präsident beharrte entschieden auf seinem Standpunkt.»<sup>24</sup> Man einigte sich darauf, in Paris

Vorbereitungsgespräche zu führen – die höchstens einige Wochen dauern sollten – und sich anschliessend mit dem Feind zusammensetzen. Zu diesem Zeitpunkt würde Wilson wahrscheinlich in die Vereinigten Staaten zurückkehren – jedenfalls nahm er dies an.<sup>25</sup>

Nach den ersten Begegnungen mit den Männern, die in Paris seine engsten Gesprächspartner werden sollten, reiste Wilson nach Italien, wo ihn ein weiterer begeisterter Empfang erwartete. Aber der Jubel, die Staatsempfänge und privaten Audienzen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zeit verging. Er begann sich zu fragen, ob hinter all dem nicht Absicht steckte. Die Menschen, glaubte er, wollten den Frieden, aber ihre Herrscher zögerten ihn, aus welchen dunklen Gründen auch immer, hinaus. Die französische Regierung schlug ihm eine Rundreise über die Schlachtfelder vor, doch er lehnte verärgert ab. «Sie wollten ihn zwingen, sich die verwüsteten Regionen anzusehen», erklärte er dem kleinen Kreis seiner Vertrauten, «damit er in Wut gerate und den Regierungen von England, Frankreich und Italien in die Hände spiele.» Er lasse sich nicht auf diese Weise manipulieren. Der Frieden müsse ruhig und emotionslos gestaltet werden. «Selbst wenn ganz Frankreich zu einem Granattrichter geworden wäre, würde das an der endgültige Regelung nichts ändern.»<sup>26</sup> Die Franzosen nahmen ihm die Ablehnung ihres Angebots übel und waren auch durch einen Kurzbesuch auf den Schlachtfeldern im März nicht zu besänftigen.

Wilson gelangte zu dem Schluss, dass die Franzosen und er sich in ihren Ansichten nicht so nahe waren, wie House ihm weismacht hatte. In dem von der französischen Regierung ausgearbeiteten ausführlichen Verhandlungsplan erhielt der Völkerbund unter den zur Entscheidung anstehenden wichtigen Themen jedenfalls nur einen der hinteren Plätze.<sup>27</sup> Paul Cambon, der immens erfahrene französische Botschafter in London, sagte zu einem britischen Diplomaten, Aufgabe der Friedenskonferenz sei es, «den Krieg mit Deutschland zu beenden». Die Völkerbundfrage könne man ruhig auf später verschieben.<sup>28</sup> Im französischen Staatsapparat stellten sich viele den Völkerbund als eine Fortsetzung des Kriegsbündnisses vor, dessen Hauptaufgabe es wäre, die Friedensbedingungen umzusetzen. In keiner Frage, so eine interne französische Denkschrift, dächte die französische Öffentlichkeit idealistischer: «Das kann uns helfen.»<sup>29</sup> Clemenceau gab sich in der Öffentlichkeit skeptisch. Einen Tag, nachdem Wilson in einer Rede in London seine Überzeugung bekräftigt hatte, dass der

Völkerbund das beste Instrument war, um die Sicherheit seiner Mitglieder zu gewährleisten, erklärte Clemenceau unter lautem Beifall in der französischen Abgeordnetenversammlung: «Es gibt ein altes System von Bündnissen, Mächtegleichgewicht genannt. Dieses System von Bündnissen, das ich nicht aufgeben will, wird auf der Friedenskonferenz meine Richtschnur sein.» Mit beissendem Unterton hatte er von Wilsons nobler candeur gesprochen, was sowohl Aufrichtigkeit als auch rührende Naivität bedeuten konnte. (Im amtlichen Protokoll korrigierte man das Wort zu grandeur.) Die amerikanische Delegation fasste Clemenceaus Rede als Kampfansage auf.<sup>30</sup>

In dieser Rede und der amerikanischen Reaktion darauf war im Keim bereits angelegt, was, insbesondere in den Vereinigten Staaten, auf Dauer zu einem grellen Bild werden sollte: Auf der einen Seite Sir Galahad, rein im Denken und Handeln, der den Weg in eine goldene Zukunft erleuchtete, auf der anderen Seite der missgestaltete französische Troll mit einem vor Wut und Galle schwarzen Herzen, der nichts als Rache im Sinn hatte; auf der einen Seite Frieden, auf der anderen Krieg. Das war eine gute Geschichte, die jedoch weder Wilson noch Clemenceau gerecht wurde. Beide waren Liberale mit einer konservativen Skepsis gegenüber raschen Veränderungen. Wilson glaubte an die grundsätzliche Güte des Menschen. Clemenceau hatte seine Zweifel daran. Zu viel hatten er selbst und Europa durchgemacht. «Bitte, missverstehen Sie mich nicht», sagte er einmal zu Wilson, «auch wir kommen mit noblen Instinkten und den hochfliegenden Erwartungen, die Sie so oft und so eloquent artikulieren, auf die Welt. Wir sind geworden, was wir sind, weil wir von der harten Hand der Welt geformt worden sind, in der wir leben müssen, und wir haben nur überlebt, weil wir eine zähe Bande sind.» Wilson habe in einer Welt gelebt, in der die Demokratie gesichert sei. «Ich habe in einer Welt gelebt, in der es zum guten Ton gehörte, Demokraten zu erschiessen.»<sup>31</sup> Während Wilson glaubte, dass der Einsatz von Gewalt letztlich scheitern musste, hatte Clemenceau oft genug erlebt, dass er erfolgreich war. «Ich bin zu dem Schluss gelangt, dass Gewalt richtig ist», sagte er eines Tages beim Mittagessen zu Lloyd Georges Geliebter, Frances Stevenson. «Warum ist dieses Hähnchen hier? Weil es nicht stark genug war, um jenen zu widerstehen, die es töten wollten. Und so kann es auch einer sehr guten Sache ergehen!»<sup>32</sup> Clemenceau lehnte den Völkerbund nicht ab; er setzte einfach nicht viel Vertrauen in ihn. Eine stärkere internationale Zusammenarbeit hätte er gern

gesehen, aber die jüngste Geschichte hatte nur zu deutlich gezeigt, wie wichtig es war, das Pulver trocken und die Kanonen schussbereit zu halten.<sup>33</sup> In dieser Hinsicht befand er sich auf einer Linie mit der französischen Öffentlichkeit, die Deutschland zum überwiegenden Teil weiterhin misstraute.<sup>34</sup>

In der zweiten Januarwoche des Jahres 1919 war Wilson wieder in Paris und wartete auf die Eröffnung der Friedenskonferenz. Er wohnte in grossem Stil in einem von der französischen Regierung zur Verfügung gestellten Privathaus. (Einer seiner Witze lautete, dass Amerika durch seine Kredite an Frankreich indirekt für das Haus bezahle.) Das Präsidentenehepaar und sein Anhang, zu dem Wilsons Leibarzt Admiral Cary T. Grayson und Mrs. Wilsons Privatsekretär gehörten, richteten sich mit einem unbehaglichen Gefühl in der kalten Pracht des Hauses ein, während die übrige amerikanische Delegation in einiger Entfernung, aber gleichfalls in einer überaus luxuriösen Umgebung im Hôtel Crillon untergebracht war. «Mir wurde ein riesiges Zimmer zugewiesen», berichtete ein amerikanischer Professor seiner Frau, «mit hoher Decke, weissen Paneelen, einem Kamin, einem enormen Badezimmer, einem sehr bequemen Bett, ganz aus kostbarem altem Rosenholz.»<sup>35</sup> Die Amerikaner genossen das Essen, waren von dem aufmerksamen Service beeindruckt und über die langsamen, alten hydraulischen Aufzüge belustigt, die manchmal zwischen den Stockwerken stecken blieben, bis genügend Wasser von einem Tank in einen anderen gelaufen war.<sup>36</sup> Da das Hotel zu klein war, waren die Büros über mehrere nahegelegene Gebäude verstreut, einige von ihnen in ehemaligen privaten Esszimmern des Maxim's, in denen es immer noch nach schalem Wein und Essen roch. Im Lauf der Monate fügten die Amerikaner dem Crillon ihre eigenen Attribute hinzu: ein Friseurgeschäft, ein Netzwerk privater Telefonverbindungen und ein herzhaftes amerikanisches Frühstück anstelle des französischen.<sup>37</sup> Und natürlich die Wachen an den Türen und die Posten, die auf dem Flachdach hin und her gingen. «Das Ganze ist wie ein amerikanisches Schlachtschiff und wirkt befremdlich», schrieb der junge britische Diplomat Harold Nicolson, der einen der lebendigsten Berichte über die Friedenskonferenz verfasst hat.<sup>38</sup> Für britische Besucher verblüffend war auch, wie ernst die Amerikaner die Hierarchie nahmen; anders als bei den Briten gingen Höherrangige niemals mit Untergebenen zusammen essen.<sup>39</sup>

Lansing und seine Bevollmächtigten White und Bliss bewohnten Zimmer im ersten Stock, doch das wahre Machtzentrum befand sich in der Etage darüber, wo Houses grosszügige Suite schwer bewachter Zimmer lag, von denen er, wie er selbstgefällig notierte, mehr hatte als jeder andere. Dort spann er, wie er es gerne tat, seine Fäden und empfing die Mächtigen der Welt. Ministerpräsidenten, Generale, Botschafter, Journalisten: sie alle suchten ihn auf. Die wichtigste Beziehung blieb jedoch diejenige zu Wilson. Die beiden sprachen täglich miteinander, entweder persönlich oder über eine von Armeetechnikern gelegte private Telefonleitung. Manchmal unternahm der Präsident einen Spaziergang zum Crillon, wo er niemals im ersten Stock vorbeischaute, sondern stets direkt in den zweiten hinaufging.<sup>40</sup>

### 3

## Paris

Paris war traurig und schön, als sich die Friedensmacher im Januar 1919 aus aller Herren Länder dort versammelten. Die Bevölkerung war bedrückt und voller Trauer, aber die Frauen waren immer noch ungewöhnlich elegant. «Ein ums andere Mal», schrieb ein kanadischer Delegierter seiner Frau, «begegnet man einer Gestalt, die aus einer Vie Parisienne oder Vogue aus besseren Zeiten entsprungen sein könnte.»<sup>1</sup> Wer Geld hatte, konnte immer noch wundervolle Kleider und Juwelen finden. Die Restaurants waren, wenn sie die nötigen Lebensmittel bekommen konnten, unverändert grossartig. In den Nachtclubs tanzte man den neuen Foxtrott und Tango. Das Wetter war überraschend mild. In den Parks war das Gras immer noch grün, und auch einige Blumen blühten noch. Es hatte viel geregnet, so dass die Seine Hochwasser führte. Die Menschen standen an den Ufern und beobachteten, wie das Wasser anstieg, während Strassenmusikanten Frankreichs grossen Sieg über Deutschland und die kommende neue Welt besangen.<sup>2</sup>

Überall waren Hinweise auf den soeben beendeten Krieg zu sehen: Flüchtlinge aus den verwüsteten Gegenden im Norden, die eroberten deutschen Kanonen auf dem Place de la Concorde und den Champs-Élysées, Trümmerhaufen und mit Brettern vernagelte Fenster, wo deutsche Bomben gefallen waren. Im Rosengarten der Tuileries klaffte ein grosser Bombentrichter. Die Kastanienreihen an den Grands Boulevards wiesen Lücken auf, wo Bäume als Feuerholz gefällt worden waren. In den grossen Fenstern der Kathedrale Notre-Dame fehlten die in Sicherheit gebrachten farbigen Mosaiken; an ihrer Stelle erfüllte hellgelbes Fensterglas den Innenraum mit gedämpftem Licht. Kohlen, Milch und Brot waren kaum zu bekommen.

Auch in der französischen Gesellschaft hatte der Krieg Spuren hinterlassen. Während zur Feier des Sieges Fahnen von den Laternenmasten flatterten und aus den Fenstern hingen, bettelten Männer mit amputierten Gliedmassen und demobilisierte Soldaten an den Strassenecken um Almosen, und fast jede Frau befand sich in Trauer. Die linken Zeitungen riefen zur Revolution auf, die rechten zur Repression. Streiks und Demonstrationen



nen folgten ohne Pause aufeinander. In jenem Winter und Frühjahr zog ein Demonstrationszug nach dem anderen durch die Strassen, einmal von Männern und Frauen im traditionellen Blau der französischen Arbeiter, ein andermal von Gegendemonstranten im bürgerlichen Habitus.

Weder die Briten noch die Amerikaner hatten sich Paris als Konferenzort gewünscht. «Unter den besten Umständen wird es schwierig genug sein, einen gerechten Frieden zu schaffen», vertraute House seinem Tagebuch an, «aber in der Atmosphäre einer kriegerischen Hauptstadt wird es fast unmöglich sein. Es könnte gut ausgehen, aber es könnte auch eine Tragödie werden.»<sup>3</sup> Die Franzosen waren zu erregbar, hatten zu viel erlitten und empfanden zu viel Bitterkeit gegenüber den Deutschen, um die für Verhandlungen nötige ruhige Atmosphäre bieten zu können. Wilson hatte Genf vorgezogen, bis aus der Schweiz beunruhigende Berichte eintrafen, nach denen das Land am Rand einer Revolution stand und es dort von deutschen Spionen nur so wimmelte.<sup>4</sup> Clemenceau hatte stets auf Paris bestanden.<sup>5</sup> «Ich hatte die Konferenz nie in seiner verdammten Hauptstadt abhalten wollen», erklärte Lloyd George später in besonders gereizter Stimmung. «Ich hätte es wie House besser gefunden, wenn wir sie an einem neutralen Ort abgehalten hätten. Aber der alte Mann weinte und wehrte sich so sehr, dass wir nachgaben.»<sup>6</sup>

Es mag eine Legende sein, dass Clemenceau vor seinem Tod darum gebeten hatte, aufrechtstehend mit dem Gesicht in Richtung Deutschland begraben zu werden. Tatsache ist, dass er dem grossen Nachbarn gegenüber zeitlebens auf der Hut war. Beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges war er 28 Jahre alt gewesen, und er gehörte zu der Gruppe junger Republikaner, die in Paris weitergekämpft hatten, als die französische Armee bereits besiegt war. Er hatte miterlebt, wie die Stadt hungerte, wie die französische Regierung kapitulierte und wie im Spiegelsaal des Versailler Schlosses der neue deutsche Kaiser gekrönt wurde. Als neugewählter Abgeordneter hatte er gegen den Friedensvertrag mit Deutschland gestimmt. Ständig, ob als Journalist, Autor, Politiker oder schliesslich als Ministerpräsident, wiederholte er dieselbe Warnung: Deutschland sei eine Gefahr für Frankreich. «Der Hass meines Lebens», gestand er einem amerikanischen Journalisten kurz vor seinem Tod, «gilt Deutschland, wegen all dem, was es Frankreich angetan hat.»<sup>7</sup> Nach 1871 strebte er nicht

aktiv einen Krieg an, denn er ging einfach davon aus, dass er unvermeidlich war. Das Problem, sagte er, sei nicht Frankreich: «Deutschland glaubt, dass die logische Folge seines Sieges Herrschaft sei, während wir nicht daran glauben, dass die logische Folge unserer Niederlage Leibeigenschaft sei.»<sup>8</sup>

Clemenceau war stets klar gewesen, dass Frankreich Verbündete brauchte, wenn es eine Chance haben wollte. Vor 1914 war das neue Deutschland ein ehrfurchtgebietender Gegner, dessen Industrie, Export und Reichtum unablässig wuchsen, während Frankreich wirtschaftlich auf der Stelle trat und seine Geburtenrate zurückging. Heute, da die Zahl der Soldaten in der Schlacht nicht mehr eine so grosse Rolle spielt, kann man nur noch schwer nachvollziehen, wie wichtig es damals war, riesige Heere aufbieten zu können. Wie Clemenceau in der Ratifizierungsdebatte ausführte, enthielt der Friedensvertrag mit Deutschland keine Klausel darüber, «dass die Franzosen verpflichtet sind, viele Kinder zu haben, aber sie sollte als Erstes in ihn aufgenommen werden».<sup>9</sup> Aufgrund dieser Nachteile hatte sich Frankreich an seine Erbfeinde um Hilfe gewandt, das zaristische Russland im Osten und Grossbritannien jenseits des Ärmelkanals, um mit der russischen Mannschaftsstärke und der britischen Industrie und Seemacht das deutsche Übergewicht auszugleichen. 1918 war vieles anders, aber nicht das grundlegende Ungleichgewicht. Immer noch gab es mehr Deutsche als Franzosen. Und wie lange würde die deutsche Wirtschaft mit ihrer intakten Infrastruktur brauchen, um sich wieder zu erholen? Und diesmal konnte Frankreich nicht auf Russland zählen.

Auf der Friedenskonferenz brachten die Franzosen ihre Verbündeten mit dem, was diese als Unnachgiebigkeit, Habgier und Rachsucht betrachteten, gegen sich auf. Aber die anderen hatten nicht in ähnlich hohem Mass wie Frankreich gelitten. Noch heute zeugen die Kriegsdenkmäler in buchstäblich jeder Stadt und jedem Dorf mit ihren langen Namenslisten von den im Ersten Weltkrieg Gefallenen, während nur eine Handvoll Denkmäler an den Zweiten Weltkrieg erinnert. Ein Viertel der Männer im Alter zwischen 18 und 30 Jahren waren im Krieg umgekommen, insgesamt über 1,3 Millionen, bei einer Vorkriegsbevölkerung von 40 Millionen. Frankreich hatte einen höheren Anteil seiner Bevölkerung verloren als viele andere Kriegsteilnehmer. Doppelt so viele Soldaten waren verwundet worden. Im Norden waren grosse Gebiete von Granattrichtern übersät,

von Schützengräben durchzogen und von unzähligen Reihen von Kreuzen geprägt. In der Umgebung der Festung Verdun, dem Schauplatz der furchtbarsten Schlacht in Frankreich, wuchs nichts Lebendiges mehr, und kein Vogel war zu hören. Die Kohlebergwerke, von denen die Energieversorgung der französischen Wirtschaft abhing, waren geflutet, und die Fabriken, die normalerweise die Kohle abnahmen, waren dem Erdboden gleichgemacht oder demontiert und nach Deutschland abtransportiert worden. 15.500 Quadratkilometer Land, auf denen vor dem Krieg 20 Prozent der Ernten eingefahren sowie 90 Prozent des Eisenerzes und 65 Prozent des Stahls gewonnen wurden, waren vollkommen zerstört.<sup>10</sup> Vielleicht hätte Wilson Clemenceaus Forderungen besser verstanden, wenn er sich die Schäden gleich am Anfang mit eigenen Augen angesehen hätte.

Auf der Friedenskonferenz sollte Clemenceaus alle wichtigen Fäden selbst in der Hand behalten. Der französischen Delegation gehörten einige der besten Köpfe Frankreichs an, aber sie kam in den ersten vier Monaten der Konferenz nicht ein einziges Mal zusammen.<sup>11</sup> Sehr zum Verdruss der Experten im französischen Aussenministerium am Quai d'Orsay zog Clemenceau sie nur selten zu Rate.<sup>12</sup> Genauso wenig Aufmerksamkeit schenkte er den Fachleuten von den Universitäten, die er gebeten hatte, Berichte zu den ökonomischen und territorialen Forderungen Frankreichs zu verfassen und in den Kommissionen und Komitees mitzuarbeiten, die während der Konferenz wie Pilze aus dem Boden schossen. «Keine Organisation seiner Ideen, keine Arbeitsmethode», beklagte sich der kluge alte Paul Cambon aus London, «die Konzentration aller Pflichten und Verantwortlichkeiten auf seine Person, so kann es nicht funktionieren. Und dieser Mann von 78 Jahren, der krank ist, denn er hat Diabetes ... empfängt fünfzig Leute am Tag und befasst sich mit tausend Details, die er besser seinen Ministern überlassen sollte ... Im Krieg war ich in keinem Moment so um den Frieden besorgt wie jetzt.»<sup>13</sup>

Der französische Aussenminister Stéphane Pichon war ein liebenswürdiger, träger und unentschlossener Mann, der jeden Morgen seine Anweisungen erhielt und nicht einmal im Traum daran gedacht hätte, sie nicht zu befolgen.<sup>14</sup> Clemenceau mochte ihn auf nachlässige Weise. «Wer ist Pichon?», fragte er eines Tages. «Ihr Aussenminister», erhielt er zur Antwort. «Das ist er», bestätigte der alte Tiger. «Ich hatte es ganz vergessen.»<sup>15</sup> Ein andermal wartete Pichon zusammen mit einer Expertengruppe

geduldig im Hintergrund, während Clemenceau Balfour wegen der Zahl seiner Berater aufzog. Als Balfour entgegnete: «Sie tun das Gleiche wie die grössere Zahl Ihrer Leute», wandte sich Clemenceau, verärgert darüber, ausgestochen worden zu sein, um und fuhr Pichon an: «Gehen Sie, Sie alle! Hier wird keiner von Ihnen gebraucht!»<sup>16</sup>

Wenn sich Clemenceau überhaupt mit jemandem besprach, dann am Abend mit einer kleinen Gruppe, zu der sein treuer Helfer General Henri Mordacq, der brillante Unruhestifter André Tardieu und der Industrielle Louis Loucheur gehörten. Er hielt sie auf Trab, indem er sie von der Polizei überwachen liess und ihnen jeden Morgen ein Dossier über ihre Aktivitäten am Vortag übergab.<sup>17</sup> Den Staatspräsidenten Raymond Poincaré, den er verabscheute, ignorierte er, so gut es ging.

Während seines langen Lebens war er stets seinen eigenen Weg gegangen. Seine Gegner behaupteten, seine schrägstehenden Augen und seine Grausamkeit seien eine Erbschaft von Hunnen, die es irgendwie bis in die Vendée geschafft hatten.<sup>18</sup> Er war 1841 in einer wunderschönen Region Frankreichs, die jedoch auf eine gewalttätige Geschichte zurückblickte, in eine Familie von Landadligen hineingeboren worden. In der Regel hatten sich die Bewohner der Vendée auf die falsche Seite geschlagen: in den Religionskriegen, die die Katholiken gewannen, auf die der Protestanten; in der Französischen Revolution auf die der Katholiken und Royalisten. Als Republikaner mit entschieden antiklerikaler Einstellung gehörte die Familie Clemenceau einer Minderheit innerhalb der Minderheit an. Clemenceau selbst hielt Snobs für Narren, aber er kehrte immer wieder in das düstere Herrenhaus der Familie mit seinen Steinfussböden, seinem Graben und seinen sparsamen Möbeln zurück.

Wie sein Vater studierte er Medizin und wie dieser praktizierte er nie. Sein Studium kam jedoch hinter dem Schreiben, politischen Aktivitäten und Affären erst an vierter Stelle. Wie andere junge Männer zog es auch ihn nach Paris in die Welt radikaler Intellektueller, Journalisten und Künstler. In der zweiten Hälfte der 1860er Jahre lebte er für längere Zeit in den Vereinigten Staaten, die von französischen Republikanern als Land der Freiheit bewundert wurden. Nach diesem Aufenthalt sprach er fließend Englisch, angereichert mit altmodischen New Yorker Slangausdrücken und einem Akzent, in dem sich der gedehnte Yankee-Tonfall mit einem rollenden französischen R mischte.

Die Politik war seine grosse Passion, wobei es ihm vor allem um Frank-

reich ging. Nach dem Zusammenbruch des Reichs von Napoleon III. im Jahr 1870 und der Entstehung der Dritten Republik stand ihm und anderen radikalen Politikern der Weg ins öffentliche Leben offen. Clemenceau machte sich einen Namen als schneidiger, geistreicher Redner und hartnäckiger Gegner. Gemeinsam mit seinem Freund Émile Zola sorgte er beispielsweise dafür, dass der Fall von Alfred Dreyfus neu aufgerollt wurde. Allerdings traute man ihm nicht, noch nicht einmal auf der Linken; es gab zu viele zwielichtige Finanziere in seinem Leben, zu viele Frauen mit fragwürdigem Ruf und zu viele Gläubiger, die ihre Forderungen geltend machten.<sup>19</sup> Bei seinen Angriffen auf Autoritäten machte er vor nichts Halt. «Er kommt aus einer Familie von Wölfen», erklärte ein Mann, der ihn gut kannte.<sup>20</sup> Mit seinen Duellen erweckte er das Bild einer Figur, die eher in die Welt der Romane von Alexandre Dumas gehörte, und seine Verachtung für Konventionen und sein profunder Zynismus waren ebenfalls nicht geeignet, sein Image aufzubessern. Lloyd George sagte einmal über ihn, «dass er Frankreich liebe, aber alle Franzosen hasse».<sup>21</sup> Minister wurde er erst 1906, als er schon in den Sechzigern stand.

Clemenceaus Vertraute kannten eine andere Seite von ihm. Seinen Freunden war er ebenso treu ergeben wie sie ihm. Ihnen gegenüber zeigte er sich liebenswürdig und grosszügig, sowohl mit seiner Zeit als auch mit seinem Geld. Er liebte seinen Garten, wemgleich dieser einem Besucher zufolge «ein chaotisches Durcheinander der Überlebenden eines achtlos in alle Richtungen verstreuten Samengemischs [war]».<sup>22</sup> Jahrelang besass Clemenceau ein Landhaus bei Giverny, in der Nähe seines guten Freundes Claude Monet. Er besuchte ihn regelmässig, um dessen Seerosen-Bilder zu bewundern. «Sie nehmen mir den Atem, sobald ich diesen Raum betrete», erklärte er.<sup>23</sup>

Clemenceau war ausserordentlich tapfer und unbeugsam. Als die Deutschen 1914 auf Paris vorrückten, debattierte das französische Parlament darüber, ob es die Stadt verlassen sollte. «Aber gewiss doch», beantwortete Clemenceau die Frage, «hier sind wir nämlich noch zu weit von der Front entfernt.»<sup>24</sup> In den düsteren Tagen des Jahres 1917, als die französischen Armeen an der Westfront geschlagen waren und man schon vom Zusammenbruch der Heimatfront sprach, fand Clemenceau, der Vater des Sieges, die Rolle seines Lebens. Als Ministerpräsident hielt er Frankreich bis zum Sieg zusammen. Als die Deutschen im Frühjahr 1918 den letzten

Vorstoss auf Paris unternahmen, machte er klar, dass eine Kapitulation ausgeschlossen war. Bei einer Einnahme der Stadt beabsichtigte er, so lange wie möglich zu bleiben und sich erst im letzten Augenblick ausfliegen zu lassen.<sup>25</sup> Als er erfuhr, dass die Deutschen einem Waffenstillstand zugestimmt hatten, war er ausnahmsweise einmal sprachlos. Er legte den Kopf in die Hände und weinte.<sup>26</sup> Am Abend des 11. November ging er mit seiner Liebblingsschwester Sophie durch Paris. «Der Krieg ist gewonnen», stellte er fest, als er sah, wie eine Menschenmenge erbeutete deutsche Kanonen zerlegte. «Gebt sie den Kindern zum Spielen.»<sup>27</sup> Später sagte er zu Mordacq über die vor ihnen liegende Aufgabe: «Ja, wir haben den Krieg gewonnen, und das nicht ohne Mühe. Aber jetzt müssen wir den Frieden gewinnen, und das wird vielleicht noch schwieriger.»<sup>28</sup>

Frankreich war die Grossmacht, für die bei den Friedensverhandlungen am meisten auf dem Spiel stand. Grossbritannien hatte in Gestalt der deutschen Flotte und der grossen deutschen Kolonien bereits das meiste von dem, was es wollte, und die Vereinigten Staaten waren durch den Atlantik von Deutschland getrennt. Frankreich indes hatte nicht nur am meisten gelitten, sondern auch am meisten zu befürchten. Was immer geschehen würde, Deutschland würde weiterhin an seiner Ostgrenze liegen, und es würde weiterhin mehr Deutsche als Franzosen auf der Welt geben. Man konnte es als schlechtes Omen betrachten, dass die Taschenmesser mit der Aufschrift *Foch* oder *La Victoire*, die 1919 als Souvenirs verkauft wurden, aus deutschen Fabriken kamen. Frankreich wollte Vergeltung und Entschädigung, aber vor allem wollte es Sicherheit, und niemand war sich dessen besser bewusst als sein Ministerpräsident.

Clemenceau war überzeugt, dass die Sicherheit Frankreichs nur garantiert werden konnte, wenn die Allianz der Sieger bestehen blieb. «Um diese Entente zu erhalten, werde ich jedes Opfer auf mich nehmen», erklärte er im Dezember 1918 in der Abgeordnetenkammer.<sup>29</sup> Daran hielt er auf der Friedenskonferenz trotz aller Meinungsverschiedenheiten fest. Die französische Öffentlichkeit, sagte er zu seinen engsten Beratern, dürfe nicht vergessen, dass «Frankreich ohne Amerika und England vielleicht gar nicht mehr existieren würde».<sup>30</sup> Und Lloyd George versicherte er mitten in einer der schlimmsten Auseinandersetzungen: «Meine Politik auf dieser Konferenz besteht, wie Sie hoffentlich anerkennen werden, in der engsten Übereinstimmung mit Grossbritannien und Amerika.»<sup>31</sup>

Clemenceaus Politik war eine Sache, die Beamten seines Apparates dazu zu bringen, sie auch umzusetzen, eine andere. Die Erinnerung an die vergangene Grösse, die Überzeugung von der Überlegenheit der französischen Kultur, Missgunst in Bezug auf den angelsächsischen Wohlstand, Erleichterung über den Sieg, die Furcht vor Deutschland: Dies alles machte die Franzosen zu schwierigen Verhandlungspartnern. «Man hatte unwillkürlich das Gefühl, dass alles, was in den letzten fünfzig Jahren geschehen war, von einem Moment auf den anderen wie weggewischt war», schrieb ein britischer Experte nach einem Besuch bei den französischen Besatzungstruppen im Rheinland. «Die französischen Soldaten nahmen wieder den Platz ein, den sie während der Monarchie und der Revolution innegehabt hatten: voller Selbstvertrauen, sorglos, lebhaft, ganz im Einklang mit ihrer historischen Aufgabe, den Deutschen eine höhere Kultur zu bringen.»<sup>32</sup> Auch den Amerikanern gingen die Franzosen gelegentlich auf die Nerven. «Das Grundproblem mit den Franzosen ist», notierte ein amerikanischer Experte in seinem Tagebuch, «dass der Sieg, was sie anbelangt, eine völlige Fiktion war und sie nun versuchen zu handeln, als wäre er real, und sich selbst dazu zu bringen, daran zu glauben.»<sup>33</sup> Amerikanische Offiziere gerieten regelmässig mit ihren französischen Gesprächspartnern aneinander, und auf den Strassen und in den Cafés stritten sich die einfachen Soldaten.<sup>34</sup>

Es war vielleicht bedauerlich, dass Clemenceau selbst kein gutes Verhältnis zu den Führern beider Länder aufbaute. Im Gegensatz zu Wilson und Lloyd George, die sich regelmässig gegenseitig besuchten und während der Konferenzsitzungen zum Mittag- oder Abendessen trafen, zog Clemenceau es vor, allein oder im kleinen Kreis seiner Berater zu speisen. «Das hat seine Vorteile», sagte Lloyd George. «Wenn man sich bei gesellschaftlichen Anlässen trifft, kann man bestimmte Dinge ansprechen, und wenn man feststellt, dass man vorankommt, kann man weitermachen. Andernfalls kann man die Sache fallenlassen.»<sup>35</sup> Clemenceau hatte sich nie besonders um Geselligkeit bemüht, und auf der Friedenskonferenz sparte er sich seine schwindenden Kräfte für die Verhandlungen auf.

Er war der Älteste der drei Staatsmänner, und obwohl er für sein Alter rüstig war, hinterliess die Anstrengung doch ihre Spuren. Auf den Händen bildeten sich so starke Ekzeme, dass er Handschuhe trug, um sie zu verbergen. Ausserdem schlief er schlecht.<sup>36</sup> Er wachte früh auf, oft schon um

drei Uhr, und las dann bis sieben, bevor er sich selbst ein einfaches Frühstück aus Haferbrei zubereitete. Danach arbeitete er weiter, bis sein Masseur und Trainer erschien und er seine körperlichen Übungen absolvierte (zu denen für gewöhnlich auch seine Lieblingssportart, das Fechten, gehörte). Den Vormittag verbrachte er in Sitzungen; am Mittag ging er fast immer nach Hause, um sein übliches Mahl aus gekochten Eiern und einem Glas Wasser zu sich zu nehmen; der Nachmittag war wieder der Arbeit gewidmet, und am Abend ging er nach einem einfachen Essen aus Brot und Milch um neun Uhr schlafen. Seine Bediensteten kamen aus der Vendée und arbeiteten schon seit Jahren für ihn.<sup>37</sup> Selten einmal begab er sich zum Tee in Lloyd Georges Wohnung in der Rue Nitot, wo der Koch seine Lieblingsspeise, Katzensuppen, für ihn zubereitete.<sup>38</sup>

Clemenceau mochte weder Wilson noch Lloyd George besonders. «Ich sitze zwischen Jesus Christus auf der einen Seite und Napoleon auf der anderen», lautete eines seiner Bonmots, das in Paris rasch die Runde machte.<sup>39</sup> Wilson war ihm ein Rätsel: «Ich halte ihn nicht für einen schlechten Menschen, bin mir aber noch nicht im Klaren darüber, wie viel von ihm gut ist.»<sup>40</sup> Ausserdem fand er ihn selbstgefällig und arrogant. «Welche Ignoranz gegenüber Europa, und wie schwierig jede Verständigung mit ihm war! Er glaubte, man könne alles mit Formeln und seinen Vierzehn Punkten erledigen. Gott war mit zehn Geboten zufrieden. Wilson erlegte uns bescheidene vierzehn Punkte auf... die vierzehn Gebote der allerleersten Theorie!»<sup>41</sup>

Lloyd George war in Clemenceaus Augen amüsanter, aber auch verschlagener und unzuverlässiger. In den langen, erbittert geführten Verhandlungen über die zwischen Frankreich und Grossbritannien umstrittene Nahostregelung geriet Clemenceau in Rage über das, was er zu Recht als Versuche Lloyd Georges betrachtete, sich aus ihren Vereinbarungen herauszuwinden. Beide Männer hatten einiges gemeinsam – beide hatten in der Politik als Radikale begonnen, und beide neigten zu einer rücksichtslosen Effizienz –, aber es gab auch gravierende Unterschiede: Clemenceau war ein Intellektueller, Lloyd George nicht; Ersterer dachte rational, Letzterer intuitiv; Clemenceau besass die Vorlieben und Werte eines Adligen des 18. Jahrhunderts, Lloyd George war entschieden bürgerlich.

Auch mit seinen eigenen Kollegen, einschliesslich des französischen Präsidenten, hatte Clemenceau Probleme. «Es gibt nur zwei völlig nutzlo-



se Dinge auf der Welt», stichelte er. «Das eine ist der Blinddarm, das andere ist Poincaré!»<sup>42</sup> Der kleine, soignierte Präsident war penibel, legalistisch, pedantisch, sehr vorsichtig und sehr katholisch. «Eine lebhaft kleine Bestie, trocken, lästig und ohne Courage», sagte Clemenceau zu einem amerikanischen Freund. «Diese Vorsicht hat sie bis auf den heutigen Tag am Leben erhalten – ein ziemlich unangenehme Tierart, wie man sieht, von der glücklicherweise nur ein einziges Exemplar bekannt ist.»<sup>43</sup> Clemenceau hatte sich seit Jahren auf Poincaré eingeschossen.<sup>44</sup>

Poincaré erwiderte den ihm entgegengebrachten Hass. «Ein Verrückter», schrieb er in sein Tagebuch über Clemenceau. «Ein alter, debiler, eitler Mann.»<sup>45</sup> Aber in grundlegenden Fragen stimmten beide Männer merkwürdigerweise überein. Beide verabscheuten und fürchteten Deutschland. Auch Poincaré hatte in der dunkelsten Phase des Krieges gegen die Defätisten gekämpft und sogar Clemenceau zum Ministerpräsidenten ernannt, weil er dessen unbedingten Willen zum Sieg über Deutschland erkannt hatte. Für eine kurze Zeit gab es so etwas wie einen Waffenstillstand zwischen ihnen. «Nun, Raymond, alter Kumpel», hatte Clemenceau vor seiner ersten Kabinettsitzung im November 1917 gefragt, «werden wir uns jetzt ineinander verlieben?» Ein halbes Jahr später beklagte sich Poincaré bitter darüber, dass Clemenceau ihn nicht zu Rate zog.<sup>46</sup> Nach dem Sieg umarmten sich beide Männer in Metz, der Hauptstadt des wiedergewonnenen Lothringen, öffentlich, aber ihr Verhältnis blieb schwierig. Poincaré war voller Klagen über Clemenceaus Amtsführung. Nach seiner Ansicht war der Waffenstillstand zu früh geschlossen worden; die französischen Truppen hätten weiter nach Deutschland vorstossen sollen. Ausserdem ging man in Elsass-Lothringen, wie er fand, zu plump vor. Als geborener Lothringer hatte Poincaré noch viele Freunde und Bekannte dort, die ihn darauf hinwiesen, dass viele der Einwohner deutschfreundlich seien und die französischen Behörden sie ohne Fingerspitzengefühl behandelten. Ferner vernachlässigte Clemenceau aus Sicht des Präsidenten die finanziellen Probleme Frankreichs und richtete die Aussenpolitik zugrunde, indem er den Briten und Amerikanern zu weit entgegenkam. Poincaré war entsetzt, als Clemenceau Englisch neben Französisch als zweite offizielle Sprache der Friedenskonferenz anerkannte.<sup>47</sup> Die Bewunderung, die Clemenceau von der Öffentlichkeit entgegengebracht wurde, machte Poincaré rasend. «Die Franzosen glauben an

ihn wie an einen neuen Gott», schrieb er. «Und ich, ich werde in der Boulevardpresse beleidigt... Ausser um mich zu beleidigen, spricht man kaum von mir.»<sup>48</sup>

Zur Bestürzung Poincarés und der mächtigen Koloniallobby bemühte sich Clemenceau kaum um die deutschen Kolonien und zeigte auch am Nahen Osten kaum Interesse.<sup>49</sup> Clemenceaus wenige kurze Ausführungen über die Kriegsziele vor Konferenzbeginn waren bewusst vage gehalten. Sie waren scharf genug, um die französische Öffentlichkeit zu beruhigen, legten ihn aber nicht auf einen rigiden Forderungskatalog fest. Während des Krieges war in offiziellen Verlautbarungen lediglich von der Befreiung Belgiens und der besetzten französischen Gebiete sowie von der Freiheit für unterdrückte Völker und natürlich von Elsass-Lothringen die Rede gewesen. Seine Aufgabe sei die Kriegführung, hatte Clemenceau in der Abgeordnetenversammlung erklärt. Was den Frieden anging, hatte er einem Journalisten gegenüber hinzugefügt: «Ist es nötig, vor der Zeit alles zu verkünden, was man tun will? Nein!»<sup>50</sup> Als ihn seine Kritiker in der Abgeordnetenversammlung am 29. Dezember 1918 drängten, konkreter zu werden, entgegnete er: «Die Frage des Friedens ist ein gewaltiges Thema.» Die Verhandlungen würden knifflig werden. «Ich werde Ansprüche stellen müssen, aber ich werde hier nicht sagen, welche es sein werden.» Möglicherweise werde er einige im höheren Interesse Frankreichs opfern müssen. Dann verlangte er eine Vertrauensabstimmung, die mit 398 zu 93 Stimmen zu seinen Gunsten ausfiel.<sup>51</sup> Die grösste Herausforderung waren jetzt seine Alliierten.

## 4

# Lloyd George und die britische Delegation

Am 11. Januar 1919 sprang der britische Premierminister David Lloyd George mit gewohntem Schwung an Bord des britischen Zerstörers, der ihn über den Ärmelkanal bringen sollte. Mit seiner Ankunft in Paris waren die drei entscheidenden Friedensmacher, von denen so viel abhing, endlich an einem Ort versammelt. Während Lloyd George noch einen Draht zu Wilson finden musste, hatte er Clemenceau seit 1908 immer wieder getroffen. Ihre erste Begegnung, als Clemenceau bereits ein anerkannter Politiker und Lloyd George bloss ein vielversprechender junger Mann war, hatte unter keinem guten Stern gestanden. Clemenceau fand Lloyd George erschreckend ignorant, sowohl Europa als auch den Vereinigten Staaten gegenüber.<sup>1</sup> Umgekehrt erlebte Lloyd George den Franzosen als «willensstarken und herrischen alten Kämpfer» und «Nörgler», in dessen grossem Schädel es anscheinend «nicht die geringste Spur von Wohlwollen und menschlicher Anteilnahme» gab.<sup>2</sup> Als er während des Krieges mit ihm zu recht kommen musste, stellte er klar, dass es keine weiteren Schikanen akzeptieren würde. Mit der Zeit begann er Clemenceau wegen seines raschen Verstandes, seiner Charakterstärke und seiner leidenschaftlichen Hingabe an Frankreich zu schätzen. Clemenceau seinerseits entwickelte wider Willen eine gewisse Zuneigung zu Lloyd George, auch wenn er sich stets über seine mangelnde Bildung beklagte. Er sei, erklärte er im Ernst, «kein englischer Gentleman».<sup>3</sup>

Jeder der grossen Drei brachte etwas von seinem Land in die Friedenskonferenz ein: Wilson das amerikanische Wohlwollen, die Überzeugung, dass der amerikanische Weg der beste sei, und das beunruhigende Gefühl, dass die Europäer dies möglicherweise nicht erkannten; Clemenceau Frankreichs tiefen Patriotismus, die Erleichterung über den Sieg und die ewige Angst vor einem wiedererstarkenden Deutschland; und Lloyd George das riesige koloniale Netz und die Marine Grossbritanniens. Jeder der drei vertrat mächtige Interessen, war aber auch ein individueller

Mensch. Ihre Stärken und Schwächen, ihre Erschöpfung und ihre Krankheiten, ihre Vorlieben und Abneigungen sollten die Konferenz ebenso prägen wie die Interessen, für die sie standen. Von Januar bis Ende Juni kamen die drei – ausser in der Pause von Mitte Februar bis Mitte März, in der Wilson in die Vereinigten Staaten und Lloyd George nach Grossbritannien zurückkehrte – jeden Tag zusammen, häufig sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag. In der Anfangszeit wurden sie von ihren Aussenministern und Beratern begleitet, doch ab März trafen sie sich privat, lediglich in Anwesenheit von ein, zwei Sekretären und gelegentlich dem einen oder anderen Experten. Die Intensität dieser persönlichen Sitzungen hatte zwangsläufig zur Folge, dass sie sich näher kennenlernten, sich mochten oder einander auf die Nerven fielen.

Lloyd George war der Jüngste der drei, ein freundlicher Mann mit rosigem Gesicht, verblüffend blauen Augen und einem weissen Haarschopf. Er war erst zwei Jahre alt, als der Amerikanische Bürgerkrieg endete, an den Wilson sich noch gut erinnern konnte. Als Clemenceau als Zwanzigjähriger nach der Niederlage Frankreichs gegen Preussen die Geburt des Deutschen Reichs miterlebte, besuchte Lloyd George noch die Grundschule. Aber er war nicht nur jünger, sondern auch fitter und belastbarer als seine Kollegen. Wilson war geradezu krank vor Sorge darum, seinen eigenen Prinzipien nicht gerecht zu werden, und Clemenceau lag nachts wach und grübelte über Frankreichs Bedürfnisse. Lloyd George blühte bei Herausforderungen und Krisen auf. Robert Cecil, ein strenger Konservativer, dessen Massstäben er nie ganz genügte, stellte mit widerwilliger Bewunderung fest: «Was auch immer auf der Konferenz vor sich ging, wie viel er zu arbeiten hatte und wie schwer die ernsten Verpflichtungen seines Amtes auf ihm lasteten, Lloyd George war stets auf der Höhe seiner Kräfte, voller Witz, und er machte scharfsichtige, aber niemals böswillige Bemerkungen über diejenigen, mit denen er zusammenarbeitete.»<sup>4</sup>

Lloyd George hatte sowohl Tragödien, wie den Tod einer geliebten Tochter, als auch grosse Herausforderungen erlebt, wenn persönliche Skandale oder politische Kontroversen seine Karriere zu beenden drohten. In den vorangegangenen vier Jahren hatte er unter enormem Druck gearbeitet, zunächst als Rüstungsminister und dann als Kriegsminister. Ende 1916, als es aussah, als wären die Alliierten am Ende, hatte er an der Spitze

einer Koalitionsregierung die Last der Verantwortung des Premierministers auf sich genommen. Wie Clemenceau in Frankreich hatte er das Land zusammengehalten und zum Sieg geführt. Jetzt, 1919, konnte er sich gestärkt fühlen durch eine triumphal gewonnene Wahl, auch wenn der Erfolg der Koalition nicht wirklich der seine war. Er war ein Liberaler, während die Mehrzahl seiner Helfer und der entscheidenden Kabinettsmitglieder Konservative waren. Er hatte zwar ein gutes Verhältnis zum konservativen Parteichef Andrew Bonar Law, musste sich aber gleichwohl vorsehen.

Ausserdem musste Lloyd George ein Land regieren, das auf den Frieden schlecht vorbereitet war und in dem das Kriegsende ebenso grosse wie irrationale Erwartungen geweckt hatte: dass der Friedensschluss einfach sein würde, dass Löhne und Sozialleistungen steigen und die Steuern sinken würden und dass, je nach Standpunkt, soziale Harmonie oder sozialer Aufruhr ausbrechen würde. Die Stimmung der Öffentlichkeit war unvorhersehbar: einmal vergeltungssüchtig, dann wieder eskapistisch. Das Erfolgsbuch des Jahres 1919 war ein von einem Kind geschriebener komischer Roman mit dem Titel *The Young Visitors*. Während seines Aufenthalts in Paris musste Lloyd George immer wieder Zeit für innenpolitische Probleme erübrigen, wie Arbeitsunruhen, Parlamentsrevolten und die schwärende irische Wunde. Dennoch ging er in die Pariser Verhandlungen hinein, als müsse er sich um nichts anderes kümmern.

Napoleon hatte einst über sich selbst gesagt: «Verschiedene Gegenstände und verschiedene Angelegenheiten sind in meinem Kopf geordnet wie in einem Küchenschrank. Wenn ich einen Gedankengang unterbrechen möchte, schliesse ich den Schubkasten und öffne einen anderen. Möchte ich schlafen gehen? Ich schliesse einfach die Schubkästen, und schon ist es so weit – ich schlafe ein.» Lloyd George besass diese Fähigkeit zur Konzentration und zur Erholung, diese Energie und diese Angriffslust ebenfalls. «Der Engländer», sagte er zu einem walisischen Freund, «respektiert einen Gefährten erst, wenn dieser ihn schlägt; dann wird er ihm gegenüber besonders freundlich.»<sup>5</sup>

Wie Napoleon besass Lloyd George die unheimliche Fähigkeit, zu ahnen, was andere dachten. Frances Stevenson vertraute er an, dass er sich gern in Hotels aufhielt: «Menschen interessieren mich immer – ich frage mich, wer sie sind, wie ihr Leben ist, ob sie das Leben geniessen oder ob sie es langweilig finden.»<sup>6</sup> Ob jemand mächtig war oder unbedeutend, ob Erwachsener oder Kind: jedem, dem er begegnete, vermittelte er das Ge-

fühl, er hätte etwas Wichtiges zu sagen. «Einer der bewundernswertesten Züge von Lloyd Georges Charakter» war nach Churchills Ansicht «der völlige Mangel an allem, was auf dem Gipfel der Macht, der Verantwortung und des Glücks feierliche Erhabenheit zur Schau stellen würde. Er blieb stets einfach und natürlich.»<sup>7</sup> Sein Charme, für den er berühmt war, wurzelte in seiner Neugier und Aufmerksamkeit.

Lloyd George war auch ein grosser Redner. Während Clemenceau seine Argumente mit Sarkasmus und vernichtender Deutlichkeit vortrug und Wilson Predigten hielt, waren Lloyd Georges Reden, die er so sorgfältig ausarbeitete und die dennoch so spontan klangen, zugleich bewegend und geistreich, anregend und persönlich. Wie ein guter Schauspieler verstand er es, sein Publikum geschickt zu manipulieren. «Ich pausiere», erläuterte er einmal seine Redetechnik, «ich strecke die Hand nach den Menschen aus und ziehe sie zu mir heran. Wie Kinder erscheinen sie dann. Wie kleine Kinder.»<sup>8</sup>

John Maynard Keynes, der viel zu den Mythen der Friedenskonferenz beigetragen hat, schuf einen besonderen Mythos für Lloyd George. «Wie kann ich dem Leser, der ihn nicht kennt, eine gerechte Vorstellung von dieser ausserordentlichen Erscheinung unseres Zeitalters vermitteln», fragte der grosse Nationalökonom, «dieser Silene, diesem ziegenfüssigen Barden, diesem halb menschlichen Gast unserer Epoche aus den von Alben besessenen, magischen und verzauberten Wäldern der keltischen Urzeit?»<sup>9</sup> Hier sprach die Stimme sowohl des geistig überlegenen Cambridge als auch des sturen John Bull, aber sie gab romantischen Unsinn von sich. Das reale Wales, in dem Lloyd George aufwuchs, war ein bescheidenes, nüchternes kleines Land mit Schieferminen und Werften, Fischern und Bauern, dessen Bewohner besser singen konnten als die Engländer.

Lloyd George sprach gern über seine Herkunft aus einer ärmlichen Hütte, aber in Wirklichkeit stammte er aus der gebildeten Handwerker-schicht. Sein Vater, der gestorben war, als er noch sehr klein war, war Volksschuldirektor, und der Onkel, der ihn grosszog, war ein Schuhmachermeister und Laienprediger, der in seinem Dorf etwas galt. Wales war Lloyd George als Bezugspunkt stets wichtig, und sei es auch nur, um zu ermessen, wie weit er es gebracht hatte. Er hatte sich schon früh auf einer grösseren Bühne gesehen. Und welche war grösser als die Hauptstadt des

grössten Reichs der Welt? So schrieb er an das walisische Mädchen, das seine Frau werden sollte: «Mein Hauptziel ist es, voranzukommen.»<sup>10</sup>

Lloyd George war für die Politik geboren. Von der schwierigen Arbeit in Ausschüssen bis zu den grossen Wahlkampagnen liebte er jeden Aspekt der Politik. Er genoss die Schärfe und den Druck der Parlamentsdebatten, war im Grunde aber verträglich. Anders als Wilson und Clemenceau hasste er seine Gegner nicht.

Er war kein Intellektueller. Obwohl er viel las, zog er es vor, sich auf den Verstand von Experten zu stützen. Gleichwohl vermittelte er stets den Eindruck, das jeweilige Thema zu beherrschen. Während der Friedenskonferenz erkannten Keynes und ein Kollege einmal mit Schrecken, dass sie ihn in Bezug auf die Adria falsch vorbereitet hatten. Hastig schrieben sie eine revidierte Position auf und eilten in den Sitzungssaal, wo Lloyd George bereits zu sprechen begonnen hatte. Als Keynes ihm das Blatt Papier zuschob, warf er einen kurzen Blick darauf und begann, ohne sich zu unterbrechen, seine Argumentation schrittweise zu modifizieren, um am Ende eine Position zu vertreten, die derjenigen, die er am Anfang verfochten hatte, genau entgegengesetzt war.<sup>11</sup>

Schon früh machte er als führender Radikaler auf sich aufmerksam. Während Wilson die grossen Banken attackierte und Clemenceau die Kirche aufs Korn nahm, waren seine Lieblingsgegner die Grundbesitzer und die Aristokratie. Für Geschäftsleute, insbesondere für Selfmademen (und häufig auch für deren Frauen), hatte er dagegen etwas übrig. Er war kein Sozialist, obwohl er als Finanzminister radikale Haushaltsentwürfe durchsetzte und sowohl eine Einkommensteuer für Reiche als auch Sozialleistungen für Arme einführte. Wie Wilson und Clemenceau lehnte er den Kollektivismus ab, war aber stets bereit, mit gemässigten Sozialisten ebenso zusammenzuarbeiten, wie er es mit Konservativen tat.<sup>12</sup>

Zudem wurde er zu einem ausgezeichneten, wenn auch unkonventionellen Administrator. Um den Erfolg seiner Gesetzesvorlagen sicherzustellen, forderte er alle interessierten Parteien auf, sie zu prüfen. Streitigkeiten legte er bei, indem er beide Seiten zu Gesprächen einlud, was heute alltäglich ist, damals aber höchst ungewöhnlich war.

Von Natur aus optimistisch, war er stets sicher, dass man auch für das schwierigste Problem eine Lösung finden konnte. «Für Lloyd George», sagte ein Freund seiner Kinder, «brachte jeder Morgen nicht nur einen

neuen Tag, sondern ein neues Leben und eine neue Chance.»<sup>13</sup> Im Privatleben verhielt er sich ähnlich sorglos. Während Clemenceaus Affären seinen Ruf stärkten, stand Lloyd George mehr als einmal kurz vor einer Katastrophe, wenn wütende Ehemänner damit drohten, in Scheidungsverfahren seinen Namen zu erwähnen. Seine Frau, die einen starken Willen besaß, hielt zu ihm, aber die beiden lebten sich auseinander. Da sie es vorzog, in Nordwales zu bleiben und ihren wunderschönen Garten zu pflegen, gewöhnte er sich daran, eine Teilzeitehe zu führen. 1919 bewegte er sich, soweit es ihm möglich war, in ruhigeren Bahnen und begnügte sich mit nur einer Geliebten, einer jüngeren Frau namens Frances Stevenson, die ursprünglich als Hauslehrerin seiner jüngsten Tochter in seinen Haushalt gekommen war. Sie war eine gebildete, tatkräftige und intelligente Frau, die ihm Liebe, geistige Partnerschaft und ein gutgeführtes Büro schenkte.

Lloyd George wurde oft als blosser Opportunist abgetan. Clemenceau beschrieb ihn einmal abschätzig als englischen Advokaten: «Um einen Fall zu gewinnen, ist ihm jedes Argument recht, und wenn nötig benutzt er am nächsten Tag Argumente, die er am Tag zuvor zurückgewiesen oder widerlegt hat.»<sup>14</sup> Wilson, der ein scharfes Auge besaß, was die Fehler von anderen betraf, hielt Lloyd George für prinzipienlos: «Er wünschte, er hätte es mit einem weniger glatten Gegenüber zu tun als L. G., der ständig improvisiert und Konzessionen macht.»<sup>15</sup> In Wirklichkeit war Lloyd George ein prinzipientreuer Mann, aber auch sehr pragmatisch.<sup>16</sup> Er verschwendete keine Kraft auf Windmühlenkämpfe. So war er gegen den Burenkrieg, weil er diesen Feldzug gegen die kleinen südafrikanischen Republiken für falsch und unwirtschaftlich hielt. Sein beharrlicher öffentlicher Widerstand erforderte Mut und kostete ihn beinahe das Leben, als in Birmingham ein wütender Mob das Podium stürmte, auf dem er eine Rede hielt. Politisch zahlte er sich jedoch aus. Während die britische Regierung sich mühselig zu einem schwer erkämpften Frieden durchrang, gewann er nationales Format.

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, war es unvermeidlich, dass er eine bedeutende Rolle bei der britischen Kriegsanstrengung spielte. «L. G. hat einen klareren Blick und mehr Mut als irgendjemand sonst», schrieb Churchill, der ein immer engerer Freund wurde. «Er lässt sich wirklich durch nichts zurückhalten – keine Massnahme ist ihm zu weitreichend, kein Hilfsmittel zu neuartig.»<sup>17</sup> Er hasste den Krieg, gestand Lloyd George 1916 einem Labour-Abgeordneten, aber «sobald man ihn führt, muss man



eisern durchhalten, denn andernfalls werden die Gründe, aus denen man ihn führt, zu Schanden».<sup>18</sup> Der weise alte Konservative Arthur Balfour hatte politische Führer kommen und gehen sehen. «Er ist impulsiv», bemerkte er über Lloyd George, «er hat sich vor dem Krieg nie mit militärischen Fragen beschäftigt; vielleicht ermisst er die Tiefe seiner eigenen Ignoranz nicht richtig; und er hat bestimmte Eigenheiten, die zweifellos hin und wieder die Zusammenarbeit mit ihm erschweren.» Aber es gab nach Balfours Meinung keinen anderen, der in der Lage war, Grossbritannien in dieser Situation erfolgreich zu führen.<sup>19</sup>

Obwohl Lloyd George das kleine Dorf, aus dem er kam, weit hinter sich gelassen hatte, wurde er nie zu einem Mitglied der englischen Oberschicht. Wer ihn während seiner Amtszeit als Premierminister in der Downing Street Nummer 10 aufsuchte, hatte das Gefühl, in einem Haushalt zu sein, der aus einer wohlhabenden Küstenstadt in Nordwales nach London versetzt worden war.<sup>20</sup> Weder er selbst noch seine Frau hielten sich gern in den grossen Landhäusern auf, und Lloyd George mochte Besuche beim Königspaar ganz und gar nicht. Als Georg V. ihm die Ehre anbot, bei der Parlamentseröffnung das Staatsschwert zu tragen, bemerkte Lloyd George in einem Privatgespräch: «Ich bin doch keine Hofschranze», und lehnte höflich ab.<sup>21</sup>

Lloyd George war entschlossen, den Frieden auf seine Weise zu gestalten. Er ignorierte das Aussenministerium, wann immer es ging, und verliess sich stattdessen auf seinen eigenen Mitarbeiterstab aus intelligenten jungen Männern. Bei den Bürokraten besonders unbeliebt war sein Privatsekretär, der hochherzige, religiöse und arrogante Philip Kerr. Da Lloyd George nicht gern Denkschriften las, fungierte Kerr, der einen Grossteil seiner Korrespondenz erledigte, als sein Türwächter.<sup>22</sup> Sogar Balfour fühlte sich zu einem milden Tadel bemüssigt, als er Kerr fragte, ob der Premierminister ein bestimmtes Dokument gelesen habe, und zur Antwort erhielt: Nein, aber er, Kerr, habe es gelesen. «Das ist nicht ganz das Gleiche, nicht wahr, Philip?», bemerkte Balfour.<sup>23</sup>

War das schlecht für Grossbritannien? Lloyd George hatte die Aussenpolitik sicherlich nicht so im Griff wie sein Vorgänger Lord Salisbury oder sein Nachfolger Churchill. Sein Wissen wies erhebliche Lücken auf. «Wer sind die Slowaken?», fragte er 1916. «Ich kann sie offenbar nicht einordnen.»<sup>24</sup> Seine Geographiekennntnisse waren gleichfalls lückenhaft. Wie in-

interessant zu entdecken, sagte er 1918 zu einem Untergebenen, dass Neuseeland auf der Ostseite Australiens liege, und als sich die türkischen Truppen 1919 ostwärts aus dem Mittelmeerraum zurückzogen, sprach er dramatisch von einer Flucht in Richtung Mekka. «Ankara», verbesserte ihn Curzon, worauf er leichthin erklärte: «Lord Curzon ist so nett, mich auf eine Trivialität aufmerksam zu machen.»<sup>25</sup> Dennoch gelangte er oftmals zu vernünftigen Schlussfolgerungen, auch wenn ihn seine Verachtung der Berufsdiplomaten und sein eigener Enthusiasmus gelegentlich zu Fehlern verleiteten, wie dem Eintreten für die Wiederherstellung eines Grossgriechenland. Deutschland, sagte er mitten im Krieg zu einem Freund, müsse besiegt, dürfe aber nicht zerstört werden. Dies würde weder Europa noch dem Britischen Empire guttun, und man würde einem starken Russland das Feld überlassen.<sup>26</sup> Er begriff, wo die britischen Interessen lagen: im Handel und im Empire, in einer starken Marine zum Schutz von beidem und in einem Machtgleichgewicht in Europa, das andere Mächte daran hinderte, diese Interessen in Frage zu stellen.

Lloyd George erkannte, dass Grossbritannien nicht länger allein versuchen konnte, diese Ziele zu erreichen. Seine militärische Macht war zwar gross, schwand aber schnell, als das Land zum Friedenszustand zurückkehrte. Im Lauf des Jahres 1919 wurde die britische Armee um zwei Drittel verkleinert, während das Land gleichzeitig – vom Baltikum über Russland bis nach Afghanistan – immer mehr Verpflichtungen übernahm und in seinem Empire immer mehr Probleme zu bewältigen hatte – in Indien, Ägypten und vor seiner Haustür in Irland. «Es gibt keine Truppen, die man einsparen könnte», lautete die verzweifelte Antwort des Generalstabs auf wiederholte Anfragen in dieser Richtung.<sup>27</sup> Auch auf der Wirtschaft lastete die Bürde der Macht. Grossbritannien war nicht mehr das Finanzzentrum der Welt; das hatte sich in die Vereinigten Staaten verlagert. Und das Land hatte riesige Schulden bei den Vereinigten Staaten, was Lloyd George sehr genau wusste. Mit seinem üblichen Optimismus glaubte er, ein gutes Verhältnis zu Amerika aufbauen zu können, das die britische Schwäche zumindest teilweise ausgleichen würde. Vielleicht würden die Amerikaner ja die Verantwortung für strategisch so wichtige Gebiete wie die türkischen Meerengen übernehmen.

Gleichwohl ging Lloyd George mit einer relativ guten Ausgangsposition in die Pariser Verhandlungen, jedenfalls einer besseren als die Franzosen

und die Italiener. Grossbritannien hatte bereits viel von dem, was es wollte, erhalten. Die deutsche Kriegsflotte, die rund um die Welt die britische Machtstellung in Frage gestellt hatte, befand sich in britischer Hand, die Überwasserschiffe in Scapa Flow und die meisten U-Boote in Harwich. Die Bekohlungsanlagen, Häfen und Telegraphenstationen waren von Japan oder vom Britischen Empire besetzt worden. «Hätte man dem britischen Volk», erklärte Lloyd George in Paris, «vor zwölf Monaten gesagt, dass es erreichen würde, was es heute erreicht hat, hätte es einen höhnisch ausgelacht. Die deutsche Marine ist übergeben worden; die deutschen Handelsschiffe sind übergeben worden, und die deutschen Kolonien sind aufgegeben worden. Einer unserer grössten Handelskonkurrenten ist aufs Schwerste paralyisiert, und unsere Alliierten sind dabei, sein grösster Kreditgeber zu werden. Das ist nicht wenig.» Aber damit nicht genug: «Wir haben die Gefahr für unsere indischen Besitzungen beseitigt.»<sup>28</sup> Russland, dessen Drang nach Süden im gesamten 19. Jahrhundert Generationen von britischen Staatsmännern beunruhigt hatte, war zumindest fürs Erste als Grossmacht ausgeschaltet, und an seinen Südgrenzen, in Persien und im Kaukasus, war es mit britischen Truppen und britischem Einfluss konfrontiert.

Die Verbindungswege nach Indien waren so sicher wie noch nie. Vor dem Krieg war ein grosser Teil der britischen Politik darauf ausgerichtet gewesen, die Route durch das Mittelmeer, den Suezkanal und das Rote Meer zu sichern, entweder durch direkte Kontrolle wie in Ägypten oder durch Stützung des wankenden Osmanischen Reichs. Letzteres war zerstört, aber dank eines Geheimabkommens mit Frankreich stand Grossbritannien kurz davor, sich die Filetstücke, die es haben wollte, anzueignen. Es gab neue Routen, wenigstens in den Träumen von Aussenministerium und Militär, etwa über das Schwarze Meer zum Kaukasus und dann nach Süden oder auf dem Luftweg über Griechenland und Mesopotamien, aber auch diese Routen konnten geschützt werden, wenn man rasch handelte und sich die dafür benötigten Territorien sicherte.

Da Lloyd George den Burenkrieg abgelehnt hatte, hat man oft angenommen, er sei kein Imperialist gewesen. Das Gegenteil traf zu: Er war stets stolz auf das Empire, aber auch immer der Ansicht, dass es nicht richtig geführt wurde. Er hielt es für eine Dummheit – und noch dazu eine kostspielige –, alles von London aus verwalten zu wollen.

Wie er es sah, konnte das Empire nur stark bleiben, wenn man so viel örtliche Selbstregierung wie möglich zulies und nur in wichtigen Fragen, wie der Verteidigung und einer gemeinsamen Aussenpolitik, eine gemeinsame Politik für das gesamte Empire betrieb. Mit der «Home Rule», dem Prinzip der Selbstverwaltung, – und er dachte dabei auch an Schottland, seine Heimat Wales und das stets problematische Irland – sollten die einzelnen Teile des Empires bereit sein, die Kosten ihrer Selbstverwaltung auf sich zu nehmen. Die Dominions – Australien, Kanada, Neuseeland, Neufundland und Südafrika – regierten sich bereits teilweise selbst. Sogar Indien bewegte sich langsam auf die Selbstregierung zu, auch wenn Lloyd George angesichts des Völkergemischs, zu dem nur eine Handvoll Europäer gehörten, und der vielen Religionen und Sprachen bezweifelte, dass das Land jemals imstande sein würde, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Er reiste nie nach Indien und wusste nur wenig über das Land, aber in der leichtfertigen Art seiner Zeit betrachtete er Inder und andere dunkelhäutige Völker als minderwertig.<sup>29</sup>

1916, kurz nach seinem Amtsantritt als Premierminister, erklärte er im Unterhaus, es sei an der Zeit, mit den Dominions und Indien förmliche Beratungen darüber aufzunehmen, wie man den Krieg am besten gewinnen könne. Daher beabsichtige er, ein Empire-Kriegskabinett zu bilden.<sup>30</sup> Das war eine grosse, aber auch notwendige Geste. Die Dominions und Indien hatten mit ihren Rohstofflieferungen, Rüstungsgütern und Krediten, vor allem aber mit ihren Soldaten die Kriegsmaschine am Laufen gehalten. Indien hatte 900.000 Soldaten gestellt, die Dominions fast zwei Millionen. Wie der australische Premierminister William «Billy» Hughes nicht müde wurde zu erklären, hatte Australien bis 1918 mehr Gefallene zu beklagen als die Vereinigten Staaten.

1916 wurden die Dominions, die sich dem Mutterland zuvor nur auf Zehenspitzen genähert hatten, erwachsen. Ihre Regierungen und Generale hatten, um den kanadischen Premierminister Robert Borden zu zitieren, zu viel «Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit des britischen Whisky-mit-Soda-Generalstabs» erlebt.<sup>31</sup> Die Dominions wussten, welchen Blutzoll sie geleistet hatten. Als Gegenleistung verlangten sie, in Bezug auf die Kriegführung und den nachfolgenden Friedensschluss zu Rate gezogen zu werden.<sup>32</sup> In Grossbritannien stiessen sie auf offene Ohren. Dort war die herablassende Geringschätzung, die man der vermeintlichen Rohheit der Ko-

lonisten früher entgegenbracht hatte, in Begeisterung für ihre Tapferkeit umgeschlagen. Hughes wurde geradezu gefeiert, als er 1916 London besuchte. Frauen demonstrierten mit Transparenten, auf denen stand: «Wir wollen Hughes zurück», und eine Karikatur zeigte eine Billiwog genannte Witzfigur mit dem Untertitel: «Ohne ihn ist kein Krieg komplett.»<sup>33</sup> Und dann gab es noch Jan Smuts, seines Zeichens südafrikanischer Aussenminister, Soldat, Staatsmann und – für manche – Seher, der einen grossen Teil der letzten Kriegsjahre in London verbrachte. Anderthalb Jahrzehnte zuvor hatte er noch gegen die Briten gefochten, jetzt war er einer ihrer engsten Berater und gehörte dem kleinen Kabinettsausschuss an, den Lloyd George für die Kriegführung gebildet hatte. Er wurde von vielen bewundert. «Seinen praktischen Beitrag zu unseren Beratungen in diesen schwierigen Jahren kann man kaum zu hoch bewerten», zollte Lloyd George ihm seinen Respekt.<sup>34</sup>

In den letzten Kriegstagen erfuhren der Australier Hughes und der Kanadier Borden zu ihrer Empörung, dass das britische Kriegskabinett, ohne sich die Mühe zu machen, die Dominions davon in Kenntnis zu setzen, Lloyd George und Balfour ermächtigt hatte, zusammen mit dem Obersten Kriegsrat in Paris die Waffenstillstandsbedingungen festzulegen. Hughes, der ausserdem strikt dagegen war, Wilsons Vierzehn Punkte zur Grundlage der Friedensverhandlungen zu machen, sah darin einen «schmerzlichen und schwerwiegenden Vertrauensbruch».<sup>35</sup> Die Führer der Dominions waren sehr verärgert, als sie entdeckten, dass sie lediglich als Mitglieder der britischen Delegation an der Friedenskonferenz teilnehmen sollten. Lloyd George versuchte die Gemüter zu beruhigen, indem er vorschlug, dass der Premierminister eines Dominions einer der fünf britischen Bevollmächtigten sein könnte. Aber welcher? Nach Hankeys Beobachtung waren die Dominions «eifersüchtig aufeinander wie Katzen».<sup>36</sup> Wie Borden an seine Frau schrieb, bestand das eigentliche Problem hinsichtlich der Repräsentanz der Dominions jedoch darin, dass sie ihre Position nie klar bestimmt hatten. Kanada sei «eine Nation, die keine Nation ist», und es sei «an der Zeit, dies zu ändern». Mit einem gewissen Bedauern fügte er hinzu: «Die britischen Minister geben ihr Bestes, aber ihr Bestes ist nicht gut genug.»<sup>37</sup> Zu Hankey sagte er, dass ihm, sollte Kanada auf der Konferenz nicht vollgültig vertreten sein, nichts anderes übrigbleiben

werde, als «seine Koffer zu packen, nach Kanada zurückzukehren, das Parlament einzuberufen und ihm die ganze Angelegenheit zu übergeben».<sup>38</sup>

Lloyd George gab nach: Nicht nur sollte einer der fünf britischen Hauptdelegierten aus den Dominions kommen; er würde den Alliierten auch erklären, dass Indien und die Dominions eigenständig auf der Konferenz vertreten sein müssten. Es war eines der ersten Themen, die er nach seiner Ankunft in Paris am 12. Januar 1919 zur Sprache brachte. Die Amerikaner und Franzosen nahmen es kühl auf, denn sie sahen nur britische Marionetten – und zusätzliche britische Stimmen. Als Lloyd George ihnen den Vorschlag abrang, dass die Dominions und Indien je einen Delegierten entsenden könnten – wie Siam und Portugal –, löste das bei seinen Empirekollegen nur neue Empörung aus. Nach all den Opfern, die sie gebracht hätten, hielten sie ihm vor, sei es unzumutbar, dass sie als zweit-rangige Mächte behandelt werden sollten. Daraufhin überredete Lloyd George, wenn auch widerstrebend, Clemenceau und Wilson, Kanada, Australien, Südafrika und Indien je zwei und Neuseeland einen Bevollmächtigten zuzugestehen.<sup>39</sup>

Die Briten waren bestürzt über das neue Selbstbewusstsein ihrer Dominions. «Es war sehr lästig», bemerkte ein Diplomat. «Was sollte das Außenministerium tun?»<sup>40</sup> Lloyd George, der im Prinzip für die Selbstregierung war, entdeckte, wie schwierig das in der Praxis sein konnte, wenn zum Beispiel Hughes im Obersten Rat unverblümt erklärte, Australien werde beim nächsten Mal möglicherweise nicht zusammen mit Grossbritannien in den Krieg ziehen. (Diese Äusserung wurde später aus den Protokollen gestrichen, doch Südafrika brachte das Thema erneut zur Sprache.)<sup>41</sup> Die Alliierten verfolgten diese Vorgänge mit einer gewissen Befriedigung.<sup>42</sup> Die Franzosen sagten sich erfreut, dass sie die Dominions vielleicht gegen Grossbritannien in Stellung bringen konnten, wenn die Friedensbedingungen für Deutschland auf den Tisch kamen.<sup>43</sup> House sah die Sache längerfristig: Eine separate Vertretung der Dominions und Indiens auf der Friedenskonferenz und in neuen internationalen Organisationen wie dem Völkerbund und der Internationalen Arbeitsorganisation musste die «letztendliche Auflösung des Britischen Empires» beschleunigen. Am Ende würde Grossbritannien nur noch mit dem dastehen, womit es begonnen hatte, mit den eigenen Inseln.<sup>44</sup>

Es war eine British Empire Delegation, die Lloyd George in Paris leitete (und allein schon diese Bezeichnung war ein Sieg für die aufsässigen Do-

minions). Mit weit über 400 Delegierten, Sonderberatern, Beamten und Schreibkräften belegte sie fünf Hotels in der Nähe des Arc de Triomphe. Das grösste und zugleich das gesellschaftliche Zentrum war das Majestic, das in der Vorkriegszeit besonders bei reichen Brasilianerinnen auf Kleidereinkaufstour beliebt war. Um sich gegen Spione zu schützen (eher französische als deutsche), ersetzte man das gesamte Personal des Hotels, selbst die Köche, durch Mitarbeiter von britischen Hotels in den Midlands. Das Essensangebot wurde zu dem eines respektablen Eisenbahnhotels: Porridge, Eier und Schinken am Morgen, viel Fleisch und Gemüse am Mittag und Abend und schlechter Kaffee den ganzen Tag über. Das Opfer war sinnlos, murrtén Nicolson und seine Kollegen, denn ihre Büros voller vertraulicher Papiere befanden sich allesamt im Hotel Astoria, wo das französische Personal nicht ausgetauscht worden war.<sup>45</sup>

Die Sicherheit war nahezu eine Obsession der Briten. Ihre Briefe nach und aus London wurden durch einen Sonderdienst befördert, der die französische Post umging. Detektive von Scotland Yard bewachten den Eingang des Majestic, und die Mitglieder der Delegation mussten Ausweise mit Passfotos bei sich haben. Sie wurden angehalten, den Inhalt ihrer Papierkörbe in winzige Stücke zu zerreißen, denn es war bekannt, dass der französische Aussenminister Talleyrand auf dem Wiener Kongress deshalb so erfolgreich verhandelt hatte, weil seine Agenten eifrig weggeworfene Notizen anderer Delegationen sammelten. Frauen durften zwar im Majestic essen, aber nicht übernachten – eine weitere Spätfolge des Wiener Kongresses, wo nach amtlicher Erinnerung vor allem Frauen für das Bekanntwerden von Geheimnissen verantwortlich gewesen sein sollen.<sup>46</sup>

Lloyd George zog es vor, in einer luxuriösen Wohnung in der Rue Nitot zu residieren, einer Seitengasse, die einst ein Anziehungspunkt von Lumpensammlern gewesen war. Die Wohnung mit ihren wundervollen Gemälden aus dem 18. Jahrhundert – Gainsboroughs, Höppeners und Lawrences – war ihm von einer reichen Engländerin überlassen worden.<sup>47</sup> Bei ihm wohnte neben Philip Kerr und Frances Stevenson auch sein Lieblingskind, seine jüngste Tochter, die sechzehnjährige Megan. Frances Stevenson war ihre Anstandsdame, aber vielleicht war es auch andersherum. Balfour wohnte ein Stockwerk über Lloyd George, und am Abend klangen dessen geliebte walisische Hymnen und Spirituals zu ihm herauf.

Im Majestic erhielt jeder Bewohner ein Heft mit den Hausregeln: Geessen wurde zu bestimmten Zeiten, Getränke mussten bezahlt werden, es sei denn, was viel Unmut hervorrief, man kam aus den Dominions oder Indien; dann übernahm die britische Regierung die Rechnung. Man konnte Coupons einlösen oder bar bezahlen. Angeschrieben wurde nicht. In den Zimmern durfte nicht gekocht werden, und die Bewohner wurden angehalten, das Mobiliar nicht zu beschädigen. Hunde waren verboten. Im Krankenrevier standen ein Arzt und drei Krankenschwestern bereit. Zur Erholung gab es im Untergeschoss einen Billardraum und einen Wintergarten. Ausserdem standen mehrere Autos zur Verfügung, die man im Voraus buchen konnte. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass «durch heftiges Türemschlagen» bereits Scheiben zu Bruch gegangen seien. Ein anderer Hinweis warnte: «Alle Delegationsmitglieder sollten stets daran denken, dass Telefongespräche von Unbefugten mitgehört werden.»<sup>48</sup>

«Es war wie am ersten Schultag», bemerkte ein Neuankömmling. «Man drückte sich in der Halle herum, wo die vorher Angekommenen ‚die Neuen‘ bestaunten, suchte sein Gepäck heraus, merkte sich die Essenszeiten etc. – sehr amüsan.»<sup>49</sup> Bleibt man beim Bild der (Privat-) Schule, waren die Briten die Masters und Hausdamen; die Kanadier die Präfekten, etwas zu ernst vielleicht, aber zuverlässig; die Südafrikaner die Neuen, gut in Spielen und für ihre Sportlichkeit bewundert; die Australier die Schulhofhelden, die gern einmal über die Stränge schlagen; die Neuseeländer und Neufundländer die unteren Klassen; und die Inder schliesslich die netten Typen, die trotz ihrer Hautfarbe allseits beliebt waren, aber ständig in Gefahr schwebten, von ihren Eltern von der Schule genommen und in eine progressive Lehranstalt gesteckt zu werden.

Die Kanadier, die sich etwas darauf zugutehielten, dass sie aus dem ältesten Dominion kamen, und ihr Anführer, der gutaussehende, sich stets gerade haltende Borden gaben sich (nicht zum ersten Mal in internationalen Angelegenheiten) hochmoralisch und betonten ein ums andere Mal, sie würden nichts für sich selbst wollen. Das hinderte den kanadischen Handelsminister indes nicht daran, zum Wohl der heimischen Landwirtschaft und der hungernden Europäer Verträge mit Frankreich, Belgien, Griechenland und Rumänien zu schliessen. Ausserdem konnten die Kanadier sich nicht von dem allgemeinen Eindruck lösen, dass die Grenzen



plötzlich verschiebbar geworden waren. Jedenfalls redeten sie mit den Amerikanern munter über einen Tausch Alaskas gegen einige Westindische Inseln oder vielleicht Britisch-Honduras,<sup>50</sup> und Borden sprach mit Lloyd George im Namen Kanadas über die Möglichkeit, die Verwaltung der Westindischen Inseln zu übernehmen.<sup>51</sup>

Hauptanliegen der Kanadier war allerdings, das gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu erhalten und sie mit Grossbritannien zusammenzubringen, zum Teil aus purem Eigeninteresse, denn ein ständig wiederkehrender Alptraum Ottawas war es, sich eines Tages an der Seite von Grossbritannien und dessen Verbündetem Japan im Kampf gegen die Vereinigten Staaten wiederzufinden. Ein anderer Grund war die tiefe Überzeugung, dass die angelsächsischen Grossmächte natürliche Verbündete waren. Sollte der Völkerbund nicht zustande kommen, sollten sie, schlug Borden Lloyd George vor, sich zusammen mit ihm für eine Vereinigung der «beiden grossen englischsprachigen Commonwealths, die eine gemeinsame Herkunft, Sprache und Literatur teilen, die ähnliche politische Institutionen besitzen und deren vereinte Macht gross genug ist, um den Weltfrieden zu sichern», einzusetzen.<sup>52</sup>

Südafrika besass zwei herausragende Repräsentanten: seinen Ministerpräsidenten, den übergewichtigen, kranken General Louis Botha, und Smuts, beide eifrige Befürworter des Völkerbunds und gemässigter Friedensbedingungen für Deutschland und nur in einem Punkt kompromisslos: dem Schicksal der deutschen Kolonien in Afrika. Smuts, der an der Festlegung der britischen Territorialforderungen mitgewirkt hatte, war der Ansicht, dass Grossbritannien Deutsch-Ostafrika (das spätere Tanganjika, das schliesslich zu einem Teil Tansanias wurde) bekommen musste, um eine von Süd- nach Nordafrika durchgehende Kette von Kolonien zu besitzen, die durch deutsche Besitzungen bisher unterbrochen war. Ausserdem trat er als südafrikanischer Imperialist auf, indem er den Anschluss Deutsch-Südwestafrikas (des heutigen Namibia) an sein Land forderte. Vielleicht, so regte er an, könnte Portugal überredet werden, den südlichen Teil seiner Kolonie Mozambique für einen Teil von Deutsch-Ostafrika einzutauschen. Damit würde Südafrika eine kompakte Landmasse mit einer quer über die Südspitze des Kontinents verlaufenden geraden Grenze bilden.<sup>53</sup>

Australien war in keiner Hinsicht gemässigt. An der Spitze seiner Delegation stand mit Ministerpräsident Hughes ein magerer, unter Verdau-

ungsstörungen leidender Mann, der von Tee und Toast lebte. Als Vorkämpfer in den Docks von Sydney, wo er zum Gewerkschaftsfunktionär wurde, und Veteran der hemdsärmeligen australischen Politik bestimmte er die Politik seines Landes in Paris buchstäblich im Alleingang. Er war jähzornig, eigensinnig und sowohl im Wort- als auch im übertragenen Sinn taub. Argumente, die ihm nicht passten, überhörte er einfach. In seiner Umgebung gab es nur einen, auf den er hörte, Keith Murdoch, einen jungen Reporter, in dem er eine Art Sohn sah. Murdoch hatte in einem Bericht die britische Vorgehensweise in Gallipoli kritisiert, wo australische Truppen enorme Verluste erlitten hatten, und teilte Hughes' Zweifel an der britischen Kriegführung.<sup>54</sup> (Murdochs Sohn Rupert sollte später die Familientradition der kritischen Haltung gegenüber Grossbritannien fortsetzen.) Bei bestimmten Themen vertrat Hughes vermutlich die Auffassungen der Öffentlichkeit seines Landes, so in Bezug auf die Annexion der vormals deutschen pazifischen Inseln, die Australien erobert hatte, und mit der Forderung, dass die Völkerbundakte nichts enthalten dürfe, was die Politik eines weissen Australiens, also die Zulassung weisser Einwanderer und den Ausschluss aller anderen, in Frage stellte.

Lloyd George, der stets für die walisische Karte empfänglich war, die Hughes geschickt auszuspielen verstand, fand den australischen Ministerpräsidenten für gewöhnlich amüsant. Ebenso wie Clemenceau, der in Hughes, der für einen harten Kurs gegenüber Deutschland eintrat, zu Recht einen Freund Frankreichs sah. Die meisten Menschen, einschliesslich seiner eigenen Untergebenen, fanden ihn allerdings unmöglich. Wilson sah in ihm «einen lästigen Schurken».<sup>55</sup> Hughes seinerseits verachtete Wilson und hatte sowohl für dessen Prinzipien als auch für den Völkerbund nur Hohn und Spott übrig.<sup>56</sup> Neuseeland teilte die australischen Vorbehalte gegen den Völkerbund, auch wenn es sie weniger lautstark äusserte, und wollte ebenfalls einige pazifische Inseln annectieren. Der neuseeländische Ministerpräsident William Massey war nach Ansicht eines Kanadiers «genauso dickköpfig und John-Bull-mässig, wie man angesichts seiner Erscheinung erwartete, und sorgte mehr als einmal dafür, dass die Diskussion auf Abwege geriet».<sup>57</sup>

Schliesslich Indien (in amtlichen Dokumenten war stets von «den Dominions und Indien» die Rede). Neben Repräsentanten der selbstverwalteten Dominions waren dank der indischen Teilnahme am Krieg auch Ver-

treter Indiens ins Empire-Kriegskabinett aufgenommen worden. Aber seine Delegation in Paris wirkte nicht wie diejenige eines eigenständigen Landes. Sie bestand aus dem Staatssekretär für Indien, Edwin Samuel Montagu, und zwei indischen Mitgliedern, Lord Sinha und dem Maharadscha von Bikaner, die beide aufgrund ihrer Loyalität zu Grossbritannien ausgewählt worden waren. Trotz des Drängens verschiedener indischer Gruppen hatte die indische Regierung keinen der neuen Nationalistenführer in die Delegation berufen. Unterdessen machte Gandhi durch die Umwandlung des Indischen Nationalkongresses in eine politische Massenbewegung, die mit zunehmendem Nachdruck die Selbstregierung forderte, Diskussionen darüber, wie Indien eine Mitbestimmung an seiner Regierung und ein Mitspracherecht im Empire gewährt werden könne, immer überflüssiger.

Für die Briten sollte sich die Anwesenheit so vieler Staatsmänner aus den Dominions in Paris als zweischneidiges Schwert herausstellen. Während Borden in der Kommission, der sich mit den griechischen und albanischen Grenzen beschäftigte, getreulich den britischen Standpunkt vertrat und Joseph Cook aus Australien in Bezug auf die Tschechoslowakei ebenso viel Loyalität an den Tag legte, sah die Sache anders aus, wenn für die Dominions etwas auf dem Spiel stand. Lloyd George, der sich bereits in Bezug auf die Vertretung der Dominions mit den Alliierten angelegt hatte, sollte noch öfter dazu gezwungen sein, auch wenn er eine solche Komplikation, als die Friedenskonferenz ihre ohnehin schon schwierigen Verhandlungen aufnahm, ganz und gar nicht gebrauchen konnte.

# **TEIL II**

## **Eine neue Weltordnung**

## «Wir sind der Bund des Volkes»

Am 12. Januar 1919, einen Tag nach seiner Ankunft in Paris, traf Lloyd George im französischen Aussenministerium am Quai d'Orsay mit Clemenceau, Wilson und dem italienischen Ministerpräsidenten Orlando zur ersten von weit über hundert Sitzungen der führenden Friedensmacher zusammen, jeder von ihnen in Begleitung seines Aussenministers und einer Schar von Beratern. Am nächsten Tag schlossen sich auf britischen Wunsch zwei japanische Vertreter der Gruppe an. Daraus wurde der Rat der Zehn, auch wenn die meisten weiterhin vom Obersten Rat sprachen. Die kleineren Alliierten und Neutralen waren nicht eingeladen, was ein Vorzeichen dafür war, wie sie auf der Konferenz behandelt werden sollten. Als die Verhandlungen im März in das entscheidende Stadium eintraten, schieden die Aussenminister und die Japaner aus dem Obersten Rat aus, wodurch er zum Rat der Vier wurde: Lloyd George, Clemenceau, Wilson und Orlando.

Die grossen Empfangssäle am Quai d'Orsay haben die Zeitläufte und eine spätere deutsche Besatzung überraschend gut überstanden. Ihre heutige Gestalt haben sie in der Mitte des 19. Jahrhunderts erhalten, als Napoleon III. über ein Frankreich herrschte, das noch davon träumte, eine Weltmacht zu sein. Auch heute noch betreten bedeutende Besucher das Gebäude durch den offiziellen Eingang mit Blick auf die Seine und gelangen, an der ausladenden Treppe vorbei, die zu den Wohnungen hinaufführt, in eine Reihe von Empfangsräumen und Büros mit Parkettböden, Aubussontepptichen und mächtigen Kaminen. Die riesigen Fenster reichen bis zu den hohen, verzierten Decken, von denen kunstvolle Kronleuchter herabhängen. Die vorherrschenden Farben sind Gold, Rot und Ebenholzscharwarz.

Der Oberste Rat trat im inneren Heiligtum zusammen, dem Büro des Aussenministers. Heute ist es in Weiss und Gold gehalten, damals war es dunkler, doch an den Wänden befindet sich noch dasselbe geschnitzte Holzpaneel, und darüber hängen dieselben verblichenen Wandteppiche aus dem 17. Jahrhundert. Nach draussen öffnen sich Doppeltüren auf eine breite Treppe und einen Rosengarten, der heute noch existiert. Clemen-

ceau präsierte den Sitzungen in einem Sessel mitten vor dem Kamin, in dem ein enormes Holzfeuer brannte. Seine Kollegen sassen ihm auf der Gartenseite gegenüber, Briten und Amerikaner nebeneinander, daneben die Japaner und in einer Ecke die Italiener. Wilson hatte als einziges anwesendes Staatsoberhaupt einen etwas höheren Stuhl als alle anderen, die Aussenminister hatten Polsterstühle mit hohen Lehnen, und in Gruppen hinter ihnen sassen auf kleinen vergoldeten Stühlen die Berater und Sekretäre.

Der Oberste Rat entwickelte rasch seine eigene Routine. In der Regel trat er einmal, manchmal zweimal und gelegentlich auch dreimal am Tag zusammen. Es gab eine Art Tagesordnung, aber es wurden auch aktuelle Fragen behandelt. Man liess Bittsteller vor, die bis zum Ende der Friedenskonferenz eine endlose Prozession bildeten. Nachmittags zog man die grünen Seidenvorhänge vor die Fenster und schaltete das elektrische Licht ein. Es war zumeist sehr warm in dem Raum, aber die Franzosen reagierten entsetzt auf den Vorschlag, ein Fenster zu öffnen. Clemenceau lehnte in seinem Sessel und schaute regelmässig mit gelangweilter Miene zur Decke hinauf. Wilson zappelte unruhig und stand ab und zu auf, um sich zu strecken. Lansing, der kaum etwas zu tun hatte, zeichnete Karikaturen. Lloyd George unterhielt sich in lautem Flüsterton, riss Witze und gab Kommentare ab. Der amtliche Dolmetscher, Paul Mantoux, übersetzte aus dem Französischen ins Englische und umgekehrt, wobei er die Reden nachempfand, als würde er selbst Gebietsforderungen stellen. Da Clemenceau gut Englisch sprach und der italienische Aussenminister Sonnino es leidlich beherrschte, sprachen die Grossen Vier häufig englisch miteinander. Die Assistenten reichten auf Zehenspitzen Landkarten und Dokumente. Jeden Nachmittag wurden die Türen geöffnet, und Diener brachten Tee und Makronen herein. Wilson war überrascht und einigermassen bestürzt, dass sie aus solch nichtigem Anlass ihre Diskussion über die Zukunft der Welt unterbrechen sollten, aber dabei handelte es sich, wie er seinem Arzt erläuterte, offenbar um einen ausländischen Brauch, mit dem man sich abfinden musste.<sup>1</sup>

Von der ersten Sitzung an war den Mitgliedern des Obersten Rats klar, dass ihre Macht von Tag zu Tag schrumpfte, da die Armeen ihrer Länder demobilisiert wurden. «312.000 Mann werden in diesem Monat nach Hause geschickt», erfuhr House im Frühjahr von General Pershing, dem Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa. «Im letzten Monat wa-

ren es 300.000. Bei diesem Tempo werden am 15. August alle unsere Truppen wieder in den Vereinigten Staaten sein.»<sup>2</sup> Die Friedensmacher mussten dem Gegner ihre Friedensbedingungen aufzwingen, solange sie es noch konnten. Ausserdem mussten sie nach Hause zurück, um sich den Problemen zuzuwenden, die während des Krieges auf die lange Bank geschoben worden waren, und ihre politischen Gegner aus dem Feld zu schlagen. Ausserdem lieferten sie sich, jedenfalls glaubten sie das, auch noch mit anderen Feinden ein Rennen: Hunger, Krankheiten – Typhus, Cholera und die schreckliche Influenza –, revolutionäre Unruhen in zahllosen Städten und kleinere Kriege – rund ein Dutzend allein im Jahr 1919 – drohten zu zerstören, was von der europäischen Gesellschaft noch übriggeblieben war.

Das Kriegsende lag bereits zwei Monate zurück, und die Menschen fragten sich, warum so wenig passiert war. Ein Grund bestand darin, dass die Alliierten auf das plötzliche Ende der Feindseligkeiten nicht vorbereitet gewesen waren. Sie hätten es auch nicht sein können, hatten sie doch alle Energien auf die Kriegsanstrengung konzentriert. «Was kümmerte uns der Friede», schrieb Churchill im Rückblick, «solange wir nicht wussten, ob uns nicht selbst Vernichtung drohte? Wer konnte an Wiederaufbau denken, während die ganze Welt in Stücke geschlagen wurde, was galt uns die Demobilisierung, wo das einzige Ziel war, jeden Mann und jede Granate in die Schlacht zu werfen?»<sup>3</sup> Gewiss hatten Aussen-, Kolonial- und Kriegsministerien während der Kämpfe alte Ziele revidiert und neue formuliert. Auch hatte es ernsthafte Versuche gegeben, über den Frieden nachzudenken: die 1917 gebildete britische «Inquiry» (Studiengruppe), das französische «Comite detudes» und als umfangreichste Anstrengung die im September 1917 unter der Oberaufsicht von House geschaffene amerikanische «Inquiry». Sie hatten, sehr zum Unwillen der Berufsdiplomaten, externe Experten, von Historikern bis zu Missionaren, hinzugezogen und detaillierte Studien und Landkarten erstellt. Die Amerikaner hatten allein über den Fernen Osten und den Pazifik nicht weniger als 60 Berichte verfasst, die voll von wertvollen Informationen waren, wie derjenigen, dass in Indien «eine grosse Mehrheit der Unverheirateten aus sehr jungen Kindern» bestand.<sup>4</sup> Die alliierten Kriegsherren hatten diesen Studien kaum Beachtung geschenkt.

In den ersten Wochen der Friedenskonferenz verwandte der Oberste Rat viel Zeit auf Verfahrensfragen. Das britische Aussenministerium hatte

ein vielfarbiges Schema in Form eines Sechsecks angefertigt, in dem die Konferenz, ihre Kommissionen und Komitees in perfekter Symmetrie zusammenpassten; um dieses Sechseck kreisten wie kleine Planeten die einzelnen Kommissionen der Alliierten.<sup>5</sup> Lloyd George war in Lachen ausgebrochen, als man ihm das Diagramm vorlegte.<sup>6</sup> Die Franzosen brachten einen detaillierten Verhandlungsplan in Umlauf, in dem die Leitsätze der Konferenz und die zu behandelnden Probleme nach ihrer Bedeutung geordnet aufgeführt waren. Da die Deutschland betreffenden Entscheidungen an erster Stelle standen, während der Völkerbund offenbar kaum der Erwähnung wert war, lehnte Wilson, von Lloyd George unterstützt, den Vorschlag ab – in Tardieus Augen, der ihn ausgearbeitet hatte, ein Ausdruck der «instinktiven Abneigung der Angelsachsen gegen die systematischen Konstruktionen des lateinischen Geistes».<sup>7</sup>

Einig wurde sich der Oberste Rat über die Berufung eines Konferenzsekretärs, eines jungen französischen Diplomaten, der Gerüchten zufolge ein unehelicher Sohn Clemenceaus gewesen sein soll. (Den grössten Teil der Arbeit übernahm allerdings bald der stellvertretende Sekretär, der überaus effektive Hankey.) Nach viel Gezerre entschied man sich für Französisch und Englisch als den offiziellen Sprachen für Dokumente. Die Franzosen hatten für ihre Sprache als alleiniger Konferenzsprache plädiert, vorgeblich, weil sie präziser und zugleich nuancenreicher war, in Wirklichkeit aber, weil sie nicht zugeben wollten, dass Frankreich in der Rangordnung der Weltmächte abgerutscht war. Französisch, so argumentierten sie, sei seit Jahrhunderten die Sprache der internationalen Kommunikation und der Diplomatie. Briten und Amerikaner hielten dagegen, dass das Englische das Französische in zunehmendem Mass verdränge.<sup>8</sup> Er werde stets bedauern, dass er nicht besser Französisch könne, erklärte Lloyd George (er konnte es fast gar nicht), aber es wäre absurd, wenn man dem Englischen, das von mehr als 170 Millionen Menschen gesprochen werde, nicht den gleichen Status zubilligte wie dem Französischen. Warum dann nicht auch dem Italienischen, warfen die Italiener ein. «Andernfalls», sagte Aussenminister Sonnino, «sähe es so aus, als würde Italien, da man es ausschliesst, als zweitklassig behandelt.» In diesem Fall, entgegnete Lloyd George, könnte man auch das Japanische hinzunehmen. Die japanischen Delegierten, die den Diskussionen, ob sie nun auf Französisch oder Englisch geführt wurden, nur schwer folgen konnten, blieben



stumm.<sup>9</sup> Schliesslich gab Clemenceau, zum Ärger vieler seiner eigenen Leute, nach.

Auch die Frage, wie die Friedenskonferenz Beschlüsse fassen sollte, war im Obersten Rat umstritten. Im Dezember hatte das französische Aussenministerium an alle Länder Einladungen verschickt – von Liberia bis Siam –, die behaupten konnten, auf Seiten der Alliierten zu stehen, wie unwahrscheinlich dies auch war. Im Januar waren Repräsentanten von 29 Ländern in Paris versammelt, die allesamt in der Erwartung gekommen waren, an der Friedenskonferenz teilzunehmen. Sollten sie sich alle zusammensetzen und das Britische Empire genauso eine Stimme haben wie Panama? Das wollte keine der Grossmächte, doch während Clemenceau sofort beginnen wollte, die Delegierten der kleineren Länder in relativ harmlose Themenbereiche, wie denjenigen der internationalen Wasserstrassen, abzuschieben, wollte Wilson so wenig Struktur wie möglich. «Wir sollten keine förmliche Konferenz veranstalten», erklärte er, «sondern nur Gespräche führen.» Clemenceau war entsetzt: Wenn die Alliierten abwarteten, bis sie sich über alle Fragen einig waren, würden Monate vergehen, ehe die eigentliche Friedenskonferenz beginnen konnte, und die Öffentlichkeit wäre sehr enttäuscht. Auf jeden Fall würde man den in Paris versammelten Ländern etwas zu tun geben müssen. Lloyd George schlug, wie noch öfter in den folgenden Monaten, einen Kompromiss vor, und man einigte sich darauf, dass Ende der ersten Woche eine Plenarsitzung der Konferenz stattfinden sollte. Bis dahin würde sich der Oberste mit anderen Themen beschäftigen.<sup>10</sup>

Die Mitglieder des Obersten Rats, auch Wilson, hatten nicht die Absicht, die Kontrolle über die Tagesordnung der Konferenz, die gewaltig zu werden versprach, abzugeben.<sup>11</sup> Der durchgefallene französische Vorschlag enthielt neben dem Völkerbund folgende Themen: die polnische Frage, die russische Frage, die baltischen Völker, die Staaten auf dem Gebiet Österreich-Ungarns, der Balkan, der Ferne Osten und Pazifik, die jüdische Frage, die internationale Flussschifffahrt, internationale Eisenbahnverbindungen, die Garantie der Selbstbestimmung der Völker, der Schutz ethnischer und religiöser Minderheiten, internationale Vorschriften für Patente und Handelsmarken, die Bestrafung von im Krieg begangenen Verbrechen, Reparationen für Kriegsschäden sowie ökonomische und finanzielle Fragen.<sup>12</sup> Die Liste war weit vorausschauend.

In den kommenden fünf Monaten, bis zur Unterzeichnung des Vertrages mit Deutschland in Versailles am 28. Juni, beherbergte Paris buchstäblich eine Weltregierung. «Wir sind der Bund des Volkes», erklärte Clemenceau am Tag vor der folgenreichen Zeremonie, worauf Wilson erwiderte: «Wir sind der Staat.»<sup>13</sup> Schon in den ersten Sitzungen begannen die Mitglieder des Obersten Rats, wie ein Kabinett innerhalb eines repräsentativen Systems zu handeln. Tatsächlich benutzten sie selbst diesen Vergleich.<sup>14</sup> Sie mussten Zusammenarbeiten, vergassen aber nie, dass sie ihre Wähler in der Heimat vertraten.

Auch auf die Presse mussten sie Rücksicht nehmen. Hunderte von Journalisten hatten sich in Paris versammelt. Die französische Regierung hatte in einer Millionärsvilla einen grosszügigen Presseklub eingerichtet. Die Reporter, überwiegend Männer, aber auch eine Handvoll Frauen, wie die grosse amerikanische investigative Journalistin Ida Tarbell, vergalteten es ihr schlecht. Sie machten sich über die vulgäre Ausstattung lustig, und die Amerikaner gaben ihm den Spitznamen «Haus der tausend Titten».<sup>15</sup> Wichtiger war jedoch, dass sich die Presse über die Geheimhaltung der Verhandlungen beschwerte. Wilson hatte in seinen Vierzehn Punkten von «öffentlichen und öffentlich zustande gekommenen Friedensverträgen» gesprochen.<sup>16</sup> Wie bei vielen seiner Schlagworte war auch bei diesem die Bedeutung nicht ganz klar, vielleicht nicht einmal ihm selbst, aber es regte die Phantasie der Öffentlichkeit an.

Wilson hatte sicherlich im Sinn gehabt, dass es keine Geheimverträge mehr geben sollte wie diejenigen, die er selbst und viele andere als eine der Ursachen des Ersten Weltkriegs betrachteten. Aber meinte er, dass sämtliche Verhandlungen öffentlich geführt werden sollten? Das erwarteten viele Journalisten und ihre Leser. Pressevertreter forderten das Recht, an den Sitzungen des Obersten Rats teilzunehmen, oder wenigstens tägliche Zusammenfassungen der Diskussionen.<sup>17</sup> Er habe sich stets für die Pressefreiheit eingesetzt, bemerkte Clemenceau gegenüber seinem Berater Mordacq, aber es gebe Grenzen. Die Presse zu den täglichen Sitzungen des Obersten Rats zuzulassen, wäre ein «veritabler Selbstmord».<sup>18</sup> Wenn dies geschehe, bemerkte Lloyd George, werde die Konferenz ewig dauern. Er schlug vor, eine Presseerklärung herauszugeben des Inhalts, dass die Entscheidungsfindung zwischen den Mächten langwierig und heikel sei und dass man keine unnötigen Kontroversen entfachen wolle, indem man

Meinungsverschiedenheiten an die Öffentlichkeit bringe. Wilson stimmte zu.<sup>19</sup> Verärgerte amerikanische Journalisten beschwerten sich bei Wilsons Pressesprecher Baker, der einem Reporter zufolge blass vor Angst wurde. Wilson, sagten sie ihm, sei ein Heuchler und zudem naiv. Lloyd George und Clemenceau würden ihn, ohne das grelle Licht der Öffentlichkeit fürchten zu müssen, über den Tisch ziehen. Die Journalisten drohten damit, Paris zu verlassen, aber nur wenige machten die Drohung wahr.<sup>20</sup>

Auch die kleineren Länder brachten eine Vielzahl von Klagen und Forderungen vor. Portugal, das 60.000 Soldaten an die Westfront entsandt hatte, fand es empörend, dass ihm nur ein einziger offizieller Delegierter zugestanden wurde, während Brasilien, das gerade einmal eine Sanitätseinheit und einige Piloten zur Verfügung gestellt hatte, durch drei Repräsentanten vertreten war.<sup>21</sup> Grossbritannien unterstützte seinen alten Verbündeten Portugal, Amerika Brasilien. War die Anerkennung in Paris, dem Machtzentrum der Welt, für die etablierten Staaten wichtig, so war sie für die «im Entstehen begriffenen Staaten», wie die Friedensmacher sie bezeichneten, von grundlegender Bedeutung, und nach dem Zusammenbruch Russlands und dem Zerfall Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reichs gab es viele solcher Staaten. Allein schon vor dem Obersten Rat erscheinen und sein Anliegen vertreten zu können, war eine Bestätigung sondergleichen – und gut für das Ansehen in der Heimat.<sup>22</sup>

Paris mochte eine Weltregierung beherbergen, aber deren Macht war nie so gross, wie die meisten Menschen damals und später angenommen haben. Die Grossmächte wurden von den Ereignissen überholt. Als der Oberste Rat am 12. Januar zum ersten Mal zusammentrat, war Polen bereits neu entstanden, Finnland und die baltischen Staaten befanden sich auf dem Weg in die Unabhängigkeit, und die Tschechoslowakei war zusammengestückelt worden. Auf dem Balkan hatte sich Serbien mit den südslawischen Gebieten Slowenien und Kroatien des alten Habsburgerreiches zusammengeschlossen. Das neue Staatswesen hatte noch keinen Namen, aber manche sprachen bereits von einem jugoslawischen Staat. «Die Aufgabe der Pariser Vertragsmacher», bemerkte Lloyd George später, «bestand nicht darin, zu entscheiden, was gerechterweise befreiten Nationalitäten gegeben werden sollte, sondern darin, zu erkennen, wovon man ehrlicherweise annehmen durfte, dass es ihren Klauen entrissen werden konnte, wenn sie die Grenzen der Selbstbestimmung überschritten hatten.»<sup>23</sup>

Aber wo lagen diese Grenzen? Darauf gab es keine klare Antwort oder, besser gesagt, jede um Selbstbehauptung ringende Nationalität hatte ihre eigene Antwort. «Sehen Sie die kleinen Löcher dort?», fragte ein Einheimischer einen amerikanischen Besucher in Lemberg. «Wir nennen sie ‚Wilson's Punkte‘. Sie stammen von Maschinengewehren, die grossen Einschläge von Handgranaten. Wir sind jetzt mit Selbstbestimmung beschäftigt, und nur Gott weiss, mit welchem Ergebnis und wann es erreicht sein wird.»<sup>24</sup> In seiner ersten Sitzung musste der Oberste Rat sich mit Kämpfen zwischen Polen und seinen Nachbarn befassen. Als die Friedenskonferenz ein Jahr später offiziell endete, hielten die Kämpfe dort und anderswo immer noch an. Der amerikanische Militärberater Tasker Bliss sagte in einem düsteren Brief an seine Frau aus Paris einen neuen Dreissigjährigen Krieg in Europa voraus. «Die ‚untergetauchten Nationen‘ kommen an die Oberfläche zurück», fuhr er fort, «und sobald sie erscheinen, springen sie jemandem an die Kehle. Sie sind wie Moskitos – von Geburt an bösartig.»<sup>25</sup>

Es ist verlockend, aber irreführend, die Situation im Jahr 1919 mit derjenigen von 1945 zu vergleichen. 1919 gab es keine Supermächte, keine Sowjetunion, die mit ihren Millionen von Soldaten Mitteleuropa besetzt hielt, und die Vereinigten Staaten besaßen weder eine derart gewaltige Wirtschaftskraft noch ein Atomwaffenmonopol. 1919 waren die Feindstaaten nicht am Boden zerstört. Die Friedensmacher sprachen zwar ausführlich über die Schaffung und Auflösung von Staaten, aber das Material zu ihrer Gestaltung war nicht so formbar und die Kraft, sie zu formen, nicht so gross wie 1945. Natürlich verfügten die Friedensmacher über beachtliche Macht. Sie hatten immer noch Armeen und Kriegsschiffe. Sie hatten die Nahrungsmittel als Waffen, die sie gegen ein hungerndes Europa einsetzen konnten. Sie konnten durch Drohungen und Versprechen Einfluss ausüben, beispielsweise, indem sie Ansprüche anerkannten oder eben nicht. Sie konnten die Landkarten hervorholen und diesen oder jenen Grenzverlauf festlegen, und ihre Entscheidungen wurden meistens akzeptiert, wenn auch nicht immer, wie der Fall der Türkei auf spektakuläre Weise zeigte. Darüber hinaus war die Möglichkeiten der internationalen Regierung in Paris durch solche Faktoren eingeschränkt wie Entfernung, nutzbare Transportmittel und verfügbare Streitkräfte – und durch den Unwillen der Grossmächte, ihre Ressourcen einzusetzen.

1919 waren die Grenzen noch nicht klar, weder den Friedensmachern,

noch der Welt. Viele Völker glaubten, dass die Übel der Vergangenheit korrigiert und ihre Zukunft gesichert werden würde, wenn sie nur die Aufmerksamkeit des Obersten Rats auf sich lenken konnten. So reichte ein junger Mann, der als Küchenhilfe im Ritz arbeitete, eine Petition ein, in der er für sein kleines Land die Unabhängigkeit von Frankreich forderte. Doch Ho Chi Minh und sein Land – Vietnam – waren zu unbekannt, um auch nur einer Antwort gewürdigt zu werden. Ein koreanischer Absolvent der Universität Princeton namens Syngman Rhee konnte nicht nach Paris reisen, weil ihm ein Pass verweigert wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte er Präsident des unabhängig gewordenen Südkorea werden.<sup>26</sup>

Unter Vorsitz der ehrfurchtgebietenden englischen Suffragette Millicent Fawcett kamen in Paris Frauenrechtsorganisationen zusammen und beschlossen eine Resolution, in der sie eine Beteiligung an der Friedenskonferenz und das Frauenwahlrecht forderten. Wilson, der eine gewisse Sympathie für ihr Anliegen aufbrachte, empfing eine Delegation der Frauen und sprach vage, aber ermutigend über eine Sonderkommission der Konferenz mit weiblichen Mitgliedern, die sich mit Frauenfragen beschäftigen sollte.<sup>27</sup> Im Februar, kurz bevor er zu einem Kurzaufenthalt in die Vereinigten Staaten reiste, fragte er die anderen Friedensmacher vorsichtig, ob sie seine Idee gutheissen würden. Balfour erwiderte, er sei ein entschiedener Befürworter des Frauenwahlrechts, glaube aber nicht, dass sie sich mit solch einer Frage befassen sollten. Clemenceau schloss sich ihm an. Die Italiener erklärten, dies sei eine rein innenpolitische Frage. Als Clemenceau vernehmlich flüsternd fragte: «Was sagt der kleine Bursche dazu?», erklärte der japanische Delegierte, man erkenne den grossen Beitrag, den Frauen zur Zivilisation leisteten, an, aber die Frauenrechtsbewegung sei in Japan kaum der Rede wert. Die Frage wurde fallengelassen und sollte nie wieder aufgegriffen werden.<sup>28</sup>

Ferner stellten die Friedensmacher fest, dass sie die Verwaltung über einen grossen Teil Europas und des Nahen Ostens übernommen hatten. Alte Herrschaftsstrukturen waren zusammengebrochen, und alliierte Besatzungstruppen und Repräsentanten waren genötigt, an deren Stelle zu treten. Sie hatten kaum eine andere Wahl, denn hätten sie es nicht getan, hätte es niemand getan oder, schlimmer noch, Revolutionäre hätten das Vakuum ausgefüllt. Die Männer vor Ort taten, was sie konnten. In Belgrad

kratzte ein britischer Admiral eine kleine Flotte aus Lastkähnen zusammen, die er mit Lebensmitteln und Rohstoffen die Donau hinauf- und hinabfahren liess. Damit regte er, häufig gegen den Widerstand anderer Donaustaaten, einen bescheidenen Aufschwung von Handel und Industrie an. Aber es war eine Notlösung. Wie er in Paris ausführte, hätte die langfristige Lösung darin bestanden, die Donau und die anderen grossen europäischen Wasserstrassen unter internationale Kontrolle zu stellen.<sup>29</sup> Es gab noch mehr solcher Pläne und mehr solcher Enthusiasten, die sich für sie einsetzten, aber war auch der politische Wille vorhanden, sie umzusetzen?

Allein schon die ökonomische Verantwortung war gewaltig. Der Krieg hatte die Weltwirtschaft weitgehend zum Erliegen gebracht, und es war nicht leicht, sie wieder in Gang zu bringen. Die europäischen Staaten hatten enorme Schulden angehäuft, auf Seiten der Alliierten in zunehmendem Mass bei den Vereinigten Staaten, und jetzt hatten die Staaten Schwierigkeiten, die Kredite zu erhalten, die sie für ihren Wiederaufbau und die Ankurbelung des Handels benötigten. Die Hinterlassenschaft des Krieges waren nicht funktionsfähige Fabriken, brachliegende Felder, zerstörte Brücken und Eisenbahngleise. Es herrschte Mangel an Düngemitteln, Samen, Rohstoffen, Schiffsraum, Lokomotiven. Europa hing noch weitgehend von der Kohle als Brennstoff ab, aber die Bergwerke in Frankreich, Belgien, Polen und sogar in Deutschland waren geflutet. Die Entstehung neuer Staaten in Mitteleuropa beeinträchtigte die noch vorhandenen Reste der alten Handels- und Verkehrsnetze zusätzlich. In Wien flackerte das elektrische Licht, und die Strassenbahnen blieben stehen, weil der Kohlenachschub, der einst aus dem Norden gekommen war, jetzt durch eine neue Grenze blockiert wurde.

Aus allen Teilen Europas, von amtlichen Stellen wie von privaten Hilfsorganisationen, trafen beunruhigende Berichte ein: über Millionen arbeitsloser Männer, verzweifelte Hausfrauen, die ihre Familien mit Kartoffeln und Kohlsuppe ernährten, ausgemergelte Kinder. In jenem ersten kalten Nachkriegswinter machte Herbert Hoover, der Vorsitzende des amerikanischen Hilfswerks, die Alliierten darauf aufmerksam, dass in den Feindstaaten rund 200 Millionen Menschen und fast ebenso viele in siegreichen und neutralen Ländern von Hunger bedroht waren. Deutschland allein brauchte 200.000 Tonnen Weizen und 70.000 Tonnen Fleisch pro Monat. Auf dem gesamten Gebiet des ehemaligen Österreich-Ungarn wa-

ren den Krankenhäusern Verbandsmaterial und Medikamente ausgegangen. In der Tschechoslowakei bekamen eine Million Kinder keine Milch. In Wien starben mehr Neugeborene als überlebten. Die Menschen assen Kohlenstaub, Holzspäne, Sand. Hilfskräfte erfanden Bezeichnungen für Dinge, die sie noch nie gesehen hatten, wie die Mangelwurzel-Krankheit, die man bekam, wenn man sich ausschliesslich von Rüben ernährte.<sup>30</sup>

Das humanitäre Problem war nicht von der Hand zu weisen. Ebenso wie das politische. «Solange der Hunger weitergeht», warnte Wilson die anderen Ratsmitglieder, «werden die Fundamente der Regierungstätigkeit weiter zerfallen.»<sup>31</sup> Die Friedensmacher verfügten über die nötigen Ressourcen. Kanada, Australien, Neuseeland und Amerika selbst produzierten allesamt Lebensmittel- und Rohstoffüberschüsse, die sie gern verkaufen wollten. Auch Schiffe für den Transport waren vorhanden. Aber woher sollte das Geld kommen? Deutschland besass Goldreserven, aber nach dem Willen Frankreichs sollten sie, anstatt für Importe, für Reparationen verwendet werden. Die europäischen Alliierten waren nicht in der Lage, Hilfslieferungen im benötigten Umfang zu finanzieren, und die besiegten Länder waren, abgesehen von Deutschland, bankrott. Blieben nur noch die Vereinigten Staaten, aber sowohl der Kongress als auch die amerikanische Öffentlichkeit waren zwischen dem Impuls zu helfen und dem Gefühl hin- und hergerissen, dass das Land schon genug getan hatte, indem es den Krieg gewonnen hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Stimmungslage ähnlich, allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Anstelle einer diffusen Revolutionsgefahr gab es in Gestalt der Sowjetunion einen einzelnen, klar erkennbaren Feind. Ein Gegenstück zum Marshallplan, der unter diesen Umständen so viel zur Erholung Europas beitrug, war 1919 nicht möglich.

Darüber hinaus waren die Vereinigten Staaten noch keine derart überlegene Grossmacht wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre europäischen Alliierten waren nicht erschöpft und verzweifelt genug, amerikanische Hilfe anzunehmen, wenn sie dafür auf amerikanische Bedingungen eingehen mussten. 1919 betrachteten sie sich noch als unabhängige Akteure auf der Weltbühne, was sie auch waren. Vor Kriegsende hatten Grossbritannien, Frankreich und Italien einen Plan ausgearbeitet, der vorsah, alliierte Kredite, Lebensmittel, Rohstoffe und Schiffe in einem Pool zusammenzufassen und unter alliierter Leitung für Hilfs- und Wiederaufbaumassnah-

men einzusetzen. Die Amerikaner lehnten den Plan jedoch ab. Sie argwöhnten mit Recht, dass ihre Verbündeten die Verteilung der Ressourcen, auch wenn sie zum grössten Teil aus den Vereinigten Staaten stammten, unter ihre Kontrolle bekommen wollten, um ein Druckmittel in der Hand zu haben, mit dem sie die Feindstaaten zur Annahme ihrer Friedensbedingungen zwingen konnten.<sup>32</sup> Als Wilson auf Hoover als Chef des alliierten Hilfswerks bestand, legten die Europäer Widerspruch ein. Hoover, befürchtete Lloyd George, würde der «Lebensmitteldiktator Europas» werden, und amerikanische Geschäftsleute würden die Gelegenheit nutzen, um einen Fuss in die Tür zu bekommen. Schliesslich gaben die Europäer widerstrebend nach – und machten Hoover anschliessend das Leben so schwer wie möglich.<sup>33</sup>

Für Wilson und viele seiner Landsleute war Hoover ein Held, ein armer Waise, der sich über die Universität Stanford hochgearbeitet hatte und zu einem der führenden Ingenieure der Welt geworden war. Während des Krieges hatte er ein umfangreiches Hilfsprogramm für das deutschbesetzte Belgien organisiert, und als die Vereinigten Staaten 1917 in den Krieg eintraten, übernahm er die Aufgabe, Lebensmittel für die Kriegführung einzusparen. Hoover war effizient, fleissig und humorlos. Lloyd George fand ihn taktlos und schroff.<sup>34</sup> Den Europäern missfiel es nicht nur, ständig daran erinnert zu werden, dass der grösste Teil der Hilfslieferungen für Europa aus den Vereinigten Staaten kam, sondern auch, wie Hoover amerikanische Wirtschaftsinteressen förderte, indem er zum Beispiel amerikanische Lagerbestände an Schweinefleischprodukten nach Europa brachte und die Preise der dortigen Produzenten deutlich unterbot.<sup>35</sup>

Obwohl die Alliierten eine ganze Reihe von Wirtschaftsagenturen geschaffen hatten, die unter der lockeren Aufsicht des Obersten Wirtschaftsrats standen, war Hoovers Lebensmittel- und Hilfssektion die bei Weitem effektivste. Mit 100 Millionen Dollar von den Vereinigten Staaten und 62 Millionen von Grossbritannien richtete sie in 32 Ländern Büros ein, eröffnete Suppenküchen, die Millionen von Kindern ernährten, und brachte tonnenweise Lebensmittel, Kleidung und Medikamente in die am schwersten betroffenen Gebiete. Im Frühjahr 1919 betrieb Hoovers Organisation Eisenbahnlinien, überwachte Bergwerke und besass ein eigenes Telegraphennetz. Sie führte mit Tausenden von Haarschneidemaschinen, Tonnen von Seife und mit US-Soldaten besetzten Stationen einen Krieg



gegen die Läuse. Reisende, die keinen «Entlausungsschein» vorweisen konnten, wurden aufgegriffen und desinfiziert.<sup>36</sup> Im Sommer 1919 verärgerte Hoover die Europäer erneut, indem er erklärte, die Vereinigten Staaten hätten genug getan; jetzt seien die Europäer an der Reihe. Wenn sie hart arbeiteten, sparsam seien und ihre Rücklagen einsetzten, sollten sie es schaffen. In einem zunehmend isolationistisch gesinnten Washington stiess er auf rege Zustimmung, und die amerikanischen Hilfslieferungen und Kredite schrumpften zusehends.

Tatsächlich erreichte die europäische Produktion erst 1925 wieder den Vorkriegsstand, wobei in manchen Gebieten die Erholung wesentlich langsamer vorankam. Viele Regierungen griffen auf Mittel wie die Kreditaufnahme, Haushaltsdefizite und Handelsschranken zurück, um ihre Länder über Wasser zu halten. Insgesamt blieb die europäische Wirtschaft fragil und kam als Problem zu den innenpolitischen Misshelligkeiten der 1920er Jahre und den aussenpolitischen Spannungen aufgrund der protektionistischen Massnahmen der einzelnen Staaten hinzu.<sup>37</sup> Vielleicht hätte mit amerikanischem Geld und europäischer Kooperation ein stärkeres Europa aufgebaut werden können, das besser in der Lage gewesen wäre, die Herausforderungen der 1930er Jahre zu bestehen.

## 6

# Russland

Am 18. Januar 1919 wurde die Friedenskonferenz offiziell eröffnet. Clemenceau hatte dafür gesorgt, dass es am Tag der Ausrufung von Wilhelm I. zum deutschen Kaiser im Jahr 1871 geschah.<sup>1</sup> Präsident Poincaré sprach zu den im prächtigen Salle d'Horloge am Quai d'Orsay versammelten Delegierten über die Bösartigkeit ihrer Feinde, die grossen Opfer der Alliierten und die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden. «Sie halten die Zukunft der Welt in Ihren Händen», erklärte er.<sup>2</sup>

Beobachtern war die Abwesenheit einiger Delegierter aufgefallen. So fehlten der griechische Ministerpräsident Venizelos, der darüber verärgert war, dass man Serbien mehr Delegierte als seinem Land zugestanden hatte; der kanadische Ministerpräsident Borden, der gekränkt war, weil man dem Ministerpräsidenten des kleinen Neufundland Vorrang vor ihm eingeräumt hatte, und die japanischen Delegierten, die noch nicht in Paris eingetroffen waren. Aber am auffälligsten war das Fehlen Russlands.

Als Verbündeter hatte Russland 1914 wahrscheinlich Frankreich vor einer Niederlage bewahrt, weil es Deutschland an der Ostfront angegriffen hatte. Drei Jahre lang hatte es gegen die Mittelmächte gekämpft und ihnen enorme Verluste beigebracht, dabei selbst aber noch grössere Verluste erlitten. 1917 war es schliesslich unter der Last zusammengebrochen, und danach hatte es sich innerhalb von acht Monaten von einer Autokratie über eine liberale Demokratie zur revolutionären Diktatur einer winzigen Gruppe russischer Sozialisten gewandelt, der Bolschewisten, von denen kaum jemand vorher schon einmal gehört hatte. Bei seinem Zusammenbruch waren grosse Teile des Russischen Reichs von ihm abgefallen: die baltischen Staaten, die Ukraine, Armenien, Georgien, Aserbaidshan und Dagestan. Die Alliierten hatten in dem vergeblichen Versuch, ihrem sich auflösenden Verbündeten gegen die Deutschen den Rücken zu stärken, Truppen entsandt, und als die Bolschewisten Anfang 1918 mit Deutschland Frieden schlossen, blieben sie auf russischem Boden. Aber zu welchem Zweck? Um die Bolschewisten und ihr Sowjetregime zu stürzen? Zur

Unterstützung ihrer höchst unterschiedlichen Gegner, von Royalisten über Liberale und Anarchisten bis zu desillusionierten Sozialisten und Nationalisten aller Couleur?

In Paris war schwer einzuschätzen, was im Osten geschah und wer auf wessen Seite stand. Die Nachrichten, die in den Westen gelangten, sprachen von einer auf den Kopf gestellten Gesellschaftsordnung, von Bürgerkrieg, nationalistischen Aufständen, einem Teufelskreis von Gräueln, Vergeltung und neuen Gräueln; der letzte Zar und seine Familie seien ermordet und ihre Leichen in einen Brunnen geworfen worden; in einer Strasse in St. Petersburg habe man den verstümmelten Leichnam eines britischen Marineattachés gefunden. Russische Soldaten hätten ihre Offiziere erschossen und Matrosen das Kommando über ihre Schiffe übernommen. In den riesigen ländlichen Gebieten Russlands würden landhungrige Bauern ihre Grundherren töten und in den Städten Jugendliche mit Gewehren durch die Strassen stolzieren und die Armen ihre Elendsviertel verlassen und die Villen der Reichen besetzen. Aber niemand konnte sagen, wie viel davon der Wahrheit entsprach (tatsächlich das meiste), denn Russland war zu einem unbekanntem Land geworden. «Tatsächlich lagen uns nie bestätigte oder auch nur bestätigbare Fakten vor», schrieb Lloyd George später. «Russland war ein Dschungel, in dem niemand erkennen konnte, was sich nur wenige Meter von ihm entfernt befand.»<sup>3</sup> Seine mangelnden Geographiekennntnisse waren auch nicht unbedingt förderlich; so hielt er Charkow (eine Stadt in der Ukraine) für den Namen eines russischen Generals.

Das Ausland hatte seine Diplomaten im Sommer 1918 aus Russland abgezogen, und bis Anfang 1919 waren auch die meisten ausländischen Zeitungskorrespondenten abgereist. Die Landwege waren durch Kämpfe blockiert. Die Übermittlung von Telegrammen dauerte Tage oder Wochen, wenn sie überhaupt durchkamen. Als in Paris die Friedenskonferenz zusammentrat, verlief die einzige zuverlässige Nachrichtenverbindung über Stockholm, wo die Bolschewisten eine Vertretung besaßen. Während der Konferenz wussten die Friedensmacher über Russland ungefähr so viel wie über die abgewandte Seite des Mondes.<sup>4</sup>

Rein rechtlich gesehen, hatte man Russland vielleicht nicht zur Friedenskonferenz einladen müssen. Dies war Clemenceaus Standpunkt. Nach seiner Ansicht hatte Russland die Alliierten betrogen und Frankreich der

Gnade der Deutschen ausgeliefert.<sup>5</sup> Der Führer der Bolschewisten, Lenin, der zugleich Realist und Phantast war, hatte dem Deutschen Reich im Vertrag von Brest-Litowsk Land und Ressourcen überlassen, um im Frieden den Lebensfunken zu erhalten, der die marxistische Weltrevolution entfachen sollte. Deutschland erhielt Zugriff auf Materialien, die es dringend benötigte, und konnte Hunderttausende von Soldaten von der Ost- an die Westfront verlegen. Durch sein Handeln hatte Lenin, jedenfalls nach Clemenceaus Auffassung, die Alliierten von den Russland gegebenen Versprechen entbunden, einschliesslich der Zusagen in Bezug auf die für Russland überaus wichtigen türkischen Meerengen.

Andererseits war Russland, formal betrachtet, immer noch ein Verbündeter, der sich weiterhin im Krieg mit Deutschland befand. Immerhin hatte Deutschland, als es im November 1918 seinerseits um einen Waffenstillstand nachsuchte, die Annullierung des Vertrags von Brest-Litowsk akzeptieren müssen. Auf jeden Fall war die Abwesenheit Russlands hinderlich. «In den Diskussionen läuft unweigerlich alles auf Russland hinaus», notierte ein junger britischer Berater in seinem Tagebuch. «Dann folgt eine weitschweifige Diskussion; man einigt sich darauf, dass über den fraglichen Punkt erst entschieden werden könne, wenn man die allgemeine Politik gegenüber Russland festgelegt hat; nachdem man sich darauf geeinigt hat, geht man, anstatt sie nun festzulegen, zu einem anderen Thema über.»<sup>6</sup> Finnland, die entstehenden baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, Polen, Rumänien, die Türkei und der Iran: über sie alle wurde auf der Friedenskonferenz diskutiert, aber die Grenzen dieser Staaten konnten nicht endgültig gezogen werden, solange die künftige Gestalt und Stellung Russlands nicht klar war.

Russland wurde wiederholt zum Thema der Friedenskonferenz. Ray Stannard Baker, der spätere Biograph Wilsons, behauptete sogar, Russland und die Furcht vor dem Bolschewismus hätten den Friedensschluss geprägt. «Russland», beklagte er sich, «hat in Paris eine grössere Rolle gespielt als Preussen!»<sup>7</sup> Das ist Unsinn, wie viele seiner Äusserungen. Die Friedensmacher verwandten keineswegs übermässig viel Zeit auf Diskussionen über Russland und seine Revolution; weit mehr beschäftigte sie die Aufgabe, mit einem noch weitgehend intakten Deutschland Frieden zu schliessen und Europa in den Friedenszustand zurückzusetzen. Über

Russland machten sie sich ebenso Sorgen wie über soziale Unruhe in ihrem eigenen Bereich, aber sie betrachteten beides nicht als zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Ausschaltung der Bolschewisten in Russland würde nicht auf wundersame Weise die Ursachen für Unruhen anderswo beseitigen. Die deutschen Arbeiter und Soldaten eroberten die Macht, weil das kaiserliche Regime diskreditiert und bankrott war. Österreich-Ungarn brach zusammen, weil es sich nicht mehr über Wasser zu halten und die in seinen Grenzen lebenden Völker nicht mehr niederzuhalten vermochte. Britische Soldaten meuterten in Folkestone, weil sie nicht nach Übersee geschickt werden wollten, Kanadier in Nordwales, weil sie nach Hause wollten. Für manche bedeutete die russische Revolution eine Ermutigung, und sie lieferte ihnen ein Vokabular. «Der Bolschewismus ist im Aufwind», schrieb Borden in sein Tagebuch, aber er meinte Arbeiterunruhen, und keine Revolution.<sup>8</sup> Der Begriff «Bolschewismus» (und sein Schwesterbegriff «Kommunismus») war 1919 ein bequemes Kürzel. «Wenn wir ihn durch das Wort ‚revolutionär‘ ersetzen würden», meinte Wilsons Militärberater Bliss, «wäre die Sache vielleicht klarer.»<sup>9</sup>

Natürlich waren die Friedensmacher über die Ausbreitung revolutionärer Ideen beunruhigt, aber nicht unbedingt über die russischen. Die Überlebenden des Ersten Weltkriegs waren müde und ängstlich. Scheinbar solide Strukturen, Reiche, Staatsapparate, Armeen waren zerbrochen, und in vielen Teilen Europas war nicht klar, was an ihre Stelle treten würde. Vor dem Krieg war Europa voller unbefriedigter Sehnsüchte gewesen – sozialistische Hoffnungen auf eine bessere Welt, gewerkschaftliche Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, nationalistische Wünsche nach einer eigenen Heimstatt –, und diese Sehnsüchte waren mit grösserer Kraft wiedererwacht, da es in der offenen Situation des Jahres 1919 realistisch schien, von grossen Veränderungen zu träumen – oder Alpträume vom Zusammenbruch der vorhandenen Ordnung zu haben. Am 14. Dezember 1918 wurde der portugiesische Präsident ermordet. Am 19. Februar 1919 verübte ein Anarchist einen Anschlag auf Clemenceau, bei dem er aber nur leicht verletzt wurde. In Bayern und Ungarn ergriffen Kommunisten die Macht, in München nur für wenige Tage, in Budapest für längere Zeit. In Berlin und Wien versuchten sie es im Januar beziehungsweise Juni ebenfalls, allerdings erfolglos. Aber man konnte den Bolschewisten nicht an all diesen Ereignissen die Schuld geben.

Viele, nicht nur auf der Linken, weigerten sich, in Panik zu verfallen.<sup>10</sup> Bei einem Mittagessen im Majestic unterhielt sich der kanadische Delegierte Oliver Mowat Biggar eines Tages angeregt mit einer Gruppe, zu der unter anderem Lloyd Georges Privatsekretär Philip Kerr gehörte. «Wir hatten alle das Gefühl, dass das Geld in der Welt zu viel Macht hat – das heisst egoistisches Geld. Die logische Konsequenz daraus ist der Kommunismus, und zweifellos werden wir alle sie in ungefähr einem Vierteljahrhundert ziehen.» In der Zwischenzeit, schrieb Biggar seiner Frau in Kanada, amüsierte er sich prächtig: samstagsabends beim Tanz im Majestic, bei Faust und Madame Butterfly in der Oper oder in den Varietes, wo ihn, wie er seiner Frau mitteilte, die Schönheit der Prostituierten verblüfft habe. Franzosen, erklärte er, hätten gewiss andere Massstäbe als Kanadier. In einer komischen Oper habe die Hauptdarstellerin «oberhalb der Hüften nichts angehabt als ein paar Ketten und ansonsten nichts darüber und darunter als Bänder und Schuhe. Als Tänzerin war sie ein Reifall.» Als Biggars Frau daraufhin vorschlug, umgehend nach Paris zu kommen, erhob er schwerwiegende Einwände: Selbstverständlich würde er sie gerne sehen, aber die Wohnungen in Paris seien schrecklich teuer und hätten abstossende Badezimmer. Ausserdem habe er von einem hohen Politiker gehört, dass sich die Revolution derzeit in ganz Deutschland ausbreite und möglicherweise nach Frankreich überspringen werde. Es herrsche ein grosser Lebensmittel- und Brennstoffmangel. Die Lampen würden ständig ausgehen, aus den Wasserhähnen würde kein Wasser kommen. «Du musst Dir freilich selbst darüber klarwerden, ob Du die Unannehmlichkeiten einer – sehr fernen – Gefahr auf Dich nehmen willst.»<sup>11</sup> Mrs. Biggar blieb in Kanada.

Der Bolschewismus hatte seine Vorteile. Wenn Rumänien die russische Provinz Bessarabien beanspruchte oder Polen in die Ukraine vorrückte, dann taten sie es, um den Bolschewismus aufzuhalten. Die italienischen Delegierten warnten vor einer Revolution in ihrem Land, wenn es nicht den grössten Teil der dalmatinischen Küste erhalte. Die Friedensmacher nutzten ihn, um sich gegenseitig unter Druck zu setzen. Deutschland, erklärten Lloyd George und Wilson, würde bolschewistisch werden, wenn man dem Land zu scharfe Friedensbedingungen aufzwinge.

Die westliche Reaktion auf das neue Regime in Russland war zutiefst gespalten. Der Mangel an Informationen hinderte die Menschen nicht

daran, feste Ansichten zu vertreten. Vielleicht taten sie es deshalb nur umso nachdrücklicher. Sowohl die Linke als auch die Rechte projizierte ihre Befürchtungen und Hoffnungen auf das schwarze Loch im Osten. Der radikale amerikanische Journalist Lincoln Steffens, der, ungewöhnlich genug, 1919 tatsächlich in Russland einreisen konnte, prägte auf der Rückfahrt den berühmten Satz: «Ich habe die Zukunft gesehen, und sie funktioniert.» Nichts, was er in Russland erlebt habe, habe seine Meinung geändert.<sup>12</sup> Auf der Rechten schenkte man dagegen jeder Schreckensmeldung Glauben. Die britische Regierung veröffentlichte angebliche Augenzeugenberichte. Danach hatten die Bolschewisten die Frauen verstaatlicht und in «Kommissariate der freien Liebe» gesteckt. Kirchen seien in Bordelle umgewandelt worden. Spezialgruppen chinesischer Henker seien ins Land geholt worden, um an den Opfern der Bolschewisten ihre altorientalischen Fähigkeiten zu erproben.<sup>13</sup>

Churchill, der während der Konferenz Kriegsminister war, gehörte zu den wenigen, die begriffen, dass Lenins Bolschewismus etwas grundlegend Neues auf der politischen Bühne war und dass hinter der marxistischen Rhetorik eine hochdisziplinierte, hochzentralisierte Partei steckte, die jeden Hebel der Macht besetzte, dessen sie habhaft werden konnte. Von dem Fernziel einer vollkommenen Welt inspiriert, war es ihr gleich, welche Methoden sie anwandte. «Das Wesen des Bolschewismus», erklärte Churchill, «besteht im Gegensatz zu vielen anderen Arten visionären politischen Denkens darin, dass er nur durch Gewalt propagiert und aufrechterhalten werden kann.» Lenin und seine Kollegen seien bereit, alles zu vernichten, was dieser Vision im Weg stehe, ob nun die Institutionen der russischen Gesellschaft oder die Russen selbst. «Von allen Tyrannen der Geschichte», sagte Churchill in einer Rede in London, «ist die bolschewistische Tyrannei die schlimmste, die destruktivste und die menschenunwürdigste.» Lloyd George sah den Grund für Churchills Haltung in seinem «herzoglichen [ducal] Blut», das sich «gegen die Massenliquidierung der russischen Grossfürsten [grand dukes]» aufbäume. Andere, einschliesslich vieler seiner Kollegen und der britischen Öffentlichkeit, taten Churchill als wankelmütig und unzuverlässig ab. Der Schatten des katastrophalen Gallipoli-Feldzugs hing noch über ihm, und seine blumige Sprache klang hysterisch. «Die Zivilisation», bemerkte er in einer Wahlrede im November 1918, «wird in weiten Gebieten völlig ausgelöscht, wäh-

rend Bolschewisten in den Trümmern der Städte zwischen den Leichen ihrer Opfer wie grimmige Paviane herumtoben.» Nach einem ähnlichen Ausbruch im Kabinett sagte Balfour kühl zu Churchill: «Mir gefällt die überspitzte Art, mit der Sie die Wahrheit sagen.»<sup>14</sup>

Während die meisten westlichen Liberalen 1919 dazu neigten, gegenüber den Bolschewisten den Grundsatz «in dubio pro reo» anzuwenden, war die Öffentlichkeit entsetzt über die Absetzung einer demokratisch gewählten Volksvertretung, über die Morde – insbesondere diejenigen am Zaren und seiner Familie – und über die Nichtanerkennung der russischen Auslandsschulden. (Letzteres verärgerte besonders die Franzosen, da ein grosser Teil der Mittelschicht Geld in russischen Schuldverschreibungen angelegt hatte.<sup>15</sup>) Aber als guter Liberaler erinnerte man sich daran, dass sowohl die Vereinigten Staaten als auch das moderne Frankreich aus Revolutionen hervorgegangen waren. Wilson glaubte anfangs, der Bolschewismus würde die Macht der Konzerne und der Regierung beschränken, um die Freiheit des Einzelnen zu stärken.<sup>16</sup> Laut seinem Leibarzt Cary T. Grayson befürwortete Wilson viele Aspekte des bolschewistischen Programms: «Natürlich, erklärte er, seien ihre Mordkampagnen, die Beschlagnahmungen und die völlige Missachtung des Rechts höchst verachtenswert. Allerdings seien einige ihrer Lehren gänzlich durch den Druck der Kapitalisten entstanden, die überall die Rechte der Arbeiter missachtet hätten, und er warnte seine Kollegen, dass sich die Bolschewisten, sollten sie zur Vernunft kommen und sich zu einer Politik von Recht und Ordnung entschliessen, bald über ganz Europa ausbreiten und die vorhandenen Regierungen stürzen würden.»<sup>17</sup> Nach Ansicht fortschrittlicher Denker wie ihm selbst oder Wilson, ergänzte Lloyd George, habe die alte Ordnung – «unfähig, verdorben und tyrannisch», wie sie sei – bekommen, was sie verdient habe: «Sie trug die Schuld an Ausbeutung und Unterdrückung, die für die von den Revolutionären an den Tag gelegte Grausamkeit verantwortlich waren.»<sup>18</sup> In Lloyd George steckte immer noch etwas von dem kühnen jungen Rechtsanwalt in Nordwales, der sich für lokale Interessen einsetzte. «Das Problem mit dem Premierminister ist», beklagte sich Curzon bei Balfour, «dass er selbst etwas von einem Bolschewisten hat. Man hat den Eindruck, dass er Trotzki als die einzige kongeniale Figur auf der Weltbühne betrachtet.»<sup>19</sup>



Viele glaubten, dass sich die russischen Bolschewisten mit der Zeit beruhigen und bürgerlich werden würden.<sup>20</sup> Im Westen sah die Sache anders aus. Wenn die bolschewistischen Ideen in die westlichen Gesellschaften eindringen, dann deshalb, weil die Menschen von der alten Ordnung genug hatten. Beseitigte man die Ursachen des Bolschewismus, war sowohl Wilson als auch Lloyd George überzeugt, würde man ihm den Wind aus den Segeln nehmen. Bauern ohne Land, Arbeiter ohne Arbeit, Männer und Frauen ohne Hoffnung: sie alle waren anfällig für Visionäre, die ihnen das Blaue vom Himmel versprachen. Sogar in seinem eigenen Land, stellte Wilson fest, gebe es eine gefährliche Kluft zwischen Kapital und Arbeit. «Samen braucht Boden», erklärte er, «und für die bolschewistische Saat war der Boden schon bereit.»<sup>21</sup> Man könne den Bolschewismus besiegen, versicherte er den amerikanischen Experten, auf der Reise nach Paris, indem man eine neue Ordnung aufbaue.<sup>22</sup> Auch Lloyd George war optimistisch. «Glauben Sie nicht auch, dass der Bolschewismus von selbst sterben wird?», fragte er einen britischen Journalisten. «Europa ist sehr stark. Es kann ihm widerstehen.»<sup>23</sup>

Er hätte es gern gesehen, wenn Russland an der Friedenskonferenz teilgenommen hätte. Man könne nicht so tun, als würde es das Land nicht geben, hatte er im Dezember 1918 bei ihrem Treffen in London zu Clemenceau gesagt. Er empfinde grosse Sympathie für das russische Volk. «Seine Truppen haben ohne Waffen und Munition gekämpft», fuhr er fort. «Es ist von seiner Regierung furchtbar betrogen worden, und es ist kaum verwunderlich, dass es in seiner Erbitterung gegen die Alliierten rebelliert hat.» Russland sei ein riesiges Land, das sich von Europa bis nach Asien erstreckte, mit fast 200 Millionen Menschen. Wenn man den Nationen, die Anspruch auf russisches Territorium erhoben, nach Paris zu kommen erlaube, dann hätten gewiss auch die Russen es verdient, gehört zu werden, auch wenn dies bedeute, dass man die Bolschewisten einladen müsse.<sup>24</sup> Er möge sie nicht, sagte Lloyd George zu seinen Kollegen im Obersten Rat, aber dürfe man sich weigern, sie einzuladen? «Zu verlangen, dass wir selbst die Repräsentanten eines grossen Volks auswählen, widerspricht allen Grundsätzen, für die wir gekämpft haben.» Nach der Französischen Revolution habe die britische Regierung den gleichen Fehler gemacht, indem sie die emigrierten Aristokraten unterstützte. «Dies», sagte Lloyd George dramatisch, «habe zu einem rund 25 Jahre dauernden Krieg geführt.»<sup>25</sup>

Seine Argumente kamen bei Clemenceau nicht gut an. Er hasste die Bolschewisten, zum einen, weil er sie als Werkzeug der Deutschen ansah, und zum anderen, weil er ihre Methoden verabscheute. In Clemenceaus Augen war eine Revolution erhaben, wenn sie wie diejenige von 1789 war, aber verachtenswert, wenn sie in die Hände von Jakobinern mit ihren Robespierres und Lenins fiel, die zur Erreichung der Vollkommenheit die Guillotine und den Strick einsetzten. Er hatte die Massengewalt und die blutige Unterdrückung in der radikalen Kommune in Paris am Ende des Deutsch-Französischen Krieges selbst miterlebt. Damals hatte er mit der extremen Linken gebrochen.<sup>26</sup> 1919 musste er zudem, wie die anderen Staatsmänner auch, Rücksicht auf die heimische Öffentlichkeit nehmen. Sollten die Bolschewisten Vertreter nach Paris entsenden, erklärte er in einem privaten Gespräch mit Balfour, würde das die extremen Radikalen ermutigen und die Mittelschicht in Panik versetzen. Es würde zu Unruhen kommen, die seine Regierung mit Gewalt würde niederwerfen müssen. Das wäre keine gute Atmosphäre für die Friedenskonferenz. Wenn die Alliierten eine solche Einladung tatsächlich aussprechen wollten, wäre er gezwungen, zurückzutreten.<sup>27</sup>

Sprachen die Bolschewisten überhaupt für das ganze russische Volk? Sie kontrollierten lediglich das russische Kernland, einschliesslich der Grossstädte Petrograd (das bald in Leningrad umbenannt werden sollte) und Moskau. Ihnen standen konkurrierende Regierungen gegenüber: diejenige der Weissen, wie sie allgemein genannt wurden, im Süden, mit Anton Denikin, einem der besseren zaristischen Generale, an der Spitze, und eine weitere in Sibirien unter Admiral Alexander Koltschak. In Paris selbst hatten russische Emigranten, von Konservativen bis zu Radikalen, als Vertretung aller nichtbolschewistischen Russen die Russische Politische Konferenz gegründet, bei der unter anderen der frühere zaristische Aussenminister Sergej Sasonow und der berühmte Terrorist Boris Sawinkow mitarbeiteten. Der schlanke, stets gutgekleidete Sawinkow, mit einer Gardenie im Knopfloch, hatte in Paris viele Bewunderer. Lloyd George, der Effektivität mochte, sagte über ihn: «Seine Anschläge waren immer sorgfältig geplant und ein voller Erfolg.»<sup>28</sup> Leider wurde die Russische Politische Konferenz von den rivalisierenden Regierungen Denikin und Koltschak (die viel Zeit darauf verwandten, einander auszumanövrieren) nur widerstrebend und von den Bolschewisten überhaupt nicht unterstützt.

Am 16. Januar brachte Lloyd George die Russlandfrage im Obersten Rat zur Sprache. Nach seiner Ansicht hatte der Rat drei Optionen: erstens den russischen Bolschewismus zu zerstören, zweitens ihn von der Aussenwelt zu isolieren und drittens die Russen, einschliesslich der Bolschewisten, einzuladen, sich den Friedensmachern anzuschliessen. Es seien bereits Schritte zur Verwirklichung der ersten beiden Optionen unternommen worden: Alliierte Soldaten stünden auf russischem Boden, und gegen Russland sei eine Blockade verhängt worden. Erfolgreich scheine beides nicht zu sein. Er, Lloyd George, neige deshalb der dritten Option zu. Tatsächlich würden sie den Russen etwas Gutes tun, wenn sie die verschiedenen Fraktionen an einen Tisch brächten, um über einen Waffenstillstand zu verhandeln.<sup>29</sup> Genau das, fügte er im privaten Gespräch hinzu, hätten die Römer getan, wenn sie nach den Barbaren geschickt und sie aufgefordert hätten, sich anständig zu benehmen.<sup>30</sup>

Was die Optionen betraf, hatte Lloyd George recht. Aber es fiel den Friedensmachern schwer, sich über ihren Kurs klarzuwerden. Gegen jede der Optionen gab es Einwände: Eine Intervention zum Sturz der Bolschewisten war riskant und kostspielig; eine Isolierung Russlands träfe insbesondere das russische Volk hart, und wenn man Vertreter der Bolschewisten nach Paris oder an einen anderen Ort im Westen einlud, böte man ihnen eine Gelegenheit, ihre Lehre zu verbreiten, vom zu erwartenden empörenden Aufschrei der Konservativen ganz zu schweigen. Während Wilson sich hinter Lloyd George stellte, erhoben der französische und der italienische Aussenminister, Pichon und Sonnino, Einspruch. Wenigstens, schlug Pichon vor, sollten sie sich anhören, was der französische und der dänische Botschafter, die gerade erst aus Russland zurückgekehrt waren, zu berichten hätten. Die Botschafter erschienen im Rat und erzählten Schreckensgeschichten über den Roten Terror, die Lloyd George blasiert als übertrieben abtat.<sup>31</sup> Es gelang dem Obersten Rat nicht, sich auf eine Linie zu verständigen.

Während der gesamten Friedenskonferenz blieb die alliierte Russlandpolitik uneinheitlich und bruchstückhaft. Sie war nicht entschieden genug, um die Bolschewisten von der Macht zu verdrängen, aber feindselig genug, um sie, mit negativen Konsequenzen für die Zukunft, davon zu überzeugen, dass die Westmächte ihre unerbittlichen Gegner waren. Churchill, der seine eigene Regierung wiederholt aufforderte, eine klare Haltung einzu-

nehmen, ging in seinen Erinnerungen hart mit den Alliierten ins Gericht: «Befanden sie sich mit Sowjetrußland im Kriegszustand? Gewiss nicht. Aber sie schossen Sowjetrußen nieder, wo sie ihrer ansichtig wurden, und standen als Angreifer auf russischem Boden. Sie bewaffneten die Feinde der Sowjetregierung, blockierten ihre Häfen und versenkten ihre Kriegsschiffe. Sie wünschten von Herzen ihren Sturz und schmiedeten Pläne dafür. Aber Krieg – abscheulich! Einmischung – schändlich!»<sup>32</sup>

Churchill war selbstverständlich für eine Intervention, ebenso wie Marschall Foch, der höchste französische Soldat und alliierte Oberbefehlshaber, sowie die Tory-Abgeordneten im Unterhaus in London und die verbitterten französischen Investoren. Ihnen gegenüber stand eine nicht minder lautstarke Gruppe: von den Gewerkschaften, die sich mit der Arbeiterbewegung solidarisierten, über Humanisten verschiedenster Couleur bis hin zu Pragmatikern, die dem populären Londoner *Daily Express* zustimmten, der erklärte: «Es tut uns leid für die Russen, aber sie müssen die Sache unter sich ausfechten.»<sup>33</sup>

Dieser Ansicht neigte auch Wilson zu. «Ich glaube, man sollte sie ihr Heil selbst finden lassen», hatte er kurz vor Kriegsende zu einem britischen Diplomaten in Washington gesagt, «auch wenn sie für eine Weile in Anarchie versinken. Ich stelle es mir so vor: Da kämpft eine Menge unmöglicher Leute miteinander. Man kann mit ihnen keine Geschäfte machen, also sperrt man sie in ein Zimmer und sagt ihnen, dass man die Tür erst wieder aufschliessen und mit ihnen Geschäfte machen würde, wenn sie ihre Probleme miteinander geklärt haben.»<sup>34</sup> Wilson nahm an, dass die Form des Zimmers weitgehend gleich bleiben würde, und zog nicht, wie es die Briten gelegentlich taten, die Möglichkeit in Betracht, dass das Russische Reich auseinanderbrechen könnte. In seinem Verständnis bedeutete Selbstbestimmung, dass die Völker des ehemaligen Zarenreiches ihr Riesenland selbst regierten. Die einzige Ausnahme, die er auf der Grundlage dieses Prinzips machte, waren die zu Russland gehörenden polnischen Gebiete, die nach seiner Ansicht dem wiederhergestellten Polen zugeschlagen werden sollten. Den ukrainischen Nationalismus sah er merkwürdigerweise nicht im selben Licht (vielleicht weil sich sein grosser republikanischer Gegenspieler, Senator Lodge, für die Unabhängigkeit der Ukraine einsetzte), und auch die Anerkennung der baltischen Staaten durch die Alliierten lehnte er strikt ab.<sup>35</sup> Ansonsten war seine Politik gegenüber Russland vor allem negativer Art: keine Intervention, keine Anerkennung. Im

sechsten seiner Vierzehn Punkte forderte er den Rückzug ausländischer Truppen von russischem Territorium (er dachte dabei insbesondere an die Japaner), damit das russische Volk die Institutionen entwickeln konnte, die am besten zu ihm passten. Wenn die Russen entschieden hätten, wer sie regieren sollte (Wilson hoffte, dass es nicht die Bolschewisten sein würden), würden die Vereinigten Staaten die neue Regierung anerkennen. Genau so, betonte er gern, hätten die Vereinigten Staaten es während des mexikanischen Bürgerkriegs gehalten.<sup>36</sup>

Das Problem bestand nur darin, dass die Alliierten bereits interveniert hatten. Im Frühjahr 1918 waren britische Truppen in den Nordmeerhäfen Archangelsk und Murmansk gelandet, und Japan hatte Wladiwostok am Pazifischen Ozean besetzt und war westwärts nach Sibirien vorgedrungen, um zu verhindern, dass Deutschland russische Rohstoffe wie Getreide und Erdöl sowie russische Häfen und Eisenbahnstrecken in die Hände fielen. Um die Japaner (und vielleicht auch die Briten) im Auge zu behalten und die in Sibirien festsitzenden Verbände der Tschechoslowakischen Legion zu schützen, hatte auch Washington widerstrebend Truppen entsandt. («Ich habe wegen der Frage, welches Vorgehen in Russland richtig und möglich ist, Blut geschwitzt», gestand Wilson ein. «Sie zerrinnt mir unter den Fingern.»<sup>37</sup>) Daraufhin bewegte Grossbritannien Kanada dazu, als Ausgleich zu den Amerikanern und Japanern eine kanadische Truppe bereitzustellen. Im Süden rückte eine weitere britische Streitmacht in den Kaukasus ein und zu den dortigen Erdölfeldern vor. Frankreich, das über noch weniger Truppen verfügte als Grossbritannien, entsandte lediglich Militärmissionen und symbolische Einheiten. Schon als Grossbritannien am Kriegsende beschloss, seine Truppen nicht nur vor Ort zu belassen, sondern auch die antibolschewistischen russischen Weissgardisten zu unterstützen, war klar, dass die gegen Deutschland gerichtete Intervention zu etwas völlig anderem geworden war.<sup>38</sup>

Während das besiegte Deutschland auf Weisung der Alliierten seine Truppen aus der Ukraine und den baltischen Staaten abzog, bemühten sich die Alliierten, das Vakuum zu füllen. Ende 1918 standen rund 180.000 ausländische Soldaten auf russischem Boden, und mehrere weisse russische Armeen erhielten Geld und Waffen von den Alliierten.<sup>39</sup> Das Wort von einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus machte die Runde. Starke Anzeichen dafür, dass weitere militärische Abenteuer auf Widerstand stossen

würden, geboten den alliierten Staatsmännern indes Einhalt. Sowohl die Öffentlichkeit als auch das Militär waren kriegsmüde. Der Slogan der Linken «Hände weg von Russland!» wurde immer populärer. Wenn sie nicht aufpassten, warnte Lloyd George im Kabinett, würden sie den Bolschewismus fördern, indem sie versuchten, ihn zu unterdrücken. Die britischen Streitkräfte berichteten, dass die Aussicht, nach Russland geschickt zu werden, bei den Soldaten höchst unbeliebt war.<sup>40</sup> Kanada, das Truppen für die sibirische Expedition und für Murmansk zur Verfügung gestellt hatte, wollte sie im Sommer abziehen. In seinem Land herrsche «grosse Besorgnis», teilte Borden seinen Kollegen in der Empire-Delegation mit.<sup>41</sup>

Frankreich, das sich für eine Intervention starkmachte, konnte kaum etwas tun. Es besass weder die nötigen Truppen noch die nötigen Ressourcen. Bis zum Ende des Krieges waren nur wenige französische Soldaten in Russland eingetroffen. Laut einer Vereinbarung mit Grossbritannien war Frankreich theoretisch für die Südukraine und die Krim verantwortlich, während Grossbritannien sich um den Kaukasus und Zentralasien kümmern sollte. (Was dies über die Unterstützung lokaler antibolschewistischer Kräfte hinaus bedeutete, wurde nie klar besprochen.) «Ich habe nicht genug Truppen», beklagte sich der kommandierende französische General im Nahen Osten, Louis Franchet d'Espèrey, «um in dieses Land einzumarschieren, umso weniger, als unsere Soldaten keine Lust hätten, Russland im Winter zu erleben, während ihre Kameraden sich von den Strapazen des Krieges erholen.»<sup>42</sup> Leider wurde seine Warnung ignoriert. Die französische Regierung entsandte eine gemischte Streitmacht aus französischen, griechischen und polnischen Truppen in den Schwarzmeerbahnen Odessa. Sie wurde umgehend in Kämpfe mit sehr unterschiedlichen Gegnern verwickelt, von Bolschewisten über ukrainische Nationalisten bis zu Anarchisten. Im langen Winter 1918/19 sank die Moral auf einen Tiefpunkt, und die Bolschewisten hatten leichtes Spiel, als sie französischsprachige Propagandisten losschickten, um auf die Soldaten einzuwirken. «Kein einziger französischer Soldat, der sein Leben vor Verdun und auf den Feldern der Marne-Schlacht gerettet hat», berichtete ein französischer Offizier, «ist bereit, es jetzt auf den Feldern Russlands hinzugeben.» Im April 1919 gab Frankreich abrupt auf, was zu einem Debakel zu werden versprach, und zog seine Truppen überstürzt ab. Odessa und seine Ein-

wohner überliess man den Bolschewisten. Die Kais im Hafen waren voller Menschen, die die abziehenden Einheiten vergeblich anflehten, sie mitzunehmen. Etwas geordneter gestaltete sich der Rückzug einer kleineren Truppe aus Sewastopol auf der Krim; sie nahm rund 40.000 Russen mit, unter ihnen die Mutter des ermordeten Zaren. Zwei Wochen später meuterte die französische Schwarzmeerflotte.<sup>43</sup>

Obwohl Frankreich die Bolschewisten und ihre Methoden weiterhin lautstark verurteilte, spielte das bei der alliierten Intervention keine Rolle mehr. Foch entwarf eine Reihe immer fantastischerer Pläne für einen Einmarsch in Russland mit Armeen, die wahlweise aus Polen, Finnen, Tschechoslowaken, Rumänen, Griechen und sogar russischen Kriegsgefangenen, die sich noch in Deutschland befanden, bestehen sollten, aber das führte zu nichts, was zum Teil daran lag, dass die vorgesehenen Darsteller die ihnen zugedachten Rollen nicht übernehmen wollten, aber auch an der strikten Ablehnung der Briten und Amerikaner.<sup>44</sup>

Frankreich schlug zwangsläufig einen Kurs ein, der Lloyd Georges zweiter Option entsprach: die Isolierung des Bolschewismus in Russland. Auf der Friedenskonferenz und in den nachfolgenden Jahren unternahm Frankreich alles, um Russland mit einer Pufferzone aus Staaten wie Polen zu umgeben, für die man den mittelalterlichen Begriff des *Cordon sanitaire*, der die Überträger der Pest eindämmen sollte, aufgriff. Für Frankreich noch wichtiger war, dass diese Staaten ein Gegengewicht zu Deutschland bildeten und – für den unwahrscheinlichen Fall, dass es sich mit Russland zusammentun sollte – eine territoriale Barriere darstellten.<sup>45</sup> Foch und Churchill gehörten 1919 in Paris zu den wenigen, die ernsthaft mit dieser Möglichkeit rechneten. Churchill warnte vor einem zukünftigen Zusammengehen eines bolschewistischen Russland mit einem nationalistischen Deutschland und Japan. «Am Ende», erklärte er, «kann man sich einen vom Rhein bis nach Yokohama reichenden räuberischen Staatenbund vorstellen, der vitale Interessen des Britischen Empires in Indien und anderswo und tatsächlich sogar die Zukunft der Welt bedroht.»<sup>46</sup>

«Wir sollten sie [die Bolschewisten] im Auge behalten», sagte ein erschöpfter Clemenceau Ende 1919 zu Lloyd George, «sie sozusagen mit Stahldrahtverhauen einkreisen und kein Geld ausgeben.»<sup>47</sup> Geld war 1919 stets ein Problem. Lloyd George versuchte Churchills Interventionsbegeisterung zu dämpfen, indem er ihm von einer Unterredung mit Finanzminis-

ter Austen Chamberlain berichtete: «Wir können diese Belastung nicht bewältigen. Chamberlain sagt, wir kämen trotz des drückenden hohen Steuersatzes selbst unter Friedensbedingungen kaum über die Runden.»<sup>48</sup> Grossbritannien gab vielleicht 100 Millionen Pfund aus, Frankreich weniger als halb so viel.<sup>49</sup> Die britischen Steuerzahler waren nicht bereit, noch mehr Geld nach Russland zu pumpen, besonders, wenn seine Verbündeten es nicht ebenfalls taten. «Wie viel wird Frankreich geben?», fragte Lloyd George, als im Februar 1919 über eine Ausweitung der Militärintervention diskutiert wurde. «Ich bin sicher, dass es sich keine Zahlungen leisten kann, und ich bin sicher, dass wir es auch nicht können. Werden die Amerikaner die Ausgaben übernehmen? Man muss sie darauf festnageln, bevor man irgendetwas beschliesst.»<sup>50</sup>

Ein grosser Teil der Unterstützung für die russischen Weissgardisten ging offenkundig durch Ineffizienz und Korruption verloren. Kleine Beamte hinter der Front entwendeten die für die Soldaten bestimmten Uniformen, und ihre Frauen und Töchter trugen britische Schwestertrachten. Während Denikins Lastwagen und Panzer aufgrund der Kälte stecken blieben, wurden in den Kneipen Frostschutzmittel verkauft. Entgegen dem Propagandabild, das die Bolschewisten später malen sollten, vom Weltkapitalismus, der in all seiner Macht gegen ihre Revolution aufmarschiert sei, unternahmen die Alliierten in Wirklichkeit wenig, um die Niederlage der Weissen zu verhindern.<sup>51</sup>

Die Intervention der Alliierten in Russland war von Anfang an durch unterschiedliche Ziele und gegenseitiges Misstrauen beeinträchtigt. Amerika war zwar offiziell gegen eine Intervention, belies seine Truppen aber nach Kriegsende in Sibirien, um japanische Ambitionen zu durchkreuzen. Frankreich hatte sich vor 1914 stets darauf verlassen, dass ein starkes Russland Deutschland im Zaum halten würde, während Grossbritannien mehr über die von Russland ausgehende Gefahr für den europäischen Süden und für Indien besorgt war. 1919 wäre Frankreich ein wiederhergestelltes weisses Russland am liebsten gewesen, während Grossbritannien mit einem schwachen roten Russland leben konnte. Curzon, der alles verabscheute, wofür die Bolschewisten standen, war erfreut, dass Russland die Kontrolle über den Kaukasus verloren hatte. Grossbritannien, erklärte er Churchill, müsse verhindern, dass Denikin, der Anführer der Weissen im Süden, das Gebiet wieder in die Hände bekomme.<sup>52</sup> Entsprechend ei-



nem tief verwurzelten Reflex misstrauen die Briten den französischen Absichten. Die französische Regierung, beschwerte sich Lloyd George, lasse sich in ungebührlicher Weise von ihrer Mittelschicht beeinflussen, die in Russland ihre Ersparnisse verloren habe. «Nichts wäre ihnen lieber», bemerkte Lloyd George, «als zu sehen, wie wir für sie die Kastanien aus dem Feuer holen.»<sup>53</sup>

Während die Alliierten ohne klares Konzept in Russland zu intervenieren versuchten, prüften sie gleichzeitig die von Lloyd George favorisierte Verhandlungsoption. Am 21. Januar 1919 schlug er im Obersten Rat zusammen mit Wilson einen Kompromiss vor: Wenn Frankreich nicht wolle, dass die Bolschewisten nach Paris kämen, könne man sich mit ihnen und anderen russischen Repräsentanten doch irgendwo näher bei Russland treffen. Solange man sich weigere, mit den Bolschewisten zu reden, fügte Wilson hinzu, würde das russische Volk der bolschewistischen Propagandabehauptung glauben, dass die Alliierten seine Feinde seien. Clemenceau wandte, unterstützt von Sonnino, ein, die bloße Tatsache, dass man mit den Bolschewisten rede, werde ihr Ansehen steigern. Andererseits sei er nicht bereit, wegen dieser Sache mit den anderen Alliierten zu brechen; deshalb würde er sich, wenn auch widerstrebend, fügen. Sonnino dagegen gab nicht nach. Sie müssten alle Weissgardisten zusammenbringen, forderte er, und ihnen genügend Soldaten oder wenigstens Waffen schicken, um die Bolschewisten zu vernichten. Lloyd George stellte daraufhin die praktische Frage, wie viele Soldaten sie alle denn zur Verfügung stellen könnten. Es folgte ein betretenes Schweigen. Dann erhielt er zur Antwort: keine.<sup>54</sup> Man einigte sich darauf, Verhandlungen anzustreben. Wilson schickte umgehend nach einer Schreibmaschine. «Vor unserem geistigen Auge schwebte das Bild einer wunderschönen amerikanischen Stenographin», erinnerte sich ein britischer Journalist. Doch es erschien nur ein Bote, der Wilsons klapprige, alte Schreibmaschine brachte, und der Präsident selbst setzte sich in eine Ecke, um eine Einladung auf ihr zu schreiben.<sup>55</sup> Beim Verlassen des Raums brummte Clemenceau einem französischen Journalisten zu: «Geschlagen!»<sup>56</sup>

Wilson's Textentwurf, in dem vom aufrichtigen, selbstlosen Wunsch der Alliierten, dem russischen Volk zu helfen, die Rede war, wurde den Vertretern der wichtigsten russischen Fraktionen zugesandt. Sie wurden eingeladen, an einem Treffen auf Büyükada (Büyü Ada), der grössten der

Prinzeninseln im Marmarameer, teilzunehmen. Die Inseln waren ein Erholungsort für die Einwohner Konstantinopels. Ausserdem hatten die Behörden vor dem Krieg Tausende von streunenden Hunden aus der Stadt dorthin verbracht, deren Bellen und Geheul noch wochenlang über das Meer herüberklang.

Die Einladung an die Bolschewisten wurde mit einem Kurzwellensender übermittelt, und Paris wartete auf Antwort. Wie sie ausfallen würde, war schwer abzuschätzen. Die Bolschewisten hatten bereits jenes Muster aus Grobheit und Höflichkeit, äusserster Feindseligkeit und widerstrebender Kooperation entwickelt, an das man sich im Lauf der Zeit gewöhnen sollte. Lenin glaubte, die russische Revolution würde erst Europa und dann die ganze Welt in Brand stecken. Grenzen, Flaggen, Nationalismus, allesamt bloss Werkzeuge, mit dem der dem Untergang geweihte Kapitalismus die Arbeiterklasse spalte, würden von diesem Feuer verschlungen werden. Der erste bolschewistische Volkskommissar für Äussere Angelegenheiten, der grosse Revolutionär und Theoretiker Leo Trotzki, hatte eine schlichte Vorstellung von seinem neuen Posten: «Ich werde ein paar revolutionäre Proklamationen an die Völker der Welt herausgeben und den Laden dann schliessen.»<sup>57</sup> (In unwissentlicher Übereinstimmung mit Wilsons Forderung nach einer offenen Diplomatie machte sich Trotzki einen Spass daraus, die zaristischen Akten zu durchstöbern und die Alliierten in Verlegenheit zu bringen, indem er geheime Abmachungen aus der Kriegszeit veröffentlichte, beispielsweise über die Aufteilung des Nahen Ostens.) In Frage stand für Lenin und Trotzki lediglich die Taktik. Brach die Weltrevolution sofort aus, war es nicht nötig, mit dem Feind zu verhandeln. Verzögerte sie sich, könnte es indes notwendig werden, die kapitalistischen Staaten gegeneinander auszuspielen. 1917 hatten die Bolschewisten mit der ersten Variante gerechnet, doch 1919 beschlichen sie langsam Zweifel, auch wenn Lenin den Gründungskongress für ein Hauptquartier der Weltrevolution, der Kommunistischen Internationale, einberief.

Die Aussenpolitik der Bolschewisten, die diese Ambivalenz widerspiegelte, verstärkte den Argwohn der Alliierten. Im Oktober 1918 schickte Georgi Tschitscherin, ein ungepflegter, besessener Gelehrter, der Trotzki kurz zuvor als Volkskommissar für Äussere Angelegenheiten abgelöst hatte, eine sarkastische Note an Wilson, in der er sich über dessen vielgepriesene Grundsätze lustig machte. Den Vierzehn Punkten zufolge sollte

Russland seine Probleme allein lösen; nur merkwürdig, dass Wilson Truppen nach Sibirien entsandt habe. Er spräche von Selbstbestimmung; wie seltsam, dass er Irland und die Philippinen nicht erwähne. Und wolle er einen Witz machen, wenn er einen Völkerbund verspreche, der das Ende aller Kriege einläuten werde? Jeder wisse doch, dass die kapitalistischen Staaten für die Entfesselung von Kriegen verantwortlich seien. In diesem Augenblick würden sich die Vereinigten Staaten und ihre Komplizen Grossbritannien und Frankreich verschwören, um noch mehr russisches Blut zu vergiessen und mehr Geld aus Russland herauszupressen. Der einzige wahre Bund sei derjenige der Massen.<sup>58</sup>

Doch die Bolschewisten konnten auch konziliante Töne anschlagen. Tschitscherins Stellvertreter Maxim Litwinow war glatt und gefällig. Er hatte einige Jahre in London gelebt, wo er sich als Angestellter durchgeschlagen und die Schriftstellerin Ivy Low aus dem Umfeld der Bloomsbury-Gruppe geheiratet hatte. Am Heiligabend 1918 schickte er Wilson aus Stockholm ein Telegramm, in dem er den Frieden auf Erden, Gerechtigkeit und Menschlichkeit beschwor. Das russische Volk, fuhr er fort, teile Wilsons grosse Grundsätze. Es habe als Erstes die Forderung nach Selbstbestimmung und Abschaffung der Geheimdiplomatie erhoben. Alles, was es jetzt verlange, sei Frieden, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Man würde gern in Verhandlungen eintreten, aber die alliierte Intervention und Blockade verursachten schreckliches Elend. Die Bolschewisten seien genötigt, Terror einzusetzen, um das Land über Wasser zu halten. Ob Wilson dem russischen Volk nicht helfen wolle? Der amerikanische Präsident war tief beeindruckt, ebenso wie Lloyd George, als er das Telegramm zu lesen bekam.<sup>59</sup> Der amerikanische Diplomat William Buckler wurde entsandt, um mit Litwinow zu sprechen. Sein Bericht, den Wilson am 21. Januar dem Obersten Rat vorlegte, war vielversprechend. Die Sowjetregierung, der Rat der Volkskommissare, war um des Friedens willen zu vielem bereit, sowohl, was eine wenigstens teilweise Rückzahlung der bisher nicht anerkannten Auslandsschulden, als auch, was neue Konzessionen für ausländische Unternehmen betraf. Ausserdem würde sie ihre Aufrufe zur Weltrevolution einstellen. Sie sei nur deshalb zu einer solchen Propaganda gezwungen gewesen, weil sie sich zuerst gegen Deutschland und in jüngster Zeit dann gegen die Alliierten habe zur Wehr setzen müssen.<sup>60</sup>

Wilson und Lloyd George durften also erwarten, dass die Bolschewisten die Einladung nach Büyükkada annehmen würden. Sie wählten ihre Delegierten, einen liberalen Journalisten und einen Geistlichen im Gehrock für die Vereinigten Staaten und einen hochehrgeehrten Borden – «eine grosse Ehre für Kanada» – für Grossbritannien. (Dass es Lloyd George schwergefallen war, jemanden zu finden, den er schicken konnte, wusste Borden nicht.<sup>61</sup>) Alles wartete. Am 4. Februar traf die Antwort der Sowjetregierung ein. Nicht zum letzten Mal schätzten die Bolschewisten den Westen falsch ein. Sie vermieden es geschickt, aber auf durchsichtige Weise, einem Waffenstillstand zuzustimmen, der zu den vom Obersten Rat gestellten Bedingungen gehörte. Auf die in der Einladung beschworenen hehren Prinzipien gingen sie gar nicht erst ein. Offenkundig in dem Glauben, dass Kapitalisten nur eines verstünden, boten sie erhebliche materielle Zugeständnisse an, wie Rohstoffe und Territorien. Bei den Deutschen in Brest-Litowsk hatte dieses Vorgehen verfangen. Wilson war empört: «Diese Antwort sei nicht nur unerwünscht, sondern dürfte auch beleidigend gemeint sein.» Lloyd George stimmte ihm zu: «Wir sind weder hinter ihrem Geld noch ihren Konzessionen oder ihren Territorien her.»<sup>62</sup>

Gleichzeitig gaben sich die anderen Eingeladenen, mit stiller Unterstützung Frankreichs und von Freunden wie Churchill, unversöhnlich. Die Nachricht über den Vorschlag hatte die weissen Russen tief erschüttert. In Paris veranstaltete die Exilgemeinde eine riesige Demonstration, und im fernen Archangelsk wurden in aller Eile Wilson-Bilder abgenommen. Ex-Aussenminister Sasonow fragte einen britischen Diplomaten, wie die Alliierten von ihm erwarten könnten, sich mit Leuten zu treffen, die seine Familie ermordet hatten.<sup>63</sup>

Hätten Briten und Amerikaner Druck auf sie ausgeübt, hätten die weissen Russen wahrscheinlich eingelenkt, aber weder Wilson noch Lloyd George war dazu bereit. Büyükkada wurde für beide zu einem politischen Problem. Die Presse und einige ihrer eigenen Kollegen äusserten sich immer kritischer. Lloyd George, dessen Koalitionsregierung von der Unterstützung der Konservativen abhing, war von deren Parteichef Bonar Law, der praktisch dessen Stellvertreter war, bereits gewarnt worden, dass die Regierung wegen dieser Sache auseinanderbrechen könnte.<sup>64</sup> Am 8. Februar teilte Clemenceau Poincaré in seltener Gesprächigkeit mit, dass der Büyükkada-Plan in Schwierigkeiten stecke. Nichts weise darauf hin, dass

Wilson auf das teilweise Entgegenkommen der Bolschewisten einzugehen gedenke.<sup>65</sup> Um sicherzugehen, bat Clemenceau Balfour um einen Aufschub der Diskussion, während Wilson zu seinem Kurzbesuch in den Vereinigten Staaten aufbrach.<sup>66</sup> Als die weissen Russen am 16. Februar ihre Ablehnung mitteilten, befand sich Wilson auf See, und Lloyd George versuchte in London einen drohenden Generalstreik zu verhindern. Der Büyüka-da-Plan war zu diesem Zeitpunkt bereits tot.

Die russische Frage blieb also ungelöst. In London forderte Churchill von Lloyd George eine klare Entscheidung, entweder für eine richtige Intervention oder für einen klaren Rückzug aus Russland. Lloyd George war weder zum einen noch zum anderen bereit: Beide hätten Probleme verursacht, eine umfassende Intervention mit der Linken und ein Rückzug mit der Rechten. Deshalb ging er, wie bei anderen Gelegenheiten auf der Friedenskonferenz auch – insbesondere bei der Frage deutscher Reparationen –, indirekt vor und testete erst die eine und dann die andere Lösung, ohne sich selbst zu exponieren.

Churchill teilte er mit, dass die Entscheidung über Russland in Paris unter Beteiligung Wilsons gefällt werden müsse. Daraufhin eilte Churchill am Morgen des 14. Februar, dem Tag von Wilsons Abreise, über den Ärmelkanal. Nach einer hektischen Fahrt nach Paris – einschliesslich eines Unfalls, bei dem die Windschutzscheibe seines Autos zu Bruch ging – stürzte Churchill gerade in dem Moment in den Sitzungssaal des Obersten Rats, als Wilson sich erhob. Der Präsident hörte sich höflich an, was Churchill ihm vorhielt: dass die Ungewissheit über die Absichten der Alliierten für ihre Truppen in Russland und für die weissen Russen sehr abträglich sei. Ein Rückzug wäre eine Katastrophe, erklärte Churchill. Es wäre, «als würde man aus der ganzen Maschine den Achsnagel herausziehen. Es gäbe keinen bewaffneten Widerstand gegen die Bolschewisten in Russland mehr, und ganz Russland bliebe nur die Aussicht auf endlose Gewalt und Elend.» Wie Lloyd George vermutet haben dürfte, liess Wilson sich nicht von Churchill mitreissen. Die alliierten Truppen kämen in Russland nicht voran, gab er zu, aber die Lage sei unübersichtlich.<sup>67</sup>

Churchill blieb noch zwei Tage in Paris und versuchte den Obersten Rat dazu zu bewegen, wenigstens eine klare Linie zu verfolgen, aber in Abwesenheit von Wilson und Lloyd George war das schwierig.<sup>68</sup> Lloyd George, der von Kerr durch tägliche Berichte auf dem Laufenden gehalten wurde, steuerte die Dinge aus der Ferne. «Winston ist in Paris», sagte er zu einem

Freund. «Er will einen Krieg gegen die Bolschewisten führen. Das würde eine Revolution auslösen! Unser Volk würde es nicht zulassen.»<sup>69</sup> Er gab Churchill widersprüchliche Signale, indem er zuerst andeutete, dass man den weissen Russen Waffen und Freiwillige schicken könnte, und dann im nächsten Telegramm davor warnte, ein militärisches Vorgehen gegen die Bolschewisten zu planen. Das Kriegsministerium, behauptete er, halte die Präsenz britischer Soldaten in Russland für einen Fehler, und ergänzte: «Nicht nur ist es nicht unsere Sache, uns in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, es wäre auch schädlich: Es würde die bolschewistische Überzeugung stärken und verfestigen.»<sup>70</sup> Lloyd George liess sowohl anderen Mitgliedern der Empire-Delegation als auch House durch Kerr eine Kopie seines Telegramms zukommen.<sup>71</sup> Wilson meldete sich von der Mitte des Atlantiks zu Wort. «Sehr überrascht über Churchills russischen Vorschlag», telegraphierte er. «Weiter ins russische Chaos hineingezogen zu werden, wäre fatal.»<sup>72</sup> Er hätte sich keine Sorgen zu machen brauchen. Am 19. Februar, dem Tag, an dem die Diskussion über Russland im Obersten Rat fortgeführt werden sollte, wurde Clemenceau bei einem Attentat angeschossen, und so wurde die Entscheidung für unbestimmte Zeit aufgeschoben. Die alliierten Truppen blieben auf russischem Boden stehen, aber ein grosser Kreuzzug fand nicht statt.

Vielleicht benötigten die Friedensmacher, wie Wilson gern einwarf, mehr Informationen. Manche jüngere Amerikaner schlugen bereits eine Erkundungsmission vor, etwa Lincoln Steffens, der unbedingt mit eigenen Augen sehen wollte, wie sich die Revolution entwickelte, und William Bullitt, der als Russlandexperte der amerikanischen Delegation angehörte und bekanntermassen eine Intervention ablehnte. Lloyd George hielt dies, nicht zuletzt deshalb, weil auf diese Weise eine heikle Entscheidung aufgeschoben wurde, für eine gute Idee.<sup>73</sup>

Am 17. Februar teilte House Bullitt mit, dass er als Leiter einer kleinen Geheimmission ausersehen sei, die mit den Bolschewistenführern sprechen solle, um herauszufinden, zu welchen Bedingungen sie zu einem Friedensschluss mit den Alliierten bereit wären. Bullitt war hochofret. Hatte er bisher in Paris Routineaufgaben erfüllt, würde er jetzt, so wie er es sah, ins Zentrum des Geschehens rücken. Als Sprössling der privilegierten, isolierten Welt der Oberschicht von Philadelphia besass er ein enormes Vertrauen in sich und seine Urteilsfähigkeit. Das Studium an der Yale Univer-

sity hatte er als eine Art Wunderkind, das zumindest seine Mutter in ihm sah, spielend bewältigt. Seine Zeitgenossen fanden ihn brillant, obwohl manche auch bemerkten, dass die Art, wie er andere benutzte und fallen liess, ihn kalt und berechnend erscheinen liess.<sup>74</sup> Er war ein grosser Bewunderer Wilsons und seiner Grundsätze, bezweifelte aber, dass der Präsident fähig war, sie durchzusetzen.<sup>75</sup>

House und Kerr stellten eine Themenliste für die Gespräche mit den Bolschewisten auf. Bullitt solle lediglich Informationen sammeln, versicherte House anderen Mitgliedern der US-Delegation. Er versäumte es jedoch, dies dem Missionsleiter selbst in ausreichendem Mass klarzumachen, denn Bullitt war, auch als seine Expedition in Schwierigkeiten geriet, überzeugt, dass er sowohl von House in Wilsons Namen als auch von Lloyd George ein Mandat erhalten hatte, mit den Bolschewisten Friedensbedingungen auszuhandeln. Steffens, der ihn begleitete, sah das ebenso: «Bullitt hatte den Auftrag, mit den Russen zu einer provisorischen Verständigung zu kommen, so dass dann die Vereinigten Staaten und Grossbritannien Frankreich dazu überreden könnten, mit ihnen gemeinsam eine Einladung zu einer offiziellen Besprechung ergehen zu lassen, bei der man dann mit ziemlicher Sicherheit auf einen Erfolg rechnen durfte.»<sup>76</sup> Steffens befand sich, nicht zum ersten Mal, im Irrtum. Weder House noch Lloyd George hatte die Hoffnung auf eine wie auch immer geartete Vereinbarung aufgegeben, aber sie waren nicht geneigt, die Franzosen oder die heimische Öffentlichkeit vor den Kopf zu stossen, sollten die Bolschewisten sich als widerspenstig erweisen. Eine kleine Mission unter Führung eines unbedeutenden 28-Jährigen mochte mit guten Neuigkeiten zurückkehren, aber es war zu verschmerzen, wenn es nicht so sein sollte.<sup>77</sup>

Bullitt und Steffens verbrachten eine grossartige Woche in Moskau: Unterkunft in einem konfiszierten Palast, bergeweise Kaviar, Opernabende in der Zarenloge, tagsüber Gespräche mit Lenin und Tschitscherin persönlich. Nach Steffens' Eindruck waren die Bolschewisten dabei, Armut, Korruption, Tyrannei und Krieg zu überwinden. «Sie versuchten nicht, politische Demokratie, gesetzmässige Freiheit und vertragsmässigen Frieden herzustellen – noch nicht. Im Augenblick legten sie lediglich den Grundstein für all diese schönen Dinge.» Auch Bullitt glaubte, dass man in Russland eine grosse Aufgabe in Angriff genommen hatte. Von Lenin waren beide tief beeindruckt. Er sei «aufrichtig und direkt», beschrieb ihn Bullitt, «aber auch

herzlich, mit viel Humor und Heiterkeit». Steffens fragte ihn nach dem gegen die Gegner der Bolschewisten angewandten Terror und war ergriffen, als Lenin sein Bedauern darüber ausdrückte. Steffens fand, er habe sich «instinktiv als Liberaler» gezeigt.<sup>78</sup>

Am Ende der Woche hatte Bullitt nach seinem Eindruck eine Einigung erzielt. Es würde einen Waffenstillstand geben, und anschliessend würden beide Seiten Zugeständnisse machen. Die Alliierten würden ihre Truppen abziehen, aber die Bolschewisten würden nicht auf der Auflösung der verschiedenen weissen Regierungen in Russland bestehen. (Da die Bedingungen die Beendigung der alliierten Unterstützung der Weissen umfassten, konnten die Bolschewisten grosszügig sein.) Es ist zu bezweifeln, dass die Bolschewisten aufrichtig verhandelten; Lenin hatte bei den Verhandlungen mit den Deutschen in Brest-Litowsk bewiesen, dass er nur zu Konzessionen bereit war, um Zeit zu gewinnen. Bullitt und Steffens waren «nützliche Idioten», deren Mission zumindest für Propagandazwecke hilfreich war.

Bullitt brachte voller Stolz sein Abkommen und Steffens sein rosiges Bild der Zukunft nach Paris mit. House war wie üblich zuversichtlich; andere Mitglieder der amerikanischen Delegation reagierten dagegen skeptisch. Wilson selbst, inzwischen aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, war zu sehr von den schwierigen Verhandlungen über den Vertrag mit Deutschland in Anspruch genommen, um der Sache viel Beachtung zu schenken, und nahm sich nicht einmal die Zeit, um mit Bullitt zu sprechen. Auch Lloyd George, der ihn am 28. März zum Frühstück empfing, hatte mittlerweile kalte Füsse bekommen. Seit am vorangegangenen Wochenende Béla Kun in Ungarn die Macht übernommen hatte, war die Furcht vor einer Ausbreitung des Bolschewismus nach Westen wiedererwacht. Die Nachricht von Bullitts Mission war durchgesickert, und es ging das Gerücht um, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten stünden kurz davor, die Sowjetregierung anzuerkennen. Die konservativen Hinterbänker in London verfolgten Lloyd Georges Handeln mit Argusaugen, ebenso wie Northcliffes Zeitungen. An jenem Morgen hatte die *Daily Mail* einen wüsten Leitartikel von Henry Wickham Steed abgedruckt, dem Chefredakteur des Schwesterblatts *The Times*, der ebenso wie Northcliffe den Premierminister hasste. Dank der Umtriebe internationaler jüdischer Finanziers und vielleicht auch deutscher Interessen, schrieb Steed, sei die Büyükada-»Intrige« wiederbelebt worden. Lloyd George hielt Bullitt die



Zeitung über den Frühstückstisch hinweg vors Gesicht und fragte ihn: «Wie können Sie von mir erwarten, in Bezug auf Russland vernünftig zu sein, wenn die britische Presse sich so verhält?»<sup>79</sup>

In den nächsten Wochen nahm der Druck auf Lloyd George zu. Am 10. April unterzeichneten über 200 konservative Parlamentsabgeordnete ein Telegramm, in dem er aufgefordert wurde, die Sowjetregierung nicht anzuerkennen. Lloyd George, der auch wegen der Friedensbedingungen für Deutschland unter Beschuss geraten war, wusste, wann es Zeit war, die Reissleine zu ziehen. Am 16. April erklärte er im Unterhaus eindeutig, dass in Paris nie über eine Anerkennung gesprochen worden sei und dass sie auch nicht in Frage komme. Nach Bullitts Mission gefragt, sagte er leicht hin: «Es war von einem jungen Amerikaner, der zurückgekommen war, die Rede.» Ob der junge Mann irgendwelche nützlichen Berichte mitgebracht habe, wisse er nicht.<sup>80</sup>

Bullitt war fassungslos. Niemand in Paris wollte etwas über seine Mission erfahren, nicht einmal der Präsident, den er so bewunderte. Die Enttäuschung über Wilson war vollkommen, als im Mai die Bedingungen des Vertrages mit Deutschland bekannt wurden. Er reichte ein wütendes, gekränktes Rücktrittsschreiben ein und begab sich an die Riviera, «um im Sand zu liegen und zuzusehen, wie die Welt zum Teufel geht». Im Herbst kehrte er in die Vereinigten Staaten zurück und half Wilsons Schicksal und dasjenige des Versailler Vertrags zu besiegeln, indem er vor dem Senat aussagte, er und viele andere Mitglieder der amerikanischen Delegation hätten viele der Vertragsklauseln abgelehnt. Ausserdem gelang es ihm, seinen Bericht über die Russlandmission zu Protokoll zu geben. 1934 reiste er als erster US-Botschafter in der Sowjetunion erneut nach Moskau, doch diesmal machten ihn seine Erlebnisse zum glühenden Antikommunisten.<sup>81</sup>

Die Franzosen grummelten weiter von einer Intervention, waren aber nicht bereit, über einen Cordon sanitaire hinauszugehen. Lloyd George und Wilson schreckten vor Kontakten mit der Sowjetregierung zurück, hofften aber weiterhin darauf, dass sich die Bolschewisten auf wunderbare Weise in gute Demokraten verwandeln würden. Sie spielten sogar kurzzeitig mit dem Gedanken, Lebensmittellieferungen einzusetzen, um sie zu beruhigen. Für diesen Plan hatte sich insbesondere Hoover als Leiter des alliierten Hilfswerks starkgemacht. Hoover betrachtete die Bolschewisten ähnlich wie Wilson als verständliche Antwort auf unerträgliche Zu-

stände. Allerdings hielt er sie für gefährlich, denn ihre Propaganda wirke sogar in starken Gesellschaften wie der amerikanischen anziehend. Die Alliierten sollten den Bolschewisten indirekt zu verstehen geben, dass Russland mit beträchtlichen Hilfen rechnen könne, wenn sie darauf verzichteten, ihre Revolution zu exportieren. Zeit und Lebensmittel würden das russische Volk dazu bewegen, sich von radikalen Ideen abzuwenden. Um jedes Anzeichen für eine Anerkennung zu vermeiden und französischen Einwänden vorzubeugen, schlug Hoover vor, einer prominenten Person aus einem neutralen Land die Leitung der ganzen Operation zu übergeben.<sup>82</sup>

Wie es sich traf, hatte er schon jemanden im Sinn, «einen edlen, robusten Charakter, einen Mann von grosser physischer und moralischer Tapferkeit» – Fridtjof Nansen, den berühmten norwegischen Polarforscher, der sich in der vagen Hoffnung, etwas für den Völkerbund tun zu können, in Paris aufhielt. Mitte April billigte der Rat der Vier, zu dem der Oberste Rat inzwischen geworden war, Hoovers Plan.<sup>83</sup> Eine Gruppe neutraler Länder, einschliesslich Nansens Heimatland Norwegen, sollte Lebensmittel und Arzneimittel sammeln und nach Russland liefern, sofern die Bolschewisten einen Waffenstillstand mit ihren Gegnern vereinbarten. Nansen versuchte Lenin ein Telegramm zu schicken, um ihm die frohe Botschaft mitzuteilen, aber weder die Franzosen, die den Plan als Verschwörung britischer, amerikanischer und vielleicht sogar deutscher Kräfte mit dem Ziel, Konzessionen in Russland zu erhalten, betrachteten, noch die Briten, die allem, was nach einer Anerkennung der Bolschewisten roch, misstrauten, wollten es übermitteln. Es wurde schliesslich in Berlin aufgegeben.

Die von Tschitscherin und Litwinow verfasste sowjetische Antwort traf am 15. Mai über Funk und Kabel ein. «Seid äusserst höflich zu Nansen und äusserst unverschämt zu Wilson, Lloyd George und Clemenceau», hatte Lenin sie angewiesen. Zu dem Plan selbst hatte er angemerkt: «Nutzt ihn für die Propaganda, denn einem anderen sinnvollen Vorhaben kann er offensichtlich nicht dienen.» Tschitscherin und Litwinow waren seinen Anweisungen gefolgt und hatten einerseits scharfe Angriffe gegen die Alliierten gerichtet und andererseits jeden Gedanken an einen Waffenstillstand ohne eine richtige Friedenskonferenz zurückgewiesen. In Paris schüttelten die Friedensmacher den Kopf und gaben jede weitere Diskussion über hu-

manitäre Hilfen auf. Die Episode hatte erneut den Bankrott der alliierten Russlandpolitik offenbart.<sup>84</sup>

Einen letzten Hoffnungsschimmer gab es 1919 noch: dass die Russen selbst ihr Dilemma lösen würden. Kurz bevor das Tauwetter im Frühling die russischen Strassen in Schlammrinnen verwandelte, brachten die Weissgardisten einen koordinierten Angriff auf die Bolschewisten zustande. Von seiner Basis in Ostsibirien aus rückte Koltschak auf breiter Front vor. Ein Teil seiner Truppen marschierte im Norden auf Archangelsk und stellte die Verbindung zu einer kleinen Vorhut aus bedrängten weissen und britischen Einheiten her. Eine zweite Streitmacht stiess westwärts zum Ural vor, und eine dritte wandte sich nach Süden, um sich mit Denikins Truppen zu vereinigen. Mitte April hatten Koltschak und seine Verbündeten die Bolschewisten aus einem Gebiet von 300.000 Quadratkilometern verdrängt. Aber damit hatten sie auch schon den Höhepunkt ihrer Macht erreicht.

Die Bolschewisten besaßen zwei entscheidende Vorteile: ihre Einigkeit und ihre territoriale Basis. Sie kontrollierten das Zentrum Russlands, während ihre heterogenen Gegner weit verstreut an der Peripherie standen. Die einzelnen weissen Kommandeure, die sich gegenseitig misstrauten und durch grosse Gebiete häufig unwirtlichen Landes voneinander getrennt waren, wussten in der Regel nicht, was die jeweils anderen taten. Zudem verfügten die Bolschewisten über dreimal so viele Männer und über die meisten russischen Rüstungsfabriken.<sup>85</sup>

Am 23. Mai 1919 beschlossen die Alliierten die bedingte Anerkennung von Koltschaks Regierung. Doch der Zeitpunkt war, wie Churchill später schrieb, «ziemlich genau der Moment, da diese Erklärung ziemlich sicher zu spät kam».<sup>86</sup> Eine Depesche mit der Forderung, die Einführung demokratischer Institutionen zu garantieren, gelangte auf Umwegen nach Sibirien, und die verstümmelt eintreffende Antwort schien die verlangte Zusage zu enthalten.<sup>87</sup> Kurz darauf trafen freilich auch Meldungen über Niederlagen aus Russland ein. Ende Juni durchbrachen rote Truppen Koltschaks zentrale Stellung, und die Weissen fielen Hunderte von Kilometern zurück.

Zu diesem Zeitpunkt näherte sich die Friedenskonferenz bereits ihrem Ende, und die Unterzeichnung des Versailler Vertrags durch die Deutschen stand kurz bevor. Es war keine Zeit mehr, sich weiter mit Russland zu beschäftigen. Deshalb fügte man eine Klausel in den Vertrag ein, derzufolge

alle künftigen Abkommen zwischen den Alliierten und Russland oder einem seiner Teile von Deutschland anzuerkennen seien. Eine andere Klausel räumte Russland die Möglichkeit ein, Reparationen zu verlangen. Im Übrigen war die Politik gegenüber Russland so chaotisch wie zuvor. Die Blockade gegen die Bolschewisten blieb in Kraft, doch die Hilfsleistungen für die Weissen wurden immer geringer. Grossbritannien und Frankreich gaben deren Sache verloren und liessen Koltshak fallen. (Der Admiral stellte sich unter den Schutz der immer noch in Sibirien stehenden Tschechoslowakischen Legion, die ihn jedoch den Bolschewisten auslieferte; er wurde im Februar 1920 erschossen.) Im Oktober 1919 befand sich Denikin im Süden in vollem Rückzug. Im Januar 1921 einigten sich die Alliierten auf Drängen Grossbritanniens darauf, die militärische Intervention in Russland zu beenden und die Blockade aufzuheben. Im März desselben Jahres unterzeichnete die britische Regierung ein Handelsabkommen mit der Sowjetregierung, das selbst von konservativen Geschäftsleuten, die sich die ökonomischen Gelegenheiten in Russland nicht entgehen lassen wollten, befürwortet wurde. 1924 nahm Grossbritannien diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf. Frankreich folgte, wenn auch widerstrebend, wenig später.

Im Rückblick gesehen, hatten Churchill und Foch mit ihrer Ansicht über die Bolschewisten recht, Lloyd George und Wilson dagegen unrecht. Russlands regierende Partei entwickelte sich nicht nach dem Vorbild der schwedischen Sozialdemokraten. Lenin hatte ein System furchtbarer, uneingeschränkter Macht etabliert, in dem Stalin seinen paranoiden Phantasien freien Lauf lassen konnte. Das russische Volk und viele andere zahlten für den Sieg der Bolschewisten im russischen Bürgerkrieg einen schrecklichen Preis, während die Friedensmacher in Paris die Grenzen ihrer Macht erkennen mussten.

## Der Völkerbund

Am 25. Januar beschloss die Friedenskonferenz förmlich die Bildung einer Völkerbundkommission. Einige jüngere Mitglieder der amerikanischen Delegation sahen darin den Stoff für einen grossartigen, inspirierenden Film. Er hätte die alte Diplomatie bei ihrer unheilvollen Arbeit gezeigt. Animierte Landkarten hätten die in der Vergangenheit gesäten Samen des Krieges veranschaulicht: all die geheimen Bündnisse, ungerechten Kriege und Konferenzen, auf denen die alten, egoistischen europäischen Mächte willkürliche Grenzlinien zogen. Zu all dem hätten die Pariser Friedenskonferenz und der Völkerbund einen «kühnen Kontrast» gebildet. Ihr Film, glaubten die jungen Amerikaner, hätte bestimmt eine Menge Geld eingespielt.<sup>1</sup>

Heute ist es kaum vorstellbar, dass solch ein Projekt ernst gemeint gewesen sein könnte. Nur eine Handvoll exzentrischer Historiker macht sich noch die Mühe, sich mit dem Völkerbund zu beschäftigen. Seine Archive werden trotz ihres Materialreichtums wenig genutzt. Der blosse Name ruft Bilder von nüchternen Bürokraten, wirren liberalen Unterstützern, nutzlosen Resolutionen, ergebnislosen Untersuchungsmissionen und vor allem von Versagen wach: 1931 in der Mandschurei, 1935 in Äthiopien und bei der grössten Katastrophe, dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nur zwanzig Jahre nach dem Ende des Ersten. Die durchsetzungsstarken politischen Führer der Zwischenkriegszeit – Mussolini, Hitler und die japanischen Militaristen – verhöhnten den Völkerbund und wandten sich schliesslich von ihm ab, während seine Hauptunterstützer – Grossbritannien, Frankreich und die kleineren Demokratien – halbherzig und lustlos agierten. Die Sowjetunion trat dem Völkerbund nur bei, weil Stalin zu diesem Zeitpunkt keine bessere Alternative sah, und die Vereinigten Staaten brachten nicht einmal das fertig. Der Makel des Scheiterns haftete derart stark, dass sich die Alliierten, als sie während des Zweiten Weltkriegs darüber nachdachten, einen permanenten Bund der Völker zu schaffen, für die Gründung einer völlig neuen Organisation entschieden, der Vereinten

Nationen. Der Völkerbund wurde 1946 offiziell aufgelöst, hatte aber schon seit 1939 keine Rolle mehr gespielt.

In der letzten Sitzung des Völkerbunds fragte Robert Cecil, der auch bei seiner Gründung dabei gewesen war: «Trifft es zu, dass alle unsere Anstrengungen in diesen zwanzig Jahren vergebens waren?» Er beantwortete seine Frage selbst: «Zum ersten Mal war eine ihrem Wesen nach internationale Organisation geschaffen worden, nicht um den nationalen Interessen dieses oder jenes Landes zu dienen ..., sondern um den Krieg zu ächten.» Der Völkerbund sei ein grosses Experiment gewesen. Er habe die Träume und Hoffnungen all derjenigen, die über die Jahrhunderte hinweg für den Frieden gekämpft hätten, in eine konkrete Form gegossen. Sein Erbe bestehe in der verbreiteten Anerkennung der Idee, dass die Nationen der Welt zusammen für die Sicherheit aller arbeiten können und müssen. «Der Völkerbund ist tot. Lang leben die Vereinten Nationen!»<sup>2</sup>

Cecil hatte recht. Der Völkerbund verkörperte etwas sehr Wichtiges: sowohl die Anerkennung der bereits erreichten Veränderungen in den internationalen Beziehungen als auch eine Wette auf die Zukunft. So wie die Dampfmaschine die Fortbewegungsmöglichkeiten der Menschen auf der Erdoberfläche verändert hatte, so wie Nationalismus und Demokratie ihre Beziehungen zueinander und zum Staat verändert hatten, so hatte sich in dem Jahrhundert vor der Pariser Friedenskonferenz auch die Art, wie die Staaten miteinander umgingen, gewandelt. Natürlich war die Macht weiterhin ein Faktor, und die Regierungen sorgten für ihre Länder, aber das bedeutete nicht mehr dasselbe. Hatte man im 18. Jahrhundert um dynastischer Vorteile oder auch nur um der Ehre willen Bündnisse geschlossen oder gelöst und Kriege begonnen oder beendet und es für völlig rechtens gehalten, sich Territorien anzueignen, ohne sich über deren Bewohner Gedanken zu machen, so hatte sich im Lauf des 19. Jahrhunderts eine andere Sichtweise herausgebildet. Man betrachtete den Krieg in zunehmendem Mass als Irrweg, noch dazu einen kostspieligen. Im 18. Jahrhundert war der Gewinn des einen immer der Verlust eines anderen gewesen, so dass die Gesamtbilanz ausgeglichen blieb. Jetzt bedeutete Krieg, wie der Erste Weltkrieg gezeigt hatte, Kosten für alle Seiten. Den nationalen Interessen war besser durch Frieden gedient, in dem Handel und Industrie blühen konnten. Und die Nation war etwas anderes; sie wurde nicht mehr durch

einen Monarchen oder eine kleine Elite verkörpert, sondern in zunehmendem Mass durch das Volk.

In der Diplomatie blieben die alten Formen bestehen: Botschafter übergaben Beglaubigungsschreiben, Verträge wurden unterzeichnet und besiegelt. Es galten jedoch andere Regeln. Im Zusammenspiel der Nationen war es beispielsweise nicht mehr üblich oder auch nur akzeptabel, sich Gebiete anzueignen, die von Menschen anderer Nationalität bewohnt wurden. (Kolonien zählten nicht, weil man der Ansicht war, dass deren Völker auf einer niedrigeren Stufe der politischen Entwicklung als Europa standen.) Als Bismarck Deutschland schuf, tat er das im Namen der deutschen Einheit, und nicht, um das Königreich Preussen zu vergrössern. Was die Abtrennung Elsass-Lothringens von Frankreich im Jahr 1871 betrifft, so bemühte sich die deutsche Regierung nach Kräften, sich selbst und die Welt davon zu überzeugen, dass es sich nicht um eine Kriegsbeute im alten Sinne handelte, sondern um die Eingliederung einer Bevölkerung, die im Herzen deutsch war.

Ein weiterer neuer Faktor in der Gleichung war die Öffentlichkeit. Die Ausbreitung der Demokratie, der Aufstieg des Nationalismus, das Eisenbahn- und Telegraphennetz, die geschäftigen Journalisten und die Rotationsmaschinen, mit denen die Massenzeitungen gedruckt werden konnten, schufen zusammen etwas, das die Regierungen zwar nicht sonderlich mochten, aber nicht zu ignorieren wagten. So erwartete man, dass die Verhandlungen in Paris im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit stattfinden würden.

Idealisten sahen darin eine gute Sache. Die Völker würden dringend benötigten gesunden Menschenverstand in die internationalen Beziehungen bringen. Sie wollten weder Kriege noch ein kostspieliges Wettrüsten. (Diese Überzeugung wurde auch nicht durch die Tatsache erschüttert, dass sich viele Europäer in den Jahrzehnten vor 1914 offensichtlich für den Krieg begeisterten und ihn 1914 absolut leidenschaftlich begrüssteten.) Und es gab viele Idealisten in Europa und der ganzen Welt. Der Wohlstand und Fortschritt des 19. Jahrhunderts verstärkten den Glauben, dass die Welt zivilisierter wurde. Eine wachsende Mittelschicht bildete die natürliche Anhängerschaft einer Friedensbewegung, die als Mittel der Kriegsverhinderung die obligatorische Schlichtung von Konflikten, internationale Gerichte, Abrüstung und vielleicht sogar Verpflichtung, auf die Anwendung

von Gewalt zu verzichten, forderte. Die Kriegsgegner betrachteten ihre eigenen Gesellschaften als Modell, insbesondere die westeuropäischen, wo die Regierungen in zunehmendem Mass vom Willen der Staatsbürger abhängig waren, öffentliche Polizeikräfte an die Stelle privater Garden getreten waren und der Rechtsstaat weithin akzeptiert wurde. War nicht eine ähnliche Gesellschaft der Nationen, die ihren Mitgliedern kollektive Sicherheit bot, vorstellbar?<sup>3</sup>

In Paris bestand Wilson auf dem Vorsitz der Völkerbundkommission, weil der Völkerbund in seinen Augen das Herzstück der Friedenskonferenz darstellte. Wenn er ins Leben gerufen werden konnte, würde alles andere sich über kurz oder lang fügen: Waren die Friedensbedingungen unvollkommen, hätte der Völkerbund später noch viel Zeit, sie zu korrigieren. Waren die vielen Grenzen, die neu gezogen werden mussten, nicht ganz korrekt, würde der Völkerbund für ihren richtigen Verlauf sorgen. Der Völkerbund würde sicherstellen, dass die Kolonien, die Deutschland würde abgeben müssen, anständig verwaltet wurden. Da das Osmanische Reich nicht mehr bestand, würde der Völkerbund als Sachwalter der Völker dienen, die noch nicht imstande waren, sich selbst zu regieren. Und für künftige Generationen würde der Völkerbund die Prosperität und friedliche Entwicklung gewährleisten, die Schwachen unterstützen, Regelbrecher tadeln und, wenn nötig, Aufsässige bestrafen. Es war ein Versprechen, das die Menschheit sich selbst gab – eine Selbstverpflichtung.

Das Bild, das manchmal von Wilson gezeichnet wird, wie er mit dem Geschenk des Völkerbunds aus der Neuen Welt über den Atlantik in die alte fährt, ist verführerisch, aber falsch. Viele Europäer strebten seit Langem nach einer besseren Gestaltung der internationalen Beziehungen. Der Krieg, den sie gerade überlebt hatten, bekam nur dann einen Sinn, wenn eine bessere Welt aus ihm hervorging, in der Kriege ausgeschlossen waren. Das hatten ihre eigenen Regierungen den Menschen in jenen dunklen Tagen versprochen, und aus diesem Grund hatten sie weitergekämpft. Als die Europäer 1919 über jene Katastrophenjahre mit dem kaum vorstellbaren Blutvergiessen nachdachten und erkannten, dass die europäische Gesellschaft auf furchtbare, vielleicht tödliche Weise beschädigt war, sahen viele – und nicht nur Liberale und Linke – im Völkerbund ihre letzte Chance. Harold Nicolson sprach für viele aus seiner Generation, als er feststellte: «Wir fahren nach Paris nicht nur um einen Krieg zu liquidieren,



sondern um eine neue Ordnung in Europa zu begründen. Wir bereiteten nicht nur Frieden, sondern Ewigen Frieden. Der Heiligenschein einer göttlichen Sendung umstrahlte uns. Wachsam, streng, redlich und asketisch mussten wir sein, denn wir waren darauf aus, Dauerhaftes und Edles zu vollbringen.»<sup>4</sup>

Lloyd George pflichtete Wilson darin bei, dass der Völkerbund die wichtigste Aufgabe der Friedenskonferenz sein sollte. Der Grund dafür war nicht nur der zynische Wunsch, die Amerikaner bei Laune zu halten. Immerhin war er ein Liberaler und Vorsitzender einer Partei, die auf eine lange Geschichte der Kriegsgegnerschaft zurückblickte. Ausserdem kannte er als Vollblutpolitiker die britische Öffentlichkeit. Die Menschen, sagte er am Heiligabend 1918 im Kabinett, betrachteten «das Fortbestehen eines Zustands, der erneut in solch eine Tragödie ausarten könnte, mit absolutem Schrecken». Die Friedenskonferenz ohne Völkerbund zu beenden, wäre eine politische Katastrophe.<sup>5</sup> Dennoch stand der Völkerbund für ihn nicht an erster Stelle, vielleicht weil er bezweifelte, dass er jemals wirklich wirkungsvoll sein konnte. In seinen Reden kam er selten auf ihn zu sprechen, und er stattete seinem Sitz, solange er Premierminister war, keinen einzigen Besuch ab.<sup>6</sup>

In Frankreich, wo die Erinnerung an vergangene deutsche Aggressionen und Befürchtungen für die Zukunft nur allzu lebendig war, sah man kaum eine Chance dafür, dass der Krieg durch internationale Kooperation abgeschafft werden könnte. Andererseits war man, insbesondere unter Liberalen und Linken, bereit, es auf einen Versuch ankommen zu lassen.<sup>7</sup> Clemenceau hätte lieber zuerst den Friedensvertrag mit Deutschland ausgearbeitet, aber man sollte Frankreich nicht nachsagen können, es habe den Völkerbund blockiert.<sup>8</sup> Persönlich stand er ihm mit gemischten Gefühlen gegenüber – aber nicht, wie manche behaupten, feindselig. Dafür spricht sein berühmtes Bonmot: «Ich mag den Völkerbund, aber ich glaube nicht an ihn.»<sup>9</sup>

In der Öffentlichkeit fand der Völkerbund allgemein ein positives Echo, auch wenn man sich über seine Rolle nicht klar war. Sollte er Polizist oder Beamter sein? Sollte er Gewalt oder Überredungskunst anwenden? Die Franzosen forderten aus offensichtlichen Gründen einen Völkerbund, der die Macht hatte, Aggressoren mit Gewalt aufzuhalten. Rechtsanwälte, insbesondere solche aus der englischsprachigen Welt, setzten ihre Hoffnungen auf das Völkerrecht und internationale Gerichtshöfe. Pazifisten wiederum bevorzugten ein anderes Heilmittel für internationale Gewalt: allge-

meine Abrüstung und das Versprechen aller Völkerbundmitglieder, keine Kriege führen zu wollen. Und was sollte der Völkerbund selbst sein? Eine Art Superstaat? Ein Klub für Staatschefs? Eine Konferenz, die in Notsituationen einberufen wurde? Aber welche Gestalt er auch haben würde, man würde Bedingungen für die Mitgliedschaft, Regeln und Verfahrensweisen etablieren sowie irgendeine Art von Sekretariat schaffen müssen.

Der Mann, der den Völkerbund ins Zentrum des alliierten Friedensprogramms gerückt hatte, hatte sich während des Krieges in Bezug auf derlei Details in rätselhaftes Schweigen gehüllt. Wilson sprach nur in Allgemeinplätzen, so inspirierend sie waren. Sein Völkerbund würde mächtig sein, denn er würde die organisierte öffentliche Meinung der Menschheit repräsentieren. Seine Mitglieder würden sich, wie er in seinen Vierzehn Punkten erklärte, gegenseitig ihre Unabhängigkeit und ihre Grenzen garantieren. Zu deren Schutz würde er Gewalt einsetzen können, aber es würde wahrscheinlich nicht nötig werden. Der Krieg habe gezeigt, dass die Menschen eine solche Organisation wollten; dafür hätten sie gekämpft. «Die Gedanken einfacher Menschen», sagte er kurz vor Kriegsende vor einem riesigen Publikum in der Metropolitan Opera in New York, «sind durchweg einfacher, gradliniger und einheitlicher geworden als die ausgeklügelten Ideen der Politiker, die noch immer unter dem Eindruck stehen, dass sie ein Spiel der Macht um hohe Einsätze spielen.»<sup>10</sup>

Wilson hielt es für einen Fehler, konkret zu werden, solange der Krieg noch tobte. Daraus wären nur Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten erwachsen, und die Feindstaaten hätten den Eindruck gewinnen können, der Völkerbund sei irgendwie gegen sie gerichtet.<sup>11</sup> Nach Wilsons Ansicht handelte es sich um eine derart vernünftige Idee, deren notwendige Verwirklichung so allgemein anerkannt werden würde, dass sie von ganz allein zu einem gesunden Organismus heranwachsen würde. Noch während in Paris die Völkerbundakte ausgearbeitet wurde, weigerte er sich, zu sehr ins Detail zu gehen. «Meine Herren», sagte er in der Völkerbundkommission, «ich habe keinen Zweifel daran, dass die nächste Generation aus Männern bestehen wird, die so intelligent sind wie Sie und ich, und ich denke, wir können es dem Völkerbund überlassen, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.»<sup>12</sup>

Wilson's lässige Herangehensweise beunruhigte sogar seine Anhänger.

Zum Glück waren mehrere detaillierte Pläne in Umlauf. Als sich der Krieg in die Länge zog, löste das unweigerlich Diskussionen über Mittel zur Verhinderung von Konflikten aus. In den Vereinigten Staaten brachte die Liga zur Durchsetzung des Friedens Demokraten und Republikaner zusammen. In Grossbritannien zog eine Völkerbundgesellschaft Mitglieder aus der gutbürgerlichen, liberalen Mittelschicht an. Die politisch weiter links stehenden Fabianer finanzierten eine umfassende Studie von Leonard Woolf. Anfang 1918 hielten die britische wie die französische Regierung es für besser, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, denn dank Wilson war ein Völkerbund jetzt ein explizites alliiertes Kriegsziel. In Frankreich entwarf eine Kommission unter Leitung des bekannten liberalen Politikers Léon Bourgeois einen ausführlichen Plan für eine internationale Organisation mit eigener Armee, und in Grossbritannien erarbeitete eine Sonderkommission mit dem renommierten Rechtsanwalt Walter Phillimore an der Spitze detaillierte Empfehlungen, in die viele Ideen aus der Vorkriegszeit eingingen, wie die obligatorische Schlichtung von Streitigkeiten. Man war vorsichtig vorgegangen und hatte sowohl die utopische Idee einer Weltföderation als auch den pragmatischen Ansatz, nach dem der Völkerbund lediglich eine Fortsetzung des Kriegsverbündnisses bilden sollte, verworfen.<sup>13</sup> Als die britische Regierung Wilson eine Kopie des Phillimore-Berichts schickte, reagierte der wenig kollegial. Er finde den Bericht enttäuschend, erklärte er. Ausserdem arbeite an einem eigenen Entwurf, den er zu gegebener Zeit bekannt machen werde. Aber er habe Hauptprinzipien, liess er die Briten wissen: «Es muss einen Völkerbund geben, und er muss tatkräftig sein und kein Papierbund.»<sup>14</sup> Mehr war bis Kriegsende aus Washington nicht zu vernehmen.

Zu diesem Zeitpunkt beschloss eine der Leuchten des Britischen Empires, sich an einem Plan für einen Völkerbund zu versuchen. Der südafrikanische Aussenminister, General Jan Christiaan Smuts, gross, schmal, mit harten blauen Augen, wirkte auf den ersten Blick nicht besonders imponierend. (In London glaubte Bordens Sekretär einmal, er sei gekommen, um die elektrische Beleuchtung zu reparieren, und forderte ihn auf, draussen zu warten.<sup>15</sup>) Er besass jedoch genau jene Eigenschaften, die Wilson anzogen, da sie seinen eigenen entsprachen: eine Vorliebe für die grossen Fragen, tiefe religiöse und ethische Überzeugungen und den Wunsch, die Welt zu verbessern. Beide waren in stabilen, glücklichen Familien in

Kleinstädten aufgewachsen, Wilson freilich im amerikanischen Süden und Smuts in der bodenständigen burischen Farmergemeinde der Kapkolonie. Beide hatten freundliche Erinnerungen an glückliche schwarze Bedienstete (und bezweifelten, dass Schwarze jemals Weissen gleichgestellt sein könnten) und unangenehme Erinnerungen an Kriege, Wilson an den Amerikanischen Bürgerkrieg und Smuts an die Burenkriege. Beide waren nach aussen hin nüchtern und selbstbeherrscht, in Wirklichkeit aber leidenschaftlich und empfindsam. Bei beiden kam enorme Selbstgerechtigkeit mit gewaltigem Ehrgeiz zusammen. Beide entdeckten jeden Splitter in den Augen der andern, waren aber blind für den Balken im eigenen.<sup>16</sup>

Smuts absolvierte die Schule und die Universität Stellenbosch mit Leichtigkeit und begab sich dann, wie viele junge Männer aus den Kolonien, nach England. In Cambridge arbeitete er fleissig, was ihm mehrere Preise und einen ausgezeichneten Abschluss seines Jurastudiums einbrachte. In London, wo er sich auf die Anwaltslaufbahn vorbereitete, hat er, soweit bekannt, nie ein Theater, ein Konzert oder eine Galerie besucht. In seiner begrenzten Freizeit las er Gedichte: Shelley, Shakespeare, vor allem aber Walt Whitman, dessen tiefe Naturliebe er teilte. So wie Wilson seine Zuhörer mit nüchterner Prosa inspirieren und Lloyd George sie mit glänzenden Reden erheben konnte, so konnte Smuts besser als alle anderen Friedensmacher für sie singen.<sup>17</sup> Smuts hatte in den grossen Fragen des Krieges als Berater gedient, da war es nur logisch, dass er auch in Bezug auf den Frieden zu Rate gezogen wurde.

Er hatte Wilsons Auftritt auf der Weltbühne begeistert begrüsst. «Dieser moralische Idealismus und diese Vision einer besseren Welt», sagte er zu einer Gruppe amerikanischer Journalisten, «haben uns in der dunklen Nacht dieses Krieges aufrecht gehalten.» Die Welt sei zerstört, aber vor ihr liege eine riesige Gelegenheit. «Es ist an uns, daran zu arbeiten, die Welt in besserer Gestalt zu erneuern, ihre internationale Neuorganisation im Sinne von universaler Freiheit und Gerechtigkeit zu planen und zwischen den Klassen und Nationen jenen guten Willen wiederherzustellen, der das einzige sichere Fundament jedes dauerhaften internationalen Systems ist.» Die Worte und Beschwörungen sprudelten nur so aus ihm heraus. «Unterschätzen wir unsere Chance nicht», rief er einer erschöpften Welt zu. «Das Zeitalter der Wunder ist nie vorbei.» Möglicherweise sei dies der Moment, in dem man den Krieg ein für alle Mal beenden könne.<sup>18</sup>

Was Smuts weniger laut hinausposaunte, war die Tatsache, dass der Völkerbund auch für das Britische Empire nützlich sein würde. Im Dezember 1918 fertigte er für seine britischen Kollegen eine seiner glänzenden Analysen der Weltlage an. Da es Österreich-Ungarn nicht mehr gebe, Russland im Chaos versunken und Deutschland besiegt sei, so seine Schlussfolgerung, gebe es nur noch drei Grossmächte auf der Welt: das Britische Empire, die Vereinigten Staaten und Frankreich. Den Franzosen sei nicht zu trauen, immerhin seien sie in Afrika und im Nahen Osten Rivalen. (Die Franzosen erwiderten Smuts' Abneigung, erst recht, nachdem er in einem Sitzungssaal in Paris einige vertrauliche Papiere liegengelassen hatte, in denen er, laut Clemenceau, «gegen Frankreich Gift und Galle spie».)<sup>19</sup> Grossbritannien sei gut beraten, sich um die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu bemühen. «Sprache, Interessen und Ideale» wiesen ihnen einen gemeinsamen Weg, und das beste Mittel, um auch die Amerikaner zu dieser Einsicht zu bringen, sei die Unterstützung für den Völkerbund. Wie alle Welt wisse, betrachte Wilson die Schaffung des Völkerbunds als seine wichtigste Aufgabe; wenn die Briten ihn dabei unterstützten, würde er unangenehme Themen wie die Forderung nach der Freiheit der Meere vielleicht fallenlassen.<sup>20</sup>

Smuts unternahm es, Wilsons «ziemlich nebulöse Ideen» in eine kohärente Form zu bringen, und verfasste im Eiltempo «Einen praktischen Vorschlag», wie er seine Ausführungen bescheiden überschrieb. Eine Generalversammlung aller Mitgliedsnationen, ein kleinerer Exekutivrat, ein permanentes Sekretariat, Regeln für die Beilegung internationaler Streitigkeiten, Mandate für Völker, die noch nicht imstande waren, sich selbst zu regieren: Vieles von dem, was später in der Völkerbundakte enthalten sein sollte, fand sich in Smuts' Entwurf. Aber er umfasste noch mehr: die Schrecken des letzten Krieges, ein atomisiertes Europa, die Sehnsucht der einfachen Menschen nach einer besseren Welt und die grossen Chancen der Friedensmacher. «Die Grundfesten sind erschüttert und gelockert worden», stellte Smuts fest, «und die Dinge sind wieder in Fluss gekommen. Die Zelte sind abgebrochen, und die grosse Karawane der Menschheit befindet sich wieder einmal auf dem Marsch.»<sup>21</sup> An einen Freund schrieb Smuts stolz: «Mein Papier hat in hohen Kreisen enormen Eindruck gemacht. Wie ich den Kabinettsprotokollen entnehme, hat der Premiermi-

nister es als ‚eines der klügsten Staatspapiere, die er jemals gelesen habe‘ bezeichnet.» Es wurde umgehend als Broschüre veröffentlicht.<sup>22</sup>

Der «Vorschlag», bemerkte ein amerikanischer Rechtsexperte, sei «sehr schön geschrieben», an manchen Stellen allerdings recht vage. Zur Frage der Mandate für frühere deutsche Kolonien in Afrika beispielsweise habe Smuts nichts gesagt.<sup>23</sup> (Diese Auslassung war Absicht, denn Smuts wollte unbedingt erreichen, dass Deutsch-Südwestafrika bei Südafrika blieb.) Wilson, dem Lloyd George ein Exemplar gab, gefiel die Denkschrift nicht zuletzt deswegen, weil Smuts hervorgehoben hatte, dass die Schaffung des Völkerbunds die erste Aufgabe der Friedenskonferenz sein sollte. Als Wilson Anfang 1919 von seiner Rundreise durch Europa nach Paris zurückkehrte, machte er selbst sich an die Aufgabe, die er so lange aufgeschoben hatte, und schrieb seine Ideen nieder. Das Ergebnis, das er den Briten am 19. Januar vorlegte, stützte sich in weiten Teilen auf Smuts' Vorarbeit. Das mache ihm nichts aus, sagte Smuts zu einem Freund. «Ich denke», fügte er hinzu, «es ist eine besondere Befriedigung, zu wissen, dass der eigene Wille in aller Stille zum Grossen Willen gefunden hat, so dass Gott am Ende tut, was man selbst erfolglos zu tun versucht hat.»<sup>24</sup> Wilson bezeichnete Smuts' Denkschrift als «einen Baustein».<sup>25</sup>

Auch Cecil, der zweite britische Völkerbundexperte, wurde von Wilson geschätzt. Cecil, schmal, ernst und zurückhaltend, erinnerte die Menschen häufig an einen Mönch. Er lächelte selten, und wenn, dann wirkte er, laut Clemenceau, wie ein «chinesischer Drache».<sup>26</sup> Er war strenggläubiger Anglikaner aus Überzeugung, ausgebildeter Rechtsanwalt, Politiker von Beruf und englischer Aristokrat von Geburt. Seine Familie diente dem Land schon seit dem 16. Jahrhundert. Balfour war ein Cousin, und sein Vater war der grosse Lord Salisbury, der in den 1880er und 1890er Jahren Premierminister gewesen war. Der junge Robert lernte Disraeli und Gladstone kennen, besuchte Windsor Castle und wurde dem Kronprinzen von Preussen vorgestellt. Seine zugleich privilegierte und strenge Erziehung vermittelte ihm ein starkes Gefühl für das, was richtig und was falsch war, und ein ebenso starkes Pflichtgefühl der Allgemeinheit gegenüber.<sup>27</sup> Als der Krieg ausbrach, war er fünfzig und damit zu alt, um zu kämpfen. Also meldete er sich freiwillig zur Arbeit für das Rote Kreuz in Frankreich. 1916 übernahm er die Leitung der über Deutschland verhängten Blockade.

Zu diesem Zeitpunkt war er zu der Überzeugung gelangt, dass die Welt

eine Organisation schaffen musste, die Kriege verhinderte. Wilsons Verlautbarungen stiessen bei ihm daher auf begeisterte Zustimmung. Seine erste Begegnung mit dem Präsidenten im Dezember 1918 verlief jedoch enttäuschend, da er ihn auf einem grossen Empfang kennenlernte und nur wenige Worte mit ihm wechseln konnte.<sup>28</sup> Als sie schliesslich am 19. Januar in Paris ein richtiges Gespräch führen konnten, stellte Cecil fest, dass Wilsons Ideen für den Völkerbund zum grossen Teil britischen Ursprungs waren. Wilson selbst, notierte Cecil in seinem Tagebuch, habe «etwas von einem Tyrannen» und müsse «mit Bestimmtheit, aber auch äusserster Höflichkeit und Hochachtung behandelt werden – keine leicht in Einklang zu bringende Kombination».<sup>29</sup> Wilson beauftragte David Hunter Miller, zusammen mit Cecil einen gemeinsamen Entwurf auszuarbeiten – ein Zeichen der wachsenden Kooperation zwischen Amerikanern und Briten.

Als am 25. Januar die Völkerbundkommission gebildet wurde, hallte der Saal von hochherzigen Worten wider. Die Stimmung wurde jedoch etwas getrübt, als Repräsentanten kleinerer Staaten, die wegen ihrer Rolle in Paris bereits verstimmt waren, mürrisch bemängelten, dass der Kommission lediglich je zwei Vertreter der Grossen Fünf angehörten – des Britischen Empires, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten. Auch sie, betonte der belgische Ministerpräsident, hätten gelitten. Clemenceau, der den Vorsitz innehatte, wollte nichts davon wissen. Die Grossen Fünf, erklärte er, hätten für ihre Plätze bei der Friedenskonferenz mit Millionen von Toten und Verwundeten bezahlt. Die kleineren Länder könnten von Glück sagen, dass man sie überhaupt eingeladen habe. Als Zugeständnis wurde ihnen eingeräumt, fünf Vertreter (deren Zahl später auf neun erhöht wurde) in die Völkerbundkommission zu entsenden. Der Aufruhr legte sich, aber der Groll nicht.<sup>30</sup> Als die Briten und Amerikaner ihren Plan für den Völkerbund vorlegten – mit einem Exekutivrat der Grossen Fünf –, regten sich die kleineren Länder derart auf, dass man ihnen schliesslich zugestand, vier zusätzliche Mitglieder zu benennen.

Cecil hielt Wilson für verrückt, als er davon sprach, die Völkerbundakte binnen zwei Wochen fertigstellen zu wollen, aber man kam in der Tat zügig voran, nicht zuletzt, weil Briten und Amerikaner bereits zu einer umfassenden Einigung gelangt waren.<sup>31</sup> Die erste Sitzung der Völkerbundkommission fand am 3. Februar statt, und bereits am 14. Februar lag ein vollständiger Entwurf vor. Die 19 Kommissionsmitglieder kamen fast täglich

in Houses Zimmern im Crillon zusammen, wo sie an einem grossen Tisch mit roter Tischdecke Platz nahmen. Hinter ihnen sassen die Dolmetscher, die ihnen die Übersetzungen in ihre Ohren flüsteren. Briten und Amerikaner sassen nebeneinander und berieten sich ständig miteinander. Zwischen ihnen und den Franzosen sassen die Italiener. Die Portugiesen und Belgier beteiligten sich rege an der Diskussion, während die Japaner nur selten etwas sagten.<sup>32</sup> Wilson als Vorsitzender drückte aufs Tempo, liess kaum längere Reden und Detaildiskussionen zu und dirigierte die Verhandlungen in die von ihm gewünschte Richtung. «Ich komme zu dem Schluss», schrieb Cecil, «dass ich ihn persönlich nicht mag. Ich weiss nicht genau, was mich abstösst: eine gewisse Härte, gepaart mit Eitelkeit und Effekthascherei.»<sup>33</sup> House, der zweite amerikanische Vertreter in der Kommission, war stets an Wilsons Seite, ergriff aber nur selten das Wort. Hinter den Kulissen war er, wie üblich, geschäftig. «Meine Aufgabe ist es», erklärte er, «schon im Voraus zu erkennen, wo Schwierigkeiten auftauchen könnten, und sie aus dem Weg zu räumen, bevor es zu schwierig wird.»<sup>34</sup>

Weder Lloyd George noch Clemenceau hatten sich zum Kommissionsmitglied gemacht. Baker sah darin einen weiteren, wenn auch kaum noch nötigen, Beleg dafür, dass die Europäer den Völkerbund nicht ernst nahmen. Sie seien froh, Wilson beschäftigt zu wissen, bemerkte er abfällig, während sie in gewohnter Manier die Kriegsbeute unter sich aufteilten.<sup>35</sup> Wilson nahm indes weiterhin an den Sitzungen des Obersten Rats teil und war an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt. Lloyd George wählte, wie er es während seiner gesamten politischen Laufbahn getan hat, Männer seines Vertrauens aus – in diesem Fall Smuts und Cecil –, gab ihnen eine umfassende Handlungsvollmacht und überliess sie im Allgemeinen sich selbst.<sup>36</sup> Clemenceau berief zwei führende Experten in die Kommission, die er in ebenso typischer Weise schlecht behandelte, den Dekan der juristischen Fakultät der Pariser Universität Ferdinand Larnaude und Léon Bourgeois.

Der hochgebildete und kultivierte Bourgeois war Rechtsexperte, Sanskritgelehrter, Musikliebhaber sowie ein passabler Bildhauer und Karikaturist. Nachdem er als Liberaler in die Politik gegangen war, war er rasch an die Spitze gelangt und Innen-, Bildungs-, Justiz- und Aussenminister sowie schliesslich Ministerpräsident geworden. Sein Interesse an der internationalen Ordnung reichte in die Vorkriegszeit zurück; er hatte Frank-



reich auf der Haager Friedenskonferenz vertreten, die erfolglos versucht hatte, den Krieg einzugrenzen. Als Wilson von seinen Erwartungen in Bezug auf den Völkerbund sprach, weinte Bourgeois vor Freude. 1919 jedoch war er alt und müde. Sein Augenlicht versagte, und er litt schrecklich unter der Kälte.<sup>37</sup>

Darüber hinaus hatte er mit erheblichen Handicaps zu kämpfen. Viele französische Politiker beharrten darauf, dass der Völkerbund eine Fortsetzung des antideutschen Kriegsbündnisses sei.<sup>38</sup> Clemenceau machte keinen Hehl daraus, dass er Bourgeois für einen Narren hielt. Als House ihn fragte, wie Bourgeois jemals Ministerpräsident habe werden können, antwortete er: «Da ich Regierungen stürzte, ging ihnen schliesslich das Personal aus, und sie nahmen Bourgeois.»<sup>39</sup> Die Briten und Amerikaner betrachteten ihn mit seinen weitschweifigen Reden in sanft perlendem Französisch, bei denen sie gelegentlich eindösteten, mehr oder weniger als Witzfigur.<sup>40</sup> Wilson fasste eine herzliche Abneigung gegen ihn, unter anderem, weil er gehört hatte, dass Clemenceau ihn angewiesen habe, die Verhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen.<sup>41</sup> Dies traf wahrscheinlich zu. Bourgeois unternahm wenig, ohne sich mit Clemenceau zu beraten, der Zugeständnisse in Bezug auf die Friedensbedingungen für Deutschland aus Wilson herauszupressen hoffte. «Lassen Sie sich besiegen», instruierte er Bourgeois und Larnaude. «Das macht nichts. Ihre Rückschläge werden mir helfen, zusätzliche Garantien für den Rhein zu fordern.» Bourgeois war verärgert, fügte sich aber. «Mit anderen Worten», sagte er zu Poincaré, «er fordert mich auf, mich im Schützengraben töten zu lassen, während er anderswo kämpft.»<sup>42</sup>

In den Sitzungen der Völkerbundkommission fochten die französischen Vertreter gegen die Briten und Amerikaner dafür, dem Völkerbund Biss zu verleihen, wie es Wilson selbst einst gefordert hatte.<sup>43</sup> Wie Bourgeois darlegte, sollte der Völkerbund wie das Rechtssystem eines modernen demokratischen Staats handeln können, das heisst bei Verletzungen des Friedens berechtigt sein, mit Zwangsmitteln die Ordnung wiederherzustellen. Mit anderen Worten, Streitigkeiten zwischen Mitgliedsstaaten sollten automatisch der obligatorischen Schlichtung zugeführt werden. Weigerte sich ein Staat, die Entscheidung des Völkerbunds zu akzeptieren, würden als nächster Schritt Sanktionen sowohl wirtschaftlicher als auch militärischer Art folgen.<sup>44</sup> Ausserdem setzte sich Bourgeois für eine strenge Abrüstung unter Aufsicht eines Völkerbundgremiums mit weitrei-

chender Inspektionsbefugnis und den Aufbau einer internationalen Streitmacht aus Einheiten der Mitgliedsstaaten ein.<sup>45</sup> Briten und Amerikaner argwöhnten, dass sich hinter diesen Vorschlägen nur der französische Wunsch verbarg, eine dauerhafte bewaffnete Koalition gegen Deutschland zu schmieden. Auf jeden Fall kamen sie politisch nicht in Frage. Der amerikanische Kongress, dem es schon schwerfiel, die Kontrolle über die Aussenpolitik mit dem Präsidenten zu teilen, würde mit Sicherheit nicht zulassen, dass andere Nationen bestimmen könnten, wann und wo die Vereinigten Staaten zu kämpfen hatten. Und was die Briten anging, setzten die Konservativen in Lloyd Georges Regierung sowie Armee und Marine und ein grosser Teil des Aussenministeriums weiterhin auf die alten, sicheren Mittel zur Verteidigung Britanniens. Der Völkerbund, erklärte Churchill, sei kein Ersatz für die britische Flotte. Es sei alles «Bockmist» und «blühender Unsinn», meinte Henry Wilson, der Chef des britischen Generalstabs. Grossbritannien könnte in Konflikte auf dem Kontinent oder auch in grösserer Ferne hineingezogen werden, in denen keine eigenen Interessen auf dem Spiel stünden.<sup>46</sup>

Auch von verschiedenen Delegierten aus den Dominions wurden Vorbehalte geäussert, die Lloyd George und seine Kollegen kaum ignorieren konnten. Billy Hughes, boshaft wie ein kleiner Kobold, tat sich dabei erwartungsgemäss besonders hervor. Er mochte die Franzosen und hasste die Amerikaner, nicht zuletzt, weil Wilson ihn während eines Washingtonbesuchs brüskiert hatte. Der Völkerbund, erklärte er, sei Wilsons Spielzeug: «Solange er es nicht bekommen hat, wird er nicht zufrieden sein.» Australien und er selbst wollten nicht, dass das British Empire vor Wilsons Triumphwagen gespannt werde.<sup>47</sup> Borden brachte seine Einwände nüchterner und taktvoller vor. Ihm gefiel die Völkerbundidee, aber er hätte einen Bund ohne allzu viele europäische Mitglieder vorgezogen. Sein wirklicher Traum war schon immer eine Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und dem Britischen Empire gewesen.<sup>48</sup> Kanada, dem Grossbritannien gerade erst eine gewisse Eigenverantwortung gewährt hatte, wollte diese nicht umgehend an eine andere Macht abtreten.<sup>49</sup>

Die französischen Versuche, dem Völkerbund zu grösserer Durchsetzungsfähigkeit zu verhelfen, irritierten die Alliierten und drohten die Friedenskonferenz aufzuhalten. Während sich die Völkerbundkommission beilte, den ersten Entwurf der Völkerbundakte fertigzustellen, bevor Wilson

zu seinem Kurzbesuch in die Vereinigten Staaten aufbrach, sickerte von den Sitzungen trotz verschlossener Türen genug an die Öffentlichkeit durch, um Unruhe zu erregen. «Dunkle Wolken ziehen sich über den Konferenzsälen zusammen», schrieb ein amerikanischer Korrespondent von Associated Press. «Die allgemeine Atmosphäre ist von Misstrauen und Bitterkeit geprägt, während das Schicksal des Völkerbunds weiterhin in den Sternen steht.» Zur Beruhigung trug auch nicht bei, dass die französische Presse sich auf Wilson einzuschiessen begann und Clemenceau in einem Interview mahnte, die französischen Interessen dürften nicht irgendwelchen vagen, wenn auch noblen Idealen geopfert werden. Gerüchten zufolge erwog Wilson, als Vergeltung die Friedenskonferenz an einen anderen Ort zu verlegen oder das Völkerbundprojekt vielleicht sogar ganz aufzugeben.<sup>50</sup> Am 11. Februar, drei Tage vor Wilsons Abreisetermin, beriet die Völkerbundkommission fast den ganzen Tag. Die Franzosen brachten einen Ergänzungsantrag über die Schaffung einer Völkerbundarmee ein. «Verfassungswidrig und daher unmöglich», beschied sie Wilson.<sup>51</sup> Die Sitzung wurde ohne Ergebnis vertagt. Am nächsten Tag legte Cecil kühl das Dilemma dar: «Nach seiner Ansicht sagten [die Franzosen] zu Amerika und in geringerem Mass zu Grossbritannien, dass sie das vorliegende Geschenk nicht annehmen würden, weil ihnen nicht mehr geboten werde, und er warnte sie unumwunden, dass das alternative Angebot, das wir machen würden, wenn der Völkerbund nicht zustande käme, ein Bündnis zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten sei.»<sup>52</sup> Bourgeois ruderte zurück, unternahm einen Monat später aber noch einen letzten vergeblichen Versuch, indem er vorschlug, dem Völkerbund einen eigenen Generalstab beizugeben. Dieser, fügte er vorsichtig hinzu, könne den Völkerbundsrat mit Informationen versorgen und Pläne ausarbeiten, damit er im Fall eines Krieges nicht unvorbereitet dastünde.<sup>53</sup> Wilson war ausser sich. «Die französischen Delegierten», bemerkte er zu Grayson, seinem Leibarzt, «sind absolut unmöglich. Sie reden und reden und reden und wollen ständig Punkte erneut diskutieren, die bereits erschöpfend behandelt und endgültig abgehakt worden sind.»<sup>54</sup> Bourgeois erwiderte die Abneigung. Poincaré gegenüber charakterisierte er Wilson als autoritär und zutiefst unzuverlässig. «Er habe bei allem das Ziel der Selbsterhöhung im Sinn.»<sup>55</sup>

Am 13. Februar war der erste Entwurf der Völkerbundakte fertig. Die Grundstruktur des Völkerbunds stand fest: eine Generalversammlung für

alle Mitglieder, ein Sekretariat und ein Exekutivrat, in dem die Grossen Fünf eine einfache Mehrheit haben würden. Eine Völkerbundarmee würde es ebenso wenig geben wie eine obligatorische Schlichtung (Schiedsgerichtsbarkeit) und Abrüstung. Allerdings verpflichteten sich die Mitglieder, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der anderen Mitglieder zu achten. Da die Grossmächte fürchteten, dass die kleineren Länder sich zusammentun und sie überstimmen könnten, verlangte ein Artikel für die meisten Beschlüsse Einstimmigkeit.<sup>56</sup> In dieser Vorschrift sah man später die Ursache der Wirkungslosigkeit des Bundes.

Deutschland wurde der sofortige Beitritt verwehrt. Darauf hatten die Franzosen bestanden, und ihre Verbündeten hatten es ihnen zugestanden. Daher befand sich Deutschland in der kuriosen Situation, im Versailler Vertrag einem Klub zuzustimmen, dem es selbst nicht beitreten durfte. Sowohl die Briten als auch die Amerikaner fanden dies ziemlich unfair.<sup>57</sup>

Die Völkerbundakte enthielt noch einige andere Dinge, die Internationalisten und Humanisten wichtig waren, wie die Schaffung eines ständigen internationalen Gerichtshofs, Bestimmungen gegen Waffenhandel und Sklaverei sowie die Unterstützung des Internationalen Roten Kreuzes. Ausserdem sah sie die Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation vor, die internationale Standards für die Arbeitsbedingungen erarbeiten sollte. Das hatten liberale Reforme, linke Parteien und Gewerkschaften seit Langem angestrebt. Vor dem Krieg hatten sie nicht mehr als eine Begrenzung der Nacharbeit von Frauen und das Verbot der Verwendung von Phosphor bei der Streichholzherstellung erreichen können. Die bolschewistische Revolution trug zu einem wundersamen Wandel der Einstellung der herrschenden Schichten im Westen bei. Selbst in den siegreichen Demokratien machte sich unter den Arbeitern Unruhe breit, und es war nicht abzusehen, wie weit sie auf dem Weg zur Revolution gehen würden. Europäische Arbeiterführer drohten, parallel zur Pariser Friedenskonferenz eine eigene Konferenz mit Delegierten sowohl aus den siegreichen als auch aus den besiegten Ländern abzuhalten. Obwohl die Alliierten eine Verlegung dieser Konferenz nach Bern durchsetzen konnten, waren Lloyd George und Clemenceau der Ansicht, dass eine Klausel zur Arbeitsgesetzgebung in der Völkerbundakte helfen würde, die Arbeiter in ihren Ländern zu beruhigen. Auf jeden Fall empfanden sie wie Wilson auf-

grund ihrer politischen Einstellung Sympathie mit der Arbeiterbewegung, zumindest solange sie keine Revolution anzettelte.<sup>58</sup>

Am selben Tag wie die Völkerbundkommission war auch eine Kommission für internationale Arbeitsgesetzgebung gebildet worden, die unter dem Vorsitz zunächst des kämpferischen Chefs des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes, Samuel Gompers, und dann des britischen Gewerkschaftsführers George Barnes in aller Stille tagte. Barnes beklagte sich bei Lloyd George darüber, dass die Friedensmacher seiner Arbeit nur geringes Interesse entgegenbrächten.<sup>59</sup> In Wirklichkeit war dies wahrscheinlich sogar ein Vorteil, denn die Internationale Arbeitsorganisation wurde ohne viel Aufhebens ins Leben gerufen und hielt schon Ende 1919 ihre erste Konferenz ab. Im Unterschied zum Völkerbund, dem sie angegliedert war, gehörte Deutschland von Anfang an zu ihren Mitgliedern, und anders als den Völkerbund gibt es sie heute immer noch.

Am 14. Februar legte Wilson in einer Plenarsitzung der Friedenskonferenz den Entwurf der Völkerbundakte vor. Die Kommissionsmitglieder hatten ein zugleich pragmatisches und inspirierendes Dokument zustande gebracht, auf das sie alle stolz waren. «Dieser Krieg hat viele schreckliche Dinge hervorgebracht», sagte Wilson, «aber auch einige sehr schöne.»<sup>60</sup> Am selben Abend reiste er in dem guten Gefühl, das Hauptziel seiner Teilnahme an der Konferenz erreicht zu haben, in die Vereinigten Staaten zurück.<sup>61</sup>

Die Völkerbundakte war allerdings noch nicht fertig. Frankreich hoffte immer noch, die Aufnahme einer Klausel über militärische Gewaltanwendung durchsetzen zu können; Japan hatte angekündigt, eine umstrittene Bestimmung über die Rassengleichheit vorzuschlagen, und die Mandate über die ehemaligen deutschen Kolonien und das Osmanische Reich waren auch noch nicht vergeben worden. Ausserdem stand noch die schwierige Frage der Monroe-Doktrin im Raum, die der amerikanischen Politik gegenüber Lateinamerika zugrunde lag. Sollte der Völkerbund, wie viele von Wilsons konservativen Gegnern fürchteten, die Macht haben, die Doktrin auszuhebeln? Wenn ja, würden sie im Kongress gegen den Völkerbund stimmen. Obwohl Wilson es hasste, Zugeständnisse zu machen, zumal gegenüber Männern, die er verachtete, sagte er zu, nach seiner Rückkehr nach Paris einen speziellen Vorbehalt auszuhandeln, dem zufolge kei-

ne der Bestimmungen der Völkerbundakte die Monroe-Doktrin ausser Kraft setze.<sup>62</sup>

Wilson sah sich, diesmal mit den Briten, in ein diplomatisches Spiel von der Art verwickelt, die er stets verabscheut hatte. Während Cecil und Smuts Mitgefühl für seine missliche Lage hatten und bereit waren, ihn zu unterstützen, witterte Lloyd George eine Chance. Er hatte erfolglos versucht, mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen über die Verhinderung eines maritimen Wettrüstens zu schliessen. Jetzt gab er zu verstehen, dass er einen Vorbehalt bezüglich der Monroe-Doktrin möglicherweise ablehnen würde.<sup>63</sup> Auch von Seiten der Japaner drohte Ungemach; es stand zu befürchten, dass sie einen ähnlichen Vorbehalt in das Vertragswerk aufnehmen wollten, um andere Nationen von der Einmischung im Fernen Osten abzuschrecken. Dies würde wiederum die Chinesen erzürnen, die bereits wegen der möglichen japanischen Absichten höchst besorgt waren.<sup>64</sup>

Am 10. April, als die Marinefrage ausdiskutiert war und die Briten wieder hinter ihm standen, brachte Wilson eine sorgfältig formulierte Ergänzung ein, die besagte, dass keine Bestimmung der Völkerbundakte die Gültigkeit dem Schutz des Friedens dienender internationaler Grundsätze wie der Monroe-Doktrin beeinträchtige. Die Franzosen, die verärgert waren, weil es ihnen nicht gelungen war, einen Völkerbund mit Biss zu schaffen, wandten mit glasklarer Logik ein, die Völkerbundakte enthalte bereits eine Bestimmung, die alle Mitglieder verpflichte, darauf zu achten, dass ihre internationalen Verträge den Völkerbundprinzipien entsprächen. Befinde sich die Monroe-Doktrin etwa nicht im Einklang mit ihnen? Natürlich tue sie das, erwiderte Wilson; sie sei sogar das Modell für den Völkerbund. Warum, fragten Bourgeois und Larnaud, müsse sie dann konkret erwähnt werden? Cecil versuchte Wilson aus der Klemme zu helfen: Der Hinweis auf die Monroe-Doktrin sei lediglich eine Art Illustration, erklärte er. Wilson brütete vor sich hin, bis er gegen Mitternacht zu einer schneidigen Verteidigung der Vereinigten Staaten ausholte, des Beschützers der Freiheit gegen den Absolutismus in seiner eigenen Hemisphäre und in jüngerer Zeit, im Ersten Weltkrieg, hier in Europa. «Will man ihnen das kleine Geschenk von ein paar Worten vorenthalten, die nur die Tatsache ausdrücken, dass ihre Politik in den letzten hundert Jahren den Grundsätzen von Freiheit und Unabhängigkeit gewidmet war, denen dieses Dokument als

ewige Charta für die ganze Welt geweiht sein soll?» Die anwesenden Amerikaner waren tiefbewegt, die Franzosen nicht.<sup>65</sup>

Am 28. April, während ein verspäteter Schneefall über Paris niederging, wurde die Völkerbundakte in einer Plenarsitzung der Friedenskonferenz gebilligt. Ein Delegierter aus Panama hielt eine lange, gelehrte Rede über den Frieden, die bei Aristoteles begann und bei Woodrow Wilson endete. Der Delegierte von Honduras sprach auf Spanisch über die Klausel zur Monroe-Doktrin, da ihn aber nur wenige der Anwesenden verstanden, blieben seine Einwände unbeachtet.<sup>66</sup> Clemenceau drückte als Vorsitzender wie üblich aufs Tempo, indem er die Diskussion grundlegender Änderungsvorschläge, selbst wenn sie aus der eigenen Delegation kamen, mit einem scharfen Schlag seines Hammers und einem barschen «Adopté!» abwürgte.<sup>67</sup>

Wilson hatte allen Grund, zufrieden zu sein. Immerhin hatte er die Völkerbundakte in die von ihm gewünschte Richtung gelenkt; er hatte Forderungen wie die französische nach einer militärischen Streitmacht blockiert; und er hatte einen Vorbehalt in Bezug auf die Monroe-Doktrin eingefügt, der die Billigung des Dokuments in den Vereinigten Staaten sicherstellen sollte. Er war zuversichtlich, dass der Völkerbund im Lauf der Jahre wachsen und sich verändern würde. Mit der Zeit würde er die Feindnationen einbeziehen und ihnen helfen, auf dem Pfad von Frieden und Demokratie zu bleiben. Wo die Friedensverträge Korrekturen benötigten, könnten die falschen Bestimmungen, wie er seiner Frau erklärte, «einer nach dem anderen dem Völkerbund zur Abänderung vorgelegt werden»; der Völkerbund werde als «eine ständige Ausgleichsstelle fungieren, zu der jede Nation kommen kann, die kleinen ebenso wie die grossen».<sup>68</sup> Indem er sich auf den Völkerbund konzentrierte, liess Wilson vielen Dingen auf der Friedenskonferenz ihren Lauf und kämpfte nicht gegen Entscheidungen an, die nach seiner Ansicht falsch waren, wie die Angliederung des deutschsprachigen Tirol an Italien und die Unterstellung von Millionen Deutschen unter tschechoslowakische beziehungsweise polnische Herrschaft. Diese Regelungen erwiesen sich jedoch als erstaunlich dauerhaft, zumindest bis zum Ausbruch des nächsten Krieges. Auf jeden Fall wäre es dem Völkerbund schwergefallen, zu handeln, da seine Regeln für buchstäblich alle Entscheidungen Einstimmigkeit verlangten. Wilsons zweite, fast genauso gefährliche Annahme war, dass er genügend Rückhalt hatte, um die Völkerbundakte durch den Kongress zu bringen.

## 8

# Mandate

Schon bevor die Völkerbundkommission ihre Arbeit aufnahm, war im Obersten Rat die Frage der Mandate zur Sprache gekommen. Wilson hatte klargestellt, dass er vom Völkerbund erwartete, dass er die Verantwortung für die bisherigen deutschen Kolonien übernehme. Keine der Siegermächte wollte, dass Deutschland seine kolonialen Besitzungen – Teile Afrikas und mehrere pazifische Inselgruppen – zurückerhielt. Aus Sicht der Alliierten hatte Deutschland durch sein Verhalten im Krieg bewiesen, dass es ungeeignet war, andere Völker zu regieren. Andererseits war Wilsons Einstellung für gewisse Kreise ein unliebsamer Schock.

Zum Missfallen der Amerikaner hielten ihre europäischen Verbündeten offenbar an der Vorstellung fest, dass Kriegsgewinnern eine Beute zustehe. Frankreich verlangte Togo und Kamerun sowie die Aufhebung der deutschen Rechte in Marokko (was Frankreich zur alleinigen Schutzmacht des Landes machen würde). Italien erhob Anspruch unter anderem auf einen Teil von Somalia. Südafrika hatte es auf Deutsch-Südwestafrika, Australien auf Neuguinea und einige nahegelegene Inseln und Neuseeland auf Deutsch-Samoa abgesehen. Grossbritannien hoffte Deutsch-Ostafrika annectieren zu können, das fehlende Verbindungsstück zwischen seinen Kolonien im Norden und Süden. Ausserdem hatten Grossbritannien und Frankreich bereits 1916 ein Geheimabkommen über die Aufteilung des Osmanischen Reichs geschlossen. Auch Japan hatte geheime Absprachen getroffen, mit China über die Übernahme der deutschen Rechte und Konzessionen und mit Grossbritannien über die Übernahme der ehemals deutschen Inseln nördlich des Äquators.

In Wilsons neuer Weltordnung musste für jene Gebiete, die noch nicht imstande waren, sich selbst zu regieren, eine andere Regelung als die Annexion oder Kolonisation gefunden werden. Eine mögliche Lösung war das Mandat, eine Art Vormundschaft entweder durch den Völkerbund selbst oder durch andere, vom Völkerbund mandatierte Mächte. Die Dauer des Mandats sollte von den Fortschritten abhängen, welche die Mündel



machten. Aber Wilson drückte sich verwirrend vage aus. Afrika brauchte sicherlich Kontrolle von aussen, aber was war mit den Territorien, die von den besiegten Reichen wegbrachen, wie der arabische Nahe Osten vom Osmanischen Reich und Armenien, Georgien und die anderen kaukasischen Republiken von Russland? Auch in Europa gab es Völker, die nicht imstande zu sein schienen, sich um sich selbst zu kümmern. Dazu erklärte Wilson lediglich, dass er Mandaten für europäische Völker nicht zustimmen könne.<sup>1</sup>

Die Idee, dass die Starken die Schwachen schützen sollten, war nicht neu. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten Imperialisten, und zwar in der Regel recht ernsthaft, viel von ihrer Mission hergemacht. Deutschland, urteilte der führende amerikanische Afrikaexperte streng, sei insofern eine Ausnahme gewesen, als es seine Pflicht nie richtig verstanden habe: «Der Eingeborene wurde allgemein als Mittel zum Zweck betrachtet, nie als Zweck an sich, und sein Wohl sowie dasjenige der Kolonie wurden vollständig den Interessen der Deutschen vor Ort und des fernen Deutschland untergeordnet.»<sup>2</sup>

Die Briten erkannten, dass es keinen Sinn hatte, die Amerikaner durch die Forderung zu verärgern, deutsche oder andere Territorien ihrem Reich einzuverleiben, und unterstützten daher die Mandatsidee.<sup>3</sup> Smuts hatte dies mit gewohnter Eloquenz dargelegt. Grosse Reiche würden liquidiert, hiess es in seiner Denkschrift zum Völkerbund, die Wilson so beeindruckt hatte; deshalb müsse der Völkerbund tätig werden: «Die durch die Auflösung des Zarenreichs, des Habsburgerreichs und des Osmanischen Reichs frei werdenden Völker sind zumeist politisch unerfahren; viele von ihnen sind entweder gar nicht oder nur unzulänglich zur Selbstregierung fähig; die meisten sind notleidend und werden auf dem Weg zu wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit viel Hilfe benötigen.» Während Europäer – Finnen beispielsweise oder Polen – fast sofort auf eigenen Füßen stehen könnten, würde es im Nahen Osten länger dauern. Die früheren deutschen Kolonien im Pazifik und in Afrika würden wahrscheinlich nie in der Lage sein, für sich selbst zu sorgen. Ihre Einwohner seien Barbaren, «auf die keinerlei Ideen von politischer Selbstbestimmung im europäischen Sinn anwendbar» seien. Am besten wäre es, wenn das Britische Empire sie direkt übernehme. Wenn die Amerikaner Einspruch erheben, könne man gnädig einlenken und im Gegenzug für diese Gebiete die Kontrolle unter

allgemeiner und minimaler Völkerbundaufsicht verlangen. Dies wiederum würde andere Nationen, insbesondere Frankreich, Smuts' Schreckgespenst, nötigen, für ihre Kolonien ähnliche Bedingungen zu akzeptieren.<sup>4</sup> Cecil, ebenso hochgesinnt wie Smuts, entdeckte darin einen praktischen Vorteil: dass nämlich britische Kaufleute und Investoren endlich Zugang zu den französischen und portugiesischen Kolonien in Afrika erhalten würden.<sup>5</sup>

Allein schon das Wort «Mandat» hatte einen erfreulichen, wohlmeinenden Klang. Als es auf der Friedenskonferenz aufkam, löste es allerdings einige Verwirrung aus. War es nur Kosmetik, wie die Zyniker dachten, und bedeutete nichts anderes als die gute alte Landnahme, oder markierte es einen Neuanfang in den internationalen Beziehungen? Würde der Völkerbund die Mandatsmächte die ihnen anvertrauten Territorien allein regieren lassen, oder würde er sich ständig einmischen? Als einem verwirrten chinesischen Delegierten eröffnet wurde, dass die früheren deutschen Gebiete in seinem Land einen neuen Herrscher erhalten würden, fragte er: «Wer ist Mandatar?»<sup>6</sup>

Die Franzosen standen der ganzen Idee ablehnend gegenüber. «Dass der Völkerbund den Frieden garantieren soll, gut und schön», bemerkte Clemenceau zu Poincaré, «aber der Völkerbund als Besitzer von Kolonien? Nein!»<sup>7</sup> Kolonien waren ein Kennzeichen der Macht, und sie besaßen etwas, was Frankreich dringend benötigte: Menschen. Es würde immer mehr Deutsche als Franzosen geben, aber mit Kolonien in Asien und Afrika konnten die Franzosen hoffen, ein Gleichgewicht mit den «fernen Brüdern», wie sie sie gern nannten, herstellen zu können.<sup>8</sup> Wenn Frankreich Völkerbundmandate erhielt, würde es dann kleinliche Beschränkungen für die Rekrutierung einheimischer Soldaten für den Dienst in Übersee geben? Leider schienen Amerikaner wie Briten in diese Richtung zu denken. Nach den von ihnen vorgeschlagenen Bedingungen für Mandate sollten die Mandatsmächte humanitäre Aufgaben erfüllen, etwa den Sklavenhandel unterbinden; eine militärische Ausbildung von Einheimischen sollte nur für Polizeikräfte und zur «Verteidigung des Gebietes» erlaubt sein.

Als die Mandatsfrage im Obersten Rat zur Sprache kam, gingen Clemenceau und Pichon zum Angriff über. Warum, fragten sie, sollte Frankreich Zeit und Geld für Mandatsgebiete aufbringen, wenn es keine Freiwilligen anwerben dürfe, um sie, wenn nötig, verteidigen zu können? Die Vereinigten Staaten und Grossbritannien hätten gut reden, schliesslich

seien sie durch ihre geographische Lage vor Deutschland sicher, aber Frankreich hätte den deutschen Angriff ohne seine Kolonialsoldaten nicht überlebt. Lloyd George versuchte einen Kompromiss zu finden: Die von den Franzosen beanstandete Klausel sei eigentlich gegen ein Verhalten gerichtet, wie es Deutschland an den Tag gelegt habe, als es grosse Kolonialarmeen aufstellte, um andere Kolonien anzugreifen. Den Franzosen stehe es völlig frei, sich selbst und alle unter ihrer Obhut stehenden Territorien zu verteidigen. Clemenceau war besänftigt: «Wenn diese Klausel bedeute, dass er das Recht habe, im Fall eines Krieges Truppen auszuheben, sei er zufrieden.» Lloyd George pflichtete ihm erfreut bei: «Solange Monsieur Clemenceau keine grossen Negerarmeen für eine Aggression ausbilde, sei dies alles, wovon die Klausel schützen solle.» Wilson erklärte, dass er mit Lloyd Georges Interpretation übereinstimme. Allerdings wusste niemand, was sie genau bedeutete. Durfte Frankreich nun Soldaten aus seinen Mandatsgebieten in einem europäischen Krieg einsetzen oder nicht? Einige Monate später, im Mai, versuchten die Franzosen in aller Stille eine Klärung herbeizuführen, indem sie eine Formulierung über die Verteidigung des Mutterlandes in die Mandatsklausel der endgültigen Fassung der Völkerbundakte einfügten, als diese bereits zur Drucklegung vorbereitet wurde. Der britische Sekretär der Friedenskonferenz Hankey, der die Änderung an einem späten Abend entdeckte, glaubte nicht, dass sie von den anderen Mächten abegesegnet war, wie die Franzosen behaupteten. Deshalb eilte er von einem zum anderen; als er bei Wilson anklopfte, lag dieser schon im Bett, und Lloyd George traf er beim Entkleiden an. «Wie ich vermutet hatte, war es ein ‚Versuchsballon‘.» Wilson war empört und sorgte dafür, dass Clemenceau den Zusatz wieder entfernte.<sup>9</sup>

Die Briten verfolgten die französischen Winkelzüge mit selbstgefälliger Indignation, hatten indes ihrerseits Probleme mit den Amerikanern. Genauer gesagt, wurden sie von Südafrika, Australien und Neuseeland, die wegen ihrer eigenen territorialen Ambitionen von Mandaten nichts hören wollten, zu einer Konfrontation gezwungen. So sah Lloyd George sich genötigt, ein Anliegen zu vertreten, von dem er wusste, dass die Vereinigten Staaten es ablehnen würden. Am 24. Januar erklärte er im Obersten Rat etwas halbherzig, Annexionen seien administrativ sinnvoll. Die übrigen Argumente vorzubringen, überliess er den Repräsentanten der Dominions.

Smuts und Botha erhoben im Namen Südafrikas Anspruch auf Deutsch-Südwestafrika. Beide hatten an dem kurzen, siegreichen Feldzug von 1913 teilgenommen; Botha hatte ihn sogar geplant. Sie verlangten, einen riesigen Landstreifen behalten zu dürfen, der so gross war wie Frankreich und England zusammen, aber allgemein als wertlos galt (seine reichen Rohstoffvorkommen harrten noch der Entdeckung). An der Atlantikküste erstreckte sich eine Wüste, und das übrige Gebiet war überwiegend Buschland, das sich hauptsächlich zur Beweidung eignete. Einige Tausend Deutsche, von denen Gerüchten zufolge viele vor Skandalen in der Heimat geflohen waren, hatten sich Burgennachbildungen, gemütliche deutsche Dörfer und in Gestalt von Windhoek eine nette kleine Hauptstadt errichtet. Der erste kaiserliche Kommissar, Ernst Göring (der Vater von Hermann Göring), hatte durch den Aufbau einer brutalen autoritären Verwaltung den Ton für die deutsche Herrschaft über eine wesentlich grössere afrikanische Bevölkerung vorgegeben.<sup>10</sup>

Smuts und Botha hoben die grausame Behandlung der Eingeborenen durch die Deutschen besonders hervor. Das weisse Südafrika dagegen, sagte Smuts, verstehe die Eingeborenen; es habe sich sogar bemüht, ihnen eine Art Selbstregierung zu geben. «Es habe auf einem wilden Kontinent eine weisse Zivilisation geschaffen und sei in ganz Südafrika zu einem grossen Kulturverbreiter geworden.» Für die Völker Südwestafrikas bestehe jetzt die Chance, an diesen Errungenschaften teilzuhaben. Das Gebiet sei allein schon geographisch mit Südafrika verbunden. Aus allen diesen Gründen sei es sinnvoll, aus zwei Ländern eines zu machen. Wilson hörte verständnisvoll zu. Er mochte beide Männer, besonders Smuts, und wagte, auch wenn er nicht bereit war nachzugeben, die Voraussage, ein südafrikanisches Mandat würde so erfolgreich sein, dass die Bewohner von Südwestafrika sich eines Tages frei dafür entscheiden würden, ihr Land mit Südafrika zu vereinen.<sup>11</sup>

Clemenceau forderte dann als Vorsitzender die «Kannibalen» – ein ständiger Witz zwischen ihm und Hughes – auf, den Standpunkt von Australien und Neuseeland darzulegen.<sup>12</sup> Mit einer grob verzerrten Karte wedelnd, auf der die Inseln verzeichnet waren, auf die er für Australien Anspruch erhob – Neuguinea und benachbarte Inseln wie das Bismarck-Archipel stiessen fast mit Australien zusammen –, forderte er die vollgültige Annexion. Er berief sich auf Verteidigungsnotwendigkeiten – die Inseln

seien «für Australien so lebensnotwendig wie Wasser für eine Stadt» – und verwies auf Australiens Beitrag zum Krieg, auf die 90.000 Opfer, die 60.000 Gefallenen und die Kriegsschulden in Höhe von 300 Millionen Pfund. «Australien wünsche nicht, mit dieser drückenden Last alleingelassen zu werden und sich weiter nicht sicher zu fühlen.»<sup>13</sup> Was er nicht so offen sagen konnte, war, dass der künftige Feind, an den er dabei dachte, Japan war. Die Australier hatten auch das Argument erwogen, dass die Eingeborenen sie mit offenen Armen empfangen hätten. Doch als man in Neuguinea genauer nachforschte, hatte man feststellen müssen, dass die Einwohner die deutschen Beamten vorzogen, die ihnen ihre Kopfjagd gelassen hatten.<sup>14</sup> Missionare hätten unbegrenzten Zugang, antwortete Hughes auf eine ernsthafte Frage Wilsons. «An vielen Tagen», fügte er hinzu, «bekommen die armen Teufel nicht einmal halb so viele Missionare zu essen, wie sie bräuchten.»<sup>15</sup>

Wilson, der insbesondere Hughes nicht leiden konnte, hörte mit offensichtlichem Missvergnügen zu, was die Franzosen amüsiert beobachteten. «Der arme kleine Hughes bläst sich auf vor Pseudowichtigkeit», schrieb ein Mitglied der australischen Delegation. «Natürlich wird er von den Franzosen, die es auf Kamerun, Togo und Syrien abgesehen haben, als Schachfigur benutzt.»<sup>16</sup>

Einige Tage später gab sich der französische Kolonialminister Henri Simon bei einem Auftritt im Obersten Rat ganz als Verfechter massvoller Forderungen. Frankreich, sagte er, wolle doch nur zwei kleine afrikanische Territorien haben, Togo, das sich entlang der französischen Kolonie Dahomey erstreckte, und das ebenfalls in Westafrika gelegene Kamerun, das Deutschland 1911 Frankreich abgepresst habe. (Dass Frankreich ausserdem ein exklusives Protektorat über Marokko verlangte, musste nicht unbedingt erwähnt werden.) Er bevorzuge die Annexion, erklärte Simon, sie sei effizienter und besser für die Eingeborenen. Ganz Frankreich habe den Wunsch, seine Tätigkeit als Verbreiter der Zivilisation im tropischen Afrika fortzusetzen.<sup>17</sup> Clemenceau, der sich keinen Deut um Kolonialbesitz scherte, nahm all dem die Spitze, indem er einwarf, er sei zu einem Kompromiss bereit.<sup>18</sup>

Wilson liess sich nicht beirren. «Wenn der Prozess der Annexion weiterginge», sagte er im Obersten Rat, «wäre der Völkerbund von Anfang an diskreditiert.» Sie dürften nicht in die alten Spiele zurückfallen und ohnmächtige Völker unter sich aufteilen. Wenn sie nicht aufpassten, würde

sich die Öffentlichkeit gegen sie wenden. In Europa, das bereits von Revolutionen erschüttert werde, würde zusätzlicher Aufruhr entstehen.<sup>19</sup> Er stehe nicht fürs «Beuteteilen», betonte er im privaten Gespräch.<sup>20</sup> Wenn nötig, und dies war seine Lieblingsdrohung, würde er die Sache an die Öffentlichkeit bringen.<sup>21</sup> Andererseits war er bemüht, die Mandatsfrage zu erledigen und weiterzukommen. Immerhin ging es um das Schicksal Europas, um die Zukunft Deutschlands, Österreich-Ungarns, Russlands.<sup>22</sup>

Hinter den Kulissen bemühte sich eine Reihe von Friedensmachern um die Beilegung der Konfrontation.<sup>23</sup> Die Kanadier, die ständig in der Furcht vor den Folgen von Spannungen zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten lebten, drängten Hughes und Massey, vernünftig zu sein. House, der sich von seiner Krankheit erholt hatte, sagte den Briten, dass sie nachgeben müssten. Smuts und Cecil arbeiteten einen Vorschlag aus, den House als Basis für eine Einigung ansah.<sup>24</sup> Danach würde es drei Arten von Mandaten geben: «A» für Völker wie jene im Nahen Osten, die nahezu imstande waren, sich selbst zu regieren; «B» für solche, die von Mandatsmächten verwaltet werden sollten, und «C» für Territorien, die an das Gebiet von Mandatsmächten grenzten oder in dessen Nähe lagen und von diesen, abgesehen von bestimmten Restriktionen beispielsweise für den Verkauf von Alkohol oder Feuerwaffen, als Teil des eigenen Territoriums verwaltet werden würden. Unter die «C»-Mandate fielen also passenderweise Südwafrika und jene Inseln, die Australien und Neuseeland für sich beanspruchten. Eine 999-jährige Pacht anstelle von richtigem Eigentum, stellte Hughes fest.<sup>25</sup> Er war jedoch nicht bereit, stillschweigend nachzugeben.

Als Lloyd George am 29. Januar die Einteilung in drei Mandatsarten erläuterte, von der er annahm, dass die Amerikaner ihr zustimmen würden, stellte Hughes, «wie ein Wiesel» kämpfend,<sup>26</sup> jeden einzelnen Punkt in Frage, bis Lloyd George aus der Haut fuhr und ihm erklärte, dass er drei Tage lang mit den Amerikanern gerungen habe, aber nicht beabsichtige, mit ihnen über die Salomon-Inseln zu streiten.<sup>27</sup>

Unglücklicherweise erschien die *Daily Mail*, die während der Friedenskonferenz eine Pariser Ausgabe herausbrachte, am nächsten Tag mit einem offensichtlich von Hughes angeregten Artikel, in dem Grossbritannien vorgeworfen wurde, vor den Vereinigten Staaten zu katzbuckeln. Um Wilsons weltfremder Ideale willen würden die Interessen des Britischen

Empires geopfert.<sup>28</sup> An jenem Vormittag kam es im Obersten Rat zu einem «erstklassigen Zusammenstoss».<sup>29</sup> Lloyd George war verärgert über Hughes, und Wilson, der auf Kritik stets empfindlich reagierte, war ausser sich vor Wut und unterzog den vorgeschlagenen Kompromiss einer ebenso weitschweifigen wie verworrenen Kritik. Man könne die Mandatsfrage, schloss er, auch verschieben, bis der Völkerbund zusammengetreten sei. Besonders grob fuhr er den australischen Ministerpräsidenten an. «Mr. Hughes», bemerkte Lloyd George, der befürchtete, keine Einigung mehr erzielen zu können, «wäre der Letzte gewesen, den ich auf diese Weise behandelt hätte.» Wilson fragte Hughes barsch, ob er richtig verstanden habe, «dass Australien, wenn die ganze zivilisierte Welt es bittet, einem Mandat für diese Inseln zuzustimmen, dem Appell der ganzen zivilisierten Welt zu trotzen gedenkt?». Hughes fingerte an seiner sperrigen Hörhilfe herum und gab vor, die Frage nicht verstanden zu haben, und als Wilson sie wiederholte, antwortete er: «Darauf läuft es hinaus, Präsident Wilson.» Massey brummte zustimmend.<sup>30</sup> In Wirklichkeit war Hughes nicht so unerbittlich, wie er klang. Die Reaktion auf den Artikel hatte ihn erschreckt, und in den nächsten Tagen ging er Lloyd George aus dem Weg.<sup>31</sup>

An diesem Punkt erhob sich der allgemein geschätzte Botha. Er finde den Zeitungsartikel abstossend, erklärte er. Als Gentlemen müssten sie ihre Meinungsverschiedenheiten unter sich klären. Er persönlich stehe rückhaltlos hinter den von Präsident Wilson vertretenen Idealen. Er hoffe, dass sie im Geist der Zusammenarbeit, und indem sie in kleineren Dingen nachgäben, versuchen würden, die Schwierigkeiten zu bewältigen und die grösseren Ideale möglicher zu machen. Wilson, der sich seines Ausbruchs schämte, war tief bewegt. Massey äusserte sich versöhnlich, während Hughes schwieg. Der Vorschlag über die drei Mandatsarten wurde gebilligt. Die heikle Frage, wer was bekommen sollte, stellte man zurück.<sup>32</sup>

Es war der schwierigste Augenblick einer aufreibenden Woche, in welcher der Oberste Rat über ein mögliches Verhandlungsangebot an die Bolschewisten, über Polen und seine Bedürfnisse, über die Grenzen der Tschechoslowakei und über die Friedensbedingungen für Deutschland beriet. Ausserdem hörte er sich die Chinesen an, die die deutschen Konzessionen in China aufheben wollten, die Japaner, die ihre Konzessionen behalten wollten, die Belgier, die ebenfalls Territorien in Afrika verlangten,

sowie die Rumänen und Jugoslawen, die in einen Gebietsstreit verwickelt waren. Am Freitagabend gestand Clemenceau seinem Helfer Mordacq, er sei am Ende seiner Kräfte. Ihm schwirre der Kopf von all den Problemen, über die sie gesprochen hätten. Er müsse sich entspannen. Die beiden gingen zusammen in die Opéra-Comique.<sup>33</sup>

In all diesen Diskussionen war viel die Rede davon, wie froh die Kolonien sein müssten, die deutsche Herrschaft loszuwerden. Doch obwohl es im fünften von Wilsons Vierzehn Punkten hiess, dass die Interessen der eingeborenen Bevölkerung zu berücksichtigen seien, machte sich niemand die Mühe, mit den Afrikanern oder den Bewohnern der pazifischen Inseln zu sprechen. Zwar war kein Samoaner oder Melanesier nach Paris gekommen, aber Afrikaner waren dort. Tatsächlich waren der aus dem Senegal stammende schwarze französische Abgeordnete Blaise Diagne und der grosse afroamerikanische Bürgerrechtler W.E.B. Du Bois dabei, einen panafrikanischen Kongress in Paris zu organisieren, der dann im Februar mit zähneknirschender Billigung der Friedensmacher stattfand. Aber keine der führenden Figuren der Friedenskonferenz nahm an ihm teil. Ein Mitglied der belgischen Delegation sprach begeistert über die Reformen, die im Kongo durchgeführt wurden, und ein ehemaliger portugiesischer Aussenminister pries die Art, wie sein Land seine Kolonien verwaltete. Die Handvoll Delegierten aus Französisch-Afrika demonstrierten den Erfolg der *mission civilisatrice*, indem sie die Leistungen der Dritten Republik würdigten. Der Kongress verabschiedete Resolutionen, in denen die Friedenskonferenz aufgefordert wurde, die ehemaligen deutschen Kolonien der direkten Kontrolle des Völkerbunds zu unterstellen. House empfing Du Bois wie gewohnt höflich, sagte aber kein Wort über die Resolutionen.<sup>34</sup>

Im Lauf der Monate schlossen die Mächte hinter den Kulissen in aller Stille Vereinbarungen. Manche waren blosse Bestätigungen von Absprachen aus der Kriegszeit. So erhielt Japan offiziell die vormals deutschen Inseln nördlich des Äquators, und auch Australien und Neuseeland wurden die geforderten Inseln zugesprochen. Letztere waren jedoch nur Partner, solange es darum ging, Wilson die Stirn zu bieten, und stritten sich anschliessend monatelang um Nauru, für das noch kein Mandat vergeben worden war. Die Insel war nur 20 Quadratkilometer gross, da sie überwie-



gend aus Ablagerungen von Vogelkot bestand, doch der stellte ein äusserst wertvolles Vorkommen von Phosphat dar, das man für die Düngemittelherstellung brauchte. Ohne Nauru, versicherten Hughes und Massey einhellig, würde die Landwirtschaft ihrer Länder zusammenbrechen.<sup>35</sup> Die Briten lösten das Problem, indem sie das Mandat für Nauru selbst übernahmen und den wenigen Tausend Einheimischen eine bescheidene Abgabe auferlegten. Als Nauru 1968 unabhängig wurde und das Phosphatgeschäft übernahm, hatten die Einwohner eines der höchsten Prokopfeinkommen der Welt und eine Heimat, die unter ihren Füßen verschwand.

Grossbritannien und Frankreich hatten schon während des Krieges eine Vorabsprache über die Aufteilung der deutschen Kolonien getroffen. Auf der Friedenskonferenz traf sich der britische Kolonialminister Lord Milner mit seinem französischen Kollegen Simon, um die Einzelheiten der Mandate für rund 13 Millionen Menschen festzulegen. Frankreich bekam Togo und den grösste Teil Kameruns, Grossbritannien einen schmalen Streifen von Kamerun an der Grenze zu seiner Kolonie Nigeria und fast ganz Deutsch-Ostafrika. Die Portugiesen beschwerten sich; sie wollten ihre Kolonie Mozambique um einen Teil von Deutsch-Ostafrika erweitern. Portugal, erklärte ein portugiesischer Delegierter Clemenceau, habe etwas verdient für seine «unvergesslichen Dienste an Menschheit und Zivilisation überall in Afrika, das seit dem 14. Jahrhundert mit seinem Blut getränkt» worden sei.<sup>36</sup> Ausserdem argwöhnten die Portugiesen zu Recht, dass ihre Alliierten vorhatten, Belgien einen Teil von Angola zu übergeben, um die Atlantikküste von Belgisch-Kongo zu verlängern. Am Ende blieben die portugiesischen Kolonien unangetastet, und Portugal konnte Mozambique um einen winzigen Landstreifen vergrössern.<sup>37</sup>

Die Belgier liessen sich nicht so leicht abspeisen. Am 2. Mai beschwerten sie sich beim Rat der Vier, dass man sie bei der Mandatsvergabe übergangen habe, und verlangten einen Teil Deutsch-Ostafrikas. «Eine höchst unverschämte Forderung», bemerkte Lloyd George. «Während Millionen britischer Soldaten für Belgien kämpften, wurden nur ein paar schwarze Einheiten nach Deutsch-Ostafrika hineingeschickt.»<sup>38</sup> Das war unfair. Die unter belgischem Kommando stehenden Truppen aus dem Kongo hatte eine wichtige Rolle bei der Zurückdrängung der Deutschen in Ostafrika gespielt. Bei Kriegsende hielten belgische Truppen rund ein Drittel des Landes besetzt. Die belgische Regierung hatte kein Interesse daran, das

Territorium zu behalten; vielmehr wollte sie es als Verhandlungsmasse für portugiesische Gebiete am Atlantik einsetzen. Die Briten, die Portugal vergeblich zu überreden versuchten mitzuspielen, gerieten in eine unangenehme Lage. Belgien würde seine Gewinne nicht ohne eine Gegenleistung aufgeben. Unglücklicherweise schloss das besetzte Gebiet die, wie es schien, beste Route für die Nord-Süd-Eisenbahnverbindung von Kairo zum Kap ein, von deren Bau britische Imperialisten schon seit Langem träumten.<sup>39</sup> Es machte Sinn, auch wenn es ungerecht war, den belgischen Anteil an dem Feldzug herunterzuspielen, wie es die Briten vehement taten.<sup>40</sup>

Am 7. Mai, kurz nachdem man den Deutschen ihre Friedensbedingungen übergeben hatte, trafen sich Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Orlando in einem Raum in Versailles und einigten sich auf die endgültige Mandatsverteilung. Als an die Presse durchsickerte, dass Belgien leer ausgehen sollte, waren die Belgier empört, zumal sie sich bereits in Bezug auf das, was sie von Deutschland bekommen sollten, über den Tisch gezogen fühlten.<sup>41</sup> Am Ende kam Grossbritannien zu der Einsicht, dass es auf etwas Territorium verzichten könne (und dass es andere Routen für die transkontinentale Eisenbahnstrecke gebe), und so wurden zwei an den Kongo grenzende ostafrikanische Provinzen – Ruanda und Burundi – Belgien zugesprochen.

Als der Völkerbund 1920 schliesslich seine Tätigkeit aufnahm, bestätigte er lediglich, was seit Langem beschlossen war. In der Zwischenkriegszeit unterschieden sich die Mandate in Afrika und im Pazifik, wie Hughes vorausgesagt hatte, kaum von direkt annektierten Gebieten. Die Mandatsmächte legten dem Völkerbund jährliche Berichte vor, handelten ansonsten aber nach eigenem Gutdünken. Am Ende des Zweiten Weltkriegs übernahmen die Vereinten Nationen die Mandate und entliessen sie, während die Kolonialreiche zerbrachen, nach und nach in die Unabhängigkeit. Bis auf eine Ausnahme: Südafrika weigerte sich, Südwestafrika aufzugeben. Erst 1990 erkannte es seinen neuen Nachbarn, den unabhängigen Staat Namibia, an. Mit der Unabhängigkeit von Palau, das 1919 Japan und 1945 den Vereinigten Staaten unterstellt worden war, endete 1994 das letzte Mandat. Die 99-jährige Pacht hatte ein frühes Ende gefunden.

# TEIL III

## Wieder der Balkan

## Jugoslawien

Im Hôtel de Beau-Site herrschte in diesen langen Wochen alles andere als eine fröhliche Stimmung. Die Delegation mit ihren fast hundert Mitgliedern umfasste alle Arten von Südslawen, von Serben und Kroaten über Slowenen und Bosnier bis zu Montenegrinern, unter ihnen Professoren, Soldaten, frühere Abgeordnete des Parlaments in Wien, Diplomaten aus Belgrad, Rechtsanwälte aus Dalmatien, Radikale, Monarchisten, Orthodoxe, Katholiken und Moslems. Viele Mitglieder kannten einander nicht; tatsächlich hatten sie als Bürger Serbiens oder Österreich-Ungarns im Krieg auf verschiedenen Seiten gestanden. Die Delegation spiegelte die grossen Trennlinien wider, die den Balkan spalteten: die Nordsüdlinie zwischen Katholiken im Westen und Orthodoxen im Osten und die Ostwestlinie zwischen Christen im Norden und Moslems im Süden. Den Delegierten von der Adriaseite, hauptsächlich Slowenen und Kroaten, ging es um Schutz vor Italien und den Besitz der Häfen und Eisenbahnstrecken, die früher zu Österreich-Ungarn gehört hatten; Grenzänderungen im Osten kümmerten sie wenig. Die Serben dagegen waren bereit, Dalmatien oder Istrien zu opfern, wenn sie dafür mehr Land im Norden und Osten erhielten.

Es war nicht einmal klar, wie die Delegation und das neue Land, das sie vertrat, heissen sollten. Das aus Serbien und den südlichen Teilen des verbliebenen Österreich-Ungarn gebildete Land erhielt schliesslich den Namen Jugoslawien, Staat der Südslawen. Im Gegensatz zu dem, was später viele annahmen, wurde Jugoslawien nicht durch die Friedenskonferenz geschaffen; als sie zusammentrat, gab es das neue Land bereits. Siebzig Jahre später waren die Grossmächte ebenso wenig in der Lage, sein Auseinanderfallen zu verhindern. Aber die Friedensmacher in Paris konnten dem neuen Staat Territorien vorenthalten und ihn womöglich sogar zerstören. Sie waren vor den ehrgeizigen Nationen auf dem Balkan auf der Hut. Nach Wilsons Ansicht wäre es verkehrt gewesen, dem südslawischen Staat eine Kriegsmarine zu geben. «Es wird eine ungestüme Nation», pro-

phezeite er, «denn es ist ein ungestümes Volk, das keine Marine besitzen sollte, mit der es Amok laufen könnte.»<sup>1</sup>

Im Februar 1919 hatten die Friedensmacher sich noch nicht entschieden, ob sie gute oder böse Feen sein wollten. Bis auf einen: Die italienische Regierung hätte sich gewünscht, den gerade erst aus der Taufe gehobenen Staat gleichsam in der Wiege zu erdrosseln. Italienische Nationalisten erklärten Jugoslawien umgehend als Nachfolger des verschwundenen Österreich-Ungarn zu ihrem Hauptfeind. «Zu unserem Missvergnügen», erklärte der italienische Ministerpräsident Orlando, «wird Jugoslawien den Platz Österreich-Ungarns einnehmen, und alles wird so unbefriedigend sein wie zuvor.»<sup>2</sup> Grossbritannien und Frankreich schlossen sich, wenn auch zögernd, Italien an und weigerten sich, den neuen Staat anzuerkennen. Die Vereinigten Staaten, die für Italien und die italienischen Ambitionen auf dem Balkan nicht viel übrig hatten, erkannten Jugoslawien indes im Februar an. Grossbritannien und Frankreich folgten im Juni, zum Teil als Reaktion auf die italienische Unnachgiebigkeit, die zu diesem Zeitpunkt die Friedenskonferenz zu sprengen drohte.<sup>3</sup>

Leiter der jugoslawischen Delegation war der langjährige serbische Ministerpräsident Nikola Pasic. Mit seinen klaren blauen Augen und seinem langen weissen Bart sah der Mittsiebziger wie ein gutmütiger Mönch aus. Sein Privatleben war vorbildlich: Er war tief religiös und führte ein einfaches Leben, obwohl er eine reiche Frau geheiratet hatte.<sup>4</sup> Abends sang er gern mit seiner Frau und seinen Töchtern zusammen alte serbische Volkslieder.<sup>5</sup> Wenn er eine Rede hielt, was er selten tat, sprach er langsam und bedächtig. Französisch und Deutsch konnte er kaum und Englisch überhaupt nicht. Vielleicht war dies der Grund, weshalb er im Ruf grosser Klugheit stand. Lloyd George hielt ihn für «einen der gewieftesten und hartgesottensten Staatsmänner Südosteuropas».<sup>6</sup> Wie ein anderer Serbenführer in den 1990er Jahren war Pasic ein durchtriebener, gefährlicher alter Mann, der zwei Dinge liebte: die Macht und Serbien. Nur wenige seiner Kollegen trauten ihm; auf dem Lande, wo die meisten Serben lebten, wurde er jedoch bewundert.<sup>7</sup>

Bei ihrer ersten Begegnung wollte Lloyd George von Pasic wissen, ob Serben und Kroaten dieselbe Sprache hatten.<sup>8</sup> Viele in Paris fanden den Balkan verwirrend. Nur eine Handvoll Spezialisten hatten es sich zur Aufgabe gemacht, diese Region zu studieren. Die meisten Menschen wussten

jedoch, dass der Balkan für Europa gefährlich war; immerhin hatte er jahrzehntelang, während das Osmanische Reich zerfiel und Russland und Österreich-Ungarn sich um die Kontrolle stritten, für Unruhe gesorgt. Ausserdem war dort der Funke geschlagen worden, der den Ersten Weltkrieg auslöste, als serbische Nationalisten in Sarajevo den österreichischen Thronfolger ermordeten.

Als Pasic geboren wurde, war Serbien bereits frei gewesen und wurde von einem eigenen Fürsten regiert, aber er war in einer Welt aufgewachsen, die von der langen osmanischen Herrschaft geprägt war. Von Rumänien bis nach Griechenland hatten die Osmanen ihre Küche und Gebräuche, ihre Bürokratie und Korruption und in gewissem Umfang auch ihren Islam hinterlassen. Der «Balkan» war nicht nur zum Namen eines geographischen Gebiets, sondern auch zur Bezeichnung eines Geisteszustands und einer von regelmässigen Kriegen, Invasionen und Eroberungen geprägten Geschichte geworden. Ihre Vergangenheit hatte die Balkanvölker die Wahrheit des Sprichworts gelehrt, dass man die Hand, die man nicht abschlagen kann, küssen soll.<sup>9</sup> Neben den Kriegern bewunderte man auch Männer wie Pasic, die niemandem trauten, ihre wahren Absichten verbargen und nie einen Rat annahmen.<sup>10</sup>

Zu den Balkanvölkern gehörten neben Serben, Kroaten, Slowenen, Albanern, Bulgaren und Mazedoniern auch die Griechen (die sich selbst lieber als Mittelmeerbewohner betrachteten) sowie, je nach Definition, Rumänen (die lieber auf ihre römische Herkunft verwiesen) und eine Reihe von Minderheiten, die von den Gezeiten der Geschichte zurückgelassen worden waren. Die jüdischen Händler von Sarajevo, die italienischen Kolonisten an der dalmatinischen Küste, albanische Patriarchen, die Nachkommen deutscher Siedler im Norden und der Türken im Süden bildeten ebenfalls Facetten der Realität des Balkans.

Im Zentrum der Region lag Serbien. In Pasic's Kindheit bot es ein einfaches Leben. Das kleine Fürstentum war noch nicht durch Eisenbahnen und Telegraphen mit der weiten Welt verbunden. Abgesehen von der Hauptstadt Belgrad mit ihren 20.000 Einwohnern waren seine Städte nicht mehr als grosse Dörfer. Die Menschen lebten, wie sie es immer getan hatten, von Landwirtschaft und Handel. Pasic gehörte zu den wenigen aus seiner Generation, die zum Studium ins Ausland gingen, in seinem Fall nach Zürich.<sup>11</sup> Sein kleines Land hatte jedoch grosse Träume, die er teilte: von einem Grossserbien, das von der Adria bis zum Schwarzen Meer reich-

te und quer zu den grossen Landrouten von Mitteleuropa zur Ägäis lag. Im Zuge des Aufschwungs des Nationalismus im 19. Jahrhundert durchstöberten serbische Historiker die Vergangenheit, um die serbischen Ansprüche zu untermauern und alle Serben hinter der nationalen Sache zu versammeln. «Wir nahmen die Kinder», erklärte ein serbischer Lehrer während des Krieges einer ausländischen Helferin in Mazedonien, als das Land noch unter osmanischer Herrschaft stand. «Wir brachten ihnen bei, dass sie Serben seien. Wir unterrichteten sie in ihrer Geschichte.»<sup>12</sup> Überall auf dem Balkan arbeiteten Lehrer, Künstler und Historiker daran, Erinnerungen wiederzubeleben, nationale Mythen aufzupolieren und ein neues Bewusstsein zu verbreiten.

Das Problem war nur, dass nicht nur Serben wachgerüttelt wurden. Es gab viele wirkungsmächtige Erinnerungen auf dem Balkan. Wie Churchill bemerkte, produzierte der Balkan mehr Geschichte, als er verdauen konnte.<sup>13</sup> Während die blinden serbischen Sänger vom grossen Königreich des Stefan Dusan im 14. Jahrhundert kündeten, das sich von der Donau bis zur Ägäis erstreckte, besangen die Bulgaren das 10. Jahrhundert, als das Reich Simeons des Grossen ungefähr das gleiche Gebiet umfasste. Die grandiosesten Erinnerungen hegten die Griechen, indem sie in die Antike zurückschauten, als das griechische Einflussgebiet im Osten bis nach Kleinasien und ans Schwarze Meer und im Westen bis nach Italien und ins westliche Mittelmeer reichte. Noch der kurzzeitige Besitz eines Landstreifens vor Hunderten von Jahren konnte einen Anspruch in der Gegenwart rechtfertigen. «Da hätten wir ebensolch gutes Recht auf Calais», sagte die zitierte Reisende zu einem nationalistischen Schuldirektor, der daraufhin erwiderte: «Warum nehmt ihr es nicht. Ihr habt doch eine Flotte!»<sup>14</sup>

Pasic war einer der Gründungsväter der Radikalen Volkspartei Serbiens, die sich die Befreiung und Einheit aller Serben, einschliesslich derjenigen in Österreich-Ungarn, auf die Fahnen geschrieben hatte. Wie viele serbische Nationalisten kümmerten ihn die Kroaten und Slowenen wenig; sie waren Katholiken und orientierten sich nach Westen, während die Serben Orthodoxe waren.<sup>15</sup> Wenn Kroatien und Slowenien sich Serbien anschliessen sollten, dann unter serbischen Bedingungen und serbischer Führung.

Eine nach der anderen hatten sich die Balkannationen in kleinen Kriegen, die aus der Perspektive von 1919 einfach und überschaubar erschie-

nen, aus der lethargischen Umarmung der Türkei befreit. Vom europäischen Teil des Osmanischen Reichs, das einst fast bis nach Wien gereicht hatte, waren 1914 nur noch ein Brückenkopf in Thrakien und die grosse Hauptstadt Konstantinopel, das heutige Istanbul, übrig. Die neuen Länder erwarben die Kennzeichen der Staatlichkeit: Zeitungen, Eisenbahnen, Universitäten, Kunst- und Wissenschaftsakademien, Hymnen, Briefmarken, Armeen und Könige, von denen die meisten aus Deutschland stammten.

Pasic gelang es, in der turbulenten Welt der serbischen Politik zu überleben, was an sich schon eine Leistung war. Todesstrafen, Exil, Verschwörungen, Attentate, Autounfälle: er Überstand sie alle. Die englische Schriftstellerin Rebecca West tat das vermutlich wahre Gerücht, er hätte vom Mordkomplott gegen den österreichischen Erzherzog in Sarajevo gewusst, leichthin als Unsinn ab. «Politiker bäuerlicher Herkunft, die ganz in der Balkantradition aufgewachsen sind, wie der serbische Ministerpräsident Pasic», stellte sie fest, «konnten angesichts des Verdachts der Komplizenschaft bei der Ermordung eines nationalen Feindes nicht die gleiche Verlegenheit empfinden, wie sie seine englischen Zeitgenossen, sagen wir Mr. Balfour oder Mr. Asquith, verspürt hätten.»<sup>16</sup>

Als 1919 die Entscheidung anstand, wer die jugoslawische Delegation in Paris leiten sollte, bestand Alexander, der als Regent anstelle seines senilen Vaters regierte, auf Pasic, vielleicht, um ihn von Belgrad fernzuhalten.<sup>17</sup> Zu seinem beträchtlichen Ärger musste Pasic den Vorsitz mit einem Kroaten teilen, Ante Trumbic, dem neuen Aussenminister. Zwischen Serben und Kroaten kam es nur zu leicht zu Reibereien. «Für die Serben ist alles einfach», bemerkte ein serbischer Politiker einmal zu einem britischen Besucher, «während für die Kroaten alles schwierig ist.»<sup>18</sup> Trumbic war sehr kroatisch. Er stammte von der kosmopolitischen dalmatinischen Küste, sprach fließend Italienisch und liebte die italienische Kultur. Während Pasic von der Zerstörung Österreich-Ungarns geträumt hatte, hatte Trumbic in dessen Parlament gesessen, wo er eine Vorliebe für Präzedenzfälle, Wortklauberei und Begründungen dafür, warum etwas nicht getan werden könne, entwickelt hatte.<sup>19</sup> Obwohl er einen grossen Teil seines Lebens der Schaffung eines jugoslawischen Staates unter Einschluss Serbiens gewidmet hatte, betrachtete er die Serben als Barbaren, die von der langen osmanischen Herrschaft tiefe Narben zurückbehalten hatten. «Sie



wollen, hoffe ich», sagte er zu einem französischen Schriftsteller, «Kroaten, Slowenen, Dalmatiner, die durch eine jahrhundertlange kulturelle, moralische und geistige Gemeinschaft mit Österreich, Italien und Ungarn zu reinen Abendländern geworden sind, nicht mit diesen halbzivilisierten Serben, den Balkanhybriden von Slawen und Türken, vergleichen.»<sup>20</sup>

1914 gelangte Trumbic zu der Auffassung, dass die Zukunft seines Volks ausserhalb Österreich-Ungarns lag. Im folgenden Jahr bildete er gemeinsam mit einem Journalisten und einem jungen Bildhauer in London das Jugoslawische Komitee, das sich für die Schaffung einer Föderation der Südslawen unter Einbeziehung Serbiens einsetzte. Damals schien es nur ein weiteres der vielen selbsternannten, von vornherein zum Scheitern verurteilten Komitees zu sein, die in den europäischen Hauptstädten aus dem Boden schossen. Keine der Grossmächte dachte daran, Österreich-Ungarn zu zerschlagen (und dabei blieb es bis 1918). Die Serben hatten kein Interesse an einer Föderation, nur an einem Grossserbien. Wenn die Alliierten überhaupt einmal an die südslawischen Lande Österreich-Ungarns dachten, dann als Verhandlungsmasse. 1915 versprachen Grossbritannien, Frankreich und Russland Italien im Geheimvertrag von London einen grossen Teil Sloweniens sowie den Nordteil der dalmatinischen Küste. Serbien, so gab man zu verstehen, würde den Rest Dalmatiens sowie Bosnien-Herzegowina und vielleicht sogar einen Teil Kroatiens erhalten.<sup>21</sup>

Trumbic und seine Anhänger, unter ihnen die wohlhabenden kroatischen und slowenischen Gemeinden in Nordamerika, beklagten sich bitter darüber, dass Pasic und die Serben sich weigerten, ein Bündnis unter Gleichen einzugehen. Trumbic selbst war derart verzweifelt, dass er davon sprach, alles aufzugeben und Taxifahrer in Buenos Aires zu werden.<sup>22</sup> In London hatte das jugoslawische Projekt jedoch eine kleine, aber mächtige Unterstützerguppe gewonnen, zu der unter anderen der unabhängige und reiche Gelehrte und Sprachwissenschaftler Robert Seton-Watson und Henry Wickham Steed gehörten, der vor dem Krieg Wiener Korrespondent der *Times* gewesen war. Beiden war Österreich-Ungarn ein Dorn im Auge; nach ihrer Ansicht war es eine korrupte, unfähige Anomalie, und sie machten es sich zur Aufgabe, es aus seinem Elend zu erlösen.

Kroatien und Slowenien blieben wie auch Bosnien während des Krieges bei Österreich-Ungarn, und viele Soldaten aus diesen Ländern kämpften

bis zum Ende loyal für das alte Reich. In den Reihen der österreichischen Armeen, die Belgrad in Trümmer legten, die serbische Armee besiegten und die serbische Regierung ins Exil trieben, die Serbien besetzten und die Zivilbevölkerung drangsalierten, fanden sich sowohl Kroaten und Slowenen als auch Bosnier und sogar Serben. Welchen Anteil Serben auch am Attentat von Sarajevo gehabt haben mögen, sie zahlten einen hohen Preis dafür: Mehr als 200.000 von ihnen verloren im Krieg ihr Leben, und dies bei einer Bevölkerung von kaum mehr als drei Millionen. Wie viel Trumbic und sein Komitee in London auch von südslawischer Einheit reden mochten, bei Kriegsende war kaum zu erwarten, dass sich Menschen, die vor kurzem noch Feinde gewesen waren, über Nacht als Brüder und Schwestern ansehen würden. Aber welche Alternative hatten sie?

Als Österreich von einer militärischen Katastrophe in die nächste taumelte, wandten sich die Südslawen im Habsburgerreich, viele von ihnen nur widerstrebend, dem Ziel der Unabhängigkeit zu. Die Serben, durch die eigene Niederlage und den Zusammenbruch ihres grossen Beschützers Russland vorübergehend in gedrückter Stimmung, waren für die Idee eines jugoslawischen Staats empfänglicher. Im Juli 1917 einigte sich Pasic in seinem Exil auf Korfu mit Trumbic darauf, Serbien, Kroatien und Slowenien zu Jugoslawien, mit dem serbischen König als Herrscher, zu vereinen. Unglücklicherweise schoben sie die Diskussion über die Verfassung des neuen Staats auf die lange Bank, so dass die Frage, ob er eine Föderation (wie von den Kroaten und Slowenen gewünscht) oder ein Einheitsstaat (wie Pasic ihn anstrebte) sein sollte, nicht entschieden wurde. Trumbic dürfte allerdings kaum Illusionen darüber gehabt haben, wie die Serben sich die Vereinigung der südslawischen Völker vorstellten. Ein serbischer Regierungsvertreter hatte ihm ganz offen erklärt, mit den bosnischen Moslems würde man rasch fertig werden. Die serbische Armee würde ihnen 24, vielleicht auch 48 Stunden Zeit geben, um zum orthodoxen Glauben zurückzukehren. «Wer sich weigert, wird getötet, wie wir es seinerzeit in Serbien getan haben.» Trumbic schluckte. «Das meinen Sie nicht ernst», stiess er hervor. «Todernst», erwiderte der Serbe.<sup>23</sup>

In den Monaten nach der Veröffentlichung der Deklaration von Korfu gab Pasic die Idee einer echten Union in aller Stille auf und bemühte sich hinter den Kulissen, die Alliierten davon abzuhalten, Trumbic und das jugoslawische Komitee als Stimme der zu Österreich-Ungarn gehörenden

Südslawen anzuerkennen.<sup>24</sup> Im Oktober 1918, gerade als der Krieg zu Ende ging, traf er sich in London mit Steed, der immer noch glaubte, dass er die Überreste Österreich-Ungarns zu einem netten, vernünftigen Gefüge ordnen konnte. Pasic liess sich indes nicht steuern. Serbien, erklärte er, habe die Südslawen von Österreich-Ungarn befreit, die Deklaration von Korfu habe lediglich propagandistischen Zwecken gedient, und ein wie immer gearteter neuer Staat würde nur unter serbischer Führung zustande kommen. Kroaten und Slowenen, denen dies nicht gefalle, stehe es frei, woanders hinzugehen. Er allein sei berechtigt, zu bestimmen, welche Politik verfolgt werden solle, betonte er, und seine Angestellten hätten Befehlen zu gehorchen. Steed hielt ihm wütend vor, dass er sich wie ein Sultan aufspiele. Die beiden sprachen nie wieder ein Wort miteinander.<sup>25</sup>

Abgesehen von selbsternannten Experten wie Steed hatten nur wenige auf alliierter Seite über die Zukunft Mitteleuropas nachgedacht, von derjenigen des Balkans ganz zu schweigen. Die plötzliche Auflösung des Habsburgerreichs in den letzten Kriegswochen warf weitreichende Fragen auf. Würde ein Rumpfstaat aus Österreich und Ungarn, vielleicht unter einem anderen Habsburger, übrig bleiben? Kroatien könnte vielleicht ein neues Königreich unter einem englischen Prinzen werden. Eine praktische Frage war, wem die Eisenbahnen und Häfen gehören sollten. Und was war mit der österreichisch-ungarischen Flotte? Der junge Kaiser Karl übereignete sie durch eine seiner letzten Regierungshandlungen seinen rasch von ihm abfallenden südslawischen Untertanen. Die Grossmächte willigten, möglicherweise, weil der Balkan schon so viele Probleme bereitet hatte, stillschweigend darin ein, dass die vor 1914 so mühselig festgelegten Grenzen nicht angerührt werden sollten.

Schon lange vor der Friedenskonferenz nahmen die Südslawen die Dinge selbst in die Hand. Am 29. Oktober 1918 erklärte in der kroatischen Hauptstadt Zagreb ein Nationalrat aus Kroaten, Serben und Slowenen die Unabhängigkeit von Österreich-Ungarn. Der nächste Schritt war nicht klar. Viele hofften weiterhin auf einen eigenen, separaten südslawischen Staat, während die meisten Serben einfach für den Anschluss an Serbien waren. Trumbic und seine Anhänger bevorzugten eine Föderation, aber ein grosser Teil der Kroaten wollte ein unabhängiges Kroatien. Zu diesem

Zeitpunkt schien alles möglich zu sein, doch in Wirklichkeit schlossen Serbien und die Umstände die meisten Optionen aus.

Auf alliierter Druck hin bildete Pasic zwar in der zweiten Novemberwoche in Zagreb eine Koalitionsregierung mit Trumbic und Vertretern des Jugoslawischen Komitees, aber er sorgte dafür, dass sie zu einer Totgeburt wurde. «Der alte Mann», berichtete Seton-Watson, «ändert alle paar Stunden seine Meinung, und man kann keine fünf Minuten auf sein Ehrenwort oder sonst etwas vertrauen.» Unterdessen drang die serbische Armee als alliierte Streitmacht auf österreichisches Territorium vor, zuerst im Norden und Süden und dann im November auch nach Kroatien und Slowenien. Die nominell für das Gebiet zuständigen französischen Behörden schauten wohlwollend zu. Frankreich hatte nichts gegen ein starkes Jugoslawien, das als Puffer gegenüber Italien dienen konnte. Als die jugoslawischen Freiwilligen, rund 80.000 Soldaten aus Österreich-Ungarn, die jetzt auf alliierter Seite kämpften, von den Alliierten die Anerkennung als Besatzungstruppe zu erreichen versuchten, sorgte Pasic zum Ärger Trumbics dafür, dass sie ihnen verwehrt wurde.<sup>26</sup> Mit serbischer Unterstützung beschlossen selbsternannte Volksversammlungen im Banat und in Bosnien-Herzegowina den Zusammenschluss mit Serbien,<sup>27</sup> und auch im von serbischen Truppen besetzten Montenegro stimmte eine Nationalversammlung, in der offenbar ausschliesslich Abgeordnete mit den richtigen Ansichten sassen, umgehend dafür, den eigenen König abzusetzen und sich mit Serbien zu vereinigen.

Der Nationalrat in Zagreb geriet in Panik. Er verfügte über keine eigenen Streitkräfte, und darüber hinaus brach die öffentliche Ordnung zusammen, als Bauern die Grundherren angriffen und Banden von Plünderern Geschäfte und Fabriken ausraubten. An der Adria besetzten italienische Truppen die grossen Häfen. Auf den Strassen von Zagreb tauchten Demonstranten auf, die die sofortige Vereinigung mit Serbien forderten. Am 25. November beschloss der Nationalrat hastig ein entsprechendes Ersuchen. Grundlegende Details wie eine Verfassung sollten später geklärt werden. Ein führender kroatischer Nationalist warnte vergebens davor, «wie betrunkene Gänse im Nebel» nach Belgrad zu watscheln.<sup>28</sup> Die Grossmächte, dachten viele, würden sie schon beschützen. Ein amerikanischer Militär berichtete Anfang 1919 aus Slowenien: «Regierung und Bevölkerung zeigen ein geradezu rührendes Vertrauen in die Vereinigten Staaten

als ihren Vorkämpfer in Paris. Sie verweisen ständig auf Präsident Wilson und seine Doktrin und glauben, dass ihre nationalen Ansprüche und ihre nationale Sicherheit, wie diejenige anderer kleiner Staaten, nur erreicht werden können, wenn diese Doktrin anerkannt und zur Grundlage der Friedensregelungen gemacht wird.»<sup>29</sup>

Am 1. Dezember 1918 proklamierte Prinz Alexander von Serbien das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Der Name war problematisch, denn Nichtserben zogen im Allgemeinen die Bezeichnung Jugoslawien vor, weil sie eine echte Union von Gleichen implizierte. Serben wollten dagegen einen Staatsnamen, der die zentrale Rolle Serbiens unterstrich. Es war eine schwierige Gemeinschaft von Völkern, die durch eine lange Geschichte, Religion, kulturelle Einflüsse und in jüngster Zeit durch den Krieg getrennt waren. Genügten die Betonung einer gemeinsamen Volkszugehörigkeit und ähnliche Sprachen, um dem Konstrukt Dauer zu verleihen? Aussenstehende Beobachter bezweifelten es. Im Frühjahr 1919 schrieb ein amerikanischer Militär: «Regierungsvertreter heben zwar ständig (nur zu sehr) hervor, dass Serben und Kroaten ein Volk seien, aber das ist absurd. Die Serben sind Wehrbauern, die Kroaten im Grunde passive Intellektuelle. Der Staatsanwalt, von dem man eine gewisse geistige Robustheit erwarten darf, hat mir rundheraus erklärt, dass die Kroaten den Kampf gegen ihre ungarischen Unterdrücker vor langer Zeit aufgegeben und sich den Künsten zugewandt haben.» Ausserdem werde die serbische Armee in kroatischen Gebieten immer unbeliebter.<sup>30</sup>

Es verbesserte die Situation auch nicht, dass viele Serben meinten, die Staatsgründung habe einfach nur das serbische Territorium vergrössert, und Kroaten, Slowenen und bosnische Moslems im Verdacht hatten, nicht genug für ihre Befreiung von der österreichisch-ungarischen Herrschaft gekämpft zu haben. Obwohl Serben weniger als die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, stellten sie die Führung des neuen Staats. Die serbische Armee wurde dessen Armee, und in der Regierung und im Staatsapparat besetzten Serben fast alle wichtigen Posten. Belgrad blieb die Hauptstadt, und der serbische König wurde das Staatsoberhaupt. Nach dem Tod seines Vaters legte Alexander am 28. Juni 1921, dem Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld, dem bedeutendsten Datum der serbischen Geschichte, den Eid auf die Verfassung ab.<sup>31</sup> Es war ein Beginn, von dem sich Jugoslawien nie erholen sollte.

Schon in seiner ersten Sitzung in Paris musste sich der Oberste Rat mit den Folgen des plötzlichen Erscheinens von Jugoslawien befassen. Sollte Montenegro als eigenständiger Staat behandelt werden oder nicht? Die hastige Abstimmung zugunsten der Vereinigung mit Serbien und der Absetzung der Königsfamilie hatte eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen «Grünen», die überwiegend monarchistisch waren und die Vereinigung mit Serbien ablehnten, und «Weissen», die sie anstrebten, nach sich gezogen. (Die Farben und Spaltungen sollten nach dem Zerfall von Titos Jugoslawien im Jahr 1991 wieder auftauchen.) Sonnino sprach sich im Namen Italiens gegen eine separate Vertretung aus; Serben und Montenegriener, erklärte er, seien buchstäblich gleich. Italien wollte offensichtlich nicht, dass Jugoslawien noch mehr Gewicht bekam, als es bereits besass.<sup>32</sup> Zudem war Italien ganz zufrieden damit, dass Serbien Montenegro schlucken wollte, denn es hoffte, dass ihm der Bissen im Hals steckenbleiben würde.<sup>33</sup> Lloyd George und Wilson waren dafür, beide Seiten anzuhören. Insbesondere Wilson machte sich Sorgen über das Selbstbestimmungsrecht Montenegros: «Das Verhalten Serbiens habe ihn ein Stück weit gegen das Land eingenommen. Es sei absolut gegen alle Grundsätze, dass die Selbstregierung durch Zwang herbeigeführt werde.» Die Schwierigkeit, darin waren sich alle Anwesenden einig, bestand darin, unter den gegebenen Umständen jemanden zu finden, der für die Montenegriener sprechen konnte. Sollten die Alliierten den König anerkennen? «Wir bezahlen ihn», stellte Balfour bissig fest. (Grossbritannien und Frankreich hatten König Nikola während des Krieges unterstützt und waren noch nicht bereit, ihm ihre Anerkennung zu entziehen.) Wilson wandte ein, dass der König nur für sich selbst und nicht für Montenegro sprechen könne.<sup>34</sup>

Die Friedensmacher erwarteten noch weit grössere Probleme, aber Montenegro hatte etwas Faszinierendes an sich. Das Land, ein Fleck auf der Landkarte zwischen Kroatien und Albanien, der so klein war, dass nur wenige ihn überhaupt fanden, war absurd und heroisch, entlegen und wunderschön zugleich. Bei allen anderen Europäern warf es die Frage auf, ob der Balkan überhaupt real war. Gab es die Länder dort wirklich, oder gehörten sie in die Abenteuerromane eines John Buchan oder Anthony Hope? Laut einer montenegrinischen Legende war, als Gott die Welt schuf, der Sack mit den Gebirgen aufgerissen, so dass sie dort auf die Erde her-

abfielen, wo dereinst ihr Vaterland liegen sollte. Die Montenegriner passten zu ihren Bergen; sie waren die grössten Menschen in Europa, gutaussehend, stolz, tapfer und träge. Sie liebten es, endlos Kaffee zu trinken und sich dabei an alte Siege und Blutfehden zu erinnern, Geschichten von Rache und Strafe nach dem Motto «Lieber tot als unehrenhaft» und voller aufgespiesster Köpfe von Feinden (ein Brauch, der sich bis ins 20. Jahrhundert gehalten hatte). Die furchtlose Reisende Edith Durham fasste eine tiefe Abneigung gegen die Montenegriner, als sie in die Tasche eines adligen Kriegers schaute, in der sich seine Beute befand: sechzig menschliche Nasen. Fortan transferierte sie ihre beachtlichen Honorare lieber an die Albaner.<sup>35</sup>

Ihren Legenden zufolge stammten die Montenegriner von Serben ab, die im 14. Jahrhundert vor den einfallenden Türken geflohen waren. Tatsächlich waren sie wie die Serben orthodox und sprachen einen serbischen Dialekt. Von ihren Bergen herab hatten sie den türkischen Vormarsch aufgehalten und so dafür gesorgt, dass ihr Land eine autonome christliche Insel inmitten des moslemischen türkischen Meers blieb. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren ihre Herrscher kriegerische Fürstbischöfe. Die moderne Dynastie wurde 1851 vom letzten dieser Bischöfe begründet, der das Zölibat aufgab und heiratete. Der offiziell bis 1918 regierende Nikola I. sass seit 1860 auf dem Thron.

Bei Kriegsende befand sich Nikola bereits in Paris, wo er von einer immer kleiner werdenden Pension aus Grossbritannien lebte, während seine Töchter als Schneiderinnen arbeiteten.<sup>36</sup> Die Meinungen über ihn waren geteilt: Die einen hielten ihn für einen gerissenen Clown (Rebecca West),<sup>37</sup> die anderen für einen grossen Kriegerkönig (wie Edith Durham, die vor dem Krieg einen heiteren Nachmittag mit marsalasschwangeren Trinksprüchen mit ihm verbracht hatte).<sup>38</sup> Nikola hatte etwas Mittelalterliches an sich: So beharrte er darauf, seine Truppen selbst in die Schlacht zu führen, sprach von einem Thron unter einem uralten Baum aus Recht und verlieh sich selbst und seinen Freunden in grosszügiger Weise prächtige Orden.<sup>39</sup> Seine Hauptstadt Cetinje war kaum mehr als ein grosses Dorf, die Bank von Montenegro residierte in einer besseren Hütte, und das Grand Hotel wäre andernorts allenfalls als Pension durchgegangen. Sein alter Palast, wegen des in ihm aufgestellten Billardtischs im Volksmund Biljarda genannt, sah wie ein englisches Landgasthaus aus. Der neue Pa-

last, in dem die Königskinder, in der Landestracht gekleidet, von einem Schweizer Hauslehrer unterrichtet wurden und der König Besucher auf der Eingangstreppe sitzend empfing, ähnelte eher einem deutschen Gasthof. Franz Lehar verwendete Montenegro als Modell für den Schauplatz seiner *Lustigen Witwe*.

In Wirklichkeit war Nikola keineswegs so altmodisch, wie es schien. Er war unter anderem in Frankreich erzogen worden und hatte vor dem Krieg im Gewirr der Balkanpolitik derart erfolgreich agiert, dass er sein winziges Land viermal vergrössern konnte. Ausserdem hatte er seine Kinder gut verheiratet, zwei Töchter mit russischen Grossfürsten, eine mit dem König von Italien und eine weitere mit dem König von Serbien. Er hatte davon geträumt, dass Montenegro Serbien schlucken würde; der umgekehrte Fall war nicht in seinem Sinn. Noch 1919 hoffte er, den Thron, den er während des Krieges verloren hatte, wiedererlangen zu können.

Montenegro war in den Krieg hineingezogen worden, als es 1916 von Österreich besetzt wurde. Nikola floh, wie viele auf alliierter Seite dachten, mit überraschender Eilfertigkeit nach Italien.<sup>40</sup> Das Gerücht, er habe eine geheime Vereinbarung mit Österreich geschlossen, verfolgte ihn bis nach Paris. Das britische Aussenministerium, zum Beispiel, betrachtete ihn als betrügerischen Verbündeten, der wahrscheinlich begangen hatte, wessen man ihn beschuldigte.<sup>41</sup> In der Diskussion über die Vertretung Montenegros wurde deutlich, dass niemand in Paris wusste, wie die Lage vor Ort aussah. Deshalb beschloss man, die Frage offenzulassen, und dabei sollte es bis zum Ende der Friedenskonferenz bleiben.

Nikola tat, was er konnte, auch wenn es nicht viel war: Er versuchte House einen seiner prächtigen Orden zu verleihen; er schrieb an Wilson und verfasste optimistische Denkschriften, in denen er einen Teil Bosniens für Montenegro forderte. Er erhielt keine Antwort; es gab dringendere Themen als die Zukunft eines Landes mit gerade einmal 200.000 Einwohnern. Jedenfalls fand Nikola in Paris kaum Unterstützung für seine Wiedereinsetzung.<sup>42</sup> Unter serbischer Aufsicht wurden Neuwahlen abgehalten, die zu beweisen schienen, dass die Montenegriner zu Jugoslawien gehören wollten. Ende 1920 stellte Frankreich die Unterstützung Nikolas ein, und im Frühjahr 1921 tat Grossbritannien es ihm nach. Er verstarb, immer noch im Exil, im selben Frühjahr. Sein Enkel, der als Architekt in



Frankreich lebte, erklärte, dass er keinerlei Thronansprüche habe. Heute ist Montenegro wieder ein unabhängiger Staat.

Als die jugoslawische Delegation im Februar 1919 schliesslich Gelegenheit erhielt, vor dem Obersten Rat zu sprechen, brachte sie eine Reihe von Forderungen vor, die ebenso hastig und unter ebenso viel Gezänk zusammengestellt worden waren wie der Staat selbst.<sup>43</sup> In dem Bemühen, es allen recht zu machen, hatte man sechs der sieben Landesgrenzen zur Disposition gestellt. Nur die Grenze mit Griechenland blieb unangetastet. Im Westen bestand Slowenien als Sicherheitspfand gegen Rumpf-Österreich auf Klagenfurt auf der Nordseite des Südausläufers der Alpen. Ansonsten war man im Westen mit nahezu der gleichen Grenze zufrieden, die einst Österreich-Ungarn von Italien trennte. Pasic spielte wie üblich sein eigenes Spiel. Sein Hauptinteresse und das der anderen Serben bestand darin, Serbien im Osten durch bulgarisches Territorium und im Norden jenseits der Donau durch einen Streifen von Ungarn zu vergrössern. Durch Letzteres würde die Hauptstadt Belgrad geschützt, die sich bisher, von einem feindlich gesinnten Österreich-Ungarn nur durch die Donau getrennt, in extrem exponierter Lage befunden hatte.<sup>44</sup> Trotz dieses Nachteils hatten die Serben diese Hauptstadt gewählt, weil die Mündung der von Westen kommenden Save in die von Norden heranfliessende Donau einer der wichtigsten strategischen Punkte in Südeuropa war. Ob Händler, Pilger oder Heer, wer von Norden nach Griechenland und zu dem bedeutenden Hafen von Saloniki oder ostwärts nach Bulgarien und weiter nach Konstantinopel wollte, der musste an Belgrad vorbei. Die Stadt war belagert, verteidigt, eingenommen und geplündert worden, und Rumänen, Hunnen, Kreuzfahrer, Türken, Österreicher und natürlich die Serben selbst hatten um sie gekämpft.

In der Sitzung des Obersten Rats am Nachmittag des 18. Februar begann Milenko Vesnic, ein Serbe, seine Ausführungen mit einer Entschuldigung dafür, dass er den alliierten Mächten noch keine fertige Denkschrift vorlegen konnte. Es gebe gewisse Schwierigkeiten, murmelte er. Vesnic, der vermutlich beste Redner der Delegation, war geschmeidig, liebenswürdig und weitgereist. Anhand einer Landkarte legte er dar, warum die jugoslawischen Ansprüche erfüllt werden sollten: als Belohnung für Wohlverhalten (Serbien sei ein treuer Verbündeter, betonte er, und die in Österreich-Ungarn lebenden Südslawen hätten sich nach Kräften bemüht,

die Kriegsanstrengung des Feindes zu untergraben), um der Selbstbestimmung willen und aus Sicherheitsgründen. Nach ihm versuchten slowenische und kroatische Delegierte die umstrittenen Ansprüche auf das überwiegend italienische Triest, die ungarischen Bezirke Batschka und Baranya nördlich der traditionellen Grenze Kroatiens, die rumänischsprachigen Teile des Banats und das deutschsprachige Gebiet um Klagenfurt zu untermauern. Sie bestritten, dass sie nichtslawische Gebiete verlangten: Die alten Volkszählungen seien unzuverlässig; ausserdem seien slawische Schulen und slawische Kultur im Habsburgerreich unterdrückt worden. So habe man verhaftet werden können, wenn man auf Slowenisch einen Eisenbahnfahrschein kaufen wollte.<sup>45</sup> Selbst Unterstützer der Jugoslawen waren beunruhigt. «Haben sie denn jedes Augenmass und Gespür verloren?», fragte ein Freund von Seton-Watson.<sup>46</sup>

Jugoslawien umfasste schon zu Beginn der Friedenskonferenz die meisten der Gebiete Österreich-Ungarns, die es haben wollte – Bosnien-Herzegowina, das slowenische Kernland in der alten österreichischen Provinz Krain, einen grossen Teil Dalmatiens und natürlich das alte Königreich Kroatien –, aber es wollte noch mehr. Die Delegation verlangte zwei kleine Gebiete im Westen, wo Kroatien mit Österreich und Ungarn zusammenstiess – Medimurje und Prekmurje –, sowie weiter östlich Baranya und Batschka im reichen Süden der ungarischen Tiefebene. Ungarn hatte nur wenige Freunde in Paris. Es war nicht nur ein besiehtes Feindesland, sondern schien auch vor einer Revolution zu stehen. Die Hauptfrage lautete, wie viel Jugoslawien bekommen sollte. Medimurje und Prekmurje, deren Bevölkerung überwiegend kroatisch und slowenisch (auch wenn die Ungarn es anders darstellten) war, wurde nach kurzer Diskussion Jugoslawien zugeschlagen. Das Schicksal von Baranya und Batschka war jedoch mit dem jugoslawisch-rumänischen Streit über das benachbarte Banat verknüpft, weshalb die Einigung hier wesentlich länger dauerte.

Denn nicht nur Jugoslawien erhob Forderungen. Das Verschwinden Österreich-Ungarns war für alle Balkanvölker ebenso beflügelnd wie die Niederlagen des Osmanischen Reichs vor dem Krieg. Jeder versuchte, so viel wie möglich herauszuschlagen: Selbstbestimmung ja, aber nicht für die Nachbarn. Schon in der verworrenen Phase im Oktober 1918, als Österreich-Ungarn um Frieden ersuchte, um anschliessend aus der Geschichte zu fallen, hatten Balkanstaaten begonnen, ihren Besitz abzustecken, indem sie Truppen in die jeweiligen Gebiete schickten. Neue Gremi-

en schossen wie Pilze aus dem Boden: Arbeiterräte, Soldatenräte, Räte von Kroaten, Mazedoniern, Griechen. Niemand wusste genau, wer hinter ihnen stand, aber es wurden immer mehr, und ihre Forderungen kannten keine Grenzen.

Griechenland verlangte ebenso wie Bulgarien den Rest des europäischen Teils des Osmanischen Reichs. Sowohl Griechenland als auch Jugoslawien erwog eine Teilung Albaniens. Rumänien und Bulgarien konnten sich nicht über den Besitz der Dobrudscha an der Westküste des Schwarzen Meers einigen. Serbien, Griechenland und Bulgarien wollten allesamt ein grösseres Stück von Mazedonien. Man hörte hehre Worte über die Rettung der Zivilisation und den Kampf für Recht und Ehre, doch dahinter verbargen sich die Kalkulationen der Realpolitik. In der aufgewühlten Atmosphäre von 1919, als so viele Linien auf den Landkarten verschwammen und Verhandlungen über so gut wie alles möglich schienen, wäre es dumm gewesen, sich nicht zu nehmen, so viel man konnte. Die Staatsmänner vom Balkan gaben vor, Wilson zu bewundern, benutzten die Sprache von Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und internationaler Zusammenarbeit und reichten Petitionen ein, die angeblich den Willen ihrer Völker ausdrückten, verfolgten damit aber nichts anderes als Landnahmen alten Stils. Detaillierte Landkarten sollten sie untermauern. «Man bräuchte eine riesige Monographie», schrieb ein amerikanischer Experte, «um all die verschiedenen Kartenfälschungen zu beschreiben, die der Krieg und die Friedenskonferenz hervorgebracht haben ... Auf dem Balkan erreichte dieser Prozess seinen glänzenden Höhepunkt.»<sup>47</sup>

Die Friedensmacher hatten kaum eine Richtschnur, an der sie sich bei der Entscheidung über all diese Ansprüche hätten orientieren können. Wilson hatte den Balkan im Sinn gehabt, als er in den Vierzehn Punkten davon sprach, dass den Völkern Österreich-Ungarns «freier Spielraum zu selbständiger Entwicklung gegeben werden» sollte. Konkret hatte er gefordert, Rumänien, Serbien und Montenegro wieder auf eigene Füße zu stellen. Ausserdem sollte Serbien Zugang zum Meer erhalten; auf welche Weise, sagte Wilson nicht. Aber die Balkanstaaten sollten «auf den geschichtlich feststehenden Linien der Zugehörigkeit und des Volkstums» freundschaftliche Beziehungen zueinander aufbauen.<sup>48</sup> Was dies bedeutete, war nicht ganz klar, aber es lief darauf hinaus, die jüngste Geschichte und des Völkergemisch auf dem Balkan zu missachten.

Auf Seiten der Grossmächte hatte man das Gefühl, dass loyale Verbündete belohnt werden müssten: Serbien sollte für das erlittene Leid etwas erhalten, adriatische Häfen vielleicht oder wenigstens Zugang zur Ägäis, und Griechenland und Rumänien sollten einige der Versprechen, mit denen man während des Krieges so freigebig gewesen war, einlösen können. Bulgarien und die Türkei dagegen hatten es verdient, eine Strafe dafür zu zahlen, dass sie sich auf die falsche Seite geschlagen hatten. Inwieweit sie dazu in der Lage waren, stand auf einem anderen Blatt. Das Osmanische Reich gehörte offensichtlich auf den Müllhaufen der Geschichte und hatte auf dem Balkan nicht mehr viel zu bieten, und Bulgarien war nicht nur bankrott, sondern hatte auch schon im zweiten Balkankrieg 1913 grosse Gebiete verloren.

Den Briten war es ziemlich gleichgültig, was mit dem Balkan – und dem grössten Teil Mitteleuropas – geschah, solange ihre Interessen in Bezug auf Handel und Schifffahrt gewahrt blieben. Am liebsten waren ihnen stabile, starke Staaten, denn sie würden eine Barriere gegen ein wiedererstarktes Deutschland oder Russland bilden. Obwohl das «tapfere kleine Serbien» ebenso wie Montenegro und Albanien seine Bewunderer hatte, war die britische Regierung nicht bereit, ihm mit Truppen oder Geld zu helfen.<sup>49</sup> Frankreich dagegen liess sich wie immer von seinem Schutzbedürfnis gegenüber Deutschland leiten. Idealerweise würden ein vergrössertes Serbien und Rumänien sowie die Tschechoslowakei und Polen im Norden ein Gegengewicht gegen Deutschland bilden, das es für alle Zeiten davon abhalten würde, einen weiteren Angriff auf Frankreich zu wagen. Und sollte ein starkes Serbien Italien im Zaum halten, umso besser. Wenn die Franzosen eine emotionale Verbindung zum Balkan hatten, dann zu den Rumänen, die man als Mitlateiner betrachten konnte.

Die Italiener wussten genau, was sie wollten. Aufgrund der Geographie waren sie genötigt, ernsthaft über den Balkan nachzudenken. Während sie über das Ende ihres Erbfeindes Österreich-Ungarn im Allgemeinen erfreut waren und zumindest die Liberalen mit den kleinen, um ihre Freiheit kämpfenden Nationen sympathisierten, wollten die Nationalisten nicht, dass irgendeine andere Macht die Vorherrschaft über den Balkan erlangte, weder das bolschewistische Russland noch ein neuer südslawischer Staat, und die Nationalisten sollten die italienische Aussenpolitik immer weiter auf einen kriegerischen Expansionskurs bringen. Aus Furcht vor einem

starken südslawischen Staat unterstützte Italien die Forderungen von dessen Nachbarn, von Rumänien über Österreich bis Bulgarien. In Paris bestand Sonnino darauf, dass die konkurrierenden Ansprüche Italiens und Jugoslawiens ausschliesslich im Obersten Rat diskutiert werden sollten. Er fürchtete zu Recht, dass ein Expertenkomitee sich nicht über die Versprechen, die man Italien während des Krieges gemacht hatte, sondern über die Gerechtigkeit der Grenzen Gedanken machen würde. Dieser Widerspruch bildete einen Aspekt des Streits zwischen Italien und seinen Verbündeten, der beinahe die gesamte Friedenskonferenz sprengte.

Die Amerikaner verstanden sich, auf dem Balkan wie anderswo, als ehrliche Makler, die das Dickicht der alten Diplomatie durchschlugen, um das Prinzip der Selbstbestimmung anzuwenden.<sup>50</sup> Leider war die Wahrheit über die Bevölkerung des Balkans nicht so leicht herauszufinden. Sich durch die Nationalität zu definieren, war so neu, dass viele Einwohner sich immer noch in erster Linie ihrer Region oder ihrem Klan oder, wie sie es unter osmanischer Herrschaft getan hatten, ihrer Religion zugehörig fühlten. Zudem ähnelte der Balkan einer von einem Sturm zurückgelassenen Pflanze am Strand, die eine Vielzahl von Organismen enthält. Sie nach Volkszugehörigkeit zu ordnen, war eine schwierige Aufgabe. Waren Serben und Kroaten nun gleich, weil sie buchstäblich dieselbe Sprache sprachen, oder verschieden, weil die einen orthodox und die anderen katholisch waren und die einen die kyrillische und die anderen die lateinische Schrift benutzten? Wohin gehörten die Mazedonier, wegen ihrer Geschichte zu den Griechen oder wegen ihrer Sprache zu den Slawen?

Hinzu kam, dass sich keine klaren Grenzen anboten, ob nun sprachlicher, ethnischer oder religiöser Art. Wie sollte man bei solch einer Gemengelage klare Grenzen ziehen? Sollte man Völker, die einander zu fürchten gelernt hatten, zusammensperren? Auf den Landkarten sah das Bevölkerungsmuster des Balkans recht apart aus: viele verstreute kleine Farbpunkte mit gelegentlichen kühnen Klecksen. Vor Ort wirkte das Bild weniger gefällig, denn dort traf man auf eine Brühe aus Misstrauen und Hass, die 1919 immer stärker vor sich hin blubberte.

Die in dieser Landschaft gezogenen Grenzen schufen unzufriedene Minderheiten und übelwollende Nachbarn. In ihrem Zentrum stand das neue Jugoslawien, das sich selbst geschaffen hatte, aber von den Friedensmachern anerkannt worden war und seine endgültigen Grenzen durch die

Arbeit einer Reihe von Konferenzkommissionen erhalten hatte. Der neue Staat übernahm Montenegro, Slowenien und Bosnien von Österreich, Kroatien und einen Teil des Banats von Ungarn sowie einige Gebiete von Albanien und Bulgarien. Einbegriffen war, wie so oft auf der Friedenskonferenz, neben dem Land und dem Schicksal seiner Einwohner auch das künftige Bündnisnetz, das den Frieden in Europa sichern sollte. Italien und Rumänien, die nominell auf derselben Seite standen, fühlten sich übervorteilt.

Österreich, Ungarn und Bulgarien – die Besiegten – betrauernten ihre Verluste, die menschlichen wie die territorialen. Nur Griechenland im Süden war freundlich gesinnt. In Jugoslawien selbst vermochten sich die Völker, die nichts gemein hatten als die Sprache, nie auf ein gemeinsames Verständnis dessen, was ihr Land darstellte, zu einigen. Im Zweiten Weltkrieg zahlte Jugoslawien einen hohen Preis für seine Gewinne, da seine Nachbarn mit deutscher Hilfe das Land zurückeroberten, das ihnen auf der Friedenskonferenz zugesprochen worden war, und seine Völker sich gegeneinander wandten. Obwohl es dem Kommunistenchef Tito gelang, die Teile wieder zusammenzufügen, begann Jugoslawien siebenzig Jahre nach der Anerkennung durch die Teilnehmer der Pariser Friedenskonferenz in seine Bestandteile zu zerfallen. Seine Nachbarn verfolgten diesen Vorgang ebenso beunruhigt, wie sie das Land seit 1919 im Auge behalten hatten.

## Rumänien

Wenige Tage vor der offiziellen Eröffnung der Friedenskonferenz kam in Rumänien das Gerücht auf, von den kleineren Ländern würden nur Belgien und Serbien nach Paris eingeladen. Ministerpräsident Ion Brătianu befahl eine «heftige Gemütsbewegung». Er bestellte die alliierten Botschafter ein. «Rumänien», hielt er ihnen vor, «wird behandelt wie ein armer Schlucker, der Mitleid verdient, und nicht wie ein Verbündeter, der Anspruch auf Gerechtigkeit hat.» Sie sollten ihre Regierungen daran erinnern, dass Rumänien stets ein loyaler Verbündeter gewesen sei (eine zweifelhafte Aussage). Dann kritisierte er die Serben, denen er vorwarf, sich am Krieg nur beteiligt zu haben, weil sie angegriffen worden waren, sprach dunkel von Menschen, die den Kontakt zu ihrem eigenen Land verloren hätten (seine politischen Gegner, von denen einige nach Paris gereist waren), warnte die Alliierten, dass sie aufpassen müssten, wenn sie ihren Einfluss in Rumänien nicht gänzlich verlieren wollten, und drohte mit Rückzug (woraus, sagte er nicht). Die alliierten Botschafter übermittelten diese Äusserungen ihren Regierungen zusammen mit einer eigenen Warnung: dass es nicht gut wäre, Rumänien zu verprellen, denn es bilde einen nützlichen Puffer gegen Russland und den Bolschewismus.<sup>1</sup> Da die Grossmächte von vornherein beabsichtigten, Rumänien an der Konferenz teilnehmen zu lassen, waren sowohl Brătianus Vorhaltungen als auch die Warnung der Botschafter unnötig.

Die Rumänen hatten eine hohe Meinung von ihrer eigenen Bedeutung, und sie hegten grosse Erwartungen an die Friedenskonferenz. Am 8. Januar traf sich Harold Nicolson aus der britischen Delegation mit zwei rumänischen Delegierten. «Sie sagen, sie schämten sich zu sehr, um von ihren innenpolitischen Problemen zu sprechen», notierte Nicolson in seinem Tagebuch. «Was die auswärtigen Angelegenheiten betrifft, zeigen sie indessen keinerlei Scham, indem sie so ziemlich ganz Ungarn verlangen.»<sup>2</sup> Ausserdem verlangte Rumänien einen Gebietsstreifen von Russland – Bessarabien, das es bereits besetzt hatte – sowie im Osten von Österreich

die Bukowina. Diese Forderungen waren extrem, aber die Rumänen befanden sich in einer guten Position. Es gab keine russischen Truppen, die sie hätten aufhalten können, und Ungarn und Österreich lagen am Boden. Rumänien besetzte das ungarische Siebenbürgen und die Bukowina, vorbehaltlich der Entscheidung der Friedenskonferenz, die erst getroffen werden würde, wenn die Verträge mit Österreich und Ungarn vorlagen.

Auf dem Balkan stiess Rumänien mit seinen Forderungen auf mehr Schwierigkeiten, denn das ungarische Banat wurde auch von Jugoslawien beansprucht. Dieses entlegene bukolische Gebiet, das sich von den Ausläufern der Südkarpaten bis zum Südrand der ungarischen Tiefebene erstreckte, war 1919 heiss umstritten. Es war eine reiche Beute: Das 28.500 Quadratkilometer grosse Gebiet mit seinen fleissigen Einwohnern, fruchtbaren Böden und wasserreichen Bächen und Flüssen war eine wahre Kornkammer; auf seinen Weiden grasten Herden von langhaarigen Rindern, und auf den Bauernhöfen gediehen fette Hühner und Schweine. Das Banat besass keine Industrie, die der Rede wert gewesen wäre, keine Städte mit über 100.000 Einwohnern und nur wenige grosse Sehenswürdigkeiten. Es war eher pittoresk als grandios.

Am 31. Januar 1919 erschienen Repräsentanten Rumäniens und Jugoslawiens vor dem Obersten Rat. An den Tagen zuvor hatten Chinesen, Tschechen und Polen ihre Anliegen vorgetragen, wodurch Präzedenzfälle geschaffen worden waren, die nicht nur Lloyd George beunruhigten. Er hielt die Diskussion über die Tschechoslowakei und Polen für völlig falsch. «Er wolle nicht von ‚vergeudeter Zeit‘ sprechen, weil dieser Begriff zu provokativ wäre und er bereits das Funkeln in den Augen des Präsidenten sehen könne. Gleichwohl denke er, dass es nicht die beste Art sei, diese Themen abzuhandeln.» Wenn der Rat schon territoriale Fragen aufgriff, sollte er fortfahren und Entscheidungen treffen. Nach einer ergebnislosen Diskussion nahm der Rat Balfours Vorschlag an, dass man sich die Rumänen und Serben, um sie zufriedenzustellen, wenigstens anhören könne.<sup>3</sup> Wie viele von Balfours Lösungen war auch diese eher elegant als praktisch.

Während das Tageslicht an diesem kalten Nachmittag verblasste, erläuterte Brătianu dem Grossen Rat die rumänischen Ansprüche. Er war reich, mächtig, auf fast absurde Weise mondän und hielt sich viel auf seine Bedeutung zugute. Er hatte in Paris eine der französischen Intellektuellenbrutstätten, der Hautes Écoles, absolviert und sorgte dafür, dass alle davon



erfuhren. So liess er sich gern auf dem Sofa liegend überraschen, einen französischen Gedichtband in der schlaffen Hand.<sup>4</sup> Nicolson, der ihn in den Anfangstagen zum Mittagessen traf, liess sich davon nicht beeindrucken. «Brätianu», schrieb er in sein Tagebuch, «ist ein bärtiges Frauenzimmer, ein effektvoller Humbug, ein Bukarester Intellektueller, ein höchst unangenehmer Mensch. Ein ‚schöner Mann‘ und pompös, dreht er den Kopf alle Augenblicke zur Seite, um sein eigenes Profil im Spiegel zu erhaschen. Er gefällt sich in allerlei witzelnden Wortspielen, die er für pariserisch hält.»<sup>5</sup> Bei den Frauen kam er indes gut an. Er habe «die Augen einer Gazelle und den Kiefer eines Tigers», sagte eine von ihnen. Marie von Rumänien, die sich in der Kunst der Verführung auskannte, erzählte andeutungsweise von einem Abend, an dem der Vollmond ihn «sentimental» gestimmt hatte.<sup>6</sup> Gegenüber Wilson charakterisierte sie ihn weniger freundlich als «lästige, schleimige, nervtötende Person».<sup>7</sup>

Mit «geschauspielerter Lässigkeit» seine Aktenmappe öffnend, erhob er im Grossen Rat Anspruch auf das ganze Banat. «Er ist sichtlich überzeugt», beobachtete Nicolson, «dass er von allen Anwesenden der grösste Staatsmann ist. Ein ironisches und selbstbewusstes Lächeln huscht von Zeit zu Zeit über seine Lippen. Er wirft seinen schönen Kopf ins Profil. Er macht einen widerwärtigen Eindruck.»<sup>8</sup> Seine Argumentation reichte von streng legalistischen Ausführungen – das Banat sei den Rumänen in den Geheimklauseln des Bukarester Vertrags von 1916, durch den die Alliierten sie zum Kriegseintritt verlockt hätten, versprochen worden – bis zu Wilsons Programm, wonach alle Rumänen in einem gemeinsamen Staat leben sollten. Er verwies auf Völkerkunde, Geschichte, Geographie und die Opfer, die sein Land im Krieg gebracht hatte. Ausserdem erinnerte er daran, dass die Serben in der Vergangenheit zu Österreich-Ungarn gehalten hätten. (Die Serben sollten den gleichen Vorwurf gegen die Rumänen erheben.)

Vesnic und Trumbic hoben in ihrer Erwiderung hervor, dass Serbien nur den westlichen Teil des Banats verlange. Abgesehen von Geheimverträgen, konnten sie die gleichen Argumente vorbringen wie die Rumänen. «Seit dem Mittelalter», erklärte Vesnic, «ist der von Serbien beanspruchte Teil des Banats stets eng mit dem serbischen Volk verbunden gewesen.» Historisch habe «das Banat zu Serbien gehört wie die Île-de-France zu Frankreich und die Toskana zu Italien». Es sei der Ursprungsort der serbischen Renaissance und später des serbischen Nationalismus. Und als die

serbische Königsfamilie ins Exil gehen musste, habe sie selbstverständlich dort Zuflucht gesucht. (Darauf entgegnete Brătianu durchaus nachvollziehbar, die Wechselfälle der serbischen Politik hätten serbische Herrscher gelegentlich auch auf rumänisches Gebiet verschlagen, aber dies sei kaum ein Grund für Serbien, nun auch Anspruch auf Rumänien zu erheben.<sup>9)</sup>

In der Diskussion stellte Wilson mit gewissem Erstaunen fest, dass die Delegierten der Balkannationen «die Fakten nicht auf die gleiche Weise darstellten und immer eine gewisse Unklarheit zurückbleibe». Die Vereinigten Staaten, fügte er hinzu, seien stets bereit, einer auf Fakten beruhenden Einigung zuzustimmen.<sup>10</sup> Balfour, der halb eingedöst war, stellte eine auf den ersten Blick einfache Frage: Ob es irgendwelche Zahlen über die Völkermischung im Banat gebe? Ja, antworteten die Jugoslawen. Der westliche Teil, auf den sie Anspruch erhöben, sei überwiegend serbisch, und darüber hinaus gebe es im gesamten Banat Klöster und Konvente. Natürlich gebe es auch viele Deutsche und Ungarn, aber sie würden lieber zu Serbien als zu Rumänien gehören. Nein, widersprach Brătianu, wenn man das gesamte Banat betrachte (was man aus politischen und historischen Gründen tun müsse), seien die Rumänen in der Mehrheit. Klöster täten nichts zur Sache, da alle Welt wisse, dass die Serben, wie alle Slawen, religiös seien; und was die Deutschen und Ungarn betreffe, so würde es den Serben schwerfallen, mit derart grossen Minderheiten klarzukommen.<sup>11</sup>

Am 1. Februar legte Brătianu die vollständige Liste der rumänischen Forderungen vor. Sie umfasste das Banat, Siebenbürgen, Bessarabien und die Bukowina, die, wie er behauptete, historisch und ethnisch allesamt zu Rumänien gehörten. Was Bessarabien und die Bukowina anging, willigten die Alliierten ein; sie wollten weder Ersteres dem bolschewistischen Russland noch Letztere dem, wie es damals schien, ebenfalls bolschewistischen Ungarn übergeben. Das weit grössere Siebenbürgen war ein kompliziertes Problem. Aber die Alliierten nahmen an, dass sie seine Lösung hinauschieben konnten, bis sie sich mit dem ungarischen Vertrag beschäftigen würden.

Brătianu wandte jedoch ein, dass über die rumänischen Ansprüche entschieden werden müsse, bevor die Dinge aus dem Ruder liefen und «schwerwiegende Entwicklungen» einträten. «Rumänien», erklärte er, «brauche die moralische Unterstützung der Alliierten, wenn es bleiben solle, was es bisher war – ein Sammelpunkt Europas gegen den Bolsche-

wismus.»<sup>12</sup> Dies war ein beliebtes Argument in Paris und in Bezug auf Rumänien, das zwischen dem neuen bolschewistischen Russland und dem revolutionären Ungarn lag, auch ein sehr wirkungsvolles. Auch in anderer Hinsicht half die Geographie den Rumänen: Ihr Land war zu weit entfernt, als dass die Alliierten ihren Willen hätten mit Zwangsmassnahmen durchsetzen können. Ausserdem war Rumänien im Krieg ein Verbündeter gewesen, wenn auch ein notorisch unzuverlässiger, und Briten und Franzosen hatten sich durch Versprechen gebunden, die ihnen freilich jetzt ebenso unangenehm waren wie diejenigen, die sie Italien gegeben hatten.

Das Rumänien, das man in Paris kannte, war das kultivierte, weltoffene Land, für das Prinzessin Marthe Bibesco, die vor dem Krieg in Paris einen berühmten Salon geführt hatte, und ihre schöne junge Cousine standen, die in eine alte französische Adelsfamilie eingeheiratet hatte und als Anna de Noailles eine der berühmtesten Dichterinnen ihrer Generation war. Die rumänische Oberschicht liebte Frankreich; sie schickte ihre Kinder auf französische Schulen und kaufte ihre Kleider und Möbel in Paris. Die Franzosen revanchierten sich auf ihre Weise, indem sie Rumänien zu einem lateinischen Land und die Rumänen zu Nachfahren römischer Legionäre erklärten, die immer noch eine lateinische Sprache sprachen. Im 19. Jahrhundert hatte sich Frankreich für die Unabhängigkeit Rumäniens vom Osmanischen Reich eingesetzt, und 1919 hatte die französische Regierung ein starkes Rumänien als Gegengewicht gegen Deutschland und wichtiges Kettenglied des Cordon sanitaire um den russischen Bolschewismus im Sinn. Die Rumänen selbst machten viel her von ihren Beziehungen zum Westen, indem sie sich als Erben des Römischen Reichs und Teil der westlichen Zivilisation präsentierten. So konnten sie, wie auf die Friedensverhandlungen zugeschnitten, argumentieren, dass die alte römische Provinz Dakien, einschliesslich des zu Ungarn gehörenden Siebenbürgen, als Ganze wiederhergestellt, das heisst ihnen zugesprochen werden sollte.

Es gab indes noch ein anderes Rumänien, eines mit einer komplizierten Geschichte, das im Lauf der Jahrhunderte von Völkern aus dem Osten erobert und besiedelt und zwischen den Königreichen, die in Mitteleuropa entstanden und vergangen waren, aufgeteilt worden war und seit dem 16. Jahrhundert unter der Herrschaft des Osmanischen Reichs gestanden hatte. Dieselben rumänischen Aristokraten, die solch ein schönes Franzö-

sich sprachen und nach Paris kamen, um sich einzukleiden, hatten Porträts ihrer Grosseltern in Kaftan und Turban an den Wänden. Ihre Gesellschaft war tief geprägt von den Jahren unter der korrupten osmanischen Herrschaft. «Der Fisch verdirbt vom Kopf her», lautete ein rumänisches Sprichwort. In Rumänien konnte man fast alles kaufen: Ämter, Lizenzen, Pässe. Tatsächlich wurde einmal ein ausländischer Journalist, der Geld legal in einer Bank umzutauschen versuchte, von der Polizei verhaftet, die glaubte, er sei in einen besonders raffinierten Schwindel verwickelt. Jeder staatliche Auftrag erforderte ein Schmiergeld. Obwohl Rumänien ein reiches Land war, reich an Agrarland und auch aufgrund einer blühenden Erdölindustrie, fehlten Strassen, Brücken und Eisenbahnstrecken, da das vom Staat dafür bereitgestellte Geld an den Händen reicher Familien wie derjenigen von Brätianus kleben blieb.<sup>13</sup> Ausserdem neigten die Rumänen dazu, überall Verschwörungen zu wittern. In Paris deuteten sie dunkel an, dass der Oberste Rat unter den Einfluss des Bolschewismus geraten oder aber von zwielichtigen kapitalistischen Kräften bestochen worden sei.<sup>14</sup>

Vor Brätianus Ankunft in Paris war der vornehme, charmante Take Ionescu der Sprecher Rumäniens gewesen. Er hatte an der Sorbonne studiert, sprach ausgezeichnet Französisch und war ein freundlicher und gepflegter Mann, dessen ebenso freundliche Frau Bessie die Tochter eines Pensionsbesitzers in Brighton war. Er hatte von Kriegsbeginn an Sympathien für die Alliierten gehabt und eine wesentliche Rolle dabei gespielt, dass Rumänien sich auf ihre Seite schlug. Was die rumänischen Ansprüche anging, war er moderater als der Ministerpräsident. «Er steht den Serben sehr freundlich gegenüber», berichtete ein amerikanischer Delegierter. «Die Bulgaren, sagt er, hätten sich sehr schlecht benommen; von den 28.000 Rumänen, die von ihnen gefangen genommen worden seien, hätten nur 10.000 die Gefangenschaft überlebt.» In Bezug auf den Banat war Ionescu für einen Handel: «Sie müssten mit Serbien gut Freund sein, er wolle nicht das ganze Banat schlucken, sondern den Südwestteil den Serben überlassen.»<sup>15</sup>

Tatsächlich war im Oktober 1918 eine Vereinbarung zustande gekommen. Ionescu hatte sich mit den Jugoslawen auf eine Teilung des Banats geeinigt, die der Monate später erreichten sehr nahekam. Aber obwohl Rumänien den grösseren Teil erhalten sollte, wurde das in der rumänischen Presse als Verrat an der rumänischen Nation attackiert und schliesslich

von der Regierung abgelehnt, zumindest teilweise, weil Brătianu Ionescu als seinen politischen Rivalen hasste.<sup>16</sup> Als die rumänische Delegation für die Friedenskonferenz zusammengestellt wurde, sorgte er dafür, dass Ionescu übergangen wurde.

Die Rumänen begründeten ihren Anspruch auf das Banat, wie zu erwarten, mit ethnischen Faktoren, hoben aber auch die rumänischen Leistungen im Krieg hervor. Dies war nicht unbedingt die klügste Entscheidung. Rumänien hatte sich nach Kriegsausbruch vernünftigerweise abseits gehalten. Brătianu, der damals schon Ministerpräsident war, hatte im Kabinett erklärt, man solle auf das günstigste Angebot warten.<sup>17</sup> Weniger vernünftig war, dass die rumänische Regierung diese Absicht allzu offensichtlich an den Tag gelegt hatte, indem sie sich, wie ein französischer Diplomat es ausdrückte, wie ein Hausierer auf einem orientalischen Basar verhielt. Als die Alliierten im Sommer 1916 die Oberhand zu gewinnen schienen, beschloss die Regierung schliesslich, in den Krieg einzutreten, nachdem man ihr das Banat, Siebenbürgen und den grössten Teil der Bukowina versprochen hatte. Russland und Frankreich verabredeten indes insgeheim, das Paket nach Kriegsende noch einmal aufzuschnüren.<sup>18</sup>

Das Timing war ungünstig. Als die rumänische Armee einsatzbereit war, hatten sich die Mittelmächte wieder gefangen, und Ende 1916 besetzten deutsche und österreichische Truppen das halbe Land. In jenem Winter verloren 300.000 Rumänen, bei einer Bevölkerungszahl von sechs Millionen, durch Krankheiten und Hunger ihr Leben.<sup>19</sup> Die Alliierten gaben, vielleicht zu Unrecht, Rumänien selbst die Schuld an der Katastrophe.<sup>20</sup> Im Mai 1918 schloss Rumänien Frieden mit den Mittelmächten und schied aus dem Krieg aus. Es war ein verständlicher Schritt, der jedoch Auswirkungen auf die territorialen Ansprüche des Landes hatte. Da Rumänien im Vertrag von Bukarest zugesagt hatte, keinen Separatfrieden zu schliessen, fühlten sich die Alliierten nun nicht mehr an ihre Versprechen gebunden. Clemenceau sollte Brătianu den Verrat, den er aus seiner Sicht begangen hatte, nie verzeihen.<sup>21</sup> Brătianu bewältigte die peinliche Situation wenigstens zur eigenen Zufriedenheit dadurch, dass er zurücktrat und seinem (von ihm ausgewählten) Nachfolger die Verantwortung aufbürdete. Es gelang ihm, die Ratifizierung des Friedensvertrags im Parlament hinauszuzögern, und am 10. November 1918 erklärte er, wieder im Amt, Deutschland erneut den Krieg. Dies bedeute, verkündete er frohgemut, dass der

Vertrag mit den Alliierten weiterhin gültig sei. Rumänien habe lediglich Frieden geschlossen, um seine Kräfte für den Krieg zu sammeln: «Die Rumänen befanden sich weder rechtlich noch praktisch noch moralisch jemals wirklich im Frieden mit dem Feind.»<sup>22</sup> Sicherheitshalber vereinbarte er in aller Stille mit den Italienern, die ebenfalls bestrebt waren, die serbischen Gewinne zu begrenzen, dass ihre beiden Länder auf der Einhaltung der während des Krieges geschlossenen Verträge bestehen würden.<sup>23</sup>

Der Oberste Rat fand die rumänischen Forderungen übertrieben und den Streit mit Jugoslawien über das Banat lästig. (Brătianu beklagte sich, dass einige seiner Mitglieder während seiner Präsentation geschlafen hätten.)<sup>24</sup> Mit offensichtlicher Erleichterung nahmen die Friedensmacher Lloyd Georges Vorschlag an, die rumänischen Forderungen, einschliesslich des Anspruchs auf das Banat, einem Expertenkomitee zu übergeben, das eine separate Regelung finden sollte. Wenn die Experten die Angelegenheit untersucht und die Wahrheit herausgefiltert hätten, fügte Lloyd George zuversichtlich hinzu, werde der Oberste Rat nur noch wenige Fragen zu klären haben. Wilson pflichtete ihm bei, mit dem Vorbehalt, dass die Experten die politische Seite des Problems ausser Acht lassen sollten (was als «politische Seite» zu verstehen war, wurde nicht definiert). Clemenceau sagte, vielleicht wegen Wilsons Intervention, kein Wort, und Orlandos Versuch, die Grenzfrage auf der Stelle zu lösen, war erfolglos.<sup>25</sup> So wurde das Schicksal des Banats und anderer wertvoller Gebiete in Südosteuropa einer speziellen Territorialkommission übergeben, der ersten von vielen, die ebenso vergeblich versuchen sollten, die verschiedenen Seiten zusammenzubringen. Im Lauf der Zeit befasste sich die Kommission für rumänische und jugoslawische Angelegenheiten mit allen Grenzen Jugoslawiens, ausser derjenigen mit Italien, deren Festlegung auf italienisches Drängen dem Obersten Rat vorbehalten war.

Was die Experten der Territorialkommissionen (es sollten insgesamt sechs werden) nicht wissen konnten, war, dass ihre Empfehlungen nahezu unverändert in die verschiedenen Friedensverträge Eingang fanden, da die Staatsmänner einfach nicht die Zeit hatten, sich im Einzelnen mit ihnen zu beschäftigen.<sup>26</sup> Die Rumänienkommission erweiterte stetig ihre Zuständigkeiten, bis sie schliesslich über die künftige Gestalt von Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und Bulgarien und über das künftige Gleichgewicht

auf dem Balkan, zwischen Ungarn und seinen Nachbarn sowie zwischen Russland und Südmitteleuropa entschied. «Wie fragwürdig kommt man sich dabei vor!», bekannte Nicolson, einer der britischen Experten. «Eine Karte – ein Bleistift – Pauspapier. Aber der Mut sinkt mir, wenn ich an die Menschen denke, die unsere schwankenden Linien einschliessen oder ausschliessen – an das Glück oder Unglück Tausender von Menschen.»<sup>27</sup>

Was er unter einer gerechten Regelung verstand, erläuterte der Oberste Rat nicht. Bedeutete sie Grenzen, die gut zu verteidigen waren? Eisenbahnnetze? Handelswege? Am Ende einigten sich die Experten lediglich darauf, Grenzen auf der Grundlage der Nationalität zu ziehen.<sup>28</sup> Schon die Banatfrage, die zur Bildung der Kommission geführt hatte, liess ahnen, vor welchen Schwierigkeiten sie stand. Denn zum einen war das Gebiet von einer bunten Mischung aus Serben, Ungarn, Deutschen, Russen, Slowaken, Zigeunern, Juden und sogar einigen Franzosen und Italienern bevölkert,<sup>29</sup> und zum anderen gab es das grundlegende Problem, wie man die Menschen den einzelnen Gruppen zuordnen sollte, wenn die ganze Idee der nationalen Identität so glitschig war wie die Aale in der Donau. In dem goldverzierten, mit Wandteppichen geschmückten Bankettsaal am Quai d'Orsay beugten sich die Experten der Rumänienkommission über Landkarten, lasen Vorlagen, hörten Zeugen und versuchten, einer irrationalen Welt eine rationale Ordnung aufzuzwingen.

Ausserdem behielten sie, zumindest, was die Europäer anging, ihre nationalen Interessen im Auge. In der Banat-Frage wollten die Franzosen, die nach Verbündeten in Mitteleuropa suchten, sowohl Rumänien als auch Jugoslawien zu einem starken, befreundeten Land machen. Die Italiener dagegen ergingen sich in Haarspalterei und stritten über Verfahrensfragen, alles mit dem Ziel, die jugoslawischen Forderungen zu blockieren. Zudem verärgerten sie die Amerikaner, indem sie andeuteten, einigen der Forderungen zustimmen zu können, wenn Italiens eigene Ansprüche an der Adria anerkannt werden würden. Selbst dort, wo sie eine grossherzige und noch dazu kostenlose Geste hätten machen können, beim jugoslawischen Anspruch auf das österreichische Gebiet um Klagenfurt, sperrten sie sich. «Schlechte Diplomatie», urteilte Charles Seymour, ein junger Historiker von der Universität Yale. Ein französischer Kollege äusserte sich unverblümt: «Die italienische Verlogenheit störte ihn nicht, aber ihr Plumpheit stiess ihn ab.»<sup>30</sup> Die Amerikaner bemühten sich tapfer, die sich

ihnen immer wieder entziehende Lösung zu fassen zu bekommen, und die Briten versuchten, die Amerikaner und die Franzosen miteinander zu versöhnen. «Am Anfang gab es ein Gerangel», berichtete Seymour, «und einige ziemlich schmutzige Manöver im Kampf um die besten Plätze. Die Briten halfen uns, dem ein Ende zu setzen und mit der eigentlichen Arbeit zu beginnen.»<sup>31</sup>

Die Jugoslawen wiederholten ihre Argumentation und trugen einige höchst zweifelhafte Forderungen verschiedener Gruppen vor, die angeblich nichts sehnlicher wünschten, als zu Jugoslawien zu gehören.<sup>32</sup> Brătianu machte einen schlechten Eindruck; er liess jede Kompromissbereitschaft vermissen, hatte sein Temperament nicht im Griff und reagierte auf eindringliche Nachfragen verschupft. Ausserdem brachte er das merkwürdige Argument vor, dass sich das Verhältnis zwischen Rumänien und Jugoslawien verbessern würde, wenn man Ersterem das ganze Banat übergebe «wie einen Zahn, der gezogen werden musste». Auch für Drohungen war er sich nicht zu fein: Wenn man Rumänien das Banat vorenthalte, werde er zurücktreten und den Bolschewisten das Feld überlassen.<sup>33</sup> Er versuchte, über die Köpfe der Experten hinweg an Wilson zu appellieren, der ihn weiter zu House schickte, der eine Tirade über sich ergehen lassen musste mit dem Tenor, dass Rumänien von seinen Verbündeten betrogen worden sei. Ausserdem beschwerte sich Brătianu, dass Hoover Darlehen und Lebensmittelhilfen zurückhalte, bis amerikanische, genauer gesagt jüdische Firmen, wie er präzisierete, rumänische Erdölkonzessionen erhielten. Die aus Mitteleuropa eintreffenden Neuigkeiten waren seinem Anliegen nicht günstig. Rumänische Truppen rückten über die Waffenstillstandslinie nach Ungarn und Bulgarien vor; Rumänien zog Einheiten am Nordende des Banats zusammen; und es erhob wilde Anschuldigungen gegen Serbien, das angeblich rumänische Zivilisten ermorden liess. Die Jugoslawen schienen dagegen die Vernunft selbst zu sein.<sup>34</sup>

Anfang März erhielt die rumänische Delegation Verstärkung durch Königin Marie, die in Begleitung dreier molliger Töchter im königlichen Eisenbahnzug in Paris eintraf. «Es war ein grauer Vormittag», schrieb Colette in der Tageszeitung *Le Matin*, «doch Königin Marie leuchtete von innen heraus. Der Glanz ihres goldenen Haars, die Klarheit ihrer rosaweissen Haut, die Glut in ihren herrischen, jedoch sanften Augen – solch eine Erscheinung macht einen sprachlos.» Die Königin drückte auf charmante



Weise ihren Wunsch aus, ihrem Land zu helfen, und lenkte die Aufmerksamkeit auf ihr Wirken im Krieg. «Ich bin einfach gegangen, bei Gott, ich bin einfach dorthin gegangen, wohin man mich rief, und man brauchte mich überall.» Sie sei, fügte sie bescheiden hinzu, «eine Art Banner, das für [ihr] Land hochgehalten» würde.<sup>35</sup>

Das war sie in der Tat. Es war ein Glücksfall, dass der rumänische Thronfolger gerade diejenige Enkelin Königin Victorias geheiratet hatte, die ihre englische Erziehung problemlos hinter sich zu lassen und die Sitten ihrer neuen Heimat anzunehmen vermochte. Er war tödlich langweilig, schüchtern und dumm, sie dagegen schön, lebhaft und ehebrecherisch. Ihre neuen Untertanen fanden diese Mischung hinreissend.<sup>36</sup> Zu ihren Liebhabern gehörten der kanadische Millionär «Klondike» Joe Boyle und Brätianus Schwager, der, wie man annimmt, der Vater aller ihrer Kinder war, abgesehen von jenem unseligen Sohn, der als Carol II. König werden sollte.<sup>37</sup> Marie war eine extravagante Frau. Nach Paris war sie ebenso sehr zum Einkaufen wie im Auftrag ihres Landes gereist. «Rumänien», erklärte sie, «muss Siebenbürgen haben, ebenso wie Bessarabien. Aber was ist, wenn, bloss weil ein Kleid fehlt, eine Konzession nicht zugestanden werden sollte?»<sup>38</sup> Sie sprach ständig von «meinen» Ministern, «meinem» Land und «meiner» Armee. Ihren Ehemann, den König, ignorierte sie; über einen Brief, den sie in Paris von ihm erhielt, sagte sie, er sei «fast unlesbar gewesen, aber da er mit der Beteuerung anfang, dass er vollkommenes Vertrauen in sie habe, habe sie nie den Versuch unternommen, den Rest zu lesen».<sup>39</sup>

Von ihrer Suite im Hotel Ritz aus ging sie daran, die Mächtigen dieser Welt zu erobern. Sie flehte Foch mit einigem Erfolg an, Waffen nach Rumänien zu schicken, vorgeblich für den Kampf gegen den Bolschewismus. Für House, den sie zu umgarnen versuchte, war sie «eine der reizendsten Persönlichkeiten unter all den königlichen Frauen», die er im Westen kennengelernt hatte.<sup>40</sup> Der britische Botschafter in Paris notierte nach einem Abendessen mit ihr: «Sie ist wirklich eine höchst amüsante Frau, und wenn sie nicht so schlicht wäre, müsste man sie für sehr eingebildet halten.»<sup>41</sup> Sie fragte Balfour kokett, ob sie mit Wilson über ihre jüngsten Einkäufe oder über den Völkerbund reden solle. «Fangen Sie mit dem Völkerbund an», riet er ihr, «und enden Sie mit dem rosa Nachthemd. Wenn Sie mit Lloyd George sprechen, können Sie mit dem rosa Nachthemd anfan-

gen.» Lloyd George hielt sie für «eine sehr unanständige, aber auch sehr clevere Frau».<sup>42</sup> Clemenceau fand sie amüsant. Er bekannte ihr gegenüber aber auch unumwunden, wie sehr ihm der rumänische Separatfrieden mit dem Feind missfallen hatte und wie unsympathisch ihm Brătianu war. Auf den Vorwurf, dass Rumänien den Löwenanteil des Banats beanspruche, entgegnete Marie verschmitzt, genau deshalb habe sie «seinen Cousin ersten Grades treffen wollen, den Tiger». Clemenceau entgegnete schlagfertig: «Ein Tiger habe noch nie ein Kind von einer Löwin gehabt.»<sup>43</sup>

Ihre Begegnung mit Wilson war ein Fehlschlag. Sie schockierte ihn bei ihrer ersten Begegnung, indem sie über die Liebe sprach. «Ich habe noch nie eine Dame über solche Dinge sprechen hören», erklärte Grayson, Wilsons Leibarzt. «Ehrlich gesagt, ich wusste vor Verlegenheit nicht, wo ich hinschauen sollte.»<sup>44</sup> Dann lud sich Marie zusammen «mit ein, zwei meiner Gentlemen» selbst zum Mittagessen ein, zu dem sie – mit einem Gefolge von zehn Personen – eine halbe Stunde zu spät erschien. «Mit jedem Augenblick, den wir warten mussten», bemerkte ein Gast, «konnte man am Mahlen des Kiefers des Präsidenten sehen, wie Stück für Stück von Rumänien abgeschnitten wurde.»<sup>45</sup> Nach dem Eindruck der Königin verlief das Essen ausgezeichnet; tatsächlich war sie überzeugt, während ihres Aufenthalts in Paris ihrem Volk sehr geholfen zu haben: «Ich habe gebeten, erklärt und ständig Lanzen zu seiner Verteidigung gebrochen. Ich habe meinem Land ein lebendiges Gesicht gegeben.»<sup>46</sup>

Sie wäre gut beraten gewesen, mehr Zeit mit den Untergebenen der Staatsmänner an der Spitze zu verbringen. Am 18. März teilte die Rumänienkommission das Banat auf: Das westliche Drittel ging an Jugoslawien und der grösste Teil des Rests an Rumänien. Ausserdem erhielt Jugoslawien rund ein Viertel der Baranya und über die Hälfte der westlich des Banats gelegenen Batschka. Die stets auf ethnische Fairness bedachten amerikanischen Experten bestanden darauf, dass das überwiegend von Ungarn bewohnte Gebiet um Szeged bei Ungarn verblieb. Am 21. Juni billigte der Oberste Rat trotz leidenschaftlichen Protests von Seiten der Rumänen die Empfehlungen der Kommission. Die Jugoslawen machten kurzzeitig Schwierigkeiten, weil sie sich weigerten, eine Rumänien zugesprochene Donauinsel zu räumen, und im Herbst 1919 kam es wegen des Banats zu

Spannungen zwischen Rumänien und Jugoslawien. Erst 1923 rangen sich die beiden Staaten dazu durch, die territoriale Aufteilung zu akzeptieren.

Die Bevölkerung wurde durch die neuen Linien auf der Landkarte freilich nicht neu geordnet. Fast 60.000 Serben lebten jetzt in Rumänien, während sich 74.000 Rumänen und annähernd 400.000 Ungarn in Jugoslawien wiederfanden. In der neuen Welt ethnischer Staaten, die sich in Mitteleuropa herausgebildet hatte, war die Lage solcher Minderheiten heikel; allzu oft wurden sie als Eindringlinge behandelt, auch wenn sie schon seit Jahrhunderten an ihren Wohnorten lebten. Sowohl Rumänien als auch Jugoslawien verfolgten eine Assimilationspolitik. Jugoslawien fasste die von Ungarn gewonnen Territorien schliesslich zur Vojvodina zusammen; Belgrad regierte, wie auch heute noch, mit harter Hand. Serbisch wurde zur Geschäftssprache erklärt; Ladenschilder mussten mit kyrillischen Buchstaben beschrieben sein, auch wenn die lateinische Umschrift darunter stehen durfte; in Konzerten musste eine bestimmte Zahl serbischer Stücke gespielt werden; Zeitungen und Schulbücher wurden streng zensuriert. In den 1930er Jahren bemerkte ein ausländischer Beobachter, dass sogar die Serben in der Vojvodina ein trauriges Lied sangen: «Ich gab vier Pferde, / Um die Serben herzubringen. / Acht würde ich geben, / Um sie wieder wegzubringen.»<sup>47</sup>

Rumäniens Anspruch auf das Banat wurde nicht ganz erfüllt, aber auf lange Sicht gesehen erging es dem Land ziemlich gut. Von allen Teilnehmern der Friedenskonferenz erzielte es bei Weitem die grössten Gewinne, durch die sich sowohl sein Territorium als auch seine Bevölkerung verdoppelte. Darüber hinaus gelang es ihm, was ungewöhnlich ist, sich die meisten dieser Gewinne auf Dauer zu sichern. Bessarabien ging zwar nach dem Zweiten Weltkrieg an die Sowjetunion zurück. Auch die Hälfte der Bukowina im Norden eignete sich Moskau an, und Bulgarien bekam einen Teil der umstrittenen Dobrudscha im Süden zurück. Der grösste Gewinn, Siebenbürgen, gehört aber weiterhin zu Rumänien.

# 11

## Bulgarien

In der Diskussion über das Banat brachten ausgerechnet die Amerikaner die Idee ins Gespräch, es zum Element einer komplizierten Reihe von Territorialabsprachen zu machen: Wenn Rumänien einen grösseren Teil des Banats erhielte, wäre es vielleicht bereit, einen Teil des Gebiets zurückzugeben, das es sich 1913 von Bulgarien, seinem Nachbarn im Süden, angeeignet hatte; in diesem Fall wäre Bulgarien möglicherweise willens, Jugoslawien ein Stück Land abzutreten, das dann weniger verärgert darüber wäre, dass es einen Teil des Banats verlor.<sup>1</sup> Dass daraus nichts wurde, war kaum überraschend, denn weder Rumänien noch Jugoslawien waren kompromissbereit.

Bulgarien, das als einziges Balkanland auf Seiten Deutschlands und Österreichs gekämpft hatte, nahm an der Friedenskonferenz nicht teil. Dennoch hätte es erstaunlicherweise beinahe Territorium dazugewonnen, anstatt welches zu verlieren. Es hatte einige Freunde, insbesondere in den Vereinigten Staaten, und sogar die Feindschaft seiner Gegner war halbherzig. Darüber hinaus wirkte das Selbstbestimmungsprinzip zu seinen Gunsten, denn in mindestens zwei Gebieten ausserhalb des Landes bildeten Bulgaren die Mehrheit, in der südlichen Dobrudscha an der Westküste des Schwarzen Meers und im westlichen Thrakien an der Spitze der Ägäis. Ausserdem stellten Bulgaren, wie sie selbst behaupteten, möglicherweise in Teilen des zu Jugoslawien gehörenden Mazedonien die Mehrheit, aber dies war, wie so vieles auf dem Balkan, nur schwer zu überprüfen.

Was einen Bulgaren ausmachte, war nicht klar. Die Religionszugehörigkeit war es nicht, denn die meisten Bulgarischsprachigen waren zwar orthodoxen Glaubens, aber es gab unter ihnen auch Moslems. Die Ethnie vielleicht, aber waren sie Slawen oder Nachfahren asiatischer Nomaden, wie etwa der Mongolen, oder eine Mischung? Und wie unterschieden sie sich von Serben und Mazedoniern? Immerhin ähnelten sich ihre Sprachen sehr. Der bulgarische Nationalismus war ebenso neu wie derjenige der anderen Balkanvölker, vielleicht sogar noch etwas neuer, da die Bulgaren seit dem

14. Jahrhundert unter osmanischer Herrschaft gelebt hatten, länger als alle anderen. In den 1870er Jahren hatten sie schliesslich revoltiert. Die von den Osmanen an ihnen verübten Massaker waren der Anlass für einige von Gladstones grössten Reden. 1919 wurden die Bulgaren jedoch weniger als Opfer betrachtet denn als unzuverlässige Banditen.<sup>2</sup> Was die bulgarischen Grenzen anging, über die vor allem in der Kommission für rumänische und jugoslawische Angelegenheiten entschieden wurde, so waren sich die britischen und französischen Experten darin einig, dass Bulgarien schrumpfen sollte.

Seit seiner Geburt als moderner Staat hatte Bulgarien seine Form verändert wie eine Amöbe. 1878 war ein riesiges, autonomes Bulgarien aus dem Osmanischen Reich hervorgegangen, das im Westen an Albanien grenzte und sich bis an die Ägäis erstreckte. Das war sowohl für seine Nachbarn als auch für die Grossmächte zu viel. Serbien eignete sich einen grossen Teil von Mazedonien und Griechenland Westthrakien an. Ostthrakien blieb beim Osmanischen Reich. Nach einer kurzzeitigen Expansion im Jahr 1912 verlor Bulgarien im folgenden Jahr die Süddobrukscha an Rumänien. Der Wunsch, Verlorenes wiederzuerlangen, wurde neben dem Rückblick auf jenes goldene Zeitalter im 10. Jahrhundert, als Bulgarien vom Schwarzen Meer bis zur Adria reichte, ein Teil des nationalen Traums der Bulgaren.

Waren die Rumänen die Neapolitaner des Balkans, so waren die Bulgaren, die 1919 rund fünf Millionen Menschen zählten, die Flachland-Schotten. Sie galten als mürrisch, arbeitsam, sparsam, wortkarg und halsstarrig. Nach einem Sprichwort jagten Bulgaren einen Hasen auf einem Ochsenkarren und fingen ihn.<sup>3</sup> Im Ersten Weltkrieg wollte der bulgarische Hase vor allem eines: Mazedonien. Dieses Ziel teilte auch ihr Zar, ein ehrgeiziger, gewitzter deutscher Prinz, der in Europa als «schlauer Ferdi» bekannt war. Durch den Besitz von Mazedonien hätte man nicht nur die Kontrolle über die ägäische Küste, sondern auch über die Täler und Eisenbahnstrecken gewonnen, die Mitteleuropa mit dem Süden und dem Nahen Osten verbanden. Nach reiflicher Überlegung kamen Ferdinand I. und seine Regierung zu dem Schluss, dass die Mittelmächte das bessere Angebot machten, und so griff Bulgarien im Herbst 1915 Serbien an, worauf die Alliierten ihm den Krieg erklärten. Bulgarien erlebte eine kurze Phase des Erfolgs, in der es die Süddobrukscha und einen grossen Teil Mazedoniens eroberte, aber 1918 konnten seine Armeen, denen es an Waffen und Verpflegung

fehlte, nicht mehr kämpfen. Bulgarien war die erste Mittelmacht, die kapitulierte.

Nach der Niederlage dankte Ferdinand I. ab. Sein Nachfolger war sein Sohn Boris III., ein schwächlicher, unglücklicher junger Mann,<sup>4</sup> dessen grösstes Vergnügen das Eisenbahnfahren war; die Lokomotivführer des Orient-Express waren angewiesen, ihn nicht in die Nähe der Lokomotive kommen zu lassen.<sup>5</sup> Zunächst glaubte kaum jemand, dass er sich lange auf dem Thron halten würde, auch er selbst nicht.<sup>6</sup> Die Alliierten waren besorgt: Würde Bulgarien kommunistisch werden? Was wäre, wenn es sich weigerte, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen? «Die Alliierten hätten keine Truppen», bemerkte der britische Militärvertreter im Sommer 1919, «und wenn ein nationaler Aufstand ausbräche, würde man ihn nicht aufhalten können.»<sup>7</sup>

Viel hing von Alexander Stamboliski ab, einer schillernden Figur, die laut einem britischen Beobachter «wie ein Wegelagerer aus einem Brombeerbusch» hervorzubrechen pflegte.<sup>8</sup> Stamboliski, der führende Republikaner seines Landes, war in jeder Hinsicht das Gegenteil des neuen Zaren: stämmig, grobschlächtig, selbstbewusst und tatkräftig. Er machte in seinem kleinen Bauernhaus täglich eine Stunde Gymnastikübungen.<sup>9</sup> Im Gegensatz zu Boris empfand er nicht die geringste Ehrfurcht vor Ferdinand.<sup>10</sup> Als Bulgarien sich Deutschland und Österreich-Ungarn annäherte, hatte er den Zaren nicht nur in einer Privataudienz kritisiert, sondern den Wortwechsel auch in seiner Zeitung veröffentlicht, wofür er ins Gefängnis kam.

Stamboliski glorifizierte seine bäuerliche Herkunft. Obwohl er in Deutschland studiert hatte, war seine Sprache voller ländlicher Vergleiche. Er war kein Kommunist, wie viele annahmen, sondern eher ein Bauernsozialist, der Kommunismus und Kapitalismus gleichermaßen beargwöhnte, eine attraktive Mischung in einem Land voller Kleinbauern. Er drückte ihre Vorbehalte gegenüber Stadtmenschen und Oberschicht aus. «Wer hat euch in die Schützengräben geschickt?», fragte er. «Sie haben es getan. Wer hat erreicht, dass ihr Mazedonien, Thrakien und die Dobrudscha verloren habt?»<sup>11</sup>

Als die bulgarischen Armeen im September 1918 zusammenbrachen, schickte Ferdinand als eine seiner letzten Amtshandlungen nach seinem alten Feind. Stamboliski besänftigte die meuternden Soldaten, und im folgenden Herbst wurde er Ministerpräsident. Merkwürdigerweise unternahm er nichts, um die Monarchie abzuschaffen, vielleicht, weil er eine

Schwäche für das «Fürstchen» Boris hatte.<sup>12</sup> Ausserdem konnte sich Bulgarien im Jahr 1919 keinen weiteren Aufruhr leisten. Es war von nahezu allen Seiten von Feinden umgeben. Türken und Bulgaren hassten sich seit Langem. An der Nordgrenze bereitete sich die rumänische Armee auf einen Vorstoss nach Süden vor, und an der Südgrenze zog Griechenland Truppen zusammen.<sup>13</sup> Auf ein freundschaftliches Verhältnis konnte man nur gegenüber Jugoslawien hoffen. Der alte Traum von einem aus Serbien und Bulgarien bestehenden grossen südslawischen Staat war in beiden Ländern noch nicht ganz ausgeträumt.<sup>14</sup> Noch war es freilich eine ungünstige Zeit, um über die slawische Einheit zu reden, so wie sich Bulgarien im Krieg verhalten hatte, als es Serbien erst in einer Zangenbewegung gemeinsam mit Deutschland und Österreich-Ungarn angegriffen und dann serbische Gebiete verwüstet hatte. 1919 sprachen Serben und Griechen kurzzeitig sogar über einen Krieg gegen Bulgarien, von dem Clemenceau jedoch nachdrücklich abriet.<sup>15</sup>

Die Bulgaren sahen dem Beginn der Friedenskonferenz mit erstaunlichem Optimismus entgegen. Der amerikanische Vertreter in Sofia fand ihre Haltung «sonderbar», denn sie schienen sich irgendwie zu den Alliierten zu zählen. «Sie begreifen», schrieb er, «dass sie ein ‚Verbrechen‘ begangen haben, wie der Ministerpräsident es ausdrückt, aber nachdem sie dies zugegeben haben, scheinen sie die Angelegenheit für erledigt zu halten und nicht zu verstehen, wieso die Alliierten Bulgarien verletzt oder ablehnend gegenüberstehen und warum irgendetwas Bulgarien daran hindern sollte, wieder seine Vorkriegsstellung als ‚verzogenes Kind des Balkans‘ einzunehmen.»<sup>16</sup> Der bulgarische Ministerpräsident gestand unumwunden ein, dass sein Land einen grossen Fehler begangen hatte, als es sich auf die Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns schlug. «Bulgarien», fügte er hinzu, «wäre nie in den Krieg eingetreten, wenn es erkannt hätte, dass es dadurch in Konflikt mit England und den Grossmächten geraten würde.» Das bulgarische Volk habe dieses Kriegsbündnis stets abgelehnt, das ihm von einer «kleinen Bande von skrupellosen, im Sold Deutschlands stehenden Politikern» aufgezwungen worden sei. Tatsächlich würden die siegreichen Alliierten Bulgarien Dank schulden, weil es durch sein Waffenstillstandsersuchen den Prozess in Gang gesetzt habe, durch den der Krieg beendet worden sei.<sup>17</sup>

Hoffnungen setzte die bulgarische Regierung besonders in eine Macht.

«Jetzt, im dunkelsten Augenblick seiner Geschichte», erklärte der bulgarische Ministerpräsident, «hoffe es auf die Vereinigten Staaten, das einzige Land, das es praktisch vor der Auslöschung retten könne.» Wilson werde in Bulgarien allgemein bewundert;<sup>18</sup> angesichts der grossen Zahl ausserhalb des Landes lebender Bulgaren fand natürlich das Selbstbestimmungsrecht besonderen Anklang. Sich an die Vereinigten Staaten zu wenden, war ein geschickter Schachzug. Bulgarien hatte sich formal nicht im Krieg mit den Vereinigten Staaten befunden, und die Amerikaner standen ihm im Allgemeinen positiv gegenüber, was nicht zuletzt auf die enthusiastische Lobbyarbeit amerikanischer Missionare des Protestant Board zurückzuführen war. (Ein Zyniker hatte angemerkt, Letztere seien vor allem deshalb durchweg probulgarisch eingestellt, weil Bulgarien das einzige Balkanland sei, in dem sie einen gewissen Erfolg hätten.)<sup>19</sup> Amerikanische Experten sprachen sich dafür aus, Bulgarien einen Zugang zur Ägäis zu verschaffen und ihm die Süddobrukscha sowie vielleicht einen Teil Mazedoniens anzugliedern.<sup>20</sup> Bulgarien selbst verlangte noch mehr. Die Regierung schickte eine Denkschrift mit ihren Forderungen nach Paris, die unter anderem ganz Thrakien umfassten. «Irreal und dem Thema unangemessen», lautete die Einschätzung der britischen Delegation.<sup>21</sup>

Die bulgarische Südgrenze konnte erst festgelegt werden, wenn der Friedensvertrag mit dem Osmanischen Reich unter Dach und Fach war, was augenscheinlich noch einige Zeit dauern würde. Was Mazedonien betraf, befanden die Alliierten schliesslich, dass sie auch so schon genug zu tun hätten, ohne sich über dieses unglückliche, heiss umkämpfte Stück Land den Kopf zu zerbrechen. Die Briten und Franzosen pflichteten der Auffassung bei, dass es gefährlich wäre, mit vor 1914 gezogenen Grenzen herumzuspielen. Mazedonien wurde sich selbst überlassen, obwohl dies bedeutete, dass eine erhebliche Zahl von Bulgaren unter jugoslawischer Herrschaft verblieb.

Briten und Franzosen hätten dazu bewegt werden können, ihre eigenen Regeln zu brechen (wie sie es später taten, als sie Bulgarien Westthrakien nahmen und es Griechenland zusprachen), wenn sie das Gefühl gehabt hätten, dass Bulgarien es verdiente. Doch dieses Gefühl hatten sie nicht. Als Jugoslawien zum Schutz lebenswichtiger Eisenbahnlinien und Belgrads selbst Gebiete an der bulgarischen Westgrenze beanspruchte, hörten sie daher aufmerksam zu. Doch die Italiener, die Jugoslawien feindlich ge-



sinn waren, erhoben Einspruch. Darüber hinaus liessen italienische Soldaten der alliierten Besatzungstruppen offenbar bulgarische Gefangene entkommen; ferner weigerten sie sich, die bulgarische Armee zu entwaffnen, und unterstützten sie mit Waffen. Schliesslich wurden Jugoslawien gegen die Stimme Italiens vier überwiegend von Bulgaren bewohnte Gebietsstücke übergeben. Das war weniger, als es verlangt hatte, aber zu viel für Bulgarien, das sich bitter beklagte, es habe alle strategischen Punkte in dem die beiden Länder trennenden Gebirge verloren.<sup>22</sup>

Die Entscheidung über die Süddobrukscha sorgte in Bulgarien für noch mehr Verbitterung. Die Amerikaner bestanden darauf, dass die Friedenskonferenz sich mit dieser Frage beschäftigen müsse. Aus ethnischen Gründen war der bulgarische Anspruch weit fundierter als der rumänische. Die Bevölkerung war gemischt: Tataren, Türken, bulgarischsprachige Moslems und bulgarische Christen, die wahrscheinlich knapp in der Mehrheit waren. Dagegen lebten dort bei einer Gesamtbevölkerung von 300.000 Menschen weniger als 10.000 Rumänen.<sup>23</sup> Dennoch gelang es Rumänien auf der Friedenskonferenz, das Gebiet zu behalten, zum Teil, weil das Thema im Vergleich mit dem weit grösseren Streit zwischen Brätianu und den Alliierten über die rumänischen Ansprüche auf ungarische und russische Territorien klein und unwichtig war. Und wie so oft waren vor Ort bereits Fakten geschaffen worden: Als die Friedenskonferenz begann, hatten die französischen Militärbehörden rumänischen Armee-Einheiten und Zivilbeamten bereits erlaubt, die Kontrolle über das Gebiet zu übernehmen.<sup>24</sup>

Zum Pech für Bulgarien waren die Vereinigten Staaten, die einzige Macht, die seinen Anspruch unterstützte, zu dem Zeitpunkt, als er verhandelt wurde, dabei, sich aus Europa wieder zurückzuziehen. Die amerikanischen Delegierten, die in Paris geblieben waren, verfochten im Sommer 1919 hartnäckig ihren Standpunkt, aber sie besaßen nicht mehr die Hebel, um die europäischen Mächte zu lenken, und die waren der Ansicht, dass Rumänien, wie Balfour es in seiner typischen abgehobenen Art ausdrückte, ein Gebiet, «das eindeutig nicht rumänisch sei», eigentlich abgeben müsste, dass jetzt aber nicht der richtige Zeitpunkt sei, dies zu verlangen. «Man könnte meinen, dass die alte Grenze in der Dobrukscha beibehalten werde, obwohl dies weder gerecht noch dem Frieden auf dem Balkan förderlich sei.»<sup>25</sup>

Im Juli 1919 wurde die bulgarische Delegation, einschliesslich Stambo-

liski, nach Paris gerufen, obwohl der Vertrag für Bulgarien noch nicht fertig war. Zweieinhalb trübselige Monate mussten die Bulgaren unter Polizeibewachung in ihrem Hotel, einem alten Schloss im Pariser Vorort Neuilly, warten. Es war ihnen verboten, nach Paris zu fahren, ihre Post wurde zensuriert, und sie durften keine Besucher empfangen. In einem Brief an Clemenceau beklagten sie sich darüber, dass die französische Presse den Eindruck vermittele, Bulgarien sei «ein Land der Verbrecher und Barbaren ..., mit welchem kein zivilisiertes Volk in Vertrauen und Freundschaft leben könne».<sup>26</sup>

Als die Delegation im September endlich den Vertragsentwurf erhielt, hatte sie noch mehr Grund zur Klage. Bulgarien verlor rund zehn Prozent seines Territoriums, im Norden die Süddobrukscha und im Süden den noch zu ihm gehörenden Teil von Westthrakien, mitsamt dem Zugang zur Ägäis. (Die Alliierten übernahmen vorübergehend die Kontrolle über Thrakien, aber Griechenland, dessen Vertreter mit einer langen Einkaufsliste nach Paris gekommen waren, durfte darauf hoffen, es zugesprochen zu bekommen.) Ferner sollte Bulgarien Reparationen in Höhe von 400 Millionen US-Dollar bezahlen. (Da die Jahresraten zusammen mit denjenigen für die bulgarischen Auslandsschulden den Haushalt des Landes überstiegen, wurden die Zahlungsverpflichtungen erst reduziert, 1932 schliesslich ganz gestrichen.) Die Streitkräfte wurden dramatisch beschnitten; die Armee sollte auf eine blosse Polizeitruppe von 20.000 Mann reduziert werden. Der Tag, an dem die Einzelheiten des Vertrages bekanntgegeben wurden, war für Bulgarien ein Trauertag.

Die bulgarische Delegation in Paris ersuchte mit dem Argument, ihr Land sei nach dem Sturz Ferdinands wie Frankreich einst nach der Revolution zu einem neuen, demokratischen Staat geworden, um Änderungen. Doch die Alliierten schenkten ihnen kaum Beachtung. Als einziges Zugeständnis erlaubten sie Bulgarien, eine kleine Flottille leicht bewaffneter Schiffe auf der Donau zu behalten. In Bulgarien sprachen manche von Widerstand, aber der Realist Stamboliski erklärte, er werde «auch einen schlechten Frieden» unterzeichnen.<sup>27</sup> Am 27. November 1919 fand im alten Rathaus von Neuilly eine schlichte Zeremonie statt. Auf der Treppe standen Wachen mit aufgepflanztem Bajonett Spalier, und eine neugierige Zuschauermenge wartete auf die Ankunft der Bulgaren. Stamboliski erschien allein, bleich und beklommen. Es wirkte, wie ein Amerikaner mitleidig an-

merkte, «als wäre ein Laufbursche zu einer Besprechung mit dem Vorstand gerufen worden». Der als Vertreter seines Landes anwesende griechische Ministerpräsident Venizelos «bemühte sich, nicht zu zufrieden auszusehen». Clemenceau, der von einem mit grünem Filz bespannten Tisch aus die Zeremonie leitete, brachte sie schnell über die Bühne.<sup>28</sup> Athen beging das Ereignis mit einem Feiertag und einem Te Deum, während in Sofia trübselige Resignation herrschte.

Im November, während die Alliierten noch darüber nachdachten, ob sie Westthrakien Griechenland übergeben sollten, richtete Stamboliski einen verzweifelten Aufruf zur Zusammenarbeit an Venizelos: «Von allen Staatsmännern des Balkans sind Eure Exzellenz am besten in der Lage, die grosse Bedeutung einer Verständigung unter den Balkanvölkern einzuschätzen.»<sup>29</sup> Venizelos, der an seinem Traum von einem Grossgriechenland festhielt und sich der britischen Unterstützung sicher war, ging nicht darauf ein. Im folgenden Jahr wurde Westthrakien Griechenland zugesprochen. Die bulgarische Südgrenze wurde erst in dem 1923 unterzeichneten endgültigen Friedensvertrag mit der Türkei verbindlich festgelegt, als Venizelos Traum bereits an der Wirklichkeit zerschellt war.

Stamboliski erwies sich als Staatsmann von Format. Unter seiner Führung akzeptierte Bulgarien seine neuen Grenzen und gab seine alte Expansionspolitik selbst in Bezug auf das jugoslawische Mazedonien auf. Darüber hinaus verbesserte es die Beziehungen zu Jugoslawien und schloss sogar ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus mit Belgrad. In der Folgezeit gingen die bulgarischen Behörden hart gegen die mazedonischen Terroristen vor, die Sofia zu ihrer Machtbasis gemacht hatten. Stamboliski schuf als Gegenstück zur von den Sowjetrussen gegründeten Kommunistischen Internationale eine Grüne Internationale von Bauernparteien. Bulgarien wurde ein engagiertes Mitglied des Völkerbunds. Mit seiner Politik im Innern wie im Äusseren machte sich Stamboliski allerdings viele Feinde: bulgarische Nationalisten, Armeeoffiziere, mazedonische Terroristen, die unter Inflation und hohen Steuern leidende Mittelschicht, vielleicht sogar den Zaren selbst. Im Juni 1923 wurde Stamboliski im Zuge eines Staatsstreichs von mazedonischen Verschwörern erschossen.

Stamboliskis gemässigte Aussenpolitik überlebte seinen Tod nicht lange. Zu viele Bulgaren schauten sehnsüchtig auf das Grossbulgarien frühe-

rer Zeiten zurück; sie lehnten den Vertrag von Neuilly ab und waren wütend über die Behandlung, die ihre Landsleute in Rumänien, Griechenland und Jugoslawien erfuhren. Die mazedonischen Terroristen operierten weiterhin von Bulgarien aus, wo sie buchstäblich unverwundbar waren, und belasteten dessen Beziehungen zu Griechenland und Jugoslawien. Anfang der 1930er Jahre unternommene Anstrengungen, ein allgemeines Balkanabkommen über die Anerkennung der bestehenden Grenzen zustande zu bringen, scheiterten an der Ablehnung Bulgariens. Da Jugoslawien, Griechenland, die Türkei und Rumänien dennoch ein Abkommen schlossen, wurde Bulgarien isoliert. Als Europa erneut auf einen Krieg zusteuerte, wandte das Land sich dem deutschen Lager zu. 1940 gab Rumänien auf deutschen Druck die Süddobrudscha zurück, und im Frühjahr 1941 eroberten bulgarische Truppen an der Seite deutscher und italienischer Verbände Mazedonien und Westthrakien.<sup>30</sup> Bulgarien konnte sich der erworbenen Gebiete jedoch nicht lange erfreuen, denn gemäss dem Pariser Vertrag von 1947 durfte es nur die Süddobrudscha behalten. Zu diesem Zeitpunkt war das neue kommunistische Regime bereits etabliert. Zar Boris war lange tot – von den Nazis vergiftet, wie viele glaubten. Der «schlaue Ferdi» starb 1948 im Alter von 87 Jahren friedlich in Deutschland.

## Winterpause

Ende Januar 1919 waren die Grundzüge der Friedensverträge bereits mehr oder weniger klar erkennbar. Die russische Frage, den Völkerbund und die neuen Grenzen in Mitteleuropa hatte man weitgehend abgehandelt. Auch in den entscheidenden Punkten des deutschen Vertrags hatte man in einem Sonderkomitee Fortschritte erzielt: in Bezug auf die Kriegsschäden und die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu leisten; in Bezug auf seine Grenzen, seine Kolonien und seine Armee; hinsichtlich der Ahndung von Kriegsverbrechen und sogar in Bezug auf die deutschen Unterseekabel. Die grösste Frage allerdings – wie Deutschland bestraft und wie es in Zukunft unter Kontrolle gehalten werden sollte – hatten Clemenceau, Lloyd George und Wilson, die Einzigen, die sie wirklich lösen konnten, kaum berührt.

Noch etwas anderes hatte sich ergeben, die «grosse Überraschung der Konferenz», wie ein Schweizer Diplomat es nannte: eine enge Partnerschaft zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten.<sup>1</sup> Gewiss hatte es Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Mandate gegeben, aber im Obersten Rat, in den Kommissionen und Komitees sowie auf den Fluren hatten Briten und Amerikaner festgestellt, dass sie in den meisten Fragen übereinstimmten. Wilson, der Lloyd George nie wirklich mochte, war ein wenig dessen Charme erlegen und plauderte zwischen den Sitzungen angeregt mit ihm; gelegentlich traf er sich sogar zum Essen mit ihm. Ausserdem war er zu der Einsicht gelangt, dass er mit einem starken liberalen Premierminister besser zu Rande kam als mit einem konservativen.<sup>2</sup>

Am 29. Januar sagte Wilson zu House, dass er es gut fände, wenn die amerikanischen Experten eng mit den britischen Zusammenarbeiten würden. House hatte zwar seine Vorbehalte, leitete diese Anregung aber getreulich an beide Seiten weiter. Lloyd George, an einem guten Verhältnis zu den Vereinigten Staaten sehr interessiert, war erfreut. Ebenso wie die Kanadier, die stets Spannungen zwischen den beiden Weltmächten fürchteten. Auch die Experten beider Seiten, die bereits Kontakte zueinander geknüpft hatten, reagierten insgesamt positiv. «Unsere Beziehungen zu

den Briten, den Einzigen, die hier keine chauvinistische Politik betreiben (eine Tatsache, für deren Erkenntnis Wilson eine Woche brauchte)», erklärte der amerikanische Experte Charles Seymour, «sind so eng, dass wir unsere Ansichten über die territorialen Regelungen für Europa absolut offen miteinander austauschen.» Die Mitglieder beider Delegationen gewöhnten es sich an, sich regelmässig miteinander zu beraten, einander vertrauliche Denkschriften vorzulegen und über die sicheren Leitungen, die amerikanische Techniker zwischen dem Crillon und dem Majestic verlegt hatten, miteinander zu telefonieren. «Unsere Einmütigkeit», schrieb Nicolson später, «war in der Tat bemerkenswert. In diesen Räumen, die ehemals die ‚cabinets particuliers‘ von Maxim gewesen waren, wurde ein anglo-amerikanischer Entwurf ausgearbeitet, der die gesamten Grenzfragen für Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Rumänien, Österreich und Ungarn umfasste. Nur in Bezug auf Griechenland, Albanien, Bulgarien und den europäischen Teil der Türkei ergaben sich einige Unstimmigkeiten; aber auch die bezogen sich nur auf Einzelheiten, nie auf das Grundsätzliche.»<sup>3</sup>

Während die Beziehungen zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten gediehen, verschlechterte sich das Verhältnis beider Länder zu Frankreich. Für die Briten waren die Franzosen Konkurrenten bei der Neuverteilung von osmanischem und russischem Territorium im Nahen Osten und in Zentralasien. Ausserdem argwöhnten sie, dass die Franzosen, sobald Wilson zu seiner Kurzreise in die Vereinigten Staaten abgereist wäre, versuchen würden, die Vertragsbedingungen für Deutschland in ihrem Sinn zu gestalten. «Sie waren voller Intrigen und Schikanen aller Art, ohne jede Vorstellung von Spielregeln», bemerkte Hankey.<sup>4</sup> Als Frankreich im Februar in eine Finanzkrise schlitterte und der Kurs des Franc unter Druck geriet, nahmen es die Briten kühl zur Kenntnis. Sie könnten ihnen nicht mit einem Kredit aushelfen, teilten sie den Franzosen mit. Erst als House bei Lloyd George ein gutes Wort einlegte, wurden einige Mittel bereitgestellt. Die Franzosen nahmen das Darlehen an, behielten das Zögern aber im Gedächtnis.<sup>5</sup> Briten und Amerikaner schüttelten den Kopf über das, was ihnen als französische Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit erschien.<sup>6</sup>

Besonders schlecht war das Verhältnis zwischen den Franzosen und den Amerikanern. Französische Diplomaten warfen Wilson vor, er würde

mit seinem Völkerbundprojekt die Behandlung des eigentlichen Konferenzgegenstands – die Bestrafung Deutschlands – aufhalten. Der französische Finanzminister Louis-Lucien Klotz erklärte seinen Ministerkollegen, die Amerikaner wollten ihre Lebensmittelüberschüsse gegen Barzahlung an Deutschland verkaufen, was es Frankreich erschweren würde, die ihm zustehenden Reparationen zu erhalten. Die Amerikaner ihrerseits beklagten sich, dass die Franzosen für ihre Unterkünfte in Paris und für die Stationierung ihrer Truppen zu viel verlangen würden. In den Kinos blieben die Zuschauer, die einst jeden Leinwandauftritt Wilsons bejubelt hatten, jetzt still. Von manchen Amerikanern war zu hören, dass sie auf der falschen Seite gekämpft hätten. Die Pariser machten sich über Mrs. Wilson lustig, und die französischen Zeitungen, die dem Präsidenten im Allgemeinen wohlgesinnt waren, begannen ihn zu kritisieren.<sup>7</sup>

Die Angriffe empörten Wilson, der nicht ohne Grund überzeugt war, dass sie von der französischen Regierung gesteuert wurden. Mit vor Verärgerung zitternder Stimme zeigte er einem Besucher ein vertrauliches Dokument, in dem die französischen Zeitungen aufgefordert wurden, das Chaos in Russland zu übertreiben, die Möglichkeit einer neuen deutschen Offensive hervorzuheben und Wilson daran zu erinnern, dass er zu Hause mit einer starken republikanischen Opposition konfrontiert war. Unter vier Augen machte Wilson seiner Erbitterung immer deutlicher Luft: Die Franzosen seien «dumm», «engstirnig», «geisteskrank», «unzuverlässig», «durchtrieben», «die schlimmsten Leute, mit denen [er] jemals zu tun hatte».<sup>8</sup> Die gewöhnlichen Franzosen halte er weiterhin für vernünftig, sagte er zu seinem Leibarzt, aber ihre Politiker führten sie in die Irre. «Dass das Volk der Vereinigten Staaten nicht mehr profranzösisch, sondern probritisch eingestellt sei, liege einzig und allein daran, dass die französischen Politiker solch offensichtliche Diskriminierungen von Amerikanern zugelassen hätten. Ausserdem sagte der Präsident, dass die Briten sich nobel und loyal zu verhalten schienen.»<sup>9</sup>

So wie das Verhältnis zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten wurde auch das Wetter kühler. Schneefall setzte ein, so dass amerikanische Soldaten auf den Champs-Élysées Schneeballschlachten ausfechten konnten. Im Bois de Boulogne wurde Schlittschuh gelaufen und in Versailles Schlitten gefahren. Wegen der Kohleknappheit war es sogar in den Luxushotels eiskalt. Die Menschen zogen sich Erkältungen zu oder wurden,

schlimmer noch, Opfer der seit dem Sommer 1918 grassierenden Grippe-epidemie. Die Militärärzte im Crillon verteilten Hustensaft und medizinischen Rat. Das Rauchen, erklärte einer, sei eine ausgezeichnete Vorbeugung.<sup>10</sup>

Immer mehr Delegierte trafen ein; am Ende waren es weit über tausend.<sup>11</sup> Die Briten statteten ihre Delegierten mit jeweils 1500 Visitenkarten aus, die sie bei ihren Kollegen abgeben sollten, so wie man es auf dem Wiener Kongress getan hatte. Nach vielen Beschwerden über die Zeitverschwendung verfügte Clemenceau, diese Praxis aufzugeben.<sup>12</sup> Viele Delegierte waren Diplomaten und Staatsmänner, aber zum ersten Mal bei einer grossen internationalen Konferenz nahmen auch viele «Laien» teil. Die Briten hatten praktisch das gesamte Nachrichtenbüro des Informationsministeriums nach Paris entsandt, mit Männern wie dem jungen Arnold Toynbee und Lewis Namier, die später zu den herausragenden Historikern ihrer Generation gehören sollten. Die Amerikaner hatten Professoren aus Houses «Inquiry» sowie Wall-Street-Bankiers wie Thomas Lamont und Bernard Baruch mitgebracht. Die Berufsdiplomaten murrten. «Eine Improvisation», konstatierte Jules Cambon, aber solche Ansichten kümmerten weder Lloyd George oder Wilson noch Clemenceau. «Diplomaten», mokierte sich Lloyd George, «sind nur dazu erfunden worden, um Zeit zu verschwenden.»<sup>13</sup>

Neben den Konferenzteilnehmern versammelte sich in Paris eine grosse Zahl von Bittstellern, Journalisten und Neugierigen. Die Romanautorin Elinor Glyn unterhielt an ihrem Ecktisch im Ritz eine illustre Runde von Prominenten und schrieb Artikel über Fragen wie «Verändern sich die Frauen?» oder «Ist die Ritterlichkeit tot?». Franklin D. Roosevelt, damals Staatssekretär im Marineministerium, überzeugte seine Vorgesetzten, dass er den Verkauf von Eigentum der US-Marine in Europa überwachen müsse, und reiste, eine grollende, unglückliche Eleanor im Schlepptau, nach Paris. In ihrer Ehe kriselte es bereits, und jetzt fand sie, dass ihr Ehemann den Pariser Frauen zu viel Aufmerksamkeit schenkte.<sup>14</sup> William Orpen und Augustus John richteten sich in Paris ein, um offizielle Porträts der Konferenzteilnehmer zu malen; Letzterer verwandte einen grossen Teil seiner Kraft allerdings auf ausschweifende Partys.<sup>15</sup> Britische Minister kamen gelegentlich für ein, zwei Tage herüber. Der stellvertretende Premierminister Bonar Law flog in einem speziellen, pelzbesetzten Fluganzug tapfer hin und her.



Elsa Maxwell, die damals noch nicht die Doyenne der internationalen High Society war, sicherte sich als Begleiterin einer glamourösen geschiedenen Frau, die auf der Suche nach einem neuen Ehemann war, eine Schiffspassage von New York nach Europa. Die beiden Frauen gaben in einem gemieteten Haus rauschende Feste. General Pershing sorgte für die Getränke, Maxwell spielte auf dem Klavier die neusten Cole-Porter-Songs, und die Geschiedene fand einen neuen Mann, einen gutaussehenden amerikanischen Hauptmann namens Douglas MacArthur.<sup>16</sup> Draussen trafen sich eines Morgens zwei junge Offiziere wegen einer anderen amerikanischen Schönheit zu einem Duell mit Säbeln.<sup>17</sup>

Attraktive Frauen hatten in Paris in diesem Jahr eine gute Zeit. Nur wenige Delegierte hatten ihre Frauen mitgebracht; tatsächlich war es den meisten untergeordneten Delegationsmitgliedern ausdrücklich verboten worden. «Die verschiedenen Ministerien scheinen die schönsten und bestgekleideten Gesellschaftsdamen herübergeholt zu haben», schrieb Hankey an seine Frau. «Ich weiss nicht, wie sie ihre Arbeit machen, aber abends tanzen und singen sie und spielen Bridge.»<sup>18</sup> Puritaner argwöhnten noch Schlimmeres als Bridge. So reiste eine amerikanische Journalistin «in aller Offenheit und mit enormem Aplomb» mit einem italienischen General. In den Hotels, in denen die Delegationen untergebracht waren, betraten Frauen ungehindert die Zimmer von Männern. Zwei kanadische Rotkreuzschwestern, die eine Art Beruf daraus machten, Zimmernummern zu verwechseln, und sich dann zu gehen weigerten, wurden nach Hause geschickt. Der Krieg schien die alten Hemmungen gelockert zu haben. «In Paris grassiert die Sünde», stellte Elinor Glyn streng fest. «Im Larue essen Lesben offen zusammen zu Abend, manchmal zu sechst ... Männer sind genauso. Nichts ist heilig, nichts verborgen, nicht einmal Sünde und Habgier.»<sup>19</sup>

Paris bot viele Zerstreungen: die Pferderennen in St. Cloud, ausgezeichnete Restaurants, wenn man sich die Preise leisten konnte und einen Tisch bekam, und die Oper, die alte Zugnummern im Programm hatte: *Hoffmanns Erzählungen Madame Butterfly*, *La Bohème*. Nach und nach öffneten auch die Theater wieder ihre Tore, mit Stücken aller Art, von Klassikern bis zu Farcen. Sarah Bernhardt trat in einer Wohltätigkeit gala auf und Isadora Duncans Bruder zeigte Ausdruckstänze. Ruth Daper kam aus London herüber, um ihre Monologe aufzuführen, und kanadische De-

legierte liessen sich durch das Musical *Phi Phi* schockieren. «Wir kamen jedoch zu dem Schluss», schrieb einer von ihnen an seine Frau, «dass solche Offenheit auch etwas für sich hat. Ich wüsste gern, ob die Franzosen aufgrund grösseren Wissens gewissen Krankheiten entgehen, die bei uns zweifellos weit verbreitet sind.»<sup>20</sup> Sogar Wilson, der für gewöhnlich um zehn Uhr im Bett lag, besuchte eine Revue; er fand einige Witze zu grob, amüsierte sich aber über die «anständigen Teile».<sup>21</sup> Elsa Maxwell führte Balfour eines Abends zum ersten Mal in seinem Leben in einen Nachtclub. «Lassen Sie mich Ihnen für den heitersten und entwürdigendsten Abend danken, den ich je erlebt habe», sagte der Elder Statesman in seiner gewohnten höflichen Art.<sup>22</sup>

Andere Delegierte fanden unschuldigere Zeitvertreiber: frühmorgendliche Spaziergänge im Bois de Boulogne, Bridgepartien am Abend. Balfour spielte, wann immer möglich, Tennis. Lansing verbrachte seine Abende mit philosophischer Lektüre. Die beiden Chefs der italienischen Delegation, Sonnino und Orlando, blieben im Hotel.<sup>23</sup> Lloyd George ging abends gelegentlich in ein Restaurant oder ins Theater, obwohl Frances Stevenson das Aufsehen, das sein Auftauchen regelmässig erregte, unangenehm war. Eines Abends beklagte sie sich ausserdem darüber, dass er mit einer jungen Frau aus der britischen Delegation flirtete. «Er hat es allerdings ganz offen getan», notierte sie, «und ich glaube, es hat ihm gutgetan. Deshalb hatte ich nichts dagegen.»<sup>24</sup>

Das gesellschaftliche Leben in Paris erwachte wieder zum Leben. Als Elsa Maxwell mit Prinz Murat zu einem Kostümball fuhr – er als Clemenceau und sie, die ziemlich füllig war, als Lloyd George –, wurde ihr Auto auf den Champs Élysées von einer riesigen, jubelnden Menschenmenge angehalten. In der Bar des Ritz trafen sich die Gäste zu den neuesten Cocktails. Draussen in Versailles empfing die Innenarchitektin Elsie de Wolfe, die spätere Lady Mendl, die prominenteren Delegierten in ihrer berühmten Villa zum Tee. Mrs. Wilson gelang es zum Leidwesen seiner Bewunderer, ihren Mann zu einigen der Feste und Empfänge zu zerren.<sup>25</sup>

Im Hôtel Majestic veranstaltete Balfours Privatsekretär Ian Malcolm Lesungen seiner komischen Gedichte «Der Ausbruch des Friedens» und «Die Ballade von Büyükkada».<sup>26</sup> Im Keller fanden Theateraufführungen statt. Nachdem Orpen für eine Produktion ein Plakat entworfen hatte, auf

dem zwei nackte Kinder zu sehen waren, sang ein Chor in der nächsten Revue: «Wir sind zwei kleine Orpens, / der Kleidung beraubt.»<sup>27</sup> Ein britischer Offizier, der Hunderte von Kilometern zurückgelegt hatte, um über die Situation in Mitteleuropa zu berichten, reiste entsetzt ab. «Er könne niemanden von seinem Rang damit belästigen», notierte ein Amerikaner, mit dem er sprach, «sich seine Darstellung der schrecklichen Zustände in Polen anzuhören, denn sie seien alle völlig davon in Anspruch genommen, ob der Ballsaal am Dienstag und Donnerstag oder nur am Donnerstag für Theateraufführungen genutzt werden solle.»<sup>28</sup> Lloyd Georges jüngere Tochter, die sechzehnjährige Megan, erlebte den Spass ihres Lebens. Witzbolde merkten an, das Hotel sollte in Megantic umbenannt werden. Schliesslich sprach ihr Vater ein Machtwort, und Megan wurde in ein Mädchenpensionat gesteckt.<sup>29</sup>

Die Tanzveranstaltungen im Majestic wurden berühmt. Die jungen Krankenschwestern und Schreibkräfte – «wie Nymphen» seien sie, meinte ein älterer Diplomat – kannten die neusten Tänze, vom langsamen Walzer bis zum Foxtrott. Beobachter waren fasziniert. «Warum», fragte Foch, der eines Tages vorbeischaute, «haben Briten so traurige Gesichter und so fröhliche Hintern?»<sup>30</sup> Besonders die Tanzveranstaltungen am Sonnabend waren derart beliebt, dass die Behörden sich Sorgen über den Eindruck machten, den sie erweckten, und ein Verbot erwogen.<sup>31</sup>

Während der Pariser Friedenskonferenz fanden allerdings wesentlich weniger grosse Bälle und extravagante Amusements statt als zur Zeit des Wiener Kongresses. Die beliebtesten Formen des gesellschaftlichen Lebens waren Mittag- und Abendessen, bei denen die Delegierten wichtige Arbeit erledigten. Lloyd George, der aktiver war als die meisten anderen, hatte auch Frühstückstreffen. Die Bittstellernationen luden zu verschwenderischen Essen ein, bei denen sie ihre Forderungen darlegten. «Ich beginne wieder meine Arbeit als Sozialarbeiter», schrieb Seymour seiner Frau. «Morgen Abendessen mit Brätianu, am Sonnabend Mittagessen mit italienischen Liberalen, Abendessen mit den Serben, und am Montag Abendessen mit Tschechoslowaken – Kramarz [Karel Kramář] und Beneš.»<sup>32</sup> Die Polen gaben ein Mittagessen für die Amerikaner, das bis fünf Uhr nachmittags dauerte und bei dem polnische Historiker, Ökonomen und Geographen die Berechtigung der polnischen Ansprüche begründeten.<sup>33</sup> Die Chinesen luden die ausländische Presse zu einem Abendessen

ein, doch während ein Gang nach dem anderen aufgetragen wurde, warteten die Journalisten vergeblich darauf, dass die Gastgeber ihr Anliegen vorbrachten. Die Chinesen unterhielten sich in tadellosem Englisch über dies und jenes, nur nicht über die Friedenskonferenz. Um 3.30 Uhr früh brachen die amerikanischen Korrespondenten auf, bis auf einen, der als Berichterstatter zurückblieb. Als auch er im Morgengrauen schliesslich ging, hatten die Chinesen immer noch nicht erklärt, warum sie zu diesem Essen eingeladen hatten.<sup>34</sup>

Einige Delegierte aus Übersee besuchten die Schlachtfelder. In den Briefen, die sie anschliessend nach Hause schrieben, versuchten sie wiederzugeben, was sie gesehen hatten: die geborstenen Bäume, die vielen kleinen Holzkreuze mit Palmwedeln auf den Feldern, die von Schrapnellsplittern bedeckten Strassen, die Granattrichter, das Gewirr von verrostetem Stacheldraht, die im Schlamm versunkenen Panzer und Kanonen, die Uniformfetzen, die nicht beerdigten Knochen. «Über viele Meilen hinweg», schrieb Houses Schwiegersohn Gordon Auchincloss, «ist der Boden eine Abfolge von tiefen, mit Wasser gefüllten Granattrichtern, und dazwischen stehen Dutzende in Stücke geschossene Panzer. So eine schreckliche Verschwendung und eine derart starke Zerstörung habe ich noch nie gesehen.» Die Besucher wagten sich in die Schützengräben, von wo sie deutsche Helme und leere Granathülsen als Souvenirs mitnahmen. Eine Gruppe fand einige neue Zündschnüre, «wunderbares Spielzeug für die Kinder». Man staunte über die Trümmerberge, die einst Städte gewesen waren. Wie die Ruinen von Pompeji, bemerkte James Shotwell, ein amerikanischer Professor, nach einem Besuch der alten Kathedrale von Reims. Doch er war erleichtert, zwischen den Trümmern ein Restaurant zu entdecken, in dem es Wurst und Sauerkraut zu essen gab.<sup>35</sup>

Mitte Februar liess das Arbeitstempo der Friedenskonferenz nach, da Wilson zu seinem Kurzbesuch in die Vereinigten Staaten gereist war – offiziell zur letzten Sitzung der 65. Legislaturperiode des Kongresses, inoffiziell, um den wachsenden Widerstand gegen den Völkerbund zu überwinden – und Lloyd George sich nach London begeben hatte, um innenpolitische Probleme zu lösen. Balfour vertrat Lloyd George im Obersten Rat, und Wilson hatte, seinen Aussenminister erneut ignorierend, House zu seinem Stellvertreter gemacht. Für Lansing, der ohnehin schon depressiv und nicht gut beisammen war – er erprobte gerade eine neue Behandlung

seiner Diabetes –, war es ein schwerer Schlag, zumal es nicht der erste war. So hatte er als erfahrener Völkerrechtsanwalt in einer Sitzung der amerikanischen Delegation einige Vorschläge für den Völkerbund gemacht, war aber von Wilson mit der barschen Bemerkung, er habe nicht die Absicht, Anwälte den Friedensvertrag ausarbeiten zu lassen, abgefertigt worden. Da er der einzige anwesende Rechtsanwalt war, hatte er dies als Beleidigung sowohl seiner Person als auch seines Berufsstands aufgenommen. Wilson übergab die wichtigen Dinge wiederholt seinem Vertrauten House; seinem Aussenminister überliess er lediglich die Aufgabe, die Presse zu informieren, was Lansing hasste. Wilson schien ein boshaftes Vergnügen daran zu haben, zwischen House und Lansing Unfrieden zu stiften, und er freute sich regelmässig, wenn er etwas Nachteiliges über Lansing hörte. «Alles, was Mr. L. tut, scheint ihn zu reizen», notierte Mrs. Wilsons Sekretärin nach dem Besuch einer verweinten Mrs. Lansing in ihrem Tagebuch, «die Tatsache, dass sie so oft zum Abendessen ausgehen, Einladungen von Personen annehmen, die er (der P.) nicht mag. Er lässt einfach kein Leben gelten, ausser demjenigen, das er führt.»<sup>36</sup> Wilsons Verhalten war grausam und letztlich kostspielig, da Lansing Rache nehmen sollte, als die Ratifizierung des Friedensvertrags in den Vereinigten Staaten anstand.

Sowohl House als auch Balfour bemühten sich, in Abwesenheit ihrer Chefs die Arbeit der Konferenz zu beschleunigen. Sie beschlossen, sich darauf zu konzentrieren, wenigstens die allgemeinen Bedingungen für Deutschland auszuarbeiten (die Einzelheiten, nahmen sie an, könnten dann auf der eigentlichen Friedenskonferenz, die ihnen immer noch vorschwebte, ausgehandelt werden). Die einzelnen Kommissionen und Komitees zu territorialen und anderen Fragen, wie den Reparationen (am Ende gab es fast sechzig Ausschüsse), wurden aufgefordert, ihre Berichte bis zum 6. März vorzulegen. Danach hätte man vor Wilsons Rückkehr noch eine Woche Zeit, alles in Einklang zu bringen. Die deutsche Delegation könnte also noch vor Monatsende einbestellt werden. Es war ein allzu optimistischer Plan.<sup>37</sup>

Als Wilson zu seinem Kurzbesuch in Amerika aufbrach, war die Völkerbundakte weitgehend fertiggestellt; ausserdem hatte man bei den Bedingungen für Deutschland einige Fortschritte gemacht und die meisten der Territorialkommissionen gebildet. In Bezug auf das Osmanische Reich war indes noch nichts entschieden, und über die Verträge mit Österreich,

Ungarn und Bulgarien war kaum diskutiert worden. Man sprach immer weniger von einer Vorbereitungskonferenz und dafür mehr über die Menge an Arbeit, die erledigt werden musste, bevor die Vertreter der Feindstaaten nach Paris gerufen werden konnten. Obwohl es noch nicht offiziell bestätigt war, aber was in Paris stattfand, war inzwischen die eigentliche Friedenskonferenz, und in den Hotels und Sitzungssälen wurden düstere Spekulationen darüber angestellt, ob man einen Friedensschluss erreichen konnte, bevor die Welt in Flammen aufging.

Am 19. Februar sah es so aus, als wäre der Brand ausgebrochen, und zwar mitten in Paris. Als Clemenceau sein Haus in der Rue Franklin verliess, um zu einem Treffen mit House und Balfour zum Crillon zu fahren, sprang ein Mann in Arbeitskleidung hinter einem öffentlichen Pissoir hervor und schoss mehrmals auf das Auto des Ministerpräsidenten. Clemenceau erzählte Lloyd George später, dass er den Eindruck gehabt habe, der Augenblick würde ewig dauern. Eine Kugel traf ihn zwischen den Rippen und verfehlte nur knapp lebenswichtige Organe. (Sie zu entfernen wäre zu gefährlich gewesen, und so behielt er sie bis zu seinem Tod im Körper.) Der Attentäter, ein halbverrückter Anarchist namens Eugène Cottin, wurde von der Menschenmenge, die wie üblich Clemenceaus Kommen und Gehen verfolgte, ergriffen und beinah gelyncht. Clemenceau wurde ins Haus zurückgetragen. Als sein treuer Assistent Mordacq ihm nacheilte, fand er ihn bleich, aber bei Bewusstsein vor. «Sie haben mir in den Rücken geschossen», sagte Clemenceau. «Sie haben es nicht einmal gewagt, mich von vorn anzugreifen.»<sup>38</sup>

«Oje, oje», stiess Balfour hervor, als die Neuigkeit das Crillon erreichte. «Ich frage mich, was das bedeuten mag.» Viele in Paris fürchteten das Schlimmste, insbesondere, als einige Tage später die Nachricht von der Ermordung des sozialistischen bayerischen Ministerpräsidenten eintraf. Lloyd George kabelte aus London an Kerr: «Wenn es sich um einen bolschewistischen Anschlag handelt, zeigt er, was für Traumtänzer diese Anarchisten sind, denn nichts würde ihnen so sehr schaden wie ein erfolgreicher Anschlag auf Clemenceaus Leben, und selbst das Scheitern wird die öffentliche Meinung in Frankreich empören und es ziemlich unmöglich machen, irgendwelche Abmachungen mit ihnen zu treffen.»<sup>39</sup>

Clemenceau nahm das Attentat mit dem gewohnten Schneid auf.

Besuchern gegenüber, die ihn in einem Sessel sitzend antrafen, mokierte er sich über Cottins Schiesskunst – «ein Franzose, der sein Ziel auf kurze Entfernung mit sechs von sieben Schüssen verfehlt» – und seine Ärzte: «Doktoren! Ich kenne sie besser als sonst jemand, denn ich bin selbst einer.» Als seine Krankenschwester es als ein Wunder bezeichnete, dass er überlebt hatte, erwiderte er, «wenn der Himmel ein Wunder habe geschehen lassen wollen, wäre es besser gewesen, er hätte den Angreifer daran gehindert, überhaupt zu schießen». Aber er liess nicht zu, dass der Attentäter hingerichtet wurde. «Es würde nicht passen», erklärte er, «wenn ein alter Republikaner wie ich und zugleich auch ein Gegner der Todesstrafe, einen Mann wegen Hochverrats hinrichten liesse.» Cottin erhielt eine zehnjährige Haftstrafe, wurde aber schon nach der Hälfte der Zeit entlassen.

Von überallher trafen Sympathiebekundungen ein, von Lloyd George und Georg V. aus London, von Wilson von der Überfahrt auf dem Atlantik, von Sarah Bernhardt – «gerade jetzt ist Clemenceau Frankreich» – und von Tausenden Franzosen, die in Clemenceau den Vater ihres Sieges im Ersten Weltkrieg sahen. Der Papst schickte seinen Segen (worauf der alte antiklerikale Radikale seinerseits mit Segenswünschen antwortete), und gewöhnliche Soldaten legten ihre Orden an seiner Türschwelle ab. Poincaré, der anfangs ebenso schockiert war wie alle anderen, verfolgte es mit zunehmendem Unmut: «Ein einzigartiger kollektiver Wahnsinn, eine sonderbare Legende, welche die Wirklichkeit verschleiert und zweifellos die Geschichte verfälschen wird.» Am Tag nach dem Attentat ging Clemenceau in seinem Garten spazieren, und eine Woche später war er wieder bei der Arbeit. Er war allerdings tief erschüttert. Nicht nur Wilson hatte den Eindruck, dass er seine frühere Konzentrationskraft nie ganz wiedergewann.<sup>40</sup>

Lloyd George in London hatte in der Auseinandersetzung mit seinen Gegnern mehr Erfolg. Er eilte am 10. Februar, kaum dass er aus dem Zug gestiegen war, direkt zu einer Besprechung mit Bonar Law und seinem Hauptberater in Arbeiterfragen. «Ich sah ihn etwas später», berichtete der Kabinettssekretär Hankey, «und er war ausserordentlich heiter und lebhaft, erfreut über Ihr Vorgehen in Paris und voller Pläne für den Umgang mit den Bergarbeitern und Eisenbahnern, sollten sie in den nächsten ein, zwei Wochen auf die Strasse gehen.»<sup>41</sup> Lloyd George nahm der Streikgefahr die Spitze, indem er Untersuchungskommissionen bildete und Ar-

beitgeber und Arbeitnehmer an einen Tisch brachte, wie er es schon so oft getan hatte. Ausserdem schuf er in diesen wenigen Wochen ein neues Ministerium, das für das Transportwesen zuständig war, und brachte eine ganze Reihe von Gesetzen zu sozialen Themen im Parlament ein.<sup>42</sup>

Wilson's Heimataufenthalt verlief weniger erfreulich. Er hielt unmittelbar nach seiner Ankunft in Boston eine mitreissende, kämpferische Rede. Die Vereinigten Staaten, erklärte er, leisteten in Paris grossartige Arbeit. Wer dies in Frage stelle, sei egoistisch und kurzsichtig. Die Zuhörer hatten auf ihren Plätzen Kopien des Entwurfs der Völkerbundakte vorgefunden, und dies, bevor die Senatoren in Washington ihn zu Gesicht bekommen hatten. Das war taktlos, und es war nicht der einzige politische Fehler, den Wilson beging. Boston war die Heimatstadt seines grossen Rivalen, des republikanischen Senators für Massachusetts, Henry Cabot Lodge.

Von Lodge hiess es, sein Verstand sei wie die Erde seiner Heimat, «von Natur aus unwirtlich, aber stark kultiviert». Er entstammte der Neuengland-Aristokratie, war klein gewachsen, übellaunig und ein gewaltiger Snob. Er teilte Wilsons Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten die Aufgabe hätten, die Welt besser zu machen, und war sogar bereit, einen wie immer gearteten Bund zur Aufrechterhaltung des Friedens zu akzeptieren. Aber er lehnte sowohl Wilsons Methoden als auch dessen Ansicht ab, dass dieser Bund alle Probleme der Welt lösen würde. Ausserdem verabscheute er den Mann, nicht nur, wie manche meinen, weil sie verschiedene Standpunkte vertraten, sondern auch, weil er Wilson für unehrenhaft und feige hielt. Wie Wilson fiel es ihm schwer, politische Differenzen von persönlichen zu trennen.<sup>43</sup>

Die beiden waren seit Jahren Gegenspieler: am Anfang des Krieges, als Lodge für den sofortigen Kriegseintritt auf alliierter Seite war, während Wilson sich für die Neutralität entschied; bei Kriegsende, als Lodge die amerikanischen Truppen bis nach Berlin vorrücken lassen wollte, während Wilson einen Waffenstillstand vorzog; und jetzt in der Frage des Friedensschlusses. Wilson vertraute auf den Völkerbund und die kollektive Sicherheit, um den Krieg abzuschaffen. Lodge dagegen bezweifelte als Pessimist die Verbesserbarkeit des Menschen und setzte lieber auf die Macht. Er wollte Deutschland mit starken Staaten umgeben: einem wiederauferstandenen Polen, einer soliden Tschechoslowakei und einem durch Elsass-Lothringen und vielleicht sogar das Rheinland gestärkten Frankreich.



Wenn die Vereinigten Staaten überhaupt irgendeinem Bund beitreten sollten, dann einem mit anderen Demokratien, der von gemeinsamen Interessen getragen war, und nicht einer Organisation, die sie in vage Verpflichtungen mit offenem Ergebnis hineinziehen konnte.<sup>44</sup>

Lodge vertrat die gemässigte Mitte der Republikanischen Partei, die in zwei Richtungen gespalten war: Auf der einen Seite standen überwiegend aus dem Mittelwesten stammende Politiker, die vor jedem Kontakt mit dem verruchten Europa zurückschreckten, und auf der anderen zumeist von der Ostküste stammende Internationalisten, die das Völkerbundprojekt enthusiastisch unterstützten. Wilson hätte viele Republikaner für sich gewinnen können, doch stattdessen verprellte er sie: durch seine Weigerung, führende Republikaner nach Paris mitzunehmen, vor der Kongresswahl im November 1918 durch sein Beharren darauf, dass jede Stimme für die Demokraten eine Stimme für den Frieden sei und jede Stimme für die Republikaner für etwas völlig anderes abgegeben würde, und jetzt durch sein Auftreten während seines Kurzaufenthalts in den Vereinigten Staaten.

Unglücklicherweise unternahm er darüber hinaus kaum etwas, um die Zweifler in seiner eigenen Partei zu besänftigen. So weigerte er sich, mit einem Südstaatensenator zu sprechen, der nach seiner Ansicht als Rechtsanwalt nichts anderes getan hatte, als «hinter Krankenwagen herzujaugen». Selbst seine Scherze hatten jetzt einen scharfen Unterton. So machte eine Bemerkung die Runde, die er gemacht hatte, als er einen neuen Enkel zum ersten Mal sah: «Mit dem offenen Mund und den geschlossenen Augen, sage ich voraus, wird er einen Senator abgeben, wenn er erwachsen ist.» Ein Abendessen im Weissen Haus mit den wichtigen aussenpolitischen Ausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses, zu dem House den Präsidenten überredet hatte, wurde ein Reinfall. Lodge, der neben Mrs. Wilson sass, musste sich anhören, wie sie munter über den wundervollen Empfang berichtete, der ihrem Mann in Boston bereitet worden war. Einige der Gäste beklagten sich darüber, dass ihnen nach dem Essen nicht genügend Zigarren und Getränke angeboten worden seien. Schwere wog indes, dass sie den Eindruck mitnahmen, Wilson habe sie bevormunden wollen. «Es war», erzählte einer der Gäste, «als würde man durch einen ausgesprochen gefühlkalten Lehrer einer Nachprüfung unterzogen, weil man seine Aufgaben nicht erledigt hatte.» Bei der nächsten Begegnung mit House sagte Wilson missmutig: «Ihr Essen war kein Erfolg.»<sup>45</sup>

Wie so oft fand Wilson Trost in dem Gedanken, dass die Menschen hinter ihm standen, auch wenn ihre Repräsentanten es nicht taten. Damit hatte er wahrscheinlich sogar recht. Als eine führende amerikanische Zeitschrift ihre Leser fragte, ob sie für den Völkerbund seien, antworteten mehr als zwei Drittel von ihnen mit ja. Leider stimmte nicht die Wählerschaft, sondern der Senat über Verträge ab, und in ihm war die nötige Zweidrittelmehrheit nicht so leicht zu erreichen. Während Wilson sich auf die Rückreise nach Europa vorbereitete, liess Lodge am 4. März einen Antrag zirkulieren, in dem die Völkerbundakte, wie sie vorlag, abgelehnt und die Friedenskonferenz aufgefordert wurde, jede weitere Diskussion über den Völkerbund zu verschieben, bis der Vertrag mit Deutschland unter Dach und Fach war. 39 republikanische Senatoren unterschrieben den Antrag, das waren mehr als ein Drittel der 96 Senatoren. Wilsons erste Reaktion darauf war, dass er sich fragte, ob er den Senat nicht irgendwie umgehen konnte.<sup>46</sup>

Als sein Zug am 14. März in Paris einfuhr, wurde er nur von einer kleinen Gruppe französischer Würdenträger empfangen, und als er zu seiner neuen Unterkunft an der Place des États-Unis, gegenüber von Lloyd Georges Wohnung, fuhr, geschah es nicht wie im Dezember unter dem Jubel einer grossen Menschenmenge. Das Haus, das einem reichen Bankier gehörte, war weder so prächtig noch so gross wie das Hôtel Murat. Und auf der Friedenskonferenz sprossen die Probleme wie draussen die Gänseblümchen.

# **TEIL IV**

## **Die deutsche Frage**

## Bestrafung und Vorbeugung

Mit Wilsons Rückkehr begann eine Periode angestrebter Arbeit am Vertrag. Sie dauerte bis Anfang Mai, als man sich endlich auf die Bedingungen geeinigt hatte. Die Verzögerung – der Krieg war zu diesem Zeitpunkt immerhin seit vier Monaten zu Ende – warf die heikle Frage auf, was die deutsche Niederlage wirklich bedeutete. Wie viel Macht hatte Deutschland noch? Wie stark waren die Alliierten? Im November 1918 hatten die Sieger einen enormen Vorteil besessen: Wenn sie damals zum Friedensschluss bereit gewesen wären und das Ausmass ihres Sieges erkannt hätten, hätten sie so gut wie jede Bedingung durchsetzen können.

Das deutsche Heer war trotz allem, was die Generale Ludendorff und Hindenburg – und der Gefreite Hitler – behaupteten, auf dem Schlachtfeld entscheidend besiegt worden, bevor die deutsche Regierung um einen Waffenstillstand ersuchte und bevor das alte Regime gestürzt wurde. Im Sommer 1918 waren die Alliierten, während unablässig frische Truppen und tonnenweise Material aus den Vereinigten Staaten in Europa eintrafen, zum Angriff übergegangen. Am 8. August, dem «schwarzen Tag des deutschen Heeres», durchstießen sie die deutschen Linien. Vier Jahre lang waren Veränderungen der Front im Westen in Metern gemessen worden, doch jetzt zogen sich die deutschen Einheiten, Panzer, Kanonen und Soldaten zurücklassend, Kilometer um Kilometer zurück. In den ersten Tagen des alliierten Angriffs wurden 16 deutsche Divisionen vernichtet. Am 29. September schlug Ludendorff dem Kaiser vor, Verhandlungen mit den Alliierten aufzunehmen. Die Alliierten bewegten sich langsam, aber unaufhaltsam auf die deutschen Grenzen zu, und das deutsche Oberkommando konnte kaum etwas tun, um sie zu stoppen. Deutschland hatte seine menschlichen Reserven nahezu erschöpft, und an der Heimatfront schwand die Unterstützung für den Krieg rapide. Ein Verbündeter nach dem anderen fiel von Deutschland ab: Ende September Bulgarien, einen Monat später das Osmanische Reich und kurz darauf Österreich-Ungarn.

Im November brach in Deutschland ein Aufstand aus. Als am 11. November in einem französischen Eisenbahnwaggon der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, taumelte Deutschland unter dem doppelten Gewicht seiner Kriegsverluste und des politischen Aufruhrs im Innern. Die Waffenstillstandsbedingungen liessen keinen Zweifel am Ausmass des alliierten Sieges zu. Hindenburg stürzte in eine Depression, und Ludendorff floh, mit falschem Backenbart und dunkler Brille, in Panik nach Schweden.

Deutschland musste alle Gebiete, die es seit 1914 gewonnen hatte, ebenso aufgeben wie Elsass-Lothringen. Alliierte Truppen besetzten das gesamte Rheinland sowie drei Brückenköpfe am Ostufer des Rheins. Deutschland musste den grössten Teil seines Kriegsmaterials aushändigen, die U-Boote, schweren Kanonen, Mörser und Flugzeuge sowie 25.000 Maschinengewehre. («Begreifen Sie denn nicht», riefen die deutschen Unterhändler angesichts dieser Forderungen entsetzt aus, «dass Sie uns und auch sich selbst ins Verderben stürzen, wenn sie uns alle Mittel nehmen, uns gegen den Bolschewismus zu wehren?»<sup>1</sup>) Die grosse Hochseeflotte, die so viel zur Entfremdung zwischen Grossbritannien und Deutschland beigetragen hatte, lief ein letztes Mal aus. An einem nebligen Novembertag fuhren 69 Kriegsschiffe, von Schlachtschiffen bis zu Zerstörern, zwischen Reihen alliierter Schiffe nach Scapa Flow zwischen den britischen Orkneyinseln. Es war eine bedingungslose Kapitulation, und die Alliierten behandelten sie als solche.

Der französische Botschafter traf am Tag nach dem Waffenstillstand mit Lloyd George zusammen. «Der Premierminister», berichtete er, «sagte, dass er nie auf eine solch rasche Lösung gehofft, noch sich einen derart vollständigen Zusammenbruch der deutschen Streitmacht vorgestellt hätte.»<sup>2</sup> Der einzige führende Vertreter der Alliierten, der dafür eintrat, weiter vorzurücken, wenn nötig über den Rhein hinweg, war der amerikanische Oberbefehlshaber General Pershing. Die Franzosen wollten nicht, dass noch mehr ihrer Soldaten starben. Ihr höchstrangiger General, Marschall Foch, warnte davor, dass man auf heftigen Widerstand stossen und schwere Verluste erleiden würde.<sup>3</sup> Die Briten wollten Frieden schliessen, bevor die Amerikaner zu stark wurden. Smuts schliesslich sprach für viele Europäer, als er düster darauf hinwies, dass «vor der Tür die Aussicht auf bolschewistische Anarchie» lauere.<sup>4</sup>

Der Fehler, den die Alliierten begangen – und der erst viel später als

Fehler erkennbar wurde –, bestand darin, dass die grosse Mehrheit der Deutschen aufgrund der Waffenstillstandsbedingungen die Niederlage ihres Landes nicht selbst unmittelbar erlebten. Ausser im Rheinland bekamen sie keine Besatzungssoldaten zu Gesicht. Die Alliierten marschierten nicht im Triumph in Berlin ein, wie die Deutschen 1871 in Paris. Die deutschen Soldaten traten den geordneten Rückzug an, und jubelnde Menschenmengen begrüssteten sie in der Heimat. In Berlin empfing Reichspräsident Friedrich Ebert sie mit den Worten: «Kein Feind hat euch überwunden.»<sup>5</sup> Der alliierte Vorteil gegenüber Deutschland begann zu schwinden.

Zugleich schrumpften die alliierten Streitkräfte. Im November 1918 bestanden sie aus 198 Divisionen; im Juni 1919 waren es nur noch 39. Und konnte man sich auf sie verlassen? Der Gedanke an eine Wiederaufnahme der Kämpfe rief kaum Begeisterung hervor. Die alliierte Demobilmachung wurde durch Proteste, gelegentlich sogar offene Meutereien beschleunigt. An den Heimatfronten sehnte man sich nach Frieden und niedrigeren Steuern. Die Franzosen beharrten verständlicherweise besonders nachdrücklich auf der Notwendigkeit, Frieden zu schliessen, solange die Alliierten die Bedingungen diktieren konnten.<sup>6</sup> Man könne den Deutschen nicht vertrauen, warnte Clemenceau. Sie würden bereits wieder «unverschämt»; in Weimar habe die Nationalversammlung ihre Beratungen mit dem Absingen des Deutschlandliedes «Deutschland über alles» abgeschlossen. Es wäre Wahnsinn, wenn die Alliierten zu ihnen sagten: «Weiter so. Macht, was ihr wollt. Vielleicht werden wir eines Tages mit dem Abbruch der Beziehungen drohen, aber für den Augenblick wollen wir nicht so streng sein.»<sup>7</sup> Wie werde es im April aussehen, wenn die amerikanischen Truppen abgezogen seien? «Frankreich und Grossbritannien werden den Deutschen allein gegenüberstehen.»<sup>8</sup>

Während Clemenceaus Pessimismus verfrüht war, war es tatsächlich so, dass die alliierten Befehlshaber im Frühjahr 1919 in zunehmendem Mass daran zweifelten, in einem erneuten Waffengang gegen Deutschland die Oberhand gewinnen zu können.<sup>9</sup> Das deutsche Heer war auf dem Schlachtfeld besiegt worden, aber seine Kommandostruktur war intakt geblieben, und es verfügte weiterhin über Hunderttausende ausgebildeter Männer. Es gab 75 Millionen Deutsche und nur 40 Millionen Franzosen, wie Foch ständig betonte. Und alliierte Beobachter berichteten, dass die Bevölkerung gegen die Unterzeichnung eines harten Friedensvertrags

war.<sup>10</sup> Wer konnte sagen, auf wie viel Widerstand die alliierten Truppen stossen würden, wenn sie tief auf deutsches Territorium vorzudringen versuchten. Sie stünden, warnten Militärexperten, einer feindlich gesinnten Bevölkerung gegenüber, bekämen es mit Streiks zu tun und würden vielleicht sogar beschossen. Dass die Alliierten bis nach Berlin gelangen würden, sei sehr unwahrscheinlich.<sup>11</sup>

Auch die grosse alliierte Waffe der Blockade bekam Risse. Die Blockade war 1919 zwar noch in Kraft und alliierte Schiffe patrouillierten weiter auf See, um den Schmuggel verbotener Waren nach Deutschland zu unterbinden, aber sie wurde nur noch halbherzig aufrechterhalten. In Grossbritannien, dessen Marine hauptsächlich für die Überwachung der Handelsperre verantwortlich war, begann die Öffentlichkeit unangenehme Fragen über die Not der deutschen Bevölkerung zu stellen. Der Befehlshaber der britischen Truppen in Deutschland sagte zu Frances Stevenson, «er könne nicht für seine Truppe garantieren, wenn Kindern in Deutschland erlaubt werde, halbverhungert durch die Strassen zu gehen».<sup>12</sup> Die Admirale machten sich Sorgen wegen der Stimmung ihrer Männer. «Wenn die endgültigen Bedingungen sofort festgelegt werden könnten», sagte der Erste Seelord im Obersten Rat, «wären die Marinen nicht länger an ihre gegenwärtige Verwendung als Instrumente der Blockade gebunden. Der Geist des Aufruhrs hat die Marinekräfte nicht unberührt gelassen. Die Festlegung maritimer Friedensbedingungen bei der nächsten Verlängerung des Waffenstillstands würde sehr beruhigend wirken.»<sup>13</sup>

Nach den Waffenstillstandsbedingungen war es Deutschland erlaubt, Lebensmittel einzuführen, obwohl alliierte Militärberater davor gewarnt hatten, dass es dann Vorräte anlegen würde, was die Bereitschaft, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, möglicherweise verringern würde.<sup>14</sup> Auch die Franzosen waren nicht begeistert. «Es wird vorgeschlagen», sagte Clemenceau sarkastisch, «den guten Willen der Deutschen zu kaufen, indem man ihnen Lebensmittel und Rohstoffe anbietet.» Noch befinde man sich im Kriegszustand, und jedes Nachgeben würde als Zeichen von Schwäche interpretiert werden.<sup>15</sup> Wilson und Lloyd George machten sich eher Sorgen über ein verzweifertes Deutschland, das weiter in Anarchie und Bolschewismus abgleiten und, wie Letzterer es ausdrückte, zu einem «Tümpel» werden könnte, «der in ganz Europa Infektionen verbreitet».<sup>16</sup>

Trotz des Drängens von Wilson und Lloyd George kamen die Lebensmittellieferungen nach Deutschland nur langsam in Gang. Das lag zum Teil an einem Mangel an Schiffsraum. Die Alliierten bestanden darauf, dass Deutschland die Schiffe bereitstellen müsse, was angesichts der Tatsache, dass ein grosser Teil der deutschen Handelsflotte sicher in deutschen Häfen lag, weniger unvernünftig war als es sich anhörte. Doch die deutsche Regierung stellte sich auf Druck mächtiger Reeder quer, die fürchteten, dass man die Schiffe, wenn sie erst einmal ausgelaufen waren, nie wiedersehen würde. Ausserdem wollte die Regierung von den Alliierten Garantien in Bezug auf die Menge der zu liefernden Lebensmittel haben und schlug mit jenem Mangel an Realitätssinn, der die deutsche Haltung gegenüber den Alliierten in jener Zeit kennzeichnete, vor, die Lebensmittellieferungen mit einem Kredit der Vereinigten Staaten zu bezahlen. Als klar war, dass keine Chance bestand, im amerikanischen Kongress eine Mehrheit für einen solchen Kredit zu bekommen, willigte die deutsche Regierung ein, die deutschen Goldreserven anzugreifen. Dies versetzte jedoch die Franzosen in Unruhe, die das deutsche Gold als Reparationen verlangten.<sup>17</sup> Erst nach einer hitzigen Diskussion im Obersten Rat, während der Lloyd George mit einem Telegramm wedelte, das er angeblich soeben von Befehlshabern der britischen Armee in Deutschland erhalten hatte, die davor warnten, dass das Land am Rand einer Hungersnot stünde, gaben die Franzosen widerstrebend nach. Ende März 1919 trafen die ersten Lebensmittellieferungen in Deutschland ein.<sup>18</sup>

Die langwierige Ausarbeitung der Friedensbedingungen wirkte sich zum Nachteil der Alliierten aus. Für gewöhnlich brechen Kriegsbündnisse in Friedenszeiten auseinander, wenn der Rausch des Sieges verfliegt und die nationalen Interessen und Rivalitäten wieder in den Vordergrund treten. Im Frühjahr 1919 war allgemein bekannt, dass es in der Frage, wie man mit Deutschland verfahren sollte, Meinungsverschiedenheiten gab. (Die Deutschen lasen natürlich aufmerksam die alliierte Presse.) Dabei standen sich nicht, wie es oft dargestellt wird, rachsüchtige Franzosen und nachsichtige Amerikaner gegenüber, mit den Briten irgendwo dazwischen. Man war sich vielmehr darin einig, dass die 1871 an Deutschland verlorenen Provinzen Elsass und Lothringen wieder zu Frankreich gehören sollten, und aufgrund einer stillschweigenden Übereinkunft stellte niemand die heikle Frage der Selbstbestimmung; niemand verlangte, die Einwohner



zu befragen, von denen es viele vielleicht vorgezogen hätten, bei Deutschland zu bleiben. Einig war man sich auch darüber, dass die in Belgien und Nordfrankreich angerichteten Schäden wiedergutmacht werden mussten. Ebenso einhellig fand man, dass Deutschland und die Deutschen eine Bestrafung verdient hatten. Sogar Wilson, der während des Krieges stets betont hatte, dass Amerika nur mit der deutschen Führungsschicht im Streit liege, schien jetzt das gesamte deutsche Volk für schuldig zu halten. Die Deutschen, sagte er im Gespräch mit seinen Vertrauten, «würden für Generationen gemieden und ausgestossen wie Leprakranke; bisher hätten die meisten von ihnen keine Ahnung davon, was andere Nationen fühlten, und würden nicht erkennen, mit welchem Bannstrahl man sie belegen würde». <sup>19</sup> Auf jeden Fall, darin war man sich einig, musste Deutschland daran gehindert werden, Europa noch einmal in einen Krieg zu stürzen.

Fast alle 1919 in Paris Versammelten waren der Ansicht, dass Deutschland schuld am Kriegsausbruch war. (Zweifel daran tauchten erst später auf.) Der Einmarsch in das neutrale Belgien war ein Verstoss gegen die Verpflichtungen, die das Deutsche Reich eingegangen war. Anschliessend hatten sich deutsche Soldaten zum Entsetzen der internationalen Öffentlichkeit schrecklicher Verbrechen schuldig gemacht. Ausserdem hatte sich Deutschland durch zwei 1918 erzwungene Verträge selbst geschadet: den Vertrag von Bukarest, der Rumänien in ein deutsches Protektorat verwandelte, und den Vertrag von Brest-Litowsk, in dem die neue bolschewistische Regierung Russlands Deutschland einen riesigen Gebietsstreifen, der sich von der Ostsee bis zum Kaukasus erstreckte, abgetreten hatte. Russland verlor durch den Vertrag 55 Millionen Menschen, fast ein Drittel seiner landwirtschaftlichen Flächen und einen grossen Teil seiner Schwerindustrie sowie seines Kohle- und Eisenbergbaus. Darüber hinaus musste es viele Millionen Goldrubel an Reparationen zahlen. Die Deutschen mochten von Frieden sprechen, sagte Wilson im April 1918, aber ihre Handlungen würden ihre wirklichen Absichten offenbaren: «Sie haben nicht Gerechtigkeit walten lassen, sondern nutzen überall ihre Macht zum eigenen Vorteil und beuten andere aus ...» <sup>20</sup> Lloyd George und Wilson waren beide aus religiösen Gründen ebenso wie als gute Liberale überzeugt, dass das Böse bestraft werden musste. Ausserdem glaubten sie an die Erlösung: Eines Tages würde Deutschland erlöst werden. <sup>21</sup>

Bestrafung, Entschädigungszahlungen, Vorbeugung – über diese allge-

meinen Ziele bestand Einigkeit. Alles andere bereitete Probleme. Sollten der Kaiser und seine Spitzenberater als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden? Welche Posten sollten auf der Rechnung stehen, die man Deutschland präsentieren wollte? Kriegsschäden (was immer das war)? Zivile Verluste? Renten für die Witwen und Waisen alliierter Soldaten? Damit im Zusammenhang stand die Frage im Raum, wie viel Deutschland überhaupt zahlen konnte. Welche Art bewaffneter Kräfte sollte es behalten dürfen? Wie viel Territorium sollte es verlieren? Hatten es die Alliierten mit dem alten oder dem neuen, seit Kriegsende entstandenen Deutschland zu tun? War es fair, eine um ihre Existenz ringende Demokratie für die Sünden ihres Vorgängerstaats zu bestrafen?

Bestrafung, Entschädigungszahlungen, Vorbeugung – diese Ziele hingen zusammen. Ein kleineres und ärmeres Deutschland würde für seine Nachbarn weniger bedrohlich sein. Aber wenn Deutschland viel Land verlor, war es dann fair, gleichzeitig die Zahlung riesiger Reparationssummen zu verlangen? Ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Zielen zu finden, war nicht leicht, zumal Wilson, Clemenceau und Lloyd George sich untereinander und häufig auch mit ihren eigenen Delegationen nicht einig waren.

Noch komplizierter wurden diese Fragen dadurch, dass es keine klaren Prinzipien gab, nach denen man hätte verfahren können. In der Vergangenheit war die Sache einfacher gewesen. Der Sieger machte Kriegsbeute, ob nun in Form von Kunstwerken, Kanonen oder Pferden; darüber hinaus musste der Verlierer eine Entschädigung für die Kriegskosten zahlen und in der Regel auch Gebiete abtreten. Auf dem Wiener Kongress hatte Frankreich die meisten napoleonischen Eroberungen verloren und war zur Zahlung von 700 Millionen Francs sowie der Besatzungskosten verpflichtet worden. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, an den sich viele in Paris noch lebhaft erinnerten, musste Frankreich fünf Milliarden Goldfrancs zahlen und verlor das Elsass und Lothringen. Aber 1919 sollte eine neue Art der Diplomatie begründet werden. «Keine Annexionen und kein Straffrieden!», war der Slogan von Liberalen und Linken gewesen, und Staatsmänner von Washington bis Moskau hatten ihn aufgegriffen. Selbstbestimmung, nicht Machtpolitik sollte den Verlauf der Grenzen bestimmen.

Die öffentliche Meinung, dieses neue, beunruhigende Element, war in

dieser Hinsicht nicht hilfreich. Man war weithin der Ansicht, dass jemand für einen derart furchtbaren Krieg bezahlen müsse, aber die Sehnsucht nach Frieden war genauso stark. In den alliierten Ländern war die öffentliche Debatte ebenso lautstark wie widersprüchlich. Im Dezember 1918 hatte die britische Öffentlichkeit gefordert, den Kaiser aufzuknüpfen; vier Monate später war sie sich nicht mehr so sicher. Die Franzosen wollten Deutschland demütigen, aber wollten sie es dem Bolschewismus in die Arme treiben? Die Amerikaner wollten den deutschen Militarismus ausrotten, aber auch die deutsche Nation rehabilitieren. Die Staatsmänner in Paris tasteten sich vorsichtig voran und versuchten gleichzeitig auf ihre Wähler Rücksicht zu nehmen, ihren Grundsätzen treu zu bleiben und etwas auszuhandeln, dem sie alle zustimmen konnten. Angesichts der monumentalen Aufgabe, vor der sie standen, ist es vielleicht nicht verwunderlich, dass sie in den ersten Tagen viel Zeit auf ein relativ einfaches, aber hochsymbolisches Thema verwandten: das Schicksal des Kaisers.

1919 war Wilhelm, der dritte und letzte Kaiser des von Bismarck geschaffenen Reichs, ein unruhiger Mann von Anfang sechzig, der in einem bequemen Schloss bei Utrecht wohnte. Bei Kriegsende, während seine Armeen dahinschwanden, hatte er ein paar letzte markige Worte über den Tod inmitten seiner Truppen von sich gegeben, bevor er sich ins holländische Exil davonmachte. Selbst seine treuesten Generale waren froh, als er ging. Seine plötzlichen Ausbrüche von Begeisterung und seine ebenso plötzlichen Wutanfälle waren schon immer schwer zu ertragen gewesen. Er war nie erwachsen geworden; das ungeliebte, ruhelose Kind war zu einem Mann geworden, der sich gern herausputzte und grausame Streiche mochte. Sein sprunghaftes Verhalten und seine unüberlegten Äußerungen hatten vor dem Krieg für viel Unruhe in Europa gesorgt. Er könnte im klinischen Sinne verrückt gewesen sein; vor 1914 war in Deutschland wiederholt von einer Regentschaft die Rede.<sup>22</sup> Königin Victoria hatte noch andere schwierige Enkel, aber keiner von ihnen richtete so viel Unheil an wie Wilhelm. In dem «Operettenregime» des Kaiserreichs, wie ein Kritiker es nannte, besass er gefährlich viel Macht, insbesondere auf militärischem und aussenpolitischem Gebiet. Mit einer anderen Persönlichkeit an seiner Stelle wäre die Geschichte möglicherweise anders verlaufen; aber so war die mächtigste Nation auf dem Kontinent der Explosion von 1914 entgegengestolpert und -gepoltert.

Der Kaiser hatte stets deutlich gemacht, dass das Land sein Land war, das Heer sein Heer und die Flotte seine Flotte. «Er hat sein Land und sich selbst völlig zugrunde gerichtet», schrieb sein Cousin Georg V. im November 1918. «Ich betrachte ihn als den grössten Verbrecher, von dem man weiss, denn er hat die Welt in diesen grauenhaften Krieg gestürzt, der mit all seinem Elend über vier Jahre und drei Monate gedauert hat.»<sup>23</sup> Damit sprach der britische König vielen Menschen in den alliierten Ländern aus der Seele. Als die erschütterte Welt nach jemandem suchte, dem sie die Schuld geben konnte, wer hätte sich besser geeignet als der Kaiser, zusammen mit seinem Sohn, dem schwachen Kronprinzen mit seinen Frauengeschichten und seinen militärischen Führern?

Die Politiker reagierten rasch auf die Stimmung ihre Wähler. In Grossbritannien hatte die Regierungskoalition den Nachkriegswahlkampf in einem hochherzigen Ton begonnen. «Wir dürfen keinerlei Rachegefühl zulassen», hatte Lloyd George erklärt, «keinen Funken der Gier, kein habgieriges Verlangen, die grundlegenden Prinzipien der Gerechtigkeit ausser Kraft zu setzen.» Doch es wurde rasch klar, dass die Wähler lieber über das Aufknüpfen des Kaisers sprachen.<sup>24</sup> Lloyd George scheint den Tonfall missbilligt, die Einstellung aber geteilt zu haben.<sup>25</sup> Zum eigenen Vergnügen, zum Ärger Churchills und zur Empörung des Königs beschäftigte er sich mit detaillierten Plänen für einen öffentlichen Prozess gegen den Kaiser in London oder vielleicht in Dover Castle, nach dessen Ende er dann, nach dem unvermeidlichen Schuldspruch, auf die Falklandinseln gebracht werden könnte.<sup>26</sup> Ein Mitarbeiter des Aussenministeriums notierte in seinem Tagebuch: «Die Zeitungen schreiben den grössten Mist darüber, dass der Kaiser gehängt werden soll. Sie sind so verrückt nach ihm wie einst nach Jumbo, dem Elefanten. Wir sollten besseren Stoff zum Nachdenken haben.»<sup>27</sup>

Die Italiener waren indifferent. Sonnino, der als derjenige, der den Vertrag Italiens mit den Mittelmächten erst geschlossen und dann aufgekündigt hatte, allen Grund hatte, über das wechselhafte Kriegsglück nachzudenken, erhob wiederholt Einspruch: Man dürfe keinen Präzedenzfall schaffen. Clemenceau hatte für dieses Argument wenig übrig. «Was ist ein Präzedenzfall?», fragte er rhetorisch. «Ich werde es Ihnen sagen. Ein Mann steht auf und handelt – im Guten oder Bösen. Aus dem Guten machen wir einen Präzedenzfall. Aus dem Bösen machen Verbrecher –

Staatsbürger oder Staatschefs – ein Vorbild für ihre Verbrechen.» Für die deutschen Verbrechen, «die systematische Zerstörung des Wohlstands, um den Wettbewerb auszuschalten, die Folterung von Gefangenen, die Unterseepiraterie, die abscheuliche Behandlung von Frauen in besetzten Ländern», gebe es keine Vorbilder.<sup>28</sup>

In den Sitzungen, welche die Europäer vor Wilsons Ankunft in London abhielten, hatte man dem Thema der Bestrafung des Kaisers und seiner Untergebenen viel Zeit gewidmet, sich aber lediglich darauf geeinigt abzuwarten, welche Haltung Wilson einnahm. Der amerikanische Präsident war unentschlossen. Er verachtete den deutschen Militarismus, dessen machtvolleres Symbol der Kaiser war, aber vielleicht war Wilhelm, so überlegte er, von seinem eigenen Generalstab verleitet worden.<sup>29</sup> Die amerikanischen Experten, mit Lansing an der Spitze, hatten Bedenken in Bezug auf die Legalität des Vorgehens gegen die Deutschen. Die Amerikaner konnten es sich, wie sie zugaben, leisten, unparteiisch zu sein; die Vereinigten Staaten hatten im Krieg vergleichsweise wenig gelitten.<sup>30</sup> Wilson stimmte schliesslich ohne grosse Begeisterung der Bildung einer Kommission zu, die die Kriegsschuldfrage untersuchen und angemessene Strafen für die Schuldigen bestimmen sollte. Die amerikanischen Mitglieder dieser Kommission, einschliesslich Lansing, lehnten es ab, die Deutschen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen. Wilson erklärte im Rat der Vier, dass es besser wäre, den Kaiser mit seiner Schande allein zu lassen: «Karl I. war ein verachtenswerter Charakter und der grösste Lügner der Geschichte, aber aufgrund seiner Hinrichtung wurde er in Gedichten gefeiert und in einen Märtyrer verwandelt.»<sup>31</sup> Im Geist des Ausgleichs (und vielleicht um die Klausel über die Monroe-Doktrin zu bekommen, die er in die Völkerbundakte einfügen wollte) stimmte Wilson einer Klausel zu, in der Wilhelm II. die «schwerste Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge» vorgeworfen und die niederländische Regierung aufgefordert wurde, ihn auszuliefern. Die kleineren deutschen Verbrecher sollten nach ihrer Überstellung durch die deutsche Regierung von speziellen Militärgerichten abgeurteilt werden.<sup>32</sup> «Zuerst muss der Hase gefangen werden», bemerkte einer der amerikanischen Experten dazu.<sup>33</sup>

Im Frühjahr 1919 schwand das öffentliche Interesse an der Jagd.<sup>34</sup> Als die Niederlande die Auslieferung des Kaisers verweigerten, nahmen es die

Alliierten, die sich kaum als Mächte präsentieren konnten, die ein kleines neutrales Land bedrängten, stillschweigend hin. Am 25. Juni, kurz vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Deutschland, diskutierte der Rat der Vier ein letztes Mal über dieses Thema. Die Stimmung war eher jovial als rachsüchtig. Der Kaiser sollte nach England gebracht werden, meinte Lloyd George. «Achten Sie darauf, dass er nicht untergeht», warf Clemenceau ein. «Ja, Verurteilung in England, Hinrichtung in Frankreich.» Und wo sollte er hinterher hingeschickt werden, fragte Lloyd George. Auf irgendeine Insel? «Schicken Sie ihn bitte nicht auf die Bermudas», bat Wilson. «Da will ich selbst hin.» Die deutsche Regierung hatte bis zum letzten Augenblick versucht, die entsprechenden Klauseln aus dem Vertrag zu entfernen. Sie hätte sich keine Sorgen zu machen brauchen.

Der Kaiser lebte bis 1941, verfasste Memoiren, las P.G. Wodehouse, trank englischen Tee, ging mit seinen Hunden spazieren und schimpfte auf die angebliche internationale jüdische Verschwörung, die, wie er entdeckt zu haben meinte, Deutschland und ihn selbst zu Fall gebracht hatte. Nachdem Hitler 1939 den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hatte, war Wilhelm über die anschliessende «Folge von Wundern» begeistert. Er starb kurz vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion.<sup>35</sup> Die Alliierten gaben schliesslich auch den Gedanken auf, anderen Deutschen selbst den Prozess zu machen. Stattdessen schickten sie der deutschen Regierung eine Namensliste – auf der auch Hindenburg und Ludendorff standen, doch von den Hunderten mutmasslichen Kriegsverbrechern wurden nur 17 vor Gericht gestellt und nur vier zu vergleichsweise milden Strafen verurteilt.

## Deutschland niederhalten

Die militärischen Bestimmungen des deutschen Vertrags, mit dem sich der Rat der Vier schon vor der Winterpause zu beschäftigen begonnen hatte, liessen ahnen, dass die Regelungen für das gesamte Land weit grössere Probleme bereiten würden als das Schicksal des Kaisers. Die meisten Menschen stimmten darin überein, dass Militarismus und grosse Streitkräfte, zumal in Deutschland, schlecht für die Welt waren. Tatsächlich erschienen bereits Bücher, in denen dem Wettrüsten die Schuld am Ersten Weltkrieg zugeschrieben wurde. In einem von Wilsons Vierzehn Punkten wurden «angemessene Sicherheiten» dafür verlangt, «dass die Rüstung der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Mass herabgesetzt werde»,<sup>1</sup> und eins der Hauptargumente für den Völkerbund lautete, dass er ein solches Mass an Sicherheit gewährleisten werde, dass die Nationen freiwillig ihre Streitkräfte verkleinern würden. Lloyd George, der wusste, wie unbeliebt die Wehrpflicht in Grossbritannien war, griff diesen Gedanken begeistert auf. Die mächtigste Nation auf dem Kontinent zu entwaffnen war sicherlich ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zur allgemeinen Abrüstung unter den Auspizien des Völkerbunds. Es war zwar weniger wichtig, aber auch den anderen besiegten Nationen wurden strenge militärische Bedingungen auferlegt. Ausserdem versuchten die Alliierten allerdings erfolglos, auch ihre Freunde in Europa, wie die Tschechoslowakei, Polen und Griechenland, dazu zu bewegen, die Grösse ihre Streitkräfte zu beschränken.<sup>2</sup>

Die Abrüstung galt zwar an sich als eine gute Sache, aber in der Frage, wie viel Militär man Deutschland belassen sollte, konnte man sich nur schwer einigen. Die neue deutsche Regierung musste in der Lage sein, innere Aufstände niederzuschlagen.<sup>3</sup> Aber sollte das Militär auch stark genug sein, um die bolschewistische Gefahr aus dem Osten abwehren zu können? Die Alliierten konnten es nicht für Deutschland tun; sie reduzierten auch ihr Engagement in Russland. Die mitteleuropäischen Staaten konnten es auch nicht. Sie mussten nicht nur um ihr eigenes Überleben kämpfen, sondern liessen auch, wie Hankey, einer von Lloyd Georges eng-

sten Beratern, bemängelte, «nicht das geringste Anzeichen für einen ernsthaften Versuch erkennen, den Bolschewisten durch eine gemeinsame Anstrengung entgegenzutreten. Im Gegenteil, sie legen all die schlechten Eigenschaften an den Tag, an die wir von den Balkanstaaten gewöhnt sind.» Die Deutschen seien, trotz aller Fehler, wenigstens «ein solides, patriotisches, zuverlässiges und hochorganisiertes Volk». <sup>4</sup> Aus französischer Sicht stellten deutsche Streitkräfte indes immer eine Bedrohung dar. Insbesondere Foch verlangte von Anfang an die Beschlagnahme des deutschen Militärmaterials, die Besetzung des Rheinlands und seiner Brückenköpfe, die Zerstörung der deutschen Befestigungen entlang der Grenze zu Frankreich und die Begrenzung des deutschen Heers auf 100.000 Mann. Diese Forderungen, erklärte er wenig überzeugend, seien rein militärischer Art.

Foch, der zu den wenigen Generalen gehörte, die mit gestärktem Ansehen aus dem Krieg hervorgegangen waren, bezeichnete sich gern als einfachen Soldaten. Er war klein, blond, anspruchslos und eine eher unauffällige Erscheinung. «Aus fünf Metern», bemerkte ein amerikanischer Experte, «hätte man ihn nie für den Generalissimus gehalten.» <sup>5</sup> Foch kam aus einer bescheidenen, in den Pyrenäen lebenden Familie, war gläubiger Katholik und ein Familienmensch, der das Gärtnern, das Schiessen und das Theater (solange es nicht zu modern war) liebte und Politiker und Deutsche hasste. Ein guter Freund, der englische General Henry Wilson, bewunderte seinen Mut und seine Weigerung, aufzugeben, selbst in den dunkelsten Momenten des Krieges. Foch, erklärte er, habe «einen unheimlichen Instinkt dafür, was das Richtige ist. Er kann einem nicht immer Gründe dafür nennen.» <sup>6</sup> Für den amerikanischen General Pershing, der in den letzten Kriegstagen mit ihm aneinandergeriet, war er dagegen nur «ein schmaler, kleiner eingebildeter Mann», <sup>7</sup> und Präsident Wilson sah in ihm im Lauf der Zeit die Verkörperung französischer Rachsucht und Blindheit; ausserdem fand er ihn langweilig. <sup>8</sup>

Clemenceau, der Foch seit Jahren kannte, stand ihm zwiespältig gegenüber. «Er sei ein grosser General», sagte er 1919 im Grossen Rat, aber «kein militärischer Papst». <sup>9</sup> Während des Krieges hatte er bei der Auswahl des alliierten Oberbefehlshabers zwischen Pétain und Foch geschwankt: «Ich stand zwischen zwei Männern, von denen der eine mir sagte, dass wir erledigt seien, und der andere hin und her sprang wie ein Verrückter und



unbedingt kämpfen wollte, und ich sagte mir: ‚Versuchen wir es mit Foch!‘<sup>10</sup> Clemenceau fand, dass er die richtige Wahl getroffen hatte. «Ich sehe ihn immer im März 1918 vor mir», sagte er, «zuversichtlicher und leidenschaftlicher denn je, als er sich als wahrhaft grosser Führer erwies, der nur einen Gedanken hatte: zu kämpfen und weiterzumachen, bis der Feind aufgab.»<sup>11</sup> Andererseits berichtete er auch, dass es während des Krieges «nötig gewesen [sei], jeden Tag mit Foch zusammenzukommen, um zu verhindern, dass er etwas Dummes tat».<sup>12</sup>

Clemenceau vermochte Soldaten nie ganz zu vertrauen, besonders nicht, wenn sie religiös waren. Er berief Foch nicht in die Delegation bei der Friedenskonferenz und stellte klar, dass er nur an ihren Sitzungen teilnehmen werde, wenn man ihn dazu aufforderte. Foch vergab ihm das nie: «Es ist wirklich merkwürdig, dass Monsieur Clemenceau nicht mich als besonders dafür geeignet ansieht, die von Präsident Wilson und von Lloyd George geleisteten Widerstände zu überwinden.»<sup>13</sup> Als Foch und seine Anhänger trotzdem Einfluss auf die Friedensverhandlung zu nehmen versuchten, verlor Clemenceau zunehmend die Geduld.<sup>14</sup> Es kam zu schrecklichen Szenen. Einmal stapfte Foch aus dem Sitzungssaal und setzte sich ins Vorzimmer. Als seine Kollegen ihn drängten, wieder hineinzugehen, waren seine Rufe – «Niemals, niemals, niemals!» – im Saal klar und deutlich zu hören.<sup>15</sup> Clemenceau dachte von Zeit zu Zeit daran, ihn zu entlassen, konnte sich dann aber doch nicht dazu durchringen. «Sollen die Leute ihre Idole haben», sagte er. «Sie brauchen sie.»<sup>16</sup>

Foch hatte darauf bestanden, strenge Bestimmungen in das ursprüngliche Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 aufzunehmen. Während der Friedenskonferenz beklagte er sich, dass Deutschland die Bestimmungen des Waffenstillstands nicht erfülle: Sie würden weder schnell genug demobilisieren noch ihre Waffen aushändigen. Die Alliierten müssten grosse Armeen behalten, insbesondere im Rheinland; andernfalls wären sie nicht in Lage, die Friedensbedingungen durchzusetzen.<sup>17</sup> Die Briten und Amerikaner waren skeptisch. Wilson fand, dass die Franzosen «hysterisch» seien, und als Pershing ihm sagte, dass Foch die deutsche Stärke übertreibe, gab er diese Einschätzung umgehend an Lloyd George weiter.<sup>18</sup>

Jedes Mal, wenn der Waffenstillstand zur Verlängerung anstand, was monatlich der Fall war, versuchte Foch neue Bedingungen einzufügen.<sup>19</sup>

«Das sei nicht fair», erklärte Wilson. «Ständig würden kleine, aufreizende Zusatzforderungen zu den Waffenstillstandsbedingungen hinzugefügt, während man gleichzeitig Berichte darüber erhalte, dass die zuvor angenommenen Bedingungen nicht erfüllt würden.»<sup>20</sup> Wie solle man die Deutschen dazu bringen, sie anzunehmen? Fochs Antwort war einfach: «Durch Krieg.» Clemenceau stellte sich, wenn auch zögernd, hinter ihn.<sup>21</sup> «Er kenne die Deutschen gut», sagte er. «Sie würden grausam, wenn sich jemand vor ihnen zurückziehe.»<sup>22</sup> Am 12. Februar einigte sich der Oberste Rat nach langer Diskussion auf einen Kompromiss: Zum einen wurde der Waffenstillstand ohne bedeutende Änderungen für unbestimmte Zeit verlängert, und zum anderen wurde Foch zum Vorsitzenden eines Komitees berufen, das detaillierte militärische Bestimmungen für den Friedensvertrag formulieren sollte.<sup>23</sup> In der weiter bestehenden Unklarheit darüber, ob man nun an einem Präliminarfrieden oder am endgültigen Friedensvertrag arbeitete, war sich niemand sicher, ob die Bestimmungen zuerst im Rahmen eines Stufenplans vorgelegt oder sofort in ein umfangreicheres Dokument eingefügt werden würden.<sup>24</sup>

Als Fochs Komitee am 3. März Bericht erstattete, empfahl es eine kleine deutsche Armee mit einer Grundausrüstung, aber ohne solchen Schnickschnack wie einen Generalstab oder Panzer. Foch forderte den Obersten Rat zu einer sofortigen Entscheidung auf. Er wolle binnen drei Wochen Verhandlungen mit Vertretern Deutschlands aufnehmen. Angesichts des Demobilisierungstempos der Alliierten könnten er und seine alliierten Kollegen nicht dafür garantieren, dass man noch viel länger die Oberhand über die Deutschen behalten könne. «Damit halte er dem Obersten Rat gleichsam die Pistole an den Kopf», meinte Balfour.<sup>25</sup> Ausserdem wollte er in Abwesenheit Lloyd Georges keine Entscheidung treffen, da einige von Fochs Vorschlägen umstritten waren.<sup>26</sup>

Während Foch zum Beispiel ein deutsches Heer aus 140.000 Wehrpflichtigen mit einer Dienstzeit von nur einem Jahr vorschwebte, trat Henry Wilson, der britische Vertreter in seinem Komitee, für eine Freiwilligenarmee von 200.000 Mann ein, die mehrere Jahre dienen sollten. Die Briten versuchten die Franzosen davon zu überzeugen, dass durch die Ausbildung von Tausenden von Männern pro Jahr ein riesiges Reservoir erfahrener Soldaten geschaffen würde. Es wäre ihm unerträglich, sagte Lloyd George, Frankreich einer solchen Gefahr auszusetzen. Foch erwiderte

te, dass er sich keine Sorgen über die Quantität mache, sondern über die Qualität. Lange dienende Soldaten könnten leicht zum Kern einer wesentlich grösseren Truppe werden. Die Deutschen bekämen eine Menge Offiziere, welche die in Deutschland immer noch zur Genüge vorhandenen Soldaten führen könnten.<sup>27</sup>

Lloyd George brachte Clemenceau in einem persönlichen Gespräch dazu, den Gedanken einer deutschen Wehrpflichtigenarmee aufzugeben. Als Foch in der nächsten Sitzung des Obersten Rats davon erfuhr, machte er Clemenceau schwere Vorhaltungen, doch der Ministerpräsident liess sich nicht beirren.<sup>28</sup> Alles, was Foch erreichte, war eine Verkleinerung des deutschen Heers auf 100.000 Mann. «So rettete ich mein Prinzip, aber nicht meine Zahl», konstatierte Henry Wilson, «Foch dagegen seine Zahl, aber nicht sein Prinzip. Ein erstaunliches Ergebnis.»<sup>29</sup> Die Entscheidung über die militärischen Bestimmungen wurde bis zu Präsident Wilsons Rückkehr vertagt.

Wie viele seiner Zeitgenossen wollte Foch weit mehr als nur ein entwaffnetes Deutschland. Er wollte ein wesentlich kleineres Deutschland. Dass es schrumpfen sollte, war unter den Friedensmachern Konsens. Wo und um wie viel, war die Frage. Polen forderte Oberschlesien mit seinen Kohlevorkommen sowie die Hafenstadt Danzig. Litauen, wenn es denn überlebte, verlangte den Ostseehafen Memel (das heutige Klaipeda) und dessen Umgebung. Diese Grenzen im Osten, die ein Element der weit umfassenderen Regelungen für Mitteleuropa bildeten, sollten noch für viel Ärger sorgen.

Die deutsche Nordgrenze zu ziehen, bereitete relativ wenige Schwierigkeiten. Das neutrale Dänemark erhob Anspruch auf den Nordteil von Schleswig-Holstein, zweier Herzogtümer mit einer gemischten deutsch-dänischen Bevölkerung, die in der Mitte des vorangegangenen Jahrhunderts heftig umkämpft waren. Ihr Rechtsstatus war ebenso altehrwürdig wie hochkompliziert (Bismarck pflegte zu sagen, dass nur zwei Menschen in Europa das Problem verstünden, er selbst und noch jemand, der in einem Irrenhaus lebe; Palmerston soll sich ähnlich geäussert haben). Preussen hatte die beiden Herzogtümer erobert, als es das moderne Deutschland zu schaffen begann, und seither hatte man sich nach Kräften bemüht, die Einwohner zu Deutschen zu machen. Dennoch sprach im Norden eine Mehrheit weiterhin Dänisch. Die dänische Regierung drängte die Frie-

denkskonferenz, rasch zu handeln. Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches hatten sich auch in Schleswig-Holstein revolutionäre Räte gebildet, die sich jedoch als deutsche Organisationen verstanden. Dänischsprachige Schleswig-Holsteiner wurden daran gehindert, Versammlungen abzuhalten; ihre Fenster wurden eingeworfen und – was in einem prosperierenden ländlichen Gebiet vielleicht am schlimmsten war – ihre Kühe beschlagnahmt.<sup>30</sup> Niemand wollte die alten Rechtsfragen wieder aufgreifen, doch zum Glück gab es ja das neue Prinzip der Selbstbestimmung. Der Oberste Rat beschloss, die Frage einem bereits bestehenden Komitee zu übergeben, das sich mit den belgischen Forderungen an Deutschland beschäftigte. Es empfahl denn auch zwei Volksabstimmungen, die ersten einer ganzen Reihe, welche die Friedensmacher anordneten. Im Februar 1920 überwachte eine internationale Kommission eine Abstimmung, an der alle mindestens zwanzig Jahre alten Männer und Frauen teilnehmen durften. Das Ergebnis spiegelte ziemlich genau die Sprachgrenze wider: Die Nordzone stimmte für den Anschluss an Dänemark, die Südzone für den Verbleib bei Deutschland. Diese Grenze hat bis heute Bestand.

Die deutsche Westgrenze bereitete grössere Schwierigkeiten. Dort stand das französische Verlangen nach Entschädigung und Sicherheit dem Prinzip der Selbstbestimmung und der alten britischen Furcht vor einem starken, den Kontinent dominierenden Frankreich entgegen.<sup>31</sup> Im Norden des Elsass lagen die wertvollen deutschen Kohlevorkommen des Saargebiets. Frankreich brauchte Kohle, und seine eigenen Bergwerke waren von den Deutschen zum grossen Teil zerstört worden. Ausserdem hatte Grossbritannien, wie Clemenceau dem britischen Botschafter kurz nach dem Waffenstillstand in Erinnerung brachte, einst nach dem Ende der napoleonischen Kriege erwogen, Frankreich das Saargebiet zu übergeben. Warum sollte man nicht die Gelegenheit ergreifen, «jede bittere Erinnerung auszulöschen, die man möglicherweise von Waterloo zurückbehalten» habe? Das Saargebiet war jedoch nur ein Teil des Landstreifens westlich des Rheins, der sich vom Elsass bis zu den Niederlanden erstreckte. Das Rheinland, erklärte Clemenceau, sollte um der französischen Sicherheit willen der deutschen Kontrolle entzogen werden. «Der Rhein war die natürliche Grenze zwischen Gallien und Germanien.» Vielleicht könnten die Alliierten einen unabhängigen Staat schaffen, dessen Neutralität wie diejenige Belgiens von den Grossmächten garantiert würde. «Offensichtlich»,

berichtete der Botschafter, «beabsichtigt er, mit Nachdruck darauf zu drängen.»<sup>32</sup> In Wirklichkeit war Clemenceau in Bezug auf viele französische Forderungen zu Kompromissen bereit, solange das überragende Ziel der Sicherheit des Landes erreicht wurde. Tatsächlich war er sogar bereit – auch wenn nichts daraus wurde –, eine begrenzte Zusammenarbeit mit Deutschland zu erwägen, das heisst eine Kooperation beim Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete in Frankreich und vielleicht auch den Aufbau darüber hinausgehender fruchtbarer Wirtschaftsbeziehungen.<sup>33</sup>

Fochs Gedanken gingen in eine andere Richtung. Er sprach mit der Autorität eines Militärs, der sein Leben lang auf die Bedrohung von der anderen Seite des Rheins geschaut hatte. Nach seiner Ansicht brauchte Frankreich die Flussbarriere; es brauchte die Zeit, die ein unter seiner Kontrolle stehendes Rheinland ihm bei einem Angriff aus dem Osten verschaffen würde; und es brauchte die zusätzliche Bevölkerung. «In Zukunft», schrieb er im Januar 1919 in einem Memorandum für die Friedenskonferenz, «sollte man Deutschland aller Zugänge und Aufmarschgebiete, das heisst jeder territorialen Oberhoheit auf dem linken Ufer des Stromes berauben, mit anderen Worten, jeder Möglichkeit eines raschen Eindringens wie 1914 in Belgien und Luxemburg, um die Nordseeküste zu erreichen und [Grossbritannien] zu bedrohen, um die natürlichen Verteidigungsmittel Frankreichs, Rhein und Mosel, zu flankieren, die nördlichen Provinzen zu erobern und in das Gebiet um Paris vorzudringen.»<sup>34</sup>

Wenn Deutschland angreife, erklärte er Cecil, könne es tief nach Frankreich eindringen, bevor die Vereinigten Staaten und Grossbritannien reagieren könnten. «Wenn es andere natürliche Gegebenheiten gäbe, die eine gleich gute Verteidigungslinie bilden würden, hätte [ich] nicht die Rheingrenze gefordert, aber es gibt absolut keine.»<sup>35</sup> Er präferierte ein unabhängiges Rheinland, das sich mit Belgien, Frankreich und Luxemburg zu einer Sicherheitskonföderation zusammenschliessen könnte. «Ich glaube, Foch geht zu weit», meinte sein Freund Henry Wilson, «andererseits ist mir aber klar, dass Neutrale wie die Luxemburger und die Belgier die Flanke der armen Franzosen zu sehr entblössen und daher irgendwelche Vorsichtsmassnahmen getroffen werden müssen; zum Beispiel wäre den Deutschen zu verbieten, dass sie am linken Rheinufer Truppen stationieren, und vielleicht auch, dass sie in den rheinischen Provinzen Soldaten

ausheben.»<sup>36</sup> Als Alternative konnte sich Foch auch einen oder mehrere neutrale, entmilitarisierte Staaten im Rheinland vorstellen.<sup>37</sup> Dessen Einwohner, glaubte er, würden von Natur aus Frankreich zuneigen und mit der Zeit erkennen, dass es in ihrem eigenen Interesse war, wenn sie sich westwärts orientierten anstatt ostwärts.<sup>38</sup>

Frankreich stellte die Mehrheit der Besatzungstruppen im Rheinland, und die dort stationierten französischen Kommandeure teilten Fochs Ansicht vollständig (wie auch Marschall Pétain, der dann im Zweiten Weltkrieg eine völlig andere Haltung zu Deutschland einnehmen sollte). Das Rheinland, sagte General Mangin, sei das Symbol des «unsterblichen Frankreich, das wieder zu einer grossen Nation geworden» sei. Mangin, der seine militärische Dienstzeit hauptsächlich in den französischen Kolonien verbracht hatte, betrachtete die Rheinländer als Eingeborene, die mit Festen, Fackelumzügen, Feuerwerk und einer strengen Hand gewonnen werden mussten.<sup>39</sup> Die Franzosen warben ausserdem mit ökonomischen Zugeständnissen um sie, indem sie das Rheinland von der weiter bestehenden Blockade gegen Deutschland ausnahmen.<sup>40</sup>

1919 sah es während einiger stimulierender Monate so aus, als könnten mächtige separatistische Kräfte die überwiegend katholischen Rheinländer, die sich unter preussischer Herrschaft nie wirklich wohl gefühlt hatten, für sich gewinnen. Aber waren sie bereit, sich Frankreich in die Arme zu werfen? Der Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer, ein vorsichtiger, gewiefter Politiker, stand stellvertretend für die Gemässigten. Er spielte mit dem Separatismus, gab ihn aber bereits im Frühjahr verloren.<sup>41</sup> Die eingefleischten Separatisten bildeten stets nur eine kleine Minderheit.

Clemenceau tat, als wüsste er nicht, worauf die Militärs aus waren. Auch verbot er ihnen nicht ausdrücklich, sich mit den Separatisten zu verschwören.<sup>42</sup> Ihm selbst war es gleich, wie das Rheinland verwaltet wurde, solange es nicht wieder zum Aufmarschgebiet für einen Angriff auf Frankreich wurde. Er wollte die alliierte Besatzung fortsetzen und zum Schutz der Brückenköpfe am liebsten aufs Ostufer des Rheins ausdehnen. Wenn er diese Garantie für die Sicherheit Frankreichs erhielt, war er bereit, bei anderen französischen Forderungen, wie den Reparationen, nachzugeben. Er drängte die Alliierten, die Friedensbedingungen als Paket zusammenzuhalten. So sagte er im Februar zu Balfour, er wolle nicht, dass den Deut-

schen die Abrüstungsbedingungen übergeben würden, auch wenn sie fast fertig seien, weil sie dann das Gefühl hätten, sie besäßen keine Verhandlungsmasse mehr, und sich in allen anderen Punkten querstellen würden.<sup>43</sup>

Mit Rücksicht auf seine heimischen Kritiker, die ihn ständig im Auge behielten, musste sich Clemenceau in der Rheinlandfrage vorsichtig verhalten.<sup>44</sup> Aus dem Élysée-Palast warnte Poincaré: «Der Feind rappelt sich auf, und wenn wir nicht einig und fest bleiben, ist alles zu befürchten.» Frankreich müsse die direkte Kontrolle über das Rheinland haben.<sup>45</sup> Poincares Standpunkt fand in Frankreich viel Zustimmung. Während sich die Regierung im Krieg aus Propagandagründen mit Äusserungen über die Annexion von Teilen Deutschlands zurückhielt, hatten französische Bürger Komitees mit diesem Ziel gebildet und es in Druckschriften (deren Erscheinen die Zensoren in keiner Weise behinderten) verkündet. Der Rhein, erklärten sie, sei stets die Grenze zwischen der westlichen Zivilisation und etwas Dunklem, Primitiverem gewesen. Frankreich habe das Rheinland zivilisiert. Karls des Grossen Hauptstadt habe dort gelegen; Ludwig XIV. habe es ebenso erobert wie später die französische revolutionäre Armee. (Die wesentlich längere Periode, in der das Rheinland von deutschen Fürsten beherrscht wurde, übersprang man hurtig.) Die Rheinländer seien ihrem Wesen nach und im Herzen Franzosen. Ihre Liebe zu gutem Wein, ihr *joie de vivre*, ihr Katholizismus (auf den selbst antiklerikale französische Autoren hinwiesen) seien Beweise dafür. Wenn die preussische Herrschaft wegfalle, würden die Rheinländer zu ihrem wahren, französischen Wesen zurückkehren. Zudem sei das Rheinland, und dies war in den Augen der Franzosen wohl am überzeugendsten, eine angemessene Entschädigung für die französischen Kriegsverluste.<sup>46</sup>

Die Amerikaner beeindruckte all dies wenig. Der Völkerbund, nicht das Rheinland, würde Frankreichs Sicherheitsproblem lösen, oder wie House es ausdrückte: «Wenn wir nach der Schaffung des Völkerbunds so dumm wären, zuzulassen, dass Deutschland eine grosse Armee ausbildet und bewaffnet und wieder zu einer Bedrohung für die Welt wird, würden wir das Schicksal verdienen, das eine solche Torheit zur Folge hätte.»<sup>47</sup> Lloyd George war unentschlossen: Vielleicht sollte man das Rheinland zu einem kleinen neutralen Staat machen.<sup>48</sup> Andererseits sagte er wiederholt, dass er kein neues Elsass-Lothringen schaffen wolle; dies würde für eine weitere Generation den Frieden in Europa stören.<sup>49</sup>

Französische Beamte brachten verschiedene einfallsreiche Pläne in Umlauf: eine dauerhafte Besetzung durch alliierte Truppen; eine Zollunion mit Frankreich, ohne das Rheinland formal von Deutschland abzuspalten; eine doppelte Zugehörigkeit des Rheinlands – militärisch zu Frankreich und rechtlich zu Deutschland. Aber es gab auch dramatischere Vorstellungen. «Um den Frieden in Europa auf Dauer zu sichern», hiess es aus dem französischen Aussenministerium, «ist es notwendig, das Werk Bismarcks zu zerstören, der ein skrupelloses, militarisiertes, bürokratisches, planmässig vorgehendes Deutschland geschaffen hat, eine wahre Kriegsmaschine, die aus jenem Preussen hervorging, das als eine Armee, die eine Nation hat, definiert wurde.»<sup>50</sup> Die Auferstehung Bayerns und Sachsens als eigenständiger Staaten und vor allem die Demütigung Preussens in der Mitte Europas hätten die französischen Alpträume vertrieben.

Clemenceau war indes überzeugt, dass Deutschland überleben würde und Frankreich sich mit ihm würde arrangieren müssen. Er vergass nie, dass Frankreichs Sicherheit ebenso sehr von seinen Verbündeten abhing wie von seinen eigenen Anstrengungen. Ausserdem musste er berücksichtigen, dass das Rheinland nicht alles war, was Frankreich wollte. Wenn er mit aller Kraft darum kämpfte, es zu erhalten, würden die Alliierten dann noch Frankreichs Reparationsforderungen unterstützen? Würden sie weiter wie bisher auf der Entwaffnung Deutschlands bestehen? Wie weit seine Manöver gingen und was er wirklich dachte, wird man nie erfahren, und genau so wollte er es. Als das französische Aussenministerium einige Jahre später eine Zusammenfassung der Verhandlungen über das Rheinland im Jahr 1919 anfertigen wollte, fand es in seinen Archiven kein einziges Aktenstück darüber,<sup>51</sup> und Clemenceau vernichtete vor seinem Tod die meisten seiner persönlichen Papiere.

In den ersten Monaten der Friedenskonferenz bemühte sich Clemenceau, bei seinen Verbündeten ein Reservoir an Wohlwollen aufzubauen, indem er sich – etwa in Bezug auf den Völkerbund – kooperativ verhielt. In der Rheinladfrage hielt er sich im Obersten Rat zurück und sondierte stattdessen in privaten Gesprächen, wie die Alliierten zu der Alternative von Annexion und selbständigem Rheinstaat standen.<sup>52</sup> Bei den Amerikanern, insbesondere bei House, stiess er auf gewisse Sympathie. Die Briten, hatte er den Eindruck, würden schwieriger zu gewinnen sein.<sup>53</sup> Mit Wilson sprach er vor dessen Abreise in die Vereinigten Staaten am 14. Februar of-



fenbar nicht, vermutlich weil er – nicht zu Unrecht – eine Abfuhr fürchtete.<sup>54</sup> «Der alte Tiger», bemerkte Lloyd George mit der üblichen Missachtung für die Geographie, «will den Grizzlybären zurück in den Rocky Mountains wissen, bevor er das deutsche Schwein zu zerreißen beginnt.»<sup>55</sup>

Am 25. Februar legte Tardieu als einer der offiziellen französischen Delegierten der Friedenskonferenz schliesslich eine förmliche Erklärung zum Rheinland vor. Es war, wie man es von ihm gewohnt war, ein glänzender Auftritt. Tardieu, als Sohn eines Graveurs in Paris geboren, war ein herausragender Intellektueller (in der École Normale Supérieure hatte er zu den Besten seines Jahrgangs gehört), Diplomat, Politiker und Journalist. 1917 hatte Clemenceau ihn als seinen Sondergesandten in die Vereinigten Staaten geschickt. Er war clever, tatkräftig und charmant. Lloyd George konnte ihn nicht ausstehen, und Wilson vergab ihm nie, dass er in Washington enge Kontakte zu den Republikanern geknüpft hatte.<sup>56</sup> Clemenceau jedoch mochte ihn und vertraute ihm, soweit er das konnte, hielt ihn aber am Gängelband.<sup>57</sup> Als Tardieu einmal den Fehler beging, in einer Sitzung des Obersten Rats vor ihm zu stehen, klopfte er scharf auf den Tisch. «S'il vous plait, Monsieur!», stiess er hervor, und Tardieu setzte sich folgsam wieder hin, wütend, aber ohne eine Erwiderung zu wagen.<sup>58</sup>

In dem Memorandum vom 25. Februar, das er auf Clemenceaus Geheiss verfasst hatte, wurden die Verlegung der deutschen Westgrenze an den Rhein sowie die dauerhafte Besetzung der Brückenköpfe gefordert. Frankreich, erklärte Tardieu, habe nicht das geringste Interesse daran, irgendeinen Teil des Rheinlands zu annektieren, aber wie es regiert werden sollte, sagte er nicht.<sup>59</sup> Die Antwort von Frankreichs Verbündeten war eindeutig. «Wir betrachteten es», schrieb Lloyd George später, «als klaren, unehrenhaften Verrat an dem grundlegenden Prinzip, für das die Alliierten zu kämpfen angetreten waren und das sie ihren eigenen Völkern in der Stunde der Opfer weiterhin predigten.» Als Realist, der er war, wies er ausserdem darauf hin, dass eine Spaltung Deutschlands wahrscheinlich nicht von Dauer wäre und in der Zwischenzeit «endlose Spannungen erzeugen und vielleicht sogar einen weiteren Krieg hervorrufen» würde.<sup>60</sup> Auch Wilson meldete von Amerika aus Einspruch an. «Das könne nicht sein», sagte er zu Grayson. «Die Wünsche der Bevölkerung seien ihrem Wesen nach deutsch. Wenn man Deutschland dieses Gebiet wegnähme,

hätte es in ganz Deutschland nur Hass und die Entschlossenheit zur Folge, den Krieg weiterzuführen. Die Bitterkeit entspräche genau derjenigen, die man in Frankreich wegen der verlorenen Provinzen gegenüber Deutschland empfunden habe.»<sup>61</sup> Wilson wies House an, in der Rheinlandfrage keinerlei Zusagen zu machen. Er werde sich nach seiner Rückkehr nach Paris selbst mit diesem Thema befassen.<sup>62</sup>

Um einen Kompromiss zu finden, bildeten Lloyd George, Clemenceau und House wenige Tage vor Wilsons Rückkehr ein Geheimkomitee. Tardieu, der dem Komitee als französischer Vertreter angehörte, trat jetzt offen für einen unabhängigen Rheinstaat ein. «Frankreich», erklärte er, «werde erst zufrieden sein, wenn es vor einer Wiederholung von 1914 sicher sei ... Diese Sicherheit erhalte man nur, wenn die Grenze entlang des Rheins gezogen werde. Frankreich dürfe mit Recht erwarten, dass im Fall eines neuen Krieges die Kämpfe nicht auf französischem Boden ausgetragen werden.» Kerr erwiderte, Grossbritannien könne sich weder vorstellen, dass das Rheinland von Deutschland abgetrennt werde, noch, dass man dort auf Dauer Truppen stationieren werde. Die britische Öffentlichkeit sei ebenso dagegen wie die Dominions, deren Meinung man nicht ignorieren könne. Aber natürlich würden die britischen Streitkräfte Frankreich zu Hilfe eilen, falls Deutschland es erneut angreifen sollte. Tardieu warf ein, dass sie wahrscheinlich nicht rechtzeitig eintreffen würden. (Lloyd Georges Vorschlag, einen Tunnel unter dem Ärmelkanal zu bauen, nahmen die Franzosen nicht ernst.) Der amerikanische Vertreter sagte wenig, und die Verhandlungen blieben ergebnislos.<sup>63</sup>

Kurz vor Wilsons Rückkehr nach Paris hatte man bei den militärischen Bestimmungen des deutschen Vertrages erhebliche Fortschritte gemacht, während eine Einigung über die Grenzen, einschliesslich der Rheinlandfrage, noch nicht in Sicht war und man beim kniffligen Reparationsproblem in einer Sackgasse steckte. Als Wilsons Schiff am Abend des 13. März in Brest eintraf, wurde er von House erwartet, der entmutigende Neuigkeiten überbrachte: Der deutsche Vertrag lag nur in Grundzügen vor.

House glaubte, den Präsidenten lediglich auf den neuesten Stand gebracht zu haben.<sup>64</sup> Mrs. Wilson und ihre Anhänger, die House nie gemocht hatten, berichteten jedoch, dass der Präsident am Boden zerstört sei. «Er schien um zehn Jahre gealtert zu sein», erzählte Wilsons Frau zwei Jahrzehnte später, «und er biss die Zähne zusammen, wie er es tat, wenn er mit

aller Kraft die Fassung zu bewahren versuchte.» Laut Mrs. Wilson rief er aus: «House hat alles weggegeben. Ich hatte gewonnen, bevor ich Paris verliess.» Grayson schmückte die Episode später aus. Nach seiner Version hatte Wilson zu seinem Entsetzen erfahren, dass House nicht nur der Schaffung einer separaten Rheinrepublik zugestimmt, sondern sich auch dem perfiden Vorhaben von Briten und Franzosen gebeugt hatte, durch die Entfernung der Völkerbundakte aus dem Vertrag mit Deutschland die Bedeutung des Völkerbunds herunterzuspielen.<sup>65</sup> House hatte weder das eine noch das andere getan, aber Wilsons Verdacht war in der Welt, und seine Umgebung sorgte dafür, dass er nicht mehr in Vergessenheit geriet.

Man wird nie erfahren, was genau zwischen dem Präsidenten und dem Mann, den er einst als sein Alter Ego bezeichnet hatte, vorgefallen ist, aber an jenem Abend bekam ihre Freundschaft unwiderruflich einen Riss. Sie trafen sich weiterhin regelmässig, und House agierte wie bisher als Vertreter des Präsidenten, aber man munkelte, dass dieser nicht mehr auf den Oberst höre. Nach Lloyd Georges Ansicht trat das eigentliche Zerwürfnis später ein, im April, als er mit Clemenceau und House in dessen Zimmer im Crillon zusammenkam, um eine Lösung für einen Streit zwischen Wilson und den Italienern über deren Ansprüche an der Adria zu finden. Der Präsident stiess unerwartet zu ihnen und hatte offenbar das Gefühl, dass etwas hinter seinem Rücken geschah. «Er hatte wenigstens eine göttliche Eigenschaft», schrieb Lloyd George später, «er war ein eifersüchtiger Gott, und indem er diesen Zug seines Idols missachtete und vergass, was ihm gehörte, beging House eine unverzeihliche Sünde.»<sup>66</sup>

Vielleicht hätte House dem Präsidenten in Brest einen Vorschlag von Foch und anderen unterbreiten sollen, nach dem Deutschland einen Präliminarfrieden mit den militärischen und möglicherweise auch einigen finanziellen Bestimmungen erhalten und die Lösung der schwierigen Fragen, wie Grenzen und Reparationen, auf später verschoben werden sollte. Wilson hörte von dieser Idee mit Sicherheit bald nach seiner Rückkehr und argwöhnte sofort ein Komplott mit dem Ziel, den Beschluss über die Völkerbundakte hinauszuzögern. Am 11. März sprach er «sehr offen» mit Lloyd George und Clemenceau. «Es gebe so viele Nebenfragen», erklärte er, «die man, sobald er geschaffen sei, dem Völkerbund übertragen müsse, dass dessen Gründung das erste Ziel sein müsse und dass man keinen Ver-

trag beschliessen könne, der sich nur mit Heeres-, Marine- und Finanzfragen beschäftige.»<sup>67</sup> Wilson ging nicht zu der für den Nachmittag angesetzten Sitzung des Obersten Rats, in der die militärischen Bestimmungen gebilligt werden sollten; er brauche Zeit, erklärte er, um sie zu lesen. «Eine Unverschämtheit», schimpfte der britische General Henry Wilson. Als das Thema zwei Tage später schliesslich auf den Tisch kam, dachte Wilson laut darüber nach, ob er den Passus über eine deutsche Freiwilligenarmee billigen könne. Lloyd George, den die Verzögerung verärgerte, warf gereizt ein, dass er bei einer Ablehnung seinerseits der Völkerbundakte nicht zustimmen könne. Daraufhin wurde die Vorlage angenommen.<sup>68</sup>

Deutschland wurde eine Armee belassen, die, wie die Alliierten selbst eingestanden, eher eine Polizeitruppe war. Als in den folgenden Jahren klar wurde, dass das Versprechen einer allgemeinen Truppenreduzierung nicht eingehalten wurde, vergrösserte es sowohl das britische Unbehagen als auch den deutschen Groll über den Versailler Vertrag.<sup>69</sup> Durch die Begrenzung des Heers auf 100.000 und der Kriegsmarine auf 15.000 Mann und das Verbot einer Luftwaffe sowie von gepanzerten Fahrzeugen aller Art, schweren Kanonen, Lenkwaffen und U-Booten sollte sichergestellt werden, dass Deutschland keinen Angriffskrieg mehr führen konnte. Der grösste Teil des vorhandenen deutschen Waffenarsenals sowie sämtliche Befestigungen westlich des Rheins und auf dessen Ostufer sollten zerstört werden. Nur wenige Fabriken in Deutschland sollten Rüstungsmaterial herstellen dürfen; Waffenimporte waren grundsätzlich verboten. Um zu verhindern, dass Deutschland heimlich Soldaten ausbildete, sollten staatliche Einrichtungen wie die Polizei auf dem Vorkriegsstand bleiben; private Organisationen, wie Wander- oder Kriegervereine, sowie Erziehungseinrichtungen und Hochschulen durften keinerlei militärische Aktivitäten entfalten. All dies sollte unter Überwachung einer Alliierten Kontrollkommission von den Deutschen selbst ausgeführt werden. Im Rückblick gesehen, wirken die Bestimmungen wie die Taue, mit denen die Liliputaner Gulliver zu fesseln versuchten.

Die Schwierigkeiten mit den militärischen Bestimmungen waren allerdings noch nicht ausgestanden. Wilson geriet wegen der Marineklauseln in einen ernsten Streit mit den Briten, in dem sich sowohl die alte Rivalität als auch die neue Konkurrenz widerspiegelte, die sich herausbildete, als sich die Vereinigten Staaten zu einer globalen Seemacht entwickelten.

So wünschte sich die britische Admiralität die Zerstörung des Nordostseekanals, der es der deutschen Marine erlaubte, selbst die grössten Schiffe von einem Meer in das andere zu verlegen, ohne durch das Skagerrak fahren zu müssen. Die britischen Admirale fürchteten freilich zu Recht, dass Vertreter der Handelsschifffahrt und die amerikanische Regierung Einspruch erheben würden. Die Alternative, den Kanal Dänemark zu übergeben, stand nicht zur Debatte, da Kopenhagen ein solch vergiftetes Geschenk ablehnte. Mehr, als den Kanal der deutschen Kontrolle zu entziehen und für Schiffe aller Nationen offenzuhalten, war nicht zu erreichen. Aber die Amerikaner lehnten sogar das ab. Es wäre eine Strafmassnahme, sagte Admiral William Benson, der amerikanische Marinevertreter und Operationschef der US-Navy.<sup>70</sup> Vor dem Hintergrund ihrer Kontrolle über den neuen Panamakanal wollten die Amerikaner keinen Präzedenzfall für die internationale Verwaltung eines Wasserweges schaffen. Auch gegen harte Bestimmungen für Deutschland sprach sich Benson aus. Sie würden die Vereinigten Staaten, so sein Argument, nur zu endlosen Anstrengungen zu ihrer Durchsetzung zwingen. Der Kompromiss, der in den Vertrag aufgenommen wurde, erlaubte einfach Schiffen aller Länder, die sich im Frieden mit Deutschland befanden, die Durchfahrt durch den Kanal.<sup>71</sup>

Ähnliche Einwände hatten die Amerikaner gegen den britischen Vorschlag, die deutschen Befestigungen an der deutschen Küste zu schleifen. «Die Flottenrüstung sei eingeschränkt», entgegnete Lansing. «Warum solle es Deutschland nicht erlaubt sein, seine eigene Küste zu verteidigen?»<sup>72</sup> Lloyd George fand eine Lösung: Defensive Befestigungen seien annehmbar, offensive nicht.<sup>73</sup> Am Ende erwiesen sich alle deutschen Befestigungen, ausser denjenigen, die den Briten wirklich Sorgen bereiteten, passenderweise als defensive Anlagen. In der Nordsee befanden sich zwei Inseln, Helgoland und dessen Nebeninsel Düne, welche die Briten 1890 im Zuge eines, wie es schien, vorteilhaften Handels gegen Sansibar eingetauscht hatten. Unglücklicherweise hatte die Zeit danach Flugzeuge, U-Boote und weitreichende Kanonen hervorgebracht – und das deutsch-englische Flottenwetttrüsten. Die vorher nutzlosen Landstücke waren plötzlich wertvolle Stützpunkte. Die britische Admiralität hatte eine einfache Lösung, die einer ihrer Vertreter so ausdrückte: «Wir müssen den Schlüssel zum Zwinger des tollwütigen Hundes in der Tasche haben, denn

man kann nie wissen, wann die böse Bestie den nächsten Anfall bekommt.»<sup>74</sup> Wenn die Amerikaner, wie zu erwarten, Einspruch erheben sollten, gab es immer noch die Alternative, die beiden Inseln in die Luft zu jagen. Aus seinem Ruhestand in England meldete sich der halbblinde Edward Grey mit dem Vorschlag zu Wort, aus Helgoland ein Vogelschutzgebiet zu machen: «Aus irgendeinem Grund ist dieser aus menschlicher Sicht unattraktive, öde Ort ein Ruheplatz für Millionen von Wandervögeln.»<sup>75</sup> Warum die Inseln nicht Australien übergeben, warf Clemenceau ein.<sup>76</sup> Die endgültige britische Position, die von Frankreich mitgetragen wurde, sah lediglich die Zerstörung der Befestigungen und Hafenanlagen vor.<sup>77</sup> «Er habe volles Verständnis für die Zerstörung der Befestigungen auf den Inseln Helgoland und Düne», erklärte Wilson, «halte die Zerstörung der Molen vom menschlichen Standpunkt aus aber für bedenklich, da sie bei Stürmen auf der Nordsee Fischern eine Zuflucht böten.»<sup>78</sup> Er wolle nicht den «Eindruck überflüssiger Gewaltanwendung» erwecken, fügte er hinzu. Die Briten wandten ein, dass Fischer leicht in natürlichen Häfen Zuflucht finden könnten.<sup>79</sup> Sie bekamen ihren Willen, aber die Inseln blieben in deutschem Besitz. In den 1930er Jahren, während der NS-Herrschaft, wurden die Befestigungen wiederaufgebaut, um nach dem Zweiten Weltkrieg erneut gesprengt zu werden.

Was die deutschen U-Boote anging, standen Briten und Amerikaner ausnahmsweise einmal auf derselben Seite. «Diese Pestbeulen sollten beseitigt werden», meinte Lloyd George, als das Thema zur Diskussion stand.<sup>80</sup> Der amerikanische Marineminister Josephus Daniels sprach für viele, als er die U-Boote mit Giftgas verglich: «Ich denke, alle U-Boote sollten versenkt werden, und keine Nation sollte neue bauen, wenn und falls der Völkerbund Realität wird.» Die Franzosen und Italiener erhoben Einspruch. «Es gibt keine heimtückischen Waffen», erklärte der französische Marineminister, «sie können nur auf heimtückische Weise benutzt werden.» Für den Fall, dass die U-Boote vernichtet werden sollten, würden sie einen Anteil an der Arbeit und an dem mit dem Material erzielten Gewinn verlangen. Am Ende übernahm die französische Marine zehn U-Boote, und die übrigen wurden verschrottet.<sup>81</sup>

Zu ersten Spannungen zwischen Briten und Amerikanern kam es bei der Behandlung der deutschen Überwasserschiffe. Ursprünglich hatten sie dieselbe Ansicht vertreten: Sie wollten sie nicht, da es schwierig und teuer

gewesen wäre, sie in die eigene Flotte einzugliedern. Während Wilson es für dumm hielt, völlig intakte Schiffe zu zerstören, gefiel Lloyd George die Vorstellung, sie feierlich mitten im Atlantik zu versenken.<sup>82</sup> Doch Franzosen und Italiener waren dagegen. Frankreich, sagte ein französischer Admiral, habe alle seine Ressourcen dafür aufgewendet, den Landkrieg zu gewinnen. «Unsere Flotte», fuhr er fort, «hat Verluste erlitten, die nicht ersetzt werden konnten, während die Flotten unserer Verbündeten erheblich gewachsen sind.»<sup>83</sup> Vielleicht wäre es sinnvoller, die Schiffe aufzuteilen. Die Japaner erklärten zaghaft, dass sie einige übernehmen könnten. Grossbritannien war Anfang März fast bereit nachzugeben, als House zu Lloyd George sagte, dass die Vereinigten Staaten eine Vergrösserung der britischen Marine nicht akzeptieren würden. Der Vorschlag, die deutsche Flotte aufzuteilen, hatte bei dem erregbaren, anglophoben amerikanischen Marineberater Benson die Alarmglocken schrillen lassen (genau genommen, hatten sie nie aufgehört zu läuten). Er wies darauf hin, dass Grossbritannien, ganz gleich, ob man die Schiffe nach Massgabe des Kriegsbeitrags oder der Verluste verteile, stets den grössten Anteil erhalten würde. «In Zukunft werden die Vereinigten Staaten sein einziger Rivale auf See sein», warnte Benson, «und jedes Schiff, das Grossbritannien baut oder erwirbt, kann nur die amerikanische Flotte im Visier haben.» Grossbritannien sei entschlossen, die Weltmeere und den Welthandel zu beherrschen.<sup>84</sup>

Lloyd George versuchte den Streit durch einen seiner Taschenspielertricks zu entschärfen: Die Schiffe sollten übergeben werden, aber Grossbritannien und die Vereinigten Staaten sollten ihre anschliessend versenken. Es war vielleicht unklug, dass er diesen Vorschlag an die Bedingung knüpfte, «dass wir in Zukunft nicht in einen Bauwettstreit gegeneinander eintreten werden». Andernfalls würde die britische Marine ihren Anteil an den Schiffen einfach behalten.<sup>85</sup> Hinter dem Vorschlag stand die britische Sorge über den fortgesetzten Ausbau der amerikanischen Flotte, der die maritime Vorherrschaft Grossbritanniens zu beenden drohte. Daniels hatte Ende 1918 ein zweites grosses Bauprogramm in den Kongress eingebracht. Die öffentlich angeführten Rechtfertigungen waren beruhigend: Das Programm sei lediglich eine Fortsetzung desjenigen von 1916 und habe nur das Ziel, den Völkerbund zu unterstützen. In Paris erklärte Benson jedoch unumwunden, die Vereinigten Staaten sollten ihre Marine weiter ausbauen, bis sie die Grösse der britischen erreicht habe.<sup>86</sup> Zu den Fun-

damenten der britischen Politik gehörte jedoch der Grundsatz, dass die eigene Marine grösser als jede andere, idealerweise sogar grösser als beliebige zwei andere sein müsse. Aber den Briten war klar, dass sie ein maritimes Wettüsten finanziell nicht durchstehen könnten; ausserdem wollten sie das neugewonnene gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten nicht gefährden.<sup>87</sup> Deshalb hatten sie vorgefüht – wobei Lloyd Georges Vorschlag zu den ungeschickteren Versuchen gehörte –, ob sie von den Amerikanern die Zusage erhalten konnten, dass sie nicht versuchen würden, die britische Flotte auszustechen.

Daniels kam persönlich nach Paris, um die Spannungen beizulegen. «Der Präsident hoffte», vertraute er seinem Tagebuch an, «wir könnten es diskutieren und irgendeine richtige Absprache erreichen.»<sup>88</sup> Doch die Gespräche verliefen schlecht. «Die Vorherrschaft der britischen Marine», sagte Walter Long, der Erste Lord der Admiralität, zu Benson und Daniels, «sei eine absolute Notwendigkeit nicht nur für die Existenz des Britischen Empires, sondern sogar für den Weltfrieden.» Benson erwiderte scharf, dass die Vereinigten Staaten durchaus in der Lage seien, an der Erhaltung des Friedens mitzuwirken. Er geriet mit seinem britischen Gegenstück «Rosie» Wemyss derart aneinander, dass Daniels befürchtete, sie würden jeden Moment aufeinander losgehen: «Der britische Admiral hielt es für das gute Recht seines Landes, die grösste Flotte der Welt zu unterhalten und dafür unsere Zustimmung zu verlangen. Für Benson wäre dies Landesverrat gewesen.» Die Briten drohten mit der Ablehnung der Klausel über die Monroe-Doktrin, die Wilson als unerlässlich ansah, wenn er die Völkerbundakte durch den Kongress bringen wollte.<sup>89</sup> Lloyd George erklärte Daniels beim Frühstück am 1. April, dass der Völkerbund zwecklos wäre, wenn die Vereinigten Staaten ihre Flotte weiter ausbauten. «Sie hätten aufgehört, Kreuzer zu bauen», berichtete Daniels, «und wir sollten auch aufhören, wenn wir wirklich Vertrauen in den von Wilson gewollten Völkerbund hätten.»<sup>90</sup>

Da von den Admiralen abgesehen niemand einen Bruch wollte, wurde am Ende ein Waffenstillstand erklärt. Die Amerikaner versprachen, ihr Bauprogramm zu modifizieren (was sie in jedem Fall tun mussten, da der Kongress Schwierigkeiten machte), und die Briten sagten zu, keine Einwände gegen die Monroe-Doktrin und den Völkerbund zu erheben. Ausserdem vereinbarte man, sich weiterhin gegenseitig zu konsultieren. Die



neue Stimmung brachte jedoch keine Einigung über die in Scapa Flow liegenden deutschen Schiffe hervor. «Wir würden sie gern versinken sehen», sagte Wemyss zu einem Untergebenen, «aber mir ist klar, dass sie Spielfiguren sind.»<sup>91</sup> Die Zusammenarbeit zwischen Briten und Amerikanern, die Besucher so beeindruckend fanden, hatte durch die später so genannte «Seeschlacht von Paris» Risse bekommen, und die Frage der deutschen Reparationen sollte diese Risse weiter vertiefen.

## Die Rechnung wird geschrieben

1995 war ein fernes Echo dieses grossen Themas der Pariser Friedensverhandlungen zu vernehmen, als das seit kurzem vereinigte Deutschland zusagte, die restlichen, noch ausstehenden Raten jener Kredite zu zahlen, die es in der Zwischenkriegszeit erhalten hatte, um die durch den Versailler Vertrag verhängten Reparationen leisten zu können. «Das Thema der Reparationen», sagte der Bankier Thomas Lamont, der 1919 das amerikanische Finanzministerium in Paris vertrat, «verursachte mehr Ärger, Streit, böse Gefühle und Verzögerung auf der Friedenskonferenz als alle anderen Vertragsgegenstände.»<sup>1</sup>

In den 1920er und 1930er Jahren trugen die Reparationen wesentlich zur Vergiftung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten sowie unter den Alliierten selbst bei. Die Frage, vor der die Friedensmacher 1919 standen, war zugleich einfach und sehr kompliziert. Einfach, weil, wie Lloyd George es ausdrückte, «jemand ... bezahlen» musste. «Wenn Deutschland nicht zahlen könne, bedeute es, dass der britische Steuerzahler es tun müsse. Zahlen sollten jedoch diejenigen, die die Verluste verursacht haben.»<sup>2</sup> Kompliziert war die Frage, weil sie es erforderlich machte, die Rechnung aufzustellen und herauszufinden, wie viel Deutschland zu zahlen in der Lage war. Die blosser Erwähnung von Reparationen löste Meinungsverschiedenheiten aus. Waren sie einfach nur Kompensationen für Schäden oder in Wirklichkeit verkappte Strafzahlungen als Ausgleich für die Kriegskosten der Sieger? Umfassten sie auch aufgrund von Besetzung, Tod oder Beschädigungen entgangene Steuern und Einkommen? Wie sah es mit Renten für Witwen und Waisen aus? Mit Tieren, die gestorben waren, weil ihre Besitzer geflohen waren? Waren Reparationen ein Schuldeingeständnis Deutschlands, und welche seiner Verbündeten konnten noch für den gesamten katastrophalen Krieg zur Verantwortung gezogen werden?

Frankreich, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, die die endgültige Vereinbarung ausarbeiteten, hatten unterschiedliche Bedürfnisse und Auffassungen. Die Vereinigten Staaten schlugen einen hohen morali-

schen Ton an. Sie wollten nichts für sich selbst, erwarteten aber, dass die Europäer das Geld zurückzahlten, das sie sich während des Krieges bei ihnen geliehen hatten. Für diese waren Reparationen ein Weg, ihre Schulden zurückzuzahlen und ihre Gesellschaften wiederaufzubauen. Welche Posten in die Reparationsrechnung aufgenommen wurden, hatte daher grosse Bedeutung, denn es beeinflusste die Aufteilung der Beute. Frankreich hatte die grössten direkten Schäden erlitten, gefolgt von Belgien, während Grossbritannien das meiste Geld aufgewendet hatte. Auch die Frage, wie viel Deutschland zahlen konnte, löste heftige Diskussionen aus. Setzte man die Summe zu hoch an, könnte die deutsche Wirtschaft zusammenbrechen, was für die britischen Exporteure von Nachteil wäre. Setzte man sie zu niedrig an, käme Deutschland zu leicht davon und würde sich rasch wieder erholen, eine für die Franzosen besorgniserregende Aussicht. Allein schon die Erhebung von eindeutigen Zahlen war sowohl damals als auch später schwierig, da so gut wie jeder ein Interesse daran hatte, die Verluste zu hoch anzusetzen oder zu verschleiern: Die Alliierten übertrieben, wie viel sie zu bekommen hatten, und die Deutschen, wie viel sie zahlen mussten. Da sich die Friedensmacher nicht auf eine endgültige Zahl einigen konnten, enthielt der Vertrag mit Deutschland nur eine Bestimmung über die Bildung einer alliierten Kommission, die innerhalb von zwei Jahren die Höhe der Reparationen festlegen sollte. Die Deutschen erhoben den verständlichen Einwand, dass man von ihnen verlangte, einen Blankoscheck zu unterschreiben.

Obwohl die Historiker immer mehr zu dem Schluss gelangen, dass die Last nie so gross war, wie Deutschland und seine Sympathisanten behaupteten, sind die Reparationen das herausragende Symbol des in Paris ausgearbeiteten Friedensvertrags geblieben.<sup>3</sup> Während die meisten der 440 Artikel des Versailler Vertrags schon lange vergessen sind, gelten die Handvoll Reparationsklauseln heute immer noch als Beweis für ein rachsüchtiges, kurzsichtiges und schädliches Vertragswerk. Die Weimarer Demokratie trat mit einer niederdrückenden Last ins Leben, und die Nationalsozialisten konnten auf verständliche deutsche Ressentiments setzen. Verantwortlich für die katastrophalen Folgen, so wird argumentiert, seien zuallererst die Friedensmacher von 1919: der auf Vergeltung sinnende Clemenceau, der zögerliche, schwankende Lloyd George und der bedauernswerte, gebrochene Wilson, der sich, um John Maynard Keynes zu zitieren, übers Ohr hauen liess.

Keynes hat dieses Bild nicht geschaffen, aber die einprägsamste Fassung davon gemalt. Er war ein eher hässlicher junger Mann, der Eaton und Cambridge spielend absolviert und dabei Auszeichnungen eingeholt und die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte. Dass er der Bloomsbury Group angehörte, verstärkte nur noch seinen Hang, sich moralisch aufs hohe Ross zu schwingen. Er war ein unangenehmer Untergebener, denn er machte nie einen Hehl daraus, dass er die meisten seiner Vorgesetzten verachtete. Da er als Vertreter des britischen Schatzamtes an der Friedenskonferenz teilgenommen hatte, konnte er in seiner unmittelbar nach ihrem Ende verfassten Schrift *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages* mit mehr als der gewohnten Autorität auftreten.

Wilson war laut Keynes auf das grausame Blinde-Kuh-Spiel der Europäer hereingefallen. «Er liess sich durch ihre Atmosphäre betäuben», schrieb Keynes, «in Erörterungen aufgrund ihrer Pläne und ihrer Angaben verwickeln und auf Irrwege führen.» Er habe seine eigenen Grundätze und die Hoffnung all jener verraten, die sich nach einer besseren Welt sehnten.<sup>4</sup> Lloyd George war in Keynes Augen der Chefsatyr, halb Mensch, halb Ziegenbock, der aus den Nebeln der walisischen Berge gekommen war, um die Guten und Leichtgläubigen in die Sümpfe zu locken. «In seiner Gesellschaft», schrieb Keynes in einer in der Druckfassung seines Buchs nicht enthaltenen Passage, «nimmt man das Aroma letzter Zwecklosigkeit und innerer Verantwortungslosigkeit wahr, von einer Existenz ausserhalb und fern von unserem sächsischen Gut und Böse, vermischt mit Gerissenheit, Unbarmherzigkeit und Machtliebe, die den nordeuropäischen Zauberern Faszination, Anziehungskraft und Schrecken verleiht.»<sup>5</sup>

Den alten, verbitterten Clemenceau, «trocken an Seele und leer an Hoffnung», interessierten laut Keynes nur Frankreich und seine Sicherheit.<sup>6</sup> Keynes verachtete die Franzosen und ihre, wie er fand, übermässige Habgier. Er stritt sich mit ihren Vertretern über Entlastungen für Deutschland und die britischen Kredite, die Frankreich brauchte. Die deutschen Repräsentanten, die er in der Waffenstillstandskommission kennengelernt hatte, waren aus anderem Holz. In Erinnerungen, die er für seine Bloomsbury-Freunde verfasste, beschrieb er den bekannten Hamburger Bankier Carl Melchior als «sehr kleinen Mann ... von exquisiter Sauberkeit, sehr gut und sorgfältig gekleidet, mit einem Stehkragen, der sauberer und weisser schien als ein normaler Kragen ..., mit Augen, die

uns glänzend anblickten und in denen eine ungewöhnliche Trauer stand und doch auch der Ausdruck eines ehrlichen Tieres, das der Jäger in die Enge getrieben hat».<sup>7</sup> Keynes' Äusserung, dass er für Melchior eine Art Liebe empfinde, ist nicht allzu ernst zu nehmen. Sie war eine rhetorische Arabeske für alte Freunde, die seine komplizierte sexuelle Vergangenheit kannten.

Die Friedensmacher stiessen Keynes ab. Sie erregten sich über Rachegefühle, während Europa am Rand des Zusammenbruchs taumelte:

«In Paris, wo die im Obersten Wirtschaftsrat Tätigen fast stündlich Berichte über das Elend, die Unordnung und den Verfall in ganz Mittel- und Osteuropa, einerlei ob verbündet oder feindlich, und aus dem Mund der deutschen und österreichischen Finanzfachleute die unwiderleglichsten Beweise für die schreckliche Erschöpfung ihrer Länder erhielten, konnte ein gelegentlicher Besuch in dem heissen, trockenen Zimmer im Hause des Präsidenten, wo der Rat der Vier sich in hohlem und fruchtlosem Ränkepiel erging, den Eindruck eines Albtraums nur noch steigern.»<sup>8</sup>

Was erreichten sie in ihren goldverzierten Sälen? Laut Keynes lediglich einen Frieden, der die ökonomische Zerstörung, die Europa durch den Krieg erlitten hatte, vollendete. Sie zogen neue Linien auf der Landkarte, anstatt eine Freihandelszone zu schaffen; sie feilschten über die Schulden, die sie beim jeweils anderen hatten, anstatt sie allesamt zu streichen; schliesslich beschlossen sie – und dieser Kritikpunkt fand in Deutschland besonders viel Beachtung – lähmende Reparationsforderungen. Ausführlich aus seinen eigenen, für die Friedenskonferenz geschriebenen Denkschriften zitierend, erklärte Keynes, dass Deutschland höchstens zwei Milliarden Pfund (10 Milliarden Dollar) zahlen könne. Alles, was darüber hinausgehe, würde das Land in Verzweiflung stürzen und wahrscheinlich eine Revolution auslösen, mit gefährlichen Folgen für ganz Europa.<sup>9</sup>

Während seines Aufenthalts in Paris entwickelte Keynes einen Plan, wie Europa seine ökonomischen Probleme und die Reparationsfrage mit einem Streich lösen könnte. Die europäischen Alliierten brauchten Geld, um die Kriegsschäden zu beseitigen und ihre Schulden beieinander und bei den Vereinigten Staaten zurückzuzahlen. Die besiegten Nationen sollten

nun Schuldscheine für die von ihnen verlangten Reparationen ausgeben, für die sich jedoch sowohl sie selbst als auch die alliierten Nationen verbürgen sollten. Dies hätte zur Folge, dass die Finanzströme wieder zu fließen begännen, und die europäischen Nationen wären zum gegenseitigen Nutzen enger zusammengedrückt.<sup>10</sup> Letztlich hing der Plan indes von der Teilnahme der Vereinigten Staaten ab. Während Grossbritannien auf dem Papier weiterhin ein Kreditgeber war und Frankreich eine Gesamtschuld von 3,5 Milliarden Dollar hatte, sah die Wirklichkeit etwas anders aus. Beide Länder hatten Russland, das seinen Schuldendienst eingestellt hatte, grosse Summen geliehen, ebenso wie anderen Verbündeten, etwa Italien und Rumänien, die nicht in der Lage waren, mit der Rückzahlung zu beginnen. Gleichzeitig schuldete Grossbritannien den Vereinigten Staaten 4,7 Milliarden Dollar, während Frankreich bei Amerika mit vier Milliarden und bei Grossbritannien mit drei Milliarden in der Kreide stand.<sup>11</sup> «Der ökonomische Mechanismus Europas ist festgefahren», sagte Lloyd George zu Wilson, als er ihm im April 1919 Keynes Denkschrift übergab. «Ein Vorschlag, der Zukunftsaussichten eröffnet und den Völkern Europas einen Weg zeigt, auf dem sie Nahrung, Arbeit und ein anständiges Leben wiedererlangen können, wird eine mächtigere Waffe als alle anderen sein für den Schutz vor der Gefahr, die der Bolschewismus für jene Ordnung der menschlichen Gesellschaft darstellt, die wir für den besten Ausgangspunkt für eine künftige Verbesserung und künftiges Wohlergehen halten.»<sup>12</sup>

Die Idee, dass die Vereinigten Staaten ihre finanziellen Ressourcen einsetzen sollten, um Europa nach dem Krieg wieder auf die Beine zu helfen, war in der einen oder anderen Form schon seit einiger Zeit in Umlauf. Besonders in Frankreich, das bei seinen Verbündeten hoch verschuldet war und mit enormen Wiederaufbaukosten rechnen musste, stiess der Gedanke, die alliierte ökonomische Kooperation der Kriegszeit fortzusetzen und auszuweiten, auf grossen Zuspruch. Handelsminister Étienne Clémentel, ein fleissiger, ernsthafter Mann bäuerlicher Herkunft, arbeitete einen detaillierten Plan für eine «neue Wirtschaftsordnung» aus, in der Organisation und Kooperation an die Stelle von verschwenderischer Konkurrenz treten sowie Ressourcen gebündelt und je nach Bedarf verteilt werden sollten; geleitet werden sollte das alles von cleveren Technokraten. Sobald Deutschland sein Haus politisch geordnet hatte, würde es ebenfalls

ein Teil der neuen Ordnung werden können, sicher eingebunden in das Netz einer starken Organisation.<sup>13</sup> Der Plan kam nicht zum Tragen, weil die Vereinigten Staaten ihn aktiv bekämpften und Grossbritannien ihm gleichgültig gegenüberstand; im April 1919 wurde er von den Alliierten schliesslich förmlich abgelehnt. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg sollte Clementels Anstrengung unerwartet Früchte tragen, als Jean Monnet, der 1919 Assistent des Handelsministers gewesen war, die Wirtschaftsorganisation ins Leben rief, aus der die Europäische Union hervorgehen sollte.<sup>14</sup>

Die Briten verlegten sich, statt solche Pläne zu verfolgen, darauf, von den Vereinigten Staaten zu verlangen, die Kreditzinsen für einige Jahre zu erlassen. Als Alternative könnten die Gesamtausgaben für den Krieg ermittelt werden, von denen die Vereinigten Staaten dann einen grösseren Anteil übernehmen könnten.<sup>15</sup> Lloyd George mit seinem Faible für grosse Ideen bevorzugte eine noch dramatischere Lösung: die Streichung aller interalliierten Schulden.<sup>16</sup> Die Amerikaner wollten sich jedoch nicht in die Finanzangelegenheiten Europas hineinziehen lassen. «Mir ist klar», schrieb Wilson an den Finanzier Bernard Baruch, einen seiner wichtigsten Berater, «welche Anstrengungen unternommen werden, um uns an die wackelige Finanzstruktur Europas zu binden, und ich zähle auf ihre Unterstützung bei der Vereitelung dieser Anstrengungen.»<sup>17</sup> Die meisten seiner Experten pflichteten ihm bei, ebenso wie das Finanzministerium in Washington. Die Europäer sollten ihre Probleme selber lösen; je mehr die Vereinigten Staaten ihnen halfen, desto unwahrscheinlicher war es, dass sie wieder auf eigenen Füüssen stehen konnten.<sup>18</sup> Auf jeden Fall bestand kaum eine Chance, dass der Kongress, in dem mittlerweile die Republikaner die Mehrheit hatten, einer massiven Finanzhilfe für Europa zustimmen würde.<sup>19</sup> Keynes Plan wurde wie alle anderen pauschal abgelehnt, und er sah mit zunehmendem Unmut, wie die Friedensmacher um eine Einigung in der Reparationsfrage rangen.

Während die Friedenskonferenz in den vierten Monat ging, war eine solche Einigung nicht in Sicht. «Zweifelloos wäre es besser», antwortete Lloyd George auf eine besorgte Anfrage eines Mitglieds seines Kabinetts, «eine Summe festzulegen, aber dazu müssten wir uns auf eine Zahl einigen können. Die Schwierigkeit besteht vor allem darin, sie zu bestimmen; der nächste Schritt wäre dann, unter den Alliierten eine Einigung über die Summe zu erzielen, und der dritte, eine Vereinbarung über ihre Verteilung

zu erzielen. Wenn Sie einen Plan haben, der diese drei Schwierigkeiten überwindet, haben sie das verwirrendste Problem des Friedensvertrags gelöst.»<sup>20</sup> Der Oberste Rat hatte kurz nach der Eröffnung der Friedenskonferenz eine Kommission für Schadenersatzansprüche gebildet, deren Gegenstand die miteinander zusammenhängenden Fragen waren, wie viel die Feindnationen (womit natürlich in erster Linie Deutschland gemeint war) zahlen sollten, wie viel sie zahlen konnten und wie die Zahlungen erfolgen sollten. Die Unterkommission für den letzten Punkt trat selten zusammen, aber die anderen beiden Unterkommissionen tagten Tag und Nacht, ohne mehr zu produzieren als Papierberge. Mitte Februar, zu dem Zeitpunkt, als Wilson in die Vereinigten Staaten reiste, steckte die Kommission in einer Sackgasse, da die Amerikaner auf eine relativ moderate Summe hinauswollten, während Frankreich und Grossbritannien mehr forderten. «Sie spielen mit Milliarden wie Kinder mit Holzbauklötzen», stellte ein Journalist zynisch fest. «Aber worauf auch immer wir uns einigen werden, es wird nur eine symbolische Zahl sein, denn die Deutschen werden nie in der Lage sein, eine derart riesige Summe zu bezahlen.»<sup>21</sup> Die Briten verlangten 24 Milliarden Pfund (120 Milliarden Dollar) und die Franzosen 44 (220), während die amerikanischen Experten eine Summe von 4,4 Milliarden Pfund (22 Milliarden Dollar) empfahlen.<sup>22</sup>

Ausserdem wollten die Amerikaner eine feste Summe in den Vertrag schreiben. Dies würde, so das Argument ihrer Experten, dazu beitragen, die finanzielle Unsicherheit zu beseitigen, die die ökonomische Erholung Europas verhinderte.<sup>23</sup> Die Europäer widersprachen. «Wenn man eine zu geringe Zahl festlege», erklärte Edwin Montagu, einer der an der Diskussion beteiligten britischen Minister, «werde Deutschland fröhlich zahlen und die Alliierten werden zu wenig bekommen, während es andererseits, wenn man eine zu hohe Zahl festlege, das Handtuch werfen werde und die Alliierten gar nichts bekommen werden.»<sup>24</sup>

Im Rückblick lässt sich leicht sagen, die Sieger hätten sich weniger darum kümmern sollen, dass Deutschland zahlt, und dafür mehr darum, den europäischen Wiederaufbau anzukurbeln. Aber wie hätten die politischen Führer nach einem Krieg, der Zerstörungen von solchem Ausmass mit sich gebracht und die europäische Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert hatte, von Vergessen reden können?



Die Öffentlichkeit hätte es ihnen jedenfalls nicht erlaubt. «Sollen die Hunnen zahlen!», sagten die Briten. «Lasst Deutschland zuerst zahlen!», war auf Plakaten in Paris zu lesen.<sup>25</sup>

Für die europäischen Staatsmänner war allein schon die Festlegung einer Summe gefährlich, da sie vermutlich geringer sein würde als von der Öffentlichkeit erwartet.<sup>26</sup> Ausserdem wiesen die Briten und Franzosen darauf hin, dass es äusserst schwierig sei, festzustellen, wie viel Deutschland – was immer von ihm übrigbleiben würde – zu zahlen in der Lage war. Das Land befand sich in schlechter Verfassung; Wirtschaft und Staat waren gleichermassen erschüttert. Der Aussenhandel war zusammengebrochen und mit ihm eine wichtige Einnahmequelle. Die Deutschen konnten, selbst wenn sie es gewollt hätten, keine zuverlässigen Statistiken zur Verfügung stellen. Darüber hinaus waren die Staatsfinanzen heillos zerrüttet. Die Steuern waren aus politischen Gründen auf einem niedrigen Niveau gehalten worden, und die Kriegskosten waren zum grossen Teil durch Krieganleihen und die Ausgabe riesiger Mengen von Sonderbanknoten aufgebracht worden. Der Plan war immer gewesen, die Rechnung zu begleichen, wenn man den Krieg gewonnen hatte und den besiegten Feinden die Kosten auferlegen konnte.<sup>27</sup> Im letzten Kriegsjahr hatte man tatsächlich damit begonnen; durch die Verträge von Brest-Litowsk mit Russland und Bukarest mit Rumänien hatte Deutschland die Kontrolle über riesige Ressourcen erlangt. Ausserdem waren die Bolschewisten verpflichtet, mit der Bezahlung einer Entschädigungssumme in Höhe von 600 Millionen Dollar zu beginnen. Im besiegten Deutschland von 1919 protestierten die Konservativen lautstark gegen jeden Versuch, die Steuern zu erhöhen oder die Zinszahlungen für staatliche Schuldverschreibungen einzustellen, während die Linke darauf drängte, Kriegsveteranen, Witwen und Waisen zu unterstützen, Lebensmittel zu subventionieren und die Löhne zu erhöhen. Die Regierung gab kleinlaut nach, und das deutsche Staatsdefizit stieg bis 1921 auf zwei Drittel des Etats.<sup>28</sup> Es gab kaum einen Anreiz, nur um Reparationen zu zahlen, die Ausgaben zu kürzen oder die Steuern zu erhöhen.

Genauso schwierig war es, die alliierte Rechnung aufzustellen. «In meinem Land, dem armen Frankreich», erklärte der französische Minister für die befreiten Gebiete, «gibt es Hunderte von Dörfern, in die bisher noch niemand zurückkehren konnte. Machen Sie sich bitte klar: es ist eine trostlose Wüste, es ist der Tod.»<sup>29</sup> Der amerikanische Armeeingenieur, der mit

seinem Team die wohl eingehendste Untersuchung der vom Krieg zerstörten Teile Frankreichs und Belgiens durchführte, erklärte im Januar 1919, dass es mindestens zwei Jahre dauern würde, bis man eine verlässliche Schätzung der Wiederaufbaukosten abgeben könne.<sup>30</sup> Die Briten hegten den unfreundlichen Verdacht, dass ihre Verbündeten ihre Ansprüche übertrieben, im Fall Belgiens auf mehr als das Vorkriegsvermögen des Landes und im Fall Frankreichs auf rund die Hälfte. «Schier unglaublich», kommentierte Lloyd George.<sup>31</sup> Je mehr die Verbündeten verlangten, desto weniger würde natürlich für Grossbritannien übrigbleiben.

Auch über die Frage, was als Schaden anzusehen war, wurde heftig gestritten. Wilson hatte deutlich gemacht, dass nur die Wiedergutmachung von Schäden in Frage komme, die durch unrechtmässige Kriegsakte verursacht worden waren, nicht aber von allgemeinen Kriegskosten oder Entschädigungen. In seinen Vierzehn Punkten war nur davon die Rede gewesen, dass besetzte Gebiete «wiederhergestellt» werden sollten, und er hatte versprochen, dass es «weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz» geben werde.<sup>32</sup> Deutschland hatte das Waffenstillstandsabkommen im Vertrauen auf diese Äusserungen unterzeichnet. Danach wäre Deutschland zwar für die Wiederherstellung der ehemaligen Schlachtfelder in Frankreich und Belgien heranzuziehen gewesen, aber nicht für die Ersetzung der finanziellen Mittel, die die Alliierten für Munition oder die Ernährung ihrer Soldaten aufgewendet hatten.<sup>33</sup> Als Lloyd George die Trennlinie zwischen Reparationen und Entschädigungen zu verwischen versuchte, wies Wilson ihn zurecht: «Organisationen arbeitender Menschen auf der ganzen Welt hätten gegen Entschädigungen demonstriert, und er halte den Begriff der Reparation für umfassend genug.»<sup>34</sup>

Optimistisch wie immer erklärte Lloyd George seinen Kollegen, er glaube nicht, dass Wilson Entschädigungen wirklich ausgeschlossen habe.<sup>35</sup> Grossbritannien fürchtete verständlicherweise, dass es, wenn Wilson auf seinem Standpunkt beharrte, überwiegend nur Entschädigungen für von den Deutschen versenkte Schiffe erhalten würde. Frankreich würde den Löwenanteil einstreichen, den es, wie die Briten prophezeiten, mit seiner gewohnt ineffizienten Finanzverwaltung doch nur vergeuden würde. Ausserdem argwöhnte London, dass Frankreich sich nicht besonders anstrengte, seine Schulden bei Grossbritannien zurückzuzahlen. «Frank-

kreich würde als Nation bankrottgehen», stellte Churchill bitter fest, «während die Franzosen als Einzelne reich würden.»<sup>36</sup>

Lloyd George versuchte es bei Wilson mit Überredung und dann mit Drohungen. Er werde den Vertrag möglicherweise nicht unterzeichnen können, kündigte er ihm Ende März 1919 an, wenn nicht wenigstens ein Teil der britischen Kriegskosten berücksichtigt werde.<sup>37</sup> Zum Glück schlug Smuts eine einfallreiche Lösung vor: Er wies daraufhin, dass bei Abschluss des Waffenstillstands die europäischen Alliierten festgestellt und die Amerikaner akzeptiert hätten, dass Deutschland für alle Schäden, die Zivilisten durch seine Aggression erlitten hatten, haftbar zu machen sei. Deshalb müssten Zahlungen an Soldatenfamilien sowie Witwen- und Waisenrenten in die Reparationen einbezogen werden. Damit verdopple sich der mögliche Rechnungsbetrag.<sup>38</sup> Dieser Vorschlag kam ausgerechnet von Smuts, der Lloyd George vier Monate zuvor davor gewarnt hatte, zu hohe Ansprüche zu erheben, und der einen Monat später heftig gegen die Höhe der Reparationen protestieren sollte, weil sie Deutschland zerstören würden.<sup>39</sup> Edelgesinnt, moralisierend und geschickt, wie er war, redete er sich ein, dass das kein Widerspruch war. Zu seiner Verteidigung behauptete er, einfach nur eine Meinung vorgebracht zu haben, die von den meisten Rechtsexperten auf der Friedenskonferenz geteilt werde. Entlarvend war der Zusatz, dass ohne die Einbeziehung der Unterhalts- und Rentenzahlungen Frankreich den grössten Teil der Reparationen erhalten würde.<sup>40</sup>

Wilson schenkte Smuts sein Ohr, wo er Lloyd George hätte abblitzen lassen. Die amerikanischen Experten hielten das Argument allerdings für absurd und unlogisch. «Logik! Logik!», rief Wilson aus. «Ich gebe einen Dreck auf Logik. Ich werde die Renten einbeziehen.»<sup>41</sup> Am Ende wirkte sich seine Unterstützung lediglich auf die Verteilung der Reparationen aus, da ihre endgültige Höhe sich daran orientieren sollte, was Deutschland tatsächlich zu zahlen in der Lage war.

Während man Wilson vorwarf, klein beigegeben zu haben, kreidete man Lloyd George weit mehr an, nämlich dass er die Amerikaner, um mit Keynes zu sprechen, übers Ohr gehauen und der britischen Öffentlichkeit vorgegaukelt habe, Grossbritannien könne mit riesigen Zahlungen aus Deutschland rechnen. Bestenfalls sah man in ihm, wie es viele Zeitgenossen taten, einen Liberalen, der nicht den Mut hatte, zu seinen Prinzipien zu stehen. Sicherlich verhielt er sich widersprüchlich. Als Hughes anfang,

von Millionen von Pfund zu sprechen, hatte er darauf hingewiesen, dass Deutschland solche Summen nur aufbringen könne, wenn es seine Produktion ausweitere und billige Produkte auf den Weltmarkt werfe. «Es würde bedeuten, dass wir deutsche Arbeiter für zwei Generationen zu unseren Sklaven machen.» Darüber hinaus würde es dem britischen Handel und demjenigen des Empires schaden.<sup>42</sup> Doch dann machte Lloyd George eine Kehrtwende und übertrug Hughes den Vorsitz in einem mit Hardlinern gespickten Komitee, das für die britische Regierung eine vorläufige Schätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit abgeben sollte. Die Gruppe – für den Kanadier George Foster «das merkwürdigste Komitee», dem er jemals angehört hatte – unternahm kaum einen Versuch, Fakten zusammenzutragen; stattdessen stützte es sich auf persönliche Eindrücke und Wunschdenken, um, wie Foster es ausdrückte, «die Hunnen bis zum Äussersten zahlen zu lassen, ganz gleich, ob es für eine Generation zu Besetzung und Verwaltung führt oder nicht, und auch sonst, ohne die Konsequenzen zu bedenken.»<sup>43</sup>

Auf der Friedenskonferenz verhielt sich Lloyd George weiterhin widersprüchlich. Gegenüber Wilson und Clemenceau sprach er sich für hohe Reparationen aus, nur um in seinem berühmten Fontainebleau-Memorandum von Ende März zur Mässigung aufzurufen. Erst lehnte er es ab, eine bestimmte Summe in den Vertrag zu schreiben, weil sie zu niedrig sein könnte, schwenkte dann im Juni aber um, nachdem sich die Deutschen darüber beklagt hatten, und erklärte, dass die Alliierten vielleicht doch eine Summe festsetzen sollten. Einmal schien er Keynes und Montagu zu folgen, die beide einen gemässigten Standpunkt vertraten, ein andermal stellte er sich hinter den früheren Chef der Bank von England Lord Cunliffe und den Richter Lord Sumner.<sup>44</sup> Die «himmlischen Zwillinge», wie Keynes sie nannte, galten bei den meisten als die bösen Jungs der Konferenz: «Sie treten immer zusammen auf und werden stets gerufen, wenn etwas besonders Ruchloses getan werden muss.»<sup>45</sup> Lloyd George schickte die «Zwillinge» als britische Vertreter in die Reparationskommission, doch als im März ein Sonderkomitee gebildet wurde, um die festgefahrenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, entschied er sich für Montagu. «Wenn er zu Ergebnissen kommen wollte», bemerkte ein Amerikaner, «setzte er Keynes und Montagu ein; wenn er mauern wollte, schickte er Sumner und Cunliffe.»<sup>46</sup> Keynes hasste seine Rivalen.<sup>47</sup> Lloyd George behauptete spä-

ter, dass auch er über ihr mangelndes Urteilsvermögen entsetzt gewesen sei.<sup>48</sup> Während der Friedenskonferenz vertraute er den Amerikanern listig an, er würde ja niedrigere Reparationen bevorzugen, würde dafür aber nie die Zustimmung der «Zwillinge» erhalten.<sup>49</sup>

Sowohl Cunliffe als auch Sumner wollten möglichst gute Ergebnisse für ihr Land erzielen, waren aber kompromissbereit – und hatten die Anweisungen Lloyd Georges zu befolgen. «Wir sollten hier wie Staatsmänner handeln», sagte Sumner in der Reparationskommission, als er sich dagegen aussprach, die zu erstattenden Kosten immer weiter in die Höhe zu schrauben.<sup>50</sup> Beide wären damit einverstanden gewesen, eine feste Summe – und zwar eine relativ niedrige – in den Vertrag zu schreiben, wenn Lloyd George sie entsprechend instruiert hätte.<sup>51</sup> Warum tat er es nicht? Durch sein Schwanken beschädigte er seinen Ruf und löste bei seinen Verhandlungspartnern viel Stirnrunzeln aus. «Ich wünschte», meinte der amerikanische Experte Lamont, «Mr. Lloyd George würde uns einfach sagen, was er letztendlich will, so dass wir feststellen können, ob seine Vorstellungen und diejenigen des Präsidenten, so wie wir sie verstehen, tatsächlich weit auseinander- oder aber nah beieinanderliegen.»<sup>52</sup> Indem er die Amerikaner, beginnend mit dem Präsidenten, verärgerte, setzte Lloyd George auch eine Beziehung aufs Spiel, die nach seiner eigenen Ansicht von überragender Bedeutung war. Das Problem bestand darin, dass er sich nicht sicher war, was er selbst und die britische Öffentlichkeit wollten. In Paris scheint er eigene Ideen entwickelt und sich politisch vorangetastet zu haben.

Einerseits wollte er, dass Deutschland bestraft wurde. In seinem moralischen Kern – und trotz allem, was seine Gegner sagten, besass er einen – verabscheute er Kriege, und Deutschland hatte den schrecklichsten Krieg ausgelöst, den es jemals gegeben hatte. Ausserdem sah er die Angelegenheit als Rechtsanwalt. «Nach jedem Rechtsgrundsatz», erklärte er in der Empire-Delegation, «und nach den Rechtsgrundsätzen, die für Individuen als gültig anerkannt würden, haften die Deutschen für sämtliche Schäden und die Kosten ihrer Beseitigung.» Da er in gewisser Weise für Grossbritannien handle, müsse er darauf achten, dass die anderen Gläubiger Deutschlands ihre Ansprüche nicht übermässig aufblähten. «Dies ist ein altbekanntes Mittel bei Ansprüchen gegenüber einem bankrotten Staat.»<sup>53</sup>

Andererseits war er ein Staatsmann. Vor dem Krieg war er Schatzkanzler gewesen; er kannte sich also in Finanz- und Handelsfragen aus. Ihm

war klar, dass Grossbritannien früher oder später wieder Güter nach Deutschland würde verkaufen müssen,<sup>54</sup> und er wollte das Land nicht zerstören. Anfang März, als Wilson noch in den Vereinigten Staaten war, diskutierte er bei einem Mittagessen mit House über die Reparationen. Er müsse, erklärte er House, «seinem Volk einen plausiblen Grund dafür nennen, warum man es in der Frage der Kriegskosten, der Reparationen und was noch allem irreführt habe. Er räumte ein, dass ihm klar war, dass Deutschland Entschädigungen in dem Masse, wie die Franzosen und Briten es verlangen, nicht zahlen könne.»<sup>55</sup> Als Wilson nach seiner Rückkehr von dem Gespräch erfuhr, reagierte er wenig verständnisvoll. Er drängte Lloyd George, Forderungen nach hohen Reparationen nicht nachzugeben. «Nichts wäre edler», sagte er zu ihm, «als in einer Krise wie dieser sein Amt zu verlieren, weil man das Richtige getan hat.» Er hätte den Trost, zu wissen, dass die Nachwelt gut von ihm denken werde. «Einen grossartigeren Platz in der Geschichte», schloss Wilson, «kann ich mir gar nicht vorstellen.»<sup>56</sup>

Lloyd George muss zugutegehalten werden, dass er diesen ebenso hochherzigen wie fruchtlosen Weg nicht ging. Als Politiker musste er das Gerechte und das praktisch Mögliche gegeneinander abwägen. Ausserdem musste er in einer Welt handeln, in der die Stimme des Volks zu beachten war. Der Druck, der in Paris auf ihm lastete, war enorm. Ein Teil der liberalen Presse begann von Aussöhnung zu sprechen, während die konservativen Zeitungen lautstark hohe Reparationen forderten. Northcliffe hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Lloyd George bei der Stange zu halten. Gegenüber den Chefredakteuren der *Daily Mail* und der *Times* raunte er davon, dass der Premierminister unter dem Einfluss deutschfreundlicher Kräfte stehe.<sup>57</sup>

Auch durch die britischen Wahlen im Dezember 1918 wurde Lloyd George in gewissem Ausmass gehemmt. Das Versprechen, Deutschland auszupressen, «dass die Schwarte kracht», wie der berühmte Slogan lautete, kam gut an. Lloyd George selbst sprach von immer grösseren Beträgen. «Wir werden ihnen die Hosentaschen umdrehen», kündigte er an, und die letzte Regierungserklärung vor der Wahl begann mit zwei einfachen Punkten: «1. Bestrafung des Kaisers. 2. Deutschland muss zahlen.»<sup>58</sup> Die Wahl endete mit einem Erdrutschsieg der Konservativen, von deren Abgeordneten viele neu in der Politik waren, «Männer mit harten Gesichtern, die aussehen, als hätten sie das Beste aus dem Krieg gemacht».

Laut einem führenden Konservativen sahen sie ihre oberste Aufgabe eben darin, die Deutschen auszupressen, «dass die Schwarte kracht». Im April, während er sich im Streit mit Wilson befand, erhielt Lloyd George ein von 370 Abgeordneten unterzeichnetes Telegramm, in dem er aufgefordert wurde, sein Wahlversprechen zu erfüllen und den Deutschen «die Rechnung in voller Höhe zu präsentieren». Er eilte umgehend nach London und schlug seine Gegner am 16. April mit einer grandiosen Rede im Unterhaus aus dem Feld. Er habe nicht die Absicht, erklärte er, sein Versprechen zu brechen. Sie sollten nicht auf einen verbitterten, wahnsinnig eitlen Mann hören – an dieser Stelle tippte er sich bedeutungsvoll an die Stirn –, sondern auf den weitläufigen Staatsmann, der sein Bestes für die Menschheit und den Frieden gebe. Er verliess den Saal unter grossem Jubel. Wieder in Paris, berichtete er Frances Stevenson, er habe «die vollständige Herrschaft über das Haus gewonnen, ohne das Geringste über die Friedenskonferenz zu sagen».<sup>59</sup>

Auch aus dem Empire kam Druck. Während die Kanadier, wie in den meisten anderen Punkten, den amerikanischen Standpunkt teilten, waren die Australier dafür, möglichst viel aus Deutschland herauszuholen. Hughes hasste die Deutschen, in denen er wie die meisten seiner Landsleute lange die Hauptgefahr für Australien gesehen hatte. Ausserdem fand er den amerikanischen Einspruch gegen hohe Reparationen prinzipienlos und egoistisch. Wie er Lloyd George sagte, hatten die Vereinigten Staaten in den ersten Kriegsjahren als neutrales Land grosse Profite erzielt, während das britische Empire sein Blut vergoss und seine Ressourcen aufbrauchte. Ohne eine riesige Entschädigung von Deutschland werde Grossbritannien im kommenden Wettstreit mit den Vereinigten Staaten um die ökonomische Vorherrschaft auf der Welt unterliegen.<sup>60</sup>

Lloyd Georges Herangehensweise an die Reparationsfrage war indes erfolgreicher, als es schien. Indem er Wilson bewog, Renten in die Reparationen einzurechnen, erhöhte er den britischen Anteil, und da im Vertrag keine feste Summe genannt wurde (wofür es technische Gründe gab), blieb die Öffentlichkeit in Grossbritannien und im Empire bei Laune. (Die Wirkung auf die deutsche Öffentlichkeit stand auf einem anderen Blatt.) Ausserdem sicherte er sich auch auf andere Art ab, indem er einen bekannten europäischen Sozialisten unter der Hand drängte, einen öffentlichen Aufschrei gegen eine zu harte Behandlung Deutschlands zu entfach.<sup>61</sup>

Schliesslich gelang es ihm, die Franzosen als gierig darzustellen, eine Rolle, die sie seither fast durchgehend spielten, mit Finanzminister Louis-Lucien Klotz als Oberbösewicht.

Klotz, den Clemenceau als «einzigem Juden, den ich kenne, der nichts von Finanzen versteht», bezeichnete, soll auf alle Fragen nach Frankreichs Zukunft geantwortet haben: «Deutschland wird zahlen.»<sup>62</sup> (In Wirklichkeit warnte er davor, zu erwarten, dass die deutschen Reparationen alle Kosten decken würden.<sup>63</sup>) Clemenceau behandelte Klotz, wie so viele seiner Kollegen, geringschätzig.<sup>64</sup> Lloyd George fand ihn gnadenlos: «Sein Geist und sein Herz sind derart vollgestopft mit Anleihescheinen, dass für Menschliches kein Platz mehr ist.»<sup>65</sup> Sogar Wilson erlaubte sich einen kleinen Witz über den Klotz am Bein.<sup>66</sup> Eine für ihn typische mitleidlose Charakterisierung hat Keynes gegeben, der ihn als «kleinen, dicklichen Juden mit riesigem Schnurrbart» beschreibt, «sehr gepflegt, sehr sorgfältig gekleidet, aber mit einem unruhigen, umherschweifenden Blick, die Schultern in instinktivem Sich-Zurücknehmen ein wenig eingezogen», und als jemanden, der versuchte, die Lebensmittellieferungen ins hungernde Deutschland aufzuhalten.<sup>67</sup> Aber was immer Klotz tat, er tat es als Untergebener von Clemenceau. Wenn er öffentlich für hohe Reparationen eintrat, dann verhinderte er damit, dass die französische Rechte Clemenceau attackierte, weil er Deutschland angeblich nicht hart genug anfasste.<sup>68</sup> Privat gab Clemenceau zu, dass Frankreich nie bekommen würde, was es erhoffte, und er liess Loucheur, seinen engsten Wirtschaftsberater, insgeheim mit den Amerikanern über gemässigte Friedensbedingungen sprechen. In diesen Gesprächen stellte Loucheur klar, dass er persönlich keinen langfristigen Vorteil für Frankreich darin sähe, wenn man Deutschland in den Bankrott treiben würde.<sup>69</sup>

Wie Lloyd George musste auch Clemenceau Rücksicht auf die Öffentlichkeit nehmen. Die meisten Franzosen hatten eine eindeutige Meinung. Deutschland war unter Bruch seines eigenen feierlichen Versprechens, dessen Neutralität zu schützen, in Belgien und dann in Frankreich einmarschiert, nicht umgekehrt. Und fast alle Kämpfe hatten auf belgischem und französischem Boden stattgefunden. «Wer sollte ruiniert werden?», fragte eine Schlagzeile der konservativen Zeitung *Le Matin*, «Frankreich oder Deutschland?»<sup>70</sup> Selbstverständlich sollte der Angreifer für die von ihm angerichteten Schäden aufkommen und nicht das Opfer. Die Amerikaner



mochten von einer neuen Diplomatie ohne Entschädigungen und Strafzahlungen reden, aber die alte Tradition, nach der der Verlierer zu zahlen hatte, war noch immer lebendig. Frankreich hatte 1815 gezahlt, nachdem Napoleon endgültig besiegt worden war, und es hatte 1871 wieder gezahlt. Beide Male hatte Deutschland kassiert; jetzt sollte es zahlen.

Frankreich und Belgien hatten von Anfang an verlangt, dass Ansprüche aufgrund unmittelbarer Kriegsschäden bei den Reparationszahlungen Vorrang eingeräumt werden sollte. Ausserdem konnten sie die Plünderung besetzter Gebiete durch die Deutschen anführen. Belgien war förmlich leergeräumt worden, und im stark industrialisierten Nordfrankreich hatten die Deutschen abtransportiert, was sie brauchen konnten, und vom Rest vieles zerstört. Noch während des Rückzugs im Jahr 1918 fanden die deutschen Truppen die Zeit, die wichtigsten französischen Kohlebergwerke zu sprengen. «Die Barbaren, von denen die Geschichte spricht», sagte Clemenceau bitter, «nahmen in den eroberten Gebieten alles, was sie fanden, aber sie zerstörten nichts; Sie liessen sich nieder, um am normalen Leben teilzunehmen. Doch am Ende hatte der Feind systematisch alles, worauf er stiess, zerstört.» Nach erbeuteten deutschen Dokumenten zu urteilen, sieht es so aus, als wollten die Deutschen die französische Industrie zerschlagen, um für die eigene ein freies Feld zu schaffen.<sup>71</sup>

Frankreich und Belgien hofften ihre Kriegskosten einberechnen zu können. In dieser Hinsicht befand sich Belgien auf festem Boden, denn Wilson hatte klargestellt, dass er, wenn er von Wiederherstellung sprach, alle durch die illegale deutsche Invasion bei Kriegsausbruch im August 1914 verursachten Schäden meinte. Frankreich war ein anderer Fall. Clemenceau wollte die Amerikaner, die er bei den anderen für die Sicherheit Frankreichs grundlegenden Fragen noch brauchte, nicht vor den Kopf stossen und beharrte deshalb nicht weiter auf diesem Thema. Ausserdem war ihm klar, auch wenn er es nicht öffentlich sagte, dass die deutsche Zahlungsfähigkeit begrenzt war. Klotz gab im aussenpolitischen Ausschuss der französischen Abgeordnetenkammer sogar zu, dass die Kriegskosten sich zu einem Betrag summierten, den sich nicht einmal Romanschriftsteller in ihren kühnsten Träumen hätten ausdenken können.<sup>72</sup>

Zudem erkannten die Franzosen während der Friedenskonferenz, dass die Einbeziehung der Kriegskosten, da Grossbritannien sogar noch mehr

Geld für den Krieg ausgegeben hatte als Frankreich, den britischen Anteil an dem, was Deutschland schliesslich würde zahlen müssen, vergrössern würde.<sup>73</sup> Sie änderten stillschweigend ihren Kurs und verlangten nur noch die Berücksichtigung der direkten Schäden – für zerstörte Städte und Dörfer, geflutete Kohlebergwerke und demontierte Eisenbahngleise. Nach dieser Rechnung würde Frankreich rund 70 Prozent aller deutschen Zahlungen erhalten, Grossbritannien etwa 20 Prozent und alle anderen Anspruchsberechtigten – Belgien, Italien und Serbien – den Rest. London verlangte jedoch 30 Prozent und wollte Frankreich lediglich 50 Prozent zugestehen, während die restlichen 20 Prozent unter den kleineren Mächten aufgeteilt werden sollten. Eine Einigung – bei 28 Prozent für Grossbritannien und 52 Prozent für Frankreich – wurde nach zähen Verhandlungen erst 1920 erreicht.<sup>74</sup>

Frankreich machte also das grösste Zugeständnis. In Bezug auf die Höhe der Zahlungen verhielt es sich ähnlich. Clemenceau, der stets die Gesamtregelung im Blick hatte, mochte anfangs eine hohe Summe genannt haben, um die Amerikaner dazu zu bewegen, sich den französischen Vorschlägen für die Fortführung der wirtschaftlichen Kooperation der Alliierten anzuschliessen.<sup>75</sup> Als Ende Februar klar wurde, dass sie nicht interessiert waren, erklärte sich Loucheur mit 8 Milliarden Pfund (40 Milliarden Dollar) einverstanden, etwas mehr als ein Viertel dessen, was Frankreich anfangs gefordert hatte. Cunliffe weigerte sich für Grossbritannien, niedriger als 9,4 Milliarden Pfund (47 Milliarden Dollar) zu gehen. Die Briten argwöhnten mit Recht, dass die Franzosen sich auf die Seite der Amerikaner schlugen, damit sie, die Briten, als diejenigen erschienen, die am meisten verlangten.<sup>76</sup> Gleichwohl begann das von Keynes und anderen so eindrücklich gemalte Bild von einem rachsüchtigen Frankreich, das Deutschland niederhalten wollte, Risse zu bekommen.

Letztlich erwies es sich, vor allem wegen des britischen Widerstands, als unmöglich, eine Summe in den Vertrag zu schreiben.<sup>77</sup> Ende März beschlossen die alliierten Staatsmänner, die jetzt den Rat der Vier bildeten, die Schaffung einer Kommission. Der Aufschub, notierte ein amerikanischer Experte in seinem Tagebuch, enthebe «Grossbritannien und Frankreich der Sorge ..., den geringen Betrag, den sie aus Reparationen erhalten würden, bekanntgeben zu müssen. Beide Ministerpräsidenten glauben,

dass ihre Regierungen stürzen würden, wenn die Fakten bekannt würden.»<sup>78</sup> Er hatte recht. Als die Kommission 1921 dann eine Gesamtsumme von 132 Milliarden Goldmark (rund 6,5 Milliarden Pfund oder 34 Milliarden Dollar) festsetzte, hatte sich, insbesondere in Grossbritannien, die antideutsche Stimmung bereits abzukühlen begonnen.

Die deutsche Delegation, die im Mai 1919 nach Versailles kam, beschwerte sich bitter über die Verfahrensweise: «Kein Höchstbetrag ist festgelegt worden. Die Grenze soll die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes bilden, die sich nicht nach seinem Lebensstandard richten soll, sondern lediglich nach seiner Fähigkeit, die Forderungen der Feinde durch seine Arbeit zu erfüllen. Das deutsche Volk wäre also zu dauernder Sklavenarbeit verurteilt.»<sup>79</sup> Angesichts des allgemeinen Unmuts über die Friedensbedingungen war das Gefühl, das hier zum Ausdruck kam, verständlich, aber die Interpretation war dennoch allzu pessimistisch. Die Reparationskommission musste nicht nur die deutsche Zahlungsfähigkeit in Rechnung ziehen, sondern auch die Deutschen selbst konsultieren. Ferner waren die Schadenskategorien, für die Reparationen gezahlt werden sollten, begrenzt, nicht stark genug vielleicht, denn sie umfassten auch die Renten, aber sie waren sicherlich kein Fass ohne Boden.<sup>80</sup>

Wegen der ersten beiden Klauseln des Friedensvertragsteils über die Reparationen, den in Deutschland besonders verhassten Artikeln 231 und 232, war den Alliierten nicht ganz wohl. Artikel 231 schrieb Deutschland und seinen Verbündeten die Verantwortung für sämtliche Kriegsschäden zu. Artikel 232 schränkte die allgemeine Haftung dann jedoch ein, indem er einräumte, dass Deutschland aufgrund der Begrenztheit seiner Ressourcen nur die konkret benannten Schäden zahlen müsse. Die erste Klausel, der später so genannte Kriegsschuldartikel, war erst nach langer Diskussion und vielen Änderungen in den Vertrag aufgenommen worden, hauptsächlich auf Drängen von Briten und Franzosen, die Deutschlands Verantwortung eindeutig festgestellt wissen wollten. Die Amerikaner hatten ausgeholfen und einen ihrer klugen jungen Juristen auf das Thema angesetzt, den künftigen Aussenminister John Foster Dulles, der überzeugt war, einerseits die Haftbarkeit klargestellt und andererseits ihr Ausmass erfolgreich eingeschränkt zu haben. Insgesamt fand er den Vertrag ziemlich fair.<sup>81</sup> Die europäischen Alliierten waren mit seinen Formulierungen zufrieden. Lloyd George, stets zu politischen Erwägungen neigend, erklärte:

«Die englische Öffentlichkeit ist wie die französische der Meinung, dass die Deutschen vor allem ihre Verpflichtung anerkennen müssen, uns für sämtliche Folgen ihrer Aggression zu entschädigen. Ist dies geschehen, werden wir uns der Frage von Deutschlands Zahlungsfähigkeit zuwenden; wir alle denken, dass es nicht in der Lage ist, mehr zu zahlen, als in diesem Dokument von ihm verlangt wird.»<sup>82</sup> Nach Loucheurs Ansicht konnten die Alliierten, sollten die Deutschen bei einer bestimmten Schadenkategorie die Zahlung verweigern, immer noch damit drohen, die Beschränkung der Forderung aufzuheben.<sup>83</sup> Niemand rechnete damit, dass die Vertragsartikel selbst Schwierigkeiten bereiten könnten.

## Das Ringen um die Bedingungen

Als Wilson am 14. März nach Paris zurückkehrte, war die Reparationsfrage immer noch nicht gelöst – ebenso wenig wie die Rheinlandfrage. Der Präsident traf sich umgehend zu einem privaten Gespräch mit Lloyd George, der vermutete, dass eine wie auch immer geartete militärische Garantie, zusammen natürlich mit seinem Lieblingsprojekt, dem Kanaltunnel, die Franzosen zufriedenstellen würde.<sup>1</sup> Die beiden beschlossen, Frankreich das Versprechen anzubieten, dass ihre beiden Länder ihm im Fall eines deutschen Angriffs zu Hilfe eilen würden. Im Gegenzug sollte es seine Pläne für einen separaten Rheinstaat fallenlassen.<sup>2</sup> Clemenceau, glaubte Wilson, würde man umstimmen können: «Wenn man ihn am Haken hat, holt man die Leine erst ein wenig ein, bevor man ihr wieder Spiel gibt, dann zieht man zurück, schliesslich erschöpft man ihn, bricht ihn und holt ihn an Land.»<sup>3</sup>

Am Nachmittag des 14. März stiess Clemenceau zu den beiden im Crillon. Er sprach erneut von den französischen Leiden, von der Angst vor der Zukunft und von der Notwendigkeit, Deutschland am Rhein enden zu lassen. Lloyd George und Wilson brachten ihren Vorschlag vor. Clemenceau war erfreut, bat aber um Bedenkzeit. Er machte sich nicht die Mühe, sein Kabinett oder Poincaré zu Rate zu ziehen. Stattdessen grübelte er gemeinsam mit seinen engsten Beratern, einschliesslich Aussenminister Pichon und Tardieu, zwei Tage über das Angebot nach. Es abzulehnen wäre natürlich sträflich, meinte Tardieu, aber es gebe ein Problem: «Eine französische Regierung, die sich nur damit zufriedengäbe und nichts weiter erhielte, würde sich ebenso schuldig machen.»<sup>4</sup> Frankreich, hiess es denn auch in der offiziellen Antwort vom 18. März, benötige andere Garantien: eine alliierte Besetzung des Rheinlands und der Brückenköpfe für mindestens fünf Jahre; keine deutschen Truppen dort und innerhalb eines fünfzig Kilometer breiten Streifens am Ostufer des Flusses.<sup>5</sup> Wilson war irritiert. Mit den Franzosen zu verhandeln war, als spielte man mit einem Gummiball: «Man versucht, einen Eindruck zu hinterlassen, doch sobald man die

Finger wegnimmt, ist der Ball so rund wie eh und je.»<sup>6</sup> Selbst Balfour verlor seine gewohnte Ruhe. Die Franzosen, schrieb er Lloyd George, wären gut beraten, sich für ein starkes internationales System einzusetzen, «dessen blosser Möglichkeit viele von ihnen mit kaum verhohlenen Spott betrachten». Ohne ein solches System könne «keine Manipulation der Rheingrenze aus Frankreich mehr machen als eine zweitrangige Macht, die bei jeder Bewegung seiner grossen Nachbarn im Osten zu zittern anfängt und tagtäglich von den Veränderungen und Chancen einer sich verändernden Diplomatie und unsicherer Bündnisse abhängt».<sup>7</sup>

Während des kommenden Monats schwirrten Denkschriften und Notizen hin und her, da Frankreich versuchte, die anglo-amerikanische Garantie mit zusätzlichen Vorkehrungen abzusichern. Tag für Tag bestürmten Clemenceau und seine Kollegen die Briten und Amerikaner mit neuen Vorschlägen: der Vergrösserung der entmilitarisierten Zone am Ostufer des Rheins, der Bildung einer Inspektionskommission mit weitreichenden Machtbefugnissen, der Ermächtigung Frankreichs, das Rheinland zu besetzen, falls Deutschland eine der anderen Bestimmungen des Friedensvertrags, von der Entwaffnung bis zu den Reparationen, verletzen sollte.<sup>8</sup>

Ausserdem erneuerte Frankreich seinen Anspruch auf das Saargebiet, das Verbindungsstück zwischen dem Rheinland und Elsass-Lothringen. Das einstmalig ruhige Bauernland mit seinen schönen Flusstälern war im 19. Jahrhundert zu einer bedeutenden Kohlebergbau- und Industrieregion geworden. 1919, als fast der gesamte Brennstoffbedarf Europas durch Kohle gedeckt wurde, war das Gebiet daher überaus wertvoll. Zum Leidwesen Frankreichs waren jedoch die 650.000 Einwohner fast alle Deutsche. Die Franzosen brachten historische Argumente vor: dass die Stadt Saarlouis von Ludwig XIV. gegründet worden sei, dass das Gebiet während der Französischen Revolution kurzzeitig französisch gewesen sei und dass nach den Grenzen von 1814 der grösste Teil zu Frankreich gehöre. «Sie stützen ihren Anspruch auf etwas, das vor 104 Jahren geschehen ist», sagte Wilson zu Clemenceau. «Wir können Europa nicht auf der Grundlage von Bedingungen aus einer derart fernen Ära neu ordnen.»<sup>9</sup> Die französischen Reparationsansprüche kamen besser an. Immerhin hatte Wilson in seinen Vierzehn Punkten Wiedergutmachung für die von Deutschland in Frankreich angerichteten Schäden verlangt, und man war davon überzeugt, dass

die Deutschen die französischen Kohlebergwerke absichtlich zerstört hatten.<sup>10</sup> Die britischen und amerikanischen Experten, die seit Februar privat zusammenarbeiteten, empfahlen, den Franzosen die Kontrolle über die Kohlebergwerke des Saargebiets zu übergeben.<sup>11</sup> Frankreich forderte indes die direkte Annexion.

Ende März war Lloyd George ernsthaft besorgt über die sich abzeichnenden Friedensbedingungen für Deutschland. Frankreich bestand auf weitreichenden Machtbefugnissen im Rheinland und der Annexion des Saargebiets. Im Osten erhielt Polen Gebiete, in denen nicht nur rund drei Millionen Deutsche lebten, sondern in denen auch die riesigen schlesischen Kohlevorkommen waren. In England mehrten sich die Stimmen, die für einen raschen Frieden zu moderaten Bedingungen eintraten. Seine Militär- und Finanzexperten warnten ihn vor den Kosten, die eine über die Welt verteilte Stationierung britischer Truppen verursachen würde. Zudem musste er Arbeiterunruhen zu Hause und Revolutionen auf dem Kontinent befürchten. Am 21. März traf die Nachricht ein, dass in Ungarn die Kommunisten die Macht übernommen hatten.

Am nächsten Tag nahmen Lloyd George und mehrere seiner engsten Berater, unter ihnen Kerr, Hankey und Henry Wilson, eine Auszeit von den Verhandlungen über den deutschen Vertrag, um das Wochenende im Hôtel de France et d'Angleterre in dem hübschen Pariser Vorort Fontainebleau zu verbringen. Die Gruppe besichtigte das Schloss mit seinem schönen Park, aber der eigentliche Zweck des Ausflugs war es, einen neuen Blick auf das gesamte Vertragswerk zu werfen und zu einem Ergebnis zu kommen, dem Grossbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten zustimmen konnten. Am Nachmittag rief Lloyd George das Team in seinen Salon und wies jedem die Rolle eines Alliierten oder eines Feindes zu. Soweit man weiss, spielte niemand die Vereinigten Staaten. Hankey, der Grossbritannien vertrat, erklärte, dass Deutschland eine Strafe verdient habe und auf jeden Fall seine Kolonien verlieren müsse. Die Alliierten dürften sich jedoch nicht rachsüchtig verhalten, wenn sie nicht wollten, dass die Mitte Europas der schrecklichen Gefahr des Bolschewismus ausgesetzt werde. Um Europas und seines eigenen Volks willen müsse Deutschland rehabilitiert werden. Es müsse ein Mitglied des Völkerbunds werden. Dies liege im britischen Interesse, da man nicht auf Dauer Truppen auf dem Kontinent stationieren wolle. Ausserdem erinnerte Hankey

daran, dass Grossbritannien seine Rettung wieder einmal seiner Marine zu verdanken habe; man müsse jede Bedrohung seiner Seemacht abwehren.

Henry Wilson vertiefte sich enthusiastisch in seine Rollen. Zuerst drehte er seine Schirmmütze herum, um einen deutschen Offizier zu spielen. «Ich erläuterte meine gegenwärtige Lage», notierte er später, «und meinen Wunsch, eine Vereinbarung mit England und Frankreich zu erreichen, hatte aber keine diesbezüglichen Hoffnungen, denn ich sah hinter den niederdrückenden Bedingungen, die man mir diktierte, die Absicht, mich umzubringen. Da ich nicht isoliert bleiben wollte, würde ich mich Russland zuwenden und im Lauf der Zeit diesem vom Weg abgekommenen Land helfen, Gesetz und Ordnung wiederherzustellen, und dann ein Bündnis mit ihm eingehen.»<sup>12</sup> Dann verwandelte er sich in eine Französin, den, wie er meinte, prägenden Faktor der öffentlichen Meinung in Frankreich, und beschrieb auf ergreifende Weise «den Verlust so vieler Ehemänner, Söhne und anderen Männer, die unerträgliche Angst, die langen Trennungen, die finanziellen Verluste und den verzweifelten Kampf und die Überbeanspruchung, um den Haushalt am Laufen zu halten». Natürlich würden diese Frauen Vergeltung und Wiedergutmachung von Deutschland wollen und die Sicherheit, dass Deutschland ihnen nie wieder solches Leid zufügen könne.<sup>13</sup>

Lloyd George hörte aufmerksam zu und legte dann seine eigenen Ansichten dar. Sein Hauptargument war, dass Deutschland durch die Friedensbedingungen nicht zerstört werden dürfe. In der anschliessenden Diskussion wurde Kerr beauftragt, das Gesagte zu einem sinnvollen Ganzen zusammenzufügen. Bis Montagfrüh hatte er einen Text in die Maschine getippt – das sogenannte Fontainebleau-Memorandum. Lloyd George kehrte voller Energie nach Paris zurück. «Diese Woche will er etwas erreichen», berichtete Frances Stevenson. «Er will sich weder von den Franzosen noch von den Amerikanern weiteren Unsinn bieten lassen. Er betrachtet den Frieden auf lange Sicht und besteht darauf, dass er nicht zu jahrelanger Verbitterung und einem neuen Krieg führen darf.»<sup>14</sup> (In ihrer Loyalität übersah sie, dass er sowohl zur Verbitterung als auch zur Verzögerung bei der Ausarbeitung der Friedensbedingungen für Deutschland beigetragen hatte.)

Lloyd George legte den anderen Friedensmachern im Rat der Vier das Fontainebleau-Memorandum vor, in dem ein dauerhafter Friede zu gemässigten Bedingungen gefordert wurde. «Man mag Deutschland seiner



Kolonien berauben, seine Rüstung auf eine blossе Polizeitruppe und seine Flotte auf die Stärke einer Macht fünften Ranges reduzieren; dennoch wird Deutschland über kurz oder lang, wenn es das Gefühl hat, dass es im Frieden von 1919 ungerecht behandelt worden ist, Mittel und Wege finden, von den Siegermächten einen Ausgleich zu erzwingen.» Man dürfe Europa kein vergiftetes Erbe hinterlassen, indem man Millionen von Deutsche oder Ungarn oder andere Minderheiten fremder Herrschaft unterstelle. Man dürfe die revolutionären Kräfte, die sich ihren Weg durch Europa brannten, nicht noch ermutigen. Vor allem dürfe man Deutschland nicht in die Ecke drängen. «Die grösste Gefahr, die ich in der gegenwärtigen Lage sehe, ist die, dass sich Deutschland mit dem Bolschewismus zusammentun und seine Hilfsmittel, seinen Verstand, seine grosse Organisationskraft den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen könnte, deren Traum es ist, die Welt mit Waffengewalt für den Bolschewismus zu erobern.»<sup>15</sup> Anschliessend zeichnete Lloyd George das Bild einer alternativen Zukunft, in der Grossbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien sich darauf geeinigt hatten, ihren Flottenbau und ihre Armeen zu begrenzen, und in der der Völkerbund, der Wächter «des internationalen Rechts und der Freiheit überall auf der Welt», ein neues, demokratisches Deutschland als Mitglied aufnahm, sobald es stabil genug war.<sup>16</sup>

Wie sollte dies erreicht werden? Deutschland sollte zwar Gebiete verlieren, aber nicht so viele, wie manche forderten. Polen sollte seinen Korridor zum Meer bekommen, aber es sollten so wenige Deutsche wie möglich unter polnische Herrschaft kommen. Das Rheinland sollte zwar entmilitarisiert werden, aber bei Deutschland bleiben. Weniger eindeutig war Lloyd George in Bezug auf das Saargebiet: Vielleicht könnte man Frankreich die Grenzen von 1814 oder auch nur das Eigentum an den Kohlebergwerken zugestehen. Seine Kolonien würde Deutschland natürlich abtreten müssen. Und, ja, es würde Reparationen zahlen müssen.<sup>17</sup> Wilson stimmte zu; immerhin hätte er einen grossen Teil des Memorandums selbst geschrieben haben können.<sup>18</sup> Die Franzosen dagegen waren erbost.<sup>19</sup> «Wenn Sie den Friedensvertrag zu hart finden», schrieb Clemenceau an Lloyd George, «dann lassen sie uns Deutschland seine Kolonien und seine Flotte zurückgeben, und lassen Sie uns den europäischen Nationen – Frankreich, Belgien, Böhmen und Polen – jene territorialen Zuge-

ständnisse aufzwingen, die erforderlich sind, um den besiegten Aggressor zu beschwichtigen.»<sup>20</sup> Es sei eine völlige Illusion zu glauben, Deutschland könne durch moderate Friedensbedingungen besänftigt werden.<sup>21</sup>

Illusion oder nicht, Grossbritannien war jedenfalls entschlossen, sich vom Kontinent und seinen Problemen zurückzuziehen. Ein europäisches Gleichgewicht hatte Grossbritannien stets zum Vorteil gereicht; eine Intervention war dann nur nötig, wenn die Gefahr bestand, dass eine Macht die Vorherrschaft gewann. Deutschland hatte diese Gefahr heraufbeschworen, aber es wäre aus britischer Sicht töricht gewesen, es jetzt zu zerstören und Frankreich die Vorherrschaft zu überlassen. Die Leidenschaften hatten sich abgekühlt, und den Briten kam die alte Rivalität mit Frankreich wieder zu Bewusstsein, aber auch die Möglichkeit einer Freundschaft mit Deutschland. Die britische Industrie brauchte Absatzmärkte, und es gab siebzig Millionen Deutsche. Grossbritannien wollte Stabilität auf dem Kontinent und kein Chaos, wie es weiter östlich entstanden war; ein stabiles Deutschland in der Mitte Europas konnte sie gewährleisten. In Lloyd Georges viel kritisiertem Gesinnungswandel in Bezug auf die Friedensbedingungen spiegelte sich eine allgemeine britische Ambivalenz wider.

Auf kurze Sicht erreichte das Memorandum von Fontainebleau wenig. Briten und Franzosen feilschten weiter über ihren Anteil an den Reparationen. Die Franzosen weigerten sich, die Höhe ihrer Schäden zu beziffern oder die Summe zu nennen, die sie von Deutschland haben wollten. «Es ist verantwortungslos», empörte sich Wilson gegenüber Grayson, «die Zeit zu vergeuden, obwohl für die vernünftige Regelung der globalen Situation jede Stunde zählt.» Er befürchtete jedoch, dass die Regierungen der Alliierten, wenn er sie zu sehr bedrängte, stürzen könnten, was den Friedensschluss noch mehr verzögern würde.<sup>22</sup>

Clemenceau schien jetzt in der Frage der Friedensbedingungen für Deutschland eine härtere Position einzunehmen. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, erklärte er, seien durch das Meer geschützt; Frankreich brauche ein «Äquivalent auf dem Land».<sup>23</sup> Er verlangte das Saargebiet und beharrte auf der militärischen Besetzung des Rheinlands. «Die Deutschen sind ein unterwürfiges Volk, die man nur mit Gewalt dazu bringt, Positionen zu akzeptieren.» Am 31. März gestattete er Foch, vor dem Rat der Vier ein leidenschaftliches Plädoyer für die Schaffung eines separaten Pufferstaats zu halten. «Der Frieden», sagte Foch, «kann bis auf

Weiteres, das heisst, solange Deutschland sich nicht ändert, nur durch den Besitz des linken Rheinuferes gewährleistet werden.»<sup>24</sup> Lloyd George und Wilson hörten höflich, aber auffallend distanziert zu.<sup>25</sup>

Wilson fand, dass die Franzosen einfach nur querschossen. «Ich bin tief enttäuscht», gestand er Grayson. «Nachdem ich zwei Stunden mit Clemenceau gestritten und ihn bedrängt habe, hat er praktisch allem zugestimmt und dann kehrte er im Hinausgehen zu seiner Ausgangsposition zurück.»<sup>26</sup> Wilson war die Anspannung anzumerken, aber das galt für alle. Der Rat der Vier tagte buchstäblich ununterbrochen, das Wetter war furchtbar, und ständig trafen schlechte Neuigkeiten ein: aus Ungarn, wo die Kommunisten fest im Sattel sassen; aus Russland, wo die Bolschewisten den Bürgerkrieg zu gewinnen schienen; aus Danzig, wo die deutschen Behörden polnischen Truppen die Landung verwehrten.

Am 28. März kam es zum Eklat, als Clemenceau wieder einmal den französischen Anspruch auf das Saargebiet vorbrachte. Wilson bemerkte zu Unrecht, dass Frankreich dies nie als eines seiner Kriegsziele benannt habe. Im Übrigen widerspräche die Übergabe an Frankreich den Vierzehn Punkten. Clemenceau warf dem Präsidenten nun vor, deutschfreundlich zu sein, und drohte damit, eher zurückzutreten, als den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Wilson stiess zornbebend hervor, dass dies eine glatte Lüge sei; Clemenceau wolle nur, dass er in die Vereinigten Staaten abreise. Daraufhin stapfte Clemenceau wutentbrannt aus dem Saal. Wie er Mor-dacq anvertraute, hatte er nicht erwartet, dass die französische Forderung auf eine solch eiserne Ablehnung stossen würde.

Lloyd George und Orlando, die fassungslos zugeschaut hatten, bemühten sich in der folgenden Nachmittagssitzung, die Wogen zu glätten. Lloyd George kam zu spät und glückte anerkennend, als Wilson auf seine Entschuldigung erwiderte: «Ich würde nur ungern vom späten Mr. Lloyd George sprechen müssen.» Als Tardieu taktloserweise zu einem Vortrag über die antiken Verbindungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich ausholte, warf Orlando ein, dass Italien dann seinerseits die Länder des ehemaligen Römischen Reichs beanspruchen könnte. Dies brächte freilich seinen guten Freund Lloyd George in eine unangenehme Lage. Alle lachten herzlich, ausser Clemenceau. Lloyd George schlug einen Kompromiss vor: ein autonomes Saargebiet, dessen Kohlebergwerke in französischen

Besitz übergehen sollten. Man einigte sich darauf, den Vorschlag durch die Experten prüfen zu lassen. Clemenceau äusserte eine Art Entschuldigung und sprach von der engen Verbindung und der Zuneigung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten; im Kreis seiner Berater beklagte er sich später über Wilsons Unnachgiebigkeit. Wilson machte eine höfliche Anspielung auf die Grösse Frankreichs; privat äusserte er sich verärgert darüber, dass die Franzosen den Fortgang der Friedenskonferenz aufhielten. Clemenceau, sagte er, sei wie ein alter Hund. «Er dreht sich, nach dem Schwanz schnappend, endlos im Kreis herum, ehe er zur Sache kommt.»<sup>27</sup>

Zwei Tage später schneite es. Der April in Paris begann in diesem Jahr mit schlechtem Wetter, und es wurde rasch noch schlechter. Obwohl der Rat der Vier in strenger Geheimhaltung tagte, sickerten Einzelheiten der Verhandlungen durch. Foch sei verzweifelt, notierte Henry Wilson in seinem Tagebuch: «Er prophezeite, dass die Pariser Konferenz innerhalb der nächsten Woche zusammenbrechen würde.»<sup>28</sup> Die Gerüchte verbreiteten sich «in einer blauen, schwefeligen Dunstwolke», wie ein amerikanischer Delegierter bemerkte.<sup>29</sup> In Deutschland werde eine Revolution ausbrechen, schrieb ein Kanadier nach Hause.<sup>30</sup> Man stehe «taumelnd am Abgrund», verkündete die Pariser Ausgabe der *Daily Mail*. «Der Völkerbund ist tot und die Friedenskonferenz gescheitert», kabelte der Korrespondent der *New York Times* nach Amerika.<sup>31</sup>

Wilson sah, wie sein Pressesprecher Baker bemerkte, «immer grauer und grimmiger» aus.<sup>32</sup> Der Präsident fühlte sich in seinem Kampf für einen gerechten Frieden alleingelassen. Orlando machte wegen der italienischen Forderungen an der Adria Schwierigkeiten. Lloyd George war zu sehr Politiker; er hätte ihm gern gesagt, dass er «dabei zu bleiben hat, wenn er in einer Frage mit mir übereinstimmt, und dass es nicht angeht, mir zuzustimmen, wenn er mit mir zusammen ist, und dann seine Position zu wechseln, nachdem er mich verlassen hat und zur Gegenpartei gegangen ist».<sup>33</sup> Clemenceau hatte bewusst einen Frieden auf der Grundlage der Vierzehn Punkte abgelehnt. «Ich habe [Wilson] nie so verärgert gesehen, so vollständig wutentbrannt», schrieb Mrs. Wilsons Sekretärin. «Er bezeichnete die Haltung der Franzosen und die Verzögerungen als ‚verdammenswert‘.»<sup>34</sup> Zu Wilsons Verärgerung trugen auch Angriffe der französischen Presse bei. «Stell dir vor», legte ihm eine Zeitung in den Mund, «ich

habe entdeckt, dass der Frühling immer dem Winter folgt.»<sup>35</sup> Aus Wut über die Franzosen kündigte er an, «dass er einen französischen Frieden niemals unterzeichnen werde; eher werde er nach Hause fahren».<sup>36</sup>

Am 3. April warf eine schwere Erkältung Wilson aufs Krankenbett, so dass House ihn im Rat der Vier vertreten musste. Clemenceau war erfreut. «Es geht ihm heute schlechter», sagte er am 5. April zu Lloyd George. «Kennen Sie seinen Arzt? Könnten Sie ihn nicht aufsuchen und bestechen?»<sup>37</sup> Der Kranke brütete derweil vor sich hin. «Ich habe viel nachgedacht», eröffnete er Grayson. «Darüber, welche Auswirkungen es auf die Welt hätte, wenn diese französischen Politiker freie Hand hätten und sie ihren Willen durchsetzen und Frankreich alles sichern könnten, worauf es ihrer Ansicht nach Anspruch hat. Nach meiner Meinung würde die Welt, wenn sie ihren Willen bekämen, binnen kurzem zugrunde gehen.» Er habe einen Entschluss gefasst, erklärte er, augenscheinlich erleichtert. Er bat Grayson, dafür zu sorgen, dass die «George Washington» in Brest an der bretonischen Küste bereitliege. «Ich will nicht sagen, dass ich abreisen werde, sobald ich ein Schiff bekomme, aber ich möchte, dass das Schiff da ist.» Am nächsten Tag sickerte die Neuigkeit durch, zweifelsohne, wie von Wilson beabsichtigt. Seine Drohung schlug ein wie eine Bombe. «Friedenskonferenz in Gefahr», lautete die Schlagzeile der *New York Times*.<sup>38</sup>

Die Franzosen spielten die Sache herunter. «Wilson», witzelte Clemenceau einem Freund gegenüber, «verhält sich wie eine Köchin, die ihren Koffer fertig gepackt im Flur stehen lässt und jeden Tag damit droht, das Haus zu verlassen.»<sup>39</sup> Ein Sprecher des Quai d'Orsay sprach grob von dem Wunsch, «heim zu Mutter» zu gehen.<sup>40</sup> In Wirklichkeit waren die Franzosen höchst besorgt.<sup>41</sup> Die Zensoren strichen die Zeitungskommentare auf ein Minimum zusammen, und *Le Temps*, die bekanntermassen gute Beziehungen zu Regierungskreisen hatte, druckte hastig einen Artikel, in dem beteuert wurde, dass Frankreich keine Absicht habe, von Deutschen bewohnte Territorien zu annektieren.<sup>42</sup> Tardieu Assistent erklärte gegenüber amerikanischen Korrespondenten, Frankreich habe seine Forderungen auf ein Minimum reduziert, sei aber mit den Grenzen von 1871, die Elsass-Lothringen einschlossen, aber nicht mehr, überhaupt nicht zufrieden. (Diese Äusserung rief eine gewisse Heiterkeit hervor.)<sup>43</sup>

Auch seine politischen Gegner in Frankreich bereiteten Clemenceau Schwierigkeiten. Abgeordnete und Senatoren drängten ihn, an Frank-

reichs legitimen Forderungen festzuhalten. Foch regte eine Pressekampagne an zur Unterstützung der Forderung nach der Besetzung des Rheinlands. Der *generalissimo* kam der offenen Missachtung gefährlich nahe, als er sich weigerte, Anordnungen des Rats der Vier zu übermitteln, und mit dem französischen Kabinett zu sprechen verlangte. Dies war in einem Land mit einer lebendigen Tradition von Putschversuchen des Militärs ein beunruhigender Vorgang. Ausserdem war es peinlich. «Ich werde die amerikanische Armee nicht einem General anvertrauen», sagte Wilson nach einem Vorfall, «der seiner eigenen Regierung nicht gehorcht.»<sup>44</sup>

Führende Politiker, Journalisten und Soldaten warnten Poincaré, dass Frankreich auf eine Katastrophe zusteure. Clemenceau verwerfe jede Chance auf Sicherheit vor Deutschland. Vielleicht sollte Poincaré zurücktreten? Oder war es seine Pflicht, wie Foch und andere es verlangten, seine verfassungsmässigen Machtbefugnisse zu nutzen und die Verhandlungen selbst zu übernehmen? Poincaré reagierte in für ihn typischer Weise, indem er sich zwar der Kritik anschloss, aber zögerte zu handeln. Clemenceau, der stets über gute Informationsquellen verfügte, suchte Poincaré im Élysée-Palast auf und machte ihm eine gewaltige Szene, in der er ihn der Illoyalität bezichtigte. «Alle Ihre Freunde sind gegen mich», schrie er. «Es reicht mir. Ich befinde mich jeden Tag von früh bis spät in Gesprächen. Es bringt mich um.» Er bot seinen Rücktritt an. Poincaré widersprach: «Ich habe nie aufgehört, loyal zu sein; das versteht sich von selbst. Aber ich bin Ihnen darüber hinaus ergeben wie, um das Wort zu verwenden, ein Sohn.» Als Clemenceau ihm vorwarf, er lüge, rief er empört aus: «Nun, sehen Sie, Sie erwidern mit einer Unverschämtheit!» Am Ende des Treffens schüttelten sich beide jedoch die Hand, und Poincaré sagte staatsmännisch: «Die Umstände sind ernst, die Zukunft ist dunkel, es ist wichtig, dass die Staatsdiener einig sind.» In seinem Tagebuch hielt er fest: «Kurz gesagt, hat mir diese Unterhaltung einen Clemenceau gezeigt, der zerstreut, gewalttätig, eingebildet, schikanös, höhnisch, furchtbar oberflächlich, körperlich und geistig taub ist, ausserdem unfähig, zu argumentieren, nachzudenken oder einer Diskussion zu folgen.»<sup>45</sup>

Nur Lloyd George blieb während der gesamten Krise gelassen. «Wir haben grosse Fortschritte gemacht», sagte er zu dem Zeitungsbaron George Riddell. «Wir haben praktisch alle offenen Fragen gelöst, mit Ausnahme derjenigen, die sich auf Verletzungen des Kriegsrechts beziehen. Nächste

Woche werden wir anfangen, den Friedensvertrag zu entwerfen.»<sup>46</sup> Er erwartete, dass die endgültigen Friedensbedingungen bis Ostern vorliegen würden, das hiess in zwei Wochen. Besonders zufrieden war Lloyd George damit, dass er sich bei den Reparationen durchgesetzt hatte und im Vertrag keine konkrete Summe genannt werden würde.<sup>47</sup>

Als Wilson am 8. April wieder auf dem Damm war, hatte der Frühling Einzug gehalten, und die Stimmung auf der Friedenskonferenz hatte sich merklich gebessert.<sup>48</sup> Wilson fühlte sich immer noch «wacklig», wie er Grayson anvertraute, aber «seelisch viel besser». Er hielt es allerdings für nützlich, die Drohung mit der «George Washington» aufrechtzuerhalten.<sup>49</sup> In seiner Abwesenheit war ein grosser Teil der Grundlagen für die nachfolgenden Übereinkünfte ausgehandelt worden. Am 13. April wurde die Saarfrage schliesslich gelöst. Die Experten hatten einen Kompromiss gefunden, nach dem Frankreich lediglich die Kohlebergwerke erhielt. Die Verwaltung des Gebiets sollte der Völkerbund übernehmen, unter dem Vorbehalt, dass nach 15 Jahren eine Volksabstimmung stattfinden sollte, in der die Einwohner die Wahl haben würden zwischen der Unabhängigkeit und der Zugehörigkeit zu Frankreich oder zu Deutschland.

Das Paket aus Rheinlandregelung und einer anglo-amerikanischen Garantie für Frankreich zu schnüren, dauerte kaum länger. Wilson, der das Gefühl hatte, mit dem Garantieangebot weit genug gegangen zu sein, sandte Clemenceau am 12. April eine strenge Notiz, in der er darauf beharrte, dass Frankreich sich mit der Entmilitarisierung des Rheinlands, ohne eine dauerhafte alliierte Besetzung, zufriedengeben müsse.<sup>50</sup> Clemenceau dachte darüber nach und suchte zwei Tage später seinen alten Freund House auf. Es sei schade, sagte er, dass die Italiener abzureisen drohten, ohne den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet zu haben. Er selbst sei natürlich bereit, mit seinen Partnern zusammenzuarbeiten. Er stimme der amerikanischen Position zu, obwohl sie nicht seinen Wünschen entspreche, und er werde diese Sache mit Foch ausfechten. Als Gegenleistung bitte er nur darum, dass Wilson eine vorübergehende französische Besetzung der drei Zonen um die Hauptbrückenköpfe zulasse. Die erste Zone im nördlichen Rheinland (mit dem Brückenkopf Köln) würde Frankreich nach fünf Jahren räumen, die mittlere (mit dem Brückenkopf Koblenz) nach zehn und die südliche (mit dem Brückenkopf Mainz) nach 15 Jahren.<sup>51</sup>

Am 15. April verschlimmerte sich der Ausschlag auf Clemenceaus Händen erheblich, und er beklagte sich über Schwindelanfälle. Doch am Abend, nachdem House die Nachricht überbracht hatte, dass Wilson der vorübergehenden Besetzung zugestimmt habe, war er wie ausgewechselt. «Ich mache mir keine Sorgen mehr», erklärte er Mordacq. «Die Frankreich betreffenden grossen Probleme sind jetzt fast gelöst. In zehn Tagen werden wir uns wahrscheinlich über die Grundzüge des Vertrags geeinigt haben. Heute insbesondere habe ich, abgesehen von zwei Verträgen, die im Fall eines deutschen Angriffs Militärhilfe aus Amerika und England bringen, endgültig die Besetzung des Rheinlands für 15 Jahre bekommen, mit einer Teilbesetzung zwischen fünf und 15 Jahren. Natürlich wird es, falls Deutschland den Vertrag nicht einhält, keine Teilbesetzung und keinen Abzug geben.»<sup>52</sup> Freundlich versprach er House einen Gegengefallen und wies seinen Privatsekretär an, die Attacken auf Wilson in der französischen Presse zu unterbinden. Am nächsten Tag waren selbst normalerweise feindselige Zeitungen voller Lob über den amerikanischen Präsidenten.<sup>53</sup>

Als Lloyd George aus London zurückkehrte, wo er seine parlamentarischen Gegner triumphal aus dem Feld geschlagen hatte, reagierte er verärgert auf die inzwischen erreichte Einigung. «Die unvermeidliche Folge jeder Besetzung durch ausländische Truppen», schrieb er Jahre später, «sind provokative Zwischenfälle. Die aufreizenden und gelegentlich abscheulichen Begleiterscheinungen einer solchen Besetzung deutscher Städte durch Truppen, die zum Teil aus Farbigen bestanden, hatten viel zu tun mit dem heftigen Ausbruch patriotischer Gefühle in Deutschland, der seinen Ausdruck im Nationalsozialismus gefunden hat.»<sup>54</sup> Nur widerstrebend stimmte er am 22. April den Rheinlandklauseln zu.

Am nächsten Tag informierte Clemenceau sein Kabinett über die Einigung. Von Foch und anderen musste er sich harsche Kritik anhören,<sup>55</sup> während sich Poincaré zur allgemeinen Überraschung lediglich einige Punkte genauer erklären liess. «Er ist der führende Kritiker in der Republik», sagte Clemenceau zu Mordacq, «aber jedes Mal, wenn ich ihn in den zahllosen heiklen Fragen, mit denen wir uns drei Monate lang beschäftigt haben und weiterhin beschäftigen, um Rat fragte, bekam ich nur eine vage Antwort.»<sup>56</sup> Das Kabinett nahm die Klauseln einstimmig an, und am 4. Mai billigte es, ebenfalls ohne Gegenstimme, auch die Friedensbedingungen



insgesamt. Foch beschimpfte Clemenceau erbittert als Verbrecher.<sup>57</sup> Poincaré erwog zurückzutreten, überlegte es sich dann aber, wie schon so oft, anders.<sup>58</sup>

Clemenceau war stets der Meinung, dass er das bestmögliche Ergebnis für Frankreich erzielt habe, und er hatte recht. Er hatte mehr von seinen Alliierten erhalten, als sie ursprünglich zu geben bereit gewesen waren: Er hatte das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und Grossbritannien bewahrt; er hatte Frankreich durch die Entmilitarisierung und vorübergehende Besetzung des Rheinlands zusätzliche Sicherheit verschafft; und er hatte das Ende der Besetzung an die Bedingung geknüpft, dass Deutschland die anderen Vertragsbestimmungen erfüllte. «Der Vertrag mit all seinen komplizierten Klauseln», erklärte er im September 1919 in der Ratifizierungsdebatte in der Abgeordnetenkammer, «wird nur so viel wert sein, wie Sie wert sind. Er wird das sein, was Sie aus ihm machen ... Worüber Sie heute abstimmen, ist nicht einmal der Anfang, es ist der Anfang vom Anfang. Die Ideen, die er enthält, werden wachsen und Früchte tragen. Sie haben die Macht gewonnen, sie einem besiegten Deutschland aufzuzwingen.»<sup>59</sup> Die Schwierigkeit sollte stets die Durchsetzung sein. Wie Clemenceaus Nachfolger, unter ihnen Poincaré, feststellten, konnte Frankreich ohne britische und amerikanische Unterstützung wenig erreichen. In den 1920er Jahren fehlte diese Unterstützung, und in den 1930er Jahren gab es keinen Clemenceau, der ein demoralisiertes Frankreich gegen die nationalsozialistische Gefahr in Deutschland hätte mobilisieren können. Und es gab auf der anderen Seite Deutschlands kein verlässliches Polen mehr.

# **TEIL V**

## **Zwischen Ost und West**

## Das wiedergeborene Polen

Die Wiedergeburt Polens war eine der grossen Geschichten der Pariser Friedenskonferenz. Aber sie verursachte auch endlose Schwierigkeiten. Die für die polnischen Grenzen zuständige Kommission tagte öfter als jede andere. Sollte Deutschland durch die Grenzziehung für ein zweifaches Unrecht der Vergangenheit und die aktuelle Niederlage bestraft werden? Sollte es als Barriere gegen den Bolschewismus ein grosses Polen geben? Was brauchte es zum Überleben? Kohlebergwerke? Eisenerz? Eisenbahnen? Einen richtigen Hafen an der Ostsee? Wilson hatte im dreizehnten der Vierzehn Punkte versprochen, dass ein wiedererstandenes Polen «einen freien sicheren Zugang zur See» erhalten sollte; wie viele seiner Punkte, war freilich auch dieser dehnbar. Ausserdem hatte er davon gesprochen, dass Polen Gebiete bekommen sollte, die «unbestreitbar polnisch» waren.<sup>1</sup> In Mitteleuropa unumstrittene Gebiete zu finden, war indes noch nie einfach gewesen, und die Polen komplizierten die Angelegenheit noch weiter, indem sie untereinander darüber stritten, ob sie die Grenzen zum Zeitpunkt der grössten Ausdehnung ihres Landes (in welchem Fall eine grosse Zahl von Nichtpolen in ihm leben würde) oder das polnische Kernland (was bedeuten würde, dass viele Polen ausserhalb Polens leben würden) oder irgendeine Kompromisslösung wollten. Und natürlich mussten die Friedensmacher von Paris Hunderte von Kilometern weit ausgreifen, um einer im Umbruch befindlichen Welt mit wechselnden Bündnissen, Bürgerkriegen, Flüchtlingsströmen und Banditenunwesen, wo durch den Zusammenbruch alter Reiche Recht und Gesetz, Handel und Kommunikationsverbindungen in Trümmern lagen, eine neue Ordnung aufzuzwingen.

Zwei Tage vor dem alliierten Waffenstillstand mit Deutschland hatte ein grauhaariger polnischer Soldat mit strahlend blauen Augen in seinem blassen Gesicht voller Schmerz und Enttäuschung die Friedensbedingungen gelesen. Polen wurde mit keinem Wort erwähnt, und er befand sich in einem deutschen Gefängnis. Józef Piłsudski hatte einen grossen Teil seines Lebens der Aufgabe gewidmet, ein am Ende des 18. Jahrhunderts ver-

schwundenes Land wiederzubeleben. Jetzt nach dem Zusammenbruch seiner grossen Feinde – Österreich-Ungarn, Deutschland und Russland – war Polens Chance gekommen. Durch die deutsche Niederlage erhielt Pilsudski seine Freiheit wieder, und am 10. November 1918 traf er in der polnischen Hauptstadt ein. Polen selbst war ein Traum, und keine Realität. Es hatte wenige Freunde, aber viele Feinde, keine klaren Grenzen, keine Regierung, keine Armee, keinen Staatsapparat. Pilsudski schuf in den nächsten drei Jahren ein Land.

Er war wahrscheinlich der Einzige, der eine solche Aufgabe überleben und bewältigen konnte. In gewisser Weise hatte er sein Leben lang dafür trainiert. Geboren im russischen Teil Polens, in Wilna (dem heute litauischen Vilnius), hatte ihm seine Mutter von der russischen Zensur verbotene polnische Literatur vorgelesen. Sie hatte ihm die tragische Geschichte seines Landes gelehrt, angefangen mit der grossen Zeit im 16. und 17. Jahrhundert, als sich das Königreich von Polen und Litauen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckte und viele Gebiete umfasste, die später zu Russland oder Deutschland gehörten, und als die polnische republikanische Verfassung, die polnische Bildung und die polnischen Städte die Bewunderung Europas erregten, bis zu den Teilungen der 1790er Jahre, als Polen in den Nachbarländern aufging. Der junge Pilsudski erfuhr von den wiederholten aussichtslosen Aufständen, den Hinrichtungen, den Gefangenschaften, der langen Reihe von nach Sibirien Verbannten und den Versuchen, die polnische Kultur auszumerzen. Seit 1795 hatte Polen nur noch in der Erinnerung seiner Patrioten sowie in den Werken seiner Dichter und Komponisten bestanden.

Wie allen anderen polnischen Jungen in Russland war es Pilsudski verboten gewesen, Polnisch zu sprechen, und obwohl er wie die überwältigende Mehrheit der Polen katholisch war, hatte man ihn zur Teilnahme am orthodoxen Gottesdienst gezwungen. Er wurde zu einem radikalen Sozialisten, was bei den Friedensmachern die Angst vor einem bolschewistischen Polen auslöste. Aber in erster Linie war er Nationalist. Als seine alten sozialistischen Freunde ihn einen Tag nach seiner Rückkehr nach Warschau aufsuchten, begingen sie den Fehler, ihn als Genossen anzureden. «Meine Herren», wies er sie zurecht, «wir sind mit derselben roten Strassenbahn gefahren, aber während ich an der Haltestelle mit dem Schild Polnische Unabhängigkeit ausgestiegen bin, möchten Sie bis zur

Station Sozialismus weiterfahren. Gute Fahrt – aber seien Sie bitte so freundlich, mich mit ‚Herr‘ anzureden.»<sup>2</sup> Temperament und Erfahrung hatten Pilsudski zu einem einsamen Wolf gemacht, dem es schwerfiel, zu vertrauen. Zum ersten Mal verhaftet wurde er 1887 wegen Beteiligung an einer von Lenins älterem Bruder organisierten Verschwörung zur Ermordung des Zaren. Er wurde für fünf Jahre nach Sibirien verbannt. (Lenins Bruder wurde hingerichtet.)<sup>3</sup> Im Jahr 1900 wurde er erneut verhaftet, konnte aber fliehen, indem er Wahnsinn vortäuschte. Die Vorkriegsjahre verbrachte er als Organisator und Geldbeschaffer im sozialistischen Untergrund. (Er raubte Banken und Postzüge aus.) Seine Ehe mit einer Mitverschwörerin zerbrach, als er im Untergrund eine Affäre mit einer jüngeren Frau einging.

Bei Kriegsausbruch standen die Polen auf verschiedenen Seiten; die einen kämpften für Deutschland und Österreich-Ungarn, die anderen für Russland. Manchmal hörten sie aus den Schützengräben des Feindes polnische Lieder herüberklingen. Pilsudski setzte auf Österreich-Ungarn, ein weiterer Makel auf seiner weissen Weste, der ihm später in Paris angekreidet wurde. Sein Kalkül war allerdings recht einfach: Russland war das Haupthindernis, das der Verwirklichung der polnischen Hoffnungen im Weg stand. Als das Zarenreich 1917 zusammenbrach und Österreich-Ungarn ins Wanken geriet, war Pilsudski beunruhigt; das Letzte, was er wollte, war ein übermächtiges Deutschland. Er weigerte sich, seine Legionen unter deutschen Befehl zu stellen, und landete wieder im Gefängnis.<sup>4</sup>

Als er 1918 nach Warschau zurückkehrte, gebot er in Gestalt der Polnischen Legionen über eine der wenigen kohärenten Armeen, die es in Mitteleuropa noch gab, und übernahm im Namen Polens die Macht von den deutschen Besatzungsbehörden. «Es ist unmöglich», stellte ein polnischer Politiker fest, «die ganze Erregung und fieberhafte Begeisterung wiederzugeben, von denen die polnische Gesellschaft in diesem Augenblick ergriffen wurde. Nach 120 Jahren zerrissen die Fesseln. ‚Sie‘ waren fort! Freiheit! Unabhängigkeit! Unser eigener Staat!»<sup>5</sup> In einer Adelsfamilie wurde Wein von 1772, dem Jahr der ersten polnischen Teilung, hervorgeholt, der für diesen Moment zum Anstossen aufbewahrt worden war.

Pilsudski hatte viele Gegner: Konservative, die seinen Sozialismus fürchteten, Liberale, denen seine Vorliebe für Gewalt missfiel, und diejeni-

gen, die auf die Hilfe der Alliierten und sogar Russlands hofften. Ihr Sprecher war sein grosser Rivale Roman Dmowski, der im Gegensatz zum Landadligen Pilsudski aus beengten städtischen Verhältnissen stammte. Als Biologe liebte er die Naturwissenschaft, Vernunft und Logik. Musik, erklärte er dem grossen Pianisten Paderewski, sei «blosser Krach». <sup>6</sup> Er verachtete grandiose Pläne, noble Posen und nutzlose Gesten, von denen der polnische Nationalismus nach seiner Meinung viel zu viele hervorgebracht hatte. Er wollte die Polen zu einem modernen, nüchternen Volk machen. Für das alte Polen mit seiner Tradition religiöser Toleranz und seinen Versuchen, sich mit anderen Nationalitäten, wie den Litauern, Ukrainern und Juden, zu arrangieren, hegte er kaum nostalgische Gefühle. Wie die Sozialdarwinisten, die er bewunderte, betrachtete er das Leben als Kampf, in dem die Starken siegten und die Schwachen verloren. <sup>7</sup> In Westeuropa genoss er hohes Ansehen, nur die Briten hatten Vorbehalte. «Er war ein kluger Mann», sagte ein Diplomat, der viel mit ihm zu tun hatte, «und klugen Männern wird misstraut. Seine politischen Auffassungen waren logisch, und wir hassen Logik; und er war hartnäckig mit einer Zähigkeit, die jeden auf die Palme bringen konnte.» <sup>8</sup>

Dmowskis Polnisches Nationalkomitee mit Sitz in Paris nahm für sich in Anspruch, für die Polen zu sprechen. 1918 unterstellte ihm die französische Regierung denn auch eine aus polnischen Exilanten in Frankreich bestehende Armee unter dem Befehl von General Józef Haller. Bei Kriegsende gab es daher zwei potentielle polnische Regierungen, eine in Paris und eine in Warschau, mit zwei rivalisierenden Führern, die beide über eigene Streitkräfte verfügten. Im Gegensatz dazu sprachen die Tschechen bereits mit einer einzigen, klaren Stimme.

Beobachter fragten sich, ob Polen es schaffen würde. 1919 waren sämtliche Grenzen des Landes umstritten, und es wimmelte nur so von Feinden: Neben versprengten deutschen Einheiten, von denen viele im Osten standen, Russen (weder die Bolschewisten noch ihre Gegner wollten ein unabhängiges Polen) und andere Völker, die um dasselbe Territorium stritten: Litauer im Norden, Ukrainer im Osten und Tschechen und Slowaken im Süden. Zudem hatte Polen kaum natürliche Verteidigungslinien. Zwischen 1918 und 1920 führte Pilsudski sechs Kriege, während er gleichzeitig auf die Heimat achtgeben musste, wo von rechts Dmowskis Anhänger und von links Radikale seine Position bedrohten.

Pilsudski wurde immer schmäler, blasser und angespannter. Er arbeitete fieberhaft, häufig die ganze Nacht, während er sich mit Unmengen von Tee und Zigaretten wachhielt. In jenen ersten Monaten ging er oft von dem Palast, den er mit Beschlag belegt hatte, in ein billiges Restaurant hinüber, um ein einfaches Mahl zu sich zu nehmen.<sup>9</sup> Seine Aufgabe war gewaltig. Nicht weniger als zehn Prozent des polnischen Volksvermögens waren im Krieg zerstört worden. Die Deutschen hatten die polnischen Gebiete während der Besetzung ausgeplündert: Rohstoffe, Fertigwaren, Fabriken, Maschinen, sogar Kirchenglocken waren von der deutschen Kriegsmaschinerie verschlungen worden.<sup>10</sup> «Ich habe noch nirgendwo solche Anzeichen von extremer Armut und Verelendung gesehen, wie man sie hier an jeder Strassenecke sieht», schrieb ein britischer Diplomat, der Anfang 1919 in Warschau eintraf.<sup>11</sup> Pilsudski musste unterschiedliche Ökonomien, Rechtssysteme und Verwaltungen zusammenführen. Neun verschiedene legislative Systeme mussten zusammengefasst und fünf Währungen vereinheitlicht werden; dabei besass Pilsudski nicht einmal die Mittel, um Banknoten zu drucken. Das Eisenbahnnetz war ein Chaos aus 66 unterschiedlichen Gleisarten, 165 Lokomotivtypen und einem Flickenteppich von Signalsystemen.<sup>12</sup>

Ausserdem hatte Pilsudski es mit einem Volk zu tun, dessen Ambitionen nach einem Jahrhundert der Frustration seine Stärke bei Weitem übertrafen. «Die Polen entwickeln einen Appetit wie ein gerade aus dem Ei gekrochener Sperling», bemerkte ein deutscher Diplomat weniger als einen Monat nach dem Waffenstillstand.<sup>13</sup> Man sprach von den Grenzen von 1772, als Polen den grössten Teil der heutigen Staaten Litauen und Weissrussland sowie ein grosses Stück der Ukraine umfasste. In Paris setzten sich Dmowski und sein Nationalkomitee für ein Grosspolen als Gegengewicht sowohl zu Deutschland als auch zum Bolschewismus ein. In diesem Polen hätte es bedeutende Minderheiten gegeben – Deutsche, Ukrainer, Weissrussen, Litauer –, die insgesamt 40 Prozent der Bevölkerung ausgemacht hätten.<sup>14</sup> Dmowski berief sich gegenüber den Alliierten in Paris gleichwohl auf das Selbstbestimmungsprinzip, während in der Heimat von solchem Unsinn nicht die Rede war.

Pilsudski war vorsichtiger. Auch er wollte ein starkes Polen, war aber bereit, sich mit weniger als Dmowski zufriedenzugeben. Selbst eine Föderation, in der Litauer oder Ukrainer gleichberechtigt mit Polen zusammen-

arbeiten würden, war für ihn denkbar.<sup>15</sup> Ihm war klar, dass er die Hilfe der Alliierten brauchte: «Alles, was wir im Westen gewinnen können, hängt von der Entente ab, davon, wie weit sie Deutschland auspressen will.» Im Osten sehe es anders aus. «Hier gibt es Türen, die sich öffnen und schliessen, und es hängt davon ab, wer sie aufzudrücken versteht, und wie weit.»<sup>16</sup>

In einer Hinsicht waren sich jedoch alle Polen einig: dass sie einen Zugang zur Ostsee haben mussten. Sie fänden sich mit den härtesten Bedingungen ab, berichtete ein amerikanischer Offizier aus Warschau, weil sie die Aussicht darauf hätten, dass Polen wieder zu einer Grossmacht werde, deren Handelswaren auf der Weichsel und mit der Eisenbahn zur Ostsee transportiert würden. Diese Hoffnung dürfe man ihnen nicht nehmen: «Ihre Zuversicht in Bezug auf die Zukunft wäre radikal in Frage gestellt, die Härte der gegenwärtigen Lage würde deutlicher hervortreten, und ihr Patriotismus wäre in den Grundfesten erschüttert. Warum sollten sie, ohne diese Zukunft, weiterhin dem Bolschewismus Widerstand leisten?»<sup>17</sup> Das an der Mündung der Weichsel gelegene Danzig war die offensichtliche Wahl für einen Hafen. Einst eine grosse freie Stadt unter polnischer Oberhoheit, das Amsterdam des Ostens, wie man sie ihres blühenden Handels, ihrer reichen Kaufleuten und eleganten Häuser wegen genannt hatte, war sie in den 1790er Jahren unter deutsche Herrschaft gelangt. 1919 waren 90 Prozent ihrer Einwohner Deutsche. Das Umland dagegen war stark polnisch geprägt.<sup>18</sup>

Die Alliierten hatten vor der Friedenskonferenz vereinbart, ein unabhängiges Polen zu schaffen. Die Briten waren jedoch nicht bereit, allzu viel zu investieren, um dies zu erreichen, da von ihrer Seite kaum nationale Interessen auf dem Spiel standen. Ausserdem fürchteten sie nicht ohne Grund, dass Polen zu einer Belastung werden könnte. Wer würde es verteidigen, wenn seine Nachbarn, insbesondere Deutschland und Russland, es angreifen sollten? Darüber hinaus hatten die Briten für beide polnischen Fraktionen wenig übrig. Pilsudski hatte gegen sie gekämpft und war ein gefährlicher Radikaler, und Dmowski und das Polnische Nationalkomitee standen zu weit rechts. «Tatsächlich schien die Meinung vorzuherrschen», sagte ein britischer Diplomat in Warschau später, «dass man, wenn man etwas von dem tat, worum das polnische Komitee ersuchte, Polen ein Regime verdorbener Grundbesitzer, die ihre Zeit damit verbrach-



ten, ein ausschweifendes Leben zu führen, aufnötigen und eine chauvinistische Regierung etablieren würde, deren Ziel es wäre, Gebiete mit nicht-polnischer Bevölkerung zu erwerben.»<sup>19</sup> Dmowski hatte sich zudem keinen Gefallen getan, als er während des Krieges im britischen Exil Bemerkungen fallenliess, wie die folgende bei einem von G. K. Chesterton gegebenen Abendessen, dass seine Religion von Jesus Christus stamme, «der von den Juden ermordet worden ist». Die Briten fanden dies roh und abstossend, obwohl ihnen der Antisemitismus keineswegs fremd war. Bekannte britische Juden protestierten bei der Regierung gegen deren Kontakte mit dem Polnischen Nationalkomitee, und im Aussenministerium führte Lewis Namier, selbst polnisch-jüdischer Herkunft, einen Feldzug gegen Dmowski und seine «chauvinistische Bande».<sup>20</sup>

Die Franzosen dagegen standen nicht nur hinter Dmowski, sondern hatten auch ein vitales Interesse an Polen. Im Herbst 1917, mehrere Monate vor Grossbritannien und den Vereinigten Staaten, hatte Pichon den Polen die französische Unterstützung für die Schaffung eines «grossen, starken, sehr starken» unabhängigen polnischen Staates zugesagt. Die französische Polenpolitik war eine Mischung aus praktischen Erwägungen und romantischen Gefühlen. Da Russland nicht mehr als Gegengewicht zu Deutschland zur Verfügung stand, konnte ein starkes Polen, vielleicht im Bündnis mit der Tschechoslowakei und Rumänien, diese Rolle übernehmen. Daneben spielte die Erinnerung eine Rolle: an Marie Walewska, Napoleons schöne Geliebte (deren Sohn französischer Aussenminister geworden war), an traurige polnische Emigranten in Paris, an Frédéric Chopin, den Geliebten von George Sand, an die polnischen Freiwilligen, die 1870 auf Seiten Frankreichs gegen Preussen gekämpft hatten. Das Schicksal Polens war sowohl gläubigen Katholiken als auch guten Liberalen ein Anliegen. Als Schuljunge hatte Clemenceau sich mit Polen unterhalten, die vor der zaristischen Repression geflohen waren,<sup>21</sup> und bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte er in seiner Zeitung geschrieben: «Polen wird wieder leben. Eines der grössten Verbrechen der Geschichte wird wiedergutmacht werden.»<sup>22</sup> Während des Krieges hatten die Franzosen den Polen mit Geld geholfen, und während der Friedenskonferenz gaben sie Essen zu Ehren Polens.

Die Amerikaner standen irgendwo dazwischen. Auch sie hegten Erinnerungen: an Tadeusz Kosciuszko, einen Helden des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, an die Polen auf beiden Seiten des Bürgerkriegs an

Paderewskis Konzerte in ausverkauften Konzerthallen. 1914 bildeten Polen in den USA mit rund vier Millionen Menschen die grösste Einwanderergruppe aus Mitteleuropa, die eigene Zeitungen, Schulen, Kirchen und Wahlen hatte. Der Krieg hatte ihren latenten Patriotismus geweckt, sie aber auch in eine proalliierte und eine prodeutsche Fraktion gespalten, was den Eindruck erweckte, als würden Polen sich ständig miteinander streiten.<sup>23</sup> Zugleich waren die Amerikaner vom Leid der Polen bewegt, ebenso wie vom Leid der Belgier.<sup>24</sup> Wilson gelangte nach und nach zu der Überzeugung, dass ein unabhängiges Polen geschaffen werden sollte, war aber, was dessen Grenzen betraf, unschlüssig. «Ich habe die Herren Dmowski und Paderewski in Washington getroffen», erzählte er den anderen Friedensmachern in Paris, «und sie gebeten, ein Polen zu definieren, wie es ihren Vorstellungen entsprach, und sie haben mir eine Karte gezeigt, auf der sie einen grossen Teil der Erde beanspruchten.»<sup>25</sup>

Als die Franzosen das Polnische Nationalkomitee als einzigen Repräsentanten des polnischen Volks anerkennen lassen wollten, hielten Briten und Amerikaner sie zurück und drängten Dmowski, eine Koalition mit Pilsudski einzugehen.<sup>26</sup> Der weltweit berühmteste Pole, Ignacy Paderewski, unternahm es, die beiden Widersacher zusammenzubringen. Im Dezember 1918 organisierten die Briten seine Rückreise nach Polen auf der Condor. (Am Heiligabend spielte er auf dem alten Klavier in der Offiziersmesse Klavier für das Offizierskorps.) Seine Ankunft am ersten Weihnachtstag in Posen (Poznan) erregte enormes Aufsehen. Demonstrationen schlugen in Gewalt um, und als er Warschau am Neujahrstag 1919 verliess, war in Posen ein Aufstand gegen die deutsche Herrschaft ausgebrochen. Ein Witzbold steckte einer riesigen Bronzestatue Bismarcks einen Vierte-Klasse-Fahrschein nach Berlin in die Hand.<sup>27</sup>

Paderewski entstammte einer bescheidenen Familie im österreichischen Galizien, wo sein Vater für einen adligen Grossgrundbesitzer arbeitete. «Ja, ein hervorragender Mann, ein wirklich hervorragender Mann», sagte Graf Józef Potocki zu Nicolson über Paderewski. «Wissen Sie, dass er in einem meiner Dörfer geboren ist? Tatsächlich in Chepetowka. Und trotzdem, wenn ich mit ihm rede, habe ich absolut den Eindruck, mich mit einem Gleichgestellten zu unterhalten.»<sup>28</sup> Paderewski wurde ein internationaler Star. Edward Burne-Jones zeichnete ihn, George Bernard Shaw

pries seinen Musikverstand, und Hunderte von Frauen schickten ihm Liebesbriefe. 1918 war er 58 Jahre alt, und die rotblonde Haarmähne war ergraut.

Fast alle Welt verliebte sich auf der Stelle in ihn. Er war redegewandt, chaotisch und von grosser Gelehrsamkeit, gepaart mit kindlichem Enthusiasmus. Während des Krieges hatte er geschworen, erst wieder in Polen zu konzertieren, wenn es frei sei. Er widmete sich der Aufgabe, Hilfgelder für Polen zu sammeln und sich bei den politischen Führern für sein Land einzusetzen. Im Sommer 1916 spielte er auf einer privaten Feier im Weissen Haus – natürlich Chopin. «Ich wünschte, Sie hätten Paderewski für sein Land sprechen gehört», sagte Wilson später, «er hat erhabener Töne angeschlagen, als wenn er Tausende mit seiner Beherrschung der Harmonien auf dem Klavier bezaubert.»<sup>29</sup> Paderewskis Anhänger behaupteten später, seinem Einsatz sei es zu verdanken, dass Wilson Polen in seine Vierzehn Punkte aufnahm.<sup>30</sup>

Bei ihrer ersten Begegnung in Warschau belauerten sich Paderewski, der Mann von Welt im Pelzmantel, und Pilsudski, der schmale, blasse Revolutionär in seiner schäbigen Uniform, voller Misstrauen.<sup>31</sup> Pilsudski brauchte Paderewskis Einfluss auf das Polnische Nationalkomitee in Paris und seine Beziehungen, während Paderewski ein Polen wollte, das mit einer Stimme sprach. Die beiden einigten sich darauf, dass Pilsudski Staatschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte bleiben und Paderewski Ministerpräsident sowie neben Dmowski Delegierter Polens auf der Friedenskonferenz werden sollte. Gemeinsam nahmen sie an den Feiern, Essen, Aufführungen und sogar einer Messe in der Warschauer Kathedrale zur Eröffnung des neugewählten polnischen Parlaments teil. Dmowski und Pilsudski blieben sich so fern wie eh und je.

Als die Friedenskonferenz eröffnet wurde, hielt sich Paderewski noch in Warschau auf, so dass nur Dmowski anwesend war, als der Oberste Rat im Januar zum ersten Mal auf Polen zu sprechen kam. Pilsudski hatte eine dringende Bitte um Hilfslieferungen geschickt, insbesondere von Waffen und Munition, damit Polen sich seiner Feinde erwehren konnte. Die Franzosen schlugen vor, die in Frankreich stehende polnische Armee unter General Haller nach Polen zu schicken. Am einfachsten ginge dies, erklärte Foch, indem man sie mit dem Schiff nach Danzig, das immer noch unter deutscher Kontrolle stand, und von dort mit der Eisenbahn nach War-

schau bringe. Die Briten und Amerikaner waren skeptisch. Hallers Armee gehörte zu Dmowskis Lager; ihre Rückkehr könnte einen Bürgerkrieg einfaches.<sup>32</sup> Wilson hatte ausserdem einen Einwand in Bezug auf den Transport über Danzig: «Wenn wir polnische Truppen nach Polen schicken würden, würden wir die gesamte polnische Frage präjudizieren.»<sup>33</sup> Genau dies hatten die Franzosen natürlich im Sinn. Als die Deutschen von dem Vorschlag Wind bekamen, protestierten sie lautstark. Die Armee kehrte schliesslich im April auf dem Landweg nach Polen zurück. Pilsudski hatte nicht allzu sehr auf ihre Rückkehr gedrängt. Er hatte die Alliierten nicht weiter reizen wollen, indem er wie Dmowski auf der Danziger Route bestand; wahrscheinlich kümmerte ihn Danzig selbst im Grunde wenig.<sup>34</sup>

Am 29. Januar sollte Dmowski vor dem Obersten Rat die Vorgänge in Polen erläutern. Er nutzte die Gelegenheit, um Polens Ansprüche zu unterstreichen – jedenfalls diejenigen, die er selbst unterstützte. Er werde, schickte er voraus, nicht alles beanspruchen, was einst zu Polen gehörte. Teile Litauens und der Ukraine hätten keinen polnischen Charakter mehr. Polen sei jedoch durchaus bereit, diesen beiden Ländern zu helfen, denn sie seien noch lange nicht in der Lage, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Andererseits sollte Polen den östlichen Teil Deutschlands erhalten. Gewiss sei er weithin niemals polnisch gewesen, aber dort lebten viele Polen, weit mehr, als in deutschen Statistiken angegeben. «Diese Polen gehörten zu den gebildetsten, kulturell höchststehenden Mitgliedern der Nation; sie besässen ein starkes Nationalgefühl und verträten fortschrittliche Ideen.» Selbst die Deutschen würden zu ihnen aufschauen.<sup>35</sup> Ausserdem brauche Polen die Kohlevorkommen von Schlesien und Teschen. Lloyd George hörte mit unverkennbarer Ungeduld zu, während Wilson die Gemälde an den Wänden betrachtete.<sup>36</sup>

Die Polen hatten ein Talent dafür, selbst ihre Freunde zu verärgern. Man erzählte sich den Witz, dass ein Brite, wenn er ein Buch über Elefanten schreibe, deren Lebenswelt und die Jagd auf sie schildere und ein Deutscher eine Abhandlung über ihre biologische Beschaffenheit verfasse, während ein Pole mit der Feststellung beginne: «Ein Elefant ist eine polnische Problem.»<sup>37</sup> Sogar die Franzosen waren beunruhigt über das Ausmass der polnischen Forderungen gegenüber Russland, das immerhin eines Tages wieder ein Verbündeter sein könnte.<sup>38</sup> Briten und Amerikaner beklagten sich über die Anwesenheit zweier rivalisierender Delegatio-

nen.<sup>39</sup> Auch polnische Aktionen vor Ort lösten Argwohn aus. «Die Polen», sagte Balfour, «nutzen die Phase zwischen der Einstellung der Kampfhandlungen und den Entscheidungen der Friedenskonferenz, um ihre Ansprüche auf Distrikte ausserhalb von Russisch-Polen, auf die sie kaum ein Anrecht haben, auch wenn ihre Ansprüche anderswo vollauf berechtigt sind, durchzusetzen.» Wilson pflichtete ihm bei, zumal die Rumänen, Serben und Ungarn das Gleiche taten. Pilsudski liess seine Truppen auf deutsches Territorium rund um Posen sowie im Norden nach Litauen und im Süden nach Galizien vorrücken. Die Frage war, wie man ihn aufhalten konnte. Die Alliierten konnten Hilfslieferungen zurückhalten, aber sie hatten bisher ohnehin noch nicht viel geschickt. Sie konnten drohen, aber sie verfügten kaum über irgendwelche Machtmittel in Mitteleuropa. Tatsächlich waren sie verpflichtet, deutsche Truppen entlang der russischen Grenze zu belassen. Ausserdem schreckten sie davor zurück, zu hart gegenüber Polen aufzutreten. Im Mai, als der Rat der Vier wieder einmal darüber sprach, wie man die polnische Armee von Angriffen auf die Ukraine abbringen konnte, sagte Wilson: «Wird Polen, wenn Paderewski stürzt und wir Lebensmittellieferungen nach Polen unterbinden, nicht bolschewistisch werden? Paderewskis Regierung ist wie ein Damm gegen die Unordnung, und vielleicht der einzig mögliche.»<sup>40</sup> Und wer konnte wissen, wie weit die bolschewistische Flut vordringen würde, wenn der Damm wegfiel?

Die Friedensmacher sandten Beschwerdetelegramme und Untersuchungskommissionen. «Etwas zu unternehmen, ohne mehr zu wissen», sagte Lloyd George weise, «könnte ins Chaos führen.»<sup>41</sup> Man schickte Militärexperten, die Franzosen unter anderen den jungen Oberst Charles de Gaulle, die Briten eine Gruppe unter Leitung des Kriegshelden General Adrian Carton de Wiart, der – mit nur noch einem Auge, einem Arm und einem Bein – die Polen mit seiner vollständigen Missachtung jeder Gefahr und seiner Bereitschaft zu Duellen beeindruckte. Ansonsten überliess man die polnischen Fragen weitgehend den Sachverständigen. Im Februar bildete der Oberste Rat als Empfänger der aus Polen eingehenden Berichte eine Kommission für polnische Angelegenheiten. Zwei Wochen später entdeckte Balfour, der in Abwesenheit von Wilson und Lloyd George die Arbeit der Friedenskonferenz zu beschleunigen versuchte, dass in Bezug auf die polnischen Grenzen nichts geschehen war. Auf seinen Vorschlag über-

nahm die polnische Kommission diese Aufgabe. Da ihre Mitglieder keine konkreten Instruktionen erhalten hatten, nahmen sie an, dass ihre Entscheidungen auf ethnischen Faktoren und auf Wilsons Versprechen eines Zugangs zum Meer basieren sollten.<sup>42</sup> Das war nahezu unmöglich.

Die Tatsache, dass es Polen an natürlichen Barrieren fehlte, hatte im Lauf der Jahrhunderte immer wieder Eroberer angezogen und andererseits die Polen expandieren lassen. Im Osten waren polnische Siedler nördlich und südlich der grossen Wälder und Sümpfe an der Grenze zu den heutigen Staaten Weissrussland und Ukraine vorgedrungen, so dass ein Siedlungsgebiet in Form einer Mondsichel entstanden war, mit stark polnisch geprägten Gebieten um Wilna an der Nordspitze und um Lemberg (Lwow) an der Südspitze. Im Norden mischten sich Polen mit Litauern und Deutschen. In der Mitte lag eine grosse Region mit, wie einer der Pariser Experten es ausdrückte, «einer rätselhaften Bevölkerung, die weissrussisch oder ukrainisch sein mag, aber ganz sicher nicht polnisch».<sup>43</sup> Die Städte waren polnisch oder jüdisch geprägt (viele Juden betrachteten sich als Polen), und in den ländlichen Gebieten lebte eine dünne Schicht polnischer Grundbesitzer.

Im Westen herrschte ein ähnliches ethnisches Durcheinander. Jahrhundertlang waren Polen nach Norden an die Ostsee vorgestossen, während Deutsche ostwärts gezogen waren. Im Baltikum waren die Städte zumeist deutsch geprägt. Auch die Grossgrundbesitzer auf dem Land waren zumeist Deutsche – die baltischen Barone, wie sie genannt wurden –, obwohl weiter südlich auch einige Polen und Litauer unter ihnen zu finden waren. Entlang der Weichsel gab es eine polnische Mehrheit. Ostpreussen an der Südostecke der Ostsee war überwiegend deutschsprachig und protestantisch. Wenn Polen also Zugang zum Meer haben sollte, sollte es dann die Kontrolle sowohl über die Weichsel als auch über Danzig selbst erhalten? Damit würden Hunderttausende Deutsche unter polnische Herrschaft kommen, und die Landverbindung zwischen dem Hauptteil Deutschlands und Ostpreussen würde wahrscheinlich unterbrochen werden.

Die Statistiken für diese Gebiete waren ebenso unzuverlässig wie überall sonst in Mitteleuropa. Auf jeden Fall waren die Menschen, die dort lebten, nicht immer sicher, welcher Gruppe sie sich zurechnen sollten. War ihre Identität religiöser oder sprachlicher Art? Identifizierten sich polnischsprachige Protestanten, die im Süden Ostpreussens eine bedeutende

Gruppe bildeten, mit ihren Glaubensgenossen, die Deutsche waren, oder mit den Polen, die Katholiken waren? Waren Litauer eine eigene Nationalität oder eine Untergruppe der Polen? Waren Ukrainer wirklich Russen?

Die britischen und amerikanischen Mitglieder der polnischen Kommission stimmten darin überein, dass Polens Grenzen so weit wie möglich entlang ethnischer Grenzlinien gezogen werden sollten, dabei aber auch Faktoren wie der Zugang zur Ostsee, die Kontrolle über Eisenbahnstrecken und strategische Erwägungen zu berücksichtigen waren. Die Franzosen unter Leitung des klugen alten Diplomaten Jules Cambon stimmten dem im Allgemeinen zu, begünstigten im Streitfall aber unweigerlich die Polen. Der polnische Staat, erklärten sie, brauchte Grenzen, die gegen Deutschland und Russland verteidigt werden konnten, auch wenn das bedeute, dass Nichtpolen unter seine Herrschaft kämen. Die Italiener stellten sich für gewöhnlich auf die Seite der Franzosen, während die Japaner wie üblich kaum etwas sagten.<sup>44</sup>

Einige Tage nach Wilsons Rückkehr aus den Vereinigten Staaten legte die Kommission ihren ersten Bericht vor – über die polnische-deutsche Grenze. Die Experten hatten darauf geachtet, dass Flüsse und Seen jeweils in einem Land lagen, Eisenbahnstrecken nicht ständig über eine internationale Grenze hin- und herführten und sich so wenige Polen und Deutsche wie möglich auf der falschen Seite wiederfanden. Polen würde einen Zugang zur Ostsee haben, da ein langer polnischer Arm die Weichsel entlang nach Norden reichte. Dieser Arm – der polnische Korridor, wie er genannt werden sollte – beugte sich am Ellbogen westwärts, um die überwiegend polnische Gegend um Posen einzubeziehen. Ostpreussen mit der Hafenstadt Königsberg (in der Immanuel Kant gelebt hatte) sollte deutsch bleiben. Fast zwei Millionen Deutsche würden unter polnische Herrschaft kommen. Nur in Allenstein, dem direkt an Polen grenzende Teil Ostpreussens, mit seiner polnisch-protestantischen Bevölkerung sollte eine Volksabstimmung stattfinden. Sie wurde 1920 abgehalten und ergab eine Mehrheit von 363.000 zu 8.000 Stimmen zugunsten des Verbleibs bei Ostpreussen.

Der Oberste Rat diskutierte den Bericht am 19. März in einer Sitzung, auf deren Tagesordnung auch die Kämpfe zwischen Polen und Ukrainern standen. Lloyd George hielt die Empfehlungen im Allgemeinen für gut. Er

hatte nur eine Frage, nämlich ob es nötig sei, «zusammen mit der Hafenstadt Danzig so viel deutsches Territorium zu übergeben». Ihm fiel auf, dass in einem Kreis namens Marienwerder, rund 80 Kilometer südlich von Danzig an der Grenze zu Ostpreussen, eine klare deutsche Mehrheit vorhanden war. Sollte man den Einwohnern nicht Gelegenheit geben, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden? Im Übrigen, fuhr Lloyd George fort, sei der vorgeschlagene Korridor nicht fair; schlimmer noch, er sei gefährlich. Deutschland könnte beschliessen, einen solchen Vertrag nicht zu unterzeichnen. «Er fürchte, dass diese Forderung, zusätzlich zu den vielen anderen, die man Deutschland präsentieren werde, eine unerwünschte Wirkung auf die deutsche Öffentlichkeit haben würde. Die Alliierten sollten nicht das Risiko eingehen, das Land derart in Verzweiflung zu stürzen, dass keine Regierung es wagen würde, den Vertrag zu diesen Bedingungen zu unterzeichnen.» Würden sie, indem sie eine grosse Zahl von Deutschen unter polnische Herrschaft brächten, nicht ein neues Elsass-Lothringen und damit die Ursache für künftige Konflikte schaffen? Die Polen, fügte er unfreundlich hinzu, hätten als Verwalter keinen guten Ruf. Die Kommission wurde beauftragt, ihren Bericht zu überarbeiten.<sup>45</sup>

Damals und auch später waren viele Polen überzeugt, dass Lloyd George etwas gegen sie hatte, vielleicht weil er Deutschland oder sogar die Bolschewisten beschwichtigen wollte, möglicherweise aber auch, weil er einen irrationalen Hass auf kleine Nationen hegte. Er sei prinzipienlos und arrogant, hiess es, als er seine eigenen Experten überstimmte (die zu Recht vorgeschlagen hätten, Polen Danzig zu geben). Ausserdem sei er erschreckend schlecht informiert, beispielsweise über den Umfang des Verkehrs auf der Weichsel. Dmowski bezeichnete Lloyd George sogar als «Agenten der Juden». Er sprach damit für alle, die den britischen Premierminister für ein Werkzeug zwielichtiger kapitalistischer Kräfte hielten, die gegen ein starkes Polen waren.<sup>46</sup>

In Wirklichkeit hatte Lloyd George wie die meisten Liberalen starke Sympathien für die Polen und Mitgefühl mit ihrem Leid. Er mochte und bewunderte Paderewski, den er während der Pariser Konferenz bei gesellschaftlichen Anlässen traf.<sup>47</sup> Aber er fand manche der polnischen Forderungen unvernünftig und gefährlich, da ihre Erfüllung Polen Feinde und Europa Probleme verschaffen würde. «Mr. Lloyd George hat immer gesagt», schrieb Kerr in dessen Namen an die britische Botschaft in Warschau, «dass es für Polen darauf ankommt, eine Regelung zu schaffen, die



sowohl das deutsche als auch das russische Volk als gerecht anerkennt.»<sup>48</sup> Es traf zu, dass Lloyd George, wie die Polen ihm vorwarfen, in erster Linie darauf bedacht war, den Vertrag mit Deutschland unter Dach und Fach zu bringen. Das war nicht unbegründet. Ebenso traf es zu, dass er daran zweifelte, dass Polen bestehen bleiben würde. Auch das war nicht unbegründet.

Als Lloyd George nach dem Wochenende in Fontainebleau sein Memorandum über den deutschen Vertrag vorlegte, wiederholte er, dass Polen Zugang zum Meer haben müsse, warnte aber davor, mehr als zwei Millionen Deutsche unter polnische Herrschaft zu bringen. «Meine Schlussfolgerung», teilte er dem Rat der Vier am 27. März mit, «lautet, dass wir kein Polen schaffen dürfen, das aufgrund eines unüberwindbaren Zerwürfnisses von Anfang an seinem zivilisiertesten Nachbarn entfremdet ist.» Danzig könne man zu einer Freien Stadt machen, und den Korridor sollte man so begrenzen, dass, soweit wie möglich, Polen in Polen und Deutsche in Deutschland blieben. Clemenceau, der Danzig an Polen übergeben und den Korridor grosszügig festlegen wollte, wies Lloyd Georges Begründung zurück. Sollten sich die Deutschen beklagen, sagte er. «Dann erinnern wir sie an die Kinder, die ausgepeitscht wurden, weil sie auf Polnisch zu Gott beteten, an die enteigneten Bauern, die von ihrem Land vertrieben wurden, um deutschstämmigen Siedler Platz zu machen.» Polen verdiene eine Entschädigung und benötige die Mittel, die ihm ein neues Leben ermöglichen würden.<sup>49</sup>

Wilson hielt sich in der Sitzung zurück, sollte aber im Lauf der Zeit Lloyd Georges Bedenken teilen.<sup>50</sup> Er mag auch an eine andere Frage gedacht haben, die noch einer Lösung harrete: den Streit mit Italien über Fiume. Wenn er den Polen Danzig gab, würde er den Italienern Fiume geben müssen. Lloyd George und Wilson trafen sich privat und beschlossen, Danzig zu einer unabhängigen Stadt zu machen und die Menschen in dem überwiegend deutschsprachigen Kreis Marienwerder im Korridor selbst über ihr Schicksal entscheiden zu lassen. Am 1. April überwandern sie Clemenceaus Bedenken, und er gab seine Zustimmung. Lloyd George hatte zuversichtlich erklärt, dass die Danziger sich aufgrund der starken ökonomischen Bande ihrer Stadt zu Polen wie die Sonnenblumen gen Warschau ausrichten würden, ebenso wie die Saarländer schliesslich einsehen würden, dass ihre wahren Interessen nicht in Deutschland, sondern in Frank-

reich lagen.<sup>51</sup> Die Polen waren ausser sich, als sie davon erfuhren. «Danzig ist für Polen unerlässlich», unterstrich Paderewski. «Ohne sein Fenster am Meer kann es nicht atmen.»<sup>52</sup> Laut Clemenceau, der ihn unter vier Augen traf, weinte er. «Ja», sagte Wilson wenig mitfühlend, «aber Sie müssen seine Sensibilität in Rechnung stellen, die sehr ausgeprägt ist.»<sup>53</sup> Ausserdem taten sich «unsere schwierigen Freunde, die Polen», wie Wilson sie bezeichnete, keinen Gefallen damit, dass sie in der Gegend von Lwow, trotz wiederholter Forderungen aus Paris nach einem Waffenstillstand, weiterkämpften.<sup>54</sup>

Die revidierten Bedingungen des deutschen Vertrags sahen einen kleineren polnischen Korridor vor. Zudem stimmten die Einwohner von Marienwerder mit überwältigender Mehrheit für den Anschluss an Deutschland. Damit kam eine der Eisenbahnstrecken von Warschau nach Danzig unter deutsche Kontrolle. Danzig wurde eine Freie Stadt unter Aufsicht des Völkerbunds, aber in einer Zollunion mit Polen. Deutschland und Polen sollten einen separaten Vertrag schliessen, was sie dann auch taten, der garantierte, dass Polen alle für seinen Handel nötigen Einrichtungen, von Docks bis zu Telefonleitungen, zur Verfügung standen. Bei Streitigkeiten würde ein vom Völkerbund ernannter Hochkommissar als Schlichter agieren. Leider gab es davon viele: darüber, wer den Befehl über die Hafenpolizei hatte, über Steuern, sogar darüber, ob Polen eigene Briefkästen aufstellen durfte.<sup>55</sup> Viele der Probleme entstanden, weil Danzig insgesamt, seine Wirtschaft, Verwaltung und Bevölkerung sehr deutsch blieben. Auch der Korridor sorgte für Spannungen, wegen der Eisenbahnen und natürlich wegen der Deutschen, die dort und anderswo in Polen lebten. Deutschland fand sich mit den Gebietsverlusten nie wirklich ab, und buchstäblich alle Deutschen, von guten Liberalen bis zu rechten Nationalisten, verachteten die Polen.<sup>56</sup>

Lloyd George intervenierte auch, wiederum zuungunsten Polens, in Bezug auf den Grenzverlauf im Süden, in Oberschlesien, einem Gebiet von rund 11.000 Quadratkilometern, das mit seinen Bergwerken und Stahlfabriken eine reiche Beute war. Die Kommission für polnische Angelegenheiten hatte es Polen zugesprochen, da rund 65 Prozent seiner Bevölkerung polnischsprachig waren. Die Deutschen protestierten. Fast ein Viertel der deutschen Kohle, 81 Prozent des Zinks und 34 Prozent des Bleis stammten aus schlesischen Bergwerken. Die deutsche Regierung verwies darauf, dass die Entscheidung auch dem Selbstbestimmungsprinzip widerspre-

che: Die Bevölkerung von Oberschlesien bestehe aus Deutschen und Tschechen, und die dortigen Polen, deren Dialekt stark deutsch eingefärbt sei, hätten nie irgendein Interesse an Polen gezeigt. Oberschlesien sei seit Jahrhunderten von Polen getrennt, und sein Wohlstand verdanke sich deutschem Fleiss und deutschem Kapital. Polen besitze bereits genügend Kohle, Deutschland dagegen nicht, zumal nach dem Verlust des Saargebiets. Es könne nicht auf Oberschlesien verzichten, und Polen brauche es nicht. Wenn Deutschland es verliere, schloss die deutsche Note, werde es nicht in der Lage sein, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen.<sup>57</sup>

Am 30. Mai war Lloyd Georges alter Freund Riddell zum Abendessen bei ihm. «Lies das», sagte Lloyd George zu ihm, indem er ihm die Note reichte, «und sag mir, was du davon hältst.» Um Riddell in Stimmung zu bringen, legte er eine Rolle mit Chopin-Stücken in sein Pianola. Als Riddell erklärte, strategische Überlegungen sprächen dafür, Oberschlesien an Polen zu übergeben, stimmte ihm Lloyd George zu, wies aber auf die Gefahr für die Reparationen hin. «Wenn die Polen den Deutschen die Produkte der Bergwerke nicht zu vernünftigen Bedingungen liefern, können die Deutschen nach eigener Aussage die Entschädigungen nicht zahlen. Deshalb könnten sich die Alliierten ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie die Bergwerke, ohne die Entschädigungsfrage zu berücksichtigen, den Polen übergeben.» Die beiden Männer begaben sich zu einem Meinungsaustausch in Balfours Wohnung ein Stock höher.<sup>58</sup>

Tags darauf holte Lloyd George wichtige Kabinettsmitglieder zu einer Dringlichkeitssitzung aus London herüber, und am 1. Juni ermächtigte ihn die Empire-Delegation, im Rat der Vier Änderungen der Vertragsklauseln zu den Reparationen, zum Rheinland und zu Oberschlesien zu verlangen. Smuts, dessen Heimat Südafrika seit den Burenkriegen einen erstaunlichen Aufschwung erlebt hatte, trat besonders nachdrücklich dafür ein, die deutsch-polnische Grenze anders zu ziehen. «Polen sei historisch gescheitert, und es werde immer scheitern», prophezeite er, «und in diesem Vertrag unternähmen wir es, das Urteil der Geschichte umzukehren.»<sup>59</sup> Im privaten Gespräch fügte er hinzu, Deutsche unter polnische Herrschaft zu stellen sei, als würde man sie einer «Meute Kaffer» übergeben.<sup>60</sup> Balfour fand das übertrieben, stimmte Smuts aber wie alle anderen insoweit zu, dass in Oberschlesien eine Volksabstimmung abgehalten werden sollte.<sup>61</sup>

Lloyd Georges Kollegen im Rat der Vier waren nicht gerade erpicht darauf, Vertragsklauseln zu ändern, die zu erarbeiten so viel Zeit gekostet hatte. In einer erregten Sitzung am 3. Juni lehnte Clemenceau eine Volksabstimmung kategorisch ab. Obwohl die Polen in der Mehrheit seien, erklärte er, könnten sie möglicherweise nicht frei wählen, wenn die lokale Verwaltung immer noch in deutschen Händen sei. Wilson pflichtete ihm bei. Von seinen Experten wisse er, dass die Grossgrundbesitzer und Kapitalisten allesamt Deutsche seien. Nun, entgegnete Lloyd George, dann müssten die Alliierten eben Truppen bereitstellen, um die Abstimmung zu überwachen. Es wäre ein kleiner Preis, wenn man sich dafür Ärger mit Deutschland in Bezug auf den Vertrag erspare. «Es ist besser, eine amerikanische oder englische Division nach Oberschlesien zu schicken, als nach Berlin.» Schliesslich hielt er Wilson das Selbstbestimmungsprinzip vor. Daraufhin lenkte der in der Sache unparteiische Präsident ein,<sup>62</sup> und Clemenceau musste verärgert erkennen, dass ihm nichts anderes übrigblieb, als es ihm gleichzutun.<sup>63</sup> Es würde also eine Volksabstimmung stattfinden, jedoch erst dann, wenn die Alliierten überzeugt waren, dass sie fair verlaufen würde.<sup>64</sup> Paderewski protestierte vergeblich. «Vergessen Sie nicht», ermahnte ihn Lloyd George scharf, «dass Ihre Freiheit mit dem Blut anderer Völker erkaufte wurde, und ehrlich gesagt, wenn Polen unter diesen Umständen gegen unsere Entscheidungen revoltieren sollte, wäre es etwas völlig anderes als das, was wir uns erhofft haben.»<sup>65</sup>

Die Volksabstimmung zu organisieren dauerte Monate, zum einen, weil sich die Lage in Oberschlesien aufgrund eines polnischen Aufstands gegen die Deutschen verschlechterte, zum anderen, weil die Alliierten Schwierigkeiten hatten, die nötigen Truppen bereitzustellen. Ausserdem gab es Meinungsverschiedenheiten darüber, ob nur die tatsächlich in Schlesien Lebenden (was die polnische Regierung vorschlug) oder auch ehemalige Bewohner (wie es die Deutschen forderten) abstimmen durften. Die deutsche Regierung gewann den Streit, und so fuhren an einem Sonntag im März 1921 Eisenbahnzüge voller deutscher Schlesier ein, die von Musikkapellen empfangen wurden, und die Abstimmung ging über die Bühne. Im Norden und Westen gewann Deutschland, im Süden Polen, während in der Mitte, wo sich die gesamte Industrie befand, an der Deutschland und Polen vor allem interessiert waren, nahezu ein Gleichstand erreicht wurde. Weitere monatelange Verhandlungen, in denen die Briten

Deutschland und die Franzosen Polen unterstützten, blieben ergebnislos. Die ganze Angelegenheit wurde schliesslich dem Völkerbund übergeben, wo vier Mächte, die kein direktes Interesse an der Frage hatten – Belgien, China, Spanien und Brasilien – eine Grenzlinie zogen, die 70 Prozent des Gebiets bei Deutschland beliess, aber den grössten Teil der Industrie Polen zuschlug. 1922 vereinbarten Deutschland und Polen in einem der längsten jemals geschlossenen Verträge wirtschaftliche und politische Kooperation sowie den Schutz der jeweiligen Minderheit.<sup>66</sup> Es war ein Modell für den Umgang mit solchen Gebieten mit gemischter Bevölkerung, aber es fehlte der Wille zur Umsetzung. Die Deutschen fanden sich mit dem Verlust Oberschlesiens ebenso wenig ab wie mit der Abtretung Danzigs und des polnischen Korridors.

Die Grenzen Polens im Nordosten und Osten festzulegen, war sogar noch schwieriger. Dort kämpften Freikorps, Bolschewisten, Weissrussen, Litauer, Letten, Esten und Ukrainer um die Macht. Die Friedensmacher wussten weder, mit wie vielen Ländern sie es zu tun haben würden, noch, mit welchen Regierungen. Die Kommission für polnische Angelegenheiten wurde angewiesen, trotzdem weiterzumachen, und sie gliederte denn auch alle eindeutig polnischen Gebiete in Polen ein. Im Dezember 1919 stimmte der noch anwesende Rest des Obersten Rats einer Demarkationslinie zu, die später als Curzon-Linie bekannt werden sollte (und in etwa der heutigen polnischen Ostgrenze entsprach). Die polnische Regierung hatte jedoch keine Neigungen, diese Grenze zu akzeptieren. Während die Friedensmacher mit ihren Landkarten beschäftigt waren, hatten polnische Truppen Fakten geschaffen. Entlang der gesamten umstrittenen Grenze hatte Polen weit grössere Ansprüche angemeldet, über die zum grossen Teil mit kriegerischen Mitteln entschieden wurde.

Pilsudski selbst war gefühlsmässig am meisten im Nordosten engagiert. Von väterlicher Seite stammte er aus einer polnisch-litauischen Familie; ein Vorfahre hatte im 15. Jahrhundert an der Schaffung der polnisch-litauischen Union mitgewirkt. Wilna war der einzige Ort, an dem Pilsudski sich wirklich zu Hause fühlte,<sup>67</sup> und er wollte, dass sein Geburtsort, zusammen mit einem Streifen von Südostlitauen, zu Polen gehörte. Damit standen die polnischen Ansprüche gegen diejenigen der sich herausbildenden litauischen Nation und in Zusammenhang mit der gesamten Friedensregelung für das Baltikum.

Auf einer Karte der östlichen Ostsee von 1919 wären viele Fragezeichen

zu sehen gewesen. Nur Finnland im Norden hatte sich nach einem grausamen Bürgerkrieg zwischen Weissen und Roten eine prekäre Unabhängigkeit von Russland gesichert. Die Pariser Friedenskonferenz erkannte Finnland im Frühjahr 1919 an. Auch Estland, Lettland und Litauen im Süden hatten ihre Unabhängigkeit von Russland verkündet, aber sie hatten es mit deutscher Besetzung sowie deutschen und russischen Minderheiten zu tun. Keiner diese neuen Staaten besass sichere Grenzen oder eine fest im Sattel sitzende Regierung, und was die Russen bei ihrem Rückzug nicht zerstört hatten, war von den Deutschen requiriert worden. Weissgardisten, rote Bolschewisten, grüne Anarchisten, baltische Barone, deutsche Freikorps, im Entstehen begriffene nationale Armeen und einfache Gangsterbanden suchten das Land heim. Die Städte wechselten ständig den Besitzer, und aus Petrograd (das bald in Leningrad umbenannt werden sollte) dampften die Reste der zaristischen, jetzt unter bolschewistischem Kommando stehenden Flotte auf die Ostsee hinaus.

Die Alliierten waren besorgt, verfolgten aber keine einheitliche Politik. Wenn sie die baltischen Staaten anerkannten, würden sie sich gewissermassen in die inneren Angelegenheiten Russlands einmischen. Die Amerikaner waren für das Prinzip der Selbstbestimmung, zögerten aber, den neuen Staaten die volle Anerkennung zu gewähren, weil Wilson nicht einseitig die Grenzen Russlands verändern wollte.<sup>68</sup> Die Briten und Franzosen hofften, zumindest bis zum Sommer 1919, dass Admiral Koltschak die Bolschewisten besiegen würde, und Koltschak lehnte die Unabhängigkeit irgendeines Bestandteils des Russischen Reichs strikt ab. Die Franzosen überliessen die Sorge um das Baltikum gern den Briten, während sie sich um Polen kümmerten.<sup>69</sup> Die Briten entsandten eine kleine Marineeinheit – alles, was sie entbehren konnten –, um die bolschewistische Flotte in Leningrad zu blockieren und, wenn möglich, demokratische Kräfte zu finden, die sie unterstützen konnten. Ihr Kommandeur wurde vor Minen und Eis gewarnt und angewiesen, bolschewistische Angriffe abzuwehren, aber nur aus sicherer Entfernung zum Land.<sup>70</sup> «Die Arbeit der britischen Marineoffiziere in der Ostsee», schrieb die Admiralität im Frühjahr 1919 ans britische Aussenministerium, «würde stark erleichtert werden, wenn sie über die Politik, deren Unterstützung von ihnen erwartet wird, informiert werden würden.»<sup>71</sup>

Als Behelfsmassnahme hatten die Alliierten die deutsche Regierung

aufgefordert, ihre Truppen nach dem Waffenstillstand im Baltikum zu belassen. Balfour fand es demütigend, aber es schien keine Alternative zu geben.<sup>72</sup> Doch die Folge war ein neues Problem. Das deutsche Oberkommando war erfreut. Weder das Militär noch die deutschen Nationalisten wollten ihre baltischen Eroberungen aufgeben, die sie als Barriere gegen den Bolschewismus und die slawische Gefahr (was in der groben Vorstellung der Rechten häufig dasselbe war) betrachteten. Die baltischen Lande waren durch das Blut der Deutschritter, die sie vor Jahrhunderten erobert hatten, geheiligt; ausserdem bildeten sie einen Rückzugsort, an dem sich die deutschen Kräfte gegen die Alliierten neu ordnen konnten.<sup>73</sup>

Am ersten Weihnachtsfeiertag 1918 ersuchte der provisorische Präsident von Lettland, ein Landwirtschaftsexperte der Universität von Nebraska, mit stillschweigender Zustimmung des örtlichen britischen Marinekommandeurs die Deutschen um Hilfe. Seine kläglich schwachen Truppen vermochten den Bolschewisten nicht standzuhalten.<sup>74</sup> Der Hilferuf öffnete einer neuen Art von Deutschrittern Tür und Tor, den Freikorps, in Deutschland entstandenen privaten Armeen. Ihre Mitglieder hatten sich freiwillig gemeldet, weil sie gegen den Bolschewismus kämpfen oder die Zivilisation retten wollten, weil ihnen Land versprochen worden war oder einfach aus Abenteuerlust und für freie Verpflegung.

Im Februar 1919 strömten Freikorpsmänner in die baltischen Städte. Ein Teil von ihnen sah soldatisch aus, andere liessen sich die Haare wachsen und schossen zur Übung auf Fenster und Strassenlaternen. Für die Einwohner, zu deren Rettung sie vorgeblich gekommen waren, hatten sie nur Verachtung übrig. Im April stürzten sie die lettische Regierung und stiessen nach Estland vor, obwohl die Bolschewisten sich bereits zurückzogen.<sup>75</sup> Die Friedensmacher, die dem Baltikum wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatten, waren beunruhigt. «Angesichts des Chaos, das jetzt in der Gegend herrscht», bemerkte Balfour, «ist es merkwürdig, dass die Deutschen, indem sie die Bildung lokaler Armeen verhindern und die von ihnen besetzten Länder zwingen, sich zum Schutz vor einer Invasion der Bolschewisten allein auf sie zu verlassen, deren Einfluss und Vorherrschaft verfestigen.»<sup>76</sup> Im Mai schickten die Alliierten eine Mission ins Baltikum, die den dortigen Regierungen bei der Aufstellung eigener Armeen helfen sollte.<sup>77</sup>

Die Schwierigkeit bestand jetzt darin, die Freikorps zum Abzug zu be-

wegen. Scharfe Noten gingen von Paris nach Berlin. Die deutsche Regierung schickte ihrerseits Befehle an den Freikorpskommandeur General Rüdiger von der Goltz, der sie jedoch ignorierte. «Es ist ein furchtbares Durcheinander», beklagte sich Lloyd George.<sup>78</sup> Im August gelang es der deutschen Regierung schliesslich, von der Goltz nach Deutschland zu holen. Seine Männer blieben allerdings unter dem Kommando eines russischen Adligen, der von der Rückeroberung Russlands träumte, zurück. Da er jedoch verkündete, dass die baltischen Staaten wieder zu Russland gehören würden und dass er beabsichtige, ihre Einwohner zu Zwangsarbeitern zu machen, fand er ausserhalb der deutschen Gemeinde kaum Unterstützung.<sup>79</sup> Ende 1919 zogen die Freikorps, enttäuscht und voller Wut auf die Alliierten, die Slawen und ihre eigene Regierung, in Richtung Deutschland ab. Viele von ihnen, einschliesslich ihres Anführers von der Goltz selbst, sollten bei Hitlers Nationalsozialisten eine neue geistige Heimat finden. Im Januar 1921 erkannten die Alliierten die Unabhängigkeit von Lettland und Estland an.

Litauen, der südlichste der baltischen Staaten, hatte eine, wenn möglich, noch schwierigere Geburt, weil es zusätzlich mit Polen zu Rande kommen musste. 1919 wollte die grosse Mehrheit der Polen die alte Union zwischen Polen und Litauen wiederherstellen, diesmal jedoch mit Polen als dem stärkeren Partner. Die Litauer, sagte Dmowski geringschätzig, seien bloss ein Stamm, für den es das Beste sei, wenn er polnisch würde. Polen müsse alle Gebiete mit einer polnischen Mehrheit – selbstbestimmt natürlich – umfassen, aber auch solche mit einer grossen polnischen Minderheit, die als Vorkämpfer der Zivilisation agieren könne. Aus den Gebieten im Norden, wo die Litauer in der Mehrheit seien, könnte ein kleiner litauischer Staat gebildet werden. Wenn er sich mit Polen vereinigen wolle, könne er die Selbstverwaltung erhalten. Pilsudski und die Linke waren bereit, ein lockereres föderales Arrangement in Erwägung zu ziehen.<sup>80</sup> Die Litauer selbst, die von einem erwachenden Nationalismus ergriffen waren, wurden nicht gefragt.<sup>81</sup>

Die nationalen Träume der Litauer waren nicht weniger weitreichend als diejenigen aller anderen im Jahr 1919. Ihre Hauptstadt sollte Wilna sein. Als die Deutschen im Januar 1919 abzogen, nahm eine aus Litauern und Weissrussen bestehende bolschewistische Truppe die Stadt ein, die im April der polnischen Armee weichen musste.



Pilsudski gab eine Proklamation an das litauische Volk heraus, die das magische Wort von der Selbstbestimmung enthielt. Prompt wurde er von Dmowskis Anhängern unter Beschuss genommen, die die sofortige Annexion verlangten. Der litauische Ministerpräsident erklärte, ohne Wilna sei sein Land nicht lebensfähig.<sup>82</sup> «Eine neue Parade wurde angekündigt», bemerkte ein jüdischer Einwohner der Stadt sarkastisch, «diesmal nur für Polen. Grüne, Weisse und Rote gab es nicht mehr. Alle wurden über Nacht zu Polen, ausser den Juden. Die nahmen es locker. Sie hatten in ihrem Leben unter vielen Fahnen gedient.»<sup>83</sup>

Beide Seiten appellierten an die Friedenskonferenz. Die Litauer schickten Delegierte nach Paris, die sich mit den Polen und untereinander stritten. Die Friedensmacher erhoben gelegentlich die Forderung nach einem Ende der Kämpfe und versuchten eine gerechte Grenze festzulegen. Lloyd George stellte die müssige Überlegung an, ob Litauen überhaupt unabhängig sein sollte; immerhin war seine Bevölkerung nur ungefähr so gross wie diejenige von Wales.<sup>84</sup> Andererseits sahen die Friedensmacher, wie gefährlich es wäre, wenn sie zuliessen, dass Polen sich Gebiete einverleibte, in denen die Polen eine Minderheit waren. Im Sommer 1919 begann sich Lloyd George für die Idee eines unabhängigen Litauen zu erwärmen. Neben Estland und Lettland konnte es ein nützlicher Kanal für den britischen Handel mit Russland sein, wenn man irgendwann Beziehungen zu den Bolschewisten aufnahm, die den Bürgerkrieg zu gewinnen schienen. Die Franzosen sprachen sich weiterhin für ein Grosspolen aus. All dies spielte indes kaum eine Rolle, solange die Armeen weitermarschierten. Ein Jahr später vertrieben die Bolschewisten die Polen aus Wilna und übergaben die Stadt den Litauern. Im Oktober 1920, kurz nach einem Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen, der Wilna bei Litauen belies, meuterte die polnische Armee und eroberte die Stadt. Zwei Jahre darauf, während das Gebiet immer noch unter polnischer Kontrolle stand, stimmte die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit für die Eingliederung nach Polen.<sup>85</sup> Nach dem zweiten Weltkrieg übergab die Sowjetunion die Stadt wieder der nunmehrigen Sowjetrepublik Litauen.

Anfang der 1920er Jahre hielt sich Litauen für seinen Verlust schadlos, indem es den verschlafenen Ostseehafen Memel und dessen Umgebung besetzte. Es war eine törichte Geste, die einerseits die Alliierten, die das Gebiet genau aus dem Grund von Deutschland abgetrennt hatten, um Litauen einen freien Hafen zu geben, und andererseits Deutschland verär-

gerte, weil die Bevölkerung des Gebiets fast exakt je zur Hälfte aus Deutschen und Litauern bestand; in Memel selbst waren 92 Prozent der Einwohner Deutsche. 1939 eroberte Hitler die Stadt zurück, und nach dem Krieg ging sie unter dem Namen Klaipeda wiederum an Litauen. Memel genügte indes nicht, um Litauen den Verlust von Wilna vergessen zu lassen. Anderthalb Jahrzehnte herrschte zwischen Litauen und Polen Funkstille, und als die Länder 1938 beschlossen, ihre Beziehungen zu reparieren, war es zu spät. Heute versucht Litauen immer noch, von Polen eine Entschuldigung für das alte Unrecht zu erhalten.

Auch im Süden, weit von Wilna entfernt, stritt sich Polen 1919 mit seinen Nachbarn. Zankapfel war die alte österreichische Provinz Galizien. Man war sich allgemein darüber einig, dass fast der gesamte Westteil mit seiner überwiegend polnischen Bevölkerung und der Stadt Krakau mit ihrer alten Universität und ihren grossartigen Renaissancebauwerken Polen zugesprochen werden sollte. Über das reiche kleine Herzogtum Teschen am Westrand der Provinz kam es allerdings zu einer kostspieligen Auseinandersetzung mit der neuentstandenen Tschechoslowakei. Die Osthälfte Galiziens war schwieriger zuzuordnen, denn wie im Norden waren zwar die Städte polnisch geprägt, aber die ländlichen Gebiete nicht. Lwow (Lemberg) war eine polnische Insel, ebenso wie das noch weiter östlich gelegene Tarnopol. Insgesamt stellten Polen weniger als ein Drittel der Bevölkerung; Juden, ob sie sich nun als Polen verstanden oder nicht, machten 14 Prozent aus. Die grosse Mehrheit waren katholische Ukrainer – Ruthenen, wie sie manchmal genannt wurden, um sie von den überwiegend orthodoxen Ukrainern im alten Russischen Reich zu unterscheiden. Die Ruthenen, erklärte Dmowski dem Obersten Rat, seien weit davon entfernt, sich selbst regieren zu können. Sie bräuchten die polnische Führung und die polnische Zivilisation. Ausserdem hatte es Polen, was Dmowski unerwähnt liess, auf die Erdölfelder bei Lwow abgesehen.<sup>86</sup> Als Lloyd George darauf hinwies, reagierte Paderewski verärgert. Nur die Franzosen standen, wie sonst auch, auf seiner Seite.

Es war nicht klar, wohin die Ruthenen gehörten. Lebten sie in Ostgalizien oder in der Westukraine? Sprache und Kultur verbanden sie mit ihren ukrainischen Landsleuten im Osten, ihre Geschichte innerhalb des Habsburgerreichs und ihre Religion mit dem Westen. Im November 1918 hatte eine Fraktion der Ruthenen die Unabhängigkeit von Österreich-Ungarn

erklärt und war eine Union mit der ukrainischen Republik eingegangen, die unglücklicherweise umgehend von einheimischen Kommunisten und russischen Bolschewisten angegriffen wurde. Die ruthenischen Delegierten, die im Frühjahr 1919 nach Paris kamen, vermochten nicht zu sagen, was sie wollten.<sup>87</sup>

In Galizien hatte die Unabhängigkeitserklärung Kämpfe mit den ortsansässigen Polen ausgelöst, die sich in dem Masse ausbreiteten, wie Verstärkungen aus Polen und der Ukraine eintrafen. Noch verwirrender wurde die Lage, als Rote und Weissgardisten beider Nationalitäten in den Konflikt eingriffen. Die Alliierten versuchten erfolglos, einen Waffenstillstand zu vermitteln. «Es ist sehr schwierig für uns», sagte Wilson im Mai, «zu intervenieren, ohne uns über unsere Haltung gegenüber den Bolschewisten, die Lemberg belagern, im Klaren zu sein.»<sup>88</sup> Die Polen taten alles, um die Waffenstillstandsverhandlungen hinauszuzögern, während sie ihre Positionen verstärkten.<sup>89</sup> Dies rief in Paris viel Unmut hervor, aber die Friedensmacher standen vor dem grundlegenden Problem, ihren Willen durchzusetzen, nachdem sie entschieden hatten, was sie wollten.

«Ich habe nur einmal einen Ukrainer getroffen», bemerkte Lloyd George. «Es war der letzte Ukrainer, den ich getroffen habe, und ich bin nicht sicher, dass ich noch einen treffen möchte.»<sup>90</sup> Was die Ukraine anging, unterstützte keiner der Alliierten ihre Unabhängigkeit. Immerhin hofften sowohl die Briten als auch die Franzosen weiterhin auf ein einiges Russland unter einer antibolschewistischen Regierung. Dagegen war Ostgalizien als Besitz eines besiegten Feindes Gegenstand der Verhandlungen der Friedenskonferenz. Lloyd George erklärte, das Selbstbestimmungsrecht erfordere es, die Wünsche der Bevölkerung zu berücksichtigen.<sup>91</sup> Indem es sich Ostgalizien aneigne, tue Polen genau das, wogegen man Krieg geführt habe.<sup>92</sup> «Ich bin ganz verzweifelt», klagte er, «wenn ich sehe, wie kleine Nationen, kaum dass sie ans Licht der Freiheit gekommen sind, anfangen, andere Völker zu unterdrücken.» Wenn man Polen das durchgehen lasse, bekommen man ein neues Elsass-Lothringen.<sup>93</sup>

Nach vielen Kämpfen vor Ort und viel Streit in Paris einigte man sich darauf, dass Österreich Ostgalizien den Mächten zur freien Verfügung übergeben sollte, die es entweder an Polen oder, wie es die Briten wünschten, an Russland oder sogar an die Tschechoslowakei weitergeben würden.<sup>94</sup> Die Polen, die der britischen Regierung bereits mit grossem Miss-

trauen gegenüberstanden, waren empört. Die Creme der Warschauer Gesellschaft, die kurz vor Weihnachten 1919 zu einem Tanzabend in die britische Botschaft eingeladen worden war, zeigte ihre Verachtung, indem sie zwar das Essen verspeiste, aber der Tanzfläche fernblieb. Carton de Wiart, der Chef der britischen Militärmission, riet der Hausherrin: «Ich an Ihrer Stelle würde die ganze Bande hinauswerfen.» Die Duellforderungen, die folgten, wurden am nächsten Morgen in aller Stille erledigt.<sup>95</sup> Während die Mächte noch weitere drei Jahre über die Zukunft Ostgaliziens nachgrübelten, schufen die Polen Fakten, bis die Zugehörigkeit der Provinz zu Polen 1923 schliesslich anerkannt wurde. Die Ruthenen beklagten sich bitter, aber am Ende waren sie besser dran als ihre Landsleute auf der anderen Seite der Grenze, die Stalin zum Opfer fielen.

Polens heftigster Kampf war von Anfang 1919 bis zum Herbst 1920 derjenige mit den russischen Bolschewisten. Während die Polen, selbst relativ gemässigte wie Pilsudski, die polnische Grenze weiter nach Osten verschieben und die direkte oder indirekte Kontrolle über Weissrussland und die Ukraine erlangen wollten, verfolgten die Bolschewisten das Ziel, ihre Revolution ins industrielle Kernland Europas zu tragen. Aufgrund ihrer Geschichte standen die Polen allen Russen argwöhnisch gegenüber, selbst denjenigen, die von internationaler Brüderlichkeit sprachen. Die Bolschewisten ihrerseits betrachteten den polnischen Nationalismus und Katholizismus als Hindernis für die Revolution. Im Nationalismus sahen sie einfach den Versuch der üblichen Verdächtigen, der Grossgrundbesitzer, Industriellen und sonstigen Reaktionäre, sich an die Macht zu klammern. «[I]ndem wir das Recht auf nationalstaatliche Selbstbestimmung durch die Tat anerkennen», schrieb Trotzki, «machen wir immer den Massen seine beschränkte historische Bedeutung klar und ordnen ihm keinesfalls die Interessen der proletarischen Revolution unter.»<sup>96</sup> Das war altmodischer russischer Imperialismus in neuem Gewand.

Von Februar 1919 an kämpften Polen und Bolschewisten auf breiter Front gegeneinander. Die Polen stiessen tief auf russisches Territorium vor und nahmen im Norden einen grossen Teil Weissrusslands ein. Geheimverhandlungen über einen vorübergehenden Waffenstillstand im Sommer 1919 blieben ergebnislos, da Polen auf der Unabhängigkeit der Ukraine bestand.<sup>97</sup> Am 24. April 1920 startete Pilsudski eine neue, gegen Kiew gerichtete Offensive. Im Mai nahmen polnische Truppen die ukraini-

sche Hauptstadt ein, aber Pilsudski, zutiefst abergläubisch, war nicht wohl dabei: Der Besitz Kiwens hatte Eroberern selten Glück gebracht.<sup>98</sup> Einen Monat später gewannen die Bolschewisten die Stadt zurück und begannen nach Westen vorzurücken. «Über den Leichnam von Weisspolen», hiess es in dem Befehl an die Truppen, «führt der Weg zum Weltenbrand!»<sup>99</sup> Der britische Botschafter in Polen schickte seine Frau und seine Kinder nach Hause. Im August standen die sowjetischen Truppen vor Warschau. «Ich habe alle Teller, Bilder, Drucke, Lackobjekte, Porzellangegenstände, Fotografien, guten Bücher, guten Porzellane und Gläser, Teppiche usw. eingepackt», schrieb der Botschafter seiner Frau. «Ich frage mich, was aus all den schönen Möbeln, guten Betten usw., die ich nicht einpacken konnte, werden wird.»<sup>100</sup> Die Polen baten verzweifelt um Waffen oder darum, Druck auf die Bolschewisten auszuüben, einen Waffenstillstand abzuschliessen. Nichts geschah. Die Franzosen zogen sich zurück. Sie mochten die Bolschewisten nicht, hatten inzwischen aber genug von polnischen Forderungen.<sup>101</sup> Lloyd George drängte die Polen, Verhandlungen aufzunehmen. Sie seien ein hoffnungsloser Fall, sagte er zu C.P. Scott, dem Herausgeber des liberalen *Manchester Guardian*, fast so schlimm wie die Iren. «Sie hätten sich mit jedem ihrer Nachbarn angelegt – Deutschen, Russen, Tschechoslowaken, Litauern, Rumänen, Ukrainern –, und sie würden geschlagen werden.»<sup>102</sup> Glücklicherweise irrte sich Lloyd George. «Wäre Polen ein Sowjetstaat geworden», sagte Lenin im Oktober 1920, «...wäre der Versailler Frieden zunichte gemacht worden und das ganze internationale System, das ein Ergebnis der Siege über Deutschland ist, wäre zusammengebrochen.»<sup>103</sup>

Die Schlacht um Warschau war einer der grossen Triumphe in der polnischen Geschichte. Angesichts des gemeinsamen Feindes hatte sich die von Eifersüchteleien und Grabenkämpfen zwischen ihren Offizieren geschwächte polnische Armee zusammengerissen. «Ich wundere mich immer noch über das Ausbleiben einer Panik», schrieb ein britischer Diplomat, «ja, das völlige Fehlen jeglicher Angst.»<sup>104</sup> Pilsudski plante gelassen einen kühnen Gegenangriff. Am 16. August griffen polnische Truppen die sowjetischen Einheiten von hinten an und durchtrennten ihre Kommunikationslinien. Der sowjetische Befehlshaber begann hastig den Rückzug. Ende September 1920 ersuchte Lenin um Frieden. Im Vertrag von Riga, der am 18. März 1921 unterzeichnet wurde, sicherte sich Polen eine Ost-

grenze, die weit jenseits der von den Pariser Friedensmachern empfohlenen Linie lag und der polnischen Bevölkerung weitere Minderheiten hinzufügte: vier Millionen Ukrainer, zwei Millionen Juden und eine Million Weissrussen.<sup>105</sup>

Frieden und demokratische Politik waren nicht Pilsudskis Sache. 1926 putschte er sich an die Macht und führte anschliessend Polen bis zu seinem Tod im Jahr 1935 nach militärischen Gesichtspunkten. Sein grosser Rivale Dmowski bekleidete nie ein Amt, und er selbst und seine Anhänger rückten noch weiter nach rechts. Paderewski trat Ende 1919 als Ministerpräsident zurück, tief gekränkt, weil man ihm die Schuld dafür anlastete, dass die Alliierten Polen nicht alles gegeben hatten, wonach es verlangte.<sup>106</sup> Er verliess Polen und begann wieder Klavier zu spielen. Seine zweite Karriere als Pianist war ebenso erfolgreich wie die erste. Er starb im Juni 1941 in New York auf einer Reise, bei der er um Unterstützung für das besetzte Polen warb.

Polen selbst überlebte seine schwierige Geburt und prosperierte sogar eine Zeitlang. Es hatte nicht sein gesamtes historisches Territorium zurückgewonnen, war aber immer noch ein grosses Land, und es besass ein Fenster zur Ostsee. Seine Gewinne hatten freilich einen enormen Preis. Die anderen Staaten, selbst Frankreich, hielten Polen für habgierig und nichtsnutzig. Und seine Nachbarn hatten allen Grund, ihm übelzuwollen: Litauen wegen Wilna, die Sowjetunion wegen des 230 Kilometer breiten Landstreifens, der einst zu Russland gehört hatte; die Tschechoslowakei wegen des Streits um Teschen; und natürlich Deutschland wegen des Korridors und Danzig. Im Sommer 1939 verschwand Polen erneut von der Landkarte, und als es am Ende des Zweiten Weltkriegs wieder auftauchte, war es ein anderes, kleineres Land, das 160 Kilometer nach Westen verschoben worden war.

## Tschechen und Slowaken

Während die Polen selbst ihre Unterstützer dazu brachten, entnervt aufzuseufzen, erfreuten sich die Tschechen allgemeinen Wohlwollens. Die tschechischen Delegierten, Ministerpräsident Karel Kramář und Aussenminister Edvard Beneš, trugen ihre Anliegen im Februar 1919 dem Obersten Rat vor, wobei Letzterer den grössten Teil des Redens übernahm. Der amerikanische Experte Charles Seymour war tief beeindruckt. «Er hatte viel getan, um die Revolution zu organisieren, welche die Habsburger beiseitefegte, und in Sibirien die tschechoslowakische Armee aufzubauen; zusammen mit der tiefen Aufrichtigkeit Präsident Masaryks war es sein diplomatisches Geschick, das die Alliierten dazu bewegte, den jungen Staat anzuerkennen.»<sup>1</sup>

Jeder in Paris wusste, dass Beneš und Tomas Masaryk ihr Leben der Befreiung ihres Volks von der Herrschaft des Habsburgerreichs gewidmet hatten. Jeder kannte die ungewöhnliche Geschichte der Armee der Tschechen, die sich, nachdem sie sich den Russen ergeben hatte, mitten in der Revolution wiederfand und sich Tausende von Kilometern durch Sibirien bis zum Pazifik und in die Freiheit durchschlug. Fast jeder in Paris mochte und bewunderte die Tschechen und ihre Führer. (Lloyd George, der Beneš als den «kleinen französischen Schakal» bezeichnete und die tschechoslowakischen Forderungen für übertrieben hielt, war eine Ausnahme.<sup>2</sup>) Beneš und Masaryk waren stets kooperativ, vernünftig und überzeugend, wenn sie die tiefverwurzelten demokratischen Traditionen der Tschechen und deren Abneigung gegen Militarismus, Oligarchien, Hochfinanz und alles, wofür das alte Deutschland und Österreich-Ungarn gestanden hatten, hervorhoben.

Weder die Briten noch die Amerikaner waren besonders interessiert an diesem neuen kleinen Land, das auf der Landkarte wie eine Kaulquappe aussah – mit dem Kopf im Westen und einem im Osten spitz zulaufenden Schwanz –, eingeklemmt zwischen Polen im Norden und Österreich und Ungarn im Süden. Die Franzosen dagegen waren interessiert, nicht aus sentimentalen Gründen, sondern aufgrund von Sicherheitserwägungen.

Sie wollten ein Land, das stark genug war, um zusammen mit Polen und dem neuen südslawischen Staat einen Riegel zu bilden, der sowohl den Bolschewismus als auch Deutschland aufhalten konnte.<sup>3</sup> Dies bedeutete, dass man der Tschechoslowakei unter anderem die Kontrolle über wichtige Eisenbahnstrecken, eine Position auf dem zentralen europäischen Wasserweg, der Donau, und ausreichende Kohlevorkommen zugestehen musste.<sup>4</sup>

Am 5. Februar präsentierte Beneš dem Grossen Rat die tschechoslowakischen Vorstellungen. Am Tag zuvor hatte Venizelos die griechischen Forderungen vertreten, und am nächsten Tag sollte Faisal I. die Sache der arabischen Unabhängigkeit voranbringen. Deren Aufgabe war allerdings schwieriger als diejenige des tschechoslowakischen Aussenministers, der den Vorteil hatte, dass sein Land bereits von den Mächten anerkannt worden war und der grösste Teil der von ihm beanspruchten Territorien – die österreichischen Provinzen Böhmen, Mähren und Schlesien sowie die ungarische Provinz Slowakei – bereits zu ihm gehörte. Zu verdanken war dies zum grossen Teil Beneš selbst und der Unterstützung, die er von den Franzosen erhielt.

Als er 1915 in Paris eintraf, war Beneš ein unbekannter Soziologieprofessor aus Prag gewesen, der ein Gebilde repräsentierte, das sich Tschechoslowakischer Nationalrat nannte. Vier Jahre später war er Aussenminister eines neuen Staats. Er war weder eine romantische Figur wie Venizelos oder Faisal noch ein grosser Soldat wie Pilsudski, sondern ein kleiner, unscheinbarer, pedantischer Mann, ein langweiliger Autor und leidenschaftsloser Redner. (Die Franzosen glaubten, dies würde die Angelsachsen ansprechen.) Er hatte offenbar weder Hobbys noch Laster und nur wenige Freunde. Seine Beziehung zu Masaryk, dem er ergeben war, blieb stets merkwürdig förmlich. Aber er war ausserordentlich tatkräftig und effizient. Während des Krieges hatte er sich in Paris um jeden bemüht, der der tschechoslowakischen Sache nützlich sein konnte, von Beamten des Aussenministeriums bis zu führenden Intellektuellen.<sup>5</sup> Während er die Aufmerksamkeit der Franzosen erregte, gewann sein charmanter, gutaussehender slowakischer Mitstreiter Milan Stefanik ihre Herzen. Stefanik, der schon vor dem Krieg in Paris als Astronom bekannt gewesen war, hatte enormen Eindruck gemacht, als er die französische Staatsbürgerschaft annahm und zu einem Ass der französischen Luftwaffe wurde.<sup>6</sup>

Beneš bemühte sich noch mehr als die Vertreter der anderen Völker



des zusammenbrechenden Habsburgerreichs darum, die Aufmerksamkeit der Westmächte auf sich zu lenken. Den Franzosen versicherte er, dass sein Land im Gegensatz zu seinen Nachbarn für den Kampf gegen den Bolschewismus bereit sei: «Nur die Tschechen können die Bewegung aufhalten.» Den Briten versprach er, «einen Staat aufzubauen, der ... insbesondere England zutiefst ergeben sein und eine Barriere zwischen Deutschland und dem Osten bilden werde». <sup>7</sup> Er verfügte über ein schwerwiegendes Verhandlungsargument: die aus Kriegsgefangenenlagern gekommenen tschechoslowakischen Truppen, die auf alliierter Seite kämpften. «Ich möchte alle Ihre Soldaten in Frankreich haben», verlangte Clemenceau im Juni 1918, während des letzten deutschen Grossangriffs, von Beneš. «Sie können auf mich zählen», erwiderte Beneš. «Ich werde stets an Ihrer Seite sein.» Der französische Aussenminister erkannte den Tschechoslowakischen Nationalrat förmlich als künftige Regierung einer unabhängigen Tschechoslowakei an und drängte die französischen Verbündeten, es ihm gleichzutun. Später war Frankreich das erste Land, das die Grenzen der Tschechoslowakei anerkannte, selbst die umstrittenen. Ein Zeichen dafür, wie viel Beneš erreicht hatte, war die Tatsache, dass er vom Obersten Kriegsrat zu den Beratungen über den Waffenstillstand mit Österreich-Ungarn hinzugezogen wurde. <sup>8</sup> Die Jugoslawen wurden nicht eingeladen, ebenso wenig die Polen. Als die Friedenskonferenz eröffnet wurde, hatte Beneš die Tschechoslowakei auf der Seite der Sieger etabliert und dafür gesorgt, dass ihr Anteil an der habsburgischen Geschichte nur beiläufig und mit Bedauern erwähnt wurde. Im Unterschied zu den Jugoslawen und den Polen hatten die Tschechoslowaken auch den Vorteil, mit einer Stimme zu sprechen. Insbesondere Beneš und Masaryk arbeiteten eng zusammen, und dies blieb bis zu Masaryks Tod so.

Wenn Beneš das Arbeitspferd war, dann war Masaryk der Mann, der der Tschechoslowakei Leben einhauchte. Der Rohstoff dafür stand bereit: ein Volk mit einer eigenen slawischen Sprache und Literatur sowie vielen Erinnerungen – an das 14. Jahrhundert, als das reiche und mächtige Königreich Böhmen sich im Norden fast bis zur Ostsee erstreckt hatte; an die wenigen goldenen Jahre, als Prag die Hauptstadt des Heiligen Römischen Reichs war; und an die traurigeren Ereignisse von 1526, als die letzten Überreste der Unabhängigkeit von den Habsburgern Stück für Stück ver-

nichtet wurden. Aber diese Geschichte schloss die Slowaken nicht ein, die zwar eine ähnliche Sprache hatten, aber seit dem 10. Jahrhundert, als sie unter ungarische Herrschaft kamen, politisch nicht mehr mit den Tschechen verbunden waren, und sie waren auch bei Ungarn geblieben, nachdem die Habsburger das Land erworben hatten. Die Reformation, die den Grossteil der Tschechen zu Protestanten gemacht hatte, war an den Slowaken vorübergegangen, so dass sie streng katholisch geblieben waren.

Masaryk wurde 1850, kurz nachdem die Revolutionen von 1848 überall in Mitteleuropa den Nationalismus entfacht hatten, als Sohn eines Kutschers auf kaiserlichen Gütern geboren. Von seiner ehrgeizigen Mutter angetrieben, beschloss er schon früh, das ländliche Leben hinter sich zu lassen. Durch schiere Willenskraft gelang es ihm, zum Studium der Philosophie an die Wiener Universität zu gelangen.<sup>9</sup> Er war ein nüchterner, arbeitsamer, pedantischer junger Mann mit erstaunlichem Vertrauen in seine eigenen Ansichten. Während seiner ersten Universitätsanstellung erregte er Aufsehen, weil er einem älteren Professor widersprach. Diese Neigung, die Autoritäten herauszufordern, legte er auch an den Tag, nachdem er zum Journalismus und dann in die Politik gewechselt war.<sup>10</sup>

Nach Kriegsausbruch gelangte er langsam zu dem Schluss, dass das Habsburgerreich keine Zukunft mehr hatte und die Chance für die Tschechoslowakei (er ging von Anfang an davon aus, dass die Slowakei dazugehören würde) in ihrer Unabhängigkeit lag, vielleicht unter russischem Schutz. (Er hegte bis zu seinem Tod die Hoffnung auf die Zusammenarbeit der slawischen Völker.) 1915 befand er sich in der Schweiz in Sicherheit, während seine Familie in Prag feststeckte. Seine Frau, eine Amerikanerin, erlitt einen Nervenzusammenbruch, von dem sie sich nie mehr ganz erholen sollte; seine älteste Tochter wurde verhaftet, und sein Sohn Jan wurde in die österreichische Armee eingezogen. Masaryk reiste weiter nach Grossbritannien, wo er fast zwei Jahre an der Londoner Universität lehrte und sich mit einer Reihe einflussreicher Leute anfreundete, von Diplomaten bis zu Meinungsmachern wie Wickham Steed von der *Times*.<sup>11</sup>

Nach dem Sturz des Zaren in der ersten russischen Revolution im Februar 1917 zog es Masaryk nach Petrograd. Er drängte die schwankende neue Regierung, den Angriff auf die österreichischen Armeen zu wiederholen, und machte sich daran, aus tschechoslowakischen Kriegsgefangenen ein Heer aufzubauen, das an der Seite der Russen kämpfen konnte.

Die bolschewistische Revolution im November 1917 und Lenins Entscheidung, um Frieden nachzusuchen, durchkreuzten dieses Vorhaben. Andererseits waren die Bolschewisten froh, die inzwischen 30.000 Mann starke Tschechoslowakische Legion an die Westfront schicken zu können. Die einzige mögliche Route war allerdings ein Umweg, über 9.000 Kilometer mit der Transsibirischen Eisenbahn zum Pazifikhafen Wladiwostok und von dort mit dem Schiff nach Frankreich. Masaryk machte sich, mit Versprechungen der Bolschewisten ausgestattet, im März 1918 als Erster auf den Weg, fest überzeugt davon, dass seine Armee ihm auf dem Fusse folgen würde. Mitten in Sibirien stiessen die Tschechoslowaken jedoch mit nach Westen strebenden Ungarn zusammen, die sich den Bolschewisten anschliessen wollten. Die Kämpfe weiteten sich aus, und bald befand sich die Legion im Krieg mit den Bolschewisten. Im Spätsommer hatte sie die Kontrolle über den grössten Teil der Eisenbahnstrecke gewonnen und zufälligerweise die Goldreserven der zaristischen Regierung in ihren Besitz gebracht. Zu diesem Zeitpunkt ging der Krieg in Europa seinem Ende entgegen und die Legion war nützlicher dort, wo sie war. Die im August in Wladiwostok gelandeten alliierten Truppen würden westwärts vorrücken wollen, um gegen die Bolschewisten zu kämpfen. Unverhofft in die alliierte Intervention im russischen Bürgerkrieg verwickelt, mussten die heimwehkranken tschechoslowakischen Soldaten weitere zwei Jahre in Sibirien bleiben. Beneš war dies allerdings nicht unrecht, gab es ihm doch Gelegenheit, von den dankbaren Briten die Zusage zu erhalten, dass sie seinen Tschechoslowakischen Nationalrat als offizielle Vertretung der Tschechen und Slowaken anerkennen würden. Masaryk pflichtete ihm bei. «Die Jungs werden eine Weile an der Seite der Verbündeten ausharren müssen», sagte er, als er in Wladiwostok ein Schiff bestieg, um in die Vereinigten Staaten zu reisen und dort um Unterstützung zu werben.<sup>12</sup>

Masaryk fuhr kreuz und quer durch die Vereinigten Staaten – nach Chicago, Washington, Boston, Cleveland, überallhin, wo tschechische und slowakische Einwanderer lebten. In New York hielt er vor den Experten der Untersuchungskommission einen Vortrag über die Selbstbestimmung in Osteuropa. Er sprach mit Vertretern der anderen Völker des Habsburgerreichs über eine freie, freundschaftliche Zusammenarbeit. In einer grossen Versammlung in der Carnegie Hall sprachen er und Paderewski über die

tiefe Bewunderung, die sie füreinander empfanden, und ihren gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrückung. Drei Wochen vor Kriegsende hielt die Mitteleuropäische Demokratische Union, der Polen, Ukrainer, Tschechen, Südslawen, Rumänen, Italiener und sogar Armenier und Zionisten angehörten, in Philadelphia einen viertägigen Kongress ab. Masaryk entwarf eine Erklärung über die gemeinsamen Ziele der unabhängigen Nationen Mitteleuropas. Unter dem Geläut der Freiheitsglocke setzte er als Erster seine Unterschrift darunter, wobei er seinen Federhalter in dasselbe Tintenfass tauchte, das einst bei der Unterzeichnung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung benutzt worden war.<sup>13</sup>

In Pittsburgh unterzeichnete Masaryk eine weitere Übereinkunft, diesmal mit tschechischen und slowakischen Organisationen. Sie versprach den Slowaken innerhalb des neuen Staats eine weitgehende Autonomie, mit eigener Gerichtsbarkeit, eigenem Parlament und eigener Sprache. In den Vereinigten Staaten lebte rund ein Drittel aller Slowaken, aber sie waren noch nicht allzu nationalistisch eingestellt. Noch waren die Äusserungen, die darauf hindeuteten, dass nicht alle ihrer Landsleute in Mitteleuropa für die Vereinigung mit den Tschechen waren, nicht über den Atlantik gedrungen.<sup>14</sup> Später, als es zwischen Tschechen und Slowaken zu Krisen begann, spielte Masaryk die Vereinbarung herunter. «Dieses Abkommen», erklärte er, «wurde zur Beruhigung einer kleinen slowakischen Fraktion geschlossen, die von Weiss Gott was für einer Selbständigkeit der Slowakei träumte ...»<sup>15</sup>

Das Pittsburger Abkommen war nützlich, denn es bestätigte den Amerikanern, dass die Slowakei selbstbestimmt in die Tschechoslowakei eintreten würde. Und die amerikanische Unterstützung war entscheidend, wie Masaryk klar war. Durch Charles Crane, einen weitgereisten, wissbegierigen Industriellen, der sein Vermögen mit Spülbecken und Toiletten gemacht hatte, lernte Masaryk Lansing, House (der den Tschechen für einen vernünftigen Mann hielt) und am 18. Juni schliesslich auch Wilson kennen. Die Begegnung mit dem Präsidenten verlief unglücklich. Die beiden ehemaligen Professoren belehrten sich gegenseitig. Für Masaryk wichtiger war jedoch die Erkenntnis, dass Wilson mehr an der tschechoslowakischen Legion in Sibirien interessiert war als an der tschechoslowakischen Unabhängigkeit. Die Amerikaner waren noch nicht bereit, offiziell zuzugeben, dass Österreich-Ungarn am Ende war.<sup>16</sup>

Doch im Herbst war das nicht mehr zu übersehen. Das österreichisch-

ungarische Heer war auf den Schlachtfeldern zerschlagen worden, und im Innern sah der unerfahrene junge Kaiser ohnmächtig zu, wie Polen, Südslawen, Tschechen, Deutsche auf Unabhängigkeit drängten. In Prag liessen Demonstranten Wilson und Masaryk hochleben. Wilson beschrieb Österreich-Ungarn als «ein altes Gebäude, dessen Wände von Stützen aufrechtgehalten» wurden. Es war Zeit, sie zu entfernen.<sup>17</sup> Am 3. September erkannten die Vereinigten Staaten den Tschechoslowakischen Nationalrat als de facto kriegführende Regierung an. Welches Territorium der neue Staat einnehmen sollte, wurde wie bei der zuvor erfolgten britischen Anerkennung nicht gesagt.

In Paris beschloss Beneš, Fakten zu schaffen. «Entscheidend sind jetzt ein ohne Lärm oder Streit geschaffenes *Fait accompli* und die Beherrschung der Lage», schrieb er an seine Mitstreiter.<sup>18</sup> Am 28. Oktober übernahmen in Prag tschechische Politiker freundlich, aber bestimmt die Macht von der demoralisierten österreichischen Verwaltung. Beneš drängte die Alliierten, den Abzug der deutschen und ungarischen Truppen aus den tschechischen Landen und der Slowakei anzuordnen und sie durch alliierte Einheiten zu ersetzen. Ausserdem sei es wichtig, erklärte er den Franzosen, das an der Grenze zu Polen gelegene Teschen und Bratislava (deutsch: Pressburg) in Ungarn zu besetzen. Da die Alliierten kaum Truppen erübrigen konnten, wurden die Besetzungen überwiegend durch tschechische Truppen unter alliierterem Kommando durchgeführt.<sup>19</sup>

Die Verzögerung des Beginns der Friedenskonferenz half den Tschechoslowaken erheblich. Im Januar 1919 war Masaryk wieder in Prag, als erster Präsident der Tschechoslowakei im Amt und in den Palast eingezogen, den einst die böhmischen Könige bewohnt hatten. Trotz Klagen der Einwohner waren tschechoslowakische Truppen in die deutschsprachigen Grenzgebiete einmarschiert, im Süden, wo Böhmen an Österreich, und im Norden, wo es an Deutschland grenzte. In der Slowakei hatten die französischen Militärbehörden die ungarische Regierung angewiesen, ihre Truppen hinter eine Linie zurückzuziehen, die zufälligerweise mit der Linie übereinstimmt, die den Tschechoslowaken als Grenze vorschwebte.

Als die Pariser Friedenskonferenz ihre Aufmerksamkeit dem neuen Staat zuwandte, standen dessen Grenzen zum grossen Teil bereits fest. In erster Linie wollte Beneš von der Friedenskonferenz die diplomatische Anerkennung, aber er wollte auch mancherorts die Grenzen verschieben.

Bei seiner Anhörung im Obersten Rat erhob er Anspruch auf mehrere polnische Gebiete sowie einen ungarischen Landstreifen, der sich entlang der Donau erstreckte und dort, wo sie nach Süden abbog, auf die Karpaten zulief. Ausserdem verlangte er deutsche und österreichische Gebiete jenseits der alten böhmischen und mährischen Grenzen, um der Tschechoslowakei einen geraderen und leichter zu verteidigenden Grenzverlauf zu geben. Dies, beteuerte er im privaten Gespräch, seien nicht seine Forderungen; er sei zu seinem Bedauern von Nationalisten wie seinem Kollegen Kramář gedrängt worden, sie vorzutragen.<sup>20</sup>

An der Ostspitze der Tschechoslowakei verlangte Beneš das überwiegend ukrainischsprachige Gebiet südlich der Karpaten. Die Einwohner, zumeist Ruthenen, seien den Slowaken sehr ähnlich, und es wäre nach seiner Ansicht unfair, sie unter ungarischer Herrschaft zu belassen, wenn die Tschechoslowakei bereit sei, sie unter ihre Fittiche zu nehmen. (Passenderweise hatten sich in den Vereinigten Staaten lebende Ruthenen für den Anschluss an die Tschechoslowakei ausgesprochen.) Durch dieses Territorium erhalte die Tschechoslowakei zudem eine Grenze mit Rumänien, einem befreundeten Staat.<sup>21</sup>

Er habe, fuhr Beneš fort, noch zwei weitere Wünsche oder, besser gesagt, Vorschläge. Im Süden Deutschlands, östlich von Dresden, würden einige Slawen leben, die um den Schutz der Tschechoslowakei gebeten hätten. Dies sei im Wesentlichen eine moralische Frage, und er überlasse der Friedenskonferenz ihre Beantwortung. Ferner sei das Bedürfnis der Tschechoslowakei nach Freunden zu erwähnen, da sie auf drei Seiten von Deutschland und Ungarn umgeben sei. Vielleicht könne man ihr einen zwischen Österreich und Ungarn südwärts verlaufenden Korridor als Verbindung mit Jugoslawien zugestehen.<sup>22</sup> «Sehr gewagt und nicht zu verteidigen», meinte Lloyd George.<sup>23</sup> Das Korridorprojekt, das nie realisiert wurde, spiegelte Masaryks alten Traum von einer slawischen Föderation wider. Polen, Jugoslawen und Tschechoslowaken, versicherte Beneš den Franzosen, sei bewusst, wie viel sie gemeinsam hätten.<sup>24</sup> Während Polen durch den Streit über Teschen bereits aus dieser glücklichen Gemeinschaft verschwand, sollten die Tschechoslowakei und Jugoslawien auf Dauer gute Beziehungen zueinander unterhalten.

Die Tschechen konnten vieles anführen, um ihre Forderungen zu untermauern: ihre ruhmreiche Vergangenheit, ihre tiefe Freiheitsliebe, ihre

Bescheidenheit und ihren Fleiss. Sie hatten dem Bolschewismus widerstanden, als die Völker um sie herum ihm erlagen. Sie waren zugleich der fortschrittlichste Teil der Slawen und eine Bastion der westlichen Zivilisation. Sein Volk, behauptete Beneš, habe stets die besondere Aufgabe verspürt, die Demokratie gegen die deutsche Gefahr zu verteidigen: «Daher die fanatische Hingabe der Tschechen, die allen in diesem Krieg aufgefallen ist.» Die tschechischen Forderungen seien moderat und vernünftig. «Nach 300 Jahren der Knechtschaft und der Unbeständigkeit, die fast zu ihrer Auslöschung geführt habe, wisse die Nation, dass sie gegenüber ihren Nachbarn vorsichtig, vernünftig und gerecht sein und dass sie es vermeiden müsse, Eifersucht und neue Kämpfe zu provozieren, die sie in eine ähnliche Gefahr bringen könnten.» Seine Regierung, beteuerte Beneš, werde «alles in ihrer Macht Stehende tun, um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu unterstützen». Lloyd George war fast als Einziger unbeeindruckt. «Seine Ausführungen waren mit Phrasen gespickt», bemerkte er über Benešs Vortrag, «die von Sympathiebekundungen für die von den Alliierten auf ihrem Kreuzzug für das Völkerrecht verkündeten erhabenen Ideale nur so triefen.»<sup>25</sup> Als Kramář als zweiter tschechischer Delegierter darum bat, auch seine Sicht der Dinge vortragen zu dürfen, schnitt ihm Clemenceau, trotz seiner Sympathie für die Tschechoslowakei, das Wort ab: «Oh, wir werden eine Kommission bilden, und Sie können stundenlang mit ihr reden. Jetzt lassen Sie uns lieber eine Tasse Kaffee trinken.»<sup>26</sup>

Über Probleme gingen die Tschechen mit Leichtigkeit hinweg. Sicher würden in der Slowakei rund 650.000 Ungarn leben, aber 350.000 Slowaken würden ausserhalb seiner Grenzen bleiben. Die Ungarn könnten sich nicht beklagen; sie hätten erfolglos versucht, Slowaken in Ungarn zu verwandeln und Tausende zur Emigration gezwungen. Ja, sagte Beneš, an den Grenzen zu Deutschland und Österreich im Westen des alten Böhmen (in dem, was die Deutschen Sudetenland nannten) würden Deutschsprachige leben. Aber die österreichischen Vorkriegsangaben von mehreren Millionen seien unzuverlässig; die tschechischen Zahlen seien dagegen sehr sorgfältig ermittelt worden, und sie würden belegen, dass dort nur ungefähr anderthalb Millionen Deutsche unter vielleicht dreimal so vielen Tschechen lebten. Die böhmischen Deutschen wüssten, dass ihre Zukunft in der Tschechoslowakei liege. Sie wollten nicht, dass ihre Firmen von der

mächtigeren deutschen Wirtschaft an die Wand gedrückt wurden. Wenn manche von ihnen vom Anschluss an Grossdeutschland oder sogar Österreich sprächen, dann nur, weil sie von ausländischen Agitatoren terrorisiert würden. Jedenfalls – und dies war nach seiner Ansicht das stärkste Argument – könne die Tschechoslowakei ohne die Zuckerfabriken, Glasbläsereien, Textilfabriken, Hüttenwerke und Brauereien des Sudetenlands nicht überleben.<sup>27</sup> Und die Tschechen bräuchten, um sich verteidigen zu können, die alten Grenzen, die an Gebirgen und Hügeln entlangliefen. «In Böhmen», kommentierte ein amerikanischer Experte bissig, «fordern sie ihre ‚historischen Grenze‘, ungeachtet der Proteste einer grossen Zahl von Deutschen, die nicht auf diese Weise eingegliedert werden wollen. In der Slowakei dagegen bestehen sie auf den Nationalitätenrechten und kümmern sich keinen Deut um die alte, gut markierte ‚historische Grenze‘ von Ungarn.»<sup>28</sup>

Da die Alliierten den neuen Staat im Grossen und Ganzen anerkannt hatten, wie er war, hatte die Kommission, die sich mit der Tschechoslowakei beschäftigen sollte, eine relativ leichte Aufgabe. Ihre Mitglieder arbeiteten einvernehmlich zusammen, unterstützt, laut Seymour, durch die informelle Atmosphäre und die Tatsache, dass Briten und Amerikaner sich, wie bei den meisten Themen, vor den Sitzungen privat trafen, um sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen. Gelegentlich hatten sie Schwierigkeiten mit dem britischen Hauptbevollmächtigten, dem Australier Joseph Cook, den sein völliger Mangel an Kenntnissen nicht davon abhielt, verschiedene Meinungen zu äussern. Nicolson verbrachte viel Zeit damit, ihn vorzubereiten.<sup>29</sup> Die italienischen Vertreter waren, anders als in Bezug auf Jugoslawien, nicht obstruktiv; Italien hatte freilich kein direktes Interesse an der Tschechoslowakei. Besonders hilfreich waren die Italiener allerdings auch nicht. Ihr Hauptbevollmächtigter, ein alter Diplomat, pflegte gern einzuwerfen: «Ich frage mich, ob es an dieser Stelle nicht klüger wäre, mindestens zwei Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen.»<sup>30</sup>

Die grössten Schwierigkeiten bereitete die Grenze zwischen der Slowakei und Ungarn. Die Bevölkerung, überwiegend Slowaken und Ungarn, war gemischt, und östlich der Donau gab es keine klaren geographischen Merkmale. Die Franzosen unterstützten den tschechoslowakischen Anspruch auf vorwiegend ungarisch geprägte Gebiete, während die Amerikaner und Briten ihn ablehnten. Einig war man sich darüber, dass ein Korridor nach Jugoslawien unrealistisch war.



Nach langen Verhandlungen und vielen Kompromissen fasste die Kommission am Ende der ersten Märzwoche ihre Arbeit zusammen.

Der Bericht der Kommission, in dem sie den Tschechen einige, aber nicht alle Gebiete zusprach, die sie von Deutschland, Österreich und Ungarn verlangten, wurde durch die nachfolgenden Friedensverträge Schritt für Schritt umgesetzt. Am 4. April beschloss der Rat der Vier, der sich mitten in der anstrengenden Diskussion der Friedensbedingungen für Deutschland befand, kurzerhand, dass es besser sei, die alten Grenzen des böhmischen Königreichs beizubehalten. Am 12. Mai bestätigte er ebenso die alte Grenze zwischen der Tschechoslowakei und Österreich. Einige der Friedensmacher machten sich vorübergehend Sorgen um die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei, immerhin drei Millionen Menschen. Lansing beklagte sich über die Missachtung des Selbstbestimmungsrechts.<sup>31</sup> Wilson soll überrascht ausgerufen haben: «Warum hat mir Masaryk das nie gesagt?», aber letztlich dachte er nicht weiter über die Sudetendeutschen nach.<sup>32</sup> Und Lloyd George behauptete später zwar, er habe starke Bedenken gehabt, aber geäußert hat er sie auf der Friedenskonferenz nicht.<sup>33</sup> Clemenceau hatte keine. Die Konferenz, bemerkte er im Rat der Vier, habe «beschlossen, eine Reihe von neuen Staaten ins Leben zu rufen. Wenn sie keine Ungerechtigkeiten in Kauf nähme, würde sie sie dann nicht möglicherweise opfern, indem sie ihnen inakzeptable Grenzen mit Deutschland aufnötigt?»<sup>34</sup> Immerhin wollte niemand die deutschen Gebiete den besiegten Feinden zuschlagen. Die meisten stimmten wahrscheinlich Masaryk zu, der ungeduldig ausrief: «Ganze Nationen werden jetzt von den Deutschen und den Ungarn unterdrückt – ist das nichts?»<sup>35</sup> Zudem beeindruckten die Tschechoslowaken die Friedensmacher damit, dass sie den Minderheiten eine Reihe von Rechten gewährten: eigene Schulen, Religionsfreiheit, sogar eine proportionale politische Vertretung, so dass sie eigene Abgeordnete haben würden. Die Tschechoslowakei würde die Schweiz Mitteleuropas sein.<sup>36</sup>

Die Sudetendeutschen protestierten 1918 wie 1919 erfolglos. Zum grossen Teil wohlhabende Landwirte und gutsituierte Bürger, waren sie zwischen der Verachtung für ihre neuen tschechischen Herren und der Angst vor den Revolutionen, die sowohl Deutschland als auch Österreich erfasst hatten, hin- und hergerissen. Die Tschechoslowakei bot immerhin Sicherheit, und das von seinen eigenen Problemen in Anspruch genommene

Deutschland zeigte ohnehin kaum Interesse an ihnen. Die deutsche Delegation in Versailles erwähnte sie in ihren schriftlichen Anmerkungen zu den Friedensbedingungen nur beiläufig. Der deutsche Außenminister Ulrich Graf Brockhoff-Rantzau versicherte die Sudetendeutschen seiner Sympathie, stellte aber klar, dass Deutschland seine Verhandlungsposition gegenüber den Alliierten nicht gefährden würde, indem es sich um Leute kümmerte, deren Wohnort nie in Deutschland gewesen war.<sup>37</sup> Ein Anschluss an Österreich war auch keine Lösung, wenn man bedachte, wie sich das Sudetenland halbmondförmig an der österreichischen und deutschen Grenze hinzog. Darüber hinaus war 1919 nicht abzusehen, ob Österreich selbst überleben würde.<sup>38</sup>

Die tschechoslowakische Regierung erfüllte viele ihrer Versprechen. In Bezirken, in denen viele Deutsche lebten, durften sie bei den Behörden ihre eigene Sprache benutzen. Es gab deutsche Schulen, Universitäten und Zeitungen. Gleichwohl blieb die Tschechoslowakei ein slawischer Staat. Auf ihren Banknoten waren junge Mädchen in tschechischen und slowakischen Volkstrachten abgebildet. Deutsche fühlten sich – ebenso wie Ungarn und Ruthenen – nicht ganz heimisch in dem neuen Staat.<sup>39</sup> Dies hätte vielleicht keine Rolle gespielt, wenn die Weltwirtschaftskrise die sudetendeutsche Industrie nicht besonders schwer getroffen hätte und wenn Hitler sich nicht der Sache der versprengten Deutschen angenommen hätte. 1938 lieferten ihm die Sudetendeutschen den Vorwand für die Zerstörung der Tschechoslowakei durch das Münchener Abkommen.

Dass es so lange dauerte, die Grenze der Tschechoslowakei mit Ungarn festzulegen, hatte seinen Grund zum Teil darin, dass der Abschluss des Friedensvertrags mit Ungarn sich verzögerte, zunächst durch die kommunistische Revolution vom März 1919 und dann durch den Ausbruch neuer Kämpfe. Die Tschechoslowakei besetzte kurz nach der Revolution ungarisches Territorium, wobei sie den Friedensmachern versicherte, lediglich den Bolschewismus bekämpfen zu wollen. Mit Fochs Billigung brachten ihre Truppen wichtige Eisenbahnstrecken unter ihre Kontrolle und rückten dann über die von Foch genehmigten Ziele hinaus weiter vor, um das letzte Ungarn verbliebene Kohlevorkommen einzunehmen.<sup>40</sup> Als die Ungarn Anfang Juni zum Gegenangriff übergingen, appellierten die Tschechoslowaken sofort an die Friedensmacher. Sie gaben sich verwundert und

verletzt, dass irgendjemand denken konnte, sie hätten die Ungarn provoziert. «Ich weiss nichts von einer tschechoslowakischen Offensive», beteuerte Kramar. «Alles, was ich weiss, bezieht sich auf das Vordringen des ungarischen Bolschewismus, vermischt mit magyarischem Nationalismus.» Beneš malte das Bild einer friedlichen Tschechoslowakei, die sich keiner Gefahr aus dem Süden bewusst war: «Wir waren mit unseren inneren Reformen und den bevorstehenden Wahlen beschäftigt.» Die tschechoslowakischen Truppen seien an der deutschen Grenze konzentriert, um vorgehen zu können, wenn Deutschland sich weigere, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. «In diesem Moment, als sie sahen, dass die Slowakei völlig schutzlos war, rückten die Magyaren vor.»<sup>41</sup> Die Tschechoslowaken nutzten die Gelegenheit, um neue Ansprüche auf ungarische Gebiete zu erheben, auf zusätzliche Eisenbahnstrecken etwa sowie einen Brückenkopf am Südufer der Donau. Die Alliierten, die jetzt über den Konflikt ernstlich besorgt waren, wiesen die meisten dieser Forderungen zurück.<sup>42</sup> «Wir müssen selbst gegenüber den Ungarn fair sein», stellte Lloyd George fest. «Sie verteidigen lediglich ihr Land.»<sup>43</sup> Einzige Ausnahme war das überwiegend deutsche Bratislava an der Donau, das der Tschechoslowakei mit der Begründung übergeben wurde, dass das Land einen Flusshafen brauche. Aber auch so verblieb der Tschechoslowakei ein grosses Stück ehemals ungarischen Territoriums – mit über einer Million ungarischer Einwohner.

Auch mit Polen hatte die Tschechoslowakei Streit. Es ging um das kleine dreieckige Gebiet von Teschen an der Grenze von Oberschlesien und Westgalizien. Als ehemaliger Teil Österreich-Ungarns stand es zur Disposition, und es war eine reiche Beute, zum einen, weil es am Ostende des grossen schlesischen Kohlefelds lag, und zum anderen, weil es ein bedeutender Eisenbahnknotenpunkt war, an dem sich die wichtigsten Nordsüd- und Ostwestverbindungen in Mitteleuropa kreuzten. In Paris beanspruchte Dmowski Teschen aus ethnischen Gründen für Polen. (Bei einer Gesamtbevölkerung von einer halben Million Menschen gab es wahrscheinlich doppelt so viele Polen wie Tschechen.)<sup>44</sup> Die polnische Mehrheit, betonte Dmowski, sei besonders gebildet und demzufolge zutiefst national gesinnt. Beneš stellte seine Zahlen in Frage: Viele der Polen lebten dort, vom höheren Lebensstandard angezogen, nur vorübergehend oder seien derart stark von der tschechischen Sprache und Kultur beeinflusst, dass

sie nicht mehr als Polen gelten könnten. Zum Beleg verwies er auf die Trachten der Teschener und auf ihre Architektur.<sup>45</sup> Zudem sei die Teschener Kohle für die tschechoslowakische Wirtschaft unverzichtbar, ebenso wie eine Eisenbahnstrecke, die, da sie die beiden Hälften der Tschechoslowakei verband, nicht unter polnische Kontrolle geraten dürfe. Delegierte aus Teschen selbst, die einen unabhängigen Staat forderten, hatten nie eine Chance.<sup>46</sup>

Wie viele andere Fragen, die das Pensum der Friedenskonferenz überbeanspruchten, hätte auch diese leicht gelöst werden können. Masaryk und Paderewski hatten sich im vorangegangenen Sommer in Washington darauf verständigt, darüber auf einer freundschaftlichen Basis zu sprechen, wenn der Krieg vorbei war.<sup>47</sup> In Teschen selbst vereinbarten die Tschechen und Polen, als die österreichische Verwaltung zusammenbrach, eine Teilung der Verantwortlichkeiten. Die neue polnische Regierung gab bekannt, was im Rückblick vielleicht unklug war, dass der polnische Teil von Teschen an der Wahl zum neuen Parlament in Warschau teilnehmen werde. Daraufhin überreagierte die tschechoslowakische Regierung, indem sie Ende Januar 1919 die polnischen Truppen in Teschen aufforderte, das Gebiet sofort zu verlassen. Ausserdem brachten die Tschechen, auch das war unklug, mehrere alliierte Offiziere dazu, den Eindruck zu erwecken, dieser Befehl käme von den Alliierten. Schüsse fielen und als beide Regierungen Verstärkungen in das Gebiet schickten, wurde aus einer angespannten Lage eine Krise.<sup>48</sup> Ein amerikanischer Professor, der Masaryk in Prag aufsuchte, traf ihn in einem erschöpften, nervösen Zustand an. «Irgendwie», berichtete der Amerikaner, «gewann ich den Eindruck, dass er in der Affäre mehr geführt wurde, als selber zu führen, und er war offenbar unglücklich über die ganze Angelegenheit.»<sup>49</sup>

Für die Friedensmacher in Paris, die mit dem Völkerbund und der russischen Frage beschäftigt waren, war der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen zwei befreundeten Staaten eine unwillkommene Unterbrechung.<sup>50</sup> «Wie viele Mitglieder des Hauses haben jemals etwas von Teschen gehört?», sollte Lloyd George später im Unterhaus fragen. «Ich gestehe unverhohlen, dass ich noch nie etwas davon gehört habe.»<sup>51</sup> Der Oberste Rat bestellte die Polen und die Tschechen ein. Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig, und Beneš nutzte die Gelegenheit, um alle Gründe anzuführen – «statistische, ethnologische, historische und ökonomische» –, aus denen Teschen zur Tschechoslowakei gehörte.

Lloyd George rief ihn in scharfem Ton zur Ordnung.<sup>52</sup> Die Friedensmacher bildeten eine alliierte Sonderkommission, die beide Seiten wiederstrebtend anerkannten.<sup>53</sup>

Die Kommission erreichte eine Art Waffenstillstand, aber eine Lösung des Problems zu finden, war weit schwieriger. Lloyd George gab zu, dass er eher den Polen zuneigte. Wilson ging es ebenso. Es hatte ihn gerührt, als eine Gruppe polnischer Bauern in seinem Büro erschien, um ihn anzuflehen, sie nicht zu Tschechoslowaken zu machen. Sie seien, erzählten sie, hundert Kilometer zur nächsten Eisenbahnstation gelaufen, um nach Paris zu fahren.<sup>54</sup> Die Franzosen, die sonst immer hinter Polen standen, unterstützten in diesem Fall die Tschechoslowaken. Polen, erklärten sie, könne leicht ohne Teschen überleben, aber die Tschechoslowakei, ein wesentlicher Bestandteil des Cordon sanitaire gegen den Bolschewismus, nicht.<sup>55</sup> Beneš tat alles, um das Gespenst des Bolschewismus heraufzubeschwören; der Waffenstillstand, warnte er, sei nur eine Ermutigung für dunkle antitschechoslowakische Kräfte in Berlin, Wien und Budapest. Die tschechoslowakischen Behörden hätten bereits einige ihrer Spione und Agitatoren entlarvt und von ihnen verbreitete Flugblätter und Landkarten gefunden.<sup>56</sup>

Die alliierte Kommission gab den Friedensmachern kaum nützliche Ratschläge. Sie wies allerdings darauf hin, dass bei einer ethnischen Teilung Teschens die Grenze mitten durch das Kohlefeld verlief, und schlug Alternativen vor, die entweder die Polen oder die Tschechoslowaken oder beide verärgern würden. Im April forderten die Friedensmacher Paderewski und Beneš auf, direkt miteinander zu sprechen.<sup>57</sup> Als diese Unterredungen ergebnislos blieben, kamen die Friedensmacher auf die Idee einer Volksabstimmung zurück. Im Sommer 1919 stimmte die polnische Regierung, die an ihren Sieg glaubte, zu; die tschechoslowakische tat es, aus dem entgegengesetzten Grund, nicht. Ein Jahr später waren die Tschechen, nachdem sie in ihrem Teil von Teschen eifrig Propaganda betrieben hatten, ganz dafür, die Einwohner zu befragen, aber auch die Polen hatten es sich anders überlegt. Unruhen und Streiks machten eine Abstimmung unmöglich, und im Juli 1920 fassten die Mächte endlich einen Entschluss: Die Tschechoslowakei bekam die Kohlebergwerke, und die Kleinstadt Teschen wurde geteilt; die Altstadt ging an Polen, während die Vororte mit dem Bahnhof der Tschechoslowakei zugesprochen wurden. Der eine Staat bekam das Kraftwerk, der andere das Gaswerk.<sup>58</sup> Es war eine Regelung

von der Art, wie sie überall in Mitteleuropa getroffen wurde, als der moderne Nationalismus sein Muster über eine ältere, differenzierte Welt legte. Und sie bewirkte, dass zwei Nationen, die befreundet sein sollten, einander am Ende ablehnend gegenüberstanden.

In Polen dachte man kurz daran, Teschen zu besetzen, aber sämtliche Ressourcen flossen in den Krieg mit Russland. Man vergab der Tschechoslowakei nie, dass sie ihren Vorteil aus diesem verzweifelten Kampf gezogen und auffallend wenig Mitgefühl gezeigt hatte, indem sie beispielsweise den Transport dringend benötigter Waffen aus Österreich aufhielt.<sup>59</sup> Am 1. Oktober 1938 forderte die polnische Regierung die Rückgabe Teschens. Es folgte die ungarische Forderung nach der Slowakei und den ruthenischen Gebieten auf der Südseite der Karpaten.

Die neuentstandene demokratische Tschechoslowakei stand auf wackligen Fundamenten. Die Alliierten hatten, mit den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, einen Staat aus mehreren Völkern geschaffen, die, «von wildem Hasse gegeneinander erfüllt, zusammengepfercht sein werden und in ihrer ganzen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Entwicklung gehemmt sein werden durch den von der Zwangsherrschaft genährten, das ganze öffentliche Leben vergiftenden nationalen Hass und nationalen Kampf».<sup>60</sup> Darin steckte etwas Wahres. Bei einer Gesamtbevölkerung von 14 Millionen Menschen lebten in der Tschechoslowakei drei Millionen Deutsche, 700.000 Ungarn, 550.000 Ruthenen sowie eine kleinere Zahl von Polen und Zigeunern. Tschechen und Slowaken machten zusammen drei Viertel der Bevölkerung aus, aber zwischen ihnen stand vieles, was sie trennte. Der tschechische Landesteil war durch die österreichische Herrschaft tief geprägt, ebenso wie der slowakische Teil durch die ungarische. Die Tschechen waren überzeugt, sie würden einer rückständigen Region Fortschritt und Zivilisation bringen, was bei den Slowaken naturgemäss Unmut auslöste. Ausserdem verweigerten die Tschechen, die im Parlament die Mehrheit stellten, der Slowakei die von Masaryk in Pittsburgh so grossmütig versprochene Autonomie. Als Grund gaben sie an, dass es nicht genügend gebildete Slowaken gebe, um eine eigene Verwaltung aufzubauen. Wichtiger war jedoch, dass sie den Deutschen, Ruthenen und Ungarn keinen Anlass geben wollten, die gleichen Rechte einzufordern.<sup>61</sup>

Es war ein Vorzeichen dessen, was kommen sollte, als die slowakische Wirtschaft, von den ungarischen Märkten und der ungarischen Kohle abgeschnitten, Anfang 1919 einbrach. Die Zuckerrüben verfaulten auf den Feldern, und Raffinerien schlossen ihre Tore. Slowakische Bauern und Arbeiter rebellierten, wie ein amerikanischer Beobachter berichtete, letztendlich gegen die neue Regierung in Prag: «Wir danken euch für nichts. Ihr sagt, ihr habt uns vor der politischen Unterdrückung durch die Ungarn gerettet, die tatsächlich ziemlich schlimm war, aber jetzt haben wir das Kriegsrecht, wir haben keine Arbeit, wenig zu essen, wir leiden unter der Kälte, und unsere Zukunft sieht düster aus.» Örtliche Priester fürchteten unter der Herrschaft der protestantischen Tschechen um den Katholizismus.<sup>62</sup> Als im Sommer Kämpfe zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn ausbrachen, wurden tschechoslowakische Truppen aus dem Hinterhalt von Slowaken attackiert.<sup>63</sup>

Im September erhielt Houses Vertrauter Stephen Bonsai Besuch von zwei Slowaken, die sich darüber beklagten, dass man sie gehindert hatte, die Tschechoslowakei zu verlassen, so dass sie nur auf dem beschwerlichen Umweg über Jugoslawien, Italien und die Schweiz nach Paris gelangt waren. Sie baten Bonsai, sich mit ihrem Führer zu treffen, einem krank dahniederliegenden Priester namens Andrej Hlinka. So eilte die kleine Gruppe kreuz und quer durch Paris, um etwaige Verfolger abzuschütteln, bevor sie sich zum verschlossenen Tor eines Klosters begaben. Bonsai fand Hlinka in einer Mönchszelle liegend und ein Gebetbuch lesend vor. Der Priester sprach von seiner Enttäuschung über die Tschechoslowakei. So schlimm seien die Ungarn gar nicht gewesen. «Wir haben seit tausend Jahren neben den Magyaren gelebt», erklärte er. «Alle slowakischen Flüsse fließen in die ungarische Tiefebene, und alle unsere Strassen führen nach Budapest, während wir von Prag durch die Barriere der Karpaten getrennt sind.» Slowaken seien gläubige Katholiken, Tschechen dagegen, was immer sie auch behaupten mochten, Heiden. Bonsai konnte Hlinka kaum Hoffnung machen, dass die Mächte rückgängig machen würden, was sie soeben erst beschlossen hatten. «Gott bestraft mich», sagte Hlinka traurig. «Aber ich werde vor Gott und den Menschen weiter für mein Volk bitten, das unschuldig und ohne Fehl ist.»<sup>64</sup>

In den 1920er Jahren entwickelte Hlinka seine Partei, die Slowakische Volkspartei, zur wichtigsten politischen Kraft der Slowakei. Im Mai 1938

brachte eine Gruppe amerikanischer Slowaken das Original des Pittsburgher Abkommens von 1918 im Triumph in die Slowakei, und Hlinka forderte die Regierung in einer Massenveranstaltung in Bratislava auf, Masaryks Versprechen zu erfüllen. Masaryk war im Jahr zuvor gestorben, und Hlinka segnete im Herbst das Zeitliche, als das Münchener Abkommen das so lange verschlossene Tor öffnete und die von ihren Verbündeten im Stich gelassene und auf allen Seiten von Feinden bedrängte Tschechoslowakei der Forderung von Hlinkas Nachfolger, dem Priester Józef Tiso, nachgab und der Slowakei innerhalb dessen, was von der Tschechoslowakei übrig geblieben war, die volle Autonomie gewährte. Hitler, der Blut geleckt hatte, drängte Tiso, die volle Unabhängigkeit zu verlangen, und so wurde im März 1939, als Hitlers Truppen in die Tschechoslowakei einrückten, ein neuer Staat geboren, die Slowakei. Allerdings begrüßten nicht alle Slowaken die Art und Weise, wie dies geschah, sowie den nationalsozialistischen Paten, mit dessen Segen es geschah.<sup>65</sup>

Tiso überlebte seine Schöpfung nur knapp. Er wurde 1946 in einer neu konstituierten Tschechoslowakei, die diesmal Stalin als Patron hatte, wegen Hochverrats verurteilt und hingerichtet.



## Österreich

Am 2. Juni 1919 fand im grossen Saal des alten Königsschlusses in Saint-Germain-en-Laye am Rand von Paris eine kurze Zeremonie statt. An einem mit rotem Tuch bedeckten Tisch wurden Delegierten aus Österreich, die einen Bruchteil dessen vertraten, was einst ein grosses Reich gewesen war, unter den Blicken mehrerer Reihen von alliierten Repräsentanten die Friedensbedingungen für ihr Land überreicht. Der tschechoslowakische Ministerpräsident, der einige der Österreicher aus der Zeit kannte, als sie alle Kollegen gewesen waren, wandte sich ostentativ ab.

Österreich-Ungarn, jene riesige Ansammlung von Territorien, welche die Habsburger seit dem 13. Jahrhundert so sorgsam zusammengefügt hatten, hatte sich bereits vor 1919 in Auflösung befunden. Der Erste Weltkrieg hatte ihm nur den letzten Stoss versetzt. Polen, Tschechen, Slowaken, Slowenen und Kroaten bildeten allesamt eigene Staaten, und Ungarn, das sich stets an der Herrschaft der Habsburger gerieben hatte, erhielt endlich seine Unabhängigkeit. Der letzte Habsburger Kaiser, ein sanfter, kränklicher junger Mann namens Karl, verzichtete im November 1918 auf die Ausübung der Regierungsgewalt, dankte aber nicht offiziell ab und behielt seine Titel, die Produkte so vieler Heiraten, Vereinbarungen und Eroberungen, und firmierte weiterhin als Kaiser von Österreich, König von Ungarn, Böhmen, Dalmatien, Kroatien, Slowenien, Lodomerien, Galizien und Illyrien, Erzherzog von Österreich, Grossherzog der Toskana und von Krakau, Herzog von Lothringen, Kärnten, Krain, Salzburg, Steiermark und der Bukowina, Grossherzog von Transsylvanien, Markgraf von Mähren, Herzog von Ober- und Unterschlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Teschen, Friaul, Ragusa und Zara, Fürstlicher Graf von Habsburg und Tirol und so weiter und so fort. Es war alles weg, und er erlag 1922 an seinem Verbannungsort Madeira, fern der Welt, einer Lungenentzündung. Seine Frau, Kaiserin Zita, starb im März 1989, wenige Monate, bevor die Teilung Europas in Ost und West endete.

Von der Erfüllung der Forderungen Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens in Anspruch genommen, schenkten die Friedensmacher Österreich und Ungarn kaum Beachtung. Die für die neuen Grenzen zuständige Territorialkommission hatte wie die meisten anderen angenommen, das kleine, auf seine deutschsprachigen Gebiete geschrumpfte Österreich und Ungarn, das bereits das alte Königreich Kroatien und die Slowakei verloren hatte, seien handlungsunfähig und würden ergeben darauf warten, zerstückelt zu werden. Was gegenüber Österreich und Ungarn nach dem Selbstbestimmungsprinzip gerecht und was nötig war, wenn sie überleben sollten, waren Fragen, die in Paris kaum jemanden kümmerten. Es gab für beide Länder nicht einmal eine eigene Kommission.

Der grössere Teil des alten Habsburgerreichs hatte sich in Alliierte verwandelt, was schwierige Fragen aufwarf, wie: Wer würde die österreichisch-ungarischen Reparationen zahlen? Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien? «Wir können nicht für einen Krieg verantwortlich gemacht werden, den wir verurteilen», betonte Beneš.<sup>1</sup> Die Alliierten pflichteten ihm bei, so dass als Feinde nur Österreich und Ungarn übrigblieben, zwei Länder, die beide über Jahrhunderte hinweg miteinander verbunden gewesen waren und den Kern des Habsburgerreichs gebildet hatten. Ihre Vertreter erklärten jedoch, dass sie nicht als dessen Erben angesehen werden könnten. So wies der österreichische Staatskanzler Karl Renner die Friedensmacher darauf hin, dass das alte Reich im November 1918 untergegangen sei. «Wir stehen also vor Ihnen», sagte er an jenem 2. Juni, «als einer der Teile des besiegten und untergegangenen Reiches.» Österreich sei ein neues Land. «Unsere junge Republik ist wie alle anderen [neuen Nationalstaaten auf dem Gebiet des alten Reichs] entstanden und ist ebenso wenig wie diese der Nachfolger der Monarchie.»<sup>2</sup> Zumindest die britischen Rechtsexperten hielten dieses Argument für stichhaltig. Die Italiener, die auf Gewinne auf Kosten Österreichs hofften, waren anderer Meinung.<sup>3</sup>

Sowohl Österreich als auch Ungarn baten um Nachsicht und Verständnis. Sie gaben zu, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht worden waren, aber das seien nicht ihre Fehler gewesen. Wie Deutschland beteuerten sie, eine Neugeburt und eine Reinigung durchgemacht zu haben.<sup>4</sup> Sie hätten die alte Staatsform überwunden und hätten sich Wilsons geheiligte Grundsätze aus vollem Herzen zu eigen gemacht. Die Amerikaner hörten es mit Wohlwollen.<sup>5</sup> Wilson wollte Österreich, sobald es den Friedensver-

trag unterzeichnet hatte, in den Völkerbund aufnehmen.<sup>6</sup> Die Europäer waren strenger; nach ihrer Ansicht mussten Österreich und Ungarn die Verantwortung für den Krieg übernehmen, so wie es Deutschland getan hatte, und auf dieser Basis bereit sein, Kriegsverbrecher auszuliefern und Reparationen zu zahlen. Als Österreich die heikle Frage nach der Verantwortung der anderen Teile des alten Reichs stellte, brachten die Alliierten das schwache Argument vor, dass die Österreicher den Krieg begeisterter unterstützt hätten als alle anderen, weshalb Österreich verpflichtet werden sollte, «seinen gesamten Anteil an der Verantwortung für das Verbrechen, das so viel Unheil über die Welt gebracht hat, zu übernehmen».<sup>7</sup>

In Wirklichkeit waren sogar die Europäer bereit, Österreich weniger hart zu behandeln als Ungarn. Lloyd George hegte keine besonders feindseligen Gefühle gegen das Land.<sup>8</sup> Clemenceau, dessen Bruder mit einer Österreicherin verheiratet war, hatte sich vor dem Krieg häufig dort aufgehalten. Wie viele seiner Landsleute hatte er Österreich-Ungarn für verrückt gehalten, sich mit Deutschland zu verbünden, aber er hatte erst gegen Ende des Krieges die Auflösung des Habsburgerreiches gefordert.<sup>9</sup> Orlando sprach dramatisch von Österreich als Italiens Hauptfeind im Krieg, aber die italienische Politik war zwiespältig. Österreich war in der Vergangenheit sowohl Feind als auch Verbündeter gewesen. Italien wollte sich österreichische Gebiete aneignen, insbesondere in Tirol, aber es wollte nicht, dass Jugoslawien das Gleiche tat. Italienische Diplomaten gaben der österreichischen Regierung zu verstehen, dass ihre beiden Länder, wenn wegen Tirol kein unnötiger Streit entstünde, eine enge wirtschaftliche Verbindung eingehen könnten.<sup>10</sup>

Ungarn war ein anderer Fall. Es wurde 1919 bolschewistisch, während Österreich weiterhin sozialdemokratisch regiert wurde. Ungarn befand sich mit den meisten seiner Nachbarn in bewaffneten Auseinandersetzungen, während Österreich friedlich war. Ungarn verdiente eine Bestrafung, Österreich Sympathie. Hilfreich war auch, dass Österreich im Gegensatz zu Deutschland und Ungarn zu klein war, um eine Bedrohung darzustellen. Es hatte keinen starken Nationalismus, da es nie ein Staat gewesen war, sondern stets Teil des Habsburgerreiches. 1919 war es eine merkwürdige, unglückliche Waise mit winzigem Körper und riesigem Kopf, den deutschsprachigen Landesteilen mit ihren malerischen Bergen und ver-

armten Tälern sowie der früheren kaiserlichen Hauptstadt Wien, deren grandiose Paläste, riesige Büros, breite Prachtstrassen, weite Paradeplätze, Kathedralen und Kirchen für die Herrscher über 50 Millionen Untertanen erbaut worden waren, nicht für sechs Millionen Einwohner einer kleinen Republik. «Wir haben Tausende von Beamten, die wir nicht brauchen», beklagte sich der Staatskanzler gegenüber einem mitfühlenden amerikanischen Besucher, «und mindestens zweihunderttausend Arbeiter. Die Frage, was mit ihnen geschehen soll, erfüllt mich mit Angst.»<sup>11</sup>

Als das Habsburgerreich zusammenbrach, zerfiel auch ein ökonomischer Organismus, dessen Herz Österreich gewesen war. Im November 1918 hörte der Handel, durch den Lebensmittel und Rohstoffe nach Österreich importiert und Fertigwaren exportiert worden waren, abrupt auf, als wäre er mit einer Axt abgetrennt worden, wie eine Wiener Zeitung es ausdrückte.<sup>12</sup> Die Kohle und die Kartoffeln, die bisher aus Böhmen kamen, und das Rindfleisch und der Weizen aus Ungarn befanden sich jetzt auf der falschen Seite der neuen Grenzen. Österreich verfügte nicht über die Mittel, um sie kaufen zu können, und seine neuen Nachbarn waren nicht geneigt, sich grosszügig zu zeigen. Tatsächlich beanspruchten sie umgekehrt einen Anteil an den kaiserlichen Besitztümern in Wien: an Kunstwerken, Mobiliar, wissenschaftlichen Sammlungen, Bibliotheken, Archiven und sogar Laboratorien. Italien stimmte mit der Forderung nach der Rückgabe von Kunstwerken, die nach Wien verbracht worden waren, als es Italien noch nicht gab, in diesen Chor ein, und Belgien verlangte ein von Maria Theresia erworbenes Triptychon zurück.<sup>13</sup>

In Paris trafen beunruhigende Berichte über die Zustände in Österreich ein, über von Vieh entleerte Landstriche, leere Auslagen in den Geschäften, die Ausbreitung von Tuberkulose, Männer in zerfetzten Uniformen, zig Tausende von Arbeitslosen – 125.000 allein in Wien. Fabriken standen still, und Eisenbahnen und Strassenbahnen fuhren nur noch sporadisch. Der frühere Oberbefehlshaber des kaiserlichen Heeres betrieb ein kleines Tabakgeschäft, und niederrangige Offiziere arbeiteten als Schuhputzer. Hungernde Kinder bettelten in den Strassen, und vor den Suppenküchen bildeten sich lange Schlangen. Mädchen aus gutbürgerlichen Familien verkauften sich für Lebensmittel und Kleidung. Während einer der häufigen gewalttätigen Demonstrationen wurden mehrere Polizeipferde getötet, denen binnen Minuten das Fleisch von den Knochen gerissen wurde.

Die Wiener Kaffeehäuser hatten weiterhin geöffnet, und ihre Kapellen spielten wie eh und je. Aber die Besucher tranken Gerstenkaffee und behielten ihre Mäntel an. Geschäfte und Restaurants schlossen früh, um Brennstoff zu sparen, und die Theater durften nur an einem Abend in der Woche öffnen. Die Strassen waren verdreckt, Fenster waren mit Brettern zugemagelt, weil es kein Glas für neue Scheiben gab. Die Habsburger Schlösser waren geplündert worden und Schönbrunn wurde als Heim für ausgesetzte Kinder genutzt, während die Hofburg für private Feiern vermietet wurde.<sup>14</sup>

Im Januar 1919 wurde der britische Beamte (und spätere Vater des Wohlfahrtsstaats) William Beveridge von Paris nach Österreich geschickt, um festzustellen, was das Land brauchte. Er warnte, dass ohne sofortige Hilfe mit einem vollständigen gesellschaftlichen Zusammenbruch zu rechnen sei.<sup>15</sup> Die Regionen weigerten sich bereits, Wien mit Lebensmitteln zu beliefern. In Vorarlberg, der Westspitze Österreichs, wurde der Anschluss an die Schweiz propagiert. Die sozialdemokratische Regierung konnte kaum etwas tun und musste sich die Macht mit einer selbsternannten Volksmiliz teilen.<sup>16</sup> Die Friedensmacher wussten, was das alles bedeutete, und da sie nicht wollten, dass Österreich den gleichen Weg wie Russland und Ungarn ging, hoben die Alliierten ihre Blockade gegen Österreich auf, gewährten der österreichischen Regierung Kredite und lieferten Lebensmittel und Kleidung. Österreich wurde nach Deutschland, Polen und Belgien der viertgrösste Nutzniesser alliierter Hilfsleistungen.<sup>17</sup> Im Frühjahr 1919 war die Lage ernst, aber noch nicht hoffnungslos, wie ein österreichischer Journalist einem Amerikaner erklärte.<sup>18</sup> Als die Kommunisten im Juni den Versuch unternahmen, mit Gewalt die Macht zu ergreifen, konnte der Aufstand relativ leicht niedergeschlagen werden.

Als die Österreicher aufgefordert wurden, ihre Delegierten nach Paris zu schicken, war der Friedensvertrag für Österreich noch lange nicht fertig, aber man wollte zeigen, wie Wilson erklärte, dass die Alliierten ihre Regierung unterstützten. Die Ungarn konnte man nicht einladen, solange in Budapest eine kommunistische Regierung herrschte, die zweifellos mit den russischen Bolschewisten verbündet war. Lloyd George war weniger streng. Er hatte zwar gehört, dass zweihundert Angehörige des Bürgertums in Budapest getötet worden waren, war sich aber nicht sicher, ob das auch stimmte. «Wir können uns nicht weigern, mit den Ungarn Frieden zu schliessen», gab er zu bedenken, «nur weil uns ihre Regierung nicht ge-

fällt.» Am Ende erwies es sich als unmöglich, die Ungarn nach Paris kommen zu lassen, da zwischen Ungarn und seinen Nachbarn Kämpfe ausgebrochen waren.<sup>19</sup>

Leiter der österreichischen Delegation war Staatskanzler Renner, ein gemässigter Sozialist und Realist.<sup>20</sup> Als er nach Paris abfuhr, wurde ihm von den Journalisten, die sich im Bahnhof um ihn drängten, zugerufen, er möge einen «guten Frieden» heimbringen, worauf Renner erwiderte, «dass Deutschösterreich als unterlegener Staat sich keine allzu grossen Hoffnungen machen dürfe».<sup>21</sup> Unter den Experten, die er mitnahm, war ein bekannter Pazifist, ein Journalist, der aus der Vorkriegszeit Freunde in Paris besass, zu denen auch Clemenceau gehörte, und der zugleich ein veritabler britischer Held war. Rudolf Slatin hatte General Gordons katastrophale Expedition in den Sudan mitgemacht, war vom Mahdi jahrelang gefangen gehalten worden und nach seiner Befreiung durch Kitchener vom britischen König geadelt worden. Slatin Pascha, als der er den Briten im Gedächtnis geblieben war, schrieb an seinen alten Freund Balfour und bat ihn, der österreichischen Delegation zu gestatten, von Angesicht zu Angesicht mit den Friedensmachern zu verhandeln. Balfour bedauerte, dass dies ausgeschlossen war, benutzte die Verbindung zu Slatin jedoch als inoffiziellen Kommunikationskanal.<sup>22</sup>

Bei der Ankunft in Paris entschuldigte sich Renner auf Französisch, dass er diese Sprache nicht könne. Er erklärte, wie sehr es ihn freue, zum ersten Mal in Paris zu sein, und lächelte pflichtschuldig in die Kameras der Reporter. Einem Mitglied seiner Delegation gelang eine feinsinnige Spitze, als es auf die Frage nach der Zugfahrt über die Schlachtfelder antwortete: «Jemand war so aufmerksam, die Fahrt unseres Zuges zu verlangsamen, so dass wir sehen konnten, wie schön Frankreich im Wonnemonat Mai ist.»<sup>23</sup> Die Österreicher verhielten sich tadellos, obwohl sie auf ihre Friedensbedingungen warten mussten, weil der Rat der Vier sie zwar in einem Anfall von Enthusiasmus eingeladen, aber ebenso schnell auch wieder vergessen hatte. Sie spielten Karten, lasen und machten lange Spaziergänge. «Wir hatten gutes französisches Essen und Wein», erinnerte sich einer von ihnen, «was die meisten von uns nach den langen Hungerjahren genossen.» Gelegentlich unternahmen ihre alliierten Bewacher Ausflüge mit ihnen. Der Bauernsohn Renner bat darum, eine französische Landwirtschaftsschule besuchen zu dürfen. Die Österreicher hinterliessen

einen guten Eindruck, ganz anders, wie alle fanden, als die Deutschen, die inzwischen ebenfalls in Paris eingetroffen waren. Bei den Einwohnern von Saint-Germain-en-Laye besonders beliebt war ein Delegierter aus Tirol in kastanienbrauner Jägerjacke und einem kleinen grünen Hut mit einer grossen schwarzen Feder. Sie begriffen nicht, dass er Trauer trug, weil der überwiegend deutschsprachige südliche Teil Tirols bereits Italien zugesprochen worden war.<sup>24</sup>

Es sickerte genug über die Friedensbedingungen durch, hauptsächlich von den Italienern, die die Österreicher in eine bedrückte Stimmung versetzen wollten. Die österreichischen Grenzen festzulegen, hatte man überwiegend den Komitees überlassen, die sich die Forderungen von Ländern wie der Tschechoslowakei oder Ungarn anhörten, aber nicht diejenigen von Österreich selbst.<sup>25</sup> Galizien ging an Polen, Böhmen an die Tschechoslowakei, mitsamt rund drei Millionen deutschsprachigen Einwohnern. Aussenminister Otto Bauer, Österreichs klügster Sozialdemokrat, hielt in Wien eine leidenschaftliche Rede: «Nicht weniger als zwei Fünftel unseres Volkes sollen ungefragt, sollen gegen ihren unzweifelhaften Willen der Fremdherrschaft unterworfen, ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt werden.»<sup>26</sup> Das hatte etwas für sich, aber nur wenige in Paris waren bereit, es sich anzuhören.

Ausserdem hatten die Alliierten entschieden, dass es Österreich nicht erlaubt sein sollte, sich mit Deutschland zusammenzuschliessen.<sup>27</sup> 1919 sahen viele Österreicher im Anschluss an Deutschland die einzige Hoffnung auf Schutz und Wohlstand für ihr kleines Land. An den Universitäten und in den Kaffeehäusern sprachen alldeutsche Intellektuelle in dramatischer Art und Weise davon, den beschädigten Zweig wieder an den grossen deutschen Baum anzufügen. Die Sozialdemokraten waren begeistert, da Deutschland, wie Otto Bauer ausführte, nach links tendierte. Die österreichische mit der deutschen Arbeiterschaft zu vereinen, würde den Sozialismus insgesamt stärken. Renner nahm eine pragmatischere und weiter verbreitete Haltung ein: «Die Furcht, sich allein nicht ernähren zu können und daheim keine Arbeit zu finden», schrieb er im Rückblick, «die plötzliche Schrumpfung des Arbeitsmarktes waren es ..., die 1918 beinahe jedermann den Anschluss an Deutschland als einzigen denkbaren Ausweg erscheinen liess.»<sup>28</sup> Gleichwohl hatten viele Österreicher Vorbehalte: Katholiken (die grosse Mehrheit) mochten die norddeutschen Protestanten

nicht, Geschäftsleute fürchteten die deutsche Konkurrenz, und Wiener wollten nicht, dass ihre Stadt künftig den zweiten Platz hinter Berlin einnahm. Österreicher aller Schichten erinnerten sich an die lange Rivalität zwischen Preussen und Österreich um die Führung aller Deutschen und daran, dass Deutschland Österreich-Ungarn im Krieg daran gehindert hatte, einen Separatfrieden zu schliessen.

Einen Tag nach Kriegsende, am 12. November 1918, beschloss die neue provisorische Nationalversammlung eine Resolution zugunsten des Anschlusses und nahm Verhandlungen mit Deutschland auf. Die Österreicher agierten jedoch vorsichtig und betonten, dass bei einem Zusammenschluss der einzigartige Charakter Österreichs bewahrt werden müsse.<sup>29</sup> Die Deutschen verhielten sich ebenso vorsichtig. Man wollte die Friedensmacher nicht unnötig verärgern, besonders nicht, bevor die eigenen Friedensbedingungen feststanden. Der deutsche Aussenminister Graf Brockdorff-Rantzau machte Bauer klar, dass Deutschland an sich selbst denken müsse. Wenn die Alliierten glaubten, es würde im Süden Territorium dazugewinnen, wären sie, insbesondere Frankreich, umso eher geneigt, ihm Gebiete im Westen und Osten wegzunehmen.<sup>30</sup>

Die Gespräche waren fruchtlos. Hauptsächlich auf französisches Drängen hatten sich die Alliierten dafür entschieden, einen Zusammenschluss zwischen den beiden deutschsprachigen Ländern zu verbieten.<sup>31</sup> Bei Kriegsende hatten die Franzosen kurzzeitig mit dem Gedanken gespielt, Österreich und Bayern zu ermuntern, sich zu vereinen, um einen starken katholischen Block als Gegengewicht zum protestantischen Preussen zu bilden.<sup>32</sup> Als im Frühjahr 1919 klar wurde, dass weder die Briten noch die Amerikaner eine Aufspaltung Deutschlands billigen würden, war es das Ziel der Franzosen, stattdessen zu verhindern, dass Österreich Deutschland in die Hände fiel. In Wien machte der französische Gesandte unmissverständliche Andeutungen, dass Österreich, wollte es günstige Friedensbedingungen haben, sich den Gedanken an den Anschluss aus dem Kopf schlagen sollte.<sup>33</sup> Frankreich sei für Frieden, erklärte Clemenceau. «Aber wenn wir unsere Rüstung verringern und wenn gleichzeitig Österreich sechs Millionen Einwohner zur Bevölkerung Deutschlands hinzufügt, wird sich die Macht unseres Nachbarn in einer für uns bedrohlichen Weise vergrössern.»<sup>34</sup> Wilson war wegen eines Verstosses gegen das Selbstbestimmungsprinzip beunruhigt, nicht, wie er schnell hinzufügte, in Bezug auf



Deutschland, sondern in Bezug auf Österreich. Allerdings berichteten ihm seine Agenten aus Wien, dass die Unterstützung für den Anschluss abnahm. Ausserdem konnte er zu einem Zeitpunkt, zu dem seine Beziehungen zu den Italienern höchst angespannt waren, keinen weiteren Streit mit den anderen Friedensmachern gebrauchen. Im April 1919 einigte er sich mit Clemenceau darauf, eine Klausel in den Vertrag mit Deutschland aufzunehmen, die es verpflichtete, die österreichischen Grenzen anzuerkennen. Lloyd George willigte ein, angeblich, wie die Österreicher später behaupteten, weil Clemenceau ihm französische Erdölkonzessionen in Persien versprochen hatte.<sup>35</sup> Der britische Premierminister schlug als Kompromiss vor, Österreich den Zusammenschluss mit Deutschland zu erlauben, wenn der Völkerbund zustimmte. Wilson nahm den Vorschlag erleichtert an, und in die Verträge für beide Länder wurden entsprechende Bestimmungen eingefügt.<sup>36</sup> Da im Völkerbund fast alle Entscheidungen einstimmig getroffen werden mussten, erhielten Frankreich und Italien damit praktisch ein Vetorecht.

Ende Mai beschwerte sich die österreichische Delegation vorsichtig, sie fühle sich wegen der «Ungewissheit» über die Friedensbedingungen unwohl.<sup>37</sup> Der Vertrag für Österreich bestand ebenso wie diejenigen für Ungarn, Bulgarien und die Türkei immer noch aus über diverse Kommissionen und Komitees verstreuten Einzelteilen. Der Rat der Vier, der die endgültigen Vertragsentwürfe billigen musste, war mit letzten Verhandlungen über den deutschen Vertrag und der Diskussion der italienischen Forderungen beschäftigt. Österreich und seine Probleme rangierten weiter hinten auf der Dringlichkeitsliste.

Was der österreichischen Delegation am 2. Juni schliesslich übergeben wurde, war ein eilig zusammengeschustertes Dokument, ein «Trugbild von einem Vertrag», wie Hankey fand. Manche Klauseln waren direkt aus dem deutschen Vertrag übernommen worden, und man hatte keine Zeit gehabt, den Text auf Richtigkeit und Kohärenz zu prüfen. So erfuhren die Österreicher zu ihrem Erstaunen, dass sie keine U-Boote besitzen durften.<sup>38</sup> Ausserdem waren die Bestimmungen, wie Clemenceau leicht verlegen anmerkte, unvollständig. Über bestimmte Abschnitte der österreichischen Grenze hatten sich die Alliierten nicht einigen können, insbesondere über die Grenze zu Italien in Tirol und jene zu Jugoslawien. Aufgrund einer in letzter Minute aufgetretenen Meinungsverschiedenheit hatte Cle-

menceau den Abschnitt über die österreichisch-jugoslawische Grenze kurz vor der Übergabe des Vertrags buchstäblich aus ihm herausreissen müssen.<sup>39</sup>

Obwohl die Friedensmacher den deutschen Vertrag als Vorlage benutzt hatten, hatten sie mit Österreich weniger Schwierigkeiten. In Bezug auf die Kriegsschuld, zum Beispiel, war es eine Sache, den deutschen Kaiser zu bestrafen, aber der österreichische hatte, wie Lloyd George hervorhob, 1914 noch gar nicht auf dem Thron gesessen.<sup>40</sup> Hinsichtlich der Reparationen hatten die Experten ursprünglich einen unmöglichen Plan ausgearbeitet, nach dem Österreich und Ungarn sowohl den grössten Teil der Kriegsschulden des Habsburgerreichs übernehmen als auch Reparationen zahlen sollten. «Wenn man jemanden mit Almosen am Leben erhält», bemerkte Balfour, «kann man nicht gleichzeitig von ihm verlangen, Schulden zu bezahlen.» Mit der Bestimmung der Höhe der Reparationen wurde schliesslich die Reparationskommission beauftragt, die nach zwei Jahren feststellte, dass Österreich überhaupt nichts zahlen könne.<sup>41</sup> Ungarn hatte weniger Glück und wurde zu jährlichen Zahlungen in Gold und Sachwerten verpflichtet. Tatsächlich erfüllte es mehrere Jahre lang seine Verpflichtungen, bis seine wirtschaftliche Lage so schlecht wurde, dass die Alliierten sowohl Kredite gewährten als auch die vorläufige Einstellung der Reparationszahlungen billigten. 1930, mitten in der Weltwirtschaftskrise, wurde ein neuer Zahlungsplan vereinbart, nach dem die Zahlungen 1944 wieder beginnen sollten.

Bei der Übergabe der Friedensbedingungen, die anschliessend veröffentlicht wurden, hielt Renner eine würdevolle, versöhnliche Rede, in der er erklärte: «Wir wissen, dass wir den Frieden aus Ihren Händen, aus den Händen der Sieger zu empfangen haben. Wir sind entschlossen, jeden Vorschlag, der uns gemacht wird, auch jeden Rat, den Sie uns geben, in aufrichtiger Weise zu prüfen.»<sup>42</sup> Als die österreichische Delegation in ihrem Hotel den Vertrag studierte, wurde sie «sehr traurig, bitter und deprimiert», musste sie doch erkennen, «dass Österreich härtere Bedingungen bekommen hatte als Deutschland», während es gehofft hatte, «günstigere zu erhalten».<sup>43</sup> In Österreich selbst, wo eine dreitägige Staatstrauer ausgerufen wurde, war man zutiefst schockiert und enttäuscht. «[N]iemals», hiess es im Leitartikel einer linken Zeitung, «hat der Inhalt eines Friedensvertrages die Absichten, die bei dessen Gestaltung gewaltet haben sollten, so gröblich verleugnet wie bei diesem Vertrag.»<sup>44</sup>

Nachdem die Österreicher ihre Erwidderung eingereicht hatten, warteten sie auf die Antwort der Friedensmacher, deren Zahl durch die Abreise vieler Spitzenpolitiker dezimiert war. Die österreichische Strategie bestand darin, sich auf einige Schlüsselfragen zu konzentrieren, anstatt sich mit allen Klauseln zu beschäftigen. Die Reparationsbestimmungen hatten sie, aus dem einsichtigen Grund, dass sie niemals in der Lage sein würden zu zahlen, unbeanstandet gelassen. Es gelang ihnen tatsächlich, Zugeständnisse zu erreichen, etwa die Klausel, die bestimmte, dass die österreichischen Kunstschatze nicht unter den Nachfolgestaaten aufgeteilt werden dürften.<sup>45</sup>

Die Friedensmacher stimmten auch der Abhaltung einer Volksabstimmung im von Jugoslawien beanspruchten Gebiet um Klagenfurt zu, vielleicht zum Ausgleich für die Missachtung der Selbstbestimmung der Deutschen, die im Norden unter tschechoslowakische Herrschaft kamen, vielleicht aber auch, weil Jugoslawien nicht die gleiche Begeisterung auslöste wie die Tschechoslowakei, oder vielleicht einfach, um zu entschärfen, was zu einem weiteren kleinen Krieg zu werden drohte. Die Bevölkerung des Gebiets war gemischt; die Mehrheit der 150.000 Einwohner war slowenischsprachig, während die wichtigsten Städte deutsch geprägt waren. Die meisten Einwohner konnten jedoch problemlos von der einen in die andere Sprache wechseln. Einst an der Grenze zwischen Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich gelegen, war es jetzt ein friedliches Gebiet mit schönen Seen und Bergen an der Nordflanke der Karawanken, voller mittelalterlicher Klöster, gotischer Kirchen, Barockschlösser und gekalkter Berghütten. Bei Kriegsende gab es im Norden eine improvisierte österreichische Verwaltung und im Süden ein jugoslawisches Besatzungsregime, dessen Härte bald Widerstand hervorrief. Die Spannung zwischen Österreichern und Jugoslawen entlang der Waffenstillstandslinie war gross und führte gelegentlich zu Kämpfen.<sup>46</sup> Im Februar fuhr eine amerikanische Mission durch das Gebiet und befragte zufällig ausgewählte Einwohner, welcher Nation sie sich zugehörig fühlten. Das Ergebnis überraschte die Amerikaner: «Ein Slowene, der kein Jugoslawe sein will, ist eine Merkwürdigkeit, die wir uns nie hätten vorstellen können, wenn wir sie nicht selbst gesehen hätten, und zwar in grosser Zahl.»<sup>47</sup>

Italien war das grösste Hindernis für eine Entscheidung. Es lehnte nicht nur jugoslawische Ansprüche grundsätzlich ab, sondern wollte auch verhindern, dass die Eisenbahnstrecke zwischen seinem neuen Hafen Triest

und Wien über jugoslawisches Territorium verlief. Die für Rumänien und Jugoslawien zuständige Kommission gab die Frage an den Obersten Rat weiter, der sie einfach wieder an sie zurückverwies. Im Mai wurde das kleinere Klagenfurter Problem in den erbitterten Streit zwischen Italien und seinen Verbündeten über die italienische Ostgrenze hineingezogen. Die Jugoslawen schauten von aussen besorgt zu, und die Österreicher schöpften Hoffnung. «Bei den ‚Grossen Vier‘», berichtete der britische Journalist Wickham Steed, «war die deutliche Neigung zu erkennen, die Österreicher zu schonen. Die Südslawen begannen zu fürchten, dass die Italiener ihnen gegenüber an der Adria einen harten Kurs verfolgen würden, während die anderen Alliierten die Österreicher zu einem harten Kurs in den Beratungen über die slowenische Grenze in Kärnten ermutigten.»<sup>48</sup> Die jugoslawische Delegation schraubte ihre Forderungen etwas zurück, doch diese Geste wurde zunichtegemacht, als jugoslawische Truppen Ende Mai in Kärnten nach Norden vorstiessen. Der Rat der Vier ordnete einen Waffenstillstand an, doch seine Autorität war bereits so weit geschwunden, dass die Waffen erst einige Wochen später schwiegen. In der Zwischenzeit hatte Jugoslawien das gesamte Gebiet um Klagenfurt eingenommen und eine Menge österreichisches Kriegsmaterial erobert. Ausserdem brachten die Italiener einen Teil einer wichtigen Eisenbahnstrecke unter ihre Kontrolle.

Die Idee einer Teilung, die jetzt diskutiert wurde, wiesen die Jugoslawen zurück; auch gegen den hauptsächlich von den Briten und Amerikanern vertretenen Vorschlag einer Volksabstimmung leisteten sie hinhaltenden Widerstand. (Sie vermuteten zu Recht, dass sie den Kürzeren ziehen würden.<sup>49</sup>) Eine gewisse Unterstützung erhielten sie von Clemenceau, der stets befürchtete, dass man ihn auffordern könnte, in Elsass-Lothringen eine solche Abstimmung abzuhalten. Wilson war jedoch entschlossen, wenigstens im Klagenfurter Gebiet die Einwohner selbst über ihr Schicksal entscheiden zu lassen. Am 31. Mai verkündete er nach einer Sitzung des Rats der Vier: «Wenn die Experten mir bitte folgen wollen, werde ich Ihnen die Angelegenheit erläutern.» Die Grossen Vier und ihre Experten beugten sich über eine auf dem Fussboden ausgebreitete riesige Landkarte, wobei sich ein gereizter Orlando einen Platz erobern musste, indem er einen Amerikaner beiseiteschob.<sup>50</sup>

Die Jugoslawen murmelten etwas davon, den Vertrag mit Österreich

boycottieren zu wollen, stimmten dann aber einem Kompromiss zu. Im unmittelbar nördlich von Slowenien gelegenen Teil Österreichs sollte eine Volksabstimmung stattfinden, und wenn sich die Einwohner für den Anschluss an Jugoslawien aussprachen, sollte auch im nördlichen, stärker deutsch geprägten Teil eine Abstimmung abgehalten werden. Die Abstimmung fand im Oktober 1920 in beispielhafter Weise, wie alle Beobachter bestätigten, statt und ergab eine Mehrheit von 22.000 zu 15.000 Stimmen für den Verbleib bei Österreich. Die Wähler hatten sich offenbar von dem Gedanken an die wirtschaftlichen Verbindungen zu Österreich und dem Eindruck, dass Österreich weiter entwickelt war als der neue jugoslawische Staat, leiten lassen. Bei weiblichen Wählern könnte auch das Wissen eine Rolle gespielt haben, dass ihre Söhne in Jugoslawien mit der Einberufung zum Militär zu rechnen hatten, während in Österreich diese Gefahr nicht bestand. Ob sie genauso abgestimmt hätten, wenn sie in die Zukunft hätten blicken können, ist fraglich, denn als Österreich im nationalsozialistischen Deutschland aufging, mussten die slowenischen Kinder in deutsche Schulen gehen und wurde die slowenische Identität weitgehend unterdrückt.<sup>51</sup>

Die jugoslawische Armee unternahm unmittelbar nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses einen dramatischen Marsch in die umstrittene Zone, zog sich aber zwei Tage später ohne Aufhebens wieder zurück. Die Slowenen in Jugoslawien beklagten sich bitterlich über die «Amputation» von nationalem Territorium und vermuteten, wahrscheinlich zu Recht, dass die Serben nie wirklich bereit gewesen waren, bis zum Äussersten zu gehen, und sich mehr für die serbischen Grenzen im Norden und Osten interessierten.<sup>52</sup> So wurde die Liste der Klagen im neuen jugoslawischen Staat um einen Punkt erweitert, und eine weitere schmerzliche Erinnerung belastete das Verhältnis zu seinen Nachbarn.

Österreich bat die Alliierten noch um ein weiteres Zugeständnis, einen Landstreifen am Westrand von Ungarn. (Der Form nach ähnelte er dem von den Friedensmachern abgelehnten Korridor zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien.) Als Grund verwiesen die Österreicher darauf, dass die Bevölkerung überwiegend aus Deutschen bestünde. Leider hatten sie nie unter österreichischer Herrschaft gelebt und schienen sich Ungarn zugehörig zu fühlen. Natürlich, bemerkte ein britischer Experte, hätte es keinen Sinn, sie zu befragen, da die kommunistische Revolution in Ungarn

sie völlig verwirrt habe. Ausserdem führten die Österreicher strategische Gründe an – Wien sowie wichtige Strassen und Eisenbahnstrecken lägen zu dicht an der ungarischen Grenze – und verwiesen auf die Bedeutung des Gebiets für die Ernährung Wiens. Von dort seien schon immer Lebensmittel in die Hauptstadt geliefert worden, in der, seit Ungarn ein selbständiger Staat geworden sei, Gemüse und Milch knapp geworden seien.<sup>53</sup> Die Ungarn brachten Gegenargumente vor, aber die Friedensmacher schlossen sich der österreichischen Auffassung an und sprachen das betreffende Gebiet, bis auf eine Stadt, Österreich zu. 1938 versuchte Ungarn erfolglos, Hitler zu bewegen, ihm das Gebiet als Gegenleistung für die ungarische Neutralität während des Anschlusses Österreichs ans Deutsche Reich zurückzugeben.<sup>54</sup> So wurde Österreich das einzige besiegte Land, das auf der Friedenskonferenz einen territorialen Zugewinn erzielte. Im September 1919 unterzeichnete es den Vertrag von Saint-Germain.

Österreichs erste Erfahrung mit der Unabhängigkeit war wenig glücklich. In den 1920er Jahren stolperte es, von spärlichen ausländischen Krediten nur knapp über Wasser gehalten, von einer Wirtschaftskrise in die nächste. Die Arbeitslosigkeit lag schon vor der Weltwirtschaftskrise bei weit über zehn Prozent. Als Hitler im März 1938 mit Duldung der Austrofaschisten in Österreich einmarschierte, bejubelte die grosse Mehrheit der Österreicher den Anschluss. Sogar vernünftige Menschen wie Renner liessen sich kurzzeitig von der Hochstimmung mitreissen. Hitler unternahm unter dem Jubel begeisterter Menschen, die ihm Blumen zuwarfen, eine Triumphfahrt von seiner Geburtsstadt an der deutsch-österreichischen Grenze nach Wien. 1945 erhielt ein geläutertes Österreich seine Eigenständigkeit zurück, und der 74-jährige Renner wurde sein Präsident. Seither ist der Anschluss kein Thema mehr.

## Ungarn

Am 23. März 1919, als sich die ersten Anzeichen des Frühlings zeigten, gingen zwei amerikanische Experten mit hängenden Köpfen durch den Bois de Boulogne. «Wir hatten gerade vom Ausbruch von Unruhen in Ungarn erfahren», notierte einer von ihnen in seinem Tagebuch, «die, wenn sie sich ausbreiten, unsere Abkommen für eine ganze Weile zu Altpapier machen können.»<sup>1</sup> Hatte Österreich in Paris eine gewisse Besorgnis hervorgerufen, so liess Ungarn die Alarmglocken schrillen, insbesondere, als der zuvor unbekannte Kommunist Béla Kun in Budapest die Macht ergriff. Plötzlich schien der Bolschewismus einen grossen Schritt in die ungarische Tiefebene getan zu haben, die nicht nur wohlhabend, sondern auch von herausragender strategischer Bedeutung war. Nach Österreich, wo bereits Sozialisten regierten, und auf den Balkan war es nur noch ein Katzensprung, und ein weiterer Sprung brächte den Bolschewismus nach Bayern, wo die Kommunisten kurz davor standen, ihren kurzen Augenblick der Macht zu erleben. Kun selbst sandte widersprüchliche Signale aus, indem er einerseits die Alliierten zu beruhigen versuchte, andererseits aber der Arbeiterklasse ihrer Länder brüderliche Grüsse zukommen liess. Wirklich besorgniserregend war indes sein Vertragsangebot an Lenin. Möglicherweise würden die beiden kommunistischen Länder über das umstrittene Gebiet an den Osträndern Polens und der Tschechoslowakei, wo sich bolschewistische Truppen angeblich bereits auf dem Vormarsch befanden, eine direkte Verbindung herstellen.

Schon bevor Kun auf der politischen Bühne erschienen war, hatten die Friedensmacher Ungarn mit Argwohn betrachtet. Mit seinen Magnaten, seiner geduckten Bauernschaft und seiner Geschichte (die Magyaren waren im 9. Jahrhundert aus Zentralasien gekommen) hatte es etwas Uneuropäisches an sich. Liberale gaben in der Regel der ungarischen Oligarchie die Schuld an den schlimmsten Mängeln des Habsburgerreichs.<sup>2</sup> «Es wird viel davon geredet, die Revolution in Ungarn zu unterdrücken», stellte Lloyd George im Rat der Vier fest, kurz nachdem die Neuigkeit eingetrof-

fen war. «Ich sehe keinen Grund, warum wir das tun sollten. Es gibt nur wenige Länder, die eine Revolution so nötig haben. Ich hatte gerade heute erst ein Gespräch mit jemandem, der Ungarn besucht hat und es gut kennt; er sagte mir, dass das Land das schlimmste Feudalsystem in Europa hat. Die Bauern werden dort noch genauso unterdrückt wie im Mittelalter, und das Gutsherrenrecht existiert immer noch.»<sup>3</sup>

Trotz seiner mangelnden Kenntnisse von Mitteleuropa lag Lloyd George diesmal nicht ganz falsch. Budapest war eine elegante, moderne Hauptstadt, aber die ländlichen Gebiete, die einen Grossteil des ungarischen Wohlstands produzierten, waren eine andere Sache. Die Leibeigenschaft war zwar 1848 abgeschafft worden, aber ein grosser Teil des Landes gehörte immer noch zu riesigen Gütern, die sich im Besitz von Adligen oder der Kirche befanden. So gehörten Fürst Esterhazy im Jahr 1914 230.000 Hektar Land; einer seiner Vorfahren hatte sich eine Uniform schneidern lassen, deren Knöpfe aus Diamanten bestanden und deren Nähte durch Perlen markiert wurden. Die grossen Familien waren weitläufig und international; sie besaßen Häuser in Wien und Paris, englische Kindermädchen und Butler, französische Köche und deutsche Hofmusiker. Sie sprachen fließend Französisch und Latein, weniger Ungarisch. Aus ihren Reihen kamen die Staatsmänner und Generale, gelegentlich sogar liberale Reformer, aber die meisten waren zutiefst konservativ und ohne jedes Interesse an allem, was ausserhalb ihrer eigenen Welt lag.<sup>4</sup> Sie misstrauten Juden, obwohl reiche jüdische Industrielle und Bankiers ihre Töchter zu heiraten begannen, und sie glaubten, dass Nichtmagyaren – die Kroaten, Slowaken und Rumänen, die im Vorkriegsungarn über die Hälfte der Bevölkerung stellten – streng im Zaum gehalten werden mussten.<sup>5</sup>

Der Mann, den Béla Kun im März 1919 stürzte, war einer der reichsten Männer Ungarns. Mihály Graf Károlyi, der in den letzten, chaotischen Kriegstagen an die Macht gelangt war, gehörten 25.000 Hektar Land, eine Glasfabrik, ein Kohlebergwerk, ein prächtiges Landhaus, ein repräsentatives Haus in Budapest sowie mehrere Jagdhütten. Als er als Jugendlicher einer Zigeunerkapelle in einem Restaurant nur das übliche Trinkgeld gab, wurde er, wie er erzählt, von seinem Hauslehrer zurechtgewiesen: «Ich solle mindestens das Doppelte von dem geben, was andere gäben, denn ich dürfe nie vergessen, dass ich Graf Károlyi sei.»<sup>6</sup> Das Schicksal hatte ihm vieles gegeben, aber nicht alles. Er war ein einsames, hässliches Kind mit einer Hasenscharte. Im Schutz von Verwandten und Dienern aufge-



wachsen, war er zutiefst verletzt, als man ihn bei seinen ersten Ausflügen in die ungarische Gesellschaft auslachte und die Frauen seine schüchternen Annäherungsversuche abwiesen.<sup>7</sup>

Bei Kriegsbeginn meldete er sich zum Militärdienst (sein Regiment wurde allerdings zurückgehalten, bis seine Frau ihr erstes Kind zur Welt gebracht hatte). 1918 trat er für einen Separatfrieden mit den Alliierten und die Auflösung der Union mit Österreich ein. Am 31. Oktober wurde er ungarischer Ministerpräsident, und zwei Wochen später rief er die Republik aus. «Er scheint ein guter Kerl zu sein», berichtete ein Amerikaner, «aber nervös und ständig besorgt, was vielleicht nicht verwunderlich ist.»<sup>8</sup> Das Heer befolgte keine Befehle mehr, die Zivilverwaltung war zusammengebrochen, auch das Transportsystem, und das Geld verlor rapide an Wert.

Während ihr Territorium dahinschmolz, sahen sich die Ungarn nach Schutz um. Ein Cousin des Kaisers, der sich jetzt Joe Habsburg nannte, schrieb an König Georg V. in London, um ihm die Aufnahme Ungarns ins Britische Empire vorzuschlagen. Vielleicht, so hofften die Ungarn, konnten sie sich einen englischen Prinzen ausleihen.<sup>9</sup> Wie die Deutschen und die Österreicher hofften sie ausserdem darauf, dass ihre republikanische Revolution die Alliierten besänftigen würde. Die ungarische Akademie der Wissenschaften appellierte an bekannte alliierte Gelehrte, nicht zuzulassen, dass Ungarn verstümmelt wurde.<sup>10</sup>

Wie alle anderen hofften auch die Ungarn auf die Amerikaner. Sein Friedensprogramm, versicherte Károlyi amerikanischen Vertretern in Budapest, sei «Wilson, Wilson, Wilson». Überall in der Stadt sah man Wilson-Fotografien und den Slogan «Der einzige Frieden für Ungarn ist ein Wilson-Frieden». Dies bedeutete, zumindest für die Ungarn, keineswegs Selbstbestimmung für die eigenen Minderheiten, sondern die Bewahrung der historischen Grenzen ihres Landes. Es war viel von der Schweiz die Rede, die in Mitteleuropa gern als Vorbild genannt wurde, von regionaler Autonomie und von Sprachen- und anderen Rechten, und Károlyis Regierung bereitete entsprechende Gesetze vor.<sup>11</sup>

Die Appelle waren vergeblich. Die Alliierten blieben gegenüber Ungarn argwöhnisch. War Károlyi wirklich ein Liberaler, wie er vorgab? Immerhin war er Aristokrat und mit den Männern verwandt, die Ungarn in den Krieg geführt hatten.<sup>12</sup> Standen die Briten und Amerikaner Ungar kühl gegen-

über, so waren die Franzosen regelrecht feindselig. Die französische Außenpolitik verfolgte zwei Ziele, zum einen die Abwehr des Bolschewismus und zum anderen die Schaffung eines Gegengewichts zu Deutschland, und zwar aus Ungarns Nachbarstaaten Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien. Nur die Italiener standen auf der Seite Ungarns, weil es ihnen gegen Jugoslawien nützlich sein konnte. Dass sowohl die Tschechoslowaken als auch die Rumänen ihre Ansprüche den Alliierten vortragen durften, war ein weiterer Nachteil für Ungarn, ebenso wie die Tatsache, dass die ungarischen Grenzen Stück für Stück festgelegt wurden, in der tschechoslowakischen und in der rumänisch-jugoslawischen Kommission. Wie Nicolson, der Grossbritannien in beiden vertrat, eingestand, wurde man erst zu spät «gewahr, dass diese völlig für sich arbeitenden Ausschüsse beide Ungarn einen Gebiets- und Bevölkerungsverlust auferlegt hatten, der, zusammengenommen, in der Tat sehr bedenklich war».<sup>13</sup>

Vor allem dank Frankreichs, das den Grossteil der in Mitteleuropa stehenden alliierten Truppen stellte, hatte Ungarn schon vor der Friedenskonferenz die Kontrolle über viele seiner Gebiete verloren. Als Károlyi und seine Delegation im November 1918 in Belgrad eintrafen, um zu kapitulieren, waren sie voller Optimismus gewesen; auf Postkarten wollten sie sich von dem französischen General Louis Franchet d'Espèrey Autogramme geben lassen. Aber er hatte sie kühl begrüsst und ihre Versicherung, ein neues, liberales Ungarn zu repräsentieren, zurückgewiesen. «Ich kenne Ihr Land», hatte er erklärt. «Sie haben in Ihrem Land diejenigen unterdrückt, die keine Magyaren waren. Jetzt haben sie Tschechen, Slowaken, Rumänen und Jugoslawen zu Feinden. Ich habe diese Völker in der Hand und brauche nur ein Zeichen zu geben, damit sie Sie vernichten.»<sup>14</sup> Die Franzosen erlaubten den Serben, nordwärts auf ungarisches Territorium vorzudringen, den Tschechen, die Slowakei zu übernehmen, und den Rumänen, westwärts in ihr geheiligtes Siebenbürgen vorzudringen. Als die ungarische Regierung bei Oberst Fernand Vix, dem Chef der französischen Militärmission in Budapest, vorstellig wurde, weigerte er sich, ihre Beschwerde weiterzuleiten.<sup>15</sup>

Die Ungarn befürchteten zu Recht, dass aus einer vorübergehenden Besetzung dauerhafter Besitz werden könnte. Mit dem Verlust von Kroatien und sogar der Slowakei hatten sie sich abgefunden, obwohl sie in beiden Fällen auf eine grosszügigere Grenzziehung gehofft hatten, als sie sie

schliesslich bekommen sollten. Aber Siebenbürgen war ein anderer Fall. Jenseits des Gebirges, das die ungarische Tiefebene vom Hochland trennte, lag es geschützt in der Pfeilspitze der Karpaten, dort, wo sie zum Schwarzen Meer hinabzeigen. Siebenbürgen machte fast die Hälfte des alten Königreichs Ungarn aus; es war reich und es war mit der ungarischen Geschichte verwoben.

Obwohl es durch natürliche Barrieren geschützt war, hatten verschiedene fremde Völker im Lauf der Jahrhunderte den Weg nach Siebenbürgen gefunden – Römer, Deutsche, Slawen, Magyaren. Aber seit dem 11. Jahrhundert befand es sich unter ungarischer Herrschaft. Rumänische Historiker ignorierten jedoch diese Geschichte und behaupteten, die Rumänen seien lange vor allen anderen Völkern dort gewesen. «In diesem Gebiet», erklärte Brătianu dem Obersten Rat, «hat sich die rumänische Nation herausgebildet und konstituiert, und jahrhundertlang haben alle ihre Anstrengungen der politischen Einheit dieser Region gegolten.»<sup>16</sup> (Dass die rumänischen Forderungen weit über die alte Grenze von Siebenbürgen hinausgingen und ungarisches Gebiet einschlossen, vergass Brătianu zu erwähnen.) Bei seinem Kriegseintritt im Jahr 1916, fuhr er fort, sei Rumänien im Bukarester Vertrag Siebenbürgen versprochen worden. Dies war wenig überzeugend, denn alle erinnerten sich daran, dass Rumänien 1918 einen Separatfrieden mit Deutschland geschlossen hatte. Tatsächlich stand Brătianu ein weit besseres Argument zur Verfügung: Selbst laut ungarischen Statistiken stellten Rumänen über die Hälfte der Bevölkerung; die Ungarn machten nur 23 Prozent aus; der Rest waren Deutsche und andere Minderheiten. Bei Kriegsende hatte eine Versammlung von Siebenbürger Rumänen mit überwältigender Mehrheit für den Anschluss an Rumänien gestimmt. Die Siebenbürger Deutschen hatten sich schliesslich ebenfalls dafür ausgesprochen. Nur die Ungarn blieben natürlich bei ihrer Ablehnung.<sup>17</sup> Die Friedensmacher äusserten sich besorgt über die ungarische Minderheit – Brătianu versicherte, man würde sie auf liberalste Weise behandeln –, stellten aber nicht in Frage, dass Siebenbürgen an Rumänien gehen sollte.<sup>18</sup> Die Franzosen hatten sich sogar schon lange, bevor die Rumänen ihre Ansprüche vortrugen, dafür entschieden.<sup>19</sup>

Die Friedensmacher forderten die Kommission für rumänische und jugoslawische Angelegenheiten auf, die neue Grenze zwischen Ungarn und Rumänien festzulegen. Die Franzosen und Italiener wollten Rumänien zu-

gleich einen grosszügig bemessenen ungarischen Landstreifen zusprechen, während die Briten und Amerikaner ethnischen Trennlinien folgten, die weiter östlich verliefen.<sup>20</sup> Einer der britischen Experten erklärte jedoch, das Gleichgewicht müsse «natürlich zugunsten unseres Verbündeten Rumänien geneigt sein, und nicht zugunsten unseres Feindes Ungarn».<sup>21</sup> Im März legte die Kommission einen Kompromissvorschlag vor, nach dem die rumänischen Forderungen weitgehend erfüllt werden sollten. Als sein Inhalt gerüchteweise und überwiegend zutreffend bekannt wurde, waren die Ungarn fassungslos.<sup>22</sup> Plakate tauchten auf, die ein vierteiltes Ungarn zeigten und fragten: «Wollen Sie vier Elsass-Lothringen schaffen?»<sup>23</sup> Bevor der Oberste Rat eine Entscheidung treffen konnte, brach in Ungarn die Revolution aus, so dass das geplagte Land auch noch mit dem Stigma des Bolschewismus gebrandmarkt war.

Károlyis Regierung war Angriffen von rechts und von links ausgesetzt gewesen; die Rechten hatten sich erbittert gegen die Bemühungen um eine Landreform gewehrt, während sie den Linken nicht weit genug ging. Von den Friedensmachern kam kaum Hilfe. Während Österreich im ersten Halbjahr 1919 288.000 Tonnen an Lebensmittel- und Kleiderhilfen erhielt, bekam Ungarn gerade einmal 635 Tonnen.<sup>24</sup> «Unsere Schwierigkeiten», erinnerte sich Károlyi im Exil bitter, «wurden durch den Unwillen und die Untätigkeit der verschiedenen ausländischen Botschaften in Budapest noch vervielfacht.»<sup>25</sup> Am 20. März führte Oberst Vix den finalen Schlag, indem er Károlyi die Entscheidung des Obersten Rats übermittelte, dass man zwischen Ungarn und Rumänien eine neutrale Zone schaffen wollte. Ungarn sollte seine Truppen binnen zehn Tagen in den Westteil des Gebiets verlegen, während Rumänien in den Ostteil vorrücken durfte. Dies geschah, den Friedensmachern zufolge, um Zusammenstösse zwischen beiden Ländern zu vermeiden.<sup>26</sup> Die Ungarn sahen es freilich in einem anderen Licht.

Károlyi wies Vix darauf hin, dass von seinem Land verlangt werde, sich aus genau dem Gebiet zurückzuziehen, das von Rumänien beansprucht wurde, während rumänischen Truppen gestattet werde, 100 Kilometer nach Westen vorzurücken. Was solle sie daran hindern, weiter nach Ungarn hineinzumarschieren? Die Ungarn hätten gelernt, rumänischen Unternehmungen nicht zu trauen. Wenn er der Schaffung der neutralen Zone zustimme, werde eine Revolution ausbrechen und seine Regierung werde

stürzen. Für sich selbst fügte er flüsternd hinzu: «Soweit es mich betrifft, wäre ich froh, das alles los zu sein.» Vix war ungerührt; das sei, wiederholte er ein ums andere Mal, keine Frage der Politik. Die Ungarn müssten sich beruhigen und das Ultimatum aus Paris akzeptieren. Er sei sicher, dass die Alliierten die Rumänen im Zaum halten würden. Sie könnten auch gleich das ganze Land besetzen, entgegnete Károlyi: «Machen Sie es zu einer französischen oder rumänischen Kolonie.» Vix zuckte mit den Schultern. Am nächsten Tag stürzte Károlyis Regierung, und er ging ins Exil.<sup>27</sup> Er starb 1955 in Vence an der französischen Riviera.

Sein Nachfolger war, wie er vorausgesagt hatte, ein Revolutionär. Béla Kun war als Sohn eines Notars in einem kleinen Dorf in Siebenbürgen geboren. Vor dem Krieg war er als radikaler Journalist zu einer gewissen Bekanntheit gelangt. 1914 hatte er sich freiwillig zum Militär gemeldet und war an die Ostfront geschickt worden, wo er in russische Kriegsgefangenschaft geriet. Die russische Revolution von 1917 veränderte sowohl seine politische Einstellung als auch sein Leben tiefgreifend. 1918 kam er frei, lernte in Moskau Lenin und die anderen führenden Bolschewisten kennen und wurde zum Führer einer neuen ungarischen kommunistischen Bewegung. Nach Kriegsende reiste er, von seinen neuen Freunden mit Gold und falschen Papieren ausgestattet, nach Ungarn zurück, um die Revolution zu verbreiten. Der Zeitpunkt hätte nicht günstiger sein können.

Kun fegte wie ein Wirbelwind durch Ungarns chaotische politische Landschaft, indem er Manifeste, Forderungen, Streik- und Demonstrationssaufrufe herausgab, und als die Polizei ihn zusammenschlug, erlangte er sogar Märtyrerstatus.<sup>28</sup> Am 21. März, einen Tag nach dem alliierten Ultimatum, besuchten Károlyis sozialistische Koalitionspartner Kun im Gefängnis; sie waren bereit, den Kommunisten die Macht zu übergeben. Kun erhielt an diesem Tag seine Freiheit, seine Revolution und die Macht, und alles ohne einen einzigen Schuss abzugeben. Am nächsten Tag erklärte er Ungarn zur Sowjetrepublik.

Nach Ansicht eines jungen amerikanischen Offiziers in Budapest war die Revolution eher nationalistisch als kommunistisch. «Die Ungarn, die sich darin einig sind, dass ihr Land nicht verstümmelt werden darf», schrieb er nach Paris, «haben sich als letztes verzweifelt Mittel, um die Integrität ihres Landes zu bewahren, den Bolschewismus zunutze gemacht.»<sup>29</sup> Der zum Rat der Vier geschrumpfte Oberste Rat war unschlüs-

sig. Clemenceau und seine Militärberater traten dafür ein, die Rumänen zu stärken und sie sowohl auf die russischen als auch auf die ungarischen Kommunisten loszulassen. Foch erschien mit einer grossen Landkarte, um zu demonstrieren, dass Rumänien der Schlüssel war, um die Entstehung einer massiven bolschewistischen Front in Mitteleuropa zu verhindern. Die Weissgardisten in Südrussland könne man vergessen, stellte er brutal fest, sie seien bereits verloren. «Deshalb rate ich Ihnen: Bauen Sie auf Rumänien, denn dort haben Sie nicht nur eine Armee, sondern auch eine Regierung und ein Volk.» Wilson gab zu, dass er sich nicht sicher war, welchen Kurs man einschlagen sollte. «Wie genau sieht unsere Haltung gegenüber den Bolschewisten aus?», fragte er. Möglicherweise war es unklug gewesen, zwischen Rumänien und Ungarn eine neutrale Zone zu schaffen. «Diese Methode scheint nicht das gewünschte Ergebnis erzielt zu haben.» Sollte sich die Friedenskonferenz für eine Seite entscheiden? «Nominell sind wir Freunde der Ungarn und noch bessere Freunde der Rumänen.» Clemenceau widersprach scharf, die Ungarn seien keine Freunde, sondern Feinde. Von allen Völkern des Habsburgerreichs hätten sie am längsten gezögert zu kapitulieren.<sup>30</sup>

Lloyd George stellte sich, von seiner bisherigen Feindseligkeit gegenüber Ungarn abrückend, auf Wilsons Seite. Immerhin hatten auch die Slowaken und die Kroaten bis zum bitteren Ende für Österreich-Ungarn gekämpft, und die Alliierten waren jetzt trotzdem ihre Freunde. «Warum nicht auch mit den Magyaren in Gespräche eintreten?», regte er an. Die Friedensbedingungen für Deutschland sollten ihnen allen eine Warnung sein; er habe das letzte Wochenende in Fontainebleau verbracht und über ihre Fehler nachgedacht, zum Beispiel darüber, dass sie Deutsche unter polnische Herrschaft gäben. Ebenso gefährlich für den künftigen Frieden in Europa sei es, wenn Millionen von Ungarn plötzlich ausserhalb ihres Landes lebten. Ausserdem bezweifle er nach der Erfahrung mit Russland, dass ein militärisches Vorgehen gegen den Bolschewismus erfolgreich wäre. «Gehen wir mit Ungarn nicht so um wie mit Russland», riet er und schlug vor, eine vertrauenswürdige Person, Smuts vielleicht, zu entsenden, um ihnen über Kun und sein Regime zu berichten. Wilson stimmte begeistert zu, Clemenceau widerstrebend. Auf französisches Drängen beschloss der Rat der Vier ausserdem, Militärgüter nach Rumänien zu schicken.<sup>31</sup>

Am Abend des 1. April fuhren Smuts und seine Helfer, unter ihnen Har-

old Nicolson, in einem Sonderzug nach Budapest ab. Vorgeblich bestand Smuts' Aufgabe darin, die Ungarn zur Zustimmung zur neutralen Zone zwischen ihrem Land und Rumänien zu bewegen. In Wirklichkeit ging es jedoch darum, Kun einzuschätzen und herauszufinden, ob er als informeller Kanal zu Lenin benutzt werden konnte. (Die Alliierten hatten immer noch zu keiner praktikablen Politik gegenüber Russland gefunden.) Aus britischer Sicht erschien es zudem nützlich, wenn die Mission den französischen Einfluss in Mitteleuropa verringern würde.<sup>32</sup>

In Budapest, wo man die Reise als Zeichen dafür verstand, dass die Friedenskonferenz bereit war, die neue Regierung anzuerkennen, löste die Neuigkeit enorme Erregung aus. Kun verkaufte hastig Ungarns verbliebene Vermögenswerte – seine Fettvorräte – an Italien und bestellte eine gewaltige Menge roten Samt, um die Gebäude zwischen dem Bahnhof und dem führenden Budapester Hotel, das seinerseits einen riesigen Union Jack und die Trikolore aufhängte, damit zu schmücken. Doch Smuts spielte nicht mit. Er blieb nach der Ankunft in Budapest in seinem Sonderzug, so dass Kun zu ihm kommen musste. (Der rote Samt musste warten, bis er am 1. Mai endlich zum Einsatz kam.)<sup>33</sup> Nicolson, der schon an guten Tagen kein besonderer Freund Ungarns war, beäugte die Kommunisten mit dem ganzen Hochmut seiner Schicht. «Ein kleiner Mann von etwa dreissig», beschrieb er den ungarischen Revolutionsführer, «gedunsenes weisses Gesicht und schlaffe feuchte Lippen; glattgeschorener Kopf; man ahnt rotes Haar; ausweichende, misstrauische Augen; er hat das Gesicht eines mürrischen und unsicheren Verbrechers.» Der neue ungarische Außenminister, der Kun begleitete, fand ebenso wenig Gnade: «ein kleiner öliger Jude ... – mottenzerfressener Pelz – grüner Schlips, nur noch wie ein Strick – schmutziger Kragen».<sup>34</sup>

Die Gespräche im engen Speisewagen verliefen nicht gut. Kun wollte die Anerkennung, doch Smuts war entschlossen, sie ihm nicht zu gewähren. Kun verlangte den Abzug der Rumänen aus dem Ostteil der neutralen Zone, doch Smuts war nur zu kleineren Zugeständnissen bereit, die Rumänien im Besitz Siebenbürgens belassen. Smuts gelangte bald zu dem Schluss, dass es keinen Sinn hatte, weiter zu verhandeln. «Nun, Gentlemen», verkündete er am Ende des zweiten Tages, «ich muss mich von Ihnen verabschieden.» Er begleitete die Ungarn höflich auf den Bahnsteig,

schüttelte allen die Hand und bestieg dann wieder seinen Zug, der zum Erstaunen der Ungarn langsam aus dem Bahnhof rollte.<sup>35</sup> Smuts' Resümee seines Kurzbesuchs lautete, dass Kun nicht ernst zu nehmen war und sich nicht lange an der Macht halten würde.

Andererseits war er bereit, wie er den Friedensmachern in Paris erklärte, den einen nützlichen Vorschlag, den Kun gemacht hatte, aufzugreifen: die Nationen des früheren Habsburgerreichs zusammenzubringen, damit sie ihre Grenzen und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik festlegen konnten. Smuts arbeitete sogar kurzzeitig zusammen mit Keynes an einem Plan für einen internationalen Kredit, mit dessen Hilfe die Wirtschaft im Donaubecken wieder in Gang gebracht werden sollte. Es waren vernünftige Ideen, aber sie führten zu nichts. Italien war gegen alles, was nach einer Wiedergeburt Österreich-Ungarns roch, und keiner der Alliierten hatte ein besonderes Interesse daran, diese Ideen umzusetzen. Angesichts der gegenseitigen Feindschaft zwischen den Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs wäre 1919 dazu vermutlich auch niemand in der Lage gewesen. Die Kluft zwischen ihnen wurde durch die Streitigkeiten um das Erbe des Habsburgerreichs noch vertieft, und es gab in der gesamten Zwischenkriegszeit entlang der Donau beklagenswert wenig Zusammenarbeit, sei es wirtschaftlicher oder anderer Art.<sup>36</sup>

In Ungarn behaupteten die von den Kommunisten kontrollierten Zeitungen, Smuts' Mission bedeute, dass die Alliierten das herrschende Regime anerkannt hatten. Über seine plötzliche Abreise berichteten sie nicht, aber es sickerte in verschiedenen Versionen genug durch, um die Öffentlichkeit zu verunsichern.<sup>37</sup> Einem Gerücht zufolge würden die Alliierten eine Armee entsenden, um Budapest zu besetzen; ein anderes besagte, dass von Nordosten Trotzki mit Einheiten der Roten Armee anrücke, um die ungarische Revolution und diejenige, die gerade in Bayern stattfand, zu unterstützen. In Österreich, munkelte man, stünden die Roten kurz davor, Wien zu erobern. Die Kommunisten seien dabei, Tausende von Angehörigen der Mittel- und Oberschicht zu verhaften. Rechte Kreise würden sich verschwören, um die Macht zu ergreifen, und die Linken hätten vor, Massenterror zu entfachen.<sup>38</sup> Nicht alle diese Gerüchte waren falsch.

Trotzki war nicht im Anmarsch, aber die Bolschewisten hofften, sich mit ihren kommunistischen Mitstreitern vereinen zu können.<sup>39</sup> In Belgrad versuchte Franchet d'Espèrey die Jugoslawen dazu zu bewegen, einen Teil



ihrer Armee nach Budapest zu entsenden, um Kun zu stürzen.<sup>40</sup> In einem Palast in Wien kamen emigrierte Adlige, unter ihnen Verwandte von Karolyi, zu Geheimtreffen zusammen, um die Konterrevolution zu planen. Auf dem Land, in sicherer Entfernung von Budapest, planten ungarische Armeeeoffiziere unter Führung eines Cousins von Karolyi einen Militärputsch. Sie konnten einen der wenigen habsburgischen Seehelden, Admiral Miklos Horthy, überzeugen, sich ihnen anzuschliessen.<sup>41</sup>

Kun machte es seinen Gegnern leicht. In den 153 Tagen, die er an der Macht war, verkündete er tiefgreifende, zumeist aber undurchführbare Reformen: ein Alkoholverbot, die Verstaatlichung der Fabriken, die Aufteilung der grossen Landgüter, die Abschaffung aller Titel, proletarische Kultur für alle, die zwangsweise Umverteilung von Wohnraum und Möbeln, eine Standardisierung von Gräbern. Das Regime verscherzte es sich mit fast allen Teilen der Bevölkerung, von den Katholiken, die das Vorhaben, Kirchen in Kinos umzuwandeln, abstiess, bis zu den Liberalen, die über Zensur, willkürliche Verhaftungen und die Geheimpolizei empört waren. Die öffentliche Meinung lehnte das Regime aber vor allem deshalb ab, weil es ihm nicht gelang, die Inflation und die Versorgungsmängel in den Griff zu bekommen, und weil es selbst korrupt war.<sup>42</sup>

Den Rest gaben dem Regime seine äusseren Feinde. Im April, eine Woche nach Smuts Abreise aus Budapest, marschierte die rumänische Armee auf einen Wink des französischen Militärs hin durch die neutrale Zone auf Budapest,<sup>43</sup> und einige Tage später griffen im Norden die Tschechoslowaken an. In Paris beteuerten beide Länder ihre Unschuld. «Ich fürchte», erklärte Brätianu dem Rat der Vier, «dass Sie über die Rolle der rumänischen Armee und die ungarischen Provokationen nicht vollständig informiert sind.»<sup>44</sup> Rumäniens Schritte seien ausschliesslich defensiver Art. «Es sind alles kleine Banditenvölker», beklagte sich Lloyd George, «die nur Territorien stehlen wollen.»<sup>45</sup> Als die Rumänen weiter nach Westen vorrückten, als das von ihnen beanspruchte Gebiet reichte, fand sogar Clemenceau ihre Forderungen übertrieben. Ausserdem war er über die politischen Implikationen besorgt: Der linke Flügel seiner eigenen Partei befürchtete bereits, er habe vor, gegen die ungarischen Kommunisten zu intervenieren. Ferner erhielt er beunruhigende Berichte über die Stimmung der französischen Truppen, die den Waffenstillstand in Osteuropa überwachten.<sup>46</sup>

Die Ungarn waren sich vorübergehend einig. Selbst konservative Offiziere zogen Kun einer fremden Macht, insbesondere den Rumänen, vor. Das Regime seinerseits gab die Parolen der proletarischen Revolution auf und appellierte einfach an den Patriotismus.<sup>47</sup> Die Armee erhielt Zulauf von Freiwilligen. Die Italiener, die sich überwiegend von ihrer Feindschaft gegenüber dem anderen Nachbarn Ungarns, Jugoslawien, leiten liessen, verkauften Kun Waffen und Munition. Laut einem britischen Beobachter gaben sie auch Informationen über die Pläne der Alliierten weiter.<sup>48</sup> Mitte Mai drängten ungarische Truppen die Tschechoslowaken zurück und trieben einen Keil zwischen sie und die Rumänen.

In Paris nahmen die Friedensmacher diese Entwicklungen anfangs nicht wahr. Wilson war geneigt, die Ungarn für unschuldig zu halten, stellte aber die unangenehme und nur zu vertraute Frage: «Haben wir die Mittel, um das Vorgehen der Rumänen zu unterbinden?» Lloyd George und Clemenceau konnten nur vorschlagen, mit Brätianu ein ernstes Wort zu reden.<sup>49</sup> Freilich waren sie vom Bruch mit Italien wegen der Fiume-Frage abgelenkt. Als der Rat der Vier in der zweiten Maiwoche die Empfehlungen der Experten für die ungarischen Grenzen mit Rumänien und der Tschechoslowakei erhielt, billigte er sie fast ohne jede Diskussion.

Da die Kämpfe unvermindert weitergingen, waren die Friedensmacher schliesslich genötigt, sie wahrzunehmen. Im Juni luden Lloyd George und sein Militärberater Henry Wilson einen kürzlich aus Ungarn zurückgekehrten britischen Journalisten zum Mittagessen ein. In offenbar gelöster Stimmung beugte sich der britische Premierminister gemeinsam mit Wilson und ihrem Gast über eine Karte von Mitteleuropa. Er gab jetzt Rumänien und der Tschechoslowakei die Schuld an dem Konflikt. «Ich denke», erklärte er, «die Ungarn sind noch die Besten von der Bande da draussen. Sie sind das kraftvollste Volk und haben die anderen immer im Zaum gehalten.» Als die Möglichkeit einer alliierten Intervention gegen Béla Kun zur Sprache kam, fragte Wilson bedrückt: «Und wo sollen die Truppen herkommen?» Lloyd George prophezeite, dass der Bolschewismus von allein aussterben werde. Er hatte das Gespräch genossen; es würde ihm helfen, wenn er anschliessend mit den anderen Friedensmachern sprach. «Es war ziemlich offensichtlich», resümierte der Journalist, «dass die Grossen Vier über die Länder östlich von Deutschland kaum nachgedacht hatten;

sie waren viel zu sehr mit dem Hauptübeltäter beschäftigt, um sich um die kleineren kümmern zu können.»<sup>50</sup>

Der Rat der Vier gab Warnungen und Anordnungen heraus, wie er es im Fall Polens getan hatte, und mit ebenso wenig Erfolg. Den Rumänen wurde mitgeteilt, dass sie Budapest nicht einnehmen dürften. Brătianu schwang sich aufs hohe moralische Ross: «Wir wollten im Geist der Solidarität mit der Entente auf Budapest marschieren, um die Ordnung wiederherzustellen.»<sup>51</sup> Das klang vertraut, ebenso wie sein wiederholt geäußertes Vorwurf, die Alliierten würden Rumänien nicht die Dankbarkeit entgegenbringen, die es aufgrund seiner grossen Dienste im Krieg verdient habe.<sup>52</sup> Die Ungarn wurden angewiesen, die Kampfhandlungen einzustellen, worauf Kun erwiderte, Ungarn sei dazu bereit, wenn Rumänien und die Tschechoslowakei es ebenfalls täten.<sup>53</sup>

Über den nächsten Schritt konnten sich die Alliierten nur schwer einig werden. Die französischen Militärs waren dafür, mit einer aus rumänischen, jugoslawischen und französischen Einheiten bestehenden Armee das zu besetzen, was von Ungarn übrig geblieben war; die Amerikaner wandten ein, dass die Rumänen, wenn sie erst einmal dort seien, möglicherweise nie mehr abziehen würden.<sup>54</sup> Lloyd George schlug vor, Rumänien mit der Einstellung der Hilfslieferungen zu drohen.<sup>55</sup> Am 12. Juni verständigte sich der Rat der Vier darauf, Ungarn, die Tschechoslowakei und Rumänien Telegramme zu schicken, um ihnen ihre neuen Grenzen mitzuteilen und sie aufzufordern, ihre Truppe auf ihr eigenes Territorium zurückzuziehen. Weitere Landnahmen sollte es nicht geben; die Alliierten würden sich «durch den skrupellosen Einsatz militärischer Mittel» nicht dazu verleiten lassen, ihre Entscheidungen zu revidieren.<sup>56</sup> Der amerikanische Delegierte, General Bliss, wurde entsandt, um sicherzustellen, dass sich die diversen Truppen tatsächlich zurückzogen. «Eine nette Aufgabe», schrieb er seiner Frau, «die man da einem friedlichen, friedliebenden und recht müden Mann aufgebürdet hat, nicht wahr?»<sup>57</sup>

Lloyd George drängte Wilson und Clemenceau: Wir müssen uns jetzt durchsetzen, wir können nicht länger nutzlose Anordnungen herausgeben.<sup>58</sup> Die Kämpfe gingen weiter. Rumänien weigerte sich, seine Truppen nach Osten zu verlegen. Brătianu erklärte, er befürchte einen gleichzeitigen Angriff von Seiten Kuns und der russischen Bolschewisten, vielleicht sogar von Bulgarien, das bis an die Zähne bewaffnet sei, wie er behauptete-

te.<sup>59</sup> Im Juli lieferten die Ungarn ihm einen Vorwand, weiter vorzurücken, als Kun verzweifelt alles auf eine Karte setzte und versuchte, die Rumänen über den rund hundert Kilometer östlich von Budapest gelegenen Fluss Tisza zurückzuwerfen. Die Rumänen antworteten mit einem massiven Gegenangriff. Als mehrere ungarische Einheiten, die mit der Opposition um Horthy in Verbindung standen, zu kämpfen aufhörten, brachen die ungarischen Linien zusammen. Kun floh nach Österreich und weiter in die Sowjetunion. Dort wurde er im Zuge der stalinistischen Säuberungen verhaftet und im August 1938 hingerichtet.<sup>60</sup>

Am 3. August 1919 drangen rumänische Truppen in Budapest ein. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien nutzten die Gelegenheit, um ihrerseits entlang ihrer Grenzen weiter auf ungarisches Territorium vorzudringen. Trotz wiederholter Beschwerden der Alliierten, blieben Ungarns Feinde den ganzen Herbst über, wo sie waren.<sup>61</sup> Eine Reihe schwacher ungarischer Regierungen erwies sich als unfähig, mit ihnen fertig zu werden – oder das Problem der Horthy-Truppen zu bewältigen, die auf dem Land immer stärker wurden. «Wenn die drei Grossmächte in der Lage wären, Armeen zu unterhalten», schrieb der amerikanische Militärrepräsentant in Budapest in sein Tagebuch, «die umgehend an jeden Ort geschickt werden könnten, an dem sich Ärger zusammenbraut, wäre alles völlig anderes verlaufen, aber das Prestige des Obersten Rats verblasste zusehends, während ein steter Strom von Ultimaten bei dieser elenden kleinen Nation der Rumänen ohne jede Wirkung blieb.»<sup>62</sup> Die Friedenskonferenz näherte sich mittlerweile ihrem Ende. Wilson war in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt und versuchte vergeblich, die Völkerbundakte durch den Kongress zu bringen; Lloyd George hielt sich die meiste Zeit in London auf, und Clemenceau bereitete sich auf die französische Präsidentschaftswahl vor, in der er als Kandidat antreten wollte.

Die Rumänen, die jetzt den grössten Teil Ungarns besetzt hatten, plünderten, was immer Kun und sein Regime übriggelassen hatten: Telefone, Feuerspritzen, Schuhe, Teppiche, Autos, Getreide, Vieh sowie Eisenbahnwaggons und Lokomotiven für den Transport verschwanden ostwärts. «Wenn Sie wollen, können Sie es Diebstahl oder sonstwie nennen», erklärte Königin Marie einem amerikanischen Offizier leichthin. «Ich finde, dass wir absolut berechtigt sind zu tun, was wir wollen.» Als die alliierte Militärmission in Budapest protestierte, entgegneten die Rumänen, sie

würden nur ihre Truppen versorgen. Immerhin habe Rumänien, wie Brătianu hervorhob, die Zivilisation vor dem Bolschewismus gerettet.<sup>63</sup>

Im November hatten die Alliierten, vor allem Grossbritannien und Frankreich, genug. Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien wurden angewiesen, ihre Truppen aus Gebieten, die laut Friedensvertrag zu Ungarn gehörten, abzuziehen. Rumänien gehorchte, wenn auch widerwillig und zögerlich.<sup>64</sup> Als in Ungarn eine neue, stabilere Regierung an die Macht kam, hielten die Alliierten endlich den Zeitpunkt für gekommen, um Frieden zu schliessen. Am 1. Dezember wurde Ungarn aufgefordert, seine Repräsentanten nach Paris zu schicken, die am 5. Januar in Budapest abfahren. Auf der Fahrt durch Ungarn wurde ihr Zug überall von Landsleuten erwartet, die ihnen Glück wünschten.<sup>65</sup>

Der Leiter der Delegation, der damals in den Siebzigern stehende Graf Albert Apponyi, entstammte einer Familie, die ihre Geschichte bis zu Einwanderern aus Zentralasien im 12. Jahrhundert zurückverfolgen konnte. Was seine politischen Ansichten anging, war er irgendwo im 18. Jahrhundert stehengeblieben.<sup>66</sup> Er war freundlich und höflich, enorm kultiviert, tiefreligiös und ein ungarischer Patriot. Nach Paris reiste er mit wenig Hoffnung: Er habe «diese traurigste aller Missionen nicht ablehnen» können, obwohl er sich «nicht die geringste Illusion darüber machte, dass eine Möglichkeit bestehe, eine Milderung des uns zugedachten Loses [zu] erreichen».<sup>67</sup> Ungarn hatte buchstäblich keine Verhandlungsmasse. Zu dem Zeitpunkt, als Kun floh, lagen seine Grenzen grösstenteils bereits fest, und die Alliierten hatten schon Verträge mit seinen Nachbarn geschlossen.

Die Ungarn wurden von den Franzosen kühl, aber korrekt empfangen und zum Château de Madrid gebracht, einem Kurhotel im Bois de Boulogne. Sie wurden besser behandelt als die Deutschen, konnten im Bois de Boulogne spazieren gehen und sogar örtliche Restaurants aufsuchen. Die Friedensbedingungen erhielten sie im Rahmen einer kleinen Zeremonie am Quai d'Orsay. Clemenceau teilte Apponyi knapp mit, dass er am nächsten Tag eine Stellungnahme abgeben könne. Mündliche Verhandlungen würde es aber nicht geben, sondern nur schriftliche. Beim Verlassen des Raums lachte der französische Ministerpräsident laut und verächtlich auf.<sup>68</sup>

Lloyd George beschrieb Apponyis Stellungnahme als eine Tour de For-

ce. Er sprach zunächst fließend Französisch, wechselte dann in ebenso makellosem Englisch und schloss in perfektem Italienisch. Er wies darauf hin, dass Ungarn schärfer bestraft werden solle als alle anderen besiegten Nationen. Man wolle ihm zwei Drittel seines Territoriums und seiner Bevölkerung nehmen, es von seinen Märkten und seinen Rohstoffquellen abschneiden und ihm umfangreiche Reparationen aufbürden. Dreieinhalb Millionen Ungarn würden sich ausserhalb Ungarn wiederfinden. Wenn es sich beim Selbstbestimmungsprinzip um ein gerechtes Prinzip handle, und nach seiner Überzeugung sei das so, dann sollte es auch für die Ungarn gelten. Deshalb sollten wenigstens in den Gebieten, die man Ungarn genommen habe, Volksabstimmungen stattfinden. (Unklugerweise schwächte er seine Argumentation durch den Hinweis, dass Ungarn gezwungen würden, unter der Herrschaft minderwertiger Zivilisationen zu leben.)<sup>69</sup>

Auf eine Frage Lloyd Georges entrollte Apponyi eine grosse ethnographische Karte, und die Friedensmacher versammelten sich um sie. «You have been very eloquent», flüsterte Lloyd George Apponyi zu.<sup>70</sup> Sogar Clemenceau war höflich. Als die Ungarn in ihr Hotel zurückkehrten, um ihre schriftliche Erwiderung auf die Friedensbedingungen auszuarbeiten, empfanden sie eine gewisse Hoffnung.<sup>71</sup> In Grossbritannien wurden im Unterhaus kritische Fragen zu den Friedensbedingungen für Ungarn gestellt, während sich in Frankreich Geschäftsleute an der Wiederanknüpfung von Wirtschaftsverbindungen interessiert zeigten und bereits informelle Gespräche aufgenommen hatten.<sup>72</sup> Die italienische Regierung liess unter einem neuen Ministerpräsidenten ihre bisherige Feindseligkeit fallen und warnte die Alliierten vor ungarischen Protesten.<sup>73</sup> Aber es reichte nicht. Am Ende waren die Briten und Franzosen nicht bereit, den Vertrag zu revidieren, und die Italiener bestanden nicht darauf.<sup>74</sup> Auch eine gemeinsame Denkschrift Rumäniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, in der sie erklärten, jeder Versuch, die Grenzen neu zu ziehen, wäre ein Verrat, dürfte nicht ohne Wirkung geblieben sein.<sup>75</sup> Letztlich aber war es die schiere Erschöpfung, die gegen Ungarn sprach. Wie ein junger englischer Beobachter Károlyi Anfang 1919 erklärte, hatten die Entente-Regierungen «viele Dinge zu bedenken, die wichtiger waren als das Schicksal von zehn Millionen Ungarn».<sup>76</sup>

Ungarn konnte nur einige geringfügige Zugeständnisse erreichen, mehr Patrouillenboote auf der Donau zum Beispiel. Am 4. Juni 1920 un-

terzeichneten seine Repräsentanten in einer kleinen Zeremonie im Schloss Grand Trianon den Friedensvertrag. In Ungarn wurden die Fahnen vor öffentlichen Gebäuden auf Halbmast gesetzt. Trianon wurde zum Symbol für alliierte Grausamkeit, und die Erinnerung an den Vertrag hielt bei nahezu allen Ungarn das Verlangen wach, seine Bestimmungen zu revidieren.<sup>77</sup> Die führende politische Figur der Zwischenkriegszeit war Horthy, nun, da Ungarn weiterhin eine Monarchie war, als Reichsverweser. (Ein neuer König, der sowohl Grossbritannien als auch Horthy genehm gewesen wäre, wurde nie gefunden.) Horthy und seine Anhänger spielten mit phantastischen Plänen zur Wiederherstellung Ungarns in seinen Vorkriegsgrenzen, beispielsweise, indem tschechoslowakische Soldaten in ihren Kasernen in der Slowakei durch Gas getötet und ungarische Truppen an ihre Stelle treten sollten.<sup>78</sup> Gemässigte Kräfte hätten sich mit Siebenbürgen zufriedengegeben.

In den 1930er Jahren näherte sich Ungarn vorsichtig den anderen revisionistischen Mächten an, Hitlers Deutschland und Mussolinis Italien. Als die Tschechoslowakei durch das Münchner Abkommen von 1938 Hitler ausgeliefert war, verlangte Ungarn erfolgreich einen Teil der Slowakei und ganz Ruthenien. 1940 war Rumänien an der Reihe und 1941 Jugoslawien. Mit Hitlers Unterstützung gewann Ungarn rund zwei Fünftel von Siebenbürgen und einen Teil des Banats. Doch es konnte seine Gewinne nicht lange geniessen. 1945 stellten die siegreichen Alliierten die Trianon-Grenzen wieder her, und dabei ist es bis heute geblieben, als eines der Ergebnisse der Pariser Friedenskonferenz, die nicht revidiert wurden.

# **TEIL VI**

## **Ein schwieriges Frühjahr**



## Der Rat der Vier

1919 zog der Frühling erst spät in Paris ein. Aber Mitte April standen die Magnolien in voller Blüte, und auch die Kastanien an den Boulevards begannen zu blühen. Die äthiopischen Delegierten, hochgewachsen und schön anzusehen in ihren weissen Gewändern, trafen ein. Die grossen Museen öffneten nach und nach wieder ihre Tore, und Kinder spielten im Park. Am 1. Mai schloss die Stadt gleichsam die Fensterläden, da die Linke Tausende zur alljährlichen sozialistischen Demonstration auf die Strasse brachte und die Regierung als Reaktion die Armee zu Hilfe rief. Überall im Zentrum kam es zu Zusammenstössen; Gerüchten zufolge waren 2.000 Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert worden.<sup>1</sup>

Die Friedenskonferenz war so weit gediehen, dass die Bedingungen für Deutschland weitgehend beschlossen, viele der Grenzen in Mittelund Südeuropa zumindest auf dem Papier festgelegt und die Verträge mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reich in Angriff genommen waren. Nach einem sarkastischen Witz, den man sich in Paris erzählte, bereitete man einen «gerechten und dauerhaften Krieg» vor.<sup>2</sup> Den Mittelpunkt der Konferenz bildete der neue Rat der Vier, bestehend aus Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Wilson, der in der letzten Märzwoche zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten war. Der Gedanke dabei war, die grossen Fragen ohne das sonst übliche Gefolge aus Experten und Sekretären im kleinen persönlichen Rahmen zu lösen. Lloyd George störten sowohl die undichten Stellen des Obersten Rats als auch die Langsamkeit des Friedensprozesses. Clemenceau pflichtete ihm in Letzterem bei: Die Konferenz habe in zwei Monaten zu wenig erreicht. Auch Wilson stimmte zu; er hatte schon immer kleine, informelle Gruppen vorgezogen, in denen er frei heraus sprechen und, wenn nötig, seine Meinung ändern konnte. Zyniker meinten, der Rat sei zudem ein bequemer Vorwand, um den italienischen Aussenminister Sonnino loszuwerden, der es sich durch seine mürrische Unnachgiebigkeit inzwischen mit jedem verdorben hatte, seinen eigenen Ministerpräsidenten eingeschlossen.<sup>3</sup>

Die Grossen Vier kamen für gewöhnlich zweimal am Tag zusammen, bei ernststen Krisen auch sonntags, gelegentlich in Clemenceaus dunklem, ungemütlichem Büro im Kriegsministerium, meistens aber in Wilsons Arbeitszimmer. Dort sass Wilson steif in einem Sessel und schaute, laut Tardieu, der manchmal anwesend war, «wie ein Professor, der eine Doktorarbeit kritisiert» in die Runde. Wilson sprach langsam und überlegt, während sich Lloyd George, die Hände auf die Knie gestützt, manchmal wütend, manchmal voller Humor auf sein Thema stürzte, «eingehüllt in die äusserste Gleichgültigkeit gegenüber formalen Argumenten, unwiderstehlich angezogen von unerwarteten Lösungen, aber sprühend von Beredsamkeit und Witz». Clemenceau lehnte sich, die behandschuhten Hände an den Seiten, in seinem Sessel zurück. Er sprach seltener als Lloyd George und Wilson, doch wenn er sprach, dann leidenschaftlicher als Letzterer und logischer als Ersterer. Um besser zu hören, hockte er sich manchmal auf den gepolsterten Kaminschutz. Orlando sass für gewöhnlich auf einer Kaminseite den anderen drei Ratsmitgliedern gegenüber. Auch auf andere Weise war er isoliert: Ganz auf die italienischen Ansprüche fixiert, nahm er kaum an den Diskussionen der anderen drei teil; ausserdem war er verloren, wenn sie schnell auf Englisch miteinander redeten. Als ein Freund ihn einmal nach einer Sitzung fragte, antwortete er missmutig, er habe einen Witz über Schwarze erst verstanden, als Wilson ihn zum sechsten Mal wiederholte.<sup>4</sup>

Die Japaner, die jetzt ausgeschlossen waren, protestierten vorsichtig und wurden mit dem Rat der Fünf abgespeist, in dem sie mit den Aussenministern der Grossen Vier zusammenkamen, um die Fragen zu besprechen, die der Rat der Vier übrig liess. Die Berufsdiplomaten waren entsetzt über das Verschwinden des Obersten Rats und seine Ersetzung durch die beiden neuen Gremien. Hankey, der akribische britische Sekretär der Friedenskonferenz, fand das Fehlen von Protokollen des Rats der Vier «vom Standpunkt des Sekretärs aus erschreckend ungünstig». Nach zwei Wochen erkannten die Grossen Vier, dass es auch im Hinblick auf praktische Ergebnisse ein Mangel war. Sie konnten sich nicht erinnern, was sie beschlossen hatten und wer was hätte tun sollen. Ab Mitte April war Hankey wieder als Protokollführer anwesend, ebenso, wie sich später herausstellte, der Dolmetscher und Historiker Paul Mantoux, der jeden Morgen für Clemenceau nach seinen Erinnerungen an die Sitzungen des vor-

angegangenen Tages ein vertrauliches Protokoll diktierte. Ende April zog Orlando ausserdem einen italienischen Sekretär hinzu, Luigi Aldrovandi Marescotti. Infolgedessen besitzen wir ein ungewöhnlich vollständiges Bild der über zweihundert Sitzungen, zu denen 1919 vier führende Staatsmänner der Welt innerhalb von drei Monaten tagein, tagaus zusammenkamen, zumal sowohl Mantoux als auch Aldrovandi Marescotti im Gegensatz zu Hankey, in dessen Version alle wie diskrete Beamte klingen und unangenehme Wortwechsel geglättet sind, spontane Kommentare und ärgerliche Bemerkungen wiedergeben.<sup>5</sup>

Die Vier stritten, schrien und beschimpften sich, aber sie zogen sich auch gegenseitig auf, selbst Orlando, erzählten Witze und äusserten ihr Mitgefühl für die anderen. Sie brüteten über Landkarten und krochen sogar über Wilsons riesige Europakarte, die auf dem Fussboden entrollt werden musste. Lloyd George und Wilson unterhielten sich über Kirchgänge, und Clemenceau bekannte, er sei noch nie in seinem Leben in einer Kirche gewesen. Sie tauschten sich über Dinge aus, die sie aufregten. Clemenceau eröffnete den anderen, dass Beschimpfungen ihm nichts anhaben könnten, es ihm aber den Schlaf raube, wenn er das Gefühl habe, sich zum Narren gemacht zu haben. Wilson und Lloyd George wussten genau, wovon er sprach. Die anderen hörten höflich Wilsons schlichten Südstaatenwitzen zu und gaben ihre eigenen zum Besten. «Mein lieber Freund», sprach Wilson eines Tages Clemenceau an, worauf dieser zurückgab: «Ich habe immer ein bisschen Angst, wenn Sie einen von uns ‚mein lieber Freund‘ nennen.» «Ich kann nicht anders», erwiderte Wilson. «Aber wenn Sie wollen, werden ich Sie ‚mein illustrierter Kollege‘ nennen.» Gegen Ende ihrer Sitzungen fragte Clemenceau Lloyd George: «Mögen Sie Wilson?» «Ich mag ihn», antwortete Lloyd George, «und ich mag ihn heute sehr viel mehr als am Anfang.» «Mir geht es genauso», sagte Clemenceau. Sie teilten die Einsamkeit der Macht, und sie verstanden einander besser, als es sonst jemand konnte.<sup>6</sup>

Der Umfang der Arbeit nahm ständig zu. Am letzten Märztag, zum Beispiel, berieten die Grossen Vier über die deutschen Reparationen, die Kohlebergwerke im Saargebiet, die alliierte Besetzung des Rheinlands, einen Tunnel durch den Ärmelkanal, die belgischen Forderungen, die Revolution in Ungarn, die bewaffneten Zusammenstösse zwischen Ungarn und Rumänien sowie die Entsendung der Smuts-Mission. Darüber hinaus fand

Wilson die Zeit, mit seinem Marineminister über das maritime Wettrüsten zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien zu sprechen. Lloyd George frühstückte mit zwei Beratern, um unter anderem über die Lage in Polen zu diskutieren. Clemenceau war unter anderem in einen Streit mit Foch verwickelt und musste mit einer Streikwelle fertig werden. Die Zeitungen waren voller Kritik an der Friedenskonferenz, insbesondere an der Geheimhaltung und dem Mangel an Ergebnissen.<sup>7</sup>

Von den Vier hielt sich Lloyd George am besten. Später pflegte er zu sagen, das halbe Jahr, das er in Paris verbrachte, sei die glücklichste Zeit seines Lebens gewesen. Er hatte Grossbritannien, zunächst als Munitions- und Kriegsminister und dann als Premierminister, erfolgreich durch den Krieg geführt, und er hatte die Friedensverhandlungen genossen. «Ich hatte das Gefühl, ein Buch zu schliessen, das nie wieder geöffnet werden würde», sagte er am Tag seiner Abreise aus Paris zu seinem alten Freund Riddell, «ein höchst interessantes Buch. Es war eine angespannte, aber auch angenehme Zeit. Ich habe sie genossen. Ich bezweifle, dass ich noch einmal eine solche Zeit erleben werde. Es war alles so lebendig.»<sup>8</sup>

Wilson dagegen war sichtlich gealtert, und das Wangenzucken hatte sich verstärkt. Während der erbitterten Verhandlungen über die Bedingungen für Deutschland war er ernsthaft erkrankt, möglicherweise erlitt er einen leichten Schlaganfall, einen Vorboten jenes schweren Anfalls, der ihn vier Monate später heimsuchte. «Ich habe den Präsidenten noch nie so ausgelaugt und müde gesehen», notierte sein Pressesprecher Baker Anfang Mai. «Er konnte sich nur mit Mühe daran erinnern, was der Rat am Vormittag getan hatte.» Wilson war emotional erschöpft. «Ich glaube, wenn ich eine wirklich gute Neuigkeit erführe», bemerkte er eines Tages, «würde ich tot Umfallen.» Er war schärfer, irrationaler, reizbarer als sonst; er regte sich über die Benutzung der Dienstwagen auf und beharrte trotz aller Beweise für das Gegenteil darauf, dass die Angestellten in seinem Haus allesamt Spione seien, nur weil sie perfekt Englisch sprachen. Er räumte plötzlich sein Zimmer um. «Mir gefällt nicht, wie die Farben der Möbel miteinander streiten», erklärte er seinem Arzt. «Die Grün- und Rottöne sind völlig durcheinander, und es herrscht keine Harmonie.» Die amerikanische Ecke für die Sitzungen des Rats der Vier müsse rot und die britische grün sein; die französische könne seinenwegen kunterbunt sein.<sup>9</sup>

Am 14. April beschwor der Rat der Vier neue Spannungen herauf, in-

dem er die deutsche Regierung aufforderte, ihre Vertreter nach Paris zu entsenden. Der Vertrag, der noch durch die gesamte Friedenskonferenz gebilligt werden musste, war jedenfalls eine merkwürdige Mischung, teils eine traditionelle Sammlung von Vorschriften für einen besiegten Feind, teils eine Blaupause für eine neue Weltordnung. Einerseits war von Kriegstrophäen die Rede – Deutschland musste unter anderem alle 1871 von Frankreich erbeuteten Fahnen sowie den Schädel eines afrikanischen Herrschers, der nach Berlin gebracht worden war, zurückgeben –, andererseits von Selbstbestimmung für Nationen wie die polnische und die tschechoslowakische. Klauseln über die territorialen Verluste Deutschlands und die Bestrafung derjenigen, die für den Krieg verantwortlich waren, standen neben Bestimmungen für eine neue Weltordnung – wie derjenigen über die Internationale Arbeitsorganisation –, und das Ganze begann auf Wilsons Drängen mit der Völkerbundakte. Da der Vertrag mit Deutschland der erste und wichtigste war, waren Wilson und seine Mitstreiter der Auffassung, dass er die grundlegenden Prinzipien und Institutionen der neuen Diplomatie festlegen müsse.

Ein zentrales Entwurfskomitee wurde gebildet, das die Klauseln zusammenführen und sicherstellen sollte, dass sie klar und einheitlich formuliert waren. Bakers Assistent schaute am Quay d'Orsay vorbei, um sich den Vertrag anzusehen. Das Entwurfskomitee arbeite sich zu Tode, berichtete er, aber da kaum etwas von dem Material zusammengefügt worden sei, habe das Komitee, als es seine Arbeit begann, das meiste in sehr schlechtem Zustand vorgefunden, und vieles sei widersprüchlich gewesen; so hätten sich die Bestimmungen über Reparationen, Häfen, Finanzen und Wirtschaft zum Teil gegenseitig ausgeschlossen.<sup>10</sup> Bis zu dem Augenblick, als das ganze Dokument in die Druckerei geschickt wurde, trafen unablässig Änderungen und Zusätze der Friedensmacher ein. Der Rat der Vier entdeckte, dass er vergessen hatte, etwas über den Opiumhandel oder über Luxemburg in den Vertrag zu schreiben. Lloyd George wollte einen Passus über Giftgas einfügen; Borden bat um Änderungen der Klauseln über die Internationale Arbeitsorganisation. Foch und seine Helfer hatten das Entwurfskomitee im Verdacht, die Entwaffnungsbestimmungen aufzuweichen; sie bestanden deshalb darauf, an dessen Sitzungen teilzunehmen.<sup>11</sup>

Am Vormittag des 29. April erschienen, wie ungebetene Gäste auf einer

Feier, belgische Delegierte in Wilsons Arbeitszimmer und verkündeten, dass sie den Vertrag in der vorliegenden Fassung nicht unterschreiben könnten. Die belgische Öffentlichkeit war einhellig der Meinung, dass ihr Land schäbig behandelt wurde. Demonstranten trugen Transparente mit Aufschriften wie «Hat England den August 1914 vergessen?», «Warum besucht Wilson nicht unsere Ruinen?», «Belgiens Helden sind in Ostafrika begraben! Wer wird ihre Gräber schützen?». In einer Brüsseler Zeitung war die Schlagzeile zu lesen gewesen: «Belgien von seinen Verbündeten alleingelassen und gedemütigt».<sup>12</sup> Das war nicht übertrieben; das Land, mit dessen Invasion der allgemeine europäische Konflikt begonnen hatte, war auf der Friedenskonferenz weitgehend unbeachtet geblieben.

Belgien hatte von allen Alliierten die meisten Verluste durch deutsche Truppen erlitten. Bis auf einen schmalen Streifen, der sich von der Küste in Richtung Ypern erstreckte, war das Land während des gesamten Krieges besetzt gewesen. Ein grosser Teil der alliierten Propaganda über das Verhalten der deutschen Besatzer war zwar erfunden, aber durchaus nicht alles. Deutschland hatte das Land ebenso brutal wie gründlich ausgeplündert. Maschinen, Ersatzteile und ganze Fabriken, einschliesslich der Dächer, waren samt der Eisenbahnwaggons und Lokomotiven für ihren Transport verschwunden. Vor 1914 war Belgien ein prosperierendes Land gewesen; 1919 lag die Arbeitslosenquote bei 80 Prozent. Die Stahlproduktion war auf weniger als ein Zehntel des früheren Standes gesunken. Auf dem Land fehlten den Bauern Düngemittel und Arbeitsgeräte, und da auch Millionen von Pferden, Kühen, Schafen und sogar Hühnern nach Osten abtransportiert worden waren, besaßen sie kaum noch Vieh. Ohne die alliierten Hilfslieferungen wären die Belgier in diesem ersten Friedenswinter verhungert.<sup>13</sup>

Unglücklicherweise hatte Belgien nur wenige Fürsprecher. Wilson, der den Wiederaufbau des Landes zu einem seiner Vierzehn Punkte gemacht hatte, war mit grösseren Themen beschäftigt. Die Franzosen argwöhnten, dass die Belgier das kleine Grossherzogtum Luxemburg annektieren wollten, und die Briten hielten sie für habgierig. Lloyd George hatte einen heftigen Streit mit dem belgischen Ministerpräsidenten über die «grotesken» Forderungen seines Landes. «Ich musste ihm ziemlich unverblümt sagen», berichtete er, «dass Belgien vergleichsweise wenige Männer im

Krieg verloren hatte und dass es alles in allem keine grösseren Opfer gebracht hatte als Grossbritannien.»<sup>14</sup>

Ungünstig für Belgien war auch, dass Aussenminister Paul Hymans, ein gepflegter, kluger kleiner Mann, der von der Gerechtigkeit seiner Sache überzeugt war, den Rat der Vier belehrte und sich lang und breit beklagte, wenn er das Gefühl hatte, er selbst oder Belgien würde ignoriert. «Ich wünschte, es gäbe etwas, das ich für Belgien tun könnte», seufzte Clemenceau. «Das Beste, was man für Belgien tun könnte, wäre zu sterben oder zurückzutreten.»<sup>15</sup>

Die Belgier hatten gehofft, die Mächte würden Druck auf die Niederländer ausüben, um unbefriedigende Abschnitte der Grenze zwischen ihren beiden Ländern zu ändern, insbesondere an der Schelde, die von dem grossen belgischen Hafen Antwerpen durch niederländisches Gebiet zum Meer floss. Vor dem Krieg hatten die Niederländer, die mit Rotterdam einen eigenen Hafen besaßen, wenig getan, um die Schiffbarkeit des Flusses zu verbessern, etwa durch Ausbaggern. Die Niederlande, die als neutrales Land nicht an der Friedenskonferenz teilnahmen, weigerten sich standhaft, auch nur einen Zollbreit ihres Bodens herzugeben, und sei es gegen Entschädigung durch deutsches Territorium. Die Mächte blieben stumm.<sup>16</sup>

Auch die Grenze mit Deutschland hätte Belgien gern verbessert. Die Kommission für belgische Angelegenheiten empfahl, Belgien das Stück Land zwischen den Kleinstädten Eupen und Malmedy zu geben. Es war mit einer Fläche von rund 1.000 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von 60.000 Menschen nicht gross, umfasste aber wertvolle Wälder, die Belgien für seine Verluste entschädigen würden. Als Zugabe schlugen die Experten Belgien weitere anderthalb Quadratkilometer zu, das sogenannte neutrale Moresnet, das bisher in einem rechtlichen Freiraum gelebt hatte, weil die einschlägigen Klauseln eines Vertrages von 1815 schlecht formuliert waren. Der Rat der Vier stimmte der Empfehlung zu.<sup>17</sup>

Weniger Mitgefühl bezeugten die Vier in Bezug auf die Reparationen. Belgien bat darum, ihm ausnahmsweise zu erlauben, die Kriegskosten in seine Forderungen einbeziehen zu dürfen. Dies war weniger weit hergeholt, als man denken sollte, denn da der grösste Teil des Landes besetzt war, hatte sich der belgische Staat gänzlich durch Kreditaufnahmen finanzieren müssen. Ferner baten die Belgier darum, sie beim Erhalt der deutschen Zahlungen als Erste zu berücksichtigen.

Die Amerikaner standen dem Ansinnen wohlwollend gegenüber, die Franzosen und Briten, die eigene Reparationspläne hatten, nicht. Aber am 29. April gaben sie nach, und in den nächsten Tagen wurde eine Übereinkunft ausgearbeitet, nach der Belgien 500 Millionen Dollar erhalten sollte, sobald Deutschland die ersten Zahlungen leistete, sowie einen noch zu bestimmenden Anteil an den gesamten Reparationen. In den folgenden Jahren bemühten sich Grossbritannien und Frankreich nach Kräften, die belgischen Forderungen herunterzuschrauben, und Deutschland tat alles, um überhaupt nicht zu zahlen. Es dauerte bis 1925, dass Belgien seine Vorzugszahlung in voller Höhe erhielt, und am Ende bekam es wie seine Verbündeten nur einen Bruchteil dessen, was es ursprünglich gefordert hatte.<sup>18</sup>

Doch diesmal hatten die Belgier Verhandlungsgeschick bewiesen. Ihre Drohung, den Vertrag mit Deutschland nicht zu unterzeichnen, hätte zu keinem heikleren Zeitpunkt kommen können. Italien war aus der Friedenskonferenz ausgeschieden, und wegen der japanischen Forderungen war eine ernste Krise ausgebrochen. An jenem Tag trafen die deutschen Delegierten in Paris ein, und die Bedingungen, die man ihnen stellen wollte, standen noch nicht endgültig fest. Weit beunruhigender war jedoch die Frage, ob eine uneinige Friedenskonferenz sie zwingen konnte, einen Vertrag zu unterzeichnen.<sup>19</sup>



## Italien steigt aus

Am 20. April, neun Tage vor dem belgischen Ultimatum, stand Frances Stevenson in Lloyd Georges Wohnung in der Rue Nitot am Fenster und schaute zu Wilsons Haus hinüber, um zu sehen, ob die Krisensitzung, zu der sich der Rat der Vier dort zusammengefunden hatte, schon zu Ende war. Es war Ostersonntag, ein freundlicher Frühlingstag, und Lloyd George hatte ihr ein Picknick versprochen. «Plötzlich erschien Orlando am Fenster, lehnte sich an die Querstrebe und legte den Kopf in die Hände. Es sah aus, als würde er weinen, aber ich konnte es nicht glauben, bis er ein Taschentuch hervorzog und sich über Augen und Wangen wischte.»<sup>1</sup> Neben ihr rief Lloyd Georges Diener aus: «Was haben sie dem armen alten Herrn bloss angetan?»<sup>2</sup> Gegenüber in Wilsons Arbeitszimmer schaute Clemenceau kühl auf die Szene. Die Briten waren schreckensstarr; Hankey sagte später, seinem Sohn hätte er für solch einen schmachvollen Gefühlsausbruch den Hintern versohlt.<sup>3</sup> Der Einzige, der Mitgefühl zeigte, war Wilson, der zu Orlando hinüberging und ihn zu trösten versuchte, eine grossmütige Geste, wenn man bedenkt, welche Spannungen mittlerweile zwischen Amerikanern und Italienern herrschten.<sup>4</sup>

Der ernsteste Streit auf der Friedenskonferenz war soeben in ein hitziges Stadium eingetreten, und der Zeitpunkt hätte nicht schlechter gewählt sein können. Angesichts der bevorstehenden Ankunft der deutschen Delegation war es wichtig, dass die Friedensmacher sich einig zeigten. Von den drei Regionen, auf die sich die italienischen Forderungen bezogen – Afrika, den Nahen Osten und Europa –, waren es die Ansprüche an der Adria, insbesondere auf die Hafenstadt Fiume, die zum Problem wurden. Bei dem Streit ging es neben dem Territorium auch ums Prinzip, denn die Italiener verlangten, was ihnen durch die alte Diplomatie versprochen worden war, während die Amerikaner auf der neuen beharrten. Und es war ein Zusammenstoss von Persönlichkeiten, zwischen Wilson und den Italienern, insbesondere Aussenminister Sonnino. Es ging darum, ob der Frieden bedeutete, dass Beute geteilt wurde, wie es die Amerikaner verächtlich

ausdrückten, oder dass Grenzen entlang ethnischer Trennlinien gezogen wurden. Wilson trat fürs Prinzip ein, denn die Territorien, die Italien wollte, waren ihm entweder von Grossbritannien und Frankreich im Geheimvertrag von London (den er verabscheute) versprochen worden oder sie wurden von Slawen bewohnt (weshalb die Erfüllung der Versprechen gegen das Selbstbestimmungsprinzip verstossen hätte) – oder beides.

Orlando hatte gehofft, eine Konfrontation vermeiden zu können. Er hatte jedoch nicht erkannt, dass Wilson nicht wie andere Politiker war und dass die Welt von 1918 nicht mehr dieselbe war wie die von 1914. Orlando war ein Produkt der trüben Welt der italienischen Politik mit ihren Absprachen, Arrangements und Patronagen. Er war ein kleiner, vierschrötiger Sizilianer mit einer Vorliebe für ausladende Gesten. Als Rechtsanwalt war er stets der Ansicht gewesen, dass Differenzen mit den richtigen Worten überspielt werden konnten. Nicolson tat ihm jedoch unrecht, als er ihn als «bleichen, kraftlosen, schlaffen Menschen» abtat, denn Orlando hatte sein Land im Angesicht der drohenden Niederlage zusammengehalten.<sup>5</sup>

Der Krieg war für eine bereits zwischen einem prosperierenden, sich industrialisierenden Norden und einem traditionsgebundenen, agrarischen Süden gesplante Gesellschaft eine enorme Belastung gewesen. Das grosse Versprechen der Vereinigung der 1860er Jahre war noch nicht eingelöst worden. Die italienische Wirtschaft war nur langsam gewachsen, und die kurzen Ausflüge des Landes in die Aussenpolitik waren peinlich oder, wie die Niederlage gegen die Äthiopier in Adowa im Jahr 1896, demütigend gewesen. Wie Deutschland, eine weitere neue Nation, besass Italien ein politisches System mit vielen Feinden: in seinem Fall den Katholiken, deren Kirche den neuen Staat nicht anerkannte, den radikalen Sozialisten, die an der Reformierbarkeit der bestehenden Strukturen zweifelten, und den rechten Nationalisten, die sich danach sehnten, die Fesseln der korrupten, langweiligen Politik zu sprengen.

Im Krieg hatte Italien, die ärmste der Grossmächte, Geld ausgegeben, das es nicht hatte. 1919 schuldete es seinen Verbündeten 700 Millionen Pfund, und die Kriegsinflation war in Italien höher gewesen als in allen anderen Ländern, ausser in Russland. An der Front gegen Österreich-Ungarn waren schlecht geführte und ausgerüstete italienische Soldaten, die sich die Alpen hinaufkämpfen sollten, buchstäblich hingemetzelt worden. 1917 war das italienische Heer bei Caporetto zusammengebrochen. Die

Italiener gaben sowohl den Generalen als auch dem System die Schuld. Bis 1918 waren fast eine halbe Million Männer gefallen und viele weitere schwer verwundet worden. Und wofür das alles? In Italien wurde der Begriff vom «verstümmelten Sieg» bereits zum Gemeinplatz, ebenso wie die Forderung nach einer Revolution.

Liberalen und gemässigte Sozialisten entzogen der Regierung, abgestossen von dem, was sie als abgrundtiefen Zynismus betrachteten, die Unterstützung, so dass sich Orlando in zunehmendem Mass auf die nationalistische Rechte stützen musste.<sup>6</sup> Er brauchte dringend einen Sieg in Paris oder wenigstens den Anschein davon. Wenn Sonnino und seine konservativen Freunde auf dem Buchstaben des Londoner Vertrags bestanden, dann sollten sie ihren Willen haben, und wenn einige Nationalisten noch mehr Territorien auf der Ostseite der Adria verlangten, als Italien versprochen worden waren, Fiume zum Beispiel, dann sollte auch die Erfüllung dieses Wunsches möglich sein. Vielleicht könnte er sogar die Liberalen für sich gewinnen, indem er sich auf Wilsons Prinzipien berief, insbesondere auf das Selbstbestimmungsrecht für all jene Italiener, die ausserhalb Italiens verstreut lebten (aber nicht für die Deutschen und Slawen, die unter italienische Herrschaft gelangen würden). Von Orlando stammte die Formel, die bei den Nationalisten Begeisterung und bei den Alliierten Verärgerung auslöste: «der Londoner Vertrag plus Fiume».<sup>7</sup> Er war ebenso überrascht wie alle anderen, dass Fiume für die italienischen Nationalisten zu einer Lebensfrage und für Wilson zu einem Knackpunkt wurde.

Sonnino, die zweite starke Figur in der italienischen Delegation, beharrte auf der Erfüllung des Londoner Vertrags (immerhin hatte er ihn ausgehandelt), aber Fiume interessierte ihn kaum. Nach Lloyd Georges Ansicht war er «in Sorge, Italien könnte grössere Dinge opfern angesichts der Aufregung über diese unbedeutende Forderung».<sup>8</sup> Ihm sollte jedoch die ganze Schuld an der katastrophalen italienischen Diplomatie in Paris angelastet werden. Orlando kam glimpflich davon, zum Teil, weil er im Gegensatz zu Sonnino schlecht Englisch sprach; die meisten Amerikaner und Briten verstanden nicht, was er sagte. Ausserdem besass er, wie Lloyd George schrieb, «einen anziehenden, liebenswerten Charakter, der den Umgang mit ihm zu einem Vergnügen machte». Ausserdem versicherte Lloyd George irrtümlicherweise, es hätte «zwischen ihm und Präsident Wilson keine grundsätzlichen Unterschiede in den Anschauungen und

Prinzipien» gegeben. Auch bei den Amerikanern war der italienische Ministerpräsident «höchst beliebt». «Wenn Orlando hier wäre, könnte ich, glaube ich, etwas tun», schrieb House an Wilson, «aber Sonnino ist ein hoffnungsloser Fall.»<sup>9</sup> Lloyd George fand ihn «mürrisch, steif und halsstarrig».<sup>10</sup> Er sprach ungeschliffen und machte sich kaum Freunde in Paris.

1919 war Sonnino Anfang siebzig. Mit seiner weissen Haarmähne, einem grossen herabhängenden Schnurrbart, tiefsitzenden Augen unter verschattenden Brauen und einem ernsten Gesichtsausdruck war er das Inbild eines konservativen italienischen Politikers und europäischen Staatsmanns alten Stils. In Wirklichkeit war er noch etwas mehr: ein Protestant in einem überwiegend katholischen Land, ein Intellektueller, der voll Leidenschaft über Dantes Beatrice schrieb, und ein brillanter Polemiker. Als Sohn eines italienisch-jüdischen Geschäftsmanns und einer Waliserin war er ein Aussenseiter, dem es gelungen war, ins Zentrum der italienischen Politik vorzudringen. Zunächst ein altmodischer Liberaler, war er im Lauf der Zeit nach rechts gerückt. Er glaubte, dass den Massen geholfen werden musste, vertraute aber nicht darauf, dass sie es selbst tun konnten. Vor dem Krieg hatte er zweimal kurz das Amt des Ministerpräsidenten innegehabt und sich als ehrlicher, unparteiischer Politiker selbst den widerwilligen Respekt seiner Gegner erworben. Seit 1914 war er Aussenminister.

In seiner Jugend war er tief und unglücklich verliebt gewesen. «Wer könnte und wer sollte dieses Nichts, dem es an jeder physischen und moralischen Anziehungskraft fehlt, lieben?», schrieb er in sein Tagebuch. «Was gäbe ich nicht für ein bisschen Zuneigung! Nur Zuneigung kann dieses schwarze Fieber lindern, das mich verzehrt, das mich mir selbst hassenswert macht, das mich unfähig macht zu jeder ernsthaften, länger andauernden Unternehmung.»<sup>11</sup> Sonninos Auffassung der internationalen Beziehungen entsprach derjenigen Bismarcks: Nach seiner Ansicht beruhten sie auf Macht. Nationen wurden von einem «heiligen Egoismus» angetrieben, wie ein anderer italienischer Aussenminister es ausgedrückt hatte. Als italienischer Patriot wollte Sonnino Sicherheit für sein Land, was für ihn Territorium, Allianzen, Absprachen und den Erwerb von Freunden zur Abwehr möglicher Feinde bedeutete. Häufig betrachtete er Verhandlungen als Selbstzweck. Clemenceau warf ihm einmal vor, er halte sich «zu sehr an die italienische Methode, deren Grossmeister Machiavelli war», und präsentiere keine klaren Lösungen.<sup>12</sup> Sonnino vertraute nicht

auf Bekundungen von Prinzipien, Moral und Offenheit in internationalen Beziehungen und begriff nicht, dass andere es taten. 1919 verhielt er sich, als befände er sich auf dem Wiener Kongress; von den Hoffnungen und Gefühlen, die in der Welt im Schwange waren, hatte er kaum eine Vorstellung.

Sonnino gehörte zu der kleinen Minderheit seiner Landsleute, die bei Kriegsausbruch den Mittelmächten zuneigten. Er nahm an, dass sie siegen würden, und auf jeden Fall bevorzugte er ein von konservativen Kräften beherrschtes Europa. Die meisten Italiener waren jedoch für die Neutralität. Erst als der Krieg sich in die Länge zog, tat sich jene grosse Kluft auf zwischen denjenigen, die an der Neutralität festhielten – überwiegend Konservative, aber auch ein Teil der radikalen Linken –, und der zunehmenden Zahl derjenigen, die für einen Kriegseintritt auf Seiten der Alliierten waren. Die zweite Gruppe war eine merkwürdige Koalition aus Liberalen, Republikanern, Sozialisten und fanatischen Nationalisten, die dann auch im Streit über die Kriegsziele zerfiel. Nach reiflicher Überlegung gelangte Sonnino zu dem Schluss, dass der Kriegseintritt die beste Option für Italien war.

Er wollte nicht, dass Österreich-Ungarn vernichtend besiegt würde; tatsächlich hätte er nie damit gerechnet, dass das Habsburgerreich völlig verschwinden könnte. Er verspürte keine besondere Abneigung gegen die Mittelmächte und trat nur deshalb für das Bündnis mit den Alliierten ein, weil dies der Weg zu sein schien, auf dem Italien die Territorien erwerben konnte, die es brauchte. Er achtete stets darauf, den italienischen Krieg von dem allgemeinen Krieg zu unterscheiden. «Um einen dauerhaften Frieden zu sichern», sagte er 1917, «ist es notwendig, dass Italien sichere Landesgrenzen erhält – als unabdingbare Voraussetzung für seine völlige Unabhängigkeit.» 1918, kurz nachdem Wilson seine Vierzehn Punkte verkündet hatte, bemerkte Sonnino spitz: «Eine hinterhältige ausländische Propagandakampagne unterstellt, die italienischen Ansprüche beruhten auf imperialistischen, antidemokratischen, antinationalen und ähnlichen Vorstellungen. Das ist absolut falsch.» Im Gegenteil, die italienischen Forderungen nach österreichischem Territorium seien durch «Volkszugehörigkeit und legitime Verteidigung an Land und auf See» begründet. Die Italiener, erklärte er, freuten sich auf gute Beziehungen zu ihrem jugoslawischen Nachbarn.<sup>13</sup>

Während des Krieges hatten die Alliierten, stets bereit, Territorien wegzugeben, die ihnen nicht gehörten, Italien versprochen, seinen nationalen

Traum zu verwirklichen, von Trient bis Triest, wie es ein beliebter italienischer Slogan ausdrückte, jenseits der verletzlichen Nordostgrenze, die seit der Gründung Italiens von Österreich-Ungarn bedroht worden war. Aber als 1915 der Londoner Vertrag ausgehandelt wurde, gaben die Briten und Franzosen noch mehr dazu: Inseln und einen Streifen von Dalmatien an der österreichisch-ungarischen Adriaküste, die Hafenstadt Vlora (italienisch Valona) in Albanien sowie das Protektorat über Zentralalbanien, den Dodekanes und einen Anteil am Osmanischen Reich, sollte es zerfallen. (Dies sorgte auf der Friedenskonferenz für Probleme, da Lloyd George einen Teil desselben Gebiets – um Smyrna herum – auch Griechenland versprochen hatte.) Ferner sollte Italien auf der Arabischen Halbinsel und im Roten Meer dieselben Rechte erhalten wie Grossbritannien und Frankreich. Für Sonnino war der Londoner Vertrag ein feierlich abgeschlossenes Geschäft, während er den Briten und Franzosen 1919 nur noch peinlich war.

Wilson hatte klargestellt, dass die Vereinigten Staaten durch solche Geheimabkommen nicht gebunden waren. (Man hatte ihm den Londoner Vertrag während des Krieges vorgelegt, obwohl er sich später einredete, ihn nie gesehen zu haben.<sup>14</sup>) Die Briten und Franzosen hatten ausserdem, ob zu Recht oder Unrecht, den Eindruck, dass Italien nicht viel zum alliierten Sieg beigetragen hatte. Die italienische Armee habe ihren Angriff auf Österreich-Ungarn hinausgezögert, hiess es, und ihn dann vermässelt. Die italienischen Kriegsschiffe hätten sich, trotz wiederholter Versprechen, im Mittelmeer zu patrouillieren, insbesondere in der Adria, nur selten aus ihren Häfen hinausgewagt, und die italienische Regierung habe ihren unter grossem Druck stehenden Verbündeten Ressourcen abgepresst und sich dann geweigert, sie für die Kriegsanstrengung einzusetzen.<sup>15</sup> Die Italiener hätten ihn mit einem grandiosen Kratzfuss nach Art des 17. Jahrhunderts begrüsst, bemerkte Clemenceau, und noch vor dem Ende der Verbeugung mit ausgestrecktem Hut um Almosen gebeten.<sup>16</sup> In Paris, berichtete der britische Botschafter, habe man Italien «zunächst mit grösster Verachtung gegenübergestanden, und jetzt betrachtet man es mit äusserstem Verdruss. Man sagt allgemein, das Signal für den Waffenstillstand sei für Italien das Signal gewesen, mit dem Kämpfen zu beginnen.»<sup>17</sup>

Nachdem sie Italien mit dem Versprechen auf territoriale Gewinne bestochen hatten, um es zum Kriegseintritt zu bewegen, waren Grossbritan-

nien und Frankreich empört, dass ihr neuer Verbündeter weiterhin «diesen Krämergeist» an den Tag legte, wie Lloyd George es formulierte.<sup>18</sup> Als italienische Truppen nach Kriegsende umgehend all die Gebiete – und noch mehr – an der Adria besetzten, die Italien versprochen worden waren, löste das überall Stirnrunzeln aus. Der französische Aussenminister Pichon beklagte sich beim britischen Botschafter lang und breit, die italienischen Truppen würden absichtlich Zusammenstösse mit der örtlichen slawischen Bevölkerung provozieren. «Sie begrüsst das Blutvergiessen, da es sie in die Lage versetze, Gebiete zu behalten, die ihnen sicherlich kein Friedensvertrag zusprechen würde.»<sup>19</sup>

Die Wahrscheinlichkeit, die sich im Dezember 1918 zur Gewissheit verdichtete, dass Serbien zusammen mit den südslawischen Völkern des Habsburgerreichs einen wie auch immer gestalteten Staat bilden würde, war ein weiterer Grund für Misshelligkeiten zwischen Italien und seinen Verbündeten. Briten und Franzosen standen dem neuen Staat aus unterschiedlichen Gründen positiv gegenüber. Italien, glaubten sie, würde gewiss einsehen, dass es unter den neuen Umständen keinen Sinn mehr habe, südslawische Gebiete zu beanspruchen. Immerhin hatte den Versprechen die Annahme zugrunde gelegen, dass es Österreich-Ungarn nach dem Krieg noch geben würde. Es hatte Sinn gemacht, einen Feind seiner Häfen und Marinestützpunkte zu berauben. Das Gleiche jetzt einem Freund anzutun, ergab dagegen keinen Sinn. «Es sollte jede Anstrengung unternommen werden», beschloss das britische Kriegskabinett, «Italien dazu zu bewegen, in dieser Frage eine vernünftige Haltung einzunehmen.»<sup>20</sup> Auch Clemenceau sprach mehrere Male mit Orlando, um ihn zu überreden, den Londoner Vertrag aufzugeben.<sup>21</sup>

Die italienische Regierung war dazu jedoch nicht bereit. Die Öffentlichkeit hätte ihr das Leben schwergemacht. Während Liberale, getreu dem Geist des grossen Mazzini, auf die Befreiung unterdrückter Völker gehofft hatten, insbesondere derjenigen unter dem Joch von Italiens eigenem einstigen Unterdrücker, betrachteten die meisten Italiener die Kroaten und Slowenen als Feinde, die loyal für das Habsburgerreich gekämpft hatten und es, wenn sie die Gelegenheit dazu hätten, wahrscheinlich immer noch tun würden. Als italienische Truppen nach Kriegsende Kroatien und Slowenien besetzten, traten sie eher als Eroberer denn als Befreier auf.<sup>22</sup>

Und waren die Serben etwa vertrauenswürdiger? General Pietro Badoglio, der zweithöchste Offizier der italienischen Armee, warnte die Regierung, dass die Kroaten und Slowenen, die cleverer seien als die Serben, diese nicht mehr dominieren würden.<sup>23</sup> Als Reaktion darauf arbeitete er einen ausgeklügelten Plan aus, den Orlando und Sonnino im Dezember 1918 billigten, mit dem Ziel, Jugoslawien zu zerstören und die italienische Kontrolle über die Ostseite der Adria zu zementieren. Um dies zu erreichen, sollten Auseinandersetzungen zwischen Serben, Kroaten und Slowenen sowie zwischen Bauern und Grundherrn angefacht werden. In Bosnien sollten religiöse Gegensätze ausgenutzt werden. Badoglio hatte bereits Agenten vor Ort. Selbst einfache Soldaten sollten ihren Teil beitragen, indem sie «empfängliche» einheimische Frauen verführten.<sup>24</sup>

Die italienische Marine nahm eine ähnliche Haltung ein. Sie war wütend, als der Habsburger Kaiser mit einer seiner letzten Amtshandlungen die österreichisch-ungarische Flotte und den riesigen Marinestützpunkt Pula (italienisch Pola) einem provisorischen jugoslawischen Komitee übergab. Am nächsten Tag drangen Kampfschwimmer mit einem bemannten Torpedo in den Hafen von Pula ein und versenkten das Schlachtschiff *Viribus Unitis*, den Stolz der österreichischen Flotte, mitsamt Kapitän und Besatzung, allesamt Jugoslawen. Auf Drängen Italiens wurde die übrige Flotte schliesslich den Alliierten übergeben, und italienische Truppen besetzten Pula. In den folgenden Monaten kam es zu immer grösseren Auseinandersetzungen zwischen der italienischen Marine und den Alliierten, insbesondere den Amerikanern, über die Art und Weise, wie die Italiener die einheimischen Slawen behandelten.<sup>25</sup> Sie verteidigten sich in einem längeren Memorandum mit dem Argument, die Natur habe Italien einen üblen Streich gespielt: Während auf der Westseite der Adria nur wenige natürliche Häfen und kein natürlicher Schutz zu finden seien, sei die andere Seite durch eine «grossartige vorgeschobene Barriere aus Riffs und Inseln» geschützt. «Im Osten ist das Meer klar und tief, und Minen können dort nur schwer eingesetzt werden; im Westen ist das Wasser schlammig und flach und scheinbar so beschaffen, um den schrecklichen, heimtückischen U-Boot-Waffen ihre Arbeit zu erleichtern.» Das Territorium auf der Ostseite zu besitzen, sei für Italien einfach eine Lebensnotwendigkeit.<sup>26</sup>

Die Nationalisten führten noch andere Argumente an. Italien, mahnten sie, könne die verstreuten italienischen Gemeinden nicht der Gnade der



Slawen überlassen. In den Zeitungen standen ebenso besorgniserregende wie unwahre Berichte über italienische Frauen und Kinder, die in den Städten in Istrien und entlang der dalmatinischen Küste angeblich ermordet worden waren. «Die jugoslawische Unterdrückung», war da zu lesen, «schneidet der italienischen Bevölkerung in Dalmatien die Kehle durch und terrorisiert sie.» Gelehrte Professoren versicherten: «Was in Dalmatien nicht italienisch ist, ist barbarisch!» Der italienische Militärbefehlshaber in Dalmatien drückte es nur geringfügig freundlicher aus: «Die Bevölkerung ist grundsätzlich gut, wie eben einfache und primitive Menschen gut sind. Aber einfache und primitive Völker sind auch extrem empfindlich, argwöhnisch und gewalttätig.» Italien habe unübersehbar eine zivilisierende Mission.<sup>27</sup> Italienische Zeitungen veröffentlichten Fotos von zur Kirche gehenden Bauern mit der Bildunterschrift, sie seien auf dem Weg, dem Kommandeur der italienischen Truppen zu huldigen, oder von Menschen, die anstanden, um Lebensmittel zu kaufen, mit der Erklärung, es handle sich um Slawen, die sich anstellten, um den Verbleib der Italiener zu fordern.<sup>28</sup>

Ende 1918 zogen in Rom, Genua und Neapel an sogenannten Dalmatien-Tagen begeisterte Menschenmengen durch die Strassen. Der amerikanische Botschafter glaubte, dass die Regierung hinter den Demonstrationen stand. Sonnino, berichtete er, habe betont, Italien müsse seine Sicherheit in der Adria über alles andere stellen, und zwar durch Kontrolle über Territorien, nicht durch den Schutz eines Völkerbunds. «Selbst die Polizei verlange, dass die Menschen, die sie schütze, abends ihre Haustüren schliessen, um Eindringlinge wenigstens so lange aufzuhalten, bis sie die Polizei rufen könnten.»<sup>29</sup> Wie Orlando hielt Sonnino Wilsons Ideen für töricht. «Ist es denn möglich, die Welt vom grünen Tisch aus umzugestalten und durch das Werk einiger Diplomaten? Sagen Sie ihnen, sie mögen sich auf den Balkan begeben und dort die Vierzehn Punkte ausprobieren!»<sup>30</sup>

Die italienische Regierung unternahm alles, um ihre Verbündeten von ihrer Sichtweise zu überzeugen. Im Dezember 1918 in London erklärte Orlando den Briten und Franzosen, die Jugoslawen hätten eine «massive Verfolgung» in Gang gesetzt; italienische Soldaten würden angegriffen, und italienische Frauen, die die italienischen Farben trügen, würden belästigt.<sup>31</sup> Eine Anerkennung Jugoslawiens kam für ihn überhaupt nicht in Frage. Die Briten und Franzosen gaben widerstrebend nach. Sie fühlten

sich verpflichtet, den Londoner Vertrag einzuhalten, aber sie waren verstimmt. «Tatsache ist», schrieb Robert Cecil an den britischen Botschafter in Italien, «dass die allgegenwärtige Begehrlichkeit der italienischen Außenpolitik Italien in ernste Schwierigkeiten bringen wird ... Die Jugoslawen haben weit mehr beansprucht, als ihnen gerechterweise zusteht, aber Sonninos Halsstarrigkeit und Italiens überzogene Forderungen haben dazu geführt, dass das Land ausser uns selbst wirklich keinen einzigen Freund mehr in Europa hat, und es tut alles, um seine Isolation zu vollenden.»<sup>32</sup>

Blieben die Amerikaner. Wilson mochte die italienischen Forderungen nicht in allen Einzelheiten kennen (so scheint er Triest anfangs für eine deutsche Stadt gehalten zu haben<sup>33</sup>), aber er wusste, was seine Prinzipien waren. Er pflichtete seinen Rechtsexperten bei, nach deren Auffassung Italien, als es den Waffenstillstand mit den Mittelmächten auf der Grundlage der Vierzehn Punkte schloss, implizit anerkannt hatte, dass diese den Londoner Vertrag ersetzen. Andererseits versprachen die Vierzehn Punkte Italien eine «Berichtigung» seiner Grenzen «nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand». Dies bedeutete, dass Italien im Nordosten zwar einen Teil dessen bekommen würde, was es wollte, aber nur wenig von Istrien und nichts von Dalmatien.<sup>34</sup> In den Waffenstillstandsverhandlungen hatte Orlando erfolglos versucht, einen Vorbehalt zu den Akten zu geben, des Inhalts, dass bei der Festlegung von Italiens Grenzen dessen Sicherheitsbedürfnis berücksichtigt werden müsse. Später behaupteten die Italiener, ihr Vorbehalt sei protokolliert worden, während die Amerikaner darauf beharrten, dass dies nicht geschehen sei.<sup>35</sup>

Gleichwohl sahen Orlando und Sonnino Wilsons Ankunft in Europa mit einigem Optimismus entgegen. House ermutigte sie, die Vereinigten Staaten als Freund zu betrachten, und erlaubte ihnen stillschweigend, den Waffenstillstand mit Österreich-Ungarn so zu formulieren, dass Italien alle ihm im Londoner Vertrag versprochenen Gebiete besetzen konnte.<sup>36</sup> Ausserdem beriet er Sonnino in Bezug auf die Verhandlungstechnik. Wenn Italien seine Forderungen erst stellte, nachdem Grossbritannien und Frankreich erreicht hatten, was sie wollten, würde es der Friedenskonferenz schwerfallen, sie abzulehnen. «Als ich dies tat, hat mich der Teufel geritten», vertraute er seinem Tagebuch an. «Ich werde es genießen mitzuerleben, wie Sonnino und Orlando ihren Fall auf der Grundlage

der britischen und französischen Ansprüche vortragen.»<sup>37</sup> Ausserdem erhielt die italienische Regierung von ihrem Botschafter in Washington, Vincenzo Macchi di Cellere, einem Mann mit einer ausgeprägten Fähigkeit, Tatsachen zu ignorieren, irreführende Signale, denen sie entnahm, dass Wilson Italien und seinen Zielen wohlwollend gegenüberstand.<sup>38</sup> «Ein guter Mann», stellte Orlando fest, «aber seiner Aufgabe absolut nicht gewachsen und ... der Grund, weshalb wir Italiener, was Wilsons wirkliche Ansichten anging, völlig ahnungslos zu der Konferenz fuhren.»<sup>39</sup> Aber vielleicht wollten die Italiener sie auch gar nicht wahrnehmen. «Baron Sonnino», berichtete der amerikanische Botschafter in Rom, «weiss so wenig über Amerika, dass man es getrost Nichts nennen kann, und ich glaube nicht, dass er mit dem, was unser Hauptmotiv ist, wirklich übereinstimmt.»<sup>40</sup>

Wilson begegnete den Italienern mit Argwohn. Nach seiner Ansicht waren sie aus «kaltblütiger Berechnung» heraus in den Krieg eingetreten.<sup>41</sup> Als eine der ersten Handlungen nach seiner Ankunft in Paris im Dezember 1918 liess er sich den Text des Londoner Vertrags bringen. Mit Sonnino und Orlando traf er einige Tage vor Weihnachten zum ersten Mal zusammen und führte ein langes Gespräch über die italienischen Ansprüche an der Adria mit ihnen. Die Italiener fanden, das Treffen sei gut verlaufen. Doch der britische Botschafter, der am nächsten Tag mit Wilson sprach, hatte einen anderen Eindruck: «Er ist sehr antiitalienisch ... Er hat die Nase gestrichen voll von Orlando und Sonnino und ihrer ganzen Art; insbesondere wollte er keine Gespräche mehr mit ihnen.»<sup>42</sup> Als sich der Beginn der Friedenskonferenz verzögerte, willigte Wilson indes ein, Rom einen Staatsbesuch abzustatten, der die Missverständnisse jedoch nur weiter vertiefte.

Wilson wurde überall von einer riesigen, begeisterten Menschenmenge empfangen. «Ich hatte den Eindruck, mich unter echten Freunden zu befinden», stellte er fest. Er zog den irrigen Schluss, dass das italienische Volk hinter seinem Programm stand. «Der Präsident sagte», berichtete sein Arzt, «er habe das Gefühl, dass dem Volk vor allem daran gelegen sei, einen Frieden zu bekommen, der es vor einem weiteren Krieg wie dem, den es gerade durchgemacht habe, bewahren würde. Er glaube, dass es die Völkerbundidee als das Mittel entdeckt habe, mit dem dies erreicht werden könne.»<sup>43</sup> Vier Monate später, als seine Beziehung zur italienischen Regierung auf dem Tiefpunkt war, sollte er direkt an das italienische Volk appellieren. Orlando seinerseits blieb optimistisch. «Ich glaube an Wilson

und seine Ideen», eröffnete er einem Freund frohgemut. «Ich akzeptiere den Wilsonianismus, soweit er die Rechte und Interessen Italiens berücksichtigt.»<sup>44</sup> Sonnino war misstrauischer; ihm gefiel nicht, dass Wilson mit Regierungskritikern zu sprechen versuchte. Wilson erwiderte das Gefühl: In seinen Augen war Sonnino «glatt wie ein Aal».<sup>45</sup> Am 13. Januar teilte er Orlando mit, dass er den Londoner Vertrag nicht mehr als gültig ansehe.<sup>46</sup> Dabei blieb es für einige Wochen, während der Oberste Rat über den Völkerbund und solch schwierigen Dinge wie die Frage, ob die Bolschewisten nach Paris eingeladen werden sollten, beriet.

Die italienische Delegation richtete sich in dem luxuriösen Hôtel Edouard VII nahe der Oper ein. Nur einem Delegierten war es gestattet worden, seine Ehefrau mitzubringen, vielleicht weil sie erst seit kurzem verheiratet waren. Es gab nur ein einziges Telefon, für dessen Benutzung die Delegierten Orlandos Erlaubnis einholen mussten. Die Delegation spiegelte die politischen Risse in der Regierung wider. «Ein nach Paris versetztes Stück Rom», beschrieb eines ihrer jüngeren Mitglieder die Delegation, «leider mit allen dazugehörigen Macken: mangelnde Organisation, eine Vorliebe für parlamentarische Alchemie bei der Auswahl der Mitarbeiter, Tratsch und üble Nachrede.»<sup>47</sup>

Es war keine starke Delegation, da war man sich allgemein einig. «Italien macht keine Werbung für seine Position», erklärte Macchi di Gellere, den man aus Washington herbeigeht hatte, um der Delegation seine zweifelhafte Hilfe angedeihen zu lassen, einem Amerikaner. «Dafür ist es ein zu altes Land mit zu stolzen Menschen.»<sup>48</sup> Beispielsweise knüpften nur wenige Delegationsmitglieder informelle Kontakte zu den anderen Delegationen an.<sup>49</sup> Was die Delegationsleiter anging, so kümmerte sich der ehemalige Ministerpräsident Antonio Salandra vor allem um seine Gesundheit, während Orlando zwar liebenswürdig, aber zerstreut war. Sonnino verhielt sich unnahbar und geheimnistuerisch, selbst dann, wenn die Informationen seinen Mitdelegierten weitergeholfen hätten. In seiner Freizeit unternahm er einsame Spaziergänge. Für Italien Lobbyarbeit zu leisten, lehnte er ab. «Zu solchen Mitteln zu greifen», begründete er seine Einstellung, «hiesse, auf das Niveau kleiner Nationen herabzusinken, die herumlaufen und die Weltöffentlichkeit um Territorien anbetteln.»<sup>50</sup> Im Lauf der Monate verschlechterte sich sein Verhältnis zu Orlando zusehends. Es kam zu heftigen Szenen, in denen der normalerweise beherrschte Sonnino vor Wut dunkelrot anlief.<sup>51</sup>

Aber die Italiener waren nicht nur untereinander gespalten, sie misstrauten auch ihren Verbündeten. «Sie fanden», bemerkte ein britischer Diplomat, «sie würden von den anderen Mächten nicht als Gleiche behandelt; man würde sie von allen Seiten angreifen und kritisieren, und man würde ihnen sagen, was gut für sie sei, aber nicht wirklich mit ihnen reden.»<sup>52</sup> Wilson, höhnte Sonnino, sei ein *specie di clergyman*, und die Vereinigten Staaten, sekundierte Macchi di Gellere, seien ein «Wucherer», der den Frieden diktieren wolle.<sup>53</sup> Ende Januar berichtete *T/mes*-Herausgeber Wickham Steed, Wilson habe ein «stürmisches Gespräch» mit Sonnino gehabt, «der offenbar die Fassung verlor und Wilson lang und breit auseinandersetzte, dass er sich nicht in europäische Angelegenheiten einmischen, sondern bei seinem amerikanischen Leisten bleiben solle».<sup>54</sup>

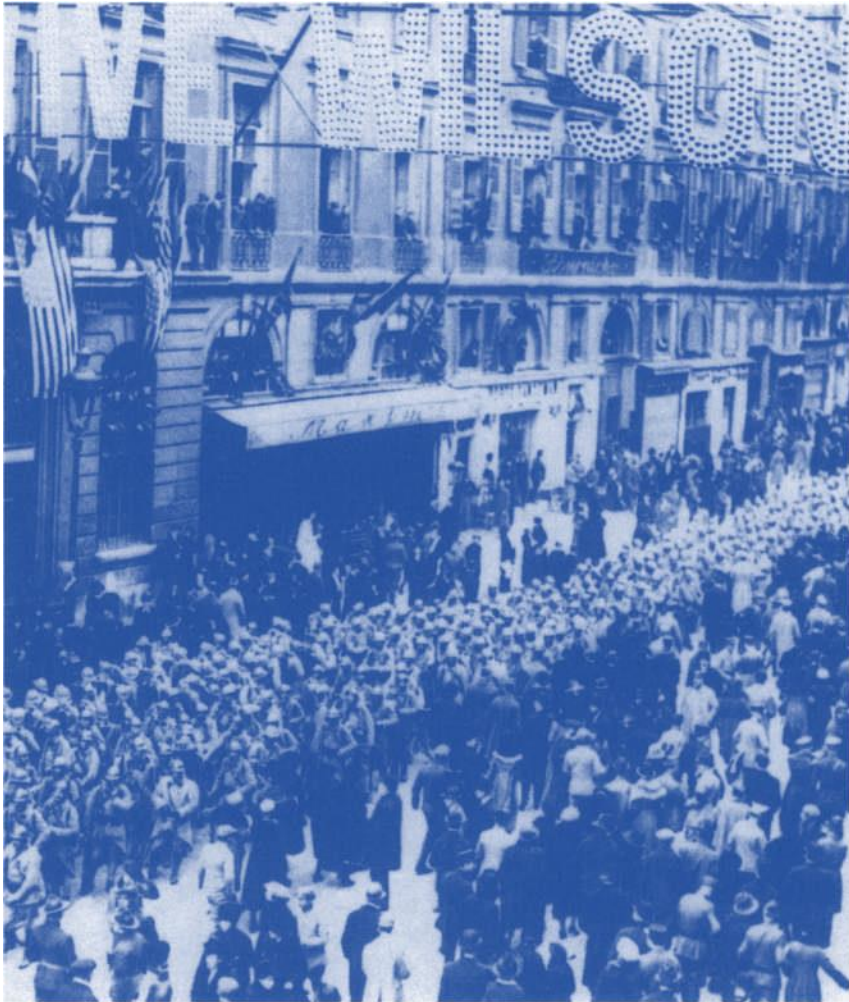
Unter den Europäern kamen die Italiener mit den Briten am besten aus. Orlando bewunderte Lloyd George: «Sein keltisches Blut sorgte dafür, dass er es in puncto Cleverness mit uns Mittelmeerbewohnern aufnehmen konnte.»<sup>55</sup> Und es gab wenig Trennendes zwischen ihren beiden Ländern. In Bezug auf Frankreich sah es anders aus. Italien verdankte zwar Frankreich seine Vereinigung, aber man fand, dass es dafür in Form von Nizza und Savoyen einen hohen Preis verlangt hatte. Beide Länder beanspruchten, als Mittelmeermächte angesehen zu werden, und vor dem Krieg waren sie wegen Tunesien und Marokko aneinandergeraten. Italien hatte sich dem Dreibund unter anderem angeschlossen, um Verbündete gegen Frankreich zu haben. Nach den Massstäben, die für die Staatsmänner der Welt damals wichtig waren, hinkte Italien in der Stahlproduktion, der Kohleförderung und der Bevölkerung hinter Frankreich hinterher. «Während meiner gesamten Verhandlungen mit den Italienern», erinnerte sich Lloyd George, «stellte ich fest, dass ihre Aussenpolitik stark von einer Mischung aus Eifersucht, Rivalität, Groll und einer ganz besonderen Furcht vor Frankreich bestimmt wurde.»<sup>56</sup> Auf Seiten Frankreichs empfand man weniger Furcht (obwohl die italienische Geburtenrate eine gewisse Besorgnis auslöste) als mit Verachtung gemischte Herablassung.

Im Dezember 1918, nach den alliierten Beratungen in London, waren Orlando und Sonnino bis Paris im selben Zug wie Clemenceau gereist. «Wir haben sie während der gesamten langen Fahrt nicht ein einziges Mal zu Gesicht bekommen», erzählte Clemenceaus Berater, «und im Gare du Nord verschwanden sie, ohne sich von Clemenceau zu verabschieden, der

nicht nur verblüfft, sondern auch ziemlich gekränkt war.»<sup>57</sup> Für Sonnino verspürte Clemenceau, wenn auch widerstrebend, einen gewissen Respekt, aber mit Orlando konnte er nichts anfangen: «stets für jeden zu haben, Italiener in höchster Potenz», sagte er über ihn.<sup>58</sup>

Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns eröffnete neue Felder für die alte Rivalität, da beide Länder nach Einfluss in Mitteleuropa strebten. Was die Adria anging, war Frankreich hin- und hergerissen zwischen der Freundschaft mit Jugoslawien und der Aufrechterhaltung vernünftiger Beziehungen zu Italien. «Ich bin der Adriafragen so überdrüssig», stöhnte ein französischer Diplomat. «Gleichwohl sollten wir die Jugoslawen nicht fallenlassen. Sie sind ebenso unvernünftig wie alle anderen, aber sie sind schwach. Wie dumm sie doch in Rom sind!»<sup>59</sup> Zu Orlandos Empörung stiess Clemenceau eines Tages müde hervor: «Mein Gott, mein Gott! Italien oder Jugoslawien? Die Blonde oder die Brünette?»<sup>60</sup> Bis April 1919 hatte sich Clemenceau eindeutig für die Brünette entschieden. Er war wütend, dass Italien sich weder in der Saarfrage noch in Bezug auf die Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrecher auf die Seite Frankreichs gestellt hatte. Ausserdem ging er davon aus, dass er genügend Spielraum hatte, weil Italien letzten Endes auf ein gutes Verhältnis zu Frankreich angewiesen war.<sup>61</sup>

Orlando und Sonnino arbeiteten weiter trotz ihres Misstrauens gegenüber den Verbündeten und der Abneigung gegenüber ihrem Nachbarn Jugoslawien. Sie waren in einem Bündnis gefangen, das sie aus Furcht, ihre Regierung könnte daran zerbrechen, nicht aufzugeben wagten. Wie eine Bombe mit langsam brennender Lunte ging am 7. Februar eine offizielle italienische Denkschrift bei der Friedenskonferenz ein. Es ist ein interessantes Dokument, in dem der Londoner Vertrag zwar kaum erwähnt wird, dessen Bestimmungen aber nahezu unverändert wiederholt werden, nur diesmal ins schlechtsitzende Gewand der neuen Diplomatie gekleidet. «Die italienischen Ansprüche», beginnt es, «atmen einen solchen Geist der Gerechtigkeit, Rechtschaffenheit und Mässigung, dass sie völlig mit den von Präsident Wilson verkündeten und deshalb von allen anzuerkennenden und zu billigenden Grundsätzen übereinstimmen.» Italiens Forderungen würden zur Gänze auf der Selbstbestimmung beruhen – für Italiener, versteht sich –; die wenigen kleinen Gebiete, in denen andere Völker lebten, beanspruche man nur, um sichere Grenzen zu erhalten.<sup>62</sup>



1. Woodrow Wilsons triumphale Ankunft in Paris vor Beginn der Friedenskonferenz. Sein Versprechen, einen Völkerbund zu gründen, um den Krieg abzuschaffen und den Völkern Selbstbestimmung zu ermöglichen, weckte in Europa und anderswo enorme Erwartungen. Die Enttäuschung sollte bald folgen.



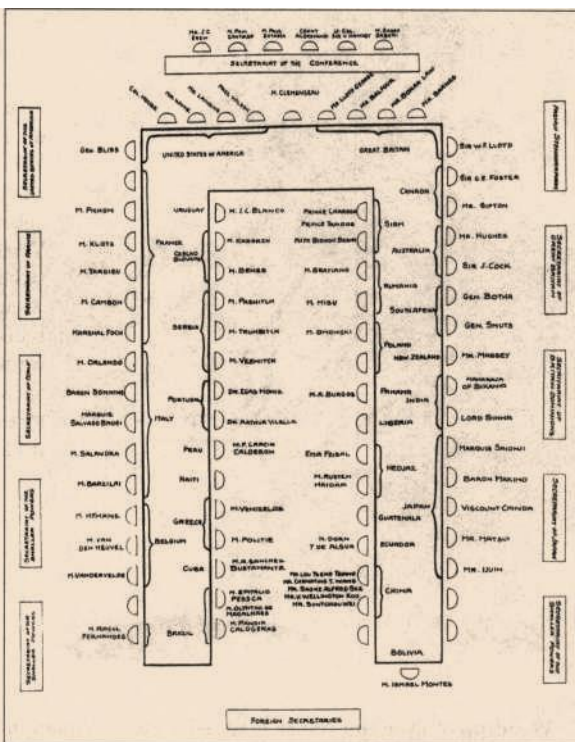
2. Der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau (Mitte) und der britische Premierminister David Lloyd George (rechts) beim Abschreiten einer Ehrenformation.

3. David Lloyd George (Mitte) und die Delegation des britischen Empires. Zweiter von links in der ersten Reihe der südafrikanische Aussenminister General Jan Smuts. Links neben Lloyd George Aussenminister Arthur Balfour, rechts der australische Premierminister Billy Hughes. Rechts vom Tisch Winston Churchill, rechts hinter ihm Lloyd Georges Militärberater Henry Wilson.





4. Der Sitzplan der Friedenskonferenz. 32 Länder, Kriegsteilnehmer wie Neutrale, waren eingeladen worden, Delegierte nach Paris zu entsenden. Das Plenum der Friedenskonferenz kam nur achtmal zusammen, was bei den kleineren Ländern für Unmut sorgte.

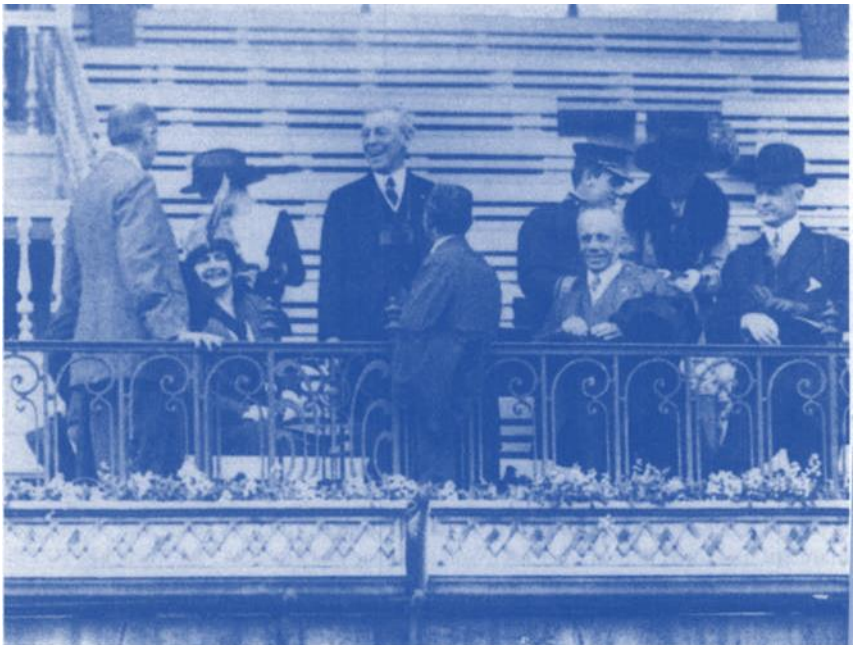


5. Die wirkliche Arbeit wurde von Kommissionen und Komitees sowie von diesen vier Männern und ihren Beratern geleistet. Von links nach rechts: David Lloyd George (Grossbritannien), Vittorio Orlando (Italien), Georges Clemenceau (Frankreich) und Woodrow Wilson (Vereinigte Staaten). Bis März 1919 bildeten sie zusammen mit ihren Aussenministern und zwei japanischen Delegierten den Obersten Rat oder Rat der Zehn.

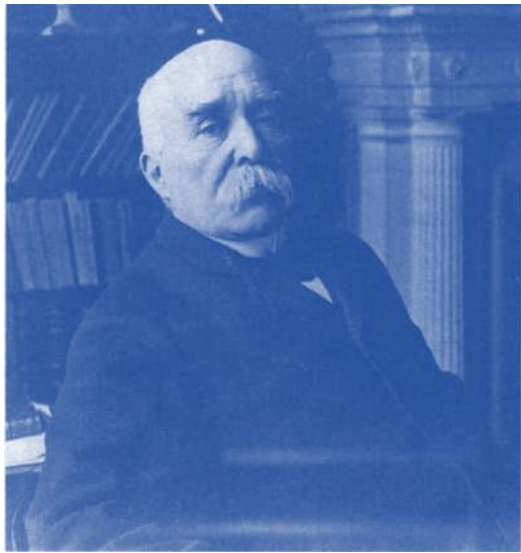


6. Der Wettlauf zwischen Friedensschluss und Revolution. Die damals wie heute von manchen vertretene Auffassung, die Friedensmacher hätten vor allem aus Furcht vor dem russischen Bolschewismus gehandelt, ist eine allzu starke Vereinfachung. Sie fürchteten sicherlich die Ausbreitung der Anarchie und einen ökonomischen Zusammenbruch in der Mitte Europas, aber sie besaßen auch ein starkes Vertrauen in ihre eigene Fähigkeit, die Welt ins Lot zu bringen.

7. Woodrow Wilson mit seiner Frau beim Pferderennen in St. Cloud. So hart die Friedensmacher auch arbeiteten, es blieb immer noch Zeit für Entspannung.



8. Georges Clemenceau, der zum Vater des Sieges gewendete radikale Unruhestifter. Mit 77 Jahren war er der Älteste der Grossen Vier. Obwohl er sich von dem während der Konferenz auf ihn verübten Attentat erholte, hatten manche den Eindruck, dass er danach nicht mehr derselbe war.



9. Marschall Ferdinand Foch, der französische Generalstabschef und Alliierte Oberbefehlshaber der Westfront. Er warf Clemenceau zu grosse Kompromissbereitschaft bei den Friedensbedingungen für Deutschland vor.



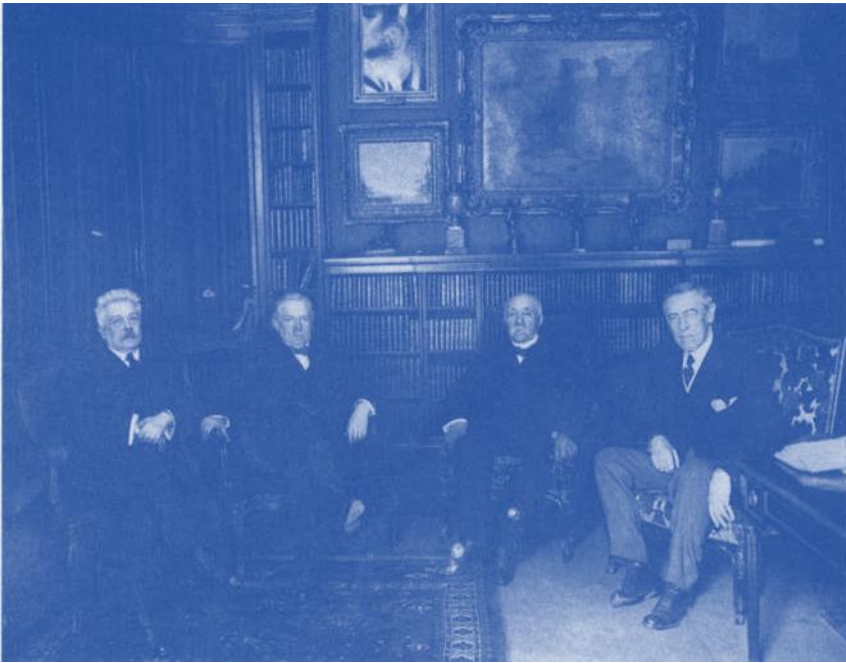




10. Ein künstlerischer Eindruck von der Menschenansammlung, die vor dem französischen Außenministerium am Quai d'Orsay einen Blick auf die Friedensmacher zu erhaschen hoffte.

11. Die Chauffeure der Friedensmacher.

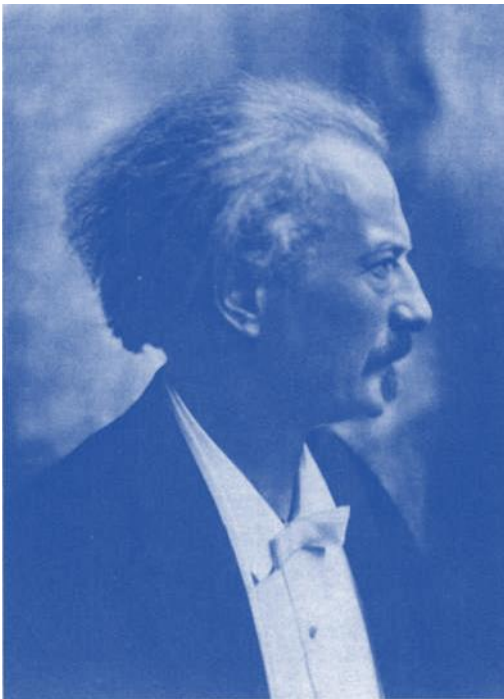




12. Nachdem Woodrow Wilson im März 1919 von seinem Kurzbesuch in den Vereinigten Staaten und David Lloyd George aus London zurückgekehrt waren, beschloss man, die Arbeit der Friedenskonferenz zu beschleunigen, indem man den Rat der Zehn durch eine kleinere, informellere Gruppe ersetzte. Der Rat der Vier, wie er genannt wurde, traf sich für gewöhnlich in Wilsons Arbeitszimmer. Von links nach rechts: Orlando, Lloyd George, Clemenceau, Wilson.



13. Die Friedensmacher wurden von Bittstellern belagert. Eine der glamouröseren Erscheinungen war Königin Marie von Rumänien, die mit grossem Gefolge und der Forderung nach rund der Hälfte des ungarischen Territoriums in Paris eintraf.



14. Zu den vielen Völkern, die von der Pariser Konferenz die Beendigung ihrer Notlage erwarteten, gehörten die Polen, die nach dem Zusammenbruch Russlands, Deutschlands und Österreich-Ungarns ihre Chance für einen eigenen Staat gekommen sahen. Der grosse Pianist Ignacy Paderewski, erster Ministerpräsident des wiedererstandenen Landes, versuchte mit aller Kraft, die Unterstützung der Grossmächte zu gewinnen.

15. Während Paderewski in Paris weilte, bemühte sich General Józef Piłsudski in Warschau, den polnischen Staat neu zu gründen und eine polnische Armee aufzubauen.



15. Der ungarische Kommunist Béla Kun sorgte in Paris für Aufregung, als er im März 1919 in Budapest die Macht ergriff. General Smuts, der von den Friedensmachern auf eine Erkundungsmission entsandt wurde, gelangte zu dem Schluss, dass sich Kun nicht lange an der Macht halten würde.



16. Die arabische Delegation auf der Friedenskonferenz: Prinz Faisal (vorn), der auf einen unabhängigen arabischen Staat unter der Herrschaft seiner Familie hoffte, und zu seiner Linken T.E. Lawrence, dessen arabische Tracht die Franzosen empörte. Trotz der Versprechen, die sie während des Krieges gemacht hatten, waren weder London noch Paris bereit, die Kontrolle über den Nahen Osten aufzugeben, weshalb die Araber die Friedenskonferenz als Betrug der Westmächte betrachteten.







17. Der italienische Ministerpräsident Vittorio Orlando verlässt, auf einen Stock gestützt, die Friedenskonferenz. Im April 1919 waren die Verhandlungen über die italienischen Ansprüche an der Adriaküste festgefahren. Wilson weigerte sich nachzugeben. Der italienische Ausstieg drohte die gesamte Konferenz gerade in dem Moment zu sprengen, als man kurz davor stand, die Deutschen zur Entgegennahme ihrer Friedensbedingungen herbeizurufen.

19. Fiume, eine kleine Hafenstadt am nördlichen Ende der Adria, wurde zum herausragenden Thema der italienischen Nationalisten. Im September 1919 setzte sich der Dichter Gabriele D'Annunzio über die Politik seiner Regierung hinweg und nahm die Stadt ein, die er fünfzehn Monate besetzt hielt. Der spätere italienische Diktator Mussolini lernte viel von diesem Vorbild.



18. Der griechische Ministerpräsident Eleftherios Venizelos träumte von einem Grossgriechenland unter Einschluss eines grossen Teils des Osmanischen Reiches. Mit seinem Charme gewann er in Paris viel Unterstützung, insbesondere von Seiten Lloyd Georges. Das Ergebnis war, dass Griechenland die europäischen Überreste des Osmanischen Reichs in Thrakien erhielt.



19. Die Friedensmacher entwarfen einen harten Friedensvertrag mit dem Osmanischen Reich, der 1921 in Sèvres unterzeichnet wurde, übersahen aber den erwachenden türkischen Nationalismus, der in General Kemal Atatürk einen charismatischen Anführer gefunden hatte.





22. Eine türkische Menschenmenge bejubelt die Eroberung von Smyrna (Izmir) im Jahr 1922, die Venizelos' Traum von einer griechischen Präsenz in Kleinasien ein Ende setzte.

23. Lord Curzon, ab September 1919 britischer Außenminister, stand Lloyd Georges Unterstützung der griechischen Ansprüche fassungslos gegenüber und musste später, nachdem der Vertrag von Sèvres gescheitert war, einen neuen Vertrag mit den Türken aushandeln.





24. Die türkische Delegation 1922/23 in Lausanne. Der Verhandlungsführer und Atatürk-Vertraute General Ismet (zweiter von links) brachte Curzon mit seiner Weigerung, auch nur einen Millimeter von seiner Verhandlungsposition abzuweichen, zur Verzweiflung. 1923 wurde schliesslich ein Vertrag unterzeichnet, in dem der Türkei ihre heutigen Grenzen zugestanden wurden.

25. Der Friedensvertrag mit dem besiegten Deutschland erwies sich als schwierig. Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten standen die Bedingungen für die Deutschen erst im Mai 1919 fest. Deutscher Verhandlungsführer war Aussenminister Graf Ulrich Brockdorff-Rantzau (dritter von rechts). Die Deutschen verziehen den Alliierten nie, dass sie ihnen die Bedingungen einfach überreicht und jede Verhandlung darüber verweigert hatten.

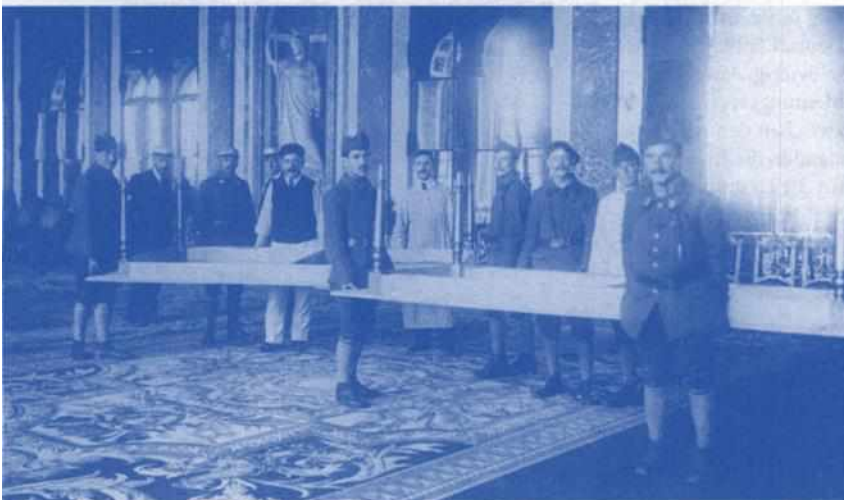


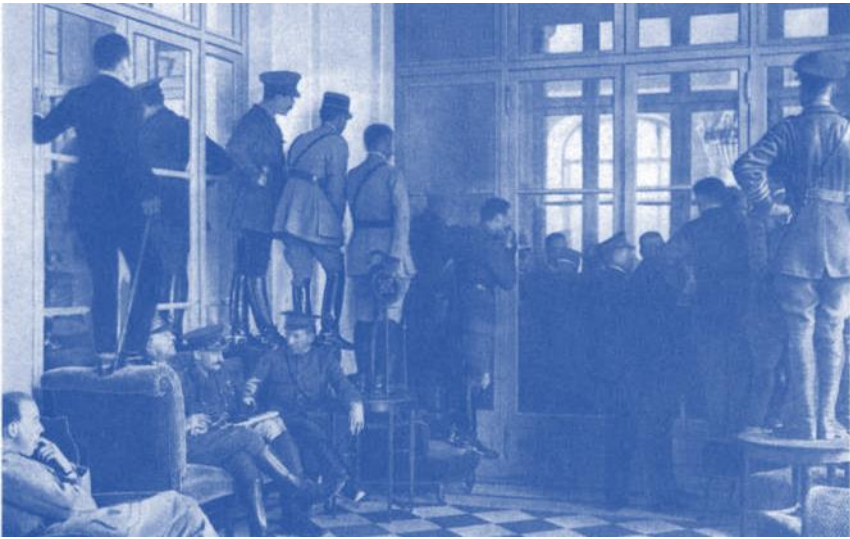




26. Eine gewaltige Protestdemonstration in Berlin. Die Deutschen waren entsetzt über die Friedensbedingungen, mit denen aus ihrer Sicht Wilsons Versprechen gebrochen wurde, eine ungerechte Bestrafung werde es nicht geben. Die Forderung auf dem Transparent bezieht sich auf Wilsons berühmte Rede über die Vierzehn Punkte.

27. Trotz der deutschen Einwände blieben die Friedensmacher kompromisslos und nahmen nur geringfügige Änderungen an den Vertragsbedingungen vor. Für die Unterzeichnung des Vertrages wurde der deutschen Regierung eine Frist gesetzt, was eine Regierungskrise auslöste. In Paris begannen währenddessen die Vorbereitungen für die Vertragsunterzeichnung. Französische Soldaten tragen Konferenztische in den Versailler Spiegelsaal.





28. Am 23. Juni 1919, kurz vor Ablauf der von den Alliierten gesetzten Frist, stimmte die deutsche Regierung dem Vertrag zu. Die Zeremonie wurde für den 28. Juni angesetzt, und man riss sich förmlich um die Plätze im Spiegelsaal des Versailler Schlosses. Einige von denen, die draussen bleiben mussten, konnten einen Blick durch die Fenster erhaschen.

29. Die Unterzeichnung des Friedensvertrags im Spiegelsaal des Versailler Schlosses. Der Ort hatte für die Franzosen grossen Symbolwert, denn genau hier war nach der Niederlage Frankreichs im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 das deutsche Kaiserreich proklamiert worden.





30. Versailles am 28. Juni 1919. Die Springbrunnen sprudelten, und Kanonenböller verkündeten der wartenden Menge, dass der Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet worden war. Obwohl die Friedenskonferenz bis zum Januar 1920 weiterging, war ihre wichtigste Phase beendet. Wilson reiste noch am selben Abend ab, Lloyd George kehrte wenig später nach London zurück.

Orlando und Sonnino konzentrierten sich zum Ärger der eigenen Kolonialisten auf Europa. Das italienische Kolonialministerium hatte voller Begeisterung grandiose Pläne ausgearbeitet, insbesondere für Afrika. Nach Ansicht italienischer Nationalisten konnte 1896, das «Jahr der Schande», der Niederlage von Adowa, nur durch Eroberungen aus dem Gedächtnis gelöscht werden. Grossbritannien und Frankreich, erklärte Kolonialminister Gaspare Colosimo seiner Regierung, müssten beiseitretreten und Italien den exklusiven Einfluss auf Äthiopien gewähren. Darüber hinaus sollte Grossbritannien, um die italienische Kontrolle über die Routen vom Roten Meer und vom Indischen Ozean nach Äthiopien zu festigen, den bereits in italienischer Hand befindlichen Teil Somalias durch ein weiteres Stück des Landes und den Nordosten Kenias ergänzen. Frankreich sollte seinen winzigen Anteil an Somalia und die Eisenbahnstrecke von der Hafenstadt Dschibuti nach Addis Abeba abtreten. Colosimo träumte überdies von einem um ägyptische und französische Gebiete vergrösserten Libyen sowie davon, Angola zu erwerben, wenn die portugiesischen Kolonien neu verteilt wurden. Kurz vor Kriegsende hatte Colosimo Balfour und House eine Denkschrift geschickt, in der er diese Ziele darlegte. Er hatte sorgfältig darauf geachtet, dass sie wilsonianisch klang, aber der Eindruck, den sie hinterliess, war der von Habgier.<sup>63</sup>

Orlando und Sonnino waren indes nicht geneigt, die afrikanischen Ansprüche in Paris nachdrücklich zu vertreten, und es ist unwahrscheinlich, dass Grossbritannien und Frankreich ihnen viel Beachtung geschenkt hätten. Sie teilten die deutschen Kolonien kurzerhand auf, ohne Italien zu konsultieren, und was die Übergabe eigener Territorien an Italien betraf, waren sie durchaus bereit dazu, wenn der jeweils andere es ebenfalls tat. Nichts geschah, und Italien blieb nur zusätzlicher Groll und ein weiterer geplatzter Traum.<sup>64</sup> Mussolini sollte seinen Nutzen daraus ziehen.

In Europa war der einzige leicht zu regelnde italienische Anspruch derjenige auf einen Teil Österreich-Ungarns südlich des Brennerpasses, zu dem Südtirol und das Trentino gehörten. Letzteres war kein Problem, denn seine Bevölkerung war überwiegend italienischsprachig, aber die Tiroler waren in ihrer grossen Mehrheit deutschsprachig.<sup>65</sup> Sie protestierten gegen die Teilung einer Provinz mit einer langen Geschichte der Selbstregierung. Auch die Regierung des neuen Österreich legte Widerspruch ein: «Und soll nun gerade jenes Tirol, das bisher ne-

ben der Schweiz der sicherste Hort der Freiheit und des Widerstandes gegen jede Fremdherrschaft war, das Schlachtopfer auf dem Altar des Militarismus werden?»<sup>66</sup> Die Italiener wandten ein, ihr Land könne nur sicher sein, wenn es das zum Brennerpass aufsteigende Gebiet kontrolliere. «Jede andere Grenzziehung weiter südlich wäre bloss eine künstliche Amputation, welche die Aufrechterhaltung einer kostspieligen Bewaffnung bedingen würde, die im Widerspruch zu den Grundsätzen stünde, auf denen der Frieden beruhen sollte.»<sup>67</sup> Wilson liess die Italiener, vielleicht um ihnen zu zeigen, dass er einsichtig sein konnte, vor der Friedenskonferenz wissen, dass er eine Änderung der italienischen Nordgrenze nicht ablehnen würde.<sup>68</sup> Die anderen Friedensmacher willigten ebenfalls ein. Lloyd George machte sich, laut House, kurzzeitig Sorgen wegen Tirol, da er einmal einen Urlaub dort verbracht hatte und es einer der wenigen Teile des Kontinents war, den er gut kannte.<sup>69</sup> Später bedauerte Wilson, dass er so viele deutschsprachige Tiroler – rund eine Viertel Million – unter italienische Herrschaft gebracht hatte.<sup>70</sup> Auch die Tiroler bedauerten es, insbesondere nach 1922, als die Faschisten beschlossen, Italiener aus ihnen zu machen. Über Nacht wurde in Schulen und Ämtern nur noch Italienisch gesprochen; Kinder durften keine Namen mehr tragen, die «italienische Gefühle verletzen». Erst im völlig veränderten Italien und Europa der 1970er Jahre sollte Tirol wieder eine gewisse Autonomie erhalten.<sup>71</sup>

Eine Ungerechtigkeit gegenüber den Deutschen in Tirol war Wilson bereit zu akzeptieren, aber keine italienischen Ansprüche, die denjenigen der Jugoslawen zuwiderliefen. Ausserhalb der Städte bestand die Bevölkerung auf der Ostseite der Adria fast ausschliesslich aus Slawen: Rund 750.000 Kroaten, Slowenen, Serben und Bosnier lebten dort. Dennoch wollten die Italiener die alte Grenze zu Österreich-Ungarn um 50 bis 100 Kilometer verschieben: nach Osten ins heutige Slowenien und Kroatien und nach Süden an der dalmatinischen Küste entlang in Richtung Split, um sich die gesamte Halbinsel Istrien, einschliesslich des Marinestützpunkts Pula, sowie die beiden grössten österreichisch-ungarischen Häfen, Triest und Fiume, mit ihren Eisenbahnverbindungen nach Mitteleuropa einzuverleiben; ferner beanspruchte Italien einige strategisch wichtige Inseln am Nordostende der Adria sowie Teile Dalmatiens um die Städte Zadar (italienisch Zara) und Sibenik (italienisch Sebenico). Weiter südlich bean-



spruchte Italien den albanischen Hafen Vlora. Mit diesen Gewinnen wäre Italien zur beherrschenden Macht an der Adria geworden, während das neugegründete Jugoslawien nur noch eine kurze Küste, keine Häfen von Bedeutung und nur eine einzige Eisenbahnstrecke zwischen der Küste und dem Inland besessen hätte. Dies war genau das, was Italien wollte.

In Paris sagten die Italiener das natürlich nicht. Vielmehr sprachen sie von strategischen Notwendigkeiten und beriefen sich auf die Geschichte. «In den Jahrhunderten von Rom und Venedig war ganz Dalmatien zum eigenen Besten und zum Besten des Weltfriedens mit Italien vereinigt.»<sup>72</sup> Sie verwiesen auf die venezianischen Löwen, katholischen Kirchen und römischen Säulen, die auf den Piazzes überall an der Küste zu finden waren, und auf das Überleben der italienischen Sprache trotz österreichischer Unterdrückung. Schliesslich hoben sie hervor, welche schreiende Ungerechtigkeit es wäre, Italiener zu Untertanen «halbbarbarischer» Slawen zu machen.<sup>73</sup>

In Paris trafen jedoch verstörende Nachrichten ein: über Deportationen slawischer Nationalisten, willkürliche Festnahmen, die Schliessung slawischer Zeitungen und die Kappung jugoslawischer Eisenbahnverbindungen. Ein britischer Offizier informierte Balfour empört darüber, dass Dalmatien ausgehungert werde und die Italiener nur diejenigen mit Lebensmitteln versorgten, die eine Loyalitätserklärung für Italien unterschrieben.<sup>74</sup> Hoover, der die alliierten Hilfsaktionen koordinierte, berichtete, die Italiener würden Lebensmittellieferungen in Triest aufhalten und hätten am 23. Februar plötzlich sämtliche Verbindungen ins Inland unterbrochen. «Das isoliert nicht nur die Jugoslawen, sondern kappt auch die Haupteisenbahnstrecke nach Österreich und in die Tschechoslowakei.» Wilson pflichtete Hoovers Schlussfolgerung bei, dass «die Unterbindung amerikanischer Lebensmittellieferungen an hungernde Menschen ... nicht als politische Waffe benutzt werden» dürfe, und stimmte seiner Empfehlung zu, mit einer Unterbrechung amerikanischer Hilfslieferungen nach Italien zu antworten.<sup>75</sup> Diese Angelegenheit vergiftete das Verhältnis zwischen Italienern und Amerikaner bis zum Ende der Friedenskonferenz.<sup>76</sup>

Anfangs ermunterten die Amerikaner mit Unterstützung der Briten und Franzosen Italien und Jugoslawien, miteinander über ihre Grenze zu verhandeln. Die Jugoslawen waren, wie sie beteuerten, mehr als bereit, Kompromisse einzugehen. Vielleicht könne Wilson in Streitfällen als Schlichter fungieren. Die italienische Delegation war entsetzt.

Orlando vertraute einem Amerikaner an, der südslawische Vorschlag bringe ihn zwar in «schreckliche Verlegenheit», aber er könne keinen guten Grund für seine Ablehnung finden. In einem Gespräch mit Wilson «seufzte und weinte» er «und sagte, die Südslawen hätten ihn an der Kehle gepackt, aber schliesslich versprach er, eine Antwort zu geben, sobald er den König und seine Kollegen in Rom konsultiert habe». Als Wilson im Februar auf der Fahrt in die Vereinigten Staaten war, lehnten die Italiener seine Vermittlung ab; angeblich hätten sie ihr nur zugestimmt, weil die Jugoslawen den Vorschlag «auf brutale Weise» vorzeitig veröffentlicht hatten.<sup>77</sup>

Vom Beginn der Friedenskonferenz an war klar, dass die Italiener nicht geneigt waren, den Jugoslawen oder sonst irgendjemandem Zugeständnisse zu machen. Sie wollten nicht, dass irgendeine Frage, die mit den italienischen Grenzen zu tun hatte, einem Expertenkomitee anvertraut wurde. Im Obersten Rat und später im Rat der Vier ergriffen die italienischen Delegierten selten das Wort, ausser wenn italienische Interessen berührt wurden. «An diesem Nachmittag», beklagte sich Clemenceau einmal, «hat uns Orlando mit einem ellenlangen Vortrag belästigt, um Italiens Forderungen darzulegen und anzudeuten, welche Grenzen er für notwendig und gerecht hält.» Und dann «mussten wir eine zweite, nicht minder langweilige Rede von Sonnino über uns ergehen lassen».<sup>78</sup> In den Diskussionen über die Völkerbundakte und den Friedensvertrag für Deutschland war dagegen von den Italienern kaum ein Laut zu hören. (Orlando erklärte dies später auf wenig überzeugende Weise damit, dass Italien sich ausgeschlossen gefühlt habe.<sup>79</sup>)

Das Verhalten der Italiener war irritierend, durchsichtig und häufig unangemessen. Sie lehnten jugoslawische Ansprüche auf bulgarische und ungarische Gebiete ab und unterstützten Rumäniens Anspruch auf das Banat. Italien verkaufte Ungarn Waffen und schloss sogar einen Geheimvertrag mit der Regierung des offiziell verabscheuten Béla Kun.<sup>80</sup> Sonnino trieb Griechenland törichterweise Jugoslawien in die Arme, indem er sich weigerte, griechische Ansprüche in Albanien auch nur zu diskutieren, und versuchte, an den überwiegend griechischen Inseln des Dodekanes vor der Küste Kleinasiens festzuhalten, die Italien seit dem Ende der Balkankriege besetzt hielt. Ausserdem wies er den griechischen Ministerpräsidenten ab, als dieser um ein Treffen bat.<sup>81</sup> In Komitees nahmen die Italiener unwei-

gerlich einen antijugoslawischen und eisern unkooperativen Standpunkt ein. Bedrängte man sie, erklärten sie für gewöhnlich, sie hätten keine Instruktionen ihrer Regierung. Als Eyre Crowe vom britischen Aussenministerium einem italienischen Diplomaten Vorhaltungen machte, entgegnete dieser bloss: «Sie wollten nicht mit uns allein reden, als wir im Dezember nach London kamen, und Sie werden in Paris nicht mit uns reden oder Vereinbarungen mit uns treffen; folglich werden wir zu diesen Fragen keine Meinung äussern.»<sup>82</sup>

Als im April die italienischen Forderungen schliesslich zur Entscheidung anstanden, hatte das Wohlwollen, das die anderen Mächte Italien entgegenbrachten, deutlich nachgelassen. Zustimmung wurde Bismarcks berühmte Bemerkung zitiert, Italien habe zwar einen grossen Appetit, aber schlechte Zähne. «Die Italiener», schrieb Balfour erschöpft, müssten «irgendwie besänftigt werden, und die einzige Frage ist, wie kann man sie mit den geringsten Kosten für die übrige Menschheit besänftigen?»<sup>83</sup> Die italienischen Delegierten waren verzweifelt. Orlando war überzeugt – jedenfalls behauptete er das –, dass eine Geheimgesellschaft seinen Tod plante, falls er ohne Dalmatien nach Italien zurückkehren sollte.<sup>84</sup> Die nationalistische Presse warb leidenschaftlich für die italienische Kontrolle über die Adria, und die Politik verliess die Amtsstuben und begab sich auf die Strasse. Die rasch wachsende und mittlerweile von Radikalen dominierte Sozialistische Partei schickte ihre Trupps und die nationalistische Rechte die fasci di combattimenti aus. Als Leonida Bissolati, ein bekannter Gegner der italienischen Forderungen, auf einer grossen Völkerbunddemonstration in der Mailänder Scala ans Rednerpult trat, waren auch fanatische Nationalisten, unter ihnen Mussolini, im Publikum. Ein italienischer Journalist berichtete über die nun folgende, bald nur allzu vertraute Szene:

«Als hätte ein unsichtbarer Dirigentenstab das Signal gegeben, begann eine infernalische Symphonie. Quieken, Kreischen, Pfeifen, Grölen, kaum noch menschlich, und alle denkbare Arten des Geheuls wilder Meuten machten den Grossteil der Klangwooge aus; aber hin und wieder war ein menschlicher, nein, ein patriotischer Ruf herauszuhören, der die unartikulierte Masse im Rhythmus eines brutalen Marschs lenkte. Er lautete: ‚Keine Kroaten! Keine Kroaten!‘ Womit man meinte, dass man keine Freundschaft mit Kroaten oder Jugoslawen wolle, und auch, dass Bissolati ein Kroat sei.»<sup>85</sup>

Vor allem Fiume wurde zum Symbol sowohl des nationalistischen Programms Italiens als auch von Wilsons Entschlossenheit, sich ihm entgegenzustellen. Kaum jemand hätte wohl damit gerechnet, dass Fiume (Rijeka) eine solch tiefe Krise der Friedenskonferenz auslösen könnte. Es war eine kleine, geschäftige Hafenstadt, weder besonders schön noch sonst irgendwie herausragend, die vor dem Krieg als Ungarns Aussenposten an der Adria gedient hatte. Die Bevölkerung war, wie in Mitteleuropa üblich, gemischt: einer wohlhabenden italienischen Mittelschicht und einer kleinen Zahl von Ungarn stand eine überwiegend kroatische Arbeiterschicht gegenüber. In der Stadt selbst waren die Italiener knapp in der Mehrheit, rechnete man aber die Nachbarstadt Susak hinzu, bildeten die Kroaten die Mehrheit. Vor dem Krieg mochten die italienischen Einwohner voller Wehmut über Italien gesprochen und über die ungarischen Behörden geschimpft haben, aber zu einer realistischen Möglichkeit wurde die Vereinigung mit dem Vaterland erst 1918. Plötzlich erschienen Gruppen junger Männer, die sich *giovani fiumani* nannten, in den Cafés und verlangten von den Kapellen, alle Viertelstunde die italienische Nationalhymne zu spielen, wobei sie die Gäste zwangen aufzustehen.<sup>86</sup>

Wie so vieles, was in den nächsten zwei Jahren in Fiume geschah, wurden die Ereignisse der unmittelbaren Nachkriegszeit in Italien zu Legenden. Heroische Freiwillige – Argonauten genannt – rasten, wie man sich erzählte, österreichischem Gewehrfeuer trotzend in Schnellbooten über die Adria nach Venedig, um die italienische Kriegsmarine zur Rettung Fiumes herbeizuholen.<sup>87</sup> Einem Bericht des amerikanischen Botschafters zufolge waren in Wirklichkeit fünf junge Männer aus Fiume in einem requirierten Schleppdampfer über die Adria getuckert und dabei versehentlich von der italienischen Marine beschossen worden. Doch solche Tatsachen wurden praktischerweise ignoriert.<sup>88</sup> Das italienische Militär, das jetzt gemäss dem Waffenstillstandsabkommen Fiume besetzte, war entschlossen, es nicht wieder herzugeben. Diplomatische Verhandlungen seien irrelevant, bekannte ein Admiral, solche Gespräche seien bloss Diskussionen unter Diplomaten und Politikern, Fiume sei italienisch und werde es bleiben, keine Einmischung könne italienische Rechte aufheben.<sup>89</sup>

Die plötzliche italienische Verbundenheit mit Fiume hatte ihren Grund. «Ohne die Kontrolle über Fiume und die Umleitung seines Handels nach Triest», erklärte ein italienischer Delegierter in Paris offenherzig, «wird es

uns schwerfallen, den Handelsverkehr von Triest aufrechtzuerhalten.»<sup>90</sup> Italienischen Nationalisten war Fiume, das «Juwel der Adria», allerdings als Symbol wichtig. «Warum sie», wunderte sich House, «ihr Herz an eine kleine Stadt mit 50.000 Einwohnern gehängt haben, von denen kaum mehr als die Hälfte Italiener sind, ist mir ein Rätsel.»<sup>91</sup> Im April 1919, als sich die Aufregung wegen Fiume auf dem Höhepunkt befand, sagte Orlando nachdenklich zu House, es wäre besser gewesen, wenn man die italienischen Ansprüche sofort nach Kriegsende geregelt hätte. Dann wäre Fiume «von den Italienern nie unter ihre Forderungen aufgenommen worden».<sup>92</sup>

Die Öffentlichkeit erregt sich häufig über triviale Dinge. In Italien im Jahr 1919 wurde sie ausserdem von einer schillernden Figur aufgestachelt, Gabriele D'Annunzio, der Fiume zu seiner Sache machte. Wenn er vor Menschenmengen sprach, verwandelte er sie durch seine Redekunst in eine einzige, gehorsame Masse. Fragte er: «Wollt ihr euer Leben opfern?», antworteten sie einstimmig: «Ja!» Er erwartete es nicht anders. Er war ein Führer, ein duce schon vor Mussolini, ein «Übermensch», um Nietzsche zu bemühen, mit dem er selbstverständlich einer Meinung war. Ausserdem war D'Annunzio ein grosser Dichter, Dramatiker und Filmemacher. Seine physische Tapferkeit, seine Verachtung für gewöhnliche Politiker und sein tiefer Patriotismus sprachen seine Landsleute an. Mit seiner Geringschätzung für Konventionen, seinem Gespür für Dramatik und seinen leidenschaftlichen Liebesaffären wurde er für ganz Europa zum romantischen Helden. Schon mit 16 Jahren bewies er, dass er die Mechanismen der Publizität zu bedienen wusste, als er den Verkauf seines ersten Gedichtbandes mit dem Gerücht anzukurbeln versuchte, er sei tot. Sein Leben bot Stoff für Legenden: wenn seine Geliebte, die Schauspielerin Eleonora Düse, mit einem grossen purpurnen Morgenmantel am Ufer wartete, während er nackt von seinem abendlichen Schwimmtraining kam; wenn er in seinem mit schönen und exotischen Dingen vollgestopften Arbeitszimmer Séancen abhielt oder wenn er wieder einmal vor seinen Gläubigern fliehen musste.

Als Italien in den Krieg eintrat, schloss sich D'Annunzio einem Kavallerieregiment an. Er kämpfte jedoch, wo und wie es ihm gefiel, an der Front, in U-Booten oder in der Luft. (Ausserdem nahm er sich Urlaub, wann immer es ihm beliebte.) Er verlor ein Auge und wurde mit Tapferkeitsmedaillen ausgezeichnet. Seine spektakulärste Heldentat war es, als er im August

1918 mit einem Flugzeug über Wien kreiste und Flugblätter in den italienischen Farben, auf denen Österreich-Ungarn zur Kapitulation aufgefordert wurde, vom Himmel regnen liess. In einem Krieg mit nur wenigen persönlichen Heldentaten ragte er heraus, und Italien brauchte Helden.

D'Annunzio war ein begeisterter Verfechter der italienischen Ansprüche. Von ihm stammt das Wort vom «verstümmelten Sieg», und im Januar 1919 veröffentlichte er in Mussolinis Zeitung einen flammenden «Offenen Brief an die Dalmatiner», in dem er die Alliierten geisselte, die von «Dr. Wilson verschriebenen entkräftenden transatlantischen Abführmittel» ebenso verwarf wie die «transalpinen Operationen von Dr. Clemenceau» und die italienische Tapferkeit im Krieg pries. «Und welchen Frieden wird man uns armen kleinen Christenmenschen am Ende aufzwingen? Einen gallischen Frieden? Einen britischen Frieden? Einen sternensüßeren Frieden? Dann nein! Genug! Das siegreiche Italien – die siegreichste aller Nationen – wird über die Alpen und über ihr Meer die Pax Romana haben, den einzigen Frieden, der zu ihm passt.»<sup>93</sup>

Während in Italien das Geschrei über Fiume und die anderen Forderungen immer lauter wurde, war die Friedenskonferenz mit anderen Fragen beschäftigt. Zwischen dem 14. Februar und dem 14. März, während Wilsons Amerikareise, machte man in Bezug auf die umstrittenen Grenzen und die Verträge mit Österreich und Ungarn kaum Fortschritte. Auch Orlando reiste nach Hause und hielt im Parlament in Rom eine Rede, in der er den Eindruck vermittelte, in Paris laufe alles gut. (Als er Fiume erwähnte, erhoben sich die Abgeordneten unter «Viva Fiume!»-Rufen von ihren Sitzen.<sup>94</sup>) Erst im April, als der Streit über die Friedensbedingungen für Deutschland immer noch nicht beendet war, gingen die Friedensmacher daran, die Grenze zwischen Italien und Jugoslawien festzulegen.

Am Vormittag des 3. April forderte Lloyd George die Italiener in einer Sitzung des Rats der Vier auf, ihre Position zur Adriafrage zu erläutern. Orlando wiederholte ausführlich die bekannten Argumente. Den Vorschlag, Fiume zu einem Freistaat unter Oberhoheit des Völkerbunds zu machen, wies er zurück. Nachdem man beschlossen hatte, am Nachmittag die Jugoslawen anzuhören, erklärte der italienische Ministerpräsident scharf, dass er an der Sitzung nicht teilnehmen werde, weil er es ablehne,

sich mit Feindnationen auf eine Diskussion einzulassen.<sup>95</sup> In den nächsten Wochen fand eine Reihe von privaten Treffen zwischen den Italienern und ihren Verbündeten statt, die jedoch ausser bösem Blut wenig erbrachten. Es ging das Gerücht um, dass Orlando erwäge, die Friedenskonferenz zu verlassen. Als der Rat der Vier am 13. April darüber beriet, wann man die deutschen Delegierten in Paris empfangen wollte, verlangte er, vorher die italienische Frage zu klären. «Die italienische Öffentlichkeit ist leicht erregbar», sagte er. «Ich tue, was ich kann, um sie zu beruhigen, aber die Folgen einer Enttäuschung dieser Art wären ausgesprochen ernst.» Seine Regierung würde wahrscheinlich stürzen, wenn sie keine Fortschritte vermelden könne. Die anderen Friedensmacher äusserten Verständnis, blieben aber hart. «Ich bin überzeugt», erklärte Lloyd George, «dass es im allgemeinen Interesse liegt, die deutschen Delegierten sofort herzurufen, und daher sollten wir uns darauf vorbereiten, mit dem einzigen noch existierenden Feindstaat zu verhandeln.»<sup>96</sup> Wilson machte den Vorschlag, der angenommen wurde, die Versendung der Einladungen um einige Tage zu verschieben, damit er Zeit habe, mit den Italienern Gespräche zu führen. Orlando stimmte widerstrebend zu. Gegenüber House äusserte er sich verbittert über das, was er als einen Verrat Clemenceaus und insbesondere Lloyd Georges ansah, der in seinen Augen ein «schmieriger Taschenspieler» war, und kein Gentleman.<sup>97</sup>

Lloyd George und Clemenceau waren gleichfalls verärgert. «Ich sagte Orlando», erzählte Clemenceau, «ich käme mir vor wie der heiliggesprochene König Stanislaus von Polen, der, als er von einem Hund gebissen wurde, ihm nicht nur verzieh, sondern ihm auch noch ein Stück Käse gab. Nun, mein Name ist Georges, nicht Stanislaus, und ich werde den Jungs, die bei Caporetto Fersengeld gegeben haben, nicht auch noch Käse geben. Ich werde den Londoner Vertrag einhalten mit einem offenen Bekenntnis meiner Verachtung als Zugabe. Aber es wird nichts darüber hinaus geben.» Im Privatgespräch forderte er die Italiener auf nachzugeben.<sup>98</sup> Doch sie wiederholten nur, dass der Londoner Vertrag erfüllt werden müsse.

Wie kaum anders zu erwarten, brachte Wilson keinen Kompromiss zustande. Von seinen Experten an sein Diktum «Sagen Sie mir, was richtig ist, und ich werde dafür kämpfen» erinnert, stellte er sich stur.<sup>99</sup> Gegenüber seiner Umgebung versicherte er wiederholt, er werde Fiume nicht den Italienern überlassen. Als Baker, der fast jeden Abend mit ihm sprach,

ihm berichtete, er habe einem italienischen Delegierten angekündigt, dass die Vereinigten Staaten, sollte Italien wegen Fiume aus der Konferenz ausscheiden, sich nicht mehr verpflichtet fühlen würden, ihre Wirtschaftshilfe fortzusetzen, erwiderte Wilson: «Das ist genau das, was gesagt werden musste.»<sup>100</sup>

Eine Begegnung zwischen Wilson und Orlando am 14. April verlief, den Italienern zufolge, «sehr stürmisch». Wilson bezeichnete sie im Gespräch mit House als eine der schlimmsten Erfahrungen seines Lebens, nur vergleichbar mit einem Erlebnis aus seiner Zeit in Princeton, als er sich von der Mutter eines Studenten, den er von der Universität geworfen hatte, sagen lassen musste, dass ihr Sohn kurz vor einer Operation stehe und wahrscheinlich sterben werde.<sup>101</sup> Wilson gab Orlando eine Denkschrift, in der er ausführte, dass er den Friedensvertrag mit Deutschland auf der Grundlage der Vierzehn Punkte geschlossen habe und nun im Fall Österreichs nicht davon abweichen könne. Orlando erklärte seiner Delegation, die Denkschrift lasse keinen Raum für Diskussionen.<sup>102</sup>

Der Rat der Vier bemühte sich pflichtschuldig weiter, eine Einigung zu erreichen. Am 19. April, dem Ostersonnabend, begann eine Gesprächsrunde, die sechs ganze Tage dauern sollte. Die Italiener sprachen fast augenblicklich von einer Leidenswoche. «Ich bin in der Tat ein neuer Christus», sagte Orlando, «und muss mein Leid für die Rettung meines Landes tragen.»<sup>103</sup> Er drohte mit dem Ausstieg aus der Konferenz, welche Konsequenzen dies auch haben mochte. «Ich begreife den tragischen Ernst des Augenblicks», versicherte er. «Italien wird unter dieser Entscheidung leiden. Es steht nur vor der Wahl zwischen zwei Todesarten.» Lloyd George fragte daraufhin: «Wegen Fiume? Wegen einer Stadt, in der es 24.000 Italiener gibt und wo, rechnet man die Vorstädte mit, die italienische Mehrheit mehr als zweifelhaft ist?»<sup>104</sup> Er bat die Italiener, zu bedenken, was geschehen würde, wenn die Amerikaner damit reagierten, dass sie sich ihrerseits zurückzogen. Er wisse nicht, mahnte er, «wie Europa sich wird erholen können, wenn die Vereinigten Staaten nicht mit uns gehen und uns nicht helfen, die Maschine zu ölen».<sup>105</sup>

Wilson drängte die Italiener, in neuen Kategorien zu denken. «In Amerika verabscheut man die alte Ordnung der Dinge, und nicht nur in Amerika: Die ganze Welt hat sie satt.» Die Italiener blieben ungerührt. «Nach einem Krieg mit solch enormen Opfern», betonte Sonnino gegenüber dem



amerikanischen Präsidenten, «in dem Italien 400.000 Gefallene und 700.000 Invalide zu beklagen hat, ist es nicht vorstellbar, dass wir zu einer schlechteren Situation zurückkehren als vor dem Krieg. Selbst Österreich-Ungarn hat uns, um unsere Neutralität sicherzustellen, bestimmte Inseln vor der dalmatinischen Küste zugestanden. Sie wollen uns nicht einmal dies gewähren; das ist dem italienischen Volk nicht zu erklären.»<sup>106</sup> Er bedauere, den Kriegseintritt Italiens auf alliierter Seite ausgehandelt zu haben. «Ich für meinen Teil betrachte es als meinen Tod, ich meine, meinen moralischen Tod. Ich habe mein Land ruiniert, während ich meine Pflicht zu tun glaubte.»<sup>107</sup>

Orlando warnte vor der Gefahr eines Bürgerkriegs in Italien.<sup>108</sup> «Was wird in unserem Land geschehen?», sekundierte Sonnino. «Wir werden zwar nicht den Bolschewismus bekommen, aber Anarchie.»<sup>109</sup> Angesichts der aus Italien eintreffenden Nachrichten über Streiks, Aufmärsche, Unruhen, Hausbesetzungen, getötete Demonstranten und gewalttätige Zusammenstöße zwischen Linken und Rechten waren dies keine leeren Drohungen. Die aus Paris durchsickernden Gerüchte fachten den Aufruhr weiter an: Orlando gebe nach; die Alliierten hätten beschlossen, Jugoslawien als antibolschewistische Macht aufzubauen; Wilson wolle Dalmatien nicht in italienische Hände fallen lassen; Fiume solle zu einem Freihafen werden. Umgekehrt trafen aus Italien Telegramme ein, in denen die italienische Delegation beschworen wurde, hart zu bleiben.<sup>110</sup>

Hart zu bleiben war alles, was Orlando und Sonnino zu diesem Zeitpunkt tun konnten. Sie hatten sich selbst in eine Lage gebracht, in der jeder Kompromiss wie ein enormes Zugeständnis erschienen wäre. Lloyd George und Clemenceau bemühten sich nach Kräften, die Kluft zwischen den Italienern und den Amerikanern zu überbrücken: Italien solle die Inseln bekommen, aber nicht das Festland von Dalmatien; Fiume und vielleicht auch alle anderen Städte an der dalmatinischen Küste sollten Freie Städte werden; Italien sollte in Kleinasien entschädigt werden; oder Italien sollte Fiume bekommen, aber irgendwo anders sollte für Jugoslawien ein neuer Hafen gebaut werden.<sup>111</sup> Wilson stimmte den Vorschlägen widerstrebend zu. «Ich biete unvernünftigen Leuten ungerne Kompromisse an», erklärte er. «Sie werden stets glauben, dass sie mehr bekommen werden, wenn sie auf ihren Forderungen beharren.»<sup>112</sup> Nachdem er wieder einmal

mit einem neuen Vorschlag einen fruchtlosen Botengang zu den Italienern unternommen hatte, vertraute Hankey seinem Tagebuch an: «Wir stecken jetzt in einer Sackgasse fest. Die Italiener sagen, sie werden den deutschen Vertrag nicht unterzeichnen, solange man ihnen nicht Fiume und den ganzen Londoner Vertrag zugesichert hat. Niemand will ihnen Fiume geben, und Präsident Wilson will ihnen Dalmatien nicht geben, denn es würde, wie er sagt, dem ethnischen Prinzip widersprechen.»<sup>113</sup> Die Italiener blieben «absolut unbeweglich».<sup>114</sup> Und jetzt warnten die Jugoslawen, die schweigend zugeschaut hatten, wie sich die Krise entwickelte, auch noch, dass sie zu den Waffen greifen würden, wenn Italien Fiume oder die dalmatinische Küste bekäme.<sup>115</sup>

Die Zeit wurde knapp. Am 25. April würden die Deutschen eintreffen, um ihre Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Und die Italiener waren nicht die Einzigen, die mit dem Ausscheiden aus der Konferenz drohten. Die für gewöhnlich so schweigsamen Japaner unterstrichen ihren Anspruch auf die ehemaligen deutschen Besitzungen in China und unternahmen zudem einen letzten Versuch, eine Klausel über die Rassengleichheit in die Völkerbundakte einzufügen. Die japanischen Delegierten wiesen in gewohnt höflicher Art darauf hin, dass auch sie sich möglicherweise nicht in der Lage sehen könnten, den Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen. Und Belgien war verärgert darüber, dass seine Reparationsforderungen nicht erfüllt worden waren. Aber ein Bild der Zerstrittenheit unter den Alliierten war das Letzte, was Wilson, Lloyd George und Clemenceau den Deutschen bieten wollten.<sup>116</sup>

Bei allen machten sich Zeichen der Erschöpfung bemerkbar. In der Abgeschlossenheit ihres Hotels warfen sich die Italiener gegenseitig Schwäche vor. Am Ostersonntag verlor Orlando schluchzend die Fassung. Wilson sah ausserordentlich blass aus und sprach mit zitternder Stimme. Clemenceau war besonders sarkastisch und grob zu den Italienern. Sogar Lloyd George schien nervös zu sein. Sonnino machte sich nicht mehr die Mühe, seine Abneigung gegen Wilson zu verbergen; er sagte zu Lloyd George und Clemenceau, Wilson wolle jetzt, «nachdem er des Öfteren die Vierzehn Punkte vergessen und verletzt hat, sie plötzlich als unverletzlich hinstellen – indem er jene, die sich auf Italien beziehen, streng einhält».<sup>117</sup>

Der Vorwurf tat weh, weil er einen wahren Kern hatte, denn Wilson hatte in Bezug auf Tirol und den polnischen Korridor gegen das Selbstbe-

stimmungsprinzip verstossen. In der Woche nach Ostern las er sich seine Vierzehn Punkte noch einmal durch und dachte erneut über die neue Diplomatie nach, die er der Welt hatte bringen wollen.<sup>118</sup> Streitfragen, wiederholte er, müssten auf der Grundlage von Fakten entschieden werden. Er ging zusammen mit seinen Fachleuten die Landkarten und Statistiken durch; offensichtlich sprach die ethnische Mischung nicht für einen Anspruch Italiens auf Fiume und Dalmatien. Er wollte eine offene Diplomatie, aber das italienische Volk erfuhr von seiner Regierung nicht die Wahrheit. Wilson erinnerte sich an seine Italienreise vier Monate zuvor und zog den falschen Schluss daraus. Er war von den Menschenmengen, die ihn begrüsst hatten, tief beeindruckt gewesen und überzeugt, sie stünden hinter ihm. Also beschloss er, direkt an das italienische Volk zu appellieren.

Am 21. April zeigte er Lloyd George und Clemenceau eine von ihm selbst auf der Schreibmaschine getippte Erklärung. Darin begründete er in klaren, unverblühten Worten, warum der Londoner Vertrag ad acta gelegt werden müsse. Er erinnerte die Italiener daran, wie viel sie bereits gewonnen hatten. Italiens Grenzen würden sich bereits «bis zu den mächtigen Wällen, die seine natürliche Verteidigung bilden» erstrecken. Es habe die Chance, den neuen Staaten auf der anderen Seite der Adria freundschaftlich die Hand zu reichen. Er rief die Italiener auf, gemeinsam mit ihm auf der Grundlage der Rechte der Völker und des Rechts der Welt auf Frieden eine neue Ordnung aufzubauen.<sup>119</sup> Lloyd George und Clemenceau waren beeindruckt, rieten aber zu Vorsicht.<sup>120</sup> Eine Veröffentlichung, sagte Lloyd George, «könnte in Italien tatsächlich eine günstige Wirkung erzielen, aber erst nach einer gewissen Zeit. Für den Augenblick müssen wir mit grösster Empörung rechnen.»<sup>121</sup> Mit Clemenceaus Unterstützung überredete er Wilson dazu abzuwarten, damit er einen letzten Versuch, mit der italienischen Delegation zu reden, unternehmen konnte. Als auch dieser Versuch fehlschlug, schickte Wilson seine Erklärung am Nachmittag des 23. April an die Zeitungen.

Als im Edouard VII eine Sonderausgabe der *Temps* eintraf, war man dort empört, aber nicht überrascht. Die Italiener wussten schon seit zwei Tage von der Erklärung und hatten bereits davor darüber nachgedacht, aus der Konferenz auszuschneiden.<sup>122</sup> Orlando beschloss, am nächsten Tag nach Italien zurückzukehren. Nach einer Sitzung der Grossen Vier, in der er und Wilson steif, aber höflich miteinander sprachen, begab er sich zum

Bahnhof. Sonnino folgte zwei Tage später. «Nun», meinte Lloyd George trocken, «jetzt haben wir den Salat.»<sup>123</sup>

Die italienischen Zeitungen brachten Wilsons Erklärung neben Orlandos Erwiderung, wobei Letztere mit grösseren Buchstaben gedruckt war.<sup>124</sup> Jubelnde Menschenmengen empfingen Orlando, wo immer sein Zug durchfuhr. In Rom läuteten die Kirchenglocken zu seiner Begrüssung, während Flugzeuge patriotische Pamphlete abwarfen und Demonstranten «Viva Orlando! Viva Fiume! Viva Fitalia!» skandierten.<sup>125</sup> Die italienische Regierung stellte rund um die amerikanische Botschaft Wachen auf. An Hauswänden überall in Italien waren die Forderung nach der Annexion Fiumes und Karikaturen zu sehen, die Wilson mit einem österreichischen Stahlhelm zeigten. In Turin zwangen Studenten den Besitzer eines nach Präsident Wilson benannten Cafés, sein Namensschild zu entfernen, und überklebten die Strassenschilder am Corso Wilson, der in Erinnerung an Wilsons Besuch so benannt worden war, mit dem neuen Strassennamen Corso Fiume.<sup>126</sup> In Fiume selbst taten sich junge Italiener mit dem bizarren Ruf hervor: «Nieder mit Wilson! Nieder mit Rothäuten!»<sup>127</sup> Die nationalistische Presse forderte die sofortige Annexion Fiumes und Dalmatiens.

In einer Rede im italienischen Parlament, die mit einem Aufruf zu «Ruhe und Gelassenheit» begann, gab Orlando den Alliierten die Schuld an der Situation. «Italien», verkündete er, «glaubt vor allem anderen daran, dass der gesamte Komplex seiner Forderungen auf solch hohen, ernsten Gründen von Recht und Gerechtigkeit beruht, dass er als Ganzer anerkannt werden sollte.» Seine Regierung gewann eine Vertrauensabstimmung mit 382 zu 40 Stimmen.<sup>128</sup> Nationalisten, allen voran die Faschisten, hielten überall im Land Massenversammlungen ab. D'Annunzio war in seinem Element. Er wütete über den vermeintlichen Verrat der Alliierten und spottete über Wilson, den «kroatifizierten Quäker» mit einem «langen Pferdegesicht» und «zweiunddreissig falschen Zähnen» im Mund. Dies sei kein menschliches Wesen, sondern eine hässliche Puppe.<sup>129</sup> Italien dürfe sich verbrecherischen Intrigen nicht ergeben. «Dort drüben, auf den Strassen von Istrien, auf den Strassen von Dalmatien», rief D'Annunzio aus, «hört ihr nicht die Schritte einer marschierenden Armee?»<sup>130</sup>

Die Friedensmacher verfolgten dies alles voller Unruhe. «Chaos», lautete die Schlagzeile einer Pariser Zeitung. «Die verschiedenen Delegationen», berichtete ein amerikanischer Journalist, «halten Sitzungen ab, um

zu beraten, was zu tun ist, denn man hat plötzlich erkannt, dass die Friedenskonferenz insgesamt gefährdet ist.»<sup>131</sup> Das Konferenzsekretariat sah den Entwurf des deutschen Vertrags durch und entfernte jeden Verweis auf Italien.<sup>132</sup> In einer Plenarsitzung legte ein Delegierter aus Panama einen schwarzen Schal auf Orlandos leeren Stuhl, doch ein portugiesischer Kollege nahm ihn mit den Worten, es sei noch zu früh zum Trauern, wieder fort.<sup>133</sup>

Hinter den Kulissen suchten sowohl die Alliierten als auch die Italiener nach einem Weg für deren Rückkehr an den Pariser Verhandlungstisch. Die Italiener waren betroffen, als sie erkannten, dass die anderen Mächte bereit waren, ohne sie weiterzumachen, und Clemenceau erhöhte den Druck, indem er bekanntgab, dass man die österreichischen Delegierten für Mitte Mai nach Paris eingeladen habe. Die in Paris verbliebenen italienischen Delegierten wiesen Orlando nachdrücklich darauf hin, dass sich die Position ihres Landes rasch verschlechtere. Die Vereinigten Staaten hielten einen dringend benötigten Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar zurück, und Grossbritannien und Frankreich erklärten, durch den Auszug der Italiener seien sie von der Verpflichtung, den Londoner Vertrag einzuhalten, entbunden. Sie hatten einfach weitergemacht und die afrikanischen Kolonien aufgeteilt. Andererseits deutete Lloyd George Kompromissbereitschaft an.<sup>134</sup>

Am 5. Mai gaben die Italiener bekannt, dass Orlando und Sonnino zurückkehren würden. «Orlando sieht sehr bleich und erschöpft aus», berichtete Charles Seymour, «und spricht sehr wenig und ohne Schwung. Er wirkt zehn Jahre älter. Sonnino ist in seiner Erscheinung unverändert und hat sich einen gewissen Trotz bewahrt, ist aber nicht aggressiv.»<sup>135</sup> Das Sekretariat ging daran, die Worte «Italien» und «italienisch» handschriftlich wieder in den deutschen Vertrag einzufügen.

Das Problem, das die Aufregung verursacht hatte, war allerdings noch lange nicht gelöst. Wilson sah weiteren Verhandlungen mit den Italienern gelassen entgegen. «Es ist merkwürdig», sagte er, «wie zutiefst unfähig diese Italiener sind, eine Position einzunehmen und dann an ihr festzuhalten.»<sup>136</sup> Eine schwache Hoffnung, für die House sich einsetzte, bestand darin, dass die Italiener und Jugoslawen in direkten Verhandlungen den gordischen Knoten durchhauen würden. Am 16. Mai kamen beide Seiten in seine Suite im Crillon, wo sie in einer Verhandlungsart, die in den 1990er Jahren üblich werden sollte, in verschiedenen Zimmern Platz nahmen,

während die Amerikaner zwischen ihnen hin- und hereilten. Als Clemenceau sich am nächsten Tag bei Orlando erkundigte, wie sich seine «Angelegenheiten mit den Jugoslawen» entwickelt hätten, erhielt er die bedrückte Antwort: «Gar nicht. Es ist unmöglich.»<sup>137</sup> Dass House die Kluft zwischen der italienischen und der amerikanischen Position zu überbrücken versuchte, mag zu Wilsons zunehmender Entfremdung von seinem alten Freund beigetragen haben.<sup>138</sup>

Der Hauptteil der Friedenskonferenz ging in einer Atmosphäre allgemeiner Gereiztheit zu Ende. Wilson schimpfte im Gespräch mit Baker auf die Habgier der Italiener.<sup>139</sup> Die Franzosen beschwerten sich darüber, dass Italien jetzt versuche, österreichische Eisenbahnstrecken zu übernehmen, die mit französischem Geld erbaut worden seien. «Frankreich wird es übelnehmen», schrie Clemenceau. «Das wird es nicht vergessen. Ich erwarte keine Fairness von Ihnen.»<sup>140</sup> Als in Fiume mehrere französische Soldaten von einem nationalistischen Mob gelyncht wurden, sprach er im Rat der Vier laut vom «peuple d'assassins».<sup>141</sup> Die Italiener sparten sich den grössten Teil ihres Gifts für Wilson auf. Als einer seiner Assistenten einmal zu Sonnino sagte: «Wilson wirkt heute Morgen so freundlich», erwiderte der Aussenminister: «Wer weiss, welches neue Angebot, welche neue Erpressung man sich ausgedacht hat.»<sup>142</sup> Orlando war, wie er in seinen Memoiren schreibt, mittlerweile überzeugt, dass Wilson «eine persönliche Verbindung zu den Jugoslawen» hatte, «welcher Art sie war, weiss ich nicht, aber es gab sie».<sup>143</sup> In der italienischen Presse war zu lesen, Wilson sei von den Jugoslawen bestochen worden, oder aber, er habe eine jugoslawische Geliebte.<sup>144</sup> Sonnino und andere glaubten dagegen, dass er sich unter dem Einfluss amerikanischer Finanzinteressen befand, die das Adriagebiet für sich entwickeln wollten, vielleicht mit dem Roten Kreuz als Fassade.<sup>145</sup>

Bevor Wilson Ende Juni endgültig nach Hause abreiste, gaben die Italiener etwas nach, indem sie nicht mehr auf allen Territorien bestanden, die ihnen im Londoner Vertrag versprochen worden waren. Aber in Bezug auf Fiume blieben sie so unnachgiebig wie bisher.<sup>146</sup> Orlando und Sonnino hatten sich auf ein gefährliches Spiel eingelassen. Ihr Hauptopponent, Wilson, würde in anderthalb Jahren wahrscheinlich aus dem Amt scheiden.<sup>147</sup> Andererseits war fraglich, wie lange die italienische Demokratie noch bestehen bleiben würde. «Ich brauche eine Lösung», vertraute Or-

lando Lloyd George an. «Andernfalls wird im Parlament oder auf den Strassen Italiens eine Krise ausbrechen.» Auf Lloyd Georges Frage «Und wenn nicht, wen sehen Sie dann Ihren Platz einnehmen?» antwortete Orlando: «Vielleicht D'Annunzio.»<sup>148</sup>

Am 19. Juni stürzte die Regierung Orlando, aber Sonnino und zwei andere Mitglieder der alten Delegation blieben im Amt, um den Versailler Vertrag für Italien zu unterzeichnen. Später hielt Orlando sich etwas darauf zugute, dass er nicht zu den Unterzeichnern gehörte; tatsächlich, versicherte er, habe Wilson ihn praktisch von der Friedenskonferenz ausgeschlossen, indem er seinen Appell an das italienische Volk veröffentlichte.<sup>149</sup> Obwohl Italien nicht viel zur Ausarbeitung des Vertrages beigetragen hatte, kam es nicht schlecht weg, immerhin erhielt es einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat und einen Anteil an den deutschen Reparationen. In Italien sah man es freilich anders. «Man ist hier, ich bedauere, es sagen zu müssen, sehr verletzt und deprimiert», berichtete der britische Botschafter einem Freund. «Nicht zuletzt vielleicht, weil man den Eindruck hat, dass die eigenen Vertreter die Dinge in vieler Hinsicht falsch angefasst haben.»<sup>150</sup> Die Italiener waren voller Ängste – vor Jugoslawien, vor Frankreich, sogar vor einer Wiederauferstehung Österreich-Ungarns.<sup>151</sup>

Die neue Regierung unter Orlandos Nachfolger Francesco Nitti hatte mit den inneren Problemen Italiens alle Hände voll zu tun. Wo sie offene aussenpolitische Probleme beilegen konnte, war sie daher nur zu bereit dazu. Der neue Aussenminister Tommaso Tittoni handelte mit Venizelos ein Abkommen über Albanien und den Dodekanes aus. Selbst in die Adriafrage kam Bewegung. Im August 1919 einigte sich Tittoni mit Lloyd George und Clemenceau darauf, dass Fiume eine neutrale Stadt unter Oberhoheit des Völkerbunds werden und ganz Dalmatien an Jugoslawien gehen sollte. Der Vorschlag wurde Wilson geschickt, der inzwischen wieder in den Vereinigten Staaten war, aber bevor dessen Antwort eintraf, beschloss D'Annunzio, die Angelegenheit auf seine Weise zu erledigen.

Verschiedene Gruppen, manche im Militär, aber auch Veteranenvereine, Faschisten und Anarchisten, hatten den ganzen Sommer über mehr oder weniger offen eine Eroberung Fiumes geplant. D'Annunzio, der in eine neue Liebesaffäre verstrickt war, liess sich überreden, die Aktion anzuführen. Am Abend des 11. September (den er ausgewählt hatte, weil er glaubte, die Zahl würde ihm Glück bringen) brach er mit 200 Mann auf.

Am nächsten Tag, nachdem sich die Soldaten, die ausgeschickt worden waren, um ihn aufzuhalten, seiner Truppe angeschlossen hatten, marschierte er im Triumph in Fiume ein. Das italienische Kommando zog ohne zu murren ab, die anderen alliierten Einheiten folgten ihnen, wenn auch etwas zögerlicher. Die Stadt, zumindest der italienische Teil, fiel in einen Freudentaumel. Am Abend hielt D'Annunzio vom Balkon des Gouverneurspalasts die erste einer ganzen Reihe mitreissender Reden, die er von dort an «sein» Volk halten sollte.

In den nächsten 15 Monaten erlebte Fiume einen irrwitzigen Karneval, in dem Zeremonien, Spektakel, Bälle und Feste einander in ununterbrochener Folge ablösten. Die Häuser wurden mit Fahnen und Bannern geschmückt, die Gärten geplündert, um Blumen auf die Paraden werfen zu können. In einem von Alkohol und Drogen befeuerten revolutionär-nationalistischen Rausch forderten Priester das Recht zu heiraten, und junge Frauen kamen nächtelang nicht nach Hause. Einem Beobachter zufolge hallte die ganze Stadt von den Geräuschen des Liebesakts wider. Ein Krankenhaus widmete sich ganz der Behandlung von Geschlechtskrankheiten.<sup>152</sup>

Freiwillige, aber auch Neugierige aus ganz Italien und Europa durchbrachen die unwirksame Blockade: der Schriftsteller und Begründer des Futurismus Filippo Tommaso Marinetti, der Dirigent Arturo Toscanini mit seinem Orchester, Guglielmo Marconi, der Erfinder der drahtlosen Telegraphie, Oppositionspolitiker aus Rom, Gangster und Prostituierte, Fliegerasche mit ihren Maschinen – und Mussolini. Moderne Piraten mit requirierten Booten schwärmten von Fiume aus, um an der gesamten Adria Vorräte zu «organisieren». Bewaffnete in Phantasieuniformen stolzierten durch die Strassen. «Manche trugen Bärte und hatten sich den Kopfkahl geschoren», berichtete Osbert Sitwell. «Andere hatten sich enorme Mähnen von bestimmt 15 Zentimetern Länge wachsen lassen, die über ihre Stirn herabhingen, und trugen auf dem Hinterkopf einen schwarzen Fez.»<sup>153</sup> Für die italienische Regierung am beunruhigendsten war, dass viele Offiziere der regulären Armee, von Kriegshelden bis zu angesehenen Generalen, sich auf D'Annunzios Seite schlugen.

D'Annunzios Rhetorik erreichte neue Höhen. Fiume sei heilig, verkündete er, die Stadt der Freiheit, von der aus er einen Kreuzzug führen würde, um zuerst Dalmatien, dann Italien und schliesslich die Welt zu befreien.<sup>154</sup> Er nahm Verbindung zu den Bolschewisten auf, zu ägyptischen



Nationalisten, Kroaten, denen das neue Jugoslawien nicht zusagte, und zu Sinn Fein. Von Fiume gingen wilde und nicht immer falsche Gerüchte aus; so waren angeblich Attentäter mit dem Auftrag, Nitti und Tittoni zu ermorden, ausgeschickt worden. In Italien selbst kursierten beunruhigende Gerüchte über geplante Militärputsche und bewaffnete Aufstände. Im Sommer 1921, als faschistische Trupps sich Kämpfe mit ihren linken und demokratischen Gegnern lieferten, war ein grosser Teil von Norditalien praktisch unregierbar.<sup>155</sup>

Für die italienische Regierung war es eine ebenso bedrückende wie peinliche Situation, und sie suchte verzweifelt nach einer Lösung, die weder die nationalistische Öffentlichkeit im Land noch die Alliierten verprellte. Nitti versuchte, D'Annunzio auszuhungern, indem er ein Embargo gegen Fiume verhängte, das dem Italienischen Roten Kreuz allerdings erlaubte, lebensnotwendige Dinge in die Stadt zu bringen.<sup>156</sup> Mussolini schaute zu und wartete ab.

Gespräche mit den Alliierten erbrachten kaum mehr als immer komplexere Vorschläge. Wilson liess aus Washington verlauten, dass er jeden Vorschlag ablehne, der Italien die Kontrolle über Fiume gebe. Lloyd George bemerkte spitz, die Vereinigten Staaten würden immer noch versuchen, in Europa mit der Peitsche zu knallen, sich aber weigern, Verantwortung zu übernehmen.<sup>157</sup> Grossbritannien und Frankreich wollten Italien nicht zu sehr unter Druck setzen. «Wir haben es mit einem Land zu tun», sagte Clemenceau zu Lloyd George, «wo der König nichts gilt, wo die Armee Befehle nicht befolgt, wo auf der einen Seite 180 Sozialisten und auf der anderen 120 Männer des Papstes stehen.»<sup>158</sup>

1920 erzielten die beiden unmittelbar betroffenen Länder, Italien und Jugoslawien, schliesslich trotz aller Widrigkeiten eine Übereinkunft. Eine neue italienische Regierung (Nitti war im Juni gestürzt) unter dem alten Realisten Giovanni Giolitti war bestrebt, die Ordnung im Land wiederherzustellen und ausländische Abenteuer zu beenden. Italien verringerte die Spannungen mit Jugoslawien, indem es seine Truppen aus Albanien abzog. Jugoslawien andererseits musste dringend seinen Handel wiederbeleben, was unmöglich war, solange Italien ihn in den Adria Häfen behinderte. Als im November in den Vereinigten Staaten ein Republikaner zum neuen Präsidenten gewählt wurde, gaben die Jugoslawen die Hoffnung auf das Wunder einer amerikanischen Intervention auf.<sup>159</sup> Kurz darauf trafen

sich Vertreter Italiens und Jugoslawiens in Rapallo, und wenig später erfuhr eine erstaunte Welt, dass sie sich auf einen Vertrag über die Grenze zwischen beiden Ländern geeinigt hatten. Italien erhielt fast die gesamte Halbinsel Istrien sowie Zadar (die einzige Stadt mit einer italienischen Mehrheit an der dalmatinischen Küste) und einige kleine, unbedeutende Adriainseln. Der Rest ging an Jugoslawien, bis auf Fiume, das zu einem durch einen schmalen Landstreifen mit Italien verbundenen Freistaat wurde.

Viele italienische Nationalisten, einschliesslich Mussolini, betrachteten den Vertrag als Triumph, weil immerhin erreicht worden war, dass Fiume nicht in slawische Hände fiel. In Jugoslawien beklagten sich Kroaten und Slowenen, dass ihre Interessen wieder einmal von den Serben geopfert worden seien. In Fiume selbst zog sich D'Annunzio verbittert aus der Öffentlichkeit zurück und meldete sich nur noch sporadisch zu Wort, um zu verkünden, dass er eher sterben als weichen werde. Am 1. Dezember 1920 erklärte er Italien den Krieg, was das italienische Militär schliesslich zum Handeln nötigte. Am Heiligabend beschoss ein Kriegsschiff die Stadt. Als eine Granate ihn nur knapp verfehlte, kapitulierte D'Annunzio hastig, warf dem italienischen Volk Feigheit und «weihnachtliche Fressgier» vor und kehrte geschlagen nach Italien zurück.<sup>160</sup>

Zwei Jahre später bewies Mussolini, wie gut er die Lehren von Fiume gelernt hatte. Er marschierte auf Rom, und die italienische Demokratie ging, vom Krieg und der verbreiteten Enttäuschung über den «verstümmelten Sieg» geschwächt, sang- und klanglos unter. Im Januar 1924 annectierte Mussolini Fiume, und 1940 unternahm er alles, um das verhasste Jugoslawien von der Landkarte zu radieren. 1945 wurden die Grenzen wiederum neu gezogen, und fast ganz Istrien, mit Ausnahme von Triest, ging an das wiederhergestellte Jugoslawien. Rund 300.000 Italiener flohen westwärts nach Italien. Fiume heisst heute Rijeka, und nur die Alten erinnern sich noch an die Italiener.

D'Annunzio führte seinen gewohnten Lebensstil auf Staatskosten weiter. Er war, wie der neue *duce* klagte, wie ein fauler Zahn, den man entweder zog oder mit Gold füllte.<sup>161</sup> Im öffentlichen Leben spielte er kaum noch eine Rolle. Er zog das Leben auf seinem Anwesen mit seinem Okkultismus, seinen Frauen und seinem Kokain vor. Die enger werdende Freundschaft mit Deutschland lehnte er ab. Er starb 1938 unter rätselhaften Umständen.<sup>162</sup>

Sonnino, der mit seiner Halsstarrigkeit fast die Pariser Friedenskonferenz gesprengt hätte, würdigte seine Kritiker nie einer Antwort und äußerte sich in Italien nie wieder öffentlich. Er starb Ende 1922; seine einzige Bitte an den Staat, dem er so lange gedient hatte, war, seinen Sarkophag in einem Kliff unterhalb seines geliebten Hauses an der toskanischen Küste einzumauern.<sup>163</sup> Orlando überlebte sie fast alle, war am Sturz des Faschismus im Jahr 1944 beteiligt und verstarb 1952 als allseits verehrter Senator des demokratischen Italien.

## Japan und die Rassengleichheit

Im Frühjahr 1919 wurde die französische Presse vorübergehend von der italienischen Krise abgelenkt, weil sie sich mit der faszinierenden Frage beschäftigte, ob der grosse japanische Staatsmann Fürst Saionji Kimochi, der die Delegation seines Landes leitete, überhaupt in Paris war. Er war nur selten zu sehen, und es ging das Gerücht, dass er schwerkrank oder sogar nach Japan zurückgereist sei. Stephen Bonsai, der allgegenwärtige Informant von Oberst House, sah darin ein typisches orientalisches Verhalten: Saionji ziehe es vor, im Hintergrund zu bleiben und «an den Strippen zu ziehen, welche die Puppen tanzen lassen».<sup>1</sup>

Vertreter des Westens, die mit Japanern zu tun hatten, neigten dazu, auf Klischees über den geheimnisvollen Osten zurückzugreifen. An Japan war so viel sonderbar, selbst seine Stellung in der Welt. War es nun eine Grossmacht oder nicht? Und war es richtig, dass es genauso viele Delegierte nach Paris hatte entsenden dürfen wie die anderen Grossmächte? Es gab Argumente dafür und dagegen. Einerseits war Japan noch recht neu auf der Weltbühne und hatte bis 1914 seine Aufmerksamkeit auf das benachbarte Ostasien beschränkt. Es hatte Deutschland zwar den Krieg erklärt, aber keinen grossen Beitrag zur Kriegführung der Alliierten geleistet. Andererseits gehörte seine Kriegsmarine zu den drei oder vier grössten der Welt (je nachdem, ob man die deutsche mitzählte), und es besass eine beachtliche Armee sowie eine günstige Handelsbilanz. Aus Sicht des kanadischen Premierministers Borden waren «nur drei Grossmächte auf der Welt übrig: die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Japan». Bei der Gründung des Völkerbunds hatte Japan die zweifelhafte Ehre, als fünftgrösster Beitragszahler eingestuft zu werden.<sup>2</sup>

Den Grossmächten gelang es einfach nicht, eine Linie durchzuhalten. Sie gestanden Japan ebenso wie sich selbst fünf Delegierte auf der Friedenkonferenz zu, ignorierten es aber im Obersten Rat oder behandelten es wie einen Witz. «Und wenn man bedenkt», flüsterte Clemenceau seinem Aussenminister in einer Sitzung durchaus hörbar zu, «dass es auf der Welt

blonde Frauen gibt! Wir aber bleiben hier mit diesen Japanern eingeschlossen, die so hässlich sind!»<sup>3</sup> Als man beschloss, die Verhandlungen durch die Bildung des Rats der Vier zu beschleunigen, liess man Japan aussen vor. Einen Vorwand dafür, mehr war es nicht, fand man in der Tatsache, dass die japanische Delegation im Unterschied zu denjenigen der anderen Grossmächte nicht vom Präsidenten oder Ministerpräsidenten geleitet wurde.

Die japanische Delegation war wie ihr Chef: kompetent, aber auf dem Weg in den Ruhestand. Obwohl es im schicken Hotel Bristol von Experten nur so wimmelte, die alle möglichen Themen bearbeiteten, von der Marine bis zu Gewerkschaftsfragen, spielten die japanischen Vertreter in den verschiedenen Konferenzgremien, so ein britischer Beobachter, «hauptsächlich eine Zuschauerrolle».<sup>4</sup> Zudem sprachen sie zumeist nur ein rudimentäres Englisch oder Französisch. So erhielt ein Kommissionsvorsitzender, als er das japanische Mitglied fragte, ob es für oder gegen einen Antrag stimme, lediglich ein «Ja» zur Antwort.<sup>5</sup> Letztendlich verhielt sich Japan wie Italien: Es verfolgte in Paris bestimmte Ziele, hatte an allem anderen aber kaum Interesse. Die Japaner, schrieb Wilsons Pressesprecher Baker, «waren die Einheitspreishändler der Konferenz. Sie besitzen die Gabe – vielleicht die orientalische Gabe –, warten zu können.»<sup>6</sup>

Die in der Öffentlichkeit bekanntesten Mitglieder der japanischen Delegation waren zwei erfahrene Diplomaten, der ehemalige Aussenminister Baron Makino Nobuaki und der japanische Botschafter in London, Graf Chinda Sutemi. House fand sie «schweigsam, emotionslos, aufmerksam»,<sup>7</sup> und die anderen Friedensstifter machten sich darüber lustig, wie ähnlich sie sich sahen. Die «beiden Mikados» nannten die Amerikaner sie.<sup>8</sup> Makino war ein Liberaler, dem Wilsons neue Diplomatie ebenso zusagte wie der Völkerbundgedanke.<sup>9</sup> Leider versäumte er es aufgrund seiner mangelnden Sprachkenntnisse, dies den anderen Konferenzteilnehmern zu vermitteln. Chindas Englisch war besser, aber er war offenbar ein Hardliner, wenn schwierige Fragen zur Debatte standen. Abgesehen von Saionji, der zu bedeutend war, um derart kontrolliert werden zu können, stand die gesamte japanische Delegation unter der strengen Aufsicht Tokios.<sup>10</sup>

Auch wenn er erst spät, nämlich Anfang März, in Paris eingetroffen war, war Saionji vor Ort gewesen, als seine Regierung erkannte, dass Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando an der Spitze der Delegationen ih-

rer Länder standen, und hastig beschloss, ihn zum Delegationsleiter zu ernennen, um das Versäumnis wettzumachen, nicht den Premierminister (dessen politische Stellung zu unsicher war, um die Reise wagen zu können) oder den Aussenminister (der zu krank war) entsandt zu haben. Saionjis Ernennung war ein Zeichen dafür, dass Japan die Konferenz ernst nahm. Die Regierung hoffte, dass sein Ansehen, auch wenn Japan auf der Konferenz nicht alles erreichte, was es wollte, sie vor Angriffen ihrer Gegner und vor Unruhen wie denjenigen nach dem Ende des Russisch-Japanischen Krieges bewahren würde.<sup>11</sup> In Paris hielt er sich im Hintergrund und förderte die Arbeit seiner Kollegen durch informelle persönliche Treffen, ähnlich wie er es in Japan getan hätte.

Am 15. April stattete Bonsai dem scheuen Fürsten in dessen Wohnung am Parc Monceau einen Höflichkeitsbesuch ab. Er erneuerte damit eine alte Bekanntschaft, verfolgte aber auch das Ziel, die angespannten Beziehungen zwischen Japan und seinen Verbündeten zu lockern. Er wurde von zwei furchteinflössenden japanischen Polizisten empfangen und dann durch eine Zimmerflucht ins innerste Heiligtum geführt. «In diesem Zimmer herrschte ein gedämpftes, fast religiöses Licht», berichtete er später, «und es dauerte einige Sekunden, bis ich eine grosse, schlanke und ziemlich ausgemergelte Gestalt in einem japanischen Gewand bemerkte, die mit ausgestreckten Händen auf mich zukam ... Seine Haltung war gelassen wie die des übers Meer schauenden Grossen Buddhas von Kamakura.»<sup>12</sup>

Die beiden Männer plauderten angeregt über vergangene Zeiten in Japan und alte Freunde. Sie streiften das Problem mit Russland und der bolschewistischen Regierung, vermieden es jedoch tunlichst, die Spannungen zwischen Japan und dem Westen anzusprechen – bis auf einen ebenso verblühten wie vielsagenden Wortwechsel, als Bonsai seinen Gastgeber nach einem Experiment aus den 1890er Jahren fragte, bei dem ein japanischer Aussenminister versucht hatte, ausländische Schösslinge auf eine Zwergkiefer aus dem Ise-Schrein, dem heiligsten Ort des Shintoismus, zu pflanzen. Saionji brachte ihn auf den neusten Stand: «Er pflanzte Stiele und Ableger von Kiefern aus Norwegen und Schottland, Russland und Kalifornien auf den heiligen Stamm. Folge dieses Schocks waren vorübergehende Rückschläge, aber bald gewann die edle Shinto-Kiefernart aus Ise wieder die Oberhand.»<sup>13</sup>

Saionji wusste genau, welche Botschaft er damit übermittelte. Im Lauf

seines Lebens hatte sich sein Land von einem unbedeutenden Inselstaat im Nordpazifik zu einer Grossmacht entwickelt. Noch heute fällt es Japanern, von Ausländern ganz zu schweigen, schwer zu begreifen, wie gewaltig dieser Wandel damals war. Aus einem von der Welt abgeschlossenen, von einem Feudaladel beherrschten Land war eine moderne Macht mit allem, was dazugehört, geworden: einer Industrie, die sich mit Riesenschritten dem Stand der französischen annäherte, Streitkräften, die ihre Stahlschwerter und Lanzen gegen Maschinengewehre und Schlachtschiffe eingetauscht hatte, und einer Infrastruktur mit einem Eisenbahnnetz, Telegraphenleitungen, Schulen und Universitäten. Die Feudalherren waren, wie Saionji, zu Diplomaten, Politikern und Industriellen geworden, und ihre Gefolgsleute waren in die Armee oder die Polizei eingetreten.

Saionji war ein höchst feinsinniger, komplizierter Mann, ein Mischwesen wie sein Land. Auf seinem Weg nach Paris hatte er nicht nur viele Kilometer hinter sich gebracht, sondern auch Jahrhunderte. Bei seiner Geburt im Jahr 1849 war Japan noch weitgehend von der Aussenwelt abgeschottet gewesen. Der lange zurückreichende, akribisch gepflegte Stammesbaum seiner Familie zeigte Verbindungen mit den anderen grossen Adelshäusern und der Kaiserfamilie. Im Vergleich dazu war der Tokugawa-Klan, der Japan seit dem 17. Jahrhundert im Namen ohnmächtiger Kaiser regierte, ein vulgärer Parvenü. Saionji hatte die für einen Knaben seiner Schicht übliche Bildung erhalten: klassische Literatur (auf Japanisch wie auf Chinesisch), Kalligraphie, traditionelle Musikinstrumente und die Pflege winziger, vollkommener Bonsaibäume.<sup>14</sup> Er schockierte die Älteren, als er zu reiten begann, was für jemanden von seinem Rang als erniedrigend galt. Wäre alles wie gewohnt verlaufen, hätte er sein Leben in der steifen, abgeschlossenen Welt des alten Kaiserhofs verbracht, auf einem Ehrenposten und mit einer Frau aus dem kleinen Kreis standesgemässer junger Damen an seiner Seite. Er wäre nie ins Ausland gereist, denn das war verboten und, wichtiger noch, schlicht undenkbar. Er hätte nie wirkliche Macht gehabt, denn die lag in den Händen des Militäradels.

Nach einem japanischen Mythos ruhen Japans Inseln auf dem Panzer einer riesigen Schildkröte, und wenn diese sich bewegt, kommt es zu Erdbeben. 1853 fand ein Erdbeben ganz anderer Art statt. In diesem Jahr nämlich tauchte ein aggressiver amerikanischer Seemann, Admiral Matthew Perry, in der Bucht von Tokio auf und forderte im Namen der US-Re-

gierung die Öffnung Japans für den Handel mit Amerika. Es folgten britische, französische und russische Kanonenboote, deren Kommandeure ähnliche Forderungen nach Handelsprivilegien, dem Einreiserecht und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen überbrachten. In den nächsten anderthalb Jahrzehnten stritten die herrschenden Kreise Japans darüber, ob sie sich den unverschämten Ausländern widersetzen oder versuchen sollten, sich mit ihnen zu verständigen. Doch die isolationistischen Hardliner vermochten einem aggressiv expandierenden Westen nicht standzuhalten. Selbst im Adel drängten junge Radikale die Tokugawa-Herrscher, sich der Aussenwelt zu öffnen und sie ins Ausland reisen zu lassen. Auch am abgeschiedenen, stillen Hof in Kyoto vernahm man ein Echo dieser Debatte, und der junge Saionji stellte sich auf die Seite der Radikalen. Er beschloss, gleichfalls ins Ausland zu reisen, wenn es möglich war.

1868 lösten reformwillige Adlige im Namen eines alten Schulkameraden Saionjis, des neuen Meiji-Kaisers, das Tokugawa-Regime ab. In dem anschliessenden kurzen Bürgerkrieg kämpfte Saionji auf ihrer Seite. Als er an den Hof zurückkehrte, löste er einen neuen Skandal aus, denn er erschien in westlicher Kleidung und mit kurzgeschnittenen Haaren.<sup>15</sup> Mit der Meiji-Restauration, wie man den Machtwechsel irreführenderweise nennt, begann eine ausserordentliche nationale Anstrengung, in deren Rahmen Hunderte von jungen Japanern zum Studium ins Ausland geschickt und westliche Experten, deren Sachverstand man brauchte, mit finanziellen Anreizen ins Land gelockt wurden. Der Slogan der Regierung benannte kurz und bündig das Ziel: «Bereichere das Land und stärke die Armee.» Um dies zu erreichen, nahm man sich verschiedene Vorbilder: für die Kriegsmarine Grossbritannien, für Armee und Verfassung Preussen, für das Bankwesen die Vereinigten Staaten und für die Wirtschaft die Welt insgesamt.

Saionji lehnte alle angebotenen Staatsämter ab und begab sich stattdessen auf Reisen. 1870 traf er in Paris ein, wo er die nächsten zehn Jahre verbrachte und ein Studium an der Sorbonne absolvierte. Einer seiner Kommilitonen, mit denen er sich anfreundete, war der junge Clemenceau, der ihn als «liebenswertig» und «ungestüm» in Erinnerung behielt.<sup>16</sup> Er liebte die Franzosen, ihre Kultur und ihre liberalen Traditionen. Im Alter liess er sich Vichy-Wasser und Houbigant-Kölnischwasser aus Frankreich kommen.<sup>17</sup>

Die elegante Gestalt, die nach Japan zurückkehrte, war charmant, iro-



nisch, geschmackvoll und ein wenig weltfremd in ihrem Verhalten. Seinen Landsleuten war er ein Rätsel. Ein Kritiker griff auf drei englische Worte zurück, um ihn zu beschreiben: «intelligence, indolence, and indifference» – Intelligenz, Trägheit und Gleichgültigkeit.<sup>18</sup> Trotz allen Familienstolzes ging er nie eine Ehe ein, obwohl er langjährige Liebesbeziehungen unterhielt. Über sein materielles Wohlergehen brauchte sich Saionji nie Gedanken zu machen; ein jüngerer Bruder gelangte an die Spitze eines der riesigen neuen Industriekonzerne, die in Japan entstanden, und sorgte selbstverständlich für seinen älteren Bruder.<sup>19</sup>

Saionji diente dem neuen Japan als Diplomat, Aussenminister und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts als Premierminister. 1913 verlieh ihm der neue Kaiser den Titel *Genrō*, der mit «elder statesman» nur ungenügend übersetzt ist. Obwohl der *Genrō* nach der neuen Verfassung offiziell keine Rolle im Staat spielte, verfügte er über enormen Einfluss, insbesondere auf die Regierungsbildung und die Aussenpolitik. In Krisenzeiten war das Wort des *Genrō* in der Regel ausschlaggebend. In amerikanische Verhältnisse übertragen, war es so, als hätten William Taft und Theodore Roosevelt Wilson nicht nur als Präsident ausgewählt, sondern auch weiterhin ein Auge auf seine Politik gehabt.

Das neue Japan, das einzige asiatische Land, das den westlichen Imperialismus sowohl abzuwehren vermochte als auch übernahm, erlebte bis 1914 einen rasanten Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt verdreifachte sich zwischen 1885 und 1920 nahezu; Bergbau und Industrieproduktion stiegen fast auf das Sechsfache. 1914 konnte die japanische Kriegsmarine alle Schiffe, die sie brauchte, im Inland bestellen. Der Leistung, die Japan vor 1918 erbrachte, kam nur diejenige der Jahre nach 1945 gleich.<sup>20</sup> Ein solch rascher Wandel brachte sowohl Spannungen als auch Zugewinne mit sich. Viele Japaner dachten wehmütig an eine einfachere Zeit zurück, doch Saionji forderte seine Landsleute auf, nach vorn zu blicken, auf eine liberale, demokratische Zukunft, und sich nicht erneut allein auf die militärische Stärke zu verlassen.<sup>21</sup> Diese Warnung war nötig, denn während Japans Macht wuchs, wurden auch die Stimmen derjenigen lauter, die darauf drängten, diese Macht zu nutzen, um den Nachbarländern den eigenen Willen aufzuzwingen, wenn nötig mit Gewalt.

In den Jahren vor 1914 schien sich der Einsatz von Gewalt auszuzahlen, denn Japan erzielte eine Reihe von militärischen Siegen, den ersten, der

ihm Taiwan und die Vorherrschaft in Korea einbrachte, 1895 über China. Dann gab Grossbritannien 1902 in Anerkennung der wachsenden Macht Japans seinen langanhaltenden Widerstand gegen ein Bündnis auf. Das britisch-japanische Marinebündnis, das 1919 immer noch bestand, war insbesondere für die Japaner ein Zeichen dafür, dass sie auf der Weltbühne angekommen waren. 1904 nahm Japan es in der Mandschurei mit der ehrfurchtgebietenden Macht Russlands auf, besiegte dessen Heer und versenkte nicht nur eine, sondern zwei seiner Flotten. Durch den 1905 geschlossenen Friedensvertrag sicherte es sich weitgehende Rechte in der Mandschurei. Einige Jahre später, 1910, annektierte Japan Korea und bekräftigte damit, was die Welt ihm sowieso schon zugestanden hatte. (Auf der Pariser Friedenskonferenz erschien eine bemitleidenswerte kleine Delegation von Koreanern, die die Unabhängigkeit ihres Landes verlangten.)

Die anderen Mächte verfolgten die Entwicklung mit einer Mischung aus Bewunderung und Besorgnis. Japan war beinahe zu erfolgreich. Die japanischen Exporte gefährdeten diejenigen der anderen Mächte. Beispielsweise kam 1914 ein Viertel der weltweiten Baumwollgarnexporte aus Japan.<sup>22</sup> Die Briten fürchteten um ihre Vorherrschaft auf den Märkten in China und Indien, die Amerikaner um ihre Interessen in Asien, die nicht nur den Handel mit China umfassten, sondern auch ihre neue Besetzung, die Philippinen. Für Asiaten war Japan indes ein Vorbild, der Beweis, dass es möglich war, die westlichen Imperialisten zu besiegen. Sogar für die Chinesen, die durch ein starkes Japan am meisten zu verlieren hatten, war es ein Hoffnungsträger. Tausende junge Chinesen überquerten den Nordpazifik, um an japanischen Universitäten zu studieren.

Der einzige Teil Asiens, in dem die japanische Macht Skepsis auslöste, war Japan selbst. Der Krieg mit Russland hätte die aufstrebende moderne japanische Wirtschaft beinahe überlastet. War es die Sache wert? Was dachten die anderen Mächte über den japanischen Sieg? Die Japaner konnten einfach nicht übersehen, dass sich der Westen schwer damit tat, sie als Gleichberechtigte anzuerkennen. «Was an uns wirklich falsch ist», beklagte sich ein führender Staatsmann einem deutschen Freund gegenüber, «ist natürlich unsere gelbe Haut. Wäre sie so weiss wie deine, würde die ganze Welt darüber jubeln, dass wir der erbarmungslosen Aggression Russlands Einhalt geboten haben.»<sup>23</sup>

Die Japaner waren sich ihrer eigenen Verwundbarkeit schmerzlich be-

wusst. Sie besaßen so wenige eigene Ressourcen. Was, wenn andere Länder ihnen den Zugang zu Rohstoffen und Märkten versperrten? Nach Ansicht der Nationalisten sollte Japan dem Beispiel anderer Mächte folgen und ein Kolonialreich aufbauen. Man sprach von der historischen Mission Japans, Asien zu führen. Insbesondere China stellte eine unwiderstehliche Versuchung dar. Seine letzte Herrscherdynastie war dem Untergang geweiht, und das Land zerfiel unter der Last von ungezügelter Korruption, Regionalismus und Banditenunwesen. Die gescheiterte Revolution von 1911 hatte die Anarchie nur noch verstärkt. Und China besaß vieles, was Japan brauchte, von Rohstoffen bis zu Märkten. Zudem war die gleich nördlich von Korea gelegene Mandschurei fast menschenleer, was in einem Land, dessen Bevölkerung zwischen 1885 und 1920 um 45 Prozent gewachsen war und dessen Führung fürchtete, die Überbevölkerung könnte zu sozialen Unruhen und sogar zu einer Revolution führen, ein gewichtiges Argument darstellte. Das Problem waren die anderen Mächte, die vielleicht bereit waren, Japan in der Mandschurei relativ freie Hand zu lassen, aber eine klare Linie zogen, was das eigentliche China anging, wo sie ihre eigenen Interessen schützen mussten.

Die nationalistischen Träume beunruhigten Liberale wie Saionji. «Ein allgemeiner Mangel an Patriotismus beunruhigt mich nicht», erklärte er, «aber mir wird angst und bange, wenn ich daran denke, wohin ein Übermass an Patriotismus führen könnte.» Er war in erster Linie Internationalist und davon überzeugt, dass eine stabile Weltordnung es Japan ebenso wie anderen Mächten erlauben würde, sich friedlich weiterzuentwickeln. Wenn die Expansion in Asien die guten Beziehungen Japans zu den anderen Mächten gefährdete, musste sie beendet werden.<sup>24</sup> Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs verschärfte diese Debatte noch.

Den Konflikt selbst betrachteten die Japaner distanziert, «wie einen Brand auf der anderen Seite eines Flusses», wie es ein Elder Statesman ausdrückte.<sup>25</sup> Anfangs war die Regierung unentschlossen, was sie tun sollte. Sollte sich Japan aus dem Konflikt heraushalten? Oder die Mittelmächte unterstützen? (Viele Armeeoffiziere waren in Deutschland ausgebildet worden und empfanden tiefe Hochachtung für dessen Armeen.) Im Kabinett diskutierte man überwiegend pragmatisch, nämlich darüber, wer Japan das meiste zu bieten hatte.<sup>26</sup> Am Ende entschied man sich für die Alliierten. «Japan», erklärte die Regierung anlässlich ihrer Kriegserklä-

«muss die Jahrtausendchance ergreifen, seine Rechte und Interessen in Asien durchzusetzen.»<sup>27</sup> Mit dem Angriff auf Deutschland hatte Japan einen risikoarmen Weg gewählt, diese Interessen zu verfolgen.

Deutschland besass eine Kolonie in Schantung sowie einige kleine Inselgruppen im Nordpazifik – die Marshallinseln, die Karolinen und die Merianen – und hatte nicht die Mittel, sie zu verteidigen. Im November 1914 war der japanische Feldzug bereits vorüber.

Der Rest des Krieges verlief für Japan ebenso gut. Er brachte japanischen Unternehmen nicht nur Aufträge ein und behinderte zugleich viele ihrer Vorkriegskonkurrenten. Die Grösse der japanischen Handelsmarine verdoppelte sich ebenso wie der japanische Export nach Grossbritannien und in die Vereinigten Staaten; die Ausfuhren nach China und Russland vervierfachten beziehungsweise versechsfachten sich sogar.<sup>28</sup> 1918 wies der australische Ministerpräsident Hughes, der nie ein Blatt vor den Mund nahm, Balfour darauf hin, dass sich die fleissigen Japaner überall auf dem Vormarsch befänden. «Wir müssen in ähnlicher Weise arbeiten», fügte er hinzu, «oder uns wie meine Vorfahren aus den fetten Ebenen in die dürreren, zerklüfteten Berge zurückziehen.»<sup>29</sup> Briten und Amerikaner waren indes nicht nur aus ökonomischen Gründen besorgt, denn Japan war auf See stärker als 1914, und an Land weitete es seinen Einfluss auf China aus und drang ins russische Sibirien vor.

Die Japaner ihrerseits waren besorgt über die Ressentiments, die ihnen entgegenschlugen. «Es ist ausserordentlich wichtig», hatte der Elder Statesman Yamagata Aritomo während des Krieges notiert, «etwas zu unternehmen, um die Schaffung einer weissen Allianz gegen die gelben Völker zu verhindern.»<sup>30</sup> 1917 erklärte der japanische Generalstab, es sei gar nicht daran zu denken, Truppen zu entsenden, um in Europa zu kämpfen. Man werde sie nach Kriegsende benötigen, um der westlichen Konkurrenz in China widerstehen zu können.<sup>31</sup> Kurz vor Kriegsende fragte eine japanische Zeitschrift Angehörige der japanischen Führungsschicht, welchen Gewinn Japan nach ihrer Meinung aus dem Krieg ziehen sollte. Die Antworten offenbarten einen beachtlichen Pessimismus in Bezug auf Japans internationale Stellung sowie hinsichtlich der britischen und amerikanischen Absichten in Asien.<sup>32</sup> Die Furcht vor einer antijapanischen Koalition weisser Mächte war nicht völlig aus der Luft gegriffen. Bei Kriegsende ka-

men selbst verantwortungsvolle westliche Politiker zu dem Schluss, dass es eines Tages zu einer Kraftprobe kommen würde. 1917 bemerkte Balfour in einer Denkschrift für das Kriegskabinet fast nebenbei, dass Grossbritannien höchstwahrscheinlich die Vereinigten Staaten verteidigen würde, wenn Japan sie angreifen sollte.<sup>33</sup> Japans Dilemma, das sich in den 1930er Jahren noch verschärfen sollte, bestand in der Frage, ob es den weissen Mächten vertrauen und mit ihnen bei der Stärkung der Weltordnung zusammenarbeiten oder ob es sich allein auf sich selbst verlassen sollte.

Ausserdem musste die Regierung die öffentliche Meinung berücksichtigen, die eine Entschädigung für die Kosten des japanischen Angriffs auf Deutschland forderte, der allein in China 2.000 Soldaten und 50 Millionen Yen gekostet hatte.<sup>34</sup> Die öffentliche Meinung nicht nur der fanatischen Nationalisten, sondern auch der einfachen Menschen, war etwas, was die japanischen Eliten, die das Land führten, zu fürchten begannen. Der erfolgreiche Krieg war nicht allen Gesellschaftsschichten gleichermassen zugute gekommen; den Neureichen schlug allgemein Ablehnung entgegen, und die russische Revolution zeigte, was passieren konnte. Mitte 1918 führten schwere Unruhen wegen der Reispreise zum Sturz der Regierung.

Die neue Regierung war entschlossen, Japans Kriegsgewinne zu sichern, hoffte aber, dies tun zu können, ohne die anderen Mächte zu beunruhigen. Die japanische Delegation wurde mit drei klaren Zielen nach Paris entsandt: in der Völkerbundakte eine Klausel über die Rassengleichheit zu verankern, die Kontrolle über die nordpazifischen Inseln zu sichern und den Erwerb der deutschen Kolonie in Schantung zu bestätigen. Ansonsten sollte sie Wilsons Vierzehn Punkten zustimmen. Der Premierminister persönlich wies Makino an, mit den Briten und den Amerikanern zusammenzuarbeiten.<sup>35</sup> Doch das war leichter gesagt als getan.

Über die Pazifikinseln – die Marshallinseln, die Marianen und die Karolinen – wurde zuerst im Obersten Rat gesprochen. Tausende zwischen Hawaii und den Philippinen über den Pazifik verstreuter, winziger Atolle und Riffe und ihre Bewohner hatten jahrhundertlang in friedlicher Abgeschlossenheit gelebt. Infolge der imperialistischen Rivalität, der Verbreitung moderner Technologien und des Wachstums der Kriegsmarinen waren sie jedoch für die Aussenwelt wertvoll geworden, zuerst für die Deutschen und jetzt für die Japaner. Das japanische Militär verlangte, dass

Japan einen ausreichend grossen Teil des Pazifiks unter seine Herrschaft bringen sollte, um sich selbst schützen und den Zugang zu Märkten und Rohstoffen auf dem asiatischen Festland kontrollieren zu können. Dafür musste es sich mit anderen Seemächten arrangieren. Japan hatte vor 1914 sowohl China als auch Russland besiegt und ein Marineabkommen mit Grossbritannien geschlossen. Aber mit den Vereinigten Staaten war es nicht zu einer befriedigenden Übereinkunft gelangt, und es war auch nicht sehr wahrscheinlich, dass eine solche Verständigung möglich sein würde.

1898, während des Spanisch-Amerikanischen Krieges, hatten sich die Vereinigten Staaten die Philippinen und den östlich von ihnen gelegenen wichtigen Stützpunkt Guam angeeignet. Unter anderem, um diese Erwerbungen zu schützen, hatten sie ausserdem Hawaii annektiert. Gleichsam über Nacht waren die Vereinigten Staaten Tausende von Seemeilen näher an Japan herangerückt. Bis zum Ersten Weltkrieg war die US-Marine zwar im Atlantik stationiert, aber es gab Anzeichen für eine Veränderung der amerikanischen Strategie im Hinblick auf die Situation im Pazifik. 1908 sandte Präsident Theodore Roosevelt einen Flottenverband auf eine Fahrt um die Welt. Ausserdem brachte er eine Erhöhung des Marineetats durch den Kongress und setzte den Bau des Marinestützpunkts Pearl Harbor in Gang. 1914 besaßen die Vereinigten Staaten die nach der britischen und der deutschen drittgrösste Kriegsmarine der Welt. Im folgenden Jahr wurde der mit amerikanischem Geld erbaute Panamakanal eröffnet, der die Schiffspassage zwischen Atlantik und Pazifik erheblich verkürzte. 1916 schliesslich legte sich Washington offen auf eine «Zwei-Meer-Marine» fest.<sup>36</sup> Manche Amerikaner sprachen von einer unabweisbaren Bestimmung der Vereinigten Staaten, nach Westen zu expandieren. Unglücklicherweise sollte diese amerikanische Bestimmung mit der japanischen kollidieren, und was dem einen Verteidigungsmassnahmen zu sein schien, konnte vom anderen leicht als Aggression verstanden werden.

Sowohl die japanischen als auch die amerikanischen Militärplaner waren sich bewusst, dass ihre beiden Länder auf Kollisionskurs waren. Beide Seiten entwarfen Pläne für einen möglichen Krieg gegeneinander. Dies war zwar in erster Linie eine Vorsichtsmassnahme, aber es gab auf beiden Seiten auch jene, die einen Krieg ernsthaft in Erwägung zogen und die Aussicht darauf sogar begrüssteten. In den Vereinigten Staaten erschienen in den Jahren vor 1914 Romane, die das Lesepublikum mit dem Alptraum

einer erfolgreichen japanischen Invasion zu erschrecken versuchten und sich besonders an der Westküste gut verkauften. Die Boulevardzeitungen des Hearst-Imperiums kaprizierten sich auf eine «gelbe Gefahr» und hatten ihren grossen Tag, als eine Gruppe einfacher japanischer Fischer eine Konzession in der mexikanischen Baja California zu erlangen versuchte.<sup>37</sup> Japan wurde von ähnlichen Ängsten umgetrieben, nur dass man sich dort von einer «weissen Gefahr» bedroht fühlte. Ein pensionierter Marineoffizier verfasste einen Roman mit dem Titel *Unser nächster Krieg*, in dem er eine Zukunft beschrieb, in der Japan die Vereinigten Staaten angriff und amerikanische Pazifikinseln eroberte. Als Japan 1914 den Angriff auf die deutschen Pachtgebiete in China vorbereitete, glaubten viele Offiziere und einfache Soldaten offenbar, sie würden für einen Krieg gegen Amerika mobilisiert.<sup>38</sup> Die japanische Marine betonte gegenüber der Regierung, dass man die pazifischen Inseln als vorgeschobene Stützpunkte behalten müsse, um sich gegen feindselige amerikanische Schritte schützen zu können oder, umgekehrt, als Verhandlungsmasse für ein Abkommen über die Entmilitarisierung des Pazifiks.<sup>39</sup>

Japan konnte in Paris mit einiger Rückendeckung rechnen. Im Februar 1917 hatte Grossbritannien als Gegenleistung für japanische Marineunterstützung Tokios Anspruch auf die pazifischen Inseln anerkannt, und Italien, Frankreich und Russland waren dem britischen Beispiel gefolgt. Andererseits äusserten sich die britischen Dominions – Australien, Neuseeland und in geringerem Ausmass auch Kanada – angesichts der zunehmenden Präsenz Japans im Pazifik besorgt. Ausserdem hatte man in Grossbritannien den Eindruck gewonnen, dass sich Japan im Krieg nur zögerlich und widerstrebend bereitgefunden hatte zu helfen. Die Marmelade, die der Chef einer grossen japanischen Reederei britischen Soldaten an der Front geschickt hatte, und die noch nützlichere Entsendung eines Geschwaders ins Mittelmeer im Jahr 1917 hatten die Briten nicht restlos zufriedengestellt.<sup>40</sup> Die Franzosen teilten ihre Ansicht über Japans Beitrag zur Kriegsanstrengung, wie Clemenceau den anderen Friedensmachern im Januar 1919 erklärte: «Wer könnte behaupten, dass Japan im Krieg eine Rolle gespielt hat, die beispielsweise mit derjenigen Frankreichs vergleichbar wäre? Japan hat seine Interessen im Fernen Osten verteidigt, aber als es gebeten wurde, in Europa zu intervenieren – nun, jeder weiss, welche Antwort es gegeben hat.»<sup>41</sup> Kaum ein europäischer Staatsmann besass inmit-

ten eines Kampfs auf Leben und Tod die kühle Objektivität, einzusehen, dass es für Japan keinen Grund gab, in Europa zu intervenieren, und dass Deutschland Friedensfühler nach Japan ausstreckte, war dessen Beziehungen zu den Alliierten auch nicht gerade zuträglich. Tokio reagierte zwar nicht auf die deutschen Avancen, aber es entstand dennoch der Eindruck, dass Japan ein unzuverlässiger Verbündeter sei. Die britische Marine begann über die Möglichkeit eines künftigen Krieges gegen Japan nachzudenken.<sup>42</sup>

Gleichwohl unterstützte Grossbritannien in Paris die japanischen Forderungen. Dies unterstrichen Mitglieder der britischen Delegation deutlich, als die Japaner sie besorgte um eine Erklärung baten, warum Grossbritannien die japanischen Ansprüche auf der Pariser Friedenskonferenz lediglich unterstütze anstatt zu garantieren, dass Japan die geforderten Territorien erhalten würde? Doch dies war genau das, was Grossbritannien in dem Geheimabkommen von 1917 zugesagt hatte, und Lloyd George bekräftigte die britische Absicht, das Japan gegebene Versprechen zu halten.<sup>43</sup>

Wilson hielt freilich nichts von Geheimdiplomatie und stellte klar, dass das Abkommen von 1917 aus seiner Sicht eine private Absprache sei, an der die Vereinigten Staaten nicht beteiligt waren.<sup>44</sup> Ausserdem sah er sich zu einer harten Haltung gegenüber Japan genötigt, denn in der amerikanischen Öffentlichkeit gab es eine starke antijapanische Stimmung, zum Teil aufgrund der Einwanderung von Japanern – einem ewigen Reizthema –, aber auch wegen der deutschen Friedensfühler.<sup>45</sup> Ein weiteres Problem war Mexiko. Nach Ansicht vieler Amerikaner hatte Japan der falschen Seite im blutigen mexikanischen Bürgerkrieg Waffen geliefert, und dann hatte Arthur Zimmermann, Staatssekretär im deutschen Aussenministerium, 1917 in einem berüchtigten Telegramm Mexiko ein Bündnis gegen die Vereinigten Staaten angeboten und es aufgefordert, Japan ebenfalls zum Beitritt einzuladen.<sup>46</sup> Auch dies hinterliess – ungerechterweise – einen negativen Eindruck. Als Japan am Ende des Krieges unter dem Vorwand einer alliierten Intervention gegen die Bolschewisten begeistert in Sibirien einmarschierte, teilte Wilson die allgemeine Abscheu angesichts dieses als hinterhältig empfundenen Vorgehens. Mittlerweile fürchtete er, dass Japan, wenn es die Kontrolle über die nordpazifischen Inseln behielt, über eine Reihe von Sprungbrettern über den Pazifik in Richtung Hawaii



verfügte.<sup>47</sup> Seine Marineberater warnten ihn vor künftigen japanischen Stützpunkten und Flugplätzen.

Am 27. Januar 1919 verlas Makino im Obersten Rat eine Erklärung, in der er daran erinnerte, dass durch die Eroberung der von den Deutschen besetzten Inseln die Schifffahrtswege während des Krieges gesichert worden waren. Die Einheimischen, fügte er im typischen Stil eines Imperialisten hinzu, seien primitive Menschen, die von Japans Schutz und Wohlwollen nur profitieren könnten.<sup>48</sup> Wilson wiederholte vorsichtig seine Präferenz für Mandate gegenüber direkten Inbesitznahmen. Er wollte jedoch wegen der Inseln keinen Streit mit den Japanern vom Zaun brechen, da er deren andere Forderungen, wie diejenige nach den deutschen Besitzungen in China, ablehnte. So beschränkte er sich auf den Vorbehalt, dass die Vereinigten Staaten ein japanisches Mandat für die westlich der Karolinen gelegenen Yap-Inseln, eine wichtige Station für internationale Kabel, nicht akzeptieren würden. In den folgenden Jahren brachten die Amerikaner die Frage nach der Art der internationalen Kontrolle immer wieder einmal zur Sprache, allerdings erfolglos.<sup>49</sup> Als im Mai 1919 schliesslich die Mandate vergeben wurden, erhielt Japan die Kontrolle über sämtliche Inseln, die es gefordert hatte.

In der Zwischenkriegszeit tat Japan, was die amerikanische Marine befürchtet hatte. Obwohl die Mandatsbedingungen die Errichtung von Militärstützpunkten und Befestigungen verboten, war ihre Einhaltung unmöglich zu kontrollieren. Während es Ausländern immer schwerer gemacht wurde, die Inseln zu besuchen, brachte Japan Siedler und Militäreinheiten dorthin. Japanische Unternehmen bauten unter anderem grosse neue Häfen, und die Karolineninsel Truk wurde zum wichtigsten japanischen Marinestützpunkt im Südpazifik ausgebaut.<sup>50</sup> Im nächsten Krieg sollten einst weithin unbekannte Inseln wie Tinian, Saipan und auch Truk zum Schauplatz grosser Schlachten werden.

Mehr Schwierigkeiten bereitete die sogenannte «Rassengleichheitsklausel» der Völkerbundakte, die für die Japaner grosse symbolische Bedeutung besass. Japan war eine Weltmacht, und seine Bürger durften Respekt erwarten. Leider war die Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten und in den «weissen» Dominions von der Vorstellung besessen, riesige Wellen orientalischer Einwanderer würden die «weisse» Kultur unter sich begraben. In den Vorkriegsjahren beklagten sich japanische Geschäftsleute darüber, dass sie auf Auslandsreisen regelmässig Demütigungen er-

dulden mussten. In Kalifornien wurde japanischen Staatsbürgern zuerst das Recht aberkannt, Land zu erwerben, dann durften sie auch keines mehr pachten, und schliesslich durften sie ihre Frauen nicht mehr nachholen. 1906 bildete die Schulbehörde von San Francisco separate Klassen für Kinder chinesischer und japanischer Herkunft (von denen es weniger als hundert gab), damit die weissen Kinder nicht in die Minderheit gerieten. Japanischen (sowie chinesischen und indischen) Einwanderern wurde die Einreise nach Kanada und in die Vereinigten Staaten zunehmend erschwert. Australien war ihnen vollkommen verschlossen. Selbst während des Krieges, als Japan an der Seite des Britischen Empires kämpfte, wurden seine Bürger weiterhin ausgegrenzt.

Die japanische Regierung hatte eine konziliante Haltung eingenommen und angeboten, die Auswanderung zu beschränken, aber sie stand unter dem Druck der öffentlichen Meinung im eigenen Land. 1913 beispielsweise jubelten 20.000 Zuhörer einem Redner zu, der in einer Versammlung erklärte, dass Japan eher Krieg führen sollte, als die kalifornischen Gesetze über den Landbesitz anzuerkennen. 1916 liess die japanische Regierung Grossbritannien die für ihre Verhältnisse schroffe Botschaft zukommen, dass am kaiserlichen Hof «ein allgemeines Gefühl des Bedauerns» darüber herrsche, «dass in den britischen Kolonien immer noch eine starke antijapanische Einstellung» vorhanden sei.<sup>51</sup> Als sich Japan auf die Teilnahme an der Pariser Friedenskonferenz vorbereitete, waren die japanischen Zeitungen voller Mahnungen. «Es ist an der Zeit», hiess es in einem Leitartikel, «den Kampf gegen die internationale Rasediskriminierung aufzunehmen.»<sup>52</sup>

Elder Statesmen forderten die Regierung auf, sich dem vorgeschlagenen Völkerbund nur mit grosser Vorsicht zu nähern. Was, wenn er nur ein weiteres Mittel war, den Status quo aufrechtzuerhalten und Japan in die zweite Reihe zu verweisen? Sogar Wilsons Versprechen einer neuen Diplomatie wurde beargwöhnt. Demokratie und Humanismus seien nette Ideen, schrieb ein junger Patriot in einem Artikel, der einiges Aufsehen erregte, aber nichts anderes als ein Vorwand für die Vereinigten Staaten und Grossbritannien, die Kontrolle über den grössten Teil der Reichtümer der Welt zu behalten. Wenn Japan überleben wolle, werde es aggressiver auftreten müssen.<sup>53</sup> Die japanische Delegation reiste mit dem Auftrag

nach Paris, die Gründung des Völkerbunds zu verzögern und, wenn dies nicht möglich war, dafür zu sorgen, dass eine Klausel über die Rassengleichheit in die Völkerbundakte aufgenommen wurde.<sup>54</sup> Eines der Delegationsmitglieder war der Autor des erwähnten Artikels, Fürst Konoe Fumimaro, der als Assistent Saionjis nach Paris fuhr. Später, als Japan in den Krieg mit den Vereinigten Staaten hineinschlitterte, war er Premierminister. 1945 nahm er Gift, bevor er wegen Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt werden konnte.

Wilson bestand freilich darauf, dass der Völkerbund als erster Tagesordnungspunkt der Friedenskonferenz behandelt wurde, und so bemühten sich die japanischen Delegierten in aller Stille hinter den Kulissen darum, die Rassengleichheitsklausel durchzusetzen. Anfang Februar suchten Makino und Chinda House auf, der ihnen in seiner üblichen freundlichen Art Mut machte. Er habe Rassenvorurteile stets verabscheut, erklärte er, und würde alles tun, um ihnen zu helfen.<sup>55</sup> Im Gespräch mit Balfour einige Tage später äusserte er sich weniger optimistisch. Er habe verschiedene Formulierungen ausprobiert, erklärte er, aber das Problem sei, dass die Japaner sich nicht mit beschwichtigenden Floskeln zufriedengäben, während andere, wie die Australier, jede Erwähnung der Rassengleichheit ablehnten. Balfour gab sich, wie gewöhnlich, abgeklärt. Dass alle Menschen gleich geschaffen seien, erwiderte er, sei ein interessanter Gedanke. Aber er glaube nicht daran. Man könne wohl kaum behaupten, dass ein Mann aus Zentralafrika mit einem Europäer auf einer Stufe stehe. Ausserdem wies er House darauf hin, dass die Menschen in den Vereinigten Staaten und im Britischen Empire die vorgeschlagene Klausel als ersten Schritt zur Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen für Japaner betrachten würden. Dessen sei er sich bewusst, sagte House, aber Japan habe ein Problem mit zu vielen Menschen. Vielleicht, fügte er hoffnungsvoll hinzu, könnten sie ja alle nach Sibirien gehen – oder nach Brasilien.<sup>56</sup>

In der Völkerbundkommission gaben Makino und Chinda zu verstehen, dass sie an einer Klausel arbeiteten, die sie zu gegebener Zeit vorlegen würden. Am 13. Februar, als der erste Entwurf der Völkerbundakte fertiggestellt wurde, verlas Makino eine lange Erklärung, in der gefordert wurde, die Klausel über die Religionsfreiheit durch eine Vorschrift zu ergänzen, die alle Völkerbundsmitglieder verpflichten sollte, die Bürger der anderen Mitgliedsstaaten ohne Ausnahme als gleichberechtigt zu behandeln. Rassenvorurteile sässen tief, hiess es in der Erklärung weiter, doch es gehe

darum, den Grundsatz zu verankern und dann die einzelnen Staaten ihre eigene Politik entwickeln zu lassen. Der Völkerbund sei eine grosse Familie von Völkern. Sie würden sich alle umeinander kümmern, und es wäre gewiss unvernünftig, von den Bürgern eines Landes zu verlangen, für andere Völker Opfer zu bringen, vielleicht sogar unter Einsatz des eigenen Lebens, wenn diese sie nicht als Gleichgestellte behandeln. Im Ersten Weltkrieg hätten unterschiedliche Rassen Seite an Seite gekämpft. Dabei sei zwischen ihnen «in einem Ausmass wie nie zuvor ein Band der Sympathie und Dankbarkeit» entstanden.

Es war eine bewegende, liberale Erklärung, die jedoch nichts erreichte. Cecil erwiderte im Namen Grossbritanniens, dies sei ein höchst umstrittenes Thema. Es habe bereits zu Problemen innerhalb der Delegation des British Empire geführt. Deshalb halte er es für das Beste, die ganze Angelegenheit auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen. Von allen Seiten war zustimmendes Gemurmel zu hören. Vielleicht, schlug der griechische Ministerpräsident Venizelos vor, sollten sie die ganze Klausel zur Religionsfreiheit streichen, denn auch die sei ein heikles Thema. Der einzige Einwand kam vom portugiesischen Delegierten, der erklärte, seine Regierung habe noch nie einen Vertrag unterzeichnet, der keinen Gottesbezug enthalten habe. Cecil entgegnete mit einem seltenen Anflug von Humor, dass sie alle es diesmal wohl darauf ankommen lassen müssten. In dem Entwurf, der dem Plenum der Friedenskonferenz vorgelegt wurde, fehlte letztendlich jegliche Erwähnung der rassischen und religiösen Gleichheit. Die japanische Delegation stellte allerdings klar, dass sie das Thema erneut zur Sprache bringen würde.<sup>57</sup> Am nächsten Tag, dem 14. Februar, reiste Wilson in die Vereinigten Staaten, und das Thema Völkerbund wurde beiseitegelegt.

Die Rassengleichheitsklausel erregte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. In Japan fanden öffentliche Versammlungen statt, die ein Ende des «Schandmals» forderten. An der Westküste der Vereinigten Staaten warnten führende Politiker für den Fall, dass die Klausel angenommen werden sollte, vor ernststen Konsequenzen für die weisse Rasse.<sup>58</sup> Lloyd George griff ein anderes verbreitetes Missverständnis auf, als er erklärte, die Klausel richte sich auch gegen die Diskriminierung derjenigen Japaner, die bereits in Ländern wie den Vereinigten Staaten und Australien lebten.<sup>59</sup>

Von den in Paris versammelten Friedensmachern erhielten die Japaner allenfalls lauwarmer Unterstützung. Die Chinesen, die ähnlich wie die Japaner diskriminiert wurden, neigten dazu, der Klausel zuzustimmen, hatten aber, wie ein chinesischer Delegierter einem amerikanischen Kollegen erklärte, wichtigere Sorgen, insbesondere die japanischen Ansprüche in China.<sup>60</sup> Wilson musste auf die öffentliche Meinung in Amerika Rücksicht nehmen und misstraute den Japanern zudem immer mehr. «Er habe ihnen einmal vertraut», sagte er zu seinen Experten, und sie hätten «ihr Versprechen in Bezug auf Sibirien gebrochen».<sup>61</sup> Darüber hinaus war Wilson in der Rassenfrage nicht besonders liberal eingestellt. Immerhin war er Südstaatler, und obwohl er sich in seinem ersten Präsidentschaftswahlkampf um die Stimmen der Schwarzen bemüht hatte, hatte er nach seiner Wahl kaum etwas für sie getan.<sup>62</sup>

Der entschiedenste Widerspruch gegen die Rassengleichheitsklausel kam von der Empire-Delegation, insbesondere vom australischen Premierminister Hughes. Wie viele seiner Landsleute befürchtete er, die Klausel würde eine erste Bresche in den Deich schlagen, der Australien schützte. «Eine Regierung, die am weissen Australien herumdoktert, bliebe keinen Tag länger im Amt», schrieb einer seiner Untergebenen in Paris. «Die Position ist die: Entweder der japanische Vorschlag bedeutet etwas, oder er bedeutet nichts; im ersten Fall – weg mit ihm; im zweiten Fall – was soll er dann?»<sup>63</sup> Hughes lehnte sämtliche Kompromissvorschläge ab, die House vorlegte. «Das mag ja in Ordnung sein», kritzelte er an den Rand eines der Vorschläge. «Aber ich würde eher in die Seine gehen – oder unbekleidet in die Folies Bergère –, als dem zuzustimmen.»<sup>64</sup> Der Neuseeländer Massey hieb in dieselbe Kerbe.<sup>65</sup> Das brachte die Briten in eine missliche Lage, denn sie wollten zwar das Bündnis mit Japan aufrecht erhalten, mussten aber auch auf die Dominions Rücksicht nehmen.

Während Wilsons Abwesenheit von Mitte Februar bis Mitte März bemühten sich die Briten, die Frage vom Tisch zu bekommen. Die Franzosen, für die nichts auf dem Spiel stand, verfolgten das amüsiert.<sup>66</sup> Borden und Smuts pendelten zwischen Hughes und der japanischen Delegation hin und her und arrangierten einen Besuch Makinos und Chindas bei Hughes. Die Japaner hielten Hughes für einen «Bauern», während er meinte, sie hätten sich «mit Kniefällen und unterwürfiger Ehrerbietung» bei ihm

«einzuschleimen» versucht. Er gestand zu, die Klausel akzeptieren zu können, wenn man den Vorbehalt in sie aufnahm, dass sie die nationale Einwanderungspolitik nicht berühre. Jetzt war es an den Japanern, sich zu sperren.<sup>67</sup> Makino und Chinda baten House um Hilfe.<sup>68</sup> Das war aber der falsche Adressat. House war nicht bereit, für etwas zu kämpfen, das in den Vereinigten Staaten unpopulär war. Insgeheim war er froh, dass die Briten gegen die Rassengleichheitsklausel Einspruch erheben mussten. «Es hat beachtlicher Raffinesse bedurft, die Last von unseren Schultern zu nehmen und den Briten aufzubürden, aber zum Glück ist es gelungen.»<sup>69</sup>

Die japanischen Delegierten beharrten auf Drängen ihrer Regierung dennoch weiter auf der Klausel. Eine Niederlage, sagte Chinda zu House, würde der heimischen Öffentlichkeit zumindest zeigen, dass man es versucht habe.<sup>70</sup> Am 10. April verkündeten die Japaner in einer Sitzung der Völkerbundkommission, dass sie am nächsten Tag ihren Änderungsantrag einbringen würden. Sie hätten diesen Schritt so oft aufgeschoben, bemerkte Houses Schwiegersohn Gordon Auchincloss, dass er zu einer Art Witz geworden sei.<sup>71</sup> Am folgenden Tag beriet die Kommission bis in den späten Abend hinein über eine Formulierung, die es den Vereinigten Staaten erlauben würde, die Monroe-Doktrin beizubehalten und dennoch dem Völkerbund beizutreten. Alle waren müde, als die Japaner beantragten, eine Rassengleichheitsklausel in die Präambel der Völkerbundakte aufzunehmen. Makino und Chinda sprachen ruhig und in gemässigtem Tonfall und hinterliessen einen positiven Eindruck. Einer nach dem anderen sprachen sich die Kommissionsmitglieder – Venizelos, Orlando, der Chinese Wellington Koo, die Franzosen Bourgeois und Larnaude sowie der tschechoslowakische Ministerpräsident – für den Antrag aus, nur Cecil erhob sich mit offensichtlichem Unbehagen, erklärte knapp, er könne ihn nicht unterstützen, und nahm mit niedergeschlagenen Augen wieder Platz.

Während die anderen sprachen, schob House Wilson, der den Vorsitz der Sitzung innehatte, einen Zettel mit der Bemerkung zu: «Das Problem ist, dass [die Klausel], wenn die Kommission sie annimmt, die Rassenfrage mit Sicherheit auf der ganzen Welt aufs Tapet bringen wird.» Wilson war klar, dass wichtige Politiker von der Westküste, deren Stimmen er brauchte, um vom Kongress die Zustimmung für die Völkerbundakte zu erhalten, verschnupft wären, wenn die Rassengleichheit in ihr erwähnt würde. Deshalb drängte er die Japaner, ihren Antrag zurückzuziehen. Es sei ein Fehler, erklärte er, von Rassenvorurteilen zu viel Aufhebens zu ma-

chen. Dies würde nur Brände entfachen, die letztlich dem Völkerbund schaden würden. Jedem im Raum sei klar, dass der Völkerbund auf Grundsatz der Gleichheit aller Völker beruhe. Mehr müsse man dazu nicht sagen. Er spreche in aller Freundschaft zu ihnen, den Japanern. Er wisse, dass sie es gut meinten, fühle sich aber verpflichtet, sie darauf hinzuweisen, dass sie auf die falsche Art und Weise an die Dinge herangingen. Die japanischen Delegierten bestanden auf einer Abstimmung. Als eine Mehrheit für den Antrag stimmte, erklärte Wilson mit der Gewandtheit, die er sich zweifellos als Universitätspräsident angeeignet hatte, dass der Antrag aufgrund der vorhandenen starken Bedenken nicht angenommen werden könne. Die Japaner erhoben keinen Einspruch gegen diese dubiose Entscheidung, und so wurde die Rassengleichheitsklausel nicht in die Völkerbundakte aufgenommen.<sup>72</sup>

Die japanischen Zeitungen waren erbost über die «sogenannte zivilisierte Welt».<sup>73</sup> Liberale, international gesinnte Japaner waren enttäuscht. Sie hatten mitgespielt und sich bereit gezeigt, sich der Weltgemeinschaft anzuschließen. Dennoch wurden sie weiterhin als minderwertig behandelt. Wenn man Völkern eine gleichberechtigte Behandlung verweigere, warnte Makino am 28. April in einer Plenarsitzung der Friedenskonferenz, könnten sie den Glauben an die dem Völkerbund zugrundeliegenden Prinzipien verlieren. «Ein solcher Geisteszustand», fuhr er fort, «wäre, fürchte ich, der Harmonie und Kooperation, auf denen allein man jetzt erwägen kann, den Völkerbund sicher zu gründen, höchst abträglich.»<sup>74</sup> Er hatte recht. Das Fehlen einer Rassengleichheitsklausel in der Völkerbundakte war ein wichtiger Grund dafür, dass Japan sich in der Zwischenkriegszeit von der Kooperation mit dem Westen ab- und einer aggressiveren nationalistischen Politik zuwandte.

Auf kurze Sicht konnte Japan seine Niederlage jedoch zu seinem Vorteil nutzen. «Die Japaner», berichtete Wilson den anderen Friedensmachern Ende April, «haben mir mit aller asiatischen Höflichkeit mitgeteilt, dass sie, wenn wir uns bei diesem Artikel nicht auf ihre Seite stellen, den Rest nicht unterzeichnen können.» Lloyd George schien dies nicht zu beunruhigen, was Clemenceau zu dem Ausruf veranlasste: «Oje, oje! Wenn Sie das nicht mehr bekümmert, kann ich mir wohl auch nicht den Anschein geben, als würde es mich mehr bekümmern als Sie.»<sup>75</sup> In Wirklichkeit waren alle besorgt. Einen weiteren Abschied konnte man sich nicht leisten.

Italien war bereits ausgeschieden, und Belgien stand kurz davor, es zu tun. Wilson, der verzweifelt bemüht war, den Völkerbund zu retten, aber nicht in der Lage, eine Rassengleichheitsklausel zu akzeptieren, stand jetzt vor der Aufgabe, den Japanern in China zu geben, was sie wollten. Das Problem war nur, dass auch China mit starken Argumenten aufwarten konnte.



## Ein Dolchstoss in Chinas Herz

Als die Nachricht vom Ende des Ersten Weltkriegs in China eintraf, verkündete die Regierung eine dreitägige Arbeitsruhe. In Peking versammelten sich sechzigtausend Menschen, unter ihnen viele nationalistische Schüler und ihre Lehrer, zu einer Siegesparade. Unter dem Jubel der Menschenmenge wurde ein Denkmal niedergerissen, das das Deutsche Reich für einen seiner Diplomaten errichtet hatte, der während des Boxeraufstands getötet worden war. Die chinesischen Zeitungen waren voller Artikel, in denen der Triumph der Demokratie über den Despotismus gefeiert und Wilsons Vierzehn Punkte gepriesen wurden. Insbesondere von den jungen Leuten wurden die westliche Demokratie, westliche liberale Ideale und westliche Bildung vorbehaltlos bewundert. Ausserdem hofften viele Chinesen, dass der Frieden der Einmischung der Grossmächte in die inneren Angelegenheiten Chinas ein Ende setzen würde.

China hatte Deutschland im Sommer 1917 den Krieg erklärt und einen beachtlichen Beitrag zum Sieg der Alliierten geleistet. Etwa 100.000 chinesische Arbeiter wurden zum Ausheben von Schützengräben nach Frankreich entsandt, wo sie wertvolle alliierte Soldaten für den Kampf gegen die Deutschen freisetzen.

Arbeiter für den Krieg waren in China offenbar leichter zu finden als Diplomaten für den Frieden. Die Regierung entsandte die Botschafter in Washington, Brüssel und London sowie den Aussenminister nach Paris, aber sowohl der Präsident als auch der Ministerpräsident blieben in China, hauptsächlich deshalb, weil sie es wegen der prekären innenpolitischen Lage nicht wagten, das Land zu verlassen. Sie heuerten jedoch einige ausländische Ratgeber an, die helfen sollten, China der Welt zu erklären, und umgekehrt. (Die amerikanische Regierung, die in Paris als ehrlicher Makler zu agieren hoffte, erlaubte ihren Bürgern nicht, für die Chinesen zu arbeiten – jedenfalls nicht offiziell.)

Die chinesische Delegation mit ihren rund sechzig Mitgliedern und ihren fünf ausländischen Beratern, die sich schliesslich im Pariser Hotel Lu-

tétia zusammenfand, war ein Abbild ihres Landes: Wie dieses befand sie sich in einem heiklen Gleichgewicht zwischen Alt und Neu sowie zwischen Nord und Süd, mit einem starken Einfluss von aussen. Es war nicht klar, ob sie ein Land oder eine Regierung repräsentierte. China fiel auseinander: Während eine Gruppe von Soldaten und ihre Unterstützer die Hauptstadt Peking und den Norden des Landes kontrollierten, hatte eine andere in Kanton im Süden eine Gegenregierung gebildet. Als die Pariser Friedenskonferenz zusammentrat, fand gleichzeitig in Schanghai ebenfalls eine Friedenskonferenz statt, um eine Versöhnung zwischen den beiden Regierungen herbeizuführen. Die Pariser Delegation war von beiden zusammengestellt worden, und ihre Mitglieder trauten weder einander noch der offiziellen Regierung in Peking.

Der Delegationsleiter Lu Shengxiang, ein Mann von Ende vierzig, war ein Beispiel für die Veränderungen in China. Er stammte aus Schanghai, das durch westlichen Handel und westliche Investitionen zu einer Weltstadt herangewachsen war. Sein Vater, ein Christ, der für ausländische Missionare arbeitete, hatte ihn auf nach westlichem Vorbild geführte Schulen geschickt, auf denen er Fremdsprachen lernte, und nicht die chinesischen Klassiker, die so viele Generationen chinesischer Schüler studiert hatten.<sup>1</sup> Den älteren Generationen von Gelehrten, den Mandarinen, wie sie im Westen genannt wurden, waren solche Männer verhasst. Der Geist dieser Gelehrten war in einem Mass verfeinert, das den meisten Menschen im Westen unbegreiflich war, und ihre Selbstbeherrschung und ihre Manieren waren makellos. Ihre Vorgänger hatten jahrhundertlang China regiert, aber all ihre Fähigkeiten waren nichts gegen die Kanonen und Dampfschiffe eines aggressiven Westens.

Lu war in einer Zeit aufgewachsen, in der die alte Kultur auf verlorenem Posten gegen die Kräfte der Veränderung kämpfte. Er besass jene neue Art von Bildung, die China brauchte, wenn es überleben wollte. Er trat in den diplomatischen Dienst ein, der seinerseits eine Neuerung darstellte, und verbrachte einen grossen Teil der Vorkriegsjahre in der einen oder anderen europäischen Hauptstadt. Aufsehen erregte er damit, dass er eine Belgierin heiratete und sich seinen langen Zopf abschnitt. Ausserdem vertrat er immer radikalere Positionen, indem er der herrschenden Dynastie die Schuld an Chinas Problemen gab und sich für die Einführung der Demokratie einsetzte.

Chinas Lage wurde immer düsterer. Die Mächte steckten ihre Einflusssphären ab, die Russen im Norden, die Briten im Jangtsekiang-Tal (und der Jangtsekiang war von Tibet bis zum Chinesischen Meer 6.380 Kilometer lang), die Franzosen im Süden, die Deutschen auf der Halbinsel Schantung und die Japaner allerorten. Die Amerikaner, die sich nicht daran beteiligten – zum Teil, sagten Zyniker, weil ihnen die Mittel fehlten –, sprachen blauäugig von einer «offenen Tür», die es allen gleichermassen erlauben sollte, China auszubeuten. Es bestand die Gefahr, wie chinesische Nationalisten durchaus erkannten, dass China einfach zerstückelt wurde und die chinesische Nation sowie die Reste der chinesischen Kultur verschwanden. Wären sich die ausländischen Mächte in der Frage, wie die Aufteilung des Landes vor sich gehen sollte, nicht uneins gewesen, hätte sie durchaus bis zum Ersten Weltkrieg vollendet sein können.

Furcht förderte den Aufstieg des modernen chinesischen Nationalismus. Worte wie «Hoheitsrechte» und «Nation» wurden in die chinesische Sprache aufgenommen, die solche Begriffe bisher nicht gebraucht hatte. In Theaterstücken und Liedern war von einem erwachenden China die Rede, das seine Peiniger verjagen werde. Radikale gründeten ungreifbare und für gewöhnlich kurzlebige Geheimgesellschaften mit dem Ziel, die herrschende Dynastie zu stürzen, die man jetzt als Hindernis für die Rettung Chinas ansah. Erste Boykotte von Waren aus Ländern, die man als Feinde Chinas ansah, und erste Demonstrationen erschütterten die chinesischen Grossstädte. Eine Welle patriotischer Selbstmorde erfasste das Land. Es waren aus Schwäche geborene Aktionen, aber auch die ersten Reaktionen einer mächtigen Kraft. Darüber hinaus konzentrierten sich die Chinesen immer mehr auf Japan als Hauptfeind.

1911 erfüllten sich die Wünsche Lu und anderer Nationalisten zum Teil, als der letzte Kaiser, ein achtjähriger Knabe, durch eine unblutige Revolution gestürzt wurde. China wurde eine Republik – vor allem deshalb, weil moderne Institutionen nötig zu sein schienen, um in der modernen Welt bestehen zu können. Ausserhalb der Städte hatte jedoch kaum ein Chinese eine Vorstellung davon, was eine Republik war. Im Innern des Landes wussten viele nicht einmal, dass die Dynastie abgesetzt worden war.

Lu diente der neuen Republik sowohl als Aussenminister als auch als Ministerpräsident. Es gab einige Hoffnungszeichen. Die chinesische Wirt-

schaft begann sich zu entwickeln; in den Grossstädten jedenfalls entstanden moderne Unternehmen. An den Schulen und Universitäten hielt das neue Wissen Einzug. Unglücklicherweise entstammte Chinas erster Präsident, ein achtunggebietender General namens Yuan Shikai, der alten konservativen Welt. Vier Jahre nach der Revolution versuchte er sich selbst zum Kaiser zu erheben, und obwohl er starb, bevor er sein Vorhaben umsetzen konnte, hinterliess er eine fatale Erbschaft: ein gespaltenes Land, ein schwaches, wirkungsloses Parlament und – das war am schlimmsten – eine Reihe von lokalen Armeen unter Führung des jeweiligen kommandierenden Generals. China trat 1916 in eine von innerem Chaos und der Herrschaft von Warlords geprägte Phase ein, die erst in den späten 1920er Jahren zu Ende ging.

Der grosse chinesische Schriftsteller Lu Xun verglich seine Landsleute mit Menschen, die in einem eisernen Haus schliefen, das in Brand geraten war und dessen Bewohner dem Tod nur entrinnen konnten, wenn sie erwachten. Aber wären sie dann in der Lage hinauszugelangen? War es besser, sie unwissend verenden zu lassen, oder sollte man sie im vollen Bewusstsein ihres Schicksals sterben lassen? Trotz aller Zweifel versuchten Lu und die anderen radikalen Intellektuellen seiner Generation, China aufzuwecken. Sie machten es sich zur Aufgabe, das Tempo des Wandels zu beschleunigen, indem sie die Überreste der Vergangenheit beiseiteräumten und die Chinesen zwangen, nach vorn zu schauen. Sie bewunderten die Alliierten, weil sie hofften, dass sie China gerecht und im Sinne der Prinzipien behandeln würden, die westliche Führer während des Krieges so oft beschworen hatten. Schantung würde die Probe aufs Exempel sein.

Die bergige, dichtbevölkerte Halbinsel Schantung war für China so wichtig wie Elsass-Lothringen für Frankreich. Dort war der grosse Weise Konfuzius geboren, dessen Lehre jahrhundertlang das Leben in China geprägt hatte. Wer Schantung hielt, beherrschte nicht nur die Südflanke Peking's, sondern bedrohte auch den Gelben Fluss und den Grossen Kanal, der Nord- und Südchina verband.

Es war unvermeidlich, dass Schantung während des allgemeinen Gerangels um Pachtverträge und Einflussgebiete das Interesse äusserer Mächte auf sich zog. Seine rund 30 Millionen Bewohner stellten einen grossen Markt und ein ebenso grosses Arbeitskräftenreservoir dar. Es sass Kohle- und andere Rohstoffvorkommen, die geradezu danach riefen,

ausgebeutet zu werden. Als der deutsche Reisende Ferdinand von Richthofen seinen Kaiser und die deutsche Kriegsmarine auf die Tatsache aufmerksam machte, dass Schantung in Kiatschou (Jiaozhou) im Süden der Halbinsel einen der besten natürlichen Häfen der chinesischen Küste besass, traf er auf offene Ohren. Deutschland strebte nach einer Weltmachtstellung, und damals brauchte man dafür Kolonien und internationale Stützpunkte. Wie es der Zufall wollte, wurden 1897 bei lokalen Unruhen zwei deutsche Missionare getötet. Wilhelm II. freute sich über den «lang ersehnten Grund und ‚Zwischenfall‘»,<sup>2</sup> der ein Eingreifen in China erlaubte, und entsandte ein Marinegeschwader mit dem Auftrag, Kiautschou einzunehmen. Der Protest der chinesischen Regierung blieb wirkungslos, und 1898 musste sie einen Vertrag unterzeichnen, durch den sie Deutschland ein Territorium von rund 2.600 Quadratkilometern um den Naturhafen von Kiautschou für 99 Jahre zur Pacht überliess. Ausserdem erhielt Deutschland das Recht, Eisenbahnstrecken zu bauen, Bergwerke zu bauen und Truppen zu stationieren, um seine Interessen zu schützen.

Die deutsche Regierung überhäufte die neue Besetzung geradezu mit Geld, es war weit mehr, als die bedeutend grösseren Kolonien in Afrika erhielten.<sup>3</sup> Ausserdem lockte sie die deutsche Wirtschaft, die sich mit Investitionen merkwürdig zurückhielt, mit Anreizen, eine Eisenbahnstrecke oder Bergwerke zu bauen. (Nichts davon sollte jemals profitabel sein.) Die Kriegsmarine übernahm die Leitung des neuen Hafens in Kiautschou. Tsingtao (Qindao), wie die Stadt genannt wurde, war eine Mustersiedlung mit hervorragenden modernen Hafenanlagen, ordentlich angelegten gepflasterten Strassen, Wasserleitungen und Kanalisation, einem hochmodernen Telefonnetz, deutschen Schulen, Krankenhäusern und sogar einer Brauerei, die ausgezeichnetes deutsches Bier braute – und heute noch braut.<sup>4</sup> Ein ausländischer Besucher bezeichnete Tsingtao voller Bewunderung als «Brighton des Ostens»,<sup>5</sup> 1907 war der Hafen von Tsingtao der siebtgrösste von China. Der einzige Nachteil bestand darin, dass Kiautschou Tausende von Kilometern von der nächstgelegenen deutschen Kolonie und von Deutschland selbst entfernt war.

Im Gegensatz zu der Aggressivität, mit der Wilhelm II. nach Pachtgebieten in China verlangt hatte, legte die deutsche Regierung bis 1914 im Umgang mit den chinesischen Behörden ein bemerkenswertes Feingefühl an den Tag. So gestand sie China zu, die neue Eisenbahnstrecke durch sei-

ne Truppen bewachen zu lassen, anstatt auf dem Einsatz deutscher Soldaten zu bestehen; sie verzichtete auf das Recht, weitere Eisenbahnstrecken zu bauen, und erklärte Tsingtao nicht zu einem Freihafen, sondern liess zu, dass es in das chinesische Zollsystem einbezogen wurde.<sup>6</sup> Infolgedessen waren die deutschen Territorien 1914 weit stärker beschränkt, als im Vertrag von 1898 vorgesehen, und die chinesisch-deutschen Beziehungen waren relativ freundlich.

Als der Krieg ausbrach, half dies Deutschland allerdings nicht. Der deutsche Geschäftsträger in Peking kabelte nach Berlin: «Verlobung mit Madame Butterfly sehr wahrscheinlich» – eine Botschaft, die zu entschlüsseln den Briten, die sämtliche Telegramme aus dem Osten mitlasen, nicht schwerfiel.<sup>7</sup> Die chinesische Regierung war nicht in der Lage zu intervenieren, als Japan Kiautschou angriff, und Deutschland selbst konnte auch nichts tun. Der Kaiser konnte lediglich sein Mitgefühl ausdrücken: «Gott mit Euch! In den bevorstehenden Kämpfen gedenke ich Euer.»<sup>8</sup> Und so gerieten die deutschen Besitzungen in Schantung, die Eisenbahnstrecke, der kleine Hafen und die Bergwerke unter japanische Kontrolle.

Japan sprach davon, die Pachtgebiete an China zurückgeben zu wollen, doch es dürfte kaum überraschen, dass die Chinesen nicht viel darauf gaben. Während des Krieges unternahm Japan alles in seiner Macht Stehende, um sicherzustellen, dass es seine Erwerbungen würde behalten können. Von Anfang an ergriffen die japanischen Besatzungsbehörden die Initiative; sie bauten neue Eisenbahnstrecken, übernahmen den Betrieb des Telegraphen- und Postnetzes von den Chinesen und verlangten den Einwohnern Steuern und Arbeit ab. Die japanische Kontrolle über Schantung übertraf alles, was Deutschland jemals erreicht hatte.<sup>9</sup>

Darüber hinaus war Japan bestrebt, die handlungsunfähige chinesische Regierung durch ein Netz aus rechtlichen und anderen Verpflichtungen zu fesseln. Es pumpte riesige Geldsummen nach China, was gelegentlich einer Bestechung verdächtig nahekam, um die Unterstützung chinesischer Beamter zu gewinnen. Gleichzeitig verfolgten nationalistische Gruppen sowie Teile des Militärs und der Finanzwelt ihre eigenen Ziele, die denjenigen der japanischen Regierung häufig entgegengesetzt waren. So wurde an südchinesische Rebellen, die sich gegen die von Tokio anerkannte Regierung in Peking erhoben hatten, Waffen geliefert, und in der Südmand-

schurei und dem angrenzenden Teil der Ostmongolei verschworen sich japanische Militärs und Abenteurer mit aufständischen Warlords. Infolgedessen erschien die japanische Chinapolitik doppelzünftig, während sie in Wirklichkeit zumeist einfach nur verworren und uneinheitlich war.

Mehrere japanische Regierungen versuchten mehr schlecht als recht, China unter Kontrolle zu bekommen. Im Januar 1915 stattete der japanische Gesandte in Peking dem chinesischen Präsidenten einen Höflichkeitsbesuch ab. Der Gesandte hob das seit Jahrhunderten bestehende enge, freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Völkern hervor und erklärte, dass es eine Schande wäre, wenn andere Mächte einen Keil zwischen sie treiben würden. Es gebe allerdings, fuhr er fort, einige schwierige Probleme, die man lösen sollte. Damit präsentierte er dem erstaunten Präsidenten eine Liste mit 21 Forderungen. Wenn China sie nicht erfülle, drohte er, könnte Japan genötigt sein, (nicht genauer erläuterte) «energisches Schritte» zu unternehmen. Einige der Forderungen betrafen lediglich die Akzeptanz bereits erfolgter japanischer Aktivitäten in China, aber andere zielten darauf, dass China allem, was Japan und Deutschland in Bezug auf die deutschen Besitzungen vereinbaren würden, bereits im Vorhinein seine Zustimmung erteile. Noch schlimmer war eine letzte, geheime Reihe von Forderungen, durch deren Erfüllung China buchstäblich zu einem japanischen Protektorat geworden wäre. (Für den Fall, dass die chinesische Regierung Vorbehalte hatte, trug das Papier, auf dem die Forderungen niedergeschrieben waren, ein Wasserzeichen, das Schlachtschiffe und Maschinengewehre zeigte.<sup>10</sup>)

Die chinesische Regierung sperrte sich und erhob gegen jeden einzelnen Punkt Einwände. Ausserdem liess sie die Forderungen an die Öffentlichkeit durchsickern, was überall in China nationalistische Proteste auslöste. Japan liess widerstrebend die drastischeren Forderungen fallen, zwang die chinesische Regierung aber, am 25. Mai 1915 einen Vertrag zu unterzeichnen, der Japan garantierte, dass es in Schantung bekam, was es wollte. Die chinesischen Nationalisten sprachen von einem Tag der nationalen Demütigung. In Tokio war Saionji derart verärgert über die eklatante Inkompetenz seiner eigenen Regierung, dass er seinem Unmut Luft machte, indem er die Ernennung des Aussenministers zum Premierminister verhinderte.<sup>11</sup>

Die anderen Mächte verfolgten besorgt, was in China geschah, taten aber wenig. Grossbritannien war auf die japanische Hilfe auf See angewie-

sen. Japanische Schiffe fuhren bereits Patrouillen im Pazifik, und London hoffte, sie könnten dies auch auf der Route um das Kap der Guten Hoffnung und vielleicht sogar im Mittelmeer tun.<sup>12</sup> Und Russland, das in Europa schreckliche Verluste erlitt, wollte seinen mächtigen Nachbarn im Fernen Osten nicht verärgern. Frankreich und Italien begnügten sich damit, dem britischen Beispiel zu folgen. In dem Geheimabkommen mit Grossbritannien und den anderen europäischen Mächten von 1917 wurde Japan Unterstützung für seinen Anspruch auf den dauerhaften Besitz der deutschen Gebiete und Privilegien in Schantung zugesichert.

Die einzige Macht, die das japanische Vorgehen in China offen ablehnte, waren die Vereinigten Staaten, die mit zunehmender Besorgnis verfolgten, wie die Macht Japans im Pazifik und auf dem asiatischen Festland zunahm. Schon vor der von Wilson so genannten «verdächtigen Affäre» der 21 Forderungen waren Spannungen aufgetreten, etwa in der Frage einer Bekohlungsanlage für die US-Marine an der chinesischen Küste oder wegen der hohen Preise, die die von Japan betriebene Eisenbahn in der Mandschurei für den Transport amerikanischer Waren verlangte.<sup>13</sup> Amerikanische Geschäftsleute beklagten sich darüber, dass die japanische Konkurrenz sie vom chinesischen Markt verdränge. Während der sich hinziehenden chinesisch-japanischen Verhandlungen über die 21 Forderungen drängte Washington die japanische Regierung, ihre Haltung zu ändern, und in Peking forderte der strikt antijapanisch eingestellte US-Botschafter die Chinesen auf, standhaft zu bleiben. Die Amerikaner sandten sowohl der chinesischen als auch der japanischen Regierung eine Note, in der sie unterstrichen, dass sie keine Vereinbarung akzeptieren würden, die amerikanische Vertragsrechte in China oder die politische oder territoriale Integrität Chinas gefährden würde. (Dieser Vorbehalt sollte 1931 bedeutsam werden, als die Vereinigten Staaten auf seiner Grundlage Protest gegen die japanische Besetzung der Mandschurei erhoben.)

1915 lenkte die japanische Regierung ein, gab aber das Ziel, in China die Oberhand zu gewinnen, nicht auf. Im folgenden Jahr schloss sie einen Vertrag mit Russland, in dem Moskau die Sonderstellung Japans in der Mandschurei und der Ostmongolei anerkannte. Gleichzeitig entsandte die Regierung Graf Ishii Kikujiro mit dem Auftrag nach Washington, die Amerikaner zur Anerkennung der japanischen Position in China zu bewegen. Die Gespräche zwischen Ishii und Lansing führten zu einem Notenwech-



sel, den beide Seiten in ihrem Sinn interpretierten. Während die Amerikaner glaubten, sie hätten lediglich anerkannt, dass Japan bereits aufgrund der Geographie besondere Interessen in China habe, behaupteten die Japaner, Washington habe einer wesentlich weiter gefassten japanischen Sonderrolle in China zugestimmt.<sup>14</sup>

Die russische Revolution verstärkte noch die Entschlossenheit Japans, in China präsent zu bleiben. «Während sich ausländische Regierungen», vertraute Ishii seinem Tagebuch an, «durch Unglücke, Epidemien, Bürgerkrieg oder Bolschewismus in China nicht bedroht fühlen würden, könnte Japan ohne China nicht existieren, und das japanische Volk könnte ohne das chinesische nicht fortbestehen.»<sup>15</sup> Deshalb sprachen die Japaner häufig von einer «asiatischen Monroe-Doktrin». So wie die Vereinigten Staaten Südamerika um der eigenen Sicherheit willen als ihre natürliche Einflussosphäre ansahen, musste sich Japan nach ihrer Ansicht gegenüber China und Nachbarn wie Korea und der Mongolei verhalten.

1918, als der Krieg fast vorüber war, unternahmen die Japaner einen letzten Versuch, um die Dinge in China zu ihrer Zufriedenheit zu ordnen. Im Mai unterzeichnete Japan einen Beistandspakt mit China, und im September tauschten beide Regierungen Geheimnoten aus, in denen sie die Vereinbarungen von 1915 über Schantung bekräftigten. Besonders schädlich für die Position Chinas in Paris war eine Äusserung des chinesischen Botschafters in Tokio, der erklärte, seine Regierung habe dem Notenwechsel «mit Freuden zugestimmt».<sup>16</sup> Mit anderen Worten, Peking hatte seine Verhandlungsposition schon vor Kriegsende ohne Not geschwächt. Chinesische Delegierte in Paris behaupteten, sie hätten erst von den Geheimnoten erfahren, als Japan sie im Januar 1919 veröffentlichte.<sup>17</sup>

Das japanische Vorgehen in China hatte bei vielen ausländischen Beobachtern einen schlechten Eindruck hinterlassen. 1919 waren sogar die Briten, die entschlossen waren, Japan zu unterstützen, beunruhigt über dessen in ihren Augen arrogantes und überambitioniertes Verhalten.<sup>18</sup> Besonders besorgt waren sie über japanische Übergriffe in ihre wirtschaftliche Einflussosphäre im Tal des Jangtsekiang. «Heute haben wir erfahren», bemerkte der britische Botschafter in Tokio erbittert, «dass Japan – das wirkliche Japan – ein offen opportunistisches, um nicht zu sagen egoisti-

ches Land ist, das im Vergleich mit den Grossmächten des Weltkrieges von bescheidener Bedeutung ist, aber eine stark übersteigerte Vorstellung von seiner Bedeutung auf der Welt hat.» Verärgert war man in Grossbritannien auch über die in japanischen Zeitungen geäusserte Kritik am Verhalten der britischen Soldaten bei der Einnahme der deutschen Besitzungen in China.<sup>19</sup> Andererseits war China ein wirklich hoffnungsloser Fall. Curzon, Balfours Nachfolger als Aussenminister, brachte es im Vergleich mit Japan auf den Punkt: «In Sichtweite der Küste hat man die grosse ohnmächtige, hoffnungslose und träge Masse von China, einem der am dichtesten besiedelten Länder der Welt, von Grund auf ohne Zusammenhalt und Stärke, in einen ewigen Konflikt zwischen Norden und Süden verstrickt, ohne militärische Stärke und Tatkraft – eine leichte Beute für eine Nation von der Art, wie ich sie beschrieben habe.»<sup>20</sup> Was China betraf, waren die Franzosen ausnahmsweise mit den Briten einer Meinung.

House war derselben Ansicht. Es wäre unvernünftig, erklärte er Wilson, zu erwarten, dass Japan nicht ins Kerngebiet Chinas vorrücke, wenn ein grosser Teil der weissen Welt den Japanern verschlossen sei. «Was Land und Immigration betrifft, können wir die japanischen Wünsche nicht erfüllen», fuhr er fort, «und wenn wir nicht einige Zugeständnisse in Bezug auf die japanische Einflussphäre im Osten machen, wird es früher oder später zu Problemen kommen.» Seine Erwartung, man könne «eine Politik formulieren, welche die Tür offenhält, China rehabilitiert und Japan zufriedenstellt», war allerdings allzu optimistisch. Als die Japaner die amerikanische Delegation in Paris unter die Lupe nahmen, strichen sie House von der Liste ihrer Freunde.<sup>21</sup> Viele andere konnten sie freilich nicht finden.

Jahre später sagte Breckenridge Long, der vor und während der Pariser Friedenskonferenz als hoher Beamter im amerikanischen Aussenministerium mit fernöstlichen Angelegenheiten befasst war, in einem Interview, seit 1917 sei das Misstrauen gegenüber Japan bei den strategischen Überlegungen der Amerikaner ständig präsent gewesen.<sup>22</sup> Sogar Lansing, der sich etwas auf seine rationale Sicht der Dinge zugutehielt, spürte diesen Klimawandel. 1915 war er noch dafür eingetreten, den Japanern die Philippinen zu geben, um sie zufriedenzustellen, und jene kritisiert, die «über verborgene bösartige Pläne Japans in Hysterie geraten».<sup>23</sup> Was China betraf, kam er jedoch zu der Auffassung, dass eine nicht zu überschreitende

Linie gezogen werden musste. Er reiste mit der Absicht nach Paris, «die Sache mit Japan ein für allemal zu regeln». Ausserdem gewöhnte er sich an, von Japan als «Preussen» zu sprechen – was nicht als Kompliment gemeint war.<sup>24</sup>

Am Beginn der Friedenskonferenz schien es so, als würde Wilson denselben Standpunkt einnehmen. Er war gegen Geheimverträge wie diejenigen, die Japan geschlossen hatte, und lehnte es ab, Territorien zu übergeben und über Bevölkerungen zu verfügen, ohne deren Wünsche zu berücksichtigen. Ausserdem hatten die Berichte der vielen amerikanischen Missionare, die in China tätig waren, sein Interesse für China geweckt.<sup>25</sup> Einer seiner Cousins gab in Schanghai eine presbyterianische Missionswochenzeitung heraus.<sup>26</sup> Er wolle China bei seiner moralischen Erneuerung helfen, erklärte er, die Vereinigten Staaten würden dem Land dabei als «Freund und Beispiel» zur Seite stehen.<sup>27</sup> Der amerikanische Botschafter in Peking, Paul S. Reinsch, ein progressiver Professor aus Wisconsin, überhäufte Washington mit Anklagen gegen die Japaner in China, von denen manche durchaus zutrafen: Sie würden zum Aufstand anstacheln, Morphium verkaufen, Beamte bestechen, und dies alles mit dem Ziel, ganz Ostasien unter ihre Herrschaft zu bringen.<sup>28</sup> Ausserdem warnte er vorausschauend davor, Japan «freiere Hand» zu lassen oder «etwas [zu] tun, das als Anerkennung einer Sonderstellung Japans verstanden werden könnte, entweder in Form einer sogenannten Monroe-Doktrin oder in irgendeiner anderen Art und Weise», denn dann würden «Kräfte heraufbeschworen, die binnen einer Generation einen riesigen bewaffneten Konflikt absolut unvermeidlich machen würden. Es gibt kein einziges Problem in Europa, das in seiner Bedeutung für den künftigen Weltfrieden der Notwendigkeit einer gerechten Regelung der chinesischen Angelegenheiten gleichkäme.» (Reinsch starb, lange bevor der Nachhall der durch den Schantung-Beschluss ausgelösten Explosion verklungen war.)<sup>29</sup>

Wilson schien es vernommen zu haben. Jedenfalls wurde 1918 auf seine Initiative hin ein dahinsiechendes multinationales Konsortium zur Vergabe von Krediten an China wiederbelebt. Während der gesamten Friedenskonferenz wurden sporadisch Verhandlungen geführt, in denen Japan zusagte, dem Konsortium beizutreten, gleichzeitig aber darauf achtete, dass es kein Geld für Entwicklungen zur Verfügung stellte, die seinen Einfluss schwächen könnten. Doch genau dies hofften die Amerikaner zu erreichen. Aber über das Endziel, Japan aus China zu vertreiben, wurde nicht gesprochen.<sup>30</sup>

Aber war es das, was die Vereinigten Staaten wollten? Würde sich Japan, wenn es nicht westwärts nach Asien hinein expandieren konnte, nicht dem Pazifik zuwenden, etwa den Philippinen und vielleicht sogar noch weiter östlich gelegenen Gebieten? Wilson und seine Berater waren, wie später auch ihre Nachfolger in den 1920er Jahren, hin- und hergerissen zwischen dem pragmatischen Ziel, mit Japan zusammenzuarbeiten, und dem idealistischen, China zu helfen. Konnte man China überhaupt helfen? War es das Risiko eines Konflikts mit Japan wert?

Kurz vor seiner Abreise nach Paris bestellte Wilson den chinesischen Botschafter in Washington, Wellington Koo, zu einem freundschaftlichen Gespräch zu sich. Erst 32 Jahre alt war Koo bereits eine starke, angesehene Persönlichkeit. Clemenceau, der selten jemanden lobte, beschrieb ihn als «eine junge chinesische Katze, in Kleidung und Sprache ein Pariser, der Gefallen daran fand, mit der Maus zu spielen, selbst wenn sie den Japanern vorbehalten war».<sup>31</sup> Koo kannte die Vereinigten Staaten gut. Immerhin hatte er mit herausragenden Ergebnissen an der Columbia University in New York studiert und promoviert. Ausserdem hatte er an der Universität sein Talent im Debattieren geübt, das die japanischen Delegierten in Paris fürchten lernen sollten. Koo nahm aus dem Treffen mit Wilson die Überzeugung mit, dass die Vereinigten Staaten auf der Friedenskonferenz China unterstützen würden.<sup>32</sup> Darüber hinaus hatte Wilson seinem Gast freundschaftlich vorgeschlagen, mit demselben Schiff wie die US-Delegation nach Frankreich zu reisen.<sup>33</sup> Peking sah dies als ein gutes Vorzeichen an.

Ein weiteres gutes Vorzeichen war die Zusammensetzung der amerikanischen Delegation. Lansing war am Anfang seiner Karriere in Washington Berater in chinesischen Angelegenheiten gewesen, und einer seiner Experten, E.T. Williams, der während des Krieges Chef der Fernost-Abteilung des Aussenministeriums war, hatte sowohl als Missionar wie auch als Diplomat in China gelebt.<sup>34</sup> Die Delegation war insgesamt antijapanisch eingestellt. Selbst diejenigen, die bereit waren, über die japanischen Ansprüche zu diskutieren, verabscheuten die nationalistisch-militaristische Seite Japans, die sich nach ihrer Ansicht bei der Festlegung der japanischen Kriegsziele durchgesetzt hatte.<sup>35</sup> Trotz Wilsons häufig geäusserteter Ansicht, dass die Vereinigten Staaten in asiatischen Angelegenheiten wie

in anderen auch neutral bleiben sollten, legte die amerikanische Delegation in Paris eine deutliche Präferenz für China an den Tag. Sie half den Chinesen, ihre Forderungen zu formulieren, und gab ihnen Informationen, die sie ansonsten wohl nicht erhalten hätten, und die Chinesen waren so klug, darauf einzugehen, indem sie die Amerikaner um Rat ersuchten und ihn annahmen.<sup>36</sup>

Aufgrund ihrer internen Uneinigkeit gab die chinesische Regierung ihrer Delegation für Paris keine allzu konkreten Instruktionen, aber eine Anweisung war klar genug: China müsse die deutschen Gebiete in Schantung zurückerhalten.<sup>37</sup> Im Dezember 1918, als sich die Delegation auf die Abreise vorbereitete, gab sie eine Pressekonferenz – die als solche bereits ein Zeichen für die Veränderungen in China war –, auf der sie eine höchst optimistische Forderungsliste für die Friedenskonferenz bekanntgab. China würde eine umfassende Neuregelung des Verhältnisses zu den anderen Mächten verlangen, einschliesslich der Aufgabe des Prinzips der Exterritorialität, einer grösseren Kontrolle über die eigenen Zölle und das Eisenbahnnetz sowie der Rückgabe der deutschen Gebiete in Schantung. Im Gegenzug würde China den ausländischen Handel mit Tibet und der Mongolei akzeptieren.<sup>38</sup>

Leider spiegelte die chinesische Delegation die innere Zerrissenheit ihres Landes nur zu deutlich wider. Ihre Mitglieder verdächtigten sich gegenseitig, sich an Japan zu verkaufen. Schon auf der Reise nach Paris war Merkwürdiges geschehen. Lu hatte während eines Zwischenstopps in Tokio ein zweistündiges Gespräch mit dem japanischen Aussenminister. Die Darstellungen des Treffens weichen voneinander ab: Die Japaner glaubten offenbar, China habe ihnen zugesichert, auf der Friedenskonferenz mit ihnen zusammenzuarbeiten, während die Chinesen später wenig überzeugend behaupteten, Lu habe lediglich die Existenz der 1918 zwischen China und Japan geschlossenen Geheimabkommen bestätigt, ohne deren Gültigkeit anzuerkennen.<sup>39</sup> Während dieses Zwischenaufenthalts in Tokio wurde eine zum chinesischen Gepäck gehörende Kiste mit wichtigen Dokumenten, wie dem vollständigen Text der Geheimabkommen zwischen China und Japan, gestohlen.<sup>40</sup> In Paris angekommen, schickte W. T. Wang, der in Yale Jura studiert hatte und in der Delegation die südchinesische Fraktion vertrat, ein Telegramm an eine Schanghaier Zeitung, in dem er den Vorwurf erhob, unter seinen Kollegen gebe es «gewisse Verräter».<sup>41</sup> Er könnte Koo gemeint haben, der Gerüchten zufolge mit einer Tochter eines

bekannten projapanischen Beamten verlobt war.<sup>42</sup> (Tatsächlich hatte sich Koo in eine schöne junge Erbin aus Indonesien verliebt, die sich in Paris aufhielt.) Aber auch Lu kam in Frage, der ständig gegen den Vorwurf ankämpfen musste, er stehe im Sold der Japaner.<sup>43</sup> In den folgenden Monaten wurde er immer griesgrämiger und menschenscheuer.<sup>44</sup>

Schantung kam auf der Friedenskonferenz erst Ende Januar zur Sprache. Wilson hatte sich immer noch nicht entschieden, welchen Standpunkt er einnehmen sollte. Er lotete verschiedene Alternativen aus. Vielleicht, sinnierte er im Gespräch mit Koo, könne man Grossbritannien trotz dessen Bündnis mit Japan dazu bewegen, China zu helfen.<sup>45</sup> Vielleicht würde Japan seinen Anspruch auf Schantung ja freiwillig aufgeben. Immerhin hatten verschiedene Regierungsvertreter angedeutet, dass Japan bereit sei, der Rückgabe der deutschen Gebiete an China zuzustimmen. Vielleicht könnte Japan das Gesicht wahren, indem es das Gebiet zunächst formal in Besitz nahm, um dann die Hoheitsgewalt an China zu übergeben.<sup>46</sup>

Die Japaner zeigten sich jedoch kaum zu Kompromissen geneigt. Tatsächlich versuchte Makino, als sich der Oberste Rat am Vormittag des 27. Januar dem Thema der deutschen Kolonien im Pazifik zuwandte, die Schantung-Konzessionen im Paket zusammen mit den eroberten deutschen Inseln zu vereinnahmen. Ausserdem, fügte er hinzu, betreffe die Schantungfrage nur Japan und Deutschland; es bestehe also keine Notwendigkeit, dass die chinesische Delegation zugegen sei, wenn man sie bespreche.<sup>47</sup> Offenbar hoffte er, dass man Schantung zusammen mit den Pazifikinseln als Teil der Kriegsbeute betrachten und kurzerhand Japan zuschlagen würde, ohne die Chinesen hinzuzuziehen. Die anderen Mächte beschlossen jedoch, die Schantungfrage getrennt zu besprechen und die Chinesen zu der Diskussion am Nachmittag einzuladen.

In der Pause zwischen Vormittags- und Nachmittags-sitzung bemühten sich die Chinesen, Druck auf ihre Freunde auszuüben. Da Lu, ihr nomineller Leiter, sich nicht sehen liess, suchte der junge Koo Lansing auf, um ihn zu fragen, ob China mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnen könne. Lansing stärkte ihm den Rücken, äusserte sich aber besorgt über die Haltung der europäischen Mächte.<sup>48</sup>

Am Nachmittag nahmen die chinesischen Delegierten am Quai d'Orsay auf unbequemen, vergoldeten Stühlen Platz und hörten sich Makinos stockende, ausdruckslose Darstellung des japanischen Standpunkts an. (Koo

behauptete später, Wilson habe ihm hinterher gesagt, wie beunruhigt er über die Ansprache gewesen sei.) Koo erwiderte am nächsten Vormittag. Obwohl seine Stimme anfangs zitterte, hielt er eine faszinierende Rede voller Verweise auf das Völkerrecht und lateinischen Redewendungen, in der er die japanischen Argumente in der Luft zerfetzte.<sup>49</sup> Es treffe zu, räumte er ein, dass China 1915 und 1918 Abkommen mit Japan geschlossen habe, in denen es scheinbar versprochen habe, Japan die deutschen Rechte in Schantung zu übertragen, doch China habe diese Vereinbarungen unter Druck unterzeichnet und könne nicht auf sie festgelegt werden. Auf jeden Fall müssten alle Fragen im Zusammenhang mit den deutschen Besitzungen von der Friedenskonferenz behandelt werden.<sup>50</sup>

China, fuhr Koo fort, sei Japan für die Befreiung Schantungs von den Deutschen dankbar. «Aber bei aller Dankbarkeit hat die chinesische Delegation das Gefühl, dass sie ihre Pflicht gegenüber China und der Welt verletzen würde, wenn sie nicht gegen das Ansinnen Einspruch erhebe, ihre Dankesschuld durch den Verkauf des Geburtsrechts ihrer Landsleute abzutragen und dadurch den Samen künftiger Zwietracht zu säen.»<sup>51</sup> Die Wilsonschen Prinzipien der nationalen Selbstbestimmung und territorialen Integrität verpflichteten die Mächte dazu, Schantung an China zurückzugeben.

Schantung, führte Koo weiter aus, sei «die Wiege der chinesischen Kultur, der Geburtsort von Konfuzius und Menzius und für die Chinesen ein heiliges Land». Schantung ausländischer Kontrolle zu unterwerfen, würde bedeuten, einen «auf das Herz Chinas gerichteten Dolch» zu hinterlassen. Ironischerweise entsprach dies recht genau der Sichtweise des japanischen Militärs. Der japanische Kriegsminister erklärte dem Kabinett in Tokio, die von der Schantunger Küste ins Landesinnere führende Eisenbahnstrecke sei die «Arterie», durch die die japanische Energie aufs asiatische Festland gepumpt werde. Der kanadische Ministerpräsident Borden fand die chinesische Präsentation «sehr gelungen» und nach Lansings Eindruck hatte Koo die Japaner schlicht überrollt. Clemenceaus herzliche Gratulation, die eigentlich privat bleiben sollte, war schon am gleichen Abend allgemein bekannt.<sup>52</sup> Was die Eloquenz betraf, waren die Chinesen die klaren Sieger.

Unglücklicherweise wurde über die Schantungfrage nicht im Januar entschieden. Sie musste bis zum hektischen Endspurt der Konferenz im

April warten, als die letzten Klauseln des Vertrages mit Deutschland festgehämmert wurden und die Friedensmacher mit Hunderten von Entscheidungen jonglierten, die einen aufgaben, auf anderen bestanden und unmögliche Forderungen zu befriedigen versuchten, um einen Vertrag zustande zu bringen, den alle Alliierten unterzeichnen würden. Die Chinesen und ihre Hoffnungen bildeten einen kleinen, unbedeutenden Teil der Kalkulationen. Wilson selbst war, so sehr er sie hasste, zu Kuhhändeln gezwungen, um auch ohne die Rassengleichheitsklausel und auf Kosten seiner eigenen Prinzipien die japanische Zustimmung zur Völkerbundakte zu erhalten. Wenn der Völkerbund die grösste Hoffnung der Welt war, dann war es das Opfer eines kleinen Stücks von China vielleicht wert.

In der langen Wartezeit blieb sowohl die chinesische als auch die japanische Delegation nicht untätig. Beide bewiesen, dass sie ein wichtiges Element der neuen internationalen Beziehungen verstanden hatten und zu nutzen wussten: die Darstellung ihrer Sache in der Öffentlichkeit durch Reden und Interviews. Obwohl die japanische Delegation in Paris eine höchst effektive Informationsabteilung besass, hatten die meisten Beobachter den Eindruck, dass die Chinesen in diesem Wettstreit besser abschnitten, vielleicht weil ihre auf dem Prinzip der Selbstbestimmung beruhenden Forderungen stärker mit dem Zeitgeist im Einklang standen. Anfang Februar wurde öffentlich eine Debatte darüber geführt, ob die Geheimabkommen zwischen Japan und China publik gemacht werden sollten. Die japanische Delegation war entsetzt, als Clemenceau und andere erklärten, dass es vielleicht eine gute Idee sei, die Abkommen der Friedenskonferenz vorzulegen. Koo, der eine Gelegenheit witterte, die Japaner in Verlegenheit zu bringen, stimmte umgehend zu und forderte bei seiner Regierung telegraphisch die Vertragstexte an. In Peking unternahm der japanische Botschafter einen plumpen Versuch, die chinesische Regierung dazu zu bewegen, ohne japanische Zustimmung keine Dokumente zu veröffentlichen. Die Demarche des Botschafters sickerte durch und verstimmte nicht nur die chinesische Öffentlichkeit noch mehr, sondern vertiefte auch, sofern dies überhaupt noch möglich war, Wilsons Misstrauen gegenüber Japan.<sup>53</sup>

Die chinesischen Delegierten bewirteten die ausländischen Experten und Journalisten mit Wein und Abendessen. Lu sorgte dafür, dass die chinesische Regierung Frankreich und Belgien Geld für den Wiederaufbau



von Schulen in Verdun und Ypern spendete.<sup>54</sup> Aber hinter den Kulissen schnitten die Japaner besser ab.<sup>55</sup> In privaten Gesprächen mit Lloyd George und Balfour sowie mit Clemenceau und Pichon erhielten sie die Bestätigungen, die sie wollten.<sup>56</sup> Obwohl sie von der amerikanischen Delegation nicht viel erwarteten, führten sie auch mit House freundliche Gespräche.<sup>57</sup> So wie es die Japaner darstellten, wollten die Chinesen feierliche Versprechen brechen. Am meisten half den Japanern indes ihre Bereitschaft, nicht weiter auf der Rassengleichheitsklausel zu bestehen.

Am 21. April, kurz bevor die Italiener aus der Konferenz ausschieden, suchten Makino und Chinda Wilson und Lansing auf, um ihnen mitzuteilen, dass Japan den Streit mit China vor der Fertigstellung des deutschen Vertrages beilegen wolle.<sup>58</sup> Erreiche man dies nicht, warnten sie, würde das in der japanischen Öffentlichkeit erheblichen Unmut auslösen. Am Nachmittag sprach Wilson mit Clemenceau und Lloyd George, und die drei Staatsmänner, die gehofft hatten, die Entscheidung über Schantung hinausschieben zu können, gelangten zu dem Schluss, dass sie der japanischen Forderung nachgeben mussten. «Es war schlimm genug », erläuterte der Sekretär des Rats der Vier später, «wenn sich vor der Übergabe des deutschen Vertrages die italienische Delegation zurückzog. Aber wenn auch die fünfte der einladenden Mächte [Japan] ihre Vertreter abgezogen hätte, wären die verbliebenen drei für den Vertrag verantwortlichen Mächte in einer höchst unangenehmen Lage gewesen.»<sup>59</sup> Lansing beklagte sich über den in Paris herrschenden Geist «egoistischen Materialismus, durchsetzt mit einer zynischen Missachtung offensichtlich berechtigter Ansprüche», und fragte sich: «Wird sich der amerikanische Idealismus diesem bösen Geist einer vergangenen Ära beugen müssen?»<sup>60</sup> Es fällt schwer, nicht ein gewisses Mitgefühl mit den Friedensmachern zu empfinden. Sie standen unter enormem Druck, und zu dem Zeitpunkt, als die Schantungfrage zur Entscheidung anstand, hatte die Belastung bei ihnen allen Spuren hinterlassen.

Am Vormittag des 22. April bekräftigte Makino vor dem Rat der Vier die japanischen Ansprüche. Ausserdem legte er mit Bedacht Entwürfe von Klauseln für den deutschen Vertrag vor. Wilson appellierte an die Japaner, die langfristigen Interessen Asiens und der ganzen Welt zu bedenken. Die Nationen müssten in Zukunft weniger an sich selbst und mehr an andere

denken. Darum gehe es jedenfalls beim Völkerbund. Wenn Japan auf seinen Rechten in China bestehe, erzeuge es ein verbittertes und misstrauisches Land, und das würde allen schaden. «Es gebe eine Menge entzündliches Material in China, und wenn es in Brand gesteckt werde, werde man das Feuer nicht ersticken können.» Die japanischen Delegierten hörten es sich höflich an, erwiderten dann aber, dass sie, wenn man ihre Wünsche nicht erfülle, den Vertrag nicht würden unterzeichnen können.<sup>61</sup>

Am Nachmittag waren die Chinesen an der Reihe. Die japanischen Delegierten entschieden sich klugerweise dafür, sich nicht auf eine Diskussion mit dem wortgewaltigen Koo einzulassen, und blieben der Sitzung fern. Die chinesische Delegation hörte sich an, wie die Friedensmacher zu rechtfertigen versuchten, was sie zu tun gedachten. Lloyd George erläuterte die Gründe, aus denen Grossbritannien versprochen hatte, die japanischen Forderungen zu unterstützen. Man müsse bedenken, in welcher verzweifelter Lage sich Grossbritannien 1917 befunden habe. Um den deutschen U-Boot-Krieg zu überstehen, habe es die Hilfe Japans benötigt. «Wir mussten Japan anflehen, uns Zerstörer zu schicken», erklärte Lloyd George, «und Japan hat die vorteilhaftesten Bedingungen, die es bekommen konnte, für sich herausgeschlagen.»<sup>62</sup>

Wilson versuchte zu beschwichtigen. Der Völkerbund, versicherte er, würde dafür sorgen, dass China keine weitere Aggression befürchten müsse, weder von Japan noch von einem anderen Staat. Und auch er forderte Verständnis. Die Mächte befänden sich wegen der vielen während des Krieges geschlossenen Abkommen in einer schwierigen Lage. Er hege Sympathie für die Chinesen, aber sie müssten einsehen, dass Verträge, einschliesslich ihrer eigenen mit Japan, sakrosankt seien. «Da der Krieg mit dem Protest der westlichen Nationen gegen einen Vertragsbruch begonnen hat», stellte Wilson fest, «müssen wir mehr als alles andere Verträge respektieren.» Lloyd George pflichtete ihm bei: «Wir dürfen Verträge nicht als Papierfetzen ansehen, die zerrissen werden können, wenn man sie nicht mehr braucht.» Clemenceau griff selten in die Verhandlungen ein, wenn keine französischen Interessen auf dem Spiel standen. Er raffte sich daher, indem er sich den «Anschein von Arglosigkeit, Ignoranz und Gleichgültigkeit» gab, wie ein chinesischer Beobachter erbittert feststellte, auch nur zu dem Einwurf auf, dass er allem zustimme, was Lloyd George gesagt habe.<sup>63</sup>

Koo versuchte mit all seiner Eloquenz und Cleverness die Stimmung

umzudrehen.<sup>64</sup> Erneut bestritt er die Gültigkeit der Abkommen mit Japan. Mit prophetischen Worten warnte er die Anwesenden davor, dass sich China an einem Scheideweg befinde. Die Mehrheit der Chinesen wolle mit dem Westen zusammenarbeiten, aber wenn die Friedensmacher China ungerecht behandelten, könnten sie sich von ihm ab- und vielleicht Japan zuwenden. «Es gibt eine Partei in China, die das Ziel ‚Asien den Asiaten‘ propagiert.» Koo beendete seine Ausführungen mit einer weiteren Warnung: «Die Frage ist, ob wir im Fernen Osten einen Frieden von einem halben Jahrhundert garantieren können oder eine Situation geschaffen wird, die innerhalb von zehn Jahren zum Krieg führen kann.» Abgesehen von Bewunderung für seine Bemühungen und dem Beschluss, die Schantungfrage an ein Expertenkomitee zu verweisen, erreichte er nichts. Das Komitee sollte am 24. April dem Rat der Vier über die relativ unwichtige Frage Bericht erstatten, was für China besser wäre: wenn Japan die deutschen Gebiete erhielte, die 1914 bestanden hatten, oder wenn es die Gebiete bekäme, die es China durch die während des Krieges geschlossenen Abkommen abgenötigt hatte. Das Komitee plädierte in seinem in der Rekordzeit von nur zwei Tagen erstellten Bericht für die erste Lösung.<sup>65</sup>

Die nächsten Tage gehörten zu den schwierigsten Abschnitten der ganzen Friedenskonferenz. Italien war schliesslich ausgeschieden. Ein besorgter Wilson vertiefte sich auf der Suche nach einer Richtschnur noch einmal in seine Vierzehn Punkte. Nach dem Selbstbestimmungsprinzip war alles klar: Italien durfte Fiume und China Schantung nicht bekommen.<sup>66</sup> Die italienische Krise verstärkte die Anstrengungen in Bezug auf Schantung. Die Chinesen schickten Wilson eine Denkschrift und Briefe, die Japaner suchten ihn auf. Ausserdem wandten sich Makino und Chinda auch an Houses Assistenten Bonsai, bei dem sie sich über die unfreundlichen Äusserungen der chinesischen Zeitungen über Japan beschwerten, um dann ihre Drohung zu wiederholen, den Vertrag nicht zu unterzeichnen. Makino sei sehr aufgebracht gewesen, notierte Bonsai.<sup>67</sup> Saionji schrieb seinem alten Bekannten Clemenceau einen höflichen Brief, in dem er versicherte, dass Japan eine schnellstmögliche Lösung der Schantungfrage anstrebe.<sup>68</sup>

Am 25. April beauftragte der Rat der Vier – der inzwischen durch den Austritt der Italiener auf drei Mitglieder geschrumpft war – Balfour, mit den Japanern über einen Kompromiss zu sprechen. Womöglich waren sie

ja bereit, zu versprechen, die deutschen Territorialrechte eines Tages an China zurückzugeben. Wilson schickte Lansing aus eigener Initiative auf eine ähnliche Mission. Sie kamen beide nicht sehr weit. Die Japaner beharrten auf ihren Ansprüchen. Balfour schlugen sie allerdings einen Handel vor: Wenn die Mächte ihren Anspruch auf Schantung anerkannten, würde Japan, wenn die Völkerbundakte in der Plenarsitzung der Konferenz zur Abstimmung anstand, kein Aufhebens wegen des Fehlens einer Rassengleichheitsklausel machen. Lansing gegenüber beschwerten sie sich darüber, dass die Vereinigten Staaten Japan stets mit Misstrauen begneteten, obwohl es in gutem Glauben handle.<sup>69</sup>

Am Sonntag, dem 26. April, als Balfour seinen Bericht über die Position Japans niederschrieb, erhielt er einen weiteren Besuch von Makino, in dessen Verlauf er eine vorläufige Einigung in der Schantungfrage erzielte: Wenn Japan die deutschen Wirtschaftsrechte in Schantung übernehmen könne, den Hafen von Tsingtao, die Eisenbahnstrecken (einschliesslich der noch nicht gebauten) und die Bergwerke, sei es bereit, seine Besatzungstruppen abzuziehen. Japan, berichtete Balfour, werde Bürgern anderer Nationen in grosszügiger Weise die Nutzung des Hafens und der Eisenbahn gestatten. Darüber hinaus sei es bereit, die politische Kontrolle über das umstrittene Gebiet in naher Zukunft der chinesischen Regierung zu übergeben. Die Chinesen nahmen dieses Versprechen verständlicherweise mit Misstrauen auf. In diesem Stadium war Schantung jedoch zu einem derart mit Nationalgefühlen aufgeladenen Thema geworden, dass es ihnen auf jeden Fall schwerfallen musste, irgendeine japanische Kontrolle über die Halbinsel zu akzeptieren. Umgekehrt fanden die Japaner, dass sie keine weiteren Zugeständnisse machen konnten.<sup>70</sup> Aus Tokio traf die Anweisung ein, standhaft zu bleiben; Japan würde im gesamten Fernen Osten an Ansehen verlieren, wenn man China erlaubte, es geringschätzig zu behandeln.<sup>71</sup>

Balfour berichtete dem Rat der Vier am Montagvormittag, Makino habe «mit grossem Feingefühl, aber vollkommener Klarheit» darauf hingewiesen, dass die japanischen Ansprüche als Paket behandelt werden sollten. Japan habe bereits in der Frage der Rassengleichheitsklausel zurückstrecken müssen; es wäre eine «sehr ernste» Angelegenheit, wenn es auch in Bezug auf Schantung verlieren sollte. Es war nicht mehr viel Zeit; die Ple-

narsitzung der Friedenskonferenz trat am selben Nachmittag zusammen, um die Völkerbundakte endgültig zu beschliessen, und es wäre äusserst peinlich für die Mächte, wenn Japan gegen die Streichung der Rassengleichheitsklausel protestieren sollte. Mit Wilsons widerstrebend gegebener Zustimmung beauftragte der Rat Balfour, den Japanern mitzuteilen, dass man den Kompromiss in der Schantungfrage annehme.<sup>72</sup>

Als sein Pressesprecher Wilson darauf hinwies, dass die Weltmeinung in der Schantungfrage auf Seiten Chinas stehe, entgegnete der Präsident: «Das weiss ich auch. Aber wenn Italien fort bleibt und Japan nach Hause fährt, was wird dann aus dem Völkerbund?»<sup>73</sup> Lansing, der über die Einigung mit Japan nicht informiert worden war, wusste sofort, was passiert war, als er am 28. April in der Plenarsitzung Makinos farblose Rede hörte, in der die Rassengleichheitsklausel nur am Rande erwähnt wurde. Er flüsterte House zu, dass dies ein Bruch der Prinzipien sei, worauf House erwiderte: «Das mussten wir zuvor auch schon tun.» Lansing gab ärgerlich zurück: «Ja, das mussten wir, und es ist der Fluch dieser Konferenz.»<sup>74</sup> In der Presseerklärung, die Wilson später verfasste, bezeichnete er die Regelung als «so befriedigend ..., wie es sich bei dem Gewirr von Verträgen, in das China selbst verstrickt war, ermöglichen liess».<sup>75</sup>

Die Chinesen waren erschüttert.<sup>76</sup> Lu schickte Wilson eine würdevolle Mitteilung. China, stellte er fest, habe sich auf die Vierzehn Punkte und auf das Versprechen einer neuen Art, die internationalen Beziehungen zu pflegen, verlassen. «Vor allem aber hat es sich auf die Gerechtigkeit und Billigkeit ihres Anliegens verlassen. Das Ergebnis ist für China eine schmerzliche Enttäuschung.»<sup>77</sup> Wilsons eigene Berater drängten ihn fast einhellig, die japanischen Ansprüche, ungeachtet der Konsequenzen, zurückzuweisen. Bliss dachte an Rücktritt, um den Vertrag nicht unterzeichnen zu müssen, und schickte Wilson mit Zustimmung seiner Kollegen Lansing und White einen Brief, in dem er schrieb: «Wenn es richtig ist, dass ein Polizist, der Ihre Geldbörse gefunden hat, den Inhalt behält und behauptet, seine Pflicht getan zu haben, indem er Ihnen die leere Geldbörse zurückgab, dann mag das Verhalten Japans tolerierbar sein.» Damit war die Frage nach der Moral gestellt. Wenn Japan Schantung erhielt, warum sollte Italien dann Fiume nicht bekommen? «Frieden», schloss Bliss, «ist wünschenswert, aber es gibt wertvollere Dinge als Frieden, nämlich Gerechtigkeit und Freiheit.»<sup>78</sup>

Wilson bemühte sich, den Schaden in Grenzen zu halten, und diese Anstrengung kostete ihn fast den Rest seiner Kraft. «Letzte Nacht konnte ich nicht schlafen», berichtete er seinem Arzt, «so voll war mein Kopf von dem japanisch-chinesischen Streit.»<sup>79</sup> Grayson hatte den Präsidenten noch nie so erschöpft gesehen.<sup>80</sup> Wilson bestand auf einer detaillierten Beschreibung dessen, was Japan in China erhalten sollte, bis hin zur Zusammensetzung der Eisenbahnpolizei in Schantung – die aus Chinesen und, soweit nötig, japanischen Ausbildern bestehen sollte.<sup>81</sup> Als am 30. April im Rat der Vier die Schantungsklauseln des Vertrags zur letzten Beratung anstanden, erhielt er ausserdem von den japanischen Delegierten das mündliche Versprechen, dass Japan die Souveränität über Schantung letztlich an China zurückgeben werde. Sie weigerten sich jedoch hartnäckig, dieses Versprechen schriftlich festzuhalten, weil dies, wie sie erklärten, in ihrer Heimat einen Sturm der Entrüstung auslösen würde.<sup>82</sup>

An diesem Punkt war die Neuigkeit, dass die Dinge schlecht für China liefen, bereits an die Öffentlichkeit durchgesickert. Paris schwirrte von Gerüchten, die von den Zeitungen aufgegriffen wurden.<sup>83</sup> Am Abend des 29. April fand in einer Halle in der Rue Danton eine Versammlung von in Paris studierenden Chinesen statt, auf der es hoch herging. Ein Redner nach dem anderen prangerte den Westen an. Wang Ching-wei, der später als Chef einer japanischen Marionettenregierung in China zu Berühmtheit gelangen sollte, warnte in fließendem Englisch vor der Reaktion der Chinesen. Eine junge Kunststudentin verlangte, man solle das Friedensgerede beenden: «Wir müssen zur Gewalt greifen.» Der Journalist Eugene Chen, der später Aussenminister Chinas werden sollte, brachte eine Resolution ein, in der die Grossen Vier, unter besonderer Erwähnung Wilsons, verurteilt wurden. Sie wurde einstimmig angenommen. In dieser Nacht wurden die Schutzmassnahmen für Wilson verstärkt.<sup>84</sup>

Die chinesische Delegation wurde am 30. April in allen Einzelheiten über die Regelung informiert, woraufhin sich ein Delegierter vor Verzweiflung auf den Boden warf.<sup>85</sup> Als Baker an diesem Tag spätabends das Hôtel Lutétia aufsuchte, um Wilsons Entschuldigung und Sympathie zu übermitteln, fand er eine zutiefst niedergeschlagene Gruppe vor, die dem US-Präsidenten vorwarf, sie im Stich gelassen zu haben.<sup>86</sup> Einige Delegierte wollten auf der Stelle abreisen, um den Vertrag nicht unterzeichnen zu

müssen. Koo sagte später zu Bonsai, er würde den Vertrag nur auf direkten Befehl seiner Regierung unterschreiben und hoffe, dass er keinen solchen Befehl erhalte. «Es wäre mein Todesurteil», fügte er hinzu.<sup>87</sup>

Auf der anderen Seite des Globus hatte man die Verhandlungen in Paris aufmerksam verfolgt. Die chinesische Delegation war mit Telegrammen bombardiert worden – von Studentenorganisationen, Handelskammern und sogar Gewerkschaften, die allesamt ihr Vertrauen in Wilsons Vierzehn Punkte zum Ausdruck brachten und die Zuversicht äusserten, dass die Friedenkonferenz die chinesischen Forderungen anerkennen werde.<sup>88</sup> Als die Zeitungen in den chinesischen Grossstädten am ersten Maiwochenende meldeten, dass die Schantungrechte an Japan übergehen sollten, überzogen chinesische Nationalisten die Regierung mit beissender Kritik, aber, wenn möglich, noch wütender waren sie auf die Westmächte.

Am Abend des 3. Mai, einem Samstag, versammelten sich auf Einladung der Studenten der Pekinger Universität, die stets ein Zentrum nationaler Agitation gewesen war, Vertreter aller Hochschulen der Hauptstadt, um eine Demonstration vorzubereiten, die am nächsten Vormittag auf dem Tiananmen-Platz stattfinden sollte. Der Versammlungssaal war überfull, und die Wellen schlugen hoch. Die Studenten beschlossen, Telegramme an die chinesische Delegation in Paris zu schicken, um sie aufzufordern, den Vertrag nicht zu unterzeichnen. Ein junger Mann schnitt sich in den Finger und schrieb mit seinem Blut die Forderung nach der Rückgabe von Tsingtao, dem Herzstück der deutschen Besitzungen in Schantung, an die Wand.<sup>89</sup> Die Wut der chinesischen Nationalisten ging jedoch weit über die Ablehnung der Schantung-Entscheidung hinaus. So erinnerte sich ein Student später:

«Als die Neuigkeit von der Friedenskonferenz uns schliesslich erreichte, waren wir entsetzt. Wir begriffen sofort, dass die ausländischen Nationen immer noch selbstüchtig und militaristisch und dass sie alle grosse Lügner waren. Ich erinnere mich an die Nacht des 2. Mai, in der nur wenige von uns schliefen. Einige meiner Freunde und ich diskutierten fast die ganze Nacht. Wir kamen zu dem Schluss, dass früher oder später ein grosser Weltkrieg ausbrechen und dass er im Osten ausgetragen werden würde. Wir hatten nichts übrig für unsere Regierung, die wir nur zu gut kannten, und gleichzeitig konnten wir uns nicht auf die Prinzipien irgend-

eines sogenannten grossen Führers, wie zum Beispiel Woodrow Wilson, verlassen. Wenn wir unser Volk betrachteten und die bemitleidenswerten, unwissenden Massen sahen, konnten wir nicht anders, als uns zu sagen, dass wir kämpfen mussten.»<sup>90</sup>

Am Vormittag des 4. Mai war es kühl und windig in Peking. Bis Mittag versammelten sich über 3.000 Demonstranten auf dem Tiananmen-Platz. Die meisten trugen den traditionellen Seidenrock der Gelehrten, einige als Zugeständnis an die westliche Welt aber auch eine Melone. Die Demonstranten hielten Schilder hoch mit Slogans wie «Gebt Tsingtao an China zurück!», «Gegen Machtpolitik!» und «China gehört den Chinesen!». Die Anführer trugen ein Transparent mit der dramatischen Aufschrift «Dies ist die letzte Chance in Chinas Kampf auf Leben und Tod». Gegen 14 Uhr bewegte sich die inzwischen erheblich angewachsene Menge auf das Botschaftsviertel zu. Als die Demonstranten das Haus eines Ministers erreichten, der als Marionette Japans galt, stürmten sie es, zerschlugen die Einrichtung, und als sie den Minister selbst nicht fanden, verprügelten sie den chinesischen Botschafter in Japan, der sich in einem Zimmer versteckt hatte. Die Regierung versuchte den Aufruhr zu unterdrücken, indem sie die prominenteren Studentenführer verhaften liess. Doch damit fachte sie das Feuer erst recht an. Selbst der Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Pekinger Universität verteilte an einer Strassenecke Flugblätter, die Demonstrationen breiteten sich auf andere Städte aus, und auch Nichtstudenten, von Hafendarbeitern bis zu Geschäftsleuten, schlossen sich der Bewegung an. Die Regierung war zum Nachgeben gezwungen und liess die Studenten auf für sie demütigende Weise unter Entschuldigungen frei.<sup>91</sup>

Die Unruhen beendeten jene andere Friedenskonferenz, die in Schanghai versucht hatte, eine Versöhnung zwischen Nord- und Südchina zustande zu bringen. Der Südteil sprang auf die Welle des Volkszorns auf und verlangte von der Pekinger Regierung, sämtliche Kriegsabkommen mit Japan aufzukündigen und die Pariser Entscheidung über Schantung abzulehnen. Dies war für den Nordteil unannehmbar, der inzwischen von projapanischen Militärs beherrscht wurde. Die Schanghaier Konferenz vertagte sich auf unbestimmte Zeit.<sup>92</sup> Nachdem diese schwache Hoffnung zerplatzt war, fiel China für weitere neun Jahre in Uneinigkeit und Bürgerkrieg zurück.



Der 4. Mai 1919 war ein Markstein in der Entwicklung des chinesischen Nationalismus. Er stand für die gesamte Periode der geistigen Gärung, vor allem aber für die Abkehr vieler chinesischer Intellektueller vom Westen. Bis 1919 hatten sie sich an der westlichen Demokratie und am westlichen Liberalismus orientiert, wenn auch häufig nur, weil sie kein anderes Vorbild fanden. Manche hatten die herausgehobene Rolle von Individualismus und Konkurrenz schon immer skeptisch betrachtet. Das Versagen der chinesischen Republik und das Spektakel, das die Europäer boten, als sie sich im Krieg gegenseitig zerfleischten, hatten diese Skepsis verstärkt. Ein bekannter Gelehrter, der während der Friedenskonferenz als Beobachter in Paris weilte, schrieb nach Hause, die Europäer seien «wie Reisende, die sich in der Wüste verirrt haben ... Sie sind zutiefst verzweifelt ... Einst hatten sie einen grossen Traum von der Allmacht der Naturwissenschaft. Jetzt reden sie nur noch von deren Bankrott.»<sup>93</sup>

Der Zufall spielt in der Geschichte eine grössere Rolle, als manche denken, und 1919 bot sich den Chinesen eine Alternative an: nicht die Rückkehr zur traditionellen Ordnung, sondern die neue russische Ordnung. Die Oktoberrevolution hatte ein Beispiel dafür geschaffen, dass sich eine traditionelle Gesellschaft, die der chinesischen nicht unähnlich war, durch kühnes, entschlossenes Handeln in die Zukunft katapultieren konnte. Die Enttäuschung über den Westen, die eigenen negativen Erfahrungen, die man nach 1911 mit der Demokratie nach westlichem Muster gemacht hatte, und die klare Alternative des russischen Wegs kamen zusammen und machten den Kommunismus zur Lösung der Probleme Chinas. Sofern noch eine Bestätigung nötig war, so erfolgte sie in Form einer beispiellosen Geste des neuen bolschewistischen Kommissars für äussere Angelegenheiten, der im Sommer 1919 anbot, alle China in der Zarenzeit abgerungenen Eroberungen und Pachtgebiete zurückzugeben. Die sowjetische Regierung löste dieses Versprechen niemals ein, aber als es gegeben wurde, waren die Chinesen von dieser Grosszügigkeit, die keine andere Macht bewies, tief beeindruckt.

Ein Jahr nach der Pariser Friedenskonferenz gründete eine Gruppe chinesischer Radikaler die Kommunistische Partei Chinas. Viele der Anführer der Demonstrationen vom Mai 1919 traten der neuen Partei bei. Der erste Parteivorsitzende war der bereits erwähnte Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Pekinger Universität. Unter der Führung von

Mao Tse-tung und Tschou En-lai, die sich ebenfalls in der Bewegung des 4. Mai engagiert hatten, sollte die Partei 1949 schliesslich die Macht in China übernehmen.<sup>94</sup>

In Paris bemühte sich Koo tapfer, aber vergebens darum, den Friedensvertrag noch zugunsten Chinas zu verändern. Wenigstens musste er sein Leben nicht aufs Spiel setzen, denn der Versailler Vertrag wurde im Juni 1919 ohne Chinas Zustimmung unterzeichnet. Die Regierung in Peking hatte sich nicht einig werden können, und die Anweisung des Präsidenten, den Vertrag nicht zu unterschreiben, traf nicht rechtzeitig ein. Zudem hatten chinesische Studenten der Pariser Universität das Hôtel Lutétia belagert, um die chinesischen Delegierten daran zu hindern, es zu verlassen.<sup>95</sup> China schloss erst im September 1919 Frieden mit Deutschland.

Japan hatte entschlossen Druck ausgeübt und sich so Schantung gesichert. Hatte es geblufft oder hätte es, wie die anderen Mächte glaubten, den Vertrag andernfalls tatsächlich nicht unterzeichnet? Die Beweislage ist schwer zu überschauen. In der heissen Phase der Verhandlungen über Schantung im April 1919 wies die Tokioter Regierung ihre Delegation an, dem Völkerbundpakt nicht zuzustimmen, wenn die japanischen Forderungen nicht erfüllt würden. Ob ihr bewusst war, dass die Völkerbundakte Teil des Vertrages mit Deutschland war, ist nicht klar.<sup>96</sup> Interne Regierungsdokumente aus derselben Zeit zeigen indes, dass Japan befürchtete, isoliert zu werden. Möglicherweise hätte es zurückgesteckt, wenn es, was Schantung betraf, auf entschiedene Ablehnung gestossen wäre. Vor der endgültigen Einigung über die Schantungsklauseln am 30. April hatte der japanische Premierminister Hara Kei die Delegation in Paris für den Fall solch einer Ablehnung angewiesen, weitere Instruktionen abzuwarten.<sup>97</sup>

Die Japaner nahmen ihren Sieg in Paris mit gemischten Gefühlen auf.<sup>98</sup> Als die Delegation nach Japan zurückkehrte, wurde sie von einer Menschenmenge begrüsst, die ihr vorhielt, dass sie die Rassengleichheitsklausel nicht durchgesetzt hatte.<sup>99</sup> Saionji entschuldigte sich in seinem Bericht an den Kaiser: «Es tut mir leid, dass wir nicht alle unsere Wünsche durchsetzen konnten.» Er wies jedoch daraufhin, dass Japans Ansehen in der Welt jetzt grösser sei als 1914.<sup>100</sup> Andererseits hatten die japanischen Delegierten in Paris den Eindruck gewonnen, dass die Vereinigten Staaten Japan in China stoppen wollten. Möglicherweise hatten sie recht. Durch

die Wahl Warren Hardings zum Präsidenten im Jahr 1921 kam in Washington eine stärker antijapanisch eingestellte Regierung an die Macht. Die schwierigen Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten blieben in den 1920er Jahren angespannt, aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über chinesische Angelegenheiten wie das Kreditkonsortium, dem beide Länder angehörten, aber auch wegen der weiterbestehenden Diskriminierung japanischer Bürger in den Vereinigten Staaten.

Der Sieg in der Schantungfrage erwies sich auch in anderer Hinsicht als kostspielig. In China nahm die nationalistische Agitation keineswegs ab, sondern an Intensität zu, was sich als schwerer Nachteil für japanische Unternehmen erwies. Darüber hinaus wurden die Beziehungen zu anderen Mächten in Mitleidenschaft gezogen. Grossbritannien begann ernsthaft über die Zukunft des britisch-japanischen Marinebündnisses nachzudenken. Die Bezeichnung Japans als «gelbes Preussen» wurde im Westen allgemein üblich. Im Sommer 1919 musste sich Chinda, der jetzt japanischer Botschafter in London war, einen Vortrag Curzons über das japanische Verhalten in China anhören. Es sei nicht klug gewesen, erklärte er, dass Japan auf seinen Rechten in China bestanden habe. Damit habe es in China Feindseligkeit und in Grossbritannien Besorgnis hervorgerufen. Curzon forderte Chinda auf, an die Zukunft des Bündnisses zwischen ihren beiden Ländern und an die allgemeinere Frage der Sicherheit im Fernen Osten zu denken.<sup>101</sup>

Die japanische Regierung, die nicht mit solchem Widerstand gerechnet hatte, begann die Erfüllung des in Paris gegebenen Versprechens, die Pachtrechte in Schantung an China zurückzugeben, in Erwägung zu ziehen. Anfang 1920 bot sie Peking Verhandlungen über den Abzug der japanischen Truppen aus der Provinz an, doch die chinesische Regierung lehnte es ab, darüber zu diskutieren. Im Herbst 1921 versuchte es Tokio noch einmal und nannte die Bedingungen, unter denen es bereit wäre, die japanischen Rechte in Schantung aufzugeben. Die chinesische Regierung ging jedoch nicht darauf ein.

Auf der Washingtoner Flottenkonferenz im Jahr 1922 konnte Japan schliesslich eine durch Briten und Amerikaner vermittelte Vereinbarung mit China treffen, nach der China die volle Souveränität über Schantung erhielt. Die Eisenbahnstrecke von Tsingtao ins Inland, die so viel Probleme bereitet hatte, sollte nach einem komplizierten Plan, der Japan weitere zehn Jahre in ihrem Besitz belies, an China zurückverkauft wer-

den.<sup>102</sup> Finanziell gesehen, war China wohl der Verlierer, da die Eisenbahnstrecke, wie die Japaner festgestellt hatten, keinen Gewinn abwarf.<sup>103</sup> Ebenfalls 1922 in Washington unterzeichnete Japan einen Vertrag mit den anderen Mächten, der Chinas Souveränität und territoriale Integrität garantierte. Diese Garantie lief 1937 aus, als Japan in das Kerngebiet Chinas einfiel und Schantung sowie sämtliche Küstenprovinzen bis hinunter in den Süden besetzte.

Das weitere Leben der Personen, die in Paris eine Rolle gespielt hatten, verlief sehr unterschiedlich. Lu Shengxiang verlor nach dem Debakel vom Juni 1919 das Interesse an der Diplomatie. Er verbrachte einige wenig aufregende Jahre als Gesandter in der Schweiz, bevor er 1926, nach dem Tod seiner geliebten Frau, in ein belgisches Benediktinerkloster eintrat, zu dessen Abt er schliesslich aufstieg. Er starb 1949 und ist in Brügge begraben. Koo glänzte weiter auf verschiedenen Posten, mehrmals als Aussenminister, als Ministerpräsident und als Botschafter in London, Washington und Paris. Er vertrat sein Land im Völkerbund und nahm an der Gründung der Vereinten Nationen teil. Von 1966 bis 1976 amtierte er als Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag. 1977 veranstaltete die New Yorker Columbia University eine Reihe von Feierlichkeiten zu seinem neunzigsten Geburtstag. Madame Koo, die schöne junge Erbin aus Indonesien, für die 1919 in Paris sein Herz entflammt war, schrieb in ihren Memoiren recht betrübt: «Er war seinem Land ergeben. Dass er mich nie als Individuum wahrnahm, ist nicht überraschend. Er war ein Ehrenmann von der Art, wie sie China brauchte, aber kein Ehemann für mich.»<sup>104</sup> Er starb 1985.

Mehrere junge Mitglieder der US-Delegation traten wegen der amerikanischen Position in der Schantungfrage zurück. Lansing blieb trotz seines Dissenses in dieser Frage Aussenminister. Er war stets überzeugt gewesen, dass die Vereinigten Staaten eine Konfrontation wegen China vermeiden sollten. Bei einer früheren Gelegenheit hatte er angemerkt, dass es «extrem donquichotisch» wäre, wenn sich die Vereinigten Staaten durch «die Frage der territorialen Integrität Chinas in internationale Schwierigkeiten begeben» liessen.<sup>105</sup> Als Wilson sich vergeblich bemühte, den Amerikanern die Friedensregelungen schmackhaft zu machen, war eines der Themen, die in öffentlichen Versammlungen und im Senat immer wieder angesprochen wurden, der Betrug an China in der Schantungfrage.

Die meisten Tränen, «die wegen der «Vergewaltigung von Schantung' vergossen wurden», wurden laut David Hunter Miller, dem amerikanischen Rechtsexperten auf der Pariser Friedenskonferenz, «von republikanischen Krokodilen geweint, denen China ebenso egal war wie Hekuba».<sup>106</sup> In den letzten Wochen seiner Amtszeit erklärte Wilson in einem Schreiben, mit dem er Karten für einen Wohltätigkeitsball zugunsten der chinesischen Hungerhilfe bestellte: «Es freut mich sehr, wenn ich helfen kann, wie wenig auch immer.»<sup>107</sup>

# **TEIL VII**

**Der Nahe Osten wird  
in Brand gesteckt**

## Der grösste griechische Staatsmann seit Perikies

Als die griechische Delegation für die Friedenskonferenz im Dezember 1918 aus Athen abreiste, standen Abgeordnete Schlange, um ihrem Leiter, Ministerpräsident Eleftheros Venizelos, die Hand zu küssen. Es war ein merkwürdiges Schauspiel für einen Mann, der, wenigstens in Westeuropa, als grosser Demokrat galt. Die Delegation machte einen Zwischenstopp in Rom, wo Venizelos mit dem Ministerpräsidenten und dem Aussenminister Italiens über konkurrierende griechische und italienische Ansprüche auf albanische und türkische Gebiete sprach. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die italienischen Zeitungen hatten den Besuchern von Anfang an ablehnend gegenübergestanden, und sie wurden noch feindseliger, nachdem der Zug, mit dem sie nach Frankreich reisten, zwei Eisenbahnarbeiter überfuhr. In Paris belegten die Griechen drei Etagen des Hôtel Mercedes, unweit der britischen Unterkunft, mit Beschlag. Obwohl nur 19 Mitglieder stark, bezog die Delegation Zimmer für achtzig Personen.<sup>1</sup> Die Forderungen, die Griechenland auf der Friedenskonferenz stellte, zeugten von ähnlichem Optimismus.

Zur griechischen Delegation gehörten der Aussenminister und ein künftiger Präsident, aber der Einzige, der wirklich zählte, war Venizelos. «Eine prachtvolle Art des Griechentums», schrieb Frances Stevenson, «geistig wie physisch in die klassische Form gegossen.»<sup>2</sup> Mit seiner Energie, seiner Überzeugungskraft und Unermüdlichkeit gewann er die Briten, beschwatzte die Franzosen, beruhigte die Amerikaner und neutralisierte nahezu die Italiener. Er arbeitete in Paris 15 Stunden am Tag, schrieb Memoranden und Briefe, gab Interviews und umwarb die Einflussreichen.<sup>3</sup> Sogar Hankey, der mürrische, selbstgefällige britische Konferenzsekretär, erlag bei einem Mittagessen, bei dem Venizelos «in bewundernswertem Französisch» und «köstlich indiskret» parlierte, dem Zauber: «ein reizender alter Knabe, ein wirklich grosser Mann», befand er.<sup>4</sup> Nur wenige frag-

ten sich, ob Venizelos' Einfluss auf die Friedensmacher gutzuheissen war. «Er besitzt sicherlich das Wohlwollen aller, die ihn kennen», bemerkte ein amerikanischer Beobachter, «aber ist das wirklich hilfreich? Er genießt die Sympathie und die Wertschätzung aller Delegierten und aller Bevollmächtigten, aber sie fürchten ihn auch wegen seines bekannten, unbestreitbaren Charmes.»<sup>5</sup> Venizelos war Griechenlands grösster Aktivposten, auf lange Sicht aber auch seine grösste Last. Ohne ihn hätte es am Konferenztisch in Paris nie gewonnen, was es gewann; aber ohne ihn hätte es auch nie versucht, sich ein derart grosses Stück von Kleinasien einzuverleiben.

Venizelos war als Sohn eines reichen Kaufmanns auf Kreta mit einem goldenen Löffel im Mund geboren, als ein grosser Teil Griechenlands, einschliesslich Kreta, noch unter türkischer Herrschaft stand. Er erhielt den Namen Eleftherios, der «Befreier»; sein Vater hatte für die griechische Unabhängigkeit gekämpft, und drei seiner Onkel waren für sie gestorben. 1866, als er gerade einmal zwei Jahre alt war, geschah etwas Unheimliches, das er nie vergass. Eine der Rebellionen, welche die Insel in regelmässigen Abständen erschütterten, endete mit einer Katastrophe, als die umstellten Rebellen sich in einem Kloster in die Luft sprengten. Die Überlebenden wurden von den Türken massakriert.<sup>6</sup> Venizelos' Herkunft, Geschichte und Charakter machten einen leidenschaftlichen griechischen Nationalisten aus ihm.

1881 nahm er in Athen ein Jurastudium auf. Schon damals trat er selbstbewusst und stolz auf, ein geborener Anführer seiner Kommilitonen. Er widersprach seelenruhig den Professoren und gab auch dann nicht nach, wenn es ihn eine Prüfung kostete. Als er erfuhr, dass ein britischer Besucher, der Staatsmann Joseph Chamberlain, eine abfällige Bemerkung über den kretischen Nationalismus fallengelassen hatte, verlangte er, von ihm empfangen zu werden. In dem Gespräch erklärte er Chamberlain, dass er sich irre, und überschüttete ihn, wie es seine Art werden sollte, mit einer Flut von kunstvoll verwobenen Fakten und Zahlen.<sup>7</sup>

Die unmittelbar nach der Unabhängigkeit Griechenlands gegründete Universität machte es sich zum Ziel, die klassische Kultur wiederzubeleben; selbst die Unterrichtssprache war Altgriechisch. Viele Studenten betrachteten sich als Missionare einer hellenischen Welt bei ihren noch unter türkischer Herrschaft lebenden Landsleuten. Eines Tages versammelte



Venizelos einige Freunde in seinem Arbeitszimmer um eine grosse Landkarte, auf der er die Grenzen Griechenlands einzeichnete, wie er sie sich vorstellte: einschliesslich der Hälfte des heutigen Albaniens und fast der gesamten heutigen Türkei. Die Hauptstadt sollte Konstantinopel sein.<sup>8</sup>

Dies war die *megali idea*, die «grosse Idee». «Die Natur», erklärte ein früher griechischer Nationalist, «hat den Zielen anderer Menschen Grenzen gesetzt, aber nicht denen der Griechen. Die Griechen waren weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart den Gesetzen der Natur unterworfen.»<sup>9</sup> Die *megali idea* bestand aus Träumen und Phantasien über ein wiedererstandenes Reich, das demjenigen des goldenen Zeitalters Griechenlands entsprechen würde, als man von Rom bis zur Krim Griechisch sprach.

Am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, als Kreta sich zunächst von der türkischen Herrschaft befreite und dann Griechenland anschloss, gehörte Venizelos zu den herausragenden Kämpfern. 1910 wurde er Ministerpräsident. In den Balkankriegen von 1912 und 1913 taktierte er mit solchem Erfolg auf der internationalen Bühne, dass Griechenland einen grossen Gebietsstreifen im Norden erhielt, der sich von Epirus im Westen über Mazedonien bis nach Thrakien im Osten erstreckte. Durch die neuen Gebiete wuchs die Fläche Griechenlands auf mehr als das Doppelte. Nachdem er 1913 seine Unterschrift unter den Vertrag von Bukarest gesetzt hatte, der die griechischen Erwerbungen bestätigte, erklärte Venizelos: «Und jetzt lasst uns den Blick nach Osten wenden.»<sup>10</sup>

Der Osten, das war die osmanische Türkei, in der sich ein grosser Teil der griechischen Geschichte abgespielt hatte. Dort hatten Troja und die grossen Stadtstaaten an der Küste von Kleinasien gelegen – Pergamon, Ephesos, Halikarnassos. Herodot, der Vater der Geschichtsschreibung, war dort geboren, ebenso wie Hippokrates, der Begründer der Medizin. Auf Lesbos hatte Sappho ihre Gedichte geschrieben, und auf Samos hatte Pythagoras die Geometrie erfunden. Im Hellespont, den heutigen Dardanellen, war Leander aus Liebe zu Hero ertrunken; Jason und die Argonauten waren weiter nach Osten ins Schwarze Meer gesegelt, um aus Kolchis, dem heutigen Georgien, das Goldene Vlies zu holen. Das Byzantinische Reich und das Christentum hatten eine weitere Schicht von Erinnerungen und eine weitere Grundlage für Ansprüche hinzugefügt. Seit Konstantin der Grosse zum ersten christlichen Kaiser geworden war, hatten seine

Nachfolger tausend Jahre lang in seiner Stadt Konstantinopel, dem heutigen Istanbul, auf dem Thron gesessen, Griechisch gesprochen und die grossen Traditionen am Leben erhalten. Der griechisch-orthodoxe Patriarch residierte immer noch dort, und nicht in Athen. Die Hagia Sophia, inzwischen eine Moschee, war im 6. Jahrhundert unter Kaiser Justinian als christliche Kirche errichtet worden. Jahrhundertalte Prophezeiungen sagten voraus, dass die Stadt von den Türken zurückerobert werden würde, und Generationen von Griechen hatten dies herbeigesehnt.

Venizelos schwor den Mächten in Paris, dass Griechenland keinen Anspruch auf Konstantinopel erhebe. Vielleicht wäre ein amerikanisches Mandat angebracht. Privat versicherte er seinen Vertrauten indes, dass der griechische Traum bald in Erfüllung gehen werde. Sobald die Stadt aus der Hand der Türken befreit sei, würden die Griechen mit ihrem natürlichen Fleiss und ihrer Tatkraft sie rasch dominieren. «Die Türken», sagte er zu Lloyd George, «seien unfähig, eine solch grosse Stadt und ihren Hafen angemessen zu verwalten.» Während der Friedenskonferenz betonte Venizelos bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wie griechisch die Stadt sei.<sup>11</sup>

Andererseits waren Griechenland und die griechische Gesellschaft von ihrer osmanischen Vergangenheit geprägt. Gleichwohl sprach Venizelos vielen Griechen aus der Seele, wenn er hervorhob, dass sein Land zur westlichen Welt gehöre. Die Griechen würden die zurückgebliebenen Türken ebenso zivilisieren, wie es Briten und Franzosen in Afrika und Asien täten. Man müsse sich bloss die griechische (und insbesondere die kretische) Geburtenrate anschauen; die Tatsache, dass sie die höchste der Welt sei, beweise die Virilität der Griechen. Im Jahr 1919, behauptete Venizelos, lebten rund zwei Millionen Griechen unter türkischer Herrschaft.<sup>12</sup>

Die korrekte Zahl lag wahrscheinlich näher bei anderthalb Millionen.<sup>13</sup> Allerdings betrachteten sich nicht alle diese Menschen, trotz Venizelos' Behauptungen, als Grossgriechen. In der gesamten osmanischen Türkei waren griechische Gemeinden verstreut, von denen manche, wie Trapezunt am Schwarzen Meer, vor so langer Zeit gegründet worden waren, dass ihre Mitglieder ein kaum noch als solches erkennbares Griechisch sprachen. Im Landesinnern unterschieden sich Griechen und Türken kaum voneinander. Vielleicht 400.000 nominelle Griechen unterschieden sich von ihren türkischen Nachbarn allein durch ihre Religion und die Tat-

sache, dass sie Türkisch mit griechischen Buchstaben schrieben. Lediglich in den grossen Hafenstädten, wie Smyrna (Ismir) und Konstantinopel, spielte der griechische Nationalismus eine gewisse Rolle.

In den Jahrzehnten vor 1914 waren Tausende von Griechen auf der Suche nach Arbeit und Geschäften in die Türkei eingewandert und hatten die Hoffnung ihrer Landsleute mitgebracht, dass die türkischen Griechen für die griechische Kultur und vielleicht ein Grossgriechenland zurückgewonnen werden konnten.<sup>14</sup> Auch die Veränderungen in der Türkei selbst befeuerten den griechischen Nationalismus. Als die Jungtürken 1908 die Macht ergriffen, war es mit der alten Toleranz der Osmanen gegenüber Minderheiten vorbei, und als 1912/13 Moslems vom Balkan in die Türkei flüchteten, begannen Repressalien gegen christliche Minderheiten. Dennoch hielt sich Venizelos vor dem Ersten Weltkrieg mit Äusserungen über den Schutz der griechischen Türken oder ihre Vereinigung mit Griechenland zurück. Sein Land musste sich von den Balkankriegen erholen und seine Kriegsgewinne integrieren. Tatsächlich war er 1914 bereit, über einen friedlichen Bevölkerungsaustausch zu verhandeln – Griechen aus Thrakien und Kleinasien gegen Türken aus Griechenland. Der Bevölkerungsaustausch, der acht Jahre später dann stattfand, war allerdings weder ausgehandelt worden noch verlief er friedlich.

Der Erste Weltkrieg änderte das Bild vollkommen. Das Osmanische Reich stand auf der Seite der Verlierer, Griechenland auf der der Sieger. 1919 schien sogar der Bestand der osmanischen Türkei in Gefahr zu sein. Das Ausmass des Sieges und die Macht von Griechenlands Freunden waren berauschend. Die griechischen Zeitungen sprachen von der «Verwirklichung unserer Träume».<sup>15</sup> Nur Konstantinopel wurde nicht erwähnt, weil die Zensur es untersagt hatte. In Wirklichkeit war die Türkei zwar besiegt, aber weit davon entfernt, von der Landkarte zu verschwinden; Griechenlands Verbündete waren weder so mächtig noch so unverbrüchliche Freunde, wie Venizelos annahm; und Griechenland selbst war tief gespalten in Anhänger und Gegner des Premierministers.

Dieser Riss war eine Folge des griechischen Kriegseintritts. Während Venizelos von Anfang an offen für die Alliierten eintrat, wollte König Konstantin, der mit einer Schwester des deutschen Kaisers verheiratet und – noch wichtiger – Realist war, die griechische Neutralität wahren. Ausserdem hatte die berauschende Vision eines Grossgriechenland auf ihn und

seine Berater keine Wirkung; sie zogen ein «kleines, aber ehrenhaftes Griechenland» vor.<sup>16</sup> In einer sich hinziehenden politischen Krise zwischen 1915 und 1917 schied Venizelos zunächst aus dem Amt, um 1916 gegen den Willen des Königs eine provisorische Regierung zu bilden und halb Griechenland in den Krieg zu führen. 1917 schliesslich war Konstantin gezwungen, das Land zu verlassen, und ein wiedervereinigtes Griechenland trat auf Seiten der Alliierten in den Krieg ein. Aber die Einigkeit war so fadenscheinig wie die Vorwände, unter denen Venizelos gegen seine Gegner vorging. Staatsapparat, Justiz, Armee und sogar die orthodoxe Kirche wurden gleichermassen gesäubert, was einen tiefen Riss in der griechischen Gesellschaft erzeugte, der sich erst eine Generation später wieder schliessen sollte.

Diese Vorgänge, wenn sie denn überhaupt wahrgenommen wurden, taten Venizelos' Ansehen im alliierten Lager keinen Abbruch. Er hatte britischen und französischen Truppen, als Griechenland noch neutral war, kühn erlaubt, in Saloniki, dem heutigen Thessaloniki, zu landen; er hatte Millionen, die Griechenland sich nicht leisten konnte, für das Militär aufgebracht, und griechische Truppen hatten nicht nur im Krieg gekämpft, sondern waren auch den alliierten Verbänden, die in Russland gegen die Bolschewisten vorgingen, zu Hilfe geeilt. Venizelos war ein loyaler Verbündeter, der den Westen und seine Werte schätzte und den deutschen Militarismus ablehnte. Wann immer möglich, zitierte er Wilsons Prinzipien, und er erwies sich als enthusiastischer Unterstützer der Völkerbundidee.<sup>17</sup>

Venizelos war einer der Stars der Friedenskonferenz, «der grösste Mann, den er je getroffen habe», bemerkte Wilson mit ungewohntem Überschwang. Er unterhielt ganze Abendgesellschaften mit Geschichten über das Guerillaleben in den kretischen Bergen, indem er etwa erzählte, wie er sich selbst Englisch beigebracht hatte, indem er, mit einem Gewehr auf den Knien, die Times las. Und nie vergass er, auf die ruhmreiche Vergangenheit und die strahlende Zukunft seines Landes hinzuweisen. «Das Ganze», schrieb Nicolson später, «war ein merkwürdiges Gemisch von Charme, Brigantentum, Weltpolitik, Patriotismus, Mannestum, Literatur – und über allem immer dieser grosse, muskulöse, lächelnde Mann, glitzernde Augen hinter den Brillengläsern, ein flaches schwarzes Seidenkappchen auf dem Kopf.»<sup>18</sup>

Am 3. Februar 1919 bekam Venizelos Gelegenheit, dem Obersten Rat

die griechischen Ansprüche zu erläutern. Er erschien mit Notizen, Statistiken und sogar Alben mit Fotos glücklicher griechischer Fischer von Inseln, die er für Griechenland beanspruchte. Es war ein überaus vernünftiger und überzeugender Vortrag, den er an diesem Vormittag und am folgenden Tag hielt. Geschichte, Sprache, Religion und natürlich, mit einem Nicken in Richtung der Amerikaner, Selbstbestimmung: er führte alles an. Es sei ganz einfach, erklärte er, in Europa müsse Griechenland den Südteil Albaniens erhalten (Nordepirus, wie er ihn nannte), und weiter östlich, zwischen Ägäis und Schwarzem Meer, Thrakien (wenigstens den westlichen Teil), ferner einige Inseln sowie ein riesiges Gebiet in Kleinasien, das sich von der Südküste des Marmarameeres fast 650 Kilometer weit an der Ägäisküste entlang bis Smyrna erstreckte. Er hob hervor, dass Griechenland Konstantinopel nicht beanspruche, bedachte die Italiener mit Komplimenten und äusserte sich lobend über die Arbeit amerikanischer Lehrer in seinem Teil der Welt.<sup>19</sup> Es war ein meisterhafter Auftritt von «erstaunlicher Stärke, gepaart mit Taktgefühl in der Argumentation», wie ein junger britischer Diplomat fand,<sup>20</sup> aber auch ein gefährlicher, für Griechenland, die Griechen und den Frieden im Nahen Osten. In diesem Augenblick des Triumphs auf der Pariser Friedenskonferenz entzündete Venizelos eine Lunte, die eine Explosion auslöste, die die alten griechischen Gemeinden in der Türkei zerstörte und die Grundlage für eine heute noch bestehende Feindschaft zwischen Griechenland und der Türkei schuf.

Ein Blick auf die Landkarte – etwas, was die grossen Staatsmänner nicht oft genug taten – hätte zudem gezeigt, dass Venizelos ein merkwürdig um das Ägäische Meer drapiertes Land vorschwebte, mit einem nach Norden zeigenden Finger an der Adria und einem zweiten, auf Konstantinopel weisenden Finger entlang der Nordküste der Ägäis sowie einem durch einen schmalen türkischen Landstreifen und die Dardanellen getrennten grossen Territorium in Kleinasien, das rund zwei Drittel von dessen Ägäisküste und das Hinterland von Smyrna umfasste. Dieses Griechenland der «zwei Kontinente und fünf Meere» wäre ein gleichsam von innen nach aussen gestülptes Land gewesen, das aus einem Landsaum um Gewässer bestanden hätte, die es nicht kontrollierte. Es hätte Feinde gehabt: die Türkei und wahrscheinlich auch Bulgarien, die beide Territorien abgeben müssten, und vielleicht auch Italien, das eigene Pläne für die Adria, Albanien und

Kleinasien hatte. Ja, sagte Venizelos, die Gestalt sei ungewöhnlich. «Aber», versuchte er den Einwand zu entkräften, «die Griechen haben seit dreissig Jahrhunderten unter diesen Bedingungen gelebt und sind in der Lage gewesen, grosse Katastrophen zu bewältigen, zu prosperieren und zu wachsen.»<sup>21</sup>

Doch wie sollte ein Volk mit fünf Millionen Menschen eine solche Last tragen? Ein Land, das so arm war, dass vor 1914 ein Sechstel seiner Einwohner – fast alle tatkräftigen jungen Männer – ausgewandert waren? Ein tief gespaltenes Land, das 1917 beinahe in einen Bürgerkrieg gestürzt wäre? Trotz aller Verweise auf die Antike war das Griechenland, das an der Friedenskonferenz teilnahm, ein neues, instabiles Land. Wie bei den anderen Balkanstaaten diente vergangener Ruhm als Ausgleich für eine unvollkommene Gegenwart.

Die von Venizelos in Paris vorgebrachten Argumente waren bei aller Logik so löchrig wie das von ihm beanspruchte griechische Staatsterritorium. Seine Statistiken waren höchst zweifelhaft, eine Mischung aus veralteten osmanischen Angaben und Wunschdenken. Den Anspruch auf Südalbanien, zum Beispiel, begründete er damit, dass Menschen, die wie Albaner aussahen und Albanisch sprachen, in Wirklichkeit Griechen seien; wenn sie orthodoxen Glaubens seien, seien sie in tiefster Seele griechisch. Deshalb gebe es in den griechischen Streitkräften so viele Männer albanischer Herkunft. Venizelos jonglierte mit Bevölkerungsstatistiken wie ein Zauberkünstler: In «Nordepirus» würden bei einer Gesamtbevölkerung von 230.000 Menschen 151.000 Griechen leben. Zöge man die rein albanischen Gebiete ab, stünden 120.000 Griechen nur noch 80.000 Albaner gegenüber. Mehrheitlich griechische Gebiete sollten natürlich Griechenland zugesprochen werden – wegen der Selbstbestimmung –, aber auch alle Territorien ohne eine klare Mehrheit: «denn es widerspräche aller Billigkeit, wenn eine Mehrheit mit einer höheren Kultur sich einer Minderheit mit einer niedrigeren Kultur beugen sollte». Die Albaner könnten sich glücklich schätzen, dass Griechenland bereit sei, sie aufzunehmen.<sup>22</sup>

Aufgrund seiner Vergangenheit war dem modernen Griechenland ein Kreis von Unterstützern sicher. So sagte Clemenceau, was bei ihm selten vorkam, mit uneingeschränkter Begeisterung zu Jean Märtet, die Menschheit habe im antiken Griechenland ihren Gipfel erreicht. «Versenken Sie sich in Griechenland, Märtet», riet er seinem Sekretär. «Das hat mich weitermachen lassen. Immer wenn ich von all der Dummheit und der Leere

der Politik genug hatte, habe ich mich mit Griechenland beschäftigt.» Die Griechen waren die Nachfahren von Homer, Perikies und Sokrates. Heitere Tempel, edle Diskuswerfer – das goldene Licht des antiken Griechenland und des Byzantinischen Reichs schien auf die in Paris versammelten Staatsmänner und verklärte die Wirklichkeit eines kleinen, innerlich zerrissenen, zurückgebliebenen Landes. Von Berlin bis Washington zeigten Parlamentsgebäude, Museen und Galerien und sogar die weissgetünchten Kirchen von Neuengland die fortdauernde Macht des antiken Griechenland über die westliche Vorstellungswelt. Der auswärtige Dienst und die Regierungen von Grossbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten waren mit klassisch gebildeten Leuten besetzt, deren Liebe zu Griechenland von keiner näheren Bekanntschaft mit dem modernen Land getrübt war.

Darüber hinaus war der Kampf des griechischen Volkes für die Befreiung von türkischer Herrschaft, der in den 1820er Jahren begonnen hatte, eines der grossen liberalen Themen Europas. Lord Byron hatte sein Leben dafür gegeben, Delacroix ihm einige seiner besten Gemälde gewidmet. Und solange die Griechen unter türkischer Herrschaft lebten, blieben auch ihre Anliegen lebendig. 1919 versammelten sich in vielen europäischen und amerikanischen Städten Unterstützer Griechenlands und seiner Forderungen, um Resolutionen zu beschliessen und Geld zu sammeln. Der *Daily Telegraph* veröffentlichte Rudyard Kiplings Nachdichtung der griechischen Nationalhymne, der «Hymne an die Freiheit». Nach Ansicht von Jules Cambon stellte die Pariser Friedenskonferenz die besten Mittel bereit, «um die alten Ansprüche der hellenischen Nation zu befriedigen und den Prozess der Unabhängigkeit, den die liberalen Nationen Europas vor hundert Jahren begonnen haben, endlich zu vollenden».<sup>23</sup>

Während Griechenland in goldenem Licht glänzte, wurde die Türkei von dunklen Erinnerungen überschattet: an wilde Reiterscharen aus Zentralasien, Halbmondfahnen vor Wien, Massaker in Bulgarien in den 1870er Jahren und erst jüngst an Hunderttausenden von Armeniern. Der Sultan war der Erbe der grossen, rücksichtslosen Kriegsherrn, vor denen Europa gezittert hatte. Im Ersten Weltkrieg war es einer der Alpträume der Alliierten gewesen, dass der Sultan, der als Kalif der geistliche Führer der Moslems auf der ganzen Welt war, alle diese Millionen zum Kampf gegen

Grossbritannien in Indien oder gegen Frankreich in Nordafrika aufrufen könnte. Die osmanische Türkei stand für die Frontstellung des Islams gegen das Christentum, und jetzt hatte man eine Chance, in diesem seit Jahrhunderten andauernden Zusammenprall der Kulturen einen Sieg zu erringen. In Grossbritannien bildeten der Erzbischof von Canterbury und andere Würdenträger umgehend ein Santa Sophia Redemption Committee zur «Erlösung» der Hagia Sophia.<sup>24</sup>

Die Welt sah nur eine zerfallende, brutale, untüchtige Macht, die nicht weiterexistieren sollte. Ihre arabischen Provinzen waren bereits verloren, befreit durch eigene Anstrengung oder die Grossmächte, je nach Standpunkt; die überlebenden Armenier hatten im Mai 1918 eine unabhängige Republik ausgerufen, und die Kurden an der Ostgrenze agitierten für einen eigenen Staat. Was das Schicksal des türkischsprachigen Kernlands betraf – Thrakien in Europa und Anatolien in Kleinasien –, so konnte es auf der Friedenskonferenz geklärt werden, nachdem die griechischen und italienischen Ansprüche erfüllt worden waren.

Grossbritannien, das die osmanische Türkei so lange gestützt hatte, musste sich nach einem anderen Partner umsehen, der das östliche Mittelmeer für seine Schiffe sichern konnte. Es wollte ganz sicher keine weitere Ausdehnung des französischen Kolonialreichs, noch wollte es, wenn es sich vermeiden liess, eigenes Geld ausgeben. Dies machte Griechenland, ein erstarktes Griechenland, so attraktiv. Da passte es gut, dass Prinzipien und Interessen sich teilweise deckten. Griechenland war westlich und zivilisiert, die osmanische Türkei asiatisch und barbarisch. Und Venizelos war so bewundernswert, «der grösste Staatsmann, den Griechenland seit Perikies' Zeiten hervorgebracht hat», wie Lloyd George fand. Ein starkes Griechenland wäre ein nützlicher Verbündeter, glaubten Lloyd George und viele im britischen Aussenministerium. Venizelos hatte das richtige Gespür, wenn er hervorhob, dass Griechenland der britischen Marine auf dem, was offensichtlich zu einem bedeutenden neuen Weg nach Indien werden sollte, Häfen und Flugplätze zur Verfügung stellen könne. Griechenland könne das durch den Zusammenbruch des Osmanischen Reichs entstandene Vakuum füllen.<sup>25</sup> Nur die Militärs, deren Aufgabe es war, auf Landkarten zu schauen sowie Stärken und Schwächen abzuschätzen, neigten zur Skepsis sowohl gegenüber der militärischen Macht Griechenlands als auch in Bezug auf die Frage, inwieweit die Türkei wirklich



am Ende war.<sup>26</sup> Als der britische Generalstab um eine Stellungnahme zu den griechischen Forderungen in Kleinasien gebeten wurde, warnte er davor, dass eine griechische Besetzung «einen Quell ständiger Unruhe schaffen [würde], die möglicherweise in einem Versuch der Türken kulminieren würde, dieses Gebiet zurückzuerobern».<sup>27</sup>

Doch Lloyd George unterstützte Venizelos in einem Mass, wie er es bei wenigen anderen tat. «Er war dem Wesen nach ein Liberaler und Demokrat», befand er, «und alle reaktionären Elemente hassten und fürchteten seine Ideale, seine Gesetzgebung und seine Persönlichkeit.»<sup>28</sup> Das hätte er auch über sich selbst sagen können: den Kämpfer, Redner, Bilderstürmer, den Mann, der gegen eine ungerechte Politik und seine eigene Regierung standhielt, wie er es während des Burenkriegs getan hatte. Die beiden Staatsmänner kannten und mochten sich seit ihrer ersten Begegnung im Jahr 1912. Es ist schwer zu sagen, wer wen mehr bezaubert hatte. Für Venizelos war Lloyd George wie ein alttestamentarischer Prophet mit «glänzenden Fähigkeiten und einem klaren, wissenden Blick auf Menschen und Ereignisse». Umgekehrt erkannte Lloyd George in Venizelos «einen grossen, einen sehr grossen Mann».<sup>29</sup> Gemeinsam entwickelten sie berückende Visionen von einem starken Bündnis zwischen Grossbritannien, Frankreich und Griechenland, das zum Nutzen aller das östliche Mittelmeer beherrschen würde. Griechenland würde gedeihen, während die osmanische Türkei zu einem Vasallenstaat herabsinken würde.

Während des Krieges blieben Lloyd George und Venizelos in Verbindung. Ersterer behauptete später sogar, Venizelos und er hätten den Sturz Konstantins gemeinsam geplant. Im Oktober 1918, als der Krieg in den letzten Zügen lag, fand Lloyd George trotz eines vollen Terminkalenders die Zeit, um bei einem Abendessen mit Venizelos über die griechischen Ansprüche zu sprechen. Das Treffen verlief in freundschaftlicher Atmosphäre, und Lloyd George stärkte Venizelos den Rücken, obwohl er sich zu diesem Zeitpunkt nicht auf die Unterstützung aller griechischen Forderungen festlegte. Venizelos hakte nach, indem er Lloyd George eine Denkschrift und einen privaten Brief schickte und unterstrich, wie sehr Griechenland sich bemühe, kooperativ zu sein. In der einzigen Frage, in der die griechische Politik für Grossbritannien zum Problem werden konnte, derjenigen nach der Zukunft Zyperns, das zu 80 Prozent griechisch war, äusserte sich Venizelos mit vollendetem Taktgefühl: Wenn die Briten die Insel

Griechenland übergeben wollten, wäre das sehr erfreulich, und natürlich würde man britischen Truppen stets gestatten, die dortigen Stützpunkte zu nutzen; sollte Grossbritannien Zypern behalten wollen, wäre das aber auch verständlich.<sup>30</sup>

Als Venizelos die griechischen Ansprüche vor dem Obersten Rat vertrat, war er sicher, die Rückendeckung der Briten zu besitzen. Darüber hinaus glaubte er vielleicht, auch auf die Franzosen zählen zu können. Immerhin kämpften griechische Truppen zusammen mit französischen gegen die Bolschewisten. Die Amerikaner waren den Griechen ebenfalls zugeneigt. Einzig die Italiener bereiteten Venizelos Sorge. Ab und an ermunterte Lloyd George ihn mit einer höflichen Frage. Wilson bat um kleinere Klarstellungen wegen der türkischen Gräueltaten; Clemenceau sagte buchstäblich nichts, und Orlando wies unaufgeregt auf Differenzen zwischen Griechenland und Italien hin, die man, wie er hoffte, rasch überwinden würde. (In dieser Hinsicht irrte Orlando, wie in vielen anderen Fragen auch.)

Venizelos schrieb voller Zuversicht nach Athen: «Ich denke, dass meine Denkschrift einen günstigen Eindruck hinterlassen hat. Dies haben mir Wilson, Clemenceau, Lloyd George und sogar Orlando versichert, als ich mich von ihnen verabschiedete.» Der griechische Aussenminister, der den Auftritt miterlebt hatte, war ebenso positiv gestimmt: «Im Prinzip haben wir alle Grossmächte auf unserer Seite – ausser Italien, das selbst über eine Vereinbarung und Versöhnung nachzudenken beginnt.»<sup>31</sup>

Die Italiener mochten an eine Versöhnung denken, aber sie dachten auch an Albanien und Kleinasien, wo sie ein Auge auf einen Teil der von Griechenland beanspruchten Gebiete geworfen hatten. Ausserdem hofften sie, den Dodekanes behalten zu können, obwohl dessen Bewohner in überwältigender Mehrheit Griechen waren. Italienische Zeitungen forderten alles ein, was man Italien versprochen hatte – und mehr. Schriftsteller schimpften über die «barbarischen» Serben und ihre Freunde, die Griechen. Die Situation in Albanien, wo Griechen und Italiener tatsächlich aufeinanderstiessen, verschlimmerte alles nur noch. Italien hatte während des Krieges einen grossen Teil Albaniens besetzt, und dort lebende Griechen und die griechische Regierung beklagten sich wiederholt über das Verhalten der Besatzer. Die Italiener, hiess es, würden die Albaner mit übertriebenen Versprechungen, beispielsweise der Befreiung von allen Steuern, auf ihre Seite zu ziehen versuchen. In Griechenland brachten die

Zeitungen reisserische Meldungen über brutale italienische Übergriffe und Vergewaltigungen. «Wenn die Mobilmachung gegen Italien ausgerufen würde», glaubte der britische Botschafter in Athen, «würde sich die gesamte Bevölkerung hinter der Fahne scharen.»<sup>32</sup>

Während des Krieges hatten Griechenland und Italien sporadisch über einen möglichen Kompromiss verhandelt, und zu Beginn der Pariser Friedenskonferenz trafen Sonnino und Venizelos, der Charmlose und der Charmante, mehrmals zusammen, um einen möglichen Handel auszuloten. Sonnino schlug vor, Griechenland solle Italien die gesamte albanische Küste sowie ungefähr die Hälfte von dessen Inland überlassen, wofür es im Gegenzug ein Gebiet um Korça (Korytsa), den Dodekanes sowie das Gebiet um Smyrna an der Küste Kleinasiens erhalten sollte. Doch während beide Gesprächspartner bereit waren, über Albanien und den Dodekanes zu verhandeln, wollte in Bezug auf Kleinasien keiner von ihnen nachgeben. Eine Übereinkunft hätte später viel Leid verhindert, aber sie hatte nie eine Chance. Beide misstrauten einander, und beide glaubten, in direkten Verhandlungen mit den Grossmächten mehr für ihre Länder herauszuholen zu können.<sup>33</sup>

Im Februar 1919 sah es so aus, als hätte Venizelos sein Glück zu Recht herausgefordert. Das einzige grosse Fragezeichen waren die Vereinigten Staaten, doch Venizelos hatte allen Grund zu der Annahme, dass er die Amerikaner ebenso für sich würde gewinnen können wie die Briten. Er unterhielt sich lange mit House, der ihm versicherte, die Vereinigten Staaten würden ihm zur Seite stehen. Nicolson arrangierte für ihn ein Treffen mit jüngeren Mitgliedern der amerikanischen Delegation. «Er ist gemässigt», notierte Nicolson hinterher, «charmant, liebenswürdig und gescheit. Ein höchst erfolgreicher Lunch.» Venizelos vermochte sein Publikum stets gut einzuschätzen. Der US-Experte Seymour schrieb über ein Treffen mit seiner Familie: «In der Erkenntnis, dass sein grösster Aktivposten unser Glaube an seine Ehrlichkeit ist, entschloss er sich, die Karten auf den Tisch zu legen und absolut freimütig zu sprechen, und ich denke, das hat er getan. Es war in ihrer Geschicktheit eine beinahe bismarcksche Politik.»<sup>34</sup> Die Amerikaner waren ihm wohlgesinnt, aber nicht blind. Sie hatten Vorbehalte in Bezug auf die griechischen Ansprüche auf Albanien und Thrakien. Was Kleinasien anging, favorisierten sie indes die griechischen Forderungen gegenüber den italienischen. Schon früh begann sich das Verhältnis zwischen Washington und Rom zu verschlechtern.

Als die Kommission für griechische und albanische Angelegenheiten ihre Arbeit aufnahm, erhöhte Venizelos den Druck und vermehrte seine ohnehin schon hektischen Aktivitäten. Nach einer weiteren Präsentation notierte Nicolson: «Er ist bezaubernd unbefangen, heiter und nobel.»<sup>35</sup> Ein Mittag- und Abendessen reihte sich an das andere; Briefe und Denkschriften flossen ihm nur so aus der Feder. In den Vereinigten Staaten und Europa organisierten seine Anhänger Versammlungen; auf dem Balkan und in der Türkei bewegten seine Agenten griechische Gemeinden dazu, Petitionen mit der Bitte, sie Griechenland anzuschliessen, an die Friedenskonferenz zu schicken. Professoren drangen darauf, Griechen nicht unter der Herrschaft der Albaner zu lassen, «des einen Volks, das Europa nicht zu zivilisieren vermocht hat». (Umgekehrt ersuchten die Albaner die Vereinigten Staaten, ein Mandat über ihr Land zu übernehmen.)<sup>36</sup> Vorsicht, mahnte ein Regierungsmitglied in Athen: «Übereifer könnte uns schaden.»<sup>37</sup>

Von der ersten Sitzung an war die Kommission in nationale Fraktionen gespalten: Briten und Franzosen unterstützten die griechischen Forderungen, die Amerikaner vertraten einen unparteiischen moderaten Standpunkt, und die Italiener lehnten so gut wie alles ab. Letztere wollten kein starkes Griechenland auf der anderen Seite der Adria haben. Die schmalste Stelle der Adria befand sich in Höhe des Stiefelabsatzes, wo, nur rund 90 Kilometer von Italien entfernt, an der albanischen Küste im Schutz der Insel Sazan der ausgezeichnete Naturhafen von Vlora lag. Wenn Italien die Stadt und ihren Hafen besässe, könnte es den Eingang zur Adria, wenn nötig, abriegeln. Befände sich auf der Ostseite der Adria jedoch eine unfreundliche Macht, wäre Italien deren Gnade ausgeliefert. Als Serbien Anspruch auf einen Landstreifen in Nordalbanien anmeldete, erhob Italien ebenfalls Einspruch. Es hatte aber auch andere Interessen: Die katholische Minderheit in Nordalbanien wurde von italienischen Schulen und Priestern betreut. Aus italienischer Sicht wäre es am einfachsten gewesen, das Gebiet ganz zu übernehmen oder einen grossen Teil Albaniens wenigstens in ein italienisches Protektorat zu verwandeln.

Im Lauf des Februar und März erschwerten die Folgen der Krise in den Beziehungen zwischen Italien und den Alliierten die Arbeit der Kommission zusehends. Die beiden italienischen Vertreter versuchten Sitzungen zu verschieben, stritten über jede Kleinigkeit, drohten mit dem Ausscheiden aus der Kommission, fehlten, Krankheiten vortäuschend, in Sitzun-

gen, was zu peinlichen Begegnungen führte, wenn andere Kommissionsmitglieder sie in Pariser Restaurants beim Essen antrafen. «Sie benehmen sich wie Kinder», bemerkte Nicolson, «und obendrein mürrische Kinder. Sie verhindern und verzögern alles ...»<sup>38</sup>

Die griechischen Ansprüche auf Albanien, die zuerst diskutiert wurden, warfen die umfassendere Frage auf, ob das erst jüngst gebildete kleine Land überhaupt überleben würde. Griechenland forderte aufgrund seiner eigenen dubiosen Nationalitätenstatistiken den grössten Teil von Südalbanien. Und da in Paris nichts einfach war, lauerten im Hintergrund weitere Probleme: Würde Italien, wenn es Erwerbungen auf dem Südbalkan machte, seine Ansprüche am Nordende der Adria fallen lassen? Würde es im Austausch für Kleinasien zurückstecken? Und wie passte die nationale Selbstbestimmung ins Bild?

Armes kleines Albanien, das so viele mächtige Feinde und so wenige Freunde hatte. Ausserdem besass es fast keine Industrie, kaum einen Handel, keine Eisenbahn und nur gut 300 Kilometer befestigter Strassen. Erst kurz vor dem Krieg durch die Zusammenlegung von vier Bezirken des Osmanischen Reichs aus dem Schatten der Geschichte getreten, hatte es kaum jemand schon einmal besucht, und über seine Geschichte und seine Bevölkerung wusste man genauso wenig. Nur wenige Albaner, wie die römischen Kaiser Diokletian und Konstantin der Grosse, hatten in der europäischen Geschichte eine Rolle gespielt. Manche sind der Auffassung, dass die Albaner die ursprünglichen illyrischen Bewohner des Balkans waren, die durch das langsame Vordringen der Slawen nach Süden und Westen in den ärmsten und unzugänglichsten Teil gedrängt wurden. Auf jeden Fall unterschied sich ihre Sprache von derjenigen ihrer montenegrinischen, serbischen und griechischen Nachbarn. Im Osmanischen Reich wurden sie wegen ihrer Kampfqualitäten und ihrer Schönheit geschätzt.

Geschichte und Geographie – das Gewirr von Bergrücken und Tälern, die sich von der Küste ins Inland hinziehen – hatten eine Vielzahl von Stämmen geschaffen, die sich untereinander ebenso misstrauten wie allen Fremden. Die Gegen im Norden und die Tosken im Süden sprachen unterschiedliche Dialekte und hatten unterschiedliche Gebräuche. Wie anderswo auf dem Balkan auch, hatte die Geschichte religiöse Spaltungen hinterlassen: Die Moslems, die 70 Prozent der Bevölkerung ausmachten, waren zum Teil Sunniten, zum Teil Schiiten, und eine Minderheit waren Derwische. Die christliche Minderheit war im Norden katholisch und im

Süden orthodox. Der Alltag war von verwirrend komplexen Regeln über Ehre und Schande geprägt. In manchen Gegenden fiel jeder fünfte Mann einer Blutfehde zum Opfer.

Die wenigen Reisenden, die zu Fuss oder auf einem Pferd nach Albanien kamen, verliebten sich häufig in Land und Leute. Byron liess sich in einer albanischen Tracht malen; ausserdem hatte er, wie kaum anders zu erwarten, eine albanische Geliebte. Am Ende des 19. Jahrhunderts reiste die Journalistin Edith Durham auf Empfehlung ihres Arztes nach Albanien, auch wenn er, als er ihr sagte, das Reisen würde ihren Nerven guttun, sicherlich nicht an Albanien gedacht hatte. Sie erkundete das Land von einem Ende zum anderen, für gewöhnlich allein oder zusammen mit einem einzigen Diener. Die Albaner wussten nicht, was sie von dieser fremden, plumpen Person halten sollten, und entschieden sich am Ende dafür, sie als Mann ehrenhalber zu behandeln. Als britische Soldaten während des Krieges durch Ostalbanien marschierten, stellten sie fest, dass der Name «Durr-ham» als eine Art Passwort funktionierte.<sup>39</sup>

Als Durham Albanien kennenlernte, begannen sich gerade nationale Gefühle zu regen. Ein österreichischer Professor verfasste ein albanisches Wörterbuch und eine albanische Grammatik, was gebildete Albaner davon überzeugte, dass sie in der Tat ein Volk sein könnten. Nach einer ausgiebigen Debatte zog man das lateinische Alphabet dem griechischen und arabischen vor. Albanische Bücher erschienen – Volkssagen, Geschichtsdarstellungen, Gedichte. Albanische Schulen wurden eröffnet, häufig heimlich. Solange die türkische Herrschaft kaum zu bemerken war, sahen viele Albaner allerdings keinen Grund, den Osmanen nicht zu dienen, ob nun als Soldat oder Beamter. Als jedoch die Jungtürken kurz vor dem Ersten Weltkrieg versuchten, dem Osmanischen Reich neues Leben einzuhauchen, lieferten sie durch ihre Repressionen den fehlenden Anlass: Nationalistische Aufstände brachen aus, die das Ziel hatten, das Land von osmanischer Herrschaft zu befreien, und die grosse albanische Gemeinde im Ausland leistete den Aufständischen begeistert Unterstützung.

1912, als es schien, als würden Albaniens Nachbarn, vor allem Griechenland und Serbien, die Osmanen ganz aus Europa vertreiben und die Kriegsbeute unter sich aufteilen wollen, wurde die Unabhängigkeit zu einer Frage des nationalen Überlebens. Das passte den Grossmächten gar nicht, die einen weiteren Krieg auf dem Balkan fürchteten und daher 1913

Albanien schufen. Seine Grenzen wurden von einer internationalen Kommission gezogen, begleitet von den Einwänden der Serben und Griechen. Als die Kommission Südalbanien besuchte, bemerkte ein aufmerksamer Journalist, dass sie bei jedem Stopp von denselben Menschen mit Schildern, auf denen «Willkommen in einer griechischen Stadt» stand, erwartet wurden. Griechische Soldaten, die das Gebiet vorübergehend besetzt hielten, liessen Kinder griechische Lieder singen und Hausbesitzer ihre Häuser in den griechischen Nationalfarben anstreichen. Nachdem Griechenland seine Truppen abgezogen hatte, fuhr es fort, irreguläre Kämpfer ins Land zu schleusen, die einen Aufstand zu entfachen versuchten.

Albaniens kurze Geschichte verlief wenig glücklich. Stammeschefs, Wegelagerer, türkische Loyalisten, griechische, serbische und italienische Agenten: sie alle verfolgten unter einer schwachen Regierung ihre eigenen Ziele. Eine Figur ragte heraus: der unheimliche, verschlagene Essad Pascha Toptani. Angeblich kannte er, obwohl er keine Fremdsprache richtig beherrschte, den Wert sämtlicher europäischer Währungen. Er hatte verschiedentlich für die Osmanen gearbeitet, als Polizeichef in Shkodra (Scutari), für die Jungtürken, die Montenegriner (die ein Auge auf Nordalbanien geworfen hatten) und die Italiener, aber vor allem immer für sich selbst. Seine Landsleute fürchteten und hassten ihn.

In diesen Mahlstrom schickten die Grossmächte in ihrer Weisheit den deutschen Prinzen Wilhelm zu Wied, nunmehr Fürst von Albanien. Wied, laut Durham ein «schwaches Rohr», dem es an «Tatkraft, Takt und Manieren fehlte und der nichts über sein Land wusste»,<sup>40</sup> beging die stupende Dummheit, Essad zum Verteidigungsminister zu ernennen. Der neue Fürst hielt sich nur ein halbes Jahr auf dem Thron, bevor er zurück nach Deutschland floh, während in Albanien fünf verschiedene Grüppchen für sich beanspruchten, die Regierung von Albanien zu sein. Inzwischen war der Erste Weltkrieg ausgebrochen, und Albanien wurde aufgrund seiner geographischen Lage fast sofort in ihn hineingezogen. Italienische Truppen überquerten die Adria und besetzten Vlora, während Griechenland in den Süden einfiel. Als die serbische Armee 1915 vor den Österreichern zurückwich, marschierte sie durch Albanien. Damit begann ein neues Kapitel in der langen Geschichte des zwischen Serben und Albanern herrschenden Misstrauens, das unter anderem davon handelte, wie die verzweifelten

Serben auf ihrem Weg zur Adria durch albanische Wegelagerer drangsaliert wurden.<sup>41</sup>

Bei Kriegsende war fast ganz Albanien besetzt: im Norden von Serben, im Süden von Griechen und Italienern, die meisten Küstenstädte von Italienern und das Inland um Shkodra im Norden und Korça im Südwesten von Franzosen, Letzteres unter einer kuriosen Fahne, welche die französischen Nationalfarben mit einem traditionellen albanischen Muster ver-einte. Im Süden eröffneten die Griechen Schulen und hielten Wahlen ab, in denen Abgeordnete für das griechische Parlament bestimmt wurden. Insgeheim verhandelten Serbien und Griechenland über eine Aufteilung Albaniens, doch damit schlossen sie Italien aus, dem im Londoner Vertrag Vlora versprochen worden war. (1917 hatte Italien versucht, ganz Albanien in die Hand zu bekommen, musste aber einen Rückzieher machen.) Der Vertrag deutete auch auf ein anderes Arrangement hin: eine Zerstückelung Albaniens zwischen Serbien, Montenegro und Griechenland, mit einem italienisch kontrollierten Ministaat in der Mitte.<sup>42</sup>

Angesichts dieser Gefahren für ihr Land versuchten die Albaner, sich zusammenzurufen. Im Dezember 1918 kamen Vertreter aus verschiedenen Teilen des Landes zusammen, um eine provisorische Regierung unter Turhan Pascha Përmeti zu wählen, einem älteren Herrn, der einst osmanischer Diplomat gewesen war. Essad, der wie üblich seine eigenen Pläne verfolgte, bestand darauf, dass er Albaniens Präsident oder wahlweise König werden müsse. Als die provisorische Regierung eine Delegation mit Turhan Pascha an der Spitze nach Paris entsandte, begab sich Essad auf eigene Faust ebenfalls dorthin und stritt sich heftig mit den offiziellen Delegierten, denen er einmal sogar wie der sprichwörtliche Esel, der einen anderen Langohr nennt, vorwarf, sie würden sich mit den Italienern verschwören.<sup>43</sup> Sein Aktionsradius war jedoch eingeschränkt, da er sich aus Angst, seine vielen Feinde könnten es auf sein Leben abgesehen haben, kaum aus dem Hotel wagte.

Albaniens Freunde im Ausland, ein bunter Haufen, taten, was in ihre Kraft stand, um dem Land zu helfen. Eine Gruppe heuerte einen charman-ten ungarischen Adligen an, um bei den Amerikanern gut Wetter zu machen. Leider stellte sich heraus, dass seine Hauptleidenschaft und das Thema all seiner Gespräche der Gebissaufbau der Dinosaurier war. Die Gesamtalbanische Föderation von Amerika entsandte einen ähnlich un-



tauglichen albanischen Missionar. Dann gab es noch Aubrey Herbert, einen jüngeren Sohn einer der grossen britischen Adelsfamilien. (Sein Halbbruder George, der 5. Earl of Carnarvon, war der Entdecker des Grabes von Tutanchamun.) Er beherrschte mehrere Sprachen, einschliesslich des Türkischen und des Albanischen, und stand als unbezahlter Agent im Dienst des britischen Aussenministeriums. Die Albaner trugen ihm den Thron ihres Landes an, aber er lehnte ab. Stattdessen gründete er die Anglo-Albanische Gesellschaft, die sich für die albanische Unabhängigkeit einsetzte. Ihre Sekretärin wurde Edith Durham.<sup>44</sup>

Am 24. Februar bot der Oberste Rat Turhan Pascha eine Bühne. Der greise Politiker «brummt in seinen hennagefärbten Bart», notierte Nicolson. «Die Zehn schwatzen und lachen derweil. Ziemlich peinlich.»<sup>45</sup> Die Albaner ergaben sich der Gnade der Friedenskonferenz und insbesondere der Amerikaner. «Sie vertrauen darauf», hiess es in ihrer schriftlichen Stellungnahme, «dass das grosse Nationalitätsprinzip, das Präsident Wilson und seine grossen Verbündeten so klar und feierlich verkündet haben, nicht vergebens proklamiert worden ist und dass ihre Rechte – die bis heute mit Füssen getreten wurden – respektiert werden.»

Die Albaner bestritten die griechischen Ansprüche mit eigenen Zahlen: Im Gegensatz zu den Griechen, die in Südalbanien 120.000 ihrer Landsleute zählten, konnten sie nur 20.000 ausmachen. Die Religion sei kein Beleg für irgendetwas. Ob Christen oder Moslems, alle Albaner seien in der Liebe zu ihrem Land vereint, und das seit Jahrhunderten. Die Griechen würden behaupten, zivilisierter zu sein als die Albaner, gleichwohl hätten sie furchtbare Gräueltaten begangen. Ebenso wie die Serben. Während des Krieges hätten die Albaner alles in ihrer Macht Stehende getan, um den Alliierten zu helfen. Albanien dürfe kein Territorium verlieren; wenn es gerecht zugehe, müsse es vielmehr serbische, montenegrinische und griechische Gebiete mit eindeutiger albanischer Bevölkerungsmehrheit zugesprochen bekommen.

Zu den Territorien, welche die Albaner für sich beanspruchten, gehörte das Kosovo, eine relativ wohlhabende ländliche Region an der Nordwestgrenze Albaniens, wo, wie man sagte, seit «unvordenklichen Zeiten» Albaner lebten. Die Serben, die ebenfalls Anspruch auf das Kosovo erhoben, hatten sich erst im 7. Jahrhundert dort angesiedelt. Darüber hinaus hatte sich Serbien, das es seit 1913 kontrollierte, dort abscheulich verhalten.

Sollten die Albaner weiter unter serbischer Herrschaft leben müssen, wäre Ärger vorprogrammiert.<sup>46</sup> Umgekehrt sagten die Serben das Gleiche über die Albaner.

Abgesehen von allem Recht und Unrecht der Vergangenheit, war klar, dass der albanische Anspruch gut fundiert war, immerhin bildeten Albaner die Bevölkerungsmehrheit. Doch das Kosovo war etwas Besonderes. Für die Serben war es der Ort eines nationalen Mythos. 1389 hatten die Osmanen dort die Serben besiegt und unter ihre Herrschaft gezwungen. Die Schlacht auf dem Amselfeld endete zwar mit einer Niederlage der Serben, aber es war für sie paradoxerweise ein grosser Sieg, der durch die Jahrhunderte alljährlich gefeiert wurde. Der Legende zufolge stellte ein Heiliger in Gestalt eines Falken den serbischen Fürsten vor die Wahl, die irdische Schlacht oder den Himmel zu gewinnen. Er wählte Letzteren, und obwohl er starb, waren seine und die Rettung der christlichen Serben sicher. «Diese Region war im 13. Jahrhundert unbestreitbar Teil des grossen Serbischen Reichs», erklärte Bonsai. «Sollte es jetzt Belgrad zurückgegeben werden? Sollten Kalifornien und Neumexiko an Spanien oder Mexiko zurückgegeben werden? Ich weiss nicht.» Eine Lösung wäre ein einfacher Bevölkerungsaustausch gewesen. «Alles wäre gut, wenn zwischen den Streithähnen freundschaftliche Beziehungen gestiftet werden könnten, aber leider halten alle Experten dies für unmöglich. Wenigstens in diesem Punkt sind sie sich alle einig.»<sup>47</sup>

Das Kosovo wurde 1919 nicht zum Thema gemacht, weil die Mächte keinen Anlass hatten, die Grenzen Albaniens in irgendeiner Richtung zu verschieben. Albanien war schwach, seine Regierung untauglich. Was spielte es für eine Rolle, ob eine halbe Million albanischer Bauern unter serbischer oder jugoslawischer Herrschaft lebten? In den folgenden Jahren vernahm die Welt gelegentlich ein unzufriedenes Murren. Albanische Priester protestierten beim Völkerbund gegen die Schliessung ihrer Schulen. Während des Zweiten Weltkriegs besetzte Albanien schliesslich mit deutscher und italienischer Unterstützung das Kosovo. Doch Tito, der neue Herrscher über Jugoslawien, gewann es nach Kriegsende zurück. Albanien murrte, wagte aber nicht, etwas zu unternehmen. Und im Vergleich zu dem, was später kommen sollte, war Titos Herrschaft relativ leicht zu ertragen.

Die Kommission für griechische Angelegenheiten ignorierte Albanien und seine Ansprüche. Die meiste Zeit war sie mit dem Versuch beschäftigt,

die widerstreitenden italienischen und griechischen Forderungen irgendwie in Einklang zu bringen. Verschiedene Pläne wurden erwogen, etwa ein italienisches Mandat für ganz Albanien oder ein griechisches für Südalbanien. Die Franzosen verlangten, hauptsächlich, um eine Expansion Italiens zu verhindern, Korça im Süden an Griechenland zu übergeben, weil es die einzige Verbindungsstrasse zwischen der griechischen Adriaküste und dem griechischen Mazedonien kontrollierte. Die Gerüchteküche kochte: Italien und Griechenland verhandelten wieder über ein Separatabkommen;<sup>48</sup> Italien versorge verbündete albanische Banden mit Waffen; Frankreich beabsichtige die Besetzung von Korça aufrechtzuerhalten, es sei denn, es werde Griechenland zugesprochen. Die Amerikaner, die für gewöhnlich als Vermittler agierten, blieben merkwürdig passiv, vielleicht, weil der engste Kreis um Wilson von der Arbeit am deutschen Vertrag und der Sorge über die sich verschlechternden Beziehungen zu Italien in Anspruch genommen war. Verzweifelt schlug Nicolson als britisches Kommissionsmitglied einen absurden Plan vor, der die Aufteilung Albaniens in mehrere Teile vorsah: Der Norden sollte an Serbien gehen, in der Mitte ein moslemischer Staat unter italienischem Mandat gebildet werden, der Süden unter griechische Herrschaft kommen und das Problem Korça durch die Gründung einer albanischen Zentraluniversität unter amerikanischem Schutz gelöst werden.<sup>49</sup>

Die Albaner versuchten, bei den Grossen Vier Gehör zu finden. Sie seien über die Idee eines italienischen Mandats entsetzt, berichtete Wilson, der mehrere Petitionen erhalten hatte. Vielleicht sollte man ihnen die Unabhängigkeit gewähren. «Ich weiss wirklich nicht», warf Lloyd George ein, «was sie damit anfangen würden, ausser sich gegenseitig die Kehle aufzuschlitzen.» Albanien sei wie das schottische Hochland im 15. Jahrhundert. «Machen Sie mir die Berge von Schottland nicht schlecht», erwiderte Wilson. «Sie sind der Ursprungsort meiner Familie.» Damit war das Thema, soweit es den Rat der Vier betraf, erledigt.<sup>50</sup>

Im Sommer 1919 kam in Italien eine neue, flexiblere Regierung an die Macht, die mit Venizelos, der seinerseits unter Druck stand, für die umstrittenen griechischen Ansprüche einen Vergleich zu finden, eine Übereinkunft traf. Es war ein altmodischer Kuhhandel: Italien würde die griechischen Forderungen, einschliesslich des Anspruchs auf Thrakien, unterstützen, wenn Griechenland seinen Anspruch auf das von Italien geforder-

te Gebiet im Süden Kleinasiens aufgab. Ausserdem würde Italien den Dodekanes, bis auf die bedeutendste Insel, Rhodos, zurückgeben. (Dies war freilich ein kleineres Opfer, als es den Anschein hatte, denn Italien hatte keinerlei Rechtsanspruch auf die Inselgruppe.)

Was Albanien betraf, willigte Italien darin ein, dass Griechenland den Süden erhalten sollte; umgekehrt würde Griechenland den italienischen Besitz der Hafenstadt Vlora und ihres Hinterlands sowie ein italienisches Mandat über den Rest des Landes anerkennen. Als Symbol der neuen Kompromissbereitschaft sollte eine Eisenbahnstrecke von Vlora nach Athen gebaut werden. Doch andere Mächte erhoben umgehend Einwände. Frankreich weigerte sich, Korça aufzugeben, bis ein umfassendes Abkommen geschlossen war, und der neue Staat Jugoslawien störte sich daran, dass er eine noch längere Grenze mit Italien bekommen sollte. Ausserdem wollte Belgrad, wenn Griechenland und Italien Teile Albaniens erhielten, im Norden ebenfalls ein Stück vom Kuchen abhaben.

Der vernichtende Schlag für die Übereinkunft kam im Februar 1920 von unerwarteter Seite. Wilson, der den Kampf um die Ratifizierung des Versailler Vertrags durch den Kongress verloren hatte, hielt unbeirrt an seinen Prinzipien fest. Die Vereinigten Staaten, erklärte er in einer Note, seien nicht bereit, dem Volk von Albanien eine Ungerechtigkeit zuzufügen. Im Frühjahr befand sich ganz Albanien im Aufstand gegen die italienische Besetzung. Dessen Kosten waren für Italien zu hoch; im August unterzeichnete es einen Waffenstillstand, der ihm nur noch die Insel Sazari vor dem Hafen von Vlora beliess. «Es ist sehr traurig», kommentierte eine italienische Zeitung den Rückzug, «Zeuge dieses Debakels zu sein, nachdem so viel edlen, grossmütigen italienischen Bluts vergossen worden ist und so viele Millionen für eine grosse Zivilisierungsarbeit sowie für die Sicherheit unserer Grenzen ausgegeben worden sind.»<sup>51</sup> Frankreich zog sich aus Korça zurück, und Griechenland und Jugoslawien liessen fürs Erste ihre Forderungen fallen. Ende 1920 wurde Albanien als unabhängiger Staat mit exakt denselben Grenzen wie 1913 in den Völkerbund aufgenommen.

Nicht umsonst war Albanien jedoch das Geburtsland des Königs, der dem Pyrrhussieg einst seinen Namen gab. Die albanische Innenpolitik blieb unverändert turbulent. Essad verwirklichte kurzzeitig seinen Traum

vom Königtum, sass allerdings nie auf seinem Thron, denn trotz seiner Leibwächter und Brownings wurde er, als er das Hôtel Continental in Paris verliess, von einem seiner alten Feinde erschossen. Der Attentäter fiel später seinerseits einem Anschlag zum Opfer, hinter dem Essads Neffe Ahmet Zogu stand, der sich 1928 zum König aufschwingen sollte.

In Bezug auf Thrakien lief es für Griechenland besser. Venizelos beanspruchte fast die gesamte Region, verzerrte dabei allerdings durch geschicktes Jonglieren mit den Zahlen die Bevölkerungszusammensetzung. In Ostthrakien gab es wahrscheinlich eine griechische Mehrheit; in den westlichen Teilen, die seit 1913 zu Bulgarien gehörten, bildeten dagegen die Türken eine Mehrheit im Verhältnis von drei zu eins gegenüber den Griechen. Ausserdem gab es eine bedeutende bulgarische Minderheit.<sup>52</sup> Das war problematisch, wenn das von den Amerikanern bevorzugte Nationalitätsprinzip angewendet werden sollte, denn dann könnte Griechenland allenfalls Ostthrakien beanspruchen. Westthrakien würde an die Türkei zurückgehen oder vielleicht bei Bulgarien verbleiben, das die dortigen Seehäfen brauchte. Die Italiener, die Gerüchten zufolge zusammen mit den Bulgaren gegen Serbien intrigierten, unterstützten die letztere Variante.<sup>53</sup> Auf jeden Fall wäre der Hauptteil Griechenlands durch ein anderes Land von der neuen Provinz Ostthrakien getrennt. Die Griechen behaupteten, die dort lebenden Bulgaren und viele der Türken seien eigentlich Griechen. «Sie sind von direkter attischer Abstammung», versicherte ein griechischer Delegierter Bonsai. «Das Land ist voll von ihnen, aber um ihre grimmen slawischen Nachbarn zu beschwichtigen und um im Alltag verstanden zu werden, haben viele die Kenntnis ihrer Muttersprache völlig verloren.» Alternativ erklärten die Griechen, die moslemische Mehrheit in Westthrakien, ob nun bulgarisch- oder türkischsprachig, würde am liebsten unter griechischer Herrschaft leben. Passenderweise konnte Venizelos ein Bittschreiben thrakischer Moslems vorweisen, in dem es hiess: «Es wäre nicht gerecht, zuzulassen, dass wir unter dem härtesten, erbarmungslosesten Joch leiden müssen, das man sich vorstellen kann – dem bulgarischen.»<sup>54</sup>

Aber wie dem auch sei, fügten die Griechen hinzu, wieso sollte man unterlegenen Feinden Beachtung schenken? Venizelos war bereit, der Türkei unmittelbar nördlich von Istanbul einen kleinen Streifen von Thrakien zu überlassen. (Er hoffte natürlich, dass die Stadt und ihre Umgebung bald in

griechischer Hand sein würden.) Was Westthrakien anging, sei es für die künftige Sicherheit der Welt, vom Balkan ganz zu schweigen, besser, wenn Bulgarien es in Gänze an Griechenland abtrete. «Welche Zugeständnisse man auch machte, sie wären nutzlos, denn Bulgarien würde nicht ruhen, ehe man ihm den gesamten Balkan übergeben würde. Bulgarien beanspruche die vollständige Hegemonie über die gesamte Halbinsel, und es würde jede Gelegenheit ergreifen, seine Ansprüche durchzusetzen. Bulgarien verkörpere auf dem Balkan das Preussen Westeuropas.»<sup>55</sup> Briten und Franzosen, die Bulgarien nicht mochten, pflichteten Venizelos bei. Ungeachtet aller anderen Überlegungen brauchte Griechenland eine Landverbindung nach Ostthrakien.

Die Amerikaner, die eine Schwäche für das Land hatten, und die Italiener erhoben den Einwand, Bulgarien würde ökonomisch leiden, wenn es alle Mittelmeerhäfen verlöre. Doch Venizelos hatte wie immer eine Erwiderung parat: «Das Nationalitätsprinzip sollte den Vorrang haben vor ökonomischen Erwägungen. Bulgarien habe ausgezeichnete Häfen am Schwarzen Meer.» Zudem wäre es ihm angesichts seines früheren Verhaltens zuzutrauen, dass es U-Boot-Stützpunkte an der Ägäis errichten und Griechenland bedrohen würde. Wenn es wirklich einen Aussenposten benötige, sei Griechenland bereit, ihm die Nutzung eines Hafens zu gestatten. (Als solch eine Klausel tatsächlich vorgeschlagen wurde, wies Bulgarien sie umgehend zurück: «Ein Zugang Bulgariens [zur Ägäis] durch türkische oder griechische Gebiete ist nicht allein unmöglich, sondern auch psychologisch unannehmbar.»)<sup>56</sup>

Die griechische Kommission empfahl schliesslich die Übergabe beider Teile Thrakiens an Griechenland. Doch die Friedenskonferenz vertagte die Entscheidung mit der Begründung, sie könne noch nicht getroffen werden, da zuvor das Schicksal Konstantinopels geklärt werden müsse. Man sprach davon, dass die Vereinigten Staaten ein Mandat übernehmen könnten. Als Thrakien im Sommer 1919 erneut zum Thema der Verhandlungen wurde, hatten die Vereinigten Staaten die Idee eines Mandats aufgegeben und lehnten die Übergabe Westthrakiens an Griechenland zudem grundsätzlich ab, es sollte bei Bulgarien verbleiben. Dies rief jedoch den Unwillen der Briten hervor, die einwandten, wenn man jetzt eine der griechischen Forderungen nicht erfülle, müsse das ganze Paket noch einmal aufge-

schnürt werden. Grossbritannien machte sich mittlerweile grosse Sorgen über Griechenland, das in Kleinasien in ernste Schwierigkeiten zu geraten drohte. Venizelos war im Innern schweren Angriffen ausgesetzt; wenn er nicht einige wirkliche Gewinne vorweisen könne, gestand er Lloyd George, sei seine Stellung stark gefährdet.<sup>57</sup>

Der schrittweise Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa ermöglichte es den europäischen Mächten, deren Wünsche zu ignorieren. Durch den Vertrag von Neuilly mit Bulgarien, der im November 1919 unterzeichnet wurde, verlor Bulgarien Westthrakien. Die bulgarische Delegation richtete einen letzten, vergeblichen Appell an die Friedensmacher: «Die Herauslösung Westthakiens aus dem bulgarischen Staat, die nicht einmal unsere Feinde im Balkankrieg von 1912/13, die Griechen und Serben, gewagt hatten, ... würde Bulgarien – geographisch gesehen – auf unabsehbare Zeit von Frankreich und den See-Grossmächten entfernen.»<sup>58</sup> 1920 übergaben die Alliierten beide Teile Thrakiens, die inzwischen von der Türkei abgetrennt worden waren, an Griechenland. Es sollte seine Neuerwerbungen allerdings nur exakt zwei Jahre in Frieden geniessen können. Weit im Süden, in Kleinasien, zerschellte die «grosse Idee» an der rauhen Wirklichkeit. Griechenland hatte zu viel gewollt und sich überdehnt und dadurch die Kräfte des türkischen Nationalismus wachgerufen.

## Das Ende der Osmanen

Weit entfernt von Paris, an Europas Südostspitze, hatte eine andere grosse Stadt über die Vergangenheit geklagt und voller Unruhe an die Zukunft gedacht. Byzantion beziehungsweise Byzantium für Griechen und Römer, Konstantinopel für die Friedensmacher, Istanbul für die Türken war die Hauptstadt des glanzvollen Byzantinischen und dann, ab 1453, des siegreichen Osmanischen Reichs gewesen. Doch jetzt befand sich das Osmanische Reich seinerseits im Niedergang. Die Stadt quoll über von Flüchtlingen und Soldaten der besiegten Armeen, und es fehlte an allem, an Brennstoff und Lebensmitteln ebenso wie an Hoffnung. Ihr Schicksal und dasjenige des ganzen Reichs schien von der Friedenskonferenz abzuhängen.

In Konstantinopel hatte sich eine historische Schicht über die andere gelegt und Kirchen und Moscheen, Fresken und Mosaiken, Paläste, Basare und Fischerdörfer hinterlassen. Vor den dicken Stadtmauern waren Invasoren aus Europa und dem Osten aufgetaucht, Perser, Kreuzzugsritter, Araber und schliesslich Türken. Der letzte byzantinische Kaiser fand 1453, als die Osmanen die Eroberung seines Reichs vollendeten, bei der Verteidigung der Stadt den Tod. Unter ihren Strassen lagen die Scherben der Antike, uralte Mauern, Gewölbe, Durchgänge, eine grosse byzantinische Zisterne mit einem von griechischen und römischen Säulen getragenen Deckengewölbe. Überragt wurde all dies von den Minaretten der Moscheen – von denen manche, wie die Hagia Sophia, umgewandelte christliche Kirchen waren – und von dem von den Genuesern erbauten Befestigungsturm. Auf der anderen Seite des tiefen Einschnitts des Goldenen Horns lag das alte Stambul mit seinem Elend und seiner Pracht, gegenüber dem weiträumigeren modernen Viertel, in dem die Ausländer wohnten. Es war eine Stadt mit vielen Erinnerungen und vielen Völkern.

Rundherum war Wasser, die Altstadt selbst auf drei Seiten von ihm geschützt. Im Nordwesten führte der Bosphorus ins Schwarze Meer und über dieses nach Russland und Zentralasien. Im Südwesten verbanden die Dardanellen das Marmara- mit dem Mittelmeer. Die Geographie hatte die



Stadt geschaffen und über die Jahrhunderte hinweg ihre Bedeutung erhalten. Von der Antike, als Jason an ihr vorbeisegelte und Alexander der Grosse nahebei einen grossen Sieg über die Perser errang, bis in modernere Zeiten, als die russische Zarin Katharina die Grosse und der deutsche Kaiser Wilhelm II. sie in die Hand zu bekommen versuchten, war die Stadt eine höchst attraktive Beute gewesen.

Ein grosser Teil der diplomatischen Aktivitäten des 19. Jahrhunderts hatten der Kontrolle über bedeutende Wasserwege wie die Verbindung zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer gegolten. Russland verlangte es nach Warmwasserhäfen mit Zugang zu den Weltmeeren, während Grossbritannien das marode Osmanische Reich stützte, damit die Russen im Schwarzen Meer eingeschlossen blieben. (Erst in den dunkelsten Momenten des Krieges hatte Grossbritannien Russland die Kontrolle über die türkischen Meerengen zugestanden, doch zum Glück für die Briten hatte die Revolution von 1917 verhindert, dass es sich die Beute sicherte.) Die Türken, die einst bis an die Tore von Wien gelangt waren, hatten wenig zu sagen. Auch die Revolte der Jungtürken kurz vor dem Krieg vermochte den Niedergang nicht aufzuhalten. Das Reich schrumpfte unaufhaltsam, auf dem Balkan ebenso wie in Nordafrika.

1914 beschlossen die Führer der Osmanen, Russland, das jetzt mit Grossbritannien verbündet war, die Stirn zu bieten, und so trat das Osmanische Reich auf Seiten Deutschlands und Österreich-Ungarns in den Krieg ein. Es war ein Glücksspiel, das es verlor. Es kämpfte, bedenkt man seine Schwäche, erstaunlich tapfer. In Mesopotamien und Gallipoli demütigten türkische Truppen die Alliierten, die mit raschen Siegen gerechnet hatten. Aber 1918 war das Glück der Osmanen aufgebraucht. Der Zusammenbruch Bulgariens im September öffnete von Westen aus den Weg nach Konstantinopel, während britische und indische Truppen von Süden und Osten vorrückten. Am Ostende des Mittelmeers versammelten sich alliierte Kriegsschiffe in gewaltiger Zahl. Nur an der Nordostgrenze, hinter der das alte Russische Reich zerfiel, erhielten die Osmanen eine Atempause. Aber sie waren zu schwach, um daraus Nutzen ziehen zu können. War ihr Reich vor dem Krieg Stück um Stück beschnitten worden, so schmolz es jetzt zusammen wie ein Schneehaufen im Frühling. Die arabischen Gebiete waren verloren, von Mesopotamien bis Palästina und von Syrien bis zur Arabischen Halbinsel. An der Ostküste des Schwarzen

Meers kämpften Untertanenvölker – Armenier, Georgier, Aserbaidshaner, Kurden – im Grenzland zu Russland um die Errichtung eigener Staaten. «Die allgemeine Stimmung der Türken», berichtete ein amerikanischer Diplomat, «ist, während sie auf das Ergebnis der Friedenskonferenz warten, von Hoffnungslosigkeit geprägt.» Wie so viele andere Völker schauten sie erwartungsvoll auf die Amerikaner; vielleicht würde das Selbstbestimmungsprinzip wenigstens die türkischsprachigen Gebiete in Ostthrakien und Anatolien retten.<sup>1</sup> In Konstantinopel gründeten Intellektuelle eine «Gesellschaft für die Wilsonschen Prinzipien».<sup>2</sup>

Die Männer, die das Reich in den Krieg geführt hatten, traten in der ersten Oktoberwoche zurück und flohen auf ein deutsches Kriegsschiff. Eine Interimsregierung streckte Friedensfühler nach London aus, und die britische Regierung erklärte sich umgehend zu Verhandlungen auf der Ägäisinsel Mudros bereit, zum Teil auch, um Frankreich zuzukommen. Obwohl die Briten die Waffenstillstandsbedingungen mit den Franzosen abgestimmt hatten, vertraten sie jetzt die merkwürdige Auffassung, dass sie die Verhandlungen führen müssten, da sich die Türken zuerst an sie gewandt hätten. Sowohl die französische Regierung als auch der höchste französische Admiral in Mudros protestierten vergeblich. Sämtliche Verhandlungen wurden vom britischen Kommandeur, Admiral Arthur Caithorpe, geführt.<sup>3</sup>

Die osmanische Delegation wurde von dem jungen Marinehelden und neuen Marineminister Hussein Rauf geleitet, der am 28. Oktober auf Caithorpes Flaggschiff, der *Agamemnon*, eintraf. Die Verhandlungsmosphäre war höflich, sogar freundlich. Rauf fand Caithorpe aufrichtig und direkt – und beruhigend, immerhin versprach er, dass Grossbritannien die Türkei, denn sie war alles, was vom Osmanischen Reich übrig geblieben war, behutsam behandeln werde. Man werde Konstantinopel wahrscheinlich nicht besetzen, ganz gewiss aber werde man es weder griechischen noch italienischen Truppen – die von den Türken besonders gefürchtet wurden – gestatten, dort zu landen. Bei seiner Rückkehr nach Konstantinopel erklärte Rauf einem Reporter: «Ich versichere Ihnen, dass kein einziger feindlicher Soldat in unserem Istanbul an Land gehen wird.» Die Briten hätten die türkische Delegation ausgesprochen gut behandelt. «Der Waffenstillstand, den wir geschlossen haben», fügte er hinzu, «übertrifft alle unsere Hoffnungen.» Obwohl er alle von den Briten verlangten

Bedingungen akzeptiert hatte, verliess er sich auf Caithorpes Wort, dass sie nicht unfair ausgenutzt werden würden. Die Briten seien lediglich an der freien Durchfahrt durch die Meerengen interessiert. Warum sollten sie in Konstantinopel oder irgendwo sonst einmarschieren? Immerhin hatten sie bereits die arabischen Gebiete besetzt. «Mir fällt kein anderes Gebiet ein, das sie aus nationalem Interesse haben wollen und daher einzunehmen versuchen könnten.»<sup>4</sup>

Nachdem Rauf und Caithorpe am 30. Oktober das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet hatten, stiessen sie fröhlich mit Champagner an. Rauf, schrieb der Kapitän der Agamemnon an seine Frau, «hielt eine sehr freundliche kleine Ansprache, in der er mir für meine Gastfreundschaft und meine Rücksichtnahme auf ihn, der formal ein Feind sei, dankte». Die Fotografie ihrer kleinen Zwillingssöhne sei für Rauf, wie er sagte, eine Quelle der Inspiration gewesen. «War das nicht reizend?»<sup>5</sup>

Die britische Regierung war erfreut, als sie vom Abschluss des Waffenstillstands erfuhr, und begann sofort darüber zu diskutieren, wie man Konstantinopel angesichts der «Mentalität des Ostens» besetzen sollte. Die Briten und ihre Verbündeten hatten die Absicht, die Waffenstillstandsbedingungen rigoros durchzusetzen. Sämtliche türkischen Kasernen waren zu übergeben; Eisenbahnstrecken und Telegraphenverbindungen sollten von den Alliierten betrieben werden, und die türkischen Häfen mussten für alliierte Kriegsschiffe geöffnet werden. Die verheerendste Vorschrift war der siebente Paragraph, der schlicht lautete: «Sollte eine für die Alliierten bedrohliche Situation eintreten, haben sie das Recht, jeden strategischen Punkt zu besetzen.» Im Rückblick bemerkte Rauf Jahre später: «Man war in unserem Land allgemein überzeugt, dass England und Frankreich Länder waren, die sich nicht nur an schriftliche Verträge, sondern auch an mündlich gegebene Versprechen hielten, und auch ich war davon überzeugt. Welche Schande, dass wir uns geirrt hatten!»<sup>6</sup>

Von seinem Posten weit im Süden nahe der syrischen Grenze schrieb einer von Raufs Freunden, selbst ein Kriegsheld, bestürzt an die Regierung: «Wenn wir unsere Truppen demobilisieren und alles akzeptieren, was die Briten verlangen, ohne etwas zu unternehmen, um Missverständnisse und falsche Interpretationen des Waffenstillstandsabkommens zu vermeiden, wird es uns nach meiner ernststen, aufrichtigen Meinung unmöglich sein, den beghrlichen Absichten Grossbritanniens irgendetwas

entgegenzusetzen.»<sup>7</sup> Mustafa Kemal, besser bekannt als Atatürk, eilte nach Norden, um in Konstantinopel jeden, der ihn empfing, von führenden Politikern bis zum Sultan selbst, zu drängen, eine starke, national gesinnte Regierung zu bilden, um den Ausländern Paroli zu bieten. Er stiess bei vielen auf Sympathie, doch der Sultan zog es vor, die Alliierten zu beschwichtigen. Im November 1918 löste er das Parlament auf und versuchte mit Hilfe seiner eigenen Leute zu regieren.

Die grosse Linie der Sultane, die einst Suleiman den Prächtigen hervorgebracht hatte, war zu Mehmed VI. herabgesunken, dessen Hauptverdienst darin bestand, die Herrschaft dreier Brüder überlebt zu haben. Der erste war abgesetzt worden, als er dem Wahnsinn verfiel; der zweite, ein paranoider, grausamer Mann, fürchtete sich derart vor Feinden, dass er einen Eunuchen beschäftigte, der den ersten Zug von jeder seiner Zigaretten rauchen musste; und der dritte war der apathische alte Mann gewesen, der bis zum Sommer 1918 das Reich regiert hatte. Mehmed VI. war zwar gesund, aber es war schwer einzuschätzen, wie viele Gedanken in seinem knochigen Kopf verborgen waren. Er bestieg den Thron mit grossen Bedenken. «Ich weiss nicht, was ich machen soll», sagte er zu einem hohen Geistlichen. «Beten Sie für mich.»<sup>8</sup>

Die Macht der Hohen Pforte, die einst die Welt erzittern liess, war geschwunden. Anordnungen der Regierung, berichtete ein amerikanischer Diplomat, fanden «in den Provinzen wenig Beachtung, und die öffentliche Sicherheit [war] in Kleinasien kaum irgendwo gewährleistet».<sup>9</sup> Obwohl anfangs offiziell nicht besetzt, waren alliierte Soldaten und Diplomaten überall in Konstantinopel anzutreffen – «um Rat zu geben, um Befehle zu erteilen, um Vorschläge zu unterbreiten».<sup>10</sup> Der Hafen lag derart voller alliierter Kriegsschiffe, dass sie eine durchgehende Masse zu bilden schienen. «Ich bin krank», murmelte der Sultan. «Ich kann nicht aus dem Fenster schauen. Ich hasse es, sie zu sehen.» Atatürk ging etwas anderes durch den Kopf: «So wie sie gekommen sind, so werden sie auch wieder gehen.»<sup>11</sup>

Atatürk war ein komplizierter, tapferer, entschlossener und gefährlicher Mann, dessen Porträt mit den verblüffend blauen Augen heute noch überall in der Türkei zu sehen ist. 1919 hatten nur wenige Europäer schon einmal von ihm gehört; vier Jahre später hatte er Grossbritannien und Frankreich gedemütigt und einen neuen, türkischen Nationalstaat ins Le-

ben gerufen. Sein Todestag, der 10. November, ist ein nationaler Gedenktag. Er konnte gnadenlos sein, wie sowohl seine Gegner als auch seine Freunde feststellen mussten; so brachte er nach seinen grossen Siegen einige seiner ältesten Weggefährten, unter ihnen auch Rauf, wegen Hochverrats vor Gericht. Andererseits konnte er sehr charmant sein, wie die vielen Frauen in seinem Leben feststellen konnten. Kinder liebten ihn, und er liebte sie; aber er sagte auch immer, es sei gut, dass er selbst kinderlos sei, denn die Söhne grosser Männer seien für gewöhnlich degeneriert. Er besass einen rationalen, wissenschaftlichen Verstand, doch in seinen späteren Jahren neigte er immer mehr zur Esoterik. Er verbot Radio Ankara, traditionelle türkische Musik zu senden, aber mit seinen Freunden hörte er sie sich an. Er wollte die türkischen Frauen emanzipieren, liess sich aber von der einzigen Frau, die er jemals geheiratet hatte, auf traditionell-moslemische Weise scheiden. Er war ein Diktator, der mit Befehlen eine Demokratie aufzubauen versuchte. 1930 gründete er eine Oppositionspartei, deren Führung er selbst auswählte, doch als sie sich ihm dann entgegenstellte, löste er sie kurzerhand wieder auf. Er war launisch, aber auf seine Weise gerecht. Seine Untergebenen wussten, dass sie alle Anordnungen, die er nachts während seiner regelmässigen Saufgelage gab, ignorieren mussten.<sup>12</sup>

Der Schöpfer der modernen Türkei wurde am Rand des alten Osmanischen Reichs in der mazedonischen Hafenstadt Saloniki geboren. Seine Mutter war eine Bäuerin, die kaum lesen und schreiben konnte, sein Vater ein erfolgloser Kaufmann. Wie im Osmanischen Reich insgesamt lebten auch in Saloniki viele Nationalitäten. Sogar die Hafendarbeiter sprachen ein halbes Dutzend Sprachen. Ungefähr die Hälfte der Einwohner der Stadt waren Juden, die andere Hälfte setzte sich aus Türken, Griechen, Armeniern und Albanern zusammen.<sup>13</sup> Handel und Industrie wurden von Westeuropäern dominiert, ebenso wie europäische Nationen das Osmanische Reich dominierten.

Schon früh entwickelte Atatürk eine Abneigung gegen Religionen, die er nie mehr verlor. Der Islam – mitsamt seinen geistlichen Führern und Heiligen – war in seinen Augen «ein vergifteter Dolch, der auf das Herz meines Volks gerichtet ist». Seit er als Student eines Abends miterlebte, wie Scheichs und Dervische eine Menschenmenge in Ekstase versetzten, verabscheute er, was er als primitiven Fanatismus betrachtete. «Ich weigere mich rundweg zu glauben», erklärte er, «dass es heute, im hellen

Licht von Naturwissenschaft, Wissen und Zivilisation in all ihren Aspekten, in der zivilisierten Gemeinschaft der Türkei Männer gibt, die so primitiv sind, ihr materielles und moralisches Heil in der Führung durch den einen oder anderen Scheich zu suchen.»<sup>14</sup>

Gegen den Willen seiner Mutter bestand er darauf, in eine Militärschule einzutreten. Damals wurde in diesen Schulen nicht nur die künftige Führungselite ausgebildet, sondern sie waren auch Brutstätten des zunehmenden nationalistischen revolutionären Geists. Atatürk zeigte eine besondere Begabung für Mathematik und Politik. Er lernte Französisch, um politische Philosophen wie Voltaire und Montesquieu im Original lesen zu können. Mit 19 Jahren wurde er von der Militärakademie in Konstantinopel aufgenommen. Er kam in eine säkulare, kosmopolitische Hauptstadt, deren Bevölkerung nur zur Hälfte aus Moslems bestand;<sup>15</sup> der Rest waren sephardische Juden, deren Vorfahren vor Jahrhunderten aus dem christlichen Spanien vertrieben worden waren, polnische Patrioten, die vor der Zarenherrschaft geflüchtet waren, sowie orthodoxe Armenier, Rumänen, Albaner und Griechen. Trotz vier Jahrhunderten osmanischer Herrschaft war das Geschäftsleben immer noch weitgehend in griechischer Hand. (Noch nach dem Zweiten Weltkrieg trug mehr als die Hälfte der Mitglieder der Handelskammer einen griechischen Namen.)<sup>16</sup> Die wichtigsten Firmen wurden von Europäern geleitet, und westliche Kreditgeber hielten die Zahlungsfähigkeit des Staats aufrecht und überwachten seine Finanzen. Die Osmanen waren jetzt so schwach, dass sie gezwungen waren, westlichen Ausländern Privilegien zu gewähren, einschliesslich der Befreiung von türkischen Steuern und türkischer Strafverfolgung. «Wir sind blosser Zuschauer geworden», schrieb ein türkischer Journalist traurig, «während unser Gewerbe, unser Handel und sogar unsere baufälligen Hütten den Ausländern übergeben wurden.»<sup>17</sup>

Die Militärakademie befand sich auf der Nordseite des Goldenen Horns im neueren Teil von Konstantinopel mit seinen breiten Strassen, Gaslaternen, Opernhaus, Cafés, der Handelskammer, Banken und Geschäften mit der neuesten europäischen Mode; sogar Bordelle mit rosanen Satinsofas wie in Paris gab es. Atatürk durchstreifte die Stadt voller Begeisterung, trank, hurte und las viel. Dennoch hatte er stets ein zwiespältiges Verhältnis zu Konstantinopel. Es war ein Ort, den man geniessen konnte, aber zum Regieren war er zu gefährlich.

Später verlegte er die Hauptstadt der Türkei weit ins Inland, ins abgelegene Ankara.<sup>18</sup>

Wie viele junge Offiziere in der Zeit vor 1914 beteiligte sich auch Atatürk an Geheimgesellschaften, die dem Reich eine moderne Verfassung geben wollten. Er teilte die Hoffnungen der Revolution von 1908 und die Enttäuschung, als es nicht gelang, das Reich zu stärken.<sup>19</sup> 1908 annektierte Österreich Bosnien und Herzegowina, und Bulgarien proklamierte seine Unabhängigkeit. 1911 erklärte Italien, die schwächste der europäischen Mächte, dem Osmanischen Reich den Krieg und eroberte Libyen. Nach den Balkankriegen von 1912/13 waren Albanien, Mazedonien und Teile von Thrakien, einschliesslich Saloniki, verloren. 1914 bestand der europäische Teil des Reichs, der sich einst bis nach Ungarn erstreckt hatte, nur noch aus einer kleinen, an Bulgarien grenzenden Enklave in Thrakien. In sechs Jahren waren über eine Million Quadratkilometer verloren gegangen.

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, genoss Atatürk das Leben eines Diplomaten in Bulgarien. In Sofia besuchte er seine erste Opernvorstellung; anderthalb Jahrzehnte später sollte er ein Opernhaus in die Pläne für seine neue Hauptstadt Ankara aufnehmen. Er erlernte Gesellschaftstänze; später, in seiner neuen Republik, sollten Beamte zum Tanzen angehalten werden, denn «so macht man es im Westen».<sup>20</sup> Anfang 1915 bot man ihm das Kommando einer neuen Division an, die in die Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli geworfen werden sollte. Auf Gallipoli verloren die Alliierten viel von ihrem Ansehen, während Atatürk das seine erwarb. «Selten in der Geschichte», heisst es in der offiziellen britischen Geschichte des Krieges, «dürfte der Einsatz eines einzigen Divisionskommandeurs bei drei separaten Gelegenheiten einen derart tiefgreifenden Einfluss nicht nur auf den Verlauf einer Schlacht, sondern auch auf den Ausgang eines Feldzugs und sogar das Schicksal einer Nation gehabt haben.»<sup>21</sup>

Das Konstantinopel, das Atatürk bei Kriegsende vorfand, unterschied sich stark von der Stadt, die er kannte. Es gab keine Kohle und nur wenige Lebensmittel. Ein Türke, der damals ein Kind war, hat später geschildert, wie seine Mutter kämpfen musste, um die Familie zu ernähren: «Es kam uns so vor, als hätten wir uns schon seit einer halben Ewigkeit ausschliesslich von Linsen und Kohlsuppe sowie dem armseligen trockenen Schwarzbrot ernährt.» Der Staat war bankrott. An Strassenecken verkauften hoch-

dekorierte Offiziere Zitronen, weil ihre Pensionen zu klein zum Leben waren. Und immer mehr Flüchtlinge strömten in die Stadt: Russen auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg, Armenier auf der Suche nach Sicherheit und Türken aus dem Nahen Osten und Europa. Ende 1919 schliefen bis zu 100.000 Menschen auf den Strassen. Gut ging es nur Schwarzmarkthändlern und Kriminellen. Verrückte Gerüchte gingen um; so eilte eines Tages eine grosse Menschenmenge zur Hagia Sophia, weil gemunkelt wurde, die christlichen Glocken würden wieder installiert.<sup>22</sup>

Ortsansässige Griechen hängten, voller Hoffnung auf eine Wiederherstellung der hellenischen Herrschaft, die blauweisse griechische Fahne heraus, und auf den grossen Plätzen waren riesige Porträts des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos zu sehen. Der orthodoxe Patriarch schickte ein aggressives Schreiben voller Forderungen nach Paris, in dem er die Türken anprangerte und verlangte, Konstantinopel wieder zu einer griechischen Stadt zu machen. Sein Büro forderte griechische Christen auf, Anordnungen der türkischen Behörden nicht mehr Folge zu leisten. Die Griechen, bemerkte ein britischer Diplomat, «neigen zur Hochnäsigkeit».<sup>23</sup> Einige Heisssporne belästigten Türken auf den Strassen und zwangen sie, ihre Feze abzunehmen.

Immer mehr alliierte Offiziere und Beamte trafen in der Stadt ein, um den Waffenstillstand zu überwachen. «Das Leben», erinnerte sich ein junger Engländer später, «war heiter, oberflächlich und angenehm. In den Cafés wurde ausgelassen getrunken und getanzt.» In den Nachtclubs stimmten «weisse» Russen melancholische Lieder an, und hübsche junge Flüchtlinge verkauften sich für ein Essen. Man konnte mit einem Motorboot über das Marmarameer rasen, an Fuchsjagden auf der asiatischen Seite des Bosphorus teilnehmen und für wenige Pennys wundervolle Antiquitäten erwerben.<sup>24</sup> Die Alliierten teilten Konstantinopel inoffiziell in Einflussphären auf und übernahmen einen grossen Teil der Verwaltung; sie leiteten die örtliche Polizei und bildeten eigene Gerichtshöfe. Als sich die türkische Presse kritisch über die Gäste äusserte, übernahmen die Alliierten auch die Zensur. Durch die offizielle Besetzung der Stadt im März 1920 änderte sich daher kaum etwas.

Ausserhalb der Stadt, in Thrakien und Kleinasien, schwärmten alliierte Offiziere aus, um den Waffenstillstand zu überwachen. Die Franzosen besetzten im Süden die wichtige Stadt Alexandretta, das heutige Iskenderun, und stiessen Anfang 1919 ins Inland vor. Im Allgemeinen waren die Briten



beliebter als die Franzosen. «Die Engländer», erklärte eine Frau im Süden auf Französisch, «sind Abgesandte der Söhne ihrer ‚Lords‘, die Franzosen sind Abgesandte ihrer Diener.»<sup>25</sup> Die Regierung des Sultans, die ebenso schwach und demoralisiert war wie ihre Galionsfigur, unternahm ausser Beschwichtigungsversuchen nichts.

Aber die Alliierten waren nicht in der Stimmung für eine Beschwichtigung. Manche, wie Curzon, der dem Kabinettsausschuss vorsass, der sich mit der britischen Politik gegenüber dem Osten beschäftigte, hielt den Zeitpunkt für gekommen, «diesen Kropf, der das Leben in Europa vergiftet», loszuwerden. Korruption, unaussprechliche Sünden und Intrigen hätten sich von Konstantinopel aus verbreitet und die unschuldigen Europäer infiziert. Die Friedenskonferenz biete die Chance, die Quelle solchen Übels ein für allemal zu eliminieren: «Die Anwesenheit von Türken in Europa ist für jeden Betroffenen eine Quelle ungemilderten Übels gewesen. Ich kenne keine einzige Angelegenheit, ob nun türkisch oder nicht, die in 500 Jahren von dieser Anwesenheit profitiert hätte.» Obwohl er es als historisch Gebildeter hätte besser wissen müssen, fuhr Curzon fort: «Tatsächlich ist die Bilanz von Missherrschaft, Unterdrückung, Intrigen und Massakern geprägt, wie kaum eine andere in der östlichen Welt.»<sup>26</sup> Lloyd George teilte diese Ansicht; wie viele Liberale hatte er von Gladstone die Feindseligkeit gegenüber den Türken übernommen.

Die Frage war, was an die Stelle des Osmanischen Reichs treten würde. Grossbritannien wollte weiterhin sicherstellen, dass keine feindlichen Kriegsschiffe die türkischen Meerengen durchfahren konnten, und es musste wie bisher die Route nach Indien durch den Suezkanal schützen. Aber es gab auch einen neuen Faktor: die immer wichtiger werdenden Erdöllieferungen aus Mossul im Osmanischen Reich und aus Persien. Grossbritannien wollte die Verantwortung nicht allein übernehmen, und Griechenland konnte es gewiss nicht; andererseits wollte die Regierung in London nicht, dass eine weitere Grossmacht, etwa der Verbündete Frankreich, hinzukam. Immerhin hatten beide Länder jahrhundertlang miteinander um Europa, Nordamerika, Indien, Afrika und den Nahen Osten gerungen. Dagegen war die Freundschaft zwischen ihnen noch sehr jung. Sie hatte die Probe des Krieges bestanden, aber es war nicht klar, ob sie auch die Probe des Friedens bestehen würde. Über die arabischen Teile

des Osmanischen Reichs war es bereits zum Streit gekommen. Wollte Grossbritannien wirklich französische Kriegsschiffe im östlichen Mittelmeer und französische Stützpunkte an der gesamten Küste? Curzon wollte es ganz sicher nicht:

«Einen grossen Teil meines öffentlichen Lebens war ich mit den politischen Ambitionen Frankreichs konfrontiert, die mir in Tunis, in Siam und in nahezu jeder fernen Region, wo Franzosen das Sagen haben, begegnet sind. Wir sind aus Gründen der nationalen Sicherheit ein Bündnis mit den Franzosen eingegangen, von dem ich hoffe, dass es von Dauer sein wird, aber ihr Nationalcharakter unterscheidet sich von unserem, und ihre politischen Interessen kollidieren in vielerlei Hinsicht mit unseren. Ich fürchte, dass die Grossmacht, die uns in Zukunft die grössten Sorgen bereiten wird, Frankreich ist.»

Es wäre ein grosser Fehler, fuhr Curzon fort, Frankreich im Nahen Osten zu viel Einfluss gewinnen zu lassen. Es sei «ein hochorganisierter Staat, furchtlos, einfallsreich und geschickt im Umgang mit östlichen Völkern».<sup>27</sup>

Die Franzosen trauten den Briten nicht mehr als diese ihnen. Und Frankreich hatte erhebliche Interessen im Osmanischen Reich, vom Schutz der christlichen Glaubensgenossen bis zu umfangreichen französischen Investitionen.<sup>28</sup> Das Schicksal des Osmanischen Reichs war für Frankreich jedoch weit weniger wichtig als die Frage, was mit Deutschland geschehen sollte. Clemenceau war, ungeachtet der Wünsche der eigenen Koloniallobby, zu einem Kompromiss mit Grossbritannien bereit, weil er dessen Unterstützung in Europa brauchte. Obwohl er nicht wollte, dass der asiatische Teil der Türkei vollständig in andere Hände überging, hatte er, zumindest am Anfang, keine klare Meinung zu den griechischen Forderungen nach dortigen Gebieten. Was Europa betraf, unterstützte er den griechischen Anspruch auf Thrakien.<sup>29</sup> Wenn Griechenland italienische Ambitionen durchkreuzte, umso besser für Frankreich.<sup>30</sup>

Während des Krieges hatten Grossbritannien, Frankreich und Russland mehrmals miteinander über die Zukunft des Osmanischen Reichs gesprochen. 1916 hatten der britische und der französische Vertreter, Mark Sykes und Georges Picot, eine Vereinbarung getroffen, nach der die beiden Mächte die arabischsprachigen Gebiete untereinander aufteilen und

Frankreich im türkischsprachigen Teil eine von Syrien nordwärts nach Kilikien hineinreichende Zone erhalten sollte. Russland, dem bereits Konstantinopel und die Meerengen versprochen worden waren, stimmte unter der Bedingung zu, dass es die im Kaukasus an seine Grenze stossenden türkischen Provinzen bekommen würde. Durch die Entscheidung der neuen bolschewistischen Regierung, mit den Mittelmächten Frieden zu schliessen, wurde diese Übereinkunft praktisch ausser Kraft gesetzt. Grossbritannien und Frankreich blieben als bestimmende Mächte im Nahen Osten übrig, und als der Krieg sich dem Ende zuneigte, belauerten sie einander misstrauisch.

Am 30. Oktober stritten sich Lloyd George und Clemenceau im Obersten Rat erregt über das britische Beharren darauf, den Waffenstillstand mit dem Osmanischen Reich allein auszuhandeln. «Sie beschimpften sich wie Fischweiber», berichtete House.<sup>31</sup> «Ausser Grossbritannien», sagte Lloyd George zu Clemenceau, «habe niemand mehr als höchstens eine Handvoll schwarzer Truppen zu der Expedition in Palästina beigesteuert. Ich wäre sehr erstaunt über den Mangel an Grosszügigkeit von Seiten der französischen Regierung. Die Briten hätten jetzt im Ganzen einige 500.000 Mann auf türkischem Boden stehen. Sie hätten drei oder vier türkische Armeen gefangen genommen und Hunderte und Tausende von Verlusten im türkischen Krieg gehabt. Die anderen Regierungen hätten nur einige Negerpolizisten angestellt, um aufzupassen, ob wir nicht das Heilige Grab stehlen würden. Und da es nun endlich zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes käme, würde trotz alledem ein solcher Lärm geschlagen.»<sup>32</sup>

Das sei ein unfaires Argument, erklärte Clemenceau bei einer späteren Gelegenheit. Grossbritannien habe entsprechend weniger Truppen an die Westfront geschickt. «Meine Ansicht war und bleibt, dass der Krieg, wenn die weissen Truppen, die Sie dorthin geschickt haben, in den Kampf gegen die Deutschen geworfen worden wären, einige Monate früher hätte beendet werden können.»<sup>33</sup> Dennoch gab Frankreich «im Geist der Konzilianz, zu der sich die französische Regierung im Umgang mit den Briten stets verpflichtet fühlte», wie Pichon angemerkt hat, in der Frage des Waffenstillstands nach.<sup>34</sup> Als man daranging, die Kriegsbeute zu verteilen, sollte von diesem Geist allerdings nicht mehr viel übrig sein.

Die Friedensmacher kamen erst im Januar 1919 auf das Osmanische

Reich zu sprechen, und dann auch nur im Rahmen der schwierigen Diskussion über Mandate für die früheren deutschen Kolonien. Lloyd George, der die vorangegangene Woche damit verbracht hatte, die Amerikaner und die widerspenstigen Dominions zur Zustimmung zu bewegen, erwähnte das Osmanische Reich kurz als Beispiel für die Notwendigkeit von Mandaten. Da die Türken ihre Untertanenvölker so schlecht regiert hätten, müsse man ihnen die arabischen Gebiete nehmen – Syrien, Mesopotamien, Palästina und auch Arabien. Doch die Araber seien, obwohl zivilisiert, nicht organisiert und bräuchten daher Hilfe von aussen. Auch im Nordosten sollten die Osmanen Gebiete verlieren. Sie hätten sich gegenüber den Armeniern abscheulich verhalten. Ein armenischer Staat sollte geschaffen werden, vielleicht als Mandat einer anderen Macht. Südlich von Armenien könnte auch ein kurdischer Staat gebildet werden. Blieben noch die überwiegend türkischsprachigen Gebiete – der Landstreifen in Europa, die Meerengen und Anatolien in Kleinasien. Über diese könnte, erklärte Lloyd George leichthin, «nach Sachlage» entschieden werden. (Die ins Inland ragenden Gebiete, die Frankreich, Italien und Griechenland versprochen worden waren, erwähnte er nicht.)

Die andere wichtige Aufgabe, fuhr der britische Premierminister fort, bestehe darin, die verschiedenen Gruppen im Osmanischen Reich davon abzuhalten, übereinander herzufallen. Die Verantwortung dafür wollte Grossbritannien nicht übernehmen. Lloyd George wies daraufhin, dass die Alliierten über eine Million Soldaten auf dem Territorium des Osmanischen Reichs stationiert hatten und Grossbritannien sie alle unterhalte. Wenn sie ihre Truppen dort belassen wollten, «bis sie mit der Türkei Frieden geschlossen hätten und der Völkerbund sich konstituiert und seine Tätigkeit aufgenommen habe und in der Lage sei, diese Frage zu erledigen, würden die Ausgaben gewaltig sein, und diese könnten sie wirklich nicht tragen».<sup>35</sup> Er musste sich schliesslich vor dem Parlament verantworten.

Lloyd George hoffte, Wilson würde den Wink verstehen und anbieten, dass die Vereinigten Staaten als Mandatsmacht wenigstens für Armenien und die Meerengen einspringen würden.<sup>36</sup> Noch besser wäre es allerdings, wenn sie sich entschliessen würden, die Verantwortung für sämtliche türkischen Gebiete zu übernehmen. House jedenfalls deutete diese Möglichkeit an.<sup>37</sup> Die Amerikaner hatten ihre Haltung zum Osmanischen Reich,

von einer Antipathie gegenüber den Türken abgesehen, indes noch nicht festgelegt. Amerikanische evangelische Missionare, die seit 1820 im Osmanischen Reich aktiv waren, hatten das ungünstige Bild eines bankrotten Regimes gezeichnet. Viele von ihnen waren unter Armeniern tätig gewesen und hatten daher aus erster Hand über die Massaker während des Krieges berichtet. In den Vereinigten Staaten waren grosse Summen für die Armenienhilfe gesammelt worden.<sup>38</sup> House hatte mit den Briten locker über die Möglichkeiten der Aufteilung des Osmanischen Reichs geplaudert, und Wilson hatte auch dessen völliges Verschwinden durchaus in Erwägung gezogen.<sup>39</sup>

Andererseits hatten die Vereinigten Staaten dem Osmanischen Reich nie den Krieg erklärt, was sie bei der Entscheidung über dessen Schicksal in eine heikle Lage brachte. Der einzige von Wilsons Vierzehn Punkten, der sich auf das Osmanische Reich bezog, war zweideutig: «Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Kaiserreichs sollte unbedingte Selbständigkeit gesichert werden. Aber den anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollte völlige Sicherheit des Lebens und ganz ungestörte Gelegenheit zu selbständiger Entwicklung gesichert werden ...»<sup>40</sup> Welches waren die türkischen Teile? Und wer sollte sich selbständig entwickeln können? Die Araber? Die Armenier? Die Kurden? Die verstreuten griechischen Gemeinden?

Die amerikanische Expertengruppe Inquiry forderte in ihrer im Dezember 1918 vorgelegten Denkschrift sowohl eine gerechte Behandlung der (Undefinierten) eigentlichen Türkei als auch die Befreiung der Untertanenvölker von Unterdrückung und Missherrschaft, was wiederum «Selbständigkeit» für Armenien und «Schutz» für die Araber bedeutete.<sup>41</sup> In dem im Oktober 1918 herausgegebenen amtlichen Kommentar zu den Vierzehn Punkten war dagegen von internationaler Kontrolle über Konstantinopel und die Meerengen, einem möglichen griechischen Mandat an der Küste Kleinasiens, wo die Griechen, wie es fälschlich hiess, in der Mehrheit waren, sowie einem möglichen amerikanischen Mandat für Konstantinopel, Armenien und sogar Mazedonien auf dem Balkan die Rede.<sup>42</sup> Vor der Friedenskonferenz hatte man allgemein angenommen, dass die Vereinigten Staaten wenigstens ein Mandat für Armenien und die Meerengen übernehmen würden.<sup>43</sup> Darüber war nicht jeder erfreut. Britische Admirale wollten, nachdem sie die russische Bedrohung losgeworden

waren, keine starke amerikanische Position am Ostende des Mittelmeers.<sup>44</sup> Auch das Indienministerium war besorgt. Mehmed VI. war nicht nur osmanischer Sultan, sondern auch Kalif und damit so etwas wie der oberste geistliche Führer aller Moslems. Ihn aus Konstantinopel zu vertreiben oder auch nur unter die Aufsicht einer fremden Macht zu stellen, könnte die indischen Moslems in Aufruhr versetzen.<sup>45</sup> Lloyd George ignorierte solche Einwände einfach.<sup>46</sup>

Wie so oft vertagte die Friedenskonferenz eine schwierige Entscheidung. In der Sitzung Ende Januar schlug Wilson vor, die Militärberater darüber nachdenken zu lassen, wie die Last der Besetzung der türkischen Gebiete besser verteilt werden könne. «Das wird die Frage klären», meinte Lloyd George. Natürlich tat es das nicht. Der Bericht der Militärberater wurde am 10. Februar vorgelegt, kurz diskutiert und dann auf die Tagesordnung des nächsten Tages gesetzt, doch da erwiesen sich die belgischen Grenzen als weit interessanter als die Besetzung der Türkei.<sup>47</sup>

Am 26. Februar wurden die Friedensmacher durch den Auftritt einer armenischen Delegation vor dem Obersten Rat flüchtig daran erinnert, dass das Schicksal des Osmanischen Reichs noch zu klären war. Für die Armenier sprachen Boghos Nubar Pascha und Avetis Aharonian, Ersterer, der Sohn eines ehemaligen ägyptischen Ministerpräsidenten, glatt, reich und kultiviert, Letzterer ein strenger, zynischer Poet aus dem Kaukasus. Boghos vertrat die armenische Diaspora, Aharonian das Heimatland in der Gebirgsregion, in der Russland, Persien und die Türkei aneinandergrenzen. Nach mittlerweile schon vertrautem Muster beriefen sie sich auf die Geschichte – die jahrhundertealte Besiedlung durch Armenier, die Beständigkeit des armenischen Christentums –, auf die den Alliierten geleisteten Dienste (einige Armenier hatten in der russischen Armee gekämpft) und auf die Versprechen der Alliierten. Und wie andere Delegationen auch erhoben sie Anspruch auf ein riesiges Gebiet, das sich vom Kaukasus nach Südwesten bis zum Mittelmeer erstreckte. Weniger typisch war, dass sie darüber hinaus um den Schutz durch eine fremde Macht ersuchten; angesichts ihrer Nachbarn und ihrer Vergangenheit war dies allerdings eine kluge Bitte.<sup>48</sup> Sie setzten ihre Hoffnungen in die Vereinigten Staaten. «Kaum ein Tag verging», berichtete ein amerikanischer Experte, «an dem nicht trauernde, bärtige Armenier in schwarzen Gewändern die amerika-

nische Delegation belagerten oder gelegentlich auch den Präsidenten und die wirklich furchtbaren Zustände in ihrem Heimatland schilderten.»<sup>49</sup>

Die Armenier breiteten eine ungewöhnlich traurige Geschichte vor der Friedenskonferenz aus. Von 1375, als der letzte unabhängige armenische Staat erobert wurde, bis zum Frühjahr 1918, als nationalistische Kräfte auf bislang russischem Territorium die Republik Armenien proklamiert hatten, hatten sie unter fremder Herrschaft gelebt. Seit die Russen am Anfang des 19. Jahrhunderts nach Süden in den Kaukasus vorgedrungen waren, war das armenische Gebiet zwischen Russland, dem Osmanischen Reich und Persien aufgeteilt gewesen. Die Armenier, überwiegend arme Bauern, waren Russen, Türken oder Perser geworden, doch als die Ideen von Nationalismus und Selbstbestimmung nach Osten Übergriffen, nahm die Vision einer wiedergeborenen armenischen Nation Form an. Es war keine klare Vision – ob Armenien christlich oder säkular, konservativ oder radikal, protürkisch oder prorussisch sein sollte, darüber war man sich nicht einig –, dennoch wurde sie immer mächtiger. Leider war der armenische Nationalismus nicht der einzige, der sich in diesem Teil der Welt herausbildete.

Auf der Pariser Friedenskonferenz war das Entsetzen über die den Armeniern von den Türken angetanen Gräueltaten noch neu, und die Welt war noch nicht an Versuche, ganze Völker auszulöschen, gewöhnt. Das Morden hatte in den 1890er Jahren begonnen, als das alte Regime brutal gegen jede Gruppe vorging, die sich ihm widersetzte, und osmanische Truppen und örtliche Kurden, die selbst dabei waren, zu einer Nation zu erwachen, armenische Dörfer verwüsteten. Die Jungtürken, die 1908 an die Regierung kamen, versprachen eine neue Ära mit einem säkularen Vielvölkerstaat. Aber auch sie träumten von einem Zusammenschluss mit anderen Turkvölkern in Zentralasien. In dieser panturanischen Welt hatten Armenier und Christen keinen Platz.

Als das Osmanische Reich in den Krieg eintrat, schickte Enver Pascha, ein Mitglied des jungtürkischen Triumvirats, das seit 1913 in Konstantinopel herrschte, die meisten der osmanischen Armeen nach Osten, gegen Russland. Das Resultat war eine Katastrophe. Russland vernichtete 1915 eine riesige osmanische Streitmacht und schien auf dem Sprung nach Anatolien zu sein, gerade als die Alliierten im Westen in Gallipoli landeten. Das Triumvirat gab die Anweisung, die Armenier aus Ostanatolien zu de-

portieren, weil sie Verräter seien, tatsächliche oder potentielle. Viele Armenier wurden abgeschlachtet, bevor sie sich auf den Weg machen konnten; andere starben auf den Zwangsmärschen nach Süden an Hunger oder Krankheiten. Ob die osmanische Regierung einen Völkermord im Sinn hatte, ist ebenso umstritten wie die Zahl der Toten, die irgendwo zwischen 300.000 und 1,5 Millionen liegt.<sup>50</sup>

Die westliche Öffentlichkeit war empört. In Grossbritannien fanden die Armenier breite Unterstützung, vom Duke of Argyll bis zum jungen Arnold Toynbee. Wenn britische Kinder ihre Teller nicht leer assen, wurde ihnen gesagt, sie sollten an die hungernden Armenier denken. In den Vereinigten Staaten wurden enorme Summen für die Armenier gespendet. Clemenceau schrieb das Vorwort zu einem Buch über die Gräuel. «Es trifft zu», erklärte er darin, «dass am Beginn des 20. Jahrhunderts nur fünf Tagesreisen von Paris entfernt ungestraft Grausamkeiten begangen wurden und ein Land mit Schrecken überzogen wurde, wie man sie sich in Zeiten der tiefsten Barbarei nicht schlimmer vorstellen kann.» Und der für gewöhnlich zurückhaltende Lansing schrieb an Wilson, der seinerseits ein grosser Freund der Armenier war, es sei «eine der schwärzesten Seiten in der Geschichte dieses Krieges». «Sagen Sie den Armeniern», rief Orlando aus, «dass ich ihre Sache zu der meinen mache.» Lloyd George versprach, dass man Armenien niemals wieder der «verheerenden Tyrannei» der Türken überlassen würde. «Es gab keinen britischen Staatsmann, aus welcher Partei auch immer», schrieb er in seinen Erinnerungen, «der nicht im Sinn gehabt hätte, dass wir, wenn wir dieses unmenschliche Reich besiegt haben würden, als Grundbedingung für den Frieden die Erlösung der armenischen Täler von der blutigen Missherrschaft durchsetzen müssten, mit der die infamen Türken sie drangsaliert hatten.»<sup>51</sup>

Hochanständige Gefühle, die jedoch kaum praktische Konsequenzen zeitigten. Auf der Friedenskonferenz bröckelte angesichts anderer Erwägungen sogar die Prinzipientreue. Armenien war weit weg, von Feinden umgeben, und es standen nur wenige alliierte Soldaten in der Region. Truppen zu verlegen und Hilfsmittel zu liefern, war in Zeiten angespannter Ressourcen ein schwieriges Unterfangen. Die vorhandenen Eisenbahnstrecken waren stark beschädigt und die Strassen primitiv. Hilfe war also weit entfernt, während die Feinde Armeniens nah waren. Russland, ob nun in Gestalt weisser oder roter Armeen, die nach Süden vorrückten,



würde die Existenz Armeniens oder irgendeines anderen unabhängigen Staats im Kaukasus nicht zulassen. An der anderen Flanke Armeniens standen die über ihre Gebietsverluste aufgebrauchten Türken, die weitere Verluste, wie sie durch die armenischen Forderungen drohten, ablehnten.

In Paris traten die Freunde Armeniens verhalten und zögerlich auf. Sicherlich sahen die Briten gewisse Vorteile darin, ein Mandat für Armenien zu übernehmen: den Schutz der Erdöllieferungen aus Baku am Kaspischen Meer nach Batumi am Schwarzen Meer und die Schaffung einer Barriere zwischen dem Reich des Bolschewismus und den britischen Besitzungen im Nahen Osten.<sup>52</sup> (In ihren schlimmsten Albträumen verband sich der Bolschewismus mit einem wiederauflebenden Islam, um das Britische Empire zu sprengen.) Andererseits waren die britischen Ressourcen, wie das Kriegsministerium gebetsmühlenartig wiederholte, bereits überbeansprucht. Das französische Aussenministerium spielte seinerseits mit dem Gedanken eines riesigen Armenien unter französischem Schutz, das ein Feld für französische Investitionen und die Verbreitung der französischen Kultur sein würde. Clemenceau war für diese Idee jedoch nicht zu erwärmen.<sup>53</sup> Die Italiener zogen es wie die Franzosen vor, ihre Anstrengungen auf Zugewinne an der türkischen Mittelmeerküste und in Europa zu konzentrieren. Blieben nur noch die Amerikaner.

Am 7. März versicherte House Lloyd George und Clemenceau, die Vereinigten Staaten würden zweifellos ein Mandat übernehmen.<sup>54</sup> Lloyd George war erfreut darüber, dass die Amerikaner diese «edle Pflicht» erfüllen würden, und erleichtert, dass die Franzosen es nicht tun würden.<sup>55</sup> House hatte jedoch, wie so oft, übertrieben. Wilson hatte den Obersten Rat zu Recht gewarnt, «er könne sich nichts vorstellen, was für das Volk der Vereinigten Staaten weniger akzeptabel sei als militärische Verantwortung in Asien». Es ist vielleicht ein Massstab dafür, wie weit sein Urteilsvermögen nachgelassen hatte, dass er am 14. Mai, als die Grossen Vier die Armenienfrage besprachen, einwilligte, ein Mandat zu übernehmen – vorbehaltlich der Billigung durch den US-Senat.<sup>56</sup> Das verärgerte die Franzosen, da das vorgeschlagene amerikanische Mandatsgebiet sich vom Schwarzen Meer bis zum Mittelmeer erstrecken, also auch die Frankreich im Sykes-Picot-Abkommen versprochene Zone in Kalikien umfassen sollte. Während Clemenceau, den die türkischsprachigen Gebiete kaum interessier-

ten, keine Einwände erhob, waren seine Kollegen empört. Paul Cambon beschwerte sich aus London: «Sie müssen betrunken sein, so wie sie klein beigegeben ... eine totale Kapitulation, eine Sauerei, ein unvorstellbarer Schlamassel.»<sup>57</sup> Womit damals niemand rechnete, war, dass die in Paris getroffenen Vereinbarungen über Armenien das Papier nicht wert waren, auf dem sie standen.

In den Konferenzräumen und Restaurants von Paris kursierten in jenem Frühjahr noch viele andere Pläne für das Osmanische Reich. Wären alle in Paris angemeldeten Ansprüche erfüllt worden und alle Protektorate, unabhängigen Staaten und Mandate, über die gesprochen wurde, Wirklichkeit geworden, wäre von der Türkei nur ein sehr kleines altes Land in Inneranatolien übriggeblieben, ohne Meerengen, ohne Mittelmeer- und mit geschrumpfter Schwarzmeerküste sowie ohne armenische und kurdische Gebiete im Nordosten. In Paris hatte man allerdings, neben anderem, ausser Acht gelassen, dass den Mächten die Mittel fehlten, ihren Willen durchzusetzen. Der britische Generalstabschef Henry Wilson hielt die Politiker für völlig unrealistisch: «Sie scheinen zu denken, dass ihr Wort bis in die Türkei in Asien dringt. Wir haben nie, auch nicht nach dem Waffenstillstand, versucht, in die hinteren Landesteile zu gelangen.»<sup>58</sup> Übersehen wurden auch die Türken selbst. Fast alle in Paris nahmen an, dass sie einfach tun würden, was man ihnen sagt. Als der britische Indienminister Montagu einwarf: «Lasst uns, um Himmels willen, nicht dem Moslem sagen, was er denken soll, sondern herausfinden, was er denkt», erwiderte Balfour mit kühler Distanziertheit: «Ich kann absolut nicht einsehen, warum der Himmel oder irgendeine andere Macht uns daran hindern sollte, dem Moslem zu sagen, was er denken soll.»<sup>59</sup> Dies galt auch für die ehemaligen arabischen Untertanen des Osmanischen Reichs.

## Arabische Unabhängigkeit

Während der Friedenskonferenz hatte Arnold Toynbee, der als Berater der britischen Delegation angehörte, dem Premierminister einmal einige Papiere zu überbringen. «Zu meiner Freude vergass Lloyd George meine Anwesenheit und begann laut zu denken: ‚Mesopotamien ...ja ... Erdöl... Bewässerung ... wir müssen Palästina haben; Syrien ... hm ... was gibt es in Syrien? Sollen es die Franzosen haben.?’ Auf diese Weise lernte er die Grundbestandteile der Friedensregelung für den Nahen Osten kennen: Grossbritannien, das eine Gelegenheit ergreift; die Notwendigkeit, Frankreich etwas hinzuwerfen; eine Heimstatt für die Juden; Erdöl; und die seele ruhige Annahme, dass die Friedensmacher nach Belieben über das Territorium des früheren Osmanischen Reichs verfügen konnten. Aus der Sicht des arabischen Nahen Ostens waren die Friedensregelungen eine Neuauflage des alten Imperialismus des 19. Jahrhunderts. Grossbritannien und Frankreich konnten sich – vorübergehend – damit durchsetzen, weil die Vereinigten Staaten sich nicht einmischen wollten und weil der arabische Nationalismus noch nicht stark genug war, um es zu verhindern.

Auf ihrem Treffen im Dezember 1918 in London, kurz vor Wilsons Ankunft in Europa, einigten sich Lloyd George und Clemenceau auf eine Aufteilung der riesigen arabischen Gebiete des Osmanischen Reichs, die sich von Mesopotamien an der Grenze zu Persien bis zum Mittelmeer erstreckten. Beide Staatsmänner befanden sich immer noch im Hochgefühl des Sieges über Deutschland und der neuen, aber offenbar herzlichen Freundschaft zwischen ihren beiden Nationen. Clemenceau war erfreut über den Empfang, den man ihm in London bereitet hatte, wo eine grosse Menschenmenge ihn mit Jubel, Pfiffen und in die Luft geworfenen Hüten und Spazierstöcken begrüsst hatte. «Bei einem derart phlegmatischen, kühlen Volk», bemerkte Mordacq, Clemenceaus Sekretär, «sprach dies wirklich Bände.»<sup>2</sup> Die Stimmung war also gut und das Thema Naher Osten rasch abgehakt. «Nun», sagte Clemenceau, «worüber müssen wir reden?» – «Über Mesopotamien und Palästina», antwortete Lloyd George. Darauf

Clemenceau: «Sagen Sie mir, was Sie wollen.» Lloyd George: «Ich will Mossul.» Clemenceau: «Sollen Sie haben. Noch etwas?» Lloyd George: «Ja, ich will auch Jerusalem.» Clemenceau: «Sollen Sie haben, aber Pichon wird wegen Mossul Schwierigkeiten machen.»<sup>3</sup> Mossul gewann damals wegen des Erdöls an Bedeutung.

Lloyd George machte Clemenceau anscheinend seinerseits Versprechungen: zum einen, dass Grossbritannien die französische Forderung nach Kontrolle über die libanesischen Küste und das Inland von Syrien selbst gegen die Amerikaner unterstützen würde, und zum anderen, dass Frankreich einen Anteil an der künftigen Erdölförderung in Mossul erhalten würde.<sup>4</sup> Clemenceau sei so grosszügig gewesen, behaupteten die Franzosen später, weil Lloyd George ihm ausserdem versichert habe, dass er auf die britische Unterstützung seiner Forderungen in Europa, insbesondere in Bezug auf das Rheinland, zählen könne.<sup>5</sup> Lloyd George hat diesen Teil der Abmachungen in seinen Memoiren nicht erwähnt.<sup>6</sup> Irrten sich die Franzosen, oder verhielten sich die Briten (wieder einmal) perfide? Leider gibt es kein amtliches Protokoll des Treffens. Es war jedenfalls kein sehr vielversprechender Auftakt für ein Thema, das die französisch-britischen Beziehungen während der Friedenskonferenz und auch darüber hinaus vergiften sollte.

Die Syrienfrage, wie sie genannt werden sollte (obwohl sie in Wirklichkeit die arabischen Gebiete des Osmanischen Reichs betraf), hätte keinen solchen Schaden anrichten müssen. Grossbritannien und Frankreich hatten sich in dem geheimen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 bereits über die Behandlung des Nahen Ostens geeinigt. Der unerwartete Zusammenbruch des Osmanischen Reichs erweckte jedoch alte Träume und Rivalitäten zu neuem Leben. In dem Streit, der sich das gesamte Jahr 1919 über hinzog, ging es um mehr als Territorien. Es ging um Jean d'Arc und Wilhelm den Eroberer, die Plains of Abraham und Plassey, die Kreuzzüge, Napoleon in Ägypten und die Vernichtung von dessen Flotte durch Nelson in der Seeschlacht bei Abukir, um das Gerangel in Afrika, das 1898 beinahe zum Krieg um Faschoda geführt hätte, und den Wettstreit um Einfluss zwischen der französischen und der angelsächsischen Kultur.

Der Liberale Lloyd George wandelte sich zum «land-grabber» und machte alles noch schlimmer. Wie Napoleon war er von den Möglichkeiten des Nahen Ostens berauscht: von einer wiederhergestellten hellenischen Welt in Kleinasien; einer neuen jüdischen Zivilisation in Palästina; der Si-

cherung von Suez und den anderen Verbindungen nach Indien; loyalen, fügsamen arabischen Staaten im fruchtbaren Halbmond und in den Tälern von Tigris und Euphrat; dem Schutz des britischen Erdölnachschubs aus Persien und der möglichen Erschliessung neuer Quellen unter direkter britischer Kontrolle; Amerikanern, die pflichtgemäss an verschiedenen Orten Mandate übernahmen; Franzosen, die taten, was man ihnen sagte. Bei einem privaten Abendessen kurz vor Kriegsende erlebten ihn seine engsten Berater in einer Stimmung, die «sehr exalté» und «sehr unnachgiebig» war. Er wollte Frankreich so weit wie möglich vom Nahen Osten fernhalten, auch wenn dafür Versprechen gebrochen werden mussten,<sup>7</sup> womit vor allem das Sykes-Picot-Abkommen gemeint war, diese, wie Curzon es formulierte, «unglückselige Übereinkunft, die seitdem wie ein Mühlstein um unseren Hals hängt».<sup>8</sup>

Wie so viele andere Vereinbarungen, die wie ungebetene Gäste die Friedenskonferenz heimsuchten, war das Sykes-Picot-Abkommen mitten im Krieg geschlossen worden, als Versprechen billig waren und die Gefahr der Niederlage gross. 1916 stand es schlecht für die Alliierten. Im Osten war die Landung auf Gallipoli fehlgeschlagen, und in Mesopotamien hatte ein grosses Heer aus Indien kapituliert. Grossbritannien wollte von Ägypten aus eine neue Offensive gegen das Osmanische Reich beginnen, aber um Kräfte von der Westfront abziehen zu können, brauchte es die Zustimmung Frankreichs. Als Anreiz dazu diente ein Abkommen über die künftige Aufteilung des Osmanischen Reichs.

Die Unterhändler waren beide Katholiken, und beide kannten den Nahen Osten aus erster Hand. Picot war vor dem Krieg Generalkonsul in Beirut gewesen, und Sykes war viel gereist zwischen Kairo und Bagdad. Picot, grossgewachsen und von der eigenen Bedeutung durchdrungen, entstammte wie viele andere Diplomaten, Kolonialgouverneure und Spitzenbeamte Frankreichs der oberen Mittelschicht. Als strenggläubiger Konservativer sorgte er sich ebenso um seine eigene wie um die Würde seines Landes. Er stand mächtigen kolonialen Lobbygruppen nahe; sein Bruder war Schatzmeister des Comité de l'Asie Française, das sich trotz seines Namens vor allem mit dem Nahen Osten beschäftigte.<sup>9</sup>

Sykes dagegen war einer dieser reichen, aristokratischen Dilettanten, die sich an den Rändern der britischen Diplomatie tummelten.

Eine formale Bildung hatte er kaum erhalten – Hauslehrer auf dem grossen Familienanwesen in Yorkshire, kurze Zwischenspiele in Internaten und einige Jahre in Cambridge, wo er sich in Amateurtheateraufführungen hervortat. Er war leidenschaftlich, tatkräftig und ungeschickt. T.E. Lawrence sagte von ihm: «Er sah in allem nur das Verdrehte, nie das Gerade. Mit wenigen Strichen konnte er uns eine neue Welt entwerfen, ohne alle Masse, aber lebensvoll, wie die Visionen bestimmter Seiten dessen, was wir erhofften.»<sup>10</sup> Er liebte Streiche, das Karikaturenzeichnen, das englische Landleben und das Britische Empire. Er hasste Städte, Routine und Pazifisten. Seiner Frau und seinen sechs Kindern war er treu ergeben, vielleicht wegen seiner eigenen unglücklichen Kindheit mit einer ständig betrunkenen, promiskuen Mutter und einem nervenschwachen, kalten Vater. Er verehrte den alten, unverdorbenen Nahen Osten der Wüste und der einfachen Bauern und gab Frankreich und der internationalen Finanzwelt die Schuld an der Modernisierung und Korruption dieser alten Gesellschaft. Obwohl er die französische Kultur bewunderte, war er der Ansicht, dass Frankreich sein Kolonialreich nicht verdient hatte. «Die Franzosen», sagte er nach einem Besuch in Französisch-Nordafrika, «sind unfähig, sich Respekt zu verschaffen; sie sind keine Sahibs, sie haben keine Gentlemen, die Offiziere haben weder Pferde noch Pistolen noch Hunde.»<sup>11</sup>

Merkwürdigerweise kamen Picot und Sykes gut miteinander aus. Ihr Plan, der im Mai 1916 von ihren Regierungen abgesegnet wurde, war – vom Standpunkt eines westlichen Imperialisten aus betrachtet – recht vernünftig. Die syrische Küste – ein grosser Teil des heutigen Libanon – sollte an Frankreich gehen, während Grossbritannien die direkte Kontrolle über Zentralmesopotamien um Bagdad herum sowie den südlichen Teil um Basra erhalten sollte. Palästina, ein umstrittenes Gebiet, an dem auch andere christliche Mächte interessiert waren, insbesondere Russland, sollte eine internationale Verwaltung bekommen. Das übrige riesige Territorium, das das heutige Syrien, Mossul im Nordirak und Jordanien umfasste, sollte – unter der Oberaufsicht der Franzosen im Norden und der Briten im Süden – lokalen arabischen Scheichs übergeben werden. Die Arabische Halbinsel wurde nicht erwähnt, wahrscheinlich, weil niemand dieser endlosen Sandwüste irgendeinen Wert beimass. Die Franzosen waren mit dem Abkommen sehr zufrieden; sie besaßen an der syrischen

Küste erhebliche Investitionen und verstanden sich als Beschützer der dortigen grossen christlichen Gemeinden, wie der Maroniten in der Umgebung des Libanon-Gebirges. Auch den Briten gefiel es, zumal sie die Franzosen zwischen sich und das nach Süden drängende Russische Reich geschoben hatten.<sup>12</sup>

Dennoch begannen die Briten das Abkommen, kaum war es geschlossen, zu bedauern. Wäre es nicht klüger, Palästina, das so nah am Suezkanal lag, direkt zu kontrollieren? Viele britische Beamte in Ägypten forderten das. Und warum sollten die Franzosen Mossul bekommen? Als Russland 1917 aus dem Krieg ausschied, schien eine französische Pufferzone plötzlich weniger wichtig zu sein. Sykes, berichtete einer seiner Kollegen, nachdem die Nachricht von der osmanischen Kapitulation eingetroffen war, habe «einen überaus einfallsreichen neuen Plan ausgeheckt, nach dem die Franzosen aus der gesamten arabischen Region, ausser dem Libanon, abziehen und stattdessen das Protektorat über die gesamte kurdisch-armenische Region von Adana über Persien bis zum Kaukasus übernehmen sollen».<sup>13</sup>

In Frankreich drängte eine bunt zusammengewürfelte Koloniallobby die Regierung, hart zu bleiben, – von Textilfabrikanten in Lyon, die syrische Seide verarbeiteten, über den Verband der Automobilunternehmen, die fanden, dass man in der Umgebung von Mossul wunderbar Autofahren konnte, und die Jesuiten, die in Beirut eine Universität betrieben, bis zu den Finanziers, Beamten und Intellektuellen des Comité de l'Asie Française. Syrien war für diese Gruppen stets Grosssyrien, das sich im Süden bis zum Sinai und im Osten bis Mossul erstreckte. Parlamentsabgeordnete wiesen auf die strategischen Erfordernisse hin. Frankreich besass bereits Algerien und Tunesien an der Südküste des Mittelmeers; jetzt solle es Marokko dazunehmen. Für Ägypten war es leider zu spät; das hatten sich die Briten 1882 durch ein heimtückisches Manöver angeeignet. Aber für den Libanon und dessen syrisches Hinterland sowie Palästina war es noch nicht zu spät.<sup>14</sup> Das Aussenministerium liess Clemenceau Denkschriften über «diese schwere, aber ruhmreiche Last» zukommen. Die französische Verbindung mit Syrien reiche bis zu den Kreuzzügen zurück. Es habe bereits viel getan, um die Christen zu schützen und den Arabern die Zivilisation zu bringen. Jetzt würden die Menschen dort bei der Überwindung der Folgen der langen türkischen Herrschaft auf Frankreich zählen. Es dürfe Syrien nicht aufgeben. Die französische Öffentlichkeit wäre zu Recht em-

pört, wenn es «nach solch einem Krieg und solch einem Sieg, die Frankreichs herausragende Rolle in der Welt bestätigt haben, eine geringere Stellung einnahme als vor August 1914».<sup>15</sup>

Die britische Position verhärtete sich. Der Ostausschuss des Kriegskabinetts, der 1918 für die Ausarbeitung der britischen Nahostpolitik gebildet worden war, kam mehrfach auf die Notwendigkeit zu sprechen, dem Verbündeten jenseits des Ärmelkanals seine Grenzen aufzuzeigen. Wenn Frankreich Palästina und Syrien bekäme, wäre Grossbritannien, laut Curzon, dem Ausschussvorsitzenden, gezwungen, zum Schutz des Suezkanals und der wichtigen Verbindung nach Indien eine grosse Streitmacht in Ägypten zu stationieren.<sup>16</sup> Das Gegenargument, es gebe andere Routen über Land oder (als neue Möglichkeit) durch die Luft – von der Ostküste des Mittelmeers durch Syrien und Mesopotamien oder weiter nördlich am Schwarzen Meer und am Kaukasus entlang –, hielt Aussenminister Balfour für gefährlich: «Jedes Mal, wenn ich – im Abstand von vielleicht fünf Jahren – in eine [solche] Diskussion hineingerate, entdecke ich, dass wir wieder ein weiteres Gebiet bewachen müssen, von dem es heisst, es schütze die Zugänge nach Indien. Diese Zugänge sind immer weiter von Indien entfernt, und ich weiss nicht, wie weit nach Westen uns der Generalstab noch führen wird.» Balfours Kollegen waren jedoch entschlossen, das Sykes-Picot-Abkommen zu kippen.<sup>17</sup>

Schon bevor die Franzosen dies erkannten, weckte das britische Handeln ihr Misstrauen. Französische Katholiken waren bestürzt, als britische Truppen unter General Edmund Allenby kurz vor Weihnachten 1917 die Türken aus Jerusalem vertrieben: Die «protestantische Gefahr» übernahm das Heilige Land. Die französische Koloniallobby verfolgte besorgt, wie das ägyptische Pfund zunächst in Palästina und dann auch in Syrien als Währung eingeführt wurde und sich mit dem Handel nach Süden ausbreitete. Als Picot nach Palästina eilte, um die französischen Interessen zu schützen, stiess er bei Allenby und seinem Stab auf wenig Entgegenkommen.<sup>18</sup> Im Sommer 1918, als die letzte deutsche Grossoffensive die Westfront erschütterte und Grossbritannien einen neuen Vorstoss nach Syrien vorbereitete, warnte das Quai d'Orsay davor, dass die französische Öffentlichkeit es nicht akzeptieren würde, wenn Frankreich «durch diejenigen, die ihre Truppen im entscheidenden Moment abgezogen haben, der ihm von Rechts wegen zustehenden Vorteile verlustig gehen würde». Dass sich



die britischen Militärbehörden in der Folgezeit weigerten, französischen Repräsentanten die volle Kontrolle über Gebiete zu übergeben, die nach dem Sykes-Picot-Abkommen Frankreich zugedacht waren, trug nicht gerade zur Beruhigung der Franzosen bei. Ausserdem hüllten sich die Briten, was ihre Zukunftspläne betraf, in verdächtiges Schweigen. Picot, der eine weniger rigorose Position vertrat als viele seiner Kollegen, versuchte Sykes auf die Stimmung in Frankreich aufmerksam zu machen: «Die Argwöhnischen sehen es als Beweis für verborgene Absichten, aber auch alle anderen werden nervös.» Aber die Briten nahmen die französischen Sorgen und auch Picot nicht ernst. Der sei «ein ziemlich eitler, schwacher Mann, der eifersüchtig über seine eigene Position und das Ansehen Frankreichs wacht», erklärte ein Beamter.<sup>19</sup>

Grossbritannien und Frankreich verhielten sich zwar, als hätten sie allein über den Nahen Osten zu entscheiden, aber ganz konnten sie ihre Alliierten nicht ausser Acht lassen. Die vagen Versprechungen, die man Italien während des Krieges gemacht hatte – Zugang zu Häfen wie Haifa und Akkon, Mitsprache in der Verwaltung von Palästina, Gleichbehandlung in Bezug auf die Arabische Halbinsel und das Rote Meer –, konnte man getrost vergessen, was dann auch geschah. Was die Vereinigten Staaten anging, sah die Sache aber anders aus. Wilson glaubte zwar, dass die Araber Führung brauchten, wahrscheinlich durch Grossbritannien und Frankreich, nahm aber die Idee, die Wünsche der Einheimischen zu berücksichtigen, gleichwohl ernst. In seiner «Vier Prinzipien»-Rede vom 11. Februar 1918 vor dem US-Kongress hatte er erklärt, «dass jede durch diesen Krieg aufgeworfene Gebietsfrage im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerungen gelöst werden muss».<sup>20</sup> Der frühere französische Kolonialminister Gaston Domergue, jetzt Vorsitzender des Ausschusses, der Frankreichs Kolonialziele formulieren sollte, traf den Nagel auf den Kopf: «Amerika ist das Hindernis!»<sup>21</sup>

Durch ein vorsichtiges Umsteuern näherten sich die Europäer sprachlich den Amerikanern an. Es sei völlig klar, erklärte Domergue, dass man ein Kolonialreich brauche, «um im Interesse der Menschheit der zivilisatorischen Berufung Frankreichs gerecht zu werden».<sup>22</sup> Die Briten waren nicht weniger versiert darin, alte imperiale Ziele in attraktive neue Kleider zu hüllen. Es bringe nichts, die Amerikaner zu verärgern, erklärte Smuts im Ostausschuss des britischen Kriegskabinetts: «Die Beute nicht teilen zu wollen, wäre für die Zukunft eine falsche Politik.» Andererseits würden die

Amerikaner, wenn man sie davon überzeugte, dass Grossbritannien die arabischen Wünsche respektiere, vielleicht Druck auf Frankreich ausüben, einen Teil dessen aufzugeben, was ihm im Sykes-Picot-Abkommen versprochen worden sei. «Die Amerikaner», gab Cecil ebenso hochherzig wie verschlagen zu bedenken, «werden uns nur unterstützen, wenn sie glauben, dass wir so etwas wie eine einheimische Regierung im Sinn haben.» Curzon pflichtete ihm bei: «Wenn wir unsere Schwierigkeiten nicht auf die eine oder andere Weise überwinden können, sollten wir, wo immer wir Probleme mit den Franzosen, den Arabern oder sonst jemandem haben, mit allem Nachdruck auf die Idee der Selbstbestimmung verweisen und ihr die Lösung des Problems überlassen, denn wie wir im tiefsten Innern wissen, wird es uns wahrscheinlich mehr nutzen als allen anderen.»<sup>23</sup>

Dementsprechend beteuerten die britische und die französische Regierung in einer in Arabien verbreiteten gemeinsamen Erklärung, ihre Hauptziele im Krieg gegen das Osmanische Reich seien «die vollständige endgültige Gleichberechtigung der so lange von den Türken unterdrückten Völker und die Bildung nationaler Regierungen und Verwaltungen, die ihre Legitimation aus der freien Wahl durch die einheimische Bevölkerung beziehen».<sup>24</sup> Worte sind billig. Die Briten waren, wie Curzon gesagt hatte, zuversichtlich, dass die Araber sich freiwillig unter den Schutz Grossbritanniens stellen würden. Die Franzosen dagegen nahmen den arabischen Nationalismus überhaupt nicht ernst. Man könne, meinte Picot, «eine Unzahl von Stämmen nicht in ein lebensfähiges Ganzes verwandeln». Beide Mächte übersahen, mit welcher Begeisterung ihre Erklärung in der arabischen Welt aufgenommen worden war. In Damaskus hatten arabische Nationalisten sie gefeiert, indem sie Stromkabel kappten und riesige Mengen von Munition verschossen.<sup>25</sup> Nach Kriegsende sollten Grossbritannien und Frankreich feststellen, dass sie den Geist des Nationalismus, den sie während des Krieges zu Hilfe gerufen hatten, nicht so leicht wieder zurück in die Flasche bekamen.

Ende November 1918 ging ein gutaussehender dunkelhäutiger junger Mann namens Faisal, der mit einigem Recht behauptete, für die Araber zu sprechen, in Beirut an Bord eines nach Marseille auslaufenden britischen Kriegsschiffs, um an der Pariser Friedenskonferenz teilzunehmen. Faisal, ein Nachkomme des Propheten und Sprössling des uralten Klans der Ha-

schimiten, war clever, entschlossen und überaus ehrgeizig. Ausserdem machte er Eindruck. Obwohl in Konstantinopel aufgewachsen, war er das Inbild eines edlen arabischen Wüstenbewohners. Der für gewöhnlich eher nüchterne Lansing dachte bei seinem Anblick an Weihrauch und Gold. «Er verbreitete die Ruhe und den Frieden der Wüste», beschrieb er Faisals Erscheinung, «die Gelassenheit und Gedankentiefe von jemandem, der in den endlosen Weiten der Erde lebt und sich mit der Natur versteht.»<sup>26</sup> Allenby, der hartgesottene alte General, sah einen «langen, schlanken, über-nervösen Mann. Er hat schöne Hände, wie die einer Frau, und seine Finger bewegen sich beim Sprechen ständig hin und her.»<sup>27</sup> Mit britischen Subsidien, Waffen und Beratern hatte Faisal einen arabischen Aufstand gegen die Osmanen geführt.

Die Briten hatten auf gut Glück auf Faisal gesetzt und dabei Versprechungen gemacht, die sich mit den im Sykes-Picot-Abkommen gegebenen schlecht vertrugen. 1915 hatte Henry McMahon, ein hoher britischer Beamter in Kairo, Unterhandlungen mit Faisals Vater Hussein, dem Scherif von Mekka, aufgenommen, einem «kleinen, gepflegten alten Mann von grosser Würde und, wenn er wollte, grossem Charme». Hussein war mehr am Fortkommen seiner Familie als an arabischer Selbstbestimmung interessiert.<sup>28</sup> Er war das Oberhaupt einer der ältesten und vornehmsten Familien der arabischen Welt und ungemein stolz darauf, dass er die Reihe seiner Vorfahren über Dutzende von Generationen zurückverfolgen konnte – was er regelmässig tat. Als Emir von Mekka – mit der Telefonnummer «Mecca 1» – war er der Wächter der heiligsten Stätten des Islam. McMahon versprach Hussein nun in einem bis heute höchst umstrittenen Briefwechsel, dass die Araber, wenn sie sich gegen die Türken erhoben, britische Unterstützung und, was wichtiger war, die Unabhängigkeit erhalten würden. Zum Schutz britischer und französischer Interessen sollten jedoch einige Gebiete von der Herrschaft der Araber ausgenommen sein: zum einen das Gebiet westlich einer Linie, die von Aleppo im Norden bis nach Damaskus im Süden reichte, also die Küsten Syriens und des Libanon, und zum anderen die alten türkischen Provinzen Bagdad und Basra. Wo die Grenzen zwischen diesen Gebieten und dem Rest genau verlaufen sollten, wurde nicht gesagt. Die Briten behaupteten später im Widerspruch zur Geographie, auch Palästina liege westlich der Linie Aleppo-Damaskus. Und was bedeutete Unabhängigkeit? Hussein und seine An-

hänger erwarteten, dass auch die ausgenommenen Territorien arabisch regiert werden würden, wenngleich unter europäischer Oberaufsicht, und dass die übrigen Gebiete, von der Arabischen Halbinsel über Palästina bis ins syrische Inland und nach Mossul in Nordmesopotamien, einen unabhängigen arabischen Staat bilden würden. Das entsprach indes nicht ganz dem, was die Briten sich vorstellten.<sup>29</sup>

1915 zählten die Details einer Absprache, die weniger ein fester Vertrag als ein Austausch von Versprechen war, wenig. Vielleicht sollte man fairerweise auch erwähnen, dass keiner der Beteiligten ganz aufrichtig verhandelte. Hussein übertrieb seinen Einfluss gewaltig, wenn er von einer riesigen arabischen Verschwörung sprach, die nur auf ein Signal von ihm warte. 1915 war seine Stellung vielmehr stark gefährdet. Nachdem er einen grossen Teil seines Lebens in Konstantinopel darauf gewartet hatte, dass die Osmanen ihn zum Emir ernannten, hatte er erst kurz zuvor erfahren, dass sie über seine Absetzung nachdachten.<sup>30</sup> In Arabien selbst stand ihm in Gestalt von Ibn Saud ein ehrfurchtgebietender Rivale gegenüber, der die Inlandsstämme zusammenschweisste, um ihm Paroli zu bieten. Aus britischer Sicht war ganz und gar nicht klar, ob die Araber sich jemals erheben würden und ob das Osmanische Reich zusammenbrechen würde. Es war nicht einmal sicher, dass die Alliierten den Krieg gewinnen würden. Wie das Sykes-Picot-Abkommen war auch der Hussein-McMahon-Briefwechsel eher ein kurzfristiger Notbehelf denn Bestandteil einer langfristigen Strategie. Und es gab noch ein während des Krieges gegebenes Versprechen, das den Friedensmachern Probleme bereitete: die von der britischen Regierung verabschiedete und von Frankreich und später auch den Vereinigten Staaten unterstützte Balfour-Deklaration, die dem jüdischen Volk eine «nationale Heimstätte» in Palästina versprach. Wie dieses Versprechen mit den Abkommen mit den Arabern in Einklang gebracht werden sollte, wusste niemand.

Im Krieg erhaltene Zusicherungen lassen sich in Friedenszeiten oftmals nur schwer einfordern. Als im Juni 1916 der arabische Aufstand ausbrach, hatte Grossbritannien jedoch allen Grund, mit seiner Diplomatie zufrieden zu sein. Der Scherif von Mekka erklärte sich umgehend zum König der Araber, auch wenn Grossbritannien ihn nur als König von Hedschas anerkannte. Vier seiner Söhne kämpften gegen die Türken, aber einer ragte un-

ter ihnen heraus: Faisal. An seiner Seite ritt ein blonder, blauäugiger britischer Offizier, der als Lawrence von Arabien berühmt werden sollte.

T.E. Lawrence war ein angesehener Gelehrter und ein Mann der Tat, ein Schriftsteller und Soldat, der sowohl die Araber als auch das Britische Empire glühend liebte. Für Lloyd George war er eine «überaus schwer zu fassende, kaum einzuschätzende Persönlichkeit»,<sup>31</sup> und er ist rätselhaft geblieben, umgeben von Legenden, von denen manche wahr, andere aber von ihm selbst erfunden sind. Wahr ist, dass er in Oxford ein ausgezeichnete Student war und ein grosser Archäologe hätte werden können und dass er aussergewöhnlich tapfer war. Unwahr ist, dass er allein den arabischen Aufstand ausgelöst hat. Sein grossartiger Bericht über den Aufstand, *Die sieben Säulen der Weisheit*, ist, wie er selbst eingestand, halb Geschichte und halb Mythos. So behauptete er, er habe sich leicht als Araber ausgeben können; Araber entdeckten in seinem Arabisch jedoch viele Fehler.<sup>32</sup> Er schauderte bei dem Gedanken an die Berühmtheit, zu der ihm der amerikanische Journalist Lowell Thomas verhalf, ging aber mehrmals insgeheim in die Royal Albert Hall, um seine Vorträge zu hören. «Er hatte», sagte Thomas, «eine geniale Fähigkeit, sich ins Rampenlicht zurückzuziehen.»<sup>33</sup> Wenn er wollte, konnte Lawrence grossen Charme versprühen. Er hatte Freunde in aller Welt und allen Schichten; Wüstenaraber gehörten ebenso zu ihnen wie E. M. Forster. Aber er konnte auch sehr grob sein. Als sein Tischnachbar bei einem Abendessen während der Pariser Friedenskonferenz verunsichert sagte: «Ich fürchte, meine Konversation interessiert Sie nicht sehr», erwiderte er: «Sie interessiert mich überhaupt nicht.»<sup>34</sup>

In den *Sieben Säulen der Weisheit* beschreibt Lawrence sein erstes Treffen mit Faisal pathetisch so: «Als ich ihn sah, empfand ich sofort: Dies war der Mann, den zu suchen ich nach Arabien gekommen war – der Mann, der die Erhebung Arabiens zu einem glorreichen Ende führen würde.»<sup>35</sup> Der Eindruck, den er zum Zeitpunkt des Geschehens festhielt, war nüchterner: «Er ist aufbrausend, klug und ungeduldig, manchmal unvernünftig und kommt leicht vom Thema ab. Faisal besitzt weit mehr Anziehungskraft und Persönlichkeitswert als seine Brüder, ist aber nicht so klug wie sie. Offensichtlich ist er sehr gescheit, aber vielleicht nicht allzu gewissenhaft.»<sup>36</sup>

Letzteres hätte Lawrence auch über sich selbst sagen können. So gaukelte er Faisal die Vision eines unabhängigen Syrien unter Einschluss des

Libanons vor und spielte die Bedeutung der dem entgegenstehenden Versprechungen, die Grossbritannien Frankreich und den Juden gemacht hatte, herunter.<sup>37</sup> Er sorgte dafür, dass das Verdienst an der Eroberung von Damaskus, sehr zum Ärger der australischen Einheiten, denen sie tatsächlich zu verdanken war, Faisals Truppen angerechnet wurde. Faisal wurde zum Oberverweser von Syrien ernannt. Lawrence tat all dies sowohl für Grossbritannien als auch für die Araber. Er wusste selbst nicht, welche Seite ihm wichtiger war. Manchmal sprach er von den Arabern als «wir» und von den Briten als «sie».<sup>38</sup> Wie andere Freunde Arabiens auch hoffte er, dass die Araber zufrieden und bereitwillig eine begrenzte Selbstregierung unter wohlwollender britischer Oberaufsicht und Kontrolle akzeptieren würden. Selbstbestimmung sei eine «in vieler Hinsicht närrische Idee», sagte er in Curzons Ostausschuss und fügte hinzu: «Wir könnten den Völkern, die mit uns gekämpft haben, gestatten, über sich selbst zu bestimmen.»<sup>39</sup> Auf diese Weise wären Grossbritanniens koloniale Bedürfnisse mit dem arabischen Nationalismus in Einklang zu bringen – und er müsste sich nicht zwischen ihnen entscheiden.<sup>40</sup>

Die Franzosen sahen in Lawrence Faisals «bösen Geist», der die einfachen Araber gegen sie aufgehetzt hatte.<sup>41</sup> Als er im November 1918 zusammen mit Faisal in Marseille eintraf und, wie ein französischer Oberst angewiderte bemerkte, «sein fremdes, weisses orientalisches Gewand» trug, erklärte man ihm, er sei nur als britischer Offizier willkommen. Daraufhin verliess er Frankreich wutentbrannt, kehrte aber zur Eröffnung der Friedenskonferenz zurück – in arabischer Kleidung.<sup>42</sup> Während er von Briten und Amerikanern gefeiert wurde, murrten die Franzosen finster über seinen unvernünftigen Hass auf ihr Land. Einem Gerücht zufolge führte er seinen Hund mit seinem Croix de Guerre am Halsband spazieren.<sup>43</sup> Clemenceau, der eine Konfrontation mit Grossbritannien vermeiden wollte, willigte in ein Treffen mit Lawrence ein. In dem Gespräch erinnerte er ihn daran, dass die Franzosen in den Kreuzzügen gekämpft hätten. «Ja», erwiderte Lawrence, «aber die Kreuzritter sind besiegt worden, und die Kreuzzüge sind gescheitert.»<sup>44</sup>

Die Franzosen, die argwöhnten, dass die Briten Faisal benutzen wollten, um ihren Anspruch auf Syrien zu schwächen – «britischen Imperialismus mit arabischer Galionsfigur» nannte es ein französischer Diplomat –, wollten weder ihn noch Lawrence in Frankreich haben und hätten beide

auch in Beirut aufgehalten, wenn sie rechtzeitig von ihren Reiseplänen erfahren hätten. Andererseits schreckten sie davor zurück, Faisal in Marseille abzuweisen; vielleicht würde man ihn ja den Briten abspenstig machen können, wie gering die Chance dafür auch sein mochte. Faisal wurde korrekt, aber kühl empfangen, und man teilte ihm mit, dass er keine offizielle Stellung habe und schlecht beraten gewesen sei, die Reise zu unternehmen. Dann schleifte man ihn auf eine Rundfahrt über die Schlachtfelder, um ihn von Paris fernzuhalten, und erst als er mit seiner Abreise drohte, ermöglichte man ihm eine Begegnung mit Poincaré.<sup>45</sup> Ausserdem liessen sich die Franzosen dazu herbei, ihm den Orden der Ehrenlegion zu verleihen, der ihm, wie es der Zufall wollte, ausgerechnet von General Henri Gouraud überreicht wurde, der ihn in Syrien später von seinem Thron stürzen sollte.

In London, seinem nächsten Reiseziel, wurde er herzlicher empfangen, allerdings mit Untertönen, die ihn beunruhigten. Die Briten gaben ihm zu verstehen, dass er vielleicht eine französische Oberherrschaft in Syrien würde akzeptieren müssen.<sup>46</sup> Ausserdem sollte er sich damit einverstanden erklären, dass Palästina – im Gegensatz zur Auffassung der Araber – kein Teil Syriens war, und durch einen Vertrag mit Chaim Weizmann, dem Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, die Präsenz der Zionisten in der Region anerkennen. Faisal war allein auf hoher See in einer ihm nicht vertrauten Welt, und er brauchte angesichts der ablehnenden Haltung Frankreichs britische Unterstützung. Deshalb unterzeichnete er Anfang Januar das Abkommen mit Weizmann, dessen Gültigkeit, wie diejenige so vieler anderer Vereinbarungen über den Nahen Osten, seither umstritten ist.<sup>47</sup>

Zu Beginn der Friedenskonferenz versuchten die Franzosen einen Keil zwischen Faisal und die Briten zu treiben. Sein Name wurde aus der Liste der offiziellen Delegierten gestrichen, und als er sich beschwerte, entgegnete ein Vertreter des Quai d'Orsay rundheraus: «Das ist leicht zu verstehen. Man macht sich lustig über Sie: Die Briten haben Sie im Stich gelassen. Wenn Sie sich auf unsere Seite stellen, könnten wir einiges für Sie arrangieren.» Nach einem britischen Protest gestatteten die Franzosen Faisal widerstrebend, als offizieller Delegierter an der Konferenz teilzunehmen, aber nur als Repräsentant des Hedschas. Lawrence war als Begleiter, Dolmetscher und Zahlmeister (Faisal wurde vom britischen Außenministerium finanziell unterstützt) ständig an seiner Seite.<sup>48</sup> Die fran-

zösischen Zeitungen verunglimpften ihn als britische Marionette, und der französische Nachrichtendienst las seine Briefe und verzögerte die Versendung seiner Telegramme in den Nahen Osten. Ausserdem förderte Paris, letztlich erfolglos, das Zentrale Syrische Komitee, das für die Syrer in aller Welt zu sprechen beanspruchte und die Schaffung eines unter französischem Schutz stehenden Grosssyrien, einschliesslich des Libanons, anstrebte. Damit verstärkte man jedoch nur den Argwohn der Araber gegenüber Frankreich.<sup>49</sup>

Am 6. Februar bekam die Delegation des Hedschas schliesslich Gelegenheit, die arabische Sache vor dem Obersten Rat zu vertreten. Faisal, der in einem weissen goldbestickten Gewand und mit einem Krumdolch an der Seite erschienen war, sprach auf Arabisch, und Lawrence dolmetschte. Es ging das Gerücht, dass Faisal lediglich Koranverse rezitiert habe, während Lawrence extemporierte.<sup>50</sup> Die Araber, sagte Faisal, wollten die Selbstbestimmung. Er sei bereit hinzunehmen, dass der Libanon und Palästina ausgenommen würden, aber die übrigen arabischen Gebiete sollten die Unabhängigkeit erhalten. Grossbritannien und Frankreich sollten ihre Versprechen erfüllen. Lloyd George stellte einige Fragen, die darauf abzielten, den Beitrag der Araber zum alliierten Sieg hervorzuheben. Wilson erkundigte sich dagegen nur danach, ob die Araber es vorzögen, unter einem einzigen Mandat oder unter mehreren zu leben. Faisal wich der unangenehmen Frage aus, indem er unterstrich, dass die Araber nach Einigkeit und Unabhängigkeit strebten. Für den Fall, dass sich die Mächte für Mandate entschieden, deutete er allerdings an, dass sein Volk ein amerikanisches allen anderen vorziehen würde. Als Faisal, in Lawrences Begleitung, Wilson privat aufsuchte, äusserte sich der US-Präsident zurückhaltend und unverbindlich. Jahre später, als es schlecht um ihn stand, behauptete Faisal allerdings, Wilson habe ihm zugesagt, dass Syrien, sollte es sich wirklich als unabhängiger Staat etablieren, mit dem Schutz der Vereinigten Staaten rechnen könne.<sup>51</sup>

Der französische Aussenminister versuchte Faisal in eine Falle zu locken. «Pichon», berichtete ein britischer Beobachter hämisch, «war so dumm zu fragen, was Frankreich getan habe, um ihm zu helfen.» Faisal gelang es, in einem Atemzug den Beitrag der Franzosen zu loben und dessen Begrenztheit hervorzuheben, «alles in einer Weise, dass niemand sich gekränkt fühlen konnte und Pichon als der Narr dastand, der er ist».<sup>52</sup>



Einige Tage später gingen die Franzosen wieder in die Offensive, indem sie Araber präsentierten, die behaupteten, ihr Volk, die Christen wie die Moslems, wolle nichts sehnlicher als französische Hilfe. Das Pech war nur, dass ein amerikanischer Experte Wilson in dem Moment, als der graubärtige Sprecher des Zentralen Syrischen Komitees zu seinem zweistündigen Vortrag ansetzte, eine Notiz zuschob, die den Präsidenten darüber informierte, dass der Sprecher die letzten 35 Jahre in Frankreich gelebt hatte. Daraufhin hörte Wilson nicht mehr zu und ging im Saal herum. Clemenceau flüsterte Pichon wütend zu: «Wozu haben Sie den Burschen überhaupt hergebracht?» Pichon zuckte die Achseln. «Ich konnte ja nicht ahnen, dass es so ausgeht.»<sup>53</sup> Clemenceau fand Faisals Forderungen extravagant, aber er hoffte immer noch, eine offene Konfrontation mit den Briten vermeiden zu können, insbesondere, da die Verhandlungen über die Friedensbedingungen für Deutschland in die entscheidende Phase eingetreten waren.<sup>54</sup>

Die Franzosen präsentierten auch eine Delegation, die einen separaten Libanon forderte, der unter dem Schutz Frankreichs stehen sollte, dessen Lob sie sang. «Seine freiheitlichen Grundsätze», sagte der Delegationsleiter, «seine althehrwürdigen Traditionen, die Unterstützung, die der Libanon in schweren Zeiten stets von ihm erhalten hat, die Kultur, die es beständig verbreitet: all dies macht es in den Augen aller Einwohner des Libanons zu etwas Besonderem.»<sup>55</sup> Frankreich war traditionell die Schutzmacht der christlichen Gemeinden im gesamten Osmanischen Reich, war aber besonders eng mit den Maroniten verbunden, die in dem wilden Land um das Libanon-Gebirge wahrscheinlich die Mehrheit der Bevölkerung stellten. 1861 hatte Frankreich die Osmanen gezwungen, dort für sie eine autonome Provinz zu bilden. Maroniten hatten an der Seite französischer Kreuzritter gekämpft; sie behaupteten, was eher unwahrscheinlich war, von Karl dem Grossen abzustammen; wie die französischen Katholiken erkannten sie den Papst in Rom als Oberhaupt an, und nicht den orthodoxen Patriarchen in Konstantinopel; und, was vielleicht am wichtigsten war, sie bewunderten die französische Kultur fast so sehr wie die Franzosen selbst. Ihr Plan für einen Grosslibanon, der das Bekaatal sowie den grössten Teil der Küste von Tripoli bis Sidon umfassen sollte, mitsamt einer grossen Zahl moslemischer Bewohner, stiess bei den Franzosen auf Wohlwollen.<sup>56</sup>

Obwohl Clemenceau selbst auf der Friedenskonferenz vor allem auf

Frankreichs Sicherheit in Europa bedacht war, konnte er die französische Koloniallobby nicht ganz ignorieren. «Er persönlich», sagte er zu Lloyd Georges Sekretär Kerr, «beschäftige sich nicht besonders mit dem Nahen Osten. Frankreich habe dort jedoch stets eine grosse Rolle gespielt und aus ökonomischer Sicht sei, insbesondere angesichts der gegenwärtigen Finanzlage, eine Regelung unbedingt notwendig, die Frankreich wirtschaftliche Chancen eröffne. Er sagte ferner, dass die öffentliche Meinung Frankreichs eine Vereinbarung erwarte, die der Stellung ihres Landes entspreche. Er könne keine Vereinbarung treffen, die dem nicht gerecht werde.»<sup>57</sup> Er war, wie er in den berühmten umstrittenen Gesprächen im Dezember 1918 bewiesen hatte, bereit, den Briten weit entgegenzukommen, konnte ihnen aber im Nahen Osten nicht alles geben.

In der Geschäftigkeit vor Wilsons Aufbruch zu seiner kurzen Heimreise am 14. Februar trat die Frage der arabischen Gebiete angesichts drängenderer Probleme in den Hintergrund. Der Hauptgrund für die Verzögerung bestand darin, dass die Briten sich immer noch nicht darüber im Klaren waren, was sie eigentlich wollten. Sollten sie sich zurückhalten und den Franzosen Syrien überlassen, wie sie es im Sykes-Picot-Abkommen versprochen hatten und wie es ihr Aussenministerium empfahl?<sup>58</sup> Curzons Ostausschuss und das Militär wiesen umgehend auf die Gefahren hin, die drohten, wenn Frankreich ein Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reichs kontrollieren sollte, das sich von Armenien im Norden bis an die Grenze von Palästina im Süden erstrecken würde.<sup>59</sup> Daneben gab es diejenigen, die wie Lawrence der Ansicht waren, dass Grossbritannien den Arabern im Allgemeinen und Faisal im Besonderen etwas schuldig war und sie daher nicht einfach den Franzosen ausliefern konnte. Lloyd George pflichtete ihnen bei. «Wir könnten dem Osten nicht mehr gegenüberreten, wenn wir sein Vertrauen enttäuschen», sagte er zur Empire-Delegation.<sup>60</sup> Er würde Frankreich Syrien nur dann überlassen, wenn er keine andere Wahl hätte. Wie bei anderen Fragen auch versuchte er, Grossbritannien alle Optionen offenzuhalten. Er zögerte den Rückzug britischer Besatzungstruppen hinaus, was Frankreich, soweit dies noch nötig war, von der Unzuverlässigkeit der Briten überzeugte. «Wir sind», beklagte sich Balfour, «in der ganzen Sache in ein ausserordentliches Durcheinander geraten, zum einen aufgrund der Unvernunft der Franzosen, zum anderen aufgrund der von

Grund auf falschen Position, in die wir uns gebracht haben, indem wir auf der militärischen Besetzung eines Landes bestanden haben, das wir unter keinen Umständen selbst behalten wollen, während wir diejenigen ausschliessen, die es mit unserer Einwilligung haben sollten, und zum Dritten aufgrund des komplizierten, widersprüchlichen Charakters der von uns eingegangenen öffentlichen Verpflichtungen.»<sup>61</sup>

Während Wilsons Abwesenheit brachten die Briten verschiedene Lösungsvorschläge in Umlauf, die allesamt Frankreich nichts von dem liessen, was ihm nach dem Sykes-Picot-Abkommen zustand. Lloyd George drängte Clemenceau, Faisal als Herrscher von Syrien anzuerkennen, und verband dies mit der Warnung, dass es andernfalls in Syrien zum Krieg kommen könnte.<sup>62</sup> Für weitere Empörung bei den Franzosen sorgte das britische Vorhaben, die Grenzen Palästinas neu zu ziehen, was, wie sie einwandten, Syrien im Süden fast ein Drittel seines Territoriums kosten würde.<sup>63</sup> «Die von der französischen Regierung eintreffenden Noten», berichtete der britische Botschafter in Paris, «könnten nicht schlimmer sein, wenn wir anstatt Verbündete Feinde wären.» Der britische Kolonialminister Lord Milner, dem man die Verantwortung für die Syrienfrage übertragen hatte, reiste nach Paris, um den Franzosen zu versichern, dass Grossbritannien «Syrien nicht wolle und keinerlei Einwände gegen Frankreichs Präsenz dort habe». Er brachte seinen alten Freund Clemenceau sogar dazu, sich mit Faisal zu treffen, um herauszufinden, ob sich eine Einigung finden liess. Leider kam das Attentat auf Clemenceau am 19. Februar dazwischen. Milner hakte mit der Begründung, er wolle Clemenceau nicht belasten, nicht nach, und Clemenceau wollte nichts mehr mit Faisal zu tun haben.<sup>64</sup> Einige Wochen später kam Lloyd George offenbar wieder auf das Sykes-Picot-Abkommen zurück, allerdings nur, um drei Tage darauf einen neuen Vorschlag zu präsentieren, nach dem Frankreich den Libanon sowie den Hafen Alexandretta im Norden erhalten und Syrien unter Faisal unabhängig werden sollte.<sup>65</sup> Clemenceau beklagte sich bei House bitter darüber, dass Lloyd George ständig seine Versprechen breche.<sup>66</sup> Die französische Regierung stand von Seiten der Koloniallobby unter enormem Druck; sogar das Quai d'Orsay entfachte eine Pressekampagne, die das syrische Mandat für Frankreich forderte. «Ich werde in keinem Punkt mehr nachgeben», sagte Clemenceau zu Poincaré. «Lloyd George ist ein Betrüger. Er hat es geschafft, mich zum ‚Syrer‘ zu machen.»<sup>67</sup>

Am 20. März, nach Wilsons Rückkehr, rekapitulierten Pichon und Lloyd George im Rat der Vier die ganze Geschichte. Sykes-Picot, sagte Wilson hinterher voller Abscheu, klinge wie eine Teesorte; das Abkommen sei ein «gutes Beispiel für die alten Diplomatie».<sup>68</sup> Sykes selbst war zu diesem Zeitpunkt, als Opfer der grossen Grippeepidemie, bereits verstorben, und Picot bemühte sich in Beirut tapfer, im Kampf mit einer feindseligen britischen Militärverwaltung die Interessen seines Landes zu wahren. Allenby, der aus Damaskus nach Paris beordert worden war, warnte davor, dass die Araber einer französischen Besetzung gewalttätigen Widerstand leisten würden.<sup>69</sup> Wilson versuchte einen Kompromiss zu finden. Immerhin, sagte er, sei sein einziges Ziel der Frieden. Wieso entsandte man nicht eine Untersuchungskommission, um herauszufinden, was die Araber selbst wollten? Dann hätte die Friedenskonferenz, wie er mit einem seiner Lieblingsbegriffe hinzufügte, eine «höchst wissenschaftliche Grundlage für eine Regelung».<sup>70</sup> Um die Briten zu ärgern, schlug Clemenceau listig vor, dass die Kommission sich bei der Gelegenheit gleich auch Mesopotamien und Palästina ansehen könne. Poincaré erklärte er mit jener Unbekümmertheit, die der Koloniallobby die Zornesröte ins Gesicht trieb, er habe der Entsendung der Kommission nur zugestimmt, um Wilson einen Gefallen zu tun. Die Kommission werde sowieso nur feststellen, dass Frankreich in Syrien, wo es «eine 200-jährige Tradition» habe, allgemeine Zustimmung geniesse. Der französische Staatspräsident war entsetzt, wie er seinem Tagebuch anvertraute: «Clemenceau ist ein Mann für Katastrophen; er kann sie nicht nur nicht verhindern, er führt sie auch herbei.»<sup>71</sup> Lloyd George stimmte der Entsendung einer Kommission zu, hielt es privat aber für eine schlechte Idee, ebenso wie Clemenceau, als er noch einmal über sie nachdachte. Als sie ihre Vertreter in der Kommission benennen sollten, stellten sich beide Staatsmänner quer, so dass Wilson im Mai schliesslich verärgert beschloss, seine eigenen Kommissare in den Nahen Osten zu entsenden.

Als Faisal erfuhr, dass eine Kommission gebildet werden sollte, trank er zum ersten Mal in seinem Leben ein Glas Champagner.<sup>72</sup> Er war ebenso wie der allgegenwärtige Lawrence zuversichtlich, dass sie sich für die Unabhängigkeit Syriens unter seiner Herrschaft aussprechen würde.<sup>73</sup> Im April fand das immer wieder verschobene Treffen zwischen Faisal und Clemenceau statt, bei dem ein weiterer, von britischen und französischen Ex-

perten ausgearbeiteter Plan, der ein mildes französisches Mandat vorsah, besprochen wurde. Clemenceau, der Faisal freundlicher und vernünftiger fand, als er ihn bisher erlebt hatte, glaubte, er hätte die Bedingungen des Plans akzeptiert.<sup>74</sup> In Wirklichkeit spielte Faisal, auf Anraten von Lawrence, auf Zeit.<sup>75</sup> Im Mai, als klar wurde, dass es weder eine Einigung noch eine ernsthafte alliierte Untersuchungskommission geben würde, war Faisal bereits nach Damaskus zurückgekehrt.

In Paris ging das britisch-französische Gerangel weiter. Den Höhepunkt bildete eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen Clemenceau und Lloyd George über das Schicksal des gesamten Osmanischen Reichs am 21. Mai. Frankreich, erinnerte Clemenceau den britischen Premierminister, habe der Eingliederung Kilikiens in ein amerikanisches Mandatsgebiet Armenien zugestimmt und im vergangenen Dezember bereits Mossul aufgegeben. «Ich habe also», fuhr er fort, «auf Mossul und Kilikien verzichtet. Ich habe, ohne zu zögern, die Zugeständnisse gemacht, die Sie gefordert haben, weil Sie mir gesagt haben, dass es danach keine Probleme mehr geben würde. Aber was Sie heute vorschlagen, werde ich nicht akzeptieren. Am nächsten Tag würde meine Regierung stürzen, und selbst ich würde gegen sie stimmen.»<sup>76</sup> Er drohte, den Verzicht auf Mossul zurückzunehmen. Damit stand nicht nur die Mossul-Frage wieder im Raum, sondern das gesamte Gebiet bis hinunter zum Persischen Golf, also der heutige Irak. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Briten diese Frage erfolgreich umschifft.

Mesopotamien, die von den Briten benutzte Bezeichnung für die alten osmanischen Provinzen Mossul, Bagdad und Basra, war auf der Konferenz bisher kaum erwähnt worden, ausser als mögliches Mandatsgebiet, das, wie man allgemein annahm, Grossbritannien zugesprochen werden würde. Es war von britischen Truppen besetzt, britische Verwaltungsbeamte aus Indien regierten es, und britische Schiffe fuhren den Tigris auf und ab. Da war es unwahrscheinlich, dass eine andere Macht den britischen Anspruch in Frage stellen würde. Russland und Persien waren zu schwach, die Vereinigten Staaten nicht interessiert, und Frankreich hatte bis zu dieser stürmischen Ratssitzung im Mai offenbar jeden Anspruch aufgegeben. Clemenceau mochte in Wut geraten sein, aber vielleicht hatte ihm auch zu dämmern begonnen, was er aufgegeben hatte: Erdöl.

Kohle war der Brennstoff der Industriellen Revolution gewesen, doch 1919 wurde deutlich, dass der Treibstoff der Zukunft Erdöl sein würde.

Panzer, Flugzeuge, Lastkraftwagen und Schiffe, sie alle brauchten Erdöl. Die britischen Erdölimporte allein hatten sich zwischen 1900 und 1919 vervierfacht, und der grösste Teil von ihnen kam aus Ländern ausserhalb des Britischen Empires: aus den Vereinigten Staaten, Mexiko, Russland und Persien. Künftig würde offensichtlich die Kontrolle über Erdölfelder, Raffinerien und Pipelines von grosser Bedeutung sein, wie schon im Ersten Weltkrieg, als die «alliierte Sache», laut Curzon, «auf einer Woge von Öl zum Sieg geschwommen» war.<sup>77</sup> Man wusste zwar nicht mit Sicherheit, dass es in Mesopotamien Erdölvorkommen gab, aber da rund um Bagdad schwarzer Schlamm aus dem Boden quoll und sich in Pfützen sammelte und in Mossul Gasflammen aus Sümpfen emporschossen, lag die Vermutung nahe. 1919 befand die britische Marine, ohne weitere Beweise abzuwarten, die mesopotamischen Erdölfelder seien die grössten der Welt.<sup>78</sup> Es wäre offenbar dumm gewesen, auch nur einen Teil des Gebiets der Kontrolle Frankreichs zu übergeben, was immer im Sykes-Picot-Abkommen stand. «Das grösste Erdölfeld der Welt», schrieb Leo Amery, einer von Lloyd Georges brillanten jungen Beratern, «erstreckt sich bis hinauf nach Mossul und darüber hinaus, und selbst wenn es nicht so wäre, sollten wir aus Sicherheitsgründen vor unseren lebenswichtigen Erdölfeldern genügend Boden kontrollieren, um das Risiko zu vermeiden, dass sie bei Ausbruch eines Krieges überrannt werden.»<sup>79</sup>

Clemenceau, der einmal gesagt hatte: «Wenn ich Öl will, hole ich es mir beim Lebensmittelhändler», hatte inzwischen begriffen, welche Bedeutung der neue Brennstoff besass. Er hatte auf die formale Kontrolle über Mossul verzichtet, verlangte aber von Lloyd George die Zusage, dass Frankreich einen Anteil von allem bekommen würde, was aus dem Boden geholt werden sollte. Der britische Energieminister Walter Long und sein französischer Kollege Henry Berenger, für den Erdöl das «Blut des Sieges» war, sollten eine Übereinkunft aushandeln. Sie arbeiteten ein Abkommen aus, nach dem Frankreich ein Viertel der Turkish Petroleum Company erhalten und im Gegenzug in den Bau zweier über syrisches Gebiet verlaufender Pipelines von Mossul ans Meer einwilligen sollte. Ferner vereinbarten beide Seiten, nicht zuzulassen, dass sich die Amerikaner, die sich für das nahöstliche Erdöl zu interessieren begannen, in das Geschäft hineindrängten.<sup>80</sup> Unglücklicherweise wurde dieser vernünftige Kompromiss durch die Konfrontation in der Syrienfrage zunichtegemacht. «Es gab ei-

nen hochkarätigen Nahkampf», notierte Henry Wilson in seinem Tagebuch, «in dem der Tiger [Clemenceau] sagte, Walter Long habe Frankreich die Hälfte des mesopotamischen Öls versprochen! Lloyd George fragte mich, ob ich jemals etwas davon gehört hätte. Natürlich nie. Woraufhin Lloyd George sofort an den Tiger schrieb und sagte, dass die Vereinbarung hinfällig sei.»<sup>81</sup> Das britische Aussenministerium fand das erst Monate später heraus, was das Durcheinander in der britischen Politik jener Zeit beleuchtet.<sup>82</sup> Erst im Dezember 1919, nachdem Grossbritannien und Frankreich endlich ihren Streit über Syrien beigelegt hatten, wurde die Erdölfrage gelöst, und zwar weitgehend so, wie von Long und Berenger ausgehandelt. Im Rahmen dieser Vereinbarung verzichtete Frankreich dauerhaft auf jeden Anspruch auf Mossul.

Den Briten war klar, dass sie den Franzosen Mossul nicht geben wollten, aber davon abgesehen entwickelte sich ihre Mesopotamien-Politik eher willkürlich. Der im Jahr 1914 zum Schutz des Persischen Golfs vor den Türken unternommene britische Feldzug in dieser Region war defensiver Art gewesen. Nachdem der britische Brückenkopf gesichert war, waren die Truppen nordwärts in Richtung Bagdad zurückgezogen worden. «Das einzig Vernünftige ist, so weit wie möglich weiterzugehen und nicht zu weit nach vorn zu schauen», schrieb der junge Kolonialbeamte Arnold Wilson an seine Eltern.<sup>83</sup> Vier Jahre später waren die Briten tatsächlich weit gekommen, bis hinauf ins Kurdengebiet an der Grenze zur Türkei, und Arnold Wilson leitete die britische Verwaltung.

Bei Kriegsausbruch befand sich Wilson im Norden der Türkei in der Nähe des Ararat, um das Riesenprojekt der Kartographierung der persisch-türkischen Grenze abzuschliessen. (Der Grenzverlauf ist seither nahezu unverändert geblieben.) Zusammen mit seinen Kollegen reiste er quer durch Russland und über den Weissmeer-Hafen Archangelsk nach Grossbritannien zurück. Auf dem Weg zu seinem in Frankreich operierenden Regiment wurde er in den Nahen Osten zurückbeordert, wo er als Sekretär des Zivilverwaltungschefs Percy Cox am Mesopotamien-Feldzug teilnehmen sollte.<sup>84</sup> Als Cox am Kriegsende abberufen wurde, um sich mit persischen Angelegenheiten zu befassen, wurde Wilson wie selbstverständlich sein Nachfolger, und so regierte er von April 1918 bis Oktober 1920 Mesopotamien.

Wie die meisten Briten vor Ort war Wilson davon überzeugt, dass Grossbritannien eine wertvolle neue Besitzung erworben hatte. Mit Erdöl,

wenn sich die Förderung in Mossul denn lohnte, und Getreide, sofern richtig bewässert wurde, konnte sich die neue Besetzung selbst versorgen. Vielleicht würde sie sogar Geld an die Schatzkammern des Empires abführen können. Wilson drängte die Regierung in London, Mossul in die Liste ihrer Kriegsziele aufzunehmen, und kurz nach dem türkischen Waffenstillstand sorgte er dafür, dass britische Truppen es besetzten. Mossul, führte er aus, sei für die Verteidigung von Bagdad und Basra wichtig.<sup>85</sup> Ausserdem hatte nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs und der russischen Revolution seine strategische Bedeutung zugenommen. Grossbritannien unterstützte sowohl antibolschewistische Kräfte in Russland als auch die im Kaukasus entstandenen kleinen, unabhängigen Republiken. Eine Möglichkeit, dies zu tun und die weitere Ausbreitung des Bolschewismus nach Süden zu verhindern, bestand darin, die Verbindung zwischen Persien und dem Kaukasus offen zu halten, und die verlief über Mossul.

Wilson hatte festgefügte Vorstellungen davon, wie die Region regiert werden sollte. «Basra, Bagdad und Mossul», erklärte er, «sollten für Verwaltungszwecke als Einheit betrachtet werden und unter effektiver britischer Kontrolle stehen.» Dass eine einzige Einheit in anderer Hinsicht wenig Sinn machte, scheint er nicht erkannt zu haben. 1919 gab es kein irakisches Volk; Geschichte, Religion und Geographie führten die Menschen nicht zusammen, sondern trennten sie. Basra orientierte sich nach Süden in Richtung Indien und Persischer Golf; Bagdad war eng mit Persien verbunden, und Mossul lehnte sich stärker an die Türkei und Syrien an. Zu erwarten, durch den Zusammenschluss dieser drei osmanischen Provinzen eine Nation schaffen zu können, war, auf Europa übertragen, als wollte man bosnische Moslems, Kroaten und Serben in einem Land vereinen. Wie auf dem Balkan hatte auch in Mesopotamien der Zusammenprall von Imperien und Kulturen tiefe Spuren hinterlassen. Die Bevölkerung bestand zur Hälfte aus schiitischen und zu einem Viertel aus sunnitischen Moslems; dazu kamen weitere Minderheiten, von Juden bis zu Christen, doch eine andere Spaltung verlief quer zur religiösen: diejenige zwischen Arabern, welche die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, sowie Kurden (hauptsächlich in Mossul), Persern und Assyren. Die Städte waren relativ hochentwickelt und kosmopolitisch, während auf dem Land weiterhin erbliche Stammesführer und Geistliche das Sagen hatten.<sup>86</sup> Eine irakische Nationalbewegung gab es nicht, nur eine arabische. Vor dem Krieg hatten



junge Offiziere, die in der osmanischen Armee dienten, eine grössere Autonomie für die arabischen Gebiete gefordert. Bei Kriegsende hatten sich mehrere von ihnen, unter ihnen Nuri as-Said, ein künftiger Ministerpräsident, um Faisal gesammelt. Ihr Ziel war jedoch keine einzelnen Staaten, sondern ein Grossarabien.

Arnold Wilson war sich nicht im Klaren darüber, wie problematisch es war, eine derart heterogene Bevölkerung in einem einzigen Staat zusammenzubringen. Er war ein Paternalist, der glaubte, die Briten würden für Generationen im Land bleiben. «Der gewöhnliche Araber», schrieb er, «sieht die Zukunft, im Gegensatz zu einer Handvoll von Amateurpolitikern in Bagdad, als eine von fairer Behandlung sowie wirtschaftlichem und moralischem Fortschritt unter der Schirmherrschaft Grossbritanniens.» Er drängte die Regierung zu raschem Handeln: «Am besten wäre es, Mesopotamien zu einem britischen Protektorat zu erklären, in dem allen Schichten unverzüglich das mit einer guten, sicheren Regierung vereinbare Höchstmass an Freiheit und Selbstregierung gewährt wird.»<sup>87</sup> Für seine Vorgesetzten in London kam dies allerdings nicht in Frage. Sie zogen eine indirekte Herrschaft vor, wie sie Grossbritannien bereits in den indischen Fürstentümern und in Ägypten ausübte. Sie hatte den Vorteil, billiger zu sein als eine direkte Kontrolle, was, insbesondere im Jahr 1919, ein gewichtiges Argument war. Darauf wies Balfour hin, als der Ostausschuss über all die glänzenden Möglichkeiten, die Grossbritannien offenstanden, diskutierte: «Wir bedenken die Vorteile für die Einwohner, die Vorteile für unser Ansehen; wir bedenken bestimmte Dinge im Zusammenhang mit Handel und Gewerbe und noch vieles andere. Aber von Geld und Personal spricht, soweit ich sehe, niemand, obwohl sie nach meiner Ansicht die entscheidenden Gesichtspunkte für alle Überlegungen bilden sollten.»<sup>88</sup> Ausserdem bedeutete eine indirekte Herrschaft zumindest eine Verbeugung in Richtung arabischer Selbstbestimmung und öffentlicher Meinung. «Was wir wollen», erklärte ein hoher Beamter im Indienministerium, «ist eine gewisse Verwaltung mit arabischen Institutionen, aus denen wir getrost ausscheiden können, während wir die Fäden in der Hand behalten; etwas, das nicht viel kostet und das die Labour Party schlucken kann, weil es mit ihren Prinzipien übereinstimmt, während zugleich unsere ökonomischen und politischen Interessen gewahrt bleiben.»<sup>89</sup>

Das war leichter gesagt als getan. In der arabischen Welt und darüber

hinaus regte sich ein neuer Geist. In Indien sammelten sich Nationalisten um Gandhi, und in Ägypten wuchs die Wafd-Partei von Tag zu Tag. Im Irak war der arabische Nationalismus noch schwach, aber in Syrien und Ägypten stellte er bereits eine starke Kraft dar. Arnold Wilsons Orientsekretärin und enge Beraterin Gertrude Bell nahm dies im Gegensatz zu ihrem Chef wahr. Sie spielte als einzige Frau im Zusammenhang mit den Friedensvereinbarungen eine entscheidende Rolle. Die schmale, ernste Kettenraucherin mit der schneidenden Stimme war es gewohnt, aus dem Rahmen zu fallen. Obwohl aus einem reichen Elternhaus mit guten Beziehungen stammend, hatte sie mit dem üblichen Lebensmuster ihrer Schicht – Heirat, Kinder, Gesellschaftsleben – gebrochen und war nach Oxford gegangen. Nachdem sie als erste Frau ein Geschichtsstudium mit der höchsten Auszeichnung abgeschlossen hatte, wurde sie zu einer anerkannten Archäologin und Historikerin. Sie war arrogant, schwierig und höchst einflussreich. Auf einem Empfang, den der britische Oberbefehlshaber in Bagdad im September 1918 für achtzig Würdenträger gab, erhoben sich alle Anwesenden, als sie sie entdeckten, von ihren Plätzen und drängten sich um sie.<sup>90</sup>

Vor dem Krieg war sie, nur in Begleitung ihrer Diener und Führer, durch den Nahen Osten gereist, von Beirut bis Damaskus und von Bagdad bis Mossul. Sie liebte die Wüste: «Stille und Einsamkeit senken sich wie ein undurchdringlicher Schleier über mich. Es gibt nur eine Wirklichkeit, und das sind die langen Stunden auf den Kamelen, das Frösteln im Morgenrauen, die Müdigkeit am Nachmittag, die Geschäftigkeit beim Aufbau des Lagers und nach dem Abendessen die Gespräche am Feuer in Muhammads Zelt. Und dann schlafe ich fester, als ich das in der Zivilisation jemals erlebt habe. Am nächsten Morgen geht es wieder weiter.»<sup>91</sup> 1914 war sie weithin als einer der führenden britischen Nahostexperten anerkannt. 1915 begann sie als erste Frau für den britischen Militärnachrichtendienst zu arbeiten und nahm als einzige Frau am britischen Mesopotamien-Feldzug teil.

Von Frauenrechten hielt sie ebenso wenig wie von den meisten ihrer Geschlechtsgenossinnen. «Es ist einfach ein Jammer», verkündete sie lauthals in Anwesenheit einer jungen britischen Braut, «dass so viele vielversprechende junge Engländer hingehen und solche törichten Frauen heiraten.» Ihre besten Freunde waren Männer: Lawrence, St. John Philby (der Vater des Spions), Faisal und (eine Zeitlang) Arnold Wilson. Sie ver-

liebte sich leidenschaftlich, heiratete aber nie. Als sich ihre erste grosse Liebe als Spieler entpuppte, verweigerte ihr Vater die Zustimmung zur Heirat, und die zweite war schon verheiratet. Am Heiligabend 1920 schrieb sie an ihren Vater: «Wie Du weisst, habe ich kaum Freunde. Mir liegt nicht so viel an den Leuten, dass ich bereit wäre, mich um sie zu bemühen, und folglich bemühen sie sich auch nicht um mich – warum sollten sie auch? Ausserdem finde ich die Art, wie sie sich vergnügen, sterbenslangweilig, und ich habe keine Lust, mich daran zu beteiligen.»<sup>92</sup>

Sie stürzte sich in die Arbeit in Mesopotamien. «Ich bin sicher», schrieb sie nach der Eroberung von Bagdad, «wir werden der Stadt Wohlstand bringen und sie zu einem Zentrum der arabischen Zivilisation machen.»<sup>93</sup> Anfangs nahm sie an, dass die Araber sich kaum an ihrer eigenen Regierung beteiligen würden. «Je besser wir unsere Stellung hier halten können», schrieb sie an ihren Vater, «desto zufriedener werden die Einwohner sein.»<sup>94</sup> Damals kam sie gut mit Arnold Wilson aus. Er sei, berichtete sie begeistert nach Hause, «ein höchst bemerkenswertes Geschöpf, 34, mit brillanten Fähigkeiten und einer Kombination aus geistiger und körperlicher Kraft, wie man sie äusserst selten antrifft».<sup>95</sup> Umgekehrt bewunderte Wilson den «unermüdlichen Fleiss» seiner Orientsekretärin bei der Erledigung der Büroarbeit. Sie sei, bemerkte er gegenüber seiner Familie, «in vieler Hinsicht ausserordentlich energisch und hilfreich».<sup>96</sup> Gemeinsam warteten sie auf eine Entscheidung ihrer Vorgesetzten darüber, was mit Mesopotamien geschehen sollte. Sie warteten vergeblich. «Ich nehme an», vermutete Wilson, «dass ihre Orakel stumm blieben, weil ihre Zweifel noch grösser waren als unsere.»<sup>97</sup> Während des Wartens änderte sich Bells Ansicht über die Art der Regierung, die Mesopotamien brauchte. Die Araber würden eine grössere Rolle spielen müssen, als sie anfangs gedacht hatte.<sup>98</sup>

Im Januar 1919 schickte Wilson seine Orientsekretärin nach Kairo, London und Paris, um herauszufinden, was los war. Im Februar folgte er ihr nach Paris, wo sie sich für die Schaffung eines Staats in Mesopotamien einsetzte. «Morgen esse ich mit Mr. Balfour», schrieb sie ziemlich gross-spurig an ihre Familie, «dem das wahrscheinlich egal ist. Letzten Endes hoffe ich, Mr. Lloyd George an den Rockschössen zu fassen zu bekommen, und wenn mir das gelingt, glaube ich, seine Sympathie gewinnen zu können. Einstweilen haben wir Oberst Wilson aus Bagdad hergerufen.» Sie

war zu Recht davon überzeugt, dass das Schicksal Mesopotamiens mit der Lösung des Streits über Syrien zusammenhing: «Wir können das eine nicht ohne das andere betrachten, und was Syrien angeht, ist die französische Haltung entscheidend.» Sie hatte viel Zeit mit Lawrence und Faisal verbracht und teilte jetzt deren Hoffnung, dass Frankreich dazu bewegt werden könnte, Faisal zum König eines unabhängigen Syrien zu machen. Arnold Wilson lehnte Lawrence und dessen Ansichten strikt ab: «Er scheint enorm viel Schaden angerichtet zu haben, und unsere Schwierigkeiten mit den Franzosen sind meiner Meinung nach hauptsächlich seinem Handeln und seinen Empfehlungen zu verdanken.»<sup>99</sup>

Die Gespräche und die Lobbyarbeit fruchteten wenig. «Wir haben jetzt Miss Bell und Oberst Wilson nach Paris geholt», beklagte sich Indienminister Montagu bei Balfour. «Sie unterstehen mir und kommen zu mir und sagen: ‚Hier sind wir. Was wollen Sie von uns?‘ Ich kann ihnen aber keine Informationen darüber geben, was vor sich geht.»<sup>100</sup> Während die Friedensmacher sich um eine Entscheidung drückten, griff in Mesopotamien die Unruhe immer weiter um sich – unter Kurden und Persern, die unter der arabischen Vorherrschaft stöhnten, unter Schiiten, denen der sunnitische Einfluss gegen den Strich ging, unter den Stammesführern, die sich der britischen Macht widersetzen, unter hohen ehemaligen Beamten, die durch den Zusammenbruch des Osmanischen Reichs ihre Stellung verloren hatten, und unter der wachsenden Zahl arabischer Nationalisten. Bell verfolgte es voller Sorge. Im April schrieb sie an ihren alten Freund Aubrey Herbert, der seinerseits wegen Albanien besorgt war: «Oh, mein Lieber, sie richten im Nahen Osten ein solches Durcheinander an. Ich bin überzeugt, dass es viel schlimmer sein wird als vor dem Krieg – ausser in Mesopotamien, das wir vielleicht aus dem allgemeinen Chaos heraushalten können. Es ist wie ein Albtraum, in dem man all die schrecklichen Dinge voraussieht, die passieren werden, sich aber nicht rühren kann, um es zu verhindern.»<sup>101</sup>

In jenem Frühjahr explodierte Ägypten. Die Ägypter waren nie froh gewesen über die britische Herrschaft, auch wenn Grossbritannien sie zu verschleiern versuchte, indem es mit Hilfe eines Khediven regierte. Bei Kriegausbruch waren in Ägypten alle Voraussetzungen für eine starke nationale Bewegung vorhanden: mächtige Religionsführer, einheimische Magnaten und eine wachsende Akademikerschicht, deren Angehörige

Verbindungen untereinander und sozial abwärts zu der riesigen bäuerlichen Bevölkerung im Nildelta knüpften.<sup>102</sup> Der Krieg brachte neue Probleme mit sich. Als das Osmanische Reich, das nominell immer noch die Oberherrschaft über Ägypten ausübte, Grossbritannien 1914 den Krieg erklärte, proklamierte London Ägypten zum Protektorat, was viele Ägypter ebenso verärgerte wie der Zustrom britischer und australischer Truppen und der deutliche Preisanstieg. Die Briten gaben widersprüchliche Signale, was die Zukunft Ägyptens betraf: Während sie vor Ort ihre Herrschaft festigten, benutzte die Regierung in London das Vokabular von US-Präsident Wilson, dessen Vierzehn Punkte von den Ägyptern ihrerseits mit grosser Begeisterung aufgenommen wurden.<sup>103</sup>

Im November 1918, kurz nachdem die Briten und Franzosen in ihrer Erklärung gegenüber den Arabern den Gedanken der Selbstbestimmung aufgegriffen hatten, suchte der bekannte ägyptische Nationalist Said Zaghul an der Spitze einer Delegation Reginald Wingate, den Chef der britischen Verwaltung in Ägypten, auf. Zaghul, ein prominenter Rechtsanwalt, Literat und ehemaliger Bildungsminister, entstammte als Sohn einer im Nildelta lebenden Grundbesitzerfamilie dem traditionellen Ägypten, war aber, von einer Prinzessin aus der Königsfamilie gefördert, in die modernere kosmopolitische Welt von Kairo gezogen. Die Briten hatten ihn anfangs zu ihren Unterstützern gezählt. «Er sollte weit kommen», bescheinigte ihm Lord Cromer, der erste britische Generalkonsul in Ägypten. «Er besitzt alle Eigenschaften, die nötig sind, um seinem Land zu dienen: Er ist anständig, er ist begabt, und er hat den Mut, zu seinen Überzeugungen zu stehen.»<sup>104</sup> 1919 sahen die Briten ihn indes in einem weniger rosigen Licht, denn er hatte sich inzwischen dem nationalistischen Lager angeschlossen, vielleicht, weil er nicht zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, vielleicht aber auch aus aufrichtiger Überzeugung.<sup>105</sup>

In dem Gespräch mit Wingate forderte Zaghul die vollständige Eigenständigkeit für Ägypten. Die Ägypter, erklärte er, seien ein «altes, begabtes Volk mit einer ruhmreichen Vergangenheit, das weit mehr als die Araber, Syrer und Mesopotamier, denen jüngst die Selbstbestimmung versprochen wurde, fähig ist, einen wohlgeordneten Staat zu führen». Er bat darum, einer Delegation (wafd) zu erlauben, nach London und Paris zu reisen, um die Forderungen der Nationalisten zu vertreten. Als Wingate dies

ablehnte, protestierten die Ägypter aufgebracht: «Mr. Montagu hat extremistische Inder empfangen; dem arabischen Emir Faisal ist gestattet worden, nach Paris zu reisen. Waren die Ägypter weniger loyal? Warum nicht Ägypten?»<sup>106</sup>

Nach Beginn der Friedenskonferenz zirkulierten Petitionen über Ägypten, die von Tausenden und schliesslich von Hunderttausenden unterschrieben wurden. Die Proteste mündeten in der Gründung einer passenderweise *Wafd* genannten Bewegung. Zaghul drängte den Khediven, die vollständige Unabhängigkeit zu fordern. Am 9. März verhafteten die Briten Zaghul und drei andere führende Nationalisten und deportierten sie nach Malta. Am nächsten Tag fanden in ganz Ägypten Streiks und Demonstrationen statt. Ein geradezu unerhörtes Zeichen war, dass Oberschichtfrauen aus ihrer Abgeschiedenheit hervortraten. «Es war mir egal, ob ich einen Sonnenstich erlitt», sagte eine von ihnen. «Schuld gewesen wäre die tyrannische britische Herrschaft.»<sup>107</sup> Die Proteste schlugen in Gewalt um: Telegraphenleitungen wurden gekappt und Eisenbahnschienen herausgerissen, und am 18. März wurden acht britische Soldaten von einem Mob ermordet. Plötzlich waren die Briten mit der Gefahr konfrontiert, die Kontrolle über Ägypten ganz zu verlieren.

In gelinder Panik verhängte die britische Regierung das Kriegsrecht über Ägypten und entsandte Allenby, um die Ägypter zur Raison zu bringen. Zu Londons Überraschung gelangte er rasch zu dem Schluss, dass er, wenn er auch nur eine Chance haben wollte, die Ägypter zur Kooperation zu bewegen, die Nationalistenführer aus der Haft in Malta entlassen und ihnen gestatten musste, ins Ausland zu reisen.<sup>108</sup> Zaghul begab sich nach Paris, wo er sich vergeblich bemühte, die Unterstützung der anderen Mächte zu gewinnen.<sup>109</sup> Den Briten hatte er indes bewusst gemacht, dass sie ihr Regime in Ägypten verändern mussten. Nach monatelangen Verhandlungen gestanden sie dem Land 1922 die Unabhängigkeit zu, behielten sich aber die Kontrolle über den Suezkanal und die Aussenpolitik vor. Zaghul wurde 1924 Ministerpräsident.

Indien, der Grund, aus dem die Briten überhaupt in Ägypten waren, bereitete ihnen 1919 ebenfalls Sorgen. Der indische Nationalismus war noch stärker als der ägyptische. Aus einst höflichen Bitten um begrenzte Selbstregierung war die Forderung nach voller Eigenständigkeit geworden. Während des Krieges war Mohandas Gandhi aus Südafrika nach Indien gekommen, im Gepäck das Handwerkszeug der politischen Organi-

sation und des zivilen Ungehorsams, die er vervollkommen hatte, um den überwiegend gutbürgerlichen indischen Nationalkongress in eine formidable Massenbewegung zu verwandeln. Eine rasche Inflation, der Zusammenbruch des indischen Exports und Enthüllungen darüber, wie die Briten durch militärische Unfähigkeit in Mesopotamien das Leben indischer Soldaten vergeudet hatten, desillusionierten selbst diejenigen Inder, die geglaubt hatten, die britische Herrschaft würde wenigstens eine gute Regierungsführung garantieren. Die britische Regierung stellte 1917 zwar einen schrittweisen Übergang zur Selbstregierung in Aussicht, wurde aber dennoch ausmanövriert und überlistet.

Die indischen Nationalisten nahmen Präsident Wilsons Grundsatz der Selbstbestimmung zwar positiv zur Kenntnis, schenkten der Pariser Friedenskonferenz anfangs aber wenig Aufmerksamkeit. Indien hatte keine territorialen Ansprüche, jedenfalls keine, die den Indern wichtig gewesen wären. (Die britischen Beamten im Indienministerium versuchten erfolglos, die Forderung nach einem indischen Mandat für Mesopotamien und Deutsch-Ostafrika durchzusetzen.)<sup>110</sup> Das Land wurde nicht von seinen eigenen Führern vertreten, sondern vom britischen Indienminister Montagu und zwei handverlesenen Indern, dem angesehenen Richter Satyendra Prasanno Sinha und dem Maharadscha von Bikaner, der kaum sprach, aber reizende Gesellschaften gab. Zur Überraschung der Friedensmacher und Beunruhigung der Briten wurde eine scheinbar nebensächliche Frage – die Abschaffung des Kalifats in Konstantinopel – plötzlich zu einem bedeutenden Thema in Indien.

Die indischen Moslems, die ein Viertel der Bevölkerung von Britisch-Indien stellten, befürchteten schon seit einiger Zeit, dass das Ende des Osmanischen Reichs auch dasjenige der geistigen Führung der Moslems in aller Welt durch den Sultan bedeuten könnte. In Moscheen überall in Indien wurde für den Kalifen gebetet. Der Krieg hatte die indischen Moslems gespalten: Eine kleine Minderheit stellte sich auf die Seite der Osmanen und wurde dafür, dass sie dies offen bekundete, ins Gefängnis gesteckt, während die grosse Mehrheit, ob nun aus Trägheit oder Trauer, schwieg. Als 1919 aus Paris das Gerücht nach Indien drang, die Mächte hätten vor, das Osmanische Reich aufzuteilen, den Sultan abzusetzen und das Kalifat abzuschaffen, flehten moslemische Zeitungen die Briten an, ihn zu schützen, und lokale Würdenträger gründeten Kalifatskomitees. Die britischen

Behörden wurden mit Petitionen überschwemmt, in denen fälschlicherweise behauptet wurde, Wilson habe versprochen, das Kalifat zu schützen.<sup>111</sup> Die indische Regierung drängte London, den Sultan, mitsamt einer gewissen Autorität über die heiligen Stätten im gesamten Nahen Osten, in Konstantinopel zu belassen.<sup>112</sup> In Paris warnte Montagu seine Kollegen wiederholt vor der Gefahr, eine grosse indische Bevölkerungsgruppe zu verprellen, die sich gegenüber Grossbritannien bemerkenswert loyal verhielt.<sup>113</sup> Doch mit seinen Warnungen und seinem aufbrausenden Charakter sorgte er nur für Irritationen. «Tatsächlich», schrieb ihm Lloyd George, «habe ich Ihr Auftreten während der gesamten Konferenz häufig weniger als das eines Mitglieds des britischen Kabinetts denn als dasjenige eines Nachfolgers auf dem Thron von Aurangzeb empfunden.»<sup>114</sup>

Am 17. Mai willigte Lloyd George widerstrebend ein, eine Abordnung, der unter anderem der Aga Khan angehören sollte, vor den Rat der Vier zu laden, die darum bitten sollte, die türkischen Gebiete des Osmanischen Reichs nicht unter verschiedenen Mächten aufzuteilen und das Weiterbestehen des Kalifats zu gestatten. Lloyd George selbst war beeindruckt: «Ich ziehe den Schluss, dass es unmöglich ist, die eigentliche Türkei aufzuspalten. Wir würden ein zu grosses Risiko eingehen, Unruhe in der islamischen Welt zu verbreiten.»<sup>115</sup> Unglücklicherweise kam es vier Tage später, am 21. Mai, zu dem Streit zwischen Clemenceau und Lloyd George über den Nahen Osten, und das gesamte Thema, einschliesslich des Kalifats, wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

In Indien verstärkten sich die Befürchtungen der Moslems. Die lokalen Komitees vereinigten sich zu einem zentralen Kalifatskomitee. Die wichtigste politische Organisation der Moslems, die Moslemliga, schickte eine Abordnung zu Lloyd George. Schwerwiegender war jedoch, dass sich Gandhi und mit ihm der Nationalkongress hinter die Bewegung stellten. Der hagere, in sich gekehrte Gandhi, der sich stets den politischen Strömungen in Indien anpasste, zugleich aber auch auf sein eigenes kompliziertes Herz hörte, entpuppte sich, was wohl kaum jemand erwartet hätte, als politisches Genie. In der Kalifats-Kampagne sah er eine Gelegenheit, Brücken zwischen Hindus und Moslems zu bauen und die britischen Behörden in Verlegenheit zu bringen.

Indien befand sich bereits in Aufruhr. Die grosse Grippeepidemie hatte 12 Millionen Inder dahingerafft – was Gandhi als Beleg für die moralische



Untauglichkeit der Briten, über Indien zu herrschen, anzuführen pflegte. Die Moslems waren wegen des Kalifats erregt, die Arbeiter streikten, und die Bauern protestierten gegen ihrer Pachtzinsen. Die indische Regierung verschlimmerte die Lage noch, indem sie Gesetze erliess, die ihre willkürlichen Machtbefugnisse ausweiteten. Im März und April fanden in den Städten riesige Demonstrationen und Kundgebungen statt. Am 6. April rief Gandhi zum Generalstreik in ganz Indien auf. Obwohl er seine Anhänger ermahnte, von Gewalttätigkeiten abzusehen, kam es sporadisch zu Plünderungen und gewalttätigen Übergriffen. Die schwersten Unruhen brachen im Punjab aus, wo am 13. April in Amritsar ein in Panik geratener britischer Offizier seinen Soldaten befahl, aus geringer Entfernung auf eine grosse Menschenmenge zu schiessen. Das Massaker von Amritsar, wie es bald genannt wurde, brachte sogar die gemässigte indische Öffentlichkeit gegen die Kolonialmacht auf. Die Briten, insbesondere jene in Indien, wurden von Angst ergriffen. Gab es, fragte eine örtliche englischsprachige Zeitung, «irgendeine bösertige, hochgefährliche Organisation, die im Untergrund tätig» war?<sup>116</sup> Vielleicht die Bolschewisten? Agenten aus Ägypten?<sup>117</sup> Oder eine weltweite moslemische Verschwörung? Vielleicht war es mehr als ein Zufall, dass kurz zuvor ein Krieg mit dem moslemischen Afghanistan ausgebrochen war und Ibn Sauds Truppen, die zum grossen Teil aus einer puritanischen islamischen Bewegung rekrutiert worden waren, die Arabische Halbinsel im Sturm eroberten.<sup>118</sup>

Die Probleme in Ägypten und Indien erschütterten das Selbstvertrauen der Briten und führten ihnen wieder einmal die Grenzen ihrer Macht vor Augen. Generalstabschef Henry Wilson hatte wiederholt versucht, die Regierung darauf aufmerksam zu machen. «Meine ganze Kraft», schrieb er einem Freund im April 1919, «ist jetzt darauf gerichtet, unsere Truppen aus Europa und Russland herauszubekommen und unser Schwergewicht auf die künftigen Sturmzentren zu legen, das heisst auf England, Irland, Ägypten und Indien. So sieht s aus, mein Lieber.»<sup>119</sup> Selbst, wenn Truppen aus Regionen wie dem Kaukasus und Persien abgezogen wurden, waren die Militärs nicht sicher, dass sie in der Lage sein würden, das, was in den «Sturmzentren» auf sie zuzukommen drohte, bewältigen zu können. Die britischen Armeen schmolzen dahin. Allein im Nahen Osten demobilisierte Allenby im Durchschnitt jeden Monat 20.000 Mann.<sup>120</sup>

Die Probleme schärften auch den Blick für die Kosten. «Begreifen Sie bitte», schrieb Churchill, mittlerweile Kolonialminister, an seinen Privatsekretär im Kolonialministerium, «dass alles, was im Nahen Osten geschieht, gegenüber der Notwendigkeit, die Ausgaben zu reduzieren, zweit-rangig ist.»<sup>121</sup> Im Sommer 1919 berichtete Curzon Balfour über eine besonders frustrierende Kabinettsitzung: «Folgendes hat sich herausgestellt: Der Unterhalt einer englischen und einer indischen Armee von 320.000 Mann in verschiedenen Teilen des türkischen Reichs und in Ägypten oder von 225.000 Mann, wenn man Ägypten mit seinen enormen Kosten herausnimmt, ist eine Last, die nicht mehr tragbar ist.»<sup>122</sup> Schliesslich schenkte auch Lloyd George, der den Abschluss des Friedensvertrags mit dem Osmanischen Reich nicht für dringlich hielt, dem Problem seine Aufmerksamkeit. Im August 1919, kurz bevor er in Urlaub fuhr, legte ihm Balfour eine bewundernswert klare Zusammenfassung der Sachlage vor, allerdings, wie man es von ihm gewohnt war, ohne Lösungsvorschläge: «Die unschöne Wahrheit ist ..., dass Frankreich, England und Amerika sich in der Syrienfrage in eine Situation gebracht haben, die derart verworren ist, dass für keinen von ihnen eine saubere, zufriedenstellende Lösung möglich ist.»<sup>123</sup> Lloyd George musste zu seinem Leidwesen ausserdem erkennen, wie sehr die Franzosen verärgert waren.<sup>124</sup> Und zu allem Überfluss legte Faisal seit seiner Rückkehr nach Syrien im Mai eine unwillkommene Eigenständigkeit an den Tag. In einer seiner ersten Reden in Damaskus sagte er zu seinen arabischen Zuhörern: «Es liegt jetzt an Ihnen zu wählen, ob Sie Sklaven oder Herren des eigenen Schicksals sein wollen.» Gerüchten zufolge führte er Gespräche mit nationalistischen Ägyptern über die Bildung einer gemeinsamen Front gegen die Briten und mit türkischen Nationalisten über eine mögliche Wiedervereinigung mit der Türkei. Agenten trugen seine Propaganda nach Mesopotamien. In einem Gespräch mit Allenby behauptete Faisal, Woodrow Wilson habe ihm geraten, er solle dem Beispiel der amerikanischen Revolution folgen: «Wenn Sie die Unabhängigkeit wollen, rekrutieren Sie Soldaten und seien Sie stark.»<sup>125</sup> Wenn Faisal sich an die Spitze eines Aufstands stellen sollte, warnten britische Militärbefehlshaber in Syrien Lloyd George, würden sie ihn nicht in Schach halten können.<sup>126</sup>

Im September fasste Lloyd George, der, war er sich erst einmal über eine Frage klar geworden, rasch zu handeln pflegte, den Entschluss, die

britischen Truppen aus Syrien abzuziehen und das Gebiet den Franzosen zu überlassen. In schwierigen Verhandlungen einigte er sich mit Clemenceau auf die Machtübergabe. (Es sollte dennoch neuen Streit geben über die syrisch-palästinensische Grenze, deren Verlauf erst 1922 endgültig festgelegt wurde.)<sup>127</sup> Die Amerikaner protestierten schwach und sprachen von Selbstbestimmung, aber sie waren kein ernstzunehmender Faktor mehr. Bis Ende 1919 wurden auch die anderen noch offenen Probleme zwischen Grossbritannien und Frankreich gelöst. Das Erdöl von Mossul sollte mehr oder weniger so, wie man es ein halbes Jahr zuvor vereinbart hatte, geteilt werden. Auf der Konferenz von San Remo im April 1920, auf der die Bedingungen des Friedensvertrags mit dem Osmanischen Reich gebilligt wurden, sprachen sich Grossbritannien und Frankreich, die ihre Differenzen vorübergehend beiseitegeschoben hatten, Mandate im Nahen Osten zu: Grossbritannien für Palästina und Mesopotamien, Frankreich für Syrien. Theoretisch waren sie erst nach der Bestätigung durch den Völkerbund gültig, die 1922 erfolgte, was angesichts der britisch-französischen Dominanz in der Versammlung kaum überraschend war.

Die Araber wurden durchaus konsultiert, allerdings nur von den Amerikanern. Wilsons Untersuchungskommission, die Clemenceau und Lloyd George nicht hatten unterstützen wollen, hatte ihre Aufgabe erfüllt. Henry King, Präsident eines kleinen amerikanischen Colleges, und Charles Crane, der sich mit so viel Energie für die Tschechoslowakei ins Zeug gelegt hatte, verbrachten den Sommer 1919 pflichtschuldig damit, kreuz und quer durch Palästina und Syrien zu reisen. Sie stellten fest, dass eine überwältigende Mehrheit der Einwohner wollte, dass Syrien sowohl Palästina als auch den Libanon umfasste; eine ähnlich grosse Mehrheit sprach sich für die Unabhängigkeit aus. «Bei unklugem, unzuverlässigem Verhalten gegenüber diesem Volk», resümierten King und Crane, «können leicht Gefahren auftreten, aber wenn man ihm aufrichtig und loyal gegenübertritt, besteht grosse Hoffnung auf Frieden und Fortschritt.»<sup>128</sup> Der Bericht wurde erst 1922 veröffentlicht, als der Schaden bereits angerichtet war.

Im September 1919 wurde Faisal knapp mitgeteilt, dass Grossbritannien und Frankreich ihre Gespräche über den Nahen Osten wiederaufgenommen hatten. Die Briten sorgten dafür, dass er erst in London eintraf, nachdem Lloyd George und Clemenceau sich geeinigt hatten. Faisal pro-

testierte und kündigte an, dass er sich einer französischen Herrschaft nicht unterwerfen werde.<sup>129</sup> Die Briten drängten ihn, vielleicht etwas verlegen, mit den Franzosen zu reden. In Oxford verfolgte Lawrence ohnmächtig, wie sein Land seinen alten Freund und die Araber im Stich liess. Er las ein ums andere Mal ein Gedicht über die Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies und sass, wie sich seine Mutter später erinnerte, oft in ihrem Haus «den ganzen Vormittag vom Frühstück bis zum Mittagessen mit unverändertem Gesichtsausdruck reglos in der gleichen Stellung» da.<sup>130</sup>

In Paris wurde Faisal kühl empfangen. «Nachdem sie ihn mit Blumen überschüttet und in höchsten Tönen sein Loblied gesungen hatte», berichtete Mordacq, «zog die Presse ihn [jetzt] praktisch durch den Dreck und überhäufte ihn mit Verleumdungen und Beleidigungen.»<sup>131</sup> Clemenceau zeigte Verständnis, blieb aber in der Sache fest: Frankreich werde Faisal als Herrscher in Damaskus anerkennen, solange er in der Lage sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Im Notfall werde er natürlich französische Truppen herbeirufen. Faisal führte Clemenceau mit grossartiger Geste seine Pferde vor, darunter zwei wunderschöne Vollblüter; die übrigen waren, laut Mordacq, nur Durchschnitt.<sup>132</sup> Auf jeden Fall stand der Tiger vor dem Ende seiner Amtszeit, und die offizielle französische Haltung gegenüber dem arabischen Nationalismus, dem Paris nie wohlgesinnt war, verhärtete sich. Die französische Herrschaft in Syrien musste gefestigt werden, insbesondere angesichts der Angriffe türkischer Nationalisten auf französische Truppen in Kilikien. Die im November 1919 gewählte neue französische Regierung legte weit mehr Wert auf das Kolonialreich als Clemenceau. Paul Deschanel, Poincares Nachfolger im Amt des Präsidenten, versicherte einer Abordnung von Kolonialisten, das Mittelmeer und der Nahe Osten seien Grundpfeiler der französischen Politik.<sup>133</sup> Obwohl Faisal bis zum Januar 1920 in Paris blieb, konnte er kein festes Abkommen mit den Franzosen erreichen. Nicht nur von den Franzosen, sondern auch von den Briten enttäuscht, reiste er nach Damaskus zurück. Letztere hatten ihn, mit seinen Worten, «an Händen und Füssen gefesselt den Franzosen ausgeliefert».<sup>134</sup>

Dort fand er eine sich verschlechternde Situation vor. Der französische Hochkommissar, General Gouraud, der Faisal in glücklicheren Tagen Orden überreicht hatte, war Anhänger eines harten Kurses gegenüber den Arabern.<sup>135</sup> Die arabischen Nationalisten ihrerseits waren immer kämpfe-

rischer gestimmt, zum Teil angeregt von dem Beispiel, das D'Annunzio in Fiume gab; immerhin schien er mit seiner Unbotmässigkeit gegenüber den Grossmächten durchzukommen.<sup>136</sup> Im weiten Bekaatal mit der antiken Ruinenstadt Baalbek nahmen arabische Heckenschützen französische Soldaten aufs Korn. (In den 1970er Jahren sollten radikale Guerillas aus aller Welt das Tal ebenso brauchbar finden.) Hinter den Kulissen wurde enormer Druck auf Faisal ausgeübt, die Unabhängigkeit zu verkünden, auch wenn dies Krieg mit Frankreich bedeutete.<sup>137</sup> Faisal gab, wenn auch widerstrebend, dem Druck nach und liess sich am 7. März vom syrischen Nationalkongress zum König von Syrien proklamieren, und zwar nicht des Syrien in den Grenzen, auf die sich Grossbritannien und Frankreich geeinigt hatten, sondern eines Syriens in seinen «natürlichen Grenzen», das Palästina und den Libanon einschloss und im Osten bis zum Euphrat reichte. Es gab Zusammenstösse mit französischen Truppen. Kurz darauf trat ebenfalls in Damaskus ein zweiter Kongress zusammen, der für die Mesopotamier zu sprechen beanspruchte, und erklärte die Unabhängigkeit, proklamierte Faisals Bruder Abdullah zum König und forderte die Briten auf, ihre Besetzung zu beenden.<sup>138</sup>

Selbst in Syrien wurde Faisal aber nicht von allen unterstützt. Am 20. März erklärten libanesischen Christen, die nicht in einen Konflikt mit Frankreich verwickelt werden wollten, bei einer riesigen Kundgebung den Libanon für unabhängig. Als Landesfahne wählten sie die französische Trikolore mit einer Zeder in der Mitte.<sup>139</sup> Arabische Radikale wiederum warfen Faisal vor, den Franzosen gegenüber zu nachgiebig zu sein. Im Juli stellte Gouraud Faisal ein Ultimatum und verlangte unter anderem die Anerkennung des französischen Mandats für Syrien und die Bestrafung derjenigen, die Franzosen angegriffen hatten. Faisal appellierte verzweifelt an die anderen Mächte, die jedoch nicht mehr für ihn übrig hatten als flauere Sympathiebekundungen. Am 24. Juli feigten französische Truppen an der Strasse nach Damaskus eine schlecht ausgerüstete syrische Armee beiseite. Faisal und seine Familie gingen ins Exil.

Um Syrien unter Kontrolle zu bringen, verkleinerte Frankreich dessen Territorium. Seine christlichen Verbündeten belohnte es damit, dass es die Grenze verschob, so dass nun auch das Bekaatal, die Mittelmeerhäfen Tyros, Sidon, Beirut und Tripoli sowie ein Landstreifen im Süden, nörd-

lich von Palästina, zum Libanon gehörten. Damit wurden Tausende von Moslems zu Bürgern eines von Christen dominierten Staats.

Im Gedächtnis der Araber ist das Jahr 1920 ein Katastrophenjahr geblieben: erst ging Palästina verloren, dann Syrien, der Libanon und schliesslich Mesopotamien. Am Sommer 1920 brachen in rund einem Drittel des Landes, im gesamten Euphrattal und im Kurdengebiet um Mossul Aufstände aus. Bell, die schon vor langer Zeit die Überzeugung gewonnen hatte, dass Mesopotamien die Selbstregierung gewährt werden müsse, hatte davor gewarnt. Arnold Wilson, mit dem sie inzwischen kein Wort mehr sprach, gab ausländischen Agitatoren und den Vierzehn Punkten seines Namensvetters die Schuld.<sup>140</sup> Eisenbahnverbindungen wurden unterbrochen, Städte belagert und britische Offiziere ermordet. Die Briten reagierten mit Härte und sandten Strafexpeditionen aus, um Dörfer niederzubrennen und Bussgelder einzutreiben. Eine neue und höchst wirkungsvolle Taktik waren der Maschinengewehrbeschuss und die Bombardierung aus der Luft. Am Ende des Jahres war die Ordnung wiederhergestellt und Wilson durch seinen alten Mentor, den diplomatischeren Cox, ersetzt.

Die Ereignisse in Mesopotamien erschütterten die britische Regierung heftig. «Wir wissen nicht, wie wir noch einen einzigen Soldaten auftreiben sollen», bekannte Churchill.<sup>141</sup> Kritiker fragten, ob Mesopotamien den Aufwand wert war.<sup>142</sup> Curzon, Churchill und Lloyd George wollten es jedoch, wenn möglich, behalten. Die praktische und kostengünstige Lösung, die Bell und Cox empfahlen, bestand darin, einen fügsamen arabischen Herrscher zu finden. Für diese Rolle bot sich Faisal, dem man immerhin noch etwas schuldete, gewissermassen von selbst an. Auf einer Konferenz in Kairo im März 1921 willigte Churchill als Kolonialminister in Faisals Erhebung zum König ein. Als zweiten Preis bekam sein älterer Bruder Abdullah, ein «träger und sehr fauler Genussmensch», den Kleinstaat Transjordanien.<sup>143</sup> Faisal wurde denn auch nach Mesopotamien eingeladen, wo er dank der sorgfältigen Vorbereitung durch Cox und Bell von Bittstellern bestürmt wurde, die den Wunsch ausdrückten, er möge ihr König werden. St. John Philby, der eine Republik bevorzugt hätte und dies auch laut sagte, musste die Koffer packen. In einer anschliessend abgehaltenen Wahl erhielt Faisal 96 Prozent der Stimmen. Bell gestaltete die Staatsflagge, die Krönung und das Zeremoniell. «Ich muss mich unbedingt um Faisals Hofzeremoniell kümmern», seufzte sie. Am 23. August 1921 wurde Faisal in

der Kühle des frühen Morgens zum König eines künftig als «fest verwurzelt» betrachteten Landes gekrönt: des Irak. «Es war ein erstaunliches Ereignis, den ganzen Irak, vom Norden bis zum Süden, versammelt zu sehen», berichtete Bell. «Dies ist zum ersten Mal in der Geschichte geschehen.»<sup>144</sup>

Sie stand Faisal anfangs weiterhin nahe, doch mit wachsender Erfahrung und Selbstsicherheit empfand der neue König die ständigen Ratschläge als lästig.<sup>145</sup> Überhaupt erwies er sich als weniger gefügig, als die Briten gehofft hatten. Er pochte auf die Unabhängigkeit seines neuen Landes, und 1932 trat der Irak als unabhängiger Staat dem Völkerbund bei. Im Jahr darauf verstarb Faisal. Sein Sohn, ein lebenslustiger Playboy, kam 1939 bei einem Autounfall ums Leben. Dessen Nachfolger, Faisals Enkel, wurde bei dem Staatsstreich von 1958 getötet, durch den der Irak zu einer Republik wurde. Faisals Vater Hussein, der gehofft hatte, eine grosse haschimitische Dynastie zu begründen, die über die arabische Welt herrschen würde, verlor zuerst den Verstand und dann 1924 seinen Thron, als Ibn Saud schliesslich den Hedschas überrannte und das Königreich schuf, das heute noch seinen Namen trägt. Das einzige Haschimitenkö nigreich, das überlebt hat, ist Jordanien, wo sich Abdullah zur allgemeinen Überraschung als erfolgreicher Herrscher erwiesen hatte.

T.E. Lawrence, der nach der Rückkehr aus dem Wüstenkrieg nie mehr wirklich glücklich war, fiel 1935 ebenfalls einem Verkehrsunfall zum Opfer, als er mit seinem Motorrad zwei Jungen auswich. Gertrude Bell beging 1926 Selbstmord. Arnold Wilson wechselte aus dem Staatsdienst zur Anglo-Persian Oil Company und wurde im Alter von 55 Jahren als Luftwaffenkanonier bei einem Einsatz über Dü nkirchen getötet. Picot, dessen mit Sykes ausgehandeltes Abkommen für solche Spannungen zwischen Grossbritannien und Frankreich gesorgt hatte, beendete seine Karriere unter einem schlechten Stern. Nachdem er 1920 in Syrien abgelöst worden war, wurde er nach Bulgarien versetzt, wo er durch eine offen ausgelebte Affäre mit einer Frau von zweifelhaftem Ruf einen Skandal auslöste. Auf einem weiteren Posten in Buenos Aires kamen neue Skandale und Geschichten über unbezahlte Rechnungen hinzu. Nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst im Jahr 1932 verlor sich seine Spur.<sup>146</sup>

Grossbritannien und Frankreich zahlten für ihren Anteil an den Friedensregelungen für den Nahen Osten einen hohen Preis. Frankreich konn-

te Syrien nie ganz befrieden, und es trug sich finanziell nie selbst. Grossbritannien zog sich so bald wie möglich aus Jordanien und dem Irak zurück, sah sich aber genötigt, sich weiterhin um Palästina zu kümmern, wo die Spannungen zwischen Arabern und Juden stetig zunahmen. Die arabische Welt als Ganze vergass nie, wie sie betrogen worden war, und der arabische Groll sollte sich insbesondere auf das am nächsten gelegene Beispiel vermeintlicher westlicher Niedertracht richten: die Präsenz von Zionisten in Palästina. Auch die bei Kriegsende kurz aufgeflackerte Hoffnung auf die arabische Einheit vergassen die Araber nie. Nach 1945 sollten dieser Groll und diese Hoffnung weiterhin den Nahen Osten prägen.



## Palästina

Am letzten Tag des Februars 1919 schrieb ein britischer Chemiker mittleren Alters namens Chaim Weizmann aus Paris an seine Frau: «Gestern, am 27. Februar, fand um 15.30 Uhr am Quai d'Orsay eine historische Sitzung statt.» Es sei ein «grossartiger Augenblick» gewesen, der «triumphalste» seines Lebens.<sup>1</sup> Weizmann, der später der erste Präsident Israels werden sollte, hatte mit einer Abordnung von Zionisten vor dem Obersten Rat die Forderung nach einer jüdischen Heimstätte in Palästina vertreten. Er hatte selbst kurz gesprochen und in gewohnt klarer, nachdrücklicher Weise an das Eigeninteresse der Mächte appelliert: Millionen von Juden wollten die ehemaligen Reiche Russlands und Österreichs verlassen. Wohin könnten sie gehen? «Die Grossmächte würden natürlich jeden Fremden, der ihr Land betreten will, eingehend prüfen, und die Juden würden als typische wandernde Fremde betrachtet werden.» Die naheliegende Lösung bestehe darin, sie nach Palästina ziehen zu lassen, das unterbevölkert sei und viel freien Raum böte. Mit Investitionen und Arbeit, die Juden in aller Welt zu leisten bereit seien, könne es Millionen mehr Menschen ein Auskommen bieten. Alles, was man brauche, sei ein Zeichen der Friedensmacher. Er fordere dies, erklärte Weizmann stolz, «im Namen jenes Volks, das seit achtzehn Jahrhunderten ein Martyrium erleidet».<sup>2</sup> Als er seine Ansprache beendet habe, schrieb er seiner Frau, sei Sonnino aufgestanden und habe ihm gratuliert, «ebenso wie Balfour und alle anderen, ausser den Franzosen».<sup>3</sup>

In Paris herrschte kein Mangel an Abordnungen und Forderungen. Die Zionisten besaßen weder den Einfluss noch die Macht der Tschechen oder der Polen, noch gab es im öffentlichen Bewusstsein ein jüdisches Problem wie etwa das armenische. Die Zionisten besaßen mächtige Freunde, hatten aber auch mit Feindseligkeit oder blosser Gleichgültigkeit zu kämpfen. Dennoch verspürte Weizmann zu Recht ein Triumphgefühl. Die Franzosen nahmen zwar eine ablehnende Haltung ein, aber er wusste, dass die Briten und Amerikaner hinter ihm standen. Tatsächlich hatte er seinen

Vortrag vorher mit Mitgliedern ihrer Delegationen durchgesprochen.<sup>4</sup> Sowohl Weizmann als auch der Zionismus hatten, blickte man auf ihre Ursprünge zurück, einen langen Weg hinter sich – und noch einen langen Weg vor sich.

Weizmann war 1874 als Sohn eines Holzhändlers in einem winzigen russischen Weiler geboren, der, wie er selbst es ausdrückte, in einem der «dunkelsten und entlegensten Winkel der Welt» lag.<sup>5</sup> Fast die Hälfte der Juden auf der Welt lebte in Russland, die meisten von ihnen gezwungenermassen im sogenannten Ansiedlungsrayon, der Teile des heutigen Weissrussland, der Ukraine und Ostpolens umfasste. Das Land war flach und sumpfig, «traurig und eintönig», wie es ein jüdischer Autor beschrieb, bitterkalt im Winter und brütend heiss im Sommer.<sup>6</sup> Die Juden waren reich an Tradition und Glauben, in nahezu jeder anderen Hinsicht aber bettelarm. Im Gegensatz zu ihrer Zahl vermehrten sich das Land und die Ressourcen, die das zaristische Regime ihnen zubilligte, nicht. «Es war so», stellte ein Beobachter fest, «als ob alle Juden Russlands gewaltsam hineingedrängt und wie Heuschrecken in einem Graben aufeinandergehäuft werden sollten.» Die Regierung, die zwischen Gleichgültigkeit und Brutalität hin und her schwankte, bot keinen Ausweg und keinen Schutz vor antijüdischen Krawallen und Pogromen. «Es ist ein hässliches Leben», sagte ein jüdischer Dichter, «ohne Freude und Befriedigung, ohne Glanz, ohne Licht, ein Leben, das wie lauwarmer Suppe ohne Salz und Gewürze schmeckt.»<sup>7</sup>

Doch selbst in dieser Welt rissen Ideen die Menschen mit, sozialistische, demokratische, nationale Ideen. Manche russischen Juden wandten sich wie Leo Trotzki der Revolution zu, weit mehr jedoch, Hunderttausende, wanderten nach Nordamerika oder Westeuropa aus. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wuchs die jüdische Bevölkerung der Vereinigten Staaten von 200.000 auf drei Millionen Menschen und in Grossbritannien von 60.000 auf 300.000. Einer der jungen Russen, die westwärts zogen, war Chaim Weizmann, der in Westeuropa eine andere Welt kennenlernte, in der es keine Gettos und keine staatliche Diskriminierung von Juden mehr gab. Juden konnten als Briten, Franzosen oder Deutsche leben, die lediglich einer anderen Religion anhängen als ihre Landsleute. Weizmann heiratete eine junge Medizinstudentin, die ebenfalls aus Russland stammte, und entdeckte zwei lebenslange Leidenschaften – für die Chemie und den Zionismus.

Gross, kahl werdend, mit einem Zwicker auf der Nase, sah Weizmann

wie ein «wohlgenährter Lenin» aus, zumal er schon damals überaus selbstbewusst auftrat. So warf er der Führung der zionistischen Bewegung vor, sie sei zu zaghaft, und stellte sich öffentlich gegen Herzls Plan, der britischen Regierung Uganda abzukaufen und dort einen jüdischen Staat zu gründen. Für Weizmann und letztlich auch für die überwältigende Mehrheit der Zionisten kam dafür nur ein Ort in Frage, Palästina, damals eine kleine zurückgebliebene Provinz des Osmanischen Reichs. Dort befanden sich die heiligen Stätten und die Überreste des letzten, von den Römern zerstörten jüdischen Königreichs. Auf die Frage, warum die Juden ein Recht auf Palästina hätten, hat Weizmann einmal einfach geantwortet: «Erinnerung ist Recht.»

Weizmann verachtete assimilierte Juden und alle, die sich dem Zionismus nicht anschliessen wollten. Sie seien blind, erklärte er, und, schlimmer noch, unpatriotisch. «Der wesentliche Punkt, den die meisten Juden übersehen», sagte er über die deutschen Juden, die er als Student kennengelernt hatte, «und der die ganze Crux der jüdischen Tragödie bildet, ist, dass jene Juden, die ihre Kraft und ihr Hirn den Deutschen zur Verfügung stellen, dies in ihrer Eigenschaft als Deutsche tun und Deutschland bereichern, und nicht das Judentum, das sie aufgegeben haben.» Eine jüdische Heimstätte in Palästina sei unerlässlich. «Palästina», unterstrich er, «und der Aufbau einer jüdischen Nation von innen heraus, mit eigenen Kräften und eigenen Traditionen, würde den Status des Juden etablieren und den Typus des hundertprozentigen Juden schaffen.»<sup>8</sup>

1914 lebte Weizmann als Biochemiedozent in Manchester. Ausserdem war er in der Zionistischen Weltorganisation, die mittlerweile 130.000 aktive Mitglieder zählte, aufgestiegen, hatte aber immer noch nicht die Stellung inne, die ihm seiner Meinung nach gebührte. Juden aus dem Osten war er zu angliert, britischen Juden zu russisch. Die Älteren hatte er durch seine Kritik an Herzl verärgert, die Jüngeren durch seinen Sarkasmus und mangelnde Nachsicht für Langweiler vor den Kopf gestossen. Der spätere israelische Aussenminister Abba Eban arbeitete als junger Mann für ihn. «Er legte die Wort- und Gefühlskargheit eines Wissenschaftlers an den Tag», schrieb Eban im Rückblick, «einen scharfen Realitätssinn und eine fast grausame Beharrlichkeit darin, seinen jüdischen Zuhörern zu sagen, wie schwierig und komplex ihre zionistische Aufgabe sein würde.»<sup>9</sup>

Präsident der Zionistischen Weltorganisation wurde er schliesslich, weil niemand sonst den Posten haben wollte.<sup>10</sup> Er war oft entmutigt, drohte immer wieder mit Rücktritt, gab sein langfristiges Ziel, in Palästina einen jüdischen Staat zu errichten, aber nie auf. Sein vielleicht grösster Beitrag zum Zionismus war seine aussergewöhnliche Fähigkeit, die Schlüsselfiguren sowohl innerhalb der jüdischen Gemeinde als auch auf der Weltbühne zu gewinnen. «Aus dem Nichts», hielt er einem Opponenten entgegen, «habe ich, Chaim Weizmann, ein jid aus Pinsk und nur fast ein Professor an einer Provinzuniversität, die Creme des Judentums von einem Projekt überzeugt, das Rothschild und seine Gefolgsleuten wahrscheinlich für verrückt halten.»<sup>11</sup>

Nach Kriegsausbruch erhöhte Weizmann das Tempo. Er selbst hat geschätzt, dass er während des Krieges 2.000 Gespräche mit Politikern, Beamten, Diplomaten und allen möglichen anderen Leuten führte, die helfen konnten, Palästina für die Juden zu gewinnen. Er überwand die Abneigung der britischen Oberschicht gegen Ausländer und Juden. Angesichts seines «gedämpften Enthusiasmus» und seiner «ausserordentlich beeindruckenden Haltung» vergesse man, stellte Cecil überrascht fest, sein «eher abstossendes und sogar schäbiges Äusseres».<sup>12</sup> Weizmann nahm nicht nur Cecil für sich ein, sondern auch dessen Cousin Balfour, der seit 1916 Ausenminister war. Es war eine merkwürdige Freundschaft, die damals zwischen dem ernsthaften, engagierten Juden aus dem Ansiedlungsrayon in Russland und dem charmanten, weitläufigen Engländer, der mit solcher Leichtigkeit durchs Leben geschlendert war, entstand, aber sie war für Weizmann und den Zionismus von enormer Bedeutung.

Balfour liess sich schwer festlegen: Er war ein zum Politiker gewordener Philosoph, ein Ästhet, der Tennis und Golf liebte, rücksichtslos, wie die Iren zu ihrem Leidwesen erfuhren, aber seinen Untergebenen gegenüber freundlich und höflich. Er war ein grosser Debattenredner, machte aber nicht viel davon her. «[I]ch sage, was mir in den Kopf kommt», erklärte er Churchill, «und am Ende des ersten grammatikalisch richtigen Satzes setze ich mich wieder.»<sup>13</sup> Bei einem Mittagessen gestand er ein, was Entscheidungen betreffe, leider einen mentalen Tick zu haben: «Ich kann mich an jedes Argument erinnern, sämtliche Pros und Kontras wiederholen und sogar eine einigermaßen gute Rede über das Thema halten. Aber die Schlussfolgerung, die Entscheidung ist eine völlige Leerstelle in meinem Kopf.»<sup>14</sup> Balfours Freunde sahen darin eine Pose, ebenso wie seine

Gewohnheit, den ganzen Vormittag im Bett zu verbringen, seine Art, hart zu arbeiten, darstellte. Andere waren sich da nicht so sicher. Er war klug, von Ideen fasziniert und in der Lage, das Wesentliche eines Gedankens zu erfassen. Aber er war auch erstaunlich, sogar beunruhigend weltfremd. Auf dem Höhepunkt des deutschen U-Boot-Krieges, der Grossbritannien wirtschaftlich zu strangulieren drohte, lautete sein einziger Kommentar zu den täglichen Versenkungszahlen: «Das ist so ermüdend. Diese Deutschen sind unerträglich.» In Kabinettsitzungen konnte Balfour, wie Lloyd George berichtet, erst die eine und nach einer kurzen Pause die entgegengesetzte Position mit gleicher Eloquenz höchst überzeugend vertreten, um am Ende seufzend zu erklären: «Aber wenn Sie mich fragen, welchen Kurs wir einschlagen sollen, dann, muss ich sagen, bin ich ratlos.»<sup>15</sup> Curzon, der ihn gut kannte, gelangte zu dem Schluss, dass er ein böser und gefährlicher Mann sei:

«Sein charmantes Auftreten, seine ausserordentlichen Geistesgaben, seine scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber kleinen Dingen, seine machtvolle Dialektik, seine lange, ehrenwerte Laufbahn im Staatsdienst blendeten alle, ausser jenen, die die beklagenswerte Ignoranz, Gleichgültigkeit und Leichtfertigkeit seiner Art zu regieren von innen kannten. Er las nie seine Papiere, er kannte nie die Fakten, im Kabinett hatte er selten die morgendlichen Telegramme des Aussenministeriums gelesen, und er schaute nie voraus. Er vertraute darauf, dass seine unvergleichliche Improvisationsfähigkeit ihm über jedes Problem hinweghelfen und ihm ermöglichen würde, leichtfüssig von einer Krise zur nächsten zu hüpfen.»<sup>16</sup>

Balfour hatte Weizmann 1906 kennengelernt. «Seit diesem Gespräch mit Weizmann», sagte er später, «wusste ich, dass die jüdische Form des Patriotismus einzigartig ist.»<sup>17</sup> Als sich die beiden 1914 wiedertrafen, sagte Balfour, laut Weizmann, sichtlich bewegt: «Sie arbeiten für eine grosse Sache. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich öfter besuchten.»<sup>18</sup> Balfour war nicht Weizmanns einzige Eroberung. Auch Churchill, Sykes und C.P. Scott wurden seine Unterstützer. Der wichtigste war jedoch Lloyd George.

Wie Balfour war Lloyd George mit der Bibel grossgeworden. «Mir wurde weit mehr über die Juden beigebracht als über die Geschichte meines eigenen Landes», erinnerte er sich. «Ich konnte alle Könige von Israel aufzählen. Aber ich bezweifle, dass ich auch nur ein halbes Dutzend der

Könige von England hätte nennen können – oder der Könige von Wales.»<sup>19</sup> Und seien sich Waliser und Juden nicht sehr ähnlich, beide religiös, begabt und lernbegierig? Lloyd George war begeistert, als britische Truppen Jerusalem einnahmen, «etwas, was Generationen europäischer Ritter nicht gelungen war».<sup>20</sup> So unsicher seine Kenntnis der mitteleuropäischen Geographie war, so gut kannte er das Heilige Land. Tatsächlich sorgte er auf der Friedenskonferenz mit seiner nonchalant hingeworfenen Forderung, das britische Mandat in Palästina müsse vom «Dan bis Beerscheba» reichen, für einige Aufregung bei den Experten, die sich über biblische Karten beugten, um herauszufinden, was genau er meinte.

In seiner Zeit als Munitionsminister während des Krieges pflegte Lloyd George zu sagen, dass er bei Weizmann eine besondere Schuld abzutragen habe. Grossbritannien fehlte es an Aceton, das man für die Sprengstoffherstellung benötigte, und Weizmann entwickelte zufälligerweise gerade ein Verfahren, mit dem man es in grossen Mengen produzieren konnte. Grosszügig liess er es die Briten für die Dauer des Krieges kostenlos nutzen. Als Lloyd George ihm eine Auszeichnung durch den König anbot, erwiderte er: «Ich will nichts für mich selbst.» Doch Lloyd George drängte ihn weiter, so dass er schliesslich um Unterstützung für die zionistische Sache bat. «Dies», behauptete Lloyd George in seinen Erinnerungen, «war die Quelle und der Ursprung der berühmten Erklärung über die nationale Heimstätte für Juden in Palästina.»<sup>21</sup>

Weizmann und das Aceton waren eine wunderbare Geschichte, aber britische Staatsmänner würden, trotz aller Gefühle, nichts tun, was den britischen Interessen zuwiderläuft. 1917 schienen sie jedoch mit den zionistischen Zielen im Einklang zu stehen. Weizmann wollte ein jüdisches Palästina, das, wie er betonte, noch auf Jahre hinaus Schutz brauchen würde. Den Franzosen traute er nicht, und den Amerikanern stand er kühl gegenüber. Grossbritannien war nicht nur mächtig, sondern auch gerecht und fair; zudem bestand «aufgrund der Tatsache, dass die Engländer eine biblische Nation sind, eine spirituelle Affinität zwischen ihnen und den Juden».<sup>22</sup> Durch die jüdische Einwanderung würde Palästina ein «asiatisches Belgien» und ein wichtiger strategischer Aktivposten des Britischen Empires werden: «Palästina bildet eine natürliche Fortsetzung Ägyptens und die Barriere, die den Suezkanal vom ... Schwarzen Meer trennt.»<sup>23</sup> Für

Lloyd George, das Kriegsministerium und manche im Aussenministerium war dieses Argument überzeugend, zumal es bedeutete, dass die Franzosen aus Palästina, das man ihnen im Sykes-Picot-Abkommen versprochen hatte, herausgehalten würden. Seit 1917 traf sich Sykes mit Lloyd Georges Zustimmung privat mit Weizmann und anderen Zionisten. Der letzte und vielleicht entscheidende Faktor, der die Briten bewegte, die Zionisten zu unterstützen, war die Propaganda unter Juden, insbesondere in den Vereinigten Staaten, die noch nicht in den Krieg eingetreten waren, und in Russland, wo die Juden aus verständlichen Gründen nicht viel auf den Staat gaben. Als London das beunruhigende Gerücht erreichte, Deutschland, das einen relevanten jüdischen Bevölkerungsanteil hatte, wolle eine Erklärung zugunsten des Zionismus abgeben, handelte die britische Regierung umgehend.

Curzon, der im Unterschied zu vielen seiner Kollegen in Palästina gewesen war, hielt den zionistischen Traum für absurd. Er könne sich, erklärte er, «keine schlimmere Knechtschaft vorstellen, in die man eine fortschrittliche, geistvolle Gemeinschaft zurückversetzen könnte». Ausserdem stellte er die unangenehme Frage: «Was soll aus den Bewohnern des Landes werden?»<sup>24</sup> Ein leidenschaftlicheres Argument kam von dem nervösen Indienminister Montagu, der im Zionismus ein «bösesartiges Glaubensbekenntnis» sah, «das für jeden patriotischen Bürger des Vereinigten Königreichs untragbar» sei. Er selbst sei der Religion nach Jude, aber der Nationalität nach Engländer. Wolle man ihm jetzt beibringen, seine wahre Loyalität würde Palästina gelten? Und was würde dies für die Rechte von Juden als Bürger anderer Länder bedeuten? Das Kabinett verwarf diese Einwände und einigte sich im Oktober 1917 auf eine Formel. Sykes eilte, mit einem Blatt Papier wedelnd, aus der Sitzung und rief: «Dr. Weizmann, es ist ein Junge!»<sup>25</sup> Balfour verkündete die britische Linie in einem kurzen Brief an Lord Rothschild, einen führenden britischen Zionisten: «Die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk wird von der Regierung Seiner Majestät mit Wohlwollen betrachtet. Sie wird ihr Bestes tun, um das Erreichen dieses Zieles zu erleichtern ...»<sup>26</sup> Die Worte waren sorgfältig gewählt. Eine «nationale Heimstätte», wie die britische Regierung es wiederholt formulierte, bedeutete keinen Staat. Weizmann und andere führende Zionisten legten eine ähnliche Vorsicht an den Tag. Man habe nicht die Absicht, erklärten sie, sofort einen jüdischen Staat zu gründen. Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn mehr Juden nach Palästi-

na emigriert seien, könne dies natürlich anders aussehen. Davon liessen sich nur wenige überzeugen, und vermutlich rechnete man auch nicht damit. Am Tag nach der Veröffentlichung der Balfour-Deklaration lautete die Schlagzeile der *Times*: «Palästina den Juden. Offizielle Sympathie». Von Anfang an sprachen Juden und Nichtjuden gleichermaßen, Politiker und Diplomaten und Journalisten von einem jüdischen Staat.<sup>27</sup>

In den folgenden Monaten rückten britische Truppen von Ägypten aus nach Norden vor, um Jerusalem und dann ganz Palästina zu erobern. Unter ihnen waren Einheiten der Royal Fusiliers, die allgemein als Jüdische Legion bezeichnet wurden, weil sie eigens aus Juden rekrutiert worden waren. Der Gründer der Legion, der brillante, aggressive und extremistische russische Journalist Wladimir Jabotinsky, marschierte als Leutnant in ihren Reihen mit.

Als Allenby die Militärverwaltung in Palästina aufbaute, liess er seine erste Proklamation (wie auch alle nachfolgenden amtlichen Dokumente) sowohl ins Arabische als auch ins Hebräische übersetzen. Im Sommer 1918 erwarben Zionisten mit Billigung der britischen Regierung ein Anwesen auf dem Skopusberg in Jerusalem, auf dem Weizmann in Anwesenheit Allenbys und sämtlicher alliierter Kommandeure den Grundstein der Hebräischen Universität legte. Ebenfalls 1918 billigte die britische Regierung die Entsendung einer von Weizmann geleiteten zionistischen Kommission nach Palästina. Trotz ihrer vagen Instruktionen – sie sollte als Verbindung zur britischen Militärverwaltung dienen sowie die örtlichen Juden organisieren – nahm sie den Charakter einer offiziellen Repräsentanz der jüdischen Gemeinde in Palästina an. Darüber hinaus handelte sie, wie sich britische Beamte manchmal beklagten, als wäre sie eine im Aufbau begriffene Regierung.<sup>28</sup>

Weizmann selbst verhielt sich vorsichtig und widerstand dem Druck einer Minderheit von Radikalen wie Jabotinsky, die die sofortige Errichtung eines jüdischen Staats forderte. Er versuchte zu erreichen, dass Grossbritannien oder Amerika zur Mandatsmacht für Palästina wurde, und nicht Frankreich, das ihm zu kolonialistisch und zu katholisch war. Dies wurde ihm allerdings durch Spaltungen und Rivalitäten unter den Zionisten erschwert. Wie auf der Pariser Friedenskonferenz stellten die Amerikaner auch in der zionistischen Bewegung die Vorherrschaft der Europäer in



Frage. Die amerikanische zionistische Delegation auf der Friedenskonferenz beklagte sich darüber, dass Weizmann zu diktatorisch und undemokratisch und seine Denkschrift über Palästina zu dürftig sei. Sie forderten ein «jüdisches Commonwealth» und sogar einen jüdischen Staat mit einem jüdischen Gouverneur und einer von Juden besetzten Verwaltung sowie einer jüdischen Mehrheit in den exekutiven und legislativen Körperschaften. Weizmann fand die Amerikaner legalistisch und politisch naiv. «Ich bitte Sie erneut», drängte er, «unsere Forderungen nicht als etwas zu verstehen, das mit einer Formel der Friedenskonferenz abgetan ist, sondern als Aufgabe, die Tag für Tag und Monat für Monat beharrlich und unermüdlich verfolgt werden muss.» Er setzte sich mit seiner Position durch, zum einen, weil er wieder einmal mit Rücktritt gedroht hatte, und zum anderen, weil die Briten klargestellt hatten, dass sie das Mandat unter solchen Bedingungen nicht übernehmen würden. Zu diesem Zeitpunkt waren die Amerikaner nicht bereit, Weizmann offen entgegenzutreten. «Er besitzt», wie Felix Frankfurter, später Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, anmerkte, «eine Macht über Männer des öffentlichen Lebens in England und über Staatsbeamte, die England immer noch regieren werden, wenn Lloyd George und Balfour nicht mehr unter uns sein werden, wie kein anderer Jude in England oder auf dem Kontinent sie besitzt oder ohne Weiteres erwerben könnte.»<sup>29</sup>

Die meisten führenden Zionisten reisten zur Friedenskonferenz nach Paris, wo Weizmann seine üblichen Gesprächsrunden mit den Mächtigen und Einflussreichen absolvierte. House verhielt sich gewohnt freundlich, Wilson gewährte ihm zehn Minuten, und Balfour versicherte ihm, dass man die palästinensischen Grenzen grosszügig ziehen werde. Die Franzosen waren weniger entgegenkommend. «Ich spreche fließend Französisch», sagte Weizmann zu Wilson, «aber die Franzosen und ich sprechen verschiedene Sprachen.»<sup>30</sup> Weizmann vermied es, von einem jüdischen Staat oder einer jüdischen Mehrheit in Palästina zu sprechen. Bei einer Gelegenheit benutzte er jedoch eine Wendung, welche die Zionisten verfolgen sollte, dass nämlich Palästina «so jüdisch wie England englisch» sein werde.<sup>31</sup>

Als die zionistische Delegation am 27. Februar vor dem Obersten Rat auftrat, war Weizmann nicht der einzige Redner. Ein amerikanischer Zionist kam zwar nicht zu Wort, was zum Teil daran lag, dass der Hauptvertreter der Amerikaner noch nicht aus London eingetroffen war, dafür aber

mehrere Europäer. Der polnische Schriftsteller Nahum Sokolow erinnerte den Rat an das schreckliche Los der Juden in Osteuropa. Doch nun habe «für sein unglückliches Volk die Stunde der Erlösung geschlagen». Weizmann, der ihn beobachtete, erzählte später: «Ich konnte Sokolows Gesicht sehen, und es war, ohne sentimental sein zu wollen, als würden zweitausend Jahre jüdischen Leids auf seinen Schultern lasten.»<sup>32</sup> Menachem Ussischkin, ein beeindruckender russischer Jude, sprach Hebräisch, jene alte Sprache, die jetzt wieder zum Leben erweckt wurde. Die letzten Sprecher – der Dichter und führende französische Zionist André Spire und der angesehene Gelehrte Sylvain Lévy – waren auf Drängen der französischen Regierung gegen den energischen Einspruch Weizmanns und seiner Kollegen in die Delegation aufgenommen worden, und was sie befürchtet hatten, trat ein: Während die zionistische Abordnung erklärte, im Namen der grossen Mehrheit der Juden zu sprechen, zeichneten Spire und Lévy ein komplizierteres Bild. Sie wiesen völlig zu Recht darauf hin, dass nur eine Minderheit der französischen Juden Zionisten seien. Sie selbst seien stolz, Franzosen zu sein – mit Lévy's Worten: «jüdisch dem Gefühl nach, aber vor allem französisch». Sie verlangten, die alten französischen Rechte in Palästina, einschliesslich der Rolle des Beschützers der Katholiken, zu wahren, und erklärten, Frankreich als Mittelmeerland und eine der grossen zivilisatorischen Kräfte auf der Welt sei am besten geeignet, das Mandat zu übernehmen.<sup>33</sup>

Vertreter des französischen Aussenministeriums hörten es gerne. Lévy, bemerkte Weizmann verächtlich, habe ausgesehen, als sei er hypnotisiert.<sup>34</sup> Während des Krieges hatte Frankreich, hauptsächlich aus Propagandagründen, die Idee einer jüdischen Heimstätte unterstützt, doch in Friedenszeiten bestand keine Notwendigkeit mehr, französische Ansprüche in Palästina aufzugeben, die, wie französische Kolonialisten nicht müde wurden hervorzuheben, bis zu den Kreuzzügen zurückreichten. Die Briten, sagte Picot zu Ronald Storrs, dem Militärgouverneur von Jerusalem, hätten keine Ahnung, welchen Jubel es in Frankreich ausgelöst habe, als die Heilige Stadt den Türken abgenommen wurde. Storrs erwiderte scharf: «Stellen Sie sich vor, wie es für uns gewesen ist, die wir sie erobert haben.» Zur militärischen Besetzung von Palästina abgestellte französische Beamte legten eine auffallende Frömmigkeit an den Tag. «In Frankreich», erfuhr Storrs von einem von ihnen, «würde es mich meinen Posten

kosten, wenn man mich in einer Kirche sähe, in Palästina würde es mich meinen Posten kosten, wenn man mich nicht in einer Kirche sähe.»<sup>35</sup> Das Quai d'Orsay hatte Clemenceau nicht vergeben, dass er bei dem berühmten Treffen mit Lloyd George im Dezember 1918 die französischen Ansprüche sowohl auf Palästina als auch auf Mossul aufgegeben hatte. Bevor die zionistische Delegation ihre Sache vor dem Obersten Rat vertrat, teilte ein hoher Beamter Spire mit: «Wir freuen uns darauf, dass ein französischer Zionist eine Erklärung zugunsten des Zionismus abgibt, aber Sie sollten auch klarstellen, dass Frankreich Palästina haben muss.»<sup>36</sup>

Lévy übererfüllte sein Soll sogar, jedenfalls aus französischer Sicht. In seinen recht umfangreichen Ausführungen eröffnete er dem Obersten Rat, dass er überhaupt kein Zionist sei, und wies auf die Probleme hin, die entstehen würden, wenn alle Juden Osteuropas, die laut Weizmann nur auf das Signal warteten, nach Palästina auszuwandern, dies wirklich täten. Das Land sei noch nicht in der Lage, für eine grosse Bevölkerung den Lebensunterhalt zu gewährleisten. (Weizmann teilte diese Sorge, auch wenn er es öffentlich nie zugegeben hätte.)<sup>37</sup> Ausserdem stellte Lévy eine ernstzunehmende Frage, nämlich die, ob eine jüdische Heimstätte das Richtige für die Juden sei. «Es erschiene ihm erschreckend, wenn die Juden für sich Ausnahmeprivilegien in Palästina verlangen würden, während gerade in allen Ländern der Welt ihr Anspruch auf staatsbürgerliche Gleichberechtigung anerkannt werde.» Wie könnten sich Juden in aller Welt, wie manche Zionistenführer vorschlugen, an der Regierung Palästinas beteiligen? «Es wäre gefährlich, einen Präzedenzfall zu schaffen, indem bestimmte Menschen, die schon in einem Land die Bürgerrechte besässen, aufgerufen würden, ein anderes Land zu regieren und auch dort Bürgerrechte zu erwerben.» Es rege sich bereits Argwohn gegen die Juden; «als Franzose jüdischer Herkunft fürchte er die Folgen».<sup>38</sup> Dasselbe Argument hatte Montagu gegen die Balfour-Deklaration vorgebracht. «Ein schändliches Spektakel», hatte Weizmann damals gesagt, und jetzt zischte er Lévy wütend zu: «Ich kenne Sie nicht mehr. Sie sind ein Verräter.»<sup>39</sup>

An jenem Tag wurde keine Entscheidung über Palästina gefällt, auch in den nächsten Monaten nicht; in den folgenden Sitzungen kam das Thema nur selten zur Sprache. Wie so oft auf der Friedenskonferenz schenkte man einer Frage, die im Lauf der Zeit zu einem besonderen und sich ver-

schärfenden Problem werden sollte, kaum Beachtung. «Die Palästinenser sind über die Balfour-Erklärung sehr erbittert», hatte ein amerikanischer Nachrichtendienstoffizier 1917 berichtet. «Sie sind überzeugt, dass die Zionistenführer eine eindeutig jüdische Gemeinde schaffen wollen, und sie glauben, dass ihr Land, wenn der Zionismus erfolgreich ist, für sie verloren sein wird, auch wenn ihre religiösen und politischen Rechte geschützt wären.»<sup>40</sup> Die Balfour-Deklaration hatte der «in Palästina lebenden nicht-jüdischen Bevölkerung» einen solchen Schutz versprochen – eine merkwürdige Formulierung, wenn man bedenkt, dass die arabischen Palästinenser, die überwiegend Moslems, zu einem kleinen Teil aber auch Christen waren, rund vier Fünftel der etwa 700.000 Einwohner des Landes stellten.<sup>41</sup> Sie spiegelt aber auch die Tendenz sowohl der Staatsmänner der Welt als auch der führenden Zionisten wider, Palästina als leeren Landstrich zu betrachten. «Wenn die Zionisten nicht dorthin gehen», stellte Sykes fest, «wird es jemand anders tun. Die Natur verabscheut ein Vakuum.»<sup>42</sup> Ein britischer Zionist soll den Slogan geprägt haben: «Das Land ohne Menschen – für die Menschen ohne Land.»<sup>43</sup>

Selbst diejenigen, denen klar war, dass in Palästina Araber lebten, sahen sie in der Regel durch die Brille des westlichen Imperialismus. Die zionistischen Siedler, die vor dem Krieg ins Land gekommen waren, waren häufig überrascht gewesen, wie «orientalisch» und primitiv ihre neue Heimat war. Als fortschrittliche Liberale, die sie zumeist waren, sprachen sie und ihre Führer hoffnungsvoll davon, dass ihre Anwesenheit die Araber aus ihrer traditionsgebundenen Lebensweise befreien und ihnen helfen würde, sich weiterzuentwickeln. Herzl versicherte einem Araber aus einer prominenten Familie, in ganz Palästina würde der Wohlstand steigen. «Wer die Sache von diesem Standpunkt aus betrachtet – und das ist der richtige –, wird unzweifelhaft ein Freund des Zionismus.» Die Araber hätten keinen Anlass, an Selbstregierung zu denken. Dennoch gab es schon vor 1914 Anzeichen dafür, dass sich unter den palästinensischen Arabern der Nationalismus und, mit ihm verbunden, Unbehagen über die Anwesenheit der Zionisten regten.<sup>44</sup>

Schon 1919 sassen die Briten in Palästina zwischen Zionisten und Arabern in der Klemme. Die Zionisten beklagten sich mit gewissem Recht, die Militärbehörden seien bestenfalls unsensibel, schlimmstenfalls aber antisemitisch. Jabotinsky von der Jüdischen Legion erklärte, mit den Arabern

könnten die Briten umgehen; es seien «die gleichen alten ‚Eingeborenen‘, welche die Engländer seit Jahrhunderten beherrschen und führen, nichts Neues, keine Probleme». Bei den Zionisten sehe die Sache anders aus; sie seien «ein Problem von Kopf bis Fuss, das von Schwierigkeiten jeder Art nur so strotzt – klein an Zahl, doch irgendwie stark und einflussreich, des Englischen unkundig, aber von europäischer Kultur durchdrungen und komplizierte Ansprüche stellend».45 (Jabotinskys eigener Beitrag zu den Problemen war der Aufbau einer Untergrundarmee.)

Die Briten hatten sich das Dilemma natürlich auch selbst zuzuschreiben, da sie während des Krieges Versprechen gegeben hatten, die sie nicht einhalten konnten. Einerseits hatten sie die Schaffung einer jüdischen Heimstätte in einem Gebiet unterstützt, das überwiegend von Arabern bewohnt wurde. Andererseits hatten sie die Araber mit dem Versprechen der arabischen Unabhängigkeit ermutigt, gegen ihre osmanischen Herren zu rebellieren. Als die Araber auf der Friedenskonferenz darauf hinwiesen, dass Palästina nicht von dem Land ausgenommen worden sei, das unter arabische Herrschaft kommen sollte, warfen die Briten ihnen Undankbarkeit vor. «Ich hoffe», notierte Balfour, «sie werden es nicht übelnehmen, wenn dieser kleine Flecken Land, denn geographisch ist er, trotz aller historischen Bedeutung, nicht mehr als das – wenn dieser kleine Flecken Land in den heute arabischen Territorien dem Volk gegeben wird, das über so viele Jahrhunderte von ihm getrennt war ...»46

Doch die Araber, insbesondere die palästinensischen, nahmen es übel. Die Balfour-Deklaration von 1917 und die Ankunft der zionistischen Kommission im folgenden Jahr, die überall in Palästina gehisste Zionistenfahne, die taktlose Forderung einer Zionistenkonferenz in Jaffa, das Gebiet sofort in Eretz Israel, das Land Israel, umzubenennen: all dies beunruhigte sie zutiefst.47 Curzon hatte davor gewarnt: «Wenn man von uns annähme, wir hätten uns auf die Seite der Juden gestellt und die gesamte, von Faisal unterstützte arabische Macht in die andere Waagschale geworfen, würde das erhebliche Schwierigkeiten nach sich ziehen.»48 Schwierigkeiten sollten tatsächlich entstehen.

In dem Versuch, die Konsequenzen des eigenen Handelns zu vermeiden, drängten die Briten die Zionisten und die arabischen Nationalisten, zu einer Übereinkunft zu kommen. Als Weizmann 1918 nach Palästina reiste, schärfte ihm das britische Aussenministerium ein, dass alles getan

werden müsse, «um den arabischen Argwohn in Bezug auf die wahren Ziele der Zionisten zu zerstreuen».<sup>49</sup> Bei einem Abendessen, das Storrs als Militärgouverneur von Jerusalem für die zionistischen Besucher und die örtlichen Würdenträger gab, hielt Weizmann eine liebenswürdige Ansprache, in der er erklärte: «Es gebe Platz für beide, um Seite an Seite zu arbeiten; seine Zuhörer sollten nichts auf die heimtückische Unterstellung geben, die Zionisten würden nach politischer Macht streben; vielmehr sollten beide sich weiterentwickeln, bis sie für die gemeinsame Autonomie bereit seien.»<sup>50</sup> In jenem Sommer traf sich Weizmann mit Faisal in dessen Lager unweit des Golfs von Akaba. Das Treffen verlief in ausgesprochen freundlicher Atmosphäre. Für ein gemeinsames Foto setzte Weizmann sogar eine arabische Kopfbedeckung auf. Weizmann und Faisal waren sich darin einig, dass sie den Franzosen nicht trauten. Faisal schien durchaus geneigt zu sein, die Anwesenheit von Zionisten in Palästina zu akzeptieren, erinnerte aber daran, dass er auf die arabische Öffentlichkeit Rücksicht nehmen müsse. Und in jedem Fall konnte er ohne Rücksprache mit seinem Vater keine endgültigen Zusagen machen. Weizmann nahm von dem Treffen den Eindruck mit, dass Faisal Palästina keinen grossen Wert beimass: «Er verachtet die palästinensischen Araber, die er nicht einmal als Araber betrachtet!»<sup>51</sup>

Nach Kriegsende trafen die beiden sich erneut, diesmal in London. Wieder lief alles gut. Weizmann versicherte Faisal, die Zionisten könnten ihren Einfluss nutzen, um die Amerikaner zu bewegen, die Araber zu unterstützen, und Faisal deutete im Gegenzug an, dass er in Bezug auf Palästina keine Probleme sehe. «Es wäre merkwürdig», sagte er zu Weizmann, «wenn Spannungen zwischen Juden und Arabern entstehen würden.» Es gebe genügend Land für alle.<sup>52</sup> Am 3. Januar 1919 unterzeichneten die beiden ein Abkommen voller Bekundungen des guten Willens und Zukunftshoffnung: Die jüdische Einwanderung nach Palästina sollte gefördert werden, während die Zionisten an der Entwicklung des unabhängigen arabischen Staates mitarbeiten würden, der auf der Pariser Friedenskonferenz wahrscheinlich geschaffen werden würde. Faisal fügte einen kurzen Vorbehalt hinzu, nach dem seine Zustimmung davon abhing, dass die Briten ihre den Arabern gegebenen Versprechen erfüllten.<sup>53</sup> Die von Anfang an unwahrscheinliche Vereinbarung verschwand in der breiter werdenden Kluft zwischen Faisal und den Briten sowie den Juden und Arabern in Palästina.

Das Schicksal von Palästina hing, wie schon seit Jahrhunderten, von äusseren Mächten ab. 1919 waren dies in erster Linie Frankreich und Grossbritannien. Italien versuchte während der militärischen Besetzung, einige als Soldaten verkleidete Priester ins Land zu schleusen, um seinen halbherzigen Anspruch auf den Schutz der Christen im Heiligen Land zu untermauern. Das Hauptziel Italiens bestand jedoch darin, zu verhindern, dass Frankreich etwas bekam, was ihm vorenthalten wurde.

Die Vereinigten Staaten spielten im Gegensatz zu der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nur eine untergeordnete Rolle. Einerseits hatte die US-Regierung stillschweigend der Balfour-Deklaration zugestimmt; Wilson selbst hegte Sympathien für die Zionisten. «Kaum zu glauben», sagte er zu einem führenden New Yorker Rabbi, «dass ich als Pfarrerssohn die Möglichkeit habe, an der Rückgabe des Heiligen Landes an das Volk der Bibel mitzuwirken.»<sup>54</sup> Seiner Ansicht nach würde eine eigene Nationalität den Juden guttun.<sup>55</sup> Er erwog sogar, wenn auch nur flüchtig, das Mandat für Palästina für die Vereinigten Staaten zu beanspruchen. Andererseits gab es den geheiligten Grundsatz der Selbstbestimmung. Wieso sollten die Wünsche einer Minderheit von Juden – zumal nicht alle in Palästina lebenden Juden Zionisten waren – wichtiger sein als die Wünsche der wesentlich grösseren Gruppe der Araber? Balfour und Louis Brandeis, Richter am Obersten Gerichtshof der USA und führender amerikanischer Zionist, fanden eine einfallsreiche Lösung. Es sei falsch, argumentierten sie, lediglich die «numerische Selbstbestimmung» anzuwenden, denn eine grosse Zahl potentieller Einwohner der jüdischen Heimstätte in Palästina würden noch ausserhalb von dessen Grenzen leben.<sup>56</sup> «Und der Zionismus», ergänzte Balfour, «ob er nun richtig oder falsch, gut oder schlecht ist, wurzelt in uralten Traditionen, gegenwärtigen Bedürfnissen und Zukunftshoffnungen von weit tiefergreifender Bedeutung als die Wünsche und Vorurteile der 700.000 Araber, die jetzt dieses alte Land bewohnen.» Auf jeden Fall, fuhr er, in die Sprache der alten Diplomatie zurückfallend, fort, würden die Grossmächte den Zionismus unterstützen.<sup>57</sup> Dennoch bestand Wilson darauf, dass die von ihm in den Nahen Osten entsandte Untersuchungskommission auch Palästina besuchte. Die beiden amerikanischen Kommissare King und Crane, der eine Professor, der andere Geschäftsmann, stellten in ihrem im Spätsommer 1919 vorgelegten Bericht fest, dass die palästinensischen Araber «leidenschaftlich gegen das gesam-

te zionistische Programm» seien, und empfahlen der Friedenskonferenz, die jüdische Einwanderung zu begrenzen und die Idee, Palästina zu einer jüdischen Heimstätte zu machen, aufzugeben.<sup>58</sup> Niemand schenkte dem irgendeine Beachtung. Wilson befand sich in den Vereinigten Staaten, und Briten und Franzosen stritten sich immer noch über das Abkommen für den gesamten Nahen Osten.

Was Palästina betraf, stand zu diesem Zeitpunkt die Frage seiner künftigen Grenzen im Vordergrund. Lloyd Georges vage Äusserung über ein Land, das sich vom Dan bis nach Beerscheba erstreckte, beunruhigte die Franzosen, die darin eine Ausdehnung Palästinas nach Norden auf Kosten Syriens sahen. Schloss der Dan den Litani und den Oberlauf des Jordans ein? Wasser war im Nahen Osten stets ein wichtiges Thema. Die Zionisten drängten auf eine möglichst grosszügig gezogene Grenze. «Für die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas», erklärte Weizmann, «ist es absolut notwendig, diese Linie so zu ziehen, dass die Gebiete östlich des Jordans einbezogen werden, die für eine massive jüdische Besiedlung geeignet sind und ihre Versorgung gewährleisten.»<sup>59</sup> Die von ihm vorgeschlagene Grenze hätte einen Teil des heutigen Jordanien eingeschlossen. Die britische Regierung unterstützte diese Forderung, allerdings aus eigennützigen Gründen, nämlich um den französischen Einfluss zu beschränken und Eisenbahnverbindungen zwischen Mesopotamien und dem Mittelmeer – die es noch nicht gab – zu schützen. Das französische Aussenministerium protestierte: Palästina würde sich bis zu den Vorstädten von Damaskus erstrecken.<sup>60</sup> Clemenceau lehnte es ab, den Zionisten oder, wie er es sah, den Briten noch mehr zuzugestehen. Die syrisch-palästinensische Grenze blieb im Wesentlichen so, wie sie im Sykes-Picot-Abkommen vereinbart worden war. Frankreich akzeptierte lediglich, dass Palästina überschüssiges Wasser aus Syrien nutzen dürfe, was bis heute Streitigkeiten auslöst.

Im April 1920 in San Remo legten Grossbritannien und Frankreich letzte Hand an ihre Vereinbarung über den Nahen Osten. Grossbritannien bekam das Mandat für Palästina – zu dessen Bedingungen die Umsetzung der Balfour-Deklaration gehörte. Frankreich unternahm einen letzten Versuch, sein altes Schutzrecht gegenüber den Christen zu wahren. Italien erklärte mit einer Eilfertigkeit, die eine vorherige Einigung mit den Briten



vermuten lässt, dass nach dem Untergang des Osmanischen Reichs und der Übernahme Palästinas durch eine «zivilisierte Nation» Sondervereinbarungen nicht mehr nötig seien.<sup>61</sup> Am Ende der Konferenz sagte Lloyd George zu Weizmann, der aus Palästina herbeigeeilt war: «Jetzt, wo Sie Ihren Start bekommen haben, hängt alles weitere von Ihnen ab.»<sup>62</sup> Die palästinensischen Araber waren in San Remo nicht vertreten, hatten ihre Einstellung aber in den gegen Juden gerichteten Unruhen, die zwei Wochen zuvor in Palästina ausgebrochen waren, zu erkennen gegeben.

Nun mussten nur noch die Einzelheiten des Mandats festgelegt und die Bestätigung des Völkerbunds eingeholt werden. Dies dauerte weitere zwei Jahre, hauptsächlich, weil es sich als unmöglich herausstellte, einen Vertrag mit dem Osmanischen Reich zu unterzeichnen. Die Briten fuhren einfach fort, sich so zu verhalten, als gehöre Palästina offiziell ihnen. Eingedenk der den Arabern gegebenen Versprechen teilte die britische Regierung auf Churchills Drängen, der jetzt Kolonialminister war, das Mandatsgebiet in zwei Teile auf: Palästina, das auf das Gebiet westlich des Jordans beschränkt wurde, und den neuen arabischen Kleinstaat Transjordanien unter Faisals Bruder Abdullah. Weizmann war enttäuscht. Gegenüber Churchill hatte er hervorgehoben, dass die Gebiete östlich des Jordans immer «ein integraler und lebensnotwendiger Bestandteil Palästinas» gewesen seien. Der Boden sei fruchtbar, das Klima «stärkend», und es gebe viel Wasser. «Die jüdische Besiedlung», schloss er optimistisch, «könnte ohne Spannungen mit der örtlichen Bevölkerung in grossem Massstab weitergehen.»<sup>63</sup> Die Zionisten waren jedoch nicht bereit, die Briten wegen dieser Frage vor den Kopf zu stossen. Weit wichtiger war jetzt, dass die Bedingungen für das Mandat in ihrem Sinne formuliert wurden.

Das war nicht einfach. Den Briten begann zu dämmern, dass eine jüdische Heimstätte in Palästina Probleme mit sich bringen würde. Curzon sprach für viele im Aussenministerium, als er zu Balfour sagte: «Persönlich bin ich zutiefst davon überzeugt, dass Palästina ein schmerzender Stachel im Fleisch eines jeden sein wird, der es als Mandat bekommt, so dass ich mich dieser Verpflichtung entledigen würde, solange ich es noch kann.»<sup>64</sup> Das Auftreten der Zionisten hatte etwas hervorgebracht, das es zuvor nicht gegeben hatte: eine organisierte palästinensisch-arabische Öffentlichkeit, die rasch lernte, Protestbriefe und Petitionen zu verfassen und Begriffe wie den der Selbstbestimmung für sich zu nutzen.<sup>65</sup> Auf Palästinas Strassen unternahmen Menschenmengen direktere Aktionen; von

1920 an hatten die britischen Behörden es immer wieder mit gegen Juden gerichteten Gewaltausbrüchen zu tun. Churchill, der normalerweise mit dem Zionismus sympathisierte, warnte Lloyd George: «Palästina zu halten kostet uns sechs Millionen im Jahr. Die zionistische Bewegung wird ständig Spannungen mit den Arabern verursachen. Die Franzosen, die sich in Syrien mit vier Divisionen eingerichtet haben (die sie bezahlen, indem sie nicht bezahlen, was sie uns schulden), sind gegen die zionistische Bewegung und werden versuchen, die Araber auf uns als den wirklichen Feind zu hetzen.»<sup>66</sup>

Die Briten griffen zu einem Notbehelf nach dem anderen. Vielleicht konnten die Araber, diesmal die palästinensischen, und die Zionisten ja doch noch zu einer Verständigung kommen. Im Sommer 1921 reiste eine Delegation palästinensischer Araber nach London. Churchill hörte sich ihre langatmigen Klagen über die Zionisten mit einer gewissen Ungeduld an und wich der unangenehmen Frage des Delegationsleiters «Was haben Sie uns versprochen, und was bedeutet es?» aus. «Führen Sie ein gutes Gespräch mit Dr. Weizmann», riet er den Arabern. «Versuchen Sie, mit ihm etwas für die nächsten paar Jahre zu vereinbaren.»<sup>67</sup> Doch keine der beiden Seiten war zu einem ernsthaften Gespräch bereit. Weizmann betrachtete die Araber als «politische Erpresser» und «Abschaum»,<sup>68</sup> während die Araber einfach wiederholten, dass sie die Balfour-Deklaration und alles, was in ihrem Namen geschehe, ablehnten.

Grossbritannien formulierte die Mandatsbedingungen bewusst moderat, um klarzumachen, dass sich die jüdische Heimstätte in Palästina befinden würde, aber nicht ganz Palästina ausmache.<sup>69</sup> Anstatt ein sich selbst regierendes Gemeinwesen zu schaffen, wurde der Mandatsmacht aufgegeben, «Institutionen der Selbstregierung» aufzubauen. Weizmann, der ständig hin und her reiste, Briefe und Telegramme verschickte und seine vielfältigen Beziehungen spielen liess, bemühte sich nach Kräften, die Briten daran zu hindern, noch schwächere Formulierungen zu verwenden. Verzweifelt schrieb er an Albert Einstein: «Sämtliche zwielichtigen Figuren auf der Welt sind gegen uns tätig. Reiche unterwürfige Juden, finstere, fanatische jüdische Obskuranten, dazu der Vatikan, arabische Attentäter, englische, imperialistische, antisemitische Reaktionen – kurz, alle Hunde heulen.»<sup>70</sup>

Er war nicht so allein, wie er glaubte. Ständig kamen neue Unterstützer

hinzu, häufig völlig unerwartete, wie deutsche Zionisten, anglikanische Geistliche oder italienische Katholiken. Der Kongress der Vereinigten Staaten riss sich aus seiner introspektiven, isolationistischen Stimmung und verabschiedete Resolutionen zugunsten einer jüdischen Heimstätte in Palästina. Und Weizmanns wichtigste britische Verbündete hielten unverwandt zu ihm. Am 22. Juli 1921 versicherten ihm Lloyd George und Balfour bei einem privaten Treffen im Haus des Letzteren, «sie hätten letztlich immer einen jüdischen Staat gemeint». Als das unangenehme Thema des zionistischen Waffenschmuggels nach Palästina zur Sprache kam, sagte Churchill mit einem Zwinkern: «Er würde uns nicht stören, aber sprechen Sie nicht davon.»<sup>71</sup> Alle Anwesenden stimmten darin überein, dass die palästinensisch-arabische Delegation lästig sei. Wieso besteche man sie nicht, warf Lloyd George aufgeräumt in die Runde. Der Premierminister hatte immer gute Ideen. «Sie sollten wieder eine grosse Rede in der Royal Albert Hall über den Zionismus halten», forderte er Balfour auf.<sup>72</sup>

Im Juli 1922 billigte der Völkerbund das von der britischen Regierung beantragte Mandat für Palästina. In Palästina wies ein arabischer Kongress das Mandat jedoch zurück. Weizmann war erleichtert, denn das Mandat enthielt die offizielle Anerkennung der Juden als Volk. Es war jedoch erst das Ende des ersten Kapitels des jüdischen Kampfs. «Wenn wir in Palästina stetig Weiterarbeiten», erklärte Weizmann, «wird sich mit der Zeit eine neue Gelegenheit ergeben, dem Mandat seine wahre Bedeutung zu verleihen.»<sup>73</sup> Die Gelegenheit sollte sich auf ebenso unerwartete wie schreckliche Art und Weise ergeben: durch Hitler und den von ihm entfesselten Zweiten Weltkrieg.

Balfour reiste 1925, zusammen mit Weizmann und dessen Frau, zum ersten Mal nach Palästina. In Jerusalem eröffnete er die neue Hebräische Universität mit einer mitreissenden Rede, in der er stolz seinen eigenen Anteil an der Schaffung der jüdischen Heimstätte herausstrich. Er war gerührt von dem Empfang, den ihm die Juden überall in Palästina bereiteten. Die trauernden Araber und die aus Protest geschlossenen Geschäfte bemerkte er nicht. Als er und seine Begleitung zu einer Besichtigungstour nach Syrien weiterreisten, stellten die Franzosen, sehr zu seinem Leidwesen, eine Wache. In Damaskus wurde sein Hotel von 6.000 aufgebrachten Arabern belagert. Als die ersten Pflastersteine flogen und die französische Kavallerie zu schiessen begann, sah Balfour irritiert zu. Ein junger Araber

aus seiner Begleitung versuchte ihm zu erklären, warum der Zionismus auf solche Ablehnung stiess. Balfour erwiderte nur, dass er die Ergebnisse seines Experiments «ausserordentlich interessant» finde.<sup>74</sup> Das Schiff, mit dem er die Heimreise antrat, trug den Namen «Sphinx».

## Atatürk und der Bruch des Vertrags von Sèvres

Anfang Mai 1919 erhielten die sporadischen Diskussionen über die Zukunft des Osmanischen Reichs durch italienische Aktionen in Kleinasien einen unverhofften Schub. Italien hatte dort unter dem Vorwand, italienische Staatsbürger oder einmal auch einen Konvent zu schützen, im Winter bereits mehrmals Truppen vorübergehend angelandet. Doch jetzt schienen sich italienische Einheiten in den Hafenstädten Adalia (Antalya) im Süden und Marmaris gegenüber von Rhodos dauerhaft festzusetzen; beide Städte lagen auf Gebieten, auf die Italien gemäss seinen während des Krieges geschlossenen Verträgen Anspruch erhob. Auch von einem vor Smyrna (Izmir) liegenden italienischen Schlachtschiff wurde berichtet, und am 11. Mai teilte der griechische Ministerpräsident Venizelos dem Rat der Vier mit, dass italienische Arbeitseinheiten etwas weiter südlich in Scala Nuova (Kuadasi) Hafenanlagen bauten. Ausserdem behauptete er, die Italiener hätten Geheimabsprachen mit den Türken getroffen. Die Friedensmacher waren auf das Schlimmste gefasst. Die Italiener waren am 24. April, gerade zu dem Zeitpunkt, als der Vertrag mit Deutschland vor der Fertigstellung stand, wegen Fiume aus der Friedenskonferenz ausgeschieden. Wilson hatte Italien nie alles geben wollen, was es an der Adria forderte, und stand jetzt einem italienischen Mandat in Kleinasien ähnlich kühl gegenüber. «Ich bin nicht geneigt», erklärte er, «die Italiener in diesem Teil der Welt tun zu lassen, was ihnen beliebt. Ich misstrauere ihren Absichten. Würde ich alles, was wir über ihre Aktivitäten und Intrigen wissen, in Amerika veröffentlichten, würde ihre Höllenmaschine ins Stocken geraten.»<sup>1</sup>

Lloyd George und Clemenceau waren ebenso verärgert, aber an ihre im Krieg gegebenen Versprechen gebunden. Im Londoner Vertrag von 1915, der Italien zum Kriegseintritt veranlasst hatte, hatten sie versprochen, ihm bei einer Aufteilung des Osmanischen Reichs einen «gerechten Anteil» zukommen zu lassen. Diese Formulierung war gefährlich vage, deutete sie

doch an, dass Italien ein grosses Stück der Küste Kleinasiens erhalten könnte, gewiss aber die türkische Provinz Adalia, samt umliegenden Gebieten, vielleicht sogar bis nach Smyrna im Norden und Adana im Süden, bis dorthin, wo sich die Küste Kleinasiens wieder nach Süden wendet. Damit rechneten jedenfalls die Italiener.<sup>2</sup> Störend war nur, dass Frankreich nach dem Sykes-Picot-Abkommen ebenfalls einen Anspruch auf das Gebiet um Adana hatte. Der italienischen Regierung lag der Vertragstext zunächst nicht vor, aber sie hatte genug mitbekommen, um nervös zu werden. Sonnino bat mehrfach um eine Klärung der Angelegenheit, die er im April 1917 bei einem Treffen der Regierungschefs von Italien, Grossbritannien und Frankreich in dem kleinen Alpenort Saint-Jean-de-Maurienne schliesslich erreichte. Laut Lloyd George war die Atmosphäre der Gespräche ebenso kühl wie der Schnee, der dort noch lag. Sonnino sei «fast geplätzt vor unterdrückter Wut». Lloyd George und Alexandre Ribot gestanden den Italienern widerstrebend ein grösseres Stück im Süden von Kleinasien zu, wo es die direkte Kontrolle über ein grosses Rechteck erhalten sollte, einschliesslich der bedeutenden Hafenstadt Smyrna. Ausserdem wurde ein grosser Landstreifen nördlich von Smyrna zur italienischen Einflusszone erklärt. Lloyd George hielt Sonnino vor: «Sie wollen, dass wir die Arbeit erledigen und Ihnen bei Kriegsende übergeben.» Obwohl Frankreich und Grossbritannien das Abkommen in der Folgezeit für null und nichtig erklärten, weil es, um gültig zu sein, der russischen Zustimmung bedurft hätte (die wegen der russischen Revolution nicht erfolgte), bestand Italien darauf, dass ihm ein Anteil an Kleinasien zustehe.<sup>3</sup>

Italienische Nationalisten beschworen die Erinnerung an das Römische Reich, um ihre Forderungen zu untermauern (als sich die Griechen auf ihre noch ältere Geschichte beriefen, taten die Italiener das als «leeren hellenischen Grössenwahn» ab). Sie wiesen den italienischen Bedarf an Rohstoffen – ein Lieblingsbeispiel waren die Kohlebergwerke von Eregli oder Heracleum, wie es die Italiener nannten – sowie an Absatzgebieten für Investitionen und Güter hin. Italien würde die Christen im Allgemeinen und die italienischen Siedler im Besonderen beschützen (auch wenn man Letztere mit der Lupe suchen musste) und die Türken zivilisieren.<sup>4</sup> Der italienische Generalstabschef malte 1918 ein schwärmerisches Bild von der Zukunft der italienischen Zone: «Das Klima dort ist für unsere Auswanderer

geeignet, der Boden ist bekanntermassen fruchtbar, wie die reichen Ernten zeigen; schliesslich gibt es riesige brachliegende Gebiete, wie die Bevölkerungsdichte beweist, die, einschliesslich der Städte, nur bei 27 Menschen pro Quadratkilometer liegt; die Bevölkerung hätte also durch eine italienische Kolonisierung viel zu gewinnen und nichts zu verlieren.»<sup>5</sup> In Wirklichkeit zogen es die meisten Italiener vor, ihr Geld sicher in der Heimat anzulegen, und die Auswanderer gingen, wie Italiens Erfahrungen mit seinen wenigen Kolonien gezeigt hatte, lieber nach Amerika. «Den Italienern», gestand Orlando, «sind sowohl Kleinasien als auch Kolonien in Afrika im Allgemeinen völlig egal.»<sup>6</sup>

Sonnino vertrat den klaren Standpunkt, dass Kleinasien zur Kriegsbeute gehöre und Italien ein Teil davon zustehe, oder wie er selbst es ausdrückte: Entweder bekommen alle etwas oder keiner.<sup>7</sup> Dem italienischen Hochkommissar in Konstantinopel erklärte er, Italiens Rivalen, zu denen er auch Frankreich und Grossbritannien zählte, würden die Selbstbestimmungsdoktrin geschickt benutzen, um Italien Annexionen und Einflussphären zu verweigern. Dem müsse man entgegentreten, indem man Bewohner des Landes dazu bringe, um italienischen Schutz zu ersuchen. Dabei müsse man jedoch mit gebotener Vorsicht vorgehen, wie Sonnino den Hochkommissar ermahnte.<sup>8</sup> Sein Hauptaugenmerk galt jedoch der Adria, und er war bereit, für substantielle Gewinne dort im Gegenzug auf Ansprüche in fernerer Regionen zu verzichten.<sup>9</sup>

Als sich die Krise wegen der italienischen Forderungen an der Adria Ende April 1919 verschärfte, dachten auch Lloyd George und Clemenceau daran, Kleinasien als Köder zu benutzen. «Zugeständnissen in Asien», mutmasste Lloyd George gegenüber Wilson, «würden vielleicht zu einer Annäherung mit Mister Sonnino führen.» Es sei gefährlich, brummte Balfour, aber man müsse die Italiener besänftigen. «Unglücklicherweise», fügte er hinzu, «behindert diese Notwendigkeit jeden Schritt unserer Diplomatie.»<sup>10</sup> Wilson widersprach. Man müsse die Interessen der einheimischen Bevölkerung berücksichtigen. «Italien», betonte er, «fehle die Erfahrung in der Verwaltung von Kolonien.» Darüber hinaus würden die Türken eine italienische Herrschaft ablehnen. Lloyd George griff auf die Geschichte zurück – «Die Römer waren ziemlich gute Kolonialgouverneure» – und gab eine überraschende Charakterisierung der Türken zum Besten: Sie seien ein «fügsames Volk, das noch nie Eisenbahnstrecken

oder dergleichen gebaut» habe. Wilson blieb unbeeindruckt. Leider seien die modernen Italiener nicht die Römer, wandte er ein. Ausserdem wies er darauf hin, dass die Griechen, die vermutlich irgendeine Art von Mandat in Kleinasien erhalten würden, die Italiener nicht mochten: «Der Patriarch von Konstantinopel, der mich neulich aufgesucht hat, gab mir gegenüber, wenn auch mit der Zurückhaltung eines Geistlichen, eine deutliche Abneigung dagegen zu erkennen, Italiener als Nachbarn zu bekommen.»<sup>11</sup>

Als die Italiener in der ersten Maiwoche die Friedenskonferenz weiterhin boykottierten, liess die Bereitschaft der Briten und Franzosen nach, sie mit Bruchstücken des Osmanischen Reichs zurück an den Konferenztisch zu locken. Am 2. Mai erhielten die Grossen Drei neue Nachrichten über das italienische Vorgehen an der kleinasiatischen Küste in die Sitzung gebracht. «Wahnsinn», meinte Lloyd George. Clemenceau trat für eine harte Reaktion ein: «Wenn wir keine Vorkehrungen treffen, werden sie uns an der Gurgel packen.» Wilson drohte, ein Schlachtschiff nach Fiume oder Smyrna zu schicken. Lloyd George erklärte, Venizelos habe angeboten, ein griechisches Kriegsschiff zu entsenden.<sup>12</sup>

Der griechische Ministerpräsident war in seinem Element, als er die Gelegenheit erhielt, Stimmung gegen die Italiener zu machen und den Mächten Hilfe anzubieten. Die italienische Krise war, wie er erkannte, Griechenlands grosse Chance. Er hatte seit Eröffnung der Friedenskonferenz unermüdlich versucht, die griechischen Forderungen durchzusetzen, aber keinen durchschlagenden Erfolg erzielen können. Sein Argument, die kleinasiatische Küste sei unzweifelhaft griechisch geprägt und die Türken bildeten nur eine Minderheit, stand, was die Zahlen anging, auf tönernen Füüssen. In Bezug auf das von ihm beanspruchte Gebiet im Inland, wo, wie er selbst eingestehen musste, die Türken in der Mehrheit waren, stützte er sich auf ökonomische Gründe. Das gesamte Gebiet – die türkischen Provinzen Aidin und Bursa sowie die Umgebung der Dardanellen und Ismid – bilde eine geographische Einheit, die zum Mittelmeergebiet gehöre. Im Gegensatz zum trockenen, asiatischen Plateau des Hinterlands sei dieses Gebiet warm, wasserreich, fruchtbar und weltoffen. «Die Türken seien gute Arbeiter, aufrichtig in ihren Beziehungen und ein gutes Untertanenvolk», erklärte Venizelos dem Obersten Rat bei seinem ersten Auftritt im Februar. «Aber als Herrscher seien sie untragbar und eine Schande für die



Zivilisation, was sie dadurch bewiesen hätten, dass sie in den letzten vier Jahren über eine Million Armenier und 300.000 Griechen ausgerettet haben.»<sup>13</sup> Um zu zeigen, wie vernünftig er war, verzichtete er auf jeglichen Anspruch auf die antiken griechischen Siedlungen in Pontos an der Südküste des Schwarzen Meers. Petitionen von Pontosgriechen würden ignoriert, versicherte er Bonsai, Houses Sekretär: «Ich habe ihnen gesagt, dass ich keinen Anspruch auf die Südküste des Schwarzen Meers erheben kann, da ich mit Thrakien und Anatolien schon alle Hände voll zu tun habe.» Es gebe einen kleinen Konflikt mit italienischen Ansprüchen, aber er sei überzeugt, dass die beiden Länder zu einer gütlichen Einigung kommen würden. Tatsächlich hatten sie es bereits versucht, wobei klar geworden war, dass keines von ihnen zurückstecken wollte, insbesondere nicht in Bezug auf Smyrna.<sup>14</sup>

Die blühende Hafenstadt Smyrna war die Hauptforderung Griechenlands. Sie war in der hellenischen Vergangenheit griechisch gewesen und im 19. Jahrhundert durch Einwanderer vom griechischen Festland, die von den Möglichkeiten angezogen wurden, die sich durch die neuen Eisenbahnstrecken ins Hinterland für Handel und Investitionen boten, wieder griechisch geworden. Vor dem Krieg hatte Smyrna mindestens 250.000 Einwohner. Hier lebten mehr Griechen als in Athen. Sie beherrschten den Export der aus dem anatolischen Hochland angelieferten Waren – von Feigen über Opium bis zu Teppichen. Smyrna war eine griechische Stadt, ein Zentrum griechischer Bildung und des griechischen Nationalismus – aber es war auch ein unverzichtbarer Bestandteil der türkischen Wirtschaft.

Als Venizelos nach der Stadt und ihrem Hinterland griff, ging er weit über das hinaus, was durch das Selbstbestimmungsprinzip gerechtfertigt werden konnte. Ausserdem brachte er Griechenland in eine gefährliche Lage. Die fruchtbaren Abhänge des trockenen anatolischen Hochlands im Westen von Kleinasien einzunehmen, war zum Schutz der griechischen Siedlungen an der Küste vielleicht notwendig. Andererseits würde dadurch eine griechische Provinz mit einer grossen Zahl nichtgriechischer Einwohner und einer langen Grenze geschaffen, die gegen eventuelle Angreifer aus Anatolien verteidigt werden müsste. Venizelos grosser Rivale General Metaxas, der spätere Diktator Griechenlands, warnte wiederholt davor. Nach seiner Ansicht war der griechische Staat «zur Verwaltung und Ausbeutung eines derart umfangreichen Territoriums nicht in der Lage».<sup>15</sup> Er hatte recht.

Dass die Kommission für griechische Ansprüche, die eine vernünftige Lösung für all die widerstreitenden Forderungen nach osmanischem Territorium finden sollte, an ihrer Aufgabe scheiterte, war kaum überraschend. Wie die europäischen Ansprüche Griechenlands lehnte Italien auch dessen Forderungen in Kleinasien rundweg ab, während Grossbritannien und Frankreich ihnen wohlwollend gegenüberstanden. Der Hauptunterschied bestand darin, dass die amerikanischen Experten, die bereit waren, die griechischen Forderungen in Europa zu erfüllen, zu dem Schluss kamen, dass sie dies in Kleinasien guten Gewissens nicht tun konnten. In dem Gebiet als Ganzem waren die Türken in der Mehrheit, und Smyrna von der Türkei abzutrennen, war nach Ansicht der US-Experten trotz des griechischen Charakters der Stadt aus wirtschaftlichen Gründen falsch. In ihren Augen waren Smyrna und sein Hafen «die Augen, der Mund und die Nase des Volks von Anatolien». Auch das Argument, die Türken seien derart rückständig, dass sie äusserer Herrschaft bedürften, konnten die Amerikaner nicht nachvollziehen. «Amerikanische Missionare», erklärte einer ihrer Experten, «die sie durch und durch kennen, amerikanische, britische und französische Archäologen, die jahrelang neben und mit ihnen gearbeitet haben, britische Kaufleute, die mit ihnen Handel getrieben haben, britische Soldaten, die gegen sie gekämpft haben – sie alle sind einhellig der Meinung, dass die anatolischen Türken ebenso ehrenwert sind wie andere Völker im Nahen Osten, dass sie hart arbeitende Bauern und tapfere, hochherzige Kämpfer sind, die generell eine ritterliche Einstellung besitzen.»<sup>16</sup>

Die Kommission gab in ihrem Bericht einfach beide Auffassungen wieder. Wilson hätte sich vielleicht der Ansicht seiner Experten angeschlossen, wenn er nicht aufgrund seiner Verärgerung über die Italiener bereit gewesen wäre, auf Venizelos zu hören, der sicherstellte, dass die Grossen Drei, zu denen der Rat inzwischen geschrumpft war, beunruhigende Nachrichten über von Türken begangene Massaker an Griechen erhielten, aber auch erfuhren, dass die Griechen die Türken, wie Venizelos versicherte, mit Samthandschuhen anfassten.<sup>17</sup> Gegenüber Nicolson, einem der britischen Experten der Griechenlandkommission, rühmte er sich, er habe «Trost und Hilfe von Lloyd George und Wilson zugesagt bekommen». Lloyd George hatte bereits darin eingewilligt, dass ein griechischer Kreuzer nach Smyrna fahren sollte, was Venizelos als Auftakt zur Entsendung

griechischer Truppen nach Kleinasien als Gegengewicht zu den Italienern verstand.<sup>18</sup> Anfang Mai trafen sich Lloyd George und Venizelos zu einem privaten Abendessen. Lloyd Georges Sekretärin Frances Stevenson notierte anschliessend in ihrem Tagebuch: «Die beiden hegen grosse Bewunderung füreinander, und D[avid]. versucht Smyrna für die Griechen zu bekommen, obwohl er deswegen Ärger mit den Italienern hat.» Venizelos seinerseits nahm von dem Abend den Eindruck mit, dass Lloyd George hoffte, Griechenland auch Konstantinopel verschaffen zu können.<sup>19</sup>

Am Vormittag des 6. Mai trafen die Alliierten mit leichter Hand eine Entscheidung, die jene Kette von Ereignissen in Gang setzte, die unter anderem Smyrna, Venizelos' megali idea und Lloyd Georges Regierungskoalition zerstören sollte. Im Rat der Vier drängte Lloyd George auf eine Entscheidung über Smyrna. Wenn sie nicht handelten, sagte er, würden die Italiener sich unwidersprochen ein Stück von Kleinasien unter den Nagel reissen können. Griechische Truppen stünden bereit, die man landen lassen könne, wo immer die Gefahr von Unruhen oder Massakern auftrete. «Warum lassen wir sie nicht jetzt landen?», fragte Wilson. «Haben Sie irgendwelche Einwände dagegen?» – «Nein», antwortete Lloyd George. «Ich auch nicht», warf Clemenceau ein. «Aber müssen wir nicht die Italiener informieren?» – «Meiner Meinung nach nicht», sagte Lloyd George. Den Italienern, die erst am nächsten Tag wieder an den Verhandlungstisch zurückkehrten, wurde hinterlistig mitgeteilt, man habe sich verpflichtet gefühlt, in ihrer Abwesenheit Massnahmen zur Verhinderung bevorstehender Massaker zu ergreifen. Als Sonnino die durchaus vernünftige Frage stellte, warum die Grossmächte keine eigenen Kontingente entsandt hätten, behauptete Clemenceau, es wäre schwierig gewesen, sie einem griechischen General zu unterstellen. Er versicherte Sonnino, Smyrna gehöre «heute niemandem; es geht nicht darum, über das Schicksal der Stadt zu entscheiden, sondern um eine vorübergehende Operation mit einem klar umrissenen Ziel».<sup>20</sup> Clemenceau war tatsächlich kurzzeitig Venizelos' Zauber verfallen. «Neben ihm», sagte er zu Mordacq, «ist Odysseus ein kleiner Mann. Er ist ein Diplomat ersten Ranges, feinfühlig, gut vorbereitet, scharfsinnig, und er weiss stets, was er will.»<sup>21</sup>

Am Nachmittag nach dieser schicksalhaften Entscheidung bat Lloyd George Venizelos um ein rasches Treffen vor der Sitzung des Rats der Vier. Venizelos' Tagebuch ist zu entnehmen, dass Lloyd George das Gespräch mit einer einfachen Frage begann:

«Lloyd George: Haben Sie Truppen verfügbar? Venizelos: Haben wir.

Zu welchem Zweck?

Lloyd George: Präsident Wilson, Mister Clemenceau und ich haben heute beschlossen, dass Sie Smyrna besetzen sollen.

Venizelos: Wir sind bereit.»<sup>22</sup>

Der griechische Ministerpräsident ging voller Optimismus zu der Sitzung mit den Grossen Drei und ihren Beratern, auf der die Einzelheiten besprochen werden sollten. Die griechischen Truppen standen bereit, die Türken würden keinen Widerstand leisten, und die griechischen Einwohner von Smyrna waren den Besatzern natürlich wohlgesinnt. Lloyd George und Venizelos stimmten darin überein, dass es am besten sei, wenn französische und britische Truppen die Befestigungen am Hafeneingang besetzten, um sie anschliessend den Griechen zu übergeben. Clemenceau stimmte ihnen zu, wenn auch widerstrebend; er begann kalte Füsse zu bekommen, insbesondere, weil man die Italiener ohne Not vor den Kopf stiess.<sup>23</sup> Wilson war hin und her gerissen zwischen dem Buchstaben des Gesetzes und seiner Abneigung gegen die Italien. Am Ende unterstützte er die Besetzung, die am 15. Mai durchgeführt werden sollte. «Natürlich ist das Ganze Wahnsinn!», stellte der britische Militärexperte Henry Wilson fest.<sup>24</sup>

In Smyrna herrschte eine angespannte Atmosphäre. Griechische Agenten waren schon seit Kriegsende in der Stadt und versuchten Stimmung für die Griechen zu machen. Briten und Franzosen verfolgten es wohlwollend, die Italiener missbilligend. Die türkische Minderheit war beunruhigt. Als sich die Neuigkeit verbreitete, dass die Griechen kommen würden, kam es zu spontanen Demonstrationen. Mehrere Tausend Türken schlugen aus Protest die ganze Nacht durch auf Trommeln, während sich am Morgen des 15. Mai Griechen in weit grösserer Zahl im Hafen versammelten. Der orthodoxe Bischof stand bereit, um die Soldaten zu segnen. Überall flatterten blauweisse griechische Fahnen. Als die ersten griechischen Einheiten in die Stadt marschierten, jubelte die Menge. Es war wie ein Feiertag, bis plötzlich vor einer türkischen Kaserne ein Schuss fiel, der die Stimmung kippen liess. Die griechischen Soldaten schossen wild um sich, und als die türkischen Soldaten aus der Kaserne kamen, um sich zu ergeben, wurden sie geschlagen und mit Bajonetten zum Hafen getrieben. Die griechischen Zuschauer gerieten ausser Kontrolle und schlossen sich an. Rund 30 Tür-

ken starben. Überall in Smyrna bildeten sich Mobs, die mordend und plündern durch die Stadt zogen. Bis zum Abend verloren zwischen 300 und 400 Türken sowie 100 Griechen ihr Leben. In den nächsten Tagen breitete sich der Aufruhr in die Umgebung und nahegelegene Städte aus.<sup>25</sup> Es war eine Katastrophe für die Griechen und ihre Ansprüche und doch nur ein schwacher Vorgeschmack dessen, was kommen sollte.

In der ganzen Türkei wurde die Nachricht von der griechischen Landung mit Bestürzung aufgenommen. Vielen schien es, als wäre es ein erster Schritt zur Aufteilung des türkischen Teils des Osmanischen Reichs. «Nachdem ich Einzelheiten über die Besetzung erfahren hatte», erzählte eine frühe Anhängerin Atatürks später, «sprach ich kaum noch über etwas anderes als den heiligen Kampf, der jetzt zu führen war.»<sup>26</sup> In Konstantinopel zogen Demonstranten mit schwarzen Fahnen durch die Strassen. Ein beispielloses Ereignis war der Besuch einer Abordnung von Frauen aus der Oberschicht beim britischen Hochkommissar. «Ein Stück sei herausgeschnitten worden», sagte ihre Sprecherin, «aus dem lebendigen Körper des Osmanischen Reichs, dessen Angehörige sie sei, eine durch diesen Akt blutende Angehörige.»<sup>27</sup> Der Sultan in seinem Palast weinte. Seine Minister sprachen ohnmächtig von Protest. Atatürk, der zufälligerweise anwesend war, fragte: «Meinen Sie, Ihr Protest würde die Griechen oder die Briten zum Abzug bewegen?» Als die Minister die Schultern zuckten, fügte er hinzu: «Vielleicht gibt es entschlossenere Massnahmen, die ergriffen werden können.»<sup>28</sup>

Atatürk war inzwischen zu dem Schluss gelangt, dass das Inland, wo es Truppen und den nationalistischen Idealen ergebene Offiziere gab, der richtige Ort für ihn war. Das Problem war nur, wie er dorthin gelangen sollte. Gelöst wurde dieses Problem, wenn auch unabsichtlich, von den britischen Besatzungsbehörden, die von der Regierung verlangten, einen Offizier zu entsenden, der Recht und Ordnung wiederherstellen sollte. Atatürk gelang es, selbst für diese Aufgabe ausgewählt und mit weitreichenden Machtbefugnissen für ganz Anatolien ausgestattet zu werden. Er habe das Gefühl gehabt, sagte er, «als hätte sich ein Käfig geöffnet und als wäre ich ein Vogel, der bereit war, die Flügel auszubreiten und sich in den Himmel zu erheben.»<sup>29</sup> Einen Tag nach der griechischen Landung in Smyrna reiste er mit einem Visum der Briten aus Konstantinopel ab, und vier Tage

später, am 19. Mai, ging er mit einem kleinen Gefolge im Schwarzmeerhafen Samsun an Land. Der Tag ist heute in der Türkei ein Feiertag. Kaum jemand in Konstantinopel ahnte, was Atatürk vorhatte, und es sollte noch Monate dauern, bis in Paris erste Hinweise darauf eintrafen, was sich in Anatolien zusammenbraute. Lloyd George behauptete später, man habe «keine Informationen über seine Aktivitäten in Kleinasien, über die Reorganisation der vernichteten, ausgebluteten Armeen der Türkei» gehabt; der britische militärische Nachrichtendienst sei nie unwissender gewesen?<sup>20</sup>

Atatürk und seine Freunde liessen sich auf ein gewagtes Glücksspiel ein, das sie leicht hätten verlieren können, wenn die Alliierten ihnen im nächsten halben Jahr nicht unwissentlich geholfen hätten. Die alliierte Politik war konfus, ungeschickt und riskant – und schuf die idealen Bedingungen für das Gedeihen des türkischen Nationalismus. Mit der Entscheidung, italienischen und dann auch noch griechischen Truppen die Landung in Kleinasien zu gestatten, den Andeutungen, dass Armenien und Kurdistan unabhängige Staaten werden könnten, und den Hinweisen auf eine mögliche Abtrennung des gesamten Gebiets um die Meerengen, einschliesslich Konstantinopel, von der Türkei hatte man die türkischen Nationalisten an die Wand gedrängt. Ihr Land drohte von der Landkarte zu verschwinden; durch Widerstand hatten sie kaum noch etwas zu verlieren. Jeden Tag, um den sich der Vertragsabschluss mit dem Osmanischen Reich in Paris verzögerte, wurden die Alliierten schwächer und Atatürks Kräfte stärker.

In jenem Sommer 1919 reiste Atatürk unermüdlich kreuz und quer über die ausgedörrte anatolische Hochebene, mit seinem alten Auto, mit der Eisenbahn, zumeist aber zu Pferde, sammelte gleichgesinnte nationalistische Offiziere um sich und verband die überall aus dem Boden schiessenden Protestgruppen gegen die alliierte Besetzung zur Basis einer nationalen Bewegung. «Wenn wir keine Waffen zum Kämpfen haben», kündigte er an, «werden wir mit Zähnen und Klauen kämpfen.»<sup>31</sup> Im Juni verkündete er den Beginn des nationalen Widerstandskampfs gegen die Griechen in Smyrna, die Franzosen im Süden und die Armenier im Osten. «Wir müssen unsere Bauernschuhe anziehen», erklärte er. «Wir müssen uns in die Berge zurückziehen. Wir müssen das Land bis zum letzten Felsen verteidigen. Wenn es Gottes Wille ist, dass wir unterliegen, müssen wir alle unsere Häuser und all unseren Besitz in Brand stecken; dann müssen wir

das Land in Trümmer legen und eine leere Wüste zurücklassen.» In Konstantinopel reagierten die Briten auf die Nachrichten aus Anatolien damit, dass sie die Regierung des Sultans aufforderten, ihren Generalinspekteur abzuberaufen. Als Atatürk am 23. Juni den Befehl erhielt, in die Hauptstadt zurückzukehren, erklärte er seinen Abschied von der Armee und berief den ersten türkischen Nationalkongress nach Erzurum ein. Hauptziel war die Einheit aller von Türken bewohnten Gebiete, einschliesslich Konstantinopel.<sup>32</sup>

Seit dem Frühjahr 1919 hing das Schicksal der Reste des Osmanischen Reichs immer weniger von den Geschehnissen in Paris und immer mehr von Atatürks Handeln ab. Zwei unterschiedliche Welten befanden sich auf Kollisionskurs – eine von internationalen Konferenzen, Linien auf Landkarten und Völkern, die folgsam in das eine oder andere Land zogen, und eine andere, in der ein Volk seine osmanische Vergangenheit abwarf und sich als türkische Nation neu konstituierte. In Paris blieben die Mächte auf dem gewohnten Pfad, ohne viel von dem mitzubekommen, was sich im Osten zusammenbraute. Der Kuhhandel der Mandatsvergabe ging munter weiter. Am 13. Mai bestellte Lloyd George den Griechenlandexperten Nicolson mit einer Landkarte zu sich in die Rue Nitot, um von ihm zu erfahren, wie viel er den Italienern anbieten konnte. Kurz nach Nicolson trafen auch Orlando und Sonnino ein, und alle nahmen am Esszimmertisch Platz. «Der Eindruck von einem Kuchen, der verteilt werden soll, wird dadurch noch verstärkt», merkte Nicolson in seinem Tagebuch an. Die Italiener verlangten ein Gebiet südlich von Smyrna. «Oh no!», rief Lloyd George aus. «Das können Sie nicht haben – es ist ja voller Griechen!» Nicolson stellte entsetzt fest, dass Lloyd George glaubte, die Farben auf der Karte stünden für die Bevölkerungsverteilung. Aber er nahm die Berichtigung durch den Experten «mit grossem Humor» auf. Er sei «flink wie ein Eisvogel», bescheinigte ihm Nicolson. Als jemand darauf hinwies, laut Völkerbundakte müssten die Mandate «die Zustimmung und Wünsche der betroffenen Bevölkerung» berücksichtigen, erregte es grosse Heiterkeit. «Wie sie alle lachen!», empörte sich Nicolson. «Orlandos weisse Backen wackeln und seine verquollenen Äugelchen füllen sich mit Tränen vor Vergnügen.»<sup>33</sup>

Etwas später lag Nicolsons Karte vor Clemenceau, Wilson und Lloyd George auf dem Fussboden, während ihr Besitzer vor dem Zimmer wartete und im Bildnis von Dorian Gray las. Hinter der Tür, in Wilsons Arbeits-

zimmer, malte Lloyd George ein italienisches Mandat in Südanatolien mit glühenden Farben: «Wo die Türken eine Wildnis geschaffen haben, werden die Italiener Strassen bauen, Eisenbahngleise verlegen, das Land bewässern und kultivieren.» Frankreich könne Nordanatolien und Griechenland Smyrna und Umgebung sowie den Dodekanes bekommen, und auch Zypern würde er ihnen geben, fügte Lloyd George grossmütig hinzu. Clemenceau, der schweigend zugehört hatte, äusserte Zweifel an der Fähigkeit der Griechen, ein Mandat zu verwalten: «Ich bin im gesamten Peloponnes gewesen, ohne eine einzige Strasse gesehen zu haben.» Wilson war dafür, ihnen eine Chance zu geben: «Indem wir ihnen Vertrauen gewähren, fliessen wir ihnen auch den Ehrgeiz ein, sich gut zu schlagen.» In seinen Gedanken gefangen, hatte er sogar die Hoffnung, dass die Vereinigten Staaten das Mandat für Armenien übernehmen würden. Er nehme an, sagte Clemenceau, dass die Amerikaner dann auch Konstantinopel bekommen würden. Nicolson wurde hereingerufen, um die Beschlüsse zu notieren.<sup>34</sup> Als Balfour sie sah, liess er sich zu einer seltenen Unmutsäusserung hinreissen: «Da sitzen drei überaus mächtige, aber völlig unwissende Männer zusammen, teilen Kontinente auf und lassen ein Kind das Protokoll führen.»<sup>35</sup> Er schickte Lloyd George eine scharf formulierte Denkschrift, in der er darauf hinwies, wie gefährlich die Aufteilung der Türkei sei.<sup>36</sup>

Auch seine Militärberater, die eine Aufteilung der Türkei fast einmütig ablehnten, meldeten sich bei Lloyd George, und Churchill und Montagu eilten eigens aus London herbei, um noch einmal davor zu warnen, dass eine Zerschlagung der Türkei «ewigen Krieg» mit der moslemischen Welt, einschliesslich der indischen Moslems, bedeuten würde.<sup>37</sup> Lloyd George willigte ein, eine indische Delegation zu empfangen, aber als sie postwendend mit einem Sonderzug aus London eintraf, musste sie feststellen, dass der Premierminister zu einer Autotour aufgebrochen war.<sup>38</sup>

Die am 13. Mai gefassten Beschlüsse wurden umgestossen, kaum dass man sich auf sie geeinigt hatte. Italien verärgerte Wilson und Lloyd George durch weitere Truppenlandungen. Der britische Premierminister änderte seine Haltung zu einem italienischen Mandat völlig: «Ich glaube, die Italiener nach Kleinasien zu bringen, würde dort nur eine Quelle von Schwierigkeiten schaffen.»<sup>39</sup> Ausserdem hatte ihn Montagus Warnung beeindruckt. «Ich stelle fest», sagte er am 19. Mai im Rat der Vier, «dass es un-



möglich ist, die Kerntürkei aufzuteilen. Wir würden ein zu grosses Risiko eingehen, die moslemische Welt in Aufruhr zu versetzen.» Wilson pflichtete ihm bei. Ausserdem, so fürchtete er, würde die Mandatsvergabe wie die Aufteilung von Kriegsbeute wirken, und da die Türken selbst deutlich gemacht hatten, dass sie einen einheitlichen Staat wollten, wäre es ungeschickt, wenn nicht gar falsch, Anatolien in ein italienisches und ein französisches Mandatsgebiet aufzuteilen. Für die Zerstörung der Souveränität der Türkei gebe es keine Rechtfertigung: «Ich muss mich selbst daran erinnern, dass ich dieses Wort in meinen Vierzehn Punkten benutzt habe und dass diese zu einer Art Vertrag geworden sind, an den wir gebunden sind.» Vielleicht, schlug er vor, könnte Frankreich die Rolle eines Beraters des türkischen Staats übernehmen und man könnte die Verwendung des Worts «Mandat» vermeiden. Man könnte sogar den Sultan in Konstantinopel lassen, freilich ohne jegliche Macht über die Meerengen. Lloyd George stimmte zu, brachte zwei Tage später aber, nachdem er mit empörten Kabinettsmitgliedern gesprochen hatte, die eigens aus London nach Paris geeilt waren, einen neuen Vorschlag ein, nach dem anstelle von Frankreich die Vereinigten Staaten die Kontrolle über ganz Anatolien sowie die Meerengen und Armenien erhalten sollten.<sup>40</sup>

Clemenceau, der entsetzt zugehört hatte, war empört, zumal er wegen Syrien bereits auf Lloyd George wütend war. «Sie sagen, Frankreich dürfe nicht in Kleinasien sein, weil es Italien missfallen würde. Denken Sie, dass es in Frankreich keine öffentliche Meinung gibt? Frankreich ist darüber hinaus das europäische Land mit den grössten wirtschaftlichen und finanziellen Interessen in der Türkei – und jetzt soll es erst den Mohammedanern und dann Italien zuliebe hinausgeworfen werden.» Es folgte ein heftiger Streit mit Lloyd George über die Aufteilung nicht nur der Türkei, sondern des gesamten Nahen Ostens. «Beide verloren völlig die Fassung und erhoben absurde Vorwürfe. Clemenceau hatte am Ende Mühe, die Fassung wiederzugewinnen, und als sie auseinandergingen, sagte er zu Lloyd George: ‚Sie sind der Schlimmste von allen.‘»<sup>41</sup> Einmal soll Clemenceau, der einige Erfahrung in solchen Dingen hatte, Lloyd George sogar die Wahl zwischen Pistolen und Degen angeboten haben.<sup>42</sup>

Wilson versuchte die Wogen zu glätten: «Vielleicht haben wir heute den Eindruck, die Meinungsverschiedenheiten seien grösser, als sie wirk-

lich sind.»<sup>43</sup> Aber auch er wusste keine Lösung. Er bezweifelte mittlerweile, dass die Vereinigten Staaten in der Lage waren, das Mandat für Anatolien zu übernehmen. Für das armenische Mandat hoffte er allerdings weiterhin, dass dies möglich sein würde. Was andere Themen betraf, nahm er zu der Hoffnung Zuflucht, dass eine weitere Untersuchung eine Lösung zutage fördern würde.<sup>44</sup> Seine Friedensmacherkollegen liessen die Frage fallen; der Vertrag mit Deutschland war dringlicher; die Türkei konnte warten.<sup>45</sup>

Bevor Präsident Wilson Ende Juni in die Vereinigten Staaten zurückfuhr, wurde nur noch einmal über das Osmanische Reich gesprochen, und zwar als Reaktion auf den Auftritt von Vertretern der Regierung des Sultans. Vielleicht um sich die Wartezeit auf die deutsche Antwort auf ihren Vertragsentwurf zu vertreiben, taten die Mächte etwas, was sie Deutschland nicht zugestanden hatten, und erlaubten es einer besiegten Nation, vor der Fertigstellung des für sie bestimmten Friedensvertrags Stellung zu nehmen. Es war ein Zeichen dafür, wie beiläufig die Mächte das Schicksal des Osmanischen Reichs behandelten. Am 17. Juni sprachen drei Repräsentanten Konstantinopels vor Clemenceau, Lloyd George, Wilson und deren Aussenministern. Der türkische Ministerpräsident Damad Ferid Pascha, ein liebenswürdiger, reicher Mann, dessen grösste Leistung darin bestand, dass er die Schwester des Sultans geheiratet hatte, hielt das Plädoyer für die Türkei. Er gab seinen Vorgängern die Schuld am Kriegseintritt des Osmanischen Reichs und dem furchtbaren Massaker an den Armeniern und versicherte, die grösste Hoffnung seines Landes sei es, ein nützliches Mitglied des Völkerbunds zu werden. Er bat darum, das Osmanische Reich intakt zu lassen. Ausserdem wollte er eine schriftliche Erklärung vorlegen, die nur leider noch nicht fertig war. Clemenceau machte ihm wenig Hoffnung: «Es gibt weder in Europa noch in Asien oder Afrika einen Fall, in dem die Errichtung der türkischen Herrschaft nicht zu einer Verringerung des materiellen Wohlstands und einem Absinken des kulturellen Niveaus geführt hat. Weder bei den Christen in Europa noch bei den Moslems in Syrien, Arabien und Afrika hat der Türke, wo immer er als Eroberer auftrat, etwas anderes getan, als zu zerstören.»<sup>46</sup>

Die Friedensmacher fanden Damads Auftritt einhellig erbärmlich. Wilson hatte «noch nie etwas Dümmeres gesehen». Nach seiner Ansicht sollte man die Delegation nach Hause schicken; sie habe «einen völligen Mangel

an gesundem Menschenverstand und ein völliges Unverständnis für den Westen» an den Tag gelegt. Lloyd George sah in dem Auftritt den «besten Beweis für die politische Unfähigkeit der Türken».47 Die Delegation und ihre Denkschrift waren ein Witz. Niemand wusste, wie man ihr antworten sollte. Wilson fragte sich, ob eine Erwiderung überhaupt nötig war. Lloyd George sprach sich dafür aus, Friedensbedingungen für die arabischen Gebiete, Smyrna und Armenien zu entwerfen, die Bedingungen für die türkischen Gebiete in Thrakien und Anatolien aber zurückzustellen, bis die Amerikaner sich darüber klar geworden seien, welche Mandate sie übernehmen wollten. Er rechnete damit, dass dies innerhalb der nächsten zwei Monate der Fall sein würde. Wilson beschränkte sich auf die Feststellung, er sei inzwischen der Meinung, dass die Türken von der Kontrolle über Konstantinopel ausgeschlossen werden müssten. Clemenceau bemerkte bloss: «Was die Frage angeht, wie wir über das Territorium des türkischen Reichs verfügen wollen, muss ich nach unseren letzten Gesprächen sagen, dass ich nicht mehr weiss, wo wir stehen.» Dabei belassen es die drei Staatsmänner. «Wenn wir doch nur ohne grosse Formalitäten Frieden machen und die Sache damit abschliessen könnten», seufzte Lloyd George, worauf Clemenceau erwiderte: «Ich fürchte, das ist nicht möglich.»48

In London hatte Curzon, der das Osmanische Reich besser kannte als alle in Paris versammelten Politiker, die Vorgänge voller Unruhe und Verzweiflung verfolgt. Als kommissarischer Leiter des britischen Aussenministeriums in Abwesenheit Balfours schickte er eine Flut von Denkschriften und Briefen nach Paris, in denen er davor warnte, die Türken für erledigt zu halten, und es für tollkühn erklärte, eine umfassende Regelung weiter aufzuschieben. Lloyd George schenkte ihm ebenso wenig Beachtung wie den meisten anderen Berufsdiplomaten. Curzon repräsentierte viel von dem, was er verachtete: reinrassige Aristokratie, Grossgrundbesitzer, die geschliffenen Produkte von Oxford und Londoner Salons. Frances Stevenson vertraute Lloyd George an, wie sehr er «die Welt der Curzons und alles, wofür sie steht», verabscheute, «ihren Manierismus, ihre Ideale, ihre Gepflogenheiten, ihren Lebensstil».49 Mit der Zeit sollte sich der Abscheu in Spott verwandeln, gemischt mit einer widerwilligen Hochachtung für Curzons Wissen und Fähigkeiten.50 Am Ende sollte Curzon die Oberhand über Lloyd George gewinnen.

Curzon war es auch, der – neben Atatürk und dessen Armeen – die Grenzen der modernen Türkei festlegte. Die beiden Männer, der britische Staatsmann und der türkische Offizier, sind sich, obwohl sie Gegenspieler waren, nie begegnet. Beide waren hartnäckig, clever und stolz, beide kannten Augenblicke tiefer Unsicherheit, und beide waren komplizierter, als es nach aussen den Anschein hatte. Curzon, der grosse Vizekönig von Indien, hatte erleben müssen, wie seine Landsleute in Delhi ihn ausbuhten, weil er es gewagt hatte, ein britisches Regiment für die Ermordung eines Inders zu bestrafen. Er war ein englischer Snob, der für amerikanische Frauen schwärmte, ein Staatsmann, der Gemälde und Möbel bewunderte, und ein Erzimperialist, der die aussereuropäische Welt besser kannte als die meisten seiner Zeitgenossen. So wie sein Frack die Schmerzen einer Rückenverletzung und das Stahlkorsett, das ihn aufrecht hielt, verhüllte, so verbarg seine Grossspurigkeit den Mann, der weinte, wenn seine Gefühle verletzt worden waren.

George Curzon wurde in eine Schicht hineingeboren, die in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg Grossbritannien und durch das Empire die Welt beherrschte. Seine Familie besass seit Jahrhunderten ein Anwesen in Derbyshire, und wenn er gewollt hätte, hätte er sein Leben vertändeln können. «Meine Vorfahren», sagte er einmal, «haben 900 Jahre lang Kedleston erhalten, Vater und Sohn, aber keiner von ihnen hat sich ausgezeichnet. Sie waren ganz gewöhnliche Landadlige – Parlamentsabgeordnete, Sheriffs und so weiter. Ich nahm mir vor, aus diesem Trott auszubrechen.»<sup>51</sup> Seine Eltern überliessen seine Erziehung, wie damals üblich, anderen, in seinem Fall einer Gouvernante, die Spielzeug hasste und Bestrafungen liebte, häufig für imaginäre Sünden. Später gelangte Curzon zu dem Schluss, dass sie vermutlich verrückt war.<sup>52</sup> Erst in Eton begann er aufzublühen. Er gewann Freunde, manche von ihnen fürs Leben, und infolge des «leidenschaftlichen Entschlusses, der Klassenbeste zu sein», wie er selbst es ausdrückte, alle wichtigen Preise, die es zu gewinnen gab. Als er das Internat verliess, war er eine Persönlichkeit, imposant, beliebt, erfolgreich und mehr als nur ein bisschen arrogant. Oxford verstärkte diese Eigenschaften nur noch. Dort lernte er indes, in der Öffentlichkeit zu reden, auch wenn manche seinen Stil zu schwülstig fanden. Ausserdem machte er sich einen Namen als führender Konservativer und stürzte sich in ein hektisches Gesell-

schaftsleben. Dass er das Studium nicht mit Auszeichnung abschloss, war nur ein geringfügiger Schönheitsfehler bei dem, was die meisten Beobachter als brillanten Karrierestart betrachteten.

Curzon hat viel mitbekommen. Aber es fehlte auch etwas: eine gewisse Härte vielleicht, Commonsense, Ausgeglichenheit. Er fühlte sich leicht verletzt und neigte zu Selbstmitleid. Er arbeitete zu viel und an den falschen Dingen. Auf dem Höhepunkt einer internationalen Krise war er bis in die Nacht damit beschäftigt, Haushaltsausgaben zu addieren.<sup>53</sup> Montag, sein Kollege im Kriegsministerium, schrieb an einen Freund: «[Er] amüsiert mich, interessiert mich, reizt mich. Am Ende ausserordentlich einfach im Umgang, aber, was für ein Weg bis dorthin!» Curzon bombardiert sie alle mit Fragen und Briefen. «Es wird Dich amüsieren, dass meine Frau ihn an einem Tag, an dem er, wie ich wusste, zwei Sitzungen des Kriegskabinetts und eine Sitzung des Ostausschusses hatte, für die er alle relevanten Papiere gelesen hatte, bei Harrods für Tee anstehen sah.»<sup>54</sup> Er stellte die Stundenpläne für den Unterricht seiner Töchter auf und nahm das Kindermädchen wegen des Preises ihrer Unterhosen ins Gebet; er erklärte den Gärtnern, wie man mäht, und den Waldarbeitern, wie man Bäume fällt; er bestand darauf, seine Bilder selbst aufzuhängen. Die Londoner Hausbediensteten setzten ihn auf ihre schwarze Liste.<sup>55</sup>

Er erreichte nie ganz, was er sich vorgenommen hatte. Seine Zeit in Indien hätte glorreich verlaufen müssen, endete aber schmachlich, indem er von Lord Kitchener, dem Oberbefehlshaber der indischen Armee, aus dem Amt gedrängt wurde. Selbst als er im Herbst 1919 schliesslich Aussenminister wurde, spielte er nur die zweite Geige nach Lloyd George. Als dieser stürzte, wartete er vergeblich auf die Berufung zum Premierminister. Man fand die Zusammenarbeit mit ihm beschwerlich, insbesondere seine Untergebenen. «Er litt», bemerkte einer von ihnen, «in Bezug auf sein Wissen über die Kunst, seine irdischen Besitztümer und seine gesellschaftliche Stellung unter einem absurden Grössenwahn, aber ich habe auch erlebt, wie er gegenüber Menschen und Dingen eine nahezu unterwürfige Demut an den Tag legte.» Er war extrem unbeständig: «An einem Tag beschimpfte er uns wie Taschendiebe, und am nächsten schickte er uns exaltierte Lobesbriefe.»<sup>56</sup>

Curzon widmete sein Leben dem Dienst für Grossbritannien und sein Empire, die er beide als Kräfte des Guten in der Welt betrachtete. Wie viele britische Staatsmänner sah er in Europa nur dann eine Gefahr, wenn das

Machtgleichgewicht ins Wanken geriet. «Sein Ideal», schrieb Nicolson, der ihn näher kennenlernte, «wäre eine Welt gewesen, in der England niemals in Europa und Europa niemals in Afrika und Asien eingegriffen hätte. Amerika als eine abgelegene, wenn auch manchmal rebellische Kultur kam für ein Eingreifen ohnehin nicht in Frage.»<sup>57</sup> Ausländer, besonders Franzosen, mochte er im Allgemeinen nicht. Ein einfacher Bauer, etwa ein anatolischer Türke, war ihm lieber, «ein einfältiger, biederer Bursche ..., der es vorzog, sein eigenes einfaches Leben fern von Europa zu führen». Er kannte die Welt östlich des Suezkanals gut; er hatte sie vom alten Osmanischen Reich bis nach Japan bereist und umfangreiche Studien über Zentralasien, Persien und Indien verfasst. Seinen Kabinettskollegen fiel häufig auf, dass er der einzige Anwesende war, der schon einmal an irgendeinem entlegenen Ort der Welt gewesen war.<sup>58</sup> In der Diskussion war er brillant, wenn nicht gar überwältigend, aber mit der konkreten Politik tat er sich schwer.<sup>59</sup>

Das gemächliche Tempo der Verhandlungen in Paris trieb Curzon fast in den Wahnsinn. Er hegte keine grosse Sympathie für das Osmanische Reich, warnte aber wiederholt davor, einen türkischen Nationalismus zu entfachen:

«Dass die Türken Konstantinopel verlieren, ist meiner Meinung nach unvermeidlich und auch erwünscht als krönender Beweis ihrer Niederlage im Kriege; und ich glaube, dass die östliche Welt sich, wenn auch unter schmerzlichen Zuckungen, damit abfinden wird. Aber wenn man vernimmt, dass die Heimatlosen in der Welt herumgestossen werden sollen und dass es überhaupt kein Türkisches Kaiserreich und wahrscheinlich auch kein Kalifat mehr geben soll, so glaube ich, dass wir damit die moslemischen Empfindlichkeiten in der ganzen orientalischen Welt in höchst gefährlicher und gänzlich überflüssiger Weise aufstacheln und dass sehr leicht ein dumpfer Groll in wilden Aufruhr ausbrechen könnte.»

Italienische Mandate in Südanatolien oder anderswo lehnte er ebenso strikt ab wie die Übergabe von Smyrna an Griechenland, «das nicht einmal fünf Meilen ausserhalb der Tore von Saloniki Ordnung halten kann».<sup>60</sup> Die Landung in Smyrna bezeichnete er einige Monate später als den «grössten Fehler, der in Paris gemacht wurde».<sup>61</sup>

Curzons Warnungen verhallten weitgehend ungehört, und so verwandte er seine aufgestaute Energie darauf, das Aussenministerium umzuorganisieren. Er wechselte das amtliche Tintenfass aus, brachte den Sekretärinnen bei, wie die Jalousien geschlossen wurden, und führte, sehr zum Schaden der Beamtenfinger, ein neues Ablagesystem mit grossen, spitzen Nadeln ein.<sup>62</sup> Im Oktober 1919 wurde er endlich zum Aussenminister ernannt. Er trat für milde Friedensbedingungen für die Türkei ein, musste sich aber mit Lloyd George und dessen persönlichen Mitarbeitern auseinandersetzen, die einen grossen Teil der Aussenpolitik an sich gerissen hatten. Der Premierminister war weiterhin entschlossen, Griechenland Smyrna und vielleicht noch weit mehr zu geben, und Curzon war, trotz aller Zweifel, nicht in der Lage, es mit ihm aufzunehmen. Auch wenn er gelegentlich mit Rücktritt drohte, er hatte zu lange darauf gewartet, Aussenminister zu werden. Lloyd George spottete, Curzon schicke seine Rücktrittsgesuche stets mit einem langsamen Boten, die Schreiben, mit denen er sie zurücknehme, dagegen mit einem sehr schnellen.<sup>63</sup>

Während die Briten sich untereinander nicht einig waren, befand sich die alliierte Türkei politik, die noch nie besonders schlüssig gewesen war, insgesamt in Auflösung. Da sich die Vereinigten Staaten offensichtlich aus Überseeengagements zurückzogen, standen amerikanische Mandate für Anatolien, die Meerengen und sogar Armenien nicht mehr zur Debatte. Die Briten zögerten merkwürdigerweise, sich dieser Tatsache zu stellen, vielleicht weil Lloyd George Griechenland Zeit verschaffen wollte, in der es seine Stellung in Kleinasien verstärken konnte.<sup>64</sup> Als Wilson abreiste, erklärte Lloyd George, die Alliierten seien überzeugt, dass er in der Lage sei, das amerikanische Volk zur Übernahme von Mandaten zu bewegen. Deshalb warteten sie ab. Dann wurde Wilson im September 1919 krank. «[W]ir konnten doch nicht voreilig von seinem Ableben ausgehen», schrieb Lloyd George später, «solange uns offizielle medizinische Verlautbarungen versicherten, dass seine Gesundheit nach einer Phase absoluter Ruhe wahrscheinlich wiederhergestellt sein würde.» Also warteten die Alliierten weiter. «Wir wussten nicht, welche Schritte wir unternehmen konnten, ohne einen Bruch mit Amerika zu riskieren.»<sup>65</sup>

Auch das italienische Interesse an der Türkei, das nie besonders stark gewesen war, schwand. Am 19. Juni 1919 stürzte die Regierung Orlando, was auch Sonnino das Amt kostete. Der neue Ministerpräsident Francesco

Nitti konzentrierte sich vor allem auf die gewaltigen inneren Probleme Italiens. Er strich umgehend die von seinen Vorgängern versprochene, ebenso kostspielige wie gefährliche Militärexpedition in den Kaukasus. Was Kleinasien betraf, war er wie sein Aussenminister Tittoni mehr an Konzessionen, für Kohlebergwerke zum Beispiel, als an Territorien interessiert. Italienische Truppen sollten nur dort bleiben, solange es keine Probleme gab.<sup>66</sup> Die Briten argwöhnten zu Recht, dass Italien inzwischen mit türkischen Nationalisten zusammenarbeitete.<sup>67</sup>

Frankreich blieb an der Türkei interessiert, war aber nicht in der Stimmung für eine Kooperation mit Grossbritannien. Die Syrienfrage schwärte weiter, und viele Franzosen fürchteten, die Briten wollten Frankreich auch aus der Türkei hinausdrängen. Clemenceaus hatte Griechenland immer nur halbherzig unterstützt, und er stand unter erheblichem Druck von Seiten protürkischer Finanziere, die eine Einigung mit den Türken verlangten.<sup>68</sup> Franzosen hielten 60 Prozent der osmanischen Schulden, die bei einer Teilung der Türkei möglicherweise nicht mehr zu retten wären.<sup>69</sup>

Curzon erkannte, dass es in Abwesenheit der Vereinigten Staaten von grundlegender Bedeutung war, sich mit Frankreich in der Türkeifrage zu einigen. Im November 1919 wandte er sich an sein Pendant in Paris, Pichon, und schlug vor, vertrauliche Gespräche zu führen.<sup>70</sup> Er war überzeugt, dass ihnen die Zeit davonlief. Im Oktober hatte er Oberstleutnant Alfred Rawlinson, der Atatürk ein wenig kannte, telegraphisch gebeten, herauszufinden, welche Friedensbedingungen dieser akzeptieren würde.<sup>71</sup> Die türkischen Nationalisten kontrollierten inzwischen mehr als ein Viertel des Inlands, und am Ende des vorangegangenen Jahres hatte Atatürk Ankara in Konkurrenz zu Konstantinopel zur Hauptstadt deklariert.

Als die Briten am 16. März 1920, widerstrebend gefolgt von den Franzosen und Italienern, im Namen von Recht und Ordnung die volle Kontrolle über Konstantinopel übernahmen und eine Reihe führender Nationalisten verhafteten, reagierte Atatürk einfach damit, dass er alle greifbaren alliierten Offiziere festsetzte, einschliesslich des unglücklichen Rawlinson, und ein eigenes, nationalistisches Parlament einberief. Für die Türken befand sich das Machtzentrum jetzt eindeutig in Ankara. Curzon kam zu dem Schluss, dass es vermutlich am besten war, die Entstehung eines neuen tür-



kischen Staates mit Atatürk als Staatschef zuzulassen.<sup>72</sup> Leider gelang es ihm nicht, Lloyd George davon zu überzeugen.

Nach einer Reihe von Treffen der Alliierten, mit der Konferenz von San Remo – das in Curzons Augen einem «zweitklassigen englischen Heilbad» glich<sup>73</sup> – im April 1920 als Höhepunkt, wurde schliesslich ein Vertragsentwurf zusammengeflocht und Vertretern der Regierung in Konstantinopel übergeben. Die Türkei sollte ein kleiner und untergeordneter Staat werden. Das Durcheinander der äusseren Finanzkontrolle des 19. Jahrhunderts sollte effizienter gestaltet und sogar verstärkt werden. Die Meereengen wurden, obwohl die Türken in Konstantinopel bleiben sollten, internationaler Kontrolle unterstellt. Frankreich und Italien erhielten Einflusssphären in Anatolien, und Griechenland wurden Smyrna und Thrakien zugesprochen. Ausserdem sollte ein unabhängiges Armenien entstehen, obwohl keine Vorkehrungen getroffen wurden, um dies sicherzustellen, und ein Gebilde namens Kurdistan sollte innerhalb der Türkei Autonomie erhalten.

Für Armenien war es jedoch zu spät. Zu diesem Zeitpunkt blieben ihm nur noch wenige Monate. Der Zusammenbruch des zaristischen Russland und der Rückzug der osmanischen Truppen hatten ein Fenster geöffnet, das sich jetzt wieder zu schliessen begann. Armenien, Dagestan, Georgien und Aserbaidschan hatten im Frühjahr 1918 allesamt ihre Unabhängigkeit erklärt. Die neuen Staaten hätten, so schwach und arm sie waren, die Strassenräuber, die Deserteure aus der türkischen Armee, die weissrussischen Truppen, Krankheit und Hunger überstehen können. Sie hätten die Streitigkeiten, die sie schliesslich kriegerisch ausfochten, beilegen können. Sie hätten General Denikin fernhalten können, denn er musste zugleich mit den Bolschewisten fertig werden. Sie hätten sich – insbesondere Armenien – nach Süden in die Türkei hinein ausdehnen können. Nicht standhalten konnten sie jedoch der Kombination aus einem entschlossenen russischen Angriff von Norden und einer wiedererstarkenden Türkei im Süden.

Doch selbst unter diesen Bedingungen hätte, mit etwas Hilfe von aussen, Hoffnung für sie bestanden. Grossbritannien war am besten dazu in der Lage, sofort Hilfe zu leisten. Ende 1918 waren britische Truppen aus Mesopotamien auf der Seite des Kaspischen Meers in den Kaukasus marschiert, um das heute zu Aserbaidschan gehörende Baku und dessen Ölfelder zu besetzen. Drei weitere Divisionen waren von Konstantinopel aus

über das Schwarze Meer geschickt worden, um die Kontrolle über dessen Ostküste mit der wichtigen Hafenstadt Batum in Georgien zu übernehmen. Anfang 1919 hatten britische Truppen die quer durch den Kaukasus verlaufende Eisenbahnstrecke, die beide Städte miteinander verband, in der Hand. Welche Absichten die Briten verfolgten, war jedoch unklar – auch ihnen selbst. Den Zugang zum Kaspischen Meer offenhalten, eine mögliche Route nach Indien schützen, Frankreich aus der Region fernhalten, die Selbstbestimmung fördern: dies alles waren für Grossbritannien Gründe gewesen, den Kaukasus zu besetzen.<sup>74</sup> 1919 kam die bolschewistische Bedrohung hinzu. Curzon warnte davor, die Region «der Gnade eine Horde von Wilden zu überlassen, die keine Hemmungen haben und entschlossen sind, das Recht insgesamt zu zerstören».<sup>75</sup> Viele seiner Kollegen waren jedoch dafür, sich herauszuhalten. Was spiele es für eine Rolle, fragte Balfour, ob der Kaukasus schlecht regiert werde? «Das ist die andere Alternative», bestätigte Curzon sarkastisch. «Sollen sie sich gegenseitig die Kehle durchschneiden.» Darauf Balfour: «Das wäre ganz in meinem Sinn.»<sup>76</sup>

Trotz Curzons Einwänden fand die britische Regierung im Frühjahr 1919 das Engagement in der Region zu beschwerlich. «Je eher wir aus dem Kaukasus herauskommen, desto besser», schrieb Henry Wilson an Lloyd George.<sup>77</sup> Im Juni beschloss das Kabinett, bis zum Jahresende alle Truppen aus dem Gebiet abzuziehen. Denikin sollte im Gegenzug zu dem Versprechen, die unabhängigen Republiken nicht anzurühren, Waffen erhalten.<sup>78</sup> Eigentlich sollte Italien nachrücken, aber das war, wie Wilson Lloyd George erklärte, höchst unwahrscheinlich.<sup>79</sup> Viele waren über die Entscheidung beunruhigt. Kabinettssekretär Hankey schrieb im September an Lloyd George, «in vielen Kreisen im britischen Empire» hege man starke Sympathien für die Armenier und empfinde einen «natürlichen Widerwillen dagegen, eine Nation ihrem Schicksal zu überlassen, deren Sache wir in der Vergangenheit so oft unterstützt haben. Es kann nicht geleugnet werden, dass es eine gewisse Kaltschnäuzigkeit verrät, wenn wir unsere Truppen aus Transkaukasien gerade in dem Augenblick abziehen, in dem über sich ausbreitende Massaker berichtet wird.»<sup>80</sup>

Dennoch wurde der britische Truppenabzug fortgesetzt, und um Denikin nicht zu verärgern, hielt man sich auch bei der diplomatischen Anerkennung der kaukasischen Republiken zurück. Erst im Januar 1920, als

feststand, dass die weissen Russen unterlegen waren und die Bolschewisten nach Süden vorzustossen drohten, anerkannte London die kleinen Staaten und lieferte ihnen einige Waffen.<sup>81</sup> Das Kriegsministerium ergriff die Gelegenheit, um überzählige kanadische Ross-Gewehre, die dafür berühmt waren, selbst unter Idealbedingungen zu klemmen, loszuwerden.<sup>82</sup>

Unterdessen entstand im Süden eine neue Bedrohung, da Atatürk und seine Truppen ihre Position in Anatolien ausbauten. Die Türken hatten nie verhehlt, dass sie die armenischen Provinzen zu behalten gedachten und sogar einen Teil des unabhängigen Armenien zurückgewinnen wollten.<sup>83</sup> Die Bolschewisten und die türkischen Nationalisten hatten bereits wechselseitige Fühler ausgestreckt. Atatürk war kein Kommunist, aber die Bolschewisten waren Feinde seines Feindes – Grossbritanniens.<sup>84</sup> Ihm war bewusst, dass nur die unabhängigen Republiken – Armenien, Georgien und Aserbaidschan – die Türken und die Bolschewisten daran hinderten, eine gemeinsame Front gegen die Imperialisten zu bilden, die versuchten, ihre beiden Länder zu zerschlagen.<sup>85</sup> Die Bolschewisten, die ebenso ohne Freunde waren wie Atatürk, reagierten begeistert auf die türkischen Avancen und schickten Waffen und Gold nach Anatolien.

Während die Alliierten in San Remo über Armenien sprachen, nahmen die Bolschewisten die Nachbarrepublik Aserbaidschan ein. In Armenien selbst brachen kommunistische Unruhen aus. Die Alliierten baten den Völkerbund, das Grossarmenien, das sie schaffen wollten, zu schützen, erhielten aber zur Antwort, dass man, da der betreffende Staat noch nicht existiere, nichts unternehmen könne.<sup>86</sup> Daraufhin wandten sich die Alliierten an die Vereinigten Staaten, wo die Idee eines US-Mandats für Armenien seit Wilsons Rückkehr aus Europa kaum noch eine Chance hatte. Der gebrechliche Präsident brachte den Antrag im Kongress ein, der ihn im Mai mit deutlicher Mehrheit ablehnte. «Glaub nicht, es täte mir wegen Armenien nicht leid», sagte Senator Lodge zu einem Freund. «Aber ich denke, es gibt eine Grenze für das, was man uns mit Recht aufbürden kann.»<sup>87</sup>

Kurdistan hatte sogar noch weniger als Armenien eine Chance, Beschützer zu finden. Auf der Pariser Friedenskonferenz war die Frage nur ein einziges Mal zur Sprache gekommen. Als Lloyd George am 30. Januar eine Liste möglicher Mandate für die osmanischen Territorien vorlegte, stand Kurdistan nicht darauf. Er hatte es vergessen, und als er es hastig

hinzufügte, gab er schmunzelnd zu, dass seine Vorstellung der geographischen Verhältnisse fehlerhaft gewesen sei; er habe geglaubt, das Gebiet würde von Mesopotamien und Armenien abgedeckt, doch seine Berater hätten ihm gesagt, dass er sich irre. Klugerweise versuchte er sich nicht an einer konkreten Grenzziehung für das neue Mandat, denn wie so vieles in Bezug auf Kurdistan waren auch seine Grenzen vage.<sup>88</sup>

Die Kurden waren weit entfernt, am östlichen Ende des Osmanischen Reichs, und hatten damals noch kein Aufsehen in der Welt erregt. Mark Sykes, der vor dem Krieg ihr Siedlungsgebiet bereist hatte, mochte sie, weil sie gute, harte Kämpfer waren.<sup>89</sup> Die amerikanischen Experten, die nie in Kurdistan gewesen waren, mochten sie nicht: «In mancher Hinsicht erinnern sie einen an die nordamerikanischen Indianer ... Ihr Charakter ist leidenschaftlich, nachtragend, rachsüchtig, heimtückisch und betrügerisch. Sie eignen sich als Soldaten, aber nicht als Anführer. Sie sind habgierige, überaus selbstsüchtige, schamlose Bettler und haben eine starke Neigung zum Stehlen.»<sup>90</sup>

Die Kurden hatten gefährliche Nachbarn. Jenseits der Gebirge im Norden und Osten lagen Russland und Persien; im Westen befand sich die Türkei und im Süden das arabische Mesopotamien. Während des Ersten Weltkriegs hatten im Norden osmanische und russische Armeen gegeneinander gekämpft, und von Süden waren britische Truppen herangerückt. Bis zu 800.000 Kurden waren als Soldaten der osmanischen Armee gefallen oder an Hunger oder Krankheiten gestorben.<sup>91</sup> Die Zahl der Kurden zu schätzen war schon immer schwer. Da die kurdische Kultur mit der arabischen, persischen, türkischen und sogar armenischen verschwamm, konnte man unmöglich sagen, wie viele Kurden es wirklich gab. Rund drei Viertel von ihnen – vielleicht eine Million oder sogar zwei – lebten im Osmanischen Reich, die Mehrheit auf dem Gebiet der späteren Türkei, der Rest im Irak und einige verstreut in Syrien. Die übrigen lebten in Persien.

Auch was die Kurden wirklich waren, liess sich schwer benennen. Vielleicht waren sie ein aus Persien nach Westen gewandertes indogermanisches Volk. Ihr Name bedeutete ursprünglich «Nomade». Sie besaßen kaum eine zusammenhängende Geschichte, sondern nur eine Sammlung von einander widersprechenden Ursprungsmythen.<sup>92</sup> Es hat nie ein grosses kurdisches Königreich und, ausser Saladin, auch nur wenige kurdische Helden gegeben. Die Gemeinschaft der Kurden war geteilt durch unter-

schiedliche Stammeszugehörigkeit, Religion (die meisten waren sunnitische Moslems, manche aber auch Schiiten oder Christen), und Sprache sowie durch die Tatsache, dass sie in mehreren Staaten lebten. Sie standen in dem Ruf, ungebärdig zu sein, was ein deutscher Ethnologe nachsichtig so erklärte: «Im Grunde sind ihre Sünden hauptsächlich jene des rastlosen Lebens, das sie in einem Land führen, in dem eine ordentliche Regierung in den vergangenen acht Jahrhunderten unbekannt war.»<sup>93</sup> Sie kämpften gegeneinander, gegen fremde Autoritäten, osmanische ebenso wie persische, und gegen andere Völker. Die Osmanen hatten kurdische Moslems bei ihren Massakern an Armeniern eingesetzt.<sup>94</sup> Bei Kriegsende konnten die britischen und indischen Truppen, die das Gebiet besetzt hatten, einen unsicheren Frieden aufrechterhalten.

Im Unterschied zu anderen entstehenden Nationen hatte Kurdistan in Paris keine mächtigen Fürsprecher, und die Kurden waren noch nicht so weit, wirkungsvoll für sich selbst sprechen zu können. Mit den gewohnten Viehdiebstählen, Entführungen, Klankriegen und Räubereien, der Metzelei an Armeniern oder einfach dem Überleben beschäftigt, hatten sie bisher kaum Interesse an grösserer Autonomie im Osmanischen Reich, wo die Mehrheit von ihnen lebte, gezeigt. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte der Nationalismus, der sich in anderen Völkern im Nahen Osten zu regen begann, unter den Kurden nur ein schwaches Echo erzeugt. Das Hauptzentrum des kurdischen Nationalismus, das aus wenigen kleinen Gruppen und einer Handvoll von Intellektuellen bestand, befand sich weitab von Kurdistan in Konstantinopel. Der einzige kurdische Sprecher in Paris im Jahr 1919 war ein lebenswürdiger Mann, der schon so lange in der französischen Hauptstadt lebte, dass man ihm den Spitznamen «Beau Sharif» gegeben hatte. Er bemühte sich nach Kräften, entwarf ein grosses Land, das sich von Armenien, falls es denn geschaffen werden sollte, bis zum Mittelmeer erstreckte.<sup>95</sup> Ein grosser Teil dieses Gebiets wurde auch von den Armeniern und von Persien beansprucht.<sup>96</sup>

Als einzige Macht hatte Grossbritannien mehr als nur ein flüchtiges Interesse an der Schaffung eines kurdischen Staates. Die Vereinigten Staaten mit ihrer Vorliebe für die Armenier hatten für die Kurden nichts übrig.<sup>97</sup> Frankreich hatte hauptsächlich deshalb ein Mandat gefordert, um es als Verhandlungsmasse einzusetzen. Als Grossbritannien im Herbst 1919 ihm den Besitz von Syrien zugestand, liess es jeden Anschein von Interesse

fallen.<sup>98</sup> Einem britischen Mandat für Kurdistan widersetzte es sich jedoch weiterhin.

Lloyd George und seinen Beratern ging es vor allem darum, das britische Mandat für Mesopotamien mit seinen bedeutenden Erdölvorkommen zu erhalten und zu schützen. Sie hätten es vorgezogen, wenn kein Streifen osmanisches Gebiet im Norden dazugehört hätte. Ein kurdischer Staat hätte auch den Vorteil gehabt, dass er die Südgrenze Armeniens, wenn es denn überlebte, geschützt und damit eine weitere Barriere zwischen dem Bolschewismus und dem britischen Einflussbereich gebildet hätte. Zudem hätte er die Franzosen von der Möglichkeit abgeschnitten, ihren Einflussbereich von Syrien und Anatolien aus nach Norden auszuweiten.<sup>99</sup> Die Briten nahmen an, sie würden Kurdistan mit Hilfe lokaler Anführer, ähnlich wie an der indischen Nordgrenze, ohne grosse Kosten verwalten können. Ferner führten sie an, die Kurden selbst würden nach britischem Schutz verlangen. Die Kurden waren allerdings so unfreundlich, im Jahr 1919 mit grossem Nachdruck die britischen Besatzungstruppen zu bekämpfen und britische Agenten zu töten.<sup>100</sup>

1919 und 1920 finanzierte Grossbritannien, während es den Friedensvertrag mit der Türkei unter Dach und Fach zu bringen versuchte, verschiedene kurdische Gruppen, die von sich behaupteten, sie könnten die Kurden unter britischen Schutz bringen. Im Sommer 1919 begab sich ein Major Noel, der «kurdische Lawrence», auf eine geheimnisvolle Mission ins Kurdengebiet, um dort eine Unabhängigkeitsbewegung ins Leben zu rufen. Er verärgerte jedoch nur die nationalistischen Türken und seine eigenen Kameraden. «Ich habe es so deutlich gesagt, wie das mit fünfmal wiederholten Worten möglich ist», beklagte sich ein britischer politischer Berater in Konstantinopel, «dass wir nicht auf Intrigen gegen die Türken aus sind und dass ich in Bezug auf die Zukunft von Kurdistan nichts, aber auch gar nichts versprechen kann.»<sup>101</sup>

1919 war die britische Unterstützung für die Kurden bestenfalls halberzig und zumindest teilweise davon abhängig, dass die Vereinigten Staaten das Mandat für das nördlich von Kurdistan gelegene Armenien übernahmen. Im Herbst war klar, dass diese Bedingung nicht erfüllt werden würde. Ebenso klar war, dass die Türken alles andere als am Ende waren. Atatürk kam mit dem Aufbau seiner Truppen im Osten, unweit des Kurdengebiets, rasch voran. Die Idee eines von Grossbritannien gestützten

unabhängigen Kurdistan wurde sowohl aus finanzieller als auch aus militärischer Sicht immer unattraktiver. Im Sommer 1920 standen nur noch 320.000 britische Soldaten im Osmanischen Reich, und die britischen Behörden in Mesopotamien traten dafür ein, einen Teil des Kurdengebiets in das neue Mandat für den Irak einzugliedern. Die osmanischen Provinzgrenzen waren in dieser Region nie wirklich exakt gezogen worden, weshalb man durchaus argumentieren konnte, die alte Provinz Mossul würden im Norden bis in die kurdischen Berge reichen.<sup>102</sup>

Die Kurden selbst waren wie üblich gespalten. Sollten sie auf die Türken oder die Briten vertrauen? Sich um Wiedergutmachung für die Armenier bemühen? Die Bolschewisten um Hilfe bitten? Die griechische Gefahr half vielen, eine klare Position zu beziehen, wenn auch nur vorübergehend. Als griechische Truppen im Frühjahr 1919 in Smyrna landeten und dann im Sommer 1920 ins Inland vorstießen und sich Atatürk und seinen Truppen näherten, sahen die generell tiefreligiösen Kurden darin einen Kampf zwischen Islam und Christentum. Atatürk war, ungeachtet seiner persönlichen Überzeugungen, geschickt genug, sich auf den Islam zu berufen, als er sich an die kurdischen Führer wandte, um sie um Unterstützung zu ersuchen. Das Gerücht, die Briten hätten vor, sich die südlichen Kurdengebiete einzuverleiben, brachte selbst kurdische Nationalisten dazu, sich auf Atatürks Seite zu schlagen.<sup>103</sup>

Zu diesem Zeitpunkt waren sich Curzon und Lloyd George ausnahmsweise einmal einig: Ein unabhängiger kurdischer Staat kam nicht in Frage, auch wenn dies bedeutete, einige kurdische Gebiete unter türkischer Herrschaft zu belassen. Im April 1920 in San Remo gab Lloyd George zu:

«Er selbst habe herauszufinden versucht, welche Haltung die Kurden einnehmen. Nach Anfragen in Konstantinopel, Bagdad und anderswo habe er feststellen müssen, dass es unmöglich war, einen kurdischen Repräsentanten ausfindig zu machen. Kein Kurde scheine mehr zu repräsentieren als seinen eigenen Klan ... Andererseits habe es den Anschein, als seien die Kurden der Ansicht, ihre Existenz ohne Rückhalt durch eine Grossmacht nicht bewahren zu können ... Wenn aber weder Frankreich noch Grossbritannien bereit sei, diese Aufgabe zu übernehmen – und er hoffe, keiner

von beiden sei es –, würden [die Kurden] es offenbar für besser halten, unter dem Schutz der Türken zu verbleiben. Das Land sei an die türkische Herrschaft gewöhnt, und es wäre schwierig, es von der Türkei zu trennen, es sei denn, man fände einen anderen Beschützer.»<sup>104</sup>

In den für die Türkei bestimmten Friedensbedingungen wurde der Status von Kurdistan – ob Autonomie innerhalb der Türkei, Mandat einer Grossmacht oder vollständige Unabhängigkeit – ebenso in der Schwebe gelassen wie seine Grenzen, die von einer Untersuchungskommission gezogen werden sollten. (Grossbritannien hatte dafür gesorgt, dass die von ihm gewünschten Gebiete dem neuen Staat Irak zugeschlagen wurden.) Ein schwaches Versprechen wurde gemacht: Wenn die Kurden den Völkerbund davon überzeugen konnten, dass sie für die Unabhängigkeit bereit seien und sie wirklich wollten, würden sie sich vielleicht eines Tages mit den Kurden im Irak vereinen können.<sup>105</sup>

Als die Einzelheiten dieser und anderer Bedingungen im Frühjahr 1920 nach der Konferenz von San Remo durchsickerten, reagierten die Türken, wie kaum anders zu erwarten. «Sie wurden von allen mit lautem Lachen aufgenommen», berichtete Curzons Verbindungsmann bei Atatürk, «und die militärischen Anstrengungen wurden umgehend deutlich verstärkt.»<sup>106</sup> In Ankara lehnte das nationalistische Parlament sowohl die Friedensbedingungen als auch die Regierung des Sultans ab. Immer mehr Nationalisten stahlen sich aus Konstantinopel davon und gingen ins Innere des Landes, um sich Atatürks Truppen anzuschliessen.<sup>107</sup> Die alliierten Hochkommissare warnten ihre Regierungen nachdrücklich davor, dass die ohnehin schon aufgebrachte türkische Öffentlichkeit den Verlust Smyrnas nicht hinnehmen würde.<sup>108</sup> Genau das hatte Curzon befürchtet. «Ich bin der Letzte, der den Türken etwas Gutes tun will», schrieb er an Lloyd George, «aber ich will Frieden in Kleinasien schaffen, und solange die Griechen in Smyrna sind und griechische Truppen auf Venizelos' Befehl durch Kleinasien marschieren, weiss ich, dass es unmöglich ist.»<sup>109</sup>

Als sich die Situation verschlechterte, entschlossen sich die Alliierten oder vielmehr die Briten zu einem Schritt, der für ihre Position in der Türkei letztlich fatal sein sollte. Im Juni 1920 bekam Venizelos, der den Sturz seiner Regierung befürchtete, wenn er keine Erfolge vorweisen konnte, von Lloyd George grünes Licht dafür, seine Truppen, die in Smyrna unter



wiederholten Angriffen von Nationalisten zu leiden hatten, ins Inland vorrücken zu lassen. In einer Art Quidproquo entsandte Venizelos ausserdem zur Unterstützung der dortigen Besatzungstruppen Einheiten nach Konstantinopel. Der immer noch bestehende Oberste Rat verlieh der Aktion einen durchsichtigen legalen Anstrich: Die griechischen Truppen würden im Namen der Alliierten auf türkische Angriffe reagieren. Der britische Hochkommissar in Konstantinopel schrieb wütend an Curzon: «Der Oberste Rat ist also zu einer Wiederaufnahme der allgemeinen Kriegführung bereit; er ist bereit, das Blutvergiessen im Nahen Osten endlos zu verlängern. Und wozu? Um Herrn Venizelos in Griechenland für eine Zeitspanne, die nach der Natur der Dinge höchstens ein paar Jahre dauern kann, an der Macht zu halten.» Curzon pflichtete ihm bei: «Venizelos glaubt, seine Männer würden die Türken in die Berge treiben. Ich bezweifle, dass es so sein wird.»<sup>110</sup>

Der letzte Abschnitt des Friedensmachens in der Türkei begann also kriegerisch. Griechische Truppen rückten von Smyrna aus in breiter Front vor, die zum Rand des anatolischen Hochlands führenden Täler hinauf. Die türkischen Nationalisten zogen sich ins Inland zurück. In Europa überrollte eine griechische Armee unterdessen in Thrakien eine schwache, desorganisierte türkische Streitmacht. Venizelos äusserte sich überaus zuversichtlich. Gegenüber Henry Wilson sagte er den Zusammenbruch von Atatürks Truppen und die Ausdehnung der griechischen Macht auf das Inland, Konstantinopel und vielleicht sogar Pontus am Schwarzen Meer voraus.<sup>111</sup> Privat überkam den griechischen Ministerpräsidenten gelegentlich die Angst, aber zu diesem Zeitpunkt blieb ihm kaum noch anderes übrig als weiterzumachen.<sup>112</sup> Bis August 1920 waren die griechischen Truppen 400 Kilometer weit ins Landesinnere vorgedrungen.

Im selben Monat unterzeichneten die Alliierten und Damad Ferid als Vertreter der Regierung des Sultans im Ausstellungssaal einer Porzellanfabrik im Pariser Vorort Sèvres einen Friedensvertrag – keine Schönheit, aber ebenso zerbrechlich. Alliierte Militärberater machten darauf aufmerksam, dass mindestens 27 Divisionen nötig seien, um die Vertragsbedingungen durchzusetzen, Divisionen, die sie nicht hatten.<sup>113</sup> Für die Türkei war es ein Trauertag; die Zeitungen erschienen mit schwarzen Rändern, die Geschäfte blieben geschlossen, und den ganzen Tag über wurde gebetet.<sup>114</sup> Atatürk kämpfte einfach weiter. Inzwischen hatte er die meisten

nationalistischen Kräfte in der Türkei unter seine Kontrolle gebracht, und im Norden radierte er im Verein mit den Bolschewisten die störenden kaukasischen Republiken aus.

Im September 1920, weniger als einen Monat nach der Unterzeichnung des Vertrags von Sèvres, der ein unabhängiges Armenien unter Einschluss türkischer Gebiete versprochen hatte, griffen Atatürks Truppen von Süden aus an, und obwohl die Armenier sich tapfer wehrten und die winzige armenische Luftwaffe mit ihren drei Flugzeugen unermüdlich aufstieg, wurden sie Schritt für Schritt zurückgedrängt. Als der Dichter Avedis Aharonian, der sein Land in Paris vertreten hatte, in London um ein Treffen mit Curzon ersuchte, wurde er mit einem Brief abgefertigt, in dem es hiess: «Was wir jetzt sehen wollen, sind konkrete Beweise für konstruktive, administrative Fähigkeiten im Innern, und keine reine auf Propaganda und Bettelei gestützte äussere Politik.» Am 17. November unterzeichnete die armenische Regierung ein Waffenstillstandsabkommen mit der Türkei, das nur einen winzigen Teil des Landes übrig liess. Fünf Tage später traf eine Botschaft von US-Präsident Wilson ein, der laut Vertrag von Sèvres die Grenzen Armeniens festlegen sollte und nun entschieden hatte, dass dem Land ein türkisches Gebiet von 42.000 Quadratkilometern zugeschlagen werden sollte.<sup>115</sup>

Von der Welt aufgegeben und zwischen zwei mächtigen Feinden eingezwängt, blieb den Armeniern, wie der armenische Ministerpräsident erklärte, «nichts übrig, als das kleinere von zwei Übeln zu wählen».<sup>116</sup> Im Dezember wurde Armenien unter massgeblicher Beteiligung des bolschewistischen Volkskommissars für Nationalitätenfragen, Josef Stalin, zur Sowjetrepublik. Im darauffolgenden März wurde durch den Vertrag von Moskau zwischen der Sowjetunion und der Türkei – mit Stalin als sowjetischem Verhandlungsführer – die Wiedereingliederung der türkischen Provinzen Kars und Ardahan in die Türkei bestätigt. Die damals festgelegte Grenze hat bis heute Bestand.

Auch Kurdistan war am Ende. Im März 1921 nahmen die Alliierten das im Vertrag von Sèvres gegebene vage Versprechen zurück. Was Kurdistan betreffe, erklärten sie, seien sie bereit, den Vertrag «in Übereinstimmung mit der bestehenden Faktenlage» abzuändern.<sup>117</sup> Die «bestehende Faktenlage» sah so aus, dass Atatürk den gesamten Vertrag zu Makulatur gemacht hatte: Er hatte einen Teil der armenischen Gebiete in der Türkei behalten und stand kurz vor dem Abschluss eines Vertrags mit der Sowjet-

union. Kurdische Nationalisten mochten protestieren, aber die Alliierten hatten kein Interesse mehr an einem unabhängigen kurdischen Staat.

Nach der Sicherung der Nordflanke konnte sich Atatürk der griechischen Invasion im Westen zuwenden. Auch hier verlief alles in seinem Sinn. Im November 1920 wurde Venizelos, für alle überraschend, auch für ihn selbst, aus dem Amt gewählt. Damit war der Weg frei für die Rückkehr seines alten Feindes König Konstantin, der die alliierte Türkeipolitik endgültig zu Grabe trug. Italien und Frankreich erklärten, sie fühlten sich nicht mehr verpflichtet, Griechenland zu unterstützen, und verlangten eine Revision des Vertrags von Sèvres. Die Italiener deuteten an, dass sie bereit waren, mit den türkischen Nationalisten gemeinsam an der Neufassung zu arbeiten.<sup>118</sup> Auch in Frankreich war der Vertrag, den die Koloniallobby als Ausverkauf bezeichnete, unbeliebt. Die französische Regierung konnte sich die Kriegsverluste – in den ersten beiden Februarwochen fielen 500 Soldaten – und die halbe Milliarde Franc, die die Truppen in der Region im Jahr kosteten, nicht mehr leisten.<sup>119</sup> Im Oktober 1921 schloss Frankreich mit Atatürks Regierung einen Vertrag über den Abzug der französischen Truppen aus Kilikien im Südosten der Türkei. Im Gegenzug erhielt es Wirtschaftskonzessionen, doch Atatürk gewann etwas weit Wertvolleres: die Anerkennung durch eine Grossmacht. Curzon war wütend: «Wir scheinen in die alte, traditionelle – fast auf Antipathie hinauslaufende – Uneinigkeit zwischen Frankreich und uns selbst zurückzufallen, die durch jedes Mittel geschürt wird, das eine skrupellose Regierung und eine verlogene Presse aufbieten können.»<sup>120</sup>

In Griechenland zog die Rückkehr des Königs eine Säuberung der Armee von Anhängern des gestürzten Ministerpräsidenten nach sich, so dass sie gerade zum Beginn der Frühjahrsoffensive in Kleinasien in Turbulenzen kam. Gleichwohl fühlte sich die neue griechische Regierung verpflichtet, an dem festzuhalten, was dem Land versprochen worden war. Lloyd George ermunterte sie, entgegen Curzons Rat, mit vielen zustimmenden Zeichen dazu, die Türken anzugreifen. Im Sommer rückten die griechischen Truppen weit ins Inland auf Ankara vor, was in dem ausgedörrten Ödland eine ausserordentliche militärische Leistung darstellte. Damit erreichte der griechische Vorstoss aber auch seine grösste Ausdehnung, die aufrechtzuerhalten Griechenlands Fähigkeiten überstieg. Den Soldaten entlang der 650 Kilometer langen Frontlinie war klar, dass sie erledigt wa-

ren. «Zur Hölle mit Kleinasien! Gehen wir nach Hause!», lautete im folgenden Frühjahr ihre Devise.<sup>121</sup>

Am 26. August 1922 erreichte der türkische Gegenangriff Smyrna. Der Befehl an die Truppen war einfach: «Soldaten, euer Ziel ist das Mittelmeer.»<sup>122</sup> Die griechischen Truppen wurden vernichtend geschlagen, und am 10. September fuhr Atatürk im Triumph in Smyrna ein. Die Stadt war überfüllt mit Versprengten und Flüchtlingen aus griechischen Dörfern im Inland. An den Kais kämpfte eine grosse Menschenmenge darum, auf die Schiffe und damit in Sicherheit zu gelangen, während in den hinter ihnen liegenden Strassen das Plündern und Töten begonnen hatte. Die türkischen Einwohner und die Soldaten der siegreichen türkischen Truppen hatten mit den Griechen und den Armeniern viele Rechnungen zu begleichen. Wie ihre Herren in Rom, Paris und London liessen auch deren Repräsentanten die Griechen jetzt im Stich. Die ausländischen Truppen sahen von ihren Schiffen aus zu, wie die Stadt in Flammen aufging.

Der erste Brand brach zufällig aus, später jedoch sahen Augenzeugen, wie Türken mit Benzinkanistern durch die armenischen und griechischen Viertel gingen. «Selbst aus der Ferne war es ein entsetzlicher Anblick», berichtete ein britischer Offizier. «Man hörte den schrecklichsten Schrei, den man sich vorstellen kann. Ich glaube, viele Menschen wurden einfach von der Menschenmenge, die den Häusern am nächsten war und vor dem Feuer zurückwich, ins Meer gestossen.» Atatürk beobachtete die Brände – diesen «unerfreulichen Vorfall», wie er ihn nannte – teilnahmslos.<sup>123</sup> Als sie erloschen, gab es das griechische Smyrna nicht mehr.

Nach dem Zusammenbruch der griechischen Armee stand die kleine alliierte Besatzungstruppe in Konstantinopel und an den Meerengen plötzlich allein da, und als Atatürks Truppen im Norden auf das Marmarameer und Konstantinopel vorrückten, beschloss die britische Regierung, dass sie Çanakkale und Ismid auf der asiatischen Seite halten müsse. Sie forderte das Empire und die britischen Verbündeten auf, sich zu beteiligen. Von den Dominions eilte jedoch nur Neuseeland zu den Fahnen. Italien versicherte Atatürk hastig seiner Neutralität, und Frankreich zog seine Truppen aus Çanakkale ab. Curzon eilte nach Paris, wo er eine schreckliche Szene mit Poincaré hatte, der inzwischen Ministerpräsident geworden war. Er warf Poincaré «Treulosigkeit» und «Fahnenflucht» vor, und als dieser zu-

rückbrüllte, stürmte er mit feuchten Augen aus dem Zimmer. Nach dem Arm des britischen Botschafters greifend, stiess er hervor: «Charley, ich kann diesen fürchterlichen kleinen Mann nicht ertragen!» Nur ein kräftiger Schluck Weinbrand versetzte ihn in die Lage, die letztlich fruchtlosen Verhandlungen fortzusetzen.<sup>124</sup>

Lloyd George war für Krieg, aber kühlere Köpfe, wie Curzon und seine Berater, behielten die Oberhand. Auch Atatürk war zu Verhandlungen bereit. Der am 11. Oktober geschlossene Waffenstillstand von Mudania gestand der Türkei zu, Ostthrakien von Griechenland zu übernehmen. Im Gegenzug versprach Atatürk, in Konstantinopel und Ismid sowie auf Gallipoli keine Truppen zu stationieren, bis eine Friedenskonferenz über das Schicksal dieser Orte entschieden hatte.

Aus ganz Kleinasien und nun auch aus Thrakien zogen die Griechen weg, insgesamt mehr als eine Million. Griechische Ladenbesitzer, Bauern, Priester, alte Männer und Frauen, moslemische Griechen, Griechen, die kein Wort Griechisch sprachen, wanderten in ein Land ein, das sie weder ernähren noch unterbringen konnte. Der junge Ernest Hemingway berichtete für eine Zeitung in Toronto über den Abzug der griechischen Soldaten: «Den ganzen Tag bin ich an ihnen vorbeigekommen, schmutzigen, müden, unrasierten, windzerzausten Soldaten, die sich die Wege durch die hügelige braune, karge thrakische Landschaft entlangschleppen. Kein Zusammenhalt, keine Hilfsorganisationen, keine Ruhezone, nichts als Läuse, schmutzige Decken und Mücken in der Nacht. Es sind die letzten Reste von Griechenlands einstiger Herrlichkeit. Dies ist das Ende der zweiten Belagerung von Troja.»<sup>125</sup>

Nachdem das griechische Abenteuer in Kleinasien bereits Venizelos die Macht gekostet hatte, brachte es nun auch seinen grossen Gönner Lloyd George zu Fall. Die Çanakkale-Krise war zu viel für seine wacklige Koalitionsregierung. Curzon setzte sich von seinen alten Kollegen ab und blieb als Aussenminister im Amt, als Bonar Law im November 1922 eine neue Regierung bildete. Wenig später reiste er nach Lausanne, wo endlich der Friedensvertrag mit der Türkei geschlossen werden sollte.

Einige der Staatsmänner, die in Lausanne zusammentrafen, hatten auch an der Pariser Friedenskonferenz teilgenommen, wie Curzon selbst, Poincaré, ein kleinlauter Venizelos, der bulgarische Delegierte Stamboliski mitsamt seiner glamourösen Dolmetscherin, der einzigen Frau auf

der Konferenz.<sup>126</sup> Daneben gab es neue Gesichter, unter ihnen Mussolini, der in weissen Gamaschen und seinem üblichen schwarzen Hemd erschien, sich auf seiner ersten grossen internationalen Konferenz aber nicht ganz wohl fühlte, und der sowjetische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Georgi Tschitscherin mit seinem dünnen roten Bart und Schnurrbart und dem «schleichenden Gang eines Lumpensammlers».<sup>127</sup> Die Türkei wurde jetzt von Nationalisten vertreten, mit General İsmet İnönü, einem Vertrauten Atatürks, an der Spitze. Als die Alliierten die Regierung in Konstantinopel ebenfalls einladen wollten, hatte Atatürk kurzerhand das Sultanat abgeschafft. Die Amerikaner hatten, wie es ihrer neuen Distanziertheit gegenüber europäischen Angelegenheiten entsprach, lediglich Beobachter entsandt: Richard Child, einen liebenswürdigen ehemaligen Journalisten, und Joseph Grew, der zum Zeitpunkt des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor Botschafter in Tokio sein sollte. Grew fand Curzon zu seinem Erstaunen recht charmant: «Niemals habe er etwas mehr genossen als die Abendessen in kleinem Kreis, zu dritt oder viert, die er zu lieben schien und bei denen er, wenn der Tisch abgedeckt und der Port serviert war, Stunde um Stunde dasass und in einer wunderbaren Weise, wie man sie in der heutigen Gesellschaft selten antrifft, Geschichten, Anekdoten und Erlebnisse erzählte.»<sup>128</sup>

Es gab in Lausanne vieles, was Curzons Geduld auf die Probe stellte: sein betrunkenener Diener, der seine Anzughose verlegte; seine Rückenbandage, die kaputtging und ihn einschnürte; vor allem aber die Franzosen und Italiener, die, wie sich Curzon beklagte, «sich kaum genugtun konnten an übertriebener Höflichkeit gegenüber den Türken und ständig in Gefahr waren, vom Kurs abzukommen»,<sup>129</sup> und natürlich die Türken selbst. İsmet, laut Hemingway «ein kleiner dunkler Mann, ohne jede Anziehungskraft», der «eher wie ein armenischer Posamenten-Verkäufer als wie ein türkischer General» aussah, mauerte, übertrieb seine Schwerhörigkeit und wiederholte stur seine Forderungen immer.<sup>130</sup> Er hatte von Atatürk die klare Anweisung erhalten, dass eine unabhängige Türkei ohne äusseren Einfluss das Verhandlungsziel sein müsse, und als guter Soldat hielt er sich daran. «Sie erinnern mich stark an eine Spieluhr», spottete Curzon eines Tages. «Sie spielen Tag für Tag dieselbe alte Melodie, bis wir alle sie satt haben – Souveränität, Souveränität, Souveränität.»<sup>131</sup> Mit starkem Sarkasmus zerlöchernte Curzon İsmets Argumentation. «Er behandelte uns

wie Schuljungen», bemerkte İsmet später, «aber es kümmerte uns nicht. Die Franzosen und Italiener behandelte er genauso.»<sup>132</sup> Abends fand er Trost in seinem Lieblingsgetränk, grünem Chartreuse; ein Amerikaner, der sich ihm unvorsichtigerweise einmal anschloss, schwor hinterher, nie wieder einen Tropfen davon zu trinken.<sup>133</sup> Zu Curzons Frustration trug auch die Tatsache bei, dass er gegen einen unsichtbaren Gegenspieler kämpfte, der fernab in Ankara die Konferenz verfolgte und İsmet telegraphisch Instruktionen gab.<sup>134</sup>

Nach endlosem Feilschen und einem dramatischen Gesprächsabbruch durch Curzon, mit dem er die Türken unter Druck setzen wollte, kam im Juli 1923 ein Friedensvertrag zustande, den İsmet, der auffallend «tiefe Augenringe» hatte, für die Türkei und der britische Botschafter in Konstantinopel für Grossbritannien unterzeichneten.<sup>135</sup> Der Vertrag von Lausanne unterschied sich von den Verträgen von Versailles, Trianon, St. Germain, Neuilly und Sèvres, den Ergebnissen der Pariser Friedenskonferenz. «Bisher», fasste Curzon den Unterschied zusammen, «haben wir unsere Friedensverträge diktiert. Jetzt verhandeln wir über einen solchen mit einem Feind, der eine Armee unterhält, während wir keine haben – eine unerhörte Situation.»<sup>136</sup>

Vom Vertrag von Sèvres war nicht mehr viel übriggeblieben. Ein unabhängiges Armenien oder Kurdistan war kein Thema mehr, und Curzons Versuche, Klauseln über den Schutz von Minderheiten in den neuen Vertrag aufzunehmen, waren von den Türken unter Hinweis auf ihre Souveränität abgeschmettert worden.<sup>137</sup> Die Türkei umfasste jetzt buchstäblich alle türkischsprachigen Gebiete, von Ostthrakien bis nach Syrien. Die Meerengen blieben türkisch, wenn auch ihre Nutzung durch ein internationales Abkommen geregelt wurde. Die alte demütigende Kapitulation war Vergangenheit. Der neue Vertrag sah auch einen zwangsweisen Bevölkerungsaustausch zwischen Moslems und Christen vor. Die meisten Griechen hatten die Türkei bereits verlassen; jetzt wurden von Kreta bis an die albanische Grenze türkische Familien zwangsweise umgesiedelt. Curzon warnte vor dieser «von Grund auf schlechten, schändlichen Lösung, für die die Welt noch hundert Jahre lang eine schwere Strafe wird zahlen müssen».<sup>138</sup> Die einzigen, durch ein Sonderabkommen geregelten Ausnahmen vom Bevölkerungsaustausch waren die Türken in Westthrakien und die Griechen in Konstantinopel und auf einigen kleinen Inseln, und obwohl durch unzählige kleine Vorschriften drangsaliert und als Sündenbock

missbraucht, wann immer Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei auftraten, wie in den 1960er Jahren wegen Zypern und im Sommer 1999 wegen des Kosovo, haben diese Gemeinden bis heute durchgehalten.<sup>139</sup>

Ein Streitpunkt wurde in Lausanne nicht ausgeräumt: das Schicksal von Mossul im Nordirak. Die türkische Delegation beanspruchte es mit Argumenten, die türkische Regierungen seither immer wieder angeführt haben, für die Türkei, da die dort lebenden Kurden angeblich in Wirklichkeit Türken waren. Immerhin, stellte der türkische Verhandlungsführer mit Aplomb fest, stünde es so in der *Encyclopaedia Britannica*. Curzon, der Mossul behalten wollte, wenn auch eher wegen des Erdöls als wegen der Türken, entgegnete: «Es blieb der türkischen Delegation vorbehalten, erstmals in der Geschichte zu entdecken, dass die Kurden Türken sind.»<sup>140</sup> Die Mossul-Frage hätte beinahe die Konferenz scheitern lassen, doch man einigte sich schliesslich darauf, sie dem Völkerbund vorzulegen, der das Gebiet 1925 dem Irak zuschlug.

Die Kurden blieben Bürger unterschiedlicher Staaten – von Atatürks Türkei, Rezas Persien und Faisals Irak –, von denen keiner etwas für eine kurdische Autonomie übrighatte. Im Irak spielten die Briten in der richtigen Erkenntnis, dass es den Kurden missfiel, unter arabischer Herrschaft leben zu müssen, eine Zeitlang mit dem Gedanken, eine separate Verwaltung für das Kurdengebiet einzurichten. Am Ende zogen sie es jedoch vor, nichts zu tun. Der Irak wurde 1932 unabhängig, ohne den Kurden irgendeine Sonderrolle zu versprechen.<sup>141</sup> In der Türkei liessen Atatürk und die Nationalisten ihre bisherige Beschwörung der Einheit aller Moslems fallen und gingen daran, einen säkularen türkischen Staat aufzubauen. Zum Unmut vieler Kurden wurde das Kalifat abgeschafft. Amts- und Schulsprache wurde das Türkische; von 1923 bis 1991 wurde das Kurdische nicht einmal als Sprache anerkannt. 1927 versicherte der türkische Aussenminister dem britischen Botschafter in der Türkei, die Kurden würden dasselbe Schicksal erleiden wie die von ihm so genannten «roten Hindus», nämlich verschwinden. Sollten sie eine Tendenz zum Nationalismus an den Tag legen, werde man sie vertreiben, wie man es mit den Armeniern und den Griechen gemacht habe.<sup>142</sup>

Die Kurden haben ihr Schicksal nie still erduldet, und der zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz noch in den Kinderschuhen steckende kurdische Nationalismus wurde in den folgenden Jahren der Unterdrückung



immer stärker. Die in Paris und im Vertrag von Sèvres gegebenen Versprechen wurden ein Teil der kurdischen Erinnerung und Hoffnung. Im Sommer 1919 band sich der Anführer des ersten einer Reihe von kurdischen Aufständen einen Koran an den Arm, in dem auf einer leeren Seite alle alliierten Versprechen aufgelistet waren, einschliesslich des in Wilsons Vierzehn Punkten enthaltenen Versprechens einer eigenständigen Entwicklung, die er den nicht-türkischen Völkern in Aussicht stellte.<sup>143</sup>

İsmet wurde bei der Rückkehr aus Lausanne wie ein Held empfangen; der von ihm unterzeichnete Vertrag gilt heute noch als der grösste diplomatische Erfolg in der Geschichte der modernen Türkei.<sup>144</sup> Im Herbst 1923 zogen die letzten ausländischen Truppen aus Konstantinopel ab. Der Sultan war im Jahr zuvor ausser Landes gegangen; ein britischer Krankenwagen hatte ihn aus seinem Palast geschleust und zu einem britischen Kriegsschiff gefahren, das ihn nach Malta brachte. Er starb verarmt und vereinsamt im Exil in San Remo. Sein Cousin, ein sanftmütiger Künstler, wurde für etwas mehr als ein Jahr Kalif, bis Atatürk auch das Kalifat abschaffte. Die verbliebenen Mitglieder der Sultansfamilie wurden ins Exil geschickt, wo sie die wenigen Mittel, über die sie noch verfügten, nach und nach verbrauchten. Einige sind in die Türkei zurückgekehrt; eine Prinzessin leitete ein Hotel, und ein Prinz arbeitete im Archiv des Topkapipalasts.<sup>145</sup> Curzon verstarb 1925, von jahrelanger Überarbeitung erschöpft. Atatürk erlag 1938 einer Leberzirrhose, und İsmet folgte ihm im Amt des Präsidenten. Am siebzigsten Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne im Jahr 1993 legte sein Sohn zusammen mit Curzons Enkel einen Kranz auf Atatürks Grab nieder.<sup>146</sup>

# **TEIL VIII**

## **Der Schlusspunkt**

## Im Spiegelsaal

Am Sonntag, dem 4. Mai 1919, ordnete der Rat der Vier, nachdem er einige letzte Änderungen diktiert hatte, an, den deutschen Vertrag in den Druck zu geben. Anschliessend fuhr Lloyd George zu einem Picknick nach Fontainebleau; die anderen ruhten sich aus. Zwei Tage später fand eine der wenigen Plenarsitzungen der Friedenskonferenz statt, die über die Vertragsbedingungen abstimmen sollte. Da noch keine Endfassung vorlag, mussten die Delegierten zuhören, wie André Tardieu eine ausführliche französische Zusammenfassung verlas, wobei viele der englischsprachigen Zuhörer einnickten.<sup>1</sup> «Also werden wir den Deutschen Bedingungen übergeben, ohne sie selbst vorher gelesen zu haben», notierte Henry Wilson in seinem Tagebuch. «Ich glaube, das ist in der Geschichte ohne Beispiel.»<sup>2</sup> Die Portugiesen beschwerten sich darüber, dass ihr Land keine Reparationen erhielt; die Chinesen legten Widerspruch gegen die Klauseln ein, die die deutschen Pachtkonzessionen in China Japan zusprachen; und der italienische Delegierte wies darauf hin, dass seine Kollegen vielleicht etwas zu den in ihrer Abwesenheit beschlossenen Klauseln zu sagen hätten. Dann bat zur allgemeinen Überraschung Marschall Foch ums Wort und plädierte noch einmal für den Rhein als Barriere zwischen Deutschland und Frankreich.<sup>3</sup> Als Clemenceau verärgert wissen wollte, warum er eine solche Szene gemacht habe, antwortete Foch: «Ganz einfach, wegen meines Gewissens.»<sup>4</sup> Gegenüber der *New York Times* erklärte er: «Das nächste Mal, denken Sie daran, werden die Deutschen keinen Fehler machen. Sie werden nach Nordfrankreich durchbrechen und als Ausgangsbasis gegen England die Kanalhäfen einnehmen.»<sup>5</sup> Vielleicht war es ganz gut, dass er schon tot war, als Hitler zwanzig Jahre später genau dies tat.

Fochs Warnungen beunruhigten die Friedensmacher nicht im Geringsten. «Alle scheinen hochofrennt zu sein über die Friedensbedingungen», berichtete Frances Stevenson, «und keiner kritisiert, dass sie nicht streng genug sind.»<sup>6</sup> Wilson war stolz auf den schliesslich gedruckt vorliegenden Vertrag: «Ich hoffe, dass ich im weiteren Verlauf meines Lebens Zeit genug

haben werde, um diesen ganzen Band lesen zu können. Wir haben in der denkbar kürzesten Zeit die grösste Arbeit, die vier Männer je vollbracht haben, geleistet.»<sup>7</sup> Sogar Clemenceau war zufrieden: «Am Ende ist er, was er ist; vor allem ist er ein Werk von Menschen und deshalb nicht vollkommen. Wir alle haben uns nach Kräften bemüht, schnell und gut zu arbeiten.»<sup>8</sup> Als Wilson ihn fragte, ob sie zu dem Treffen mit den Deutschen mit Zylinder erscheinen sollten, antwortete der alte «Tiger» ironisch: «Ja, Hüte mit Federn.»<sup>9</sup>

In dem düsteren alten Hôtel des Réservoirs in Versailles warteten die deutschen Abgesandten, rund 180 Experten, Diplomaten, Sekretärinnen und Journalisten, mit wachsender Ungeduld auf das Kommende. Sie waren, wie ein amerikanischer Beobachter berichtete, in «aufgeregter und fast exaltierter Stimmung» aus Berlin abgereist, überzeugt, dass man sie als Parias behandeln würde, und der Empfang in Frankreich hatte ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt.<sup>10</sup> Die Franzosen hatten ihre Sonderzüge bei der Fahrt durch vom Krieg zerstörte Gebiete absichtlich langsam fahren lassen. Man habe sie, erinnerte sich einer der Passagiere, in die «Büsserrolle» drängen wollen, es sei aber auch ein Vorzeichen gewesen: «... zugleich wussten wir, dass gerade hinsichtlich der Kriegsschuld das französische Volk und mit ihm fast die ganze Welt... an die alleinige Schuld Deutschlands glaubte und uns deshalb für alles verantwortlich machte, was in diesen viereinhalb Jahren an Menschenleben und Eigentum vernichtet worden war.»<sup>11</sup> Nach ihrer Ankunft waren sie barsch in Autobusse verfrachtet und unter schwerer Bewachung nach Versailles gefahren worden, wo ihr Gepäck mit der rüden Auskunft, sie könnten es selbst ins Hotel tragen, einfach im Hof abgestellt wurde. Das Hotel war dasjenige, in dem 1871 die französischen Unterhändler, die mit Bismarck verhandelten, untergebracht gewesen waren. Jetzt war es von einem Lattenzaun umgeben – zum Schutz der Deutschen, behaupteten die Franzosen. Die Deutschen murrten, sie würden «wie die Bewohner eines Negerdorfs auf einer Ausstellung» behandelt.<sup>12</sup>

Geleitet wurde die Delegation vom deutschen Aussenminister Graf Brockdorff-Rantzau. Das lag nahe. Er hatte im alten kaiserlichen diplomatischen Dienst ausgezeichnete Arbeit geleistet, aber im Unterschied zu vielen seiner Kollegen die neue Ordnung akzeptiert und hatte ein gutes Verhältnis zu den Sozialdemokraten, die jetzt an der Macht waren. Während des Krieges hatte er der deutschen Politik äusserst kritisch gegenüberge-

standen und auf einen Verständigungsfrieden gedrängt. Hochmütig, mit einem Monokel im Gesicht, schlank, tadellos gekleidet, wirkte er, als käme er direkt vom Hof des Kaisers. (Tatsächlich verwaltete sein Zwillingenbruder die Ländereien des Kaisers.) Er stammte aus einer vornehmen, alten Familie: Rantzaus hatten in Dänemark, Deutschland und im 17. Jahrhundert sogar in Frankreich gedient. Ein Marschall Rantzau soll, Gerüchten zufolge, der leibliche Vater Ludwigs XIV. gewesen sein. Von einem französischen Offizier darauf angesprochen, erwiderte Brockdorff-Rantzau: «Ja, das stimmt. In meiner Familie galten die Bourbonen dreihundert Jahre lang als Bastard-Rantzaus.» Er war geistreich, grausam und launisch, und die meisten hatten Angst vor ihm. Er liebte Champagner und Weinbrand, wie manche sagten, im Übermass, und der Chef der britischen Militärmission in Berlin war überzeugt, dass er Rauschgift nahm.<sup>13</sup>

Wie viele seiner Landsleute im Jahr 1919 setzte er seine Hoffnungen auf die Amerikaner. Er glaubte, die Vereinigten Staaten würden auf lange Sicht einsehen, dass es in ihrem eigenen wirtschaftlichen und politischen Interesse lag, wenn Deutschland wieder auf die Beine kam. Sie könnten mit Grossbritannien und vielleicht sogar Frankreich Zusammenarbeiten, um den Bolschewismus im Osten aufzuhalten. Und wenn Briten und Franzosen ausfielen, was fast sicher geschehen würde, würden die Vereinigten Staaten erkennen, wie wertvoll ein starkes Deutschland als Partner war. Ausserdem glaubte Brockdorff-Rantzau, wiederum wie viele seiner Landsleute, dass Präsident Wilson für milde Friedensbedingungen sorgen würde. Immerhin war Deutschland dessen Ratschlag gefolgt und zur Republik geworden. Allein dies bewies schon seinen guten Willen.

Wie die meisten Deutschen glaubten, hatte sich ihr Land in dem stillschweigenden Einverständnis ergeben, dass die Vierzehn Punkte die Grundlage des Friedensvertrages bilden würden. «Man hat die Menschen zu dem Glauben verleitet», berichtete der amerikanische Diplomat Ellis Dresel aus Berlin, «ihr Land sei nach einem tapferen und ehrenhaften Kampf unglücklich besiegt worden, aufgrund der ruinösen Auswirkungen der Blockade auf die Moral an der Heimatfront und vielleicht wegen einiger zu weitreichender Pläne ihrer Führer, aber dass man glücklicherweise an Präsident Wilson appellieren könne, der einen für Deutschland zufriedenstellenden Kompromissfrieden herbeiführen würde.»<sup>14</sup> Zweifellos

würde es irgendeine Art von Entschädigung leisten müssen, aber nicht annähernd in Höhe der Kriegskosten. Es würde Mitglied des Völkerbunds werden, seine Kolonien behalten, und das Selbstbestimmungsprinzip würde sich zu seinen Gunsten auswirken. Die Deutschösterreicher würden selbst entscheiden dürfen, ob es sich seinen deutschen Cousins anschließen wollte, und die deutschsprachigen Gebiete in Westpreussen und Schlesien würden natürlich bei Deutschland bleiben. Auch in Elsass-Lothringen würden die überwiegend deutschsprachigen Gebiete die Möglichkeit erhalten, über ihre Zukunft abzustimmen.<sup>15</sup>

In den ersten Friedensmonaten klammerten sich die Deutschen an die Vierzehn Punkte wie an ein Rettungsfloss, ohne ein Gespür dafür zu haben, dass die Sieger die Dinge etwas anders sehen könnten. So viele der gewohnten Institutionen – Kaiser, Heer, Staatsverwaltung – waren verschwunden, was verwirrende Hoffnungen und Ängste aufkeimen liess. Das vereinigte Deutschland war keine fünfzig Jahre alt, warum sollte es weiter bestehen? Sowohl Bayern als auch Rheinländer dachten darüber nach, ihre Unabhängigkeit wiederzuerlangen, die sie durch die Reichseinigung von 1871 verloren hatten. Links aussen träumten Revolutionäre, in die Fussstapfen ihrer russischen Vorbilder zu treten, und als das Unvorhersehbare geschah und in einer Stadt nach der anderen Aufstände ausbrachen, sah es eine Zeitlang so aus, als würde ihr Traum Wirklichkeit werden. Thomas Mann sprach mit einer gewissen Genugtuung vom Ende der westlichen Zivilisation.<sup>16</sup> Quer über das politische Spektrum gerieten die Parteien bei dem Versuch, sich neu zu definieren, ins Schlingern. Man fürchtete weiterhin, dass die deutsche Gesellschaft am Ende war; die alten moralischen Massstäbe hatten sich aufgelöst.<sup>17</sup> Ausserdem war man, vielleicht verständlicherweise, abgeneigt, ernsthaft über die Zukunft nachzudenken, insbesondere nicht über diejenige, die in Paris gestaltet wurde. «Die Menschen», berichtete Dresel, «stehen Fragen im Zusammenhang mit dem Frieden im Allgemeinen merkwürdig gleichgültig gegenüber. Überall ist der fieberhafte Wunsch, die Unbill des Augenblicks bei Vergnügungen und Ablenkungen zu vergessen. Theater, Tanzsäle, Spielhöhlen und Rennbahnen sind voll wie noch nie.»<sup>18</sup> Ein berühmter deutscher Theologe sprach vom «Traumland der Waffenstillstandsperiode».<sup>19</sup>

Nur wenige Deutsche versuchten in den Monaten des Wartens herauszufinden, was in Paris vor sich ging. Das Aussenministerium las auf der

Suche nach Differenzen zwischen den Siegern die alliierte Presse. Es gab auch einige direkte Kontakte mit den Alliierten, etwa in den Verhandlungen über die Aufhebung der Blockade und über die Waffenstillstandsbedingungen. Von Zeit zu Zeit sprachen Vertreter der Alliierten mit Deutschen auch über wichtige Fragen. So erzählte der amerikanische Abwehr-offizier Arthur Conger, der in Harvard Althilologie, östliche Religionen und Musik studiert hatte und jetzt andeutete, im Namen einer höheren Autorität in Paris zu handeln, seinen deutschen Gesprächspartnern von den Meinungsverschiedenheiten zwischen Amerikanern und Franzosen über den Waffenstillstand und versicherte ihnen, dass Wilson übertriebene französische Forderungen ablehnen werde. Ausserdem riet er den Deutschen, in ihrer neuen Verfassung dem Präsidenten nach amerikanischem Vorbild erhebliche Machtbefugnisse einzuräumen. Das deutsche Aussenministerium gab diesen Ratschlag ordnungsgemäss an die Urheber der künftigen Weimarer Verfassung weiter.<sup>20</sup> Im März 1919 führte Professor Émile Haguénin, offiziell ein untergeordneter Diplomat, tatsächlich aber Chef des französischen Geheimdienstes in der Schweiz, in Berlin Geheimgespräche mit wichtigen Deutschen, denen er den Eindruck vermittelte, dass Frankreich sich in Bezug auf Reparationen und Schlesien zurückhalten würde, wenn Deutschland die französische Kontrolle über die Bergwerke des Saarlands und die Besetzung des Rheinlands hinnahm.<sup>21</sup> Die deutsche Regierung versuchte solche Männer als Boten zu benutzen. Als der Amerikaner Dresel Brockdorff-Rantzau im April 1919 erklärte, dass Deutschland die französische Kontrolle über das Saargebiet und die Umwandlung Danzigs in eine Freie Stadt akzeptieren müsse, ging der deutsche Aussenminister an die Decke. Unter keinen Umständen werde er einen solchen Friedensvertrag unterzeichnen, verkündete er und fügte die mittlerweile vertraute Warnung hinzu, dass Deutschland dem Bolschewismus zum Opfer fallen werde, wenn die Alliierten auf derart rigorosen Bedingungen beharrten.<sup>22</sup> Wie andere Europäer im Jahr 1919 auch sah Brockdorff-Rantzau im Schreckgespenst der Revolution ein nützliches Instrument, um Druck auf die Friedensmacher auszuüben. Denn wie die Quellen belegen, nahmen er selbst und die deutsche Regierung diese Gefahr nicht besonders ernst.<sup>23</sup>

Sehr ernst nahmen sie dagegen die Vorbereitungen auf die erwartete Friedenskonferenz. Im November 1918 schuf die Regierung eigens eine

Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, die den Winter über einen Band nach dem anderen mit detaillierten Studien, Landkarten, Denkschriften, Argumenten und Gegenargumenten für die deutschen Delegierten füllte. Als die Sonderzüge nach Versailles rollten, hatten sie auch Umzugskartons voller Material für Verhandlungen an Bord, die nie stattfinden sollten.<sup>24</sup>

Während die Tage in Versailles vergingen, arbeiteten die Deutschen hartnäckig weiter. Weil sie zu Recht vermuteten, dass die Franzosen sie abhörten, fanden sämtliche Sitzungen mit Musikbegleitung statt; so spielte ein Delegierter nach dem anderen eine Ungarische Rhapsodie oder den Pilgermarsch aus dem Tannhäuser auf dem Klavier oder zog die eigene aus Berlin mitgebrachten Grammophone auf.<sup>25</sup> Dem Geist des neuen, demokratischen Deutschland entsprechend, nahmen die Delegierten ihr Essen an langen Tischen gemeinsam ein, Aristokraten neben Vertretern der Arbeiterklasse, Generale neben Professoren.

Vor dem Hotel wartete stets eine neugierige Menschenmenge darauf, einen Blick auf den Feind zu erhaschen. Abgesehen von gelegentlichem Johlen und Pfeifen, verhielt sie sich aber zumeist ruhig und sogar freundlich. Die Delegierten unternahmen mit von den Franzosen zur Verfügung gestellten Autos Ausfahrten zu Geschäften in Versailles oder ins Umland, oder sie gingen im Trianon-Park spazieren. «Alte Magnolien und Wildapfelbäume stehen in voller Blüte», schrieb ein Mitarbeiter des Aussenministeriums an seine Frau, «und die Rhododendren und Lilien werden bald erblühen.» Die Vögel, Finken, Drosseln und sogar Pirole, seien bezaubernd. «Aber im Hintergrund all dieser Lieblichkeit wird der Schatten des Schicksals, als würde er nach uns greifen, immer dunkler und kommt stetig näher.»<sup>26</sup>

Schliesslich, als die Deutschen schon eine Woche in Versailles waren, traf die Einladung zu einer Zeremonie im Palasthotel Trianon ein. Am 7. Mai – vielleicht zufälligerweise dem Jahrestag der Versenkung der Lusitania – würden die Alliierten ihnen die Friedensbedingungen überreichen. Danach würden die Deutschen zwei Wochen Zeit haben, um schriftlich ihre Erwiderung vorzulegen. Bis zwei Uhr nachts und am nächsten Vormittag hallte das Hôtel des Reservoirs von Diskussionen darüber wider, wie die deutschen Repräsentanten sich verhalten sollten. Brockdorff-Rantzau, der als Hauptredner vorgesehen war, wollte ein Zeichen setzen, indem er bei seiner Rede demonstrativ sitzen blieb; in französischen Zeitungen hatte er Zeichnungen des Saals gesehen, mit an der Seite stehen-



den Plätzen für die Deutschen, die als «Anklagebank» bezeichnet wurden. Weit schwieriger war, sich darüber klarzuwerden, was er sagen sollte. Es konnte seine einzige Chance sein, direkt mit den Friedensmachern zu sprechen. Die Delegation hatte bereits mehrere unterschiedliche Redenentwürfe angefertigt. Als Brockdorff-Rantzau am 7. Mai durch den Park fuhr, hatte er zwei von ihnen bei sich, einen sehr kurzen, nichtssagenden und einen wesentlich längeren mit mehr Widerspruchsgeist. Noch hatte er sich für keinen von beiden entschieden.<sup>27</sup>

Der Saal war gedrängt voll mit Delegierten aller möglichen Nationen, Sekretären, Generalen, Admiralen und Journalisten. «Von den Rassen der Erde», stellte ein deutscher Journalist fest, «fehlen nur die Indianer und die Australneger. Sonst ist so ziemlich alles vorhanden, vom leichtesten Elfenbeingelb zum tiefsten Kaffeebraun oder Schwarz.»<sup>28</sup> In der Mitte des Saals, den Grossmächten gegenüber, stand ein Tisch für die Deutschen. Alle Blicke wandten sich zur Tür, als sie eintraten, «steife, hölzern wirkende Figuren». Brockdorff-Rantzau, berichtete ein Augenzeuge, «sah krank, abgespant und nervös» aus und schwitzte.<sup>29</sup> Es trat ein kurzes Zögern ein, dann erhob sich die Menge, einer Höflichkeit aus der verschwundenen Welt von vor 1914 folgend. Brockdorff-Rantzau und Clemenceau verbeugten sich voreinander.<sup>30</sup>

Clemenceau eröffnete die Sitzung. Kühl, ohne das geringste Anzeichen von Nervosität legte er die Hauptpunkte des Vertrags dar. «Die Stunde der Abrechnung ist da», sagte er den Deutschen. «Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren.»<sup>31</sup> Er stiess diese Worte hervor, bemerkte einer der deutschen Delegierten, «wie in konzentrierter Wut und Verachtung und ... machte von Anfang an jede Erwiderng ... zwecklos».<sup>32</sup> Als die Dolmetscher die englische und die französische Fassung vorgetragen hatten, fragte Clemenceau, ob jemand das Wort ergreifen wolle. Brockdorff-Rantzau hob die Hand.<sup>33</sup>

Er hatte sich für die längere Rede entschieden. Obwohl er viel Versöhnliches sagte, hinterliess er aufgrund der Unfähigkeit seiner Dolmetscher, seines Entschlusses, sitzen zu bleiben, und seiner scharfen, schnarrenden Stimme einen abstossenden Eindruck. Clemenceau lief vor Wut rot an. Lloyd George zerbrach einen elfenbeinernen Brieföffner; zum ersten Mal, erklärte er hinterher, habe er den Hass der Franzosen auf die Deutschen verstanden.<sup>34</sup> «Das ist die taktloseste Rede, die ich jemals gehört habe»,

erregte sich Wilson. «Die Deutschen sind wirklich ein dummes Volk. Sie tun immer das Falsche.» Lloyd George pflichtete ihm bei: «Es ist bedauerlich, dass wir ihn haben reden lassen.»<sup>35</sup> Nur Balfour, abgehoben wie immer, teilte die allgemeine Empörung nicht. Er habe das Verhalten des deutschen Aussenministers gar nicht bemerkt, sagte er Nicolson. «Ich habe es mir zum Prinzip gemacht», erklärte er, «niemals Leute anzustarren, wenn sie in sichtlicher Bedrängnis sind.»<sup>36</sup> Als Brockdorff-Rantzau das Hotel Trianon verliess, blieb er einen Augenblick auf der Treppe stehen und zündete sich nonchalant eine Zigarette an. Nur die Nächststehenden sahen, dass seine Lippen zitterten.<sup>37</sup>

In ihrem Hotel angekommen, vertieften sich die Delegierten in den Vertragstext. Die einzelnen Abschnitte wurden verschiedenen Übersetzungsteams übergeben. Am nächsten Morgen lag eine gedruckte deutsche Fassung vor, die umgehend verschickt wurde. Ein Delegierter gab Berlin telefonisch die Hauptpunkte durch: «Das Saarbecken ... Polen, Schlesien, Oppeln ... 123 Milliarden zu zahlen, und für all das erwartet man von uns ein ‚Dankeschön‘.» Er brüllte so laut, dass der französische Nachrichtendienst die Worte kaum verstehen konnte.<sup>38</sup> Als die Delegation um Mitternacht zu einem hastigen Essen zusammenkam, summtete der Saal von Kommentaren: «Alle Kolonien verloren», «Deutschland wird in den Völkerbund gar nicht aufgenommen», «Fast die ganze Handelsflotte wird abgeliefert», «Das nennt Wilson offene Diplomatie».<sup>39</sup> Ein Delegierter, ein ehemaliger Gewerkschafter, wankte mit den Worten in den Raum: «Meine Herren, ich bin betrunken. Das mag proletenhaft sein, aber ich konnte nicht anders. Dieser Schandvertrag hat mich gebrochen, denn bis heute hatte ich an Wilson geglaubt.»<sup>40</sup> Für den Bankier Max Warburg war der Vertrag «das schamloseste Dokument, das je geschrieben wurde. ... Der Welt eine neue Zeit verkünden ... und dann einen Weltraubzug unternehmen ..., heisst die grösste Weltsünde begehen».<sup>41</sup> Brockdorff-Rantzau selbst bemerkte bloss verächtlich: «Das dicke Buch war ganz überflüssig. Es wäre einfacher gewesen, man hätte erklärt: EAllemagne renonce à son existence.»<sup>42</sup>

Der Schock hallte durch ganz Deutschland wider. Warum sollte es dreizehn Prozent seines Territoriums und zehn Prozent seiner Bevölkerung verlieren? Hatte denn Deutschland den Krieg verloren? Seit dem Waffenstillstand hatten die Militärs und ihre Anhänger eifrig die Fundamente für

die Dolchstosslegende gelegt. Deutschland, verbreiteten sie, sei nicht auf dem Schlachtfeld, sondern durch Verrat in der Heimat besiegt worden. Warum sollte jetzt allein Deutschland gezwungen werden, abzurüsten? Warum – und dies war die Frage, die in den Mittelpunkt des deutschen Hasses auf den Versailler Vertrag rücken sollte –, warum sollte Deutschland als einziges Land die Schuld am Ersten Weltkrieg auf sich nehmen? Die meisten Deutschen waren immer noch der Ansicht, das Reich habe zur Verteidigung gegen eine von den angeblich barbarischen Slawen im Osten ausgehende Gefahr zu den Waffen greifen müssen.<sup>43</sup> Der Vertrag sei völlig unannehmbar, sagte Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann. «Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns diese Fessel legt?»<sup>44</sup> Was sei aus Wilsons Versprechen geworden? «Sie und Ihr Präsident glauben an offene Diplomatie», rief Gustav Noske, der grobe deutsche Reichswehrminister, einem Beauftragten Congers zu. «Wir werden sie Ihnen vorführen. Ihr Amerikaner geht nach Hause und lasst euch mit eurem Präsidenten begraben ..»<sup>45</sup> Hatte man Wilson bisher als Deutschlands Retter betrachtet, wurde er über Nacht zum abgefeymten Heuchler. Als er 1924 starb, unterliess es die deutsche Botschaft in Washington als einzige, ihre Fahne auf Halbmast zu senken.<sup>46</sup>

Überraschend an dieser Abkehr ist die Empörung – und die Überraschung. Das Auswärtige Amt hatte bei seinen Vorbereitungen auf die erwarteten Verhandlungen viele der Friedensbedingungen antizipiert: die Entwaffnung, die Entmilitarisierung, die Besetzung des Rheinlands, den Verlust wenigstens der Saarbergwerke, beträchtliche Verluste im Osten, wahrscheinlich einschliesslich von Danzig, sowie Reparationen von mindestens 60 Milliarden Mark.<sup>47</sup> Die beste Erklärung der unerklärlichen Reaktion bot ein amerikanischer Beobachter im April 1919: «Den Deutschen ist wenig geblieben ausser Hoffnung. Aber da ihnen nur sie geblieben ist, klammern sie sich an sie – an die Hoffnung, dass die Amerikaner etwas tun werden, dass die Friedensbedingungen nicht so einschneidend sein werden, wie es das Waffenstillstandsabkommen vermuten lässt, und so weiter. Unbewusst, denke ich, sind die Deutschen optimistischer, als ihnen klar ist.» Und prophetisch fügte er hinzu: «Wenn sie die Bedingungen schwarz auf weiss sehen, werden tiefe Verbitterung, Hass und Verzweiflung entstehen.»<sup>48</sup>

In dieser Stimmung formulierte die deutsche Delegation ihre Erwiderung auf die Friedensbedingungen. Bis Ende Mai hatte sie viele Seiten mit

wohlbegründeten Einwänden und Gegenvorschlägen gefüllt. Zusammengefasst lautete ihr Argument, der Vertrag sei nicht der gerechte Friede, den die Alliierten versprochen hätten. In den Gebieten, die von Deutschland abgetrennt werden sollten, würde den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Die Reparationen würden das deutsche Volk zu «dauernder Sklavenarbeit» verurteilen.<sup>49</sup> Deutschland werde als einziges Land aufgefordert, sich zu entwaffnen. Brockdorff-Rantzau hatte sich für eine besondere Strategie entschieden, die gefährliche Konsequenzen haben sollte. Deutschland, erklärte er, werde nicht allein die Schuld am Krieg auf sich nehmen. «[E]in solches Bekenntnis», hatte er bei der Überreichung der Friedensbedingungen gesagt, «wäre in meinem Munde eine Lüge.»<sup>50</sup> Aber weder er noch Deutschland wurden um solch ein Bekenntnis gebeten. Der berüchtigte Artikel 231 des Versailler Vertrags, von den Deutschen fälschlicherweise «Kriegsschuldparagraph» genannt, war eingefügt worden, um die Verpflichtung Deutschlands, Reparationen zu leisten, festzuschreiben. Ähnliche Klauseln waren auch in den Verträgen mit Österreich und Ungarn enthalten, wo sie nie zu einem Problem wurden, in erster Linie deshalb nicht, weil die dortigen Regierungen sie nicht zu einem solchen machten.<sup>51</sup>

Die Deutschen reagierten zum Teil anders, weil sie seit Monaten befürchtet hatten, dass man diesen Vorwurf gegen sie erheben würde. Liberale, die während des Krieges die Regierung kritisiert hatten, erklärten jetzt, dass Deutschland nicht die ganze Schuld angelastet werden sollte. Eine Gruppe renommierter Professoren, mit dem grossen Soziologen Max Weber an der Spitze, veröffentlichte eine Erklärung, in der es hiess: «Wir leugnen nicht die Verantwortlichkeiten der früheren Gewalten vor dem Krieg und während des Krieges, aber wir glauben, dass eine gemeinsame Schuld aller kriegführenden Grossmächte Europas vorliegt.»<sup>52</sup> Als die Friedensbedingungen veröffentlicht wurden, sahen Deutsche jeder politischen Richtung ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Obwohl seine eigene Regierung Zweifel an der Klugheit seiner Strategie hegte, setzte Brockdorff-Rantzau seine Attacken gegen Artikel 231 hartnäckig fort, zum Teil, um die alliierte Position zur Reparationsfrage zu untergraben, hauptsächlich aber aus Ehrgefühl.<sup>53</sup> Am 13. Mai schrieb er an die Alliierten: «Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt und würde einen Angriffskrieg niemals unternommen haben.» In weiteren langen

Noten und Denkschriften kam er immer wieder auf diese Frage zurück.<sup>54</sup> Die Haltung der Alliierten versteifte sich jedoch nur. «Ich konnte den deutschen Standpunkt nicht akzeptieren», schrieb Lloyd George im Rückblick, «ohne unsere gesamte Begründung für den Kriegseintritt aufzugeben.»<sup>55</sup> Wilson erklärte scharf, es sei «nicht genug zu erwidern, dass wir kein Wort von dem glauben, was die deutsche Regierung sagt».<sup>56</sup> Als es um einen Waffenstillstand ersuchte, habe Deutschland seine Schuld am Krieg anerkannt, stellte Clemenceau im Namen des Rats der Vier fest und fügte hinzu: «Es ist zu spät, dies heute zu leugnen.»<sup>57</sup> So wurde Artikel 231, den der junge John Foster Dulles mitformuliert hatte, obwohl als Kompromiss in der Reparationsfrage gedacht, in der Weimarer Republik, in der späteren Geschichte und sogar in der englischsprachigen Welt zu dem Symbol der Ungerechtigkeit der Versailler Vertrags.

Am 7. Mai, dem Tag, an dem die Deutschen die Friedensbedingungen erhielten, wurde Herbert Hoover, der Chef des amerikanischen Hilfswerks, um vier Uhr früh von einem Boten geweckt, der ihm ein druckfrisches Exemplar des Vertrages überbrachte. Wie alle anderen hatte er ihn noch nie als Ganzes gesehen. Der schiere Umfang, die Vielzahl der Vorschriften bereitete ihm Sorge. Da er keinen Schlaf mehr fand, ging er hinaus auf die menschenleeren Pariser Strassen. Bei Tagesanbruch traf er dort Smuts und Keynes. «Wir stimmten darin überein», erinnerte er sich Jahre später, «dass vieles, was in dem Vertragsentwurf stand, letztlich Unheil bringen würde.»<sup>58</sup>

Angesichts des veröffentlichten Vertragstexts machte sich das Unbehagen vieler Friedensmacher bemerkbar, ob nun wegen der Friedensbedingungen selbst, wegen der Art der Friedenskonferenz oder wegen der Zukunft der Welt oder ihrer selbst, ist schwer zu sagen. US-Aussenminister Lansing, der grollend aus der Ferne zuschaute, sah durch den Vertrag seine schlimmsten Befürchtungen in Bezug auf Wilson als Unterhändler bestätigt. Er liess umgehend eine geharnischte Denkschrift vom Stapel: «Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, wobei viele von ihnen unerfüllbar sind.»<sup>59</sup> Bullitt, der immer noch unter dem Scheitern seiner Russlandmission litt, trommelte einige jüngere Mitglieder der amerikanischen Delegation im Crillon zusammen. «Das ist kein Friedensvertrag», stellte er fest. Sie müssten allesamt zurücktreten. Rund ein Dutzend der Anwesenden stimmten ihm zu. Bullitt fledderte die Tisch-

dekoration und gab allen, die seiner Meinung waren, eine rote Rose; die anderen erhielten gelbe Narzissen. In den Rücktrittsgesuchen war von Enttäuschung die Rede, davon, dass Wilsons grossartige Grundsätze und der Idealismus der Vereinigten Staaten den Interessen der habgierigen Europäer geopfert worden seien. Bullitt sorgte typischerweise dafür, dass sein Gesuch auf direktem Weg in die Zeitungen kam.<sup>60</sup>

Die britischen Delegierten reagierten ähnlich. Nicolson gab die Stimmung wieder, als er schrieb: «Wir kamen nach Paris mit der Zuversicht, dass eine neue Ordnung im Entstehen sei; wir verliessen Paris mit der Überzeugung, dass die neue Ordnung lediglich die alte nur noch schlimmer gemacht hatte. Wir kamen als leidenschaftliche Jünger der Lehre Wilsons; wir gingen als Renegaten.»<sup>61</sup> Die Briten sprachen sich von jeder Verantwortung für den «imperialistischen Frieden» frei, indem sie den Italienern und Franzosen die Schuld zuschoben. In Grossbritannien war die Leidenschaft der vom Krieg geprägten «Khakiwahlen» verebbt, und die Einstellung gegenüber Deutschland war nachsichtiger geworden. Der Erzbischof von Canterbury erklärte, ihm sei «sehr unwohl» bei dem Vertrag, und fügte hinzu, er spreche «für die grosse Mitte der Bevölkerung, die für gewöhnlich schweigt und in den üblichen Pressekanälen nicht angemessen vertreten ist».<sup>62</sup>

Die französische Reaktion fiel natürlich anders aus. Kritiker bemängelten, der Vertrag sei zu milde, und nur einige wenige Linke fanden ihn zu hart, aber sie fanden in der Öffentlichkeit kaum Gehör. Viele Franzosen fanden, dass Clemenceau die bestmöglichen Friedensbedingungen ausgehandelt hatte. Als «ruhmvoll und tröstlich» bezeichnete sie ein Journalist. Auf jeden Fall verspürte kaum jemand den Drang, die ganzen ermüdenden Verhandlungen von vorn zu beginnen. Als die deutsche Delegation am 29. Mai ihre detaillierten Gegenvorschläge übersandte, schäumte die französische Presse: Sie seien ein «Monument der Unverschämtheit», eine «abscheuliche Posse», ein Zeichen der «Anmassung». Ein bekannter Liberaler erklärte, ihm fielen zu der deutschen Note nur die Worte «Schamlosigkeit und Gewissenlosigkeit» ein.<sup>63</sup>

Die Briten und Amerikaner indes waren beeindruckt. Henry Wilson, der kein Freund der Deutschen war, notierte in seinem Tagebuch: «Die Deutschen haben das getan, was ich vorausgesehen hatte: sie haben einen vollständigen eigenen Entwurf vorgelegt, der sich auf die Vierzehn Punkte stützt und viel einheitlicher ist als der unsere.»<sup>64</sup>

Unglücklicherweise unternahmen rheinische Separatisten zu diesem Zeitpunkt mit Unterstützung einiger französischer Truppen einen erfolglosen Versuch, das Rheinland für unabhängig zu erklären. Am 1. Juni tauchten in mehreren Städten am Rhein Plakate auf, die allerdings, wo sie nicht sofort heruntergerissen wurden, auf eisiges Schweigen stießen. Versuche, Ämter und Behörden zu übernehmen, scheiterten kläglich. Brockdorff-Rantzau schickte Clemenceau umgehend eine scharfe Protestnote. Am 2. Juni zeigten Wilson und Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten Berichte ihrer Generale im Rheinland, die sich über französische Machenschaften beschwerten. Lloyd George regte an, den alliierten Beschluss über die fünfzehnjährige Besetzung des Rheinlands zu überdenken.<sup>65</sup>

Tatsächlich war Lloyd George dabei, den gesamten Vertrag zu überdenken. Er war sich wohl bewusst, dass ein schwaches und womöglich revolutionäres Deutschland im Herzen Europas auf lange Sicht nicht den britischen Interessen entsprach. Auch in seinem eigenen politischen Interesse schien es nicht zu liegen. In einer Nachwahl in Central Hull schlug der Kandidat, der sich für einen «guten, schnellen und nicht rachsüchtigen Frieden» einsetzte, den Regierungskandidaten aus dem Feld.<sup>66</sup> Lloyd Georges engste Kollegen warnten davor, dass die britische Öffentlichkeit einen harten Vertrag nicht gutheissen werde. Die detaillierten deutschen Bemerkungen zu dem Vertrag, die am 30. Mai bei den Alliierten eintrafen, gaben viele der Sorgen wider, über die er mit seinen britischen Kollegen gesprochen hatte, beispielsweise Ende März in Fontainebleau. Nach Ansicht des stellvertretenden Ministerpräsidenten Bonar Law waren die deutschen Einwände «in vielen Punkten schwer zu beantworten».<sup>67</sup> Lloyd George sah es ebenso. Im Grunde würden die Deutschen den Alliierten sagen: «Ihr habt eine Reihe von Prinzipien, die ihr anwendet, wenn es zu eurem Vorteil ist, aber ignoriert, wenn sie uns begünstigen.»<sup>68</sup>

Der beredsamste Kritiker des Vertrags war Smuts. «Es betrübt mich unsagbar», schrieb er an Lloyd George, «dass dies das Resultat unserer Staatskunst sein soll.» Doch dann stürzten die Worte aus ihm heraus: «ein unmöglicher, auf der falschen Grundlage errichteter Frieden», «unsere jetzige Panikpolitik», «empörend», «bedrohlich». Es sei Deutschland «praktisch unmöglich, die Vertragsbestimmungen zu erfüllen». Die Reparationsklauseln seien unerfüllbar und würden «die Gans, die die goldenen Eier legen soll, umbringen» (freilich hatte Smuts selbst die Reparations-

forderungen in die Höhe getrieben, indem er Renten für die Witwen und Kinder gefallener alliierter Soldaten verlangte). Die Besetzung des Rheinlands und die Abtrennung deutschen Territoriums zugunsten von Polen würden «eine starke Bedrohung des künftigen Friedens Europas» darstellen.<sup>69</sup> Er bezweifle, dass er den Vertrag so, wie er sei, unterschreiben könne. Daraufhin fragte ihn Lloyd George scharf, ob Südafrika mit derselben Konzilianz bereit sei, Deutsch-Südwestafrika zurückzugeben. «In dieser grossen Angelegenheit», lautete die Antwort, «ist Südafrika bloss Staub im Vergleich mit der Last, die jetzt über der zivilisierten Welt schwebt.»<sup>70</sup> Aber Smuts bot nicht an, es aufzugeben.

Von all dem beunruhigt, berief Lloyd George für den 1. Juni eine Sitzung der Empire-Delegation ein, an der auch mehrere wichtige Minister der britischen Regierung teilnahmen, die am Abend zuvor in Paris eingetroffen waren, wie Schatzkanzler Austen Chamberlain, Indienminister Montagu und Kriegsminister Churchill. Smuts hielt eine leidenschaftliche Rede. Die Friedensbedingungen, erklärte er, würden «in Europa auf Generationen hinaus politisches und wirtschaftliches Chaos schaffen, und auf lange Sicht wäre es das Britische Empire, das die Strafe dafür zahlen müsste». Der Vertrag, fuhr er fort, enthalte «viel zu viele der französischen Forderungen». Damit stiess er auf allgemeines zustimmendes Gemurmel. «Frankreichs Hass auf Deutschland», warf Churchill ein, «sei nicht mehr menschlich.»<sup>71</sup>

General Botha, der südafrikanische Ministerpräsident, der selten das Wort ergriff, erinnerte die Anwesenden daran, dass sie an dem Tag zusammengekommen waren, an dem 17 Jahre zuvor er selbst und Lord Milner den Friedensvertrag unterzeichnet hatten, durch den der Burenkrieg beendet wurde. «Damals sei Südafrika durch Mässigung dem Britischen Empire erhalten geblieben, und er habe auch jetzt die Hoffnung, dass Mässigung das Mittel sein werde, mit dem die Welt gerettet werde.» Die Versammelten beauftragten Lloyd George einstimmig, im Rat der Vier auf Änderungen der Vertragsbestimmungen über die deutsche Grenze mit Polen, die Reparationen, die Rheinlandbesetzung und eine Vielzahl kleiner, aber irritierender «Nadelstiche» zu drängen. Darüber hinaus sollte er sich dafür einsetzen, Deutschland die baldige Aufnahme in den Völkerbund in Aussicht zu stellen.<sup>72</sup>

Am nächsten Tag eröffnete Lloyd George seinen Partnern im Rat der Vier, dass seine Kollegen ihn nicht ermächtigen würden, den Vertrag in



seiner gegenwärtigen Fassung zu unterzeichnen. Genauso wenig würden sie akzeptieren, dass die britische Armee in Deutschland einmarschieren und die britische Marine die Seeblockade aufrechterhalten solle.<sup>73</sup> Wilson und Clemenceau waren entsetzt von die Aussicht, die ganze mühsame Arbeit noch einmal machen zu müssen. Nach ihrer Ansicht hatte Lloyd George die Nerven verloren.<sup>74</sup> «Es ärgert mich ein bisschen», sagte Wilson zur amerikanischen Delegation, «wenn jetzt Leute kommen und sagen, sie fürchteten, die Deutschen würden nicht unterschreiben, und ihre Furcht sich auf Bedingungen bezieht, auf denen sie bestanden haben, als der Vertrag geschrieben wurde.»<sup>75</sup> Im Privatgespräch meinte er, Lloyd George scheine «überhaupt keine eigenen Grundsätze zu besitzen» und «dem Ratschlag desjenigen zu folgen, mit dem er zuletzt gesprochen habe»; seine einzige Richtschnur scheine der Zweck zu sein.<sup>76</sup> Trotz aller früheren Vorbehalte war Wilson jetzt nicht bereit, sich zu beugen. Clemenceau wollte nur in unwichtigen Punkten nachgeben. Im Rat der Vier wies er daraufhin, dass er mit seinem eigenen Volk darum gekämpft habe, überhaupt so weit zu kommen. Würde er weitere Zugeständnisse machen, würde seine Regierung stürzen.<sup>77</sup> Aus Lloyd Georges Sicht, jedenfalls derjenigen seiner Erinnerungen, verlangte er keineswegs bedeutende Änderungen, sondern nur solche, die den Vertrag in grössere Übereinstimmung mit Wilsons Prinzipien bringen würden.<sup>78</sup>

Es folgten zwei Wochen erbitterter Diskussionen. Wilson soll Lloyd George einmal sogar angefahren haben: «Sie machen mich krank!»<sup>79</sup> Am Ende bekam Lloyd George ein bedeutendes Zugeständnis: Die Bevölkerung Oberschlesiens sollte in einer Volksabstimmung darüber entscheiden können, ob sie bei Deutschland bleiben oder zu Polen gehören wollte. Darüber hinaus erreichte er jedoch nicht viel mehr, als seine Verbündeten zu verärgern. Was die Rheinlandbesetzung anging, deren Verkürzung er vorschlug, biss er bei Clemenceau auf Granit, der, wie er zu House sagte, nicht einmal einer Verkürzung auf 14 Jahre und 364 Tage zugestimmt hätte.<sup>80</sup> Schliesslich wurden einige kleine Änderungen vorgenommen, um die Spannungen zwischen den Besatzungstruppen einerseits und der deutschen Bevölkerung und deutschen Behörden andererseits zu verringern.<sup>81</sup> In Bezug auf den Völkerbund versprachen die Alliierten Deutschland lediglich, dass man es aufnehmen werde, wenn man zu der Überzeugung gekommen sei, dass es sich anständig benehme.<sup>82</sup>

In der Reparationsfrage erreichte Lloyd George wenig, was zum Teil auch daran lag, dass er sich noch nicht im Klaren darüber war, was er wollte. In der Vergangenheit hatte er sich nachdrücklich dagegen ausgesprochen, eine feste Summe in den Vertrag aufzunehmen. Jetzt zauderte er. Vielleicht sollte man zur Finanzierung der Renten und so weiter doch einen Betrag nennen, und die Deutschen könnten es übernehmen, die Schäden in Belgien und Frankreich zu beheben. Vielleicht könnten ja auch die Deutschen sagen, wie viel diese Arbeiten kosten würden, und dann könnten die Alliierten erwidern, das sei nicht genug. Wenigstens, befand Lloyd George, sollte man noch einmal darüber nachdenken.<sup>83</sup> Wilson, der in der Frage der festen Summe nur nachgegeben hatte, weil die Franzosen und Briten dagegen gewesen waren, platzte der Kragen. Lloyd George sei arrogant und unerträglich, bemerkte er gegenüber Baker, seinem Pressesekretär.<sup>84</sup>

Dennoch wurde die Reparationskommission gebeten, sich die ganze Sache noch einmal anzusehen. Erneut wurde man sich nicht einig. Als Franzosen und Briten sich ausserstande sahen, einen bestimmten Betrag zu nennen, schlugen die Amerikaner die Summe von 120 Milliarden Goldmark vor und entwarfen sogar eine entsprechende Note an die Deutschen. Wilson stellte fest, die Gerechtigkeit verlange, dass Deutschland eine schwere Last auferlegt werde, aber man dürfe seine Wirtschaft nicht in den Ruin treiben. «Mir gefällt die Kruste und die Sauce dieser Pastete», sagte Lloyd George, «aber nicht das Fleisch.» Darauf Wilson: «Gleichwohl müssen Sie Ihren Magen auf Fleisch vorbereiten, das in der Lage ist, Sie am Leben zu erhalten.» Gewiss, entgegnete Lloyd George, aber unter einer Bedingung: «... dass Sie mir genug davon abgeben». Insbesondere, mischte sich Clemenceau ein, «hätte ich gerne die Sicherheit, dass es nicht im Magen eines anderen landet». Lloyd George schlug eine Reihe einfallreicher Formulierungen vor, die den Eindruck einer konkreten Summe erwecken sollten, ohne dass tatsächlich eine Zahl genannt wurde. «Das ist also Ihre Antwort auf den amerikanischen Vorschlag zur Festlegung einer Zahl», konstatierte Wilson. «Haben Sie auch den Rest des amerikanischen Berichts gelesen?»<sup>85</sup> Die Klauseln blieben am Ende, wie sie waren.

Am 16. Juni wurde den Deutschen mitgeteilt, dass sie drei Tage Zeit hätten, um den Vertrag anzunehmen (die Frist wurde später bis zum 23. Juni verlängert); andernfalls würden die Alliierten die entsprechenden

Schritte unternehmen. Brockdorff-Rantzau und seine Hauptberater reisten noch am selben Abend nach Weimar ab. Ihre Autofahrt zum Bahnhof wurde vom Pfeifen und Johlen einer wütenden Menschenmenge begleitet. Eine Sekretärin wurde von einem Stein so schwer getroffen, dass sie das Bewusstsein verlor. Die französischen Behörden legten keinerlei Reue an den Tag – man denke daran, hiess es in einem Bericht, was die Deutschen Belgien angetan hatten –, zahlten der Frau, die sich von dem Angriff nie wieder ganz erholen sollte, aber eine beträchtliche Entschädigung.<sup>86</sup>

Berichte alliierter Agenten deuteten darauf hin, dass die deutsche Regierung den Vertrag wahrscheinlich zurückweisen würde. Die deutsche Öffentlichkeit lehnte die Unterzeichnung strikt ab, wenngleich nicht klar war, ob sie zum Kampf bereit war.<sup>87</sup> Wie die Alliierten aus abgefangenen Telegrammen wussten, trat Brockdorff-Rantzau ebenso wie seine Delegation für die Ablehnung ein.<sup>88</sup> «Sollte Deutschland sich sperren», sagte Clemenceau im Rat der Vier, «wäre ich für einen energischen, anhaltenden Militärschlag, der es zur Unterschrift zwänge.» Wilson und Lloyd George stimmten ihm, ohne zu zögern, zu.<sup>89</sup> Am 20. Mai gab Foch als alliierter Oberbefehlshaber den Befehl für einen massiven Vorstoss von 42 Divisionen nach Mitteldeutschland,<sup>90</sup> und die Briten bereiteten die Erneuerung der Seeblockade vor.

Zwei Tage vor dem Ablauf der Frist passierte etwas, das zu einer weiteren Verhärtung der alliierten Haltung führte. Weit von Paris entfernt, in Scapa Flow, hatten die Offiziere der festgesetzten deutschen Kriegsflotte mit wachsender Bestürzung den Nachrichten aus Paris gelauscht. Der Winter war lang und düster gewesen. Die Mannschaften hatten nicht an Land gehen dürfen, was besonders für die radikalen Matrosen, die sich freiwillig gemeldet hatten, um die Revolution nach Grossbritannien zu tragen, enttäuschend war.<sup>91</sup> Die gelangweilten und rebellisch gestimmten Männer führten Befehle nur noch nach langen Debatten aus, und ihre Schiffe, dereinst der Stolz der deutschen Kriegsmarine, waren völlig verdreckt. Der befehlshabende Admiral beschloss, die Ehre der deutschen Marine wenigstens zum Teil zu retten. Am 21. Juni mittags bemerkten britische Matrosen, dass alle deutschen Schiffe die deutsche Fahne hissten, und als ein Schlachtschiff und Zerstörer nach dem anderen Schlagseite bekam, war klar, was geschah. Die Briten konnten nur wenige der Schiffe retten; bis fünf Uhr Nachmittag waren 400.000 Tonnen kostbaren

Schiffsraums gesunken.<sup>92</sup> Die Deutschen waren erfreut, ebenso wie House, der seinem Tagebuch anvertraute: «Alle Welt lacht über die britische Admiralität.» Die Friedensmacher waren verstimmt. «Die Versenkung dieser Schiffe», sagte Lloyd George, «war zweifelsohne ein Vertrauensbruch.» Wilson pflichtete ihm bei: «Er teilte Mr. Lloyd Georges Misstrauen voll und ganz und traute den Deutschen nicht.» Eine weitere Fristverlängerung, wie von den Deutschen erbeten, würde es gewiss nicht geben. Gleichwohl herrschte eine gewisse Erleichterung darüber, dass ein möglicher Streitpunkt zwischen Briten und Amerikanern buchstäblich verschwunden war.<sup>93</sup>

In Deutschland herrschte politisches Chaos. Die Regierungskoalition war in Befürworter und Gegner der Vertragsunterzeichnung gespalten. Politiker im Westen, entlang der Invasionsroute der Alliierten, traten für einen Frieden um jeden Preis ein, ebenso wie die Ministerpräsidenten der meisten deutschen Länder, die sich genötigt sahen, separate Verträge zu schließen. Die Nationalisten plädierten schneidig für eine trotzige Ablehnung, ohne sinnvolle Vorschläge machen zu können, wie sie durchgesetzt werden konnte. Unter Militärs machten wilde Pläne die Runde: die Schaffung eines neuen Staates im Osten als Festung gegen die Alliierten; eine Massenrevolte der Offiziere gegen die Regierung; ein Attentat auf den wichtigsten Befürworter einer Unterzeichnung des Vertrages, den Zentrumspolitiker Matthias Erzberger.<sup>94</sup>

Erzberger, als Sohn eines Schneiders und nebenberuflichen Dorfpostboten im katholischen Süddeutschland geboren, war ein kühner, heiterer, pragmatischer Mann. Während des Krieges war er der einflussreichste Anwalt eines gemässigten Verständigungsfriedens. Seine Gegner, und von denen hatte er viele, verachteten ihn wegen seines geröteten Gesichts und seiner kleinen Augen ebenso wie wegen seines irritierenden Lächelns und seiner Angewohnheit, Udenkbares auszusprechen. Brockdorff-Rantzau, der in fast jeder Hinsicht das Gegenteil von ihm war, brachte es kaum über sich, höflich zu ihm zu sein.<sup>95</sup> Erzberger, seit Ende 1918 Leiter der deutschen Waffenstillstandskommission, war überzeugt, dass Deutschland es sich nicht leisten konnte, den Kampf wiederaufzunehmen. Die Öffentlichkeit schien, trotz der lärmenden Demonstrationen der Nationalisten, mit ihm übereinzustimmen.<sup>96</sup> Ja, räumte er gegenüber seinen Kabinettskollegen ein, der Vertragbürde dem deutschen Volk ungeheure Lasten auf, und

ja, die Rechte werde vielleicht einen Putschversuch unternehmen. Aber Deutschland habe eine Chance zu überleben. Nach dem Ende des Kriegszustands würden die Fabriken wieder produzieren, die Arbeitslosigkeit werde zurückgehen und der Export zunehmen, und man werde wieder Waren einführen können. «Der Bolschewismus verliert an Werbekraft», sagte er voraus. Wenn man den Vertrag nicht unterzeichne, werde sich ein völlig anderes Bild ergeben. Die Alliierten würden Deutschlands industrielles Herz, das Ruhrgebiet, besetzen; durch ihren Vormarsch nach Osten würde das Land zweigeteilt; wahrscheinlich würde von Osten Polen angreifen; die Wirtschaft und das Transportwesen würden zusammenbrechen. «Plünderung, Mord und Totschlag wird an der Tagesordnung sein», warnte er. Deutschland würde zu einem «Flickenteppich von Kleinstaaten» zerfallen, von denen einige unter bolschewistische Herrschaft, andere unter rechte Diktaturen geraten würden. Deutschland müsse unterzeichnen.<sup>97</sup>

Brockdorff-Rantzau sah die Lage in einem anderen Licht. Er behauptete, ohne stichhaltige Beweise dafür zu haben, die Alliierten würden bluffen. Sie wollten eine Besetzung Deutschlands unbedingt vermeiden und seien durchaus zu Konzessionen und sogar zu ernsthaften Verhandlungen bereit. Deutschland müsse nur fest genug auf seinem Standpunkt beharren. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten würden wahrscheinlich mit Frankreich brechen.<sup>98</sup> Brockdorff-Rantzaus Delegation beschloss eine eindeutige Empfehlung: «Auch jetzt noch sind die Friedensbedingungen unerträglich, weil Deutschland sie nicht annehmen und dabei als unabhängige, auf die Wahrung ihrer Ehre bedachte Nation leben kann ...» «Das Militär nahm denselben Standpunkt ein. Er könne zwar keine Hoffnung auf einen Erfolg gegen die Alliierten machen, sagte Hindenburg, aber als Soldat müsse er «den ehrenvollen Untergang einem schmähhlichen Frieden vorziehen».<sup>100</sup> Das Kabinett, das zur Annahme der Friedensbedingungen geneigt hatte, war blockiert und trat am 20. Juni zurück. Brockdorff-Rantzau gab die Leitung der deutschen Delegation ab und schied ganz aus der Politik aus. (1922 wurde er Botschafter in Moskau, wo er die Bolschewisten mit seinem herrischen Auftreten beeindruckte und mit beachtlichem Erfolg an der Intensivierung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion arbeitete.)

Damit hatte Deutschland keine Regierung und keinen Sprecher mehr. Beinahe hätte es auch keinen Präsidenten mehr gehabt, doch Ebert konnte

davon überzeugt werden, dass es seine Pflicht sei, auf dem Posten zu bleiben. Die von den Alliierten gesetzte Frist vom 23. Juni, 19 Uhr, rückte näher. Am 22. Juni gelang es Ebert schliesslich, eine Regierung zusammenzubringen. Nach einer weiteren langen Debatte stimmte die Nationalversammlung unter dem Vorbehalt, dass Deutschland die Artikel über die Kapitulation und die Bestrafung der Kriegsverantwortlichen sowie die Kriegsschuld Klausel nicht anerkannte, für die Unterzeichnung. Die Antwort aus Paris kam prompt: «Die alliierten und assoziierten Mächte ... sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unzweideutige Erklärung ihres Willens zu fordern, in seiner Gesamtheit den Vertrag in seiner endgültigen Form zu unterzeichnen und anzunehmen oder seine Unterzeichnung und Annahme abzulehnen.»<sup>101</sup> In Weimar herrschte angstvolle Verwirrung. Viele Abgeordnete und Minister waren in der Überzeugung, ihre Arbeit getan zu haben, in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Die deutsche Regierung ersuchte die Alliierten um eine Fristverlängerung und konferierte dann die ganze Nacht über, ohne zu einer Entscheidung zu kommen. Am Morgen des 23. Juni traf aus Paris die Nachricht ein, dass man die Frist nicht verlängern werde. Um 11 Uhr, nachdem das deutsche Heer sich für die Unterzeichnung ausgesprochen hatte, erreichte die Regierung die Zustimmung der Nationalversammlung. Auch viele rechtsgerichtete Nationalisten, bisher lautstarke Gegner der Unterzeichnung, waren insgeheim erleichtert über die Entscheidung. In einer weiteren Abstimmung stellte die Nationalversammlung fest, dass sie nicht am Patriotismus derjenigen zweifelte, die den Kurs der Regierung unterstützten. Die Sitzung schloss mit den resignierten Worten des Präsidenten der Versammlung: «Wir empfehlen unser unglückliches Vaterland dem Schutz eines barmherzigen Gottes.»<sup>102</sup>

Die Friedensmacher warteten angespannt auf die endgültige deutsche Entscheidung. Gegen 16.30 Uhr stürzte eine Sekretärin mit der Mitteilung, die deutsche Antwort sei unterwegs, in die Sitzung des Rats der Vier. «Ich zähle die Minuten», sagte Clemenceau. Um 17.40 Uhr traf die Note ein. Die Staatsmänner umringten einen französischen Offizier, der den deutschen Text übersetzte. Lloyd George begann zu lächeln, Wilson grinste breit, und Clemenceau gab Befehle aus – an Foch, seinen Vormarsch zu stoppen, und an die Truppen in Paris, ihre Kanonen abzufeuern. Für diesen Tag war die Arbeit der Friedenskonferenz getan.<sup>103</sup>

Als Termin der Unterzeichnung wurde der 28. Juni festgelegt, der Jahrestag der Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Frau in Sarajewo. Stattfinden sollte die Zeremonie im Spiegelsaal des Versailler Schlosses, in dem 1871 das Deutsche Kaiserreich proklamiert worden war. Clemenceau kümmerte sich persönlich um die Vorbereitungen. In bester Laune unternahm er eine Führung durch die grossen Empfangssäle des Schlosses und unterhielt seine Begleiter mit alten Skandalgeschichten über französische Könige. Clemenceau liess prunkvolle Möbel und Wandteppiche herbeischaffen, um die Pracht noch zu vergrössern, und ein störendes Tintenfass entfernen, woraufhin hohe französische Beamte auschwärmten, um in Pariser Museen und Antiquitätengeschäften nach einem Tintenfass zu suchen, das Clemenceau genehm sein würde.<sup>104</sup>

Auch viele der Bevollmächtigten gingen auf Antiquitätenjagd; sie suchten Siegel, aus Metall, Stein, was immer sich finden liess. Der diplomatische Brauch verlangte es, dass Unterschriften unter einem Vertrag durch ein persönliches Siegel bestätigt wurden. Der australische Premierminister Hughes benutzte, nachdem man ihm ein Siegel, das Herkules als Drachentöter zeigte, ausgedeutet hatte, schliesslich den Knopf einer australischen Armeuniform. Lloyd George dachte daran, eine goldene Pfundmünze zu benutzen. «Danach überlassen Sie sie mir», sagte Clemenceau, worauf Lloyd George erwiderte: «Ich habe keine mehr. Sie sind alle nach Amerika gegangen.»<sup>105</sup> Am 27. Juni drückten die Bevollmächtigten, während eine Sekretärin roten Siegelack durch einen Trichter goss, in Vorbereitung auf die Unterzeichnung am nächsten Tag ihre Siegel auf den Vertrag.<sup>106</sup>

Auch Eintrittskarten waren sehr begehrt. Jeder der Grossen Fünf hatte sechzig Plätze im Spiegelsaal zu vergeben. «Eine unangenehme Zahl», stöhnte Wilson. «Wenn sie auf, sagen wir, zehn beschränkt wären, wäre die Auswahl leicht zu treffen. Aber wenn man sechzig auswählen muss, wird es mit Sicherheit viel Bitterkeit geben.»<sup>107</sup> Einem einfallsreichen amerikanischen Geschäftsmann gelang es, sich Zutritt zum Schlossgelände zu verschaffen, indem er behauptete, sein mit dem Wappen des Herstellers geschmücktes Zigarettenetui sei ein Pass.<sup>108</sup> Die glamouröse, rothhaarige Schriftstellerin Elinor Glyn bezirzte Lloyd George, ihr als Reporterin die Teilnahme an der Zeremonie zu ermöglichen.<sup>109</sup> Und man hörte davon, dass Eintrittskarten zu horrenden Preisen gehandelt wurden.<sup>110</sup>

Andere Gerüchte waren beunruhigender. In Berlin hatte eine Gruppe deutscher Soldaten Fahnen aus dem Deutsch-Französischen Krieg, die an Frankreich zurückgegeben werden sollten, an sich gebracht und an einem Denkmal für Friedrich den Grossen verbrannt, während eine Menschenmenge patriotische Lieder anstimmte.<sup>111</sup> Würden die Deutschen den Vertrag zu diesem späten Zeitpunkt noch ablehnen? Am 25. Juni berichteten die Franzosen, dass die im Hôtel des Réservoirs verbliebene deutsche Rumpfdelegation in Hochstimmung sei, weil nur untergeordnete Beamte zur Vertragsunterzeichnung geschickt werden sollten. Als der Rat der Vier einen Abgesandten ausschickte, um der Sache nachzugehen, erklärte ihm der leitende deutsche Delegierte wahrheitsgemäss, dass es seiner Regierung schwerfalle, einen Minister zu finden, der bereit sei, die Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedensvertrags auf sich zu nehmen.<sup>112</sup> Erst am 27. Juni traf die Mitteilung ein, dass sich zwei Regierungsvertreter auf dem Weg befänden: der neue Aussenminister Hermann Müller und Verkehrsminister Johannes Bell. Sie trafen um drei Uhr nachts nach der schon gewohnten langsamen Eisenbahnfahrt über französische Schlachtfelder in Paris ein. Jetzt schwirrte ein neues Gerücht durch die Stadt: Die beiden deutschen Minister würden zwar unterzeichnen, sich dann aber erschiessen, vielleicht zuvor auch Lloyd George und Clemenceau, oder einfach eine Bombe zünden.<sup>113</sup>

Der 28. Juni war ein strahlender Sommertag. Am Vormittag wurde die anglo-amerikanische Garantie, Frankreich im Fall eines deutschen Angriffs zu Hilfe zu kommen, durch separate Verträge zwischen Frankreich und Grossbritannien sowie den Vereinigten Staaten in eine verbindliche Form gegossen. Wie viel die Garantie wert war, stand auf einem anderen Blatt. House bezweifelte, dass der Senat sie bestätigen würde; er hatte sie stets als nützliche Beruhigungspille für die Franzosen betrachtet, und nicht als ernsthafte Verpflichtung.<sup>114</sup> Wilson schien es ebenso zu sehen. «Wir haben in gewissem Mass nachgegeben, um dem französischen Standpunkt Rechnung zu tragen», sagte er in einer Pressekonferenz. Er war zuversichtlich, dass die Garantie unnötig sein würde, sobald der Völkerbund, lange bevor Deutschland wieder zu einer Bedrohung werden konnte, seine Tätigkeit aufgenommen hatte.<sup>115</sup>

Die Friedensmacher fuhren in Limousinen nach Versailles. (Die Sekretärinnen der britischen Delegation hatten weniger Glück; sie wurden «wie Ölsardinen» auf Lastwagen gezwängt.)<sup>116</sup> Der lange Weg vom Tor zum



Schloss selbst war von französischen Kavalleristen in blauen Uniformen und Stahlhelmen gesäumt, an deren Lanzen rotweisse Banner flatterten. Vom Ehrenhof aus, auf dem weitere Truppen angetreten waren, gingen die Geladenen die grosse Treppe hinauf, auf beiden Seiten von Soldaten der Eliteeinheit Garde Républicaine – in weissen Hosen, schwarzen Stiefeln, dunkelblauen Jacken und silberglänzenden Helmen mit langen Büschen aus Pferdehaaren – mit zum Salut erhobenem Säbel begrüsst.

Der Spiegelsaal war vom Summen der Gespräche und Scharren der Stühle erfüllt, während die Menge der Geladenen – Staatsmänner, Diplomaten, Generale, Reporter, einige handverlesene einfache Soldaten (die französischen hatten Narben von schweren Verwundungen), einige wenige Frauen – auf rot gepolsterten Bänken und Hockern Platz nahm. Die Pressevertreter drängten sich an einem Ende des Saales. Es war die erste wichtige Vertragsunterzeichnung, die auf Film gebannt wurde.<sup>117</sup> Frances Stevenson war entrüstet: «Wie soll man sich auf den Ernst eines Ereignisses einstimmen, wenn überall Männer mit Kameras stehen, deren einziges Ziel es ist, so nah wie möglich an die Hauptakteure heranzukommen?»<sup>118</sup> Es gab einige auffallende Lücken. Foch war ins Rheinland abgereist; er sollte Clemenceau nie vergeben: «Wilhelm II. hat den Krieg verloren ..., Clemenceau den Frieden.»<sup>119</sup> Auch die Plätze der Chinesen blieben leer, weil China es aus Protest gegen die Entscheidung, Schantung an Japan zu übergeben, ablehnte, den Vertrag zu unterschreiben.

Einer nach dem anderen bahnten sich die Hauptakteure den Weg durch die Menge und nahmen an dem riesigen Tisch, der von zwei kürzeren flankiert war, Platz. Clemenceau strahlte: «Das ist ein grosser Tag für Frankreich», sagte er zu Lansing. Ein Exemplar des Vertrags lag in einer Lederschattulle auf einem kleinen Louis-quinze-Tisch. Von den Deckengemälden herab verfolgte Ludwig XIV. – als römischer Kaiser, grosser Herrscher und Sieger über fremde Mächte – das neueste Kapitel im langen Kampf zwischen Franzosen und Deutschen. Um 15 Uhr forderten die Saaldiener Ruhe. «Führen Sie die Deutschen herein!», wies Clemenceau sie an. Eine alliierte Eskorte betrat den Saal, gefolgt von den beiden deutschen Delegierten. «Sie sind totenbleich», notierte Nicolson in seinem Tagebuch. «Sie sehen nicht aus wie Repräsentanten eines brutalen Militarismus.» Viele der Anwesenden, Nicolson eingeschlossen, empfanden grosses Mitleid für sie.<sup>120</sup>

Clemenceau eröffnete die Zeremonie mit einer kurzen Erklärung. Dann traten die deutschen Delegierten in dem Bewusstsein, dass tausend Augenpaare auf sie gerichtet waren, vor, zückten ihre Federhalter, die sie sorgfältig bei sich hatten, um nicht die von französischen patriotischen Vereinigungen zur Verfügung gestellten Federhalter benutzen zu müssen, und setzten mit zitternden Händen ihre Unterschriften unter den Vertrag. Ansonsten zeigten sie kaum eine Regung. Aus dem Saal wurde ein Signal an die Aussenwelt gegeben, und rund um Versailles böllerten Kanonen los, deren Krachen quer durch Frankreich wiederhallte, während andere Kanonen sich ihnen anschlossen. Einer nach dem anderen unterschrieben die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte den Vertrag und stellten sich dann an, um zwei andere Abkommen zu unterzeichnen, ein Protokoll über die Verwaltung des Rheinlands und einen Vertrag mit Polen.<sup>121</sup>

Paul Cambon, der französische Botschafter in London, hielt die ganze Veranstaltung für infam. «Es fehlten nur noch Musik und Ballettmädchen, die den Bevollmächtigten steptanzend den Federhalter reichten. Ludwig XIV. liebte das Ballett, aber nur zur Unterhaltung; Verträge unterzeichnete er in seinem Arbeitszimmer. Die Demokratie ist theatralischer als der grosse König.»<sup>122</sup> House dachte eher an einen römischen Triumph, bei dem die Sieger die Unterlegenen an die Räder ihrer Kampfswagen gefesselt vorführten. «Nach meiner Meinung», fuhr er fort, «passt es nicht in die neue Ära, die wir angeblich unbedingt fördern wollen. Ich wollte, die ganze Sache wäre einfacher und mit etwas Ritterlichkeit abgewickelt worden. Die aber fehlte vollkommen. Der ganze Vorgang war so erniedrigend wie nur möglich für den Feind gestaltet worden „...»<sup>123</sup> Vielleicht, dachte ein optimistischer gestimmter junger Amerikaner, war der Teufelskreis von Rache und Vergeltung in Europa endlich durchbrochen worden.<sup>124</sup>

Anfangs folgten die Versammelten der Zeremonie in respektvollem Schweigen, doch dann stieg der Geräuschpegel der Gespräche von Minute zu Minute. Delegierte, die ihre Unterschrift geleistet hatten, gesellten sich zu Bekannten, um mit ihnen zu plaudern. Andere gingen mit ihren Programmheften herum und sammelten Autogramme. Die Deutschen sassen einsam da, bis schliesslich ein wagemutiger Bolivianer, gefolgt von zwei Kanadiern, auch sie um ihre Unterschrift bat. Nach einer Dreiviertelstunde wurde die Menge zum Schweigen aufgefordert, damit Clemenceau das Ende der Zeremonie verkünden konnte. Die Deutschen wurden hin-

ausgeleitet. Müller hatte sich geschworen, korrekt und geschäftsmässig aufzutreten: «Ich wollte den tiefen Schmerz des deutschen Volkes, das ich in diesem tragischen Augenblick vertreten musste, nicht den gierigen Blicken unserer bisherigen Feinde preisgeben.» Im Hotel wurde er dann von seinen Gefühlen übermannt: «In derselben Sekunde, in der ich in meinem Zimmer Hut und Gehrock ablegte, um mich umzukleiden, strömte der Schweiß aus allen Poren in einer Weise, wie ich es nie zuvor erlebt hatte. Das war eben die physische Reaktion, die dieser unerhörten psychischen Belastungsprobe unmittelbar folgte. Und nun erst fühlte ich, dass ich die schwerste Stunde meines Lebens hinter mir hatte.» Zusammen mit seiner Delegation beschloss er, noch am selben Abend nach Deutschland zurückzureisen.<sup>125</sup>

Die Friedensmacher gingen auf die Terrasse mit Blick auf die barocke Gartenanlage und die Wasserspiele hinaus. Eine begeisterte Menschenmenge drängte sich um sie. Wilson wurde beinahe in einen Springbrunnen geschubst, und Lloyd George musste, derangiert und wütend, von einigen Soldaten gerettet werden. «In England würde so etwas nie passieren», sagte er zu einem italienischen Diplomaten. «Und wenn es passieren würde, müsste jemand dafür bezahlen.»<sup>126</sup> Anschliessend musste er sich, sehr zu seinem Verdruss, hinsetzen und einen Brief an den König schreiben, um ihm den Abschluss des Friedensvertrags zu melden.<sup>127</sup>

Wilson bestieg am Abend einen Zug nach Le Havre, um nach Amerika zurückzureisen. Clemenceau sagte ihm, einem Reporter zufolge, ungewöhnlich herzlich Lebewohl – «Mir ist, als würde ich einen der besten Freunde verlieren, die ich je hatte»<sup>128</sup> –, und eine kleine Zuschauermenge verabschiedete die Amerikaner mit einigen eher lustlosen Rufen. Im Hôtel Majestic wurde den Briten zur Feier des Tages ein Dinner mit einem Gang mehr als üblich und freiem Champagner serviert. Hinterher fanden zwei Tanzvergnügungen statt, eines für das Hotelpersonal und eines für die Gäste. Smuts nahm, vielleicht als weitere Geste des Protests gegen den Vertrag, an Ersterem teil. Ganz Paris feierte; die Strassen waren voller singender und tanzender Menschen. Die Häuser an den grossen Boulevards waren lichtgeschmückt, und Autos zogen erbeutete deutsche Kanonen durch die Stadt. (Die Behörden brauchten Tage, um sie alle wieder einzusammeln.) Spät in der Nacht, als Lansing sein Tagesresümee niederschrieb, war von den Strassen immer noch der Lärm der Feiernden zu hören.<sup>129</sup>

Während Paris jubilierte, trauerte Deutschland. In den Städten wehten die Fahnen auf Halbmast. Sogar gestandene Sozialisten sprachen jetzt von einem «Schandfrieden».<sup>130</sup> Im Baltikum, wo deutsche Freischärler gegen den Bolschewismus (und für die Wiederherstellung der deutschen Macht) kämpften, war man wie vom Donner gerührt. «Wir sahen uns fröstelnd an», beschrieb einer der Kämpfer ihre Gefühle. «Wir spürten auf einmal die Kälte einer unsagbaren Verlassenheit. Wir hatten geglaubt, dass uns unser Land niemals entliess, dass es uns band mit einem unzerstörbaren Strom ... Nun war alles zu Ende. Die Unterschrift gab uns frei.»<sup>131</sup> Nationalisten gaben Verrätern in der Heimat, die Deutschland angeblich in den Rücken gefallen waren, und der Koalitionsregierung, die den Vertrag unterzeichnet hatte, die Schuld. Von dieser doppelten Last sollte die Weimarer Republik sich nie wirklich befreien können. Die Nationalisten ignorierten unbekümmert ihr Versprechen, die Vaterlandsiebe derjenigen, die für den Friedensvertrag gestimmt hatten, nicht in Zweifel zu ziehen, und taten alles, sie in den Augen der Deutschen zu stigmatisieren. 1921 wurde Erzberger während eines Urlaubs im Schwarzwald von zwei Ex-Offizieren ermordet. «Erzberger», schrieb eine nationalistische Zeitung, «dessen Geist leider noch heute in so vielen Behörden, Verwaltungen und Gesetzen herrscht, hat den Lohn erhalten, der ihm als Vaterlandsverräter zukam.» Seine Mörder flohen nach Ungarn und kehrten nach Hitlers «Machtergreifung» als «Richter Erzbergers» im Triumph nach Deutschland zurück. Vor Gericht gestellt wurden sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>132</sup>

In England dachte Keynes über seine Zukunft nach. Er war aus dem Finanzministerium ausgeschieden und hatte Paris vor Vertragsunterzeichnung angewidert verlassen. «Selbst während dieser letzten schrecklichen Wochen habe ich weiter darauf gehofft», schrieb er am 5. Juni an Lloyd George, «dass Sie einen Weg finden, aus dem Vertrag ein gerechtes, brauchbares Dokument zu machen. Aber jetzt ist es offensichtlich zu spät. Die Schlacht ist verloren.» Er befand sich in einer merkwürdigen Stimmung. Während er gegenüber Virginia Woolf davon sprach, dass Europa und insbesondere dessen herrschende Schicht, der er angehöre, zum Untergang verurteilt sei, schrieb er einem anderen Freund, er sei sehr froh darüber, wieder in Cambridge zu sein.<sup>133</sup> Er selbst war sowohl beruflich als auch gesellschaftlich überaus erfolgreich. Andererseits fühlte er sich, da so viele seiner Freunde in der Bloomsbury Group Pazifisten waren, wegen

seines Beitrags zum Krieg schuldig. Ausserdem lachten sie über seinen irdischen Erfolg, seine neuen Freunde und seine Experimente mit der Heterosexualität. Vielleicht war sein Buch *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages* eine Art Sühne.<sup>134</sup> Vielleicht war Keynes aber auch, wie der amerikanische Reparationsexperte Thomas Lamont meinte, «verletzt, weil man seinen Rat nicht annahm, und hatte den Schneid verloren und gekündigt».<sup>135</sup>

Keynes verbrachte den grössten Teil des Sommers damit, zu schreiben. Im Oktober traf er auf einer Konferenz in Amsterdam den deutschen Bankier Melchior wieder. Er las ihm aus dem Manuskript vor, und Melchior war beeindruckt. Das war nicht verwunderlich, denn Keynes gab vieles wieder, was die Deutschen selbst über den Versailler Vertrag dachten.<sup>136</sup> *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages* erschien kurz vor Weihnachten 1919 und sind seither immer wieder gedruckt worden. Das Buch hatte eine Auflage von über 100.000 Exemplaren und wurde binnen eines Jahres in elf Sprachen übersetzt, unter anderem ins Deutsche. Im amerikanischen Senat verlas ein führender Gegner des Vertrags Auszüge aus dem Buch. In Deutschland war es überaus erfolgreich, und in der englischsprachigen Welt trug es zu einem Meinungsumschwung gegen die Friedensverträge und gegen Frankreich bei. 1924 sprach ein britischer Minister aus den Reihen der Labour Party von einem «Vertrag aus Blut und Eisen, der sämtliche Prinzipien verletzt, für die unsere Soldaten zu kämpfen glaubten».<sup>137</sup>

In Deutschland griff, während die Erinnerung an die verzweifelte Lage von 1919 verblasste, die Überzeugung um sich, man hätte die Friedensbedingungen ablehnen können, wenn die schwachen und käuflichen Politiker standhaft geblieben wären. Der Vertrag sei, wie es in einem beliebten Lied hiess, «nur Papier».<sup>138</sup> 1921 berichtete ein französischer Diplomat nach Paris, in Deutschland sei «unter Einsatz der Presse sowie mit Plakaten und Versammlungen eine aggressive Kampagne zur Untergrabung der rechtlichen Grundlage des Versailler Vertrags, der deutschen Kriegsschuld, im Gange».<sup>139</sup> Im deutschen Aussenministerium wurde ein eigenes Kriegsschuldreferat gebildet, das kritische Studien herausgab. In Bayern zog der junge Adolf Hitler mit schrillen Beschimpfungen des «Schand- und Schmachfriedens» immer mehr Zuhörer in die Bierkeller.<sup>140</sup>

In Grossbritannien und den Vereinigten Staaten neigte die öffentliche

Meinung zunehmend zu der Ansicht, dass der Versailler Vertrag zutiefst ungerecht war. Im folgenden Jahrzehnt zeigten Kriegserinnerungen und literarische Werke wie Erich Maria Remarques Roman *Im Westen nichts Neues*, dessen englische Ausgabe sich im ersten Jahr über 200.000 mal verkaufte, dass die Soldaten beider Seiten in gleichem Mass unter den Schrecken des Grabenkriegs gelitten hatten. Die Veröffentlichung vertraulicher Dokumente aus der Vorkriegszeit erschütterte die Annahme der alleinigen deutschen Kriegsschuld. Bücher über die Kriegsursachen verteilten die Schuld gleichmässiger, auch auf die verschwundenen Regime in Russland und Österreich-Ungarn sowie auf Waffenproduzenten und den Kapitalismus im Allgemeinen.<sup>141</sup>

In Deutschland selbst schürten unzählige nationalistische Gruppen den Groll, wobei sie besonders auf der Tatsache herumritten, dass im Sudetenland, in Polen und in der Freien Stadt Danzig Millionen Deutschsprachige unter Fremdherrschaft geraten waren. Die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags betrachtete man als heuchlerisch, und das Verbot der Vereinigung von Deutschland und Deutschösterreich als klaren Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht. Die Reparationen empfand man als grausame Strafzahlungen, deren Ungerechtigkeit noch dadurch verstärkt wurde, dass Deutschland den Versailler Vertrag hatte unterzeichnen müssen, ohne ihre endgültige Höhe zu kennen. Man gab dem «Diktatfrieden» von Versailles die Schuld an allem, was wirtschaftlich schief lief: an hohen Preisen, niedrigen Löhnen, Arbeitslosigkeit, Steuern, Inflation. Ohne die Last der Reparationen, so meinte man, würde das Leben in die normalen Bahnen zurückkehren; die Sonne würde wieder scheinen, und man könnte die Nachmittage glücklich und zufrieden in Biergärten, Weinkellern oder Parks verbringen. Die Deutschen ignorierten, dass der Krieg teuer gewesen war und dass sie die Kosten aufgrund der Niederlage niemand anderem aufbürden konnten.<sup>142</sup> Ausserdem erkannten sie ebenso wenig wie die meisten anderen Völker seither, dass die tatsächlichen Reparationszahlungen nie auch nur in die Nähe der riesigen Beträge kamen, die im öffentlichen Diskurs genannt wurden.

Die endgültige Summe wurde 1921 in London auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt. Aufgrund eines einfallreichen Systems aus Schuldverschreibungen und komplexen Klauseln war Deutschland in Wirklichkeit jedoch nur zur Zahlung der Hälfte dieses Betrages verpflichtet. Den Rest musste es nur abführen, wenn die Umstände es zuliessen, wenn beispiels-

weise die Exporte zunahmen.<sup>143</sup> Ausserdem wurden Deutschland für die bereits geleisteten Zahlungen, wie die Ersetzung der Bücher der Bibliothek von Löwen, die deutsche Truppen am Anfang des Krieges niedergebrannt hatten, und für die Reichsbahnstrecken in an Polen abgetretenen Gebieten grosszügige Kredite gewährt. (Deutschland versuchte erfolglos, auch für die in Scapa Flow gesunkenen Schiffe Schadenersatz zu erhalten.)<sup>144</sup> Trotz aller Zahlungspläne, die ein ums andre Mal revidiert wurden, erklärte Deutschland die Reparationen weiterhin für untragbar. Mit in der Weimarer Politik seltener Einmütigkeit fanden buchstäblich alle Deutschen, dass sie zu viel zahlten. Deutschland geriet regelmässig in Zahlungsverzug, zum letzten Mal und endgültig 1932.

Alles in allem dürfte Deutschland in den Jahren zwischen 1918 und 1932 rund 22 Milliarden Goldmark gezahlt haben,<sup>145</sup> also etwas weniger als das, was Frankreich mit seiner wesentlich kleineren Volkswirtschaft nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 an Deutschland abgeführt hatte.<sup>146</sup> Einerseits sind diese Zahlen bedeutsam, andererseits sind sie völlig irrelevant. Die Deutschen glaubten, die Reparationen würden sie ruinieren. Dem deutschen Unwillen, sie zu zahlen, stand jedoch der Unwille der Alliierten gegenüber, ihren Willen durchzusetzen. Laut Versailler Vertrag besaßen sie zwar Sanktionsmöglichkeiten – insbesondere in Form einer Verlängerung der Ruhrbesetzung –, aber sie hätten auch willens sein müssen, sie anzuwenden, und in den 1930er Jahren war weder Frankreich noch Grossbritannien bereit, dies wegen der Reparationen oder irgendetwas anderem zu tun.

1924 beklagte sich ein Mitglied der Interalliierten Militär-Kontrollkommission, die gemäss dem Versailler Vertrag die Einhaltung der militärischen Vertragsbestimmungen überwachte, in einem Artikel darüber, dass die deutsche Reichswehr die Arbeit der Kommission systematisch behindere und dass es massive Verletzungen der Entwaffnungsbestimmungen des Vertrags gebe. In Deutschland brach daraufhin ein Proteststurm gegen diese angebliche Verleumdung los. (Jahre später, nach Hitlers «Machtergreifung», gaben deutsche Generale zu, dass der Autor des Artikels völlig recht gehabt hatte.)<sup>147</sup> Wo, fragten die Deutschen, blieb die so oft beschworene allgemeine Abrüstung? Warum sollte Deutschland als einziges Land der Welt abrüsten? Die Amerikaner, die sich durch die Ablehnung der Völ-

kerbundakte so offensichtlich von der Weltpolitik abgewandt hatten, vermochten kaum zu widersprechen, ebenso wenig wie die Briten. Frankreich stand mit seiner Klage, dass Deutschland gegen die militärischen Vertragsbestimmungen verstosse, immer isolierter da.

Das genaue Ausmass des Vertragsbruchs war damals nicht einmal den Franzosen bekannt. Plötzlich erfreuten sich Flugklubs grosser Beliebtheit, und sie arbeiteten so effektiv, dass Hitler, als er Reichskanzler geworden war, fast über Nacht eine Luftwaffe aus dem Boden stampfen konnte. Die preussische Polizei, die grösste Deutschlands, nahm in ihrer Organisationsstruktur und Ausbildung immer mehr militärische Züge an. Ihre Offiziere konnten problemlos in die Reichswehr wechseln, und manchmal geschah dies auch. Die selbsternannten Freikorps, die 1918 aus dem Boden geschossen waren, lösten sich auf, und ihre Mitglieder gruppieren sich mit verwirrendem Einfallsreichtum als Arbeitstrupps, Fahrradverleihe, Wanderzirkuse und Detektivbüros neu. Einige gingen direkt in der Reichswehr auf.<sup>148</sup> Der Versailler Vertrag begrenzte die Zahl der Reichswehroffiziere auf 4.000; über die Zahl der Unteroffiziere sagte er nichts, mit der Folge, dass es in der Reichswehr 40.000 von ihnen gab.<sup>149</sup> Foch hatte recht: Eine Freiwilligenarmee konnte das Rückgrat einer raschen Expansion bilden.

Fabriken, die einst Panzer produziert hatten, stellten jetzt ausserordentlich schwere Traktoren her, deren Entwicklung in Zukunft noch von Nutzen sein sollte. In Berliner Kabarett wurde ein Witz über einen Arbeiter erzählt, der für sein neugeborenes Baby die Einzelteile eines Kinderwagens aus seiner Fabrik schmuggelte, nach deren Zusammenbau aber feststellte, dass er ein Maschinengewehr in Händen hielt. In ganz Europa, in sicheren neutralen Ländern wie Schweden und den Niederlanden, arbeiteten Firmen, die sich letztlich in deutschem Besitz befanden, an Panzern oder U-Booten.<sup>150</sup> Der sicherste, von den neugierigen Augen der Kontrollkommission am weitesten entfernte Ort war die Sowjetunion. 1921 begriffen die beiden Parianationen Europas, dass sie einander etwas zu bieten hatten. Im Gegenzug für Raum für Experimente mit Panzern, Flugzeugen und Giftgas sowie deren Geheimhaltung lieferte Deutschland technische Unterstützung und Ausbildung.<sup>151</sup>

Zieht man als Historiker alle Aspekte in Betracht, lässt sich das Bild eines von einem Rachefrieden niedergedrückten Deutschland nicht aufrechterhalten. Deutschland erlitt als unvermeidliche Folge der Kriegsnie-



derlage Gebietsverluste. Hätte es gewonnen – dies sollte man nicht vergessen –, hätte es sich sicherlich Belgien, Luxemburg sowie Teile Nordfrankreichs und der Niederlande einverleibt. Der Vertrag von Brest-Litowsk hatte offenbart, welche Absichten das deutsche Oberkommando im Osten verfolgte. Trotz der Verluste blieb Deutschland das grösste Land Europas westlich der Sowjetunion. Zudem war seine strategische Lage deutlich besser als vor 1914. Durch die Wiedergeburt Polens lag jetzt eine Barriere zwischen ihm und der alten russischen Gefahr, und anstelle von Österreich-Ungarn hatte es im Osten eine Reihe schwacher, zerstrittener Staaten als Nachbarn. Wie sich in den 1930er Jahren zeigen sollte, war Deutschland in einer guten Position, um seine wirtschaftliche und politische Macht über sie auszuweiten.

Die territoriale Trennung Ostpreussens vom übrigen Deutschland war ärgerlich, aber für Preussen, das in seiner Geschichte die meiste Zeit über aus einer Ansammlung voneinander getrennter Territorien bestanden hatte, nichts Neues. Muss eine solche Trennung Probleme hervorrufen? Alaska ist vom Rest der Vereinigten Staaten durch ein grosses kanadisches Gebiet getrennt. Wann haben sich Washington oder Ottawa das letzte Mal über Transitrechte gestritten?<sup>152</sup> Das wirkliche Problem mit dem polnischen Korridor bestand darin, dass viele, wenn nicht die meisten Deutschen ihn in der Zwischenkriegszeit aus allen möglichen Gründen, die mit ihrer Haltung gegenüber Polen und dem Groll über den Versailler Vertrag zu tun hatten, nicht akzeptierten. Wären die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen besser gewesen, hätte dieser Landstreifen kein Konfliktherd sein müssen. Und Danzig stand auch als Freie Stadt deutschen Investitionen und Schiffen offen.

Auch im Westen befand sich Deutschland in einer günstigen Lage. Frankreich war durch den Krieg völlig erschöpft und nicht bereit und in den 1930er Jahren auch nicht fähig, Deutschland die Stirn zu bieten. Die anglo-amerikanische Sicherheitsgarantie war nach der Ablehnung durch den US-Senat wertlos. Frankreichs Versuche, Bündnisse mit den schwachen, zerstrittenen Staaten in Mitteleuropa aufzubauen, waren ein Zeichen seiner Verzweiflung. Von den Briten, die deutlich zu verstehen gaben, dass für sie das Empire an erster Stelle stand, erhielt es wenig Unterstützung. Dass es den Friedensmachern nicht gelungen war, Deutschland entscheidend zu schwächen, sollte sich 1939 zeigen.

Mit anderen Führungen an der Spitze der westlichen Demokratien, mit einer stärkeren Demokratie in Deutschland und ohne die Verheerungen durch die Weltwirtschaftskrise wäre die Geschichte möglicherweise anders verlaufen. Und ohne Hitler als Mobilisator des Grolls der Deutschen, der zudem mit dem schlechten Gewissen in den westlichen Demokratien zu spielen verstand, wäre Europa vielleicht ein weiterer Krieg so bald nach dem letzten erspart geblieben. Den Versailler Vertrag trifft keine Schuld. Er ist nie konsequent umgesetzt worden, sondern gerade weit genug, um den deutschen Nationalismus zu reizen, ohne die Fähigkeit Deutschlands zu begrenzen, den Frieden in Europa zu stören. Nach dem Triumph Hitlers und der Nationalsozialisten hatte es eine Regierung, deren Ziel es war, den Versailler Vertrag zunichtezumachen. 1939 erklärte Aussenminister Ribbentrop den siegreichen Deutschen in Danzig: «Der Führer hat... in den letzten Jahren nichts anderes getan, als die schwersten Folgen, die dieses unsinnigste aller Diktate in der Geschichte je einem Volk bzw. ganz Europa auferlegt hatte, das heisst also die schlimmsten Fehler, die die Staatsmänner der westlichen Demokratien selbst begangen hatten, wiedergutzumachen.»<sup>153</sup>

## AUSBLICK

Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 28. Juni 1919 löste sich die Pariser Weltregierung auf. Wilson reiste noch am selben Abend ab, und am nächsten Morgen bestiegen Lloyd George und die noch in Paris verbliebenen Mitglieder der Empire-Delegation einen Sonderzug (für den die französische Regierung der britischen, zu deren Ärger, später eine saftige Rechnung schickte).<sup>1</sup> Orlando, dessen Regierung gestürzt worden war, war bereits fort. Von den Grossen Vier blieb nur Clemenceau zurück. Er verbrachte den Sommer damit, den Versailler Vertrag durch die Nationalversammlung zu bringen, und überwachte die Vorbereitungen für einen nationalen Feiertag im Juli. Einzige Unterbrechung war ein Kurzbesuch in den verwüsteten Regionen im Norden. Die Pariser Hotels kehrten nach der Abreise der Delegationen und der Journalisten zum Normalbetrieb zurück. Die Prostituierten klagten über einen Umsatzeinbruch.<sup>2</sup> Im Spätsommer räumten die Briten das Majestic, das zwei Jahrzehnte später Sitz einer anderen ausländischen «Delegation» werden sollte, diesmal der deutschen Wehrmacht im besetzten Paris.

Die Friedenskonferenz arbeitete bis zum Januar 1920 weiter, aber es war wie eine Theaterproduktion, deren Stars nicht mehr mitspielten. Die Aussenminister und Diplomaten übernahmen wieder das Ruder, sollten aber ihre alte Macht über die auswärtigen Beziehungen nie mehr in vollem Umfang erlangen. Wichtige Fragen wurden stets ihren Vorgesetzten in Rom, London oder Washington zur Entscheidung vorgelegt, und schwierige Punkte wurden auf Sonderkonferenzen besprochen; allein Lloyd George nahm zwischen 1919 und 1922 an 33 solcher Treffen teil.

Zwischen Januar und Juni 1919 hatten die Friedensmacher ausgesprochen viel erreicht: Sie hatten einen Völkerbund und eine Internationale Arbeitsorganisation geschaffen, Mandate verteilt, den deutschen Vertrag fertiggestellt und die Verträge mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und der osmanischen Türkei weitgehend ausgearbeitet. Aber sie hatten auch viele ungelöste Probleme zurückgelassen. Die Grenzen Russlands lagen immer noch nicht endgültig fest, und es war nicht klar, welche der neuen unab-

hängigen Staaten an seiner Peripherie eigenständig bleiben würden: Finnland? Die Ukraine? Georgien? Armenien? Auch in Mitteleuropa waren die Grenzen unter den Trümmern der untergegangenen Reiche noch umstritten. Und die so leichthin getroffene Entscheidung, die Griechen in Smyrna landen zu lassen, hatte eine Kette von Explosionen ausgelöst, die erst 1923 enden sollte.

Darüber hinaus hatten die Friedensmacher einige der grossen Probleme, vor denen sie am Anfang der Konferenz gestanden hatten, nur aufgeschoben. Der russische Bolschewismus war vielleicht eingedämmt worden, aber der lange Krieg zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten hatte gerade erst begonnen. Die deutsche Frage bildete weiterhin einen Unruheherd in Europa. Der alliierte Sieg war nicht vernichtend genug gewesen, und Deutschland war stark geblieben.

Der Nationalismus hatte keineswegs seine Dynamik verloren, sondern gewann weiter an Kraft. Es gab viel Zündstoff in Mitteleuropa und andernorts, im Nahen Osten und in Asien. In vielen Fällen hatten die Friedensmacher vor vollendeten Tatsachen gestanden: Jugoslawien, Polen und die Tschechoslowakei waren bereits vor der Friedenskonferenz entstanden. Mehr, als sich dagegenzustemmen, dass Europa und der Nahe Osten in immer kleinere nationale Einheiten zerfielen, und möglichst vertretbare Staatsgrenzen zu ziehen, konnten die Friedensmacher nicht tun. Die Forderung nach Nationalstaaten mit national homogener Bevölkerung war in der Welt von 1919 nicht vernünftig. Es war damals unmöglich, beispielsweise alle in Europa lebenden Polen oder alle Deutschen in einem Land zu vereinen. Allein in Europa hatte man 30 Millionen Menschen in Staaten belassen, in denen sie eine ethnische Minderheit bildeten, was im Innern zu Argwohn und im Ausland zu Vereinigungswünschen ihrer Landsleute führte.<sup>3</sup>

Im harten Winter 1918/19 empfing ein junger amerikanischer Diplomat in Wien eine Abordnung graubärtiger Männer aus Slowenien. Sie sprachen deutsch; ihre gesamte Stadt mit 60.000 Einwohnern war seit 600 Jahren deutschsprachig. Doch jetzt sollte Slowenien in den neuen Staat Jugoslawien eingegliedert werden. Das machte ihnen Angst; sie wollten nicht von Leuten regiert werden, die sie für ihnen unterlegen hielten. Könnten die Vereinigten Staaten ihr Land nicht einfach annektieren? Nicholas Roosevelt, ein Cousin des grossen Teddy Roosevelt, leitete die

Bitte an seine Vorgesetzten weiter, erhielt aber keine Antwort.<sup>4</sup> Weder Roosevelt noch die Bittsteller aus Slowenien konnten ahnen, dass deren Gemeinde wie viele andere aufhören sollte zu existieren, als nach dem Zweiten Weltkrieg die Deutschen aus vielen Teilen Mitteleuropas vertrieben wurden.

1919 schreckte man noch vor der Vertreibung von Minderheiten zurück und runzelte bei Zwangsassimilierungen die Stirn. Blieb, so schien es, nur Toleranz der Mehrheit gegenüber Minderheiten, an der es jedoch in vielen Ländern mangelte. Die Friedensmacher bemühten sich, die Regierungen zu verpflichten, Minderheiten gut zu behandeln. Die neuen Staaten und einige der kleineren Mächte in Mitteleuropa mussten sich vertraglich verpflichten, Minderheiten die gleichen Rechte wie dem «Nationalvolk» zu gewähren, ihre Religion zu achten und ihnen Rechte zuzugestehen wie dasjenige, ihre eigenen Sprachen zu benutzen. Dagegen legte sowohl Rumänien als auch Jugoslawien Widerspruch ein: Wie sehe es mit ähnlichen Verpflichtungen zugunsten der Schwarzen in den Vereinigten Staaten oder der Iren in Grossbritannien aus, fragte Königin Marie Präsident Wilson. Warum, wollte der rumänische Ministerpräsident Brătianu wissen, hebe man sein Land in dieser Weise hervor? In Italien gebe es ebenfalls Minderheiten; trotzdem müsse es den Vertrag nicht unterschreiben. Osteuropäer seien anders, erwiderte Clemenceau wenig überzeugend. Es war, auch wenn Rumänien und Jugoslawien schliesslich unterzeichneten, kein sehr vielversprechender Anfang.<sup>5</sup>

Angesichts des zunehmenden nationalen Chauvinismus waren die Minderheitenverträge nur eine schwache Geste. Der Völkerbund gab es 1934 auf, ihre Umsetzung zu kontrollieren, und die Grossmächte hatten genügend andere Sorgen. Allerdings waren auch positive Entwicklungen zu verzeichnen: Das kleine Estland gewährte seinen Minderheiten aus eigenem Antrieb Autonomie, und die überwiegend schwedischsprachigen Åland-Inseln blieben nach 1919 zwar unter finnischer Oberhoheit, erhielten aber das vertraglich zugesicherte Recht auf die Pflege der eigenen Sprache und Kultur. Der Zweite Weltkrieg brachte allerdings eine andere Lösung mit sich: die Ermordung unerwünschter Minderheiten, und 1945 vollendete die Massenvertreibung, was Hitler begonnen hatte. Danach gab es in Europa nur noch winzige Minderheiten – insgesamt weniger als drei Prozent der Bevölkerung.<sup>6</sup>

Die Friedensmacher von 1919 waren überzeugt, alles getan zu haben,

was sie konnten, aber sie gaben sich nicht der Illusion hin, die Weltprobleme gelöst zu haben. Bei der Abreise aus Paris am 28. Juni sagte Wilson zu seiner Frau: «Nun, mein Mädchen, es ist vollbracht, und dass niemand zufrieden ist, lässt mich hoffen, dass wir einen gerechten Frieden geschaffen haben. Aber es liegt alles in der Hand der Götter.»<sup>7</sup>

Lloyd George blieb noch drei Jahre an der Regierung. Nach seinem Sturz blieb er Abgeordneter, übte aber bis zu seinem Tod im Jahr 1941 nie wieder ein öffentliches Amt aus. In seinen ziemlich unzuverlässigen Erinnerungen an die Friedenskonferenz neigte er dazu, die Schuld an allem, was schiefgelaufen war, den Franzosen und Amerikanern zuzuschreiben. Clemenceau bewarb sich Anfang 1920 unklugerweise um das Amt des französischen Präsidenten. Da er fest mit seiner Wahl per Akklamation gerechnet hatte, zog er sich nach seiner Niederlage verbittert aus der Politik zurück und verbrachte die nächsten Jahre auf Reisen. Er verfasste weiterhin Bücher, etwa ein zweibändiges philosophisches Riesenwerk sowie eine kurze Schrift über den Athener Redner Demosthenes, der seine kultivierten, ihr bequemes Leben liebenden Mitbürger vor der Gefahr gewarnt hatte, die von dem barbarischen Philipp von Mazedonien ausging. Memoiren schreiben wollte Clemenceau nicht, und 1928 vernichtete er die meisten seiner persönlichen Unterlagen. Er habe seinen Beitrag zur Geschichte geleistet, erklärte er einem britischen Journalisten, aber er hasse Diskussionen über die Vergangenheit. Als jedoch postum ein Angriff Fochs auf ihn veröffentlicht wurde, griff er zur Feder, um sein Handeln während des Krieges und auf der Friedenskonferenz zu verteidigen. Er starb im November 1929, bevor er diese Schrift fertigstellen konnte. Welche Geheimnisse er über die Interna der Friedenskonferenz auch gewusst haben mochte, er hat sie mit ins Grab genommen.<sup>8</sup>

Wilson's Ende war das traurigste. Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten stürzte er sich in einen Kampf mit dem Senat um die Ratifizierung des Versailler Vertrags im Allgemeinen und der Völkerbundakte im Besonderen. Er hatte zwar eine Mehrheit hinter sich, aber wahrscheinlich nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Während seiner Abwesenheit hatten sich seine Gegner zu organisierten begonnen: Isolationisten aus dem Westen, Progressive, nach deren Ansicht er seine eigenen Prinzipien verraten hatte, irische Amerikaner, die erwartet hatten, dass er den Briten in der Iriandfrage die Stirn bieten würde, Republikaner, die

den Demokraten nicht trauten, Demokraten, die Wilson nicht trauten, Männer, die er im Lauf der Jahre gegen sich aufgebracht hatte, und als unvermeidliche Oberstimme des republikanischen Chors der unerbittliche Senator Lodge.

Wilson hätte seine eigene Koalition bilden können. Er hätte die Gemäßigten unter seinen Gegnern auf seine Seite ziehen können, indem er hinnahm, dass in das Votum über die Völkerbundakte amerikanische Vorbehalte aufgenommen wurden. (Ob die Alliierten Änderungen akzeptiert hätten, steht auf einem anderen Blatt.) Doch er weigerte sich, Zugeständnisse zu machen. Seine Gegner, erklärte er, würden von den niedrigsten Instinkten getrieben. «Sie werden von der Geschichte mit entschiedener Verachtung gestraft werden.» Er beschloss, sich an das Volk zu wenden und brach am 2. September 1919 zu einer Rundreise durch das Land auf.<sup>9</sup>

Seine engsten Berater hatten ihn angefleht, es nicht zu tun. Er hatte sich seit Paris keine Pause gegönnt, und es war ein langer, anstrengender Sommer gewesen; die Senatsanhörungen über den Vertrag zogen sich hin, während gleichzeitig überall im Land Arbeitskämpfe ausbrachen. Wilson war hart geblieben. Der Vertrag musste gerettet werden, selbst wenn es ihn das Leben kostete. «Angesichts der grossen Tragödie, mit der die Welt jetzt konfrontiert ist», entgegnete er seinen Beratern, «kann ein anständiger Mensch auf sein persönliches Wohlergehen keine Rücksicht nehmen.»<sup>10</sup> Als er in den Sonderzug einstieg, klagte er über anhaltende starke Kopfschmerzen.

Fast einen Monat lang hielt er auf dem Weg in den Westen der Vereinigten Staaten eine Rede nach der anderen. Die Zuhörermengen wurden immer grösser und reagierten immer begeisterter, aber auch die Kopfschmerzen nahmen zu. Bullitt, der noch unter der Zurückweisung litt, die er nach seiner Russlandmission erlebt hatte, übte jetzt Rache, indem er in den Senatsanhörungen die Pariser Verhandlungen als ununterbrochene Kette von Fehlern darstellte. Auf seine Behauptung, der Aussenminister teile seine Kritik, gab dieser ein wenig überzeugendes Dementi heraus. «Mein Gott!», rief Wilson aus. «Ich hätte nie gedacht, dass Lansing sich so verhalten könnte.» Am frühen Morgen des 26. September brach Wilson zusammen, und der Rest der Rundreise wurde abgesagt. Eine Woche darauf erlitt er einen Schlaganfall, der ihn teilweise lähmte. Er konnte sein Amt nie wieder ganz ausfüllen.<sup>11</sup> Die Tour war umsonst gewesen. Der Se-

nat lehnte den Versailler Vertrag ab. Die Vereinigten Staaten schlossen später separate Verträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn, traten aber dem Völkerbund nie bei.

Wilson starb 1924. Seine Anstrengungen und diejenigen vieler anderer Friedensmacher, die seine Ideale teilten, waren nicht ganz vergeblich gewesen. Der Versailler Vertrag und die anderen, nach seinem Vorbild ausgearbeiteten Verträge mit den Kriegsverlierern enthielten gewiss territoriale und finanzielle Bestimmungen, die aus früheren Jahrhunderten hätten stammen können, aber sie waren auch von einem neuen Geist erfüllt. Die Völkerbundakte war kein Nebenprodukt, sondern stand am Anfang, und der Völkerbund war in die nachfolgenden Bestimmungen integriert; er sollte die Volksabstimmungen überwachen, das Saargebiet sowie Danzig verwalten und die Mandate kontrollieren. In den Bestimmungen über die Internationale Arbeitsorganisation, über Verträge zum Minderheitenschutz, die Schaffung eines ständigen internationalen Gerichtshofs oder über die Strafverfolgung von Männern wie dem deutschen Kaiser wegen Verbrechen gegen die Weltmoral drückte sich die Idee aus, dass es Dinge gab, die der gesamten Menschheit gemeinsam waren, und dass internationale Standards vereinbart werden sollten, die über die blossen nationalen Eigeninteressen hinausgingen. Wenn diese Verträge in der Zwischenkriegszeit angegriffen wurden, dann meistens deshalb, weil sie diese Standards nicht erfüllten.

Später wurde es üblich, alles, was in den 1920er und 1930er Jahren schiefgelaufen war, den Friedensmachern und den Verträgen, die sie 1919 in Paris ausgearbeitet hatten, anzulasten, genauso, wie es immer leichter fiel, an der Demokratie zu verzweifeln. Mit dem Finger auf etwas zu zeigen und die Schultern zu zucken, sind effiziente Methoden, jede Verantwortung von sich zu weisen. Fast hundert Jahre später sind die alten Vorwürfe gegen die Pariser Friedenskonferenz immer noch weit verbreitet. «Das letzte Verbrechen», war in der Millenniums-Sonderausgabe des *Economist* zu lesen, sei «der Versailler Vertrag» gewesen, «dessen harte Bestimmungen einen zweiten Krieg unvermeidlich machten».<sup>12</sup> Damit ignoriert man alles, was politische Führer, Diplomaten, Militärs oder auch normale Wähler in den zwanzig Jahren zwischen 1919 und 1939 getan haben.

Hitler brach den Krieg nicht wegen des Versailler Vertrages vom Zaun, auch wenn er ihn unter Propagandagesichtspunkten für ein Gottesge-



schenk hielt. Selbst wenn man Deutschland seine alten Grenzen belassen und ihm erlaubt hätte, seine Streitkräfte nach Belieben auszubauen und sich mit Österreich zu vereinen, hätte er mehr gewollt: die Zerstörung Polens, die Kontrolle über die Tschechoslowakei und vor allem die Eroberung der Sowjetunion. Er hätte mehr «Lebensraum» für das deutsche Volk und die Vernichtung seiner vermeintlichen Feinde, seien es nun Juden oder Bolschewisten, gefordert. Darüber stand nichts im Versailler Vertrag.

Natürlich haben die Friedensmacher von 1919 Fehler begangen. Durch die beiläufige Behandlung der nichteuropäischen Welt haben sie Ressentiments hervorgerufen, für die der Westen noch heute zahlt. Sie haben grosse Mühe darauf verwandt, die Grenzen in Europa zu ziehen, auch wenn nicht jeder mit dem Ergebnis zufrieden war. Aber in Afrika haben sie die alte Praxis beibehalten, Territorien nach den Wünschen der Kolonialmächte zu verteilen. Im Nahen Osten, insbesondere im Irak, haben sie Völker in Staaten zusammengebracht, denen es immer noch nicht gelungen ist, zu einer Zivilgesellschaft zu verschmelzen. Aber auch wenn sie es noch besser hätten machen können, hätten sie es gewiss auch wesentlich schlechter machen können. Sie versuchten, selbst der Zyniker Clemenceau, eine bessere Ordnung zu schaffen. In die Zukunft konnten sie nicht schauen, und sie konnten sie ganz sicher nicht bestimmen. Das war die Aufgabe ihrer Nachfolger. Als 1939 der Krieg ausbrach, war das das Ergebnis von Entscheidungen, die in den vorangegangenen zwanzig Jahren getroffen oder nicht getroffen worden waren, und nicht der Vereinbarungen von 1919.

Möglicherweise wäre alles anders gekommen, wenn Deutschland deutlicher besiegt worden wäre. Oder wenn die Vereinigten Staaten damals schon so mächtig gewesen wären wie nach dem Zweiten Weltkrieg – und bereit, diese Macht einzusetzen. Oder wenn Grossbritannien und Frankreich durch den Krieg nicht derart geschwächt gewesen wären – oder derart geschwächt, dass die Vereinigten Staaten sich zum Eingreifen verpflichtet gefühlt hätten. Oder wenn Österreich-Ungarn nicht auseinandergebrochen wäre oder seine Nachfolgestaaten nicht miteinander im Streit gelegen hätten. Oder wenn China nicht so schwach oder Japan selbstsicherer gewesen wäre. Oder wenn die Staaten einen Völkerbund mit wirklichen Machtbefugnissen akzeptiert hätten. Oder wenn die Welt durch den Krieg derart zerstört gewesen wäre, dass sie willens gewesen wäre, eine neue Art

der Gestaltung der internationalen Beziehungen in Betracht zu ziehen. Die Friedensmacher hatten es jedoch nicht mit einer möglichen Realität zu tun, sondern mit dem, was sie vorfanden. Sie mussten sich mit gewaltigen und enorm schwierigen Fragen herumschlagen: Wie konnten die irrationalen Leidenschaften des Nationalismus oder der Religion eingedämmt werden, bevor sie noch mehr Schaden anrichteten? Wie konnte man den Krieg ächten? Diese Fragen stellen sich auch heute noch.

## DANKSAGUNG

Auf der Titelseite dieses Buchs steht mein Name, aber es wäre nicht zustande gekommen ohne all die Menschen, die mich ermutigt haben, ein derart gewaltiges Thema anzupacken, die mich anspornten, wenn mich der Mut verliess, und die mich ertrugen, wenn ich über nichts anderes als den Völkerbund reden wollte. Einige von ihnen muss ich hervorheben, weil ich ihnen ganz besonders dankbar bin: Sandra Hargreaves, Avi Shlaim, Peter Snow und Lord Weidenfeld halfen dabei, aus einer Idee ein wirkliches Projekt zu machen. Dass John Murray mein Verleger wurde, betrachte ich als grosses Glück. Grant McIntyre und Matthew Taylor sorgten für ein ausgezeichnetes und akribisches Lektorat. Unermesslichen Dank schulde ich meinem Kollegen und Freund Bob Bothwell, der mir über die Jahre half, nicht nur meine Gedanken über die Friedenskonferenz zu ordnen, sondern auch darüber, was es bedeutet, über Geschichte zu schreiben. Orde Morton, Thomas Barcsay, David MacMillan, Catharina MacMillan, Peter Snow, Daniel Snow und Barbara Eastman lasen Teile des Buchs und gaben mir wichtige Ratschläge. Meine Eltern Eluned und Robert MacMillan lasen ohne Murren jedes Wort, häufig mehrere Male. Zudem hatte ich zwei ausgezeichnete Rechercheure: Rebecca Snow, der ich die Fotografien verdanke, und John Ondrovcik, der den Text prüfte und die Bibliographie zusammenstellte. Bob Manson, Al Wargo und Errol Aspevig unterstützten zu unterschiedlichen Zeiten meine Recherchen.

Für ihre Erlaubnis, aus Material zu zitieren, das zu ihren Sammlungen gehört oder für das sie das Copyright besitzen, danke ich den folgenden Personen und Institutionen: den National Archives of Scotland für die Lothian-Papiere (GD40/17); Nigel Nicolson für Harold Nicolson, *Peacemaking, 1919*, London 1964 (dt.: *Friedensmacher 1919*, Berlin 1933); dem Clerk of the Records, House of Lords Record Office, in Vertretung des Beaverbrook Foundation Trust für die Lloyd-George-Papiere; der Princeton University Press für Arthur S. Link (Hg.), *The Deliberations of the Council of Four*, 2 Bde., Princeton, New Jersey, 1992; und den Kuratoren des Britischen Museums für die Balfour-Papiere. Es wurden alle Anstrengungen unternommen, die Inhaber von Urheberrechten ausfindig zu ma-

chen; sollte irgendeiner übersehen worden sein, wäre ich sehr dankbar, wenn er sich bei mir meldet.

Mein Dank gilt ebenso meinem Arbeitgeber, der Ryerson University, dafür, dass er mir Zeit gab, und dem St. Anthonys College in Oxford für ein wundervolles Semester als Senior Associate Member. Die Familien Snow und Macmillan in London und die Familie Shlaim in Oxford waren grosszügige Gastgeber und Förderer. Wenn dieses Buch all dies nicht widerspiegelt, ist es allein meine Schuld.

# Anmerkungen

## Einführung

- 1 Cambon, *Correspondance, 1870-1924*, Bd. 3, S. 292.
- 2 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 1, S. 243-246.
- 3 Webster, *The Congress of Vienna, 1814-1815*, S. 15.
- 4 Ribot, *Journal d'Alexandre Ribot et correspondances inédites, 1914-1922*, S. 255.
- 5 H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 197.
- 6 Beers, *Vain Endeavor*, S. 148.
- 7 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 8; Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 67-69.
- 8 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 8. März 1919.
- 9 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 190.
- 10 F. Palmer, *Bliss, Peacemaker*, S. 400.
- 11 House, *Die vertraulichen Dokumente des Obersten House*, S. 12.
- 12 Zit. in Beers, *Vain Endeavor*, S. 52f., 100.
- 13 Armstrong, *Peace and Counterpeace*, S. 104; Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 9; F. Palmer, *Bliss, Peacemaker*, S. 363.
- 14 Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 9.
- 15 Zit. in Bailey, *Woodrow Wilson and the Lost Peace*, S. 87.
- 16 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 220-226; Bailey, *Woodrow Wilson and the Lost Peace*, S. 92-101.
- 17 Zit. in Schulte Nordholt, *Woodrow Wilson*, S. 195.
- 18 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 18. Oktober 1918.
- 19 Woodrow Wilson, «Ansprache für die Erklärung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich in gemeinsamer Sitzung beider Häuser des Kongresses am 2. April 1917», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 175.
- 20 PWW, Bd. 55, S. 120; Bd. 56, S. 128.
- 21 Scott, *The Political Diaries of C.P. Scott, 1911-1928*, S. 386.
- 22 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 9f.
- 23 Zit. in Link, *Wilson. Confusions and Crises, 1915-1916*, S. 11-14.

- 24 National Archives of Canada, Biggar Papers, Bd. 2, Brief vom 20. März 1919.
- 25 Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 22. Dezember 1918.
- 26 Heckscher, *Woodrow Wilson*, S. 347-353, 498f.
- 27 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 22.
- 28 Ebd., S. 23-26; Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 75-78; Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 41-44.
- 29 Scott, *The Political Diaries of C.P. Scott, 1911-1928*, S. 367; C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 369.
- 30 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 24.
- 31 Link, *Wilson. The New Freedom*, S. 324-327; FRUS, Bd. 2, S. 461.
- 32 FRUS, Bd. 2, S. 461f.
- 33 Zit. in Link, *Wilson. The New Freedom*, S. 375.
- 34 Zit. in ebd., S. 386.
- 35 Ebd., S. 398.
- 36 British Museum, Balfour Papers, 497 34/186-192.
- 37 Zit. in Link, *Wilson. The New Freedom*, S. 67.
- 38 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 46.
- 39 Zivojinovic, *America, Italy and the Birth of Yugoslavia, 1917-1919*, S. 44.
- 40 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 46.
- 41 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 25.
- 42 Roosevelt, *A Front Row Seat*, S. 97.
- 43 Woodrow Wilson, «Ansprache für die Erklärung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich in gemeinsamer Sitzung beider Häuser des Kongresses am 2. April 1917», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 175; ders., «Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918», in: ebd., S. 222f.
- 44 Sharp, «The Genie that Would Not Go Back into the Bottle», passim.
- 45 Zit. in Bonsai, *Suitors and Suppliers*, S. 275.
- 46 PWW, Bd. 55, S. 463; Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 294.
- 47 Lansing, *Die Versailler Friedensverhandlungen*, S. 73.
- 48 Woodrow Wilson, «Ansprache an die beiden in gemeinsamer Sitzung versammelten Häuser des Kongresses am 11. Februar 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 232.
- 49 Sharp, «The Genie that Would Not Go Back into the Bottle», S. 10.
- 50 Wambaugh, *Plebiscites since the World War*, Bd. 1, S. 3-5, 13f., 17; Davies, *White Eagle, Red Star*, S. 35.
- 51 FRUS, Bd. 12, S. 515.
- 52 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 429.
- 53 Zit. in Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 243.
- 54 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 25.
- 55 Link, *Wilson the Diplomatist*, S. 14f.
- 56 Woodrow Wilson, «Ansprache an den Senat vom 22. Januar 1917», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 154.
- 57 Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 5. November 1918.
- 58 FRUS, Bd. 1, S. 296, 407.
- 59 Zit. in Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 43; Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 23.

- 60 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 223f.
- 61 Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 81, Anm. 11; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 42-46.
- 62 Schulte Nordholt, *Woodrow Wilson*, S. 285f.; Bailey, *Woodrow Wilson and the Lost Peace*, S. 27f.; PWW, Bd. 54, S. 432; Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S.210f.
- 63 Zit. in Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden*, S. 323f.
- 64 PWW, Bd. 53, S. 378f., 397; Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 38f.; Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 81-84.
- 65 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 85-88; PWW, Bd. 53, S. 382-384.

## 2 Erste Eindrücke

- 1 Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 23. Dezember 1918.
- 2 Zit. in George/George, *Woodrow Wilson and Colonel House*, S. 76-79.
- 3 Zit. in Link, *Wilson. The New Freedom*, S. 91.
- 4 Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 16. Dezember 1918.
- 5 Esposito, «Imagined Power»; George / George, *Woodrow Wilson and Colonel House*, S. 231.
- 6 Zit. in Link, *Wilson. The New Freedom*, S. 93f.
- 7 House, *Die vertraulichen Dokumene des Obersten House*, S. 13; George/George, *Woodrow Wilson and Colonel House*, S. 92f.
- 8 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 88.
- 9 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch.
- 10 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 93-95.
- 11 Zit. in Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 78.
- 12 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 245f.
- 13 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 1. April 1919.
- 14 Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 3. April 1919.
- 15 Siehe D. Lloyd George, *Mein Anteil am Weltkrieg*, Bd. 3, S. 553-575; D. Stevenson, *The First World War and International Politics*, S. 271-283.
- 16 Floto, *Colonel House in Paris*, S. 78.
- 17 FRUS, Bd. 1, S. 333.
- 18 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 252f.
- 19 Walworth, *Woodrow Wilson*, Bd. 2, S. 217.
- 20 Zit. in Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 66.
- 21 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 181f.
- 22 PWW, B. 53, S. 520.
- 23 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 185-201.
- 24 Ebd., S. 193f.
- 25 Ebd., S. 149f.
- 26 PWW, Bd. 53, S. 707f.; Bd.54, S. 175.
- 27 FRUS, Bd. 1, S. 386-396; House, *Die vertraulichen Dokumente des Obersten House*, S. 355 [Intimate Papers, Bd. 4, S. 243, Anm. 1]; «Vorläufiger französischer Verhandlungsplan», 2. Dezember 1918, in: W. Wilson, *Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MC-MXIX*, Bd. 3, S. 50-57.
- 28 PWW, Bd. 54, S. 235.
- 29 Ministère de la Défense, Clemenceau-Papiere, 6N72, Conférence de la

- Paix, Denkschrift vom 18. Dezember 1918.
- 30 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 56-58; Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 100, Anm. 2.
- 31 Zit. in Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 132; ders., *Unfinished Business*, S. 68.
- 32 Zit. in F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 192; Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S.41.
- 33 Watson, *Georges Clemenceau*, S. 401-407.
- 34 Stevenson, «France at the Paris Peace Conference», S. 15.
- 35 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 42.
- 36 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 88.
- 37 FRUS, Bd. 11, S.498.
- 38 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 218.
- 39 Toynbee, *Acquaintances*, S. 200-202.
- 40 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 269-271; Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 18. Dezember 1918.
- 5 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 147f.
- 6 Yale University Library, Wiseman Papers, Serie I, 7/178, Friedenskonferenz-Tagebuch, 19. Januar 1919.
- 7 Zit. in Williams, *The Tiger of France*, S. 246.
- 8 Zit. in Watson, *Georges Clemenceau*, S. 220.
- 9 Zit. in Kleine-Ahlbrandt, *The Burden of History*, S. 39.
- 10 Aidcroft, *Die zwanziger Jahre*, S. 26-35.
- 11 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914-1920*, S. 109.
- 12 Laroche, *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré, 1913-1926*, S. 58-60; Keylor, «Versailles and International Diplomacy», S. 483, Anm. 41.
- 13 Zit. in Guiral, *Clemenceau en son temps*, S. 309.
- 14 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 118; Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 20.
- 15 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 28. April 1919.
- 16 Zit. in Orlando, *Memorie (1915-1919)*, S. 369.
- 17 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 286.
- 18 Williams, *The Tiger of France*, S. 28.
- 19 Watson, *Georges Clemenceau*, S. 136.
- 20 Zit. in F. Stevenson, *Lloyd George*, S.212.
- 21 D. Lloyd George, *Mein Anteil am Weltkrieg*, Bd. 3, S. 159.
- 22 Williams, *The Tiger of France*, S. 249.
- 23 Zit. ebd., S. 254f.
- 24 Zit. in D. Lloyd George, *Mein Anteil am Weltkrieg*, Bd. 3, S. 164.
- 25 Williams, *The Tiger of France*, S. 165.

### 3 Paris

- 1 National Archives of Canada, Biggar Papers, Bd. 2, Brief, 14. Januar 1919.
- 2 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 112,115.
- 3 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 218f.
- 4 FRUS, Bd. 1, S. 119-123; Ministère de la Défense, Clemenceau-Papier, 6N72, Conférence de la Paix, Pichon an Jusserand, 7. November 1918.



- 26 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 2, S. 343.
- 27 Zit. in Williams, *The Tiger of France*, S. 72-74.
- 28 Zit. in Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 5.
- 29 Zit. in Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 30.
- 30 Zit. in Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 206.
- 31 Zit. in Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 274; Watson, *Georges Clemenceau*, S. 338f.; Ministère des Affaires Étrangères, Série à Paix, 60 (Friedensbedingungen), Vorbemerkungen zur Neuordnung Deutschlands, 27. Oktober 1917.
- 32 Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. 102.
- 33 Library of Congress, Beer Collection, Tagebuch, 1. März 1919.
- 34 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 24. Januar 1919.
- 35 Zit. in Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 20.
- 36 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 106.
- 37 Watson, *Georges Clemenceau*, S. 278f., 341; Williams, *The Tiger of France*, S. 203f.; PWW, Bd. 57, S. 513.
- 38 F. Lloyd George, *The Years that Are Past*, S. 155.
- 39 Zit. in Hardinge, *Old Diplomacy*, S. 242.
- 40 Zit. in F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 192.
- 41 Zit. in Nitti, *Rivelazioni dramatis personae*, S. 91.
- 42 Zit. in Repington, *After the War*, S. 389.
- 43 Zit. in Williams, *The Tiger of France*, S. 286.
- 44 Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 92, 98, 210.
- 45 Zit. in Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 256-259.
- 46 Zit. in ebd., S. 234-236.
- 47 Ebd., S. 246f., 251f.
- 48 Zit. in ebd., S. 255.
- 49 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 191.
- 50 Zit. in Duroselle, *Clemenceau*, S. 723.
- 51 Ebd., S. 721-728.

#### 4 Lloyd George und die britische Delegation

- 1 Watson, *Georges Clemenceau*, S. 226.
- 2 D. Lloyd George, *Mein Anteil am Weltkrieg*, Bd. 3, S. 161f., 168.
- 3 Zit. in Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 1, S. 256f.
- 4 Cecil, *A Great Experiment*, S. 67.
- 5 Zit. in Grigg, *The Young Lloyd George*, S. 100-102.
- 6 Grigg, *Lloyd George. From Peace to War, 1912-1916*, S. 225.
- 7 Churchill, *Weltkrisis*, Bd. 4, S. 18.
- 8 Zit. in Grigg, *The Young Lloyd George*, S. 210-212.
- 9 Keynes, «Lloyd George», S. 72.
- 10 Zit. in Grigg, *The Young Lloyd George*, S. 67.
- 11 Grigg, *Lloyd George. The Peoples Champion*, S. 338; Harrod, *The Life of John Maynard Keynes*, S. 240.
- 12 Grigg, *Lloyd George. The Peoples Champion*, S. 77.
- 13 Zit. in ebd., S. 125, Anm. 3.
- 14 Ministère des Affaires Étrangères, Europe, 1918-1929, EU 18-40, Grande Bretagne, Bd. 7, Les comptes-courant, 1. März 1923.
- 15 PWW, Bd. 58, S. 103.
- 16 Grigg, *Lloyd George. The Peoples Champion*, S. 327-330.

- 17 Zit. in Grigg, *Lloyd George. From Peace to War*, S. 212.
- 18 Zit. in ebd., S. 478.
- 19 Zit. in Dugdale, *Arthur James Balfour, 1906-1930*, S. 13 2f.
- 20 Rowland, *Lloyd George*, S. 418.
- 21 Beaverbrook, *The Decline and Fall of Lloyd George*, S. 303.
- 22 Dockrill/Steiner, «The Foreign Office at the Paris Peace Conference in 1919».
- 23 Dugdale, *Arthur James Balfour, 1906-1930*, S. 19 9.
- 24 Zit. in Fry, *Lloyd George and Foreign Policy*, Bd. 1, S. 255.
- 25 Zit. in Amery, *The Leo Amery Diaries*, Bd. 1, S. 240; Vansittart, *The Mist Procession*, S. 248.
- 26 Fry, *Lloyd George and Foreign Policy*, Bd. 1, S. 246-248; Grigg, *Lloyd George. From Peace to War*, S. 420.
- 27 Dockrill/Steiner, «The Foreign Office at the Paris Peace Conference in 1919», S. 77.
- 28 Zit. in Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 42.
- 29 Grigg, *The Young Lloyd George*, S.212, 285, 296f.
- 30 D. Lloyd George, *Mein Anteil am Weltkrieg*, Bd. 2, S. 359.
- 31 Zit. in Cook, «Sir Robert Borden, Lloyd George, and British Military Policy, 1917-1918», S. 385.
- 32 MacMillan, «Canada and the Origins of the Imperial War Cabinet», S. 67-69, 72f.
- 33 Fitzhardinge, *The Little Digger*, Bd. 2, S. 91-94,300; D. Lloyd George, *Mein Anteil am Weltkrieg*, Bd. 2, S. 366.
- 34 Zit. in Roskill, *Hankey*, Bd. 2, S. 29.
- 35 Fitzhardinge, *The Little Digger*, Bd. 2, S. 354; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/28/2/9.
- 36 Zit. in Roskill, *Hankey*, Bd. 2, S. 30.
- 37 Zit. in R.C. Brown, *Robert Laird Borden*, Bd. 2,152.
- 38 Zit. in Roskill, *Hankey*, Bd. 2, S. 29f.
- 39 FRUS, Bd. 1, S. 482-486, 531-533; Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 1 (13. Januar 1919).
- 40 Zit. in Zimmern, *The Third British Empire*, S. 30.
- 41 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 490; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/5/5, Botha an Lloyd George, 15. Mai 1919.
- 42 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 231f.
- 43 Ministère des Affaires Étrangères, Série à Paix, 1914-1920, Bd. 287, Konferenzvorbereitungen, Paul Cambon an Pichon, 6. November 1918.
- 44 Siehe beispielsweise: Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 28. Oktober 1918, 6. Februar 1919.
- 45 Garran, *Prosper the Commonwealth*, S. 257; Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 265; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 48.
- 46 National Archives of Canada, Biggar Papers, Bd. 2, Brief vom 9. Februar 1919.
- 47 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 170.
- 48 National Archives of Canada, Christie Papers, Bd. 4, Akte 9; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 48; Toynbee, *Acquaintances*, S. 205.
- 49 E. Howard, *Theatre of Life*, S. 288.
- 50 National Archives of Canada, Christie Papers, Bd. 7, Akte 20.
- 51 Borden, *Robert Laird Borden*, Bd. 2, S. 844.
- 52 D. Lloyd George, *Mein Anteil am*

*Weltkrieg*, Bd. 2, S. 385; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/5/2/28, Borden an Lloyd George, 23. November 1918.

- 53 Louis, *Das Ende des deutschen Kolonialreiches*, S. 66f.  
 54 Fitzhardinge, *The Little Digger*, Bd. 2, S. 74f.  
 55 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 229.  
 56 Ebd., S. 113.  
 57 National Archives of Canada, Biggar Papers, Bd. 2, Brief an Mrs. Biggar, 7. März 1919.

### 5 «Wir sind der Bund des Volkes»

- 1 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 244; Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 175-177; Seymour, Charles: *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 154f.; Westermann, «The Armenian Problem and the Disruption of Turkey», S. 181; Riddell u. a., *The Treaty of Versailles and After*, S. 15; PWV, Bd. 54, S. 5.
- 2 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 469.
- 3 Churchill, *Weltkrise*, Bd. 4, S. 26.
- 4 Gelfand, *The Inquiry*, S. 227f., 259.
- 5 National Archives of Canada, Borden Papers, Bd. 431, Akte 53.
- 6 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 31.
- 7 FRUS, Bd. 3, S. 535-537; Tardieu, *The Truth about the Treaty*, S. 88-91.
- 8 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 29-31.
- 9 FRUS, Bd. 3, S. 553-556.
- 10 Ebd., Bd. 492, S. 537.
- 11 Ebd., S. 600, 619.
- 12 Ebd., S. 607.
- 13 Aldrovandi Marescotti, *Nuovi ricordi e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 102.
- 14 FRUS, Bd. 3, S. 614, 620-622.
- 15 White, *The Autobiography of William Allen White*, S. 555.
- 16 Woodrow Wilson, «Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 222.
- 17 FRUS, Bd. 3, S. 612f.
- 18 Zit. in Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 106.
- 19 FRUS, Bd. 3, S. 609-611.
- 20 Villard, *Fighting Years*, S. 387f.
- 21 FRUS, Bd. 3, S. 546-547.
- 22 Ebd., S. 551.
- 23 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 91.
- 24 Zit. in Mazower, «Minorities and the League of Nations in Interwar Europe», S. 50.
- 25 Library of Congress, Bliss Papers, Box 244, Brief vom 26. Februar 1919.
- 26 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 211.
- 27 National Archives of Canada, Borden Papers, Bd. 444, Akte 158.
- 28 FRUS, Bd. 3, S. 1022f.; Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 179.
- 29 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 144f.; Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 128.
- 30 Hoover, *The Ordeal of Woodrow Wilson*, S. 88; Mitchell, *1919*, S. 92-96; FRUS, Bd. 2, S. 635; Bd. 3, S. 513.
- 31 FRUS, Bd. 3, S. 516.
- 32 Hoover, *The Ordeal of Woodrow Wilson*, S. 91-99; FRUS, Bd. 2, S. 658-661.
- 33 Ministère des Affaires Étrangères, Tardieu-Papier, 166/193, «Conférence interalliée des Londres, 2 et 3 décembre 1918»; Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 23f.

- 34 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 305f.
- 35 FRUS, Bd.2,S.713f.
- 36 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 1, S. 304-308; Hoover, *The Ordeal of Woodrow Wilson*, S. 99-114.
- 37 Aidcroft, «The Versailles Legacy»; Silverman, *Reconstructing Europe after the Great War*, Kap. 7, 8.

## 6 Russland

- 1 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 88.
- 2 FRUS, Bd. 3, S. 159-164.
- 3 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 326f.
- 4 Ullman, *Anglo-Soviet Relations, 1917-1921*, Bd. 2, S. III, Anm. 22; S. 174f.
- 5 Watson, *Georges Clemenceau*, S. 315, 372.
- 6 Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. 7f.
- 7 Baker, *Woodrow Wilson and World Settlement*, Bd. 2, S. 64.
- 8 National Archives of Canada, 01864, Borden-Tagebuch, 13. Februar 1919.
- 9 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 46.
- 10 Klein, «Between Compiègne and Versailles», passim.
- 11 National Archives of Canada, Biggar Papers, Bd. 2, Briefe vom 20. Januar, 5. Februar und 4. April 1919.
- 12 Zit. in J.M. Thompson, *Russia, Bolshevism, and the Versailles Peace*, S. 175f.
- 13 Ullman, *Anglo-Soviet Relations, 1917-1921*, Bd. 2, S. 141f.
- 14 Manchester, *Churchill*, Bd. 1, S. 844-846; Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 227,277-279, 355f., 375; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 325.
- 15 Ullman, *Anglo-Soviet Relations, 1917-1921*, Bd. 1, S. 68-70.
- 16 FRUS, Bd. 3, S. 583.
- 17 PWW, Bd. 56, S. 247.
- 18 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 330f.
- 19 Zit. in Davies, *White Eagle, Red Star*, S. 90.
- 20 Duroselle, *Clemenceau*, S. 809.
- 21 FRUS, Bd. 3, S. 591f.
- 22 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 77.
- 23 Ashmead-Bartlett, *The Tragedy of Central Europe*, S. 201.
- 24 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 321.
- 25 FRUS, Bd. 3, S.491.
- 26 Watson, *Georges Clemenceau*, S. 48-55.
- 27 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/3/4/5, Balfour an Lloyd George, 18. Januar 1919.
- 28 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 20.
- 29 FRUS, Bd. 3, S. 581-584.
- 30 Yale University Library, Wiseman Papers, Serie I, 7/178, Friedenskonferenz-Tagebuch, 19. Januar 1919.
- 31 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 2 (20. Januar 1919).
- 32 Churchill, *Weltkrisis*, Bd. 4, S. 226.
- 33 Zit. in Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S.231.
- 34 Zit. in Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 297.
- 35 J.M. Thompson, *Russia, Bolshevism, and the Versailles Peace*, S. 5f., 46-50.
- 36 Knock, *To End All Wars*, S. 156f.
- 37 Zit. in Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 270.

- 38 Ullman, *Anglo-Soviet Relations, 1917-1921*, Bd. 2, Kap. 1.
- 39 Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 226f.
- 40 Ebd., S. 230-233.
- 41 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 8 (17. Februar 1919).
- 42 Zit. in Azan, *Franchet d'Espèrey*, S. 239.
- 43 Kenez, *Civil War in South Russia, 1919-1920*, S. 180-191; Pipes, *Die russische Revolution*, Bd. 3, S. 130.
- 44 FRUS, Bd. 3, S. 471-473; Bd. 4, S. 122f., 379-382; F. Palmer, *Bliss, Peacemaker*, S. 378.
- 45 Hovi, *Cordon sanitaire or barrière de l'est?*, S. 216f. und passim.
- 46 FRUS, Bd. 4, S. 121; Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 254; Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 8(17. Februar 1919).
- 47 Ministère de la Défense, Clemenceau-Papiere, 6N72, Notizen über ein Gespräch in der Downing Street 10, London, 11. Dezember 1919.
- 48 Churchill College, Churchill Papers, Charwell Group, Char 16/20, Lloyd George an Churchill, 16. Februar 1919.
- 49 Churchill, *Weltkrisis*, Bd. 4, S. 247.
- 50 Scottish Record Office, Lothian Papers, 771, Lloyd George an Kerr, 19. Februar 1919.
- 51 Figes, *Die Tragödie eines Volkes*, S. 607; Ullman, *Anglo-Soviet Relations, 1917-1921*, Bd. 2, S. 212-214.
- 52 Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 264, 286.
- 53 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/89/2/20, Lloyd George an Kerr, 16. Februar 1919.
- 54 FRUS, Bd. 3, S. 647-653.
- 55 Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 13.
- 56 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 133.
- 57 Zit. in Debo, *Revolution and Survival*, S. 18.
- 58 Fischer, *The Soviets in World Affairs*, S. 101-103.
- 59 J.M. Thompson, *Russia, Bolshevism, and the Versailles Peace*, S. 90f.
- 60 FRUS, Bd. 3, S. 643-646.
- 61 National Archives of Canada, Borden-Tagebuch, 23. Januar 1919.
- 62 Zit. in J.M. Thompson, *Russia, Bolshevism, and the Versailles Peace*, S. 115f.
- 63 Ebd., S. 119-122; E. Howard, *Theatre of Life*, S. 300.
- 64 J.M. Thompson, *Russia, Bolshevism, and the Versailles Peace*, S. 110f., 122; Yale University Library, Wiseman Papers, Serie I, 7/178, Friedenskonferenz-Tagebuch, 19. Januar 1919.
- 65 Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 11, S. 131.
- 66 Scottish Record Office, Lothian Papers, 1216, Kerr an Lloyd George, 11. Februar 1919.
- 67 Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 239-243; Churchill, *Weltkrisis*, Bd. 4, S. 164f.; FRUS, Bd. 3, S. 1041-1044.
- 68 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 8 (17. Februar 1919); FRUS, Bd. 4, S. 10-21, 28; Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 17. Februar 1919; H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 170.
- 69 Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 21.
- 70 Churchill, *Weltkrisis*, Bd. 4, S. 165-

- 168; Churchill College, Churchill Papers, Charwell Group, Char 16/20, Lloyd George an Churchill, 16. Februar 1919.
- 71 H. Wilson, *Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson*, S. 344.
- 72 Zit. in Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 141.
- 73 J.M. Thompson, *Russia, Bolshevism, and the Versailles Peace*, S. 149-152.
- 74 Brownell/Billings, *So Close to Greatness*, 18-21, 29-33.
- 75 Farnsworth, *William C. Bullitt and the Soviet Union*, S. 30-33.
- 76 Steffens, *Die Geschichte meines Lebens*, S. 853.
- 77 Farnsworth, *William C. Bullitt and the Soviet Union*, S. 35-39; J.M. Thompson, *Russia, Bolshevism, and the Versailles Peace*, S. 152-158.
- 78 Farnsworth, *William C. Bullitt and the Soviet Union*, S. 40; Steffens, *Die Geschichte meines Lebens*, S. 860-862.
- 79 Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 302-306.
- 80 Ullman, *Anglo-Soviet Relations, 1917-1921*, Bd. 2, S. 153-157.
- 81 Brownell/Billings, *So Close to Greatness*, S. 93-98; Farnsworth, *William C. Bullitt and the Soviet Union*, S. 62f.
- 82 Hoover, *The Ordeal of Woodrow Wilson*, S. 118f., 247-249.
- 83 Ebd., S. 120-122.
- 84 Huntford, *Nansen*, S. 488f.; J.M. Thompson, *Russia, Bolshevism, and the Versailles Peace*, S. 263-267.
- 85 Pipes, *Die russische Revolution*, Bd. 3, S. 26-32.
- 86 Churchill, *Weltkrisis*, Bd. 4, S. 176.
- 87 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 193-195, 333f.
- ## 7 Der Völkerbund
- 1 Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 28. und 29. Januar 1919.
- 2 Henig (Hg.), *The League of Nations*, S. 164-166.
- 3 Kissinger, *Die Vernunft der Nationen*, S. 168f.; M. Howard, *War and the Liberal Conscience*, Kap. 1-3.
- 4 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 35.
- 5 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/1 17/1/3, Empire-Kriegskabinett, 1918, Sitzungsprotokolle, 46 (24. Dezember 1918); Egerton, «The Lloyd George Government and the Creation of the League of Nations», S. 431.
- 6 Cecil, *All the Way*, S. 153-156.
- 7 Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 99-104.
- 8 PWW, Bd. 54, S. 235.
- 9 Zit. in Cecil, *A Great Experiment*, S. 59.
- 10 Woodrow Wilson, «Ansprache im Metropolitan Opera House in New York für die vierte Freiheitsanleihe am 27. September 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 257.
- 11 Willert, *The Road to Safety*, S. 152f.
- 12 Zit. in Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 122.
- 13 Egerton, *Great Britain and the Creation of the League of Nations*, S. 65-69.
- 14 Zit. in Willert, *The Road to Safety*, S. 152f.
- 15 National Archives of Canada, Biggar Papers, Bd. 2, Brief vorn 30. März 1919.
- 16 Jones, *Whitehall Diary*, Bd. 1, S. 28.
- 17 Hancock, *Smuts*, S. 1-51.
- 18 Smuts, *Selections from the Smuts Papers*, Bd. 4, S. 10-16.

- 19 Clemenceau, *Grösse und Tragik eines Sieges*, S. HO.
- 20 Public Record Office, CAB 29/12, Denkschrift vom 3. Dezember 1919.
- 21 Zit. in Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 2, S. 23-60.
- 22 Smuts, *Selections from the Smuts Papers*, Bd. 4, S. 34.
- 23 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 34-36.
- 24 Smuts, *Selections from the Smuts Papers*, Bd. 4, S. 41f.
- 25 PWW, Bd. 55, S. 266; Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 73.
- 26 Clemenceau, *Grösse und Tragik eines Sieges*, S. 108.
- 27 Cecil, *A Great Experiment*, S. 11-16; ders., *All the Way*, S. 13-18.
- 28 Cecil, *A Great Experiment*, S. 63; Raffo, «The Anglo-American Preliminary Negotiations for a League of Nations», S. 166.
- 29 PWW, Bd. 54, S. 152.
- 30 FRUS, Bd. 3, S. 176-201.
- 31 PWW, Bd. 54, S. 152.
- 32 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 120f., 124-126; Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 434f.
- 33 PWW, Bd. 54, S. 514.
- 34 House, *Die vertraulichen Dokumente des Obersten House*, S. 360, Tagebucheintrag vom 4. Februar 1919.
- 35 Baker, *Woodrow Wilson and World Settlement*, Bd. 1, S. 242f.
- 36 Miller, «The Making of the League of Nations», S. 403.
- 37 Cecil, *A Great Experiment*, S. 64f.
- 38 Ministère de la Défense, Clemenceau-Papiere, 6N72, Conférence de la Paix, Denkschrift vom 18. Dezember 1918.
- 39 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 28. April 1919.
- 40 Bonsai, *Unfinished Business*, S. 30.
- 41 PWW, Bd. 54, S. 489.
- 42 Zit. in Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 256f.; Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 11, S. 283.
- 43 Willert, *The Road to Safety*, S. 152.
- 44 Egerton, *Great Britain and the Creation of the League of Nations*, S. 134f.
- 45 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 209f., 216f.
- 46 Lansing, *Die Versailler Friedensverhandlungen*, S. 37-40; Widenor, *Henry Cabot Lodge and the Search for an American Foreign Policy*, S. 306f.; Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 282; Cecil, *A Great Experiment*, S. 78; Egerton, *Great Britain and the Creation of the League of Nations*, S. 142; ders., «The Lloyd George Government and the Creation of the League of Nations», S. 432f.; H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 1, S. 184, 213.
- 47 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 195f.
- 48 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/5/5/28, Borden an Lloyd George, 23. November 1918.
- 49 R.C. Brown, *Robert Laird Borden*, Bd. 2, S. 155f.; Department of External Affairs, Ottawa, *Documents on Canadian External Relations*, Bd. 2, S. 58-63.
- 50 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 187f.; Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 282.
- 51 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 209f.
- 52 Ebd., S. 216f.
- 53 Ebd., Bd. 2, S. 344-346.
- 54 PWW, Bd. 56, S. 164f.
- 55 Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 11, S. 150.

- 56 Cecil, *A Great Experiment*, S. 72.
- 57 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 279f.
- 58 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 17 (3. April 1919, Nachmittag); House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 285; Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking*, S. 378–380.
- 59 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 656.
- 60 FRUS, Bd. 3, S. 210–215.
- 61 PWW, Bd. 55, S. 160.
- 62 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 27 (21. April 1919); Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 280–283.
- 63 Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 287–294; Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 337f.
- 64 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 27 (21. April 1919).
- 65 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 442–450; Walworth, *Woodrow Wilson*, Bd. 2, S. 302f.
- 66 FRUS, Bd. 3, S. 285–319; Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 497.
- 67 Cecil, *All the Way*, S. 152.
- 68 Zit. in Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 133.
- 1 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 3, S. 221.
- 2 Louis, *Das Ende des deutschen Kolonialreiches*, S. 21f.
- 3 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 622–625; Louis, *Das Ende des deutschen Kolonialreiches*, S. 89f.
- 4 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 5 (28. Januar 1919).
- 5 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 160.
- 6 Zit. in Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 11, S. 104.
- 7 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 192.
- 8 FRUS, Bd. 3, S. 803f.; Müller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 115f., 501–503; Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 143f.; Marston, *The Peace Conference of 1919*, S. 185f.
- 10 Farwell, *The Great War in Africa, 1914–1918*, S. 73–75; Bodleian Library, Milner Papers, dep. 380/2/8–10, 380/3/11.
- 11 FRUS, Bd. 3, S. 722f., 740–745.
- 12 Walworth, *Woodrow Wilson*, Bd. 2, S. 71.
- 13 FRUS, Bd. 3, S. 720–722.
- 14 Hudson, *Billy Hughes in Paris*, S. 17; Rowley, *The Australians in German New Guinea, 1914–1921*, S. 276–279.
- 15 Hudson, *Billy Hughes in Paris*, S. 78.
- 16 National Library of Australia, Eggleston Papers, 423/6/58–92, Friedenskonferenz-Tagebuch, 29. Januar 1919.
- 17 FRUS, Bd. 3, S. 759–763.
- 18 Ebd., S. 768.
- 19 Ebd., S. 743, 765f.
- 20 PWW, Bd. 54, S. 308.
- 21 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 297.

## 8 Mandate

- 1 Scottish Record Office, Lothian Papers, 883/2, Notizen von Headlam-Morley, 2. April 1919.



- 22 FRUS, Bd. 3, S. 771.
- 23 Roskill, *Hankey*, Bd. 2, S. 53; Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 4 (27. Januar 1919); D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 538; Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 27. Januar 1919.
- 24 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 29. Januar 1919; Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 109.
- 25 Garran, *Prosper the Commonwealth*, S. 265.
- 26 Sharp, *The Versailles Settlement*, S. 162.
- 27 Borden, *Robert Laird Borden*, Bd. 2, S. 906.
- 28 Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 16-18; Fitzhardinge, «W. M. Hughes and the Treaty of Versailles, 1919», S. 136f.
- 29 House, *Die vertraulichen Dokumente des Obersten House*, S. 357.
- 30 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 542; National Archives of Canada, Borden-Tagebuch, 30. Januar 1919; Bonsai, *Unfinished Business*, S. 37.
- 31 National Library of Australia, Eggleston Papers, 423/6/8-31, «The Paris Peace Conference».
- 32 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 542-546; FRUS, Bd. 3, S. 797-802.
- 33 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 106f.
- 34 Lewis, *W.E.B. DuBois*, S. 574-578.
- 35 National Archives of Canada, Borden Papers, Bd. 431, Akte 5; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/28/3/34, Hughes an Milner, 3. Mai 1919; F/28/3/35 und F/28/3/37, Hughes an Lloyd George, 9. Mai 1919; F/36/4/10, Allen an Massey, 15. Mai 1919; F/36/4/15, Massey an Milner, 15. Mai 1919.
- 36 Bodleian Library, Milner Papers, 390, Costa an Clemenceau, 4. Mai 1919.
- 37 Louis, *Das Ende des deutschen Kolonialreiches*, S. 108.
- 38 FRUS, Bd. 5, S. 420.
- 39 Marks, *Innocent Abroad*, S. 46f.
- 40 Louis, *Das Ende des deutschen Kolonialreiches*, S. 54-58.
- 41 Marks, *Innocent Abroad*, S. 320.

## 9 Jugoslawien

- 1 PWW, Bd. 54, S. 149.
- 2 Zit. in Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 247.
- 3 Mitrovic, «The 1919-1920 Peace Conference in Paris and the Yugoslav State», S. 207f.
- 4 Dragnich, *Serbia, Nikola Pasic, and Yugoslavia*, S. 226.
- 5 Sforza, *Fifty Years of War and Diplomacy in the Balkans*, S. 113, 146f.
- 6 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 802.
- 7 Banac, *The National Question in Yugoslavia*, S. 158f.
- 8 Scottish Record Office, Lothian Papers, 925, Notizen über ein Gespräch zwischen Lloyd George und Pasic, 15. Oktober 1918.
- 9 Banac, *The National Question in Yugoslavia*, S. 59.
- 10 Armstrong, *Peace and Counterpeace*, S. 261.
- 11 Sforza, *Fifty Years of War and Diplomacy in the Balkans*, S. 8f.
- 12 Durham, *Die slawische Gefahr*, S. 118.

- 13 Block, «City of the Future», S. 51.
- 14 Durham, *Die slawische Gefahr*, S. 252, 280f.
- 15 Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, S. 92.
- 16 West, *Black Lamb and Grey Falcon*, Bd. 1, S. 366; Armstrong, *Peace and Counterpeace*, S. 364.
- 17 Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, S. 86.
- 18 Zit. in Macartney, *Hungary and Her Successors*, S. 365.
- 19 Sforza, *Fifty Years of War and Diplomacy in the Balkans*, S. 157.
- 20 Zit. in Tanner, *Croatia*, S. 125.
- 21 Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 30f.
- 22 Tanner, *Croatia*, S. 115; Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 165f.
- 23 Zit. in Tanner, *Croatia*, S. 116.
- 24 Dragnich, «The Serbian Government, the Army and the Unification of Yugoslavs», S. 43f.
- 25 Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 235-239.
- 26 Seton-Watson / Seton-Watson, *The Making of a New Europe*, S. 313, 319.
- 27 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 202f.
- 28 Tanner, *Croatia*, S. 119f.
- 29 FRUS, Bd. 12, S. 475.
- 30 Ebd., S. 487f.
- 31 Jelavich, *History of the Balkans*, Bd. 2, S. 150-152.
- 32 Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, S. 113.
- 33 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 88.
- 34 FRUS, Bd. 3, S. 488, 503.
- 35 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 136.
- 36 Cruttwell, *A History of the Great War, 1914-1918*, S. 235.
- 37 West, *Black Lamb and Grey Falcon*, Bd. 2, S. 1051.
- 38 Durham, *Die slawische Gefahr*, S. 142-144.
- 39 Banac, *The National Question in Yugoslavia*, S. 276.
- 40 Department of State, Lansing Papers, Bd. 2, S. 123.
- 41 Calder, *Britain and the Origins of the New Europe*, S. 232, Anm. 63.
- 42 British Museum, Balfour Papers, Add. MS 49744, Tagebuch von Lord Derby, 16. November 1918, S. 161.
- 43 Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, Kap. 4 und 5.
- 44 Ebd., S. 165.
- 45 FRUS, Bd. 4, S. 45-53.
- 46 Seton-Watson/Seton-Watson, *The Making of a New Europe*, S. 150.
- 47 Zit. in Bowman, «Constantinople and the Balkans», S. 142.
- 48 Woodrow Wilson, «Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 223.
- 49 Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 89-92.
- 50 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 3, S. 333.

## 10 Rumänien

- 1 FRUS, Bd. 1, S. 265f.
- 2 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 220.
- 3 FRUS, Bd. 3, S. 813-815.
- 4 Callimachi, *Yesterday Was Mine*, S. 266.
- 5 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 239.
- 6 Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 18f.
- 7 Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 102, Anm. 90.
- 8 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 244.

- 9 FRUS, Bd. 3, S. 818-834.  
 10 Ebd., S.854.  
 11 Ebd., S. 827.  
 12 Ebd., S.850f.  
 13 Wolff, *The Balkans in Our Time*, S. 36.  
 14 Dillon, *The Inside Story of the Peace Conference*, S. 215, 237.  
 15 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 97f.  
 16 Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, S. 100.  
 17 Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 230.  
 18 Anderson, *The Eastern Question, 1774-1923*, S. 332, Anm. 2.  
 19 Rattigan, *Diversions of a Diplomat*, S. 192.  
 20 Cruttwell, *A History of the Great War, 1914-1918*, S. 295.  
 21 Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 44, Anm. 96, 97.  
 22 FRUS, Bd. 2, S. 844.  
 23 Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, S. 142.  
 24 Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 89.  
 25 FRUS, Bd. 3, S. 851-854.  
 26 Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 93.  
 27 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 257f.  
 28 Marston, *The Peace Conference of 1919*, S. 117.  
 29 Macartney, *Hungary and Her Successors*, S. 380-390, 393f.  
 30 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 241.  
 31 Ebd., S. 158.  
 32 Tihany, «The Baranya Republic and the Treaty of Trianon».  
 33 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 173, 268; Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 125.  
 34 Yale University Library, House Papers, 2/570, Protokoll eines Gesprächs mit Brătianu, 26. April 1919; Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 169-171; Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 72.  
 35 Zit. in Pakula, *Queen of Roumania*, S. 274.  
 36 Callimachi, *Yesterday Was Mine*, S. 98.  
 37 Wolff, *The Balkans in Our Time*, S. 127.  
 38 Zit. in Pakula, *Queen of Roumania*, S. 276.  
 39 British Museum, Balfour Papers, Add. MS 49744, Korrespondenz, S. 267f.  
 40 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 8. März 1919.  
 41 British Museum, Balfour Papers, Add. MS 49744, Korrespondenz, 267f.  
 42 Zit. in F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 171.  
 43 Zit. in Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 112, Anm. 46.  
 44 Zit. in Pakula, *Queen of Roumania*, S. 285.  
 45 Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 455.  
 46 Zit. in Pakula, *Queen of Roumania*, S. 287.  
 47 Maccartney, *Hungary and Her Successors*, S. 404, 410-425.

## 11 Bulgarien

- 1 FRUS, Bd. 4, S. 717f., 749-751.  
 2 Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 94f.  
 3 Wolff, *The Balkans in Our Time*, S.41.  
 4 Roosevelt, *A Front Row Seat*, S. 382.

- 5 Constant, *Foxy Ferdinand*, S. 187.
- 6 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 160, Anm. 29; Groueff, *Crown of Thorns*, S. 59.
- 7 Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 95.
- 8 Zit. in FitzHerbert, *The Man Who Was Greenmantle*, S. 235.
- 9 Repington, *After the War*, S. 356.
- 10 Groueff, *Crown of Thorns*, S. 65.
- 11 Ebd., S. 75.
- 12 Ebd., S. 61, 68, 78.
- 13 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 87.
- 14 Siehe beispielsweise Ekmečić, «Serbian War Aims», S. 20; Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, S. 125.
- 15 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 167.
- 16 FRUS, Bd. 2, S. 254.
- 17 Ebd., S. 246f.
- 18 Ebd., S. 246.
- 19 Ebd., S. 249.
- 20 Genoff, *Das Schicksal Bulgariens*, S. 20.
- 21 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 450.
- 22 Genoff, *Das Schicksal Bulgariens*, S. 33f.
- 23 Ebd., S. 31f.
- 24 Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 72; FRUS, Bd. 2, S. 264-266.
- 25 FRUS, Bd. 8, S. 84.
- 26 Genoff, *Das Schicksal Bulgariens*, S. 25f., 49.
- 27 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 412-415.
- 28 Bowman, «Constantinople and the Balkans», S. 163f.; Groueff, *Crown of Thorns*, S. 65.
- 29 Zit. in Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 264.
- 30 Jelavich, *History of the Balkans*, Bd. 2, S. 255.

## 12 Winterpause

- 1 PWW, Bd. 55, S. 152f.
- 2 Ebd., S. 480.
- 3 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 108, 153-155, 167; Cecil, *A Great Experiment*, S. 69; Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 152-157; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 104-108, 247-249.
- 4 Churchill College, Hankey Papers, 4/11, Hankey an Esher, 10. Februar 1919; Scottish Record Office, Lothian Papers, 1240, Kerr an Lloyd George, 3. März 1919.
- 5 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 24. und 25. Februar 1919; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, 52/3/11, Derby an Lloyd George, 14. März 1919.
- 6 Silverman, *Reconstructing Europe after the Great War*, S. 20-39.
- 7 PWW, Bd. 54, S. 235; Villard, *Fighting Years*, S. 389; Klotz, *De la guerre*, S. 105; Hardinge, *Old Diplomacy*, S. 231; National Archives of Canada, Biggar Papers, Bd. 2, Brief vorn 20. März 1919; Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 157.
- 8 PWW, Bd. 55, S. 1, 41, 153.
- 9 Ebd., Bd. 56, S. 86f.
- 10 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 136, 187; Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 161; E. Howard, *Theatre of Life*, S. 301.
- 11 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 1, S. 243f.

- 12 Knatchbull-Hugessen, *Diplomat in Peace and War*, S. 22.
- 13 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 233; A. L. Kennedy, *Old Diplomacy and New, 1876-1922*, S. 364.
- 14 Glyn, *Elinor Glyn*, S. 256f.; Fromkin, *In the Time of the Americans*, S. 225-227.
- 15 F. Lloyd George, *The Years that Are Past*, S. 155.
- 16 Maxwell, *Mein verrücktes Leben*, S. 94-96.
- 17 Maxwell, *R.S.V.P.*, S. 136.
- 18 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 144; Churchill College, Hankey Papers, 3/24 3-29, 18. Januar 1919.
- 19 Villard, *Fighting Years*, S. 398f.; Glyn, *Elinor Glyn*, S. 245.
- 20 Mee, *The End of Order*, S. 106; National Archives of Canada, Biggar Papers, Bd. 2, Brief vom 26. Januar 1919.
- 21 PWW, Bd. 57, S. 502f.
- 22 Zit. in Maxwell, *R.S.V.P.*, S. 142.
- 23 Huddleston, *Peace-making at Paris*, S. 113f.
- 24 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 172.
- 25 Maxwell, *Mein verrücktes Leben*, S. 94f., 98f.; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 287.
- 26 Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 25. Januar 1919.
- 27 Knatchbull-Hugessen, *Diplomat in Peace and War*, S. 25.
- 28 Armstrong, *Peace and Counterpeace*, S. 71.
- 29 F. Lloyd George, *The Years that Are Past*, S. 149.
- 30 E. Howard, *Theatre of Life*, S. 308; Dillon, *The Inside Story of the Peace Conference*, S. 31.
- 31 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 175.
- 32 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 138.
- 33 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 189f.
- 34 White, *The Autobiography of William Allen White*, S. 556.
- 35 Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 21. April 1919; Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 234-239, 270-293; Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 195-200.
- 36 Lansing, *Die Versailler Friedensverhandlungen*, S. 80; Bonsai, *Unfinished Business*, S. 42; Beers, *Vain Endeavor*, S. 149; White, *The Autobiography of William Allen White*, S. 566; PWW, Bd. 57, S. 141.
- 37 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, Kap. 9; Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 169.
- 38 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 133-135; C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 218; F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 172.
- 39 Scottish Record Office, Lothian Papers, 771, Lloyd George an Kerr, 19. Februar 1919.
- 40 Mee, *The End of Order*, S. 101; Reppington, *After the War*, S. 189; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 138-143; Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 11, S. 167, 177; PWW, Bd. 57, S. 332; Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 325.
- 41 Jones, *Whitehall Diary*, Bd. 1, S. 76.
- 42 Rowland, *Lloyd George*, S. 507-509; Jones, *Whitehall Diary*, Bd. 1, S. 79.
- 43 Schulte Nordholt, *Woodrow Wilson*, S. 317-321.
- 44 Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 182f.; Widenor, *Henry Cabot Lodge and the Search for an American Foreign Policy*, S. 283-287.

- 45 Bonsai, *Unfinished Business*, S. 59; ders., *Suitors and Suppliants*, S. 264; PWW, Bd. 55, S. 410; Schulte Nordholt, *Woodrow Wilson*, S. 322f.; Yale University Library, Auchincloss Papers, 002-029, Wilson an House, 4. März 1919.
- 46 Ambrosius, *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition*, S. 93-96; Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 256.

### 13 Bestrafung und Vorbeugung

- 1 Zit. in Degrelle, *Hitler, geboren in Versailles*, S. 20.
- 2 Ministère des Affaires Étrangères, PA-AP 42, Paul-Cambon-Papiere, Bd. 68, Bericht über ein Gespräch zwischen Paul Cambon und Lloyd George, 12. November 1918.
- 3 Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 252.
- 4 French, «Had We Known How Bad Things Were in Germany, We Might Have Got Stiffer Terms'», S. 79 und passim.
- 5 Friedrich Ebert, «Ansprache an die heimkehrenden Truppen», 10. Dezember 1918, [http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub\\_document.cfm?document\\_id=40168&language=german](http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=40168&language=german).
- 6 Siehe beispielsweise FRUS, Bd. 3, S. 705-714, 895-925.
- 7 Ebd., S. 978.
- 8 Ebd., S. 903, 950.
- 9 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/147/3/4, Notiz von Foch, Bliss, Wilson und Diaz, 9. April 1919.
- 10 St. Anthony's College, Oxford, Malcolm Papers, 1/12, Tagebuch, 20., 21. und 25. April 1919.
- 11 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 493-500.
- 12 F. Lloyd George, *The Years that Are Past*, S. 162.
- 13 FRUS, Bd. 3, S. 933f.
- 14 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 1, S. 321.
- 15 FRUS, Bd. 3, S. 904.
- 16 Ebd., S. 904f.; PWW, Bd. 55, S. 161; Keynes, *Freund und Feind*, S. 77-80.
- 17 Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, S. 333-335.
- 18 FRUS, Bd. 4, S. 274-293.
- 19 PWW, Bd. 53, S. 708.
- 20 Woodrow Wilson, «Ansprache in Baltimore für die dritte Freiheitsanleihe zum Jahrestage des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten am 6. April 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 236.
- 21 Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 51.
- 22 Röhl, *Kaiser, Hof und Staat*, Kap. 1.
- 23 Zit. in Rose, *King George V*, S. 229.
- 24 Rowland, *Lloyd George*, S. 463, 466-469.
- 25 H. Wilson, *Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson*, S. 327, 329; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 26-28.
- 26 Rose, *King George V*, S. 231; Lentin, *Lloyd George, Woodrow Wilson and the Guilt of Germany*, S. 29; Campbell, *F.E. Smith, First Earl of Birkenhead*, S. 449-459; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/1 17/1/3, Empire-Kriegskabinetts, 1918, Sitzungsprotokolle, 37 (20. November 1918).
- 27 Goldstein, *Winning the Peace*, S. 224.
- 28 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 189, 193.

- 29 Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 215, Anm. 51.
- 30 Brown Scott, «The Trial of the Kaiser».
- 31 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 110.
- 32 «Gesetz über den Friedensschluss», Artikel 227-230, in: *Der Vertrag von Versailles*, S. 236f.
- 33 Brown Scott, «The Trial of the Kaiser», S. 251.
- 34 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 27.
- 35 Röhl, *Kaiser, Hof und Staat*, S. 221.
- 11 Zit. in Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 265.
- 12 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 14. April 1919.
- 13 Zit. in Liddell Hart, *Foch*, S. 312.
- 14 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 65, 90f.
- 15 Scottish Record Office, Lothian Papers, 1214/1.
- 16 Zit. in Ribot, *Journal d'Alexandre Ribot et correspondances inédites, 1914-1922*, S. 256.
- 17 Siehe beispielsweise FRUS, Bd. 3, S. 704-714.

#### 14 Deutschland niederhalten

- 1 Woodrow Wilson, «Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 222.
- 2 Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 164f.; Reynolds, *Britannia Overruled*, S. 121.
- 3 FRUS, Bd. 3, S. 930.
- 4 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/23/4/39, Hankey an Lloyd George, 19. März 1919.
- 5 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 159.
- 6 Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 190.
- 7 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 24. Januar 1919.
- 8 PWW, Bd. 53, S. 410; Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 21. März 1919.
- 9 FRUS, Bd. 3, S. 905.
- 10 Zit. in Guiral, *Clemenceau en son temps*, S. 291.
- 18 PWW, Bd. 54, S. 178, 275, 301f.
- 19 Lowry, *Armistice 1918*, S. 20-22; Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, 8. 48f., 86f.; FRUS, Bd. 3, S. 896-908, 970-979.
- 20 FRUS, Bd. 3, S. 901, 972.
- 21 Ebd., S. 900, 905f.
- 22 Ebd., S. 903.
- 23 Ebd., S. 970-979.
- 24 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/23/4/22, Hankey an Lloyd George, 23. Februar 1919.
- 25 FRUS, Bd. 4, S. 186.
- 26 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/3/4/15, Balfour an Lloyd George, 5. März 1919.
- 27 FRUS, Bd. 4, S. 213-230.
- 28 F. Palmer, *Bliss, Peacemaker*, S. 375.
- 29 H. Wilson, *Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson*, S. 347; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/147/1, «Notiz über ein Gespräch zwischen M. Clemenceau, Oberst House und mir selbst, 7. März 1919».
- 30 FRUS, Bd. 4, S. 69-71.
- 31 Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 258.
- 32 British Museum, Balfour Papers, Add. MS 49744/184-190, Derby an Bal-

- four, 14. Dezember 1918; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 191.
- 33 Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 86f.
- 34 «Memorandum von Marschall Foch vorn 10. Januar 1919», in: W. Wilson, *Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles anno MCMXIX*, Bd. 3, S. 205.
- 35 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/3/4/2, Foch an Robert Cecil, 8. Januar 1919.
- 36 H. Wilson, *Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson*, S. 330.
- 37 Liddell Hart, *Foch*, S. 310.
- 38 McCrum, «French Rhineland Policy at the Paris Peace Conference, 1919», S. 631.
- 39 Ebd., S. 629f.; J. C. King, *Foch versus Clemenceau*, S. 80.
- 40 McCrum, «French Rhineland Policy at the Paris Peace Conference, 1919», S. 631.
- 41 J. C. King, *Foch versus Clemenceau*, S.41.
- 42 McCrum, «French Rhineland Policy at the Paris Peace Conference, 1919», S. 628-632.
- 43 Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 23. Februar 1919; Scottish Record Office, Lothian Papers, 1229/2, Denkschrift von Hankey, 22. Februar 1919; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/89/2/29, Kerr an Lloyd George, 22. Februar 1919.
- 44 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, 52/2/52, Derby an Balfour, 14. Dezember 1918.
- 45 Zit. in Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 251,256f.
- 46 J. C. King, *Foch versus Clemenceau*, Kap. 1.
- 47 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 9. Februar 1919.
- 48 Scott, *The Political Diaries of C.P Scott, 1911-1928*, S. 372.
- 49 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, 60/2/42, Notizen über ein Gespräch mit Präsident Wilson, 23. Januar 1919; F/147/1, «Notiz über ein Gespräch zwischen M. Clemenceau, Oberst House und mir selbst, 7. März 1919».
- 50 Zit. in Nelson, *Land and Power*, S. 113.
- 51 McCrum, «French Rhineland Policy at the Paris Peace Conference, 1919», S. 626, Anm. 10.
- 52 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 386.
- 53 Tardieu, *The Truth about the Treaty*, S. 171; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 118; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 398f.
- 54 Duroselle, *Clemenceau*, S. 748.
- 55 Scottish Record Office, Lothian Papers, 1217, Lloyd George an Kerr, 12. Februar 1919.
- 56 Churchill College, Hankey Papers, 1/5, Tagebuch, 27. August 1918; PWW, Bd. 56, S. 86.
- 57 PWW, Bd. 55, S. 462; Nelson, *Land and Power*, S. 204f.
- 58 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 226.
- 59 Tardieu, *The Truth about the Treaty*, S. 146-167.
- 60 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 396.
- 61 PWW, Bd. 55, S. 480.
- 62 Nelson, *Land and Power*, S. 209.
- 63 Scottish Record Office, Lothian Papers, 1174, Gesprächsnotizen, 11. März 1919.
- 64 PWW, Bd. 55, S. 499.
- 65 Ebd., S. 488.



- 66 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 247f.; PWW, Bd. 55, S. 152f.
- 67 PWW, Bd. 55, S. 530; Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 204.
- 68 H. Wilson, *Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson*, S. 347.
- 69 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 601-603.
- 70 FRUS, Bd. 4, S. 249.
- 71 PWW, Bd. 55, S. 522; Marder, *From the Dreadnought to Scapa Flow*, Bd. 5, S. 251; «Gesetz über den Friedensschluss», Artikel 380, in: *Der Vertrag von Versailles*, S. 350.
- 72 FRUS, Bd. 4, S. 224.
- 73 Ebd., S. 224f.
- 74 Zit. in Marder, *From the Dreadnought to Scapa Flow*, Bd. 5, S. 254.
- 75 Yale University Library, House Papers, Serie 1/10 0293, Grey an House, 3. Juni 1919.
- 76 Scottish Record Office, Lothian Papers, 65/49-54, Notizen über Helgoland, 14. April 1919.
- 77 Marder, *From the Dreadnought to Scapa Flow*, Bd. 5, S. 254.
- 78 FRUS, Bd. 4, S. 365.
- 79 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 252-256.
- 80 FRUS, Bd. 3, S. 475.
- 81 Marder, *From the Dreadnought to Scapa Flow*, Bd. 5, S. 257-262.
- 82 Dingman, *Power in the Pacific*, S. 84.
- 83 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 377.
- 84 PWW, Bd. 55, S. 515-521; Bd. 57, S. 92.
- 85 PWW, Bd. 55, S. 458; Marder, *From the Dreadnought to Scapa Flow*, Bd. 5, S. 263f.; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, 147/1, «Notiz über ein Gespräch zwischen M. Clemenceau, Oberst House und mir selbst, 7. März 1919».
- 86 PWW, Bd. 57, S. 91.
- 87 Marder, *From the Dreadnought to Scapa Flow*, Bd. 5, S. 228-230.
- 88 PWW, Bd. 56, S. 338.
- 89 Marder, *From the Dreadnought to Scapa Flow*, Bd. 5, S. 231-234.
- 90 PWW, Bd. 56, S. 518f.
- 91 Zit. in Marder, *From the Dreadnought to Scapa Flow*, Bd. 5, S. 269.

### 15 Die Rechnung wird geschrieben

- 1 Lamont, «Reparations», S. 259.
- 2 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 34 (1. Juni 1919, Nachmittag).
- 3 Siehe beispielsweise Schuker, *American «Reparations» to Germany, 1919-33*; Marks, «Reparations Reconsidered»; ders., «The Myths of Reparations».
- 4 Keynes, *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*, S. 31-34 (Zitat auf S. 34).
- 5 Zit. in Skidelsky, Robert: *John Maynard Keynes*, Bd. 1, S. 389.
- 6 Keynes, *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*, S. 23.
- 7 Keynes, *Freund und Feind*, S. 40f.
- 8 Keynes, *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*, S. 4.
- 9 Skidelsky, *John Maynard Keynes*, Bd. 1, S. 384-391.
- 10 Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 1011-1014.
- 11 Silverman, *Reconstructing Europe after the Great War*, S. 145 und Kap. 5; Schuker, *The End of French Predominance in Europe*, S. 9.
- 12 Zit. in Burnett, *Reparation at the*

- Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 1018.
- 13 Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 1-10; Ministère des Affaires Étrangères, Série à Paix, «Conditions de la paix. Notes et études sur les conditions de la paix à obtenir et les clauses à insérer dans les traités de paix à signer. Résumé des vœux et avis du Bureau d'Études Économiques».
- 14 Duchêne, *Jean Monnet*, S. 40.
- 15 PWW, Bd. 54, S. 196.
- 16 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/6/6/49, Cecil an Lloyd George, 31. Mai 1919, und F/89/2/35, Kerr an Lloyd George, 28. Februar 1919; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, Kap. 9.
- 17 PWW, Bd. 54, S. 494.
- 18 Ebd., S. 431; House/Seymour (Hg.), *What Really Happened at Paris*, S. 484; Silverman, *Reconstructing Europe after the Great War*, S. 32-35.
- 19 B. Kent, *The Spoils of War*, S. 40-43.
- 20 Zit. in Rowland, *Lloyd George*, S. 494.
- 21 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 236.
- 22 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 21. Februar 1919.
- 23 Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 31f.
- 24 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 13(13. März 1919).
- 25 Baruch, *The Making of the Reparation and Economic Sections of the Treaty*, S. 5-7.
- 26 Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 34.
- 27 Hardach, *Der Erste Weltkrieg, 1914-1918*, S. 169-173.
- 28 Schuker, *American «Reparations» to Germany, 1919-33*, S. 20.
- 29 Zit. in Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 33.
- 30 Ebd., S. 514.
- 31 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 33 (1. Juni 1919, Vormittag).
- 32 Woodrow Wilson, «Ansprache an die beiden in gemeinsamer Sitzung versammelten Häuser des Kongresses vom 8. Januar 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 222-224; ders., «Ansprache an die beiden in gemeinsamer Sitzung versammelten Häuser des Kongresses am 11. Februar 1918», in: ebd., S. 229.
- 33 Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 4-8, 21.
- 34 B. Kent, *The Spoils of War*, S. 69.
- 35 Bunselmeyer, Robert E.: *The Cost of War, 1914-1919*, S. 174, Anm. 9.
- 36 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 33 (1. Juni 1919, Vormittag).
- 37 Silverman, *Reconstructing Europe after the Great War*, S. 39.
- 38 Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 61.
- 39 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/45/9/25, 29 und 33, Smuts an Lloyd George, 4. Dezem-

- ber 1918, 26. März und 5. Mai 1919.
- 40 Hancock, *Smuts*, S. 539-541.
- 41 Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 777.
- 42 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/1 17/1/3, Empire-Kriegskabinett, 1918, Sitzungsprotokolle, 38 (26. November 1918).
- 43 Wallace, *The Memoirs of The Rt. Hon. Sir George Foster*, S. 193-195.
- 44 Lentin, «Lord Cunliffe, Lloyd George, Reparations and Reputations at the Paris Peace Conference, 1919».
- 45 Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. 180; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 335.
- 46 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 276.
- 47 Lentin, «Lord Cunliffe, Lloyd George, Reparations and Reputations at the Paris Peace Conference, 1919», S. 52, Anm. 12.
- 48 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 474.
- 49 Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 711; Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 24. März und 4. April 1919.
- 50 Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 43f.
- 51 Lentin, «Lord Cunliffe, Lloyd George, Reparations and Reputations at the Paris Peace Conference, 1919».
- 52 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/213/5/6, Lamont an Wiseman, o. D.
- 53 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/1 17/1/3, Empire-Kriegskabinett, 1918, Sitzungsprotokolle, 38 (1. Juni 1919, Nachmittag); Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 31; Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 48-51.
- 54 British Museum, Balfour Papers, 49744/259-263, Notizen über ein Gespräch zwischen Briand und Lloyd George, 18. März 1919.
- 55 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 6. März 1919.
- 56 PWW, Bd. 56, S. 285.
- 57 Bunselmeyer, Robert E.: *The Cost of War, 1914-1919*, S. 141.
- 58 Ebd., S. 129-133; Pugh, *Lloyd George*, S. 128.
- 59 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 180; Rowland, *Lloyd George*, S. 490.
- 60 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/28/2/16, Hughes an Lloyd George, 10. Dezember 1918.
- 61 A.J.P. Taylor, *The Trouble Makers*, S. 159.
- 62 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 28. April 1919; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 473.
- 63 Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 41f.
- 64 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 218; Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 38.
- 65 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 498.
- 66 FRUS, Bd. 11, S. 205.
- 67 Keynes, *Freund und Feind*, S. 82.
- 68 Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 201-205; Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 42f.

- 69 Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 11, S. 286; PWW, Bd. 56, S. 502; Bd. 59, S. 314.
- 70 Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 186-195.
- 71 FRUS, Bd. 3, S. 976; Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 43; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 441-444.
- 72 Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 42, Anm. 49.
- 73 Tardieu, *The Truth about the Treaty*, S. 290.
- 74 Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 55, 64-66, 71; Kap. 2, passim.
- 75 Ebd., S. 35f.
- 76 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/89/2/37, Kerr an Lloyd George, 2. März 1919; Scottish Record Office, Lothian Papers, 1236, Kerr an Lloyd George, 1. März 1919.
- 77 Burnett, *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, Bd. 1, S. 59.
- 78 PWW, Bd. 56, S. 501.
- 79 «Mantelnote zu den deutschen Gegenvorschlägen, Versailles, 29. Mai 1919», in: Brockdorff-Rantzau, *Dokumente*, S. 138f.
- 80 Siehe: «Gesetz über den Friedensschluss», Artikel 234 und Anlage I, in: *Der Vertrag von Versailles*, S. 239, 243f.
- 81 Guhin, *John Foster Dulles*, S. 30-32.
- 82 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 147.
- 83 Ebd., S. 106.
- 16 Das Ringen um die Bedingungen**
- 1 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 12. März 1919.
- 2 Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 203.
- 3 PWW, Bd. 56, S. 62.
- 4 Tardieu, *The Truth about the Treaty*, S. 176-178.
- 5 Ebd., S. 178-182.
- 6 PWW, Bd. 56, S. 81.
- 7 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/3/4/19, Balfour an Lloyd George, 18. März 1919.
- 8 Tardieu, *The Truth about the Treaty*, S. 182; Nelson, *Land and Power*, S. 232-240.
- 9 Zit. in Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 41.
- 10 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 2, S. 178.
- 11 Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. 33.
- 12 H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 176.
- 13 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 98, 101.
- 14 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 174.
- 15 «Aus dem Memorandum des englischen Premierministers Lloyd George für die Friedenskonferenz vom 25. März 1919», in: *Der Vertrag von Versailles*, S. 43-45.
- 16 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 404-416.
- 17 Ebd.
- 18 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 31.
- 19 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 416.

- 20 Zit. in Tardieu, *The Truth about the Treaty*, S. 443.
- 21 Nelson, *Land and Power*, S. 227.
- 22 PWW, Bd. 56, S. 247, 444.
- 23 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 33f.
- 24 Ebd., S. 88.
- 25 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 202.
- 26 PWW, Bd. 56, S. 312.
- 27 Ebd., S. 347–354; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 49–68; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 195, 205; Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 1. April 1919.
- 28 H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 180.
- 29 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 255.
- 30 National Archives of Canada, Biggar Papers, Bd. 2, Brief vom 7. April 1919.
- 31 C. T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 287; Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 315.
- 32 Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 3. April 1919; PWW, Bd. 56, S. 408.
- 33 PWW, Bd. 56, S. 408.
- 34 Ebd., S. 540.
- 35 Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 315f.
- 36 H. Wilson, *Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson*, S. 352.
- 37 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 178.
- 38 PWW, Bd. 57, S. 50f., 63.
- 39 Zit. in Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 322.
- 40 C. T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 291.
- 41 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 217.
- 42 Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 324–328.
- 43 PWW, Bd. 57, S. 99.
- 44 Liddell Hart, *Foch*, S. 320; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 226–231.
- 45 Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 258–262; Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 11, S. 315–324.
- 46 Zit. in Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918–1923*, S. 45.
- 47 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 288.
- 48 Ebd., S. 292.
- 49 Ebd., S. 99–101, 146.
- 50 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 12. April 1919.
- 51 Ebd., 14. April 1919; Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 15. April 1919; Schuker, «The Rhineland Question», S. 302–304.
- 52 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 220f.
- 53 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 15. April 1919; Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 331f.
- 54 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 427; Schuker, «The Rhineland Question», S. 304.
- 55 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 245.
- 56 Ebd., S. 221.
- 57 Ribot, *Journal d'Alexandre Ribot et correspondances inédites, 1914–1922*, S. 274.
- 58 Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 262.
- 59 Zit. in Watson, *Georges Clemenceau*, S. 361.

**17 Das wiedergeborene Polen**

- 1 Woodrow Wilson, «Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 224.
- 2 Zamoyski, *Paderewski*, S. 178.
- 3 Jedrzejewicz, *Pilsudski*, S. 4-10.
- 4 Davies, *God's Playground*, Bd. 2, S. 385.
- 5 Zit. in Roszkowski, «The Reconstruction of the Government and State Apparatus in the Second Polish Republic», S. 158.
- 6 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 305.
- 7 Wandycz, *The Lands of Partitioned Poland, 1795-1918*, S. 291-293; Davies, *Gods Playground*, Bd. 2, S. 52f.
- 8 Gregory, *On the Edge of Diplomacy*, S. 170.
- 9 Davies, *White Eagle, Red Star*, S. 62.
- 10 Wandycz, *The Lands of Partitioned Poland, 1795-1918*, S. 340f.
- 11 Scottish Record Office, Lothian Papers, 879/1, Esmé Howard, 17. Februar 1919.
- 12 Landau, «The Economic Integration of Poland 1918-23», S. 146f.
- 13 Kessler, *Tagebücher, 1918-1937*, S. 49.
- 14 Wandycz, «Dmowskis Policy and the Paris Peace Conference: Success or Failure?», S. 119f.
- 15 Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference*, S. 55-57.
- 16 Zit. in Wandycz, «Dmowskis Policy and the Paris Peace Conference: Success or Failure?», S. 118; Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference*, S. 54.
- 17 FRUS, Bd. 12, S. 370.
- 18 Cienciala/Komarnicki, *From Versailles to Locarno*, S. 91f.
- 19 Zit. in Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference*, S. 121, Anm. 163.
- 20 Latawski, Paul: «Roman Dmowski, the Polish Question, and Western Opinion, 1915-1918», S. 4-7; Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. XXVIII.
- 21 Bonsai, *Suitors and Suppliers*, S. 131.
- 22 Zit. in Duroselle, *Clemenceau*, S. 814.
- 23 Wandycz, *The United States and Poland*, S. 109.
- 24 Gerson, *Woodrow Wilson und die Wiedergeburt Polens 1914-1920*, S. 118.
- 25 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 108.
- 26 Komarnicki, *Rebirth of the Polish Republic*, S. 253-259; Gerson, *Woodrow Wilson und die Wiedergeburt Polens 1914-1920*, S. 169f.
- 27 E. Howard, *Theatre of Life*, S. 339.
- 28 Zit. in Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 316.
- 29 Zit. in Komarnicki, *Rebirth of the Polish Republic*, S. 145.
- 30 Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference*, S. 80f.
- 31 Gerson, *Woodrow Wilson und die Wiedergeburt Polens 1914-1920*, S. 173.
- 32 Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference*, S. 131-134.
- 33 FRUS, Bd. 3, S. 670-675.
- 34 Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference*, S. 231-233.
- 35 FRUS, Bd. 3, S. 772-782.
- 36 Churchill College, Hankey Papers,

- 3/24, Hankey an Adeline Hankey, 29. Januar 1919; Lundgreen-Nielsen, «Aspects of American Policy towards Poland at the Paris Peace Conference and the Role of Isiah Bowman», S. 100, Anm. 21; Ministère des Affaires Étrangères, Tardieu-Papier, 356, «Conférence de la Paix 1919: Pologne. Problèmes politiques et économiques (notes, correspondances), Décembre 1918-Octobre 1919».
- 37 Library of Congress, Bliss Papers, Box 244, Tagebuch, 1. Januar 1919.
- 38 Lord, «Poland», S. 70.
- 39 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 118-120.
- 40 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 150; FRUS, Bd. 3, S. 672f.
- 41 FRUS, Bd. 3, S. 673f.
- 42 Lord, «Poland», S. 72.
- 43 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 220.
- 44 Nelson, *Land and Power*, S. 147-154; Wandycz, *France and Her Eastern Allies, 1919-1925*, S. 34-37; Lord, «Poland», S. 71.
- 45 FRUS, Bd. 4, S. 414-419.
- 46 Komarnicki, *Rebirth of the Polish Republic*, S. 319-349; Davies, «Lloyd George and Poland, 1919-20», S. 132f.; Wandycz, «Dmowskis Policy and the Paris Peace Conference: Success or Failure?», S. 123f.
- 47 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 38; F. Lloyd George, *The Years that Are Past*, S. 153.
- 48 Scottish Record Office, Lothian Papers, 911/2, Kerr an Rumbold, 15. Dezember 1919.
- 49 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 33f.
- 50 PWW, Bd. 56, S. 313.
- 51 Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 207-209; Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. 169-171; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 105-109.
- 52 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 201; Nelson, *Land and Power*, S. 187-191.
- 53 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 233.
- 54 Ebd., S. 118.
- 55 Cienciala/Komarnicki, *From Versailles to Locarno*, S. 106-110.
- 56 Weinberg, *The Foreign Policy of Hitlers Germany*, S. 13f.
- 57 Lord, «Poland», S. 80; FRUS, Bd. 6, S. 833-835; St. Anthony's College, Oxford, Malcolm Papers, 1/12, Tagebuch, 8. Mai 1919.
- 58 Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 83f.
- 59 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 33 (1. Juni 1919, Vormittag).
- 60 PWW, Bd. 60, S. 20.
- 61 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 34 (1. Juni 1919, Nachmittag).
- 62 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 278-286.
- 63 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 304f.
- 64 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 389-392.
- 65 Zit. in ebd., S. 312.
- 66 Campbell, «The Struggle for Upper Silesia, 1919-1922».
- 67 E. Howard, *Theatre of Life*, S. 333.
- 68 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 297.
- 69 Bennett, *Cowan's War*, S. 77.

- 70 Ebd., S. 70f.
- 71 Zit. in ebd., S. 83.
- 72 FRUS, Bd. 4, S. 592.
- 73 Waite, *Vanguard of Nazism*, S. 97f.
- 74 Ebd., S. 101f.
- 75 Ebd., S. 111–115.
- 76 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 258.
- 77 Waite, *Vanguard of Nazism*, S. 120.
- 78 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 550.
- 79 Waite, *Vanguard of Nazism*, S. 123–130.
- 80 Cienciala/Komarnicki, *From Versailles to Locarno*, S. 116.
- 81 Lieven, *The Baltic Revolution*, S. 52f.; Cienciala/Komarnicki, *From Versailles to Locarno*, S. 114.
- 82 Cienciala/Komarnicki, *From Versailles to Locarno*, S. 122, 126.
- 83 Zit. in Lieven, *The Baltic Revolution*, S. 60.
- 84 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 309.
- 85 Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference*, S. 206, 291–298.
- 86 FRUS, Bd. 3, S. 782; Wandycz, *The United States and Poland*, S. 138f.
- 87 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 143–147.
- 88 Ebd., Bd. 1, S. 44.
- 89 Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference*, S. 222f., 279–288.
- 90 FRUS, Bd. 6, S. 199.
- 91 FRUS, Bd. 4, S. 410.
- 92 FRUS, Bd. 6, S. 198.
- 93 Scottish Record Office, *Lothian Papers*, 911/2, Kerr an Rumbold, 15. Dezember 1919.
- 94 Cienciala/Komarnicki, *From Versailles to Locarno*, S. 165–173.
- 95 Gilbert, *Sir Horace Rumbold*, S. 186;
- Carton de Wiart, *Happy Odyssey*, S. 112–114.
- 96 Trotzki, *Zwischen Imperialismus und Revolution*, S. 118.
- 97 Dzierzanowski, *Joseph Pilsudski*, S. 190f.
- 98 Carton de Wiart, *Happy Odyssey*, S. 96.
- 99 Zit. in Davies, *God's Playground*, Bd. 2, S. 396.
- 100 Gilbert, *Sir Horace Rumbold*, S. 206.
- 101 Wandycz, *France and Her Eastern Allies, 1919–1925*, S. 154–156.
- 102 Scott, *The Political Diaries of C.P. Scott, 1911–1928*, S. 386.
- 103 Lenin, «Rede auf dem Verbandstag der Arbeiter und Angestellten der Lederindustrie, 2. Oktober 1920», S. 296.
- 104 Zit. in Davies, *God's Playground*, Bd. 2, S. 397.
- 105 Carton de Wiart, *Happy Odyssey*, S. 106f.; Gilbert, *Sir Horace Rumbold*, S. 209f., 216.
- 106 Zamoyski, *Paderewski*, S. 204–210.

## 18 Tschechen und Slowaken

- 1 Seymour, «The End of an Empire», S. 94.
- 2 F. Lloyd George, *The Years that Are Past*, S. 152; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 941f.
- 3 Hovi, *Cordon sanitaire or barrière de l'est?*, S. 109–111.
- 4 Ministère des Affaires Étrangères, Série à Paix, Bd. 344, (Tchécoslovaquie), Les Frontières de la Tchécoslovaquie, 22. Februar 1919.
- 5 Zinner, «The Diplomacy of Eduard Beneš», S. 100–104; Laroche, *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré, 1913–*



- 1926, S. 39f.; Zeman, *The Masaryks*, S. 156-158.
- 6 Zeman, *The Masaryks*, S. 84f.; Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 151f.
- 7 Ministère des Affaires Étrangères, Série à Paix, Bd. 299, Beneš an Pichon, 7. November 1918; British Museum, Balfour Papers, 184-190, Derby an Balfour, 14. Dezember 1918.
- 8 Perman, *The Shaping of the Czechoslovak State*, S. 35-40; Zinner, «The Diplomacy of Eduard Beneš», S. 102f.
- 9 Zeman, *The Masaryks*, S. 21f.
- 10 Ebd., S. 43f., 50-59.
- 11 Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 100.
- 12 Zeman, *The Masaryks*, S. 117.
- 13 Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 316f., 342f.
- 14 Ebd., S. 282-284.
- 15 Masaryk, *Die Weltrevolution*, S. 233.
- 16 Zeman, *The Masaryks*, S. 110-112; Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 285f.
- 17 Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 317.
- 18 Zit. in Perman, Dagmar: *The Shaping of the Czechoslovak State*, S. 70.
- 19 Ministère des Affaires Étrangères, Série à Paix, Bd. 299, «Travaux préparatoires de la conférence politiques des petites nations alliées», Note von Eduard Beneš, eingegangen am 3. November 1918; Perman, Dagmar: *The Shaping of the Czechoslovak State*, S. 73-75.
- 20 Perman, Dagmar: *The Shaping of the Czechoslovak State*, S. 126-130.
- 21 FRUS, Bd. 3, S. 877-887.
- 22 Ebd., S. 886f.
- 23 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 940.
- 24 Ministère des Affaires Étrangères, Série à Paix, Bd. 299, «Travaux préparatoires de la conférence politiques des petites nations alliées», Beneš an Pichon, 7. November 1918.
- 25 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 931.
- 26 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 155f.
- 27 FRUS, Bd. 3, S. 877-887.
- 28 Ebd., Bd. 12, S. 273.
- 29 Seymour, «The End of an Empire», S. 97; Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 176; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 261f.; Laroche, *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré, 1913-1926*, S. 81f.
- 30 Zit. in Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 176.
- 31 FRUS, Bd. 4, S. 543-546.
- 32 Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 307; Perman, *The Shaping of the Czechoslovak State*, S. 162f.
- 33 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 941.
- 34 Zit. in Perman, *The Shaping of the Czechoslovak State*, S. 132.
- 35 Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 306.
- 36 FRUS, Bd. 3, S. 402; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 937f.; Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. XXVI; Seton-Watson/Seton-Watson, *The Making of a New Europe*, S. 367f.
- 37 Perman, *The Shaping of the Czechoslovak State*, S. 178f.
- 38 Rothschild, *East Central Europe between the Two World Wars*, S. 76-84.
- 39 Sayer, *The Coasts of Bohemia*, S. 150f., 169-179.

- 40 Perman, *The Shaping of the Czechoslovak State*, S. 220f.
- 41 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 378-380.
- 42 Perman, *The Shaping of the Czechoslovak State*, S. 222f.
- 43 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 351.
- 44 Komarnicki, *Rebirth of the Polish Republic*, S. 356; Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 350f.
- 45 FRUS, Bd. 3, S. 777, 881-883; Bd. 8, S. 118-124.
- 46 FRUS, Bd. 4, S. 608.
- 47 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 355.
- 48 FRUS, Bd. 12, S. 318-322.
- 49 Ebd., S. 327.
- 50 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 357.
- 51 Zit. in Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 29.
- 52 FRUS, Bd. 3, S. 782-784.
- 53 E. Howard, *Theatre of Life*, S. 305.
- 54 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 234.
- 55 Wandycz, *France and Her Eastern Allies, 1919-1925*, S. 93f.
- 56 FRUS, Bd. 4, S. 327-330.
- 57 Ebd., S. 608-612.
- 58 Lord, «Poland», S. 82f.
- 59 Davies, *White Eagle, Red Star*, S. 182.
- 60 *Stenographische Protokolle über die Sitzungen der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich. 1919*, Bd. 1, 7. Juni 1919, S. 516.
- 61 Wallace, «Czechs and Slovaks», S. 55-57; Sayer, *The Coasts of Bohemia*, S. 172-175.
- 62 FRUS, Bd. 12, S. 238, 345f., 349.
- 63 Scottish Record Office, Lothian Papers, 68/1-23, E. Ashmead-Bartlett, Denkschrift über die Lage in Ungarn, 7. Juni 1919.
- 64 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 156-164.
- 65 Wallace, «Czechs and Slovaks», S. 58f.

## 19 Österreich

- 1 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 231.
- 2 «Rede des Staatskanzlers anlässlich der Überreichung der Friedensbedingungen», in: *Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germainen-Lay*, Bd. 1, S. 40, 42.
- 3 Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. 126-130; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 228-231; FRUS, Bd. 6, S. 26-30.
- 4 Coolidge/Lord, *Archibald Cary Coolidge*, S. 200.
- 5 Seymour, «The End of an Empire», S. 109.
- 6 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 229.
- 7 Almond/Lutz (Hg.), *The Treaty of St. Germain*, S. 226.
- 8 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 291.
- 9 Duroselle, *Clemenceau*, S. 809-812.
- 10 Schüller, *Unterhändler des Vertrauens*, S. 234f.
- 11 FRUS, Bd. 12, S. 309.
- 12 Almond/Lutz (Hg.), *The Treaty of St. Germain*, S. 88.
- 13 FRUS, Bd. 4, S. 775-777; Bd. 2, S. 254-256.
- 14 Ashmead-Bartlett, *The Tragedy of Central Europe*, S. 20-26, 30f.; FRUS, Bd. 12, S. 228-232, 285-289; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 281; E. Taylor, *Der Untergang der Dynastien*, S. 42 ff.

- 15 Almond/Lutz (Hg.), *The Treaty of St. Germain*, S. 92.
- 16 FRUS, Bd. 12, S. 286, 305-307.
- 17 Almond/Lutz (Hg.), *The Treaty of St. Germain*, S. 109.
- 18 FRUS, Bd. 12, S. 290.
- 19 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 428f.; FRUS, Bd. 1, S. 368f.; Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 137.
- 20 Allizé, *Ma mission à Vienne*, S. 48; Schüller, *Unterhändler des Vertrauens*, S. 228.
- 21 Stadler, *Hypothek auf die Zukunft*, S. 44.
- 22 Ebd., S. 47.
- 23 Allizé, *Ma mission à Vienne*, S. 138; Beadon, *Some Memories of the Peace Conference*, S. 200.
- 24 Allizé, *Ma mission à Vienne*, S. 138, 142f.; Schüller, *Unterhändler des Vertrauens*, S. 232f.; PWW, Bd. 60, S. 19.
- 25 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 230, 236, 239.
- 26 «Rede des Staatssekretärs für Äusseres Otto Bauer zu den Friedensbedingungen und zum Anschluss», 7. Juni 1919, in: Benay (Hg.), *L'Autriche 1918-1938*, S. 62.
- 27 Schüller, *Unterhändler des Vertrauens*, S. 234f.
- 28 Renner, *Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs*, S. 27; Stadler, *Hypothek auf die Zukunft*, S. 75-85; FRUS, Bd. 12, S. 231, 240-244, 263.
- 29 Stadler, *Hypothek auf die Zukunft*, S. 86f.
- 30 FRUS, Bd. 12, S. 278f.; Bauer, *Die österreichische Revolution*, S. 144f.
- 31 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 335.
- 32 Ministère des Affaires Étrangères, Série à Paix, 60 (Friedensbedingungen), Denkschrift, 25. Oktober 1918; Bonsai, *Unfinished Business*, S. 95.
- 33 Bonsai, *Unfinished Business*, S. 87; Bauer, *Die österreichische Revolution*, S. 149f.
- 34 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 34.
- 35 Stadler, *Hypothek auf die Zukunft*, S. 90f.
- 36 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 459f.; Nelson, *Land and Power*, S. 309-311; FRUS, Bd. 12, S. 278f.
- 37 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 393.
- 38 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 160; Marston, *The Peace Conference of 1919*, S. 208f.; Beadon, *Some Memories of the Peace Conference*, S. 201.
- 39 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 341.
- 40 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 6.
- 41 Ebd., S. 470f.; FRUS, Bd. 7, S. 173f.; Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 113.
- 42 «Rede des Staatskanzlers anlässlich der Überreichung der Friedensbedingungen», in: *Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germainen-Lay*, Bd. 1, S. 42.
- 43 Schüller, *Unterhändler des Vertrauens*, S. 236.
- 44 Stadler, *Hypothek auf die Zukunft*, S. 56; E. Howard, *Theatre of Life*, S. 382.
- 45 Schüller, *Unterhändler des Vertrauens*, S. 237-242.
- 46 FRUS, Bd. 12, S. 501-510.
- 47 Ebd., S. 505.
- 48 Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 333.

- 49 Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, S. 223.
- 50 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 250; Laroche, *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré, 1913-1926*, S. 77.
- 51 Wolff, *The Balkans in Our Time*, S. 155f.
- 52 Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, S. 297.
- 53 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 382-385.
- 54 Stadler, *Hypothek auf die Zukunft*, S. 165-173.
- 12 Pastor, *Hungary between Wilson and Lenin*, S. 30f.
- 13 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 126.
- 14 Zit. in Azan, *Franchet d'Esperey*, S. 231f.
- 15 Karolyi, *Memoirs of Michael Karolyi*, S. 146f.
- 16 FRUS, Bd. 3, S. 845.
- 17 Macartney, *Hungary and Her Successors*, S. 276f.
- 18 FRUS, Bd. 3, S. 848-851.
- 19 Barscay, «The Karolyi Revolution in Hungary, October 1918-March 1919», S. 298.
- 20 Deák, *Hungary at the Paris Peace Conference*, S. 46-48.
- 21 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 920.

## 20 Ungarn

- 1 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 225.
- 2 May, *The Passing of the Habsburg Monarchy, 1914-1918*, Bd. 2, Kap. 15.
- 3 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 49.
- 4 Karolyi, *Memoirs of Michael Karolyi*, S. 24f.
- 5 Paloczi-Horvath, *The Undefeated*, Kap. 1-3; Jaszi, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy*, S. 220-239.
- 6 Karolyi, *Memoirs of Michael Karolyi*, S. 20-25; Mitchell, 1919, S. 59.
- 7 Windisch-Graetz, *Helden und Halunken*, S. 53.
- 8 FRUS, Bd. 12, S. 380-382.
- 9 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 97; Ashmead-Bartlett, *The Tragedy of Central Europe*, S. 201.
- 10 Ministère des Affaires Étrangères, Jules-Cambon-Papier, Ordner 88; Scottish Record Office, Lothian Papers, 3-18, Stephen Barczy an Lloyd George, 21. Dezember 1918.
- 11 FRUS, Bd. 12, S. 234, 372-377, 380-383, 837f.
- 22 Pastor, *Hungary between Wilson and Lenin*, S. 131f.; FRUS, Bd. 12, S. 395, 405, 408-410.
- 23 Ministère des Affaires Étrangères, Jules-Cambon-Papier, Ordner 88, «Dokumente bezüglich Deutsch-Österreich und Ungarn».
- 24 Barscay, «The Karolyi Revolution in Hungary, October 1918-March 1919», S. 304, Anm. 1.
- 25 Karolyi, *Memoirs of Michael Karolyi*, S. 146f.
- 26 FRUS, Bd. 4, S. 158.
- 27 FRUS, Bd. 12, S. 414-416.
- 28 Vermes, «The October Revolution in Hungary», S. 53f.
- 29 FRUS, Bd. 12, S. 416f.
- 30 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 11-15.
- 31 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 406; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 11-15, 75f.
- 32 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 280f.; Churchill College, Leeper Papers, 3/88, Allen Leeper an Rex

- Leeper, 10. April 1919; F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 179; Bonsai, *Unfinished Business*, S. 75.
- 33 Karolyi, *Memoirs of Michael Karolyi*, S. 160.
- 34 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 286.
- 35 Ebd., S. 291f.
- 36 Bonsai, *Unfinished Business*, S. 78, 141; FRUS, Bd. 5, S. 41-43; Hancock, *Smuts*, S. 518f.
- 37 Ashmead-Bartlett, *The Tragedy of Central Europe*, S. 101, 123, 134.
- 38 Karolyi, *Memoirs of Michael Karolyi*, S. 159, 163; FRUS, Bd. 12, S. 440f.
- 39 Deutscher, *Trotzki*, Bd. 1, S. 426f.
- 40 Ormos, «The Hungarian Soviet Republic and Intervention by the Entente», S. 132-135.
- 41 Ashmead-Bartlett, *The Tragedy of Central Europe*, S. 125-127; Sakmyster, *Miklos Horthy*, S. 28f.
- 42 Eckelt, «The Internal Policies of the Hungarian Soviet Republic».
- 43 Deák, *Hungary at the Paris Peace Conference*, S. 78; Armstrong, *Peace and Counterpeace*, S. 73.
- 44 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 349f., 375-382; Armstrong, *Peace and Counterpeace*, S. 79, Anm. 115.
- 45 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 352.
- 46 Ormos, «The Hungarian Soviet Republic and Intervention by the Entente», S. 142f.; Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking*, S. 781.
- 47 Deák, *Hungary at the Paris Peace Conference*, S. 78.
- 48 Scottish Record Office, Lothian Papers, 68/1-23, E. Ashmead-Bartlett, Denkschrift über die Lage in Ungarn, 7. Juni 1919; Churchill College, Leeper Papers, 3/88, Allen Leeper an Rex Leeper, 10. April 1919.
- 49 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 386.
- 50 Ashmead-Bartlett, *The Tragedy of Central Europe*, S. 200-202.
- 51 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 376.
- 52 Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 136f.
- 53 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 362, Anm. 1.
- 54 FRUS, Bd. 6, S. 133; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 338f.
- 55 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 354.
- 56 FRUS, Bd. 6, S. 411-416.
- 57 F. Palmer, *Bliss, Peacemaker*, S. 399.
- 58 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 420.
- 59 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/89/3/2, Denkschrift von Balfour, 2. Juli 1919.
- 60 Tokes, «Bela Kun», S. 202f.
- 61 Deák, *Hungary at the Paris Peace Conference*, S. 112-128.
- 62 Bandholtz, *An Undiplomatic Diary by the American Member of the Inter-Allied Military Mission to Hungary, 1910-1920*, S. 303f.
- 63 Ebd., S. 26-28, 42f., 70f., 76, 90, 107.
- 64 Spector, *Romania at the Paris Peace Conference*, S. 197-219.
- 65 Apponyi, *Erlebnisse und Ergebnisse*, S. 231.
- 66 Ebd., passim; Károlyi, *Memoirs of Michael Károlyi*, S. 44f.
- 67 Ebd., S. 229.
- 68 Laroche, *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré, 1913-1926*, S. 99.
- 69 Deák, *Hungary at the Paris Peace Conference*, S. 539-549; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 962-970.
- 70 Apponyi, *Erlebnisse und Ergebnisse*, S. 244.

- 71 Deák, *Hungary at the Paris Peace Conference*, S. 210.
- 72 Ebd., S. 253-277; Adam, «France and Hungary at the Beginning of the 1920s», S. 148-155.
- 73 Deák, *Hungary at the Paris Peace Conference*, S. 214f., 238-242.
- 74 Ebd., S. 239.
- 75 Ebd., S. 251f.; Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 421.
- 76 Zit. in Sakmyster, «Great Britain and the Making of the Treaty of Trianon», S. 125.
- 77 Hoensch, *Geschichte Ungarns 1867-1983*, S. 103f.
- 78 Sakmyster, *Miklós Horthy*, S. 81-83.
- e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 53; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 228.
- 7 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 80-99, Bd. 2, S. 193-203; Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 31. März 1919; Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 31. März 1919; PWW, Bd. 56, S. 436; National Archives of Canada, Borden Papers, C1864, Tagebuch, 31. März 1919; F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 267; Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 22, S. 292; Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 40f; Noble, *Policies and Opinions at Paris*, 1919, S. 316-322.

## 21 Der Rat der Vier

- 1 PWW, Bd. 58, S. 275.
- 2 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 179; Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 489.
- 3 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 131; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 178f.; Tardieu, *The Truth about the Treaty*, S. 100; Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 298.
- 4 Marston, *The Peace Conference of 1919*, S. 166; E. Howard, *Theatre of Life*, S. 279; Tardieu, *The Truth about the Treaty*, S. 102.
- 5 Marston, *The Peace Conference of 1919*, S. 168f.; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. XIII-XVII.
- 6 PWW, Bd. 59, S. 419f.; Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 55; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 358; Aldrovandi Marescotti, *Nuovi ricordi e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 53; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 228.
- 8 F. Lloyd George, *The Years that Are Past*, S. 165; Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 168f.
- 9 PWW, Bd. 57, S. 276; Bd. 60, S. 197; Bd. 61, S. 112; Anm. 1; Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 17. Mai 1919; Heckscher, *Woodrow Wilson*, S. 555f.
- 10 Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 390.
- 11 Marston, *The Peace Conference of 1919*, S. 182f., 185f.; Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 134-138, 143f.
- 12 Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 17. Mai 1919; Marks, *Innocent Abroad*, S. 197-199.
- 13 Marks, *Innocent Abroad*, S. 170-177.
- 14 PWW, Bd. 59, S. 247; Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 43; House of Lords Record Office,

- Lloyd George Papers, F/3/4/21, Hardinge an Balfour, 4. April 1919.
- 15 Marks, *Innocent Abroad*, S. 93-95; PWW, Bd. 61, S. 375.
- 16 Marks, *Innocent Abroad*, S. 9-11, 149-151.
- 17 Ebd., S. 144-146; Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 2, S. 190f.; Nelson, *Land and Power*, S. 312-318.
- 18 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 135-138; Marks, *Innocent Abroad*, S. 183-205.
- 19 Library of Congress, Baker Papers, Notizbücher, 30. April 1919

## 22 Italien steigt aus

- 1 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 181.
- 2 Roskill, *Hankey*, Bd. 2, S. 8.
- 3 Churchill College, Hankey Papers, 3/25, Hankey an seine Frau, 23. April 1919.
- 4 Scott, *The Political Diaries of C.P. Scott, 1911-1928*, S. 386.
- 5 Nicolson, *Nachkriegsdiplomatie*, S. 108, Anm.
- 6 Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 82.
- 7 Vivarelli, *Storia delle origini del fascismo*, Bd. 1, S. 382f.
- 8 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 819.
- 9 Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 15. April 1919; 003-0031, House an Wilson, 27. Februar 1919. [beides in den Auchincloss Papers]
- 10 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 253.
- 11 Zit. in Saladino, «In Search of Sidney Sonnino», S. 623.
- 12 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 277, Anm. 1; Vivarelli, *Storia delle origini del fascismo*, Bd. 1, S. 84f.
- 13 FRUS, Bd. 1, S. 422f.
- 14 British Museum, Balfour Papers, 49/34/186-192.
- 15 Duroselle, *Clemenceau*, S. 782-784.
- 16 Repington, *After the War*, S. 13.
- 17 British Museum, Balfour Papers, 49744/123-128, Derby an Balfour, 15. November 1918.
- 18 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 768f.
- 19 British Museum, Balfour Papers, 49/44/161-163, Derby an Balfour, 21. November 1918.
- 20 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 794.
- 21 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 117.
- 22 Vivarelli, *Storia delle origini del fascismo*, Bd. 1, S. 386.
- 23 Lederer, *Yugoslavia at the Peace Conference*, S. 72f.
- 24 Ebd., S. 71-75.
- 25 Siehe Zivojinovic, *America, Italy and the Birth of Yugoslavia, 1917-1919*, Kap. 8-10.
- 26 FRUS, Bd. 1, S. 475-487.
- 27 Baerlein, *The Birth of Yugoslavia*, Bd. 2, S. 49, 75, 80, 141.
- 28 Ebd., Bd. 1, S. 87; Zivojinovic, *America, Italy and the Birth of Yugoslavia, 1917-1919*, S. 230f.
- 29 FRUS, Bd. 1, S. 472f.; Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 315.
- 30 Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 296.
- 31 Ministère de la Défense, Clemenceau-Papiere, 6N72, Protokoll einer Sitzung der Alliierten, 2. Dezember 1918.
- 32 Zit. in Zivojinovic, *America, Italy and the Birth of Yugoslavia, 1917-1919*, S. 275, Anm. 26.

- 33 Library of Congress, Beer Collection, Tagebuch, 30. März 1919.
- 34 Woodrow Wilson, «Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 223; Albrecht-Carrie, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 80, 90-94.
- 35 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 293; Bon-sai, *Suitors and Suppliants*, S. 102.
- 36 Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 361f.
- 37 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 15. November 1918.
- 38 Vivarelli, *Storia delie origini del fa-scismo*, Bd. 1, S. 398f.
- 39 Orlando, *Memorie (1915-1919)*, S. 388.
- 40 Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 199.
- 41 Baker, *Woodrow Wilson. Life and Letters*, Bd. 7, S. 513.
- 42 British Museum, Balfour Papers, 49744/217-219, Derby an Balfour, 22. Dezember 1918.
- 43 PWW, Bd. 53, S. 621.
- 44 Zit. in Vivarelli, *Storia delle origini delfascismo*, Bd. 1, S. 386, Anm. 107.
- 45 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 19. Mai 1919.
- 46 PWW, Bd. 54, S. 50.
- 47 Zit. in Lovin, *A School for Diplomats*, S. 27.
- 48 Zit. in Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 55.
- 49 Lovin, *A School for Diplomats*, S. 33f.
- 50 Zit. in Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, S. 532, Anm. 1.
- 51 Orlando, *Memorie (1915-1919)*, S. 387.
- 52 Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. 16.
- 53 Rodd, *Social and Diplomatic Memo-ries*, Bd. 3, S. 377; Mamatey, *The United States and East Central Europe, 1914-1918*, S. 118.
- 54 Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 273.
- 55 Orlando, *Memorie (1915-1919)*, S. 356.
- 56 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 806.
- 57 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 30.
- 58 Clemenceau, *Grösse und Tragik eines Sieges*, S. 109; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 277, Anm. 1; Orlando, *Memorie (1915-1919)*, S. 360.
- 59 Zit. in Duroseile, *Clemenceau*, S. 787.
- 60 Orlando, *Memorie (1915-1919)*, S. 370.
- 61 Duroseile, *Clemenceau*, S. 788.
- 62 Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 370-387.
- 63 Hess, «Italy and Africa. Colonial Ambitions in the First World War».
- 64 Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, S. 534; Bod-leian Library, Milner Papers, 389, Sitzungen des Kolonialkomitees, 15. und 19. Mai 1919; Milner an Lloyd George, 16. Mai 1919.
- 65 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 281.
- 66 *Bericht über die Tätigkeit der deutsch-österreichischen Friedens-delegation in St. Germain-en-Laye*, Bd. 2, Beilage 63: «Antwort auf die Friedensbedingungen vom 20. Juli», 6. August 1919, S. 107.
- 67 Zit. in Albrecht-Carrie, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 375.
- 68 Ebd., S. 81, 85.



- 69 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 10. März 1919.
- 70 Baker, *Woodrow Wilson and World Settlement*, Bd. 2, S. 146; Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 28. Mai 1919.
- 71 Alcock, »Trentino and Tyrol. From Austrian Crownland to European Region«, S. 71–74, 79–81.
- 72 Zit. in Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 379.
- 73 FRUS, Bd. 1, S. 478.
- 74 Zivoinovic, *America, Italy and the Birth of Yugoslavia, 1917–1919*, S. 231, Anm. 49.
- 75 Hoover, *The Ordeal of Woodrow Wilson*, S. 106.
- 76 Zivoinovic, *America, Italy and the Birth of Yugoslavia, 1917–1919*, Kap. 9.
- 77 Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 107f.; Steed, *Through Thirty Years, 1892–1922*, Bd. 2, S. 280f.; Yale University Library, House Papers, Serie III, Box 201, 2/566.
- 78 Zit. in Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 172.
- 79 Orlando, *Memorie (1915–1919)*, S. 482f.
- 80 Ministère de la Défense, Clemenceau-Papier, 6N75, Vertrag vom 13. Juni 1919.
- 81 Orlando, *Memorie (1915–1919)*, S. 386f.
- 82 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/23/4/22, Hankey an Lloyd George, 23. Februar 1919.
- 83 Memorandum über das »Problem Italiens und der Türkei in Anatolien«, 16. Mai 1919, in: W. Wilson, *Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MC-MXIX*, Bd. 3, S. 266.
- 84 Yale University Library, House Papers, Serie III, Box 201, 2/567.
- 85 Zit. in Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking*, S. 219f.
- 86 Baerlein, *The Birth of Yugoslavia*, Bd. 1, S. 62.
- 87 Ledeen, *The First Duce*, S. 28.
- 88 FRUS, Bd. 1, S. 449.
- 89 Ebd., S. 462.
- 90 Baker, *Woodrow Wilson and World Settlement*, Bd. 2, S. 135.
- 91 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 3. April 1919.
- 92 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 441.
- 93 Woodhouse, *Gabriele D'Annunzio*, S. 321; Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking*, S. 222.
- 94 Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 116; Vivarelli, *Storia delle origini del fascismo*, Bd. 1, S. 391, Anm. 120.
- 95 Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 253.
- 96 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 243f.
- 97 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 15. April 1919.
- 98 Zit. in Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 101, 117.
- 99 Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 129.
- 100 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 7. April 1919.
- 101 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 15. April 1919.
- 102 »Memorandum über die Frage der italienischen Ansprüche auf die Adria«, 14. April 1919, in: W. Wilson, *Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MC-MXIX*, Bd. 3, S. 240; Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Confer-*

- ence, S. 126-128, 445-447; Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 254.
- 103 Zit. in Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, S. 532, Anm. 3.
- 104 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 288.
- 105 Zit. in Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 293.
- 106 Zit. in Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 464f.
- 107 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 295.
- 108 Zit. in ebd., S. 301.
- 109 Zit. in Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 479.
- 110 Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking*, S. 687f.
- HIP. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 290-312; Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 160-162.
- 112 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 306.
- 113 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 125f.
- 114 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 310.
- 115 Ebd., S. 305.
- 116 Ebd., S. 306.
- 117 Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 282f., 288, 296f., 303, 309.
- 118 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 25. April 1919; Baker, *Woodrow Wilson and World Settlement*, Bd. 2, S. 129.
- 119 «Erklärung in Sachen der Adria», 23. April 1919, in: W. Wilson, *Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MC-MXIX*, Bd. 3, S. 250-253; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 315-317.
- 120 Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 56.
- 121 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 308.
- 122 Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 305-313; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 231.
- 123 Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 56.
- 124 Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 329.
- 125 Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking*, S. 701f.
- 126 Ministère des Affaires Étrangères, Série à Paix, 1914-1920, Bd. 317, Bericht des französischen Konsuls in Turin, 28. April 1919.
- 127 Baerlein, *The Birth of Yugoslavia*, Bd. 1, S. 138.
- 128 Scottish Record Office, Lothian Papers, 66, 6-15; Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking*, S. 710f.
- 129 Woodhouse, *Gabriele D'Annunzio*, S. 319.
- 130 Zit. in Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking*, S. 707f.
- 131 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 335.
- 132 Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, S. 532, Anm. 2.
- 133 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 342.
- 134 University Microfilms International, Sonnino-Papiere, Rolle 40, 479, 486, 488; Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 153-155.
- 135 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 266.
- 136 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 30. Mai 1919.
- 137 Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 431.

- 138 Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 168.
- 139 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 19. Mai 1919.
- 140 Aldrovandi Marescotti, *Nuovi ricordi e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 106.
- 141 Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, S. 539.
- 142 Aldrovandi Marescotti, *Nuovi ricordi e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 100.
- 143 Orlando, *Memorie (1915-1919)*, S. 484.
- 144 Baerlein, *The Birth of Yugoslavia*, Bd. 1, S. 139.
- 145 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, 56/2/27, Rodd an Lloyd George, 6. Mai 1919.
- 146 Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference*, S. 167-173.
- 147 Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, S. 533.
- 148 Aldrovandi Marescotti, *Nuovi ricordi e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 33.
- 149 Orlando, *Memorie (1915-1919)*, S. 482f.
- 150 Bodleian Library, Milner Papers, 46/2, Rodd an Milner, 30. Juni 1919.
- 151 Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, S. 535.
- 152 Ledeen, *The First Duce*, S. 102f., 148f.; Woodhouse, *Gabriele D'Annunzio*, S. 341.
- 153 Zit in Ledeen, *The First Duce*, S. 145f.
- 154 Ebd., S. 88, 95.
- 155 Ebd., S. 96f.; Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, S. 546f.
- 156 Ledeen, *The First Duce*, S. 108.
- 157 Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 382f.
- 158 Zit. in F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 192.
- 159 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 4, S. 329f.
- 160 Seton-Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, S. 582.
- 161 Woodhouse, *Gabriele D'Annunzio*, S. 371.
- 162 Ebd., S. 379.
- 163 Rodd, *Social and Diplomatic Memoirs*, Bd. 3, S. 384.

### 23 Japan und die Rassengleichheit

- 1 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 239.
- 2 Nish, *Japanese Foreign Policy, 1869-1942*, S. 4f.
- 3 Zit. in Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 404.
- 4 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 1, S. 259.
- 5 Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 177f.
- 6 Baker, *What Wilson Did at Paris*, S. 73
- 7 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 304.
- 8 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 251.
- 9 Nish, *Japanese Foreign Policy, 1869-1942*, S. 117.
- 10 Nish, *Alliance in Decline*, S. 267.
- 11 Connors, *The Emperor's Adviser*, S. 60f.
- 12 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 231f.
- 13 Ebd., S. 233.
- 14 Kumao, *Saionji-Harada Memoirs*,

- S. 24f.; Connors, *The Emperors Adviser*, S. 3.
- 15 Kumao, *Saionji-Harada Memoirs*, S. 24f.; Connors, *The Emperor's Adviser*, S. 3.
- 16 Clemenceau, *Grösse und Tragik eines Sieges*, S. 110.
- 17 Kumao, *Saionji-Harada Memoirs*, S. 26, 40.
- 18 Ebd., S. 38.
- 19 Ebd., S. 23f., 26, 63.
- 20 *Cambridge History of Japan*, Bd. 6, S. 386, 433.
- 21 Connors, *The Emperors Adviser*, S. 14-16.
- 22 Hunter, *The Emergence of Modern Japan*, S. 119.
- 23 Zit. in Duus, *The Rise of Modern Japan*, S. 134.
- 24 Connors, *The Emperors Adviser*, S. 15, 18f., 22, 109f.
- 25 Yamagata Aritomo, zit. in Nish, *Alliance in Decline*, S. 255.
- 26 Nish, *Alliance in Decline*, S. 127-131.
- 27 *Cambridge History of Japan*, Bd. 6, S. 279.
- 28 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 197.
- 29 Zit. in Nish, *Alliance in Decline*, S. 258f.
- 30 Zit. in Nish, *Japanese Foreign Policy, 1869-1942*, S. 282.
- 31 Chi, *China Diplomacy, 1914-1918*, S. 86.
- 32 Dingman, *Power in the Pacific*, S. 57.
- 33 Nish, *Alliance in Decline*, S. 217.
- 34 La Fargue, Thomas Edward: *China and the World War*, S. 46.
- 35 Dingman, *Power in the Pacific*, S. 76.
- 36 Ebd., S. 76.
- 37 Neu, *The Troubled Encounter*, S. 128-132.
- 38 Ebd., S. 127; Chi, «Tsao Ju-lin (1876-1876-1966)», S. 103; M. D. Kennedy, *The Estrangement of Great Britain and Japan, 1917-1935*, S. 41, 44.
- 39 Dingman, *Power in the Pacific*, S. 58.
- 40 Nish, *Alliance in Decline*, S. 196.
- 41 Zit. in Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. III; FRUS, Bd. 3, S. 506.
- 42 Nish, *Alliance in Decline*, S. 227, 232.
- 43 Ebd., S. 267.
- 44 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 141, 191; Hish, *Alliance in Decline*, S. 267.
- 45 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 137f.
- 46 Beers, *Vain Endeavor*, S. 70; Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 131f.
- 47 Miller, *My Diary at the Conference of Paris*, Bd. 1, S. 100.
- 48 FRUS, Bd. 3, S. 739f.
- 49 Geddes, «The Mandate for Yap»; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 312.
- 50 Fifield, «Disposal of the Carolines, Marshalls, and Marianas at the Paris Peace Conference».
- 51 Zit. in Nish, *Alliance in Decline*, S. 172.
- 52 Zit. in Lauren, «Human Rights in History. Diplomacy and Racial Equality at the Paris Peace Conference», S. 260f.
- 53 FRUS, Bd. 1, 494.
- 54 Kawamura, «Wilsonian Idealism and Japanese Claims at the Paris Peace Conference», S. 52If.
- 55 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 4. Februar 1919.
- 56 Scottish Record Office, Lothian Papers, 37-40, Notizen, diktiert am 10. Februar 1919; Miller, *The Drafting*

- of the Covenant, Bd. 1, S. 183f.; Bonsai, *Unfinished Business*, S. 33.
- 57 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 2, S. 323-325; Bonsai, *Unfinished Business*, S. 33; FRUS, Bd. 3, S. 224f.
- 58 Lauren, «Human Rights in History. Diplomacy and Racial Equality at the Paris Peace Conference», S. 268.
- 59 PWW, Bd. 55, S. 489; Scottish Record Office, Lothian Papers, 37-40, Notizen, diktiert am 10. Februar 1919; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 636.
- 60 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 336.
- 61 Miller, *My Diary at the Conference of Paris*, Bd. 1, S. 100.
- 62 Link, *Wilson. The New Freedom*, S. 243-254.
- 63 Snelling, «Peacemaking, 1919», S. 23; W. J. Hudson, *Billy Hughes in Paris*, S. 55-57.
- 64 National Library of Australia, Hughes Papers, Series 24/2, Ordner 11: 1538/24/902.
- 65 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/6/6/29, Cecil an Lloyd George, 15. April 1919.
- 66 Ministère de la Défense, Clemenceau-Papiere, 6N74, Dociété des Nations, Brief vorn 18. April 1919.
- 67 Nish, *Alliance in Decline*, S. 271; W. J. Hudson, *Billy Hughes in Paris*, S. 57; Garran, *Prosper the Commonwealth*, S. 265; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/6/6/29, Cecil an Lloyd George, 15. April 1919; National Archives of Canada, Christie Papers, Bd. 5, Akte 16; National Archives of Canada, Borden Papers, Cl864, Tagebuch, 31. März 1919; Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 29 (28. April 1919).
- 68 Bonsai, *Unfinished Business*, S. 154.
- 69 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 13. Februar 1919.
- 70 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 313.
- 71 Yale University Library, Auchincloss Papers, Gruppe 580, Serie I, Tagebuch, 10. April 1919.
- 72 Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 461-466.
- 73 Lauren, «Human Rights in History. Diplomacy and Racial Equality at the Paris Peace Conference», S. 274f.
- 74 FRUS, Bd. 3, S. 291.
- 75 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 314.

## 24 Ein Dolchstoß in Chinas Herz

- 1 Keegan, «From Chancery to Cloister», S. 173.
- 2 Wilhelm II. an Bernhard von Bülow, 7. November 1907, in: *Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914*, Bd. 14, S. 69.
- 3 Schrecker, *Imperialism and Chinese Nationalism*, S. 217.
- 4 Ebd., S. 215f., 231.
- 5 Zit. in ebd., S. 217.
- 6 Ebd., S. 168-203.
- 7 Zit. in Schrameier, *Kiautschou, seine Entwicklung und Bedeutung*, S. 93.
- 8 Zit. in Schrecker, *Imperialism and Chinese Nationalism*, S. 247.
- 9 Chi, *China Diplomacy, 1914-1918*, S. 26; Schrecker, *Imperialism and Chinese Nationalism*, S. 248.
- 10 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 25.

- 11 Connors, *The Emperors Adviser*, S. 110.
- 12 Nish, *Alliance in Decline*, S. 158f.
- 13 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 127f.
- 14 Nish, *Japanese Foreign Policy, 1869-1942*, S. 116.
- 15 Zit. in ebd., S. 286.
- 16 Chow, *The May Fourth Movement*, S. 87.
- 17 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 187.
- 18 Chi, *China Diplomacy, 1914-1918*, S. 25.
- 19 Nish, *Japanese Foreign Policy, 1869-1942*, S. 156, 193.
- 20 Zit. in Louis, *British Strategy in the Far East 1919-1939*, S. 19.
- 21 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 127, 182, 253f.; Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 141.
- 22 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 155.
- 23 Beers, *Vain Endeavor*, S. 109, 121.
- 24 Ebd., S. 149, 154.
- 25 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 134.
- 26 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 15.
- 27 Ebd. S. 30.
- 28 Pugach, *Paul S. Reinsch*, S. 241.
- 29 Ebd., S. 261.
- 30 Zit. in Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 194.
- 31 Clemenceau, *Grösse und Tragik eines Sieges*, S. 110.
- 32 W. King, *China at the Paris Peace Conference in 1919*, S. 3.
- 33 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 136f.
- 34 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 230f.
- 35 Beers, *Vain Endeavor*, S. 153.
- 36 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 136f.; Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 191-194.
- 37 Chu, V. K. Wellington Koo, S. 15.
- 38 La Fargue, *China and the World War*, S. 178; W. King, *China at the Paris Peace Conference in 1919*, S. 2.
- 39 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 140, 144; Chow, *The May Fourth Movement*, S. 86.
- 40 Siehe Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 144; Chow, *The May Fourth Movement*, S. 86.
- 41 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 251.
- 42 Chow, *The May Fourth Movement*, S. 86.
- 43 Bonsal, *Suitors and Suppliants*, S. 237.
- 44 Chu, V. K. Wellington Koo, S. 30, Anm. 66.
- 45 W. King, *China at the Paris Peace Conference in 1919*, S. 26.
- 46 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 126, Anm. 55.
- 47 Ebd., S. 124f.
- 48 W. King, *China at the Paris Peace Conference in 1919*, S. 5.
- 49 Ebd., S. 10f.; Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 130f.
- 50 W. King, *China at the Paris Peace Conference in 1919*, S. 9f.
- 51 Zit. in ebd., S. 7.
- 52 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 197f.; Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 151; Kawamura, »Wilsonian Idealism and Japanese Claims at the Paris Peace Conference«, S. 50.
- 53 Siehe Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 143-155.
- 54 Keegan, »From Chancery to Cloister«, S. 178.
- 55 W. King, *China at the Paris Peace Conference in 1919*, S. 12.

- 56 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 142.
- 57 Ebd., S. 141.
- 58 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 267; Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 243; PWW, Bd. 57, S. 582f.
- 59 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 131.
- 60 Zit. in Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 265.
- 61 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 247-249; Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 268; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 319-328.
- 62 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 330; La Fargue, *China and the World War*, S. 217.
- 63 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 253; W. King, *China at the Paris Peace Conference in 1919*, S. 21; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 329-336.
- 64 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 132.
- 65 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 334-336; La Fargue, *China and the World War*, S. 218.
- 66 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 25. April 1919; Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 268.
- 67 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 235.
- 68 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 260.
- 69 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 274; Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 267-271.
- 70 PWW, Bd. 57, S. 583.
- 71 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 196, Anm. 1; Kawamura, «Wilsonian Idealism and Japanese Claims at the Paris Peace Conference», S. 523f.
- 72 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 269f.; Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 275f.; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 399-401.
- 73 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 25. April 1919.
- 74 Zit. in Beers, *Vain Endeavor*, S. 160.
- 75 «Erklärung des Präsidenten Wilson vorn 30. April über den Schantungvertrag», in Wilson, *Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MCMXIX*, Bd. 3, S. 273f.; La Fargue, *China and the World War*, S. 231.
- 76 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 277.
- 77 Zit. in Keegan, «From Chancery to Cloister», S. 178.
- 78 La Fargue, *China and the World War*, S. 222; Floto, *Colonel House in Paris*, S. 233; Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 298-301; Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 272, 279; Beers, *Vain Endeavor*, S. 158.
- 79 PWW, Bd. 58, S. 244.
- 80 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 30. April 1919; Heckscher, *Woodrow Wilson*, S. 567.
- 81 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 277-279; Heckscher, *Woodrow Wilson*, S. 567.
- 82 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 279f.; P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 425-427.

- 83 Chow, *The May Fourth Movement*, S. 90.
- 84 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 242f.
- 85 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 280.
- 86 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 287; Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 280.
- 87 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 244.
- 88 Chow, *The May Fourth Movement*, S. 90.
- 89 Ebd., S. 101.
- 90 Zit. in ebd., S. 93.
- 91 Schwarcz, *The Chinese Enlightenment*, S. 14, 18, 22.
- 92 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 303.
- 93 Zit. in Schwarcz, *The Chinese Enlightenment*, S. 12.
- 94 Ebd., S. 15-22; Chow, *The May Fourth Movement*, S. 189.
- 95 Spence, *Chinas Weg in die Moderne*, S. 360.
- 96 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 243.
- 97 Chin, «Tsao Ju-lin (1876-1966)», S. 181, Anm. 138.
- 98 Nish, *Japanese Foreign Policy, 1869-1942*, S. 123.
- 99 Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 282.
- 100 Nish, *Japanese Foreign Policy, 1869-1942*, S. 287f.
- 101 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 246f.
- 102 Griswold, *The Far Eastern Policy of the United States*, S. 327.
- 103 Nish, *Japanese Foreign Policy, 1869-1942*, S. 138.
- 104 Chu, *V. K. Wellington Koo*, S. 80.
- 105 Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 300; Beers, *Vain Endeavor*, S. 26.
- 106 Zit. in Fifield, *Woodrow Wilson and the Far East*, S. 298.
- 107 Zit. in Curry, *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, S. 309.

## 25 Der größte griechische Staatsmann seit Perikles

- 1 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 109 und Anhang B.
- 2 F. Lloyd George, *The Years that Are Past*, S. 167.
- 3 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 123, 135.
- 4 Churchill College, Hankey Papers, Tagebuch, 17. Oktober 1918.
- 5 Bonsal, *Suitors and Suppliants*, S. 176.
- 6 Alastos, *Venizelos*, S. 11f.
- 7 Ebd., S. 14-18.
- 8 Ebd., S. 13.
- 9 Clogg, *Geschichte Griechenlands im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 53.
- 10 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 17.
- 11 Ebd., S. 187; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, 55/1/10.
- 12 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 177; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, 55/1/32, Venizelos an Lloyd George, 23. Juli 1920; ebd., 92/12/1, Gespräch zwischen Lloyd George und Venizelos; FRUS, Bd. 3, S. 863-873.
- 13 Magosci, *Historical Atlas of East Central Europe*, S. 97.
- 14 Smith, *Ionian Vision*, S. 25-27.
- 15 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 679.
- 16 Clogg, *Geschichte Griechenlands im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 110f.



- 17 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1203f.; Dillon, *The Inside Story of the Peace Conference*, S. 75.
- 18 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 241f.; PWW, Bd. 55, S. 266.
- 19 FRUS, Bd. 3, S. 859-875.
- 20 Churchill College, Leeper Papers, 3/8, Allen Leeper an Rex Leeper, 3. Februar 1919.
- 21 FRUS, Bd. 3, S. 874.
- 22 Zit. in Stickney, *Southern Albania or Northern Epirus in European International Affairs, 1912-1923*, S. 79.
- 23 Smith, *Ionian Vision*, S. 63f.; Goldstein, «Great Britain and Greater Greece, 1917-1920», S. 344.
- 24 Goldstein, «Great Britain and Greater Greece, 1917-1920», S. 343; Churchill College, Hankey Papers, Tagebuch, 27. Dezember 1918.
- 25 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1204; Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 129.
- 26 Smith, *Ionian Vision*, S. 253, Anm.
- 27 Zit. in Goldstein, «Great Britain and Greater Greece, 1917-1920», S. 346f.
- 28 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1216.
- 29 Smith, *Ionian Vision*, S. 18.
- 30 Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 27; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, 55/1/10; Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 72f., 132-134.
- 31 Alastos, *Venizelos*, S. 188, Anm. 1 und 2; Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 135.
- 32 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 49-52, 76-78.
- 33 Ebd., S. 62f., 116-118; ; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F3/4/6, Hardinge an Balfour, 21. Januar 1919.
- 34 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 8. Januar 1919; Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 177; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 238; Seymour, *Letters from the Paris Peace Conference*, S. 56.
- 35 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 257.
- 36 Stickney, *Southern Albania or Northern Epirus in European International Affairs, 1912-1923*, S. 88, 95.
- 37 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 162f., 164, Anm. 41.
- 38 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 251, 255.
- 39 Shanafelt, «An English Lady in High Albania».
- 40 Zit. in FitzHerbert, *The Man Who Was Greenmantle*, S. 125f.
- 41 Laffan, *The Serbs*, S. 223-228.
- 42 Dontas, «Troubled Friendship. Greco-Serbian Relations, 1914-1918», S. 105; Stickney, *Southern Albania or Northern Epirus in European International Affairs, 1912-1923*, S. 68.
- 43 Stickney, *Southern Albania or Northern Epirus in European International Affairs, 1912-1923*, S. 91f.
- 44 Roosevelt, *A Front Row Seat*, S. 95; Cannadine, David: *The Decline and Fall of the British Aristocracy*, S. 383; Fitz Herbert, *The Man Who Was Greenmantle*, passim.
- 45 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 257.
- 46 FRUS, Bd. 4, S. 111-116.
- 47 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 185.

- 48 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 249.
- 49 Goldstein, «Great Britain and Greater Greece, 1917-1920», S. 348; Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 150f.
- 50 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 495.
- 51 Stickney, *Southern Albania or Northern Epirus in European International Affairs, 1912-1923*, S. 125.
- 52 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 39f.
- 53 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 88.
- 54 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 180; FRUS, Bd. 7, S. 397.
- 55 FRUS, Bd. 3, S. 866.
- 56 Ebd., Bd. 7, S. 246, 379f.; Genoff, *Das Schicksal Bulgariens*, S. 65.
- 57 Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 153-155; Goldstein, «Great Britain and Greater Greece, 1917-1920», S. 349; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, 92/12/1, Gespräch zwischen Lloyd George und Venizelos, 5. September 1919.
- 58 Genoff, *Das Schicksal Bulgariens*, S. 57.
- 9 FRUS, Bd. 2, S. 281.
- 10 Orga, *Das Haus am Bosphorus*, S. 305.
- 11 Zit. in Kinross, *Atatürk*, S. 159.
- 12 Ebd., S. 481, 531, 542.
- 13 Mazower, «Minorities and the League of Nations in Interwar Europe», S. 47.
- 14 Zit. in Kinross, *Atatürk*, S. 16, 437, 468.
- 15 Suny, *Looking toward Ararat*, S. 107.
- 16 Pope/Pope, *Turkey Unveiled*, S. 116.
- 17 Zit. in Mansel, *Constantinople*, S. 286-288.
- 18 Kinross, *Atatürk*, S. 21.
- 19 Ebd., Kap. 1 und 2.
- 20 Ebd., S. 72; Pope/Pope, *Turkey Unveiled*, S. 163.
- 21 Zit. in Kinross, *Atatürk*, S. 111.
- 22 Orga, *Das Haus am Bosphorus*, S. 257f., 329; Kinross, *Atatürk*, S. 158; A.W. Palmer, *Verfall und Untergang des Osmanischen Reiches*, S. 352.
- 23 Mansel, *Constantinople*, S. 384f.; Ryan, *The Last of the Dragomans*, S. 139.
- 24 Mansel, *Constantinople*, S. 398-400; Busch, *Mudros to Lausanne*, S. 64-67.
- 25 Zit. in Walker, *Armenia*, S. 294.
- 26 India Office Library, Curzon Papers, Fl 12/274, Kriegskabinet, Protokolle des Ostausschusses, 46 (23. Dezember 1918).
- 27 Ebd., 40 (2. Dezember 1918).
- 28 Anderson, *The Eastern Question, 1774-1923*, S. 268, Anm. 1.
- 29 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 75.
- 30 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 56.
- 31 Zit. in Watson, *Georges Clemenceau*, S. 367.
- 32 D. Lloyd George, *Mein Anteil am Weltkrieg*, Bd. 3, S. 563.

## 26 Das Ende der Osmanen

- 1 FRUS, Bd. 2, S. 282.
- 2 Ahmad, «The Late Ottoman Empire», S. 18.
- 3 Dyer, «The Turkish Armistice of 1918. 2», S. 316, 323f.
- 4 Ebd., S. 327, 335f.
- 5 Zit. in ebd., S. 334.
- 6 Zit. in ebd., S. 319, 335, 345, Anm. 45.
- 7 Zit. in Kinross, *Atatürk*, S. 153.
- 8 Zit. in ebd., S. 134.

- 33 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 164.
- 34 Zit. in Watson, *Georges Clemenceau*, S. 368.
- 35 FRUS, Bd. 3, S. 806.
- 36 Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 13.
- 37 Scottish Record Office, Lothian Papers, 1173, Notizen über ein Gespräch zwischen Clemenceau, Oberst House und Lothian, 7. März 1919.
- 38 Walker, *Armenia*, S. 125f.
- 39 H. N. Howard, *The Partition of Turkey*, S. 135, 424.
- 40 Woodrow Wilson, «Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 224.
- 41 FRUS, Bd. 1, S. 52.
- 42 H. N. Turkey, *the Straits and U. S. Policy*, S. 47; Miller, *The Drafting of the Covenant*, Bd. 1, S. 27f., 74.
- 43 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 76; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 218f.
- 44 Mache, «The British Decision Regarding the Future of Constantinople, November 1918-January 1920», S. 391.
- 45 India Office Library, Curzon Papers, Fl 12/274, Kriegskabinetts, Protokolle des Ostausschusses, 46 (23. Dezember 1918).
- 46 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F40/2, Montagu an Lloyd George, 28. Februar 1919.
- 47 Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 29f.; FRUS, Bd. 3, S. 956-969.
- 48 FRUS, Bd. 4, S. 147-157.
- 49 Baker, *Woodrow Wilson and World Settlement*, Bd. 2, S. 24.
- 50 Suny, *Looking toward Ararat*, S. 114 und Kap. 6, passim.
- 51 FRUS, Bd. 1, S. 42; Duroseile, *Clemenceau*, S. 822; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1257f.; Walker, *Armenia*, S. 263f.; House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 199; Hoover, *The Ordeal of Woodrow Wilson*, S. 141.
- 52 India Office Library, Curzon Papers, Fl 12/274, Kriegskabinetts, Protokolle des Ostausschusses, 42 (9. Dezember 1918).
- 53 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 170f., 194.
- 54 Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 50; Scottish Record Office, Lothian Papers, 1173, Notizen über ein Gespräch zwischen Clemenceau, Oberst House und Lloyd George, 7. März 1919.
- 55 Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1262.
- 56 FRUS, Bd. 3, S. 807; Bd. 5, S. 614.
- 57 Zit. in Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 194.
- 58 Zit. in Kinross, *Atatürk*, S. 241.
- 59 Zit. in Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 335, Anm. 38.

## 27 Arabische Unabhängigkeit

- 1 Toynbee, *Acquaintances*, S. 211f.
- 2 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 25, 28f.
- 3 Churchill College, Hankey Papers, Tagebuch, 4. Dezember 1918, Anmerkung, hinzugefügt am 11. Dezember 1920.
- 4 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 182.
- 5 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 174f.
- 6 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1038.

- 7 Churchill College, Hankey Papers, Tagebuch, 4. Dezember 1918, Anmerkung, hinzugefügt am 6. Oktober 1918; Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914-1920*, S. 118.
- 8 India Office Library, Curzon Papers, Fl 12/274, Kriegskabinett, Protokolle des Ostausschusses, 39 (27. November 1918).
- 9 Fromkin, *A Peace to End All Peace*, S. 190; Storrs, *Orientalism*, S. 316, 324.
- 10 Lawrence, *Die sieben Säulen der Weisheit*, S. 44.
- 11 Adelson, *Mark Sykes*, S. 135; Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914-1920*, S. 32.
- 12 D. Stevenson, *The First World War and International Politics*, S. 129f.
- 13 Amery, *The Leo Amery Diaries*, Bd. 1, S. 237.
- 14 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 46, 69.
- 15 Ministère de la Défense, Clemenceau-Papiere, 6N72, Conférence de la Paix, Denkschrift vom 18. Dezember 1918, Anhang III; ebd., «Plan de règlement des questions d'Orient», 12. Dezember 1918; 6N76, Noriz, 1. Februar 1919.
- 16 India Office Library, Curzon Papers, Fl 12/274, Kriegskabinett, Protokolle des Ostausschusses, 41 (5. Dezember 1918).
- 17 Ebd., 42 (9. Dezember 1918).
- 18 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 152.
- 19 Ebd., S. 158f.; Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914-1920*, S. 65, 78f.
- 20 Woodrow Wilson, «Ansprache an die beiden in gemeinsamer Sitzung versammelten Häuser des Kongresses am 11. Februar 1918», in: ders., *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, S. 233.
- 21 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 1, S. 439; Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 149.
- 22 Zit. in Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 147.
- 23 India Office Library, Curzon Papers, Fl 12/274, Kriegskabinett, Protokolle des Ostausschusses, 39 (27. November 1918), 40 (2. Dezember 1918).
- 24 Zit. in Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 46.
- 25 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914-1920*, S. 59, 83; Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 90.
- 26 Lansing, *The Big Four and Others of the Peace Conference*, S. 164f., 169.
- 27 Zit. in James, *Imperial Warrior*, S. 173.
- 28 Lacey, *The Kingdom*, S. 83.
- 29 Yapp, *The Making of the Modern Near East, 1792-1923*, S. 281-286.
- 30 Fromkin, *In the Time of the Americans*, S. 174, 176-187.
- 31 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1028.
- 32 Antonius, *The Arab Awakening*, S. 321.
- 33 Lawrence, *Mosaik meines Lebens*, S. 18.
- 34 Zit. in James, *The Golden Warrior*, S. 311.
- 35 Lawrence, *Die sieben Säulen der Weisheit*, S. 87.
- 36 Lawrence, *Mosaik meines Lebens*, S. 99.
- 37 Fromkin, *In the Time of the Americans*, S. 339-341; Lawrence, *Mosaik meines Lebens*, S. 134f.
- 38 Library of Congress, Beer Collection, Tagebuch, 8. Januar 1919.
- 39 India Office Library, Curzon Pa-

- pers, F112/274, Kriegskabinett, Protokolle des Ostausschusses, 41 (5. Dezember 1918).
- 40 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 85.
- 41 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 102; Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 62.
- 42 Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 51.
- 43 P. M. H. Bell, *France and Britain 1900–1940*, S. 128.
- 44 Zit. in Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 62.
- 45 Ebd., S. 50–52.
- 46 Ebd., S. 59.
- 47 Antonius, *The Arab Awakening*, S. 280–286.
- 48 James, *Imperial Warrior*, S. 304, 599.
- 49 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 131.
- 50 Hughes, *Policies and Potentates*, S. 221–223.
- 51 FRUS, Bd. 3, S. 889–894; Library of Congress, Bliss Papers, Box 244, Tagebuch, 25. Januar 1919; ebd., Beer Collection, Tagebuch, 7. Januar 1919; Bonsal, *Suitors and Suppliants*, S. 40; Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 144.
- 52 Zit. in Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 186.
- 53 Zit. in Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 178.
- 54 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 113, 118f.
- 55 FRUS, Bd. 4, S. 3.
- 56 Zamir, »Faisal and the Lebanese Question, 1918–20«, S. 408f.
- 57 Zit. in Watson, *Georges Clemenceau*, S. 371.
- 58 Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 59.
- 59 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 98.
- 60 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 7 (7. Februar 1919).
- 61 British Museum, Balfour Papers, 49734/164–167, Balfour an Curzon, 8. September 1919.
- 62 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 7. März 1919.
- 63 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 119.
- 64 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 189.
- 65 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 128f.
- 66 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 12. März 1919.
- 67 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 189, 194–198, 205.
- 68 Baker, *Woodrow Wilson and World Settlement*, Bd. 1, S. 74.
- 69 James, *Imperial Warrior*, S. 185.
- 70 FRUS, Bd. 5, S. 12.
- 71 Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 11, S. 286f.
- 72 Antonius, *The Arab Awakening*, S. 288.
- 73 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 138, 143.
- 74 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 233.
- 75 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 143.
- 76 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 133.
- 77 Yergin, *Der Preis*, S. 237, 244.
- 78 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 91.
- 79 Amery, *The Leo Amery Diaries*, Bd. 1, S. 232.

- 80 Sluglett, *Britain in Iraq, 1914-1932*, S. 32.
- 81 H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 194.
- 82 M. Kent, *Oil and Empire*, S. 148.
- 83 Zit. in Marlowe, *Late Victorian*, S. 92.
- 84 Ebd., S. 113.
- 85 Ebd., S. 132.
- 86 Sluglett, *Britain in Iraq, 1914-1932*, Anhang 1.
- 87 Zit. in Marlowe, *Late Victorian*, S. 136-138.
- 88 India Office Library, Curzon Papers, FI 12/274, Kriegskabinett, Protokolle des Ostausschusses, 43 (16. Dezember 1918).
- 89 Zit. in Sluglett, *Britain in Iraq, 1914-1932*, S. 37.
- 90 Wallach, *Königin der Wüste*, S. 323f.
- 91 Zit. in ebd., S. 175.
- 92 Zit. in ebd., S. 429f.
- 93 Zit. in ebd., S. 292.
- 94 G. Bell, *Gertrude Bell, from Her Personal Papers 1914-1926*, S. 78f.
- 95 Zit. in ebd., S. 314.
- 96 Zit. in Marlowe, *Late Victorian*, S. 112.
- 97 Zit. in Sluglett, *Britain in Iraq, 1914-1932*, S. 22.
- 98 Winstone, *Gertrude Bell*, S. 195, 198, 202; Zamir, «Faisal and the Lebanese Question, 1918-20», S. 408f.
- 99 Zit. in Winstone, *Gertrude Bell*, S. 209f.
- 100 Zit. in Sluglett, *Britain in Iraq, 1914-1932*, S. 34.
- 101 Zit. in FitzHerbert, *The Man Who Was Greenmantle*, S. 219.
- 102 Darwin, *Britain, Egypt and the Middle East*, Kap. 3.
- 103 Kedourie, *The Chatham House Version and Other Middle-Eastern Studies*, S. 90.
- 104 Zit. in Storrs, *Orientalisms*, S. 54.
- 105 Kedourie, *The Chatham House Version and Other Middle-Eastern Studies*, S. 84-88.
- 106 Zit. in Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 189.
- 107 Shaarawi, *Harem Years*, S. 114.
- 108 Darwin, *Britain, Egypt and the Middle East*, S. 83f.
- 109 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 198.
- 110 Public Record Office, CAB 29/2, indische Wünsche für die Friedensvereinbarung.
- 111 J.M. Brown, *Gandhi*, S. 140f.
- 112 J.M. Brown, *Gandhi's Rise to Power*, S. 192.
- 113 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/23/4, «The Future of Constantinople», 5. Februar 1919; Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 16 (3. April 1919).
- 114 Zit. in Busch, *Britain, India and the Arabs, 1914-1921*, S. 390.
- 115 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd., 2, S. 95-100.
- 116 *The Englishman*, Kalkutta, 8. April 1919.
- 117 Pandey, *The Break-up of British India*, S. 107.
- 118 Darwin, *Britain, Egypt and the Middle East*, S. 247.
- 119 H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 182.
- 120 Darwin, *Britain, Egypt and the Middle East*, S. 30-32; James, *Imperial Warrior*, S. 184, 194.
- 121 Zit. in Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 638.
- 122 British Museum, Balfour Papers, 49734/154-160, Curzon an Balfour, 20. August 1919.
- 123 Zit. in Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914-1920*, S. 181.

- 124 Scottish Record Office, Lothian Papers, 74/19–21, 12. August 1919.
- 125 James, *Imperial Warrior*, S. 194f.; Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 155f.; Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 178.
- 126 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 200.
- 127 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 4, S. 97f.
- 128 FRUS, Bd. 12, S. 751–863.
- 129 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 199.
- 130 J. Wilson, *Lawrence von Arabien*, S. 469.
- 131 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 4, S. 134.
- 132 Ebd., S. 141, 203.
- 133 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 213; Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 268.
- 134 Zit. in Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914–1920*, S. 208.
- 135 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 201f.; Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 146f.
- 136 Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 120, Anm. 6.
- 137 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 215.
- 138 Marlowe, *Late Victorian*, S. 212f.
- 139 Zeine, *The Emergence of Arab Nationalism*, S. 136f.
- 140 Marlowe, *Late Victorian*, S. 162, 204, 215.
- 141 Zit. in Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 495.
- 142 H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 273.
- 143 India Office Library, Curzon Papers, F112/274, Kriegskabinett, Protokolle des Ostausschusses, 39 (27. November 1918).
- 144 Wallach, *Königin der Wüste*, S. 456, 471.
- 145 Ebd., S. 528f.
- 146 Brecher, «French Policy towards the Levant, 1914–18», S. 656.

## 28 Palästina

- 1 Zit. in Reinhartz, *Chaim Weizmann*, S. 298.
- 2 FRUS, Bd. 4, S. 164f.
- 3 Zit. in Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 187.
- 4 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 170.
- 5 Zit. in Elon, *Die Israelis*, S. 63.
- 6 Zit. in Sanders, *The High Walls of Jerusalem*, S. 81.
- 7 Zit. in Elon, *Die Israelis*, S. 64, 67.
- 8 Zit. in Sanders, *The High Walls of Jerusalem*, S. 120f., 418.
- 9 Eban, *An Autobiographie*, S. 12.
- 10 Stein, *The Balfour Declaration*, S. 121f.
- 11 Zit. in Reinhartz, *Chaim Weizmann*, S. 36.
- 12 Zit. in Sanders, *The High Walls of Jerusalem*, S. 318.
- 13 Zit. in Churchill, *Grosse Zeitgenossen*, S. 51.
- 14 Zit. in Gilmour, *Curzon*, S. 503f.
- 15 Lloyd George, *War Memories*, Bd. 2, S. 1014, 1017.
- 16 Mosley, *Curzon*, S. 207.
- 17 Zit. in Stein, *The Balfour Declaration*, S. 152.
- 18 Zit. in Dugdale, *Arthur James Balfour, 1906–1930*, S. 16 3; Sanders, *The High Walls of Jerusalem*, S. 119.
- 19 Zit. in Sanders, *The High Walls of Jerusalem*, S. 73.

- 20 Zit. in Rowland, *Lloyd George*, S. 424.
- 21 Lloyd George, *War Memories*, Bd. 2, S. 586.
- 22 Zit. in Sanders, *The High Walls of Jerusalem*, S. 518.
- 23 Zit. in Stein, *The Balfour Declaration*, S. 127.
- 24 Zit. in Gilmour, *Curzon*, S. 481.
- 25 Adelson, *Mark Sykes*, S. 243.
- 26 Philipp, «Die Balfour-Erklärung».
- 27 Friedman, *The Question of Palestine, 1914-1918*, S. 311-324.
- 28 Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 223, 242; Sykes, *Kreuzwege nach Israel*, S. 24f.
- 29 Ebd., S. 291-295, 303f.
- 30 Zit. in ebd., S. 296.
- 31 Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 639; FRUS, Bd. 4, S. 161-170.
- 32 Zit. in Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 298.
- 33 FRUS, Bd. 4, S. 166-169.
- 34 Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 187.
- 35 Storrs, *Orientalisms*, S. 326, 349, Anm. 1.
- 36 Zit. in Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 187.
- 37 Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 301.
- 38 FRUS, Bd. 4, S. 168.
- 39 Zit. in Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 194, 299.
- 40 Zit. in ebd., S. 220.
- 41 Yapp, *The Making of the Modern Near East, 1792-1923*, S. 116.
- 42 Zit. in Adelson, *Mark Sykes*, S. 243.
- 43 Zit. in Elon, *Die Israelis*, S. 174.
- 44 Ebd., S. 186, 202f., Kap. 5.
- 45 Zit. in Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 278.
- 46 Zit. in Dugdale, *Arthur James Balfour, 1906-1930*, S. 161.
- 47 Sanders, *The High Walls of Jerusalem*, S. 652; Storrs, *Orientalisms*, S. 414.
- 48 India Office Library, *Curzon Papers*, F112/274, Kriegskabinettsprotokolle des Ostausschusses, 41 (5. Dezember 1918).
- 49 Zit. in J. Wilson, *Lawrence of Arabia*, S. 512.
- 50 Storrs, *Orientalisms*, S. 400.
- 51 Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 255f.
- 52 Zit. in J. Wilson, *Lawrence of Arabia*, S. 593.
- 53 Antonius, *The Arab Awakening*, S. 285f., Anhang F.
- 54 Zit. in Lebow, »Woodrow Wilson and the Balfour Declaration«, S. 521.
- 55 PWW, Bd. 54, S. 432f.
- 56 Tillman, *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, S. 226.
- 57 Zit. in Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 163.
- 58 FRUS, Bd. 12, S. 793-795.
- 59 Zit. in Klieman, *Foundations of British Policy in the Arab World*, S. 70.
- 60 Nevakivi, *Britain, France and the Arab Middle East, 1914-1920*, S. 119-123.
- 61 Ebd., S. 274.
- 62 Zit. in Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 318, 387.
- 63 Zit. in Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 541.
- 64 British Museum, *Balfour Papers*, 497344/154-160, Curzon an Balfour, 20. August 1919.
- 65 Sykes, *Kreuzwege nach Israel*, S. 51f., 54f.
- 66 Zit. in Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 484f.
- 67 Zit. in ebd., S. 625-627.
- 68 Zit. in Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 357f.
- 69 Sanders, *The High Walls of Jerusalem*, S. 657; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1194.



- 70 Zit. in Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 392.  
 71 Zit. in Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 621.  
 72 Zit. in Sykes, *Kreuzwege nach Israel*, S. 65-67.  
 73 Zit. in Reinharz, *Chaim Weizmann*, S. 394f.  
 74 Sykes, *Kreuzwege nach Israel*, S. 81f.

## 29 Atatürk und der Bruch des Vertrags von Sèvres

- 1 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 454; Bd. 2, S. 37f.  
 2 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 21.  
 3 Petsalis-Diomidis, *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, S. 47; D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 774-783.  
 4 Bosworth, «Italy and the End of the Ottoman Empire», S. 52-55.  
 5 Smith, *Ionian Vision*, S. 69-79.  
 6 Bosworth, «Italy and the End of the Ottoman Empire», S. 67-69; Lowe/Marzari, *Italian Foreign Policy, 1870-1940*, S. 172.  
 7 Bosworth, «Italy and the End of the Ottoman Empire», S. 53.  
 8 University Microfilms International, Sidney Sonnino Papers, Rolle 40/47, Telegramm, 26. Januar 1919.  
 9 Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 439f.  
 10 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 40; FRUS, Bd. 5, S. 582; «Balfours Memorandum über das «Problem Italiens und der Türkei in Anatolien'», 16. Mai 1919, in: Wilson, *Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MCMXIX*, Bd. 3, S. 263-267.  
 11 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 305.  
 12 Ebd., S. 448-455.  
 13 FRUS, Bd. 3, S. 868-875.  
 14 Bonsai, *Suitors and Suppliants*, S. 183; Smith, *Ionian Vision*, S. 70.  
 15 Zit. in Smith, *Ionian Vision*, S. 51.  
 16 House/Seymour (Hg.), *What Really Happened at Paris*, S. 192f.; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/23/4/22, Hankey an Lloyd George, 23. Februar 1919.  
 17 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 31.  
 18 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 307.  
 19 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 183; Smith, *Ionian Vision*, S. 80.  
 20 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 47f.  
 21 Zit. in Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 278.  
 22 Zit. in Smith, *Ionian Vision*, S. 79.  
 23 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 1, S. 495f.; Bd. 2, S. 29-31, 36.  
 24 H. Wilson, *Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson*, S. 360.  
 25 Smith, *Ionian Vision*, S. 86-91.  
 26 Zit. in Kinross, *Atatürk*, S. 181.  
 27 Zit. in Ryan, *The Last of the Dragomans*, S. 128.  
 28 Zit. in Kinross, *Atatürk*, S. 18If.  
 29 Zit. in ebd., S. 177.  
 30 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1285.  
 31 Zit. in Kinross, *Atatürk*, S. 199.  
 32 Ebd., S. 671f.  
 33 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 318.  
 34 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 55, 70.

- 35 Nicolson/Sackville-West, *Vita and Harold*, S. 84.
- 36 «Balfours Memorandum über das ‚Problem Italiens und der Türkei in Anatolien‘», 16. Mai 1919, in: Wilson, *Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MCMXIX*, Bd. 3, S. 263-267.
- 37 H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 193.
- 38 Nicolson/Sackville-West, *Vita and Harold*, S. 84.
- 39 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 106.
- 40 Ebd., S. 72, 100, 109-113.
- 41 Ebd., S. 133f.; Roskill, *Hankey*, Bd. 2, S. 91.
- 42 Churchill College, Hankey Papers, 4/11, Hankey an Esher, 21. Mai 1919; Andrew/Kanya-Forstner, *France Overseas*, S. 197; Steed, *Through Thirty Years, 1892-1922*, Bd. 2, S. 330.
- 43 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 137.
- 44 Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 75-79.
- 45 Baker, *Woodrow Wilson and World Settlement*, Bd. 2, S. 203.
- 46 Zit. in H. N. Howard, *The Partition of Turkey*, S. 237.
- 47 Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 110; FRUS, Bd. 6, S. 711.
- 48 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 552-556.
- 49 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 183; Smith, *Ionian Vision*, S. 76.
- 50 Gilmour, *Curzon*, S. 491, 534f.
- 51 Zit. in Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 184.
- 52 Gilmour, *Curzon*, S. 7f.
- 53 Nicolson, *Nachkriegsdiplomatie*, S. 29.
- 54 India Office Library, Montagu Papers, 15. Juni 1918/31.
- 55 Vansittart, *The Mist Procession*, S. 273.
- 56 Gregory, *On the Edge of Diplomacy*, S. 254.
- 57 Nicolson, *Nachkriegsdiplomatie*, S. 191f.
- 58 Gilmour, *Curzon*, S. 510.
- 59 Nicolson, *Nachkriegsdiplomatie*, S. 191.
- 60 Zit. in ebd., S. 84
- 61 Zit. in Gidney, *A Mandate for Armenia*, S. 113.
- 62 Gilmour, *Curzon*, S. 502; Nicolson, *Nachkriegsdiplomatie*, S. 78.
- 63 Nicolson, *Nachkriegsdiplomatie*, S. 210f.
- 64 Gidney, *A Mandate for Armenia*, S. 196-199.
- 65 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 2, S. 1264-1267.
- 66 Lowe/Marzari, *Italian Foreign Policy, 1870-1940*, S. 172f.; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/200/1/12, Notizen über ein Gespräch zwischen Lloyd George und Tittoni, 31. August 1919.
- 67 Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 197, Anm. 6.
- 68 Duroselle, *Clemenceau*, S. 778f.
- 69 Montgomery, «The Making of the Treaty of Sèvres of 10 August 1920», S. 776.
- 70 Mache, «The British Decision Regarding the Future of Constantinople, November 1918-January 1920», S. 393.
- 71 Rawlinson, *Adventures in the Near East 1918-1922*, S. 190, 250-252.
- 72 Scottish Record Office, Lothian Papers, 1-9, Denkschrift «America and the League of Nations», 14. November 1919.

- 73 Zit. in Gilmour, *Curzon*, S. 521.
- 74 India Office Library, Curzon Papers, Fl 12/274, Kriegskabinet, Protokolle des Ostausschusses, passim.
- 75 Zit. in Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 305.
- 76 India Office Library, Curzon Papers, Fl 12/274, Kriegskabinet, Protokolle des Ostausschusses, 42 (9. Dezember 1918).
- 77 Gilmour, *Curzon*, S. 516; House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/47/8/12, H. Wilson an Lloyd George, 12. Mai 1919.
- 78 Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 4, S. 265, 305.
- 79 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/47/8/14, H. Wilson an Lloyd George, 14. Mai 1919.
- 80 Ebd., F/24/1/10, Hankey an Lloyd George, 4. September 1919.
- 81 Nassibian, *Britain and the Armenian Question, 1915-1923*, S. 152-154.
- 82 Walker, *Armenia*, S. 290, Anm.; Nassibian, *Britain and the Armenian Question, 1915-1923*, S. 229.
- 83 Walker, *Armenia*, S. 275, 279.
- 84 Gokay, «Turkish Settlement and the Caucasus, 1918-20», S. 59-61.
- 85 Ebd., S. 62-66.
- 86 Walker, *Armenia*, S. 281.
- 87 Zit. in Suny, *Looking toward Ararat*, S. 129.
- 88 FRUS, Bd. 3, S. 806.
- 89 Adelson, *Mark Sykes*, S. 65.
- 90 Zit. in Gelfand, *The Inquiry*, S. 243.
- 91 McDowall, *A Modern History of the Kurds*, S. 108f.
- 92 Ebd., S. 3-5.
- 93 Dominian, *The Frontiers of Language and Nationality in Europe*, S. 296.
- 94 Nassibian, *Britain and the Armenian Question, 1915-1923*, S. 19f., 25.
- 95 McDowall, *A Modern History of the Kurds*, S. 3.
- 96 Sonyel, *Turkish Diplomacy 1918-1923*, S. 6-8.
- 97 McDowall, *A Modern History of the Kurds*, S. 130.
- 98 Busch, *Mudros to Lausanne*, S. 178.
- 99 McDowall, *A Modern History of the Kurds*, S. 120f.
- 100 Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 204.
- 101 McDowall, *A Modern History of the Kurds*, S. 121-129.
- 102 Ebd., S. 120f., 134-137, 143; Fromkin, *In the Time of the Americans*, S. 404.
- 103 McDowall, *A Modern History of the Kurds*, S. 125-128, 132.
- 104 Helmreich, *From Paris to Sèvres*, S. 301f.
- 105 Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 90f.; McDowall, *A Modern History of the Kurds*, S. 450f.
- 106 Rawlinson, *Adventures in the Near East 1918-1922*, S. 295f.
- 107 Busch, *Mudros to Lausanne*, S. 207.
- 108 Smith, *Ionian Vision*, S. 122.
- 109 Zit. in Kent, *Moguls and Mandarins*, S. 100.
- 110 Zit. in Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 210.
- 111 Smith, *Ionian Vision*, S. 127; H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 248f.
- 112 H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 213.
- 113 Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 210.
- 114 Sonyel, *Turkish Diplomacy 1918-1923*, S. 82.
- 115 Walker, *Armenia*, S. 315f.
- 116 Zit. in ebd., S. 315.

- 117 Zit. in Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 6, S. 91.
- 118 Sonyel, *Turkish Diplomacy 1918-1923*, S. 83f.
- 119 Adamthwaite, *Grandeur and Misery*, S. 94.
- 120 Zit. in Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 222.
- 121 Smith, *Ionian Vision*, S. 191-197, 266.
- 122 Zit. in Kinross, *Atatürk*, S. 354.
- 123 Smith, *Ionian Vision*, S.309; Kinross, *Atatürk*, S. 372.
- 124 Nicolson, *Nachkriegsdiplomatie*, S. 267; Gilmour, *Curzon*, S. 544.
- 125 Hemingway, «The Greek Revolt», S. 245.
- 126 Nicolson/Sackville-West, *Vita and Harold*, S. 121.
- 127 Hemingway, «Mussolini: Der grösste Bluffer Europas», S. 44.
- 128 Grew, *Turbulent Era*, Bd. 1, S. 525, Anm. 45.
- 129 Zit. in Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 241.
- 130 Hemingway, «Mussolini: Der grösste Bluffer Europas», S. 44.
- 131 Zit. in Grew, *Turbulent Era*, Bd. 1, S. 525.
- 132 Zit. in Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 246.
- 133 Grew, *Turbulent Era*, Bd. 1, S. 542f.
- 134 Gilbert, *Sir Horace Rumbold*, S. 290.
- 135 Grew, *Turbulent Era*, Bd. 1, S. 584.
- 136 Zit. in Gilmour, *Curzon*, S. 556.
- 137 Dockrill/Goold, *Peace without Promise*, S. 239.
- 138 Zit. in Macartney, *National States and National Minorities*, S. 444.
- 139 Pope/Pope, *Turkey Unveiled*, S. 116-118.
- 140 Kinross, *Atatürk*, S. 407.
- 141 McDowall, *A Modern History of the Kurds*, S. 171-178.
- 142 Zit. in Mansel, *Constantinople*, S. 421.
- 143 McDowall, *A Modern History of the Kurds*, S. 158.
- 144 Sonyel, *Turkish Diplomacy 1918-1923*, S. 225.
- 145 Pope/Pope, *Turkey Unveiled*, S. 22f.
- 146 Gilmour, *Curzon*, S. 567.

### 30 Im Spiegelsaal

- 1 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 143f.; Marston, *The Peace Conference of 1919*, S. 185f.
- 2 H. Wilson, *Field Marshal Sir Henry Wilson*, Bd. 2, S. 189.
- 3 FRUS, Bd. 3, S. 386.
- 4 Zit. in Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S.312.
- 5 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 473, Anm. 2.
- 6 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 183; Smith, *Ionian Vision*, S. 183.
- 7 Zit. in Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 380.
- 8 Zit. in Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 264.
- 9 Aldrovandi Marescotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 356.
- 10 FRUS, Bd. 12, S. 85.
- 11 Schiff, *So war es in Versailles ...»* S. 27-29.
- 12 Lovin, *A School for Diplomats*, S. 58; Scottish Record Office, *Lothian Papers*, 70/5, Notizen von M. Massigli, 8. Mai 1919.
- 13 Schiff, *So war es in Versailles ...*, S. 14-24; Nowak, *Versailles*, S. 222-224; Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht*, Bd. 1, S. 70, Anm. 2; St. Antony s College, Oxford, Malcolm Papers, 1/2, Tagebuch, 25. April 1919.

- 14 FRUS, Bd. 12, S. 119.
- 15 Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden*, S. 348f.
- 16 Klein, »Between Compiègne and Versailles«, S. 206.
- 17 Bessel, *Germany after the First World War*, Kap. 8; FRUS, Bd. 12, S. 92, 99.
- 18 FRUS, Bd. 12, S. 86.
- 19 Troeltsch, *Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919–1922)*, S. 131.
- 20 Vgl. Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden*, S. 280–286, 551–553; Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, S. 346f.
- 21 Soutu, »The French Peacemakers and Their Home Front«, S. 179f.; Nowak, *Versailles*, S. 284–287; Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, S. 359.
- 22 Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden*, S. 541–551; Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 385.
- 23 Klein, »Between Compiègne and Versailles«, S. 211f.
- 24 Nowak, *Versailles*, S. 220f.
- 25 Schiff, *So war es in Versailles ...*, S. 13; Lovin, *A School for Diplomats*, S. 57–60.
- 26 Zit. in Luckau, *The German Delegation at the Paris Peace Conference*, S. 116.
- 27 Ebd., S. 62–65.
- 28 Schiff, *So war es in Versailles ...*, S. 48.
- 29 Riddell, *Lord Riddell's Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918–1923*, S. 71.
- 30 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 151–153.
- 31 »Rede des Präsidenten Clemenceau bei Überreichung der Friedensbedingungen am 7. Mai 1919«, in: *Der Vertrag von Versailles*, S. 90.
- 32 Zit. in Luckau, *The German Delegation at the Paris Peace Conference*, S. 119.
- 33 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 153.
- 34 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 183; Smith, *Ionian Vision*, S. 183.
- 35 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 154f.; Riddell, *Lord Riddell's Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918–1923*, S. 73f.; Aldrovandi Maresscotti, *Der Krieg der Diplomaten*, S. 360.
- 36 Zit. in Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 314.
- 37 Nowak, *Versailles*, S. 266.
- 38 Zit. in Sharp, *The Versailles Settlement*, S. 127.
- 39 Schiff, *So war es in Versailles ...*, S. 55f.
- 40 Zit. in Luckau, *The German Delegation at the Paris Peace Conference*, S. 124.
- 41 Zit. in Gabriele Hoffmann, Max M. Warburg, Hamburg 2009, S. 99.
- 42 Nowak, *Versailles*, S. 271.
- 43 Mommsen, »Max Weber and the Peace Treaty of Versailles«, S. 535.
- 44 Zit. in Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, Bd. 1, S. 136.
- 45 Zit. in Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden*, S. 573.
- 46 Krüger, »German Disappointment and Anti-Western Resentment, 1918–19«, S. 182–188.
- 47 Luckau, *The German Delegation at the Paris Peace Conference*, S. 182–188.
- 48 FRUS, Bd. 12, S. 96.
- 49 »Mantelnote zu den deutschen Gegenvorschlägen«, 29. Mai 1919, in:

- Brockdorff-Rantzau, *Dokumente*, S. 137-149, Zitat auf S. 139.
- 50 «Rede des Reichsaussenministers Grafen Brockdorff-Rantzau vom 7. Mai 1919», in: *Der Vertrag von Versailles*, S. 91.
- 51 Marks, «Smoke and Mirrors», S. 356-359; Holborn, «Diplomats and Diplomacy in the Early Weimar Republic», S. 140-144; Luckau, *The German Delegation at the Paris Peace Conference*, S. 81-84; Mommsen, «Max Weber and the Peace Treaty of Versailles», S. 537-539.
- 52 Erklärung der «Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts», in: *Preussische Jahrbücher*, Bd. 175, 3 (März 1919), S. 319.
- 53 Luckau, *The German Delegation at the Paris Peace Conference*, S. 130f.; Nowak, *Versailles*, S. 287f.
- 54 «Note des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 13. Mai 1919», in: *Deutschland schuldig?*, S. 5; Luckau, *The German Delegation at the Paris Peace Conference*, S. 242, 268-272, 287-299, 306-314.
- 55 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 684.
- 56 Zit. in P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 403.
- 57 Zit. in Luckau, *The German Delegation at the Paris Peace Conference*, S. 254.
- 58 Hoover, *The Ordeal of Woodrow Wilson*, S. 234.
- 59 Lansing, *Die Versailler Friedensverhandlungen*, S. 205.
- 60 Fromkin, *In the Time of the Americans*, S. 260-263; Walworth, *Wilson and His Peacemakers*, S. 394f.
- 61 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 181.
- 62 Zit. in Lentin, *Lloyd George, Woodrow Wilson and the Guilt of Germany*, S. 92.
- 63 Noble, *Policies and Opinions at Paris, 1919*, S. 353-358; Miquel, *La paix de Versailles et l'opinion publique française*, S. 548-555.
- 64 H. Wilson, *Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson*, S. 364.
- 65 J. C. King, *Foch versus Clemenceau*, S. 96-102; McDougall, *Frances Rhineland Diplomacy, 1914-1924*, S. 70-72; Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 298f.
- 66 Lentin, Lloyd George, *Woodrow Wilson and the Guilt of Germany*, S. 89-93.
- 67 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/6/6/47, Cecil an Lloyd George, 27. Mai 1919; Lentin, Lloyd George, *Woodrow Wilson and the Guilt of Germany*, S. 93.
- 68 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 32 (30. Mai 1919).
- 69 House of Lords Record Office, Lloyd George Papers, F/45/9/29, Smuts an Lloyd George, 26. März 1919; F/45/9/33, Smuts an Lloyd George, 5. Mai 1919; F/45/9/34, Smuts an Lloyd George, 14. Mai 1919; F/45/9/35, Smuts an Lloyd George, 22. Mai 1919 (abgedruckt in: *Der Vertrag von Versailles*, S. 96-103); F/45/9/39, Smuts an Lloyd George, 2. Juni 1919.
- 70 Ebd., F/45/9/4, Lloyd George an Smuts, 3. Juni 1919; F/45/9/41, Lloyd George an Smuts, 4. Juni 1919.
- 71 Public Record Office, Cabinet Papers, CAB 29/28, Protokolle der British Empire Delegation, 33 (1. Juni 1919, Vormittag).

- 72 Ebd., 34 (1. Juni 1919, Nachmittag).
- 73 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 268-272.
- 74 Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, Bd. 3, S. 303; FRUS, Bd. 11, S. 222.
- 75 FRUS, Bd. 11, S. 222.
- 76 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 9. Juni 1919.
- 77 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 274.
- 78 D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*, Bd. 1, S. 678.
- 79 Lentin, *Lloyd George, Woodrow Wilson and the Guilt of Germany*, S. 100.
- 80 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 31. Mai 1919.
- 81 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 428-437.
- 82 FRUS, Bd. 6, S. 341f.
- 83 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 276.
- 84 Library of Congress, Baker Papers, Group 1, Notizbücher, 3. Juni 1919.
- 85 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 358-361, 363-375.
- 86 Ministère de la Défense, Clemenceau-Papiere, 6N73, «Incidents de Versailles»; Schiff, *So war es in Versailles ...*, S. 97-101.
- 87 British Museum, Balfour Papers, Add. MS 49750/231-236, Denkschrift von Ian Malcolm; Scottish Record Office, Lothian Papers, 466/26, 3. Juni 1919; St Antony's College, Oxford, Malcolm Papers, 8. Mai 1919.
- 88 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 401; Schiff, *So war es in Versailles ...*, S. 90-109.
- 89 P. Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Bd. 2, S. 459-472, Zitat auf S. 462.
- 90 Klein, «Between Compiègne and Versailles», S. 214, Anm. 35; Holborn, «Diplomats and Diplomacy in the Early Weimar Republic», S. 145-147.
- 91 Rudin, *Armistice*, 1918, S. 316.
- 92 Marder, *From the Dreadnought to Scapa Flow*, Bd. 5, S. 270-282.
- 93 FRUS, Bd. 6, S. 613f.; Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 23. Juni 1919.
- 94 Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, S. 352-368.
- 95 Ebd., S. 355, Anm. 51.
- 96 Nowak, *Versailles*, S. 313-315; Schiff, *So war es in Versailles ...*, S. 117.
- 97 Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Kap. 12, insbesondere S. 356-358.
- 98 Ebd., S. 365f.
- 99 *Bericht der Deutschen Friedensdelegation an die Deutsche Regierung über die Rückantwort der Alliierten und Assoziierten Regierungen, 17. Juni 1919*, S. 10.
- 100 Zit. in Nowak, *Versailles*, S. 314.
- 101 «Gegnerische Note vom 22. Juni 1919 über Ablehnung einer bedingten Annahme des Friedensvertrags», in: Auswärtiges Amt (Hg.), *Die Friedensverhandlungen in Versailles*, S. 33.
- 102 Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, Bd. 1, S. 146; Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht*, Bd. 1, S. 77-81; Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, S. 361-364.
- 103 Aldrovandi Marescotti, *Nuovi ricordi e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 83f.; Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 181.

- 104 Ministère des Affaires Étrangères, Jules-Cambon-Papiere, Ordner 100 (Korrespondenz), Jules Cambon an Paul Cambon, 26. Juni 1919.
- 105 Zit. in Aldrovandi Marescotti, *Nuovi ricordi e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 96.
- 106 National Archives of Canada, Christie Papers, Bd. 7, Akte 21, «The Dominions and the Peace Conference. A New Page in Constitutional History» von Clement Jones, S. 184.
- 107 Riddell, *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, S. 99.
- 108 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 382.
- 109 Amery, *The Leo Amery Diaries*, Bd. 1, S. 260.
- 110 Lovin, *A School for Diplomats*, S. 70. III Aldrovandi Marescotti, *Nuovi ricordi e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 87.
- 112 Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 182-185.
- 113 Garran, *Prosper the Commonwealth*, S. 270.
- 114 Yale University Library, House Papers, Serie II, Tagebuch, 20. März 1919.
- 115 C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 411.
- 116 Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. 178.
- 117 Marks, «Smoke and Mirrors», S. 370, Anm. 138.
- 118 F. Stevenson, *Lloyd George*, S. 183; Smith, *Ionian Vision*, S. 187.
- 119 Zit. in Duroselle, *Clemenceau*, S. 886. 120 Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 352.
- 121 FRUS, Bd. 11; S. 597-604; Nicolson, *Friedensmacher 1919*, S. 352f.; Müller, «Unterzeichnung im Spiegelsaal», S. 139-141; Hankey, *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*, S. 188f.; House, *Die vertraulichen Dokumente des Obersten House*, S. 419.
- 122 Zit. in Eubank, *Paul Cambon*, S. 193.
- 123 House, *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. 4, S. 487; ders., *Die vertraulichen Dokumente des Obersten House*, S. 419.
- 124 Shotwell, *At the Paris Peace Conference*, S. 383.
- 125 Müller, «Unterzeichnung im Spiegelsaal», S. 14 If.
- 126 Zit. in Aldrovandi Marescotti, *Nuovi ricordi e frammenti di diario per far seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, S. 110.
- 127 Rowland, *Lloyd George*, S. 495.
- 128 Zit. in C.T. Thompson, *The Peace Conference Day by Day*, S. 421.
- 129 Headlam-Morley, *A Memoir of the Peace Conference 1919*, S. 180; Garran, *Prosper the Commonwealth*, S. 272; F. Lloyd George, *The Years that Are Past*, S. 145; FRUS, Bd. 11, S. 603f.; Ashmead-Bartlett, *The Tragedy of Central Europe*, S. 208-210.
- 130 Ryder, *The German Revolution of 1918*, S. 224.
- 131 Salomon, *Die Geächteten*, S. 110.
- 132 Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, S. 433, 438f.
- 133 Skidelsky, *Iohn Maynard Keynes*, Bd. 1, S. 374f., 378f.
- 134 Ebd., S. 348-353.
- 135 Zit. in Keylor, «Versailles and International Diplomacy», S. 485, Anm. 51.
- 136 Ferguson, «Keynes and German Inflation», S. 375.



- 137 Zit. in Schuker, *The End of French Predominance in Europe*, S. 296.
- 138 Schuker, *American «Reparations» to Germany, 1919-33*, S. 296.
- 139 Zit. in Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 271.
- 140 Kershaw, *Hitler*, S. 195f.
- 141 Siehe beispielsweise Cohen, *The American Revisionists*.
- 142 Bessel, «Why did the Weimar Republic Collapse?», S. 126-128.
- 143 Schuker, *American «Reparations» to Germany, 1919-33*, S. 16f.; Marks, «Reparations Reconsidered», passim.
- 144 Marks, «The Myths of Reparations», S. 233f.; Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, Bd. 1, S. 237f.
- 145 Schuker, *American «Reparations» to Germany, 1919-33*, S. 106-108; Marks, «The Myths of Reparations», S. 233.
- 146 Marks, «Smoke and Mirrors», S. 348; Temperley, *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. 2, S. 54.
- 147 Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, Bd. 1, S. 422.
- 148 Waite, *Vanguard of Nazism*, Kap. 8.
- 149 Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht*, Bd. 1, S. 118f.
- 150 Ebd., S. 165f.
- 151 Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, Bd. 1, S. 276f.
- 152 Vgl. Weinberg, «The Defeat of Germany in 1918 and the European Balance of Power», S. 252f.
- 153 Ribbentrop, *Die alleinige Kriegsschuld Englands*, S. 17.

### Ausblick

- 1 Ministère des Affaires Étrangères, Georges-Mandel-Papier, 234/2, 22. Juli 1919.
- 2 Steffens, *The Autobiography of Lincoln Steffens*, S. 803.
- 3 Sharp, «The Genie that Would Not Go Back into the Bottle», S. 25.
- 4 Roosevelt, *A Front Row Seat*, S. 97.
- 5 FRUS, Bd. 3, S. 394-410.
- 6 Ebd., S. 403-405, 408f.; Burns, «Disturbed Spirits», S. 47-50.
- 7 Zit. in Shachtman, *Edith & Woodrow*, S. 189.
- 8 Repington, *After the War*, S. 187; Watson, *Georges Clemenceau*, S. 388-394, 438.
- 9 Tumulty, *Woodrow Wilson as I Knew Him*, S. 378.
- 10 Zit. in ebd., S. 435.
- 11 Ebd., S. 447f.; Heckscher, *Woodrow Wilson*, S. 609-622.
- 12 *The Economist*, 31. Dezember 1999.

# Bibliographie

## Abkürzungen

- FRUS Departement of State, *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919*  
PWW *The Papers of Woodrow Wilson*

## Unveröffentlichte Quellen

- Bodleian Library, Oxford  
Alfred Milner Papers  
British Museum, London  
Arthur Balfour Papers  
Churchill College, Cambridge  
Archives of Lord Hankey of the Chart Winston S. Churchill Papers, Charwell Group  
Alan Leeper Papers  
House of Lords Record Office  
Lloyd George Papers  
India Office Library, London  
George Nathaniel Curzon Papers  
Edwin Montagu Papers  
Library of Congress, Washington, D.C.  
The Ray Stannard Baker Papers  
George Louis Beer Collection Tasker H. Bliss Papers  
Ministère des Affaires Étrangères, Paris  
Jules-Cambon-Papierie Paul-Cambon-Papierie Georges-Mandel-Papierie André-Tardieu-Papierie Série à Paix, 1914-1920  
Europe, 1918-1929  
Ministère de la Defense, Archives d'Armée de Terre, Château de Vincennes Clemenceau-Papierie

- National Archives of Canada, Ottawa  
Oliver Mowat Biggar Papers Robert Laird Borden Papers Loring Christie Papers  
National Library of Australia, Canberra  
Frederic William Eggleston Papers  
William Morris Hughes Papers J.G. Latham Papers R.R. Garran Papers  
Public Record Office, London  
Cabinet Papers, CAB 29/Peace Conference and Other International Conferences  
Scottish Record Office, Edinburgh Lothian (Philip Kerr) Papers  
St Antony's College, Oxford Ian Malcolm Papers  
University Microfilms International Sidney Sonnino Papers  
Yale University Library, New Haven  
Gordon Auchincloss Papers Edward Mandel House Papers Charles Seymour Papers Sir William Wiseman Papers

## Veröffentlichte Quellen und Bücher

- Adamthwaite, Anthony: *Grandeur and Misery. Frances Bid for Power in Europe, 1914-1940*, London 1995  
Adelson, Roger D.: *Mark Sykes. Portrait of an Amateur*, London 1975  
Alastos, Doros: *Venizelos. Patriot, Statesman, Revolutionary*, London 1942  
Albrecht-Carrié, René: *Italy at the Paris Peace Conference*, Hamden, Connecticut, 1966

- Aldcroft, Derek H.: *Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street, 1919-1929*, München 1978 (*Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*, hg. von Wolfram Fischer, Bd. 3)
- Aldrovandi Marescotti, Luigi: *Der Krieg der Diplomaten. Erinnerungen und Tagebuchauszüge, 1914-1919*, München 1940  
 – *Nuovi ricordi e frammenti di diario-perfar seguito a «Guerra diplomatica» (1914-1919)*, Mailand 1938
- Allizé, Henry: *Ma mission à Vienne*, Paris 1933
- Almond, Nina/Lutz, Ralph H. (Hg.): *The Treaty of St. Germain. A Documentary History of its Territorial and Political Clauses*, Stanford 1935
- Ambrosius, Lloyd E.: *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective*, Cambridge 1990
- Amery, Leo S.: *The Leo Amery Diaries*, hg. von John Barnes und David Nicholson, 2 Bde., London 1980
- Anderson, Matthew S.: *The Eastern Question, 1774-1923. A Study in International Relations*, London 1966
- Andrew, Christopher M./Kanya-Forstner, Alexander S.: *France Overseas. The Climax of French Imperial Expansion, 1914-1924*, Stanford, Kalifornien, 1981
- Antonius, George: *The Arab Awakening. The Story of the Arab National Movement*, New York 1965
- Apponyi, Albert Graf: *Erlebnisse und Ergebnisse*, Berlin 1933
- Armstrong, Hamilton F.: *Peace and Counterpeace. From Wilson to Hitler. Memoirs of Hamilton Fish Armstrong*, New York 1971
- Ashmead-Bartlett, Ellis: *The Tragedy of Central Europe*, London 1923
- Auswärtiges Amt (Hg.): *Die Friedensverhandlungen in Versailles. Notenwechsel zwischen Überreichung des Ultimatums der gegnerischen Mächte und Unterzeichnung des Friedensvertrags*, Berlin 1919
- Azan, Paul: *Franchet d'Espèrey*, Paris 1949  
 Baerlein, Henry P.: *The Birth of Yugoslavia*, 2 Bde., London 1922
- Bailey, Thomas Andrew: *Woodrow Wilson and the Lost Peace*, Chicago, Illinois, 1963
- Baker, Ray S.: *What Wilson Did at Paris*, New York 1919  
 : *Woodrow Wilson and World Settlement. Written from His Unpublished Material*, 2 Bde., London 1923  
 : *Woodrow Wilson. Life and Letters*, 8 Bde., Garden City, New York, 1927-1939
- Banac, Ivo: *The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics*, Ithaca, New York/London 1984
- Bandholtz, Harry H.: *An Undiplomatic Diary by the American Member of the Inter-Allied Military Mission to Hungary, 1910-1920*, hg. von Fritz-Konrad Kruger, New York 1966
- Bartlett, Vernon: *Behind the Scenes at the Peace Conference*, London 1920
- Baruch, Bernard M.: *The Making of the Reparation and Economic Sections of the Treaty*, New York 1920
- Bauer, Otto: *Die österreichische Revolution*, Wien 1923
- Beadon, Roger H.: *Some Memories of the Peace Conference*, London 1933
- Beaverbrook, Lord: *The Decline and Fall of Lloyd George*, London 1963
- Beers, Burton E.: *Vain Endeavor. Robert Lansing's Attempts to End the American-Japanese Rivalry*, Durham, North Carolina, 1962
- Bell, Gertrude: *Gertrude Bell, from Her*

- Personal Papers 1914-1926*, hg. von Elizabeth Burgoyne, London 1961
- Bell, Philip M.H.: *France and Britain 1900-1940. Entente and Estrangement*, London/New York 1996
- Benay, Jeanne (Hg.): *L'Autriche 1918-1938*, Rouen 1998
- Bennett, Geoffrey: *Cowans War. The Story of British Naval Operations in the Baltic, 1918-1920*, London 1964
- Bericht der Deutschen Friedensdelegation an die Deutsche Regierung über die Rückantwort der Alliierten und Assoziierten Regierungen*, 17. Juni 1919, Weimar 1919
- Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye*, 2 Bde., Wien 1919
- Bessel, Richard: *Germany after the First World War*, Oxford 1993
- Birdsall, Paul: *Versailles. Twenty Years After*, London 1941
- Boemeke, Manfred F./Feldman, Gerald D./Glaser, Elisabeth (Hg.): *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years*, Cambridge/Washington, D.C., 1998
- Bonsai, Stephen: *Suitors and Suppliants. The Little Nations at Versailles*, New York 1946  
: *Unfinished Business*, Garden City, New York, 1944
- Borden, Robert L.: *Robert Laird Borden. His Memoirs*, hg. von H. Borden, 2 Bde., London 1938
- Borsanyi, György: *The Life of a Communist Revolutionary. Bela Kun*, Highland Lakes, New Jersey, 1993
- Bothwell, Robert: *Loring Christie*, New York/London 1988
- Boyce, Robert (Hg.): *French Foreign and Defence Policy, 1918-1940. The Decline and Fall of a Great Power*, London/New York 1998
- Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf: *Dokumente*, Berlin 1920
- Brown, Judith M.: *Gandhi. Prisoner of Hope*, New Haven, Connecticut/London 1989 : *Gandhis Rise to Power*, Cambridge 1971
- Brown, Robert C.: *Robert Laird Borden*, 2 Bde., Toronto 1975/1980
- Brownell, Will/Billings, Richard N.: *So Close to Greatness. A Biography of William C. Bullitt*, New York/London 1987
- Bruun, Geoffrey: *Clemenceau*, Cambridge, Massachusetts, 1943
- Buchan, John: *Grünmantel*, Zürich 1980
- Bunselmeyer, Robert E.: *The Cost of War, 1914-1919. British Economic War Aims and the Origin of Reparation*, Hamden, Connecticut, 1975
- Burgwyn, H. James: *Italian Foreign Policy in the Interwar Period, 1918-1940*, Westport, Connecticut, 1997  
: *The Legend of the Mutilated Victory. Italy, the Great War, and the Paris Peace Conference, 1915-1919*, Westport, Connecticut, 1993
- Burnett, Philip M.: *Reparation at the Paris Peace Conference from the Standpoint of the American Delegation*, 2 Bde., New York 1965
- Busch, Briton C.: *Mudros to Lausanne. Britains Frontier in West Asia, 1918-1923*, Albany, New York, 1976  
*Britain, India and the Arabs, 1914-1921*, Berkeley 1971
- Butler, Harold: *Der verlorene Friede*, Zürich/New York 1944
- Butler, James R. M.: *Lord Lothian, Philip Kerr, 1882-1940*, London 1960
- Calder, Kenneth J.: *Britain and the Origins of the New Europe*, Cambridge 1976
- Callimachi, Anne-Marie: *Yesterday Was Mine*, New York / London / Toronto 1949

- Cambon, Paul: *Correspondance, 1870-1924*, 3 Bde., Paris 1946
- Cambridge History of Japan*, 6 Bde., Cambridge 1989
- Campbell, John: *F. E. Smith, First Earl of Birkenhead*, London 1983
- Cannadine, David: *The Decline and Fall of the British Aristocracy*, New Haven, Connecticut/London 1990
- Carls, Stephen D.: *Louis Loucheur and the Shaping of Modern France, 1916-1931*, Baton Rouge, Louisiana/London 1993
- Carsten, Francis Ludwig: *Revolution in Mitteleuropa, 1918-1919*, Köln 1973
- Carton de Wiart, Adrian: *Happy Odyssey. The Memoirs of Lieutenant-General Sir Adrian Carton de Wiart*, London 1950
- Cecil, Robert: *A Great Experiment. An Autobiography*, London 1941  
: *All the Way*, London 1949
- Chernow, Ron: *Die Warburgs. Odyssee einer Familie*, Berlin 1994
- Chi, Madeleine S.: *China Diplomacy, 1914-1918*, Cambridge, Massachusetts, 1970
- Chow, Tse-tsung: *The May Fourth Movement. Intellectual Revolution in Modern China*, Cambridge (Mass.) 1960
- Chu, Pao-chin: *V. K. Wellington Koo. A Case Study of Chinas Diplomat and Diplomacy of Nationalism, 1912-1966*, Hongkong 1981
- Churchill, Randolph/Gilbert, Martin: *Winston S. Churchill*, 8 Bde., London 1966-1988 [offizielle Biographie; Bde. 1-2 von Randolph Churchill, Bde. 3-8 von Martin Gilbert verfasst]
- Churchill, Winston S.: *Grosse Zeitgenossen*, Amsterdam 1938  
: *Weltkrisis*, Bd. 4: *Nach dem Kriege*, Zürich/Leipzig/Wien 1930
- Cienciala, Anna Maria/Komarnicki, Tytus: *From Versailles to Locarno. Keys to Polish Foreign Policy, 1919-1925*, Lawrence (Kansas) 1984
- Clemenceau, Georges: *Grösse und Tragik eines Sieges*, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1930
- Clogg, Richard: *Geschichte Griechenlands im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Abriss*, Köln 1997
- Cohen, Warren L.: *The American Revisionists. The Lessons of Intervention in World War I*, Chicago, Illinois/London 1967
- Connors, Lesley: *The Emperors Adviser. Saionji Kinmochi and Pre-War Japanese Politics*, London 1987
- Constant, Stephen: *Foxy Ferdinand. Tsar of Bulgaria*, London 1979
- Coolidge, Harold J./Lord, Robert Howard: *Archibald Cary Coolidge*, Boston/ New York 1932
- Craig, Gordon A./Gilbert, Felix (Hg.): *The Diplomats, 1919-1939*, Princeton 1963
- Crampton, Richard J.: *A Short History of Modern Bulgaria*, Cambridge 1987
- Crutwell, Charles Robert M. E.: *A History of the Great War, 1914-1918*, London 1982
- Curry, Roy W.: *Woodrow Wilson and Far Eastern Policy, 1913-1921*, New York 1968
- Czermin, Ferdinand: *Die Friedensstifter. Männer und Mächte um den Versailler Vertrag*, Bern/München/Wien 1968
- Darwin, John: *Britain, Egypt and the Middle East. Imperial Policy in the Aftermath of War, 1918-1922*, New York 1981
- Davies, Norman: *Gods Playground. A History of Poland*, 2 Bde., New York 1982  
: *White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War, 1919-1920*, London 1972

- Deák, Francis: *Hungary at the Paris Peace Conference. The Diplomatic History of the Treaty of Trianon*, New York 1942
- Debo, Richard K.: *Revolution and Survival. The Foreign Policy of Soviet Russia, 1917-18*, Toronto/Buffalo, New York 1979
- Degrelle, Léon: *Hitler, geboren in Versailles*, Tübingen 1992
- Department of External Affairs, Ottawa: *Documents on Canadian External Relations*, Bd. 2: *The Paris Peace Conference*, Ottawa 1969
- Department of State: *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919*, 13 Bde., Washington, D.C., 1942-1947  
*'Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Robert Lansing Papers, 1914-1920*, 2 Bde., Washington, D.C., 1939/1940 : *The Treaty of Versailles and After*, Washington, D.C., 1947
- Desmond, Robert W: *Windows on the World. World News Reporting, 1900-1920*, Iowa City, Iowa, 1980
- Deutscher, Isaak: *Trotzki*, Bd. 1: *Der unbewaffnete Prophet*, Stuttgart 1963
- Deutschland schuldig? Deutsches Weissbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges*, hg. mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes, Berlin 1919
- Dillon, Emil Joseph: *The Inside Story of the Peace Conference*, New York/London 1920
- Dingman, Roger: *Power in the Pacific. The Origin of Naval Arms Limitations, 1914-1922*, Chicago 1976
- Djordjevic, Dimitrije (Hg.): *The Creation of Yugoslavia, 1914-1918*, Santa Barbara/Oxford 1980
- Dockrill, Michael L./Goold, J. Douglas: *Peace without Promise. Britain and the Peace Conferences, 1919-1923*, Hamden 1981
- Dominian, Léon: *The Frontiers of Language and Nationality in Europe*, New York 1917
- Dragnich, Alex N.: *Serbia, Nikola Pasic, and Yugoslavia*, New Brunswick (N. J.) 1974
- Duchêne, François: *Jean Monnet. The First Statesman of Independence*, New York 1994
- Dugdale, Blanche E.C.: *Arthur James Balfour, 1906-1930*, New York 1937
- Dunn, Seamus/Fraser, T.G. (Hg.): *Europe and Ethnicity. The First World War and Contemporary Ethnic Conflict*, London/New York 1996
- Durham, Mary E.: *Die slawische Gefahr. Zwanzig Jahre Balkan-Erinnerungen*, Stuttgart 1923
- Duroselle, Jean-Baptiste: *Clemenceau*, Paris 1988
- Duus, Peter: *The Rise of Modern Japan*, Boston, Massachusetts, 1976
- Dziewanowski, Marian K.: *Joseph Pilsudski. A European Federalist, 1918-1922*, Stanford 1969
- Eban, Abba: *An Autobiography*, New York 1977
- Egerton, George W: *Great Britain and the Creation of the League of Nations*, Chapel Hill 1978
- Elcock, Howard James: *Portrait of a Decision. The Council of Four and the Treaty of Versailles*, London 1972
- Elon, Amos: *Die Israelis. Gründer und Söhne*, Wien/Zürich/München 1972
- Epstein, Klaus: *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Berlin/Frankfurt a.M. 1962
- Eubank, Keith: *Paul Cambon. Master Diplomatist*, Norman, Oklahoma, 1960
- Eyck, Erich: *Geschichte der Weimarer*

- Republik*, 2 Bde.,  
Zürich/Stuttgart 1954/1956
- Farnsworth, Beatrice: *William C. Bullitt and the Soviet Union*, Bloomington, Indiana/London 1967
- Farwell, Byron: *The Great War in Africa, 1914-1918*, New York/London 1986
- Ferguson, Niall: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, München 2001
- Fifield, Russell H.: *Woodrow Wilson and the Far East. The Diplomacy of the Shantung Question*, New York 1952
- Figes, Orlando: *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924*, Berlin 2008
- Fisher, John: *Curzon and British Imperialism in the Middle East, 1916-19*, London 1999
- Fischer, Louis: *The Soviets in World Affairs. A History of the Relations between the Soviet Union and the Rest of the World 1917-1929*, New York 1960
- Fitzhardinge, Laurence Frederic: *The Little Digger, 1914-1952: William Morris Hughes. A Political Biography*, 2 Bde., London/Sydney 1979
- Fitzherbert, Margaret: *The Man Who Was Greenmantle. A Biography of Aubrey Herbert*, London 1983
- Floto, Inga: *Colonel House in Paris. A Study of American Policy at the Paris Peace Conference, 1919*, Princeton, New Jersey, 1973
- Foch, Ferdinand: *Meine Kriegserinnerungen*, Leipzig 1931
- Fogelson, David S.: *Americas Secret War against Bolshevism*, Chapel Hill, North Carolina/London 1995
- Friedman, Isaiah: *The Question of Palestine, 1914-1918. British-Jewish-Arab Relations*, Oxford 1973
- Fromkin, David: *A Peace to End All Peace. The Fall of the Ottoman Empire and the Creation of the Modern Middle East*, New York 1989
- : *In the Time of the Americans. FDR, Truman, Eisenhower, Marshall, MacArthur: The Generation that Changed Americas Role in the World*, New York 1995
- Fry, Michael G.: *Lloyd George and Foreign Policy*, 2 Bde., Montreal/London 1977
- Garran, Randolph: *Prosper the Commonwealth*, Sydney 1958
- Gelfand, Lawrence E.: *The Inquiry. American Preparations for Peace, 1917-1919*, New Haven 1963
- Genoff, Georgi P.: *Das Schicksal Bulgariens. Sein Kampf gegen das Friedensdiktat von Neuilly*, Berlin 1940
- George, Alexander I./George, Juliette I.: *Woodrow Wilson and Colonel House. A Personality Study*, New York 1964
- Gerson, Louis L.: *Woodrow Wilson und die Wiedergeburt Polens 1914-1920. Eine Untersuchung des Einflusses der Minderheiten ausländischer Herkunft auf die amerikanische Aussenpolitik*, Würzburg 1956
- Gidney, James B.: *A Mandate for Armenia*, Kent, Ohio, 1967
- Gilbert, Martin: *Sir Horace Rumbold. Portrait of a Diplomat, 1869-1941*, London 1973
- : *Winston S. Churchill* [siehe unter Churchill, Randolph]
- Gilmour, David: *Curzon*, London 1994
- Glazebrook, George Parkin de Twenebromkes: *Canada at the Peace Conference*, London/Toronto / New York 1942
- Glyn, Anthony: *Elinor Glyn. A Biography*, London 1968
- Goldstein, Erik: *Winning the Peace. British Diplomatie Strategy, Peace Planning, and the Paris Peace Conference, 1916-1920*, Oxford 1991
- Gollin, Alfred M.: *Proconsul in Politics.*

- A Study of Lord Milner in Opposition and in Power*, London 1964
- Grayson, Cary T.: *Woodrow Wilson*, Washington, D.C., 1960
- Gregory, John D.: *On the Edge of Diplomacy. Rambles and Reflections, 1902-1928*, London 1928
- Grew, Joseph C.: *Turbulent Era. A Diplomatic Record of Forty Years, 1904-1945*, 2 Bde., Boston, Massachusetts, 1952
- Grigg, John: *Lloyd George. From Peace to War, 1912-1916*, London 1985  
: *Lloyd George. The Peoples Champion*, Berkeley/Los Angeles 1978  
: *The Young Lloyd George*, London 1973
- Griswold, Alfred W.: *The Far Eastern Policy of the United States*, New Haven 1938
- Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes*, hg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme, Bd. 14, Berlin 1924
- Groueff, Stephane: *Crown of Thorns. The Reign of King Boris III of Bulgaria, 1918-1943*, Lanham, Maryland, 1987
- Guhin, Michael A.: *John Foster Dulles. A Statesman and his Times*, New York/ London 1972
- Guiral, Pierre: *Clemenceau en son temps*, Paris 1994
- Hall, Hessel D.: *Mandates, Dependencies and Trusteeship*, London 1948
- Hancock, William K.: *Smuts. The Sanguine Years, 1870-1919*, Cambridge 1962
- Hankey, Maurice P.: *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919. A Commentary*, London 1963
- Hardach, Gerd: *Der Erste Weltkrieg, 1914-1918*, München 1973 (*Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*, hg. von Wolfram Fischer, Bd. 2)
- Hardinge, Charles: *Old Diplomacy. The Reminiscences of Lord Hardinge of Penshurst*, London 1947
- Harington, Charles: *Tim Harington Looks Back*, London 1940
- Harris, Henry Wilson: *Peace in the Making*, London 1920
- Harrod, Roy E.: *The Life of John Maynard Keynes*, London 1951
- Haskins, Charles H./Lord, Robert H.: *Some Problems of the Peace Conference*, Cambridge, Massachusetts, 1920
- Headlam-Morley, James W.: *A Memoir of the Peace Conference 1919*, hg. von Agnes Headlam-Morley, Russell Bryant und Anna Cienciala, London 1972
- Heater, Derek B.: *National Self-Determination. Woodrow Wilson and his Legacy*, New York 1994
- Heckscher, August: *Woodrow Wilson*, New York 1991
- Helmreich, Paul C.: *From Paris to Sèvres. The Partition of the Ottoman Empire at the Peace Conference of 1919-20*, Columbus, Ohio, 1974
- Hemingway, Ernest: *49 Depeschen. Ausgewählte Zeitungsberichte und Reportagen aus den Jahren 1920-1956*, hg. von Ernst Schnabel, Reinbek 1972  
: *Dateline: Toronto*, hg. von William White, New York 1985  
: *Reportagen 1920-1924*, hg. von William White, Reinbek 1990
- Henig, Ruth B. (Hg.): *The League of Nations*, New York 1973
- Hiery, Hermann Joseph: *The Neglected War. The German South Pacific and the Influence of World War I*, Honolulu, Hawaii, 1995
- Hoensch, Jörg K.: *Geschichte Ungarns 1867-1983*, Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1984



- Hoover, Herbert C.: *The Ordeal of Woodrow Wilson*, Baltimore, Maryland/London 1992
- House, Edward M.: *The Intimate Papers of Colonel House. Arranged as a Narrative by Charles Seymour*, 4 Bde., Boston/New York 1926-1928 [gekürzte dt. Ausgabe: *Die vertraulichen Dokumente des Obersten House. Zusammengestellt und mit einem verbindenden Text versehen von Charles Seymour*, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932] / Seymour, Charles (Hg.): *What Really Happened at Paris. The Story of the Peace Conference, 1918-1919, by American Delegates*, New York 1921
- Hovi, Kalervo: *Cordon sanitaire or barrière de l'est?*, Turku 1975
- Howard, Esme: *Theatre of Life. Life Seen from the Stalls, 1905-1936*, London 1936
- Howard, Harry N.: *The Partition of Turkey. A Diplomatic History, 1913-1923*, New York 1966 : *Turkey, the Straits and U. S. Policy*, Baltimore, Maryland/London 1974
- Howard, Michael: *War and the Liberal Conscience*, Oxford 1981
- Huddleston, Sisley: *Peace-making at Paris*, London 1919
- Hudson, William J.: *Billy Hughes in Paris. The Birth of Australian Diplomacy*, West Melbourne 1978
- Hughes, William M.: *Policies and Potentates*, Sydney 1950 : *The Splendid Adventure. A review of empire relations within and without the commonwealth of Britannic nations*, London 1929
- Hunter, Janet: *The Emergence of Modern Japan*, London/New York 1989
- Huntford, Roland: *Nansen. The Explorer as Hero*, London 1998
- James, Lawrence: *The Golden Warrior. The Life and Legend of Lawrence of Arabia*, London 1990 : *Imperial Warrior. The Life and Times of Field-Marshal Viscount Allenby, 1861-1936*, London 1993
- Jászi, Oszkár: *The Dissolution of the Habsburg Monarchy*, Chicago/London 1929
- Jedrzejewicz, Waclaw: *Pilsudski. A Life for Poland*, New York 1982
- Jelavich, Barbara: *History of the Balkans*, 2 Bde., Cambridge/New York, 1983
- Jones, Thomas: *Whitehall Diary*, Bd. 1: 1916-1925, London 1969
- Károlyi, Michael: *Memoirs of Michael Károlyi. Faith without Illusion*, London 1956
- Kedourie, Elie: *The Chatham House Version and Other Middle-Eastern Studies*, London 1970
- Keiger, John: *Raymond Poincaré*, Cambridge 1997
- Kenez, Peter: *Civil War in South Russia, 1919-1920*, Berkeley/Los Angeles 1977
- Kennedy, Aubrey Leo: *Old Diplomacy and New, 1876-1922. From Salisbury to Lloyd George*, London 1922
- Kennedy, Malcolm D.: *The Estrangement of Great Britain and Japan, 1917-1935*, Berkeley/Los Angeles 1969
- Kent, Bruce: *The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations, 1918-1932*, Oxford 1989
- Kent, Marian: (Hg.): *The Great Powers and the End of the Ottoman Empire*, London 1984 : *Moguls and Mandarins. Oil, Imperialism and the Middle East in British Foreign Policy, 1900-1940*, London 1993 : *Oil and Empire. British Policy and Mesopotamian Oil, 1900-1920*, London 1976

- Kershaw, Ian: *Hitler*, Bd. 1: 1889-1936, Stuttgart 1998  
(Hg.): *Weimar. Why Did German Democracy Fail?*, New York 1990
- Kessler, Harry Graf: *Tagebücher, 1918-1937*, hg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a.M. 1982
- Keylor, William R.: *The Legacy of the Great War*, Boston, Massachusetts/New York 1998
- Keynes, John Maynard: *Freund und Feind. Zwei Erinnerungen*, Berlin 2004  
: *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*, München/Leipzig 1920
- Khoury, Philip S.: *Syria and the French Mandate*, Princeton, New Jersey, 1987
- King, Jere Clemens: *Foch versus Clemenceau. France and German Dismemberment, 1918-1919*, Cambridge 1960
- King, W. [Wen-ssu Chin]: *China at the Paris Peace Conference in 1919*, Jamaica/New York 1961  
: *V.K. Wellington Koo's Foreign Policy*, Shanghai 1951
- Kinross, John Patrick Douglas Balfour, Lord: *Atatürk. A Biography of Mustafa Kemal, Father of Modern Turkey*, London 1964
- Kiraly, Béla K./Pastor, Peter/Sanders, Ivan (Hg.): *Essays on World War I. Total War and Peacemaking. A Case Study on Trianon*, New York 1982
- Kissinger, Henry: *Die Vernunft der Nationen. Tiber das Wesen der Aussenpolitik*, München 1994
- Kleine-Ahlbrandt, William I.: *The Burden of History. France, Britain and the Enforcement of the Versailles Peace, 1919-1925*, Lanham, Maryland/New York/London 1995
- Klieman, Aaron S.: *Foundations of British Policy in the Arab World. The Cairo Conference of 1921*, Baltimore, Maryland/London 1970
- Klingaman, William K.: *1919. The Year Our World Began*, New York 1987
- Klotz, Louis-Lucien: *De la guerre. Souvenirs et documents*, Paris 1924
- Knatchbull-Hugessen, Hughe: *Diplomat in Peace and War*, London 1949
- Knock, Thomas J.: *To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*, New York/Oxford 1992
- Komarnicki, Tytus: *Rebirth of the Polish Republic. Study in the Diplomatic History of Europe, 1914-1920*, London 1957
- Kumao, Harada: *Saionji-Harada Memoirs. Fragile Victory, Prince Saionji and the 1930 London Treaty Issue*, Detroit 1968
- Lacey, Robert: *The Kingdom*, New York/London 1981
- La Fargue, Thomas Edward: *China and the World War*, Stanford 1937
- Laffan, Robert G.D.: *The Serbs. The Guardians of the Gates*, New York 1989
- Lansing, Robert: *The Big Four and Others of the Peace Conference*, Boston 1921  
: *Die Versailler Friedensverhandlungen. Persönliche Erinnerungen*, Berlin 1921
- Laroche, Jules: *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré, 1913-1926*, Paris 1957
- Latawski, Paul (Hg.): *The Reconstruction of Poland 1914-23*, London 1992
- Latham, John G.: *The Significance of the Peace Conference from an Australian Point of View*, Melbourne 1920
- Lawrence, Thomas E.: *Mosaik meines Lebens. Aus Briefen, Werken und anderen Dokumenten*, hg. von David Garnett, München 1952  
: *Die sieben Säulen der Weisheit*, München 1979

- Ledeen, Michael A.: *The First Duce. D'Annunzio at Fiume*, Baltimore 1977
- Lederer, Ivo J.: *Yugoslavia at the Peace Conference. A Study in Frontiermaking*, New Haven, Connecticut/London 1963
- Lentin, Anthony: *Lloyd George, Woodrow Wilson and the Guilt of Germany*, Leicester 1984
- Levene, Mark: *War, Jews, and the New Europe. The Diplomacy of Lutien Wolf, 1914-1919*, Oxford/New York 1992
- Lewis, David L.: *W.E.B. DuBois. Biography of a Race, 1868-1919*, New York 1993
- Liddell Hart, Basil: *Foch. Der Feldherr der Entente*, Berlin 1938
- Lieven, Anatol: *The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence*, New Haven/London 1994
- Link, Arthur S.: *Wilson. Confusions and Crises, 1915-1916*, Princeton, New Jersey, 1964  
: *Wilson the Diplomatist*, Chicago, Illinois, 1963  
: *Wilson. The New Freedom*, Princeton, New Jersey, 1956  
: *Wilson. The Road to the White House*, Princeton 1947
- Lloyd George, David: *The Truth about the Peace Treaties*, 2 Bde., London 1938  
: *Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden*, Berlin 1932  
: *War Memories*, 6 Bde., London 1933-1936 [dt.: *Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren*, 3 Bde., Berlin 1933-1936]
- Lloyd George, Frances: *The Years that Are Past*, London 1967
- Louis, William Roger: *British Strategy in the Far East 1919-1939*, Oxford 1971  
: *Das Ende des deutschen Kolonialreiches. Britischer Imperialismus und die deutschen Kolonien 1914-1919*, Düsseldorf 1971
- Lovin, Clifford R.: *A School for Diplomats. The Paris Peace Conference of 1919*, Lanham 1997
- Lowe, Cedric James/Dockrill, Michael L.: *The Mirage of Power*, 3 Bde., London/Boston 1972
- Lowe, Cedric James/Marzari, Frank: *Italian Foreign Policy, 1870-1940*, London/Boston 1975
- Lowry, Bullitt: *Armistice 1918*, Kent, Ohio/London 1996
- Luckau, Alma Maria: *The German Delegation at the Paris Peace Conference*, New York 1971
- Lundgreen-Nielsen, Kay: *The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A Study in the Policies of the Great Powers and the Poles, 1918-1919*, Odense 1979
- Macartney, Carlyle A.: *Hungary and Her Successors. The Treaty of Trianon and Its Consequences 1919-1937*, London/New York 1937  
*National States and National Minorities*, New York 1934
- Mache, Alec L.: *The End of the Ottoman Empire, 1908-1923*, London/New York 1998
- Mackay, Ruddock E.: *Balfour. Intellectual Statesman*, Oxford/New York 1985
- Magosci, Paul Robert: *Historical Atlas of East Central Europe*, Toronto 1993
- Maier, Charles S.: *Recasting Bourgeois Europe*, Princeton 1975
- Malcolm, Ian: *Lord Balfour. A Memory*, London 1930
- Mamatey, Victor S.: *The United States and East Central Europe, 1914-1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda*, Princeton, New Jersey, 1957
- Luza, Radomir (Hg.): *Geschichte der*

- Tschechoslowakischen Republik 1918-1948*, Wien/Köln/Graz 1980
- Manchester, William: *Churchill*, Bd. 1: *Der Traum von Ruhm, 1874-1932*, München 1989
- Mansel, Philip: *Constantinople. City of the Worlds Desire, 1453-1924*, New York 1995
- Mansergh, Nicholas: *Das britische Commonwealth. Entstehung, Geschichte, Struktur*, München 1969
- Mantoux, Étienne: *The Carthaginian Peace or the Economic Consequences of Mr. Keynes*, London 1946
- Mantoux, Paul: *The Deliberations of the Council of Four*, 2 Bde., hg. von A.S. Link, Princeton, New Jersey, 1992
- Marder, Arthur J.: *From the Dreadnought to Scapa Flow. The Royal Navy in the Fisher Era, 1904-1919*, 5 Bde., London 1961-1970
- Marks, Sally: *Innocent Abroad. Belgium at the Paris Peace Conference of 1919*, Chapel Hill 1981
- Marlowe, John: *Late Victorian. The Life of Sir Arnold Talbot Wilson*, London 1967
- Marston, Frank S.: *The Peace Conference of 1919. Organisation and Procedure*, London 1944
- Masaryk, Tomas Garrigue: *Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914-1918*, Berlin 1927
- Maxwell, Elsa: *R.S.V.P. Elsa Maxwells Own Story*, Boston/Toronto 1954 [dt.: *Mein verrücktes Leben*, Zürich 1964]
- May, Arthur J.: *The Passing of the Habsburg Monarchy, 1914-1918*, 2 Bde., Philadelphia, Pennsylvania, 1966
- Mayer, Arno J.: *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918-1919*, New York 1967
- McDougall, Walter A.: *France's Rhine land Diplomacy, 1914-1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe*, Princeton 1978
- McDowall, David: *A Modern History of the Kurds*, London/New York 1996
- Mee, Charles L.: *The End of Order. Versailles 1919*, New York 1980
- Ministero degli Affari Esteri: *I documenti diplomatici italiani*, Serie 6: *1918-1922*, hg. von R. Mosca, Rom 1956 ff.
- Miller, David Hunter: *My Diary at the Conference of Paris, with Documents*, 21 Bde., New York 1928 : *The Drafting of the Covenant*, 2 Bde., New York 1928
- Miquel, Pierre: *La paix de Versailles et l'opinion publique française*, Paris 1972
- Mitchell, David: *1919. Red Mirage*, New York 1970
- Monroe, Elizabeth: *Britains Moment in the Middle East*, Baltimore, Maryland, 1963
- Mordacq, Henri: *Clemenceau au soir de sa vie*, 2 Bde., Paris 1933 : *Le ministère Clemenceau*, 4 Bde., Paris 1931
- Morgan, Kenneth O.: *David Lloyd George. Welsh Radical as World Statesman*, Westport 1982
- Mosley, Leonard: *Curzon. The End of an Epoch*, London 1961
- Napier, Henry D.: *The Experiences of a Military Attaché in the Balkans*, London 1924
- Nassibian, Akaby: *Britain and the Armenian Question, 1915-1923*, New York 1984
- Nekrich, Alexander M.: *Pariahs, Partners, Predators. German-Soviet Relations, 1922-1941*, New York 1997
- Nelson, Harold L.: *Land and Power. British and Allied Policy on Germanys Frontiers 1916-19*, London/Toronto 1963

- Neu, Charles E.: *The Troubled Encounter. The United States and Japan*, New York 1975
- Nevakivi, Jukka: *Britain, France and the Arab Middle East, 1914-1920*, London 1969
- Newman, Bernard: *Secret Servant*, London 1935
- Nicolson, Harold: *Friedensmacher 1919*, Berlin 1933  
: *Nachkriegsdiplomatie*, Berlin 1934  
/Sackville-West, Vita: *Vita and Harold. The Letters of Vita Sackville-West and Harold Nicolson*, hg. von N. Nicolson, London 1993
- Nish, Ian H.: *Alliance in Decline. A Study in Anglo-Japanese Relations, 1908-23*, London 1972  
: *Japanese Foreign Policy, 1869-1942. Kasumigaseki to Miyakezaka*, London 1977
- Nitti, Francesco Saverio: *Rivelazioni drammatis personae*, Neapel 1948
- Noble, George Bernard: *Policies and Opinions at Paris, 1919. Wilsonian Diplomacy, the Versailles Peace, and French Public Opinion*, New York 1955
- Nowak, Karl Friedrich: *Versailles*, Berlin 1927
- Orga, Irfan: *Das Haus am Bosporus. Die Geschichte meiner Familie*, Zürich/ Hamburg 2009
- Orlando, Vittorio Emanuele: *Memorie (1915-1919)*, Mailand 1960
- Orpen, William: *An Onlooker in France, 1917-1919*, London 1921
- Pakula, Hannah: *Queen of Romania. The Life of Princess Marie, Grand-Daughter of Queen Victoria*, London 1989
- Palmer, Alan W: *Verfall und Untergang des Osmanischen Reiches*, München/ Leipzig 1994
- Palmer, Frederick: *Bliss, Peacemaker. The Life and Letters of General Tasker Howard Bliss*, Freeport cd 1970
- Paloczi-Horvath, George: *The Undeclared*, London 1993
- Pandey, Biswa Nath: *The Break-up of British India*, London/New York 1969
- Pastor, Peter: *Hungary between Wilson and Lenin. The Hungarian Revolution of 1918-1919 and the Big Three*, New York 1976
- Perman, Dagmar: *The Shaping of the Czechoslovak State. A Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia*, Leiden 1962
- Petsalis-Diomidis, Nikolaos: *Greece at the Paris Peace Conference (1919)*, Thessaloniki 1978
- Pipes, Richard: *Die russische Revolution*, Bd. 3: *Russland unter dem neuen Regime*, Berlin 1993
- Poincaré, Raymond: *Au service de la France*, Bd. 11: *A la recherche de la paix, 1919*, Paris 1974
- Pope, Nicole/Pope, Hugh: *Turkey Unveiled. Atatürk and After*, London 1997
- Pugach, Noel H.: *Paul S. Reinsch. Open Door Diplomacy in Action*, Millwood, New York, 1979
- Pugh, Martin: *Lloyd George*, London/ New York 1988
- Rattigan, Frank: *Diversions of a Diplomat*, London 1924
- Rawlinson, Alfred: *Adventures in the Near East 1918-1922. In Three Parts*, London/New York 1914
- Reinharz, Jehuda: *Chaim Weizmann. The Making of a Statesman*, New York/ Oxford 1993
- Renner, Karl: *Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs*, Zürich 1946
- Renouvin, Pierre: *War and Aftermath, 1914-1929*, New York 1968
- Repington, Charles à Court: *After the*

- War. London, Paris, Rome, Athens, Prague, Vienna, Budapest, Bucharest Berlin, Sofia, Coblenz, New York, Washington. *A Diary*, Boston, Massachusetts/New York 1922
- Reynolds, David: *Britannia Overruled*, London/New York 1991
- Ribbentrop, Joachim von: *Die alleinige Kriegsschuld Englands. Rede, gehalten in Danzig am 24. Oktober 1939*, Berlin 1939
- Ribot, Alexandre: *Journal d'Alexandre Ribot et correspondances inédites, 1914-1922*, Paris 1936
- Riddell, George A.: *Lord Riddells Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918-1923*, London 1933  
/Webster, Charles K./Toynbee, Arnold J., u.a.: *The Treaty of Versailles and After*, New York 1935
- Rodd, James Rennell: *Social and Diplomatic Memories*, 3 Bde., London 1925
- Röhl, John C. G.: *Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik*, München 1987
- Roosevelt, Nicholas: *A Front Row Seat*, Norman, Oklahoma, 1953
- Rose, Kenneth: *King George V*, London 1983
- Roskill, Stephen: *Hankey. Man of Secrets*, 3 Bde., London 1970-1974
- Rothschild, Joseph: *East Central Europe between the Two World Wars*, Seattle, Washington/London 1974
- Rowland, Peter: *Lloyd George*, London 1975
- Rowley, C. D.: *The Australians in German New Guinea, 1914-1921*, Carlton, Victoria, 1958
- Rudin, Harry R.: *Armistice, 1918*, New Haven, Connecticut, 1944
- Ryan, Andrew: *The Last of the Dragomans*, London 1951
- Ryder, Arthur John: *The German Revolution of 1918*, Cambridge 1967
- Sakmyster, Thomas: *Miklos Horthy. Ungarn 1918-1944*, Wien 2006
- Salomon, Ernst von: *Die Geächteten*, Berlin 1933
- Salter, James Arthur: *Slave of the Lamp. A Public Servant's Notebook*, London 1967
- Sanders, Ronald: *The High Walls of Jerusalem. A History of the Balfour Declaration and the Birth of the British Mandate for Palestine*, New York 1983
- Sayer, Derek: *The Coasts of Bohemia. A Czech History*, Princeton 1998
- Schiff, Victor: *So war es in Versailles ... Mit Beiträgen von Otto Landsberg, Hermann Müller, Friedrich Stampfer*, Berlin 1929
- Schrameier, W.: *Kiautschou, seine Entwicklung und Bedeutung. Ein Rückblick*, Berlin 1915
- Schrecker, John E.: *Imperialism and Chinese Nationalism. Germany in Shantung*, Cambridge (Mass.) 1971
- Schröder, Hans-Jürgen: *Deutschland und Amerika in der Epoche des Ersten Weltkrieges 1900-1924*, Stuttgart 1993
- Schuker, Stephen A.: *American «Reparations» to Germany, 1919-33. Implications of the Third-World Debt Crisis*, Princeton 1988  
: *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976
- Schüller, Richard: *Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller*, hg. von J. Nautz, München 1990
- Schulte Nordholt, Jan W.: *Woodrow Wilson. A Life for World Peace*, Berkeley 1991
- Schwabe, Klaus: *Deutsche Revolution und*

- Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971
- Schwarz, Vera: *The Chinese Enlightenment. Intellectuals and the Legacy of the May Fourth Movement of 1919*, Berkeley 1986
- Scott, Charles P.: *The Political Diaries of C.P. Scott, 1911-1928*, hg. von T. Wilson, London 1970
- Seton-Watson, Christopher: *Italy from Liberalism to Fascism, 1870-1925*, London 1967
- /Seton-Watson, Hugh: *The Making of a New Europe. R.W. Seton-Watson and the Last Years of Austria-Hungary*, London 1981
- Seymour, Charles: *Letters from the Paris Peace Conference*, New Haven, Connecticut/London 1965
- Sforza, Carlo: *Fifty Years of War and Diplomacy in the Balkans*, New York 1940
- Shaarawi, Huda: *Harem Years. The Memoirs of an Egyptian Feminist (1879-1924)*, New York 1986
- Shachtman, Tom: *Edith & Woodrow. A Presidential Romance*, New York 1981
- Sharp, Alan: *The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris, 1919*, London 1991
- Shotwell, James T.: *At the Paris Peace Conference*, New York 1937
- Silverman, Dan P.: *Reconstructing Europe after the Great War*, Cambridge, Massachusetts, 1982
- Skidelsky, Robert: *John Maynard Keynes. A Biography*, 3 Bde., London 1983-2000
- Sluglett, Peter: *Britain in Iraq, 1914-1932*, London 1976
- Smith, Michael L.: *Ionian Vision. Greece in Asia Minor, 1919-1922*, New York 1973
- Smuts, Jan Christiaan: *Selections from the Smuts Papers*, 7 Bde., hg. von William K. Hancock und Jean van der Poel, Cambridge 1966-1973
- Sonyel, Salahi R.: *Turkish Diplomacy 1918-1923. Mustafa Kemal and the Turkish National Movement*, London/Beverly Hills 1975
- Spector, Sherman David: *Romania at the Paris Peace Conference. A Study of the Diplomacy of Ioan I.C. Bratianu*, New York 1962
- Spence, Jonathan D.: *Chinas Weg in die Moderne*, Bonn 2008
- Stadler, Karl R.: *Hypothek auf die Zukunft. Die Entstehung der österreichischen Republik 1918-1921*, Wien 1968
- Steed, Henry W.: *Through Thirty Years, 1892-1922. A Personal Narrative*, 2 Bde., Garden City (N. Y.) 1924
- Steffens, Lincoln: *The Autobiography of Lincoln Steffens*, New York 1931 (dt.: *Die Geschichte meines Lebens*, Zürich 1948)
- Stein, Leonard: *The Balfour Declaration*, London 1961
- Stenographische Protokolle über die Sitzungen der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich. 1919, Bd. 1*, Wien 1919
- Stevenson, David: *The First World War and International Politics*, Oxford 1991
- Stevenson, Frances: *Lloyd George. A Diary*, hg. von A.J.P. Taylor, London 1971
- Stickney, Edith P.: *Southern Albania or Northern Epirus in European International Affairs, 1912-1923*, Stanford 1926
- Storrs, Ronald: *Orientalisms*, London 1937
- Sugar, Peter F./Lederer, Ivo J. (Hg.): *Nationalism in Eastern Europe, Seattle*, Washington/London 1994
- Suny, Ronald G.: *Looking toward Ararat*.

- Armenia in Modern History*, Bloomington/Indianapolis 1993
- Sykes, Christopher: *Kreuzwege nach Israel. Die Vorgeschichte des jüdischen Staates*, München 1967
- Tanner, Markus: *Croatia. A Nation Forged in War*, New Haven, Connecticut/London 1997
- Tardieu, André: *The Truth about the Treaty*, Indianapolis 1921
- Taylor, Alan J.P.: *The Trouble Makers. Dissent over Foreign Policy 1792-1939*, London 1993
- Taylor, Edmond: *Der Untergang der Dynastien. Habsburg, Hohenzollern, Osmanen, Romanow*, München / Wien / Basel 1964
- Temperley, Harold W.V. (Hg.): *A History of the Peace Conference of Paris*, 6 Bde., London 1920-1924
- Thompson, Charles T.: *The Peace Conference Day by Day*, New York 1920
- Thompson, John M.: *Russia, Bolshevism, and the Versailles Peace*, Princeton, New Jersey, 1966
- Tillman, Seth P.: *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*, Princeton, New Jersey, 1961
- Toynbee, Arnold J.: *Acquaintances*, London 1967
- Trachtenberg, Marc: *Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, 1916-1923*, New York 1980
- Troeltsch, Ernst: *Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919-1922)*, hg. von Gangolf Hübinger und Nicolai Wehrs, Berlin 2015
- Trotzki, Leo: *Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens*, Hamburg 21923
- Tumulty, Joseph P.: *Woodrow Wilson as I Knew Him*, New York 1921
- Ullman, Richard H.: *Anglo-Soviet Relations, 1917-1921*, 3 Bde., Princeton, New Jersey, 1961-1972
- Unterberger, Betty M.: *The United States, Revolutionary Russia, and the Rise of Czechoslovakia*, Chapel Hill, North Carolina, 1989
- Vansittart, Robert: *The Mist Procession. The Autobiography of Lord Vansittart*, London 1958
- Der Vertrag von Versailles. Mit Beiträgen von Sebastian Haffner, Gregory Bateson u. a.*, Frankfurt a.M./Berlin 1988
- Villard, Oswald G.: *Fighting Years. Memoirs of a Liberal Editor*, New York 1939
- Vivarelli, Roberto: *Storia delle origini del fascismo*, 2 Bde., Bologna 1991
- Völgyes, Ivan (Hg.): *Hungary in Revolution 1918-19*, Lincoln, Nebraska, 1971
- Vopicka, Charles J.: *Secrets of the Balkans. Seven Years of a Diplomats Life in the Storm Centre of Europe*, Chicago 1921
- Waite, Robert G.L.: *Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany, 1918-1923*, Cambridge 1952
- Walker, Christopher J.: *Armenia. The Survival of a Nation*, London 1990
- Wallace, William Stewart: *The Memoirs of The Rt. Hon. Sir George Foster, P. C., G.C.M.G.*, Toronto 1953
- Wallach, Janet: *Königin der Wüste. Das aussergewöhnliche Leben der Gertrude Bell*, München 2003
- Walworth, Arthur: *Wilson and His Peacemakers. American Diplomacy at the Paris Peace Conference, 1919*, New York 1986 : Woodrow Wilson, 2 Bde., Baltimore 1965
- Wambaugh, Sarah: *Plebiscites since the World War*, 2 Bde., Washington, D.C., 1933



- Wandycz, Piotr Stefan: *France and Her Eastern Allies, 1919-1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno*, Minneapolis 1962  
 : *The Lands of Partitioned Poland, 1795-1918*, Seattle/London 1974  
 : *The United States and Poland*, Cambridge 1980
- Watson, David Robin: *Georges Clemenceau. A Political Biography*, London 1974
- Watt, Richard M.: *Der Kaiser geht. Deutschland zwischen Revolution und Versailles*, Frankfurt a.M. 1971
- Webster, C.: *The Congress of Vienna, 1814-1815*, London 1963
- Weinberg, Gerhard L.: *The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933-36*, Highlands (N. J.) 1994
- Weintraub, Stanley: *A Stillness Heard around the World*, New York/Oxford 1985
- Wemyss, Wester: *The Life and Letters of Lord Wester Wemyss*, London 1935
- West, Rebecca: *Black Lamb and Grey Falcon. A Journey through Yugoslavia*, 2 Bde., New York/London 1941/42
- Wheeler-Bennett, John W.: *Brest-Litovsk*, London 1963  
 : *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945*, 2 Bde., Königstein, Ts./Düsseldorf 1981
- White, William Allen: *The Autobiography of William Allen White*, New York 1946
- Widenor, William C.: *Henry Cabot Lodge and the Search for an American Foreign Policy*, Berkeley 1980
- Willert, Arthur: *The Road to Safety. A Study in Anglo-American Relations*, New York 1953
- Williams, Wythe: *The Tiger of France. Conversations with Clemenceau*, New York 1949
- Wilson, Henry: *Field Marshal Sir Henry Wilson. His Life and Diaries*, hg. von Charles E. Callwell, 2 Bde., London 1927 [*Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson*, hg. von Charles E. Callwell, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1930]
- Wilson, Jeremy: *Lawrence of Arabia. The Authorised Biography of T.E. Lawrence*, London 1989 [dt.: *Lawrence von Arabien. Die Biographie*, München 1999]
- Wilson, Woodrow: *A Day of Dedication. The Essential Writings and Speeches of Woodrow Wilson*, hg. von A. Fried, New York 1965  
 : *Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MC-MXIX*, hg. von Ray S. Baker, Bd. 3: *Die Dokumente*, Leipzig 1924  
 : *The Papers of Woodrow Wilson*, hg. von A.S. Link, 69 Bde., Princeton, New Jersey, 1961-1994  
 : *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, hg. von Georg Ahrens und Carl Brinkmann, Berlin 1919
- Windisch-Graetz, Ludwig: *Helden und Halunken. Selbsterlebte Weltgeschichte 1899-1964*, hg. von Charles Kessler, Wien 21967
- Winstone, Harry V.E.: *Gertrude Bell*, London 1980
- Wolff, Robert Lee: *The Balkans in Our Time*, New York 1967
- Woodhouse, John Robert: *Gabriele D'Annunzio. Defiant Archangel*, Oxford 1998
- Wormser, Georges: *Clemenceau vu de près. Documents inédits, épisodes oubliés, précisions nouvelles*, Paris 1979
- Yapp, Malcolm E.: *The Making of the Mo-*

- dern Near East, 1792-1923*, London/  
New York 1987
- : *The Near East since the First World  
War*, London/New York 1991
- Yergin, Daniel: *Der Preis. Die Jagd nach  
Öl, Geld und Macht*, Frankfurt a.M.  
1991
- Zamoyski, Adam: *Paderewski*,  
London 1982
- Zebel, Sydney H.: *Balfour. A Political  
Biography*, Cambridge 1973
- Zeine, Zeine N.: *The Emergence of Arab  
Nationalism, with a Background Study  
of Arab-Turkish Relations in the Near  
East*, Beirut 1966
- Zeman, Zbyněk: *The Masaryks. The Mak-  
ing of Czechoslovakia*,  
London/New York 1990
- Zimmern, Alfred: *The Third British  
Empire*, London 1926
- Zivojinovic, Dragan R.: *America, Italy  
and the Birth of Yugoslavia, 1917-  
1919*, Boulder, Colorado, 1972
- Aufsätze**
- Adam, Magda: «France and Hungary at  
the Beginning of the 1920s», in:  
Király/Pastor/Sanders (Hg.), *Essays  
on World War I*, S. 145-182
- Ahmad, Feroz: «The Late Ottoman Em-  
pire», in: Kent (Hg.), *The Great Pow-  
ers and the End of the Ottoman Em-  
pire*, S. 5-30
- Albrecht-Carrié, René: «Fiume. National-  
ism versus Economics», in: *Journal of  
Central European Affairs* (1942),  
S. 49-63
- Alcock, Antony: «Trentino and Tyrol.  
From Austrian Crownland to Euro-  
pean Region», in: Dunn/Fraser (Hg.),  
*Europe and Ethnicity*, S. 65-84
- Aldcroft, Derek H.: «The Versailles Lega-  
cy», in: *History Review* 29 (Dezember  
1997), S. 8-14
- Barcsay, T.: «The Karolyi Revolution in  
Hungary, October 1918-March 1919»,  
Dissertation, Universität Oxford, 1971
- Bessel, Richard: «Why did the Weimar  
Republic Collapse?», in: Kershaw  
(Hg.), *Why Did German Democracy  
Fail?*, S. 120-152
- Block, Robert: «City of the Future», in:  
*The New York Review of Books* (9. Juni  
1994). S. 50f.
- Bosworth, Richard J.B.: «Italy and the  
End of the Ottoman Empire», in: Kent  
(Hg.), *The Great Powers and the End  
of the Ottoman Empire*, S. 51-72
- Bowman, Isaiah: «Constantinople and the  
Balkans», in: House/Seymour (Hg.),  
*What Really Happened at Paris*,  
S. 140-175
- Brecher, Frank W.: «French Policy to-  
wards the Levant, 1914-18», in: *Mid-  
dle Eastern Studies*, 29,4 (1993),  
S. 641-664
- Brown Scott, James: «The Trial of the  
Kaiser», in: House/Seymour (Hg.),  
*What Really Happened at Paris*,  
S. 231-258
- Burns, Michael: «Disturbed Spirits. Min-  
ority Rights and New World Orders,  
1919 and the 1990s», in: Wells and  
Bailey Smith (Hg.), *New European  
Orders, 1919 and 1991*, Washington,  
D.C., 1996, S. 41-61
- Cairns, John C.: «A Nation of Shopkeep-  
ers in Search of a Suitable France,  
1919-1940», in: *The American Histor-  
ical Review*, 79, 3 (1974), S. 710-743
- Campbell, F. Gregory: «The Struggle for  
Upper Silesia, 1919-1922», in:  
*The Journal of Modern History*, 42,  
3 (September 1970), S. 361-385
- Chi, Madeleine S.: «Tsao Ju-lin (1876-  
1966). His Japanese Connections»,

- in: Iriye (Hg.), *The Chinese and the Japanese. Essays on Political and Cultural Interactions*, Princeton, New Jersey, 1980, S. 140-160
- Cienciala, Anna M.: «The Battle of Danzig and the Polish Corridor at the Paris Peace Conference of 1919», in: Latawski (Hg.), *The Reconstruction of Poland 1914-23*, S. 71-94
- Cook, George I.: «Sir Robert Borden, Lloyd George, and British Military Policy, 1917-1918», in: *The Historical Journal*, 14, 2 (Juni 1971), S. 371-395
- Crozier, Andrew J.: «The Establishment of the Mandates System, 1919-25», in: *Journal of Contemporary History*, 14, 3 (Juli 1979), S. 483-513
- Curry, George: «Woodrow Wilson, Jan Smuts and the Versailles Settlement», in: *The American Historical Review*, 66, 4 (Juli 1961), S. 968-986
- Davies, Norman: «Great Britain and Polish Jews, 1918-1920», in: *Journal of Contemporary History*, 8, 2 (April 1973), S. 119-142 : «Lloyd George and Poland, 1919-20», in: *Journal of Contemporary History*, 6, 3 (Juli 1971), S. 132-154
- Dockrill, Michael L./Steiner, Zara: «The Foreign Office at the Paris Peace Conference in 1919», in: *The International History Review*, 2, 1 (Januar 1980), S. 56-86
- Dontas, Domna V.: «Troubled Friendship. Greco-Serbian Relations, 1914-1918», in: Djordjevic (Hg.), *The Creation of Yugoslavia, 1914-1918*, S. 95-124
- Dragnich, Alex N.: «The Serbian Government, the Army and the Unification of Yugoslavs», in: Djordjevic (Hg.), *The Creation of Yugoslavia, 1914-1918*, S. 37-50
- Dyer, Gwynne: «The Turkish Armistice of 1918. 1 – The Turkish Decision for a Separate Peace, Autumn 1918», in: *Middle Eastern Studies*, 8, 2 (Mai 1972), S. 143-178
- : «The Turkish Armistice of 1918. 2 – A Lost Opportunity. The Armistice Negotiations of Moudros», in: *Middle Eastern Studies*, 8, 3 (Oktober 1972), S. 313-348
- Eckelt, Frank: «The Internal Policies of the Hungarian Soviet Republic», in: Völgyes (Hg.), *Hungary in Revolution, 1918-19*, S. 61-88
- Egerton, George W.: «Britain and the ,Great Betrayal, Anglo-American Relations and the Struggle for United States Ratification of the Treaty of Versailles, 1919-1920», in: *The Historical Journal*, 21, 4 (Dezember 1978), S.885-911
- : «The Lloyd George Government and the Creation of the League of Nations», in: *The American Historical Review*, 79,2 (April 1974), S. 419-444
- Ekmečić, M.: «Serbian War Aims», in: Djordjevic (Hg.), *The Creation of Yugoslavia, 1914-1918*, S. 19-36
- Esposito, David M.: «Imagined Power. The Secret Life of Colonel House», in: *Historian*, 60, 4 (Sommer 1998), S. 741-755
- Ferguson, Niall: «Keynes and German Inflation», in: *The English Historical Review*, 110, 436 (April 1995), S. 368-391
- Fifield, Russell H.: «Disposal of the Carolines, Marshalls, and Marianas at the Paris Peace Conference», in: *The American Historical Review*, 51, 3 (April 1946), S. 472-479
- Fitzhardinge, Laurence Frederic: «Hughes, Borden, and Dominion Representation at the Paris Peace Confer-

- ence», in: *Canadian Historical Review*, 49, 2 (Juni 1968), S.160-169: «W. M. Hughes and the Treaty of Versailles, 1919», in: *Journal of Commonwealth Political Studies*, 5, 2 (Juli 1967), S. 130-142
- French, David: ‚»Had We Known How Bad Things Were in: Germany, We Might Have Got Stiffer Terms’. Great Britain and the German Armistice», in: Boemeke/Feldman/Glaser (Hg.), *The Treaty of Versailles*. S. 69-86
- Friedman, Isaiah: «The McMahon-Hussein Correspondence and the Question of Palestine», in: *Journal of Contemporary History*, 5, 2 (April 1970), S. 83-122
- Geddes, David: «The Mandate for Yap», in: *History Today*, 43, 12 (Dezember 1993), S. 32-38
- Gokay, Bülent: «Turkish Settlement and the Caucasus, 1918-20», in: *Middle Eastern Studies*, 32, 2 (April 1996), S. 45-76
- Goldstein, Erik: «Great Britain and Greater Greece, 1917-1920», in: *The Historical Journal*, 52, 2 (Juni 1989), S.339-356
- Hemingway, Ernest: «The Greek Revolt», in: ders., *Dateline: Toronto*, S. 244f. : «Mussolini: Der grösste Bluffer Europas», in: ders., *49 Depeschen*, S. 43-47
- Hess, Robert L.: «Italy and Africa. Colonial Ambitions in the First World War», in: *The Journal of African History*, 4, 1 (März 1963), S. 105-126
- Holborn, Hajo: «Diplomats and Diplomacy in the Early Weimar Republic», in: Craig/Gilbert (Hg.), *The Diplomats, 1919-1939*, S. 123-171
- Hudson, Geoffrey: «The Far East at the End of the First World War», in: *Journal of Contemporary History*, 4, 2 (April 1969), S. 165-179
- Jelavich, Charles: «Nicholas P. Pasic. Greater Serbia or Jugoslavia?», in: *Journal of Central European Affairs*, 11, 2 (Juli 1951), S. 133-152
- Kawamura, Noriko: «Wilsonian Idealism and Japanese Claims at the Paris Peace Conference», in: *Pacific Historical Review*, 66, 4 (1997), S. 503-526
- Kedourie, Elie: «The End of the Ottoman Empire», in: *Journal of Contemporary History*, 3,4 (Oktober 1968), S. 19-28
- Keegan, Nicholas M.: «From Chancery to Cloister. The Chinese Diplomat Who Became a Benedictine Monk», in: *Diplomacy & Statecraft*, 10, 1 (1999), S. 172-185
- Keylor, William R.: «Versailles and International Diplomacy», in: Boemeke/Feldman/Glaser (Hg.), *The Treaty of Versailles*, S. 469-506
- Keynes, John Maynard: «Lloyd George. Ein Bruchstück», in: ders., *Politik und Wirtschaft. Männer und Probleme*, Tübingen/Zürich 1956, S. 70-75
- Klein, Fritz: «Between Compiègne and Versailles. The Germans on the Way from a Misunderstood Defeat to an Unwanted Peace», in: Boemeke/Feldman/Glaser (Hg.), *The Treaty of Versailles*, S.203-220
- Krüger, Peter: «German Disappointment and Anti-Western Resentment, 1918-19», in: Hans-Jürgen Schröder (Hg.), *Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900-1924*, Providence, Rhode Island/Oxford 1993, S. 323-335
- Lamont, Thomas William: «Reparations», in: House/Seymour (Hg.), *What Really Happened at Paris*, S. 259-290
- Landau, Zbigniew: «The Economic Inte-

- gration of Poland 1918-23», in: Latawski (Hg.), *The Reconstruction of Poland 1914-23*, S. 144-157
- Langer, William L.: «The Well-Spring of our Discontents», in: *Journal of Contemporary History*, 3, 4 (Oktober 1968), S. 3-17
- Latawski, Paul: «Roman Dmowski, the Polish Question, and Western Opinion, 1915-1918. The Case of Britain», in: ders. (Hg.), *The Reconstruction of Poland 1914-23*, S. 1-12
- Lauren, Paul Gordon: «Human Rights in History. Diplomacy and Racial Equality at the Paris Peace Conference», in: *Diplomatic History*, 2, 3 (1978), S.257-278
- Lazo, Dimitri D.: «A Question of Loyalty. Robert Lansing and the Treaty of Versailles», in: *Diplomatic History*, 9, 1 (Winter 1985), S. 35-53
- Lebow, Richard N.: «Woodrow Wilson and the Balfour Declaration», in: *The Journal of Modern History*, 40, 4 (Dezember 1968), S. 501-523
- Lenin, Wladimir L.: «Rede auf dem Verbandstag der Arbeiter und Angestellten der Lederindustrie, 2. Oktober 1920», in: ders., *Werke*, Bd. 31, Berlin 1966, S. 291-304
- Lentin, Antony: «Lord Cunliffe, Lloyd George, Reparations and Reputations at the Paris Peace Conference, 1919», in: *Diplomacy & Statecraft*, 10, 1 (1999), S. 50-86 : «Trick or Treat? The Anglo-French Alliance, 1919», in: *History Today*, 42/12 (Dezember 1992), S. 28-32
- Levene, Mark: «The Balfour Declaration. A Case of Mistaken Identity», in: *The English Historical Review*, 107, 422 (Januar 1992), S. 54-77 : «Nationalism and its Alternatives in the International Arena. The Jewish Question at Paris, 1919», in: *Journal of Contemporary History*, 28, 3 (Juli 1993), S. 511-531
- Lord, Robert Howard: «Poland», in: House/Seymour (Hg.), *What Really Happened at Paris*, S. 67-86
- Lundgreen-Nielsen, Kay: «Aspects of American Policy towards Poland at the Paris Peace Conference and the Role of Isiah Bowman», in: Latawski (Hg.), *The Reconstruction of Poland 1914-23*, S. 95-116 : «The Mayer Thesis Reconsidered. The Poles and the Paris Peace Conference, 1919», in: *The International History Review*, 7, 1 (Februar 1985), S. 68-102
- Mache, Alec L.: «The British Decision Regarding the Future of Constantinople, November 1918-January 1920», in: *The Historical Journal*, 18, 2 (Juni 1975), S. 391-400
- MacMillan, Margaret: «Canada and the Origins of the Imperial War Cabinet», in: Coates (Hg.), *Imperial Canada, 1867-1917*, Edinburgh 1997, S. 62-78
- Maier, Charles S.: «The Truth about the Treaties?», in: *The Journal of Modern History*, 51, 1 (März 1979), S. 56-67
- Marks, Sally: «The Myths of Reparations», in: *Central European History*, 11, 3 (1978), S. 231-255 : «Reparations Reconsidered. A Reminder», in: *Central European History*, 2, 4 (1969), S. 356-365 : «Smoke and Mirrors. In Smoke-Filled Rooms and the Galerie des Glaces», in: Boemeke/Feldman / Glaser (Hg.), *The Treaty of Versailles*, S. 337-370
- Martel, Gordon: «The Prehistory of Appeasement. Headlam-Morley, the Peace Settlement and Revisionism», in:

- Diplomacy & Statecraft*, 9, 3 (November 1998), S. 242-265
- Mazower, Mark A.: «Minorities and the League of Nations in Interwar Europe», in: *Daedalus*, 126, 2 (1997), S. 47-65 : «Two Cheers for Versailles», in: *History Today*, 49,7 (Juli 1999), S. 8-14
- McCrum, Robert: «French Rhineland Policy at the Paris Peace Conference, 1919», in: *The Historical Journal*, 21,3 (September 1978), S. 623-648
- McDougall, Walter A.: «Political Economy versus National Sovereignty. French Structures for German Economic Integration after Versailles», in: *The Journal of Modern History*, 51, 1 (März 1979), S. 4-23
- Miller, David Hunter: «The Making of the League of Nations», in: House / Seymour (Hg.), *What Really Happened at Paris*, S. 398-424
- Mitrovic, Andrej: «The 1919-1920 Peace Conference in: Paris and the Yugoslav State. An Historical Evaluation», in: Djordjevic (Hg.), *The Creation of Yugoslavia, 1914-1918*, S. 207-217
- Mommsen, Wolfgang J.: «Max Weber and the Peace Treaty of Versailles», in: Boemeke/Feldman/Glaser (Hg.), *The Treaty of Versailles*, S. 535-546
- Montgomery, A. E.: «The Making of the Treaty of Sèvres of 10 August 1920», in: *The Historical Journal*, 25, 4 (Dezember 1972), S. 775-787
- Müller, Hermann: «Unterzeichnung im Spiegelsaal», in: Schiff, *So war es in Versailles...*, S. 135-143
- Northedge, Frederick Samuel: «1917-1919. The Implications for Britain», in: *Journal of Contemporary History*, 3, 4 (Oktober 1968), S. 191-209
- Ormos, Maria: «The Hungarian Soviet Republic and Intervention by the Entente», in: Kiraly/Pastor/Sanders (Hg.), *Essays on World War I*, S. 131-144
- Philipp, Peter: «Die Balfour-Erklärung», [http://www.kalenderblatt.de/index.php?what=thmanu&manu\\_id=1066](http://www.kalenderblatt.de/index.php?what=thmanu&manu_id=1066)
- Raffo, Peter: «The Anglo-American Preliminary Negotiations for a League of Nations», in: *Journal of Contemporary History*, 9, 4 (Oktober 1974), S. 153-176
- Roszkowski, Wojciech: «The Reconstruction of the Government and State Apparatus in the Second Polish Republic», in: Latawski (Hg.), *The Reconstruction of Poland 1914-23*, S. 158-177
- Sakmyster, Thomas L.: «Great Britain and the Making of the Treaty of Trianon», in: Kiraly/Pastor/Sanders (Hg.), *Essays on World War I*, 8. 107-129
- Saladino, S.: «In Search of Sidney Sonnino», in: *Reviews in European History*, Bd. 2,4 (Dezember 1976), S. 621-633
- Schuker, Stephen A.: «The Rhineland Question. West European Security at the Paris Peace Conference of 1919», in: Boemeke/Feldman/Glaser (Hg.), *The Treaty of Versailles*, S. 275-312
- Schwabe, Klaus: «Germany's Peace Aims and the Domestic and International Constraints», in: Boemeke/Feldman/Glaser (Hg.), *The Treaty of Versailles*, S. 37-68
- Seton-Watson, Christopher: «1919 and the Persistence of Nationalist Aspirations», in: *Review of International Studies*, 15, 4 (Oktober 1989), S. 309-318
- Seymour, Charles: «The End of an Empire. Remnants of Austria-Hungary», in: House/Seymour (Hg.), *What Really Happened at Paris*, S. 87-111

- Sforza, Carlo: «Sonnino and his Foreign Policy», in: *Contemporary Review*, 236, 768 (1929), S. 721-732
- Shanafelt, Gary W.: «An English Lady in High Albania. Edith Durham and the Balkans», in: *East European Quarterly*, 30, 3 (1996), S. 283-300
- Sharp, Alan: «The Genie that Would Not Go Back into the Bottle. National Self-Determination and the Legacy of the First World War and the Peace Settlement», in: Dunn/Fraser (Hg.), *Europe and Ethnicity*, S. 9-28
- Snelling, R.C.: «Peacemaking, 1919. Australia, New Zealand and the British Empire Delegation at Versailles», in: *Journal of Imperial and Commonwealth History*, 4, 1 (1975), S. 15-28
- Soutu, Georges-Henri: «The French Peacemakers and Their Home Front», in: Boemeke/Feldman/Glaser (Hg.), *The Treaty of Versailles*, S. 167-188
- Stadler, Karl R.: «The Disintegration of the Austrian Empire», in: *Journal of Contemporary History*, 3, 4 (Oktober 1968), S. 177-190
- Stevenson, David: «France at the Paris Peace Conference», in: Boyce (Hg.), *French Foreign and Defence Policy, 1918-1940. The Decline and Fall of a Great Power*, London/New York 1998, S. 10-29 : «French War Aims and the American Challenge, 1914-1918», in: *The Historical Journal*, 22, 4 (Dezember 1979), S. 877-894
- Temperley, Harold W.V.: «How the Hungarian Frontiers were Drawn», in: *Foreign Affairs*, 6/3 (April 1928), S. 432-447
- Tihany, Leslie C.: «The Baranya Republic and the Treaty of Trianon», in: Kiraly/Pastor/Sanders (Hg.), *Essays on World War I*, S. 297-320
- Tokes, Rudolf L.: «Bela Kun. The Man and the Revolutionary», in: Völgys (Hg.), *Hungary in Revolution 1918-19*, S. 170-207
- Trachtenberg, Marc: «Reparations at the Paris Peace Conference», in: *The Journal of Modern History*, 51, 1 (März 1979), S. 24-55  
: «Versailles after Sixty Years», in: *Journal of Contemporary History*, 17 (1982), S. 487-506
- Unterberger, Betty M.: «The United States and National Self-Determination. A Wilsonian Perspective», in: *Presidential Studies Quarterly*, 26, 4 (Herbst 1996), S. 926-942  
: «Woodrow Wilson and the Bolsheviks. The 'Acid Test' of Soviet-American Relations», in: *Diplomatic History*, 11, 2 (April 1987), S. 71-90
- Vermes, Gabor: «The October Revolution in Hungary. From Karolyi to Kun», in: Völgys (Hg.), *Hungary in Revolution 1918-19*, S. 31-60
- Wallace, William V.: «Czechs and Slovaks», in: Dunn/Fraser (Hg.), *Europe and Ethnicity*, S. 45-64
- Wandycz, Piotr Stefan: «Dmowski Policy and the Paris Peace Conference: Success or Failure?», in: Latawski (Hg.), *The Reconstruction of Poland 1914-23*, S. 117-132
- Weinberg, Gerhard L.: «The Defeat of Germany in 1918 and the European Balance of Power», in: *Central European History*, 2, 3 (September 1969), S.248-260
- Westermann, William Linn: «The Armenian Problem and the Disruption of Turkey», in: House/Seymour (Hg.), *What Really Happened at Paris*, S. 176-203
- Yearwood, Peter: «On the Safe and

Right Lines'. The Lloyd George Government and the Origins of the League of Nations, 1916-1918», in: *The Historical Journal*, 32, 1 (März 1989), S. 131-155

Zamir, Meir: «Faisal and the Lebanese Question, 1918-20», in: *Middle Eastern Studies*, 27,3 (Juli 1991), S. 404-426

Zinner, Paul E.: «The Diplomacy of Eduard Beneš», in: Craig/Gilbert (Hg.),



## Personenregister

- Abdullah I., König des Irak 538ff., 558  
Adenauer, Konrad 237  
Aga Khan III. 533  
Aharonian, Avetis 499, 591  
Aldrovandi Marescotti, Luigi 365  
Alexander, Prinzregent von Serbien 165, 170  
Allenby, Edmund, General 509, 512, 521, 531,534f., 549  
Amery, Leo 523  
Apponyi, Albert, Graf 357f.  
Asquith, Herbert Henry 165  
Atatürk, Mustafa Kemal 489-492, 570ff, 577, 581f., 584, 587-595, 597f.  
Auchincloss, Gordon 209, 424
- Badoglio, Pietro, General 378  
Baker, Ray Stannard 31, 33, 47, 49, 95, 104, 140, 275, 366, 393, 400, 407, 448, 616  
Balfour, Arthur 38, 62, 75, 79, 81, 97, 108, 110, 121, 138, 165, 171, 181, 183, 190, 198, 207, 209ff., 233, 237, 269, 293, 299, 303, 334, 338, 385, 387, 389, 414f., 421, 436, 443, 445ff., 503, 509, 519, 526, 529, 535, 542, 545f., 548, 550, 554, 556, 558, 560f., 564, 573, 576, 583, 608  
Barnes, George 145  
Baruch, Bernard 205, 254  
Bauer, Otto 335f.  
Bell, Gertrude 527ff., 539f.,  
Bell, Johannes 622  
Beneš, Edvard 208, 311ff., 315, 317ff., 323ff., 330  
Benson, William, Admiral 244, 246f.  
Bérenger, Henry 523f.  
Bernhardt, Sarah 206, 212  
Beveridge, William 333
- Bibesco, Marthe (rumänische Prinzessin) 184  
Biggar, Oliver Mowat 106  
Bismarck, Otto von 131, 226, 234, 239, 374, 389, 602  
Bissolati, Leonida 389  
Bliss, Tasker, General 32, 57, 96, 105, 355, 447  
Boghos Nubar, Pascha 499  
Bolling, Edith (Mrs. Wilson) 32, 35, 48, 56, 204, 207, 214, 241f.,  
Bonsai, Stephen 327, 406, 408, 445, 448, 478, 481,566  
Borden, Robert 78f., 82f., 85, 102, 105, 114, 120, 142, 367, 406, 423, 441  
Boris III., Zar von Bulgarien 195f., 201  
Botha, Louis, General 83, 152, 155, 614  
Bourgeois, Léon 135, 140f., 143, 146, 424  
Boyle, Joe 190  
Brandeis, Louis 556  
Brätianu, Ion 180-183, 185ff., 189ff., 198, 208, 347, 353ff., 357, 635  
Breckenridge Long, Samuel Miller 436  
Brockdorff-Rantzau, Ulrich von 12, 322, 336, 602f., 605-608, 610, 613, 617ff.  
Buckler, William 119  
Bullitt, William 36, 122-125, 611f., 637  
Burne-Jones, Edward 290  
Byron, Lord 467, 474
- Caithorpe, Arthur, Admiral 487f.  
Cambon, Jules 205, 295, 467  
Cambon, Paul 54, 61, 503, 624  
Carol II., König von Rumänien 190  
Carton de Wiart, Adrian, General 293, 308  
Castlereagh, Lord 22

- Cecil, Robert 70, 130, 138ff., 143, 146, 150, 154, 236, 380, 422, 424, 511, 545
- Chamberlain, Austen 116, 614
- Chamberlain, Joseph 460
- Chen, Eugene 448
- Chesterton, G.K. 289
- Child, Richard 595
- Chinda Sutemi, Graf 407,421,423f., 443, 445, 453
- Churchill, Winston 72, 74f., 91, 107f., 115f., 120ff., 127f., 142, 164, 227, 258, 535, 539, 545f., 558ff., 573, 614
- Clemenceau, Georges 9, 14, 20, 23, 25, 33, 46, 49, 51-55, 59-74, 80, 84, 89ff., 92-95, 97, 102-105, 109f., 115, 117, 120ff., 126, 133, 137-141, 143f., 147, 150-153, 156ff., 186f., 191,196, 199f., 202, 205, 207, 211f., 221f., 225, 227, 229, 231-242, 245, 250f., 259, 263ff., 268f., 272-280, 289, 297f., 300, 313, 319, 321, 331, 334, 336f., 340, 350, 353-358, 363-366, 369, 371, 374, 376f., 383f, 388, 392f., 395ff., 399ff., 403, 406f., 410, 417, 425, 438, 441-445, 466, 470, 495f., 501f., 504f., 508, 515, 518, 520-524, 533, 536f., 552, 557, 562, 564f., 568f., 572-576, 581, 601f., 607, 611ff., 615ff., 620-625, 633, 635f., 639
- Clemenceau, Sophie 64 Clémentel, Etienne 253f.
- Colette 189
- Colosimo, Gaspare 385
- Conger, Arthur 605, 609
- Cook, Joseph 85, 320
- Cottin, Eugène 211f.
- Cox, Percy 524, 539
- Crane, Charles 316, 536, 556
- Creel, George 45
- Cromer, Lord 530
- Crowe, Eyre 389
- Cunliffe, Lord 259f., 265
- Curzon, George, Lord 76, 108, 116, 436, 453, 494f., 506, 509, 511, 515, 519, 523, 535, 539, 546, 548, 554, 558, 576-583, 588-598
- D'Annunzio, Gabriele 391f., 398, 401-404, 538
- D'Espèrey, Louis Franchet, General 114, 346, 352
- Damad Ferid, Pascha 575, 590
- Daniels, Josephus 245ff.
- Daper, Ruth 206
- Denikin, Anton, General 110, 116, 127f., 582f.
- Deschanel, Paul 537
- Diagne, Blaise 156
- Disraeli, Benjamin 138
- Dmowski, Roman 286-292, 296, 304ff., 310, 323
- Domergue, Gaston 510
- Dresel, Ellis 603ff.
- Dreyfus, Alfred 63
- Du Bois, W.E.B. 156
- Duke of Argyll (Niall Diarmid Campbell) 501
- Dulles, John Foster 266, 611
- Duncan, Isadora 206
- Durham, Edith 172, 474f., 477
- Düse, Eleonora 391
- Eban, Abba 544
- Ebert, Friedrich 12, 221, 620
- Einstein, Albert 559
- Enver, Pascha 500
- Erzberger, Matthias 618, 626
- Erzbischof von Canterbury (Randell Thomas Davidson) 468, 612
- Essad Toptani, Pascha 475f., 480f.
- Fawcett, Millicent 97
- Faisal I., König von Syrien und des Irak 312, 511-522, 526f., 529, 531, 535-540, 554f., 558, 597
- Ferdinand I., Zar von Bulgarien 194f., 199, 201
- Fischer, Fritz 14

- Foch, Ferdinand, Marschall 112, 115,  
128, 190, 208, 220f., 231-234, 236f.,  
242, 273, 275, 277ff., 291, 322, 350,  
366f., 601, 617, 620, 623, 630, 636
- Forster, E.M. 514
- Foster, George 259
- Frankfurter, Felix 550
- Franz Ferdinand, österreichischer Erzherzog 621
- Fürst Esterhazy (Nikolaus IV. Esterhazy de Galantha) 344
- Gandhi, Mohandas 85, 527, 531, 533f.
- Gaulle, Charles de, Oberst 293
- Georg V., König von Grossbritannien und Irland 75, 212, 227, 345
- Giolitti, Giovanni 403
- Gladstone, William Ewart 31, 138, 194, 494
- Glyn, Elinor 205f., 621
- Goltz, Rüdiger von der, General 304
- Gompers, Samuel 145
- Gordon, Charles George, General 424
- Göring, Ernst 152
- Göring, Hermann 152
- Gouraud, Henri, General 516, 537f.
- Grayson, Cary T., General 56, 108, 143, 191, 240, 242, 273f., 276, 278, 448
- Grew, Joseph 595
- Grey, Sir Edward 245
- Haguenin, Émile 605
- Haller, Josef, General 286, 291f.
- Hankey, Maurice 45, 79, 92, 151, 203, 206, 212, 230f, 270, 337, 364f., 371, 396, 459, 483
- Hara Takashi (Hara Kei) 452
- Harding, Warren G. 452
- Hemingway, Ernest 594f.
- Herbert, Aubrey 477, 529
- Herbert, George (V. Earl of Carnarvon) 477
- Herzl, Theodor 544, 553
- Hindenburg, Paul von, General 219f, 229, 619
- Hitler, Adolf 14, 129, 219, 229, 304, 306, 322, 328, 342, 359, 560, 601, 626f., 629f., 632, 635, 638
- Hlinka, Andrej 327f.
- Ho Chi Minh 97
- Hoover, Herbert 98, 100f., 125f., 189, 387, 611
- Horthy, Mikios, Admiral 353, 356, 359
- House, Edward 29, 31f., 35, 47-51, 54, 57, 59, 80, 90f, 122ff., 140f, 154, 156, 173, 189f, 202f, 205, 209ff., 214, 238f, 241f., 246, 261, 276, 278f, 316, 327, 374, 380, 385f, 391, 393f., 399f., 406f., 421, 423f, 436, 443, 445, 447, 471, 496ff., 502, 520, 550, 566, 615, 618, 622, 624
- Huerta, Victoriano, General 38
- Hughes, William 78ff., 83f, 142, 152-155, 157f, 259, 262, 414, 423, 621
- Hunter Miller, David 39, 139, 455
- Hussein ibn Ali, Scherif von Mekka 512f, 540
- Hymans, Paul 369
- Ibn Saud, König von Saudi-Arabien 513, 534, 540
- Ionescu, Bessie 185
- Ionescu, Take 185f.
- Ishii Kikujiro, Graf 434f.
- İsmet İnönü, Mustafa 595f., 598
- Jabotinsky, Wladimir 549, 553f.
- John, Augustus 205
- Karl I., Kaiser von Österreich 168, 329
- Karolyi, Mihaly, Graf 344ff., 348f, 353, 358
- Kerr, Philip 75, 81, 106, 121ff., 211, 241, 270f., 296, 519
- Keynes, John Maynard 9, 14, 72f, 250-254, 258f., 263, 265, 352, 611, 626f.
- King, Henry 536, 556
- Kipling, Rudyard 467
- Kitchener, Herbert, Lord 334, 578
- Klotz, Louis-Lucien 204, 263f.

- Koltchak, Alexander, Admiral 110, 127f., 302
- Marie, Königin von Rumänien 20, 182, 189, 190f., 356, 635
- Konoe Fumimaro, Fürst 421
- Konstantin I., König von Griechenland 463f., 469, 592
- Koo, Madame Wellington 454
- Koo, V.K. Wellington 424, 438-442, 444f., 448, 452, 454
- Kramar, Karel 208, 311, 318f., 323
- Kun, Béla 124, 343f., 349-357, 388
- Lamont, Thomas 205, 249, 260, 627
- Lansing, Robert 20, 29, 32, 37f., 40, 57, 90, 207, 209f., 228, 244, 316, 321, 435f., 438, 440f., 443, 446f., 454, 501, 512, 611, 623, 626, 637
- Larnaude, Ferdinand 140f., 424
- Law, Andrew Bonar 71, 120, 205, 212, 594, 613
- Lawrence, T.E. (Lawrence von Arabien) 20, 507, 514-517, 519, 521f., 527, 529, 537, 540
- Lehar, Franz 173
- Lenin, Wladimir Iljitsch 104, 107, 110, 118, 123f., 126, 128, 285, 309, 310, 315, 343, 349, 351
- Lévy, Sylvain 551f.
- Litwinow, Maxim 119, 126
- Lloyd George, David 9, 14, 20, 24f., 33f., 44, 49, 51ff, 55, 59, 63-66, 69-81, 83ff., 89f., 92-95, 100, 103, 106-111, 114-117, 119-126, 128, 133, 136, 138, 140, 142, 144ff., 151, 154f., 157E., 162, 171, 181, 187, 190f., 202f., 205, 207ff., 211f., 215, 220, 222-225, 227, 229, 230-234, 238, 240-247, 249ff., 253f., 257-263, 267-279, 292f., 295-300, 304-307, 309, 311, 318f., 321, 323ff., 331, 333, 337f., 343f., 350, 353-358, 363-368, 371, 373f., 376f., 383, 386, 392-399, 401, 403, 407, 418, 422, 425, 443f., 462, 468ff., 479, 483, 494, 496f., 499, 501f., 504f., 514, 517, 519-524, 528, 533, 535f., 539, 546ff., 550, 552, 557-560, 562-565, 567ff., 571-576, 578, 580, 582ff., 587ff., 592, 594, 601, 607f., 611, 613-618, 620ff., 625f., 633, 636
- Lloyd George, Megan 81, 208
- Lodge, Henry Cabot 33, 112, 213ff., 584, 637
- Long, Walter 247, 523f.
- Loucheur, Louis 62, 263, 265, 267
- Low, Ivy 119
- Lu Shengxiang 428f., 439f., 442, 447, 454
- Lu Xun 430
- Ludendorff, Erich, General 13, 219f., 229
- MacArthur, Douglas 206
- Macchi di Cellere, Vincenzo 381ff.
- Maharadscha von Bikaner (Ganga Singh) 85, 532
- Makino Nobuaki, Baron 407, 415, 419, 421, 423ff., 440, 443, 445ff.
- Malcolm, Ian 207
- Mangin, Charles, General 237
- Mann, Thomas 604
- Mantoux, Paul 90, 364f.
- Mao Tse-tung 452
- Marconi, Guglielmo 402
- Marinetti, Filippo Tommaso 402
- Martet, Jean 466
- Masaryk, Jan 314
- Masaryk, Tomas 311-318, 321, 324, 326, 328
- Massey, William 84, 154f., 157, 423
- Maxwell, Elsa 206f.
- McMahon, Henry 512
- Mehmed VI., Sultan des Osmanischen Reichs 489, 499
- Melchior, Carl 251f., 627
- Metaxas, Ioannis, General 566
- Milner, Alfred, Lord 614
- Monet, Claude 63
- Monnet, Jean 254
- Montagu, Edwin Samuel 85, 255, 259, 503, 529, 531ff, 548, 552, 573, 578, 614

- Mordacq, Henri, General 62, 64, 94, 156, 211, 274, 279, 504, 537, 568
- Müller, Hermann 622, 625
- Murat, Joachim Prinz von 207
- Murdoch, Keith 84
- Murdoch, Rupert 84
- Mussolini, Benito 11, 129, 359, 385, 389, 391f., 402ff., 595
- Mustafa Kemal *siehe* Atatürk, Mustafa Kemal
- Namier, Lewis 205, 289
- Nansen, Fridtjof 126
- Nicolson, Harold 56, 81, 132, 180, 182, 188, 203, 290, 320, 346, 351, 372, 464, 471ff., 477, 479, 567, 572f., 579, 608, 612, 623f.
- Nikola I., König von Montenegro 171 ff.
- Nitti, Francesco 401, 403, 581
- Noailles, Anna de 184
- Noel, Edward William Charles, Major 587
- Northcliffe, Lord 124, 261
- Noske, Gustav 609
- Orlando, Vittorio 20, 89, 158, 162, 187, 207, 274f., 331, 340, 363ff, 371-374, 377-385, 388f., 391-401, 405, 407, 424, 470, 501, 564, 572, 580, 633
- Orpen, William 205, 207f.
- Paderewski, Ignacy 20, 286, 290f., 293, 296, 298, 300, 306, 310, 315, 324f.
- Palmerston, Henry John Temple, Lord 234
- Pääic, Nikola 162-169, 174
- Perry, Matthew, Admiral 409
- Pershing, John, General 51, 90, 206, 220, 231f.
- Pétain, Philippe, Marschall 231, 237
- Phillimore, Walter 135
- Pichon, Stéphen 46, 61f., 111, 150, 268, 289, 377, 443, 496, 505, 517f., 521, 581
- Picot, Georges 495, 506f., 509ff, 521, 540, 551
- Piłsudski, Józef 283-288, 290-293, 301, 304f., 308ff, 312
- Poincaré, Raymond 46, 62, 67f., 102, 120, 141, 143, 150, 212, 238, 268, 277, 279f., 516, 520f., 537, 593f.
- Potocki, Józef, Graf 290
- Rauf, Hussein 487f., 490
- Rawlinson, Alfred, Oberstleutnant 581
- Reinsch, Paul S. 437
- Remarque, Erich Maria 628
- Renner, Karl 330, 334f., 338, 342
- Reza Pahlavi, Schah von Persien 597
- Rhee, Syngman 97
- Ribbentrop, Joachim von 632
- Ribot, Alexandre 563
- Richthofen, Ferdinand von 431
- Riddell, George 277, 299, 366
- Rogers, Will 33
- Roosevelt, Eleanor 205
- Roosevelt, Franklin Delano 30, 205
- Roosevelt, Nicholas 634
- Roosevelt, Theodore 31, 33f., 411, 416, 634f.
- Rothschild, Lionel Walter, Lord 545, 548
- Said, Nuri as- 526
- Saionji Kimmochi, Fürst 406-411, 413, 421, 433, 445, 452
- Salandra, Antonio 382
- Salisbury, Lord 75, 138
- Sasonow, Sergej 110, 120
- Sawinkow, Boris 110
- Scheidemann, Philipp 609
- Scott, C.P. 309, 546
- Seton-Watson, Robert 166, 169, 175
- Seymour, Charles 188f., 203, 208, 311, 320, 399, 471
- Shaw, George Bernard 290
- Shotwell, James 209
- Simon, Henri 153, 157
- Sinha, Satyendra Prasanno, Lord 85, 532
- Slatin, Rudolf (Slatin Pascha) 334
- Smuts, Jan Christiaan 79, 83, 135-138, 140, 146, 149f., 152, 154, 220, 258, 299f., 350-353, 355, 423, 510, 611, 613f, 625
- Sokolow, Nahum 551

- Sonnino, Sidney 42, 90, 92, 111, 117,  
171, 178, 207, 227, 363, 371, 373-376,  
378-385, 388, 395f., 398-401, 405,  
471, 542, 563f., 568, 572, 580
- Spire, André 55If.
- St. John Philby, Harry 527, 539
- Stalin, Josef 128f., 308, 328, 591
- Stamboliski, Alexander 195, 199f., 594
- Stefanik, Milan 312
- Steffens, Lincoln 107, 122ff.
- Steiner, Zara 11
- Stevenson, Frances 55, 71, 74, 81, 207,  
222, 262, 271, 371, 459, 468, 476, 601,  
623
- Storrs, Ronald 551, 555
- Stresemann, Gustav 13
- Sumner, Lord 259f.
- Sykes, Mark 495, 506ff., 510, 521, 540,  
546, 548, 553, 585
- Taft, William 33, 411
- Tarbell, Ida 94
- Tardieu, André 52, 62, 92, 240f., 268,  
274, 276, 364, 601
- Thomas, Lowell 514
- Tito, Josip Broz 171, 179, 478
- Tittoni, Tommaso 401, 403, 581
- Toscanini, Arturo 402
- Toynbee, Arnold 205, 501, 504
- Trotzki, Leo 108, 118, 308, 352, 543
- Trumbic, Ante 165-169, 182
- Tschitscherin, Georgi 118f., 123, 126,  
595
- Tschou En-lai 452
- Turhan Përmeti, Pascha 476f.
- Ussischkin, Menachem 551
- Venizelos, Eleftherios 20, 102, 200, 312,  
401, 422, 424, 459-466, 468-472, 479,  
481ff., 493, 562, 565-569, 589f., 592,  
594
- Vesnic, Milenko 174, 182
- Victoria, Königin von Grossbritannien  
und Irland 190, 226
- Vix, Fernand, Oberst 346, 348f.
- Wang Ching-wei 448
- Wang, W.T. 439
- Warburg, Max 608
- Weber, Max 610
- Weizmann, Chaim 516, 542-552, 554f.  
557, 558ff.
- Wemyss, Wester, General 247
- West, Rebecca 165, 172
- White, Henry 32, 57, 447
- Wickham Steed, Henry 124, 166, 314,  
340, 383
- Wied, Wilhelm zu (Fürst von Albanien)  
475
- Wilhelm I., Deutscher Kaiser 102
- Wilhelm II., Deutscher Kaiser 226,  
228f., 431, 486, 623
- Williams, E.T. 438
- Wilson, Arnold 524, 526-529, 539f.
- Wilson, Henry, General 24, 142, 231,  
233f., 236, 243, 270f., 275, 354, 503,  
524, 534, 569, 583, 590, 601, 612
- Wilson, Woodrow 9, 11, 13, 20, 23, 25,  
29-57, 59, 61, 65f., 69f., 72f., 79f., 84,  
89f., 92-95, 97, 99, 100, 104ff., 108f.,  
111ff., 117-126, 128, 132-143, 145-  
149, 151-156, 158, 161, 170f., 173,  
176, 182f., 187, 189ff, 197, 202-205,  
207, 209f., 212-215, 219, 222-225,  
228-234, 239-243, 245ff., 250f.,  
253ff., 257ff., 261-264, 268f., 272-  
279, 283, 290-295, 297f., 300, 302,  
307, 316f., 321, 325, 330, 333, 336f.,  
340, 345, 350, 354ff., 363-368, 371-  
376, 379-384, 386ff., 390, 392-401,  
403, 407, 411, 415, 418-427, 434,  
436ff., 440-450, 454f., 464, 470, 477,  
479f., 497ff., 501-504, 510, 517-521,  
524f., 530, 532f., 535f., 550, 556f.,  
562, 564f., 567ff., 572-576, 580, 584,  
591, 598, 601ff., 605, 608f., 611ff.,  
615-618, 620-623, 625, 633, 635-638
- Wingate, Reginald 530
- Wolfe, Elsie de 207
- Woolf, Leonard 135
- Woolf, Virginia 626

Yamagata Aritomo 414  
Yuan Shikai, General 430

Zaghlul, Said 530f.  
Zita von Bourbon-Parma, Kaiserin von  
Österreich 329  
Zogu, Ahmet 481  
Zola, Émile 63

## Bildnachweis

Princeton University Library 1, 7  
Hulton Getty 2, 4, 5, 8, 9, 11-13, 16, 17, 20-24, 27, 28  
Imperial War Museum, London 3, 29  
The Illustrated London News Picture Library 10, 14, 18, 25, 26  
Mary Evans Picture Library 15, 19, 30

Jörg Friedrich

**14/18**  
**Der Weg nach Versailles**

1072 Seiten. Gebunden mit  
Schutzumschlag.  
Auch als E-Book erhältlich.  
[www.propylaeen.de](http://www.propylaeen.de)



**«Das provokanteste Buch zum Ersten Weltkrieg.»**

*Michael Klonovsky, Focus*

Bevor das Deutsche Reich in den Ersten Weltkrieg eintrat, hatte es den Neid der Völker auf sich gezogen – als wirtschaftlich boomende, kulturell und wissenschaftlich strahlende, sozial fortschrittliche, militärisch brillante Nation. Nach vier Jahren Krieg galt es als aggressiv, reaktionär, rechtsverachtend, schuld-beladen. Wie wurde es vom Musterschüler zum Paria Europas? Jörg Friedrich, bekannt für unorthodoxe Fragen an die Geschichte, wirft einen neuen, unverstellten Blick auf die Weltkriegsjahre 1914 bis 1918.

*«Sein erzählerisches Vermögen, seine tatsächengestützte  
Lakonie, seine informationsgesättigte Unparteilichkeit lassen  
einen ganz eigenen Stil entstehen.»*

Martin Walser

**PROPYLÄEN VERLAG**



Ernst Piper

## Nacht über Europa

Kulturgeschichte des  
Ersten Weltkriegs

Mit farbigen Abbildungen.  
592 Seiten. Gebunden mit  
Schutzumschlag.

Auch als eBook erhältlich.  
[www.propylaeen.de](http://www.propylaeen.de)



### *Das geistige Panorama des Ersten Weltkriegs*

Am 1. August 1914 begann ein Krieg, der nicht nur das Antlitz Europas, sondern der Welt veränderte. Das Zeitalter der Extreme, des Gemetzels brach an. Der europäische Kosmopolitismus starb auf den Schlachtfeldern. Dieser erste totale Krieg schonte nichts und niemanden: Alle Bürger der beteiligten Staaten, auch Künstler, Wissenschaftler und Intellektuelle, wurden zu Kombattanten. Der Historiker Ernst Piper hat sich intensiv mit den kulturgeschichtlichen Aspekten des Ersten Weltkriegs befasst und entfaltet ein großes geistiges Panorama dieser Zeit.

*»Ein materialsattes Kompendium und  
facettenreiches Epochenbild.«*

Deutschlandradio Kultur

PROPYLÄEN VERLAG